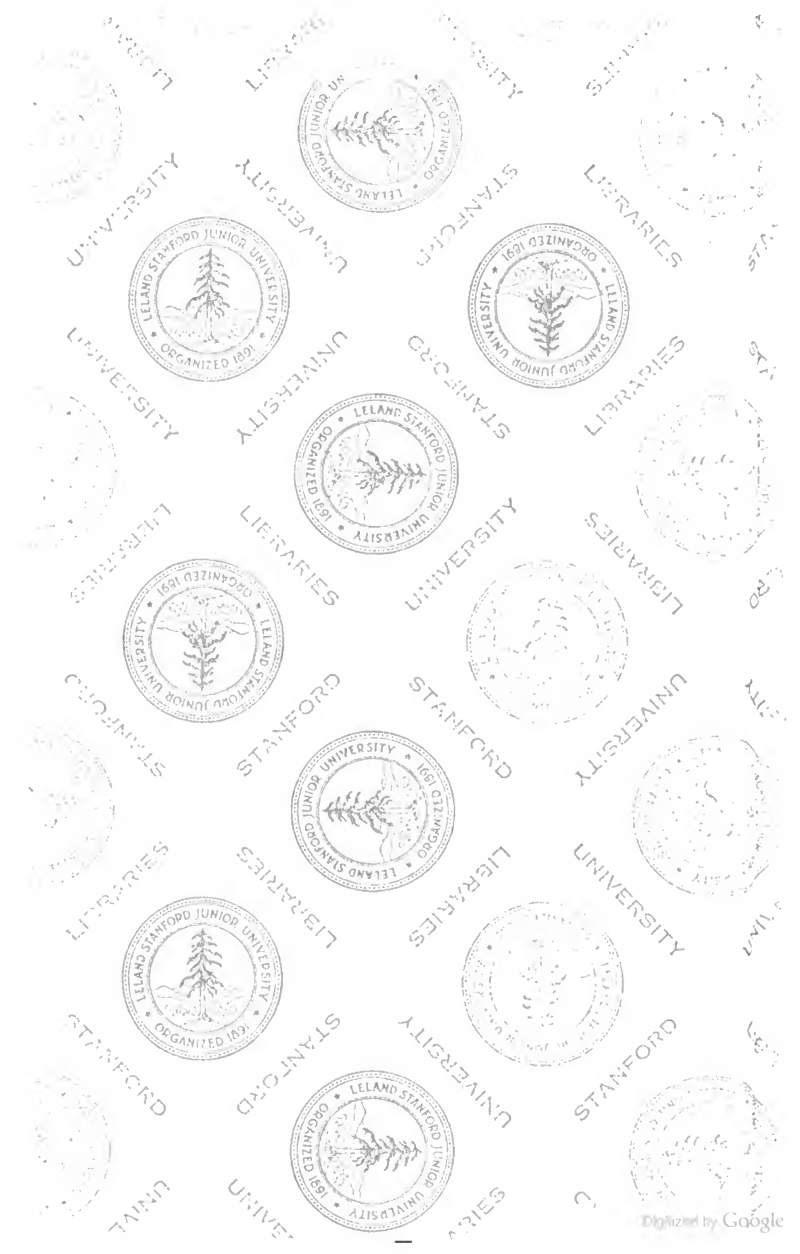


**BD. DAS
ZEITUNGSWESEN
SEIT 1814. 1906**

Ludwig Salomon







Albert von K...
/.

Geschichte

des

Deutschen Zeitungswesens

von den ersten Anfängen
bis zur Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches

von

Ludwig Salomon.

Dritter Band.

Das Zeitungswesen seit 1814.



Oldenburg und Leipzig, 1906.

Schulzische Hof Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.
Rudolf Schwarz.

Exemplare in feinen Original-Einbänden sind mit geringem

Ex libris



B. v. Damm.

Stanford University Lib

Geschichte

des

deutschen Zeitungswesens

in den ersten Anfängen
der Errichtung des Deutschen Reiches

von

Ludwig Salomon.



Dritter Band.

3. Zeitungswesen seit 1814.



127
1906.

Oldenburg und Leipzig.

Buchhandlung und Hof-Buchdruckerei.

H. Schwarz.

073.09

5174

v.3

W o r w o r t .

band ist etwas mehr angeschwollen, als es ur-
lag. Die Zeit der dreißiger und vierziger Jahre
hundert mit ihren heißen Wünschen und vielen
ungen verlangte eine breitere Darstellung; die
ge von geistiger Arbeit, die in dieser Periode auf
ismus, hauptsächlich im Interesse des deutschen
musste, wie sich bei der innigeren Vertiefung in
was ausführlicher geschildert werden, sollte dem
as sich allerwärts entwickelt hatte, Gerechtigkeit
sich aber auch, was für ein ungeheurer geistiger
itungen und Zeitschriften des neunzehnten Jahr-
eine Fülle von ungemünztem Golde der Erforscher
owohl, wie der Kulturhistoriker in den Bänden der
effenen Zeitungen und Zeitschriften zu schürfen ist.
aul Holzhausen, hat allerdings begonnen, in diese
d da ist es ihm auch gelungen, für seine Studien
erte und seine deutschen Besucher“, „Napoleons Tod
je und Dichtung“ und „Heinrich Heine und Napo-
große Menge interessanter Einzelheiten heraufzu-
auf Grund bisher verschollen gewesener Zeitungs-
atsachen, über die man bisher nur ungenügend
stellen können. Das legt aufs neue die Mahnung
Zeitungen und Zeitschriften gewissenhafter zu be-
e ich erfahren, daß selbst Staatsbibliotheken von
s Landes keine einzige Nummer besaßen. Das
ann eine allgemeine große Sammelstelle für ganz
rde, in der mit Sachkenntnis die Erzeugnisse der
sliteratur zur Aufstellung kämen. Doch müßte diese
Reich errichten; die Kräfte eines Privatmannes
Man baut große, umfangreiche Bildergalerien und
en Art, plant die Errichtung einer Reichsmusik-

bibliothek: eine Stätte für die systematische Aufstellung d
die den kommenden Geschlechtern so viele wichtige Dokum
ist leider noch nicht geschaffen worden, eine Unterlassun
spätere Generation uns zum schweren Vorwurf machen w

Im übrigen kann ich bei diesem Schlußbände nur dar
die Grundsätze, die ich bereits in dem Vorworte zum erste
mich auch hier geleitet haben. Ich suchte nicht durch i
Titel der ungeheuern Massen von Zeitungen ein möglichst g
aller erschienenen Blätter zu liefern, sondern ein treues Kul
bild zu geben und dabei ein lesbares Buch zu schaffe
freund vaterländischen Geistes und vaterländischer Kult
Bei der sehr großen Mühe, die die lange Arbeit erfordert
wünsche, daß ich hinter meinem Ziele nicht allzuviel zuri

Elberfeld, Ende August 1905.

Der 1

Inhalt.

Erster Abschnitt.

Von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (1814—1819).

	Seite
Erstes Kapitel. Die Erwartungen und Hoffnungen	1
1. Einleitung. Die Stimmung nach den Befreiungskriegen. Allgemeine Hoffnungsfreudigkeit. Der Zorn gegen die ehemaligen Anhänger Napoleons. Allgemeiner Unmut über den ersten Pariser Frieden und die Kläglichkeit des Wiener Kongresses. Der zweite Pariser Friede. Die Hoffnung auf Preußen. Die antinationale Gesinnung der preußischen Bureaucratie. Auftreten des Geheimrats Schmalz. Friedrich Wilhelm III. und die Schwenkung der preußischen Regierung zur antinationalen Richtung. Die Folgen dieser Schwenkung. Die Nation wendet sich in ihrer Hoffnungslosigkeit Sonderbestrebungen zu. Die Kämpfe um die Verfassung. Das Wartburgfest. Die Ermordung Kogebueß.	1
2. Die Karlsbader Beschlüsse und die Ernennung einer Zentralkommission zur Untersuchung der demagogischen Umtriebe. Die allgemeine Trostlosigkeit über die Entwicklung der Verhältnisse. Hasses Satire auf die Knebelung der Presse	13
Zweites Kapitel. Die Preßverhältnisse in Preußen	24
1. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg über die Presse. Wilhelm von Humboldt über die Preßfreiheit. Die Preßverhältnisse in den verschiedenen preußischen Landesteilen. Die preußische Kommission zur Ausarbeitung eines Preßgesetzes	24
2. Der „Rheinische Merkur“, das bedeutendste Blatt der in Rede stehenden Periode. Sein Herausgeber Joseph Görres. Zeitstimmen über die Zeitung. Der Inhalt der Zeitung. Die fingierte Proklamation Napoleons an die Völker Europas. Die Zeitung tritt für die deutsche Gesinnung ein. Wird in Bayern, Württem-	
III. Salomon, Geschichte des deutschen Zeitungswesens.	a

	Seite
berg und Baden verboten. Görres über die Unterdrückung von Zeitungen. Das Auftreten des „Merkur“ nach der Flucht Napoleons von Elba. Erste Verwarnung durch den Staatskanzler von Hardenberg. Blücher und Görres. Die Zeitung gegen den Wiener Kongreß und die Bundesakte. Keulenschläge auf das Haupt des Geheimrats Schmalz. Der „Merkur“ wird verboten. — Mallindrodt's „Westphälischer Anzeiger“, ein gewisser Erjak für den „Merkur“. Beschäftigt sich hauptsächlich mit national-ökonomischen Fragen. Legt die Mißgriffe der preußischen Beamten dar. Wird unterdrückt	33
3. Die sonstigen preußischen Zeitungen des Westens. Des General-Gouverneurs Sach Grundzüge einer Zensur. Die Aachener Zeitungen. Friedrich Wilhelm III. mißbilligt die Haltung der Aachener Zeitungen. Beschränkung der Pressefreiheit. Verweis wegen zu großer Nachsicht gegen die Aachener Blätter. Die Auflagen der Aachener Zeitungen. Die Kölner Blätter. Der religiöse und volkswirtschaftliche Standpunkt der „Kölnischen Zeitung“. Die Blätter in Arefeld und Aleve. Die ärmliche Presse in Düsseldorf. Die Blätter in Elberfeld und Solingen	59
4. Die Berliner Presse. Görres über die künftigen Aufgaben der deutschen Zeitungen. Die Spenersche und die Bossische Zeitung. Die Zensur. Blücher über die Zensoren. Die Gründung des „Preußischen Correspondenten“. Sein Leiter B. G. Niebuhr und dessen Eröffnungs-Artikel. Öftmaliger Wechsel in der Leitung (Götsche, Schleiermacher, Arnim, Arndt). Die echt patriotische Haltung des Blattes. Die kümmerlichkeit der Inserate. Das Ende des Blattes. Die Zensur wird verschärft. Die Berliner Presse wird immer kläglicher. Bildung eines Vereins zu Gunsten der Pressefreiheit. Gründung der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“. Ihr Programm. Ihr Redakteur F. A. von Stägemann. Die Haltung der Zeitung	71
5. Die Presse der alten preussischen Provinzen. Die „Magdeburgische Zeitung“. Der Zensurdruck. Die pekuniäre Schädigung der Zeitung. Die Ansprüche des Intelligenz-Blattes. Der „Hallische Kurier“ und die „Zeitung für die königl. preuß. Provinzen zwischen Elbe und Weiser“ in Halle. Die „Schlesische Zeitung“. Die Posenener, Königsberger und Stettiner Zeitung	81
Drittes Kapitel. Die Presse in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands	91
1. Das Zeitungswesen in Sachsen-Weimar. Geheimrat v. Voigt über die Pressefreiheit in Sachsen-Weimar. Feiltschifter und die Gründung des „Oppositions-Blattes“. Vertuch's Programm für	

	Seite
Historiker Mühs über das Projekt. Aufnahme die Redaktion. Der Charakter des „Oppo- sition“ der Regierung unbecquem. Wird auf eine die Ermordung Kopebues und das Blatt. Die „Preußischen Staatszeitung“. Das neue September 1819. Der letzte Redakteur Fr. Zeitung wird unterdrückt. — Kleinere Ver- Bl.“. Die „Dorfzeitung“ in Hildburghausen „die Wochenblatt“	91
Hamburg und Bremen. Der „Hamburgische die „Bremer Zeitung“. Der „Deutsche Beob- „Rhein. Merkur“ hervorgehoben. Cotta und Wächter“. Das Zeitungswesen in Hannover. Hessen. Die neue hessische Zensurordnung. Die Zeitung“. Die beiden sächsischen Zeitungen: „Leipziger Zeitung“. Brodhaus' „Deutschen Blätter“. Eintreten der „Deutschen sächsische Sache. Brodhaus' Klage über die Zen- suren „Blätter“ gehen ein. Die neue Lage der Wahlmanns Leitung der Zeitung. Die Ver- sammlung. Niedergang der Zeitung	108
Presse in Süddeutschland und Österreich 128 Baden. Die Frankfurter Zeitungen. Die „Frankfurter Zeitung“; das „Journal de Francfort“; das „Journal de Bielefeld“; erhält den Titel „Zeitung Frankfurt“; bekommt Börne zum Redakteur; zur Zensur; seine Beurteilung. Das „Jour- nal“ im Herzogtum Nassau. Die „Rhei- nische Zeitung“ in Wiesbaden, gegründet von Johannes Weizel. Verhältnis mit der preußischen Regierung. Hardenbergs Anstrengungen für sich zu gewinnen. Weizels politisches Verhalten. Sein Rücktritt von der Redaktion der „Rheinische Zeitung“ stellt den Regenschirm in die Ecke. „Rheinische Zeitung“ und ihr Redakteur Fr. Lehne. Die son- stigen Zeitungen im Flußgebiete des Rheins. Von Görres ver- fälschte „Rheinische Merkur“. Seine Situation im Ver- hältnis zur hiesigen Haltung gegenüber der Bürgerschaft. Die Verhältnisse in Bayern. Das Edikt über die Pressefreiheit in Bayern. Verhältnisse der bayr. Zeitungen und die Zensur. Seine Verhältnisse zu den Zensoren. Die Augsb. „Allgemeine Zeitung“. Verhältnisse in Österreich ein. Genß und die „Allgem. Btg.“. Verhältnisse stellt sich ganz in den Dienst der Metternich-	128

	Seite
ischen Regierung. Die „Allgem. Btg.“ in Preußen. Hardenberg und das Blatt. Barmhagen. Arndt. Die Zensurplacereien. Die sonstigen bayerischen Blätter	128
2. Die Zeitungen in Osterreich. Geringes politisches Leben. Die „Wiener Zeitung“. Ihre Pächter, die von Ghelenschen Erben. Genz setzt bestimmte Normen für das Blatt fest. Konrad Bartsch, der erste berufsmäßige Journalist Osterreichs. Seine Leiden und Schicksale. Sein Gegner Genz. Die Leistungen der „Wiener Zeitung“. Der „Osterreichische Beobachter“. Wird von Genz bevorzugt. Beschwerde des Pächters der „Wiener Btg.“ über den „Beobachter“. Haltung des „Beobachters“. Adam Müllers „Bote in Tyrol“. Die „Prager Zeitung“	158
Fünftes Kapitel. Die Zeitschriften während der Periode von 1814 bis 1819	169
1. Die politischen Zeitschriften der ersten Jahre. Ihr Charakter. C. L. Welckers Grundzüge, nach denen die vaterländischen Zeitschriften zu leiten seien. Ludens „Nemesis“. Goethes ablehnendes Verhalten gegen die „Nemesis“. Die Zeitschrift tritt für die Einheit Deutschlands ein; kritisiert die Bundesakte; wendet sich gegen Schmalz; sieht sich allerwärts gehemmt. Ludens Konflikt mit Kogebue. Gibt die „Nemesis“ auf. Die „Kieler Blätter“. Die Preßverhältnisse in Holstein und Schleswig. Die „Kieler Blätter“ über die Verfassungsfrage. „Die Zeiten“ von Chr. Daniel Voss. Betonen deutsches Volkstum und deutsches Recht; treten für die Hegemonie Preußens ein; wenden sich gegen Schmalz und Dabelow. Der „Hermann“, eine Zeitschrift für Westfalen. Widmet sich vorwiegend der Volkswirtschaft und dem Ausbau der Rechtsverhältnisse. Verlangt eine feste Verfassung, Handelsfreiheit und Preßfreiheit. Wird unterdrückt. Die bayrische Zeitschrift „Allemannta“. Organ des Ministers von Montgelas. Wendet sich fortgesetzt gegen Preußen. Verspottet den „Rhein. Merkur“; verdächtigt die nationalen Bestrebungen. Macht plötzlich eine Schwenkung und stellt dann sein Erscheinen ein	169
2. Die politischen Zeitschriften der letzten Jahre. Odens „Jfss“. Odens Programm. Der Herausgeber behandelt mit Vorliebe politische Fragen. Mißstimmung in Weimar. Goethe über die „Jfss“ und die Preßfreiheit überhaupt. Karl August kann sich nicht entschließen, Goethes Ratschlägen zu folgen. Die „Jfss“ und das Wartburgfest. Odens Absetzung und die Unterdrückung der „Jfss“. Börne über die Tragödie der „Jfss“. Vörnes Zeitschriften. Sein Einfluß. Die „Wage“. Ihre Ankündigung und ihr Programm. Börne bittet Goethe um Beiträge. Der Erfolg	

	Seite
der „Wage“. Ihre Theaterbesprechungen. Genß und Nabel über sie. Die „Zeitswingen“. Börnes Ankündigung der Zeitschrift. Ihr Inhalt. Wird unterdrückt. Börnes Abschied von den Lesern.	190
3. Die kleineren politischen Zeitschriften. Cöllns „Neue Fackeln“. Kotteds „Teutsche Blätter“. „Das neue Deutschland“. Die „Germania“. „Der Europäische Aufseher“. Die „Freimüthigen Blätter für Deutsche.“ Das „Journal für Deutschland“. Arndts „Wächter“. Brans „Minerva“. „Der Teutschen Burſchen fliegende Blätter“ von Fries. Celsners „Bundeslade“	208
4. Die Zeitschriften für univerſelle Bildung und die Unterhaltungs-journale. Das Cottasche „Morgenblatt“, redigiert von Therese Huber. Deren Programm. Cottas eigenmächtige Eingriffe. Bevorzugung Frankreichs. Die Mitarbeiter Börne und Müllner. Goethe gegen Müllner. Müllner erhält die Redaktion des „Literaturblattes“. Goethes Mißmut darüber. Cottas Konflikt mit Müllner. Dieser legt die Redaktion des „Literaturblattes“ nieder. Therese Hubers Rücktritt von der Redaktion des „Morgenblattes“. Die „Wiener Zeitschrift“. Ihr Begründer Schick. Ihr Redakteur Hebenstreit. Die Mitarbeiter. Pflegt das literarische Leben in Oesterreich. Fördert Grillparzer. Die „Zeitung für die elegante Welt“. Müllner treibt sein Unwesen darin. Die „Abendzeitung“ von Winkler und Kind. Dient der leichtsten Unterhaltung und dem Klatsch. Der „Gesellschafter“ von Gubitz. Der Kühnische „Freimüthige“. Weizels „Rheinisches Archiv“. Bäuerles „Wiener allgemeine Theaterzeitung“. Der „Wanderer“, der „Sammler“, die „Thußnelde“, die „Originalien“ zc.	212
5. Die literarisch-kritischen Journale. Das „Literarische Wochenblatt“ von Kopebue. Das Programm Kopebues. Sein Auftreten gegen die liberalen Bestrebungen, die Preßfreiheit und die Burſchenschaft. Schreibt witzig und pikant. Das Blatt hat Erfolg. Geht nach dem Tode Kopebues an Brockhaus über. Der „Parnas“, von Brockhaus gegründet. Wird nach dem Muster der englischen Zeitschriften eingerichtet und anfangs von Prof. Krug, später von Brockhaus redigiert. Erhält mehr und mehr einen politischen Charakter. Die „Wiener Jahrbücher der Literatur“, begründet von Metternich. Bringen Genß' Abhandlung über die Preßfreiheit in England. Die übrigen Mitarbeiter. Das „Konversationsblatt“, die „Vaterländischen Blätter“. Heinrich von Treitschke, Karl Hagen und Heinrich von Sybel über die Presse von 1814—1819	226

Zweiter Abschnitt.

Im Banne der Karlsbader Beschlüsse (1819—1848).

Erstes Kapitel. Die Zeit der Enttäuschung (1819—1830) . . .	Seite. 239
1. Die Bundesstaaten und die Karlsbader Beschlüsse. Allgemeine Trostlosigkeit. Hinneigung der großen Menge zur Oberflächlichkeit. Das Theater absorbiert das ganze Interesse. Ein neues Zensur- edikt für Preußen. Errichtung einer Ober-Zensur-Behörde in Berlin. Die Pflichten des Kollegiums; dessen Tätigkeit. Harden- bergs Verschärfung der Zensurvorschriften. Die Schöll'schen In- struktionen für die Zensoren. Die vernichtende Wirkung dieser Instruktionen. Die pekuniären Lasten der Zensur und der Zeitungsstempel. Osterreich und die Karlsbader Beschlüsse. Metternichs Zensurverschärfungen. Sednitz's Gewalttätigkeiten. Castelli's Bestrafung. Fäulhammer über die österreichische Zensur. Bayerns Reservatrecht. König Ludwig I. und die Zensur . . .	239
2. Die Zeitungen unter dem Drucke der Karlsbader Beschlüsse. Die preussischen Zeitungen. Werden durch das Herüberfluten der Pariser Zeitungen geschädigt. Einrichtung eines Zeitungs-Kontors in Berlin. Die beiden Berliner Zeitungen werden ermahnt. Die „Spener'sche Zeitung“ das vornehmere Blatt, die „Voss'sche“ eine spezifisch-berlinische Zeitung. Der neue Besitzer der „Spener- schen“, Dr. S. H. Epiker. Gutzkow über ihn. Die Mitarbeiter der „Spener'schen“. Der Verleger der „Spener'schen“ stellt die erste Schnellpresse in Berlin auf. Die „Voss'sche Zeitung“ geht in die Hände C. F. Lessings über. Die Mitarbeiter Subis und Kellstab. Lepterer wird „die Seele der Zeitung“ und der Berliner Muster-Journalist. Die „Breslauer Zeitung“. Ihr Gründer Karl Schall. Laube über ihn. Seine Leitung der Zeitung. Weitere neue Zeitungen im Osten. Der Graudenz'er „Gesellige“. Die „Schlesische Zeitung“. Ihre hochkonservativen Grundsätze. Ihre Beeinflussung. Die „Magdeburger Zeitung“. Ihr Kampf gegen die Intelligenz-Kontore. Die Bevormundung durch Gou- verneur und Oberpräsident. Die Zeitungen in Burg und Halle. Die „Kölnische Zeitung“ und die übrigen Kölner Blätter. Die Hamburger Zeitungen. Die Zeitungen in Bremen und Lübed. Die Frankfurter Presse. Karl Peter Verly. Das Zeitungswesen in Baden. Der „Schwäbische Merkur“. Die „Allgemeine Zeitung“. Ihre schwere Bedrückung. Cotta und der Minister Graf Rechberg. Der österreichische und französische Einfluß. Or- gane des Zensors. Starker Rückgang der Zeitung. Die öster- reichischen Zeitungen	261

3. Die Zeitschriften der zwanziger Jahre. Brodhaus über die Reichtheit der Journale. Die alten Zeitschriften. Der „Hermes“. Er erhält mehr und mehr einen politischen Charakter. Sein Inhalt. Rotted über den „Hermes“; Müllner über ihn. Brodhaus' Antwort darauf. Der „Hermes“ unter K. E. Schmid. Die „Wiener Zeitschrift“; ihre Mitarbeiter. Grillparzer und das Blatt. Das „literarische Wochenblatt“ unter Brodhaus' Redaktion; dessen Konflikte mit der preussischen Regierung. Muß zweimal den Titel ändern. Das „Morgenblatt“. Heine über die Zähmtheit des Blattes. Wilhelm Hauff übernimmt die Redaktion. Sein Konflikt mit Cotta. Sein Tod. Der „Gesellschafter“. Heinrich Heine und das Blatt. Bringt die „Harzreise“. Die „Abendzeitung“. Ihr kläglicher Inhalt. Verspottet von Hauff und Laube. Kleinere Journale. Die neuen Zeitschriften, das Mitternachtsblatt von Müllner und die „Berliner Schnellpost“ und der „Berliner Courier“ von Saphir. Der Saphirische Wip. Heine und Holtei über ihn. Die sonstigen neuen Zeitschriften. Goethe über die Journalliteratur der zwanziger Jahre 287

Zweites Kapitel. Wiedererwachen des nationalen Geistes (1830—1848) 311

1. Die Bundesstaaten und der neue Geist. Die Maßregeln zur „Bändigung der deutschen Revolution“. Die „sechs Artikel“. Weitere Beschlüsse zur gründlichen „Säuberung“. Die allgemeine Demagogenhetze. Reinigung der Zeitungsliteratur. Börne und Hoffmann von Fallersleben über die Uebe der Zeitungen. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Der Kampf der jungen Geister gegen die Zensur. Gustav Freytag über die Zensur. Wip und Satire über die Preßverhältnisse 311
2. Die Preßverhältnisse in den einzelnen Ländern. Das Zeitungswesen in Preußen seit 1830. Friedrich Wilhelms III. Erlaß gegen die „planmäßige Vergiftung des Zeitgeistes“. Das Oberzensur-Kollegium. Geh. Reg.-Rat von Rehnjes und sein Organisationsplan für die Handhabung der Zensur. Sein Mißerfolg bei Friedrich Wilhelm III. Tschoppes Gutachten über die Maßregeln gegen die Presse. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Hofrat John, der Zensur des Jungen Deutschland. Die weiteren Zensurverhältnisse des Jungen Deutschland. Aufhebung des Oberzensur-Kollegiums und Errichtung eines Oberzensur-Gerichts. Die Magerkeit der preussischen Zeitungen. Arnold Ruge über den unwürdigen Zustand. Ein Süddeutscher über Berliner Blätter. Die Bedrückung der Zeitungs-Korrespondenten. Geringes Ansehen der Journalisten. Die „Allg. Preuß.

Zeitung". Die „Spener'sche Zeitung". Neigt zur konservativen Richtung. Ihr Kunstreferent H. L. Köstler. Die „Voss'sche Zeitung", das Organ des Berliner Bürgertums. Ihr Mitarbeiter Wilibald Alexis. Friedrich Wilhelm IV. mißbilligt dessen journalistische Tätigkeit. Die beiden Cholera-Zeitungen. Der mißglückte Versuch, ein christlich-konservatives Blatt zu gründen. Die „Schlesische Zeitung". Ihre Stellung zu den wirtschaftlichen und religiösen Fragen. Die „Breslauer Zeitung". Ihr neuer Besitzer Eugen von Baer. Sein Programm. Die Redakteure des Blattes. Die Zeitung geht an H. Barth über und wird konservativ. Die „Allgem. Oder-Zeitung", der „Oberschlesische Wanderer". Die „Königsberger Zeitung". Das geistige Leben in Königsberg. Johann Jacoby über die Zensur. Georg Friedrich Hartung und sein politisches Testament. Bedeutung und Wert der „Königsberger Zeitung". Die sonstigen Blätter des Ostens. Die „Magdeburgische Zeitung". Ihre Zensurleiden. Der neue Besitzer Gustav Faber. Dessen Vater über die Situation der Zeitungen. Die „Magdeb. Btg." steht in keinem „guten Geruch" in Berlin. Ihre Weiterentwicklung. Der „Hallsche Courier". Sein Redakteur Gustav Schwetschke. Dessen Rencontre mit Friedrich Wilhelm IV. Das „Hallsche Volksblatt". Die „Kölnische Zeitung". Ihr Besitzer Joseph Du Mont. Einrichtung eines Feuilletons. Antauf des „Welt- und Staatsboten". Verbesserte Verbindung zwischen Berlin und Köln. Die Redakteure der Zeitung: Hermes, Andree, Lewin Schüking und Brüggemann. Die drückenden Zensurverhältnisse. Versuch, eine zweite Zeitung in Köln ins Leben zu rufen. Der erste Versuch mißglückt. Gründung der „Rheinischen Zeitung". Das Blatt findet wegen seiner liberalen Tendenzen großen Beifall. Ein zeitgenössisches Urteil. Die Redakteure Rutenberg und Marg. Ihre Mitarbeiter. Der Zensor Dolleschall. Die Zeitung wird unterdrückt. Das burleske Nachspiel zur Tragödie. Die kleineren Blätter des Westens.

320

3. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Zustände in Hannover. Die „Hannov. Zeitung" und ihr Redakteur Perß. Die Zensur wird nach dem Wunsche des Königs gehandhabt. Die sonstigen hannoverschen Blätter. Die Stände und die Zensur. Die Provinzpresse. Die Presse in Braunschweig, Oldenburg und Mecklenburg. Die Hamburgischen Zeitungen. Der „Hamb. unpart. Correspondent", die „Hamb. N. Zeitung", die „Börse" etc. Die Bremer journalistischen Verhältnisse. Die „Bremer Zeitung". Die Gründung der „Weser-Zeitung". Deren Redakteur Arens. Der „Bremer Courier". Die Presse in Lübeck. Das Zeitungs-

- wesen in Schleswig-Holstein. Die Wortführer für die deutschen Interessen und ihre Blätter. Die dänenfreundliche Presse. Die kurhessischen Zeitungsverhältnisse. Sylvester Jordans Pressgesetz-Entwurf. Unrechtmäßige Beschränkungen. Die Kümmerlichkeit der hessischen Zeitungen. Achtung eines Zensors. Absperrungen der „ausländischen“ Zeitungen. Die Situation in Sachsen. Die sächsischen Zensoren. Die „Leipziger Allgem. Zeitung“. Ihre ersten Redakteure. Wird in Preußen verboten. Ändert den Titel in „Deutsche Allgem. Zeitung“ und wird wieder in Preußen zugelassen. Ist jetzt „weder kalt noch warm“. Die „Leipziger Zeitung“. Die kleineren sächsischen Zeitungen . . . 369
4. Die westdeutsche Presse. Die Frankfurter Zeitungen. Ihre Situation den 39 deutschen Regierungen gegenüber. Die „Ober-Postamtszeitung“. Ihr Redakteur Hofrat Verly. Seine Ansichten über die Haltung einer Zeitung. Sein Nachfolger von Röder. Otto Müller, der Redakteur des „Conversationsblattes“. Zensurnöthe. Das „Frankf. Journal“. Vertritt liberale Tendenzen. Hält zu Ronge und wird darum öffentlich verbrannt. Das „Journal de Francfort“. Seine Schwärmerei für Rußland. Das „Intelligenzblatt“. Es offenbart sich in ihm der herb-drollige Volkscharakter. Die Zeitungen im Großherzogtum Hessen und in Nassau. Die Lage in Baden. Das politische Leben dort. Karl von Rottek, K. Th. Welcker, A. v. Ipstein, Karl Mathy und Gervinus. Der Kampf gegen die Zensur. Mathys Rede für die Pressfreiheit. Die badischen Zeitungen. Die „Deutsche Zeitung“ von Gervinus. Ihre Bedeutung. Gustav Freytag über sie. Ihre Haltung. Ihre Mängel und Schwächen. Ihr Ende. Gesamturteil über die badische Presse der 40er Jahre. 400
5. Der Journalismus in Süddeutschland. Württemberg und die Zensur. Uhlant über die Pressfreiheit. Die Regierung läßt die Eingabe der Kammer unberücksichtigt. Der „Schwäbische Merkur“ und die kleine Presse. Der „Hochwächter“, später „Beobachter“. Seine Klage über die „Nacht“. Sein Redakteur Fr. Seybold. Das „Neue Tagblatt“ und sein humoristischer Redakteur Correck. Die Situation in Bayern. Die Zensur-Verordnung von 1831. Der Kampf gegen sie. Ein neues Pressgesetz kommt nicht zu stande. Minister von Abel beschränkt die Pressfreiheit. Die allgemeine Korruption steigert sich. Wirths „Tribüne“. Siedelt von München nach Homburg in der Rheinpfalz über. Wird unterdrückt. Siebenpfeiffers „Westbote“. Eisenmanns „Volksbote“. — Die „Allgemeine Zeitung“. Steht unter bayrischem und österreichischem Einfluß. Heine schreibt für sie. Seine Klagen

	Seite
über die Streichungen. Sonstige Mitarbeiter. Ihr Redakteur Dr. Korb. Levin Schücking über ihn. Erkennt nicht die Mission Preußens. — Die sonstigen politischen Zeitungen Bayerns. . .	431
6. Die österreichischen Preßverhältnisse. Metternichs Laborat über die Presse. Die Eingriffe der Zensoren. Ein Bild von der Mäglichkeit der österreichischen Presse. Die Absperrung der ausländischen Zeitungen. Rückgang des Zeitungswesens. Versuche, eine etwas größere Preßfreiheit zu erlangen. Errichtung einer Zensur-Ober-Direktion. Gründung des „Abler“. Die „Wiener Zeitung“, der „Österreichische Beobachter“, die „Prager Zeitung“.	463
Drittes Kapitel. Der neue Geist in der Zeitschriften-Literatur (1830—1848).	473
1. Die rein politischen Journale. Die konservativen Zeitschriften. Jardes „Politisches Wochenblatt“. Verfißt die Legitimität. Ranke's „Historisch-polit. Zeitschrift“. Görres' und Philipps' „Hist.-polit. Blätter“. „Der Staat.“ Die liberalen Zeitschriften. „Das Vaterland“; die „Deutsche Monatschrift“ von Wiedermann; der „Herold“. Heide's „Lokomotive“. Ihre Schicksale in Leipzig und Halle. „Unser Planet“. „Der Wandelstern.“ „Die Sonne.“ Die „Rheinischen Jahrbücher“. Mathys' „Vaterländische Peste“. Der „Deutsche Zuschauer“. Die „Konstitution. Jahrbücher“. Die „Grenzboten“. Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda. Alfred Meißner über ihn. Die Zeitschrift vertritt die Interessen des jungen Österreichs. Wird an Grunow, Gustav Freytag und Julian Schmidt verkauft	477
2. Die Zeitschriften für die universelle Bildung. Die „Hallischen Jahrbücher“, gegründet von Ruge und Ecktermeyer. Stellen sich auf die linke Seite der Hegelschen Schule. Kritisieren die deutschen Universitäten, treten für Heine ein, bekämpfen die reaktionäre Richtung, heben Preußens großstaatliche Aufgabe hervor. Werden von Leo und dem „Politisches Wochenblatt“ angegriffen. Sollen sich unter preussische Zensur stellen. Siedeln als „Deutsche Jahrbücher“ nach Sachsen über. Werden unterdrückt. Können auch als „Deutsch-franz. Jahrbücher“ nicht bestehen. Das Cottasche „Morgenblatt“. Wagt sich nicht weit hervor. Gustav Schwab redigiert den poetischen Teil. Wolfgang Menzel gibt das „Literaturblatt“ heraus. Tritt in diesem als fanatischer Parteimann auf. Bekämpft Goethe und weiterhin das Junge Deutschland. Seine Angriffe auf Guplow und dessen „Wally“. Das klägliche Nachspiel der Guplow-Tragödie. Die „Wiener Zeitschrift“. Ihre Leiter Schick und Wittbauer. Ihre Mitarbeiter. Wittbauer über den schlechten Geschmack des Publikums. Der „Phönix“,	

	Seite
redigiert von Duller und Guxlow. Sucht die Ideen der neuen Zeit zu vertreten. Mundts „Freihafen“. Engländer „Salon“. Bäuerles „Theaterzeitung“. Guxlows „Forum der Journal-Literatur“. Das Blatt soll eine „Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung geben“. Besteht nur wenige Monate . . .	487
3. Die literarischen Journale. Sind zum großen Teil Lummelpläke des Jungen Deutschlands. Der „Telegraph“, herausgegeben von Guxlow. Entsteht in Frankfurt a. M. und siedelt dann nach Hamburg über. Seine Mitarbeiter. Wehl und Fontane über das Blatt. Guxlow über seine Tätigkeit am „Telegraphen“. Das Journal wird in Preußen verboten. Lewalds „Europa“. Guxlow über Lewald. Der Charakter der „Europa“. Wird von Gustav Kühne erworben. Mundts „Literarischer Zodiakus“, Wienbargs „Literarische und kritische Blätter“, Jungs „Literaturblatt“, Marbachs „Literatur und Kunstberichte“. Die Berliner „Jahrbücher für wissensch. Kritik.“ Eine konservative „Literarische Zeitung“. Die „Blätter für literarische Unterhaltung“. Das „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Sein Herausgeber Joseph Lehmann. Das Blatt ist ein Zentralorgan für die Besprechungen auf dem linguistischen Gebiete. Seine mannigfachen Schicksale.	508
4. Die Unterhaltungsblätter. Ihre Oberflächlichkeit. Marggraf über sie. Herloßsohns „Komet“. Dettingers „Charivari“. Der Klatsch von ganz Europa gibt sich in ihm ein Stellbildlein. Der „Leuchtturm“, herausgegeben von Ernst Keil. Sucht einen nationalen Charakter zu gewinnen. Ist darum vielen Verfolgungen ausgesetzt. Die „Bohemia“. Tritt für das Deutschtum in Böhmen ein. Die „Sachsenzeitung“, die „Rosen“, die „Jahreszeiten“, die „Zduna“, der „Dorfbarbier“, der „Hans Jörgel“, der „Soldatenfreund“. Die „Zeitung für die elegante Welt“. Ihr Redakteur Heinrich Laube. Tritt leidenschaftlich für das Junge Deutschland ein. Wird ausgewiesen und verhaftet. Gustav Kühne an seiner Stelle. Übernimmt später nochmals die Redaktion. „Der Gesellschafter“, der „Freimüthige“, das „Berliner Conversationsblatt“.	517
5. Die illustrierten Journale. Das AUSTAUCHEN der Illustrationen. Das Theatrum Europaeum, der erste Vorläufer der illustrierten Zeitungen. Die Wiederbelebung der Holzschnidekunst. Das „Pfennig-Magazin“, die erste deutsche illustrierte Zeitschrift. Die „Illustrierte Zeitung“ und ihr Gründer Johann Jakob Weber. Das Programm der „Illustrierten Zeitung“. Die Entwicklung der Zeitung. Die „Fliegenden Blätter“, die zweite illustrierte	

Zeitschrift. Ihr Gründer Kaspar Braun. Haltung der „Fliegenden Blätter“. Ihr literarischer und ihr künstlerischer Wert. — Barnhagens Urtheil über die „papierene Flut“ des Vormärz.

Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Pressfreiheit (1848 und 1849).

Erstes Kapitel. Das Zeitungswesen in Preußen

1. Die Berliner Presse. Die Aufhebung der Zensur und die Verkündung der Pressfreiheit. J. S. v. Kirchmann über die freie Presse. Die alten Berliner Zeitungen. Die neuen Blätter. Die allgemeine Haltung der Zeitungen. Die Hülflosigkeit der Blätter gegenüber der Fülle der Ereignisse. Ihr enger Gesichtskreis. Die „National-Zeitung“. Ihre Gründer. Ihr Programm. Ihr Chefredakteur F. Zabel; ihr geschäftlicher Leiter Bernhard Wolff. Ihr Mitarbeiter Rudolf Haym. Die übrigen Mitarbeiter. Wolffs Telegraphisches Bureau. Die „Urwähler-Zeitung“. Ihr Gründer A. Bernstein; ihr Mitredakteur S. Holdheim. Die „Neue Preussische Zeitung“ (die Kreuzzeitung). Ihr Gründer ist Bismarck. Dessen Stellung zur Presse überhaupt. Seine Aufforderung, eine konservative Zeitung zu gründen. Deren Programm. Die Gründung der Zeitung im Mai 1848. Ihr erster Chefredakteur Hermann Wagener. George Hefekiel. Die Haltung der „Kreuzzeitung“. Bismarcks „Kreuzzeitungs“-Artikel. Die „Constitutionelle Zeitung“, eine Gründung Hansemanns. Ihr Redakteur K. Weil hält keine bestimmte Richtung ein. Rudolf Haym übernimmt die Zeitung. Ende der Zeitung
2. Die Provinzpresse. Die Breslauer Zeitungen (die „Schles. Ztg.“, die „Bresl. Ztg.“, die „Oder-Ztg.“, die „Bresl. Morgen-Ztg.“). Die „Königsberger Hartung'sche Zeitung“. Die Stettiner Presse. Die „Magdeburg. Ztg.“. Mitarbeiter Bismarck. Die „Hallische Zeitung“. Die rheinische Presse. Die „Köln. Ztg.“. Ihre Haltung. Kleist-Repow's Kampf gegen sie. Friedrich Wilhelms IV. Unwille über sie. Ihre öffentliche Erklärung. Sie muß sich beugen. Ihr Aufschwung. Die „Neue Rheinische Zeitung“. Ihr Redakteur Marg. Freiligrath's „Abschiedsworte“. Die katholische „Deutsche Volkshalle“. Die „Rhein- und Ruhrzeitung“. Die Zeitungen von Krefeld, Trier und Koblenz
3. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Pressverhältnisse in Hannover. Die „Zeitung für Norddeutschland“. Die „Reichszeitung“ in Braunschweig. Die Hamburger Zeitungen.

	Seite
Gründer Richter. Die „Lübedischen An- leitung“. Die Presse in Schleswig-Hol- stein und Kurhessen. Detters „Neu-Hessische Zei- tung“. Die „Kasseler Zeitung“. Das politische Verhalten Wiedermanns Adresse an den König. Pressefreiheit. Die „Deutsche Allgem. Zei- tung“. Das „Dresdner Journal“.	582
Die Zeitungswesen in Nassau. Die „Nassauische Allgem. Zeitung“. Großherzogtum Hessen. Ludwig Bamberger „Frankfurter Zeitung“. Die Frankfurter Presse. Das „Frankfurter Postamtzeitung“; das „Journal de Baden“ = „Badischer Tagblatt“ und die Fürstlich- Badischen Zeitungen in Baden. Fickers „Seeblätter“ „Abendzeitung“. Die konstitutionellen	602
Deutschland. Die Presseverhältnisse in Würt- temberg. Die „Württembergische Merkur“. Dessens Leitartikel von Friedrich Strauß, G. Rümelin u. a. Ueber die Bedeutung des Kumpfparlamentes. Abels und Kunze zu Preußen zu halten. Das „Neue Tag- blatt“. Sein Redakteur Hermann Kurz. Die Frankfurter Zeitungen. Die Verhältnisse in Bayern. Die „Constitutionelle Zeitung“. Die „Neue Münchener Nachrichten“. Die „Münchener Korrespondent“. Die Cottasche „Allgem. Zei- tung“. G. Kolb. Heinrich Laube gegen die Frankfurter Zeitung. Das Blatt behält die Rich-	613
Preußen. Die Zustände bis zum Jahre 1848. Frankfurt. Der Ausbruch der Revolution. Die Frankfurter Zeitungen. Die Kapriolen der „Wiener Zeitung“ des „Beobachters“. Das „Fremden- blatt“ der neuen Blätter. Der gesellschaftliche Boden Frankfurt. Die bedeutenderen neuen Zeitungen. Die Frankfurter Gründer Leopold Häfner. „Der Frei- denkerausgeber Moritz Mahler. Die „Allgemeine Frankfurter Zeitung“. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer. „Die Frankfurter August Zeitung“. Die „Ost-deutsche Post“, Ignaz Kuranda. Das „Journal des Oester-	

	Seite
reichischen Lloyd". Eduard Warrens. Die Prager Presse. Die „Prager Zeitung“ und die „Bohemia“ . . . ,	623
7. Die Journalliteratur von 1848 und 1849. Die alten Zeitschriften. Die „Grenzboten“. Ihre neue Haltung unter Freytag und Julian Schmidt. Die neuen Zeitschriften. Es erscheint eine Masse von unbedeutenden Blättern. Der Unterschied der Stimmung zwischen Nord und Süd. Der „Kladderadatsch“. Sein Gründer Kalisch. Die erste Nummer des „Kladderadatsch“. Sein Zeichner Scholz. Sein Redakteur Ernst Dohn. Dieser gibt dem Blatte den literarischen Charakter. Rudolf Löwenstein, der Poet des Blattes. Die sonstigen Mitarbeiter. Der Verleger Albert Hofmann. Schlußbetrachtung über die Presse von 1848 und 1849	651
Schluß. Ausblick in die fünfziger und sechziger Jahre	666



Erster Abschnitt.

Befreiungskriegen bis zu den
elsbader Beschlüssen.

(1814—1819.)

Erstes Kapitel.

Erwartungen und Hoffnungen.

Stimmung nach den Befreiungskriegen. Allgemeine Ver-
der Zorn gegen die ehemaligen Anhänger Napoleons.
den ersten Pariser Frieden und die Kläglichkeit des
zweite Pariser Friede. Die Hoffnung auf Preußen.
nung der preussischen Bureaokratie. Auftreten des
riedrich Wilhelm III. und die Schwankung der
zur antinationalen Richtung. Die Folgen dieser
wendet sich in ihrer Hoffnungslosigkeit Sonderbe-
npfe um die Verfassung. Das Wartburgfest. Die
Ermordung Kotzebues.

ge hatten den Geist der Nation aufs tiefste
um schlugen denn jetzt, nachdem der ver-
endlich überwältigt worden war, die Flam-
indischen Begeisterung allerwärts hell empor.
in die Zukunft. Eine ganz neue Zeit müsse
te man. Geläutert durch das lange Un-
sten und Völker in steter Harmonie nur
Allgemeine Wohl zu befördern suchen, und
deutsche Volk wieder seinen früheren ersten
ien Europas erhalten. Erfüllt von dieser
f denn auch Ernst Moritz Arndt in seinem
: „Wir leben in einer neuen Zeit, wir
t, wir warten einer deutschen Herrlichkeit!“
hrte in einer Schrift „Das große Friedens-
alter“, die er 1814 erscheinen ließ, breiter
der Weltherrschaft verkündigt der Engel
es deutschen Zeitungswesens.

des Friedens den gefesselten Geistern Freiheit, den niedergetretenen Völkern fröhliches Aufleben, den unterjochten Fürsten Unabhängigkeit und Ruhe. Die Toten stehen auf, und das groß Klaghaus ist in einen Schauplatz der Freude verwandelt. Aber so Großes geschehen ist, noch Größeres muß folgen, wenn wir der neuern, bessern Zeit würdig werden wollen. Vom Gefühle der Freiheit gehoben, laßt uns Geisteswürde, Geisteshoheit als die wohlthätige Sonne leuchten, welche die neue Welt bestrahlt, erwärmt und fruchtbar macht! Des Schwertes Siege sind errungen, die Herrschaft humaner, auf Völkerglück gerichteter Ideen sei ihr goldenes Zeitalter! Die Fesseln der Weltdespotie sind gesprengt, die ruchlose Gewalt liegt im Staube; aus ihren Trümmern gestalte sich ein herrlicher Bau, wo der frevelnden Willkür keine Träne fließt und der wilden Herrschsucht kein Leben fällt. Und unsere herrlichen Fürsten, noch herrlicher in der Schule der Unglücks geworden, fühlen es gewiß, welche Schuld sie ihren Völkern abzutragen haben. Für sie bluteten die Söhne der Vaterlandes und Vater- und Mutterherzen; für sie bewaffnete sich der Arm des Gatten, seines Weibes und Kindes vergessen; für sie gab der Untertan sein letztes Scherflein hin und erduldet Lasten, Beschwerden, Sorgen, welche nur Gott zählt. Die erschöpften Völker, deren starker Arm die ihren Fürsten entriß, Kronen, Länder, Gewalt und Herrlichkeit wieder eroberte, blickten auf die Erhabenen mit dem Vertrauen hin, daß ihre Weisheit und Gerechtigkeit auch Ersatz für langen Jammer seihen, und die Tränenfaat der Väter eine reiche Ernte für Enkel und Kind entkeimen werde."

Zunächst freilich mußte man erst seinem lange verhaltenen Groll Luft machen, sowohl gegen den gestürzten Tyrannen, als gegen die vielen „Entarteten“, die sich zu „Schergen der Freuden“, oder wenigstens „zu ihren Lobhudlern“ hergegeben hatten. Napoleon wurde förmlich mit Spott und Hohn überschüttet; erschienenen Tausende von Flugblättern mit Zerrbildern des Enthronen und mit Karikaturen von den heimgejagten Franzosen; doch wurde wenig Geschmack und wenig Geist entwickelt. Die ehemaligen Freunde der Franzosen faßte Arndt in seinem „Geist

Haben nicht“, sagt er dort, „deutsche
 iparte, den hinterlistigsten, treulossten,
 unsamsten aller Tyrannen, die je die Ge-
 n Weltbefreier und Weltbeglückter, den
 ller deutscher Freiheit und Glorie, den
 es Zeitalters, den Heiland der Erde, das
 1, den Anführer und Ausführer neuer
 Die solches tun konnten, hatten kein deut-
 rust; sie fühlten den heiligen Born für
 eiheit nicht mehr in ihren geizigen und

Sa, Verachtung und Fluch treffe alle
 tistisches und französisches Evangelium
 ist zu hoch, und wäre es ein Hamans-
 ude sichtbar genug hinge!“

gen traten aber bald zurück vor der Sorge
 eutschlands. Das alte deutsche Reich, so
 rhergestellt werden in seiner alten Herr-
 ügt. Dabei müsse allgemeine politische
 man träumte sogar davon, auch die kon-
 iten zu beseitigen und eine allgemeine
 zu rufen. Alle diese Hoffnungen wurden
 rübt.

r erste Pariser Friede eine Menge Ent-
 Bestimmtheit hatte man in weiten Kreisen
 Elsaß-Lothringen jetzt wieder von Deutsch-
 n werde; allein die Diplomatie machte
 beten Regierungen nur gegen Napoleon
 zösische Volk gekämpft hätten, daß man
 zösische Volk schädigen dürfe. Vergebens
 naparte sterben die Franzosen noch nicht;

Troß ist der französische Übermut und
 gt, noch die unruhige Ehrsucht des gauloi-
 ert. Die Franzosen haben viel durch ihn
 itt mehr durch die Franzosen, als durch
 rei und Treulosigkeit, womit sie immer
 Büttern ihrer Nachbarn gelüstete, nur die

Krone aufgesetzt. Sie werden auch nach ihm sein, die sie im gewesen sind, und von dem vor ihm und mit ihm Gerau freiwillig auch nicht das Geringste herausgeben wollen. Bonap wird fallen; aber töricht ist die Meinung derer, welche glau daß die Franzosen nach seinem Falle ruhig werden, ja, daß was sie nie waren, ein mäßiges und gerechtes Volk sein wer Mein, sie werden bleiben, die sie sind.“ Die Diplomatie harrte aber bei ihren Anschauungen, und es wurde bei Friedensschlusse eine unerhörte Milde beobachtet.

Sodann blieb der Wiener Kongreß vollständig hinter Hoffnungen zurück, die man auf ihn gesetzt hatte. Der W der Nation, Deutschland wieder zu einer politischen Einheit sammengeschweißt zu sehen, ging nicht in Erfüllung, der T von einer allgemeinen gleichen Justizverwaltung, einem allgem deutschen Gesetzbuche, von der Gleichheit der Münzen, des P und des Gewichtes, der Aufhebung der Mauten und Zöl Innern von Deutschland, der Freiheit und Sicherheit des He gegen das Ausland hin, von einer allgemeinen Militäreinri und vielen anderen zerrann. Statt dessen kam die U Bundesakte, die einen förmlichen Sturm der Entrüstung im g Volke hervorrief.

Der zweite Pariser Friede besserte zwar die Verhältni ein wenig; Saarlouis und die Festung Landau kamen u Deutschland, außerdem wurden die unter der französischen R und dem Kaiserreiche geraubten Kunstschätze von ihren tümern zurückgenommen. Die allgemeine Situation blieb ab selbe: statt eines festgefügteten deutschen Reiches mußte m mit einem nur durch ein lockeres Band zusammengehaltenei schen Bund begnügen.

Trotzdem gab man im Volke die Hoffnung nicht au noch zu besseren staatlichen Verhältnissen zu gelangen. Osterreich allerdings — das war ja allgemein klar gewor konnte man nichts erwarten; das hatte sich in den letzten gegen Napoleon fast ganz passiv verhalten, war währe Kongresses nur bemüht gewesen, die Konsolidierung des Staates zu fördern, und zeigte sich nun einer freiheitlich

is vollständig abgeneigt. Dagegen schienen
 ißen viel günstiger zu liegen. Dort hatte
 so ziemlich die ganze Bevölkerung erfaßt,
 ig war von dem Bestreben erfüllt, die
 gemäß umzugestalten. Auf dem Kongresse
 Staatsmänner für eine festere Zusammen-
 undes und für die Errichtung landstän-
 den einzelnen Bundesstaaten eingetreten,
 22. Mai 1815, erschien jene berühmte
 : preußischen Volke eine Nationalrepräsen-
 chste Zeit in Aussicht stellte. Ein solches
 haftesten Sympathieen für Preußen wecken.
), wo die Regierungen von Bayern und
 ier große Neigung für das napoleonische
 iment der Willkür, zeigten, blickte die Be-
 l nach dem Norden und erörterte sogar
 n Schutzkönig, oder ein Bundeskönig der
 sei, der dann dem deutschen Volke eine
 müsse. Dieser Bundeskönig könne natür-
 n Preußen sein.

ngen von Oesterreich, Bayern und Württem-
 ationalen Bestrebungen durchaus abhold.
 h und der leitende Minister Bayerns, Graf
 ihnen mit allen Kräften entgegen, und auch
 ie einflußreiche Partei, die solche freiheit-
 s Volkes nicht wollte. Es war dies die
 . Bureaucratie, die in der napoleonischen
 großer Macht gelangt war und nun ihre
 einzubüßen fürchtete. Sehr bald trat diese
 g der preußischen Bureaucratie in greller
 tigte Schmalz'sche Denunziation des Tugend-
 ung. In einer Broschüre, mit der er, wie
 lbst betreffende Stelle der Venturinischen
 olle, die aber schon längst berichtigt war,
 urat Schmalz in Berlin zunächst gegen den
 überhaupt gegen die geheimen politischen

Bereine, die nach seiner Meinung die ganze jehige Bewegung hervorgerufen hätten und im höchsten Grade staatsgefährlich sei. Ohne alle Begründung schlenbert er die heftigsten Beschuldigungen gegen die nationalen Bestrebungen und suchte sie verächtlich machen. „Das Dasein solcher Verbindungen“, rief er aus, „breitet Furcht unter den Bürgern aller deutschen Lande und füllt den rechtlichen Bürger der preussischen Staaten mit Unwill. Von solchen Bündeln gehen aus jene pöbelhaften Schmähe gegen andere Regierungen und jene tollen Deklamationen: Vereinigung des ganzen Deutschlands unter eine Regierung (einem Repräsentativsystem, wie sie das nennen), eine Vereinigung welcher von jeher der Geist aller deutschen Völker widerstrebt für welche aber jetzt die Anhänglichkeit an die besonderen Dynastien durch Hohn und Aufwieglung in jeder deutschen Provinz niedergedrückt werden soll.“ Weiter hieß es dann: „Wie maass die Jakobiner die Menschheit, so spiegeln sie die Deutschen vor, um uns den Eid vergessen zu machen, wodurch wir seinem Fürsten verwandt sind. Wenn Jahrtausende aus Deutschen nicht ein Volk machen konnten, wenn von jeher Saaxen und Reich, Welfen und Waiblinger, Union und Ligue Deutschland zerrissen, so oft solche Art von Einheit zwischen Deutschen versucht wurde, so ist doch Geschichte und Pflicht von ihnen gering geachtet; — ob vielleicht auch ihnen das Gouvernament einer Provinz oder sonst eine Machtstelle zufallen möchte, vor allem ein reiches Einkommen . . . Diese Menschen werden durch Krieg der Deutschen gegen Deutsche Eintracht in Deutschland bringen, durch bitteren gegenseitigen Haß Einheit der Regierung gründen und durch Mord, Plünderung und Notzucht deutsche Redlichkeit und Zucht vermehren.“ Schliesslich bestritt sogar, daß sich die patriotische Partei irgend welche Verbindungen um die Erhebung vom 1813 erworben habe; eine Begeisterung sei gar nicht vorhanden gewesen. Der ganze Krieg sei ein vom Könige Friedrich Wilhelm organisiert worden. Wer etwas anderes behaupte, sage nur feck die Unwahrheit. Das deutsche Volk habe vielmehr ruhig auf den Wink des Königs gewartet. „Keine Begeisterung“, schloß er, „überall ruhig und desto

tigeres Pflichtgefühl — alles eilte zu den Waffen und zu jeder Tätigkeit, wie man aus ganz gewöhnlicher Bürgerpflicht zum Löschen einer Feuersbrunst beim Feuerlärm eilt. — Und nun wollen jene den Ruhm des Volkes sich zulügen.“

Diese Behauptungen und Anschuldigungen des Geheimrats Schmalz riefen ein ungeheures Aufsehen hervor. In so frecher Weise war noch niemals der Wahrheit ins Gesicht geschlagen worden. Entrüstet wiesen Niebuhr, Schleiermacher, Krug u. a. die Beschuldigungen zurück, und Niebuhr erklärte nachdrücklich, das Gerücht von geheimen politischen Vereinen sei weiter nichts als ein leeres Märchen. Trotzdem erhielt sich der Erfolg der Schrift ungeschwächt und zog immer weitere Kreise.

Am tiefsten wurde von ihr wohl Friedrich Wilhelm III. berührt. Die Jakobiner waren in ihr herausbeschworen worden; alle die Gruel der französischen Revolution mochten vor des Königs geistigem Auge wieder auftauchen. Entfesselte er jetzt nicht vielleicht alle jene wilden politischen Leidenschaften, die während der französischen Revolution so entsetzlich gewüthet hatten, wenn er den nationalen Bestrebungen, die so laut nach Anerkennung rangen, die Zügel schießen ließ? Ängstlich suchte er die Schranken festzuhalten, in denen das Staatsleben sich zur Zeit bewegte, und alle Neuerungen, die ins Unsichere führten, fern zu halten. Damit aber hatte die Bureaucratie gesiegt. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg mußte, um sich im Amte zu erhalten, die liberale Richtung, die er bisher verfolgt hatte, aufgeben, und dadurch gewann der reaktionäre Polizeiminister Fürst Wittgenstein die Oberhand. Die Folgen zeigten sich bald. Die Debatte über die Schmalzsche Schrift wurde, ohne daß die Anschuldigungen auf ihren Grund geprüft worden waren, einfach durch eine Kabinettsordre vom 16. Januar 1816 verboten und außerdem die Zensurvorschriften verschärft. Bald nachher erfolgte die Entfernung vieler bedeutender Männer, die zur nationalen Partei gehörten, aus ihren Stellungen, so die Niebuhrs, Gruners, Steins, Blüchers, Gneisenaus, Yorks, während der Geheimrat Schmalz den roten Adlerorden erhielt.

Diese Schwentung der Berliner Regierung zur antinationalen

Nichtung rief in ganz Deutschland bei allen Nationalgesinnten den heftigsten Unmut hervor; die bisherigen Sympathieen für Preußen schlugen in allgemeinen Haß um. Aber es traten auch noch andere Folgen zu Tage. Die Regierungen von Bayern und Württemberg suchten jetzt die Sympathieen, die Preußen verloren hatte, für sich zu erwerben, nahmen im Umsehen die Miene einer nationalen Gesinnung an und begeisterten sich sogar für die deutsche Einheit, die sie bisher bekämpft hatten. Diese war auf einmal das allgemeine Bedürfnis aller deutschen Völker, und natürlich meinte man in München, daß nur Bayern den Mittelpunkt der deutschen Einheit bilden könne, während man in Stuttgart, wenn auch nicht so deutlich, auf Württemberg hinwies. Daß diese Deklamationen nur einen diplomatischen Schachzug darstellten, war natürlich jedem Einsichtigen klar. Eine weitere Folge der Schmalzischen Schrift bestand darin, daß Metternich, der jetzt mit den Regierungsgrundsätzen Preußens harmonierte, bald mehr und mehr das Ohr Friedrich Wilhelms III. gewann und schließlich den König ganz beherrschte. Dabei ordnete sich Preußen in verhängnisvoller Weise Oesterreich unter.

Dieses Ergebnis der Befreiungskriege erfüllte alle Nationalgesinnten mit dem Gefühl bitterer Enttäuschung. Eine allgemeine Hoffnungslosigkeit trat allwärts zu Tage. Die Nation gab den deutschen Gedanken auf, und in den einzelnen Ländern wandte man sich jetzt den Sonderbestrebungen zu. Es begannen die Kämpfe um die durch den Artikel 13 der Bundesakte in Aussicht gestellten Verfassungen in den einzelnen deutschen Ländern. Hierbei büßte die öffentliche Meinung mehr und mehr ihren großen Zug ein; es bildete sich sogar eine gewisse Eifersucht unter den deutschen Ländern heraus, bei der man sich gegenseitig zu hemmen und zu beschränken suchte.

Doch vollzog sich die Lösung der Verfassungsfrage nur sehr langsam, und bei verschiedenen Staaten blieb sie vollständig aus. Der erste, der sein gegebenes Wort erfüllte, war der Großherzog Karl August von Sachsen-Weimar. Er eröffnete bereits am 7. April 1816 den ersten konstituierenden Landtag, worauf am 5. Mai 1816 das Grundgesetz über die landständische Verfassung

g entsprach auch den Erwartungen; nur äuschte sie. Der Preßfreiheit war in der keinem Worte gedacht, sondern sie war cheuk“ von oben herab hinzugefügt worden.

Konstitutionsurkunde im Mai 1818, in lben Jahres verkündigt; in Württemberg erquicklichen Kämpfen im September 1819 t Stunde; in Sachsen blieb es, da der t und der Hochadel sich wenig geneigt veralteten Schattenrepräsentation, die nur nd den Vertretern der privilegierten Städte t es sich in Hannover, doch schaltete hier hlimmer. Dem Adel wurden wieder sämt= unt, die er in der westfälischen Zeit ver= n mußten also wieder alle Frohn= und ehemaligen Abgaben an die Ritterguts= urden aber die Grundsteuern, die in der der Herrendienste und sonstigen Abgaben en, keineswegs abgeschafft. Die Bauern :zahlen. In Kurhessen entbraunte sehr bald reit zwischen dem Kurfürsten Wilhelm I. iberufenen Ständen, besonders wegen der ermögens vom Hausvermögen des Kur= suchte in ganz unerhörter Weise auf Kosten e Privatkasse zu bereichern und zeigte sich sversuchen so halsstarrig, daß ein Grund= kam. Daraus entwickelten sich die tran= o daß die Bauern am Diemelströme in eputierten klagend anriefen: „Die Franz= um, aber die jezigen sind, wenn man alle , noch schlimmer!“

auptmächten versank Österreich sehr bald g= und begeisterungslose Genußleben, das jnet hatte, und Metternich tat alles, diese alten. Mit brutaler Zähigkeit bildete er des Stillstandes und des Rückschritts“

heraus, bei der der Artikel 13 der Bundesakte jede Bedeutung verlor. Es blieb also bei den alten „Postulatenlandtagen“, die ein bloßes Scheindasein führten.

Ganz anders in Preußen. Hier herrschte von jeher ein reges geistiges Leben; von hier aus war der Kampf gegen die Fremdherrschaft ausgegangen; auch jetzt noch erfüllten die politischen Ideen das öffentliche Leben, und alles drängte zur weiteren staatlichen Entwicklung. Vor allem verlangte man die versprochene Verfassung. Aber der König Friedrich Wilhelm III. war durch die Verdächtigungen der Schmalz und Genossen so besorgt geworden, daß er schließlich in dem Wahn lebte, der preußische Staat stehe am Rande eines Abgrundes, und es könne nur die Gefahr vermehren, wenn ihm jetzt eine ständische Verfassung gegeben würde. Und als er schließlich ungestüm mit Adressen bestürmt wurde, in denen man ihn an sein Versprechen von 1815 erinnerte, erklärte er in erregtem Tone in einer Kabinettsordre: Weber in dem Edikte vom 22. Mai 1815, noch in dem 13. Artikel der Bundesakte sei eine Zeit bestimmt worden, binnen welcher die Verfassung des Staates eingeführt werden solle. Nicht jede Zeit sei die rechte, eine Veränderung in der Verfassung des Staates einzuführen. Wer den Landesherrn, der diese Zusicherung aus ganz freier Entschließung gegeben, daran erinnere, zweifle freventlich an der Unverbrüchlichkeit seiner Zusage und greife seinem Urtheile über die rechte Zeit der Einführung dieser Verfassungen vor, welches Urtheil ebenso frei sein müsse, wie der erste Entschluß es gewesen sei. Er selbst werde den Zeitpunkt bestimmen, wann die Zusage einer landständischen Verfassung in Erfüllung gehen solle, und er werde sich durch unzeitige Vorstellungen im richtigen Fortschreiten zu diesem Ziele, worüber unlängst die nötige Erklärung bei dem Bundesvereine abgegeben worden und demgemäß die weitere Vorbereitung erfolgen werde, nicht übereilen lassen. Der Untertanen Pflicht sei es, im Vertrauen auf die freie Entschließung, welche jene Zusicherung gegeben, und den betreffenden Artikel der Bundesakte veranlaßt habe, den Zeitpunkt abzuwarten, den er, von der Übersicht des Ganzen geleitet, zu ihrer Erfüllung geeignet finden werde.

Zeitpunkt“ hat er aber nie gefunden, Ereignisse ein, durch die er seine Beurteilung der Zeitverhältnisse wesentlich äumen der jugendlichen Begeisterung beim Ermordung Robespieres durch Sand.

2 staatliche und man kann sagen auf die g Deutschlands einen ganz außerordent- hneidenden Einfluß ausgeübt, doch nicht agende Taten waren, sondern weil die für ihre Zwecke in der weitgehendsten nen dabei eine Wichtigkeit beilegte, die sie rden sie doch geradezu als die Vorboten en Revolution ausgerufen.

11 Genüge, daß die Feier auf der Wart- aterlandsiebe, von tiefem sittlichen Ernst 2 ehre Begeisterung alle die deutschen ich dort oben in der Feste versammelten. 1809 kriege war ein ernsterer Ton in die end gekommen. Viele Studenten hatten ften gegen Napoleon teilgenommen und n Studien zurückgekehrt, von dem rohen nschaften“ angewidert. Da schlug Zahn, end, vor, die Verbände der Landsmann- in Abbild des zerstückelten Vaterlandes n ihre Stelle eine einzige allgemeine Ver- nschaft“, zu setzen, als deren oberster ffenschaftliche Auszubildung zum Dienste des s gelten müsse. Dieser Vorschlag fand schulen wurden Zweigvereine der Burschen- auf der Wartburg erfolgte sodann am Schlachttage von Leipzig, der Zusammen- ine zu der allgemeinen Vereinigung. Aus en, Göttingen, Halle, Heidelberg, Jena, , Rostock, Tübingen und Würzburg trafen i nahmen an dem feierlichen Akt die Be- id die Professoren Schweiger, Oken, Fries

und Kiefer aus Jena teil. Der Student Niemann, ein Ritter des Eisernen Kreuzes, hielt vor einem Altar die Weihrede, in der er zur Anhänglichkeit an das große deutsche Vaterland mahnte und in aller Namen gelobte, „zu streben nach jeder menschlichen und vaterländischen Tugend“. Weiterhin sprach noch, von den Studenten dazu aufgefordert, Professor Fries in gleichem Sinne und schloß mit den Worten: „So. bleibe Euch und uns der Wahlspruch: Ein Gott, Ein deutsches Schwert, Ein deutscher Geist für Ehre und Gerechtigkeit!“

Damit schloß die offizielle Feier; doch wurde im Laufe des Tages noch manches begeisterte Worte gesprochen und auch am Nachmittage in Erinnerung an den Beginn der deutschen Reformation vor dreihundert Jahren in der Stadtkirche zu Eisenach ein Gottesdienst abgehalten. Aber es folgte am Abend auch noch eine Nachfeier, und diese zog alle die unseligen Folgen nach sich, die sich alsbald an das Wartburgfest knüpfen sollten. Eine kleine Schar der Festteilnehmer hatte sich auf den der Wartburg gegenüberliegenden Wartenberg begeben, um dort zum Gedächtnis des Tages von Leipzig, wie es damals auf vielen Bergen Thüringens geschah, ein Freudenfeuer anzuzünden. Bald loderten denn auch die Flammen empor, und dabei kam einer der Studenten, Rödiger aus Jena, auf den Einfall, auch die Zeugnisse des rückföhrlichen Geistes, der jetzt nach Herrschaft ringe, hier mitzubrennen und sie dadurch der allgemeinen Verachtung preiszugeben. Darauf flogen die Schriften von Schmalz, Kampf, Cromé, Dabelow, Kogebue und noch mancher anderer — meist nur in ihrem Titel — in das prasselnde Feuer, und schließlich folgten sogar noch einige andere Symbole veralteter Zustände: ein preussisches Gardeschürkleib, ein österreichischer Korporalstock und ein heftischer Zopf.

Diese Possé blieb aber zunächst dem weitaus größten Teile der Festteilnehmer unbekannt; in der Überzeugung, eine schöne harmonische Feier begangen zu haben, zogen sie am anderen Morgen wieder in ihre Heimat. — Einige Zeit nachher jedoch erfuhren verschiedene der Geächteten etwas von dem Auto da-fé und erhoben nun großen Lärm; Herr von Kampf geriet in hef-

Die Presse rief nach dem Strafrichter, und
 brachte die Sache in die Hand. Eine
 preussischen Staatskanzler Fürsten Har-
 denbergs Bevollmächtigten Grafen Zichy
 gewichtigen Miene nach Weimar und Jena
 Großherzog die Maßregeln, die gegen diese
 gefährlichen Umtriebe zu treffen seien.
 Großherzogliche Ministerium ein Rundschreiben
 , in welchem es sich gewissermaßen ent-
 schuldigenden Übermut zugelassen zu haben. Da-
 gegen Gelegenheit keineswegs erledigt, sondern es
 unglückselige Verfolgung jeder freiheitlichen Re-
 ze „Demagogenerie“, die über Deutschland
 (Dumpfheit und Stumpfheit gebracht hat.
 Diese Situation durch die unglückselige Tat
 1819. Kozebue hatte sich nach den Be-
 die Seite der Aristokratie gestellt und war
 auf der russischen Regierung getreten. Dieser
 ers über das politische Leben und vor allem
 an den Hochschulen. Dabei übergieß er alles,
 e, mit Spott und Hohn. Die Folge davon
 iger Haß der gesamten deutschen akademischen
 der sich in dem leicht erregbaren Sand schließ-
 erte, daß er im März 1819 nach Mannheim
 Kozebue damals lebte, und ihn mit den Worten
 des Vaterlandes!“ niederstach.

„Ich schlug die Tat ins Volk!“ schreibt Görres in
 „Deutschland und die Revolution“, und Hardenberg
 spricht von der Tat ausgerufen haben: „Nun ist
 in Preußen eine Unmöglichkeit!“

Beschlüsse und die Ernennung einer Zentral-Kommission zur
 demagogischen Umtriebe. Die allgemeine Trostlosigkeit über
 der Verhältnisse. Hoffes Satire auf die Knebelung der Presse.
 Tat hatte der Fürst Hardenberg die neue Situation,
) die Ermordung Kozebues ergab, sofort richtig

erkannt. Metternich nutzte die Stimmung eiligst aus, und der eingeschüchterte und des höchsten besorgte König Friedrich Wilhelm III. gab sich ihm ganz gefangen. Schon wenige Monate später brachte Metternich eine Ministerversammlung in Karlsbad zu stande, auf der die Gefahren, in die sowohl der Bund im ganzen wie die einzelnen Bundesstaaten durch die revolutionären Umtriebe und die demagogischen Verbindungen geraten seien, dargestellt und die Maßregeln, die zu ergreifen seien, beraten wurden.

Wir sind heute durch die von 1880 bis 1884 von seinem Sohne und A. von Klukowström herausgegebenen hinterlassenen Papiere Metternichs genau über die maßgebende Rolle, die der österreichische Staatsmann schon lange vor den Karlsbader Beschlüssen und dann während der Ministerkonferenz selbst spielte, unterrichtet. Bei dem heftigen Widerwillen, den er gegen jede Volksvertretung hegte, malte er den preußischen Staatsmännern schon bald nach dem Wartburgfeste die Gefahren, in die der preußische Staat geraten würde, wenn das Land die verheißene Verfassung erhielt, in den schwärzesten Farben. „Eine Zentralrepräsentation durch Volksdeputierte,“ schrieb er mit der ganzen Überzeugung von seiner hohen staatsmännischen Weisheit, „ist die Auflösung des preußischen Staates. Sie ist es, weil sich eine ähnliche Neuerung in keinem großen Staate ohne Revolution einführen läßt, oder zur Revolution führt, weil der preußische Staat vermöge seiner geographischen Lage und seiner Zusammensetzung keiner Zentralrepräsentation im reinen Begriff fähig ist, weil derselbe vor allem einer freien und gediegenen militärischen Kraft bedarf und diese nie neben einem reinen Repräsentativsystem bestehen kann und wird.“ Weiterhin erklärte er dann, daß Hand in Hand mit den Vorkehrungen gegen die Volksvertretungen auch die geeigneten Maßnahmen gegen die Pressefreiheit getroffen werden müßten, damit besonders dem Geschrei der Professoren, „der größten deutschen Revolutionäre“, ein Ende gemacht werden könne. Er hatte daher schon 1818 Verhandlungen wegen Beschränkung der Presse mit Preußen angeknüpft; es war aber zu keinem Ergebnis gekommen. Jetzt nun aber, nach der Ermordung Rogebues, mußte das Eisen schnell geschmiedet werden, so lange es noch warm war.

Die erste Nachricht von der That erhielt der Fürst durch Genz, der, nachdem er seinen Herrn von dem Ereigniß unterrichtet hatte, sofort die Folgerung zog, „daß die gewaltsamsten Katastrophen in der moralischen und physischen Welt, wenn auch nicht mehr für die, welche darunter erlagen, doch für die übrigen nützlich und sogar wohlthätig werden können, wenn sie Entschlüsse wecken und Maßnahmen befördern, die sonst vielleicht nur viel später, vielleicht nie zur Wirklichkeit gekommen wären.“ Sicherlich werde, da das Attentat gegen einen russischen Staatsbeamten verübt worden sei, Kaiser Alexander ohne allen Rückhalt auf Preußen, auf Bayern, auf Deutschland einzuwirken suchen und dadurch aller Unentschiedenheit und Halbheit ein Ziel setzen. Besonders aber, des sei er überzeugt, werde nun auf eine Reihe von Jahren den Debatten über die Preßfreiheit ein Ende gemacht sein, denn es sei kaum glaublich, „daß irgend ein Bundesstaat unverschämt genug wäre, jetzt noch die Einführung der Preßfreiheit denjenigen Regierungen zuzumuten, die sie bisher nicht geduldet haben.“ Jedenfalls werde Oesterreich die erste Gelegenheit ergreifen, um mit Nachdruck zu erklären, „daß es den ewig unverzeihlichen Artikel der Bundesakte, der von gleichförmigen Verfügungen über diesen, die innere Landeshoheit und Souveränität in ihren allerwesentlichsten Rechten und Verpflichtungen berührenden Gegenstand spricht und träumt, ein für allemal als unausführbar und abgetan betrachtet und in keiner Diskussion darüber je wieder teilnehmen wird.“

Diesen Ansichten stimmte der Fürst vollständig bei. Er erwiderte, er sei entschlossen, „der Sache die beste Folge zu geben, die möglichste Partie daraus zu ziehen“; aber es beschlich ihn doch eine gewisse Angst, auch er könne einmal von dem „Dolche irgend eines Narren“ erreicht werden, darum möge man die Angelegenheit mit möglichster Ruhe und Kälte behandeln. Der ganze Feldzug dürfe kein Aufsehen erregen.

Die Beratungen in Karlsbad (von Ende August bis Anfang September 1819) wurden daher in aller Stille gepflogen. Bevor sie jedoch eröffnet wurden, nahm Metternich in Tepliz Gelegen-

heit, dem Könige von Preußen erst in der geschicktesten, aber auch intensivsten Weise seine Ansichten über die Lage darzulegen und ihn für die Maßregeln, die zu ergreifen seien, zu gewinnen. Die Verschwörung habe, erklärte er dem Könige rundweg, ihren Ursprung und ihren Sitz in Preußen; die unteren Verschwörer seien nunmehr bekannt, die oberen noch nicht; doch wisse man so viel von ihnen, daß sie in den höchsten Kreisen zu suchen seien. Und als der König den Wunsch aussprach, es möchten während Metternichs Anwesenheit gleich bestimmte Grundsätze festgesetzt werden, die sodann unverbrüchlich ausgeführt werden müßten, erwiderte Metternich, die ganze Sache beschränke sich auf einen Satz. Wenn Seine Majestät entschlossen sei, keine Volkervertretung in seinem Staate einzuführen, der sich weniger als irgend ein anderer hierzu eigne, so sei die Möglichkeit der Hülfe vorhanden. Sonst bestehe keine andere. „Dies war bereits meine Idee,“ entgegnete der König; „trachten Sie, die Leute schriftlich zu binden.“

Damit hatte Metternich seine Vollmacht. Der König gab ihm förmlich *plein pouvoir*, und er konnte daher in der Konferenz alles das durchsetzen, was er wollte. Er schilderte die Lage als im höchsten Grade bedenklich und erklärte schließlich, falls der deutsche Bund sich nicht zur Bekämpfung der Revolution aufrufen wolle, Österreich sich im ärgsten Falle allein retten werde.

Darauf schlug Preußen einen Gerichtshof für Revolutionäre und Verschwörer vor; allein Metternich entgegnete, es sei doch nicht sicher, daß man schon in der nächsten Zeit eine größere Anzahl von Schuldigen, die man zu Kapitalstrafen verurteilen könne, herauszufinden vermöge. Würde nun aber eine so große Anstalt nur mit kleinen Resultaten zu tun haben, so wäre das eher kompromittierend, als heilbringend. Er befürworte daher nur die Errichtung einer Untersuchungskommission; habe diese genügendes Material zu Tage gefördert, so könne man sich immer noch zur Errichtung des Gerichtshofes entschließen.

Dieser Vorschlag fand allgemeine Zustimmung, worauf das nähere in einer Reihe von geheimen Konferenzen festgestellt wurde.

ber davon zunächst nichts; doch wurden Bundesstags-Präsidial-Gesandten Grafen mitgeteilt, worauf dieser am 20. September zu Frankfurt in einem längeren mit den Gemüthern, besonders der akademischen bedenkliche Lage, in der sich die deutschen befand, bis er schließlich die Maßregelpfug dieser Gefahr zu ergreifen seien — des Karlsbader Kongresses.

Die Punkte zu genauer Erwägung empfohlen: 1. über den Sinn und die daraus entsprungene Bedeutung des Artikels 13 der Bundesakte; 2. die Folgen von den der Bundesversammlung zuwendenden und von der Unzulänglichkeit der Mittel, diese geltend gemacht werden könnten; 3. die Folgen für den Schul- und Universitäten-Wesen; 4. die Freiheit der Presse und insbesondere der von den Zeitungen bisher getriebene Unfug, und endlich die Antriebe zur Bewirkung einer Revolution in

dem Namen der Präsidial-Gesandte den Antrag: hinsichtlich des baldigst eine angemessene, dem „moderate“ entsprechende Auslegung und Erläuterung des Artikels folgen zu lassen, vor dessen Erscheinen in mehreren Bundesstaaten vorliegenden ständischen Beschlüssen gefaßt werden möchten; inbetreff des Antrags der Bundesversammlung den Entwurf einer Ordnung mit, deren Prüfung sofort vorgezogen wurde; gleiches geschah mit einem Plane, welcher die Mittel zu ergreifenden Maßregeln enthielt; die Wichtigkeit war der Entwurf zu einem provisorischen Statute, welches die Preßmißbräuche, besonders in den Zeitungen und Flugchriften, verhütet werden sollten; endlich den fünften Punkt betraf, so schlug Graf v. Saurweber die Einsetzung einer Central-Kommission vor, die die Angelegenheit auszuheben und unter dessen unmittelbarer

Aufsicht stehende Untersuchung der demagogischen Umtriebe in Deutschland einleiten und bis zur Gewinnung genügender Resultate fortführen sollte.

Dieser Antrag wurde sofort mit einer Eilfertigkeit, die die Körperschaft bisher nie gezeigt hatte, ohne alle Diskussion durch bloß summarische Abstimmung angenommen, und der Bundestag wählte außerdem noch einen Ausschuß, der darauf zu achten hatte, daß die auf die Eingaben, Berichte und Anträge hin gefaßten Beschlüsse auch zur Ausführung kamen. Würden, hieß es in der Instruktion dieses Ausschusses, die Beschlüsse in einem einzelnen Bundesstaate wegen Widerseßlichkeit der Staatsangehörigen und Untertanen nicht vollzogen, und die betreffende Landesregierung wäre nicht vermögend, jene Widerseßlichkeiten zu heben, so habe der Bundestag den Vollzug durch militärische Assistenz der in das besagte Staatsgebiet einrückenden Truppen zu bewirken, wobei auch der Bundestag sowohl die Zahl der Exekutionstruppen, als die zu deren Stellung verpflichteten Bundesstaaten bestimmen werde. Liege dagegen der Grund der Nichtvollziehung des Bundestagesbeschlusses in einer Weigerung der betreffenden Bundesstaatsregierung, so solle die militärische Exekution gegen die Regierung jenes Bundesstaates gerichtet werden.

Weiterhin wurden die Grundzüge für eine Überwachung der Universitäten festgesetzt und die schärfsten Maßregeln gegen den Mißbrauch der sogenannten Preßfreiheit angeordnet. Nach diesem durften in keinem Bundesstaate weder periodische Blätter, noch überhaupt Schriften, die weniger als 20 Druckbogen zählten, ohne vorhergegangene Genehmigung der Landesbehörde im Druck erscheinen. Jeder einzelne Bundesstaat ward für solche unter seiner Oberaufsicht erscheinenden Druckschriften der Gesamtheit des Bundes verantwortlich gemacht; überdies behielt sich die Bundesversammlung auch das Recht vor, Schriften unter 20 Bogen, die nach ihrer Meinung der Würde und Sicherheit des Bundes und der Bundesstaaten nachtheilig seien, aus eigener Machtvollkommenheit zu verbieten, ohne daß gegen ihren Spruch eine Appellation stattfinden könne; die betreffenden Regierungen aber sollten verpflichtet sein, diesen Spruch zu vollziehen. Sämtliche Bundes-

erner anheischig, dem Bundestage, binnen
 Untermachung dieser Beschlüsse an, zu be-
 zuregeln sie die Ausführung des Beschlusses

kleinen Druckschriften zu bewerkstelligen
 Alten alle Druckschriften ohne Ausnahme

Namen des Verlegers bekannt gemacht
 hluß über die Presse aber für die Dauer
 20. September 1819 angerechnet, in Kraft

ten Punktes endlich, der Ernennung einer
 Untersuchung der demagogischen Umtriebe,

erforderlichen Kommissarien durch sieben
 gewählte Bundesmitglieder zu ernennen.

Kommissarien nur aus solchen Staatsdienern
 e in richterlichen Verhältnissen ständen, oder

gestanden hätten. Ihren Präsidenten hätten
 ist zu ernennen. Der Zentralbehörde ward

tung der in verschiedenen Bundesstaaten be-
 Untersuchungen über revolutionäre Umtriebe

in sollten ihr auf Ersuchen unweigerlich und
 en zugesandt werden. Als Sitz der Behörde

hlt, wo auch das entsprechende Gefängnis zur
 m 8. November 1819 konnte diese Inquisitions-

erste Sitzung halten.

letterlich vorgeschlagen hatte, war also ange-
 e politische, ja das ganze geistige Leben Deutsch-

ersten Fesseln gelegt worden. Mit Stolz blickte
 rst auf diesen ungeheuren Erfolg. Er kam sich

s, der Deutschland, ja Europa von dem Sturz
 gerettet hatte. „Eine neue Ära tut sich auf,“

ierend an den Prinzregenten von England, und
 Briefe jener Tage erklärte er die „Karlsbader

der wichtigsten seines Lebens. Zugleich stimmten
 kleinen Staaten, die nicht in Karlsbad vertreten

auf den Drachentöter des Liberalismus an, und
 von Hessen fühlte sich nicht nur gedrungen, für

die weise Fürsorge und die tiefe Einsicht des Fürsten Metternich zu danken, sondern auch noch seine Freude darüber auszusprechen, daß seine gute Stadt Mainz zum Sitz der Untersuchungskommission gewählt worden sei.

Das deutsche Volk aber blickte bestürzt auf diese Beschlüsse des Bundestages; es konnte nicht fassen, daß der hehre Traum von der deutschen Herrlichkeit wirklich zerronnen sei. Als jedoch kein Zweifel mehr übrig blieb, als allervwärts die Verfolgungen begannen, zogen sich die Männer des Volkes aus dem öffentlichen Leben zurück, und der ganzen Nation bemächtigte sich eine tiefe Niedergeschlagenheit, eine allgemeine Trostlosigkeit. Denn sich aufzulehnen gegen diese unerhörte Beraubung ihrer Freiheit war ihr ja unmöglich; sie durfte nicht einmal öffentlich Klage erheben. Nur unter dem Schleier der Satire konnte hie und da einmal gewagt werden, die neugeschaffene Situation zu beleuchten. Am geistreichsten geschah dies in einer Broschüre, die Ende 1819 bei F. A. Brockhaus in Leipzig unter dem Titel „(Friedrich von Genz) Seiner Königlichen Majestät Friedrich Wilhelm dem Dritten bei der Thronbesteigung alleruntertänigst überreicht (Am 16. Nov. 1797). Neuer wörtlicher Abdruck nebst einem Vorwort über das Damals und Jetzt von einem Dritten geschrieben am 16. November 1819)“ erschien.

Der Wiederabdruck dieses berühmten Briefes, in welchem Genz den jungen Monarchen mit hinreißender Beredsamkeit um Gewährung der Pressfreiheit bat, wurde mit feiner Ironie in einem längeren Vorworte dahin begründet, daß, nachdem nun alle Verhältnisse geordnet seien, das Jahr 1820 dem Königreich Preußen die versprochene Verfassung und die Pressfreiheit bringen werde. Dann entwickelt der Verfasser hauptsächlich die Wichtigkeit des freien Wortes. Er erinnert daran, welche moralische Kraft dem preussischen Staate in den traurigen Jahren von 1807 bis 1815 die öffentliche Meinung gegeben habe. Jetzt nun, da die Idee der Freiheit des Gedankens mit der Idee des Vaterlandes aufs innigste verbunden sei, werde die öffentliche Meinung noch viel segensreicher wirken können. Darum sei die Pressfreiheit von höchster Wichtigkeit. Napoleon wollte das Schwertrecht an die Stelle des

aber „zu keiner Zeit wird irgend ein Verderer ein Wille die Vernunft unterdrücken die Wahrheit ist. Das Leben der Wahrheit ist die Mitteilung. Aus ungehinderter Rede jedoch darum so wenig, als die Tat des Iff, entspringt das Wahre; aus gehinderter dagegen entspringt auf seiten derer, die Befehlenden, Unwissenheit und Irrtum; — den, — Mißtrauen und Widerwille gegen und Begierde zu dem verbotenen. Drucker, die sprechen, entspringt daraus: leidendes Wahren, oder listige Umgehung des scheinlichen Erörterungen, die das Klare und die das Vorurteil mit der Wahrheit auseinernste, ruhige Prüfung schweigt, oder sie anen nicht gehört, weil sie verdächtig ersinne der Regierung spricht.“ Wohl seien jeduldige und leidenschaftliche Äußerungen (ne könne die Schuld und die Strafe hoch treffen, nicht die ganze Nation!) die An die Zeit zur Reife gebracht habe, verdunkelt, und die Unbefangenhheit gestört worden, rnung einer repräsentativen Verfassung in und Baden bewiesen, daß die Stiftung wie er dort zwischen Volk und Thron einen größeren Festtag bringe, als je die ersetzten Fürsten herbeigesührt habe. Ebenso Preßfreiheit verhalten. Diese werde nicht ständigkeit zwischen Thron und Volk herbeiden Thron vor allen revolutionären Umständen die Preßfreiheit und die stellvertretende ist durch beide der allgemeine Wunsch der ter Fürstenwort von 1815 erfüllt, so wird feste und vielen stets unbequeme Mahnung och nicht gelöste Verbindlichkeiten von selbst ferne sei es jetzt,“ schließt der Verfasser,

„mitten unter den neu entstandenen oder noch entstehenden liberalen Verfassungen das Obliegen der Reaktion einer vergangenen Zeit, die sich selbst überlebt hat, im Kampfe mit der neuen, die sich in Frankreich, in den Niederlanden, in Skandinavien und in Polen, selbst in einem großen Teile von Deutschland schon lebenskräftig gestaltet hat, befürchten zu wollen . . . Deutschland ist frei und einig; das Besitztum der Fürsten ist gesichert; Monarchen und Republiken haben sich durch den heiligen Bund und die Mächte Europas im Sinne jener Urkunde, durch die Aachener Deklaration, zur Befolgung der Grundsätze des Christentums und des Völkerrechts verbunden, und gerade jetzt sollte das Rad der Zeit umgedreht werden? Unmöglich!“

Die Broschüre erregte großes Aufsehen. Ganz besonders erbittert war Genz, der sein Sendschreiben an Friedrich Wilhelm III. als seine einzige politische Sünde ansah und sich bisher wohl in dem Glauben gewiegt hatte, daß sie so ziemlich vergessen sei. Über den Verfasser des Vorworts riet man hin und her und suchte ihn in Berlin; er befand sich aber in Dresden und war der Professor Friedrich Christian August Hafse (geb. 4. Juni 1773 in Rehfeld bei Herzberg a. d. E., gest. 6. Febr. 1848 zu Leipzig). Den Gedanken, den Genz'schen Brief wieder hervorzuziehen, hatte der Buchhändler Brockhaus selbst gehabt.*)

Irgend welchen bestimmenden Einfluß übte die Broschüre natürlich nicht aus. Hafse hatte ganz recht, wenn er an Brockhaus schrieb: „Genz wird nicht deshalb in sich gehen! Höchstens verdirbt sie ihm den Appetit zu einer Sauce, die ihm einer seiner drei Köche vorgesetzt hat.“

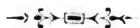
Die Reaktion brach von allen Seiten herein und suchte mit brutaler Faust alle Regungen des vaterländischen Geistes niederzuschlagen.

Tiefbekümmert begruben die Patrioten alle ihre Hoffnungen. „Ich weiß nicht“, klagte Arnim in einem Briefe an Wilhelm Grimm, „ob es mein wundes Gefühl ist, das mir die Grillen

*) Heinrich Eduard Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipzig 1876. 2. Teil, S. 322 ff.

macht; aber je näher, ruhiger und sicherer ich das innere Leben der Staaten sehe, so lauter ruft es in mir, daß eine harte Zeit des Zwanges, der Willkür und Nachlässigkeit über uns eindringt, daß ich nirgends einen wahren Zusammenhalt gegen die Torheiten der (Hardenbergschen) Regierung und nirgends die Einleitung zu besserer Verfassung sehen kann“, und Prinz Wilhelm von Preußen, der nachmalige Begründer des neuen deutschen Reiches, schrieb in einem vertraulichen Briefe an einen Freund, den General von Rappmer: „Hätte die Nation Anno 1813 gewußt, daß von einer damals zu erlangenden und wirklich erreichten Stufe des Glanzes, Ruhmes und Ansehens nichts als die Erinnerung und keine Realität übrig bleiben würde, wer hätte damals wohl alles aufgeopfert solchen Resultates halber? Es ist dies eine wichtige, aber schmerzlich zu beantwortende Frage.“*)

*) von Rappmer, Unter den Hohenzollern. Denkwürdigkeiten aus dem Leben des Generals Oldwig von Rappmer, Gotha. 1887. Teil I, S. 120.



Zweites Kapitel.

Die Pressverhältnisse in Preußen.

1. Der Staatskanzler Fürst Hardenberg über die Presse. Wilhelm von Humboldt über die Pressfreiheit. Die Pressverhältnisse in den verschiedenen preussischen Landesteilen. Die preussische Kommission zur Ausarbeitung eines Pressgesetzes.

Die ganze Skala der Gemütsbewegungen, die das deutsche Volk in dem kurzen Zeitraume von 1814 bis 1819 von der jubelnden Freude bis zur bitteren Enttäuschung durchmachen mußte, spiegelt sich auch in der Presse jener Zeit wider. Auch hier steigen wir von der flammenden Begeisterung der ersten Jahre nach und nach hinab bis zur tiefen, schmerzvollen Traurigkeit. Doch ist das allgemeine Bild der Zeitungslitteratur noch vielfach unausgeglichen; beständig empfindet man, daß man in einer Zeit des Überganges steht, der aus den Jahren der schweren Bedrückung noch manches anhaftet. In verschiedenen Theilen des Reiches, besonders im Süden, wo in der Rheinbundzeit jedwede geistige Regung erstickt worden war, vermochte man den freieren Blick so schnell noch nicht zu gewinnen, und im Norden, in Berlin, wachte nach wie vor ein ängstliches Polizeiregiment; dagegen entwickelte sich im Westen und in dem besonders erleuchteten kleinen Sachsen-Weimar mit großer Schnelligkeit eine bedeutende Zeitungslitteratur, aus der uns Zeitbilder entgegenstrahlen, die von wahrhaft genialem Griffel entworfen sind. Erfüllt von hehrer Begeisterung, treten diese Zeitungen mit hinreißender Begeisterung für den Aufbau des Vaterlandes ein.

ie meisten dieser Zeitungen beständig in der r in Sachsen-Weimar war, wie schon er-
 Preßfreiheit gewährt worden; im übrigen
 Zeitungen ihre Existenz durch nichts ge-
 in Betreff der Preßverhältnisse die größte
 war in die Bundesakte als Artikel 18 die
 mmen worden: „Die Bundesversammlung
 ersten Zusammenkunft mit der Abfassung
 gungen über die Preßfreiheit beschäftigen“,
 e später, am 12. Oktober 1818, kamen die
 zu, einen Ausschuß und einen Referenten zu
 rage der Preßfreiheit nähertreten sollten. Der
 h darauf mit der Bitte um Rat und Vor-
 zelstaaten; von diesen scheint sich aber nur
 nliegen gekümmert zu haben.

lagen die Preßverhältnisse ganz besonders
 die Beschlüsse des Wiener Kongresses waren
 zu Preußen gekommen, in denen die verschie-
 gen über die Presse galten. In den vormals
 ten am Rhein waren durch das französische
 e Bestimmungen ganz verwischt worden; man
 och ein; in Schwedisch-Pommern hatte es gar
 n Gesetze gegeben. Der Staatskanzler Fürst
 z daher alsbald seine Sorge sein, hier eine ge-
 schaffen. In einem Schreiben vom 22. Sep-
 den Justizminister von Kirchheim erklärte er,
 n Zensurgesetze dem Geiste der Zeit nicht mehr
 weshalb er sie einer sorgfältigen Revision zu
 ötig erachtet habe, und am 17. Dezember bat
 ister, ihm einen Aufsatz von Suarez, dem be-
 iter am Landrecht, über Zensurgesetze und Preß-
 1. „Unsere Umstände machen es höchst dringend,“
 , „die von mir schon längst beabsichtigte Revision
 setze und auf der einen Seite die Bewilligung
 gemessene Bestimmungen geregelten Preßfreiheit,
 eine Beschränkung der hier und da überhand=

nehmenden Zügellosigkeit äußerst zu beschleunigen. Denn wenn einerseits die bisherigen Beschränkungen nicht mehr der liberalen Tendenz unsrer Regierung entsprechen, so darf von der anderen Seite die gefährliche Licenz nicht länger geduldet werden, mit welcher seit einiger Zeit mehrere politische Schriftsteller und Journalisten das Publikum zum Mißvergönnen zu stimmen suchen. Es ist daher meine Absicht, diese Angelegenheit einer sorgfältigen Prüfung und Erwägung zu unterziehen.“

Weiterhin forderte Hardenberg ein Gutachten von Wilhelm von Humboldt über die Pressfreiheit ein, und dieser sandte unter dem 6. Januar 1816 aus Frankfurt a. M. einen längeren Bericht, in welchem er die Stellung der Regierung zur Presse ausführlich beleuchtete. „Die Festsetzung dessen, was gesetzlich als Mißbrauch der Pressfreiheit gelten soll“, schrieb er, „muß sehr einfach und ja nicht, weder in der Sache selbst, noch in der Ausführlichkeit der Bestimmung, zu ängstlich gemacht werden. Es ist hier wie überall sonst unmöglich, die Richter in Maschinen zu verwandeln, und es wäre furchtbar, wenn man ungerechte Beschränkungen der Pressfreiheit, die bei Zensurbehörden wenigstens noch durch Persönlichkeit und Zufall gemildert werden, zu gesetzlichem Zwang machen und sich des ehrwürdigen Namens der Gesetze und Gerichte bedienen wollte, ihnen ein geheiligtes Ansehen zu geben. Hiervon muß selbst der leiseste Verdacht vermieden werden. So schwierig auch auf den ersten Anblick die Bestimmung des rechtmäßigen Gebrauches der Pressfreiheit zu sein scheint, so wird man doch, wenn man auf der einen Seite sich Werte denkt, die irgend eine, auch das Staatenwohl sehr noch angehende Materie bloß theoretisch behandeln, und mit denen die Zensur billigerweise gar nichts zu tun hat, und auf der anderen Seite eine Flugschrift, die zu einer bestimmten und zwar unerlaubten Handlung auffordert, die mehr ein gedruckter Aufruf als ein Buch genannt zu werden verdient, und mit dem wieder die Pressfreiheit nicht zu schaffen hat, nicht so gar schwer die Mittellinie finden, jenseits welcher ein Herausgeber vor aller Verantwortung sicher ist, und diesseits der er zur Rechenschaft gezogen werden kann. Die Mitteilung wahrer Tatsachen, welcher Art sie auch

ähnung selbst von Gerüchten, wenn nur dadurch der Wahrheit näher zu kommen belege, wenn übrigens auch ganz vollendeten Maßregeln der Regierung oder, Äußerung von Wünschen, Rat und nicht vollendeten, würde der Staat immer schwerer; über Fälle dieser Art dürfte dannie verantwortlich gemacht werden. In die Verantwortlichkeit erst angehen, wenn er die Tatsachen entstellt, oder die Mittel, sich mit, oder sich Tatsachen zu erzählen unterung ihm nicht möglich ist, und deren Ver-nünftig wäre, gefährlich sein würde, wenn ohne es als solches zu bezeichnen, hinstellt c Widerlegung, noch rühmt, zur Ausmitte-igetragen zu haben, wenn er die Maske descht, um etwas Verunglimpfendes sagen zu Rat und Warnung dem Ton und Vortrag aten, auch durch etwas anderes als ihren n zu sollen und sich daher als eine Art t herandrängen. Gestattung großer Frei-ghlicher Wachsamkeit über diejenige Grenze, er und nicht am wenigsten zur Erhaltung iiststeller selbst gezogen werden muß, sind ste Mittel, die Rechte des Staates und der Zeite sicher zu stellen." Nach diesen Aus-olbt dar, daß Preßprozesse in einer Instanz Obergerichte entschieden werden, daß die vie möglich Klage erheben solle wegen Ver-) Als Strafe könnte, so führt er aus, nur

vor (Rh. Merk. Nr. 94), die Presse möchte, statt er eine Art von geschworenem Gericht gestellt bedeutenden Mißbrauch eigens berufen, nach Pflicht Gegenstand entscheiden könne, der sich keineswegs durch unen lasse. Die Glieder dieses Gerichtshofes müßten ufes alle die Freiheit und Unabhängigkeit erhalten, Zucht und Schreckhaftigkeit erheben könnte.

angewendet werden: „Warnung vor Gericht, öffentlich bekannt gemachter Verweis, Geldbuße“; der höchste Grad der Strafe müßte die Unterwerfung des Schriftstellers, Druckers oder Verlegers unter eine Zensur sein, die bei Schriftstellern nicht über drei, bei Verlegern nicht über ein Jahr dauern sollte.*)

Diese letzteren Vorschläge waren allerdings recht seltsam; sie zeigen aber, wie angelegentlich man sich in diesen Jahren noch bemühte, ohne zu große Einengung zweckmäßige rechtliche Verhältnisse zu schaffen.

Um einen gewissen festen Boden unter die Füße zu bekommen, suchte man zunächst festzustellen, ob und wie weit die alten Zensurgesetze bindend waren, und da liefen nun nach erfolgter Umfrage sehr verschiedene Berichte ein. Von der Regierung in Cleve wurde gemeldet, daß seit der Wiedervereinigung von Jülich-Cleve und Mark mit dem preussischen Staate das „Zensur-Edikt“, das früher bestanden habe, oder irgend ein anderes, nicht öffentlich bekannt gemacht worden sei. „Hieraus folge eine dormalen unbedingte Pressfreiheit, welche, wenn sie auch bei wissenschaftlichen Gegenständen von Nutzen sein könne, dennoch in Zeitungen, besonders bei politischen Artikeln, von unverkennbar nachteiligen Folgen auf die in den neuern Provinzen ohnehin durch mancherlei äußere Entwicklungen noch nicht befestigte öffentliche Stimmung sein könne.“

Dem gegenüber erklärte jedoch der Justizminister von Kirchen, von dem Fürsten Hardenberg um Rat befragt, daß das Zensur-Edikt vom 19. Dezember 1788 zwar in den neuen und wieder vereinigten Provinzen nicht schon vermöge der ergangenen Publikationspatente für eingeführt zu betrachten sei, weil diese sich bloß auf die das allgemeine preussische Landrecht abändernden, ergänzenden und erläuternden Ordnungen beschränken, und weil genanntes Edikt als ein vor Einführung des allgemeinen Landrechts ergangenes, nicht namentlich angezogenes Gesetz zur Kategorie jener letztern nicht zu rechnen sei. Dagegen sei der hinsichtlich der alten Provinzen erhobene Zweifel von den Gerichts-

*) Aus amtlichen Berichten Wilhelms von Humboldt im Jahre 1816 (Forschungen zur Brandenburgischen und Preussischen Geschichte. Leipzig 1894.)

und erledige sich dadurch, daß das genannte
für sich selbst bestehende Polizeivorschrift
wesen sei und ununterbrochen gesetzliche Gültig-

ung schloß sich Fürst Hardenberg an und
dem Polizeiminister Fürsten Wittgenstein
17. Januar 1819 ab, das Zensur-Edikt in
den Provinzen neu zu publizieren. „Wir sind
“, fügte er seinem Schreiben hinzu, „behuft
die Freiheit der Presse auf dem Bundestage
genheit zu äußern. Es würde befremden und
Anlaß geben, wenn wir in denselben Augen-
sichtnahmen, die der Freiheit der Presse sehr
schwierig wären. Die Inkonvenienzen, die aus
der Nicht-Anwendung dieser Gesetze in
entstehen, sind wenig bedeutend, da schon die
allgemeinen Landrechte vollkommen hinreichen,
um der im Zaum zu halten und zu strafen,
und Mißbrauch der Presse dem Gemeinwesen
schon wünsche daher, daß diese Angelegenheit für
immer bleibe.“

Man sah es in den vormaligen geistlichen Herr-
schaften. Dort schätzte man sich sehr hoch ein und
über die Verschmelzung mit Preußen erbaut,
ein hartes Land mit kümmerlichen Reizen und
kannte. „Jesus, Maria, Joseph! Do hirohde
samillige!“ rief jammernd der alte Bankier
von, als er die Nachricht von der beschlossenen
Vaterstadt mit Preußen erhielt.*) Als ganz
man es an, daß man besondere Berücksich-
tungsmäßig besondere Vorrechte, erhalten werde,
auch durch, daß das bisherige französische Ge-
setze.

sondere Enttäuschung erfuhr aber die Presse.

Durch einen Korpsbefehl des Generals von Thielmann an sämtliche Generale des dritten deutschen Armeekorps, datiert von Coblenz am 31. Juli 1814, in welchem das Vorgehen eines Hauptmanns gegen den Herausgeber des „Rheinischen Merkurs“ verurteilt wurde, kam auch der Satz vor, daß sich die Militärbehörde nicht für befugt halten dürfe, der durch die allerhöchsten Behörden tolerierten Preßfreiheit Schranken zu setzen, „da die Preßfreiheit als das Palladium der Freiheit der Völker und als das schönste Kleinod der errungenen Siege von jedem Vernünftigen angesehen werden muß.“ Dieser Ausspruch erweckte unbegrenzte Hoffnungen. Leider zerrannen diese sehr bald und schlugen in Enttäuschung um.

Allerlei Mißverständnisse und Mißgriffe der aus dem Osten herübergenommenen Beamten kamen noch dazu, die Situation weiter zu verschlimmern, sodaß die Verstimmung beständig wuchs und sich schließlich bis zur heftigen Gereiztheit steigerte.

So ungefähr lagen die Verhältnisse, als aus Frankfurt die Aufforderung in Berlin eintraf, Vorschläge für ein Preßgesetz zu machen, und der König kam ihr auch offenbar sehr gern nach, mochte er doch hoffen, die Schwierigkeiten mit Hilfe des Bundestages am ehesten zu überwinden. Bereits zu Anfang des Jahres 1819 erteilte er seinem Staatsministerium die Anweisung, „die Grundsätze näher in Erwägung zu ziehen, welche zu einer gesetzlichen Bestimmung über Preßfreiheit für unsern Staat in Vorschlag zu bringen seien“, worauf der Fürst Hardenberg am 30. März 1819 das Staatsministerium zur Ernennung einer Kommission veranlaßte, welche die sowohl für Preußen, als auch für den Bundestag in Betracht kommenden Gesichtspunkte und Bestimmungen in einem Gesetzentwurf ausarbeiten sollte. „Preußen ist durch alle seine Verhältnisse berufen“, bemerkte er dabei, „vor allen übrigen Staaten die Frage durch alle ihre höheren und tieferen Beziehungen auf sich selbst, auf das Verhältnis der deutschen Bundesstaaten zu ihm und unter einander und auf das Ausland zu verfolgen und zur Gewinnung eines umfassenden Resultates für ganz Deutschland in Erwägung zu ziehen; denn das Maß von Freiheit oder Beschränkung, welches es aus seinem

nden wird, muß auf den Entschluß der von entscheidendem Einfluß sein. Damit in Bundestage nicht in einseitiger Richtung sichten der übrigen Staaten früher zu einer neigen, ehe unsre Regierung über die von Grundzüge sich entschieden und mittelst einer über Richtung und Ziel auf die noch weniger bestimmbar Beratung bei dem Bundestage, wird es nötig sein, daß die Arbeiten bald eifen mögen.“

te das preußische Staatsministerium bereits die von Hardenberg verlangte Kommission; sie rektoren in den Ministerien des Unterrichts Nicolovius und Köhler, dem Geh. Ober-Justizrium der Gesetzgebung, Hagemeister, und dem ationsrate im auswärtigen Amte, Ancillon.

ing des Gesetzentwurfes ging aber nur lang- Zunächst bereitete der Polizeiminister Fürst kommissären Schwierigkeiten, da er nur ein ides Polizeigesetz für die Presse haben wollte; er Gegenstand selbst die eingehendste und sorg- Das betonten die Kommissäre wiederholt, als , gedrängt wurden. Auf einen Mahnbrief des Kai 1819 erwiderten sie unter dem 8. Juni: Wichtigkeit des uns gewordenen Auftrags ebenso, den, welche die möglichste Forderung desselben innigste überzeugt. Ernstlich werden wir es en sein lassen, die Bearbeitung dieser Sache, ne Übereilung geschehen kann, zu beschleunigen.“ nisterium verlangte eine „unverzügliche Be- reiten“, worauf die Kommissäre unter dem ten, sie hätten ihre Beratungen nunmehr so daß jetzt nur noch der Gesetzentwurf selbst üsse.

f war in sechs Abschnitte und fünfundvierzig st. Der erste Abschnitt handelte in den Para=

graphen 1 bis 4 von den allgemeinen Vorschriften für die Presse, der zweite in den Paragraphen 5 bis 15 von den polizeilichen Bestimmungen für die Buchdrucker, Verleger und Buchhändler, der dritte in den Paragraphen 16 bis 27 von den Zeitungen und Zeitschriften, der vierte in den Paragraphen 28 bis 39 von den besonderen Gesetzesvorschriften, welche überall neben den Landesgesetzen galten, der fünfte in den Paragraphen 40 und 41 von den Aufgaben der Aufsichtsbehörden und der sechste in den Paragraphen 42 bis 45 von dem Verhältnis der deutschen Bundesstaaten unter einander, gegenüber dem zu erlassenden Gesetze. Als allgemeiner Grundsatz war nicht Zensurzwang, sondern Pressefreiheit aufgestellt.

Während aber die Kommission noch damit beschäftigt war, die letzte Feile an ihr Werk zu legen, wurde der Fürst Hardenberg bereits Ende August in Karlsbad von dem Fürsten Metternich aus dem Sattel gehoben, und unmittelbar darauf beeilte sich auch der Bundesrat, die Karlsbader Beschlüsse einstimmig anzunehmen (20. Sept.). Wittgenstein triumphierte; die Kommission aber sprach, als sie schließlich am 9. November ihren „Vorschlag zu einer gesetzlichen Bestimmung über Pressefreiheit“ dem Ministerium überreichte, ihr Bedauern darüber aus, daß sie mit ihrem Entwürfe „leider doch zu spät“ gekommen sei. Er wurde jetzt stillschweigend zu den Akten gelegt.*)

Die Versuche Hardenbergs, die gesetzlichen Bestimmungen über die Presseverhältnisse in Preußen auf einer in liberalen, den Anforderungen der Zeit entsprechenden Grundanschauungen fußenden Basis aufzubauen, endeten also in tragikomischer Weise.

*) Einen Auszug aus dieser Vorlage gibt Friedrich Kapp in seiner Abhandlung „Die preussische Pressegesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. (Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Band VI, Spg. 1881.)“

„, das bedeutendste Blatt der in Rede stehenden
r Joseph Görres. Zeitstimmen über die Zeitung.

Die fingierte Proklamation Napoleons an die
lung tritt für die deutsche Gestinnung ein. Wird
und Baden verboten. Görres über die Unter-

Das Auftreten des „Merkurs“ nach der Flucht
ste Verwarnung durch den Staatskanzler von Har-
örres. Die Zeitung gegen den Wiener Kongreß
ilenschläge auf das Haupt des Geheimrats Schmalz-
oten. — Mallinckrodt's „Westphälischer Anzeiger“,
den „Merkur“. Beschäftigt sich hauptsächlich mit
jen. Legt die Mißgriffe der preussischen Beamten
dar. Wird unterdrückt.

rrenen Preßverhältnissen während der Jahre
eu sich die preussischen Zeitungen von Fall
so gut es ging. Es kam in jeder Provinz,
rauf an, wie sich dort die Behörden augen-
ngen stellten, ferner, ob von früher her ge-
nachwirkten, und ganz besonders: wess Geistes
r einer Zeitung war. Das zeigte sich haupt-
ungen am Rhein, vor allem aber bei dem
kur“ in Koblenz, den Joseph Görres
n des Jahres 1814 frisch und fröhlich und
den wir noch heute bewundern müssen, her-

Rübezahl“ unterdrückt worden war, hatte sich
in Heidelberg niedergelassen und dort sein
seinen Gesichtskreis erweitert. Aber so sehr
h in den Hintergrund getreten war, sein un-
die Franzosen war geblieben, und als er dann
: frühere Stelle als Lehrer an der Sekundär-
ieder übernommen hatte, steigerte sich ange-
haft sein Ingrim gegen die Fremden noch
her ganz natürlich, daß er, als Blücher mit
er den Rhein ging und somit die französischen

Gemmnisse fielen, mit seinem ganzen Zorn wie ein schäumender Gebirgsbach hervorbrach, alles mit sich fortreißend.

Man sieht es den ersten Blättern deutlich an, mit welcher Hast sie zusammengestellt und gedruckt worden sind. Am Kopfe zeigt sich zunächst, außer dem Datum und der Nummer, nur der einfache Titel „Rheinischer Merkur“, nichts weiter. Der Name des Herausgebers ist nicht angegeben, doch heißt es hinten am Schluß: „Koblenz, gedruckt bey B. Periot, Buchdrucker am Paradeplatz“. Am Kopfe der Nr. 4 ist dann vermerkt, daß die Zeitung wöchentlich viermal erscheint, nämlich Dienstags, Donnerstags, Samstags und Sonntags, und daß der Preis des Jahrganges auf 7 Gulden rheinisch, oder 4 Reichstaler Berl. Kur. festgesetzt ist, daß ferner die Insertionsgebühren mit 3 Kr. für die Zeile zu bezahlen sind. Das Fürstlich Thurn und Taxische Postamt habe die Expedition übernommen. Endlich in Nr. 8 (vom 5. Februar) erscheint über dem Titel die Bignette, die daan der Zeitung ihr charakteristisches Äußere gibt: Rhein und Mosel liegen hingelehnt an Wasser ausströmenden Amphoren, zwischen ihnen ein aufstrebendes Füllhorn mit Früchten. Mit der Nr. 18 (25. Febr. 1814) trat dann noch einmal eine kleine Änderung in der Zeit des Erscheinens ein; die Zeitung kam von jetzt an „allemaal über den andern Tag“ heraus. Zugleich gab am Schluß von Nr. 18 der „Buchdrucker der Verwaltung des Rhein- und Moseldepartements“ L. Pauli bekannt, daß er der Verleger der Zeitung sei und nicht B. Periot. Auch druckte jetzt Pauli das Blatt; immerhin kommen später noch wiederholt viele Nummern vor, die in der Offizin von B. Periot hergestellt wurden. Diese muß also des öfteren ausgeholfen haben.

Gleich in dem einführenden Artikel der ersten Nummer erklärte Görres, daß die Redaktion das Blatt „zu mehr als einer gewöhnlichen Zeitung“ erheben möchte, daß diese „eine Stimme der Völkerschaften diesseits des Rheins (also der linken Rheinseite) werden solle. Über diese Aufgabe wuchs der „Rheinische Merkur“ jedoch schnell hinaus. Als gewaltiger Kämpfer im Kampf um die deutsche Sache brachte er alsbald das Verlangen und die Wünsche des gesamten hoffnungsfreudigen Deutschlands zum Ausdruck, und

zugleich flog er wie ein Sturmvogel dem Kriegsheere voran, so daß Napoleon betroffen zusammensuchte und den geistigen Streiter am Rhein die fünfte Großmacht nannte, die gegen ihn in die Waffen getreten sei.

Und mit welch einfachem Apparat wurde die Zeitung hergestellt! Ohne irgend welchen Beistand eines Amanuensis schrieb Görres das ganze Blatt neben seinen Amtsarbeiten, die sich alsbald wesentlich mehrten, da nach der Besignahme der Rheinlande für Preußen der General-Gouverneur Justus Gruner an Görres die gesamte Direktion des öffentlichen Unterrichtswezens in den Rheinprovinzen übertrug. Doch besaß Görres die erstaunliche Fähigkeit, sich mitten im Kreise geselliger Freunde vollständig zu konzentrieren. „Kein Lärm brachte ihn außer Fassung“, schreibt Sepp nach Mitteilungen von Friedrich Christian Diez*), „er nahm teil am Gespräch und schrieb dann wieder fort, gern sein Blatt Papier nach orientalischer Weise auf das Knie gelegt. Bei seinem wunderbaren Gedankenfluß und der eminenten Geistesbeherrschung ließ er sich durch nichts stören, und was so ungekünstelt entstand, setzte bald die ersten Geister der Nation in Bewegung.“

Freilich klagte er dann auch wohl einmal, wie in einem Briefe an Jakob Grimm unter dem 21. Februar 1815, daß ihm die Zeitung, von der er alles, selbst die Korrektur, machen müsse, viele Arbeit verursache. Doch überwand er alle Schwierigkeiten, und zwar um so leichter, je mehr Anerkennung ihm von allen Seiten zuflöß. Arndt, Berthes, Brentano, Arnim**) begrüßten die Zeitung mit lautem Beifall. „Wir waren vor vierzehn Tagen recht betrübt“, schrieb Brentano an Görres; „wir fanden das allgemein hier versicherte Gerücht, dem Merkur sei das Maul verboten wegen seiner oft erschrecklichen Kurage, nicht unglaublich;

*) Sepp, Görres, Rörbl. 1877. S. 207.

**) Später war allerdings Arnim mit der politischen Haltung Görres' nicht einverstanden. In einem Briefe an Wilhelm Grimm vom 4. Jan. 1819 (abgedruckt bei Steig, Achim von Arnim, 3. Bd., Stuttgart 1904, S. 428) spricht er von Görres als von einem „politischen Lärmschläger“ und wirft ihm ganz mit Unrecht „gänzlichen Mangel an Kenntnis von Ländern, Menschen und Verhältnissen“ vor.

nun sind wir beruhigt und hören eure vulkanischen Predigten mit Andacht“, und Joh. Schulze, der Herausgeber von Winkelmanns „Geschichte der Kunst des Altertums“, brach in die Worte aus: „Sie haben mit Bliß und Donnerkeulen geschleudert!“ Am meisten aber bedeutete das Lob, welches der „Preussische Korrespondent“ in Berlin, der der preussischen Regierung nahe stand, in seiner Nr. 84 vom 28. Mai 1814 dem „Rheinischen Merkur“ spendete. Der „Korrespondent“ erklärte, er halte es für seine Pflicht, diese neue Zeitung als ein wahrhaft deutsches Volksblatt dringend zu empfehlen. „Die Art“, heißt es dann weiter, „wie der Herausgeber die Ereignisse ansieht, ist so eigentümlich, wahr und vaterländisch, daß wir diesem Blatte den möglichst weitesten Wirkungskreis wünschen, damit diese kräftige Beredsamkeit die Schlechtigkeit niederdonnere, die Augen der Verblendeten öffne, die Schläffheit aufrüttle. Es gereicht dem Herrn Staatsrat Bruner zur unvergänglichen Ehre, daß unter seiner Ägide eine solche Schrift erscheint, die wir kühn den besten englischen Zeitungsblättern an die Seite stellen können.“ Leider durfte der „Korrespondent“ in den Ton des „Merkurs“ nicht weiter mit einstimmen; er schloß daher seine Empfehlung mit den Worten: „Da es teils der Plan unseres Blattes, teils andere Umstände nicht erlauben, unser Urteil von der Vortrefflichkeit und dem gebiegeuen Geiste dieses „Rheinischen Merkurs“ durch Auszüge zu belegen, so können wir nur die Versicherung geben, daß niemand, der Ohren zu hören und ein Herz zu fühlen hat, ein Blatt aus der Hand legen wird, ohne irgend einen kurzen Wunsch lebendig ausgesprochen, die nächsten Betrachtungen, die man nicht überall dulden will, freimütig angestellt zu haben, irgend eine neue, wenn auch nicht immer erfreuliche Beleuchtung auf das große Weltwirrwesen fallen zu sehen.“

Auch der Freiherr vom Stein, Gneisenau und Thielmann bezugten dem kühnen Journalisten wiederholt ihre Achtung; selbst Goethe, der beim Beginn der Befreiungskriege, „als der Enthusiasmus losging“, sich die „Qual des politischen Geredes“ gleich „vom Halse geschafft“ hatte, machte ihm im Juli 1815 bei seinem Aufenthalt in Koblenz seinen Besuch. Und Genß war von der Beredsamkeit des jungen Titanen ganz geblendet. „Nicht

leicht hat jemand erhabener, furchtbarer und teuflischer geschrieben, als Görres“, rief er in einem Briefe an Rahel aus, und an Görres selbst richtete er ein längeres Schreiben, in welchem er u. a. sagte: „Unsere politischen Ansichten und Urtheile weichen in vielen Punkten gewaltig von einander ab; dies hindert mich aber nicht, der Tiefe ihres Geistes, der Originalität und Kraft und Schärfe Ihres Blickes, dem Ernste und der Gründlichkeit Ihres politischen Charakters und Ihrer oft wundervollen Gewalt über die Sprache volle Gerechtigkeit angedeihen zu lassen. Vom ersten Blatte des Merkurs an hat es mir eingeleuchtet, daß diese Schrift mit einem ganz anderen Maßstabe gemessen werden müsse, als die gewöhnlichen Produkte unserer Tage; und wenn ich gleich oft gegen Sie gemurt habe, hat doch das Übergewicht Ihres Genies mich ebenso oft wieder mit Ihnen ausgeföhnt.“

Und in der That war noch niemals eine Zeitung mit so hinreißender Begeisterung, mit so kühnem Freimuth geschrieben worden. Gleich beim Beginn rief der Herausgeber stolz aus: „Ich habe nie Napoleons Brot gegessen, noch aus seinem Becher getrunken!“ Um so gewichtiger und rücksichtsloser konnte er seine Streiche gegen den Korps führen. Es war, schreibt Görres Biograph Sepp, als ob Aolus seine Windschläuche öffnete, um das heilige Feuer der Vaterlandsliebe zu gewaltiger Flamme anzublafen.

Am 23. Januar 1814 erschien das erste Blatt. Es wurde mit einer Darlegung der allgemeinen politischen Verhältnisse und mit der energischen Betonung eröffnet, daß die „Völkerschaften am linken Rheinufer“ von jeher dem deutschen Stamme angehört hätten und auch herzlich wünschten, von Deutschland wieder aufgenommen zu werden. Hieran schloß sich ein Überblick über den „Stand der Armeen um die Hälfte des Jänners“, der fortgesetzt wurde, und für den der Herausgeber alsbald aus dem Felde viele direkte, wertvolle Mittheilungen erhielt.

Weiterhin folgten „Übersichten der neuesten Zeitereignisse“, in denen die Kämpfe in Frankreich und die Einnahme von Paris in lebendiger Weise geschildert wurden.

Als dann aber die Nachricht von der Abdankung Napoleons

und seiner Verbannung nach Elba eintraf, da ergriff den Herausgeber des „Rheinischen Merkurs“ eine so unbändige Freude, daß die simpeln „Übersichten“ zur Würdigung dieses großen Ereignisses bei weitem nicht ausreichten. Hier mußte ein weithin schallendes Halali geblasen werden, und mit aristophanischem Humor schrieb Görres eine Proklamation Napoleons an die Völker Europas, eine groteske Verhöhnung des Gestürzten, in der noch einmal das Bild des einst so Gefürchteten, ins Ungeheuerliche verzerrt, gleichsam als gigantische Schattenfigur an die Wand geworfen wurde, ein Meisterstück politischer Satire.

Die „Proklamation“ erschien in den Nummern 51 bis 61 des „Rheinischen Merkurs“. Wir können sie hier leider nur im Auszuge wiedergeben.

„Ich, Napoleon Bonaparte“, begann sie, „einst Kaiser der Franzosen, jetzt in das Privatleben zurückgekehrt, will der Welt ein Zeugnis zurücklassen über meine Gesinnung und die Weise, wie ich gehandelt habe. Die zu meinen Füßen im Staube sich gewunden, lassen mich jetzt freche Reden hören. Nicht gegen sie will ich zu einer Verteidigung mich herablassen, noch ihre Schlechtigkeit ehren durch meinen Zorn. Wie ich über ihre Häupter hergeschritten bin, so gehe ich verachtend durch den Dunst ihrer Worte vor. Auch nicht zu der Nachwelt will ich reden; sie ist wie die Mitwelt aus Toren, Schwachköpfen und wenigen Bösewichten gemischt. Mir selbst und meinem Leben sollen die Worte, die ich spreche, ein Denkmal sein; es mag in der Wüste der künftigen Zeiten stehen wie ein einsamer Fels, den erloschenes Feuer zerrissen.“

Den ersten Namen, die die Geschichte nennt, habe ich mich kühnlich beigezählt. Was die Römer Jahrhunderte gekostet, habe ich mit meiner eigenen Kraft vollbracht, und dreizehn Jahre lang mit meinen Fesseln gehalten. Daß keiner meiner Zeitgenossen mir bei dem Werke beigestanden, beweist, daß sie in der Entscheidung alle mich verlassen. Wenn andere mit ihrem Glück körperlich bis zu ihrem Ende hausgehalten, dann ist solch sparsame Geizigkeit ein Abscheu mir gewesen. Freigebig und kaiserlich habe ich verschwendet, was die Gestirne mir zugeteilt, und so ist

Ich mein Reichthum ausgegeben war, als ich Laufbahn überschritten. Ich habe nie lernen zu können, nach der Zeit zu ändern. Als ich jung den Haaren sie gebunden, und sie hat mir gethan. Als ich ihren Unbestand bemerkt, habe ich einen eigenen Gelüste. Es schien mir größer, wenn in verachtendem Stolze dem Untergange schwacher demütiger Nachgiebigkeit es demüthigen. Sie meinten, ich habe mein Herz daran, daß mir nichts als das eitle Spiel meiner Eitelkeit am Ekel und Überdruß geworden. Um ein wenig das leere Wesen hingegeben, aber man muß die Unruhe bringen, um es mir abzutrogen. Als die besten Streiche ausholten, trat ich ruhig auf, denn ich war der Feind verschwunden, den sie zu

einer Laufbahn ist in eine jener Zeiten gekommen übermütig sich nach einem Zustande der ihre Erbärmlichkeit doch nicht gewachsen ist. Ich gegründet werden, die nie in der Welt gehen ihre Sprache geredet habe, dann war's, weil niemals eine andere nicht verstand. Die Menschen, daß, wer da betrügen will, immer Leute betrügen lassen. So blind und taub ist diese Natürlichste gar nicht begreifen und doch mich abzugeben wagen. Wie Staubwolken treibt es sie vor sich her, das Unglück aber regnet zusammen. Fast Böbel nur ist alles auf der meisten dünken, sind recht der Hefe gleich zu mir: ich als Böbel sie geachtet, und wie ich in den Tagen mit Kartätschen sie geschmettert, so auf den Boden überall sie wie den Wurm unter meinem

in innewohnender Geist, daß ich zu Großem schon alt und tief in der menschlichen Natur Begierde nach Herrschaft. Ich erkannte bald,

daß diese Herrschaft und die Freiheit unverträglich seien, und nichts so schwach und Hinfällig sich beweiße, als eine Macht, die nicht auf eigenem Grunde ruht. Darum muß ein Fürst selbst Feldherr sein und all seinen Fleiß und Verstand auf die Kunst des Krieges wenden Darum habe ich immerdar den Krieg gesucht, und der Friede hat zu allen Zeiten mir ein albern Ding gedeutet. Die Schlawheit und Erbärmlichkeit mochten gern miteinander sich gütlich tun und gemächlich sich zur Ruhe strecken; aber ich habe mit der Skorpionengeißel sie aufgepeitscht. Für das läppische Volk habe ich den Frieden im Munde wohl geführt, aber nie ernstlich meinen Sinn zu ihm gewendet. Der Friede ist der Tod, der Krieg allein ist Leben

Wie ich mein Heer auf die Gewalt eingerichtet, so war meine Diplomatie auf List gestellt. Mit schönen Worten hab' ich wie mit rötlichen Beeren sie gelockt, und wenn sie darauf zugeflogen, haben sie sich selbst erwürgt. Den Schaden hab' ich ihnen zugewendet und die Sünde geruhig auf mein Teil genommen. An Spott hat es nie gefehlt, wenn sie kläglich bei mir eingekommen; kleinen Verlust habe ich ihnen jedesmal mit größerem wieder gut gemacht. Treue und Glauben habe ich nie gehalten; der ist ein blöder Tor, der sich zum Sklaven seines eigenen Wortes macht. Lug und Verrat und falscher Eidschwur sind mir ein Spiel gewesen; dem wird die Welt zu teil, der am besten zu spielen weiß. Mir selber habe ich alles zugelassen, andern nichts erlaubt All ihr Selbstvertrauen habe ich mit starken Redensarten ausgetrieben, bis ihnen zuletzt nichts mehr gelang, weil sie sich nichts mehr zugetraut.

Gegen Deutschland habe ich vor allen Dingen zuerst den Blick gewendet. Ein Volk ohne Vaterland, eine Verfassung ohne Einheit, Fürsten ohne Charakter und Gesinnung, ein Adel ohne Stolz und Kraft, das alles mußte leichte Beute mir versprechen. Seit Jahrhunderten nicht verteidigt und doch in Anspruch nicht genommen, voll Soldaten und ohne Herr, Untertanen und kein Regiment, so lag es von alter Trägheit einzig nur gehalten. Zwiespalt durfte ich nicht stiften unter ihnen, denn die Einigkeit war aus ihrer Mitte längst gewichen. Nur meine Netze durfte

en mir wie scheues Wild von selbst hinein.
 ren weggenommen, und der meinen sind sie
 gelaufen. Unter einander haben sie sich
 redlich ihre Pflicht zu tun. Leichtgläubiger
 und töricht toller kein anderes auf Erden.
 mit mir getrieben, und als ich sie unter
 mit verhaßter Gutmütigkeit mich als ihren
 Als ich sie mit Peitschen schlug und ihr
 tze des ewigen Krieges gemacht, haben ihre
 densstifter mich besungen. Ihr mäßig ge-
 d als das ewige Schicksal, den Weltbeglucker,
 ie Idee mich verehrt. Lehrbücher haben sie
 d neue Weltssysteme. Ihre feine Welt, die
 che Leichtigkeit gebuhlt, hat an dem Stachel
 unermüdet geleckt und die Schärfe mit ihrem
 is sie ihr als die glatteste Artigkeit erschien.
 zaghaft meine stolze Haltung angestaunt, und
 Lebehoch gerufen. Wenn ich dem Wolf gleich
 1, haben sie wie die Schafe in irgend einem
 gt und mit den Füßen stampfend albern mich
 sie jahrelang mit der größten Vorsicht über-
 :smal an einem Tage zunichte gemacht, weil
 r Seite über sie gekommen, wo sie mich nicht
 Den höchsten Triumph ihrer Herrlichkeit haben
 t, als ich an ihre Spitze mich gesetzt und durch
 ch gestürzt. Ihren eigenen Besitz hab' ich als
 um sie einzufangen, und, wenn sie ihre Seele
 ruhig die Kauffumme zu meinem Vortheil einge-
 Alle Greuel des Despotismus haben sie mir ab-
 doch auch im Bösen nie zu mäßiger Vortrefflich-
 In einem habe ich nur gefehlt, daß ich ihre
 Los der Waffen mir erworben, nicht ganz mir
 ihre Städte verwüftet habe. Hätte ich ihre Fürsten
 n Adel gänzlich ausgerottet und all ihr Gut als
 Verkaufe ausgestellt, meine Gewalt wäre fest be-
 immer wären sie von mir abgefallen. Weil sie

nicht zu fassen mich verstanden, hätt' ich nie auf ihre Treue zählen sollen!“

In ähnlicher Weise wurden die Spanier, Italiener, Engländer und Russen charakterisiert.

Diese „Proklamation“ machte ein ungeheures Aufsehen; die gesamte europäische Presse gab sie wieder — und hielt sie für echt; ja, die Franzosen erklärten sogar, daß diese Ansprache an die Völker Europas gleichsam das Testament des gestürzten Tyrannen und auch zugleich das beste sei, was er jemals veröffentlicht habe. Schließlich hatte sogar noch ein ehemaliger Sekretär des Kaisers die Frechheit, zu behaupten, daß der Kaiser ihm die Ansprache in die Feder diktiert habe und dabei wie ein gefangener Löwe zornsprühend auf- und abgeschritten sei.

Mittlerweile war der erste Pariser Friede geschlossen worden, und Görres wandte sich nun in seinem „Merkur“ den innern Angelegenheiten Deutschlands zu. Mit der ganzen Wucht seiner Beredsamkeit trat er für die Wiederherstellung eines großen und mächtigen Vaterlandes ein; seine edle, echt deutsche Gesinnung brach dabei oft wie Sturmgebräus hervor; mit rücksichtslosem Freimuth wandte er sich gegen alles, was dem Emporblühen des Vaterlandes hinderlich sein mußte. Aber freilich, wie von jeher, so war er auch hier durch und durch Romantiker, der sich seine glänzenden Phantasiegebilde aufbaute, aber mit der realen Wirklichkeit wenig rechnete; der sich am alten Glanze der karolingischen Zeit berauschte, aber mit den Verhältnissen, wie sie jetzt lagen, vor allem aber mit dem kaum noch deutsch empfindenden Österreich, nicht zu rechnen verstand; der immer aufs neue der Sehnsucht nach Kaiser und Reich Ausdruck lieh und dabei beständig nach Kaiser Franz hinübersah, dem nichts ferner lag, als sich für Deutschland zu begeistern, und auch gar nicht die geistigen Fähigkeiten für die Errichtung eines neuen deutschen Reiches besaß.

Doch indem Görres alle diese Wünsche und Hoffnungen in seinem „Merkur“ stürmisch zum Ausdruck brachte, sprach er nicht nur in seinem, sondern so ziemlich im Namen aller Patrioten, die allesamt nur aus ihrem Gemüte heraus, in dilettantischer Un-

Verhältnisse, ein neues deutsches Reich und darum wurde denn der „Rheinische Spiegelbild des politischen Denkens und Menge der deutschen Patrioten unmittelbar in Befreiungskriege.

es die Bestimmungen des ersten Pariser lebhaft beschäftigten. Die unerhörte Milde rimm. „Wie die Vendomesäule ein fortwährender Schande ist,“ schrieb er zornig, „so Merkur“ die fortwährende Protestation des Salbe und Schlechte niedergelegt werden, dafenne: die Zeitgenossen waren damit nicht

ja keinen Zweck, diese abgeschlossene Tatsache ern; Görres wandte sich daher den innerenutschlands zu, die sich ebenfalls nicht in der wie es die Nation gehofft hatte. „Man sieht seinen Hoffnungen getäuscht,“ schrieb er be-4. Besonders waren die ehemaligen Rhein- geneigt, eine neue Ordnung der Dinge eintretenigt sich ganz klar die noch fortbauernde Nach- t Unfug, und welche unseligen Folgen die ergepflanzten Regierungsmaximen und die vom rten Formen ausgeübt haben“, erklärte daher ind wie schwer es ist, nachdem alles aufgelöst rden, auch nur die Grundelemente der Völkerchte noch vorzufinden. Das französische Heer n Rhein getrieben, aber ihr und ihres Herren rten weggezogen; er herrscht noch allmächtig und ie, die ihm dienstbar und ergeben waren, noch walten, manches deutsche Land so bald nicht ver- Robin ich um mich her schaue, jammert mich des as so geduldig, so großmütig, so wahrhaft edel Fürst und Vaterland hängt, alles, was ihm lieb und ist, darbringt — seine Söhne, seine Ruhe, o nun so wenig ernstlichen Willen sieht, ihm zu

vergessen, was es getan, und ihm zu leisten, was es so wohl verdient. Es ist wahrlich hohe Zeit, daß man dessen eingedenk werde, denn die Sünde schreit zum Himmel, und leicht möchte der Richter in der Höhe wieder furchtbar zu Gericht gehen, wenn die Menschen Gerechtigkeit zu üben unterlassen.“

Vor allem empörte ihn die undeutsche Haltung der bayrischen und württembergischen Regierung, und er brachte daher u. a. auch in Nr. 83 (7. Juli) den „Fall Zasmund“ zur Sprache, in dem sich allerdings die undeutsche Denkweise des Königs von Württemberg in sehr grellem Lichte zeigte.

Der König von Württemberg gab im Oktober 1813, als der Stern Napoleons zu erbleichen begann, dem Landvogt von Zasmund in Ellwangen den Auftrag, mit dem General Fresnel wegen der Zulassung zur Verbindung mit den drei Souveränen, dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser von Rußland und dem König von Preußen, zu unterhandeln, worauf v. Zasmund im Überschwange seiner Freude, daß sich jetzt Württemberg der deutschen Sache zuwenden wolle, folgendes Schreiben an den König richtete:

„Ew. Königl. Majestät lege ich meinen alleruntertänigsten Dank ehrfurchtsvoll zu Füßen, daß Allerhöchstdieselben in einem der wichtigsten Augenblicke für das Schicksal Württembergs mich würdig gefunden haben, die ersten Schritte zu tun, um dies schöne Land wieder mit dem heiligen Interesse Deutschlands zu verbinden. Wenn es mir bisher nur erlaubt war, Wünsche für das Gelingen der allgemeinen guten Sache zu hegen, so geben mir Ew. Königl. Majestät durch diesen ehrenvollen Auftrag die schönsten Mittel an die Hand, meine Gefinnungen für die Befreiung Deutschlands von dem fremden Joch aufs herrlichste zu betätigen, und nie war ich stolzer auf diese Gefinnungen, als eben jetzt, wo sie mir das beneidenswerte Los verschaffen, mir die Zufriedenheit meines Königs und den Beifall meines deutschen Vaterlandes zu erwerben. Mit diesem Gefühle beginne ich das große Werk, zu welchem mich das Vertrauen Ew. Königl. Majestät berufen hat; ich bin um so mehr eines glücklichen Erfolges gewiß,

als Dienstpflicht und eigene innere Überzeugung gemeinschaftlich alle meine Schritte dabei leiten werden.“

Aber der Landvogt hatte Seine Majestät durchaus falsch eingeschätzt; dessen sollte er sehr bald gewahr werden, denn er erhielt umgehend folgende offizielle Antwort:

„Ev. Hochwohlgeboren soll ich auf Allerhöchsten Befehl auf Dero Schreiben vom 14. Oktober erwidern: S. Kön. Maj. hätten daselbe erhalten, müßten aber darüber ihr gerechtes Mißfallen äußern, indem es einen Geist verriete, welcher zwar entfernte und benachbarte Mächte ergriffen habe, welchen aber S. Kön. Maj. in dem ihrigen zu unterdrücken wissen würden; S. Kön. Maj. fordere von Ihren Dienern nur Interesse für Ihren König und sein Reich, und jedes allgemeine Interesse enthalte eine strafbare Einmischung in die Absichten des Gouvernements. Endlich sei es Pflicht eines jeden treuen Dieners, nur die Sache, für welche sein Souverain sich erklärt habe, als die wahre gute Sache anzusehen, und S. Maj. erteilten daher nicht nur dem v. Zasmund einen ernstlichen Verweis, sondern werden auch, da Sie jetzt von seinen Gesinnungen unterrichtet sind, ihn für die Zukunft dahin zu stellen wissen, wo dergl. überspannte Ideen unschädlich werden.“

Die Veröffentlichung dieser Briefe, wie überhaupt die Haltung der Zeitung den süddeutschen Regierungen gegenüber, erregte aber in München und Stuttgart einen solchen Unwillen, daß der „Merkur“ noch im Laufe des Juli in Bayern und Württemberg verboten wurde. Bald nachher folgte auch Baden nach.

Görres antwortete darauf, indem er zunächst das Urteil K. L. Pörsches*) über die Unterdrückung von Zeitungen anführte: „Ein Fürst, der den fremden Zeitungen den Eingang in sein Reich verwehrt, macht sich eines bösen Gewissens verdächtig und rüstet sich vielleicht gar zur frechsten Tyranney. Er will in Finsternis wohnen, wo sich unreine Geister um ihn her versammeln können, mit welchen er alle Keime freier oder vernunftmäßiger Gedanken, bis auf die letzten Äußerungen des guten Willens, vertilgen wird.“ Und er selbst fügte noch hinzu: „Diese prophetischen Worte hat

*) Anthropologische Abhandlungen. Königsb. 1801.

Napoleon wahr gemacht. Daß kein deutscher Fürst ihm nachahmen werde, davor wird uns die Gutmütigkeit des deutschen Charakters und hoffentlich die künftige Verfassung sichern. Aber gewiß ist, daß eine Regierung gegenwärtig nicht gründlicher bei allem Volke sich gehässig machen kann, als wenn sie die freie Äußerung der Überzeugung, worauf die Deutschen von je so viel und jetzt am allermeisten gehalten haben, zu unterdrücken sucht.“

Dieser Ansicht stimmte auch der alte welterfahrene Geheimrat von Voigt in Weimar zu, indem er an Böttiger schrieb: „Das Verbot des „Rheinischen Merkurs“ in Bayern macht keine große Aussichten für die Pressefreiheit . . . Mich verdrückt, daß solche Verbote immer einen wunden Fleck argwöhnen lassen. Man muß sich lieber recht überzeugend verteidigen.“*)

Die innern Angelegenheiten traten jedoch bald wieder zurück vor einem gewaltigen Ereignisse, das wie ein Donnerschlag in das deutsche Volk fuhr, vor dem Wiedererscheinen Napoleons in Frankreich. Der „Merkur“ brachte die erste Meldung von der Entweichung des Kaisers am 15. März. „Als die Wächter geschlafen haben und die Herren um den Mantel stritten und würfelten“, rief Görres, „hat der böse Geist den Stein von seiner Höhle weggerückt und ist entronnen!“ Dann aber forderte er mit Flammenworten zum eiligen Kampfe gegen den Verhassten auf. Alles, was Waffen zu tragen vermöge, müsse aufstehen. „Es ist nicht gemeine Not, die andringt, auch ist sie nicht mit gemeinen Mitteln zu bezwingen!“ Und dann bestürmte er die Kabinette. „Haben die Räuber ihren kaiserlichen Hauptmann sich zurückgenommen“, schrieb er in dem Artikel „Auf Rat weyl. zur Tat eil!“ vom 30. März, „dann müßten die deutschen Fürsten von Gott verlassen sein, wenn sie noch einen Augenblick zögerten, sich ein oberstes Haupt zu setzen, das all ihre Anstrengungen zum rechten Ziel leite. Darum werde Franz als aller Deutschen Kaiser ausgerufen, aber nicht als ohnmächtiges Schattenbild hingestellt, sondern bekleidet mit der ganzen Würde der alten Kaiser und ihm die oberste Leitung aller Kriegsgewalt anvertraut. Und

*) Ludwig Geiger, Aus Alt-Weimar. Berl. 1897, S. 225.

aller Hochmut soll sich beugen vor dem selbstgewählten Oberhaupt, damit ihm nicht die Demütigung werden möge, zu knien vor dem fremden Räuberkönig . . . Ihr Völker laßt durch den Wolf im Schafspelz in keiner Weise euch betören. Haltet fest an eurem Haß gegen dieses Volk, und seid sicher, daß aus dieser Mördergrube, von dieser ruchlosen Hauptstadt und dieser wilden Brut, die eine 25jährige Revolution aufgefäugt, der Menschheit nie ein Heil erwachsen. Ihr Fürsten, laßt durch die Stimmen eurer Völker euch beschwören, zerreißt die Neze, die euch verstricken . . . Wie ein neues Heer geschaffen worden und ein frischer Geist im Felde jene Wunder hervorgebracht, so muß auch im Kabinett in den Kamarschendienst der Diplomatie endlich ein neues Leben kommen, die Politik muß sich verjüngen und der Quell frischer Jugendkraft nicht länger in die Wüste abgeleitet werden, daß er die Höfe tränke. — Wahrlich, das Herz blutet jedem in tiefer Brust, dem sein Vaterland wert ist . . . Seht den Drachen, wie er mit seinem Schweif ein ganzes verblendetes Volk umschlingt und euch entgegenwirft — seht, wie sie Feuerbrände nach allen Seiten schleudern und eine Hölle in lichtem Brand entzünden!“

Aber diese Sprache wurde von den Höfen nicht gern gehört, und so erließ denn der Staatskanzler von Hardenberg unter dem 16. Mai 1815 eine Note gegen Görres, in der erklärt wurde, daß der „Rheinische Merkur“ zu den dringendsten Beschwerden Anlaß gegeben. Der Staat verabscheue zwar jeden Zwang, er könne aber solche „freimütigen Untersuchungen“ nur „in dazu gewidmeten besonderen Werken“ gestatten. Alle die verbündeten Regierungen seien zu schonen, und — „es darf der Krieg, den wir zu führen im Begriff sind, nicht als ein Krieg gegen das französische Volk, sondern bloß gegen Bonaparte und die ihm anhängen geschildert werden.“ Schließlich hieß es in der Note, der Herausgeber möge es unterlassen, „die Leidenschaften aufzuregen, z. B. die fortwährend erneuten Anregungen der Wiederbelebung der deutschen Kaiserwürde“ in das Publikum zu werfen.

Sicherlich hatte Hardenberg diese Note sehr wohl erwogen, denn in der nächsten Zeit mußte ja die deutsche Bundesakte

bekannt werden, und diese — das war ja vorauszusehen — konnte nur einen allgemeinen großen Unwillen hervorrufen. Der „Merkur“ vermochte denn auch die Mahnung der Note nur in geringem Maße zu berücksichtigen. Vor allem war er darüber entrüstet, daß Deutschland nur von einer Versammlung seiner Fürsten regiert werden solle, ohne daß das deutsche Volk durch Stellvertreter an der Bestimmung seines Schicksals teilnehmen durfte. „Wie?“ rief Görres aus, „haben unsere einzelnen Regierungen sich etwa so patriotisch gezeigt, daß in ihren Händen das Wohl des Ganzen von jeder Seite gesichert wäre? Werden sich nicht vielmehr ihre einzelnen verschiedenen Interessen also durchkreuzen, daß sie zu keinem Beschlusse werden gelangen können, der für das gesamte Wohl Deutschlands heilbringend sei?“

Die Schlacht bei Waterloo und die Ereignisse, die nun folgten, rückten darauf das Thema wieder etwas in den Hintergrund; im Herbst aber trat es naturgemäß aufs neue hervor. Görres hatte unterdessen eine Unterredung mit Blücher gehabt, und in dieser hatte ihm der alte Haudegen in seinem tiefen Groll gegen die „Diplomatiker“ den lebhaftesten Beifall über die Haltung des „Rheinischen Merkurs“ gezollt. „Schreiben Sie man immer zu,“ hatte er zu ihm gesagt, „gegen wen es auch sei; ich nehme alles auf mir. Wenn's man wahr ist, so mögen Sie alles drucken; aber das sage ich Sie, wahr muß es sind.“ Hierdurch ermutigt, ging Görres nun um so energischer vor. „Der Tag der Bergfeuer ist zum zweitenmale an uns vorbeigegangen“, schrieb er in Nr. 325 vom 6. November 1815, „und nach Möglichkeit festlich vom deutschen Volke gehalten worden. Es ist aber nicht der helle Silberblick der begeisterten Hoffnung vom vorigen Jahre gewesen; der innere Himmel der Nation war wohl viel getrübt und mit Nebel überlaufen. — Bei den lodernnden Flammen auf einsamen Bergeshöhen hat das Volk bedacht, was ihm von seinen Hoffnungen, die es vor dem Jahre an gleicher Stätte gesagt und gesagt, wahr geworden, und es hat sich ihm gezeigt, daß es größtenteils taube Blüte gewesen, die abgefallen. Was der Kongreß von allem Versprochenen ihm geleistet: er hat den mit seinem Herzblut erkauften Besitz unter die Fürsten verteilt und ist darauf

rückkehrenden Kobold auseinandergesprengt.

Kirchenversammlung in vielen Sitzungen indigkeiten sich geplackt und am Ende in Zeit und Not gedrängt über das Wichtigste otdürftiges mit hastiger Eile übereinander- auch in jenem Staatsrate ergangen; seine ct, die Bundesakte, ist tot aus Tageslicht chtet, ehe sie geboren war. Kein Verlaß, eine fröhliche Zuversicht für den Bau der vorgegangen; alles schwebt lose und wankend, ewig bewegten Wässern dieser Zeit, und alle einen neuen Kongreß verwiesen, den der alte e gesetzt und mit gebundenen Händen hingestreich Werk auf morschen Grundfesten er- en einzelnen Landschaften des vielgetheilten Stille brütet, da hat der erwachte Geist mit Unverstande zu ringen, daß er seine klärlichstenache und seine gerechtesten Forderungen gegen rchsetzen möge. Die übermütige Macht, die bei : Taumelfelch getrunken, will nicht ablassen, i Weine zu berauschen; nachdem sie mit Gottes e den Inhaber des Bechers, der den gefährlichen rtrieben, hat sie, statt den gefährlichen Zauber abzuschleudern, ihn lieber sich selber zugeeignet d fleißig in die Runde gehen und trinkt Wahns; das der Tyrann scheidend zurückgelassen, da- ich in ihm verderbe. Und außen, wie drängen was ist für die Sicherheit getan? Man weiß, außen lauern, und hat Tor und Lüren ausge- l, der die jetzige Armut und künftigen Erwerb Der erste Pariser Friede hat als Sohn einen ren, aus diesem ist ein zweiter Friede als Enkel und schon steckt der Urenkel das kleine Schlangen- n den Tag hervor.“

e stieg die allgemeine Erbitterung noch weiter, brodelte der Zorn immer heftiger. Mit seiner

ganzen gewaltigen Beredsamkeit und all dem prunkenden Pomp des Romantikers machte er seinem Ingrim in einem Artikel „Die Rückwirkung in Preußen“ in Nr. 347 bis 352 vom 20.—31. Dezember 1815 Luft. „Es wird gesagt in alten Legenden“, hub er an, „wenn der Teufel irgendwo ausgefahren, bleibe ein arger Schwefelstank zurück, der den Abzug des bösen Geistes verrät. Und gleichwie das Licht sieben Strahlen hat und sieben Quellgeister alles Guten die sittliche Welt durchwärmen, so sei das Böse siebenkräftig, so daß jener böse Dampf in sieben Ausflüssen geteilt erscheinen muß. Der erste Schwaden von denen, die als Rückstand der französischen und unserer eigenen Teufelei durch Deutschland ziehen, ist die Mißgunst und der Neid, die alles Große, was geschehen, mit ihrem Geifer übergießen. Der zweite blaue Dunst ist die Hoffart und Eitelkeit, die nach Auszeichnung und sogenannter Ehre jagt und sich nicht zufrieden gibt, bis sie sich mit allen gleißenden Nichtswürdigkeiten der Welt behangen sieht. Der dritte Schwaden ist die Habsucht und ewig hungernde Gier, die um Geld und Geldegut ihre Seele mit Freuden der Macht verschreibt. Der vierte Gestank ist die Feigheit und Niedertracht, die vor dem Mächtigen im Staube sich beugt, die den Napoleon in ihrem Schoß großgezogen und, nachdem sie ihr Schoßkind verloren hat, ein neues aller Orten sucht, das sie adoptieren möchte. Der fünfte Dampf stinkt in der Heuchelei, die den sechsten, die Lüge und Unverschämtheit, zum Gefellen genommen, der wieder den Haß und die Feindschaft gegen alles Gute sich zugetan. Alle sieben sind in die Stänkereien zusammengetreten, die neuerdings in Preußen aufgegangen, und zu der die Schmalzjche Schrift das erste Zeichen gegeben hat.“

Und nun gießt er die ganze volle Schale seines bitteren Hohnes und Spottes über Schmalz und seine Schrift aus. Jawohl, ruft er aus, als der kategorische Imperativ die Trommel geschlagen, da wurden „je nach den Kategorieen alle Stände des Volkes auf den Exerzierplatz geladen, und diese sind, seit Rants Zeiten an blinden Gehorsam gewöhnt, schnell herzugelaufen und haben sich von ihm die Pflichten und ihre Schuldigkeit in wenig Worten explizieren lassen, und jeder hat darauf also gleich sein

n getan und es zur großen Spritze hinge-
 in Stille und Ehrbarkeit von Statton ge-
 ben dem Staate sozusagen die ehrliche Pflicht
 raucht dieser ihnen keinen Dank zu wissen,
 en Ehepacten sich dazu anheischig gemacht.
 :rativ darf nur, nachdem alles glücklich be-
 Krüppeln sagen: Geseigne's euch Gott, ihr
 et nicht sollen so nahe zum Brande gehen!
 er nichts zu sagen, denn die bedürfen keines
 sünden aber mag nur die Rede ergehen:
 achte heim, ihr eifrigen Leute; laßt euch das
 flicht erfüllt zu haben, genügen; baut euern
 schießt sich nicht, daß Bürger und Bauers-
 saffären mischen; höchstens die Polizei, die
 beim Löschen gehandhabt, darf auf einigen
 jnung Ansprüche machen. Fragt man nun
 kategorische Imperativ in der Schlacht von
 antwortet der, er habe es damals mit Napo-
 dieser seinesgleichen zu achten gewußt; fragt
 flicht so lange zu all der Schande geschwiegen,
 siegreich, sie habe damals das Gelübde des
 selegt und sei überdem auch zu der Zeit ver-
 ade aber zur Schlacht von Lützen in gutem
 ingetroffen und habe noch eben zur rechten Zeit
 die bei Jena zu schanden gegangen, davon ge-
 sternem Gehorsam an die Stelle gesetzt, der jedoch
 anz Meister worden und darauf auch sogleich
 ngetragen. Fragt man den einäugigen Ch-
 arum denn früher der Adel keine Männer, der
 atriotismus, die Kammern nicht Geld noch Pferde
 des Vaterlandes gehabt, dann erklärt er den
 ch den damaligen Verfall der kritischen Philo-
 das Pflichtgefühl ganz von Kräften kommen und
 wächt worden.“

Ton geht es weiter. Wahrhaft vernichtend fallen
 e auf Schmalzes Haupt. Aber der Satiriker wird auch

bitter ernst. Er schildert, unter welchen Verhältnissen einst in tiefer Not der von Schmalz so schändlich verdächtigte Jugendbund zu Königsberg entstand. „Die Überzeugung war allen Verständigen klar geworden,“ schreibt er, „daß in den ungewöhnlichen Zeitverhältnissen, die sich entwickelt hatten, die abgetriebenen alten Formen und die lahmen Triebfedern nicht mehr hinreichen wollten, und daß zu dem Ungemeinen gegriffen werden mußte und ein neues Samenkorn hineingelegt in den fruchtbaren Boden, der aus der Auflösung der alten Eiche entstanden war, damit sich aus ihm ein frisches junges Reis entwickeln möge, in dem sich die alte Kraft verjünge. In diesem Sinne war die Verfassung des neuen Bundes entworfen und dargestellt: die Auflehnung gegen die äußere Tyrannei war sein Geheimnis, die Gefahr gab den Geistern Spannung, die gemeinsame Not band die Gemüther enger, und der große Zweck erhielt die Herzen warm, daß alles nicht so bald in ein abgestandenes Formenwesen ausartete. Der Staat war in tiefer Bedrängnis und sah mit Freuden den Geist erwacht, der tröstend und verheißend auf einmal in Mitte des Volkes aufgestiegen; eine königliche Kabinettsordre billigte und gewährte den neuen Bund.“ Dann schildert er die Tätigkeit des Bundes, der so wesentlich dazu beigetragen habe, das Volk von der Tyrannei zu befreien, und ruft schließlich aus: „Was soll uns nun solch dummer Lärm und diese nichtswürdige Spiegelfechtere! Ist's das, was Preußen jetzt zu tun geziemt, daß solch' ein Marktgeschrei in seiner Mitte aufgeht! . . . Soll der gewaltige Geist, der das große Werk vollbracht, nun sie (die Schmalz und Genossen) es in ihrer blöden Kurzsichtigkeit beendigt glaubten, sich in ihre Dienstbarkeit begeben und in ihrem Spinnhause knechtische Arbeit tun? . . . Aus der Mitte der Völker ruft eine Stimme unaufhörlich in denselben ernsten, dunkeln, tiefen Tönen nach Recht und Verfassung; die Fürsten haben sie gehört und wohl verstanden und sind sogleich willig worden, nach ihrem gerechten Begehre zu tun; nur diese Augendiener suchen sie unaufhörlich zu beschwägen; aber die Stimme ruft fort und fort und wächst immer an und nimmt immer zu an Kraft und Stärke, und das Murren der Wenigen wird bald

en.“ An Preußen sei es nun ganz be-
 nne des Volkes zu hören. „Ein festes
 muß es sich erwerben, damit seine fiktiven
 idealen Besitz im gemeinen Verkehr wie
 Dazu bedarf es von innen einer freien,
 Gerechtigkeit und ja nicht auf lügenden
 re Gewähr geben, daß nicht Leichtsinns oder
 ge niederreißt, was Vernunft in langer
 ich außen, daß es immerwährend strebe, in
 ch zu einer deutschen Macht hinaufzu-
 rüher, aller Bestreben hingegangen, Deutsch-
 ischen Macht hinabzuziehen. Nur wenn
 selber bindet und hier alle Gewalttätigkeit
 n Preußen in der Liebe des gesamten Volkes
 stig werden; anders wird es früher, als das
 fen, in seinem Haffe untergehen. Die nur
 rsten stimmen; das aber sind die gefährlich-
 ierung, die sie zum andern Unheil in blinder
 rei zu treiben sich bemühen.“

ne Sprache wollte man aber in Berlin nicht
 e denn das weitere Erscheinen des „Rheini-
 urch Kabinettsordre vom 3. Januar 1816
 weil die Zeitung ganz gesetzwidrig und un-
 genen Warnungen die Zwietracht der Völker
 verbreite und durch zügellosen Tadel die Ge-
 Die letzte Nummer (Nr. 357) erschien darauf
 316.*) Das Aufhören der Zeitung bedeutete,

ière behauptet in einem Artikel über Bettina in der
 g“ (1885, Nr. 356), daß der „Rheinische Merkur“
 s freisinnigen Aufsatze, den Schim von Arnim ge-
 drückt worden sei. Er stützt sich dabei aber gewiß nur
 ins an Görres vom 23. Januar 1816, in welchem es
 en, der „Rheinische Merkur“ solle verboten werden wegen
 rlin, worin Lecocq vorgekommen . . . Ich sagte Stäge-
 m Staatskanzler verhandelt, ich sei der Verfasser, sie
 ich wenden, aber ein Institut nicht stören, das für die

auch wie der Generalgouverneur der Rheinlande, Justus Gruner, in einem Briefe an Görres vom 18. März 1816 offen aussprach, einen unersehblichen Verlust.

Auch für Görres selbst war die Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ von den schwersten Folgen. „Seine bedeutendste Wirksamkeit war damit für sein ganzes Leben zerstört“, schreibt sein Biograph Sepp (S. 250), „zum Bedauern der besten Männer.“

Einen gewissen, wenn auch nur sehr mäßigen Ersatz für den unterdrückten „Rheinischen Merkur“ bot der „Westphälische Anzeiger“ von Arnold Mallinckrodt. Bekanntlich war dieses Blatt bereits 1798 in Dortmund gegründet worden, hatte aber in der französischen Zeit (1809) sein Erscheinen einstellen müssen (Vergl. Band II, S. 31). Nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft nahm Mallinckrodt jedoch sein altes Unternehmen wieder

öffentliche Meinung so wichtig sei. Stagemann erwiderte: Veranlassung sei russische Anforderung über ein paar Artikel gegen den Kaiser.“ In Wirklichkeit sind es aber wohl hauptsächlich die Artikel Görres' über die deutschen Verhältnisse gewesen, die in Berlin Unwillen erregt haben; sie paßten ganz und gar nicht mehr zu der reaktionären Richtung, die Fürst Hardenberg, gedrängt von den Schmalz und Genossen, nach und nach einschlagen mußte. Es traf daher gewiß auch der Freiherr vom Stein das Richtige, als er zu Berthes, der ihn am 3. August 1816 in Nassau besuchte, äußerte: Görres sei ein Genie, ein gelehrter und rechtschaffener Mann, aber er habe sich nicht raten lassen, und der Staatskanzler habe keine Möglichkeit gehabt, ihn zu halten. — Sehr aufgebracht war Blücher über die Unterdrückung des „Merkurs“. In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Reimer an Niebuhr, kürzlich sei bei Blücher Gesellschaft gewesen, auf der dieser dem Oberpräsidenten von Koblenz, v. Ingersleben, wegen seiner Schritte gegen Görres heftig zugesetzt habe. „Ich habe dem Manne erlaubt, gegen Kaiser und König zu schreiben,“ habe Blücher ausgerufen, „gegen den Staatskanzler und gegen mich selbst, wenn es not tate, und habe ihn daher auf meinem Gewissen allein; ich bin unschuldig, Sie aber haben es zu verantworten.“ Es sei aber dabei zu bemerken (setzt Reimer hinzu), daß Ingersleben sein dem Görres angetanes Unrecht vollkommen anerkenne und in Berichten sowie in Reden jetzt der Apostel seiner Brauchbarkeit und Trefflichkeit sei. (Briefe Reimers an Niebuhr. Publ. der Berliner Literaturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

an Tag zur selben Zeit, als der „Rheinische“ einstellen mußte. Mit der ganzen seiner echt vaterländischen Gesinnung trat wieder vor sein Publikum. In der ersten Januar 1816 ausgegeben wurde, entwarf tsbild. „Großes Heil ist unjerm Vater- Jahre 1815 widerfahren!“ rief er aus. as Jahr 1816: Aufhören des unglücklichen standes — Verminderung der bis zum gediehenen öffentlichen Abgaben und Lasten des allgemein gelähmten Erwerbs — eine nach festen Gesetzen und unter landständi- und die allmähliche Rückkehr des gegenseitigen lichkeit und des allgemeinen Strebens nach Hand der Religion.“ Besonders in der ver- chen Verfassung liege, so fuhr er fort, für wie für die Untertanen — neben einer bet — die sicherste, dauerhafteste Bürgerschaft des . An die Verfassung werde sich „die Ein- chaften neuen Städteordnung (der Steinschen die Beseitigung aller Beamtenwillkür und des ößlichen Steuersystems, allgemeine Gewerbebefrei- erderung des Wegebau's, Schiffbarmachung der ung zweckmäßiger Kanäle. „Wohl uns!“ schließt elen traurigen Jahre werden frohere, bessere

ch also Görres hauptsächlich mit den großen Fragen beschäftigt hatte, wandte sich der „West- r“ fast ausschließlich den nationalökonomischen och mehr darauf hingewiesen, als 1816 und 1817 Hungerjahre eintraten, die Westfalen besonders weil die neuen preußischen Beamten sich als recht wiesen. Die Lebensmittelpreise stiegen insolge- her als andernwärts. Das machte sich schon im bemerkbar, in welchem Monat das 11pfündige

Schwarzbrot in Elberfeld noch 29, aber in Hagen bereits 36 und in Hörde schon 44 Stüber*) kostete. Bald nachher schrieb denn auch der „Westphälische Anzeiger“: „Angst und Not ist vorhanden. Es wird den Menschen bange auf Erden. Zittern und Zagen ergreift ihn beim forschenden Blicke in die Zukunft.“ Mittlerweile verschlimmerten sich die Verhältnisse beständig; auf einen ungünstigen Herbst folgte ein früher harter Winter, worauf der Preis des 11pfündigen Schwarzbrotens auf 63 Stüber stieg, so daß es in vielen Orten zu Unruhen und Gewalttätigkeiten kam. Und nun erst ließ sich die Regierung in Berlin, die den Rheinlanden schon längst zu Hülfe gekommen war, bereit finden, auch Westfalen durch staatliches Eingreifen zu unterstützen. Aber statt das in den Ostseehäfen für Staatsrechnung gekaufte Korn auf dem natürlichen Wege durch die Nordsee, den Rhein, die Ruhr und Lippe hinauf zu Wasser in das Herz Westfalens bringen zu lassen, beging man die Torheit, es auf der Weser nach Minden zu schaffen und von dort auf 20 Meilen langem, schlechtem Landwege über Lippstadt nach Unna zu fahren. Dadurch kam die Fracht für den Transport eines Scheffels Roggen von Lippstadt nach Hagen auf 2 Taler g. G. (4 Mark 64 Pf., oder für den Zentner auf 5 Mark 57 Pf.) zu stehen**), und die Kornpreise stiegen bis zur Mitte des Mai in Westfalen bis zu 10 Talern g. G. (23 Mark) der Scheffel, während sie jenseits der Elbe und Weser, wie der „Westphälische Anzeiger“ S. 674 feststellte, nur wenig mehr als die Hälfte betrugten.

Ähnliche verhängnisvolle Mißgriffe folgten, so daß der „Westphälische Anzeiger“ wiederholt bittere Klage führte, was aber in Berlin sehr übel vermerkt wurde.

Doch verhielt sich die Zeitung keineswegs bloß negativ; sie suchte auch Positives durch die Klärung der großen national-ökonomischen Fragen der Zeit zu schaffen. Man bemühte sich

*) 13 Stüber = 50 Pfennigen R. W.

**) Heute beträgt die Eisenbahnfracht für einen Zentner Getreide von Lippstadt nach Hagen 24 Pfennige.

festzustellen, ob Freihandel oder Schutz-
 er darniederliegenden Deutschland fromme,
 ng der Kontinental Sperre überflutete Eng-
 cieverzeugnissen den ganzen deutschen Markt,
 igen Kriege arg herabgekommene deutsche
 er stande, die Konkurrenz zu bewältigen.
 da verhalten? Auch Mallinckrodt öffnete
 sein Blatt, und da entwickelte denn ein
 Kaufmann in Aachen, namens David Hanse-
 heit in überraschend klarer und geistvoller
 deutschlands, führte er aus, müsse jede Zoll-
 in das ganze Deutschland umfassender Zoll-
 lt werden; dem Auslande gegenüber aber
 finanziellen wie im Interesse der Erhaltung
 erbe Zollschranken aufgerichtet werden. Also
 Anzeiger“ war das erste Blatt, das den Ge-
 a deutschen Zollvereins in die Welt trug.
 iltigte sich der „Westphälische Anzeiger“ auch
 ge der Regulierung der gutsherrlich-bäuerlichen
 estfalen und verteidigte hierbei die Rechte der
 zog er sich aber den Born verschiedener viel-
 er Herren zu, und da er auch ferner, obgleich
 mer entschiedener die reaktionäre Richtung ein-
 len Grundjahren treu blieb, so ward ihm als-
 Ende bereitet; im Januar 1818 wurde er kurz-
 verboten. In der Bevölkerung des westlichen
 diese Maßregel aber eine große Erbitterung her-
 Hartfort trat in der Zeitschrift „Hermann“ in
 Recht — und nicht mehr als Recht“ sehr ge-
 lindrodt ein. „Möge ihm,“ rief er aus, „die
 die von oben nichts erbitten, sich vor Titeln nicht
 ulich nur ihr Recht begehren, ein Ersatz sein für
 n Anfeindungen seiner Gegner.“ Und der Frei-
 a schrieb unter dem 2. Februar 1818 an Görres:
 von Pressfreiheit im Preussischen; die existiert aber
 : Zensur ist in den Händen des Polizei=Ministerii,

des nichtswürdigen Fürsten Wittgenstein und seines Gehülfsen Herrn von Kampß, eines wahren Philisters — die von dem Polizei-Minister gegebene Instruktion an die Regierungen ist in dem Geiste derer, welche Figaro beschreibt. — Der Vorgang mit Mallinckrodt's „Westphälischem Anzeiger“ ist wirklich skandalös.“

Unter diesen Umständen hielt es Mallinckrodt für zweckmäßig, sich einen neuen Wirkungskreis außerhalb Preußens zu suchen; er verkaufte seine Buchhandlung und Buchdruckerei an einen Dr. Heinrich Schulz in Hamm und siedelte nach Jena über, wo er eine Professur zu übernehmen und Görres Zeitung unter dem Titel „Neuer Rheinischer Merkur“ fortzusetzen gedachte. Seine Bemühungen um Erlangung einer Professur waren aber vergeblich, und der „Neue Rheinische Merkur“ ging sehr bald, da er beim Publikum nicht die nötige Unterstützung fand, wieder ein, worauf Mallinckrodt nach Westfalen zurückkehrte, um sich auf seinem kleinen Gute zu Schwefe bei Soest der Landwirtschaft zu widmen. Doch starb er dort, verbittert und verdüstert, bereits 1825, noch nicht 58 Jahre alt.

Dr. Heinrich Schulz hatte mittlerweile bereits im Juli 1818 die Erlaubnis zur Wiederherausgabe des „Westphälischen Anzeigers“ erhalten, durfte ihn aber selbstverständlich nur im regierungsfreundlichen Sinne und unter strenger Zensur erscheinen lassen. Der Hauptsprecher darin war jetzt der Professor Johann Friedrich Benzenberg (gest. 1846.) Er führte fortan in dem Blatte über alles und jedes das große und gar häufig recht taktlose Wort. Ein entschiedener Anhänger Preußens, warf sich der sonst vollständig liberale Mann, berufen und unberufen, zum Verteidiger des Fürsten Hardenberg auf, ohne zu ahnen, daß der alte, längst in Marasmus verfallene Staatskanzler nur noch von der herrschenden Rücksrittspartei Wittgenstein-Kampß gehalten und geschoben wurde. Aus seinen volkstümlich und lebendig geschriebenen Aufsätzen hat sich übrigens mancher Ausspruch bis in unsere Tage erhalten, so z. B. der Satz „Zahlen beweisen!“, der heute noch ein geflügeltes Wort ist.*) In der Beilage des „An-

*) Berger, Der alte Hartort. Lpzg. 1896, S. 183.

und Wissenschaftsblätter“, erschien der junge Arbeiter; er veröffentlichte darin 1820 den 1. und 2. und 1822 zwei „Briefe aus Berlin“.

den Zeitungen des Westens. Des Generalgouverneurs Zensur. Die Aachener Zeitungen. Friedrich die Haltung der Aachener Zeitungen. Beschränkung des wegen zu großer Nachsicht gegen die Aachener der Aachener Zeitungen. Die Kölner Blätter. Der chaftliche Standpunkt der „Kölnischen Zeitung“. Die id Kleve. Die ärmliche Presse in Düsseldorf. Die ätter in Elberfeld und Solingen.

der „Rheinische Merkur“ und der „West-“ in der in Rede stehenden Zeitperiode die a Blätter von besonderer Eigenart und von Inhalt; alle übrigen vermochten sich aus ihrer cheit und Geistesarmut so bald nicht zu erheben. n des Westens lastete noch immer ein gut Teil l der zwanzigjährigen Fremdherrschaft; veräng- ert, wußten sie einen neuen Ton zunächst nicht ie Zeitungen des Ostens standen nach wie vor gen Polizeiaufsicht. „Wenn so etwas,“ schrieb d auf den „Rheinischen Merkur“ an Görres, „nur rf gedruckt werden dürfte!“*)

Blättern sind aus dem westlichen Teile der orzuheben die Zeitungen von Aachen, Köln, Kre- , die unter der Jurisdiktion des Generalgou- standen, der seinen Sitz in Aachen hatte, und eitungen von Düsseldorf, Elberfeld und Solingen, on wiederholt genannte Generalgouverneur Bruner : Aufsicht führen mußte. Erfreulicherweise waren gouverneure wohlwollende Männer, die den Bei- ergang in die neue Ordnung möglichst erleichterten

und in den Wirrwarr, den sie vorfanden, mit schonender Vorsicht eingriffen.

Zunächst hoben sie den von der französischen Regierung eingeführten drückenden Zeitungsstempel auf, und dann stellte Sack die Grundzüge einer Zensur fest, über die der Gouvernementskommissar Voelling unter dem 24. Mai 1814 den Kreisdirektoren folgende Mitteilung machte: Die Zensur bezwecke, nicht zu dulden, daß etwas Anstößiges gegen Privatpersonen, öffentliche Beamte und Regierungen, eine Hintansetzung der Pflichten gegen Kirche und Staat, etwas die Ehrsamkeit und Sittsamkeit Verletzendes, oder eine Verbreitung von beunruhigenden, verführerischen oder falschen Nachrichten in den Zeitungen gedruckt werde. Alle öffentlichen Blätter müßten, ehe sie in die Druckerei gingen, nachgesehen und zensiert werden. In Aachen sei der Generalsekretär Körfgen Zensur, anderwärts seien die Kreisdirektoren mit der Zensur beauftragt. Weiterhin wird dann noch in einer Verfügung vom 10. Oktober 1814 das konfessionelle Gebiet berührt. „Es ist bekannt“, so lautet der Erlaß, „welchen Eindruck auf das Volk diejenigen Nachrichten machen, welche die Gottesverehrung, die Verhältnisse der Geistlichkeit und dergleichen betreffen. Ich empfehle Ihnen daher angelegentlichst, die Artikel dieses Gegenstandes, welche für die öffentlichen Tagesblätter bestimmt sind, auf das sorgfältigste zu prüfen und bei der Zensur alles zu unterdrücken, was einen übeln Einfluß auf die Ruhe der Gemüter haben und die bestehende Verfassung irgendwie verletzen könnte.“

Von der Aachener Zeitungslitteratur erschien nach dem Abzuge der Franzosen, da mit diesen natürlich auch die „Präsekturakten“ und das „Journal de la Roer“ dahingegangen waren, nur noch die „Aachener Zeitung“, jetzt im Verlag von Matthias Weiß. Bald nachher erstand aber der „Aachener Wahrheitsfreund“, herausgegeben von Thomas Blickeß, wieder, der 1809 als „Aachener Merkur“ unterdrückt worden war (Vergl. Band II, S. 99), und weiterhin traten „Der Nouvelliste“, herausgegeben von Jos. Sak. Bovard, und das Wochenblatt „Aurora“, redigiert von dem berühmten Franz Theodor Matthias Bier-

gaus, der einst den wutschnaubenden „Brutus, den Tyrannenfeind“ in die Welt geschleudert hatte (Vergl. Band II, S. 24), ins Leben; auch wurde von der Regierung ein amtliches Blatt, „Journal des Nieder- und Mittelrheins“, redigiert von Dr. Stein, gegründet. Es erschien vom 10. März 1814 ab in Quart und wurde bei Beaufort gedruckt.

Von allen diesen Zeitungen ging nur die „Aurora“ über die gesteckten Grenzen hinaus und wurde daher am 5. Febr. 1815 unterdrückt. Sie hatte zwei Artikel in ihrer Nummer vom 3. Februar 1815 gebracht, die Anstoß erregten. In einem dieser Artikel witzelte Biergaus über den Wiener Kongreß und sprach unter anderem von Wiener Kaffeehausnachrichten, wobei er gleichzeitig den Herausgeber des amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ lächerlich zu machen versuchte; in dem anderen wendete er sich gegen den in den Regierungskreisen wegen seiner deutschfreundlichen Haltung sehr angesehenen Herausgeber der „Aachener Zeitung“, Matthias Weiß. Der Zeitungsdrucker Weiß, so wurde in der „Aurora“ gesagt, sei von den Franzosen zur Belohnung für die dem französischen Justiz- und Polizeiminister geleisteten heimlichen und öffentlichen Dienste den Aachenern aufgedrungen worden. Er sei ein geborener Ungar und tische seinen Lesern Pariser Lügen und „Moniteur“-Dummheiten in einer halb hunnischen, halb französisch-deutschen Sprache auf. Der Generalgouverneur Sack verbot das Weitererscheinen des Blattes mit der Begründung, daß es „durchaus als ein Tummel-Platz anzüglicher und ärgerlicher Persönlichkeiten, welche selbst die liberalste Preßfreiheit niemals in Schutz nehmen kann“, angesehen werden müsse. In der Bevölkerung fand diese Maßregel nur allgemeine Billigung.

Die übrigen Aachener Zeitungen hielten sich sehr vorsichtig; lief ihnen aber dennoch einmal ein freies Wort mit unter, so war der Zensor sofort bei der Hand und tilgte den Satz. Solche Fälle kamen selbst bei dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ vor, ja diesem wurde am 29. November 1814 sogar eine ganze Seite gestrichen, die dann vollständig weiß zur Ausgabe kam. Trotzdem war die königliche Regierung in Berlin

wenig mit den Aachener Blättern zufrieden, und Mitte Juni 1815 lief aus dem Kabinett Friedrich Wilhelms III. beim Generalgouverneur des Niederrheins eine Ordre ein, in der der König erklärte, er habe im „Rheinischen Merkur“ und anderweitig Aufsätze gelesen, die von einer „ganz ungerügten Lizenz ihrer Verfasser“ zeugten.*) Ein derartiger Artikel sei der in einer der letzten Nummern der „Aachener Zeitung“ gegen die bayerische Regierung erschienen, dessen Verfasser, Verleger und Verbreiter als Ruhestörer anzusehen seien, gegen die man nach der Strenge der Gesetze verfahren werde. Behörden, die aus Fahrlässigkeit oder Nachsichtigkeit solche Artikel durchgehen ließen, seien hierfür verantwortlich. Der König werde sich von jetzt ab lediglich an „die Mitglieder der Behörden halten, welche in ihrem Ressort solche Aufsätze oder irgend etwas aufkommen ließen, wodurch die Einigkeit der Verbündeten gestört, oder eine gegen die Regierungsformen gerichtete Stimmung auch nur entfernt hervorgebracht werden könnte.“ Hiernach habe sich das Generalgouvernement vom Niederrhein entschieden zu richten.

Diese Ordre des Königs gab der Generalgouverneur Sad ordnungsmäßig an den Gouvernements-Kommissar Voelling weiter mit der Anweisung, sich den königlichen Befehl bei der Aufsicht über die Zeitungen zur strengen Richtschnur dienen zu lassen. „Übrigens habe ich,“ fügte er aber hinzu, „wie ich Euer Hochwohlgeboren hierdurch vertraulich eröffne, um in den Stand gesetzt zu werden, mit dem pünktlichsten Gehorsam gegen Königliche Allerhöchste Immediat-Befehle die Handhabung der liberalen, auf

*) Gemeint ist folgende Auslassung: „Nach dem „Rheinischen Merkur“ hat die Regierung in Bayern die deutsche Tracht — oder vielmehr alle besonderen Abzeichen, z. B. Kreuze von Metall auf Münzen u. s. w., durch eine Verordnung dd. Aschaffenburg, den 2. Mai dieses Jahres — verboten. (Wahrscheinlich fürchtet der Graf Montgelas, daß die Bayern zu deutsch für einen Montgelas werden möchten, oder er kann kein anderes Kreuz leiden, als das, welches er den bayerischen Untertanen auflegt.“ Der Artikel war aus dem „Rheinischen Merkur“ in das amtliche „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ (Nr. 59 vom 18. Mai 1815) und von dort in die „Aachener Zeitung“ übergegangen.

preußischen Staats-Maximen auch ferner
 in einem heutigen Berichte an des Herrn
 Marschall Durchlaucht diesen Gegenstand um-
 und eine genauere Instruktion mir erbeten.
 Ich bin Euer Hochwohlgeboren demnächst in
 Verhoffen aber muß des Königs deutlich erklärter
 werden, und ich kann nicht umhin, dafür,

Ihres Verwaltungsbezirktes geschehe, die von
 auferlegte persönliche Verantwortlichkeit auf
 Ihnen wiederum pro rata zu übertragen."

Wollte Voelling seine Aufmerksamkeit; er war
 unsicher, wie weit er in der Beschränkung der
 und fragte daher unter dem 23. Juli, als die
 die Schlacht bei Waterloo vorüber waren, bei
 dem Könige an, ob denn, da der König den „Rhei-
 speziell genannt habe, Abdrücke aus diesem
 nicht vermieden werden müßten. Allein der
 konnte sich zu solcher Härte nicht entschließen.
 antwortete er bereits am 25. Juli, könne kein
 sein, den im „Rheinischen Merkur“ enthaltenen
 Aufnahme in Aachener Tagesblätter zu versagen;
 er wisse, daß der unter seiner persönlichen Verant-
 wortung stehende Herausgeber des „Rheinischen Merkurs“
 nicht sage, die dem gebildeten und verständigen
 literarischen Wirkungskreises zwar ohne Bedenken
 überlassen werden könnten, die man aber doch
 in Tagesblättern einer niederen Sphäre auch unter den
 zu verbreiten lassen dürfe. Nach diesen Grundsätzen
 in Bezug auf solcher Tagesblätter vorkommenden Falls
 zu verfahren haben.

In ähnlichen Anschauungen huldigte man aber in Berlin
 faunlich wurde der „Rheinische Merkur“ schon zu
 verboten, und dem „Oberpräsidenten der Königlich
 Provinzen am Rhein“ (dieser Titel hatte Saef mit-
 teils) wurde zugleich mit der Mittheilung dieser Maß-
 nahme für seine Nachsicht, die er der Presse gegenüber

geübt habe, erteilt. Dieser Tadel berührte Sack offenbar sehr unangenehm, und er sah jetzt davon ab, fernerhin irgend welche Nachsicht zu üben. Seinem Gouvernements-Kommissar Voelling schrieb er am 9. Januar 1816, Seine Majestät habe ihn bei der Mitteilung von der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ zugleich benachrichtigt, daß ein Gesetzentwurf über die Preßfreiheit zur Zeit im Ministerium beraten werde, und ihm, unter Mißbilligung der bisher gestatteten Freiheit, zur Pflicht gemacht, bis zum Erscheinen dieses Gesetzes „die Zeitungen und Journale im Zaum zu halten“. Er wies ihn (den Voelling) daher hiermit an, die Strenge der Zensur dergestalt zu verdoppeln, daß durchaus keine Stelle passiere, in welcher beleidigende Ausfälle gegen eine fremde Regierung oder unbefugte Kritiken und Urteile über Handlungen der preußischen Regierung oder über Gegenstände des preußischen Staatshaushaltes oder des Verhältnisses Preußens zum Auslande enthalten seien. „Für die genaue Befolgung dieser Vorschrift,“ schloß er, „muß ich Euer Hochwohlgebornen ebenso mir persönlich verantwortlich machen, als ich Seiner Majestät dafür verantwortlich bin.“*)

Damit war den Zeitungen am Niederrhein und im Generalgouvernement Berg jedes freie Wort abgeschnitten. Doch bedeutete das — seit dem „Rheinischen Merkur“ der Garaus gemacht worden war — im Grunde nicht sehr viel, da sich unter all den Blättern der weiten Landschaft kein einziges von einer gewissen Bedeutung befand. Sie boten alle nur einen ärmlichen Inhalt und besaßen auch nur eine außerordentlich geringe Auflage. Zufällig sind wir über diese ganz genau unterrichtet, da Sack Ende Dezember 1815 über die im Gebiete des ehemaligen Norddepartements und der Provinz Berg erscheinenden Zeitungen eine Statistik aufnehmen ließ, und dieses Aktenstück sich im Düsseldorf'schen Staatsarchiv erhalten hat. Danach erschien die „Aachener Zeitung“, die dreimal wöchentlich herauskam und 15 Franks jähr-

*) Die hier angeführten Schriftstücke befinden sich im Königl. Staatsarchive zu Düsseldorf, Norddepartement, Gouvernements-Kommissariat, 4. Division Nr. 13.

lich kostete, in 800 Exemplaren, „Der Nouvelliste“ (viermal wöchentlich; 16 Franks) in 300 Exemplaren, der „Nachener Wahrheitsfreund“ (viermal wöchentlich; 15 Franks) ebenfalls nur in 300 Exemplaren; von dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ wurde die Höhe der Auflage nicht angegeben. In einer amtlichen Bemerkung werden diese Nachener Blätter außerdem noch flüchtig charakterisiert. Es heißt da: Gegen die „Nachener Zeitung“ nichts zu erinnern, höchstens nur, daß ihre Nachrichten selten neu sind. Beim „Nouvellisten“ ist die gute Auswahl zu loben. Der „Nachener Wahrheitsfreund“ ist die mittelmäßigste der in Aachen erscheinenden Zeitungen. Die Auswahl ist nicht die beste, die Artikel werden spät geliefert. Der Verfasser ist der französischen Sprache nicht mächtig, was in- korrekte Übersetzungen zur Folge hat.

In Köln waren nach dem Abzuge der Franzosen auch der „Beobachter im Roer-Departement“, die „Gazette de Cologne“, der „Mercure du département de la Roër“ und die „Feuille d'affiches“ verschwunden, dagegen aber die drei 1809 unterdrückten Blätter: die „Kölnische Zeitung“, der „Welt- und Staatsbote“ und der „Verkündiger“ wieder erstanden. Doch wurden diese sofort unter die Zensur der verbündeten Heerführer gestellt, was ihnen der Maire der Stadt, Wittgenstein, unter dem 14. Februar 1814, in folgendem amtlichen Schreiben mitteilte:

„In Gefolge eines Schreibens des Herrn Stadt-Kommandanten, welches ich soeben erhalte, muß von heute an der Inhalt aller hier ausgehenden Zeitungen einen Tag vor ihrer Erscheinung im Publikum an den Herrn Aswerdson, Obrist, Kommandeur der Leibgarde zu Pferde, Chef des Hauptquartiers Sr. K. H. des Kronprinzen von Schweden, der unter Sechszehnhäuser bei Madame Keil einquartiert ist, eingereicht werden und nach dessen Erlaubnis und Unterschrift auf dem Bureau des Herrn Stadt-Kommandanten visitiert werden.“

Nach dem Einmarsch des Heeres in Frankreich übernahm dann Sack die Oberaufsicht über die Presse.

Die „Kölnische Zeitung“ begann bereits am 16. Jan. 1814 wieder zu erscheinen und nahm dann unter der umsichtigen Leitung

von Marcus Du Mont bald einen lebhaften Aufschwung. Hatte sie bei ihrer Unterdrückung 1809 nur 326 Abonnenten gehabt, so konnte sie bei der Aufstellung der Statistik im Dezember 1815 bereits eine Auflage von 1500 bis 2000 Exemplaren angeben. Sie kostete jetzt 5 Reichstaler 20 Stüber das Jahr, erschien aber noch wie ehemals, als das Jahresabonnement bloß $2\frac{2}{3}$ Reichstaler betrug, nur in klein Quart und auch nur einmal wöchentlich. Der Inhalt war daher auch jetzt noch sehr spärlich. Längere Berichte konnten bei so beschränktem Raum nur nach mannigfachen Unterbrechungen veröffentlicht werden. Die Schil-derung der am 15. Mai 1815 vollzogenen Guldbigungsfeier in Aachen, dem amtlichen „Journal des Nieder- und Mittelrheins“ entlehnt, bedurfte zu ihrem vollständigen Abdruck mehrere Wochen, vom 21. Mai bis 15. Juni, und schließlich mußte sich die Redak-tion an dem letzten Tage noch zu einer in kleinerer Schrift gedruckten Beilage bequemen, um sich des Berichtes endlich zu entledigen. Auch mit der Schnelligkeit der Übermittlung von Mel-dungen hatte es noch immer seine großen Schwierigkeiten. Die Nachrichten aus Frankfurt brauchten nach wie vor vier Tage, um nach Köln zu gelangen, und die aus Paris sogar eine volle Woche. Außergewöhnlich schnell erhielt dagegen die Zeitung die Kunde von der Schlacht bei Waterloo, die am 18. Juni 1815 abends entschieden ward. Der preussische Oberst von Thiele, am 19. Juni vom Fürsten Blücher aus dem Hauptquartiere zu Charleroi abgefertigt, brachte am 20., nachmittags 2 Uhr, den ersten vorläufigen Siegesbericht nach Köln, worauf die „Kölnische Zeitung“ die frohe Botschaft sofort durch ein Extrablatt ver-breiten ließ. Die gut-deutsche Gesinnung, die hier und auch bei andern Gelegenheiten in der Zeitung zum Ausdruck kam, veran-lasste denn auch Görres gelegentlich (Rh. Merk. Nr. 80) zu dem Urtheil: „Die „Kölnische Zeitung“ hat öfter, auch in der Zeit der Gefahr, guten Geist bewährt und sich nicht minder ihr eigenes Urtheil gebildet.“ Im weiteren Verlaufe der Jahre trat bei der Zeitung mehr und mehr eine streng-katholische Tendenz hervor, die sich u. a. bei der Wiedereinführung der Fronleichnamts-Pro-zession im Jahre 1818 in begeisterten Worten äußerte. Über

zugesetzte Richtung werden wir erst weit
 en. Ebenso wie ihre religiösen, so waren
 von Periode auch ihre volkswirtschaftlichen
 entgegengesetzten von heute. Mit großem
 die Zeitung besonders gegen den Gebrauch
 der Maschine macht“, schrieb sie 1818 in
 das englische Maschinenwesen, „oft die Ar-
 menschen entbehrlich und bringt den Gewinn,
 der Arbeiter teilten, in die Hände eines einzigen . . .
 den Vervollkommenung werden neue Familien
 durch die Dampfmachine vermehrt die Zahl der
 zu erwarten, daß sich bald alles Vermögen
 der tausend Familien befinden und der übrige
 Bettler in ihre Dienstbarkeit geraten werde.
 menschenfreund schmerzlich ergriffen werden von
 es es dahin kommen kann und aller Wahr-
 heit kommen muß? Wir sind der Meinung,
 daß unser Gewerbe durch das englische Maschinen-
 wohl er sehr fühlbar ist, bei weitem leichter
 un, als der Druck, der aus dem Flor der zu
 en vervollkommeneten Fabriken erwachsen würde,
 mit drei bis vier Millionen Bettlern bevölkert
 derweise wurde die Entwicklung der rheinischen
 welche irrigen Ansichten nicht aufgehalten, und der
 meistens wuchs rasch, wenn auch nicht gerade in
 selbst, wo noch in den zwanziger Jahren eine
 richtete, daß, wie der Erzbischof Graf Spiegel an
 von Stein schrieb, „im Durchschnitt der dritte
 ung bedürfe.“*)

Welt- und Staatsbote“ entwickelte sich nach
 seinen günstig. Er hatte bei seiner Unterdrückung
 Abonnenten gehabt, konnte aber bei der statistischen
 Dezember 1815 eine Auflage von 1400 Exem-
 . Er erschien, redigiert vom Gerichtsschreiber

Weber, viermal wöchentlich und kostete 5 Reichstaler 20 Stüber jährlich.

Kümmertich sah es dagegen mit dem Inseratenblatte „Der Verkündiger“ aus, das der Buchdrucker Heberle „in Verbindung mit mehreren Litteraten“ zweimal in der Woche herausgab; es wurde nur in 400 Exemplaren aufgelegt.

In Krefeld erschien auch in der neuen Zeit das „Krefelder Wochenblatt“ der Witwe Schüller nur wöchentlich einmal*) und brachte auch nach wie vor neben den Privatanzeigen nur Verfügungen der Behörden und Bekanntmachungen. Mitteilungen politischen Inhalts waren streng untersagt, und der neue energische Kreisdirektor Wilhelm Bene hielt sehr streng auf die Beobachtung dieses Verbotes. Besonders wichtige Nachrichten, wie die Verbannung Napoleons, die Einnahme von Paris u. s. w., wurden von Amtswegen mitgeteilt. Das Jahresabonnement belief sich auf 2 Reichstaler; die Auflage war Ende 1815: 220 Exemplare. Und auch in Kleve entwickelte sich zunächst kein neues Leben. Der „Kourier des Niederrheins“, zweimal wöchentlich von dem Gerichtschreiber Koch herausgegeben, konnte auch fürderhin nur in 150 Exemplaren gedruckt werden.

Ebenfalls in ihren bisherigen bescheidenen Verhältnissen verblieben in der in Rede stehenden Periode die Zeitungen des General-Gouvernements Berg, die Blätter in Düsseldorf, Elberfeld und Solingen.

Trotz seiner günstigen geographischen Lage vermochte sich Düsseldorf doch nur langsam aus der allgemeinen Zerrüttung zu erholen. Die 26 600 Einwohner hatten weder Unternehmungsggeist, noch führten sie ein regeres geistiges Leben. Es florierte daher auch nur das vom Gouvernements-Buchdrucker Hofkammerat Stahl herausgegebene „Intelligenzblatt“, das wöchentlich einmal erschien und eine Auflage von 1200 Exemplaren besaß. Es kostete jährlich in Düsseldorf 1 Reichstaler 30 Stüber und konnte

*) Wir möchten hier einmal gelegentlich bemerken, daß Wochenblätter auch zweimal und noch öfter wöchentlich erschienen; man behielt, wenn sich die Blätter auswuchsen, doch den alten Titel gern bei.

„im Lande“ postfrei für 2 Reichstaler und 10 Stüber bezogen werden. Neben dem „Intelligenzblatte“ gab Stahl auch jetzt noch das politische „Abendblatt“ dreimal in der Woche heraus, das aber nur in 600 Exemplaren erschien, und zwar bei einem Abonnementspreise von 4 Reichstalern für Düsseldorf und 5 Reichstalern 20 Stübern auswärtz, durch die Post bezogen. Damit scheint das Bedürfnis der Stadt gedeckt gewesen zu sein, denn die beiden politischen Blätter, die noch außerdem und sogar täglich herauskamen, die „Düsseldorfer Zeitung“, redigiert von Kaufscheidung, gedruckt von Bohemann, und die „Niederrheinischen Blätter“, redigiert von dem Freiherrn von Kerz, gedruckt von Stahl, vermochten kaum ihr Leben zu fristen. Das erstere hatte (bei einem Jahrespreise von 5 Reichstalern) nur 340 und das letztere (das 6 Reichstaler kostete) sogar bloß 300 Abnehmer!

Etwas besser lagen die Verhältnisse der beiden Zeitungen im betriebsamen Elberfeld. Dort konnte sich die Büschlersche „Allgemeine Zeitung“ unter der sorgfältigen Leitung des Dr. Eichholz bei täglichem Erscheinen einer Auflage von 1600 Exemplaren erfreuen, ebenso das „Elberfelder Intelligenzblatt“, eine Beilage zur „Allgemeinen Zeitung“, die zweimal in der Woche herausgegeben wurde. Das Abonnement für die „Allgemeine Zeitung“ betrug 5 Reichstaler bergisch; das „Intelligenzblatt“ wurde den Abonnenten der Zeitung gratis verabreicht. Das zweite Elberfelder Blatt, die „Provinzial-Zeitung“, mit der wöchentlichen Beilage „Niederrheinischer Anzeiger“, das auch jetzt noch im Verlage des Buchhändlers Mannes erschien, stand zwar nicht mehr auf der Höhe, die es beim Ende des 18. Jahrhunderts eingenommen hatte (Vergl. Band II, S. 33), immerhin belief sich die Auflage doch noch auf 500 Exemplare. Der Preis war ebenfalls 5 Reichstaler bergisch.

Der in Solingen von dem Buchdrucker Siebel zweimal wöchentlich zum Preise von 1 Reichstaler herausgegebene „Verfünder“, ein gemeinnütziges Volksblatt (Ausf. 250 Expl.) war bedeutungslos.

4. Die Berliner Presse. Görres über die künftigen Aufgaben der deutschen Zeitungen. Die Spenersche und die Vossische Zeitung. Die Censur. Blücher über die Censoren. Die Gründung des „Preussischen Korrespondenten“. Sein Leiter B. G. Niebuhr und dessen Eröffnungs-Artikel. Oftmaliger Wechsel in der Leitung (Götschen, Schleiermacher, Arnim, Arndt). Die echt patriotische Haltung des Blattes. Die Kümmerlichkeit der Inserate. Ende des Blattes. Die Censur wird verschärft. Die Berliner Presse wird immer kläglicher. Bildung eines Vereins zu Gunsten der Pressfreiheit. Gründung der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“. Ihr Programm. Ihr Redakteur F. A. von Stagemann. Die Haltung der Zeitung.

Noch weniger, als von den eben geschilderten Zeitungen des preussischen Westens ist von der Zeitungslitteratur des preussischen Ostens während der Jahre 1814 bis 1819 zu sagen. Dort, in den sogenannten alten Provinzen, waren auch während des Krieges die Einrichtungen des Staates nicht aus den Fugen gewichen, und die Regierung hatte die Zügel fest in der Hand behalten. Darum erfuhr denn auch, obgleich die Rücksichten auf Napoleon gefallen waren, die Aufsicht über die Presse nicht die geringste Milderung. Das trat besonders grell in Berlin hervor.

Nach dort blickte wohl Görres hauptsächlich, als er im Sommer 1814 in einem Artikel des „Rheinischen Merkurs“ darlegte, wie sich nunmehr die großen deutschen Zeitungen zu entwickeln hätten. „Da Deutschland endlich wieder eine Geschichte gewonnen“, schrieb er, „da es in ihm zu einem Volke gekommen, zu einem Willen und zur öffentlichen Meinung, wird es sich wohl auch also fügen, daß es Zeitungen erhält, die mehr sind als der magere geist- und kraftlose Index dessen, was geschieht. Wenn ein Volk teilnimmt am gemeinen Wohl, wenn es sich darüber zu verständigen sucht, was sich begibt, wenn es durch Taten und Aufopferungen sich wert macht, in den öffentlichen Angelegenheiten Stimme und Einfluß zu gewinnen, dann verlangt es nach solchen Blättern, die, was in allen Gemüthern treibt und drängt, zur öffentlichen Erörterung bringen, die es verstehen, im Herzen der Nation zu lesen, die unerschrocken ihre Ansprüche zu verteidigen wissen, und die dabei, was die Menge dunkel und bewußtlos in sich fühlt, ihr selbst klar zu machen und deutlich aus-

zugeben verstehen. So weit hat sich Deutsch- das sollen die Zeitungen verstehen, sie sollen daß das Volk als seine Stimmführer sie und sie werden ein ehrenvoll und gesegnet ich die Regierungen sollen das erkennen, keine : antreiben, daß sie in diese heilsame Geister- u der Völker störend eingreifen; keine ängst- en allgemeinen Umlauf der Ideen hindern. einmal erst entbunden, hat sich sogar, wie's all ist, das freimütige Wort schon dazu ge- törlich, noch zuletzt den Buchstaben zu fesseln, i süßen, faden Most aufhalten, wenn er zu en, daß er zu Weine wird. Keine Regierung schen, die so viel halten auf den freien geistigen ollicher verhaßt machen können, als jene, die es alte, dem freimütigen Wahrheitsfinne in diesen bereiten und im Reiche der Gedanken die ver- and die gesprengten Mautlinien anzulegen.“ Er Blick auf die französischen und englischen Zei- bedeutend und einseitig findet, und meint, die en könnten wohl zu etwas Höherem gedeihen. l es uns genügen,“ fährt er fort, „sind wir nur t, daß unsere Zeitungen wahre Volksblätter Stimmen, durch welche die Völker zu einander sten sprechen. Recht eigentlich soll es die ehren- g solcher Blätter sein, ständisch zu werden; sie und Maß, wie sich geziemt, aber auch äußerlich jelt, das Wort für die öffentliche Meinung führen; len sie die große Mehrheit vertreten, sie sollen s Volkes und das Ohr des Fürsten sein. schen und verlangen, soll in ihnen ausgesprochen lle drückt und plagt, darf nicht verhohlen bleiben; , der da die Wahrheit zu sprechen verbunden ist, ohne Vorbehalt und Hindernis. Denn nicht ge- boten muß die Freimütigkeit in guter Verfassung ter soll als eine geheiligte Person dastehen, so lange,

bis er durch eigene Schuld und Lüge sein Recht eingebüßt. Die solcher Freiheit entgegenarbeiten, machen sich verdächtig, daß das Bewußtsein einer großen Schuld sie drückt: wer recht handelt, scheut nicht die offene Rede; sie kann am Ende nur dazu führen, daß Ehre werde, wem Ehre gebührt; die aber auf Unrat und Dunkel angewiesen sind, lieben freilich die Heimlichkeit. Die Deutschen haben aber gar wohl verdient, da sie ihr Recht erstritten, daß man ihnen auch ihr Recht angeheihen lasse. Unschädlicher wie bei ihnen kann nirgend die freie Erörterung sein; heilbringender gleichfalls in keinem Lande, da gutes Wort nirgend bessern Boden findet, gehäßiger jeder Zwang unter keinem Volke. Die Regierung, die sich diesem allgemein herrschenden Sinne fügt, wird schon dadurch allein populär und gewinnt ein Übergewicht gegen jene, die mit scheuer Furcht alles zu verhüllen und zu bedecken strebt. Es ist einmal so die Stimmung aller Geister, daß jeder Zwang sie hart verfehrt und empört; eher noch lassen sie sich eine verletzende Tat gefallen, als daß sie das Reich des Gedankens irgend einer Beschränkung unterwürfen. Darum sollen die Zeitungen ihr Recht sich nehmen, und die Regierungen und jene, die zu Aufsehern gesetzt sind, sollen es nicht verwehren. Die ganze Regierungskunst besteht einzig darin, die Zeichen der Zeit zu verstehen und zu handeln, wie sie gebieten.“

Aber dieser Appell an die Regierungen zu Gunsten einer freien Presse verhallte ungehört, besonders auch in Berlin. Die beiden alten Zeitungen der Hauptstadt, die „Spenersche“ und die „Rossische Zeitung“, die auch noch weiterhin im kümmerlichen Quartformat erschienen, wurden nach wie vor in schweren Banden gehalten. Hatten sie schon über die Befreiungskriege nur sehr knappe Berichte bringen dürfen, so war ihnen über die Kongreßverhandlungen erst recht jede Mitteilung, etwa aus irgend welchen Aktenstücken, streng verboten. Nur was ihnen hier und da aus dem Kabinette des Fürsten Hardenberg zugesandt wurde, durften sie veröffentlichen, und das war herzlich wenig. Die „Spenersche Zeitung“ brachte solch einen Bericht aus der Hardenbergschen Kanzlei, z. B. am 16. und 18. Februar 1815; es wurden dort aber nur die Länder aufgezählt, die Preußen um

willen hatte opfern müssen. Besonders ge-
 Verlust von Bayreuth und Anspach, jedoch
 je zwingenden Gründe es nötig gemacht hatten,
 Opfer brachte. Ein anderes, aber weit wich-
 das ihr von Hardenberg zuzuging, konnte die
 „ am 21. März 1815 veröffentlichten; es war
 die am 13. März die auf dem Wiener
 ten Fürsten gegen den von Elba entflohenen
 te erlassen hatten.

wendungen hatten sich die Zeitungen aber auch
 jen; sie mußten spaltenlange verherrlichende
 Monarchen und ihre Minister bringen und aus-
 igen Feste schildern, die sich die hohen Herr-
 gaben, alles im Tone höchster Ehrfurcht und
 a, die „Spener'sche Zeitung“ mußte sich sogar
 en, ihren Lesern die berüchtigte Schmalz'sche
 fehlen, und der Redakteur der „Wossischen Zei-
 S. H. Catel, sah sich gezwungen, verschiedene
 onären Herzogs Karl von Mecklenburg, die sich
 n deutschen Universitäten herrschende „Unwesen“
 hmen, ferner gehässige und beleidigende Artikel
 n Sahn.

des unerhörten Schlandrians auf dem Kongresse,
 o leise Bemängelung der schamlosen Völlerei und
 en war natürlich ganz ausgeschlossen, und als
 c, der bekannte Kampfgenosse Theodor Körners,
 icker, bei der Nachricht von der Heimkehr Napo-
 " drucken lassen wollte, in dem die Zeilen vor-

werden nun die Herrn in Wien geschmeidig,
 stumpfer Federwisch taugt nicht zum Fegen,
 ehen bang sich um nach einem Degen!

nsfor, der Geheime Rat Krenner, das ganze Sonett.
 sich aber so kurzer Hand nicht abfertigen lassen;
 icker und bat um dessen Intervention. Der alte
 rte jedoch ab und sagte: „Ne, mit die Zensoren

hier mag ich mir nicht befassen; über die hat der Teufel Gewalt, aber ich nicht. Packen Sie man Ihre Schriften ein, und nehmen Sie sie mit nach Paris; da hab' ich zu befehlen, hier nicht.“ Das tat denn auch Förster, worauf Blücher einige Monate später sein Wort einlöste und das Souett in Paris in der deutschen Feldzeitung drucken ließ. *)

Unter diesen Verhältnissen vermochte sich denn auch ein neues Blatt, das unter sonst ganz günstigen Auspizien ins Leben gerufen wurde, „Der Preussische Korrespondent“, nicht zu einer größeren Zeitung zu entwickeln. Doch ist das Blatt trotz alledem für die damalige Epoche eine so charakteristische Erscheinung, daß es ausführlicher betrachtet werden muß.

Als im Frühjahr 1813 die Befreiungskämpfe vorbereitet wurden, hatten die Leiter der Bewegung, besonders Scharnhorst, den Wunsch, es möchte ein von echt vaterländischer Gesinnung getragenes, in frischem Tone geschriebenes Blatt die patriotische Begeisterung weiter anfachen, um, wie sich Michm von Arnim

*) Auch später äußerte Blücher des öfteren seinen Unwillen über die Unterdrückung der Pressefreiheit. In einem Briefe aus dem Jahre 1817 schreibt der Verlagsbuchhändler Georg Andreas Reimer an Niebuhr: „Der alte Blücher . . . predigt allenthalben und vor allen Menschen: Pressefreiheit. So hat er jüngst beim Prinzen August an der Mittagstafel gesagt: Weber Sie noch ich erfahren ja, wenn wir dumme Streiche gemacht haben, wenn es uns nicht durch dieses Mittel bekannt wird.“ (Briefe Reimers an Niebuhr. Publik. der Berliner Litteraturarchiv-Gesellschaft. 1903.)

Die „Deutsche Feldzeitung“ war ein Unternehmen des Buchhändlers Bartholomäus Herder aus Freiburg i. Br. Auf Veranlassung Wette's errichtete Herder im Sommer auf einem Wagen eine Felddruckerei und folgte mit dieser dem österreichischen Hauptquartier nach Frankreich. Die erste Nummer der „Deutschen Feldzeitung“ erschien am 24. Juni 1815 im österreichischen Hauptquartier zu Heidelberg. Schließlich gelangte die Felddruckerei bis Paris und gab dort wahrscheinlich verschiedene Nummern einer „Deutschen Feldzeitung aus Paris“ heraus. In Briefwechseln wird sie öfter erwähnt. Der Herber'sche Verlag in Freiburg i. Br. besitzt indessen außer der Heidelberger Nummer nur eine Pariser Nummer vom 1. August. Jene eine Bedeutung erlangte die Zeitung nicht; sie kann nur als Kuriosum gelten. Neben dieser „Deutschen Feldzeitung“ erschien dann noch eine „Preussische Feldzeitung“, redigiert von Hofrat Henn.

rückte (Nr. 17, 1814), „bei den nahen zweifel-
nissen durch Zutrauen einige Haltung den
Behagen den Gläubigen mitzuteilen, die Schreck-
nit Träumen guter Ahnung zu bekämpfen und
vollen, zerstreunenden Außenwelt auf die not-
g und Stimmung des Innern hinzudeuten.“

des neuen Unternehmens wurde der gelehrte B.
nnen, der 1806 von Stein nach Berlin berufen
jere Zeit an der Spitze der preussischen Finanzauf-
den und in den beiden Wintern von 1810 und
m Beifall Vorlesungen über römische Geschichte
id dessen Umsicht und Energie gelang es, bereits
13 mit der ersten Nummer des neuen Blattes
Allerdings sah diese, der Dürftigkeit der Zeit
zerordentlich kümmerlich aus. Sie erschien auf
vier in Quart und zweispaltig, und von den sechs
arbot, war die letzte zu dreiviertel weiß geblieben.
jinger breiten Kopf bildeten bloß drei Zeilen: der
be von Nummer und Datum und der Vermerk
er Realschul-Buchhandlung“.*) Der Name des
hlte. Die Zeitung kam sodann viermal in der
s, Mittwochs, Freitags und Sonnabends) heraus
ersten Quartale 16 Groschen Kurant, weiterhin
ellung vierteljährlich 22 Groschen Kurant, nach
artals 1 Taler 2 Groschen Kurant. Dazu kamen
u Stempelsteuer für das Vierteljahr. Die Inser-
betragen anfangs 1 Groschen 6 Pf., später nur
: die Zeile.

fnungs-Artikel, der aber keine Überschrift trägt,
er Freude Ausdruck, daß die Zeit der Knechtschaft
„Die Freiheit der Rede und der Schrift ist uns
, heißt es, „wie die des Handelns. Das Handeln
eße des Königs: die Verwirklichung weiser Ent-

Besitzer der Buchhandlung war der bekannte Verlagbuch-
Andreas Reimer.

würfe des Monarchen, von unerschütterten und auf Gott vertrauenden Feldherren durchdacht und vorbereitet, während der Menge die Erscheinung freier Tage eine leichtblütige Täuschung und nichts als ein Pfad in den immer grundloseren Abgrund der Knechtschaft vor uns zu liegen schien. Das Gefühl der Noth, das Beispiel erhabener Völker, der Anblick der Gerichte Gottes erweckte auch in der ganzen Nation den Instinkt der Rettung; er kam den Verordnungen des Königs entgegen, und die Befehle des Monarchen waren wie einmütig angenommene Beschlüsse einer Volksgemeinde.“ Dann wirft der Verfasser einen Blick zurück in die traurige Vergangenheit, auf die „faule Feigheit“ der Väter, die „wohlthätige Züchtigung Gottes“, die die Nation erfahren, und erklärt dann, daß jetzt nur der Arm mit den Waffen retten könne, daß aber auch die Feder nicht nutzlos sei. „Wir müssen uns besinnen“, fährt er fort, „wir müssen das lange entwöhnte Licht wieder gebrauchen lernen, und um so mehr, da wir es in den früheren Zeiten des äußeren Glückes nicht zu gebrauchen wußten. Der Deutsche muß klar einsehen, was er zu tun hat, er bedarf der Reflexion und des Begriffs. Wir müssen wie Erlöser denken und handeln, nicht wie die, welche ihre Fesseln wild gepreugt haben. Wir müssen noch nicht genießen wollen, sondern nur siegen und unser Vaterland befreien und seine Freiheit fest begründen!“

Dann folgen Kriegsnachrichten, Aufrufe, Bekanntmachungen und Mitteilungen aus anderen Zeitungen, aber es fehlt zunächst jedes System; die einzelnen Notizen werden nur ganz dilettantisch aneinander gereiht, stets durch einen durchgehenden Strich von einander getrennt. Erst im Jahrgange 1814 tritt eine Gliederung des Stoffes ein. Diese unzulängliche Redaktion hatte hauptsächlich darin ihren Grund, daß Niebuhr schon am 27. April ins preussische Hauptquartier berufen wurde, und nun die Leitung des Blattes von einer Hand in die andere ging. Zunächst übernahm Professor Götschen die Redaktion; dieser teilte aber bereits Ende Juni den Lesern mit, daß nunmehr Herr Professor Schleiermacher dem Geschäfte der Redaktion unterziehen werde. Allein Schleier-

zum 1. Oktober aus; an diesem Tage übernahm die Redaktion, ohne daß jedoch dem Arnim Mitteilung gemacht wurde. Mittlerweile kehrte Arnim aus dem preussischen Hauptquartier nach Berlin zurück, aber den Entwurf zu einer Verfassung Holsteins konnte sich daher dem „Korrespondenten“ Arnim widmen. „An der Zeitung habe ich sehr wenig Anteil genommen“, schrieb er im März 1814 an seine Schwägerin Dora Henseler, „denn die Mühe lohnen wird, sie Dir um meinetwillen überlassen wird jetzt von Arnim redigiert. Unser Geschmack ist abgelaufen, gleich ich ihn sonst wohl leiden mag.“*) Arnim war aber wieder imstande, die Redaktion zu übernehmen und kündigte dies den Lesern in einem längeren Artikel an, in dem er auch die Behörden und die Freunde in Berlin um Unterstützung bat. Im Blatt selbst führte er die Meinung des Stoffes ein. Leider mußte er aber am 19. Februar 1814 schon wieder Abschied nehmen, da er den Auftrag erhielt, sich nach Wien zu begeben, um dort mit englischen Kommissarien betreffs Handelsverträge zu unterhandeln, und nun kehrte er im Herbst 1814 in Berlin zurück. Als er im Herbst 1814 in Berlin kam, wurde er Lehrer des Kronprinzen, und im März 1815 preussischer Gesandter nach Rom. Wer die Redaktion im Februar 1814 übernahm, sagte er in seinem Brief; wahrscheinlich war es Ernst Moritz Arndt. Die Zeitung blieb unverändert.

Der Inhalt des Blattes war bei dem oftmaligen Wechsel in Berlin zwar äußerlich wenig einheitlich, aber die mächtige Erregung, der Gedanke der Befreiung, der alle beseelte, der in jeder Nachricht, jeder Notiz einen ganz bestimmten

*) Nachrichten über Barthold Georg Niebuhr. Hamb. 1838. Bd. 1, S. 100. Reimer sagt in einem Briefe an Niebuhr über Arnims Tätigkeit und meint, „ein Teil der Schuld des schlechten Fortschritts der ungenügenden Leitung zu setzen (Briefe Reimers an Niebuhr, in: der Berliner Literaturarchiv-Gesellschaft. 1903.)“

Charakter auf, und so erscheinen die Zeitungsbände bei aller dilettantischen Unzulänglichkeit wie ein großer allgemeiner Appell an die Nation, die Fremdherrschaft abzuschütteln und dem deutschen Volke eine glückliche Zukunft zu sichern. Der Ton ist immer würdig und ernst, auch dem gestürzten Titanen gegenüber. Bisweilen werden Gedichte eingestreut, um die allgemeine Begeisterung zu schüren; so wird in Nr. 36 des Jahrganges 1813 das zornsprühende Lied Arndts „Der deutschen Freiheit Waffenschmied“ zum Abdruck gebracht. Wo sich Baghaftigkeit, Eigennutz oder gar undeutsche Gesinnung zeigen, erhebt das Blatt energisch seine warnende Stimme. Der Herzog von Oessau, der sich nicht geneigt zeigt, Truppen zu liefern, wird nachdrücklich zu recht gewiesen (Nr. 74, 1813), und der Bischof von Münster, Ferdinand August Spiegel, Freiherr zum Dießenberg, der ein Tebeum zur Feier des Sieges Napoleons bei Dresden singen ließ, wird in Nr. 3 von 1814 gleichsam an den Pranger gestellt. Die ganze das Tebeum betreffende Bekanntmachung kommt zum Abdruck, und auch der Schlußsatz des Bischofs, in dem es zuletzt heißt: „Wir bewundern, wir staunen ob der großen Thaten, wir beten an die göttliche Vorsehung, wir vertrauen, daß in der göttlichen Obhut unser Monarch einen glorreichen Frieden erkämpfe, auch mit dieser großen Wohlthat die zahlreichen Völker seines großen Kaiser-Reichs baldigst beglücken werde!“

Nicht ohne Humor berichtet die Zeitung die prahlerischen frauzyösischen Siegesnachrichten, wie z. B. in Nr. 101 von 1813, wo sie feststellt, daß die Meldung, Napoleon habe am 3. September den General Blücher bei Lauban gänzlich geschlagen, eitel Klunkerei sei. Blücher habe sich damals gar nicht in Lauban, sondern in Görlich befunden.

Die großen Siegesnachrichten bringt die Zeitung ziemlich schnell. Bei der Schlacht bei Großbeeren befand sie sich aber in derselben Lage, wie die „Spenersche“ und die „Wossische Zeitung“; auch sie durfte nur den gefälschten Bericht Vernadottes veröffentlichen, und zwar erst am 27. August. Am 23. August war vor den Thoren Berlins die Schlacht gewesen! (Vergl. Band 2, S. 199.) Am 18. Oktober kann die Zeitung bereits über Blüchers

siegreiche Gefechte am 16. Oktober in der Gegend von Leipzig, sodann am 20. Oktober über die Treffen bei Möckern und Gohlis am 17. Oktober berichten, und am 22. Oktober meldet sie schon die Siegesnachricht von der großen Völkerschlacht. „Die Freiheit der Deutschen ist auf Jahrhunderte wieder begründet!“ ruft sie aus. In Nr. 148 vom 15. Dezember 1813 bringt sie eine Schilderung des Einzuges des Kurfürsten von Hessen in Kassel von Wilhelm Grimm, dessen Name aber natürlich nicht genannt wird. *) Die Urkunde, welche Napoleons Absetzung ausdrückt (Dekret des Senats vom 2. April) wird dagegen erst in Nr. 62 vom 20. April veröffentlicht, die Abreise Napoleons von Fontainebleau nach Elba am 20. April in der Nr. 71 vom 6. Mai gemeldet.

Neben den politischen Nachrichten bringt die Zeitung nur sehr wenig andere Mitteilungen; hie und da einige Meldungen über Naturereignisse, einige sehr kurze Notizen über Goethes Reise nach dem Rhein und einmal das Rätsel „Welche Zeitungsschreiber sind die unglücklichsten?“ (in Nr. 170, 1814). In der nächsten Nummer erfolgt dann aber die Antwort: „Über das Rätsel im vorigen Stück haben wir mehrere Auflösungen erhalten; sie sind aber sämtlich von der Art, daß wir sie nicht aufnehmen können. Der Herausgeber.“ Ganz wahrscheinlich sitzt dem Herausgeber der Schalk im Nacken.

Äußerst kümmerlich sieht es fort und fort mit den Inseraten aus. Obgleich die Realschulbuchhandlung bei jedem Quartalwechsel in „Erinnerung bringt“, daß das Blatt Anzeigen aller Art aufzunehmen bereit ist, erscheint doch nur sehr selten eine solche, und darum bleibt sehr oft die Hälfte oder Dreiviertel der letzten Seite weiß. Die Familien-Anzeigen sind nur durch eine einzige vertreten, und der Inserent ist — der Redakteur des Blattes, Achim von Arnim, der die Geburt eines Sohnes bekanntgibt. Weiterhin zeigt Friedrich Baron de la Motte Fouqué seinen „sämtlichen Freunden und Bekannten“ an, daß seine Gesundheit, durch die Anstrengungen des Feldzuges von 1813 erschöpft,

*) Reinhold Steig, Achim von Arnim, 3. Bd. Stuttg. 1904, S. 287.

ihn genötigt habe, aus den Königl. Preuß. Kriegsdiensten zurückzutreten; dann wird das Porträt des verstorbenen Professors Fichte angeboten und in Nr. 19 von 1814 (4. Febr.) von der Nicolaischen Buchhandlung die „soeben fertig gewordene“ Gedichtsammlung „Leier und Schwert, von Theodor Körner“ angezeigt. Mehrmals bittet eine Frau von Schickfuß die Soldaten im Felde, ihr Kunde von ihrem 16 Jahre alten mit den Brandenburgischen Husaren ausgezogenen und jetzt verschollenen Sohne zu geben. Dazwischen erscheint von Zeit zu Zeit eine Wein-Offerte, nach der u. a. von Weisenheimer 1788ger und Hochheimer 1798ger „die Rheinweibouteille“ zu 1 Rtlr. 8 Gr. verkauft wird.

Nach dem Abschluß des Krieges sah der „Preußische Korrespondent“ seinen Lebenszweck erfüllt und stellte mit dem Schlusse des Jahres 1814 sein Erscheinen ein. Doch versuchten Ernst Moritz Arndt und Friedrich Lange eine Fortsetzung der Zeitung, der sie den Titel „Tagesblatt der Geschichte“ gaben. Das neue Blatt sollte fünfmal erscheinen und 1 Rtlr. 8 Gr. kosten, aber es ist wohl kaum ins Leben getreten, denn im Sommer 1815 war Arndt schon in Köln, wo er die Zeitschrift „Der Wächter“ herausgab.

Offenbar verspürten die Herausgeber sehr bald keine Lust mehr, gegen eine Macht zu kämpfen, die täglich rücksichtsloser auftrat. Denn die Berliner Zensur wurde beständig verschärft. Es bildete sich eine wahrhaft erschreckende Engherzigkeit heraus, die sich bis zur fanatischen Verfolgungssucht steigerte. So wurde einem von Clemens Brentano zu Ehren Blüchers verfaßten Gedichte, wie Streckfuß in seiner Geschichte Berlins erzählt, nur aus dem Grunde von Ancillon die Erlaubnis zur Veröffentlichung in den Zeitungen versagt, weil es auf die Melodie „Heil Dir im Siegerkranz“ gesungen werden sollte, und weil diese Melodie nur für den König und das königliche Haus bestimmt sei. Mit bitterem Sarkasmus schrieb denn eines Tages Stägemann an Varnhagen: „Welche Skandale hier vorgehen, wissen Sie zum Teil aus den Zeitungen, aber doch streicht Kensner das Beste, z. B., daß wir keinen Epimenides, sondern ‚S, wie nennen Sie des‘ (oder mit Lewzons Nachtrag ‚S, wie gemene is des‘) und keinen

Zivil=Verdienst=Orden, sondern einen Zuviel=Verdienst=Orden haben.“

Und ein angeblicher Engländer sah sich in Ludens „Nemesis“ (Band XII, S. 109) zu folgenden Herzensergießungen veranlaßt: „Die preußischen Zeitungen weiß ich nicht zu bezeichnen. Es sind miserable Papiere. Das beste in ihnen sind die Anzeigen von den Fremden, die angekommen oder abgegangen sind; dann die Mitteilungen unter dem Strich, von Erfindungen — etwa zur Reinigung und Beleuchtung der Straßen — von Feuerbrünsten und Schiffbrüchen; endlich die Bekanntmachungen der Speisewirte, Sattler und Silberarbeiter. Ich begreife nicht, warum diese Papiere nicht lediglich auf solche Anzeigen, Mitteilungen und Ankündigungen beschränkt werden.“

Angeichts dieser kläglichen Zeitungsliteratur beschuldigt Treitschke in seiner Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts die Publizisten, daß sie zu viel ins Blaue hinein politisiert haben; die „unfindbare Größe des deutschen Gesamtstaates“ sei ein bequemes Versuchsfeld für dilettantische Schrullen und spielende Willkür gewesen, so daß sich eine große Verworrenheit in der öffentlichen Meinung entwickelt habe. „Niemand hat sich“, schreibt er (I. T. S. 677), „ein hochbegabtes und hochgebildetes Geschlecht in so kindlich unklaren politischen Vorstellungen bewegt; alles, was diese Zeit über den Staat dachte, kam aus dem Gemüte, aus einer innigen, überschwänglichen Sehnsucht, die ihre Ideale nach Belieben bald in der Vergangenheit, bald in der Zukunft suchte.“ Aber den innersten Kern dieser politischen Stimmung bildete doch immer das innige Verlangen nach einem festgefügtten Gesamtstaate, und es hätte nur eines verständigen, energischen Leiters bedurft, um die sehnsüchtig Suchenden zu führen. Niemand wäre eine Nation dankbarer gewesen. Allein den Regierungen fehlte dafür vollständig das Verständnis; sie taten gerade das Gegenteil von dem, was nötig war, sie schlossen in unbegreiflicher Kurzsichtigkeit das Volk von allem politischen Leben ab, unterdrückten in den Zeitungen alle politischen Erörterungen und schlugen die Irrenden unbarmherzig nieder. Dadurch wurde die Verworrenheit in der öffentlichen Meinung nur noch gesteigert;

die ganze Nation wurde irre an sich selbst und verkauft in Trostlosigkeit, Dumpfheit und Stumpfheit.

Um dieser höchst bedrohlichen allgemeinen Verstimmung wenigstens einigermaßen zu begegnen, bildete sich in Berlin 1817 ein Verein zu Gunsten der Pressfreiheit, welchem sofort viele hervorragende Schriftsteller und Beamte beitraten, und der gleich in seiner ersten Verhandlung über eine Adresse an den König „wegen der schlechten Beschaffenheit der Berliner Blätter“ beriet. *) Diese Adresse hat aber den gewünschten Erfolg nicht gehabt, doch hat sie ganz wahrscheinlich den Staatskanzler Fürsten Hardenberg auf den Gedanken gebracht, für sich ein eigenes amtliches Publikationsorgan zu gründen, ein politisches Blatt, das geeignet sei, „die öffentliche Meinung in politischen Dingen richtig zu stellen und die Absichten der Staatsregierung aufzuklären.“ Als Programm wurde für dieses neue Blatt, dem man den Namen „Allgemeine Preussische Staatszeitung“ gab, das Folgende festgestellt: die Zeitung sollte in dem amtlichen Teile über alle Ereignisse am Hofe und im Staate (Beförderungen, Ehrenbezeugungen, Feste u. s. w.) berichten und amtliche Verordnungen und Bekanntmachungen der höheren Behörden, soweit sie ein allgemeineres Interesse hätten, veröffentlichen. Der nichtamtliche Teil sollte alle wichtigeren Begebenheiten des In- und Auslandes zusammenfassen. Inbezug auf das Ausland sollte die Zeitung in der Regel nur erzählend sein; nur da, wo die Verhältnisse „diesseitiger Untertanen“ in Frage kämen, z. B. bei Gegenständen des Handels, sollten auch Betrachtungen und Urteile aus dem diesseitigen Standpunkte beigelegt werden. Die Artikel über das Inland sollten, „je nachdem der Inhalt es mit sich bringt, auch räsionierend sein“, Erzählungen und Urteile fremder wie einheimischer Blätter aus und über Preußen sollten berichtigt, „die eifersichtigen Urteile der Geschwindschreiber des Tages entkräftet“ werden. Von Inseraten sah man zunächst ab.

Mit der Bearbeitung von besonders wichtigen politischen

*) Karl Hagen, über die öffentl. Meinung in Deutschland (Naumers Hist. Taschenb. N. Folge, 8. Jahrg., 239. 1847) S. 639.

vortragende Rat, Geheimer Ober-Regierungs-
 rath; die allgemeine Leitung des Blattes über-
 zuletz dem Geheimen Staatsrath Friedrich August
 Dieser war mit den Intentionen Hardenbergs
 rath. Geboren 1763 zu Bierraden in der
 die Rechte studiert, war dann schnell zum
 schaftssyndikus, Oberfinanzrath, Mitglied des
 3 und Hauptbankommissarius in Berlin und
 rath emporgestiegen, worauf ihn Hardenberg mit
 anderer Geschäfte beauftragt hatte. Und 1815
 er des Staatskanzlers auf dessen diplomatischen
 nach London und zum Wiener Kongreß ge-
 noch aus einem anderen Grunde schien sich
 Redakteur der neuen Zeitung besonders zu eig-
 te auch mit zum literarischen Berlin, hatte in
 en „Kriegsgefänge“ veröffentlicht und galt darum
 für freisinnig, oder doch wenigstens als Gegner
 en“. Dennoch eignete sich Stagemann durch-
 Posten, zunächst, weil er dem Zeitungsge-
 fern gestanden hatte, und ferner, weil er als-
 dem Blatte vertreten sollte, denen er nicht zu-
 Er ahnte sein Schicksal schon im voraus, als er
 zember 1818 seinem Freunde Varnhagen von
 bergs Mittheilung machte. „Der Herr Staats-
 b er, „die Herausgabe einer allgemeinen preu-
 ng mit dem 1. Januar beschlossen und zugleich
 die obere Leitung übernehmen soll. Ich würde
 en, wenn ich irgend etwas von der Sache ver-
 kabinets-Ordre aber da ist, so muß ich mich
 und fürs erste nur dahin sehen, daß ich mich
 itiniere. Vielleicht, daß es mit der Zeit geht.
 e Schwierigkeiten aller Art dabei zu überwinden
 ie Persönlichkeit des Königs, der sich jetzt mehr
 eiten stößt.“

Stück“ der neuen Zeitung erschien am 2. Ja-
 infolio im Umfange von nur vier Seiten; da-

rauf kam das Blatt wöchentlich zweimal zum Jahrespreise von fünf Talern heraus. Doch machte es kein Glück und hatte auch keine finanziellen Erfolge.*) Am wenigsten war wohl der Redakteur selbst mit ihm zufrieden. Durch verschiedene Artikel, die er abzubringen gezwungen wurde, zog er sich den heftigen Unwillen der liberalen Partei zu, während er den Wittgenstein-Kampf doch bei weitem noch nicht genug tat. Der Berliner Witz behauptete sehr bald, daß in dem Titel „Allgemeine Preussische Staatszeitung“ viel zu viel gesagt sei, die Wörter „All“, „Preussische“ und „Staats“ seien überflüssig, es müsse bloß heißen: die „Ge-meine Zeitung“. Bald wurden aber die Verhältnisse noch kri-

*) In ihrer ersten Periode (1819—1853) hatte die Zeitung nur acht Jahre mit Überschüssen, die insgesamt nur 4262 Taler betragen. Diesen standen Zuschüsse von insgesamt 157129 Talern gegenüber. Heute sind natürlich die Erträgnisse ganz anders. Hierbei sei zugleich bemerkt, daß auch die Post eine nicht unbedeutende Schuld an dem geringen pekuniären Erfolge der Berliner Zeitungen trug. Das Verhältnis der Zeitungen zur Post war damals noch nicht so klar festgelegt wie heute. Die Preise, welche die Post den Zeitungen zahlte, und die, welche sie dann dafür vom Publikum wieder forderte, bestimmte die Post vollkommen selbständig und, wie es scheint, nicht nach festen Grundregeln. Eine grelle Illustration hierzu gibt ein Brief Johann Carl Spencers vom 24. Juni 1816 an Friedrich Faber in Magdeburg (mitgeteilt in Alex. Fabers Gesch. der Faberschen Buchdruckerei, S. 137), in welchem Spener bitter über die Willkür der Postämter klagt und dabei folgenden Fall erzählt: „Bei dem hohen Preise, zu welchem in dem ganz benachbarten Potsdam das dortige Postamt unsere Zeitung debitierte (1 Tlr. 12 ggr. vierteljährlich) glaubte ein dortiger Kaufmann seine Rechnung dabei zu finden, wenn er sie zu 1 Tlr. 8 ggr. verkaufte, und fing seit Neujahr 1816 an, einhundert Exemplare von jeder Zeitung morgens durch einen expressen Boten von uns abholen zu lassen. Dies konnte, der Gewerbefreiheit wegen, das Postamt nicht hindern; das hiesige (Berliner) Postamt aber, um alle Konkurrenz mit einemmale niederzuschlagen, ließ unsere Zeitung durch eine Staffette nach Potsdam gehen und setzte die vierteljährliche Bezahlung ebenfalls auf 1 Tlr. 8 gg. herab. Die Interessenten erhielten sie auf diese Weise um einige Stunden früher, als durch den Boten des Kaufmanns, und nun schlägt dieser ein, und die Post ist nach wie vor im alleinigen Besitz des Debits, folglich Meister, im nächsten Vierteljahr wieder den früheren hohen Preis eintreten zu lassen.“ Zur weiteren Verbreitung der Zeitung trug diese Preistreibung natürlich nicht bei.

erfolungen der „Demagogen“ begannen, Sahn . 13. zum 14. Juli 1819 verhaftet und in einen dau gesetzt wurde, Görres sich der Verhaftung lacht nach Frankreich entziehen konnte, die Pa-Moritz Arndt, Karl Theodor Welcker und Gott- ichtlich untersucht wurden und schließlich die die Eröffnung machte, es sei ein großer Ver- zum Umsturz des gegenwärtigen Zustandes von :ekt worden. An die Stelle des deutschen Bundes kanische Verfassung nach dem Muster von Nord-

Zum Glück seien es nur einige schlechte oder rüststeller und Jünglinge, die sich des Verrates ; auf die ruhigen, besonnenen und gutgefinnten die Sache nicht den mindesten Einfluß geübt.

Es für die Existenz dieses Verschwörungsplans ist ung“ natürlich schuldig geblieben.

neine Verhezung, die immer leidenschaftlicher wurde, gemann, schon 1820 die Redaktion wieder nieder- eine Stelle trat der Geheime Hofrat Karl Heun, rend der Feldzüge von 1813 und 1814 als Se- ahsischen Hauptquartieres die „Preussische Feldzei- hatte, aber als Verfasser vieler schlüpfriger No- nter dem Pseudonym H. Clauren herausgab, keinen i litterarischen Ruf mitbrachte.

alten preussischen Provinzen. Die „Magdeburgische Zei- usdruck. Die pekuniäre Schädigung der Zeitung. Die An- lligenz-Blattes. Der „Hallsche Kurier“ und die „Zeitung reuß. Provinzen zwischen Elbe und Weser“ in Halle. Die :tung“. Die Posener, Königsberger und Stettiner Zeitung.

ten sich nicht einmal die Blätter der Hauptstadt nach ung der Fremdherrschaft aus ihrer Lethargie zu er- c dies noch viel weniger bei den Zeitungen in den alten Provinzen der Fall, da diese ja noch weit mehr

der Kurzsichtigkeit und Willkür der Beamten preisgegeben waren, als die Berliner Zeitungen. Das zeigte sich zunächst recht deutlich bei der „Magdeburgischen Zeitung“. Diese hatte unter dem westfälischen Regiment schwer gelitten, und ihr intelligenter Besitzer Friedrich Faber hatte nach der Rückkehr der preußischen Verwaltung gewiß gehofft, daß nun auch für ihn bessere Zeiten kommen würden. Schon sehr bald aber sollte er sich bitter enttäuscht sehen, denn die preußische Verwaltung zeigte sofort ganz energisch die Neigung, „die Wege der französischen Unterdrücker weiter zu wandeln“, wie Alexander Faber, der Geschichtsschreiber der Zeitung, sich ausdrückt (S. 125). Das trat zunächst bei der Zensur in die Erscheinung. Diese wurde eben so peinlich gehandhabt, wie von den Franzosen. Mit ganz besonderer Angstlichkeit sah der Zensor auf alles, was beim königlichen Hause anstoßen könnte, und trotzdem kam es zu Kollisionen. Eines Tages hatte die Zeitung die Mitteilung gebracht, es seien Wiesen auf der Pfaueninsel verkauft worden; das wurde aber allerhöchsten Orts sehr übel vermerkt, und der Zensor schrieb einen Klage- und Sammer-Brief an die Zeitung, er habe sich den Unwillen des Königs selbst zugezogen, daß er diese Notiz habe passieren lassen. Fernerhin möge die Zeitung solche den König und seine Familie betreffenden Nachrichten nur bringen, wenn sie bereits in Berliner Blättern gestanden hätten. Auch den befreundeten Mächten Preußens gegenüber war die größte Rücksicht zu nehmen. So hatte die Zeitung ein- oder zweimal den Lesern angezeigt, daß die Petersburger Posten und Nachrichten ausgeblieben seien. Darauf kam sofort vom Zensor ein Brief an den Besitzer Friedrich Faber, er solle sich doch ja in acht nehmen, er, der Zensor, habe schon verschiedene Fingerzeige dieser Notiz wegen erhalten. Die Zeitung solle daher das Ausbleiben der russischen Posten ganz unberührt lassen. „Überall ist es ratsam, sich jetzt mit den Mitteilungen aus Rußland möglichst in acht zu nehmen“, schloß der Brief.*) Aber auch nach der pekuniären Seite hin sah sich die Zeitung bedrückt und behindert. Die französische Verwaltung

*) Alexander Faber, Die Fabersche Buchdruckerei. Magdeb. 1897.

ichtslosen Art so ziemlich für alle Insertionen
nlose Ausnahmen in der Zeitung beansprucht,
un auch die preußische Verwaltung mit dem
n Faber heran, ja, sogar der Magistrat und
:uchte Gratis-Aufnahme ihrer Anzeigen. Ver-
r gegen diese Zumutung Einspruch. „Ich kann
“ sagte er in einer Beschwerde, „daß der hiesige
ngerechtigkeit der westfälischen Regierung dazu
ollen, um einem Bürger nach sieben drückenden
noch einen Teil seines rechtmäßigen mühevollen
ziehen. Ich meinstheils halte noch immer an
; die Zeit der Ungerechtigkeit und der regellosen
h in der gehässigen Erinnerung bestehe, seitdem
mäßigen gerechten Könige, der gewiß nur Ge-
bt sehen will, wieder angehören.“ Diese Be-
jedoch ohne jedes nebenswerte Ergebnis, ja,
verschlechterten sich sogar noch; denn 1817 ver-
s Konsistorium die Bezahlung seiner Anzeigen,
das Inquisitoriat des Oberlandesgerichtes plöz-
en an die Zeitung, künftighin die Steckbriefe um-
en. Faber wehrte sich energisch gegen diese aber-
ztigung; es kam zu langen, unerquicklichen Ver-
endlich die Regierung dahin entschied, daß, wenn
bezahlen in der Lage sei (was ja meistens nicht
das Gericht die Insertionskosten von diesem für
uziehen habe. Auch viele andere Fälle führten
igkeiten mit der Regierung, bis endlich als Grund-
urde, daß bei Ausschreibungen von Verpachtungen,
treipreisen zc. die Zeitung dann keine Zahlung er-
an diese Termine fruchtlos verlaufen seien, und
in nicht, wenn die Regierung zc. aus irgend einem
usgeschriebenen Termin nicht habe abhalten können.
: Entscheidung konnte Faber natürlich nicht zu-
d er fragte bei seinem Freunde Spener in Berlin
den Rechtsweg beschreiten solle. Aber der kluge
von abzustehen und lieber die Zeit abzuwarten,

um die Sache gelegentlich an höchster Stelle vorzubringen und sie dort „nach der Billigkeit“ entscheiden zu lassen. Dabei blieben aber die Mißstände auch feruhin bestehen.

Neben diesen Lasten der Frei-Inserate sah sich die Zeitung jedoch in ihrer Entwicklung noch weiter beeinträchtigt, und zwar durch das in Preußen eingeführte sogenannte Intelligenzwesen. Bekanntlich hatte König Friedrich Wilhelm I. von Preußen durch eine Kabinetts-Ordnung vom 6. September 1727 und dann noch weiterhin durch eine Verfügung vom 17. Juli 1728 die Gründung von Intelligenzblättern in allen größeren Städten Preußens befohlen, damit künftighin zu Gunsten des Staates nur einzig und allein in diesen Blättern alle Anzeigen über Ankauf und Verkauf von Mobilien und Immobilien veröffentlicht werden sollten (Vergl. Band I, S. 131). Durch dieses willkürliche Dekret sahen aber die Zeitungsbesitzer ihre oft mit hohen Geldsummen erkauften Privilegien angetastet und erhoben Einspruch. Auch der Besitzer der „Magdeburgischen Zeitung“ reichte Eingaben ein, doch erst im Jahre 1747 wurde dem Gabriel Gotthilf Faber für seine Zeitung nachgelassen, daß auch sie derartige Anzeigen aufnehmen könne, wenn nur auch die Intelligenz-Kontore befriedigt würden. Es sollte eine einmalige Aufnahme im Intelligenz-Blatte genügen, auch wenn das Inserat in der Zeitung häufiger erscheinen sollte; außerdem wurden Familien-Nachrichten und Bücher-Anzeigen vom „Intelligenz-Zwange“ vollständig befreit. Während der Fremdherrschaft lockerte sich dann der sog. Intelligenz-Zwang etwas; nach der Wiederaufrichtung der preussischen Herrschaft wurden aber die alten Vorschriften wieder scharf betont, und da die Verwalter der Intelligenz-Kontore den achten Teil der Einnahme erhielten, so suchten sie aus dem Geschäfte noch mehr herauszupressen, als gesetzlich erlaubt war. Der Verwalter des Magdeburgischen Intelligenzblattes erhob sehr bald den Anspruch, daß alle Anzeigen eben so oft im Intelligenz-Blatte erscheinen müßten, wie sie in der Zeitung inseriert würden, was doch dem Erlasse vom 1747 direkt widersprach. Es kam zu Beschwerden, und schließlich wurde der Verwalter unter dem 23. Februar 1816 in seine Schranken zurückgewiesen. Aber er trat immer wieder

chen hervor und sollte schließlich, wie wir im zeigen werden, auch wirklich mit ihnen Erfolg

mannigfachen Hemmnissen und Erschwerungen te sich die Zeitung nur langsam entwickeln; uch noch immer nur dreimal in der Woche in Preise von 27½ Sgr.

ränkelte der „Hallische Kurier“, der 1809 chen Regierung unrechtmäßig dem Professor Tiefstrunk zugesprochen worden war, und von ügend redigiert wurde. Infolgedessen entschloß vorläufige Regelung der Verhältnisse gleich nach Leipzig ins Leben gerufene „Königlich Preussische ent für die Preussischen Provinzen auf dem kurzerhand eine eigene Zeitung für seine Bedürf- en. Sie führte den Titel „Zeitung für die chen Provinzen zwischen Elbe und Weser“ 6. November 1813 zum erstenmale ausgegeben. t sie bis ins Jahr 1814 hinein. Naturgemäß ns Verordnungen, u. a. in Nr. 8 vom 11. De- von Halle mit großer Freude begrüßte König- dre aus Frankfurt a. M. vom 15. November, aufgehobene Universität wieder hergestellt wurde; auch Kriegsberichte.

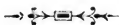
esische Zeitung“ in Breslau schloß sich mög- ie Regierung an, doch brachte auch ihr gegen- rungsweisheit“, wie ihr Geschichtsschreiber Carl 5. 174), „das System ängstlicher Bevormundung des beschränkten Untertanenverstandes“ zur Gel- mußte über die deutschen Angelegenheiten mög- gehen, doch konnte sie hier und da umfangreicheres terial bringen, wie z. B. 1815, Nr. 78 ff., den liener Bundesakte. Den Bestrebungen der Bur- dem Wartburgsfeste stellte sie sich — ob gezwungen sei dahingestellt — scharf abweisend gegenüber. igkeit ihrer deutschen Nachrichten suchte sie da-

durch hinwegzutauschen, daß sie lange Artikel über Athen, Rom, den Eskorial, Jerusalem, Ägypten und seine Altertümer, die Eskimos, die Vulkane Cotopaxi und Pichincha in Südamerika 2c. brachte.

Mit der „Posener Zeitung“ ging eine kleine Veränderung vor. Als der westliche Teil des ehemaligen Südpreußens nach den Bestimmungen des Wiener Traktates wieder an Preußen zurückfiel und dabei zu einem Großherzogtum erhoben wurde, erhielt die „Posener Zeitung“ mit der Nr. 49 vom 21. Juni 1815 den Titel „Zeitung des Großherzogtums Posen“. Inbezug auf ihren Inhalt blieb sie dieselbe; auch erschien sie nach wie vor nur zweimal wöchentlich.

Daselbe Schicksal, wie die Blätter in Magdeburg, Breslau und Posen, hatten auch die „Königlich Preussische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ in Königsberg, die heutige „Königsberger Hartungsche Zeitung“ und die „Königlich privilegierte Stettinische Zeitung“. Auch hier unterdrückte die harte Zensur jedes freie Wort.

Die ganze preussische Presse war also schon wenige Jahre nach den Befreiungskriegen mundtot gemacht worden und bot nur noch das traurige Bild eines vollständig gefnechteten Volksgeistes.



Drittes Kapitel.

Preußen in den übrigen Staaten Mittel- und Norddeutschlands.

Preußen in Sachsen-Weimar. Geheimrat v. Voigt über die Verhältnisse in Sachsen-Weimar. Pfeilschifter und die Gründung des „Oppositions-Blattes“. Der Historiker Kühn's Aufnahme Ludwig Wielands in die Redaktion. Der Oppositions-Blattes“. Wird der Regierung unbequem. Wird verboten. Die Ermordung Kotzebue's und das Blatt. Die „Preuß. Staatszeitung“. Das neue Pressegesetz vom 18. 1818. Der letzte Redakteur Friedr. Aug. Klüber. Die Zeitung „Kleine Verwandte des „Opp.-Bl.“: Die „Dorfzeitung“ von Hirschhausen und das „Grimmasche Wochenblatt“.

So ungünstig wie in Preußen sah es in den übrigen Mittel- und Norddeutschlands aus. Besonders die Regierung in Sachsen-Weimar durchaus grundlos. Karl August hatte seinem Lande schon eine Verfassung gegeben und in dieser auch die Pressefreiheit gewährt. Darauf sproß in Weimar und umher die Journal-Literatur empor; in Weimar entstand die „Zeitung großen Stils“, während in Jena verschiedene Zeitschriften gegründet wurden, und hier wie dort so eine nationale Begeisterung so lebhaft auf, daß der Herzog von Voigt in einem Briefe an seinen Freund in Berlin ausrief: „Jetzt will alles die Welt regieren“. Er selbst nachher sogar meinte: „Mit der unbedingten Unterstützung viel Unrat in die Hexenküche zu Jena eingezogen!“

Die Zeitschriften von Jena werden wir erst im fünften Kapitel dieses Abschnittes zu betrachten haben; es beschäftigt uns also hier nur die in Weimar ins Leben gerufene Zeitung.

Seit der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ wurde es offenbar von allen Patrioten als ein großer Mangel empfunden, daß in ganz Deutschland keine einzige große liberale Zeitung mehr erschien. Die Gründung einer solchen ist daher gewiß in den liberalen Kreisen des öfteren erörtert worden. In Preußen aber war für sie kein Boden. Da mußte denn der Blick besonders auf Weimar fallen, wo eine liberale Regierung eine freie Bewegung gestattete, wenn auch die kleine thüringische Stadt im übrigen für eine große Tageszeitung wenig geeignet erschien.

Es vollzog sich also nur eine natürliche Entwicklung der Dinge, als eines Tages ein junger Journalist durch einen nach Weimar gerichteten Brief die direkte Anregung zur Gründung des ersehnten Blattes gab. Dieser war der Mitredakteur der „Narauer Zeitung“, Johann Baptist Pfeilschifter, der den lebhaften Drang in sich fühlte, sich am politischen Leben nachdrücklicher zu beteiligen. Frisch und frei schrieb der erst 23 Jahre alte junge Mann unter dem 20. Oktober 1816 an den bekannten betriebsamen Verleger Friedrich Justus Bertuch in Weimar:

„Ich wage Ihnen einen Vorschlag zu machen. Könnte sich das Industrie-Komptoir nicht entschließen, eine politische Zeitung zu etablieren? Mich dünkt, Weimar sei jetzt zu einem solchen Unternehmen in der günstigsten Lage. Ich lege Ihnen einen Plan bei. Wollen Sie ihn akzeptieren, so kündigen Sie diese neue Erscheinung sogleich an, da die Zeit dazu bereits drängt. Für Korrespondenten werde ich besorgt sein. Ich wünsche, daß sie in Rücksicht äußerer Form Bscholkes „Miscellen“ einigermaßen ähnlich sehe, ein Format, das sehr wohlgefällig ist. Die Verhältnisse mit mir werden sich leicht bestimmen lassen, wenn der Antrag geneigtes Gehör findet.

Entwicklungen zur Zeitgeschichte.

Ein politisches Tageblatt.

In den Tagen, wo aus den Zerrüttungen einer zerstörenden

es dem Chaos widerstreitender Meinungen und Wünschen der Freunde der Menschheit sich eine reifere Zeit gebähren und aus neuen Ord- nungsvollere Zeit begründen soll, wo alle geistige diehere Zukunft begründen soll, wo alle geistige diese Entwicklung bezieht, wo die Nationen mit den neuen Schöpfungen teilnehmen und teil- diesen Tagen muß ein Tageblatt, das die Ge- und der Zeit klar aufzufassen, besonnen zu wür- Entfaltung ernst einzugreifen sucht, höchst will-

lungen und Absichten haben wir das neue Institut h der Mitwirkung einsichtsvoller und möglichst inner erfreut. Unsere Lage, im Mittelpunkte des indes, in einem Lande, wo freisinnige Ideen kein Preßzwang die Prüfung der Wahrheit be- dieses andere wird wohlthätigen Einfluß auf dies das überdies politische Neuigkeiten nach ver- tigen am geschwindesten verbreiten kann.

wird folgender sein:

Nachrichten und Auszüge aus den vorzüglichsten jenen und französischen Zeitungen nebst eigenen Nachrichten.

Meinungen und Ansichten aus dem Gebiete der Zeit-

aus den neuesten politischen und historischen Zeitschriften der deutschen, englischen und französi-

ische Skizzen ausgezeichneter Staatsmänner, Feld- und anderer merkwürdiger Personen.

Neuigkeiten aus den Hauptstädten Europas, als Breslau, Paris, Wien, Berlin u. s. w.

Von dieses Tageblattes wird sich durch edle Freiheitliche Besonnenheit auszeichnen, und so werden es Wahre, Edle und Gute immer zum Zweck, es beachtend und dem Irrtum und der Täuschung, im beschränkten Blicke des ewig irrenden Men-

schen erkennbar sind, ernst belegend, gewiß freundliche Aufnahme finden.

Weimar, im Okt. 1816.

· Großh. sachsenweimarisches Industriekomptoir. **)

Dieses so resolut entwickelte Programm sprach den geschäftsfähigen Bertuch an; er ging auf das Projekt ein und baute sich den Plan noch weiter aus; zudem änderte er den Titel. Den damaligen liberalen Anschauungen gab er einen bestimmteren Ausdruck, und dem ganzen Entwurfe verlieh er von vornherein dadurch einen energischeren Charakter, daß er ihn zum großen Teil im Tone einer Ankündigung abfaßte. Das Programm lautete nun:

„Oppositions-Blatt

oder

Weimarische Zeitung.

Mit Groß-Herzogl. gnädigst. Privilegio.

Est modus in rebus, sunt certi denique fines.

Diese Zeitung könnte, von Neujahr 1817 an, vom Landes-Industrie-Komptoir unternommen werden.

Der Ausdruck Oppositionsblatt wurde in Beziehung auf Politik und Literatur gewählt, wo in den neuesten Zeiten der Egoismus, unter den verschiedenartigsten Formen, mehr als jemals, und in einem für den Unbefangenen unerträglichem Grade, herrschend zu werden sucht.

Diesem Egoismus entgegen zu wirken, er möge nun als Despotismus oder als Aristokratismus erscheinen, oder unter der Maske des Patriotismus sich einschleichen, oder als Sanskulottismus sich eindringen wollen — in der Politik, wie in der Literatur — ist die Tendenz des neuen Blattes. Man denke also bei unserem Oppositionsblatte nicht etwa bloß an eine den Regierungen feindselige Opposition: Nein, unsere Opposition könnte ebensooft gegen die gewöhnliche Opposition selbst gerichtet sein.

*) Mitgeteilt aus dem Bertuch-Froriep'schen Archive von Ludwig Geiger in dessen Buche „Aus Alt-Weimar“ (Berl. 1897, S. 315), dem wir hier zum Teil auch noch weiter folgen. Einiges Wenige wurde auch aus W. Feldmann, Friedrich Justin Bertuch, Saarbrücken 1902, entnommen.

1 uns nicht anmaßen, entgegengesetzte Parteien be-
:einigen zu wollen! Denn dies ist meist vergeb-
! —

1 auch nicht unsere Ansichten als die einzig rich-
:denn solche Annahme muß unausbleiblich selbst
herzvorrufen.

1ir wollen uns nur erlauben, jedem Überschreiten
n unser Blatt entgegen zu stellen und, mit voller
die Sache, ohne alle Rücksicht auf Persönlichkeiten,
schuldigen Rücksichten auf Personen und Verhält-
:einung und Ansicht äußern.

1ositionsblatt erscheint in einem Lande, wo der
liche Freiheit der Presse gesetzlich ausgesprochen
1 deshalb werden wir uns selbst um so sorgfältiger
jener Freiheit nicht unwürdig zu erscheinen. Da-
:ahlspruch:

Freimütig, wahr und bescheiden.“

ogrammm wurde schließlich als bestimmte Richt-
:men und gelangte auch, nur hie und da unwesent-
in der öffentlichen Ankündigung des „Oppositions-
:lbruck. Des weiteren wurde dabei bekannt ge-
:Inhalt des Blattes nicht nur der Politik, son-
:litteratur und den Unterhaltungsgegenständen ge-
:de. Der politische Teil solle aus Nachrichten be-
:ondenten und aus Exzerpten ausländischer Zeitungen

Reflexionen über die Geschichte des Tages, ihre
:irklungen, Abhandlungen über diese Gegenstände und
:nesten politischen Zeit- und Flugschriften enthalten.
:nderen Teilen beabsichtigte man besonders die Bio-
:ittenschilderung, sowie die Plauderei über Kunst
zu pflegen. Dabei war ein tägliches Erscheinen
:iten (acht Spalten) vorgesehen.

:cht von dem neuen journalistischen Projekte ver-
:ch in den politischen und literarischen Kreisen
:id wurde überall freudig aufgenommen. Vertuch
:ze Anzahl zustimmender Briefe, von denen wohl

der des Historikers Fr. Mühs, des Verfassers des damals sehr geschätzten „Handbuches der Geschichte des Mittelalters“, der wichtigste war, sowohl wegen der darin an dem Programme geübten Kritik, wie auch wegen der Aufführung einer großen Anzahl von literarischen Persönlichkeiten, die als Mitarbeiter in Betracht kommen könnten.

Mühs schreibt unter dem 3. Dezember 1816 aus Berlin:

.... „Daß Sie eine Zeitung herausgeben wollen, ist ein führes Unternehmen: es ist, wie ich glaube, schwer in Deutschland, so etwas durchzusetzen. Doch glaube ich, daß bei einer vollkommenen Preßfreiheit wohl etwas Gutes zustande kommen kann; sie ist aber auch die notwendige Bedingung: unser „Preussischer Korrespondent“ wird von der Zensur zu Tode gebissen oder gefressen.

So weit ich gehört habe, scheint man sich hier doch eine andere Vorstellung von dem Oppositionsblatte gemacht zu haben, als die Ankündigung erwarten läßt: man dachte sich wohl darunter eine Opposition der kleinen deutschen Fürsten gegen die großen Mächte, und eine solche wäre gewiß sehr an der Zeit. Ich muß Ihnen aufrichtig gestehen, daß mir die Ankündigung nicht recht gefällt: was ist der Egoismus, dem man sich widersetzen will? Mir scheint das eine ganz vage Idee zu sein, und dann zweitens ist der Ton, den die Redakteure, die sich nicht einmal genannt haben, annehmen, doch wahrlich zu anmaßend. Wer sind sie, wird man fragen, die es sich beikommen lassen, über die ganze politische und gelehrte Welt die Zensoren zu machen? Selbst Männer von entschiedensten und ausgemachtesten Ruf dürfen sich, wie mich dünkt, das nicht erlauben. Übrigens glaube ich wohl, daß es so schlimm nicht gemeint ist, als es aussieht, aber ich fürchte sehr, daß es einen ungünstigen Eindruck machen wird. Ich selbst werde Ihnen wenige Mitteilungen machen können, da ich in so wenigen Verhältnissen lebe, mir das, was um mich vorgeht, auch so unbedeutend erscheint, daß ich mich nicht darum bekümmere; doch werde ich, was mir vorkommt, gern mitteilen. Hüten Sie sich nur vor dem literarischen Geschmeiß der v. Held, v. Cölln, Saul Ascher, Subiz, Merkel und wie sie weiter heißen.

3 die Zeitungen mit Abgeschmacktheiten füllen. ein, der wohl im stande ist, allerlei zu er- de mit Krug reden, ob er Ihnen nicht eine if aller neuen Gesetze und Preßveränderungen Monarchie liefern kann. Darf er es tun, so ch gewiß einen guten Artikel für die Zeitung

rk hatten wir einen trefflichen Korrespondenten i Schirach in Kopenhagen; diesen würde ich ders empfehlen, dann in Kiel die Professoren egewisch. In Schweden weiß ich jetzt keinen ich kann Ihnen jetzt nur den königl. Biblio- und den Herrn Granberg vorschlagen, die beide alifizieren. Für Polen kann ich Ihnen nur in Krakau empfehlen, an den ich allenfalls selbst i Livland ist ein gewisser Dr. Bidder, jetzt in wohl dazu eignete. In Petersburg wüß't ich icke niemand, wenn Sie nicht etwa Hrn. Krug In Rom habe ich jetzt ein paar treffliche icht Beiträge liefern würden, Hrn. Brandes nsen. Auch hoffe ich Ihnen einen Korrespon- reiro auszumitteln, nämlich Hrn. Olfers, der ming als Sekretär begleitet, einen Arzt und

ngen des Professors Rüks werden Vertuch n; er ging mit großem Eifer ans Werk und ugendlichen Pfeilschifter besonders Ludwig Wie- ion auf, den begabten Sohn des Dichters des einem ziemlich unruhigen Wanderleben war 813 nach Weimar zurückgekehrt und stand jetzt usjahre. Ein gereifter Mann also ergriff die Pfeilschifter scheint über die Heranziehung mt gewesen zu sein, denn er verließ schon im ar wieder, nachdem er in Jena noch eine neue

Zeitschrift „Die Zeitschwingen“ gegründet hatte, die später Börne weiteren Kreisen bekannt machte.*)

Bereits am 1. Januar 1817 war Vertuch in der Lage, die erste Nummer seiner Zeitung unter dem Titel „Oppositions-Blatt, Weimarische Zeitung“, herauszugeben. Der Preis des Blattes war vierteljährlich 2 $\frac{1}{2}$ Th. säch. oder 4 $\frac{1}{2}$ fl. rhein. Die Beilage stand „als Intelligenzblatt für Bekanntmachungen aller Art, gerichtliche und außergerichtliche, besonders für den Buch- und Kunsthandel“ offen. Die Insertionsgebühren beliefen sich auf 1 Gr. säch. oder 4 $\frac{1}{2}$ Kr. Reichsgeld die Zeile.

Das Programm des „Oppositions-Blattes“ wurde aber gleich von vornherein nicht genau eingehalten. Der literarische Teil trat mehr und mehr zurück, während die Politik fast vollständig dominierte, und zwar die allgemeine deutsche, denn für die allgemeine freiheitliche Entwicklung Deutschlands trat das

*) Von Weimar ging Pfeilschifter nach Leipzig, wo ihn Brockhaus bei der Redaction seines „Kunstblattes“ beschäftigte. Dann unternahm er eine Reise nach Frankreich und Spanien und korrespondierte für die Augsburger „Allgem. Ztg“. Mittlerweile wechselte er seine politischen und religiösen Anschauungen und schloß sich der streng konservativen und noch strengeren katholischen Richtung an. In diesem Sinne redigierte er auch die 1822 in Frankfurt a. M. gegründete Zeitschrift „Der Staatsmann“, die seit 1831 als „Zuschauer am Main“ bis 1838 in Aschaffenburg erschien. Irgend welchen Einfluß gewann die Zeitschrift jedoch nicht. Im Jahre 1829 wurde Pfeilschifter von dem Herzog Friedrich von Anhalt-Köthen geädelt. Erst im Jahre 1874, im Alter von 81 Jahren, starb er zu Regensburg. Er hat sich also nie wieder über die große Menge erhoben. In Erinnerung an sein Auftreten in Weimar widmete ihm Goethe (Sophien-Ausg., Band V, 1. Abt. S. 183) den Stachelvers:

Es hatte ein junger Mann
Pfeile geschifft,
Dann, wie er konnte und kann,
Flügel geküßt:
Doch im däbalischen Flug,
Kam er zu Sinnen;

Er hatte Zeit genug,
Land zu gewinnen.
Da sieht er, gelassen und nah,
Verworrene Laten,
Und kann dem lieben Papa
Bernünftiges raten.

Papa Vertuch wird aber schwertlich den Rat Pfeilschifters irgend einmal eingeholt haben.

ein. Von dem weimariſchen Ländchen war nur Rede.

Vertuch war Feuer und Flamme für dieſen Kampf. „ſchrieb er ſchon am 11. Januar 1817 an dieſe Batterie (das Oppositions-Blatt), die von gut bedient wird, gehörig wirkt und in manche eine heilſame Breſche ſchießen wird!“

thema bildeten der Bundestag, die Verfaſſungen der Bundesſtaaten, die ökonomiſche Lage in Deutſchland, die Freiheit der Preſſe. Durch die ſachgemäße und gründliche Behandlung dieſer brennenden Fragen wurde das „Blatt“ raſch eines der bedeutendſten Organe der Bewegung.

Der unthätigen Bundestag klagt die Zeitung bereits über Verfaſſungsangelegenheiten in den einzelnen Bundesſtaaten ſie fortdauernd. Zu Gunſten der Holſteiner ſie für eine neue Verfaſſung ein, entgegen der holländiſchen Verfaſſung, die die Wiederherſtellung der alten Verfaſſung verlangt, welche viele Privilegien für ſie enthält. Dem großen württembergiſchen Verfaſſungsſtreit ebenfalls für die neue Verfaſſung aus und tadelt ſie die Haltung an dem Alten, Hergebrachten, bei dem ſich der Einfluß des ariſtokratiſchen Elements geltend macht. Die Beſtrebungen in Baden zur Einführung von Landſteuern ſie eifrig, und als die badiſche Verfaſſung Ende Auguſt 1818 gegeben worden iſt, erklärt ſie freudig, dieſe Verfaſſung unter den biſher erſchienenen die beſte (Nr. 80). Sehr energiſch tritt ſie den innerhalb Preußen und Öſterreich ſich entwickelnden Beſtrebungen entgegen, um die Regierungen der mittleren Staaten zu einem Einſchreiten gegen ihre Beſtrebungen; lebhaft weiſt ſie auf die Gefahr hin, die die einheitliche Entwicklung der Staaten drohe (1819,

Wärme nimmt ſich das „Oppositions-Blatt“ ferner über die Verfaſſung der ökonomiſchen Lage Deutſchlands an.

Durch die vielen Kriege war der Wohlstand des gesamten Volkes zerrüttet worden, aber man hatte gehofft, daß nach ihrem Abschluß sich bessere Verhältnisse entwickeln würden. Allein man sah sich enttäuscht; die Engländer hatten die allgemeine Stimmung nach dem Frieden benützt, mit großer Schlaueit äußerst günstige Handelsverträge abgeschlossen und überschwemmen nun ganz Deutschland mit ihren Waren. Dadurch schädigten sie die deutsche Industrie auf das empfindlichste. Eine Menge von Fabriken, die zu Napoleons Zeiten gegründet worden waren, gingen ein, viele Arbeiter kamen außer Brot und verfielen in Armut. Da verlangte denn das „Oppositions-Blatt“ nachdrücklich Schutz für den deutschen Gewerbfleiß, namentlich gegen England, und die Hinwegräumung aller Schranken im Innern Deutschlands, welche hier die Freiheit des Verkehrs erschwerten (1817, S. 1713 fg.).

Diese für die damalige Zeit sehr offene Sprache wurde aber den Regierungen sehr bald unbequem, und Karl August erhielt daher gewiß von verschiedenen Höfen die Aufforderung, der Presse seines Landes die Zügel nicht allzusehr schießen zu lassen. Es wurde infolgedessen bereits unter dem 3. Mai 1817 (vgl. Oppositions-Blatt vom 23. Mai) eine Regierungsverordnung erlassen, in der es als die Pflicht eines jeden Untertanen erklärt wird, Vorsicht in der Beurteilung von Regenten und Regierungen zu beobachten. Bei der herrschenden Pressefreiheit sei dies ganz besonders nötig. Es werde daher bestimmt: 1. Die politischen Schriftsteller, „die Individuen, welche sich mit journalistischer oder Zeitungsschriftstellerei abgeben“, sollen gewarnt werden, „durch unvorsichtige oder verunglimpfende Urteile über Regenten und Regierungen Beschwerden derselben gegen sie zu veranlassen oder die freundschaftlichen Verhältnisse des Regentenhauses zu anderen Regenten und Staaten zu unterbrechen.“ 2. Ein Zuwiderhandeln gegen dieses Verbot würde Beschlagnahme oder Unterdrückung der betreffenden Schrift zur Folge haben.

Diese Warnung nützte aber nicht so radikal, wie es die Regierungen wünschten, und eines Tages fand man sich in Wien durch eine „Korrespondenz aus Oesterreich“ dermaßen verletzt, daß der österreichische Gesandte Graf Zichy sich sehr nachdrücklich über

„tözligen Bemerkungen“ des Artikels beklagte, der es atseinrichtungen eines anderen Staates zu ver- r zu beschimpfen und Aufrubr zu predigen“. istandete Artikel war der „Allgemeinen Zeitung“ orden und brachte nur die Mitteilung, daß die Landtage nach der Bestätigung der Grund- und wieder aufgelöst worden seien. Aber die Redaktion lgende Bemerkung angefügt: „Da die Landstände paar Stunden über die Anträge oder Postulate des ich sich weder bedenken noch beraten konnten, so der Tat nicht sagen, daß sie dieselben annahmen, erlegung und Entscheidung gefordert wird. Haben anzuhören, was die Regierungen in Landesachen sind sie keine Vertreter des Volkes. Sie sind tgeber des Fürsten, denn zum Ratgeber wäre doch rderlich. Man kommt oft in Verlegenheit, unter ie man sie bringen und welchen Zweck man sich oll. Verlangt aber das österreichische Volk wirklich id zweckmäßigere Einrichtung, desto schlimmer! Das ine geistigen Bedürfnisse kennt, muß noch sehr

fürwitzigen Bemerkungen“ fand man jedoch in Wien blich. Man drang also so energisch auf Karl August sich entschließen mußte, das „Oppositions-Blatt“ am 1817 zu verbieten. Am 2. Januar 1818 durfte wieder erscheinen, allein ohne den bisher gebrauchten rößherzoglich Sächsischem Privilegio“.

erregte dieses Vorgehen gegen die Zeitung in ganz großes Aufsehen. Die Liberalen waren für den ließ ganz betroffen, blickten aber bei dem Wieder- Blattes doch aufs neue hoffnungsvoll in die Zukunft. E. G. Paulus in Heidelberg, der bekannte Nationalist, dem 13. Januar 1818 an Vertuch: „Sehr hat mich Kampf gefreut, den Sie für das „Oppositions- den haben . . . Ich hatte über die Unterdrückung ms-Blattes“ so sehr getrauert, als ob sie mir selbst

begegnet wäre. Für Preß- und Druckfreiheit sollen und sollten noch weit mehr, als bisher geschah, alle Köpfe in Deutschland zusammenhalten. Retten wir diese nicht, so kommt aristokratischer Sultanismus und Barbarei. Unsterblich hat sich Ihr teurer Großherzog gemacht . . . , daß er gegen alles Verstoßene der konstitutionellen Freiheit als Fels stand. Hätte man sie dort niedergestoßen, so wäre überall der Mut gesunken. Jetzt, da so großen Gewalten der rechtliche Sinn eines minder Mächtigen durch Wahrheit und Beständigkeit widerstand und die Hauptsache erhielt, kommt überall schon mehr Mut vor.“

Allein bereits wenige Wochen später stellte sich heraus, daß der Optimismus des Professors Paulus nicht gerechtfertigt war. Der Eingriff Österreichs bildete nur ein Vorpiel für die Tragödie, zu der sich das Schicksal des „Oppositions-Blattes“ bald zuspitzen sollte.

Zunächst fand sich der Landtag des Großherzogtums bezogen, den Spuren Österreichs zu folgen. Er wies darauf hin, welche arge Rechtsverletzungen sich die Presse zu schulden kommen lasse, und bat um den Erlaß eines Preßgesetzes, damit nach diesem die Vergehen geahndet werden könnten (1. Februar 1818), worauf die Regierung versprach, ein derartiges Gesetz vorzulegen, wenn nicht etwa vorher ein solches durch den deutschen Bund bestimmt wäre. Sie entwickelte dabei die seltsame Ansicht, daß die Befreiung von der Zensur keineswegs „ein mit der politischen Mündigkeit der Staatsgenossen in wesentlicher Verbindung stehendes Unrecht der Bürger eines Staates sei.“

Diese Grundanschauung erhielt dann gleichsam ihre Sanktion durch die Ermordung Kokebues (23. März 1819). Durch die Aufhebungen der Presse, durch das zügellose Treiben auf den Universitäten sei es nunmehr bis zum politischen Mord gekommen! riefen jetzt die Männer des Rückschritts in Wien und Berlin. Die schärfsten Maßregeln gegen diese Auswüchse unserer Kultur seien zu ergreifen!

Das „Oppositions-Blatt“ trat diesen maßlosen Übertreibungen ernst entgegen. Es verurteilte die Tat durchaus, aber es mahnte auch, man solle wegen des einen nicht viele, besonders nicht die

verantwortlich machen. Weiterhin legte die Zeitung ausführlichen Artikel „Betrachtungen, veranlaßt durch den Herr von Rozebue“ (4 Nummern, längerer dar, daß, bei aller Mißbilligung des nicht angebracht sei, Zena deswegen zu strafen, erweist habe. Sie warnte davor, alles patriotische Gedanken zu verbieten, und wies nach, daß die geworden in der Periode der Erniedrigung und Verfallens, an nichts anderes als an Deutschland *)

: veröffentlichte die „Preussische Staatszeitung“ die Entdeckung von einem großen Verschwörungsplane gegenwärtigen Zustandes von Deutschland, um eine republikanische Verfassung treten zu lassen, die Verhaftung einer ganzen Reihe von patriotischen

Diesem ungeheuerlichen Vorgehen trat das Blatt mit großer Entschiedenheit entgegen. „Wie das Erstaunen über das neue Schreckenssystem, aus durch alle deutsche Staaten seine Verzweigung Vorden schildern?“ heißt es in einem dieser Artikel drängt sich auf Frage. Welches sind die Verantwortigen, eine ganze Generation in Anklagestand zu setzen, wie öffentliche Blätter zu ergreifen, wie öffentliche Blätter zu ergreifen? Sind es die in Zeitungen zu Tage geförderung erhaltener Jünglinge? Allein diese Phrasen sind schon seit 1817 im Umlauf, ohne daß man sie als, als wilde Ausbrüche einer noch nicht geregelten

an der ganzen nationalen Strömung abhold und fühlte sich nicht zu folgendem Stachelvers angeregt (Sophien-Ausgabe,

und Professoren	Sie hoffen an den schönen Freunden
in die Not;	Doch vor wie nach den Herd zu
	zünden,
maufetot,	Dieweil des Sodoms-Apfelbrot
er sich verjähren.	Gefunde Jugendspeise sei.

5. 1507.

Vaterlandsliebe angesehen hätte, und muß nicht des jungen Mannes Kopf eine Gärungszeit haben, wie der Wein? — Hat man verräterischen Briefwechsel entdeckt? Man mache wenigstens einige Urkunden dieser Art bekannt, sollte man selbst auf ungewöhnlichem Wege dazu gekommen sein. So machte es wenigstens Napoleon und benahm durch die Öffentlichkeit seiner Staatspolizei das Gehässige einer venetianischen Staatsinquisition. Will man die Gelehrten, die wirklichen und die angehenden, ihren Regierungen verdächtig machen, will man insbesondere die liberalen Schriftsteller überhaupt einschüchtern, damit sie nie mehr von der herrlichen Gottesgabe, der freien Rede, Gebrauch machen, nie mehr zur Abwendung des Unrechts, zur Bezähmung der Willkür ihre Stimme erheben, nie mehr die Regierungen erinnern sollen, daß auch sie Pflichten haben? — Ist die angebliche Verschwörung ein Werk der feudalen und theokratischen Interessen gegen die Institutionen, welche das neue Menschengeschlecht zur Sicherung seiner bürgerlichen Interessen unabweisbar fordert? Oder ist sie eine Wirkung des Unmuths, daß diese bürgerlichen Interessen noch nicht überall die gesetzlichen Unterpfänder, Verfassung und Stände, gefunden haben?“

Diesen Vorstellungen gegenüber, zu denen auch noch ein Protest des Berliner Kammergerichts kam, sah sich dann aber doch die preussische Regierung schließlich veranlaßt, bei den fremden Höfen zu erklären, die Verschwörung sei allerdings gar nicht vorhanden, die Verhaftungen seien nichts weiter, als Vorsichtsmaßregeln gegen eine gewisse Tendenz zu Angriffen, die durch Meinungsäußerungen und Schriften statthaben könnten, keineswegs gegen wirkliche, bestehende Verbrechen.

Nichtsdestoweniger wurde der Verschwörungslärm in ganz Deutschland fortgesetzt, und es kam darauf sowohl zu den Karlsbader Beschlüssen, wie auch zu den Bundestagsbeschlüssen vom 20. September 1819, die den Untergang der Preßfreiheit bedeuteten. „Wir erkennen es als eine sonderbare Fügung an“, bemerkte das „Oppositions-Blatt“ (S. 1428) sarkastisch, „daß diese revolutionäre Verschwörung so glücklich und zwar gerade im Zeit-

nung des Karlsbader Kongresses zur Entdeckung

des neuen Preßgesetzes, der mit unter den
 rissen vom 20. September 1819 enthalten war
 eilte das „Oppositions-Blatt“ bereits am 5. und
 236 und 237) mit; doch erst in einem vom
 erten Patente, das in Nr. 262 des „Oppositions-
 November zum Abdruck kam, machte die Groß-
 rische Regierung von den Beschlüssen des Bundes-
 Mittheilung. Es trat daher auch erst in dieser
 akteur mit seinem Namen hervor, den anzugeben
 sez zur Pflicht machte. Er nannte sich Friedrich
 Ludwig Wieland, der dem alten Vertuch oft zu
 war, hatte mit dem Ende des Jahres 1817 die
 gelegt, dann war der Kurländer J. G. L. Lindner
 1845) vorübergehend an dem Blatte tätig ge-
 hließlich Müller, ein vorbdeutscher Jurist in älte-
 Redaktion übernommen hatte. Geboren 1762 zu
 ängere Zeit (1792—1811) Beamter in Oldenburg
 : in Hamburg gewesen. Nach der Aufhebung der
 burgs hatte er bis zu seiner Übersiedelung nach
 Albern in Holstein gelebt.

Vorschriften für die Presse wirkten geradezu
 ich trat tief verstimmt von seinem Unternehmen
 rließ die Weiterführung seinem Schwiegersohne
 , Froiep. Aber auch dieser konnte bei den Hem-
 h überall entgegenstellten, kein rechtes Interesse
 gewinnen, zumal auch die Auflage immer mehr,
 Exemplare, herabsank. Und die Redaktion sah
 ichsten Verlegenheit. Sie brachte lange Leitartikel
 h-ostindische Kompagnie, die nordamerikanischen
 Volksbewegung in England, nur nichts über das,
 schland beschäftigte und erregte — die Bundestags-
) endlich in der Nummer vom 18. Oktober wagte
 ndt“ abzudrucken, das die schüchterne Frage auf-

warf: „Darf ich laut zu meinen Mitbürgern sprechen oder nicht?“ und wo dann darauf hingewiesen wurde, daß die Presse doch das einzige Mittel sei, welches dem freien Manne ermögliche, zu dem Volke, zu den Fürsten, zu dem einzelnen zu sprechen. „Um aller dieser Zwecke willen,“ hieß es dann am Schluß, „muß es daher höchst bedenklich sein, die Presse einem solchen Zwange zu unterwerfen, wodurch ein göttliches Geschenk für alle in eine politische Maschine für nur wenige verwandelt werden kann. Die Presse ist des Menschen zweite Zunge, sie ist seine zweite Stimme, damit wir zu einander auch aus weiter Ferne sprechen sollen.“ Aber die Situation änderte sich nicht, der Nebel wurde eher noch schärfer angezogen, und als die Zeitung dabei einmal besonders lebhaft zusammensuchte, wurde ihr die Kehle vollends zugeschnürt. Mit der Nr. 282 vom 27. November 1820 mußte sie ihr Erscheinen einstellen.

Froriep war empört über diese jähe Unterdrückung und beklagte sich in einem Briefe an Böttiger bitter, daß man ihn nicht veranlaßt habe, das Blatt in einer weniger auffälligen Form eingehen zu lassen; am schlimmsten aber war der plötzlich brotlos gewordene Redakteur Räder betroffen. „Der arme Räder dauert mich herzlich“, schrieb Luden an Vertuch. „Ich fürchte, man wird vor der Hand nichts für ihn tun.“ Und diese Vermutung erwies sich auch als richtig, worauf Räder 1821 nach Leipzig ging und dort bis zu seinem erst 1856 erfolgten Tode noch vielseitig schriftstellerisch tätig war. Unter anderem schrieb er verschiedenes über Holstein, die Türkei, den Freiheitskampf der Griechen zc.

Das „Oppositions-Blatt“ war die Zeitung für die große politische Welt; doch auch der sogenannte kleine Mann wollte jetzt fortlaufend von den Weltbegebenheiten unterrichtet werden, und diesem Verlangen kam in ganz origineller Weise in einer thüringischen Nachbarstadt Weimars ein anderes Blatt entgegen: die „Dorfzeitung“ in Hildburghausen. Sie wurde 1818 von Dr. Karl Ludwig Ronne gegründet und erschien im Kesselringischen Verlage, später im Verlage von Johannes Ronne. Dr. Karl Ludwig Ronne wurde am 6. Dezember 1785 in Hildburghausen geboren, studierte Theologie, stieg dann zum Oberpfarrer und

Oberkonstistorialrat in Hildburghausen empor und starb am 17. Juli 1854. Bei seiner großen geistigen Regsamkeit, seinem klaren und gesunden Urtheil über bürgerliche und bäuerliche Verhältnisse, seinem stark ausgeprägten Gerechtigkeitsfinn und seinem schlagenden Witz wußte er seinem Blatte sehr bald Beachtung zu verschaffen, und rasch gewann er sich auch einen großen Leserkreis. Schon nach wenigen Jahren ging die „Dorfzeitung“ weit über den Thüringer Wald hinaus. Dadurch wuchs auch ihr Einfluß, und in weiten kleinbürgerlichen Kreisen wurde sie eine öffentliche Macht. Infolgedessen war das Blatt auch manchen Angriffen ausgesetzt, und der Herausgeber erlitt mancherlei Unbill und Kränkung. Aber Konne war keine Lammsnatur; er wußte sich zu wehren, und dabei stand die Würde seines Amtes hinter ihm. Bei seinem Hinscheiden wurde die Eigenart, die er dem Blatte zu geben gewußt hatte, von Dr. C. Kühner in einer Gedenknummer der „Dorfzeitung“ (Nr. 154 vom 18. August 1854) sehr treffend charakterisiert. Es offenbart sich hier, schrieb Kühner, „der Schalk, der in der Maske des Bauernverbandes den Weisen auf die Nase tippt, der gemächlich plaudernd über'n Markt geht und dabei unversehens mit einem ‚Nicht gern geschehen!‘ einen und den andern seinen Herrn auf die Füße tritt, der sich ausstellt, als ob er vom Staats-Regimente eben gar wenig verstehe, und ihm dabei in seinem Unverstand immer eins abgibt, — der feste, frohe Mut, der überall an der Weltverbesserung hämmert und den Nagel immer auf den Kopf trifft, — der unverwüßliche Humor, der die Wahrheit lachend sagt, — der Kobold, der alle unsauberen Ecken segt, wieder wie ein Kind im Glück des Stilllebens sich sonnt, der in seinem Born alles Flitterwejen, alle Falschheit und Ungerechtigkeit geißelt, wohl nebenbei auch den guten Freund unversehens auf die Finger trifft, aber auch wieder von jedem Zuge des Edelmutes sich rühren läßt.“

Nachdem die „Dorfzeitung“ so großen Erfolg errungen hatte, entstand nach und nach ein ganzer Schwarm solcher populär-humoristischen kleinen Tagesblätter, von denen aber keins sein Vorbild erreichte. Zu nennen ist allenfalls das Grimmasche „Wochenblatt“, das Georg Joachim Götschen (geb. 1752, gest.

1828), der bekannte Verleger Wielands, Schillers und Goethes, herausgab. Doch suchte Göschen mehr den biedermännischen Ton seines Freundes Zacharias Becker, des Herausgebers der „National-Zeitung der Deutschen“ in Gotha, als den originell-humoristischen Ronnes zu treffen; auch war er zu sehr in den politischen Ansichten und Verstimmungen seines kleinen Heimatlandes befangen, um allgemeinere Urteile über die Wege und Ziele Deutschlands entwickeln zu können.*)

2. Die Zeitungen in Hamburg und Bremen. Der „Hamburgische Korrespondent“. Die „Bremer Zeitung“. Der „Deutsche Beobachter“. Wird vom „Rheinischen Merkur“ hervorgehoben. Cotta und der „Deutsche Beobachter“. Das Zeitungswesen in Hannover. Die Presse in Kurhessen. Die neue Zensurordnung. Die „Kasselsche Allgem. Zeitung“. Die beiden sächsischen Zeitungen: Die „Deutschen Blätter“ und die „Leipziger Zeitung“. Brockhaus' Programm für die „Deutschen Blätter“. Eintreten der „Deutschen Blätter“ für die deutsche Sache. Brockhaus' Klage über die Zensoren. Die „Deutschen Blätter“ gehen ein. Die neue Lage der „Leipz. Zeitung“. Mahlmanns Leitung des Blattes. Die Verpachtung an Grieshammer. Niedergang der Zeitung.

Nur mit großer Mühe und nur sehr langsam richtete sich das Hamburger Zeitungswesen wieder auf. Die barbarischen Schläge, die es während der Fremdherrschaft hatte erdulden müssen (Vergl. Bd. II, S. 103), waren ihm bis ins Lebensmark gegangen. In der letzten Hälfte der Davontschen Schreckensherrschaft, als Bennigsen mit 40 000 Russen die Stadt eingeschlossen hatte, war schließlich vom 11. Dezember 1813 bis 17. Mai 1814 keine einzige Zeitung mehr in Hamburg erschienen.**)

*) Georg Joachim Goschen, publisher and printer, by his grandson Viscount Goschen. In two volumes. London. Murray. 1903.

**) Während dieser Zeit der vollständigen Abgesperrtheit Hamburgs gelangten nur ab und zu einmal einige Zeitungsblätter von auswärts in die Stadt, und die Nachrichten, die diese enthielten, erschienen dann den Belagerten so unglaublich, ja so ungeheuerlich, daß der Marschall Davout unter

n abgezogen waren, wagten von den fünfzehn
 tschriften, die vor der Fremdherrschaft in Ham-
 en, nur noch vier wieder hervorzutreten, und von
 ur eine, der „Hamburgische Unparteiische
 , als eine wirkliche politische Zeitung gelten.
 -sten Male wieder am 18. Mai, und dieses Blatt
 es Jahrganges 1814. Der wieder erstandene
 var aber nur noch der Schatten seiner früheren
 ihmt der „Rheinische Merkur“ (1814 Nr. 80),
 cht vergebliche Anstrengungen mache, wieder zu
 edeutbarkeit zu gelangen; aber die allgemeine
 nach den ungeheuren Aufregungen des Krieges
 u hatte, und die große Verstimmung in allen
 unerquickliche Entwicklung der politischen Ver-
 die Zeitung nicht zu einem tieferen Aufatmen
 . war sie wohl noch immer sehr verschüchtert und
 vösen Angstlichkeit, die jedes energischere Wort
 rum konnte sie sich auch mit dem Feuertifer des
 rkurs“ nicht einverstanden erklären und nannte
 kappten Napoleonisten, der dem Korsen recht nach
 c. Durch die Nacht und Abernacht, die Görres
 iische Volk verhängte, wende er dem Kaiser wieder
 Franzosen zu, der nun diesen als der einzige
 vor der angedrohten Ausrottung erretten könne.
 cur war in dieser schweren Zeit der Legationsrat

14 gegen die „Lügnerischen Zeitungen“ folgenden

ll macht seinem Armeekorps hierdurch bekannt, daß der
 ne Zeitungen mit unzusammenhängenden Neuigkeiten anzu-
 Bekanntmachungen ergehen läßt, gegen welche man nicht
 sein kann.

en, die er aufzichtet, sind voll von Widersprüchen, und sie
 et, daß es auch nicht einen französischen Soldaten gibt,
 glauben heimeßen.

rschall beschränkt sich nur darauf, hier der vermeinten Ab-
 rs Napoleon zu erwähnen; eine solche unwahrscheinliche
 doch wohl bekannt gemacht werden.“ u. s. w.

Dr. Stöver aus Verden, der 1794 den Redakteur S. F. Leister abgelöst hatte und die Zeitung noch bis 1822 redigierte.

Die drei übrigen Blätter Hamburgs waren die „Adreß-Komptoir-Nachrichten“, das „Abend-Blatt der Börsehalle“ und die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten von und für Hamburg“. Die „Adreß-Komptoir-Nachrichten“ hatten bis 1811 Viktor Ludwig Klopstock, dem Bruder des Dichters, gehört und waren dann eingegangen. Darauf bewarb sich Johann Christian Leisching um das Privilegium und erhielt es unter dem 5. April 1813 auf Supplik vom Senate zugesprochen. Doch erst am 4. Juli 1814 konnte er seine erste Nummer herausgeben. Das „Abendblatt der Börsehalle“, das seit 1805 bestand, bot fast nur Handelsnachrichten. Die „Wochentlichen gemeinnützigen Nachrichten“, die seit 1813 mit dem „Relations-Kurier“ vereinigt waren, enthielten neben spärlichen politischen Nachrichten hauptsächlich Anzeigen und Ankündigungen von Privatpersonen. Alle die drei Blätter konnten also nicht den geringsten Anspruch auf irgend welche Bedeutung machen.

Einen ganz unerwarteten Aufschwung, wenn auch nur vorübergehend, nahm das Zeitungswesen unmittelbar nach der Abschüttelung der Fremdherrschaft in Bremen. Dort hatte es bisher (seit 1743) nur ein kümmerliches Anzeigebüttchen, die „Wochentlichen Nachrichten“, und 1812 und 1813 ein ganz unbedeutendes französisches Amtsblatt gegeben (Vergl. Bd. II, S. 100), aber unmittelbar nach der Vertreibung der Franzosen durch den russischen General von Tettenborn im Spätherbst 1813 erschienen gleich zwei neue Zeitungen, die „Bremer Zeitung für Staats-, Gelehrten- und Handelsfachen“ und „Der deutsche Beobachter“.

Die „Bremer Zeitung“ trat bereits am 28. Oktober 1813 ins Leben. Sie wurde von dem Verlagsbuchhändler Johann Georg Heyse herausgegeben und erschien zunächst viermal in der Woche, aber bereits vom 1. Jan. 1814 ab täglich, mit Ausnahme der Sonntage, allerdings nur in kleinem Quart-Format, zum Jahresabonnement von fünf Talern Gold (5½ Tlr. Kur.) Ihr Hauptgewicht legte die Zeitung auf die Handelsnachrichten;

die politischen Korrespondenzen erhielten die Leser nur eben auf dem Laufenden.

Ganz anders bei dem „Deutschen Beobachter“. Dieser war ein durch und durch politisches Blatt, die erste Bremische Zeitung großen Stils. Auch erschien er in Folioformat, wenn auch nur viermal wöchentlich (Sonntag, Dienstag, Donnerstag und Freitag) zum Abonnementspreise von 1 Rthl. 36 Grote oder 1 Rthl. 12 gGr. für das Quartal. Merkwürdigerweise ist er aber nicht von einem Bremer gegründet, sondern von einem Fremden nach Bremen hineingetragen worden, und darum hat sich auch Bremen seiner nur kurze Zeit erfreuen können. Niemand anders, als der Sekretär des russischen Generals von Tettenborn, ein gewisser B. Daewel, war sein Herausgeber. Dieser hatte bereits im April 1813, als Tettenborn Hamburg besetzte, den Versuch gemacht, dort in Hamburg eine Zeitung herauszugeben, aber schon Ende Mai wurde Tettenborn wieder aus Hamburg vertrieben und das Daewelsche Blatt mit ihm. Wie viel Nummern des Blattes während der Tettenbornschen Herrschaft in Hamburg erschienen, läßt sich nicht mehr feststellen, weil nur noch einige wenige Nummern der Zeitung vorhanden sind (Vergl. die Fußnote S. 115); es können ungefähr fünfundzwanzig gewesen sein. Als dann aber Tettenborn Bremen genommen hatte, ging Daewel sofort daran, sein Blatt in Bremen wieder ausleben zu lassen, und er entwickelte dabei mitten im Kriegstrübel eine solche Umsicht und Energie, daß er bereits am 2. Januar 1814 mit seiner ersten Nummer hervortreten konnte. Die Bignette im Kopfe des Blattes zeigte das Hamburgische und darunter, mit dem oberen eng verbunden, das Bremer Wappen. Später erhielt der Titel noch die Ergänzung „Hanseatische Zeitung von Staats- und Gelehrten-Sachen“. Aus den Berichten über die mannigfachen Kriegsoperationen spricht beständig eine tiefe Erregung. „Neben der Darlegung der politischen Verhältnisse“, heißt es gleich in dem einleitenden Artikel der ersten Nummer, „wird die Zeitung auch, so viel es der Raum gestattet, kurze Nachrichten und auffallende Beispiele liefern von den Schandtaten, die von der französischen

Tyrannie im In- und Auslande verübt worden sind. Wahrhafte und kurze Berichte hierüber werden der guten Sache förderlich sein und mit Dank aufgenommen werden.“ Bei der Verfolgung der politischen Ereignisse zeigt sich die Zeitung sodann immer sehr gut unterrichtet, und stets tritt sie mit großem Eifer für die Sache der Verbündeten ein. Die flammende Beredsamkeit des „Rheinischen Merkurs“ geht ihr allerdings ab; immerhin rühmt Görres selbst (Rh. Merk. Nr. 80), daß der „Deutsche Beobachter“ in Bremen den besten deutschen Blättern zugezählt werden müsse, und der „Preussische Korrespondent“ (1814, Nr. 3) hebt hervor, daß der „Beobachter“ „aus den gewöhnlichen Zeitungsmaſchinerien“ herausgetreten sei und besonders zuverlässige Nachrichten aus Holland und England bringe. Inbezug auf Bremen betont die Zeitung gern die freie Hansestadt, und als sie berichtet, daß dem General von Tettenborn „als Zeichen der Dankbarkeit und Verehrung unserer durch ihn wieder befreiten und zur glücklichen Selbständigkeit zurückgerufenen Stadt“ das große Bürgerrecht von Bremen verliehen worden sei (Nr. 18), knüpft sie an diese Mitteilung noch folgende charakteristische Bemerkung: „Wir können uns bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, die Verleihung des Bürgerrechts, womit jetzt verschiedene Städte diejenigen Männer auszeichnen, welchen sie am meisten Verehrung und Zuneigung zu bezeugen wünschen, als eines der erfreulichsten Sinnbilder dessen zu betrachten, wovon unsere Zeit belebt und erfüllt ist. Daß Männer, aus den höchsten Ständen und mit den höchsten Staatsämtern bekleidet, eine Ehre darin finden, Bürger genannt zu werden und einem Stande mit angehören, der sonst von ihresgleichen in den Zeiten der Torheit und der Annahme geringer geachtet wurde, tut unwiderleglich dar, daß diese Zeiten vorüber, und die Versöhnung der Stände auf die herrlichste Weise begonnen ist.“ Dieser hoffnungsfreudige Blick in die Zukunft sollte allerdings schon durch die Ereignisse der nächsten Jahre stark getrübt werden. Der Inſeratenteil war auch hier, wie bei allen politischen Blättern der damaligen Zeit, äußerst unbedeutend, obgleich die Zeile nur 3 Grote oder 1½ Groschen sächsisch kostete. Doch findet sich manche charakteristische Annonce.

inwilliger öffentlich Abschied. „Ich gehe,“ sagt Deutschlands gerechte Sache zu kämpfen; ich ziehe von euch jenseits des Rheins als meine Armen!“ Ein Bürger Voelken bittet um Gaben an der Leipziger Schlacht, „deren Elend gewiß in aus Hamburg vertriebener Mann sucht eine $\frac{1}{2}$ auch ferner mit Ehren ernähren zu können, was uns heutzutage sehr seltsam anmutet, beschafft gesucht, da „jemand, der seinen eigenen O bis 12 Tagen nach Wien fährt, ein anderer eisen möchte und einen Begleiter wünscht, umahrt auf gemeinschaftliche Kosten zu machen schon angebeutet wurde, der „Deutsche Beobachter“ in Bremen nicht lange erhalten; Mitte Juni 1814 t wieder nach Hamburg über; am 15. Juni Nummer in Bremen, am 18. Juni die erste in Hamburg. Beim Wirrwarr des Umzuges e der Nummerzahl vergessen; es würde Nr. 92 der Charakter des Blattes blieb in Hamburg derselbe wie bisher, doch erschien von Nr. 107 im Angabe „Mit Privilegio eines Hochedelen und der freien Hansestadt Hamburg“. Der Hamwies sich dem Blatte aber wenig förderlich; escht auf der Höhe zu erhalten, die es in Bremen tte, und darum wandte sich Daewel alsbald an dessen pekuniären Mitteln und weitreichenden Einveres Terrain zu gewinnen. Bei seiner Vorliebe e Unternehmungen war Cotta auch zunächst nicht Blatte seine Unterstützung zu leihen, doch fragte Staatskanzler Fürsten Hardenberg an, ob sich die r sich an ihr beteilige, wohl der Förderung und r preussischen Regierung zu erfreuen haben würde, rdenberg unter dem 13. Januar 1815 aus Wien

mit vielem Vergnügen die näheren Angaben der Gemeinschaft mit Herrn Daewel in Hamburg beab-

sichtigten Zeitungs-Unternehmens vernommen und Ihre mir bei dieser Gelegenheit geäußerten Wünsche in Erwägung gezogen. Die Zeitung ‚Der deutsche Beobachter‘ hatte während ihres früheren Bestehens durch den mutigen Eifer und die nachdrückliche Kraft, mit welchen sie die Sache des Vaterlandes wirksam emportragen half, ein unlcugbares Verdienst um dieselbe und den ausgezeichneten Beifall erworben; ihre Fortsetzung muß ein desto lebhafteres Interesse erwecken, als Ihre Teilnahme der Anstalt eine ebenso glückliche Ausdehnung, als sorgfältige, von den besten Grundsätzen ausgehende Leitung verspricht. Von seiten Preußens kann die Entstehung eines solchen würdigen Organs der öffentlichen Meinung im nördlichen Deutschland nicht anders als gerne gesehen werden, da jede Pflege liberaler Gesinnung und freien Geistesverkehrs demjenigen Staate, der den Geist der Liberalität unter seine ersten Grundrichtungen aufgenommen, nur heilsam und ersprießlich sein kann. In diesem Betracht und in Betracht Ihrer persönlichen Verdienste werde ich mit besonderem Vergnügen die Verfügungen treffen, welche Sie zur Förderung und Begünstigung Ihres gemeinnützigen Unternehmens von seiten der preußischen Behörden wünschen. Sie können neben der Zusicherung des unmittelbaren Schutzes und der tätigen Verwendung für dieses neue Unternehmen zugleich jede anderweitige Unterstüzung erwarten, welche die Umstände erlauben und das Interesse Preußens rechtfertigen wird. Ihrem Wunsche gemäß ist bereits der königliche bevollmächtigte Minister in Hamburg, Herr Graf von Grote, von mir veranlaßt worden, dem dortigen Senate zu erkennen zu geben, daß jede Begünstigung Ihres Unternehmens in Hamburg der preußischen Regierung wünschenswert sein und mit besonderem Wohlgefallen angesehen werden würde. Desgleichen ist das königliche Staatsministerium benachrichtigt worden, daß bei vorfallenden Bekanntmachungen und Anzeigen, deren Einrückung in auswärtige Blätter nötig befunden werde, dem ‚Deutschen Beobachter‘ aus angeführten Gründen vor andern Zeitungen billigerweise der Vorzug zu geben sei.“

Trotz dieser Versicherungen Hardenbergs hat dann aber Cotta doch schließlich von einer Beteiligung an dem Unternehmen abge-

sehen, worauf sich der „Beobachter“ mühselig noch bis zum 24. September 1819 erhielt. Offenbar hatte Daebel während dieser Zeit aber nicht nur mit Geldverlegenheiten, sondern auch mit ernstern Zensurschwierigkeiten zu kämpfen. Eine Notiz im Kataloge der Hamburger Stadtbibliothek besagt zwar, der „Beobachter“ höre wegen Insolvenz des Eigentümers auf zu erscheinen; auf dem Titelblatte des in der genannten Bibliothek aufbewahrten letzten Jahrganges des Blattes heißt es dagegen, daß dem Eigentümer nicht erlaubt worden sei, über das Eingehen des Blattes zu sprechen.“*)

Nach wie vor höchst kümmerlich blieben die Zeitungsverhältnisse in Hannover. Neben den „Hannoverschen Anzeigen“ (dem Insuperatenblatte, das seit 1789 bestand) trat 1815 nur ein sehr mageres politisches Blättchen, das sich „Hannoversche Nachrichten“ nannte und zweimal wöchentlich, am Mittwoch und Sonnabend, erschien, ins Leben und blieb auch fort und fort so unbedeutend, daß es kaum erwähnt zu werden verdient.

Ein recht bewegtes politisches Leben entwickelte sich alsbald nach dem Sturze der westfälischen Regierung in Kurhessen, wo der gewalttätige Kurfürst Wilhelm I. in heftigen Streit mit den Ständen und den westfälischen Domänenkäufern geriet, und man könnte nun annehmen, daß dadurch auch eine bedeutende Zeitungsliteratur in Kassel hervorgerufen worden wäre. Dem wußte aber der Kurfürst von vornherein zu begegnen. Er ließ sofort eine neue Zensurordnung ausarbeiten, die bereits 1816 in Kraft trat und das Folgende bestimmte: Es wurde verboten, irgend eine Art von Büchern und Schriften ohne vorherige Zensur zu drucken, und die im Auslande erschienenen, den kurhessischen Staat be-

*) Gütige Mittheilungen des Herrn Dr. J. Epizer, Bibliothekar der Hamburger Stadtbibliothek. — Die Exemplare des „Deutschen Beobachters“ sind heute sehr selten. Die Hamburger Stadtbibliothek besitzt von der ersten Hamburger Periode des Blattes (1813) nur eine unvollständige Reihe von Nummern, die mit Nr. 3 vom 15. April beginnt und mit Nr. 18 vom 11. Mai schließt. Die Bremer Stadtbibliothek besitzt den Jahrgang 1814 ziemlich vollständig. Von der zweiten Hamburger Periode sind in der Hamburger Stadtbibliothek die beiden Jahrgänge 1814 und 1815 unvollständig.

treffenden Bücher an das Publikum ohne Erlaubnis der Zensurkommission auszugeben. Die Kommission aber mußte dafür sorgen, daß nichts gedruckt wurde, was den Lehren der christlichen Religion, den Sitten und der Staatsverfassung Nachteil verursache, den Absatz fremder Druckschriften solchen Inhalts untersagen und auch diejenigen Tagesblätter und Zeitschriften mit Beschlagnahme belegen, deren Herausgeber und Teilnehmer die Absicht offenbarten, „schädliche Ideen in Umlauf zu bringen, Unzufriedenheit bei den Untertanen gegen die bestehenden Staatseinrichtungen zu erwecken, anmaßliche Urteile und Kritiken über Handlungen der Fürsten und des Staatshaushaltes zu verbreiten und überhaupt auf die Gefinnungen der Menschen zum Nachteil der allgemeinen Wohlfahrt bösslich einzuwirken.“*) Diesen behnbaren Bestimmungen gegenüber war es unmöglich, irgend eine andere Ansicht, als die der kurfürstlichen Regierung zu äußern, und so konnte denn auch kein anderes politisches Blatt in Kassel erscheinen, als die offizielle „Kasselsche Allgemeine Zeitung“, die im Oktober 1813 den „Moniteur westphalien“ abgelöst hatte und nur in Quart erschien. Ein „Vote aus Kassel. Eine Zeitung für den Bürger und Landmann“ (1814—1863), herausgegeben von Hofrat H. Niemeyer, kann wegen seiner vollständigen Bedeutungslosigkeit nicht in Betracht kommen. Während der Einrichtung der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ offenbarte sich übrigens der ehemalige Redakteur des „Moniteur“, Friedrich Wurhard (Vergl. Bd. II, 145), noch einmal in seiner ganzen kläglichen Gefinnungslosigkeit. Er, der bisherige fanatische Franzosenschwärmer, nahm keinen Anstand, sich auch um die Redakteurstelle bei der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ zu bewerben, und als sich der Kurfürst nicht geneigt zeigte, ging er noch weiter und erklärte, auf die Geldgier des Kurfürsten spekulierend, in einer Eingabe, er mache sich anheischig, falls man ihm die Leitung des offiziellen Blattes überlasse, dem Kurfürsten aus dem Unternehmen jährlich 10 000 Taler Einkünfte zu verschaffen. Aber selbst dieser

*) C. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850, S. 96.

öder versing nicht, worauf Murhard Kassel verur wurde nun Dr. S. Pinhas.

lt der „Kasselschen Allgemeinen Zeitung“ war aber nicht ganz so kläglich, wie der so manchen andersattes jener Zeit. Von dem, über das sie reden sie manches Wertvolle, so daß Görres in seinem erkur“ (Nr. 80) von ihr sagen konnte: „Ihr Hertzüchtige Mitarbeiter sich zugesellt zu haben, die zu Zeit mit bedeutenden Aufsätzen unterstützen, wie r über Spanien gewesen.“ Wo es aber galt, die des Kurfürsten zu vertreten, da trat das Blatt brutaler Rücksichtslosigkeit auf. Als die Adresse t Diemeltrome erschien (Vergl. S. 9), behauptete hne weiteres, die meisten Bauern hätten unterzu wissen, was eigentlich in der Adresse stünde. ampe des Kurfürsten gegen die Stände und weiterfassungslösen Zeit verwandte sie immer nur das }.

:ungswesen in Sachsen trieb während der Be- ein sehr lebenskräftiges Reis, das zu den besten rechtigte. Es erschienen vom 14. Oktober 1813 ab tenburg, dann vom 21. Oktober ab in Leipzig die iten Bande (S. 257) erwähnten „Deutschen ausgegeben von Friedrich Arnold Brockhaus. Um uherein ein gewisses Ansehen zu geben, erwirkte sich ige Brockhaus für sie folgenden „Befehl“:

nchhändler Herrn Brockhaus von hier wird hiermit von seiten der Hohen Alliierten teils schon ers in der Zukunft noch zu erscheinenden Nachrichten Schriften durch den Druck bekannt zu machen und es periodischen Blattes, welches jedoch der Zensur

tel, Eines heß. Gelehrten Lebenserinnerungen (Zeitschr. d. Gesch. u. Landesk. N. Fl., 9. Bd. Kassel 1882) S. 318. Auch J. und W. Grimms aus der Jugendzeit“. Weim. 1881, S. 224, erwähnt.

des jedesmaligen Herrn Platzkommandanten unterliegt, dem Publico mitzuteilen.

Sig. Hauptquartier Altenburg, den 13. Okt. 1813.

Auf Befehl seiner Durchlaucht des k. k. en chef kommandierenden Herrn Feldmarschalls Fürsten von Schwarzenberg.
Langenau.“

In Wahrheit waren aber die „Deutschen Blätter“ nach Idee, Titel und ganzem Plan eine Schöpfung von Brockhaus selbst.*) Vom 14. Oktober 1813 ab erschienen sie zuerst täglich im Umfange von einem halben oder einem ganzen Bogen in Octav. Weiterhin kamen sie viermal wöchentlich heraus und später nur noch dreimal. Die Nummern 1—54 bildeten den ersten Band, der mit einem Titellupfer (Plan zu den Schlachten bei Leipzig) 1 Tlr. 10 Ngr. kostete; den zweiten Band bildeten die Nummern 55—94, den dritten die Nummern 95—134, den vierten die Nummern 135—174, den fünften die Nummern 175—214. Band 2—5 kamen 1814 heraus; 1815 erschienen der sechste Band (Nr. 215—254) und neue Folge erster (Nr. 1—34; Tagesgeschichte Nr. 1—6) und zweiter Band (Nr. 1—31; Tagesgeschichte Nr. 7—16) und 1816 noch neue Folge, dritter Band (Nr. 1—40). Auch hiervon kostete jeder Band 1 Tlr. 10 Ngr.

Nachdem die großen Ereignisse, die sich um Leipzig abgespielt hatten, einigermaßen in den Hintergrund getreten waren, entwickelte Brockhaus in Nr. 31 den Hauptgedanken, der ihn bei der Herausgabe der „Deutschen Blätter“ leiten sollte. Er wünschte ein Volksblatt zu geben, das in allen Ländern Deutschlands gelesen werden könne. Das Hauptthema für ein solches müsse zunächst der Kreuzzug gegen die fremden Unterdrücker sein. Des weiteren sollten sich die „Deutschen Blätter“ der ganzen neueren Zeitgeschichte zuwenden, dabei fort und fort den Gemeinfinn der Deutschen erwecken, ihren Patriotismus anfeuern und den großen Zweck der verbündeten Mächte, in welchem jeder einzelne Deutsche, der Ehre und Charakter habe, seinen eigenen wiederfinde: Die

*) Heinrich Brockhaus, F. A. Brockhaus in Leipzig. Lpzg. 1872, S. 41.

und Befestigung der Freiheit, Unabhängigkeit, und Wohlfahrt unseres gemeinsamen Vaterlandes

eiter wurden nicht genannt, doch ist bekannt, daß viel für das Blatt schrieb und natürlich auch sden, der überall mit dabei sein mußte.

schon regte sich in der Zeitung die Besorgnis, Verhandlungen sich nicht in der gewünschten Weise en, und als dann die Preußen in einer Prokla- nzösische Hauptstadt verkündeten, daß sie nur und nicht gegen die Franzosen kämpften, da den „Deutschen Blättern“ heftig auf. Es er- prühender Artikel „Auf einmal Preußen und Fran-“, der großes Aufsehen erregte, worauf die be- ner konfisziert wurde. Des weiteren traten die ist mit für die Rückgabe von Elsaß und Lothringen ingen noch weiter und wünschten alles wieder mit einigt, was sich nach und nach von ihm getrennt itlich Belgien und Holland. Selbst die Schweiz er mit dem Reiche verbinden. Auch Dänemark rken. Es sei zu schwach, um sich allein halten zu urz oder lang müsse es sich doch an einen größeren zen: bei keinem würde es aber so viel gewinnen, land, denn die Dänen seien ja doch ein germanischer IV, S. 329). Ja, selbst über die Düna hinaus i Blick schweifen zu lassen, denn auch die russischen t, Kurland, Liefland, Esthland, ehedem unter deutscher lten wieder unter diese gelangen. „Wo deutsche inander wohnen und Stämme sich berühren“, rief dieses Artikels aus, „vom Elsaß bis Liefland, von Schleswig, verlangt die Sprache, der Geist des gemeinschaftliche bürgerliche Form, die sich inner- chen Hasses und der Niederweichsel bis zur Nordsee utischen Meere ausbreitet Innerhalb dieser rsche eine Sprache und ein politischer Zweck!“ ussichtslosen Wünschen geboten aber natürlich die

„Deutschen Blätter“ sehr bald Schweigen; sie wandten sich den innern Angelegenheiten zu und traten gegen jene Partei auf, die sich jetzt anschickte, die Ergebnisse der Befreiungskriege für ihre persönlichen Interessen auszunutzen. „Sie möchten das Alte ganz wieder einführen“, heißt es in einem solchen Artikel (1814, V, S. 172), weil es für ihre Privatverhältnisse so am dienlichsten erscheint. Und doch haben die Völker nicht gekämpft, um das Alte wieder herzustellen mit allen seinen Mängeln (denn eben, weil es der Mängel so viele hatte, war es zu schwach, auszuhalten in den großen Prüfungstunden der Umwälzungszeiten), sondern das verbesserte Alte soll hergestellt werden, erneuert, verjüngt und geläutert, wie es billig hervorgehen sollte aus dem Schmelztigel der gewaltigen Zeit, die das Gold von den Schlacken sondert. Jene Partei möchte gern die Begriffe verwirren und die Verhältnisse umkehren, wie Napoleon es getan; sie möchte gern alles nach ihrem Eigennutz einrichten und Verhältnisse, Verfassung, Verwaltung des Staats nach innen und außen anordnen, wie es ihren eigennützigen Zwecken zusagt — dafür haben die Völker nicht gekochten.“ Weiterhin erklärten die „Deutschen Blätter“ direkt, die alten Dynastien, die alten Aristokraten und die große Sekte der Obskuranten seien es, die jene reaktionäre Partei bildet, welche den alten Wust, den Schlendrian und die Beschränktheit von ehemals wieder einführen möchte, um sich dann „über die Gutmütigkeit und Einfalt derjenigen, die sich hintergehen ließen, lustig zu machen.“ Und sie geben dann folgende Punkte als dasjenige an (Bd. V, S. 511), was den Völkern von den Machthabern zu gewähren sei: „Anerkennung des großen Grundgesetzes, daß der in einer gleichmäßigen und unabhängigen Repräsentation ausgesprochene Nationalwille die Grundlage aller Verfassung sei — Vernichtung des Feudalismus und aller barbarischen Institutionen des Mittelalters, die der Kultur eines aufgeklärten Volkes unwürdig sind — Vernichtung der Einschränkungen der Gewerbefreiheit — eine einfache, klare, konsequente innere Verfassung — Vernichtung der Prerogative einer geschlossenen Aristokratie — Publizität, vorzüglich in den Budgets — Absonderung des Staats-

Alfite — und das Palladium von allem diesem
 Des weiteren weisen sie auf die Notwen-
 Deutschlands hin (Bd. IV, S. 34) und heben
 olgen der Vereinzelnung, die erbärmliche Lage
 verännen Fürstentümer, hervor, und darum könne
 lung auf die Dauer keine Rede sein. „Als
 zu zum Reiche gehörten“, heißt es unter ande-
 ich mächtiger, freier, geehrter und ihre Völker
 sie Souveräne wurden, Königskronen tragen,
 or Frankreich, bald vor Österreich, bald vor
 ber lieber winden sie sich ängstlich, furchtsam,
 eideutiger und eben daher unwürdiger Politik
 zu fremden Mächten hin und her, stoßen bald
 i, werfen sich oft dem Würgebold selbst in die
 m brüderlichen Nachbar die Bundesrechte auf
 it männlicher Freiheit und Würde zu geben sich
 ndlich ruft der Verfasser: „Ein Kaiser, ein
 ein Arm, ein Recht im Welthandel!“

Sprache mußte natürlich bald Anstoß bei den
 gen, denen nichts ferner lag, als Opfer im In-
 einheit zu bringen. Es liefen insolgedessen allerlei
 er die „Deutschen Blätter“ ein, worauf die
 strenger wurde. „Der Zensur chikaniert mich
 , schrieb daher Brockhaus eines Tages an den
 Schriftsteller J. A. Roethe, „und wenn's so fort-
 ruck hier aufhören . . . Um sich über den Ver-
 Zensur (über verschiedene Beschwerden) hat, zu
 r nun alles, was ihm nur einigermaßen frei und
 Insbesondere ist er Oken's Aufsätzen gram. Ich
 , wie das werden soll.“ Und einige Zeit später
 meldete er demselben Freunde: „Die „Deutschen
 ich bestimmt mit dem vierten Bande zu Oestern
 Bedingungen der Zensur, die ängstliche Rücksicht,
 i genommen wird, der Mangel an Einsicht in den
 ereissen Deutschlands, die hinkende Teilnahme des

Publikums, jetzt, wo die Hauptfragen entschieden sind, und die ungeheure Scherererei bei geringer Belohnung veranlassen mich dazu.“ Zugleich teilte er seinem Drucker Bierer in Altenberg mit, daß er die Auflage, die anfangs 4000 Exemplare betragen hatte, nunmehr auf 1100 ermäßigen sollte. An Professor Oken in Jena aber schrieb er unter dem 9. März 1816: „Auch mir tut es herzlich leid, das allerdings interessante und mir selbst unendlich lieb gewesene Institut der „Deutschen Blätter“ eingehen lassen zu müssen. Ich sehe mich aber dazu gezwungen. Aus der Überzeugung, daß bei ihrem sehr verminderten Absatz ihre Wirksamkeit in dieser Form nicht von der Art ist, als sie auch bei den mäßigsten Ansprüchen sein sollte. Die Erscheinung eines so verringerten Absatzes müssen jedem allerdings auffallend sein, der das deutsche Publikum nicht aus Erfahrung in dieser Hinsicht kennt, und der nicht weiß, daß der Wert, besonders eines politischen Blattes, für den Absatz in Deutschland nie entscheidend ist. So z. B. wenn ich Ihnen versichere, daß von der „Allgemeinen Zeitung“, wie ich in der Offizin derselben erfahren habe, nicht mehr als 2000 Exemplare gedruckt werden, während der „Nürnberger Korrespondent“ (ein gegen jene elendes Blatt) gewiß das Doppelte absetzt und nur Cottas große Kapitale, sein Stolz und seine Konsequenz, auch ohne Vorteil ein Institut fortzusetzen, dessen Nützlichkeit er einmal erkannt hat — eine Konsequenz, die aber nur einem Manne wie ihm möglich ist —, bestimmt denselben, dieses Institut, das ihn ungeheure Summen kostet, und bei welchem er, meinem Urteile nach, wenig oder nichts verdient, nicht untergehen zu lassen . . . Von sämtlichen Journal-Instituten in Deutschland gedeiht überhaupt keins mit eigentlichem Glück, und die meisten derselben erhalten sich nur dadurch, daß die Redakteure und Herausgeber derselben zugleich die Haupt- oder einzigen Ausarbeiter derselben sind, daß sie also nicht an andere etwas zu bezahlen nötig haben und sich mit einer kleinen Ausbente begnügen können.“

So mußte denn Brockhaus bereits 1816 das mit so vielen Hoffnungen begonnene und mit aller Hingabe gepflegte Unter-

instellen; die unseligen politischen Verhältnisse Boden entzogen. *)

Deutschen Blättern“ erschien natürlich nach wie Leipziger Zeitung“ (Vergl. Bd. II, S. 154). In der französischen Herrschaft schwer bedrückter den neuen Verhältnissen, so trüb diese sich Sachsen gestalteten, atmete sie wieder freier auf. gewöhnt, sich in den engsten Grenzen zu halten, wohl unter dem russischen, wie unter dem preu-

Verhalten der Presse gegenüber stützte sich die sächsische seit von 1814 bis 1819 im großen und ganzen auf ein sffors Krug in Leipzig. Nachdem im 18. Artikel der Ur-Bundes die Zusage gemacht worden war, „die Bundes-sich bei ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleich-en über die Pressefreiheit beschäftigen“, hatte ein königlich vom 4. März 1816 von der Universität Leipzig die Ab-zins geordert: „was in Ansehung der Pressefreiheit zu be-möchte, um danach den bei der Bundesversammlung an-mit Instruktionen zu versehen,“ worauf zur Ausarbeitung von der Universität eine Kommission bestellt worden war, den Professor Krug mit der Abfassung dieses Schriftstückes Professor Krug ging darauf aber weit über seine Aufgabe einen ganzen Entwurf zu einer allgemeinen Geseßgebung eit in Deutschland vor und machte diesen weiterhin auch im 4. Hefte von A. Müllers deutschen Staatsanzeigen, wie (esonderen Abdruck). In diesem Gutachten erklärt er, „daß id, oder wenigstens in allen zum deutschen Bunde wirklich n, Pressefreiheit stattfinden, diese Freiheit aber gleichförmigen rten unterliegen soll, um einerseits dem Mißbrauch der orzubeugen, ohne doch andererseits der geistigen Entwicklung des deutschen Volkes Abbruch zu tun.“ Um nun diese aller-laufgabe zu lösen, wird unter dem Namen eines Pressefrei-bedingte, für gewisse Personen, Gesellschaften und Schrifsten eireiheit mit einer allgemein geltenden nach bestimmten abenden Zensurpflichtigkeit verbunden. Die Zensurfrei-jenes Verdienst der Schriftsteller erworben und durch eigene verloren werden. Es werden dann bestimmte Sätze formu-s inbezug auf die Zeitungen heißt:
 isur tritt in allen Fällen, wo die Unschädlichkeit einer zu t nach ihrem Inhalt und Zweck nicht mit überwiegen=

fürsichen Regiment leicht zurechtzufinden. Unter russischer Zensur erschien sie von Ende Oktober 1813 bis Mitte November 1814, von da ab bis Mitte Juni 1815 unter preussischer und dann, seit der Rückkehr des Königs Friedrich August, wieder unter der sächsischen.

Eine wesentliche Beeinträchtigung erlitt die amtliche Zeitung naturgemäß durch die Teilung Sachsens, bei der das Land auf zwei Fünftel seines früheren Umfangs reduziert wurde. Es trat eine Einbuße von Abonnenten und Inseraten ein, zugleich verringerte sich der Gewinn aus der Expedition auswärtiger Zeitungen, die dem Pächter als Nebengeschäft übertragen war, und endlich wurde auch die Portofreiheit des Pächters wesentlich beschränkt, da 89 Postämter und Posthaltereien an Preußen übergingen. Der Pächter, August Wahlmann, der jährlich 10 000 Taler Pacht

der Wahrscheinlichkeit sich voraussetzen läßt, und es darf dann der Druck nicht ohne vorgängige Berechtigung von dem Zensur mit dessen Namensunterschrift geschehen.

Näher bestimmt wird die Zensurpflichtigkeit:

- a. für Schriften ungenannter Verfasser, oder für solche, die nicht mit ihren wahren oder doch bekannten Namen sich genannt haben,
- b. für alle Blattweise herauskommenden Schriften, politische Zeitungen, Intelligenz- und andere für das Lesepublikum bestimmten Flugblätter, ohne weitere Rücksicht auf die Person des Herausgebers.

Diesen Ansichten Krugs trat Proj. Niemann in Kiel entgegen. Er stellte den Hauptsatz auf: „Die freie Mitteilung dessen, was ich redlich für wahr und recht erkannte, ist mein Recht, denn die Forderung nach Wahrheit und Recht ist meine Pflicht. Die Hinderung dieser Mitteilung ist ein Unrecht und ein Übel zugleich, denn sie hemmt die Berichtigung meiner und anderer Erkenntnis, die Förderung und Verbreitung der Wahrheit.“ Und darum verwarf er auch ganz energisch die Zensur der Zeitungen. „Werden diese unter solchen Verhältnissen ihren großen wohlthätigen Einfluß auf die staats- und völkerrechtlichen Verhältnisse Europas und deren Ausbildung dann weiterhin behaupten können?“ fragte er. „Ist das Unwesen, das unter dem Weltprogramm mittelst der Zeitungszensur geübt ward, die Zeit der Lüge, als die Zeitungen nur die Diktate des Gewaltigen verbreiteten, die Schmach und der Druck, den besonders Deutschland dadurch erlitten, schon vergessen? Zeitungen und Zensur — in dem Augenblicke, da einem Volke freie Verfassungen verkündigt wird — wie mögen Britten und Amerikaner zwei so ungleichartige Dinge zusammenreimen!“

zu zahlen hatte, wurde daher bei der Regierung dahin vorstellig, es möge ihm eine angemessene Entschädigung gewährt werden. Dabei berechnete er den ihn voraussichtlich treffenden Verlust auf drei Viertel des zeitherigen Einkommens. Die Finanzen des Landes befanden sich durch die langen Kriege aber in so schlechten Verhältnissen, daß die Regierung nicht so ohne weiteres auf das Verlangen Wahlmanns einging. Er wurde dahin beschieden, daß vorerst noch abzuwarten sei, wie sich die Verhältnisse gestalten; erst dann würde man eine genauere Unterlage zur Beurteilung seiner Einbußen erlangen. Zugleich wurden bei der preussischen Regierung mit Erfolg Schritte getan, um die Fortgewährung der dem Zeitungspächter eingeräumten Vergünstigungen in den abgetretenen Landesteilen bis zum Schlusse der Wahlmannschen Pachtzeit sicher zu stellen. Unterdessen hob sich bei dem wieder erwachenden Handel und Verkehr die Zeitung rasch aufs neue, so daß Wahlmann schließlich auf seine Entschädigungsansprüche verzichtete.

Zu dem Wiedererblühen der Zeitung trug neben den günstigeren Zeitungsverhältnissen allerdings auch Wahlmanns geschickte Leitung viel mit bei. Wahlmann war ein hochgebildeter Mann, der viele Verbindungen in der Schriftstellerwelt und den höheren Gesellschaftskreisen besaß und sich dadurch manche Quellen eröffnen konnte, die anderen Zeitungen verschlossen blieben. So war es ihm möglich, die Kunde vom Einzuge der Verbündeten in Paris am 31. März 1814 bereits am 10. April durch ein Extrablatt zu verbreiten und tags darauf schon einen offiziellen Bericht des Herzogs von Sachsen-Weimar, unter dessen Oberbefehl damals die sächsische Armee stand, über diesen welthistorischen Vorgang zu veröffentlichen. Die offizielle Nachricht von der Einnahme von Paris war in der Nacht vom 9. zum 10. April durch eine Staffette der Großfürstin Erbprinzessin von Weimar an den Kommandanten von Leipzig, den kaiserlich russischen Obersten Brendel, gesandt worden, und dieser hatte sie sofort an Wahlmann weitergegeben. Die erste Nachricht von der Flucht Napoleons von Elba brachte die Zeitung am 15. März 1815. Die Meldung lautete: „Mehreren in Leipzig eingegangenen Nachrichten

zufolge hat Bonaparte nebst einem Teil seiner Garden die Insel Elba verlassen. Mayländer Briefe führen an, die Schiffe wären auf vier Tage mit Proviant versehen und der Ort ihrer Bestimmung Antibes gewesen. Andere geben Neapel als ihren Bestimmungsort an.“ Die nächsten Tage brachten bereits die bestimunter lautende Bestätigung dieser Kunde.

Nach der abermaligen Niederwerfung Napoleons hatte die Zeitung natürlich durchweg die Grundanschauungen zu vertreten, die vom Wiener Kongreß proklamiert worden waren; dazu erhielt die Redaktion noch die besondere Anweisung, „alles, was der Sr. Maj. dem Könige von Frankreich zu erweisenden Achtung nicht entspricht, oder sonst dem Königlichen französischen Hoje mißfällig sein könnte, sorgfältigst zu vermeiden.“*)

Von den Inseraten jener Zeit erregt noch heute die Anzeige vom Tode Theodor Körners in Nr. 223 vom 20. November 1813 unsere Teilnahme, welche lautete:

„Am 26. August d. J. fiel unter Kämpfen für Deutschlands Rettung mein Sohn Karl Theodor Körner, Leutnant bey dem v. Lühowschen Freikorps in einem Gefechte zwischen Schwein und Gadebusch, nachdem er in seiner kurzen Laufbahn — er hatte das 22. Jahr noch nicht vollendet — die Freude und der Stolz der Seinigen gewesen war. Ungeachtet einer Todesanzeige in den Berliner Zeitungen blieb mir nach späteren Nachrichten noch immer einige Hoffnung übrig, bis ich gestern die traurige Gewißheit erhielt. Diese Bekanntmachung darf daher nicht länger anstehen, und ich rechne dabey auf das Mitgefühl aller, die den Verstorbenen gekannt haben. Einen solchen Verlust zu überleben findet der Vater Kraft in den Trostgründen der Religion und in dem herzerhebenden Gedanken an den nunmehrigen Sieg der guten Sache, für die so mancher Tapfere Blut und Leben geopfert hat. Gott wird auch die Mutter und Schwester trösten.

Großenhayn, am 9. Nov. 1813.

Dr. Christian Gottfried Körner,
Kgl. Sächf. Appellationsrat.“

*) C. D. v. Wipleben, Gesch. d. Leipziger Zeitung, 2p. 8. 1860, S. 122.

Mit dem Schlusse des Jahres 1817 trat leider eine verhängnisvolle Wendung in der Entwicklung der „Leipziger Zeitung“ ein; die Pachtzeit Mahlmanns lief ab, und da Mahlmann nur ein Pachtgeld von 11000 Talern bot, wurde die Pacht dem Buchhändler Georg August Grieshammer auf sechs Jahre zugesprochen, der ein Pachtquantum von jährlich 16000 Talern und eine Kaution von 8000 Talern geboten hatte. Zwar engagierte Grieshammer zunächst Methusalem Müller (geb. 1771, gest. 1837), einen gewandten und beliebten Schriftsteller, dann Dr. J. C. Gretschel als Redakteur, bezahlte beide aber so erbärmlich (400 Tlr. jährlich, während der Zeitungsbote 300 Tlr. bekam), daß sie bald wieder ihren Dienst quittierten, worauf die Zeitung von unzulänglichen Kräften so gut, oder so schlecht es eben ging, hergestellt wurde. Für Korrespondenzen gab er dabei nicht einen Groschen aus. Einzig und allein war er auf rasche Bereicherung bedacht und soll denn auch jährlich einen Reingewinn von nahezu 12000 Talern erzielt haben, eine für die damalige Zeit ganz außerordentlich hohe Summe. Der innere Gehalt der Zeitung sank unter diesen Umständen, wie sich v. Witzleben ausdrückt, bis unter den Nullpunkt. Das Blatt geriet nach und nach in einen vollständigen Mißkredit, der sich dann eine lange Reihe von Jahren in der öffentlichen Meinung behauptete, auch dann noch, als wieder lebhafteste Anstrengungen zur Hebung der Zeitung gemacht wurden.



Viertes Kapitel.

Die Presse in Süddeutschland und Österreich.

1. Die Zeitungen in Baden. Die frankfurter Zeitungen. Die „Oberpostzeitung“; das „Journal de Francfort“; das „Reich der Coten“. Das „Risfretto“; erhält den Titel „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“; bekommt Wörne zum Redakteur; dessen Verhältnis zur Censur; seine Verurteilung. Das „Journal“. Das Zeitungswesen im Herzogtum Nassau. Die „Rheinischen Blätter“ in Wiesbaden, gegr. von Johannes Weigel. Weigels Konflikte mit der preussischen Regierung. Hardenbergs Versuche, Weigel für sich zu gewinnen. Weigels politisches Glaubensbekenntnis. Sein Rücktritt von der Redaktion der „Rh. Blätter“. Hardenberg stellt den Regenschirm in die Ecke. Die „Mainzer Zeitung“ und ihr Redakteur Fr. Lehne. Die sonstigen Zeitungen im Flußgebiete des Rheins. Von Görres verspottet. Der „Schwäbische Merkur“. Seine Situation im Verfassungskampfe; seine Haltung gegenüber der Burschenschaft. Die Zustände in Bayern. Das Edikt über die Pressefreiheit in Bayern. Ign. Rudhart über die bayr. Zeitungen und die Censur. Seine Instruktion für die Censoren. Die Augsb. „Allgemeine Zeitung“. Sie bürgert sich in Österreich ein. Senz und die „Allgem. Ztg.“. Pilat. Die Zeitung stellt sich ganz in den Dienst der Metternichschen Regierung. Die „Allgem. Ztg.“ und Preußen. Hardenberg und das Blatt Varnhagen. Arndt. Die Censurplackereien. Die sonstigen bayrischen Blätter.

Die Presse Süddeutschlands war durch die Keulenschläge Napoleons fast ganz vernichtet worden. Bei der Rückkehr zu den früheren Verhältnissen konnte daher nur erst langsam und mühevoll neues Leben geweckt werden; in einzelnen Ländern, wie in Baden, vergingen zunächst noch Jahre, ehe sich die vollständig vertretene Zeitungsliteratur auch nur einigermaßen wieder erhob.

Verhältnismäßig schnell stiegen dagegen die Frankfurter Zeitungen aus der Versenkung wieder empor, in die sie am

810 vom Fürst-Primas Karl von Dalberg gegeben waren (Vergl. Band II, S. 116). Man muß darüber wundern, als der Fürst-Primas bis zum Ende seiner Herrschaft auch nicht die geringste Anweisung der alten Frankfurter Blätter gestattete, und die „Zeitung des Großherzogtums Frankfurt“ bis zum Zuge in tiefster Unterwürfigkeit vor Napoleon auf den Knien lag. Leistete sie doch kurz vor dem Ende noch das Möglichste in Überschwenglichkeit,

Einweihung des Hafens von Cherbourg berichtete Schilderung, wie die Kaiserin Marie Luise den Ort habe, schloß: „Man ließ so viel Wasser einströmen, daß niemand mehr den Ort betreten konnte, welchen sie mit ihren Fußtapfen beehrt hatte.“

Die Erscheinung der alten reichsstädtischen Blätter wurde durch das Generalgouvernement vom 22. Dezember 1813 aufgehoben, darauf traten sie alle wieder ans Tageslicht: die „Frankfurter Zeitung“, das „Journal de Francfort“, das „Reichsblatt der Rheinwieder“, das „Ristretto“ und das „Frankfurter Blatt“, und es kam sogar noch eine neue Zeitung, das „Frankfurter Postamtsblatt“ hinzu.

Die „Frankfurter Postamtszeitung“ erwarb sich schnell wieder eine hervorragende Position, suchte aber dabei den neuen Verhältnissen möglichst gerecht zu werden und sich auf eine etwas höhere Warte zu stellen. „Sie scheint mehr als jedem Tage dem herrschenden Geiste sich zu öffnen“ (Mh. W. 1814 Nr. 80), „und einzusehen, was die Zeit mit dem bloßen Zusammenscharren von Meinungen ohne Zweck, Kritik und Zusammenhang keineswegs zu erreichen große und allgemeine Verbreitung dieses Blattes dem Herausgeber zur Pflicht, nicht mit Fahrlässigkeit das Werkzeug zu handhaben, das ihm in die Hand gegeben ist; er wird sich weniger als viele andere mit dem Vorwurfe entschuldigen können.“ Immerhin wurde auch die „Frankfurter Postamtszeitung“ streng auf die Finger gesehen. Als drei Protektorate zu berichten wußte, die in

Deutschland aufgestellt werden würden (1814 Nr. 313), fuhr die württembergische „Postzeitung“ erregt auf und sprach die Erwartung aus, daß der Redakteur wegen dieser „ebenso abgeschmackten als lächerlichen Nachrichtserteilung“ die „nötige Zurückweisung“ erhalten werde. Zugleich erging sie sich, wohl in Erinnerung der schönen französischen Zeit, in der nichts dergleichen gesagt werden durfte, in Klagen darüber, daß sich die Preßverhältnisse offenbar recht verschlechtert hätten. „Es gehört zu den sonderbaren Erscheinungen der jetzigen Zeit“, schrieb sie, „daß öffentliche, der Zensur unterworfenen Blätter sich erlauben, fahrlässig allerlei Nachrichten aufzunehmen und zu verbreiten, welche ebenso sehr von der Wahrheit entfernt als beleidigend sind.“ Die Karlsbader Beschlüsse warfen hier schon ihre Schatten voraus.

Auch das „Journal de Francfort“ wußte sich wieder zu behaupten. Görres rühmt von ihm, daß es noch sorgfältiger als die „Oberpostamtszeitung“ redigiert sei (Rh. Merk. Nr. 80): „aber es muß doch befremden“, fügt er hinzu, „daß, während Deutschland alles, was französisch ist, ausstößt, sich noch ein Blatt in dieser Sprache in seiner Mitte behaupten kann. Es könnte allerdings eine wichtige Bestimmung erlangen, wenn es dem Auslande, das die deutsche Sprache nicht versteht, durch die Zwischenkunst der seinigen einen Begriff von der Stimmung der Nation mittheilte und den Verkehr zwischen ihr und den anderen Völkern einleitete; aber es sind wenig Spuren zu bemerken, daß es sich dies zu seinem Verufe gemacht. Davon abgesehen, daß sie das Gute nicht wirkt, was sie erreichen könnte, ist der Zeitung sonst nichts Böses nachzureden.“ Im übrigen wußte sich das Blatt zu akkommodieren. Hatte es früher Napoleon verherrlicht, so trat es jetzt für Ludwig XVIII. ein. „Mit Vergnügen nehmen die Freunde der Ordnung in Frankreich wahr,“ hieß es in der Nummer vom 19. Juli 1814, „daß seit einiger Zeit die Gemüther merklich ruhig werden, daß man sich wieder um den Thron vereinigt, und der König tagtäglich eine große Anzahl neuer Anhänger gewinnt. Es folgt dann ein großes Lob auf die französische Regierung und den König, und schließlich heißt es: „In der Masse der Nation herrscht ein allgemeines Gefühl

n kein anderes die Wage halten kann.“ Mehrzig XVIII. nicht verlangen.

iquierten Eindruck machte das Blatt „Reich der im „Der Neuwieder“). Es schlug seinen früheren kstümlischen Ton wieder an, der aber in die neue passte und auch vom Zensur sehr oft nicht verwürdigt wurde. Der allmächtige Rotstift wüfete , entseßlich in den Spalten, daß das Blatt stets h mit Durchschußlinien gegeißelt und zerrissen vor treten mußte. Unter diesen Verhältnissen konnte lichen Entwicklung keine Rede sein.

ffer stand es um das „Nistretto“. Die Zeitung wieder einen gewissen Leserkreis, besonders unter schen Bevölkerung, allein die frühere Verbreitung, is nach Kopenhagen und Stockholm gelangt war, doch nicht wieder zu erreichen. Die Sauerländerische ndlung, die das Blatt 1816 erworben hatte, ver nächst (1817), ihm durch einen zeitgemäßerer Titel d nannte es fortan „Zeitung der freien Stadt aber diese Neuerung machte weiter keinen Eindruck, Verlagsbuchhandlung zu einem wirksameren Mittel bessere Redaktionskräfte sorgte. Dabei traf sie auf en als Börne. Zwar genoß Börne damals noch zenden Ruf seiner späteren Jahre, aber er hatte its durch die Herausgabe seiner Zeitschrift „Die er noch später die Rede sein wird, einen Namen uch der Zeitung zugute kommen mußte; zudem setzte iner geistreichen Weise mit seinem sprühenden Wize ie Zeitung mit einem Schlage weit über ihr bis- u emporgehoben wurde. Allein sehr bald schon Blüte geknickt werden. Zunächst betrachtete der da- igewaltige der freien Reichsstadt Frankfurt, der nas, diese freiere journalistische Regung von vorn- ißvergnügen und hemmte sie, wo er konnte; noch r aber griff fortwährend der Zensur Johann Joseph Dieser war zu Dalbergs Zeiten Amtsgenosse

Börnès im Polizeiamte gewesen. Börne hatte unter dem Fürsten Primas die Stelle eines Polizeiaktuars innegehabt, mußte sie jedoch im Jahre 1815, als man nach Wiedererlangung der Freiheit die bürgerliche Gleichberechtigung wieder aufhob, niederlegen. Während jener Amtsstätigkeit Börnès hatte Severus gewiß oft genug die Überlegenheit seines Kollegen empfinden müssen und ließ ihn nun mit dem ganzen Behagen des kleinen Giftes fühlen, daß er jetzt mit weitreichenden Machtbefugnissen über ihm stand. „Launenhafter, einsichtloser wird wohl in ganz Deutschland keine Censur verwaltet, als die hiesige.“ schrieb daher Börne in seinem Aufsatz „Die Deutwürdigkeiten der Frankfurter Censur“. „Ihre Strenge hat mich nie so erbittert, als es ihre Nachsicht tat, weil sich aus dieser ergab, daß jene fruchtlos und nur ein Werk der Willkür war. Es wurden Zeitungsartikel gestrichen, die in den Residenzen der Regierungen oder Fürsten, von denen sie handelten, selbst gedruckt waren oder hätten gedruckt werden dürfen. Ist es nicht die billigste Forderung von Pressfreiheit, daß sie für jeden Staat, von welchem die Zeitungen sprechen, in einem solchen Grade bewilligt werden, als in dem Staate selbst über ihn gesagt werden dürfte. . . . Aber genug; ich will mich jetzt nicht verlocken lassen, den Groll, die Behmut meines Herzens auszustömen; jeder gute, jeder nachsinnende deutsche Bürger zürnt und weint, wenn er sieht, welchen Jammer ungeschickte Hände aller Orten über das teure Vaterland bringen.“ Allein es sollte nicht bloß bei den Streichungen bleiben, es kam auch noch zu weit erusteren Konflikten. Börne hatte eine aus Rom datierte Korrespondenz eines französischen Blattes gebracht, in der die angeblichen Absichten Oesterreichs auf Wiedererrichtung eines „Königreiches Rom“ als Sekundogenitur der Pabsburger erörtert wurde. Der Censur Severus hatte die Übersetzung nicht beanstandet. In Wien erregte der Artikel jedoch Mißvergnügen, und der österreichische Minister-Resident in Frankfurt, ein Herr von Handel, mußte deswegen beim Senate Klage führen. Darauf entschuldigte sich der Censur, er habe den Artikel nur frei gegeben, wenn er einem deutschen Blatte entnommen sei. Börne erklärte jedoch,

rückung nicht gemacht worden sei, vermochte aber
: Zensurblatt vom April — es war mittlerweile
— nicht mehr vorzuweisen, und insolgedessen
ankfurter Polizeigericht folgendes Charakteristische

:suchungssache gegen A. Börne, Übertretung der
betreffend, ist der Bescheid:

Nachdem:

Nr. 107 der „Zeitung der Freien Stadt Frank-
: Aufschrift: Italien, Rom, 15. März, enthaltene
schon so geartet ist, daß die Redaktion solchem in
ine Aufnahme hätte gestatten sollen;

:dakteur nicht mehr mit Bestimmtheit zu behaupten
ie Zensur diesen Artikel habe passieren lassen, auch
des Zensurblattes unter dem unstatthafsten Vor-
nicht mehr zu besitzen, hartnäckig verweigert, nicht
: wiederholt an ihn, mit umständlicher Erklärung
enden Präjudizes, gestellte Frage sich gar nicht ein-

hier gegen den Redakteur der „Zeitung der Freien
irt“ gepflogenen Untersuchungen allerdings zu dem
stigten, daß er auch bei diesem Artikel die Zensur-
beachtet gelassen, welcher Verdacht durch die Ver-
Vorlegung des Zensurblattes — als des Dok-
jeder Redakteur bei vorkommenden Fällen sich über
der Zensurweisung legitimieren muß — zur Ge-
n wird. Als wird derselbe wegen dieser wieder-
holung der Zensur-Vorschriften bei einem Artikel,
nes höchst anstößigen Inhalts wegen nicht hätte in die
ommen werden dürfen, in eine vierzehntägige
auf der Polizeiwache, sowie zur Bezahlung
ungskosten verurteilt; er wolle denn binnen acht
Vorlegung des Original-Zensurblattes beweisen, daß
esen Artikel entweder pure, oder unter einer von

ihm erfüllten Bedingung habe passieren lassen, als worauf anderweitige Verfügung ergehen soll.

Decretum Polizei-Gericht, am 11. Juni 1819.

In fidem copiae:

Gravelius, Aktuar.

Börne mußte darauf vierzehn Tage unter Gaunern, Bettlern und Dieben zubringen, und es ward ihm außerdem verboten, die Zeitung weiterhin zu redigieren. Nach einem kurzen Interregnum übernahm dann 1821 der Hofrat R. B. Berly die Redaktion für längere Jahre.*)

Am wenigsten günstig stand es mit dem „Frankfurter Journal“, das sich zunächst gar nicht erholen konnte und noch 1819 nur eine Auflage von 200 Exemplaren hatte. Doch verzagte der jetzige Herausgeber, der Drucker Johann Ludwig Heller, dem die Vormünder der Diezischen Kinder das Blatt überlassen hatten, keineswegs und führte dann auch später nach langer rastloser Tätigkeit eine neue Blüte des Blattes herbei.

Recht verheißungsvoll begann sich eine neue Zeitung im Herzogtum Nassau zu entwickeln; leider sollte ihr Leben nur von kurzer Dauer sein. In Nassau waren die Zeitungsverhältnisse bisher wahrhaft kläglich gewesen (Vergl. Bd. II, S. 170); nachdem nun aber die Einrichtung einer auf konstitutionellen Grundsätzen beruhenden Verfassung verkündet und die Pressfreiheit eingeführt worden war, wünschte die Regierung auch eine den Bedürfnissen der neuen Zeit entsprechende Zeitung zu besitzen und zog, wohl hauptsächlich auf Betreiben des Regierungspräsidenten von Ibell, den umsichtigen, in weiten Kreisen geschätzten Publizisten Johannes Weizel zur Gründung einer solchen heran. Weizel hatte 1814 nach dem Sturze der französischen Herrschaft in Mainz auf den Wunsch der dortigen provisorischen Regierung die Redaktion der „Mainzer Zeitung“ wieder übernommen, gab aber die ihm nicht mehr in der früheren Weise zu-

*) Näheres in Börnes gesammelten Schriften, besonders in den Aufsätzen: „Die Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ und „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Zensur“.

sagende Stellung gern auf, als der Ruf nach Wiesbaden an ihn erging. Die nassauische Regierung gewährte ihm ein Jahresgehalt von 1200 Gulden und verlieh ihm den Charakter eines Revisionsrates und den Titel eines Hofrates, dagegen verpflichtete sich Weizel, auf eigene Rechnung und Gefahr eine viermal wöchentlich erscheinende Zeitung unter dem Titel „Rheinische Blätter“ herauszugeben. Dadurch gelangte Nassau mit einem Schläge in den Besitz einer politischen Zeitung, die, dank der gewandten Feder ihres Redakteurs, bald Einfluß und Ansehen gewann. Ubrigens tat auch die Regierung noch alles, was in ihren Kräften stand, das Blatt zu fördern. Alle Behörden, die bisher auf Kosten des Staates oder der Kirche die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ zu halten berechtigt gewesen waren, wurden angewiesen, von jetzt ab auf die „Rheinischen Blätter“ zu abonnieren, sowie alle Ediktalladungen und sonstigen öffentlichen Bekanntmachungen, die, abgesehen von dem „Herzoglichen Intelligenzblatt“, bisher noch in die Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ eingerückt worden waren, in der inländischen Zeitung bekannt zu machen. Dem Herzoglichen Stadtdirektor zu Wiesbaden wurde aufgegeben, jedenfalls für sich selbst aus dem ihm dafür ausgesetzten Betrage diese Zeitung gleich dem Verordnungs- und Intelligenzblatte anzuschaffen und für seine Amtsnachfolger gleich anderen öffentlichen Urkunden aufzubewahren, zugleich aber auch darauf hinzuwirken, daß in den Städten von den Stadtschultheißen und in den größeren Gemeinden von dem Oberschultheißen ein Exemplar der „Rheinischen Blätter“ für Rechnung der Gemeindefasse angeschafft werde.*)

Auf diesem so weithin geebneten Wege begannen die „Rheinischen Blätter“ am 2. Juli 1816 ihren Lebenslauf. Es verstand sich von selbst, daß die Zeitung in erster Linie die Intentionen der nassauischen Regierung in der öffentlichen Meinung vertrat; diese Richtung einzuhalten, konnte aber Weizel nicht schwer fallen, da er den Grundsätzen, nach denen der Regierungs-

*) G. Zedler, Der nassauische Publizist Johannes Weizel (Annalen d. Vereins f. nass. Altertumskunde. 30. Band) Wiesb. 1899.

Präsident von Ibell die Verwaltungsorganisation des Herzogthums Nassau durchführte, aus voller Ubergengung zustimmte. Den nassauischen Verhältnissen wurde jedoch nur ein kleiner Theil der Zeitung gewidmet; Weigel strebte von vornherein danach, nicht nur ein öffentliches Organ für Nassau, sondern auch zugleich für den ganzen Mittelrhein zu schaffen, der seit der Unterdrückung des „Rheinischen Merkurs“ seine Stimme mehr besaß, die die eigenthümlichen Zustände dort freimütig besprach. Doch war Weigel weit davon entfernt, sich der preussischen Regierung, die mit allem Nachdruck bestrebt war, das neu erworbene Gebiet am Rhein dem übrigen preussischen Staatskörper zu einem organischen Ganzen einzugliedern, irgendwie oppositionell gegenüber zu stellen; aber er war auch andererseits immer bereit, für die Wahrung der Eigentümlichkeiten der Rheinländer einzutreten und auch berechtigten Wünschen und Ausstellungen seiner Landsleute die Spalten seines Blattes zu öffnen. Das wurde jedoch von der preussischen Regierung sehr unangenehm empfunden, um so mehr, als die Mißstimmung in der neu erworbenen Provinz von Jahr zu Jahr wuchs, und sie machte deshalb wiederholt Versuche, dem freimütigen Sprecher den Mund zu schließen, wie sie es zuvor mit Görres und seinem Blatte getan hatte. Als die „Rheinischen Blätter“ im Januar 1817 in Nr. 15 und 16 zwei Artikel veröffentlicht hatten, in denen die Organisation der in den Rheinprovinzen errichteten Regierungen einer scharfen Kritik unterzogen worden war, verlangte der Oberpräsident von Jüngerleben zu Koblenz den Namen des Verfassers dieser Artikel, eventuell die Überendung des Manuscriptes, um durch Vergleich der Handschrift den Einsender zu ermitteln. Allein Weigel wies beides mit Entschiedenheit zurück und erklärte seiner Regierung, daß er seinen Namen nennen werde, es sei denn, daß man ihm erlogene Angaben in den Artikeln nachweisen könne. Der Oberpräsident erachtete aber diese Weigerung Weigels für höchst ungehörig und verlangte von der nassauischen Regierung, im Administrationswege gegen den widerstrebenden Redacteur vorzugehen. Der nassauische Staatsminister von Marschall gab jedoch die Erklärung ab, daß die Landesgesetze ihm in vorliegendem Falle nicht erlaubten, wei-

111. Ein halbes Jahr später kam es zu einem In der Nummer vom 21. Juni 1817 wurde ng besprochen, die damals in den Rheinlanden rüber geklagt, daß die preußische Regierung nicht lichen Umsicht und Schnelligkeit der Not ge- durch diesen Vorwurf fühlte man sich aber in pfindlicher berührt, als damit auf einen allge- in der Verwaltung, die Schwerfälligkeit und Be- chtig hingewiesen wurde, und es war kein gerin- Staatskanzler Fürst Hardenberg selbst, der den n von Mettingh in Wiesbaden beauftragte, über t des Redakteurs der „Rheinischen Blätter“ bei a Regierung dringend Beschwerde zu führen. t erwarten die Ausmittlung des Einsenders jenes ieb der Staatskanzler, „und daß man denselben r Strafe ziehen werde. Zugleich ersuche ich Sie, gen, daß der Redakteur zum Widerruf und zur r nach dem abschriftlich anliegenden Berichte des von Jingersleben falschen Tatsachen angehalten olge einer strengeren Zensur unterworfen werde.“ jedoch wiederum die Namensnennung ab, da der tel nur Tatsachen enthalte.“ „Es ist schmerzlich“, : Rechtfertigung, „bei den reinsten Absichten und ten Bestreben, nützlich zu sein, solche Vorwürfe zu demütigen müßten, wenn sie verdient wären. Ich les Anstößige vermeiden, die Erzählung von Tat- egt in meinem Beruf.“ Der Staatsminister von t es nun zwar für richtig, dem Berliner Kabinett über den Vorfall auszudrücken, begnügte sich aber esidenten von Mettingh gegenüber, diesem die Nassau- ng über Preßfreiheit zu übersenden mit der bloßen daß Weizel aller Veranlassung zu weiteren Be- s dem Wege gehen werde. Und als von Mettingh dem Staatsminister von Marschall vorstellig wurde,) dieser über das anmaßende Benehmen und hatte ng, daß der preußische Minister des Auswärtigen,

Jordan, ihm durch den nassauischen Ministerresidenten Generalmajor von L'Estocq erklären ließ, daß v. Mettings „Zudringlichkeit und seine Zumutung, den Redakteur der Rheinischen Blätter“ zur Nennung seines Korrespondenten zu zwingen, in Berlin durchaus mißbilligt werde.*)

Solche Differenzen hielten Weigel jedoch nicht ab, dort, wo er es für richtig hielt, auch seine Stimme zu Gunsten der preussischen Regierung zu erheben. Als der rheinische Adel von dem Staatskanzler von Hardenberg bei dessen Rheinreise die Verurufung der alten Landstände verlangte, und Görres in der sogenannten Koblenzer Adresse die Rückkehr zu dem alten Feudalsystem forderte, trat Weigel mit seiner ganzen Verehrsamkeit diesen reaktionären Bestrebungen entgegen und verteidigte sowohl die soziale Gleichheit, wie die kirchliche Parität. Dadurch leistete er der preussischen Regierung einen großen Dienst, und da mittlerweile für diese die Verhältnisse noch schwieriger wurden, so war es natürlich, daß bei Hardenberg schließlich der Wunsch aufstauhte, diesen „Herold der öffentlichen Meinung in den Rheinlanden“ dauernd in das preussische Lager hinüberzuziehen. Er ließ mit Weigel Verhandlungen anknüpfen und ihm den Vorschlag machen, mit den „Rheinischen Blättern“ nach Bonn überzusiedeln. Dieser Aufforderung zu entsprechen war Weigel auch nicht abgeneigt, trat er doch dann in weit größere Verhältnisse; aber er mußte vorher wissen, ob ihm die preussische Regierung auch gestatten würde, seine allgemeinen politischen Grundansichten in seiner Zeitung zum Ausdruck zu bringen. Er ließ daher dem Staatskanzler eine Denkschrift „Rheinpreußen im Dezember 1818“ überreichen, in der er sein politisches Glaubensbekenntnis entwickelte. Einleitend legte er den Einfluß des Volkes und der öffentlichen Meinung im Prozesse des Staatslebens dar. „Die Stimmung der Zeit,“ sagte er, „ist wesentlich demokratisch; in den aufgekärten Ländern ist sie es besonders und somit auch am Rhein. Freiheit und Gleichheit, dieser so verschricene Ruf, an den sich schmähliche und juchzende Erinnerungen knüpfen, ist das Lösungs-

*) Zedler, S. 164.

art: Freiheit, die Befugnis, nur dem Gesetze zu untertan zu sein. In fünfzig Jahren ist in faste von Europa der Sieg dieses Wahlspruches je Freiheit und diese Gleichheit werden dann ihre rdet haben; ob auf eine blutige oder unblutige yt von uns ab. Dieser demokratische Geist ist chisch. Ohne erbliche Monarchie weder Freiheit darüber sind alle Verständigen unter uns einig, ber, daß diese Freiheit und Sicherheit, wie die rones selbst, ihre Bürgerschaft in einer Verfassung jehen davon, daß die allgemeine Erwartung der letzteren bis jetzt getäuscht sei, habe man die och durch mannigfache Mißgriffe der preußischen onders getränkt. Das wirksamste Mittel, die be- :hen wiedergutzumachen, sei eine sorgfältige Aus- :sten Provinzialbeamten. Die Beamten müßten s Vertrauen des Volkes wie des Königs haben. bedingung ist am Rhein besonders wichtig, weil es tliche Meinung unter aufgeklärten Menschen gibt.“ stehe nicht jeden und werde nicht von jedem ver- sie auch dieselbe Sprache sprächen. Darum sei es g, einem Lande Vorgesetzte zu geben, die seinen en Begriffen, Sitten und Gewohnheiten nicht fremd habe die preußische Regierung viele Beamte in die :sandt, die dort nicht am Platze seien, und deshalb ung dort nach und nach durchaus preußenfeindlich

freimütigen Darlegungen stimmte der Staatskanzler denn er richtete jetzt unter dem 26. Februar 1819 n Schreiben, in welchem er ihn aufforderte, sofort sitz in den preußischen Rheinprovinzen, wo es ihm nehmen und dort fortan die „Rheinischen Blätter“ n. Dabei sprach Hardenberg die Erwartung aus, in seiner Zeitung das Interesse des preußischen seinem Hauptaugenmerk machen und das Blatt im

Geiste der Mäßigung, besonnenen Willigkeit und leidenschaftslosen Prüfung redigieren und überhaupt das seinen Händen anvertraute Organ der Öffentlichkeit mit Umsicht und Klugheit gebrauchen werde, damit der Geist der neuen Provinzen mit dem der älteren vertraut gemacht und freundlich verbunden, und ein wohlthätiger Einfluß auf die Stimmung dieser Länder ausgeübt werde. Zugleich wurde ihm für die „Rheinischen Blätter“, jedoch nur unter seiner Redaktion, die Befreiung von der Zensur zugesichert, ferner, um ihn einigermaßen von der Abhängigkeit frei zu machen, in der sich jeder Redakteur mehr oder weniger von der Zahl seiner Abonnenten befinde, ein vom 1. Jan. 1819 ab zahlbares Jahrgeloh von 1000 Talern mit der Aussicht einer künftigen Erhöhung dieser Summe, außerdem 500 Taler Umlagegeld und der Titel eines Geheimen Hofraths.

So verlockend nun auch diese Anerbietungen waren, vermochte sich Weigel doch nicht so ohne weiteres zu entschließen. In einem Antwortschreiben vom 12. März betonte er, daß er, wenn er den auf ihn gesetzten Erwartungen entsprechen solle, auch die öffentliche Meinung für sich haben müsse. Sein ganzes öffentliches Sein sei ein Geschenk der öffentlichen Meinung. Durch jeden raschen Wechsel sehe er sie aber aufs Spiel. Man werde nicht unterlassen, ihn als einen Parteigänger darzustellen, dessen Grundzüge und Dienste käuflich seien. Aus diesem Grunde möchte er seine gegenwärtigen Verhältnisse nur ablösen, nicht abbrechen, und hat deshalb, sein Berufungspatent noch hinauschieben zu wollen. Außerdem wünschte er, es möge der Befreiung von der Zensur eine so ausdrückliche Caution gegeben werden, daß er nur dem Könige, dem Staatskanzler und seinem Gewissen verantwortlich bleibe, gegen untergeordnete Stellen und Lokalbehörden sich aber nie zu rechtfertigenden Erklärungen verpflichtet sehe. Dem Könige und dem Vaterlande sich nützlich zu machen, bezeichne er als einen der größten Wünsche seines Lebens, denn, schloß er, „in meiner Seele steht die Überzeugung unerschütterlich fest, daß Deutschland nur durch und mit Preußen zu retten ist.“ In einem zweiten Schreiben an Hardenberg vom 11. Juni 1819 bat dann Weigel um noch weitere Hinausschiebung

ig, weil sich die Stimmung in den Rheinlanden klümmert habe. Gehe er unter diesen Verhältnissen zgedachten Bestimmung ab, so komme er in die iche Lage, mit der öffentlichen Meinung zu brechen, ter der Regierung mißfälligen Lage zu erscheinen. shalb nicht eher abberufen zu werden, bis etwas für das Land, sei es durch Errichtung von Stän= irden eine andere Weise, geschehen sei.

n waren die Karlsbader Beschlüsse gefaßt worden; : Bundestagsbeschlüsse vom 20. September. In= irden am 5. Oktober 1819 im Herzogtum Nassau eder eingeführt. Darauf trat Weißel von der Re= Rheinischen Blätter“ zurück und erhielt unter dem inen Urlaub auf unbestimmte Zeit. Sein Nach= der Konrektor Fischer.

Karlsbader Beschlüssen war aber auch der eigent= on Weißels Berufung nach Preußen hinfällig ge= preußische Regierung brauchte nicht mehr auf die inung einzuwirken und sich gegen Angriffe in der uren, sie hatte ja durch die Karlsbader Beschlüsse in die Hände bekommen, jede Stimme der Unzu= ch die Zensur sofort zum Schweigen zu bringen. er auch davon Abstand, Weißel nach Preußen zu ing dabei mit aller diplomatischen Geschmeidigkeit 1 den verbindlichsten Worten drückte Hardenberg in idigen Briefe vom 13. September 1819 Weißel sein daß Preußen unter den obwaltenden Umständen der so ausgezeichneten Publizisten zu besitzen, entsagen t ihm eine Geldentschädigung. Weißel wies diese „Das Spiel war eine lustige Possé,“ schrieb er t Freund, „in der ich als ehrlicher Hanswurst Einmal ist es den Herren Ernst gewesen, da n Blätter“ noch im Gange waren. Diesen hat e sollten gewonnen werden, da sie nicht unterdrückt 1. Kaum hatten die Karlsbader Konferenzen der ändiges Ende gemacht, als man auch eine andere

Sprache führte. Es hatte ja zu regnen aufgehört, warum sollte man den lästigen Schirm nicht in die Ecke stellen?“

Leider war damit die journalistische Tätigkeit Weigels für immer abgeschlossen. Ein weitstrebender Geist, der einem großen Staate Fachelträger und Wegweiser hätte werden können, wurde in die Ecke gedrängt und führte dort von nun an das stille Leben des Gelehrten. Im Dezember 1820 nahm Weigel die Stelle des Bibliothekars der öffentlichen Bibliothek zu Wiesbaden an, schrieb eine Geschichte der Staatswissenschaft, ein interessantes Buch „Das Wertwürdigste aus meinem Leben und aus meiner Zeit“ und starb am 10. Januar 1837, seit Jahren tief verstimmt über die traurigen politischen Zustände Deutschlands.

Die „Rheinischen Blätter“ waren unterdessen bereits am 1. Oktober 1820 eingegangen, worauf dann das Herzogtum Nassau bis zum Jahre 1848 kein einziges politisches Blatt besaß.

In der Stadt Mainz fügte es abermals ein glücklicher Zufall, daß die „Mainzer Zeitung“ auch jetzt wieder in durchaus tüchtige Hände kam. Wie schon erwähnt, leitete zunächst Weigel das Blatt von 1814 bis Mitte 1816, und dann trat der ausgezeichnete Friedrich Lehne an seine Stelle. Im Jahre 1771 zu Gernsheim in Hessen geboren, war Lehne schon als Knabe nach Mainz gekommen, hatte dann dort studiert und hierauf längere Zeit die Stelle eines Professors der schönen Wissenschaften an der Universität zu Mainz bekleidet. Nach deren Aufhebung wurde er Bibliothekar der Stadt Mainz und schließlich auch Redakteur der „Mainzer Zeitung“. „Die Zeitung hat sich“, rühmt Görres von ihr (Nrh. Werk. Nr. 80), „seit dem Augenblicke ihres Wiederscheins durch manche Eigentümlichkeit des Urteils und freie Ansicht ausgezeichnet.“ Dieses offene Hervortreten Weigels hielt auch Lehne für seine heilige Pflicht ebensowohl bei den innern, wie bei den auswärtigen Angelegenheiten. So hatte er auch den Mut, gegenüber dem allgemeinen glühenden Haffe gegen Napoleon, der naturgemäß noch im Herzen eines jeden Patrioten nachzitterte, ganz energisch seinen Abscheu über die nichtswürdige Peinigung des Gefangenen von St. Helena durch Sir Hudson

zu geben. „Die Behandlung Napoleons auf St. Er (1818, Nr. 137), „zu welcher England keines- st, wird ein ewiges Schandmal in seiner Geschichte ; dieser Behandlung unterliegt.“ Ein besonderes sich Lehne noch um die Erforschung der Altertümer 13. Die Ergebnisse dieser Studien veröffentlichte nzer Zeitung“ in einer Reihe von Aufsätzen, deren Goethe anerkannt wurde. Nach langer Schmerz- starb er 1836.

kläglich sah es mit den sonstigen Zeitungen im Rheins aus, mit der „Darmstädter Zeitung“, der ung“, der „Großherzogl. badischen Staatszeitung“ u. atlich hinter der Zeit zurückgeblieben und trugen arakterlose Physiognomie des ehemaligen rheinischen liegen in völliger Schlassucht befangen,“ spottet Rerf. Nr. 80). „Größtenteils auf das schlechteste ruckt, erzählen sie andern Blättern die Begeben-) unteilnehmend nach; sie wissen nichts von dem ganze Welt bewegt; ihnen hat sich nichts begeben, ewegung der Heere rückläufig geworden ist; nicht id hat sie von Anfang an aufgeregt; alles schleppt hler, nüchterner Langeweile hin. Die rückkehrenden den nichts daran auszusetzen finden.“ Doch jetzt idigend hinzu: „Wir glauben übrigens gern, daß sfigkeit weniger das Werk der Herausgeber, als das ist.“ So findet sich denn auch vieles in diesen :f und falsch dargestellt. B. W. war sowohl von auch französischer maßgebender Seite gewünscht in den Berichten über den zweiten Einzug der Paris vermeldet werde, er sei unter dem „unge-“ der Pariser vollzogen worden. Das geschah rauf denn diese geschichtliche Lüge auch in verschie- e Werke übergang. In Wahrheit war das Gegen- Einzuge der Fall. Gustav Hartort schrieb am) ans Paris an seine Eltern: „Gestern sind wir zwar nicht unter den Aklamationen des Volkes,

das sich im Gegentheil oft mit: à bas les Prussiens! vive l'Empereur! x. x. vernehmen ließ, eingerückt.“*)

Nicht viel besser war es in den beiden königreichen Württemberg und Bayern mit der Zeitungsliteratur bestellt. In dem erstgenannten Lande war nach wie vor der „Schwäbische Merkur“ die Hauptzeitung, aber wie ärmlich nahm sie sich doch immer aus! Unter der Gewaltherrschaft des Königs Friedrich durfte sie ebensowenig ein freies Wort sagen, wie ehemals unter dem Drucke des napoleonischen Regiments. Veranlassung, sein publizistisches Amt zu üben, hätte der Herausgeber und Redakteur Professor Ehr. Gottfried Elben reichlich gehabt, denn unmittelbar nach dem Friedensschlusse begannen die bekannten Verfassungskämpfe in Württemberg, die das ganze Land aufs tiefste erregten, aber dem „Schwäbischen Merkur“ war nicht gestattet, darüber zu berichten, nur das Amtliche, die Aktenstücke, das rein äußerliche durfte er mitteilen. Von den heftigen Debatten fiel kein Wort. Nach dem Tode des Königs Friedrich (30. Okt. 1816) besserten sich die Verhältnisse etwas, König Wilhelm stellte viele Mißstände ab und führte sogar mit dem 30. Januar 1817 die Pressefreiheit ein. Infolgedessen wurde in die Verfassung der § 24 aufgenommen, der jedem Bürger Denkfreiheit, und ferner der § 28, der die Freiheit der Presse und des Buchhandels in vollem Umfange, jedoch unter Beobachtung der gegen den Mißbrauch bestehenden oder künftig zu erlassenden Gesetze, zu sicherte. Aber durch langjährige Nechtschäft eingeschüchtert, glaubt der „Schwäbische Merkur“ doch nur sehr bescheidenen Gebrauch von dieser Freiheit machen zu dürfen. Man sieht ihm ordentlich die Schächtternheit an, mit der er eine neue Rubrik „Auf nicht offizielle Weise eingegangene Nachrichten“ einführt und in dieser nun auch Kammerberichte bringt. Doch auch diese sind nur Auszüge aus den Protokollen der Versammlung und mit peinlichster Unparteilichkeit abgefaßt. Zunächst werden auch noch nicht die Namen der Redner genannt, erst später getraut man sich, sie mitzutheilen, und dann gibt man auch schließlich die Abstimmungslisten be-

*) V. Berger, Der alte Hartort. Ujgg. 1890, S. 139.

1 wagt dann der Redakteur noch andere Kund-
 2 ffitzlichen Inhalts, mitzuteilen, so ein Geh. Rats-
 3 Prinzen Paul, der sich auf die Seite der Alt-
 4 ner des Königs, gestellt hatte, und eine Eingabe
 5 irger, betreffs der Verfassungssache, was die Ab-
 6 ramtmanns Wieg nach Tübingen veranlaßt, um
 7 3 amtliche Mißfallen auszudrücken. *) Auch die
 8 ungen in Baden, an denen sich ein Kottetz, Wessen-
 9 nd Liebenstein beteiligten, werden wiedergegeben,
 10 wie das Wartburgfest und die Tat Sands, mit
 11 Freimute besprochen. Die Feier auf der Wart-
 12 Verfasser des Berichtes als ernst und schön.
 13 den tiefen Eindruck,“ schreibt er, „den sie auf
 14 inge machte. Dieser Eindruck wird unverlöschlich
 15 ird ein „exemplarischer Jüngling“ genannt, und
 16 irt das verständige Urteil: „Nur schwärmerische
 17 te dieses Ungeheure erzeugen, indem sie gegen ihr
 18 ütete!“ Als der reaktionäre Vicomte de Bonald
 19 Tod ausruft: „Der Fanatismus kehrt in das Vater-
 20 nd Luther zurück und vermeint, im Protestantismus
 21 es Unheils finden zu müssen,“ da fügt der „Mer-
 22 icht auch in der Philosophie? Dieses fehlte noch
 23 n Tirade!“ Damit ist aber der Höhepunkt der
 24 icht; die Karlsbader Beschlüsse sind mittlerweile
 25 und bald weht ein eisig-kalter Wind von Frank-
 26 Geseß vom 1. Oktober 1819 verkündet, daß künf-
 27 hen Tagesblätter und Zeitschriften Württembergs
 28 icht und Leitung des Ministeriums der auswärtigen
 29 der Zensur unterworfen seien, und die Regie-
 30) alsbald, daß sie den Karlsbader Beschlüssen Gel-
 31 a will. Als am 7. Oktober 1819 eine Eingabe
 32 und Bürgerausschuß in Eßlingen, die zwar Dank
 33 zustande gekommene Verfassung, aber auch Be-
 34 die Karlsbader Beschlüsse ausspricht, ihren Weg

noch in den „Schwäbischen Merkur“ findet, wird dem Zensor, der das Aktienstück nicht beanstandet hat, schon ein Verweis zu teil. Bald verschärft sich dann die Aussicht über die Presse, und nicht lange, so liegt ein bleierner Druck auf allem geistigen Verkehr; kein freies Wort darf mehr öffentlich ausgesprochen werden. Ein Versuch des Kurländers F. W. L. Lindner, 1819 in Stuttgart eine freisinnige Zeitung „Die Tribüne, Württembergische Zeitung für Verfassung und Volkserziehung zur Freiheit“ herauszugeben, schlug daher vollständig fehl; die Zeitung erschien nur kurze Zeit. Ebenso die „Neue Stuttgarter Zeitung“, die Fr. Seybold herausgab. Sie wurde ohne jedes richterliche Erkenntnis unterdrückt.

Ganz besonders trüb sah es in Bayern aus. Dort war der Minister Montgelas, der „erste Staatsmann des Rheinbundes“, auch weiterhin am Ruder geblieben und regierte nach wie vor ganz im Geiste des napoleonischen Despotismus. Sein Hauptbestreben war, Bayern durchaus selbständig zu machen und mithin jeden Zusammenschluß der deutschen Staaten zu einer Gesamtmacht zu verhindern. Er suchte daher Preußen, wo es ging, zu schwächen, die nationalen Bestrebungen als „Deutsch-Rüchselei“ zu diskreditieren und jede deutsch-nationale Regierung in Bayern zu unterdrücken. Die Feier des achtzehnten Oktobers wurde bereits 1816 verboten, und diejenigen, welche, ohne die Erlaubnis der Polizei eingeholt zu haben, den denkwürdigen Tag begingen, erhielten als „Ruhestörer“ eine Strafe. Der gesamten bayrischen Beamtenschaft aber wurde, um ihnen jede Agitation für die deutsche Sache unmöglich zu machen, untersagt, für irgend eine ausländische, d. h. nicht-bayerische Zeitung zu schreiben.

Dieser fürchterliche Druck, mit dem Montgelas jede deutsch-nationale Gesinnung zu vernichten trachtete, wurde besonders schmerzlich von dem Kronprinzen Ludwig empfunden, der für die alte deutsche Herrlichkeit schwärmte und darnach bei seinem Vater, dem König Maximilian Joseph, seinen ganzen Einfluß geltend machte, den Minister zu stürzen. Doch erst im Februar 1817 gelang es ihm, den König zu diesem Schritte zu bewegen. Eine wesentliche Aenderung in der Haltung Bayerns wurde damit aber

führt; das neue Ministerium war ebensowenig wie
 stande, die neue Zeit zu begreifen, und insofgedessen
 h nach und nach eine allgemeine Mißstimmung in
 n dieser nun zu begegnen und zugleich auch die
 einung in Deutschland für sich zu gewinnen, die sich
 h seine reaktionären Bestrebungen mehr und mehr
 te, griff die bayrische Regierung zu dem alten Ver-
 t, dem Lande eine Verfassung zu gewähren, arbeitete
 Grundgesetz in kurzer Zeit aus und ließ es am
 .8 verkündigen. Dadurch erwarb sich Bayern das
 s erster größerer Bundesstaat die Verheißung der
 erfüllt zu haben, und wurde deshalb in ganz Deutsch-
 liberalste Staat gepriesen. In Wahrheit war aber
 ig gewonnen; besonders blieb die Presse in ihren
 Zensur für die Zeitungen wurde beibehalten. In
 lage der Verfassungsurkunde lautete der § 2 des
 die Preßfreiheit: „Ausgenommen von dieser Frei-
 e politischen Zeitungen und periodischen Schrif-
 t oder statistischen Inhalts. Dieselben unterliegen
 geordneten Zensur.“

war der bayrischen Presse auch fernerhin jede freie
 erung versagt und ein ersprießliches politisches Leben
 usführlich und mit großem Freimuth wagte dies der Ab-
 i Regierungsdirektor Dr. Ign. Rudhart in einem
 arzuliegen.*) Jede Regierung muß stets darnach
 te er aus, das öffentliche Bedürfnis auf das ge-
 i zu lernen. Das öffentliche Bedürfnis kommt aber
 i in der öffentlichen Meinung. Das beste Mittel,

Meinung kennen zu lernen, ist die Preßfreiheit,
 en Gattungen von Schriften sind zu diesem Ende
 chsten die politischen Zeitungen und Tagesblätter.
 en und verbreiten Nachrichten und Gedanken für
 nell und wohlfeil, alle Tage, ja alle Augenblicke

t, über die Zensur der Zeitungen im allgemeinen und be-
 n bayrischen Staatsrechte. Erlangen 1826.

unter Gestalten, die allen Ständen, allen Atern und allen Eigenheiten zusagen; sie wirken ununterbrochen und gleichsam mit verdoppelten Schlägen auf die Meinung und sind oft die einzige Schrift, auf welche das Lesen einer großen Menge von Menschen beschränkt ist. Allein von unsern bayrischen Zeitungen, so ausgezeichnet die Leistungen mancher in anderer Beziehung sind, darf man unter den bestehenden Verhältnissen solche Wirkungen nicht erwarten. Wir haben gesehen, wie sie bei dem freudigsten Ereignisse, der Einführung der Verfassung, nach einem kurzen Ausrufe über diesen Gegenstand stumm geblieben sind. Ein Urtheil über die Verfassung oder eine Verteidigung gegen auswärtigen Tadel hat keine gewagt; die wichtigsten verfassungsmäßigen Ereignisse gehen vor ihnen zuweilen unberührt vorüber; Verordnungen, welche in Frankreich und England mit dem lauten Rufe des Beifalls oder des Tadels und mit allen Erwägungen dafür und dagegen wären aufgenommen worden, werden von unsern bayrischen Zeitungen entweder ohne Bemerkung und Beurteilung nur einfach angeführt oder gar übergangen. Sie nehmen zwar keinen Tadel gegen die Regierung auf, aber auch die ungeschicktesten und leidenschaftlichsten Angriffe ausländischer Blätter werden von ihnen selten mit einigen Worten widerlegt, flüchtig genug gewählt, um den Tadel selbst zu verhehlen. Und weil man wenigstens im Auslande annimmt, in zeitsierten Zeitungen sei es die Regierung, welche spricht, so könnte mancher verleitet werden, das Stillschweigen der bayrischen Zeitungen als ein Zeichen politischer Verunkenheit der Bayern, oder als ein stillschweigendes Einbekenntnis der Regierung, oder als Verachtung der öffentlichen Meinung zu erklären. Die Ursache dieses Ungeistes der bayrischen Zeitungen ist aber keineswegs Gleichgiltigkeit der Bayern gegen ihre Verfassung und Regierung, sie liegt lediglich in der Beschränkung der Zeitungen durch die Censur, und so lange diese und vollends mit einer unbegrenzten Willkür der Censoren fortdauert, so lange werden auch deren Uebel bleiben. Diese werden aber immer für die Regierung größer sein, als für das Publikum, denn derjenige, welcher seine Meinung in ausländischen Zeitungen frei bekant zu machen gehindert ist, und der ohne

e Schranken des Gesetzes wohl nicht übertreten hätte, ländischen Zeitungen seine Zuflucht nehmen und in desto größerer Hestigkeit und Leidenschaft seinen un-ckgehaltenen Meinungen und Gefühlen Luft machen. werden gewiß viele tüchtige Männer, die der Regie- sind und sie freiwillig verteidigen würden, trotzdem il sie nicht alles rechtfertigen können und der An- ß, wer kein Recht zum Tadeln besitzt, auch das Recht floren habe. Der Regierung bleiben also nur die Verteidiger, die nicht immer die geschicktesten sind. Verteidigungen kann aber die Regierung die öffent- g nicht gewinnen. Man versuche es, einen Artikel ung der Regierung in ein bayrisches Blatt aufzu- ll wird er, gleichsam einem stillschweigenden Befehle inländischen Blätter durchlaufen; kein Widerspruch , aber es ist auch, als spräche die Regierung wahrlich! es ist nicht ein Zeichen der Anerkennung ung, daß man jemanden ohne Widerspruch und ohne

nd eine unbillige Machtübung der Regierung gerächt“.) Rudhart aus, „welche die öffentliche Meinung, ichtige Überlegenheit zu leiten, durch physische Gewalt will! Wahrlich: hätte man eine Anstalt erfinden feinden der Regierung alle Mittel zum Angriffe zu er alle Mittel zur Verteidigung zu nehmen — man r für der Tagesblätter erfinden müssen!“

n,“ fügt er resigniert hinzu, „besteht nun einmal die olitischen Zeitungen, und da ist denn zurzeit nur ten, daß sie nicht weiter als innerhalb der von den hneten Grenzen ausgeübt werde.“ Darauf entwirft unction für die Zensoren, in der er die von igesteckten Grenzen genau angibt. Er hebt zunächst ie Verfassungsurkunde die Preßfreiheit als Regel ß aber bei den politischen Zeitungen eine Ausnahme gemacht werde. Diese Ausnahme trete jedoch nur

in vier Fällen ein. Die Zensur könne bei den politischen Zeitungen nur ausgeübt werden:

1. Wenn durch die Bekanntmachung einer Schrift oder eines Aufsatzes ein Strafgesetz übertreten wird (Edikt über die Freiheit der Presse § 6, 7, 8.)

2. Wenn dadurch ein rechtswidriger Angriff auf Privatpersonen gemacht wird (§ 10 des Edikts).

3. Wenn Staatsdiener ihre Vorträge und sonstige Arbeiten oder statistische Notizen, Verhandlungen, Urkunden und sonstige Nachrichten, zu deren Kenntniß sie nur durch ihre Dienstverhältnisse kommen konnten, ohne besondere Erlaubniß dem Druck übergeben.

4. Wenn Schriften oder Aufsätze durch Neiz und Verführung zu Wollust und Laster der Sittlichkeit gefährlich sind.

Über diese Grenze dürfe der Zensur nicht hinausgehen; besonders müsse Tadel der Gesetzgebung und Verwaltung, der an sich nirgends verboten sei, den Zeitungen erlaubt sein. Eine freimüthige Prüfung der Gesetze sei nur förderlich — aber freilich, so schließt er nicht ohne Bitterkeit, „wenn die Zensoren wegen eines jeden den Ministern mißliebigen Aufsatzes verantwortlich sind, oder die Unzufriedenheit derselben erfahren mußten (und dies haben sie ohne eine bestimmte Instruktion zu wagen), so ist eine gerechte Zensur schwerlich möglich. In diesem Falle nämlich werden die Zensoren im umgekehrten Verhältnisse sein mit den Richtern und Geschworenen. Diese sind beruhigt, wenn sie im Zweifelsfalle lossprechen; die Zensoren aber werden beruhigt und sicher vor Unannehmlichkeiten sein nur — wenn sie streichen. Streichen ist unter solchen Verhältnissen für sie immer das sicherste.“

Und darum strichen sie denn auch immer einfach darauf los, ohne irgend welchen höheren Gesichtspunkt einzunehmen, oft in der unsinnigsten Weise, weil es ihnen das bequemste war. Daß sie dadurch die politische Entwicklung des Landes schädigten und in verhängnisvoller Weise anhielten, fiel ihnen dabei wohl nur selten ein, und auch die Regierung ahnte wohl gar nicht, welche Verantwortung sie durch diese barbarische Unterdrückung jeder

Regung auf sich lud, wie empfindlich sich die
 in der das Volk gewaltsam erhalten wurde,
 werde.“ *)

hatte unter diesem schweren Drucke naturgemäß
 Blatt, die Augsburger „Allgemeine Zei-
 1. Doch befand sich die Zeitung auch noch in
 in einer mißlichen Lage. In der napoleonischen
 re begeisterte Verehrerin des Kaisers Napoleon ge-
 ganz im französischen Fahrwasser geschwommen
 I, 122); jetzt, in der neuen Zeit, konnte sie sich
 Verhältnissen wenig befreunden. Wohl hatte sie
 und 1813 und 1814 mit in den allgemeinen Jubel
 g hinreißen lassen, bald aber stand sie den deut-
 ssen wieder durchaus kühl gegenüber und brachte
 jen Zustände nur das Nötigste. Dagegen wandte
 or Frankreich ihre lebhafteste Aufmerksamkeit zu.
 widmete sie dem dortigen Parteileben viele Spal-
 t langen Protokollen gestattete sie den breitesten
 : besaß sie denn auch in Paris eine ganze Anzahl
 n, von denen ein Baron von Eckstein lange Zeit
 erte. Doch war Eckstein keine makellose Persön-
 Redakteur Stegmann sagt einmal, er sei 1815 der
 3 gewesen und „auch sonst nicht unbedenklich.“ **)

wenigen, daß die „Allgemeine Zeitung“ über
 achte, entfiel fast gar nichts auf die Heimat der
 Bayern. Von dem, was sich dort ereignet, was
 iter erfüllt, wird nur das Wichtigste trocken regi-
 3 mehr wurde über Oesterreich mitgeteilt. Durch die
 ze war das österreichische Volk einigermaßen aus-
 r- und Bachhähndel-Stimmung“ aufgerüttelt worden
) nun etwas mehr über die Weltverhältnisse zu
 Die Wiener Zeitungen boten ihm aber nichts, und

nach Börnes Aufsatz „Die Freiheit der Presse in Bayern“ in
 en Schriften.

end, D. Allgem. Zeitung. München 1898, S. 190.

so griff es denn zur Cotta'schen „Allgemeinen Zeitung“, die am wenigsten von dem großen politischen Sturm und Drang erfaßt waren. Die Auflage der Zeitung, die 1812 bis auf 1007 Abonnenten zurückgegangen war, stieg darauf 1815 bis auf 2719 Exemplare. Dieser österreichische Leserkreis ist dann der Zeitung jahrzehntelang treu geblieben.

Unter diesen Umständen war es natürlich, daß sich Johann Friedrich Cotta nach tüchtigen österreichischen Mitarbeitern um sah. Am liebsten hätte er sich wohl Friedrich von Senz gewunnen, den berühmten literarischen Helfer Metternichs, aber dieser zeigte keine Lust, sich an bestimmte Pflichten zu binden; doch besuchte er Cotta gern auf der Durchreise in Stuttgart, wobei er dann mit ihm die jeweilige politische Lage besprach, und nahm auch, als er am 12. Dezember 1818 durch Augsburg kam, als literarischer Grandseigneur die Aufsichtung des Redakteurs Stegmann in seinem Quartier, den drei Mohren, entgegen.*) An Beiträgen hat er in dieser Zeit nur zwei geliefert, 1816 einen Aufsatz über das österreichische Papiergeld und 1817 einen anderen über die österreichische Bank. Die politischen Aufsätze, die er sonst schrieb, veröffentlichte er im „Österreichischen Beobachter“, oder in der „Wiener Zeitung“, von wo sie dann die „Allgemeine Zeitung“ regelmäßig übernahm. Diese Artikel erschienen aber natürlich ohne Angabe des Verfassers.

Da nun Senz nicht zu erlangen war, so wandte sich Cotta an Pilat, den Redakteur des „Österreichischen Beobachters“ (Vergl. Bd. II, S. 224); auch dieser stand ja mitten im politischen Getriebe und kannte Metternichs Ziele und Wünsche ganz genau, da er jahrelang dessen Privatsekretär gewesen war. Doch auch mit ihm ließ sich nicht leicht verkehren; auch er besaß eine recht hohe Meinung von sich und setzte sich Cotta gegenüber auf ein sehr hohes Pferd. Wohl fand er sich bereit, „über die politischen und anderen mehr oder weniger in dieses Fach einschlagenden Ereignisse des österreichischen Kaiserstaates“ Artikel zu liefern, für deren

* Senz, S. 214.

enanigkeit er sich verbürge, aber nur unter der Bedingung alle anderen Artikel über Oesterreich gänzlich offen bleiben.“ Zugleich verlangte er die strengste seines Namens. Auf diese harten Bedingungen gestellte dadurch seine Zeitung vollständig in den österreichischen Regierung, jedoch ganz im geheimen, Redakteur Stegmann erfuhr nicht einmal, daß die, die jetzt aus Wien unter dem Pseudonym „Ari-“, von Pilat herrührten. Aus dem Geiste, den sie man ihre Herkunft allerdings erraten. Später sogar die Pilat gemachten Konzeptionen noch da- einen Redakteur Stegmann antwies, künftig auch einen von denjenigen Artikeln anderer Zeitungen nen, gegen die in dem „Österreichischen Beobachter“ rde, das heißt also, die dem „Österreichischen Be- irgend welchem Grunde nicht genehm waren. Da- ie Zeitung zur vollständigen Schleppenträgerin der Politik gemacht; sie durfte nicht ein einziges freies terreich äußern.

er unerhörten Zugeständnisse erhielt nun Cotta aber t einmal das entsprechende Äquivalent; Pilat zeigte in sehr unregelmäßiger Korrespondent, der zuweilen sagte. Allerdings war dies weniger seine Schuld, wieg hier auf Wunsch von oben. Die Wiener Re- s nicht gern, daß die österreichischen Verhältnisse viel in der Presse besprochen wurden, und so kam ches Wichtige ganz unerörtert vorüberging, zum ergnügen Cottas. In einem längeren (von Heyck brieft an den bayerischen Gesandten in Wien, Grafen ht denn auch Cotta einmal seinem Unwillen rückhalt- gegen keine Macht hat die „Allgem. Btg.“ von jeder nung beobachtet“, schrieb er, „als gegen Oesterreich. erwähnen jener in der ganzen bonapartistischen Epoche oft zu den unangenehmsten und gefährlichsten Er- hrenden Rücksicht Um mir fortwährend Artikel te des österreichischen Gouvernements zu verschaffen,

trat ich längt in engere Verhältnisse mit dem Redacteur der „Oesterreichischen Beobachter“, Herrn von Pilat. Wenn ich jetzt genöthigt werde, drucken zu lassen, wie viel Geld mich dieses Verhältniß gekostet hat, und welche seltenen, mangelhafte und unbedeutende Nachrichten ich für so bedeutende Summen erhalten habe, wird das Urtheil der billigen Besewelt wahrhaftig nicht gegen mich anfallen. Ebensowenig versäumte ich es, mir das Wohlwollen des Hofrates v. Genz zu erwerben. Allein ich gewahrte bald, daß es schwer sei, Herrn v. Pilat so viel anzubieten, als ihm vielleicht (trotz des allgemeinen Widerwillens gegen seinen „Beobachter“) ein Verbot der „Allgem. Ztg.“ in Oesterreich einzutragen könnte. Ebenso regelmäßig wie die Aquinokstürme kamen auch gegen den Schluß jedes halben Jahres Pilatische Drohbriefe, die das nahe Verbot der „Allgem. Ztg.“ ankündigten, um jedesmal wieder durch ergiebige Zahlungen beschworen und besänftigt zu werden. Dieser unaufhörlichen Brandschätzungen müde, in denen der Name des Fürsten Rettenich ebenso verschwenderisch als unwürdig hervorgehellt wurde, begab ich mich im verfloffenen Mai (1828) selbst nach Wien, um doch endlich einmal gleich vor die rechte Schmiede zu gehen, um mich über meine Stellung offen und redlich zu erklären und die eigentliche Willensmeinung des Fürsten-Staatskanzlers zu vernehmen. Aus allem bisherigen mußte ich glauben, seine Stimme gar niemals, sondern nur die Stimme derer vernommen zu haben, die trotz der von mir bezogenen Summen doch nichts so sehr wünschten, als durch recht mißfällige Artikel den Verbot der „Allgem. Ztg.“ zu intriguiere.“ Er berichtet dann weiter, daß er Pilat zur Rede gestellt und dieser darauf „die anfänglichen Forderungen und Drohungen“ ziemlich herabgestimmt habe. Auch bei Genz sei er gewesen, und dieser habe ihm zwar unumwunden gesagt, er lobe die Gesinnung der „Allgem. Ztg.“ und ihre „Deferenz gegen den Wiener Hof“, allein es werde nicht viel helfen, die größeren Talente und die mehrere Tätigkeit ständen auf der liberalen Seite. Trotzdem verhartete Cotta in seiner „Deferenz“ und gab sich nach wie vor alle Mühe, „Winkle im Sinne des Fürsten Rettenich“ aus Wien zu erhalten und damit die klägliche Politik des

Stillstandes und der Unterdrückung alles geistigen Lebens zu befürworten und zu fördern.

Wahrhaft kläglich sah es mit den Nachrichten über Preußen in der „Allgem. Ztg.“ aus. Schon in der napoleonischen Zeit war das nordische Königreich nur wenig beachtet worden, aber auch nach seiner heldenmütigen Erhebung wurde es kaum einiger Zeilen gewürdigt. Es erhielt etwa so viel Raum wie Hessen-Darmstadt oder Nassau. Von 1813 ab sandte der Freiherr von Stein dem Blatte öfters Nachrichten, aber das Verhältnis gestaltete sich nicht inniger, weil den begeisterten Freund freiheitlicher Institutionen die Metternichschen Grundsätze, die in der Zeitung vertreten wurden, beständig verletzten. *) Zur Zeit des Wiener Kongresses erhielt das Blatt auch verschiedene Artikel von Hardenberg, in denen der Staatskanzler für die Teilung Sachsens Propaganda machte. Diesen Ausführungen trat aber die bayrische Regierung stets entgegen, und Montgelas ließ sogar, um kräftiger zu wirken, die Entgegnungen aus Berlin datieren. Auch später wandte sich Hardenberg dann und wann in Privatschreiben an Cotta mit der Bitte, diese und jene Mitteilung in der „Allgem. Ztg.“ zu veröffentlichen, doch „nicht als offiziell, aber mit dem Gepräge der Authentizität.“ Zu engeren Beziehungen kam es jedoch nicht. Über die Verfassungspläne Hardenbergs und auch sonst über diese und jene Vorfälle in Berlin machte dann und wann Barmhagen von Ense Mitteilungen. Merkwürdigerweise nahm die Redaktion auch mehrere Artikel von dem in das reaktionäre Fahrwasser geratenen Friedrich von Cölln über die Beschränkung der akademischen Freiheit auf. Berufsmäßige Korrespondenten scheint die Zeitung in den in Rede stehenden Jahren in Preußen aber nicht besessen zu haben. Ernst Moritz Arndt, an den sich Cotta wiederholt wandte, lehnte ab, „aus mehreren Ursachen“, schrieb er, „teils wegen meiner äußeren Verhältnisse, teils wegen meiner Neigung“. **)

*) v. Gagern, Mein Anteil an der Politik. Stuttgart, 1833, Bd. IV, in verschiedenen Briefen Steins an Gagern.

**) Goethe vermutete unter den norddeutschen Mitarbeitern der „Allgem.

Diese Armfeligkeit in der Berichterstattung über die Verhältnisse in Oesterreich und Preußen hatte aber nicht bloß ihren Grund in dem starken Interesse, das die Redaktion nach wie vor Frankreich widmete, und etwa noch in den Rücksichten, die sie den beiden Mächten gegenüber beobachtete, auch nicht in dem Mangel an geeigneten Mitarbeitern: sie ergab sich auch aus den Veranlassungen, die der Rotstift der Zensur in den eingesandten Artikeln anrichtete. Oft blieb von den Korrespondenzen kaum die Hälfte, manchmal nur ein Viertel stehen; dazu kam noch, daß wichtigere Artikel nicht in Augsburg, sondern in München zensuriert wurden. Dort blieben sie aber zunächst tagelang in den Bureaus liegen, und wenn der Ministerpräsident Montgelas verreist war, wochenlang, und waren dann, wenn sie zurückkamen, veraltet und völlig deplatziert, mußten nun aber, da einmal von oberster Stelle begutachtet, auf jeden Fall abgedruckt werden. Das Erscheinen solcher veralteter Artikel mußte aber dem nicht eingeweihten Leser ganz unverständlich und unbegreiflich sein, so daß sich Stegmann, wie Heyd mitteilt (S. 211), dann wahrhaft schämte und vorsorglich Klage an Gotta sandte, um dessen Verwunderung und Kritik vorzubeugen.

Nicht selten hatte die Zeitung auch unter der geistigen Unzulänglichkeit des Augsburger Zensors (die Person wechselte oft) zu leiden. Heyd erzählt folgenden Fall: Die Beilage vom 11. April 1815 wollte einen Artikel über die Wiederherstellung der Jesuiten bringen. Der Zensor bemerkte dazu: „Dieser Auszug scheint aus Arnolds Blick aus der Zeit für [l. auf] die Zeit

Itg.“ auch den ihm so unsympathischen Adolph Müllner in Weihenstephan, den Verfasser der „Schuld“, und widmete ihm daher folgenden Stachelvers:

W r.

Etwas ist er, muß auch was schreiben,
Denn immer etwas ist der Schein,
Nun aber in der Allgemeinen
Wird er doch immer mehr gemein.

Doch gehörte Müllner nicht zu den Korrespondenten der „Allgem. Itg.“, er schrieb nur für das Gotta'sche „Morgenblatt“ und das mit ihm verbundene „Literaturblatt“. Der Stachelvers ist erst jetzt aus der Sophienausgabe, Band 5, S. 202, bekannt geworden.

eint ist: Dies scheint ein Auszug u. s. w.) „und
er Voraussetzung nach der früheren Bemerkung über
nicht passieren.“ Der Redakteur Stegmann sandte
auskript ein und fügte hinzu, der Aufsatz sei durch-

Arndts Schrift, sondern die Arbeit eines Korre-
: bitte den Herrn Assessor untertänigst um die Er-
Abdruck, da die Wiederentfernung viel Derangement
:. Der Zensur erwiderte darauf, jedenfalls müsse
el alles, was aus der Schrift des Arndt entlehnt sei,
werden. „Und wahrscheinlich ist das Ganze Auszug
:gte er trotz der Versicherungen Stegmanns nochmals
schlich war der Artikel von Böttiger verfaßt.

Zensurhändel, bemerkte Stegmann senkend bei der
dieses Konfliktes, habe er aller Augenblicke. Doch
j die Drangsale noch, so daß Stegmann am 4. Ja-
in seiner Not Cotta gegenüber klagte, er werde immer
gefaßt; alle wichtigen Aufsätze über deutsche Ange-
darunter von Friedrich Schlegel, Fr. Roth, Thiersch,
München liegen, ebenso die Korrespondenzen von Usteri
ische Angelegenheiten. Allein die schlimmsten Zeiten
erst noch kommen, als die Wirkung der Karlsbader
:intrat. Diese Periode ist aber erst im nächsten Ab-
behandeln.

den sonstigen Zeitungen Bayerns war der „Korre-
von und für Deutschland“ das verbreitetste und
Blatt. Seine Napoleon-Schwärmerei hatte er über-
bergl. Bd. II, S. 119) und äußerte nun, wie Görres
t (Rh. M. Nr. 80) „eine muntere Lebenskraft“. Un-
blieben auch ferner der „Fränkische Merkur“ in Bam-
tet von Dr. K. F. G. Wezel, die „Würzburger Zei-
: „Bayreuther Zeitung“, die protestantische „Augsburger
ung“ und die katholische „Augsburgische Ordinari-Post-

Die beiden letztgenannten Blätter erschienen auch noch
vor in einem so altväterischen Gewande, als hätte seit
hierzog Jahren jede Entwicklung vollständig still gestanden.
In der Hauptstadt München vegetierten die beiden Blätter,

die „Münchener politische Zeitung“ und die „Königlich privilegirte bayerische Nationalzeitung“, nur so hin. 1820 ging dann das letztgenannte ein.

2. Die Zeitungen in Oesterreich. Geringes politisches Leben. Die „Wiener Zeitung“. Ihre Pächter, die von Ghelenschen Erben. Geng setzt bestimmte Normen für das Blatt fest. Kourad Bartsch, der erste berufsmäßige Journalist Oesterreichs. Seine Leiden und Schicksale. Sein Gegner Geng. Die Leistungen der „Wiener Zeitung“. Der „Oesterreichische Beobachter“. Wird von Geng bevorzugt. Beschwerde des Pächters der „W. Zig.“ über den „Beob.“. Haltung des „Beobachters“. Adam Müllers „Vote in Tyrol“. Die „Prager Zeitung“.

Zwar hatte auch auf der österreichischen Presse während der napoleonischen Zeit die Faust des fremden Eroberers schwer gelastet, aber doch nur verhältnismäßig kurze Zeit, und als dieser Druck anhörte, nahm die österreichische Journalistik sehr bald wieder ihre frühere Physiognomie an. Von dem frisch quellenden politischen Leben, wie es sich besonders am Rhein und in Mitteldeutschland seit 1814 in so mannigfacher Weise äußerte, war hier aber nur wenig zu verspüren. Nach wie vor lebte man an der Donau nur dem behaglichen Genuße. Die Scheu der österreichischen Minister des achtzehnten Jahrhunderts, eine Zeitung „zum Sprachrohr der Staatsverwaltung an das Publikum“ zu machen, hatten die leitenden Staatsmänner der neuen Zeit zwar mehr und mehr überwunden, aber zu der Ansicht, daß auch das Volk ein Recht habe, zu sagen, was es meine oder gar wünsche, vermochten sie sich doch nicht emporzuschwingen. „Es ist nicht das System der österreichischen Regierung,“ schrieb Börne in seiner Abhandlung „Denkwürdigkeiten der Frankfurter Jenjur“, die „öffentliche Meinung für sich zu stimmen, sondern sie erkennt gar keine solche an, und sie würde darum ein Lob aus deren Munde, von ihren Untertanen ausgesprochen, ebenso unwillig zurüdwiesen.

wie einen Tadel. Dieses ist sehr folgerichtig. Die öffentliche Meinung ist eine Macht im Staate; um ihre Gunst buhlen, das heißt sie anerkennen, und sie anerkennen, das heißt ihr huldbigen.“ Nichts aber lag der österreichischen Regierung ferner, als der öffentlichen Meinung irgend ein Recht zuzugestehen. Und das Volk ließ sich in seiner großen Mehrzahl die Bevormundung auch weiterhin ruhig gefallen, brauchte es sich doch bei dieser obrigkeitlichen Fürsorge dann um die Staatsangelegenheiten nicht weiter zu kümmern.

So blieb es denn auch weiterhin in Wien bei den beiden amtlichen Zeitungen, der „Wiener Zeitung“ und dem „Österreichischen Beobachter“; erstere war das streng offizielle Organ der Regierung, letztere das offiziöse Organ des auswärtigen Amtes. Wem diese beiden Blätter nicht genügten, der mußte sich eine ausländische Zeitung halten; die Auswahl war jedoch nicht groß, da die meisten ausländischen Zeitungen in Österreich verboten waren. Man griff dann meist zur Cottaschen „Allgemeinen Zeitung“, die, wie wir im ersten Teile dieses Kapitels gesehen haben, ihre Haltung angelegentlich nach den Wünschen der österreichischen Regierung richtete und darum die einzige große fremde Zeitung war, die während der ganzen bedrückten Zeit unangefochten in Österreich geduldet wurde.

Die „Wiener Zeitung“ war von Haus aus ein reines Privatunternehmen, für das die van Ghelensche Buchdruckerfamilie das Privileg erworben hatte. Bei der abermaligen Versteigerung am 1. Juli 1811 erstanden bei starker Konkurrenz die van Ghelenschen Erben das Privileg aufs neue mit dem Meistgebot von einer jährlichen Pacht von 26050 Gulden in Obligationen. In anbetracht der niedrigen Auflage der Zeitung muß dieser Pachtshilling sehr hoch erscheinen; doch wurde damit wohl hauptsächlich das Inseratenprivileg bezahlt, denn die „Wiener Zeitung“ war das einzige Insertionsorgan der Stadt, und so wurde denn auch in einer amtlichen Denkschrift aus jener Zeit das jährliche Erträgnis der „Wiener Zeitung“ auf 91000 Gulden geschätzt. Bei der Versteigerung des Privilegs 1817 ging dann aber der Pacht-

schilling zurück; die von Ghelenschen Erben brauchten nur noch 19050 Gulden, jedoch in Metallgeld, zu bezahlen. *)

Sehr lange war das Verhältnis der „Wiener Zeitung“ zur Staatsverwaltung durchaus unklar und unbestimmt gewesen; bei der Versteigerung des Privilegs 1811 hatte jedoch Geny in einem offiziellen Gutachten feste Linien gezogen, innerhalb deren sich nun künftighin das Blatt bewegen mußte. Er gab damit die Richtschnur für die nächsten Jahrzehnte. In diesem erschien das Blatt in drei Abteilungen. In der ersten wurden die Ereignisse des In- und Auslandes mitgeteilt, in der zweiten die Gesetze und Verordnungen der Staatsverwaltung, alle Verfügungen der nieder-österreichischen Landesregierung und alle Justiznachrichten, während die dritte Abteilung die Inserate der Privatpersonen enthielt. Dabei wurde ein ganz besonderer Wert darauf gelegt, daß nur die zweite Abteilung als amtliches Blatt angesehen werde. „Diese Abteilung ist daher allein unter dem entsprechenden und von den übrigen Teilen unterscheidenden Namen Amtsblatt kundzumachen,“ heißt es in der Instruktion für den Pächter. Inbezug auf die erste Abteilung mußte sich der Verleger verpflichten, „es sich zu einem allgemeinen Grundsatze zu nehmen, in der geschichtlichen Darstellung der Zeitereignisse sich bloß auf Erzählung der Tatsachen zu beschränken, ohne dieselben mit eigenen Betrachtungen zu beleuchten, oder ihnen bestimmte Deutungen zu geben.“ Die Wahl des Redakteurs blieb dem Pächter überlassen, doch hatte dieser die gewählte Person der Polizei-Hofstelle anzuzeigen, worauf es dieser vorbehalten blieb, „wenn sie sich über die Wahl des Individuums mit der k. k. Staatskanzlei und der böhm.-öster. Hofkanzlei deshalb einvernommen haben wird, für den Fall der Bedenklichkeit eines solchen Individuums denselben auszuschließen.“

Einem geeigneten Redakteur zu finden, war aber schwer, denn Wien besaß damals keine publizistische Kraft von Bedeutung; die

*) E. B. Jenker, Die Gesch. der „Wiener Zeitung“ in ihrem Verhältnis zur Staatsverwaltung, eine Abhandlung in der Zeitschrift „Zur Gesch. der kaiserl. Wiener Zeitung.“ Wien 1903, S. 36.

elenschen Erben betrauten daher schließlich den Journalonrad Bartsch mit der Redaktion, obwohl dieser nicht n Anforderungen der Hofkanzlei entsprach. Immerhin : sie Bartsch unter dem 7. März 1812, so daß dieser der n Amts wegen eingesetzte Redakteur der „Wiener Zeitung“ n ist. Zudem darf er auch als einer der ersten, wenn erhaupt als der erste berufsmäßige Journalist Österreichs et werden. Er wurde 1759 zu Wien geboren und wendete) mit einem gewissen Enthusiasmus der literarischen Tätig- Schon 1778 und 1779 finden sich kleine Arbeiten von der „Wiener Realzeitung“ und dem „Ungarischen Ma- Aus der Schule von Sonnensfels hervorgegangen, schloß jener kleinen Gruppe von jungen Aufklärern an, welche n einer rationalistischen Reform auf allen Gebieten des :bens, wie sie die josephinischen Jahre gezeitigt hatten, mit on Freiheit und Verfassung, wie sie in der französischen ion hervortraten, zu verbinden suchten. Daraus ergab Bartsch eine gewisse Vorliebe für Frankreich, die ihn eit seines Lebens beherrscht hat und ihm bisweilen sogar nisvoll geworden ist. Im Jahre 1789 erhielt er sodann lle eines Hofkonzipisten der böhmisch-österreichischen Hof- behielt aber dabei so viel freie Zeit, daß er 1782 noch aktion der „Wiener Zeitung“ übernehmen konnte. Seine ung der französischen und niederländischen Verhältnisse er höheren Orts wenig Beifall, und als er im Februar 1795 gestaltung der Landesverfassung in den vereinigten Nieder- mit einer gewissen Sympathie besprochen hatte, erregte er e heftige Unzufriedenheit des Kaisers Franz. In einem idigen Handschreiben an den obersten Direktorialminister Kolowrat rügte der Kaiser, daß in der letzten Nummer iener Zeitung“ jene Veränderung „mit so lebhaften und a Farben geschildert wurde, daß hiervon die übelste Ein- auf das Publikum entstehen könne“; es sei sowohl der ir, wie der Zensor zu bedeuten. In einem längeren n an das Direktorium suchte sich Bartsch zwar zu recht- seine Situation war jedoch erschüttert, worauf er schließ-

lich 1799 auf Wunsch des Ministers von Thugut von seinem Posten „entfernt“ wurde. Das Genauere darüber ist in dem Wiener Polizeiarhive nicht angegeben. Bald darauf (1801) quittierte Bartsch auch den Staatsdienst und beteiligte sich an den Geschäften eines Großhändlers. Das Unternehmen prosperierte aber nicht, und die Firma mußte schließlich liquidieren, worauf nun Bartsch 1812, wie schon erwähnt, aufs neue die Redaktion der „Wiener Zeitung“ übernahm und bis 1817 führte. Seine Haltung gab jedoch abermals zur Unzufriedenheit Anlaß; besonders wurde ihm wieder zu große Franzosenfreundlichkeit vorgeworfen, namentlich als 1813 der Kampf gegen Napoleon begann. Einer seiner Hauptgegner in dieser Zeit war Genß, der alles daraufsetzte, ihn wieder zu beseitigen. „Daß der Redakteur der ‚Wiener Zeitung‘ ein geheimer Verbündeter unserer Feinde ist,“ schrieb er am 13. September 1813 an Metternich, „darüber kann kein Zweifel mehr obwalten . . . Die Art, wie dieser Redakteur seine Artikel zu stellen und zu kombinieren weiß, spricht ebenso wohl für seine Geschicklichkeit, wie für seinen bestimmten Willen, Böses zu stiften und mit einem hämischen, der Sache höchst nachtheiligen Sinne zu Werke zu gehen. Durch die Zensur ist diesem Übel auch gar nicht abzuhelfen, denn mit Leidwesen muß ich die Bemerkung machen, daß weder L (Webzeltern) noch irgend jemand in der Staatskanzlei für diese Dinge Einsicht und Takt genug besitzt, um einem so verschmitzten Patron, als dieser Bartsch sein muß, die Spitze zu bieten. Man scheint ihn vielmehr, vermutlich aus Mangel an Beurteilungskraft, zu protegieren. Das ist nun einmal die Erbkrankheit dieser Zeit. Die Regierungen werden durch ihre eigenen Instrumente ohne Unterlaß verletzt und verraten.“ Aber Metternich setzte diesen heftigen Beschuldigungen doch kein all' zu großes Gewicht bei, und da Bartsch mittlerweile wohl auch noch vorsichtiger wurde, so mußte Genß schon einige Monate später zugeben, daß sich der Redakteur der „Wiener Zeitung“ jetzt „vernünftig und bescheiden“ betrage. Trotzdem wurden immer wieder Anklagen und Verdächtigungen wider ihn laut, und es drohte ihm im Mai 1815 eine abermalige Entlassung, doch wurde diese auf seinen „ehrfurchtsvollen Rekurs an Se. Majestät“

ungeändert, daß er wenigstens die Redaktion des inländischen der Zeitung behielt und diesen dann bis zu seinem 1817 (Tode leitete. *) Nach ihm wurde J. C. Bernard Leiter der Zeitung.

Die Leistungen der Zeitung blieben fort und fort sehr obgleich das Blatt vom 1. Okt. 1813 ab täglich erschien. Die Redaction in der Berichterstattung, die schon unter Bartsch übrig gelassen hatte, nahm auch unter Bernard nicht ab zu. Die Meldungen von den Kriegsschauplätzen folgten meistens in beträchtlichen Intervallen nach und beschränkten sich meistens auf die Wiedergabe der offiziellen Bulletins. Allerdings das ja auch an der Stellung der „Wiener Zeitung“ als öffentlichen Blattes, das sich in der Kriegsberichterstattung größtentheils auf die Wiedergabe der offiziellen Bulletins beschränkte. Von der Schlacht bei Leipzig bringt die Zeitung die erste Kunde erst in der Nummer vom 26. Oktober. Hier erstattet sie nämlich über den am 24. desselben Monats gehaltenen feierlichen Fest der F.M.L. Grafen Neypperg in Wien, der „mit umständlichen Berichten“ über die „ewig denkwürdigen Siege“ eingeleitet war. Der Artikel gedenkt der Freudenbezeugungen des „engeströmten wonnetrunkenen Volkes“, des feierlichen Festes in der Metropolitankirche zu St. Stephan und der feierlichen Stadtbelenchtung, womit der Tag des Jubels beglücklicht wurde. Die folgende Nummer vom 27. bringt militärische Nachrichten und Auszeichnungen anläßlich des glücklichen Ausganges der Schlacht, und erst die weiteren Blätter veröffentlichen die Nachrichten vom Kriegsschauplatze. Auch bei dem nächsten großen Ereignis, der Flucht Napoleons von Elba (26. Februar 1815), bringt die Zeitung die Berichterstattung nur langsam nach. Die Nummer vom 27. veröffentlichen die bekannte Nacht-Erklärung des Wiener Congresses gegen Napoleon, und erst die folgende Nummer vom 28. — also zwanzig Tage nach dem Ereignisse — ver-

gen Guglia, Zur Gesch. d. „Wiener Zeitung“ im Zeitalter der Restauration und Napoleons in der Festschrift „Zur Gesch. d. kaiserl. Wiener Zeitung“ Wien 1903, S. 117.

öffentlich (nach der „Allgem. Ztg.“) die ersten noch sehr unbestimmten Nachrichten, die aus Livorno und Florenz eingelaufen waren. Rascher funktionierte der Apparat der Berichterstattung nach der Schlacht bei Waterloo, deren Erfolg in einer außerordentlichen Beilage bekannt gegeben wurde. *)

Etwas mehr als die „Wiener Zeitung“ bot der „Österreichische Beobachter“, das Leibblatt des Herrn von Genz (Vergl. Vb. II, S. 220), denn dieser suchte seine Zeitung zu fördern, wo er nur konnte. Als im Herbst 1813 der Redakteur Pilat befürchtete, das amtliche Blatt werde jetzt durch die offiziellen Bekanntmachungen und Proklamationen allzusehr gewinnen — auch das berühmte Manifest aus der Feder von Genz, mit dem Österreich dem Kaiser Napoleon den Krieg erklärte, mußte zuerst (am 19. August 1813) in der „Wiener Zeitung“ erscheinen —, erwiderte ihm Genz: „Sorgen Sie sich nicht um den ‚Beobachter‘. Schon die Gesinnung wird ihn immer hoch über die armselige Region halten, worin die ‚Wiener Zeitung‘ kriecht.“ Und am 19. Oktober schrieb er ihm: „Den ‚Beobachter‘ rühme ich durch alle Prädikamente und gebe der ‚Wiener Zeitung‘, so oft ich kann, solche Genickstöße, in der Meinung, daß Ihr erster Assoziiertes nicht besser operieren könnte.“

Es war daher sehr natürlich, daß sich die Pächter der „Wiener Zeitung“ schließlich über diese Bevorzugung des „Beobachters“ bei der Regierung beschwerten, aber Genz war nicht der Mann, sich dadurch etwa beengen zu lassen; mit höhnischer Geringschätzung schreibt er unter dem 26. Oktober 1813 an Metternich: „Ich höre, daß die ‚Wiener Zeitung‘ einen abermaligen Schritt (die van Ghelenschen Erben hatten sich schon zweimal, am 7. Febr. und am 18. Sept. 1812, beschwert) gegen den ‚Beobachter‘ getan und diesen mit einem förmlichen Prozesse bedroht hat. Dies ist ein Grad von Unverschämtheit, der alle Erwartungen übersteigt. Es scheint diesen Menschen gar nicht zu ahnen, daß nur eine ganz außerordentliche Langmut die Regierung be-

*) Emil Löbl, Die Entwicklung der journalistischen Technik in der „Wiener Zeitung“ in der Festschrift „Zur Gesch. d. kais. Wiener Zeitung“. Wien 1903, S. 45.

stimmen kann, ihnen nicht das durch Treulosigkeit und Bosheit längst verschmerzte Privilegium zu nehmen und sie aus der Stadt zu jagen. Und sie wollen einer von Ew. Exzellenz unmittelbar beschützten Zeitung den Prozeß machen! Was Pilat hierüber sagt, ist nicht phantastisch. Sehr richtig vielmehr und sehr hübsch schreibt er: „Der, welcher Napoleon besiegte, wird doch vor Bartsch und Lebzeltern nicht weichen? Ich glaube alles Ernstes, daß Ew. Exzellenz die Annahme des Prozesses durchaus untersagen müßten, weil es mir ein wahrer Skandal scheint, daß 6 oder 8 Monate lang vor gemeinen Gerichtshöfen darüber verhandelt werden soll, ob der, welcher heute Europa wieder aufbaut, das Recht hat oder nicht, einen Artikel in eine Zeitung setzen zu lassen, die unter seiner Autorität und gleichsam unter seinen Augen gedruckt wird.“ Die van Ghelenschen Erben waren denn auch klug genug, von einem Prozesse abzusehen und sich schließlich mit der Tatsache abzufinden, daß die Regierung für ihre halbamtlichen Kommunikationen den „Beobachter“ bevorzugte, eben weil er in keinem seiner Teile einen amtlichen Charakter hatte. Nebenbei mochten sie auch wohl erwägen, daß Genz mittlerweile amtlicher Zensor der Staatskanzlei geworden war und sie unter Umständen außerordentlich schikanieren konnte. Später besserten sich die Verhältnisse etwas, so daß auch die „Wiener Zeitung“ hie und da einen Artikel von Genz erhielt; immerhin war doch der „Beobachter“ stets das bevorzugte Blatt. Als der zweite Pariser Friede unterzeichnet war, lieferte Genz über diesen zwei Aufsätze, den einen für die „Wiener Zeitung“, den andern für den „Beobachter“, aber jene bekam nur (wie Genz an Pilat schrieb) das „nackte Faktum der Unterzeichnung“, dieser den Inhalt der Hauptartikel.*

Die Haltung des „Beobachters“ entsprach natürlich ganz den Grundanschauungen Metternichs und dessen Beraters Genz. So lange die Sache Napoleons noch nicht entschieden war, bis Anfang März 1814, behandelte das Blatt die Person des Kaisers noch mit großer Vorsicht und Rücksicht; zugleich beobachtete es ein

*) Uglia in der Feitschrift d. „Wiener Zeitung“, S. 120—122.

vollständiges Stillschweigen über alles, was die Prinzen aus der vormaligen königlich-französischen Familie betraf, die sich doch schon sehr lebhaft regten und in den Vordergrund zu drängen suchten. Als dann aber die Sache Napoleons definitiv verloren war, änderte der „Beobachter“ rasch sein Verhalten; er wurde ein lebhafter Fürsprecher der Bourbonen, und Genz selbst, durch das Gold Ludwigs XVIII. bestochen (Vergl. Bd. II, S. 226), schrieb für die Zeitung verschiedene Artikel und trat mit seiner ganzen glänzenden Beredsamkeit für die unumschränkte Wiederherstellung des alten Thrones ein. Dabei verfocht er auch ohne Strupel die Belassung von Elsaß und Lothringen bei Frankreich, worauf Görres im „Rheinischen Merkur“ den „Beobachter“ heftig angriff, freilich ohne damit, wie man weiß, irgend etwas zu erreichen. Auch weiterhin war der „Beobachter“ weit davon entfernt, die Interessen Deutschlands zu fördern. Überall, wo sich der deutsche Gedanke zeigte, trat er ihm entgegen, und als die Wartburgfeier bekannt wurde, war er es besonders, der sich heftig gegen diesen jugendlichen Enthusiasmus wandte, was das „Oppositions-Blatt“ in Weimar veranlaßte, mit aller Schärfe gegen den „Beobachter“ vorzugehen. Aber die Politik Metternichs dominierte, und damit erhielt die Haltung des „Beobachters“ ihre Sanktion.

Als eine Art Absenker des „Beobachters“ kann der „Bote in Tyrol“ betrachtet werden, den Adam Müller 1814 herausgab, als er Landeskommissär und Landwehrmajor in Tirol war. Wie sein Freund Genz, so tat auch er alles, sein Heimatland Preußen herabzusetzen, zu verdächtigen und zu schädigen; dabei verirrte er sich oft in die wunderbarlichsten romantischen Phantastereien. Dem „Rheinischen Merkur“ warf er u. a. vor (7. Juli 1814), er schreibe den Sieg über Napoleon nicht Gott, sondern den Völkern zu, und da die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ gedankenlos genug war, die Auflage nachzudrucken, so rief Görres diese Beschuldigung in Nr. 89 des „Rh. Merk.“ mit sonderbarer Verachtung als „hellen, klaren Unverstand“ zurück. Solche Zurückweisungen waren dem Emporkommen Müllers in Österreich keineswegs hinderlich; er stieg vielmehr beständig höher.

ie Wiener Hof- und Staatskanzlei und wurde
in Nittersdorf geabelt.

sonstigen Zeitungen in den deutschen Erbländern
hingewiesen werden, was bereits im zweiten
f. ausgeführt wurde. Doch mag noch einiges
: Zeitung“ bemerkt werden. Sie hatte bis-
Oberpostamtszeitung“ geführt und war immer,
napoleonischen Kriege, obgleich in dem kriti-
1813 kein geringerer als Genß sie geleitet
tig gewesen. Unter einer überaus ängstlichen
gar die Inschriften bei öffentlichen Beleuchtungen
prüfung auf ihre Zulässigkeit unterzogen. Um
noch mag da der Druck der Zensur auf dem
r Zeitung gelastet haben! Mit dem Jahre 1814
y in dem Blatte ein etwas regeres Leben be-
schien es jetzt täglich mit Ausnahme der fünf
und des 18. Oktobers, des Tages der Schlacht
Redakteur Wolfgang Adolf Gerle war ein um-
mittelsreicher Mann, der auch bedeutende Mit-
richten verstand. So gewann er Karl Maria von
Operndirektor in Prag, für sich und erhielt von
4 bis 1816 regelmäßig „Dramatisch-musikalische
weisen meldeten sich aber auch Mitarbeiter, die
dazu zahlen wollten, falls ihre Artikel aufge-
. Die Redaktion macht daher eines Tages be-
wohl interessante Aufsätze erwünscht seien, sie sich
me nicht bezahlen lasse. Die eingesandten Gelder
er abholen. Der Preis der Zeitung wechselte.
l kostete sie jährlich 14 fl. in Prag, mit der Post
im Jahre 1816 16 fl. resp. 22 fl., im Jahre 1817
fl. Als der Frost der Reaktion erschien, ging
er Zeitung“ wieder zurück, und das einzige poli-
Böhmen erschien von 1819 ab abermals nur vier-
im Umfang von vier Kleinfolio-Seiten. Dagegen
nament auf 32 fl. für Prag und 50 fl. mit Post-
ein geradezu ungeheurerlicher Preis, dem der In-

halt in keiner Weise entsprach. Deshalb wurden denn auch die Nummern der Zeitung als sehr kostbar angesehen und von der Expedition nur gegen Vorweisung einer „Zeitungsabholungskarte“ ausgegeben, auf der die Zeitungsnummern vorgedruckt waren; jede Zahl der abgeholtten Nummer wurde dick durchgestrichen. *)

Eine solche Presse konnte dem Volke natürlich nichts sein; sie mußte den nationalen Geist, der kaum erwacht war, gar bald wieder ersticken, und die Regierungsgrundsätze, nach denen dabei verfahren wurde, mußten die Nation zu den verhängnisvollsten Katastrophen führen. Das scheinen die obersten Leiter auch bisweilen dunkel geahnt zu haben, aber mit einem Leichtsinne und einer Gewissenlosigkeit ohnegleichen suchten sie die drohenden Schatten zu beschwören. „Mich und den Metternich hält's noch!“ soll Genz einmal lachend ausgerufen haben. Aber er hat nur inbezug auf sich recht bekommen, Metternich mußte den Bankerott seines Regierungssystems noch erleben.

*) M. G. Przedak, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen. Heidelberg 1904, S. 119.



Fünftes Kapitel.

Die Zeitschriften während der Periode von 1814 bis 1819.

1. Die politischen Zeitschriften der ersten Jahre. Ihr Charakter. C. C. Welckers Grundzüge, nach denen die vaterländischen Zeitschriften zu leiten seien. Ludens „Nemesis“. Goethes ablehnendes Verhalten gegen die „Nemesis“. Die Zeitschrift tritt für die Einheit Deutschlands ein; kritisiert die Bundesakte; wendet sich gegen Schmalz; sieht sich allerwärts gehemmt. Ludens Konflikt mit Kohehue. Gibt die „Nemesis“ auf. Die „Kieler Blätter“. Die Presseverhältnisse in Holstein und Schleswig. Die „Kieler Blätter“ über die Verfassungsfrage. „Die Zeiten“ von Chr. Daniel Vofß. Betonen deutsches Volkstum und deutsches Recht; treten für die Hegemonie Preußens ein; wenden sich gegen Schmalz und Dabelow. Der „Hermann“, eine Zeitschrift für Westfalen. Widmet sich vorwiegend der Volkswirtschaft und dem Ausbau der Rechtsverhältnisse. Verlangt eine feste Verfassung, Handelsfreiheit und Pressefreiheit. Wird unterdrückt. Die bayrische Zeitschrift „Allemannia“. Organ des Ministers von Montgelas. Wendet sich fortgesetzt gegen Preußen. Verspottet den „Rheinischen Merkur“; verdächtigt die nationalen Bestrebungen. Macht plötzlich eine Schwenkung und stellt dann sein Erscheinen ein.

Der lebhafteste Wunsch, den vaterländischen Geist zu heben und zu kräftigen und das Verständnis für alles das, was dem Vaterlande not tue, in die weitesten Kreise zu tragen, also eine tüchtige politische Bildung herbeizuführen, erfüllte natürlich auch alle hervorragenden Zeitschriften der in Rede stehenden Epoche. Verschiedene wurden einzig und allein zu dem Zwecke gegründet, das Gemeingefühl und den Gemeingeist zu stärken und den Wider-

streit der Ansichten über die Wege, die zu einem gesunden deutschen Staatsleben führen müßten, auszugleichen.

Bei dem breiteren Raume, den die nicht mit den Berichten über die Tagesereignisse beschwerten Zeitschriften gewährten, konnten die Verfasser hier in ihren Artikeln gleichsam tiefer Atem holen, ihre Themata erschöpfender behandeln, sich über ihre locale breiter auslassen. Allerdings erhielt dadurch manche Auseinandersetzung einen zu gelehrten, akademischen Charakter. Durch die umständliche Darstellung wurde der lebhafteste Pulsschlag, wie der Tag ihn forderte, zu sehr gedämpft.

Ausführlich gibt einmal C. T. Welcker in den „Nieler Blättern“, Bd. I, die Grundzüge an, nach denen diese vaterländischen Zeitschriften zu leiten seien. Ihre oberste Pflicht sei, führt er aus, dahin zu wirken, daß die Völker ihre nationale Eigentümlichkeit als ihr heiligstes Recht bewahren. Sehr richtig habe Niebuhr hervorgehoben, daß die innere Verbindung eines edeln Volkes durch gemeinschaftliche Nationalität und durch die Liebe zu derselben noch fester und heiliger sei, als selbst die äußere des Staatsverbandes. Darum müsse es unser ernstliches Streben sein, unsere deutsche Nationalität immer fester und edler auszubilden, alles wirklich Fremde und Schlechte in Religion, Recht, Sprache, Sitte, Kunst und Wissenschaft möglichst auszuscheiden und dem Geiste unseres Volkes gemäße Formen aus dem Leben des Volkes selbst hervorzurufen. Niemand fürchte, wie neulich geschehen sei, daß die Deutschen zu dem letzteren noch nicht reif seien. Jede Zeit, in der das Leben neue Gestaltung fordere, sei bei besonnenerer ernstlicher Sorgfalt in Bildung und Sprache reif für diese und trage in dem neuen Leben selbst die Gewähr dafür. „Von dem Volke also“, sagt er dann weiter, „von seiner Beharrlichkeit, Gesetzmäßigkeit und Besonnenheit im Guten und Würdigen, von der unselbstsüchtigen Vereinigung aller Stände für daselbe hängt es ganz vorzüglich jetzt ab, ob fernherhin eine vom Volksgeiste losgerissene, durch Ausländerei verderbte, lahme Kabinettpolitik, oder die Stimme der Ehre und Freiheit ihres Volkes die Fürsten beraten soll.“ Bei allen Wohlgesinnten nun dahin zu wirken, daß sie mit aller Hingebung auf ein durch gesetzliche Freiheit und

meingeist gesichertes Gemeinwesen hinstreben, und daß t diesem Streben für alles Vaterländische eine öffentliche Meinung gewonnen werde: das müsse en vaterländischen Zeitschriften die Hauptaufgabe bilden. iche Meinung sei ebenso die unentbehrliche Grundlage moralischen Lebens der Menschen, wie die Erde der ende Boden für das physische Dasein. Durch Ver- gkeit, Kosmopolitismus, zu große Trennung der Stände r, des Wissens vom Leben und endlich durch schmä- nderei sei uns die entschiedene öffentliche Meinung ver- tigen, und hauptsächlich infolge dieses Mangels jene Schmach über uns gekommen, die wir, ein sonst so tantes Volk, so viele Jahre hätten erdulden müssen.

Befreiungskämpfe habe aber das deutsche Volk das zu sich selbst wiedergewonnen; das sei der herrlichste blutigen Kämpfe. Gestützt auf dieses wiedergewonnene des deutschen Volkes zu sich selbst, werde es kein ver- emühen der vaterländischen Zeitschriften sein, das ge- erweiterte Dasein des deutschen Volkes zu fördern. mperamentvollste Zeitschrift dieser Periode von 1814 ud zugleich auch die erste, die auf dem Plane erschien, us „Nemesis“. Heinrich Luden, geboren am 780 in Borstede bei Bremen, wurde im Frühjahr 1806 r der Geschichte nach Jena berufen und wirkte dort re hindurch mit außerordentlichem Erfolge. Seine aren die besuchtesten der Universität. Nach längerer arb er am 23. Mai 1847. In den weitesten Kreisen ch durch seine „Allgemeine Geschichte der Völker und . Mittelalters“ und seine „Allgemeine Geschichte des lkes“ (12 Bde.) bekannt. Zur Gründung der „Re- ie er durch Karl von Grolman angeregt, den nach- ußischen General, der vor dem Ausbruche der Be- e unter dem Decknamen eines Hauptmanns von Gerlach te. Darauf knüpfte Luden bereits im November 1813 in Weimar Verhandlungen an und einigte sich mit , daß von 1814 an die geplante Zeitschrift in monat-

lichen Hefen und in Bänden zu vier Hefen mit Kupfern und Karten in Großstav im Industrie-Kontor erscheinen solle. Doch hielt es Vertuch für geraten, vorher noch das Projekt dem Geheimen Rat von Voigt und vor allem Goethe zur Begutachtung zu unterbreiten. Diesem Verlangen entsprach Luden auch sofort und sand darauf bei Voigt das größte Wohlwollen. Dieser lobte das Unternehmen und versprach alle Erleichterungen, die von ihm abhingen. Ganz anders Goethe. Er verhielt sich ablehnend und äußerte sich dabei in sehr charakteristischer Weise. „Ich habe schon vor Jahren,“ sagte er zu Luden, „offen zu Ihnen gesprochen, auf Ihre Diskretion rechnend; das will ich auch jetzt tun. Als öffentlicher Beamter habe ich gegen die Herausgabe einer Zeitschrift nichts einzuwenden. Unsere Regierung würde sich auch gewiß in dieser Zeit hartem Tadel aussetzen, wenn sie sich erlaubte, einem solchen Unternehmen entgegenzutreten. Wir haben ja — die Freiheit mit vielem Blute ruhmvoll erkämpft; was sollte uns die Freiheit, wenn wir sie nicht benutzen. Und gewiß sind wir am geeignetsten, sie durch Wort und Schrift zu benutzen, auch schon darum, weil dieses der bequemste Modus ist. Also wird die herzogliche Regierung Ihnen und Vertuch ohne Zweifel vollkommen freie Hand lassen. Eine Protektion aber kann Ihnen niemand versprechen und niemand gewähren; ein jeder bleibt billig für seine Handlung verantwortlich; Sie werden jedoch wohl auch keiner Protektion bedürfen, und sollten Sie sich jemals verleiten lassen, über die Schnur hinauszugehen, so wird Vertuch, der sich auf solche Dinge versteht, Sie schon an die Schranken mit der Inschrift: noli me tangere freundlich erinnern. Hätten Sie mich aber, ehe Sie sich verbindlich gemacht hatten, vertraulich um meine Meinung gefragt, so würde ich Ihnen gewiß das ganze Unternehmen widerraten und Sie aufgefordert haben, bei Ihren gelehrten geschichtlichen Arbeiten zu bleiben, oder vielmehr, da Sie sich schon in politica eingelassen und sogar ein Handbuch der Staatsweisheit geschrieben haben, zu Ihren gelehrten geschichtlichen Arbeiten zurückzukehren, die Welt ihren Gang gehen zu lassen und sich nicht in die Zwiste der Könige zu mischen, in welchen doch niemals auf Ihre und meine Stimme gehört werden

wollen in dieser wunderlichen und furchtbaren
11 Herausgeben, ein politisches Journal; Sie ge-
12 gegen Napoleon zu richten und gegen die Frau-
13 uuben Sie mir: Sie mögen sich stellen, wie Sie
14 en Sie auf dieser Bahn bald ermüden . . . Als-
15 sie an die Throne stoßen und, wenn auch nicht
16 af denselben sitzen, doch denen mißfallen, welche
17 n. Sie werden alles gegen sich haben, was groß
18 der Welt ist; denn Sie werden die Hütten ver-
19 Paläste und die Sache der Schwachen führen
20 der Starken. Zugleich werden Sie von Gleichen
21 ahren teils über Grundsätze, teils über Tatsachen.
22 verteidigen und, wie ich hoffen will, glücklich, und
23 Sie neue Feindschaft wider sich erwecken
24 en dürften Sie vielleicht fertig werden; wen Sie
25 n, den können Sie ignorieren Aber anders
26 Mächtigen und Großen, mit denselben ist nicht
27 u essen Den Waffen derselben hat man nichts
28 . Ich möchte unserm fürstlichen Hause keine Un-
29 n bereiten; ich möchte unser Gouvernement, das
30 000 Bajonette zu verfügen hat, in keine verdrieß-
31 lungen verwickelt sehen; ich möchte von der Uni-
32 Mitglie Sie sind, jeden Nachteil abwenden; ich
33 warum sollte ich es nicht sagen, auch an meine
34 r Wohl." Hier trat eine Pause ein, bis Goethe
35 auben Sie ja nicht, daß ich gleichgültig wäre gegen
36 een Freiheit, Volk, Vaterland. Nein; diese Ideen
37 sie sind ein Teil unseres Wesens, und niemand ver-
38 sich zu werfen. Auch liegt mir Deutschland warm
39 Ich habe oft einen bitteren Schmerz empfunden
40 nten an das deutsche Volk, das so achubar im ein-
41) miserabel im ganzen ist. Eine Vergleichung des
42 kes mit anderen Völkern erregt uns peinliche Ge-
43 elche ich auf jegliche Weise hinwegzukommen suche,
44 Bissenschaft und in der Kunst habe ich die Schwingen
45 ch welche man sich darüber hinwegzuheben vermag;

denn Wissenschaft und Kunst gehören der Welt an, und vor ihnen verschwinden die Schranken der Nationalität; aber der Trost, den sie gewähren, ist doch nur ein leibiger Trost und ersetzt das stolze Bewußtsein nicht, einem großen, starken, geachteten und gefürchteten Volke anzugehören. In derselben Weise tröstet auch nur der Glaube an Deutschlands Zukunft. Ich halte ihn so fest als Sie, diesen Glauben. Ja, das deutsche Volk verspricht eine Zukunft und hat eine Zukunft. . . . Aber uns Einzelnen bleibt inzwischen nur übrig, einem jeden nach seinen Talenten, seiner Neigung und Stellung, die Bildung des Volkes zu mehren, damit der Geist nicht verflümmere, sondern fähig bleibe zu jeglicher großen Tat, wenn der Tag des Ruhmes anbricht.“*)

Eine solche abwartende Stellung einzunehmen, verführte Luden aber nicht die geringste Neigung. Er war durchaus nicht der Ansicht, daß der „Tag des Ruhms“ durch die Kabinette herbeigeführt werden würde, und hielt es deshalb für eine heilige Pflicht des Volkes, auch weiterhin den nationalen Gedanken zu hüten und zu pflegen. Ohne Verzug ging er daher an die Verwirklichung seines Planes und sandte bereits mit dem Beginn des Jahres 1814 das erste Heft der „Nemesis“ hinaus. Mit der ganzen Wärme seines Temperaments trat er sofort mitten in die mannigfachen Fragen des Tages hinein und schrieb die Zeitschrift fast vollständig selbst. In den ersten Monaten von 1814 handelte es sich besonders um den Frieden mit Frankreich, und da wandte sich denn Luden mit aller Entschiedenheit gegen die Grundanschauung der Kabinette, man habe nicht gegen Frankreich, sondern nur gegen Bonaparte gekämpft. Die ganze französische Nation habe unaussprechlich gefrevelt, erklärt er; viel Böses, viel Verrücktes sei schon geschehen gewesen, ehe der Korze aufgetreten, und für das, was er begonnen, habe er in dem Volke stets dienstbare Geister und bereitwillige Hände gefunden. Weiterhin trat Luden lebhaft für die Einheit Deutschlands ein und wurde dabei von seinem Freunde Lorenz Oken energisch unterstützt.

*) Heinrich Luden, Rückblide in mein Leben. Jena, 1847, S. 114 ff.

fassung," schrieb dieser (Band IV, S. 114), leistung, nicht nach Handels-, Denk- und Ge- richt nach Wegschaffung despotischer Einrichtungen, achdruck, Posterpresse, unerschwinglicher Steuern: ein müssen wir fragen. Mit dem Kaiser ist das Wozu Verfassungen entwerfen, wenn man keinen von dem sie geliebt, mit Macht unterstützt, aus- — Das deutsche Volk muß daher jetzt keinen als den Kaiser. Es muß an nichts denken, nach eine Landes Schmerzen verbeißen, bis ihm dieser wird. Dann lindert sich alles von selbst." Als der Wunsch nicht in Erfüllung ging, kritisierte die "Nemesis" die unglückliche Bundesakte sehr scharf (90 u. folg.) Er tabelte, daß bei ihrer Abfassung um seine Meinung gefragt worden sei, daß der Volksbund, sondern bloß ein Fürstenbund sei. Er tadelte, wie not unserem Volke eine wahrhafte politische, daß es nur durch sie alle seine schönen) entwickeln könne, daß es nur durch sie dem über stolz und kühn dazustehen vermöge, namentlich reich und gegen Rußland hin, dessen Streben unverkennbar sei. Und trotz aller dieser Mah- die Geschichte und eine gesunde Politik uns zuge- unsere Fürsten nicht die Einheit beschlossen, sondern Bund! Dann geht der Aufsatz auf den Inhalt : näher ein und legt deren Ungereimtheit, Halt- sequenz und Nichtbeachtung der öffentlichen Meinung eimute dar. Und in einem anderen Artikel gibt inden seiner Entrüstung über die getäuschten Hoff- id. „Es ist wahr," sagt er, „dem deutschen Volke gefallen. Das, was es mit freudigem Vertrauen i Gerechtigkeit erwartet hat und nach den Grund- Zeit der Not laut ausgesprochen worden sind, mit durfte, ist nicht in Erfüllung gegangen; es sieht teuersten Hoffnungen weit zurückgesetzt; es bemerkt

mit Ingrim, wie es nicht die Früchte auf den Feltern brechen darf, die es mit seinem Blute und mit seinen Tränen gebüht hat; seine Freude hat sich in Leid verwandelt.“

Bei der Schmalzischen Denunziation des Tugendbundes schwillt natürlich auch Luden die Zornesader; das hält ihn aber doch nicht ab, auch weiterhin seine Hoffnung auf Preußen zu setzen, das unfehlbar mit der Zeit die Hegemonie über ganz Deutschland erlangen müsse. Diese Hoffnung befestigte sich in ihm umsomehr, je klarer die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes zutage trat. Eine derbe Satire auf die Kläglichkeit des Instituts brachte die „Nemesis“ in Band IX, S. 158.

Bei dem großen Druck, der sich jetzt mehr und mehr auf das ganze politische Leben legte, ward es aber der Zeitschrift nach und nach immer schwerer, ihre offene Meinung zu sagen, und als die Weimarschen Preßverordnungen vom 3. Mai 1817 erschienen waren, hätte Luden am liebsten das Unternehmen sofort aufgegeben. „Nach meiner Meinung gibt es jetzt keine Preßfreiheit mehr in unserem Lande,“ schrieb er unmutig an Vertuch, „und sie ist verfassungswidrig aufgehoben.“

Die wesentlichen Beschränkungen durch diese Preßverordnungen sollte er auch sehr bald nachdrücklich spüren; allertwärts sah er sich gehemmt, und so ruft er denn einmal in einem Briefe vom 12. Dezember 1817 an Vertuch verzweifelt aus: „Ei, Gott im Himmel, leben wir denn in Konstantinopel? Und ist das die Freiheit, die teuer erkaufte?“ Und einige Tage später klagt er dem alten Freunde: „Die Sachen werden immer bunter; die gewalttätigen oder vielmehr die feigen Eingriffe immer häufiger. Die Weimarsche Regierung scheint ihre Basis, welche die öffentliche Meinung ist, gar nicht zu kennen, und die gepriesene Weisheit wird bald Kindern zum Gespött sein.“

Aber es sollte noch schlimmer kommen. Luden hatte durch einen Schriftsteller, der damals in Weimar lebte, den Kurländer F. G. L. Lindner, einen Bericht Kotzebues an die russische Regierung erhalten, der sowohl Beleidigungen gegen Luden, wie auch Anschläge gegen die deutschen Universitäten enthielt. Mit diesem Berichte war erwiesen, daß Kotzebue, wie man schon längst ver-

Rußlands geworden war, und Luden wollte stück im Januar 1818 in der „Nemesis“ ab-
 zue dadurch der allgemeinen Verachtung preis-
 Kogebue erhielt von dem bevorstehenden Abdruck
 ste die Konfiskation der noch nicht ausgegebenen
 in, vermochte es aber nicht zu verhindern, daß
 nachher in Wielands „Volksfreund“ bekannt ge-
 ggleich nun Luden gar nicht zur Veröffentlichung
 ommen war, wurde doch gegen ihn von Kogebue
 en, was diesem um so leichter gelang, da sich
 jische und sächsische Einflüsse für ihn in Weimar

Es kam dabei zu langwierigen Verhandlungen,
 das Jahr 1819 hinein zogen und Luden viel
 n bereiteten. Er wurde für sein gar nicht aus-
 en nicht nur vom Weimarer Kriminalgericht ver-
 uch noch vom Leipziger Schöffensstuhl mit drei
 nis oder 60 Reichstalern Geldstrafe belegt.*) „Es tut
 hrieb er an Bertuch, „daß in unserem Vaterlande
 n kann. Ein Straferkenntnis gegen einen Mann,
 hens beschuldigt ist, niemals als Angeeschuldigter
 inden, niemals vernommen, niemals verteidigt ist,
 ftig — es steigt mir doch die Scham — in der
 arischen Regierung — ins Gesicht.“

: hatte er bereits Bertuch zu bedenken gegeben,
 t die Weimarische Regierung bitten sollten, daß
 i Zensur setze, weil sie irre geworden seien und
 itutis doch den molestiis libertutis vorzügen. „Wir
 jagen,“ setzt er satirisch hinzu, „daß man unter

otierte in seinem Tagebuche unter dem Datum 15. bis
 Die zwey Aushängebogen Luden contra Kogebue gingen
 . Jene Aushängebogen machten Aufsehen. Früh rückte
 us und konfiszierte die noch übrigen Exemplare. Suchte
 isiger auf. Erschienen sie übersetzt und mit Noten im
 : 13 und 14. Wurde auch auf diese Beschlag gelegt.
 r Cröferschen Buchhandlung am schwarzen Brett feilgeboten
 b ab.“ Tagebücher, 6. Band.

. Geschichte des deutschen Zeitungswesens.

Napoleon denn doch besser daran gewesen sei.“ Es blieb aber bei dem Vorschlage, denn mit der Spankraft Ludens ging es unterdessen zu Ende. Im Herbst des Jahres 1818 gab er die „Nemesis“ auf. Es sind 12 Bände zum Preise von 45 Rthn. erschienen.

Zu der „Nemesis“ gefellte sich sehr bald eine zweite Zeitschrift, die ebenfalls aus Universitätskreisen hervorging, aber neben den allgemeinen Gesichtspunkten auch die heimischen Verhältnisse mit ins Auge faßt, das Journal „Kieler Blätter“. Es begann mit dem 1. August 1815 und erschien im Verlage der Akademischen Buchhandlung in Kiel. Drei Hefte machten einen Band aus, der 5 Mark kostete. Bis Ende 1819 sind 7 Bände erschienen. Für die Redaktion zeichneten die Professoren Dahlmann, Fald, Twesten, Welder; die Herausgeber waren v. Berger, Cramer, Dahlmann, Fald, Hegewisch, Heinrich, Niemann, Pflö. Neimer, Reinhold, Twesten, Weber, Welder und Justizrat Wiedemann. Alle Gegenstände des Wissens, erklärten die Herausgeber, soweit sie unmittelbar mit dem Leben zusammen hingen, sollten in den Plan der Zeitschrift gehören.

Die Preßverhältnisse konnten dabei nicht hindernd in den Weg treten, denn sie waren die günstigsten; hatte doch König Christian VII. bereits 1770 in Dänemark, Holstein und Schleswig die vollständige Preßfreiheit eingeführt, und diese hatte sich, trotz aller politischen Stürme, ungeschmälert in den Herzogtümern erhalten. Für Dänemark war allerdings wegen des durch die französische Revolution auch hier im Norden üblich gewordenen allzu wüsten Tones unter dem 26. September 1799 eine neue Druckfreiheitsverordnung publiziert worden, die zwar keine Zensur einführte, „weil dieses Mittel einen unbehaglichen Zwang mit sich bringe für jeden guten und aufgeklärten Mann, welcher die Absicht hegt, mit seinen Einsichten zu nützen,“ aber immerhin die Grenze der Druckfreiheit möglichst genau festsetzen und für die Übertreter angemessene Strafen bestimmen sollte. Auf Holstein und Schleswig war jedoch diese Verordnung nicht gerichtet. In einem Reskript vom 1. November 1799 an die Oberbisasterien und Oberkonsistorien hieß es vielmehr: „Wir haben Uns veran-

in Unseren Königreichen gegen die eingerissenen
 Preßfreiheit eine auf die Verschiedenheit der
 eingerichtete Verordnung ergehen zu lassen. In
 Herzogtümer und deutschen Lande nebst der
 Erben, sobald die Umstände es erheischen, eben-
 dortigen Verfassung entsprechende Maßregeln er-
 Es haben sich auch daselbst von Zeit zu Zeit
 durchaus nicht zu duldenen Schreibfrechheit bliden
 aber die Hoffnung hegen, daß die pflichtmäßige
 erer Landeskollegien, dem Ubel fernerhin geseh-
 a, hinreichen wird, so haben wir hiermit nur auf
 18. October 1771 erlassene Verfügung (in der vor-
 der Preßfreiheit gewarnt wurde) von neuem auf-
 wollen.“

sigung genügte auch vollständig, besonders für die
 „, denn diese gingen über einen gewissen gemessenen
 aus. Immerhin erhoben sie dort, wo es galt,
 säße energisch zu vertreten, auch mit allem Nach-
 ume. Das geschah besonders bei der Verfassungs-
 gte Dahlmann in dem Aussage „Ein Wort über
 isführlich auseinander, daß in der Volksrepräsen-
 jassen werden solle, auch wirklich alle Stände des
 seien, und daß die Repräsentanten das Recht der
 ng, sowie Anteil an der Gesetzgebung haben müßten.
 wies in dem Artikel „Repräsentation des Bauern-
 besonders darauf hin, daß auch dem Stande der
 isher keine Rechte gehabt, eine Vertretung auf dem
 ume. Die große Begehrlichkeit des Adels dagegen,
 rechtigt sei, müsse entschieden zurückgewiesen werden.
 r der König von Dänemark, der öffentlichen Mei-
 , dennoch der Ritterschaft in Schleswig und Hol-
 Privilegien aus neue bestätigte, scheuten sich die
 r“ nicht, zu erklären, sie fänden es besser, lieber
 ng zu haben, als eine solche, in der eine besondere
 ungebührlichen Vorzug vor dem gesamten Volke

Von den sonstigen Abhandlungen seien hervorgehoben „Holsteins Eichen und Buchen“ von Prof. Niemann, „Über das Verhältnis der dänischen Sprache zur deutschen in dem Herzogtum Schleswig“ von E. C. Kruse, „Über die friesische Abstammung der alten Dithmarscher“, ohne Angabe des Verfassers und „Daniel Rangau“ von Prof. Möller in Kopenhagen.

Als die Herausgeber mit dem siebenten Bande ihr Unternehmen abschlossen, machten sie nicht die geringste Bemerkung über das Aufhören des Journals; wahrscheinlich war es ihnen verboten, anzugeben, daß sie sich nicht den Beschlüssen des Bundestages vom 20. September 1819 zu fügen vermöchten und darum die Zeitschrift lieber eingehen ließen.

Weiterhin sind bei diesen norddeutschen politischen Zeitschriften des zweiten Decenniums auch „Die Zeiten“ von Christian Daniel Vofß zu nennen, die zwar bereits seit 1805 (jährlich in 12 Stücken mit Kupfern in Großoktav zum Preise von 8 Rthl. für den Jahrgang) zunächst in Rudolstadt, dann von 1807 ab in Leipzig erschienen, aber bis 1813 einen wissenschaftlich-betachtenden Charakter trugen und erst, als die politische Bewegung alle Gemüter ergriff, mit in die Tagesfragen eintraten.

Der Herausgeber Christian Daniel Vofß, geboren 1761 zu Braunschweig, gestorben 1821 zu Halle, war Professor der Geschichte an der Universität zu Halle und verfaßte eine große Menge historischer Werke, von denen besonders eine „Geschichte des Hauses Stuart“ und eine „Geschichte der englischen Revolution“ zu nennen sind. Auch „Die Zeiten“ schrieb er ganz allein und ließ sie auch auf seine eigenen Kosten drucken; einen pecuniären Gewinn erzielte er damit aber nicht, denn es wurden kaum 400 Exemplare aufgelegt.*)

Wie die „Nemesis“ und die „Kieler Blätter“, so betonten auch „Die Zeiten“ sehr energisch deutsches Volksthum und deutsches Recht. Schon im ersten Hefte des Jahrganges 1814 trat das Journal lebhaft für die Wiedererlangung des ganzen Rheingebietes ein. Nicht der Rhein, sondern die Vogesen und Ardennen

*) Meint. Brockhaus, J. N. Brockhaus, I, S. 43. Lpsig. 1872.

Grenze, und die heilige Pflicht der Verbündeten
 che Laub wieder zurückzunehmen. Später, als
 o mehr eine isolierte, den deutschen Bestrebungen
 fremdende Stellung einnahm, trat der Wunsch
 :ravor, Preußen möchte sich an die Spitze der
 uheiten stellen, sei es in der Form einer Hege-
 aß sein Monarch wirklich das Oberhaupt von
 . Im Aprilheft von 1816 wird diese Ansicht
 Über die Täuschungen und über das Wesentliche
 Bunde“ ganz offen ausgesprochen und begründet.
 deshandlung habe fast nichts von alledem aus-
 er Verfasser, was der Deutsche erwartet habe.
 :ieht der Verfasser darin, daß die deutschen
 e Schutzmacht, sondern zwei erhalten hätten,
 Einheit, gerade zum Gegenteil führen müsse.
 bühre Preußen die Stellung als Oberhaupt
 tion, während Oesterreich auf Italien angewiesen
 auß an die Stelle des Beschützers des Rhein-
 ührt dann der Verfasser weiter aus, „Oesterreich
 s Königs von Italien Wenn Oesterreich
 cht ist, so ist es doch, bei der geringen Anzahl
 Bewohner, eine römisch-deutsche Macht
 a ist an den Rhein hingewiesen und muß der
 Stromes folgen und dessen Gebiete beschützen.
 äußern Verhältnisse des ehemaligen Rheinbundes
 esentlichen die Art des deutschen Bundes an die
 r Preußens Schutz und allein unter dem
 acht stehen muß Die einzelnen Teile des
 rden auf diese Weise auch ihren besonderen Vor-
 1 finden. Preußen wird die notwendige Freiheit
 itten müssen. Die größeren Staaten des Bundes
 hängig sein können, als es nur möglich und nach
 1 Verhältnissen wünschenswert ist. Die kleineren
 r so eine Sicherheit finden; denn wenn dieser
 flossen wird, so müssen sie, und wohl auch die
 und nach von den zusammenstoßenden Mächten

verschlungen werden. Die Bedingungen und Gesetze, unter welchen die einzelnen Glieder in den Bund treten, machen dann eben die Bundesverfassung aus. Durch diese erhält dann auch jeder einzelne Deutsche ein Vaterland, wonach die Edleren sich so schmerzlich sehnen.“

Die unerhörte Behauptung des Geheimrats Schmalz, daß das Volk beim Ausbruch der Befreiungskriege nur aus Pflichtgefühl, wie etwa beim Löschen eines Brandes, zu den Waffen geeilt sei, wurde auch von den „Zeiten“ gebührend zurückgewiesen. Desgleichen widerlegte Vohß („Zeiten“ 46, S. 169 fg.) mit allem Nachdruck die Behauptung des Staatsrates Dabelow in Göttingen, daß die deutschen Fürsten nicht gehalten seien, den Artikel 13 der Bundesakte in Vollzug zu setzen, da sie bei der Beratung über die Bundesakte nicht mit dem deutschen Volke, sondern nur unter sich pazifiziert, folglich auch dem deutschen Volke nichts versprochen hätten: es hänge also lediglich von ihrem gegenseitigen Willen ab, ob sie Verfassungen geben wollten oder nicht.

Nach den Karlsbader Beschlüssen mußten solche Erörterungen natürlich weggelassen, worauf Vohß 1820 auf die Weiterführung des Journals verzichtete.

Eine wertvolle Ergänzung erhielten die „Remesiss“, die „Nieler Blätter“ und die „Zeiten“ noch durch ein vorwiegend volkswirtschaftliches Journal, das sich aber bei allen ökonomischen Fragen doch stets auch auf den allgemeinen vaterländischen Boden stellte und darum ebenfalls oft genug mit in die politische Diskussion eintrat. Es führte den Titel „Hermann, eine Zeitschrift von und für Westfalen“ und wurde vom 1. Febr. 1814 ab von dem Prediger Hagenberg und dem Handelsschul-Direktor Dr. Stord in Hagen herausgegeben. Zu den Mitarbeitern zählten von vornherein die angesehensten Männer des Westens, der fernige Oberpräsident von Vinde, der treffliche Kammer-Präsident von Hövel auf Herbed bei Hagen, Ernst Moritz Arndt, von Syberg auf Busch, Vinde's Schwiegervater, der intelligente Kaufmann Gerhard Siebel in Elberfeld, die Brüder Hartort und viele andere. Vinde trat in der Zeitschrift sehr bald für den weiteren Bau von Kunststraßen ein (Jahrg. 1816, 15. Stück) und schil-

Kurzichtigkeit der Menschen in Westfalen, die von 1788 bis 1794 die beiden großen Chaussees überfeld nach Soest und weiterhin nach Esel über Essen, Bochum, Siegen, Wehlar nach gebaut wurden, der Anlegung der Straßen man solche Begelinien als ein Übel, ja als ein , da man bei Kriegen dann mit Durchmärschen igen überzogen werden würde. Er suchte dachen Einprüchen, die etwa abermals auftauchen herein zu begegnen. Aus der Zeitgeschichte nal manches über die Beteiligung der Westfalen dzuge gegen Napoleon. Bei der Schilderung der) wird berichtet, wie der Chirurgus des Hagenschen stürzten Blücher die erste Hülfe leistete. Weiterhin der bitteren Klage darüber Ausdruck gegeben, :inwilligen, die Blut und Leben für das Vater-) klang- und sanglos, auf so „schofese Art“ ent- das ganze Süderland der Grafschaft Mark em- unangenehm,“ schrieb die Zeitschrift, „daß sein lou, jene freiwilligen Jüsiliere, deren auszeich- ver tapfere Steinmetz so ehrenvoll anerkennt, in und mit einem Bündel auf der Schulter nach worden, anstatt daß man erwarten durfte, jene im kriegerischen Glanze zur Heimat zurückgeführt Dankbarkeit reichte eben nach dem Abschusse des chr weit.

der Ausbau der Rechtsverhältnisse begann, der hr Ansprüche erhob und die bürgerlichen Kreise rungen immer weiter zurückgedrängt wurden, trat ann“ mit in diesen „Kampf ums Recht“ ein, und in Berlin verwundert fragte, was man denn am ch wolle, antwortete der Rheinländer Gerhard ornprühenden Artikel „Der Bürgersturm am Rhein“): „Feste Verfassung, aus welcher hervorgehen: 1. Gleichheit vor dem Gesetze, gleiche Steuer und es Verfahren, Landesmacht, Trennung der Ge-

walten, freier Haushalt der Gemeinden, allgemeine Handelsfreiheit ohne Bölle, jedoch Repressalien gegen alle Staaten, die diese Handelsfreiheit nicht anerkennen wollen, und dadurch Schutz des innern Handels gegen den Zubrang des fremden; Pressfreiheit unter Verantwortlichkeit des Verfassers, Aufhebung aller Ueberschneidungen des Feudalismus — das ist's, was wir wünschen.“ Solche Sprache glaubte man aber in Berlin nicht länger dulden zu dürfen und fand denn auch bald einen Grund zum Einschreiten. Im Sommer 1819 brachte das Journal einen durchaus sachlich geschriebenen Bericht aus Bonn über die Verhaftung Knudts und Welders; der Polizeiminister von Wittgenstein erblickte in diesem aber einen „frechen, unehrerbittigen, mit hämischen Bemerkungen vermischten Tadel der von Staatswegen genommenen Maßregeln“ und verfügte im August 1819 die Suspension des „Hermann“. Der streng loyale Aschenberg starb wenige Monate später, wie es hieß aus Gram über die Unterdrückung seines Blattes und die Schmach, die — nach seiner Auffassung — durch diese auf ihn persönlich gefallen war. Sein Redaktionskollege Dr. Stord war bereits 1818 als Professor nach Bremen berufen worden.*)

Diese hochgestimmten Zeitschriften, die ganz und gar von dem Gedanken erfüllt waren, vor allen andern Bestrebungen, das gehobene und erweiterte Dasein des deutschen Volkes zu fördern, beherrschten das öffentliche Leben jedoch nicht so ganz unbestritten. Es traten auch noch einige Journale hervor, die sich diesem großen allgemeinen Zuge entgegenstellten und Sonderinteressen verfolgten. Allerdings waren ihrer nur wenige, und alle standen sie auf einem recht niedrigen geistigen Niveau. Keine einzige geistige Kraft von Bedeutung stellte sich in ihren Dienst. Genannt und etwas genauer betrachtet zu werden verdient nur die „Allemania“, die einen spezifisch bayrischen Standpunkt vertrat. Sie wurde von Joh. Eph. Ant. Mor. Freiherrn v. Arctin bei Seidel in Sulzbach von Anfang Januar 1815 bis August 1816 in 42 Oktavheften, die 7 Bände bildeten, herausgegeben. Der Preis der 42 Hefte betrug 8 Taler 8 Ggr. Außer dem Titel

*) V. Berger, Der alte Harfott. 2. Bdg. 1897, S. 182.

befand sich auf dem Titelblatte nur noch der Wahlspruch „Wahrheit und Recht“, sonst war weder der Name, noch der Ort des Erscheinens, noch irgend eine Angabe gegeben.

Erstmal erschien unter der Oberaufsicht des Ministerpräsidenten und vertrat dessen Politik (die wir bereits charakterisiert haben) mit großer Festigkeit. Es begann mit demselben Wort, setzte aber sofort energisch gegen Freiherrn von Stein, Arnndt, die Zeitung Sachsens, 18. Octobers zc. ein. Dieses Vorgehen rief in den meisten Zeitungen lebhaften Widerspruch hervor, und

im „Rheinischen Merkur“: „Der böse Geist, der in einem Jahre umflutet und flüchtig in Bayern umherzieht, wußte, wohin er seinen Fuß setzen konnte, und suchte einen solchen Ort in der „Allemannia“ gefunden.“

„Allemannia“ nahm das nicht ruhig hin; bereits im März überschwärmte sie in einem besonderen Artikel den Spott und Hohn. „Lieber verfeinerter Merkur,“ hat dir gefallen, mir in der Nr. 188 deines olympischen (verzeih' mir die Erinnerung an deinen Namen ist im Speisefaale der Götter) eine heißende Merkur- und ohne weiteres den Stein auf mich zu werfen es der altdeutschen Göttin doch nicht übel, daß

gegen alles Römische noch nicht ganz unterdrückten Allemannen sind wie die alten Egyptianer, bei welchen unter die verhassten Götter gehörte, oder wie die Griechen ihnen was Unrechtes in den Weg kam, so jene des Diebesgottes witterten. Es ist, wie du so

ne Feindschaft gesetzt zwischen uns und deinen Stein-Samen und unserem Samen. Aufrichtig bist du, als und Sohn des Rübezahls, mehr als man es von Lügengott erwarten kann. Du gestehst es doch man dir ins Herz greift, wenn man sich ansieht, es dem Weg zu räumen (eine Anspielung auf den Stein). Du nimmst als Straßengott die Steinhüter, wenn gleich Wiebefing sie als die schlimmsten

Ghauffen verwirft, und unter deinen Händen wird alles zu Stein, wie weiland bei Midas alles zu Gold. Den Jupiter selbst darf man angreifen, wie frevelhaft man nur immer will; da verzichtst du keine Miene; ja du hättest ihm, es ist allbekannt, seinen Donnerkeil sogar schon gestohlen, wenn Jener so leicht in die Hand zu nehmen wäre. Keiner der übrigen Götter ist unberaubt von dir geliebt, und schon in der alten Welt warst du ein tüchtiger Sansfultotte. Nun aber hast du dich ganz und gar dem Fetischen-Dienst ergeben und opferst mit echt merkantilistischer Dienstreue jenem harten Stein, an welchem Preußen krank und der dem ganzen heiligen Reich schwer auf dem Herzen liegt. Glaube mir, du kleinster aller Planeten und größter aller Windmacher, du hast keinen guten Stein im Bret. . . . Was aber auch immer die Ursache deines Ingrimmes gegen mich sein mag, du seist nun Betrüger oder Betrogener — es gereicht mir zu einiger Verhöhnung, das letzte zu glauben, denn einst kannte ich dich auch als Kämpfer für die gute Sache — in keinem Falle wirst du dein Glück bei meinen Allemannen machen. Deine trübseligsten Droschsprüche kommen ihnen nicht weniger abgeschmackt vor, als weiland deine gefrorene Nasen in der „Einsiedler-Zeitung“. Dringe mir doch, du durchgebranntes Gestirn, das nicht ferner als seines Porzellän auf, was du selbst nur als grobes Steingut erkleunest; behandle mich ferner nicht so vornehm, als wär' ich eine von den schwarzen Hofdamen deiner geliebten Höllegöttin, und gib endlich den Versuch auf, mich zu steinigen. Und nun gehab dich wohl, du hartloser Gott mit dem Hundskopf. Drücke dein buntes Hütlein, dem schon die Mythologie die Farben deiner Fahne beigelegt hat, tief in die Augen, verhülle dich in dein Mäntelchen, und tu' endlich Ruhe, gleich den ausgetrockneten Schattengestalten, die du aus Amtspflicht zum Styg geleitest. Was aber deinen Stein des Anstoßes betrifft, so werde ich dir nächsten zeigen, daß er weder ein Grund- noch Eistein, weder Edel- noch Eisen- noch Magnetstein ist, sondern ein recht gemeiner roher Kiesel. Nur wenig des Feuerstoffes führt er in seinem kristallisierten Herzen, und bald wandert er den Weg aller ungeschliffenen Steine. d. h. — er wird weggeworfen.“

eine Kapuzinade folgte dann im 3. Bande eine etwas je Entgegnung. In einem Artikel „Über Veranlassung :r Allemannia“ verwahrt sich das Journal zunächst gegen ri, daß es „ganz gegen Preußen gerichtet“ sei, und : „Wie ein warmer Regen nicht nur Äcker und Fluren ndern auch die giftigen Pflanze in Menge aus der Erde anch nach dem großen Kriege eine große Menge von n aufgestanden und hat besonders für einen Zweck elcher Erhebung einer einzigen Macht, Ver- lker übrigen in der öffentlichen Meinung zu sein. Vorzüglich waren Sachsen, Baiern, Baden, Würt- Zielscheibe der Schmähsucht und des Grolls.“ Wei wäre die Frechheit gewachsen, daher sei eine Gesell- iger Männer aus verschiedenen Ländern zu dieser sammengetreten, um einen Kampfplatz gegen diese eröffnen und die Mitbürger vor diesen Wölfen in zu warnen. Und weiterhin wird die Zeitschrift noch ie spricht von einer geheimen Verbindung, die der Politik im letztverflossenen Jahre eine andere Rich- t, und schließlich wirft sie in dem Aufsätze „Die hter“ (Band 4) der nationalen Partei unter der ens unverhohlen das Streben nach einer vollkomme- onierung Deutschlands vor. „Achtet man,“ heißt es revolutionären Umtriebe und Neben in Bänden und des Nordens, so sollte man meinen, es sei auf nichts auf eine deutsche Republik abgesehen. Die Untun- sache bei Seite, erwäge man nur den Umstand, daß und Sprecher den Schutz mächtiger Fürsten genießen, : Verstand und Macht genug haben, um — wäre lichen deutschen Republik etwas Wahres — es zu zu hintertreiben. Es können demnach jene revolutio- lich geduldeten Anführungen weiter nichts bezwecken, hen Völker zu einem sieberhaften Ausbruche zu ver- e militärische Einnengung von Nachbarstaaten her- chtsfertigte, und — die deutsche Republik hätte am s der polnischen von 1795! Also, Deutsche! miß-

traut diesen Freßigern der Freiheit und eines unsichtbaren Reiches, das mit Blut kommen, mit Blut gehen würde!“

So grell wie möglich waren also die nationalen Bestrebungen als Schreckgespenst hingestellt worden, um ein strafferes Zusammenfassen Deutschlands unter der Oberherrschaft Preußens zu verhindern.

Mittlerweile änderte sich aber das politische Bild Deutschlands. Friedrich Wilhelm III. hatte, ängstlich geworden durch die laute Sprache der Stürmer und Dränger und schließlich heftig erregt durch die Schmalzische Denunziation des Tugendbundes, sich von der nationalen Sache abgewendet und sich auf die aristokratisch-bürokratische Seite gestellt. Dadurch war die preussische Regierung der Sympathieen aller Nationalgesinnten verlustig gegangen — und nun ereignete sich das seltsame Schauspiel: die „Allemannia“ gab mit einer kühnen Schwenkung ihren bisherigen Standpunkt auf und suchte die Sympathie der Nationalen auf ihre Seite zu ziehen. Schon gegen den Schluß des fünften Bandes hin zeigt sie liberale Allüren und tadelt den einst so hoch emporgeshobenen Schmalz wegen seines Hasses gegen freie Verfassungen, und im sechsten Bande weiß sie sich mit allen Männern der einst so hart bekämpften nationalen Richtung edelmütig zu versöhnen. Görres, der ehedem so heftig beschobte, ist jetzt auf einmal ein reichbegabter Gelehrter von unvergänglichen Verdiensten,*) und die Idee der deutschen Einheit erfährt eine ganz neue Beleuchtung. Die „Allemannia“ zögert nicht, zu erklären, daß, so wie Spanien, Frankreich und England aus einer Menge verschiedener Völkerrämme und kleiner Fürstentümer zu großen Reichseinheiten emporgewachsen seien, diese Erscheinung sich auch in Deutschland wiederholen müsse. „Diese Einheit,“ fährt sie fort, „steht auch als allgemeiner Wunsch und allgemeines

*) Görres erhielt sogar nach der Unterdrückung des „Abelischen Werturs“ vom Großen Montgelas einen Ruf nach Bayern, um dort bei sehr bedeutender Bezahlung ein neues Blatt herauszugeben, dem man die Freiheit sicherte. Görres war aber ehrenhaft genug, das Anerbieten zurückzuweisen.

deutschen Völker vor uns und kann daher mit praktischer wie geschichtlicher Wahrscheinlichkeit als : des letzten großen Zeitresultates angesehen werden. Hier klärt sich dann der Gedanke über die zu eit Deutschlands noch weiter. In dem Aufsatz „Immung“ werden die Bedingungen erörtert, die müsse, um verwandte Stammgenossen mit sich id es wird dargelegt, daß ein Volk, das stamm- r mit sich zu vereinigen bestimmt sei, ungefähr in ben gelegen sein müsse; es müsse geographisch Klasse müßten von da in die anderen Staaten ber zu ihm hereinströmen, es müsse ein aderbauen- Schließlich ist es klar bewiesen, daß nur die olk sein können, um das sich die übrigen Stammes- müssen, um die deutsche Einheit zu verwirklichen. nennt zwar den Namen nicht, aber ein Zweifel mmen.

ie „Allemannia“ diese Höhe erklommen hatte, stellte hlüsse des 7. Band ihr Erscheinen ein. In einem re“, datiert vom 15. August 1816, ohne Ortsan- „In einer Zeit allgemeiner Leidenschaftlichkeit und :ung wagte die ‚Allemannia‘ es zuerst und allein, äkten und Geschmähten gegen Übermacht und Ver- Stimme zu erheben, zuerst den aufgeregten Ge- Erwägung und Vertrauen auf ihre angeborenen mpfehlen, zu warnen vor den unter gleichenden ollstüm und Deutschtum dargebotenen gefährlichen Randem hochgefeierten Manne hat sie den Stempel irbärmlichkeit ausgedrückt, mancher Schwindelnde Bahn der Besonnenheit zurückgeführt, der redliche er Gesinnung bekräftigt.“ Seit drei Monaten habe die Stimmung in Deutschland geändert, deshalb sagt das Abschieds-Wort jedoch nicht direkt — die jetzt zu erscheinen aufhören. Wahrscheinlich waren orgenen die Mächte tätig gewesen, die einige Mo-

nate später den Grafen Montgelas stürzten und damit seinem unheilvollen Einfluß auf die Entwicklung der deutschen Dinge ein Ende machten.

2. Die politischen Zeitschriften der letzten Jahre. Oftens „Jfis“, Oftens Programm. Der Herausgeber behandelt mit Vorliebe politische Fragen. Mißstimmung in Weimar. Goethe über die „Jfis“ und die Preßfreiheit überhaupt. Karl August kann sich nicht entschließen, Goethes Aufforderung zu folgen. Die „Jfis“ und das Wartburgfest. Oftens Abfehung und die Unterdrückung der „Jfis“. Börne über die Tragödie der „Jfis“. Börnes Zeitschriften. Sein Einfluß. Die „Wage“. Ihre Ankündigung und ihr Programm. Börne bittet Goethe um Beiträge. Der Erfolg der „Wage“. Ihre Theaterbesprechungen. Gess und Rahel über sie. Die „Zeitschwinger“. Börnes Ankündigung der Zeitschrift. Ihr Inhalt. Wird unterdrückt. Börnes Abschied von den Lesern.

Die „Allemannia“ schloß jedoch die Reihe der politischen Zeitschriften von Einfluß während der in Rede stehenden Periode noch nicht ab. Nachdem die „Nemesis“, die „Kieler Blätter“, „Voh!“, „Beiten“ und der „Herzmann“ ihren Kulminationepunkt bereits überschritten hatten und die „Allemannia“ schon verjährt war, stiegen schließlich noch drei Journale mit raketenartiger Vehemenz empor und warfen ihre Strahlen weit hin in die Runde. Es waren dies die „Jfis“, die „Wage“ und die „Zeitschwinger“.

Die „Jfis“ wurde 1817 von Professor Dr. Johann Adam Oken in Jena gegründet. Oken, geboren am 1. August 1779 in Ortenau in Baden, war Professor der Naturwissenschaften in Jena und ein glänzender, ungemein geistig anregender Dozent, zugleich aber auch ein leidenschaftlicher Politiker, besonders als es galt, das zertrümmerte Deutschland neu aufzubauen. In seiner reinen Begeisterung für Deutschlands Größe schrieb er zunächst für die Brodhauschen „Deutschen Blätter“ eine Reihe von Artikeln, und als diese Zeitschrift eingegangen war, suchte er Brodhaus für die Idee eines neuen Journals, für das er den Titel „Encyclopädische Blätter“ vorschlug, zu gewinnen. Darauf hin

auch im letzten Stücke der „Deutschen Blätter“
 urnal an, das „gewissermaßen das Kind der
 er“ und unter Ofens Leitung den Natur-, techno-
 onomischen Wissenschaften, der Geschichte, Sprach-
 id Rezensionen gewidmet sein sollte. Allein die
 rte sich, bis endlich Brockhaus mit Ofen auf dessen
 Kontrakt dahingehend abschloß, daß Ofen in Jena
 Nennung des Verlegers eine Zeitschrift unter dem
 der Encyclopädische Zeitung“ erscheinen lassen
 und daher auf den Titeln der ersten Jah-
 na, in der Expedition der Jhs“, oder „Jena,
 er.“ Für den Beginn der Zeitschrift war der
 ihres 1817 festgesetzt; Ofen wollte aber nicht so
 ondern ließ bereits am 1. August 1816 das erste
 chrift, jedoch mit der Jahreszahl 1817, erscheinen.
 te sodann 16mal im Monat, jedesmal in Stärke
 en Bogen, in Quart mit Kupfern und Holz-
 usgabe gelangen, kam jedoch stets sehr unregel-
 jerdem teils unpaginirt, teils mit falschen Seiten-
 der Jahreszahl 1817 wurden 197 Nummern her-
 n Abonnementspreise von 6 Talern. Der Jahr-
 chien in Monatsheften zum Preise von 8 Talern,
 jrgang 1819, doch war diesem das Motto vorge-
 is profecto grande patientiae documentum; et
 stas vidit, quid ultimum in libertate esset, ita
 servitute, adempto per inquisitores et loquendi
 commercio. Glücklicher Tacitus! Vit. Agric.“*)
 Jahrgänge erschienen dann mit der Brockhaus'schen
 jg.

tt war in hohem Grade originell; darauf deutet
 j hin; er zeigte in der Mitte die Gestalt der Göttin
 n dieser den Anubis, links den Osiris. Über die

iben fürwahr ein großes Zeugnis von Geduld abgelegt, und
 Zeit gesehen hat, was der Höhepunkt in der Freiheit war, so
 n, was der Höhepunkt in der Knechtschaft ist, weil durch-
 rechte im Reden und Hören genommen ist.“

Gebiete, denen sich die neue Zeitschrift widmen werde, sprach sich Ofen in folgender Weise aus: „Die ‚Jfis‘ ist ein encyclopädisches Blatt; sie soll einem wahren Bedürfnis in den großen deutschen Landen abhelfen, nämlich dem der allseitigen und zeitigen Verbreitung aller menschlichen Entdeckungen und der allseitigen und gründlichen Beurteilung geistiger Erzeugnisse in Wissenschaft, Kunst, Gewerbe und Handarbeit: nichts, was bleiben und befördernden Wert hat, sollte von der Betrachtung ausgeschlossen sein.“ Doch sollen die Naturwissenschaften immer den Hauptgegenstand bilden. Ausführlich begründet das Ofen. Als zweites Thema wird sodann die Kunst „mit ihren Gehülfen, Mythologie und Archäologie“, angeführt und als drittes die Geschichte. Die Dekrete der Geschichte müsse man kennen lernen; der Geschichte müsse man gehorchen, denn sie sei Weltregent. „Sie schreiet daher als ein schauerlicher Riese über Strom und Felsen, über loco sigilli und Schlagbäume, lachend über solche Anstalten, welche Geist und Sinn fangen wollen und im Fange überpurzeln. Es wird die Kühnheit eines Narren erfordern, wenn einer die Geschichte bauen will. Die Geschichte aber ist die Menschheit, einer aber ist nichts. Darum sei sie der Spiegel dieser Zeitschrift, die Natur ihr Fußboden, die Kunst ihre Säulenwand; den Himmel lassen wir uns offen.“

Einige Disziplinen, wie Redekunst, Dichtkunst, Sprachkunst u. s. w. sollten nur sparsam aufgenommen werden, von „Theaterstreichen“, Feuerbräunten zc. sollte gar nicht gesprochen werden. Im übrigen sollte die Zeitschrift dem freiesten Berthe geoffnet sein: „in ihrem Hafen kann landen und lösen, wer nur immer mag, und wer etwas hat“; es könne also von keiner Partei die Rede sein, oder von allen: „Jeder ergreife eine Meinung, oder ein System, welches ihm Freude macht, oder er ergreife keine; alles ist gut, und alles muß zugelassen werden!“ Auf dem Umschlag war noch gesagt: „In dieser Zeitschrift kann jeder unangeforderte einfinden, was er will, jedoch nur über unten angegebene Fächer. Weder bezahlt jemand etwas, noch erhält jemand etwas. Alles ist frei.“

Ein politisches Blatt sollte also die „Jfis“ von Haus aus

Ofen sprach sich in diesem Sinne sogar noch aus, indem er sagte: „Kein Blatt im Groß- oder Kleindruck habe Ursache gehabt, ein feindliches Gesetz, zu umzuflößen, am wenigsten die „Jfis“, die alt sei, und in die sich nur hier und da, und jenem des Herausgebers Willen, etwas Politisches einmischen ließ. Trotzdem gewann aber die „Jfis“ alsbald einen Charakter, und zwar einen von eminentem Be-

deutung. In ihm kam so etwas wie ein politischer Ton daher, daß Professor Eichstädt, der Herausgeber der „Allgemeinen Literaturzeitung“, das Erscheinen der „Jfis“ zu fürchtete, weil er geltend machte, die „Jfis“ sei ein „Blatt, eine Literaturzeitung“, und daß nur die „Allgemeine Literaturzeitung“ laut Privilegiums vom 7. Okt. 1803, eine Literaturzeitung herauszugeben. Offenbar wollten die „Jfis“ das weitere Blühen der „Allgemeinen Literaturzeitung“ stören und beeinträchtigen. Hierher kam Ofen; er erklärte, daß die „Jfis“ weder ein „Blatt“, noch eine Literaturzeitung sei, und behauptete, daß überhaupt ein literarisches Privilegium nicht existiere. Schließlich wagte die Weimariſche Regierung, das Erscheinen des Blattes, „sofern es nicht ein kritisches Tageblatt sei“, untersagt zu werden. Ein Einspruch gegen die Herausgabe desselben wurde abgewiesen; eine gereizte Stimmung zurück, die sich alsbald bemerkbar machte.** Gleich in der ersten Nummer des Blattes: den Passus aus dem Grundgesetz über die Presse (Weimar, Mai 1816) ab, worin das Erscheinen der Presse ausdrücklich anerkannt ist. In demselben trat sich neben dem Bilde einer Wage folgende Worte: „Die Presse ist frei, aber sie hat die Pflicht, die Wahrheit zu sagen, und die Gerechtigkeit zu fördern.“

r. 163.

den Quellen sind bei H. Eder, Lorenz Ofen, Stuttgart 1897.

literarische Privilegien und willkürliche Deutung und Auslegung derselben als Frage verspottet werden wird, das soll der Fortgang der „Jsis“ lehren. Und in den Nummern neun bis ein wurde ein Aufsatz „Über das Grundgesetz über die Landständische Verfassung des Großherzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach“ abgedruckt, in dem Ofen zwar die mutige Tat des Großherzogs Karl August, seinem Lande eine Verfassung gegeben zu haben, bereitwillig anerkannte, weiterhin aber erklärte: wie sehr er auch „den guten Willen, die Weisheit, Klugheit, Vorsicht, Geschäftskunde“, welche sich in dem Grundgesetze ausspreche, zu schätzen wisse, fühle er sich doch durch Wahrheits- und Vaterlandsliebe zu dem Geständnisse gedrungen, daß er die Grundlagen der Ständebereinrichtung für „völlig verfehlt“ halte und in jenem Grundgesetze „nicht eine Spur von Staatsgrundgesetz“ erkennen könne. Die Rechte des Volkes seien darin keineswegs festgesetzt und anerkannt. Von diesen Rechten sei eigentlich nur eins verbürgt, die Pressfreiheit; alle übrigen, deren er 23 aufzählte, seien gar nicht erwähnt. „So also“, schloß er, „steht es mit unserer hochgepriesenen Verfassung!“ Und zur größeren Deutlichkeit setzte er neben diesen Satz noch eine hinweisende Hand.

Ein solches heftiges Auftreten mußte in den Kreisen von Weimar schwer verletzten; es wurde ein Ministerrat abgehalten und in diesem der Großherzog angegangen, als Souverän und polizeilich einzugreifen. Karl August soll aber erwidert haben: „Ich als Souverän tue nichts. Man muß sich jetzt vor Gewaltstreichen höllisch in acht nehmen; wenn Ihr ihm aber rechtlich etwas anhaben könnt, so mag es seinen Gang gehen.“*) Doch legte er die mittlerweile über den Fall Ofen entstandenen Akten Goethe vor, wohl weniger dem Staatsminister, als vielmehr seinem Berater auch in solchen Angelegenheiten, die nicht gerade in dessen Geschäftsbereich fielen, worauf sich Goethe in einem ausführliehen Gutachten sowohl über den speziellen Fall, wie über

*) Brief Ofens an Brockhaus in G. C. Brockhaus, Friedrich Arnold Brockhaus. Leipzig, 1876. Bd. II, S. 170.

haupt äußerte.“) Er deutete zunächst an, daß 'n gewesen wäre, wenn „man sogleich beim Erindigung von Polizei wegen das Blatt verboten nicht geschehen sei, „so hat man den traurigen, wie ungehinderte Vertwogenheit täglich wächst lose Natur offenbart.“ Sodann unterwarf er gesügten Vorschläge der Landesdirektion, „wie dem werden könne“, einer Prüfung. Die Vorschläge stelte Goethe, dahin, man solle

rausgeber der „Fis“ seine Ungebühr mündlich erweisen und ihn

1, daß bei erneuerten Ausfällen auf einzelne Per- e Stände sein Blatt sogleich verboten werden solle; vorgeschlagen, daß man den Fiskal gegen Ofen uf dem Wege Rechts den bisher Belcidigten Ge- affen möge.

regeln erschienen Goethe eher geeignet, „das Übel als demselben Einhalt zu tun“; er begründet diese em Punkte des längeren und erklärte schließlich: veräumte Maßregel muß ergriffen und das Blatt zu werden. Man fürchte sich ja nicht vor den ännlichen Schritten, denn es entstehe daraus, was t man das schöne Gefühl, recht gehandelt zu haben, des Zauberns und Schwankens auf alle Fälle Mit dem Verbote der „Fis“ wird das Blut auf ; es ist männlicher, sich ein Wein abnehmen zu kalten Brand zu sterben.“ Endlich gibt er an, nderdrückung vorzugehen sei. „Man ignoriere Ofen“ rät er, „aber man halte sich an den Buchdrucker iejem bei persönlicher Selbstgeltung den Druck des Mens Unternehmen ist Catilinariß, und wer hätte

1 wiedergegeben in dem „Briefw. d. Großherzogs Carl August 1775 bis 1828.“ 2 Bde. Weimar 1803.

Lust, den Cicero zu spielen, der schlechten Dank verdiente, daß er die Stadt rettete?“

Dieses harte Urtheil über die „Jfis“ sowohl, wie über Ofen selbst, hatte allerdings nicht bloß seinen Grund in der Abneigung Goethes gegen die unruhigen politischen Verhältnisse seiner Zeit, sondern auch in einer Antipathie gegen Ofen, dessen bisweilen ungezügelter Leidenschaftlichkeit ihm zuwider war, und vielleicht auch in einer Differenz, die zwischen den beiden Männern wegen der Priorität einer osteologischen Entdeckung bestand.*)

Der Großherzog konnte sich jedoch nicht dazu entschließen, dem Räte Goethes zu folgen; auch auf die Vorschläge der Landesdirektion ging er nicht ein; die „Jfis“ erschien mithin ganz unbehelligt weiter, doch wurde sie plötzlich in Oesterreich verboten. „Man hat nämlich dort allgemein behauptet,“ schreibt Ofen an Brodhäus, „der Name ‚Jfis‘ bedente einen geheimen Bund, und es wäre diese ‚Bundeszeitung‘ und ich der Meister oder Schreiber davon.“

Einen Antrag, die Zeitschrift aus Baden zu verbannen, wies der Großherzog von Baden mit der Bemerkung zurück: „Ich führe nicht Krieg gegen Zeitschriften.“

Diese Zeit des ruhigen Weitererscheinens der „Jfis“ dauerte aber nicht lange. Das Wartburgfest erschien, Ofen nahm an ihm teil und brachte darauf in der Nr. 195 der „Jfis“ eine Beschreibung davon — leider mit illustrierenden höhnischen Figuren zu dem Verzeichnis der am Abend des 18. October auf dem Wartenberg verbrannten mißliebigen Bücher und verhassten Embleme.

Diese Stechheit machte ein ungeheures Aufsehen; man triß

*) Ausführliches über diesen Streit bei Birchow, Goethe als Naturforscher, Berl. 1861, und bei Dünker, Aus Goethes Freundesreise. Stammzweig 1868, S. 417 ff. Einem Mißbegriffen über die „Jfis“ und ihren Verleger machte Goethe auch in folgendem Stachelwerbe Lust:

Sie führt in alles rasch hinein
Mit Ungeßüm und Wefen
Und will doch auch paritätisch sein;
Das ist ein seltsam Wesen.

diese Nummer, und als am folgenden Tage ihre Konfiskation ausgesprochen war, stieg ihr d, daß ein Dufaten und noch mehr für sie be-
 Men aber wurde nach Weimar vorgeladen und
 improvisierten Gerichte am 24. Januar 1818
 gegen die höchste Regentwürde des Landes-
 Amtswürde der Landesbehörden, wegen Verun-
 ter Regenten und auswärtiger Amtsbehörden“
 gen Festungsarrest und Bezahlung der Kosten
 e Wiederholung solcher Vergehen bei ungleich
 erwart, und endlich wurde 3. die Vernichtung
 und das Verbot des Wiederabdrucks ange-
 dieses Urteil ergriff Ofen aber die Appellation,
 ellationsgericht sprach ihn von der Anschuldigung
 hens frei, verfügte auch, daß inbetreff der übrigen
 die Untersuchung, weil nicht von einer kompe-
 eführt, als nicht geführt zu betrachten sei.**)
 ung Ofens erfolgte also nicht, was aber seinen
 ch herbeigeführten Fall nur beschleunigte. Denn
 den durch seine Freisprechung noch mehr gegen
 besonders der preußische Minister von Kämpf
 n bei der weimarischen Regierung zu verdächtigen.
 tat auch Ofen alles, die gereizte Stimmung
 zu verstärken, daß er viele Zustimmungsadressen,
 ärts zungen, und die sich nicht immer glimpf-
 in der „Jfif“ abdruckte. Infolgedessen erging
 i 1819 an die Universität Jena ein Reskript des
 l August, worin dem akademischen Senat auf-
 Dem Hofrat und Professor Dr. Ofen die Alter-
 entweder die Herausgabe der „Jfif“ und jedes
 Mattes, es erscheine nun unter diesem oder jenem

Eders, dem wir auch sonst hier öfters gefolgt sind.
 tüde sind in der „Jfif“, 1818, I, 730—705 und II,
 dt. Zugleich wird dort auch über die vielen Jenfer-
 tet, mit denen Ofen zu kämpfen hatte.

Titel, sofort und gänzlich aufzugeben, oder seine Stelle als Professor augenblicklich niederzulegen.“ Ein Rescript des Herzogs August von Sachsen-Gotha und Altenburg an die Großherzoglich Herzoglich Sächsische Gesamtuniversität vom 10. Mai enthielt die gleiche Weisung. Motiviert wurde sie folgendermaßen: Oten führe fort, in der „Jfis“ eine Sprache zu führen, die die höchste Mißbilligung verdiene; er verlege nicht nur fortwährend die allgemeinen Pflichten des Schriftstellers, Sitte, Anstand, Recht u. s. w., sondern er lasse zugleich seine besondern Pflichten als öffentlich angestellter Lehrer der Jugend gänzlich unbeachtet. Vern habe man ihm bis jetzt alle Schonung angedeihen lassen, auf die ein Gelehrter von Verdienst Anspruch machen könne, allein da die ihm gewordenen Verwarnungen seinen Erfolg gehabt, der nachtheilige Einfluß eines solchen fortgesetzten Mißbrauchs auf die Zwecke und den Ruf der Universität nicht zu verkennen sei, und Hofrat Oten seine Sicherheit gewähre, daß er von seiner „kaum glaublichen Verirrung“ zurückkommen werde, so sehe man sich zu jener Alternative genöthigt.

Der Senat remonstrirte zwar zunächst höflich, erhielt aber den Bescheid, daß es bei dem ersten Anspruche verbleiben müsse, und so wurde Oten, da dieser erklärt hatte, auf eine solche Insinuation habe er keine Antwort, am 7. Juni 1819 aus seiner Stelle entlassen. Doch damit nicht genug; bald darauf wurde von der Landesdirection auch noch die provisorische Unterdrückung der „Jfis“ verfügt, wodurch das Entwerder—Oder (Aufgabe der „Jfis“, oder der Professur) vollständig illusorisch gemacht wurde und sich Oten doppelt gestraft sah.

Dieses Verfahren gegen Oten erregte in ganz Deutschland ein peinliches Aufsehen; viele Stimmen erhoben sich zu seinen Gunsten. Besonders energisch trat Börne für ihn ein. „Oten, sagt man, habe unter der Agide der Pressfreiheit häufig die Geißel der Satire geschwungen,“ schrieb er, „und dadurch ein allgemeines und ärgerliches Ansehen gemacht. Er habe sich unanständiger Äußerungen bedient, denen es häufig an wissenschaftlicher Bedeutung und Wirksamkeit gefehlt habe; er habe sich plumphen, Geschmack und Sitte beleidigenden Ausfällen hingeegeben.

man ihn von seiner Stelle entfernen. Allein, welche das Gesetz bedrohte und daher denn und wo war es unterjagt, die Geißel der Un? Ist Oken hierbei ohne Geschmac und plump, so kann ihm nur auf wissenschaftlichen Wege egnen werden, aber der Staatsgewalt steht es anlang an Wiß zu bestrafen, und es steht ihr srichterin aufzutreten. Die Weise Oken hat aber die Gutgesinnten verziehen ihm die ästherer Schreibart, weil sie wußten, daß auf Deutsche, nhaut, kein leichter satirischer Kegel wirke, und ibruck zu machen, sich zuweilen grober Kartätisse."

ibrigens durch das Verbot der großherzoglichen eitschrift keineswegs ein, denn sie wurde jetzt zu und dann in Rudolstadt gedruckt. Von den die den Herausgeber betroffen, erwähnte die ts. Das erste Heft seit der Usterdrückung im thält sogar bloß streng Wissenschaftliches, bringt nchlage die Notiz, daß das folgende Heft wieder lannigfaltigkeit zeigen und der Charakter der t bleiben werde. Allein die Karlsbader Bes Oken mehr und mehr die Lust, sich mit der tigen, und so entschloß er sich denn endlich, vom an alle politischen Ansätze von seiner Zeitschrift d teilte dies auf dem Umschlage des ersten Heftes tivierung seinen Lesern mit.

te Oken noch bis 1828 als Privatgelehrter, Reihe von Jahren als Professor in München, i Zürich, wo er seine berühmte „Allgemeine u dreizehn Bänden vollendete und am 11. Au-

ndern Zeitschriften, die „Wage" und die „Zeit- den von Ludwig Börne herausgegeben, dem ten, dem warmherzigen Verteidiger von Freiheit :doch damals, als er mit der „Wage" hervor-

trat, noch keine literarische Position besaß, obgleich er bereits das zweiunddreißigste Lebensjahr erreicht hatte. Sehr bald aber erlangte seine Stimme Beachtung finden und er selbst zu den Berühmtheiten des Tages gezählt werden. „Vornehmlich auf die Jugend wirkte er bezaubernd,“ berichtet uns Gukow. „Diese Frische, dieser Witz, die großartige Perspektive in Welt- und Zeitanfassungen, die man auf der Schule kaum ahnte, und die auf der Universität zu dem Verbotenen gehörte! Von den Fesseln des Systems sah man sich erlöst; die freie Ungebundenheit war doch zugleich zu einer in bunten Farben schimmernden Kristallisation der Darstellung kunstvoll verhärtet. Alle Formeln und Gesetze lösten sich hier vor der freien Gesetzgebung eines mächtigen Individuums auf, das nicht aus dem Hörsaal, sondern aus dem grünen Walde der Erfahrung und der Geschichte heraustrat.“ Börne wurde dadurch bald eine aufklärende Macht von großem Einfluß. Aber er kam über eine gewisse Einseitigkeit nicht hinaus. Er betrachtete alle Erscheinungen des Lebens unter dem Gesichtswinkel der Politik. In der Reisebeschreibung, dem Theaterreferate, in Vlandereien über das gesellschaftliche Leben: überall warf er auch eine Bemerkung über die politischen Verhältnisse, die konstitutionelle Frage, die Geschworenengerichte, die Pressefreiheit oder dergleichen hinein. Und wenn sich absolut keine politische Beziehung finden ließ, so mußte ein politisches Bismut anshelfen. Als bei einer Theater-Aufführung ein Krönungsgang außerordentlich dürftig ausgefallen war, schrieb er: „Es wurde fast nur mit einer Stimme Vivat gerufen, wahrscheinlich um akusisch darzutun, wie einstimmig das Volk in seiner Freude sei.“ Solche Anspielungen, Andeutungen und ironischen Bemerkungen, die die Zensur nicht wohl unterdrücken konnte, fanden aber großen Beifall und reichten damals allein schon hin, einen Schriftsteller populär zu machen.

Bei Börne bildeten jedoch diese witzigen Anspielungen nur die Arabesken, den kleinen Zierrat in seinen Abhandlungen, denn immer handelte es sich bei ihm im Grunde um eine sehr ernste Sache, immer suchte er bei allem, was er besprach, dahin zu wirken, bei den Deutschen das Nationalbewußtsein zu wecken, sie

le zu begeistern; denn es war ihm Herzenssache, dem freieren, gesünderen Staatsleben Emporkünfte zu verschaffen, die Schäden des Staatslebens heilherbeizuführen. Dabei war sein Hauptgedanke, und Frankreich aufeinander angewiesen seien, einseitig ergänzen müßten. „Den Deutschen das zosen das Talent,“ meinte er, „dem einen die andern die anwendende Kraft.“ Und weiterhin rief er die Deutschen frei, dann sind sie die besten nächsten Verbündeten der Franzosen, und bleiben einwärtigen Erniedrigung, dann werden sie in die holländische Loupfeisen zerbrochen werden.“ Er ist sich ja schließlich als ein großer Irrtum erwies. In diesen Zeiten fand sie aber viel Anhänger und gab sie dem großen Politiker.

Als er seine politische Grundstimmung Börnes brachte ihm die Gesinnung in allen Verhältnissen das auch beim Dichter, und darum wandte er sich Kleisterwerke Goethes, weil er in ihnen den Puls des Lebens vermischte.

Beiden Zeitschriften, in denen Börne seine Artikel veröffentlichte, ist die „Wage“ die bedeutendere. Der Name lautete „Die Wage, eine Zeitschrift für Bürgerrecht und Kunst.“ Das Journal erschien zu Frankfurter Ostav. Festen. Die ersten fünf kamen im Juli, August, September, Oktober und November, die beiden nächsten im Monat April 1819, das sechste im Juli 1820 und das erste Heft des Jahres 1821 zur Ausgabe. Die letzten vier erschienen im Jahre 1821. Die ersten Hefte verlegte der Verleger wohnte damals in dem jetzt abgebrochenen einem österreichischen Besitzthum, und nahm dort an. Daneben lieferte auch die Hermanns Verlag das Journal. Die letzten vier Hefte verlegte in Tübingen. Acht Hefte bildeten einen Band, 5 Kr. kostete. Bei dem Beifall, den die Zeit-

schrift sofort in weiten Kreisen fand, stieg die Auflage rasch auf 800 Exemplare, so daß der Herausgeber einen Reingewinn von 47 Gulden für den Druckbogen erzielte. *)

In der Ankündigung der „Wage“ legte der Herausgeber ausführlich dar, was er geben und was er vertreten wollte. „Die Auslagen der Zeit zu erlaufen“, sagte er, „ist Wienenspiel zu deuten und beides niederzuschreiben, wäre ein ehrenvoller Dienst, selbst wenn er nicht gefahrvoll wäre. Daß er auch dieses ist, vermehrt seinen Reiz, und nur die Schwachheit vermag einer solchen Lockung zu widerstehen. Die Menschen haben Furcht, als wären sie Geschöpfe von nur augenblicklicher Dauer. Darum unterbleibt so vieles Gute in Worten und Taten. . . . Über die Freimüthigkeit, welche demjenigen, der über bürgerliche Angelegenheiten des Vaterlandes und fremder Staaten öffentlich urtheilt, zieme oder nicht, sei mir noch ein freundlich-ernstes Wort verstatet. Ich hoffe mit Männern zu reden, bei denen eine sinnliche Geisterscheu nie Eingang fand, und welche kein Rauschen der Mäntel erschreckt. Das lange Stubenleben hat die Deutschen dem öffentlichen entwöhnt, und das beständige Tragen von Hofs- oder Schuhspejzen hat Niedere und Vornehme gegen den Eindruck jedes Lüftchens empfindlich gemacht. . . . Sie kommen und sagen: man möge tadeln, ohne zu reizen, man möge Bunden heilend berühren, ohne wehe zu thun, man möge belehren, doch unter der einfältigen Maske der eigenen Wißbegierde. Sie fordern viel, und es ist schwer, sie zu befriedigen. Wie man in einem vom Sturme bewegten Schiffe mit Zierlichkeit stranzeln oder fallen, dies lehrt und lernt kein Westriß. Und von den Herolden der öffentlichen Meinung, die schon seit vielen Jahren schwindelnd schnell um die ganze Windrose kreist, von den Klägern des allgemeinen Wehes wagt man zu fordern, daß sie sich höflich verneigen, wenn der Boden unter ihnen wankt, daß sie behutsam zwischen die faulen Eier gehen und an jede Thür leise anklopfen, ehe sie sie öffnen? Verschweidenheit und immerfort Verschweidenheit! Aber die Natur gibt ihre Not durch einen Schrei zu erkennen, und nur auf der

*) W. Lotzmann, Ludwig Wörne. Berl. 1888, S. 109.

bretternen Bühne singt der Schmerz in A-moll.“ Schließlich wendet er sich an seine nähere Umgebung, an die Bewohner jener Landstriche, „die in der Mitte zwischen süddeutscher und norddeutscher Gesinnung liegen.“ Diesen Leuten „dämmert es nur noch über vaterländische Dinge,“ ruft er aus, „unter ihnen ist es nicht dunkel genug, um das Licht unentbehrlich zu finden, und nicht hell genug, um es zu entbehren. Für sie tut es am meisten Not, daß die zerstreuten Lichtstrahlen sich zu einem Brennpunkte vereinen, der ihre Vaterlandsliebe entzündet. Bedarf es einer lauterer Aufforderung an die vielen geistreichen und mutigen Männer unter ihnen, zu einem so edeln Vorhaben sich zu verbinden, und kann der Herausgeber der „Wage“ anders als mit Zuversicht auf ihren Beistand zählen?“

Dieser Appell sollte auch nicht ungehört verhallen; Johann Jakob Willemer, Görres, die Rahel u. a. meldeten sich zur Mitarbeit. Der größte Sohn Frankfurts, Goethe, an den sich Börne unter dem 10. Mai 1818 noch in einem besonderen Briefe wandte, schenkte jedoch dem heimatischen Journale nicht die gewünschte Beachtung; er ließ den Brief Börnes unbeantwortet. Freilich war dieser auch nicht geeignet, den Altmeister zu gewinnen. „Darf der reiche Mann den armen zurückweisen, der ihn um eine milde Gabe bittet,“ schrieb Börne, „und wird der Verfasser dieser Blätter eine Mitteilung für die angekündigte Zeitschrift, die ihn und seine Leser aufmuntert, vergebens erwarten? Gewiß nicht.“ Diese burschikosen Zeilen konnten Goethe, der in seinen späteren Jahren einen so großen Wert auf die Beobachtung der Form legte, nur unangenehm berühren.*)

Das neue Journal fesselte seine Leser sofort mit dem ersten Hefte, das zunächst eine scharfe, aber wohlabgewogene Beurteilung des bayrischen Preßgesetzes und weiterhin eine ergötzliche Satire „Erschöpfende Betrachtungen über den Frankfurter Komödientzettel“ bot, in der der Verfasser an die damals noch übliche Überschrift des Frankfurter Theaterzettels „Mit gnädigster Erlaubnis“ anknüpfte und sich dann gegen alle die „unterwürfigen

*) Der Brief ist abgedruckt im Goethe-Jahrbuch, Bd. 19 (1898), S. 98.

Nebensarten“ wandte, die noch immer als „aufrechtstehende Mauern und Trümmer von niedergeworfenen Kerkern aus Zeiten einer kuechtischen Untertänigkeit“ aller Orten und Wege im deutschen Lande zu finden seien, gegen das „Ew. Wohlgeboren“, das „Hochdieselben“, das „Allerhöchsthöher“. „Welchem Mann mit einem freien und kühnen Herzen in der Brust müßte das Kettengelirre gefesselter Zungen nicht unerträglich sein,“ ruft er aus, „so daß er lieber alle seine Gefühle zurückdrängen, als sie den peinlichen Wäcklingen und Verzerrungen einer veralteten Feudalsprache unterwerfen würde?“

Weiterhin wandte er sich, da ihm durch die Zensur bei der Besprechung öffentlicher Angelegenheiten fortwährend Beschränkungen auferlegt wurden, hauptsächlich der Theaterkritik zu, durchsetzte aber seine Reserate stets mit einer Fülle von satirischen Auspielungen auf die politischen und sozialen Verhältnisse, womit er seinen Besprechungen einen prickelnden Reizgeschmack gab, der allerdings den künstlerischen Eindruck beeinträchtigte. Die Kritiken belamen durch solche Zwischenbemerkungen etwas Schielendes, das auch der geistreichste Witz nicht verdecken konnte. Sein ästhetisches Urtheil traf jedoch oft das Richtige, obgleich er nicht von großen allgemeinen Gesichtspunkten, wie etwa Lessing, ausging und auch keine tiefere ästhetische Bildung besaß. Er urtheilte nur mit seinem Gemüthe und auch immer nur von Fall zu Fall, aber dabei wußte er meist die Spreu vom Weizen zu sondern. So war er einer der ersten von denen, die die große Bedeutung Grillparzers erkannten. Schon in der „Ahnfrau“ hatte er den Fingelschlag des großen Dichtergenies gespürt, bei der „Sappho“ und dem „Traum ein Leben“ rief er laut das aufsteigende Dichtergestirn. „Soll ich sprechen von dem holden Zauber in allen Reden unseres Dichters?“ rief er aus. „Von dieser bald wilden, bald glühenden Farbenpracht, von der Schönheit und Wahrheit seiner Bilder, von der Tiefe und Wärme seiner Empfindungen? . . . Grillparzers Dichtungen sind wie die Gewächse des südlichen Himmels, die Blüte und Frucht auf einem Zweige tragen.“ Dagegen übergoß er die Schicksalstragödien für die damals ganz Deutschland schwärzte, unbeflummert um den

Spott und Hohn. An Houwalds „Leuchtturm“ kündigt Unwahrheit dieser Dramen nach und fertigte er geistreich ab, der es gewagt hatte, in der „Leuchtturm“ umständlich zu loben. Schluß: „du ältester Sohn Melpomene's, reicher, kinderläst du so hart deine nachgeborenen Brüder hast du bereichert, Narren begabt, Könige größer, eliger gemacht, und die Söhne deiner Mutter

„Öffne deine Hand!“ titeln, die seine Mitarbeiter beisteuerten, sei Börnes „Kagebuc und was ihn ermordete“ und Jakob Willemer „Von den Vorzügen des Preß-Preßfreiheit, oder von der Erlösung der Freiheit durch den Zwang“ hervorgehoben.

ihren Hefte wurden bald in allen gebildeten Leserkreisen gelesen. Genß amüsierte sich köstlich über die geistreichen Witze, obgleich er den politischen Standpunkt diametral gegenüberstand und gelegentlich Börne „der Übermut und die Verwegenheit der Partei in ihrer höchsten Vollendung“ erweisen sei. Er seiner Freundin Rahel die Lektüre des Journales beistreichste, was jetzt geschrieben würde.“ Und förmliches Entzücken über diese witzsprühenden Briefe meinte, Genß hätte den Verfasser noch weit mehr können. „Er ist scharf, tief, gründlich, wahr, unumwunden, ganz neu, gelassen, wie einer der guten Briefe mau soll.“ schrieb sie an einen Freund, dem er die Zeitschrift empfahl. „Und, so gewiß ich dich kenne, wirst du aber besonnen. Kurz, vorit.“ *)

meine Erfolg verschaffte Börne rasch einen großen Anhang. (siehe verschiedene Anträge von Verlagsbuchhändlern die schon S. 131 berichtet wurde) zunächst be-

in Buch des Andenkens für ihre Freunde. 2. Band,

stimmen, die Redaktion der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ und weiterhin die Leitung der Wochenschrift „Zeitschwinger“, die, nachdem sie 1817 von Weisshifter gegründet, schließlich zu dem Verleger Ferdinand Hauch in Offenbach a. M. verschlagen worden war, zu übernehmen.

Zu der Ankündigung der Übernahme der Redaktion (Juli 1819) legte er dar, daß er sich zwar gründlich mit Politik, Literatur und Kunst beschäftigen werde, aber doch besonders mit der Wirklichkeit, nicht mit phantastischen Theorien. „Wenn wir beglücken wollen,“ sagte er, „müssen wir die Politik aus den Wolken erdwärts ziehen. Kein Hungeriger wird gestillt mit einer Abhandlung über die freie Kornausfuhr, kein Kranker geheilt mit einem Handbuche der Therapie.“ Darum solle man — und er werde es in den „Zeitschwinger“ — öfter des Volkes Entbehrungen besprechen, als seine Rechte, wärmer die Staatsverwaltungen, als die Staatsverfassungen, mehr die täglichen Erscheinungen des Bürgerlebens, wie sie im häuslichen Kreise und auf dem Markte sich zeigen, als die Grundsätze der Gesetzgebungen und die großen politischen Verhältnisse.

Darauf legte er überall seine Sonde ein, wo er bessern wollte, besprach die schmachvolle Behandlung Oßens, die traurige Lage der Juden, seine eigenen Schicksale als Redakteur der „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ zc. Aber der Ton rief bald Mißbilligung in den leitenden Kreisen hervor, und nicht lange, so übten die Karlsbader Beschlüsse ihre Wirkung aus: die Großherzoglich-hessische Regierung unterdrückte die Zeitschrift; nur vom 3. Juli bis 9. Oktober 1819 (von Nr. 53 bis Nr. 81) hatte sie Bürne redigiert.

Nicht ohne Bewegung, die er hinter heißendem Sartakmaß verbarg, nahm er von seinen Lesern Abschied. Er sprach von einer Kontinental-Gedankensperre, die nun wohl nächstens eintreten werde; darum werde ein vorsichtiger Zeitungsmann schon jetzt darauf denken, womit er seinen Lesern später antworten könne. „Nun, er legt sich auf solide Wissenschaften,“ erklärt er. „Er treibt Astronomie, mit Ausschließung der Kometen, weil diese Krieg und Not bringen, auf Geographie, mit Ausschließung der

ort die Kongresse gehalten werden, auf Algebra, und minus, da dies zum Finanzwesen gehört, auf : Hoffseelen-Lehre, auf Theologie, mit Weglassung anz“ 2c. Der Mensch muß klug sein, meint er ch lieber in die Zeiten, als in die Gesängnisse scheiden sein, aber die Sache ist schwer. „Gebt fromm zu werden,“ ruft er endlich aus, „und beiden Händen danach. Es ist zu spät, wir m Baume des Erkenntnisses gekostet und Gutes unterscheiden gelernt. Warum habt ihr den Cherub enden Schwerte nicht früher vor euren Garten a habt ihr uns in Versuchung geführt? Was ihr s vergebens!“ *)

i Umständen verlor er auch die Lust, die „Wage“ zugeben; die Heste erschienen in immer größeren und schließlich ließ er, nachdem er auch mittler-verlassen und anderweitige literarische Beziehungen , das Journal 1821 ganz eingehen. Der Ver-rachgerade, da sich bei dem spärlichen Erscheinen zahl der Abnehmer sehr verringert hatte, nicht wohl aber schloß Börne damit ein Unternehmen ähtigsten Wendepunkt seines Lebens herbeigeführt

er Aufmerksamkeit die Regierungen die journalistische Tätig-keiten, ist neuerdings auch durch Ernst Viktor Zentler dar-in der Zeitschrift „Deutschland“ (Jahrg. 1903) Berichte n veröffentlicht, die Börne während seines Aufenthaltes in 819 auf Schritt und Tritt beobachten mußten, ohne daß geringste Ahnung davon hatte. Diese Berichte wurden is „Geßälligkeit“, auch an die österreichische Staatskanzlei inden sich noch heute im k. k. Hof-, Hof- und Staats-

3. Die kleineren politischen Zeitschriften. Cöllns „Neue Fackeln“. Kottecks „Teutsche Blätter“. „Das neue Deutschland“. Die „Germania“. „Der Europäische Anseher“. Die „Freimüthigen Blätter für Deutsche“. Das „Journal für Deutschland“. Arnolds „Wächter“. Brans „Minerva“. „Der Teutschen Vorkühn fliegende Blätter“ von Fries. Oelsners „Bundeslade“.

Neben diesen politischen Zeitschriften von weitreichender Bedeutung erschien nun aber noch ein ganzes Heer kleiner Journale, die nur kurz erwähnt werden können.

Bereits gegen Ende 1813 gab der bekannte Friedrich von Cölln bei Gottfried Vasse in Luedlinburg „Neue Fackeln, ein Journal in zwanglosen Heften“ heraus. Hier zitterte und bebte noch die ganze tiefe Erregung des Krieges in jedem Hefte. Alle Artikel beschäftigten sich nur mit Napoleon und den Seinen und sprachen von Zorn und Berachtung gegen die Franzosen. Das erste Heft enthielt die Abhandlungen: „Napoleons gänzliche Unterdrückung der Pressfreiheit“, „Der Marschall Ney und General Vandamme“, „Über grobe Bestechlichkeit der Staatsdiener im ehemaligen Königreich Westfalen“, „Napoleons schändliche Intrigen, sich der Person des Königs von Spanien zu bemächtigen“ &c. Das zweite Heft: „Belendung und Widerlegung eines schändlichen Libells des geheimen Justizrats Erone in Gießen“, „Napoleon, wie er ist“, „Über unverschämte Rabulsterey einiger Procuratoren und Advokaten im ehemaligen Königreiche Westfalen“, „Woburch ist Napoleon das geworden, was er war, und was er jetzt ist?“ &c. Das dritte Heft: „Fouché, Herzog von Otranto, kaiserl.-franz. Polizeiminister“, „Napoleons unversöhnlicher Haß und Nachsicht“, „Hieronymus Napoleon, ehem. König von Westfalen“ &c. Das vierte Heft: „Der Raub der Vittoria vom Brandenburger Tore in Berlin durch die Franzosen“, „Das Unversitäts- und Schulwesen im ehemaligen Westfalen“, „Die Teutsh Franzosen im ehemaligen Königreich Westfalen“, „Arcian Bonaparte“ &c. Im Ganzen erschienen 12 Hefte und zwar bis 1815.

Der warmherzige Karl von Kottet in Freiburg im Breisgau gab dort 1814 „Teutsche Blätter“ heraus, die aber nur vom 6. Januar bis 30. Juni erschienen, und zwar in 76 Nummern.

Nummer sonderte sich in zwei Teile, deren
 d politische Nachrichten" brachte, während der
 je Erhebungen" enthielt. Die „Kriegs- und
 ten" waren bisweilen dadurch von besonderem
 Hertzführer in ihnen ihre Proklamationen und
 cten. Die erste Nummer kündigte in einer
 t aus dem Hauptquartiere zu Vörsach vom
 1 Rheinübergang der Arme nach der Schweiz
 a. *) In Berlin tauchte mit Beginn des
 Verlage der Gebrüder Götische mit königlich
 „Das neue Deutschland" auf. Sechs
 en Band zum Preise von drei Reichsthalern.
 te viele (es behauptete „alle") Altentstücke, „die
 isumwälzung Bezug haben" und eine „Chrono-
 der Tagebuch der jetzigen merkwürdigsten Be-
 in Felde, als in den Kabinetten." Im großen
 über einen gewissen trockenen Ton nicht hin-
 g in der Schulzeschen Hofbuchhandlung ließ
 damals sehr beliebter Historiker, 1814 und
 Heften von 6 bis 8 Bogen, deren drei einen
 ine „Germania, Zeitschrift für Deutschlands
 uen. „Der Name ‚Germania' soll aus daran
 Herausgeber, „was wir ursprünglich waren
 Weiterhin bemerkte er: Es soll auch öfter ein
 1 Gegenwart in die dunkle Vergangenheit der
 tau werden. Von den Artikeln, die gebracht
 lgeuden hervorgehoben: „Wie soll deutscher
 äußern?", „Der Zeitgeist, sein Triumph und
 orische Dichtung", „Gedanken und Wünsche
 „Fragmente über Napoleon." Es erschienen
 amtpreise von drei Thalern. Eine sächsische
 fischen „Deutschen Wäldern" scheint nur noch ein
 as sich z. J. im Besitze des Herrn Ersten Staats-
 Freiburg i. W. befindet. Das Exemplar der Frei-
 in Verlust geraten; das Großh. badische General-
 : hat nie ein Exemplar besessen.

Zeitschrift nannte sich „Der Europäische Kuffcher“. Sie wurde von J. M. Bergl und Heinichen redigirt und kam schon 1805 einmal ein Jahr lang in Leipzig heraus, wurde aber, wie es scheint, unterdrückt und wagte sich nun erst 1812 wieder hervor, worauf sie ununterbrochen bis 1824 erschien. Der Jahrgang kostete einen Taler. Einen besondern Charakter erhielt sie dadurch, daß sie bereits 1814 den Mut zeigte, den maßlosen Verunglimpfungen Napoleons entgegenzutreten und später sich auch sehr tapfer gegen die reaktionären Bestrebungen anzulehnen. Über Napoleon wagte sie in dem Artikel „Die Bonapartianer“ (Nr. 64 vom 11. Okt. 1814) zu schreiben: „Die Anzahl der Anhänger Bonapartes scheint jetzt wieder in Deutschland zuzunehmen. Männer, die ihn sonst verwünschten, sein Streben auf den Grund durchschauten und alle seine Unternehmungen richtig würdigten, sind jetzt seine Freunde worden. Sie sehen ihn als die Schutzwehr der Verfassung durch Stellvertreter, als einen geschworenen Feind des Feudalsystems und als kräftigen Erzieher der Nationen zum Widerstande gegen mutwilligen Druck und abgenützte Vorteile an.“ Und den schweren Druck, mit dem man alle politischen Verhältnisse zurückzuschrauben gedachte, kennzeichnete sie in einem Artikel (Nr. 66, 1817) mit folgenden Worten: „Das fünfzehnte Jahrhundert will man mit Gewalt wieder in das neunzehnte zurückbringen, und es soll nur Herren und Knechte, ohnmächtige Fürsten und Sklavenvölker geben . . . Zu weit ging Napoleon, und zu viel tat man nach seinem Sturze. Man beleidigte den Zeitgeist und erregte ein Mißtrauen und eine Unzufriedenheit, welche in der That noch mit manchen bedenklichen Folgen drohen.“

Im Jahre 1815 trat Fr. von Cölln abermals mit einer Zeitschrift hervor, jetzt in Berlin, die er „Freimütige Blätter für Deutsche“ nannte, und die dann bis 1820 erschienen. Sie vertraten die konservative Richtung, kamen aber über oberflächliches Geschwätz nicht hinaus. Ebenso unbedeutend war das „Journal für Deutschland“, das Fr. Buchholz von 1815 bis 1819 in Berlin herausgab. Nur ein ganz kurzes Dasein fristete „Der Wächter“, eine Zeitschrift in zwanglosen Festsätzen, die Ernst Moritz Arndt 1815 und 1816 in Köln erscheinen ließ. Eine

nahm Friedrich Alexander Bran mit der „Mitte einſt 1792 von J. W. von Archenholz gewar. Bran (geb. 1767, geſt. 1831) hatte das von 1809 bis 1812 unter Archenholz' Namen in ausgegeben, war dann aber mit den franzöſiſchen inſtikt geraten und hatte nach Öſterreich fliehen war denn auch die „Minerva“ zu Grunde ge-Zeitschrift „Kronos“, die Bran kurze Zeit in , konnte ſie nicht erſehen. Bald nach dem Kriege auch Bran, die „Minerva“ wieder auferſtehen ab ſie zunächſt 1815 in Leipzig und dann von in Jena heraus, wo er eine Buchhandlung er-Seine frühere Bedeutung erlangte das Journal er; beſonders fehlte es ihm an tüchtigen Mit-can ſchreibt ſeine ‚Minerva‘ ganz allein ſelbſt,“ (l. Brockhaus ſeinem Freunde Oken in einem Briefe 816. *) „oder er zahlt für etwaige kleine Mißhülfe Taler per Bogen.“ *) Immerhin beſaß die Zeit-iſſe Stimme, die beſonders bei der Behandlung ſfragen, bei der Verteidigung der individuellen Verlangen nach Öffentlichkeit der Rechtspflege und Eintreten für Gewiſſens- und Preſſefreiheit in den n beachtet wurde.

stere Stimmung von 1817 rief in Jena „Der urſchen fliegende Blätter“ von J. J. Fries ſfreund“ von Ludwig Wieland hervor. Doch re Blatt „zur Beruhigung der poliſeitigen Seelen-reiſtſche ſchreibt, ſeinen ſtaatsgefährlichen Namen rſchien fürderhin bis zu des Herausgebers Tode atriot“. In Frankfurt a. M. erſtand zur ſelben undeslade“, herausgegeben von dem vielſeitigen E. Deſäner (geb. 1764, geſt. 1828), der beſonders evolutionzeit von Paris aus ein wichtiger Korre-deutſchen Zeitungen gewefen war. Die „Bundes-

sade" gab er jedoch sehr bald wieder auf, weil die Nichtigkeit des Bundestages und damit das Unerspriessliche einer journalistischen Thätigkeit in Frankfurt schnell offenbar wurde.

Endlich seien noch zwei Journale des achtzehnten Jahrhunderts verzeichnet, Pösselt's „Europäische Annalen“, fortgesetzt von Fr. Murhard, und Schirachs „Hamburger Politisches Journal“, die auch in der in Rede stehenden Zeit weiter erschienen.

4. Die Zeitschriften für universelle Bildung und die Unterhaltungsjournale. Das Cottasche „Morgenblatt“, redigirt von Theresie Huber. Deren Programm. Cottas eigenmächtige Eingriffe. Verorzugung Frankreichs. Die Mitarbeiter Wörne und Müllner. Goethe gegen Müllner. Müllner erhält die Redaktion des „Literaturblattes“. Goethes Mißmut darüber. Cottas Konflikt mit Müllner. Dieser legt die Redaktion des „Literaturblattes“ nieder. Theresie Hubers Rücktritt von der Redaktion des „Morgenblattes“. Die „Wiener Zeitschrift“. Ihr Begründer Schickh. Ihr Redakteur Hebenstreit. Die Mitarbeiter. Pflegt das literarische Leben in Osterreich. Fördert Geißparzer. Die „Abendzeitung“ von Winkler und Kind. Dient der leichteren Unterhaltung und dem Klatsch. Der „Gesellschafter“ von Gubitz. Der Kuhnsche „Freimütige“. Weigels „Rheinisches Archiv“. Bäuerles „Wiener allgemeine Theaterzeitung“. Der „Wandere“, der „Sammler“, die „Thusnelda“, die „Originalien“ etc.

Bei dem außerordentlich angeregten politischen Leben, das ganz Deutschland nach den Befreiungskriegen erfüllte, war es natürlich, daß alles das, was nicht die Verfassungsfragen und überhaupt die neue Staatsanrichtung betraf, die Gemüther nur wenig berührte, und daß daher auch alle jene Zeitschriften, die der universellen Bildung dienen, oder auch bloß Unterhaltungslektüre bieten wollten, also die Politik ausschlossen, nur ein geringes Interesse erregten und darum auch nur wenig Unterstützung beim Publikum fanden. Sie vermochten sich mithin kaum zu entwickeln und blieben zum großen Teil erschlaffen und unbedeutend.

Verhältnismäßig am vornehmsten hielt sich noch das Cott-

»Latt für gebildete Stände“ (Vergl. Vb. II, Cotta hätte dem Blatte gern eine dominierende Rolle gegeben und gab ihm deshalb auch ein „Kunstblatt“ urblatt“ zur Seite, doch gelang es ihm nicht, eine Ansehen als Leiter zu gewinnen. Der Epigramm-D. Haug, der bisher die Zeitschrift redigiert hatte, ungenügend; ein Versuch mit dem jungen Friedrich te ebenfalls. Da versuchte es denn Cotta einmal zu wandten Therese Huber, der Witwe seines Vaters der „Allgemeinen Zeitung“ Ludwig Ferdinand Christlicherische Qualität er durch die mancherlei: bereits dem „Morgenblatte“ geliefert hatte, gen und die damals gerade von ihrem bisherigen Vurg nach Stuttgart übersiedelte.

och Therese Huber das Anerbieten Cottas an- sie sich an Haug, den sie von früher her kannte, sich bei ihm über die intimeren Verhältnisse des sie erfuhr, lautete aber nicht besonders verlockend. Inuten Tone berichtete sie darüber unter dem an ihren alten Freund Usteri: „Haug hatte die ‚Morgenblattes‘ bis vor einigen Monaten und , meine Satire dagegen anhören. Er warf die Cotta, der einen Rehrichwinkel und Geiseltgewölbe Einmal sollte hinein, was er aus zehn Gründen n konnte, und ein anderes Mal, was vorgeschlossene enen sollte. Wenn ich gegen Cotta klagte, beschul- es an Kritik und Wagh zu lassen — beide Mäßig hörte ich bei meiner Ankunft, daß Frei- der zu seiner Zeit im Dichterwalde irrte, später tte‘ germanische Purzelbäume schlug, in der Sprache aber Magister Rückert heißt, die Aussicht über das habe. Haug sagt mir nun: Minister v. Baugen- unden, daß das Blatt sich mehr zur Höhe des ben müsse. Er habe also Cotta an-, be- oder em- freimund Reimars Geist über ihm schweben solle, egen Teutlichkeit, Magnetismus, Mystizismus und

noch ein ‚mus‘, ich weiß nicht, welches? sich einschlich — und in Gemäßheit vom ersten Kapitel der Schöpfung geschah es also.“

Trotz alledem verstand sie sich schließlich dazu, die Redaktion zu übernehmen. Ihre Übersiedlung nach Stuttgart erfolgte am 31. August 1816, doch läßt sich ein bestimmter Termin für die Übernahme der Redaktionsarbeit nicht angeben, da ein Kontrakt zwischen ihr und Cotta nicht abgeschlossen und auch ihr Name als Leiterin des Blattes offiziell niemals genannt wurde. Aber es ist bekannt, daß sie seit Anfang 1817 ein bestimmtes Redaktionsgehalt, 700 Gulden jährlich, erhielt, ferner eine Entschädigung für die von ihr gelieferten Beiträge. Der Betrag für diese letzteren wechselte natürlich je nach der Arbeit; er betrug jedoch nach den erhaltenen Quittungen selten mehr als 400 Gulden jährlich.)*

Gleich beim Beginn ihrer Redaktionstätigkeit suchte sie sich möglichst klar zu machen, von welchen Gesichtspunkten aus das Blatt zu leiten sein werde, und sprach sich in Briefen an Freunde darüber aus. Zuerst wandte sie sich an Böttiger in Dresden, den alten Praktikus, und legte ihm ihre Situation dar. „Ich habe mir“, schrieb sie ihm zu Anfang 1817, „die Grundsätze der Zusammenstellung aus den vielfachen Zirkeln der Leser, unter denen ich lebe, abstrahiert: der Gelehrte, die Dame, der faule eingeschlafene Beamte, der Geck, das wißbegierige Fräulein, die nach einer Erholung lechzende Hausfrau. Den Gelehrten nenne ich nicht, der nimmt das Blatt nicht in die Hand, oder nimmt als höchst gebildeter Mensch an allem Bessern teil. Da möchte ich nun in jedem Blatt Wissenschaft und Gefühl aufwecken, Neugier erregen, Nachfrage befriedigen. Also nehmen wir drei oder vier Artikel an: Geschichte, Roman, Korrespondenz, welche nouvelles du jour enthält; oder Naturgeschichte, Biographie, Gedichte und wieder Korrespondenz; oder Roman, Betrachtung, Gedichte und wieder Korrespondenz; oder Völkerkunde, Biographie, Anekdote und wieder Korrespondenz.“ Doch behielt sie dabei stets im Auge, daß die Zeitung auch immer im Dienste der Zeit zu stehen habe, also sehr häufig „das Apropos (wir würden heute sagen die

*) Ludwig Geiger, Therese Huber. Stuttgart. 1901, S. 283.

: als die älteste Nummer der Einſendung ent-
 Gleichwohl wollte ſie auch gelegentlich einmal
 ſchweren und das, was man ſeiner Zeit hoch ge-
) einmal nachprüfen, „neue Rezenſionen von alten
 u und zuſehen, was dieſe Bücher „ſetzt noch für
 Leſebuch“, alſo z. B. der „Kinderfreund“, „Wiſſ
 „Sophiens Reiſe“. Dieſem originellen Gedanken
 ſt weiter nachgehen können.

entwickelte ſie auch ihrem alten Freunde Uſteri ihr
 hebt dabei den Wert guter Biographien hervor.
 3 da kurze, derbe, auch aus Chroniken genommene
 den möchten!“ ſchreibt ſie. „Nur erſt und herz-
 Mensch ſich des Menſchen annimmt.“

Grundsätze konnte ſie nur wenig zum Ausdruck
 dem Buſt von Manuskripten, der aus Haug's und
 auf ſie gekommen war, ſollte ſie je noch den
 erwerthen, und hatte ſie dann mit vieler Mühe
 ſolchem Material zuſammengeſtellt, ſo ſtürzte ihr
 htig das ganze Arrangement wieder um. Schließlich
 gegen die beſtändigen Eingriffe Cottas. „Wenn
 te“, ſchrieb ſie an ihn, „Ihnen nützlich ſein zu
 : es durch eine gewiſſe Vielseitigkeit der Bildung
 weiſe, Umgang mit allen gebildeten Ständen, welcher
 it gibt, den Geſchmack des Publikums kennen zu
 elſaches Intereſſe an Wiſſenſchaft und Literatur in
 jen. Sie werden mir es daher nicht verdenken —
 ten Sie Vertrauen zu mir haben, wenn ich nicht
 ſelbſtvertrauen hätte, welches allein Gelingen und
 ? — wenn ich Sie recht herzlich bitte, meiner Be-
 Wertes und Unwertes eines Aufſatzes, des Intereſſes
 eſſes mehr Glauben beizumessen, als Sie tun. Ge-
 erter Freund, daß ich in dieſe Anſichten und Urteile
 es Gewiſſen ſetze, wozu nütze ich ſonſt? Ich ver-
 iner Zeile leichtſinnig, ſuche meine Perſönlichkeit
 itigen und aus einem allgemeinen Geſichtspunkte zu
 dann haben Sie auch ein bißchen mehr Glauben

an meine Wahl. Ihre Bemerkungen muß ich ja ehren, ich ehre ja Sie und Ihren Verstand, aber meine Motive, bester Freund, müssen auch bei Ihnen ein bißchen gelten.“

Im großen und ganzen erzielte sie aber mit solchen Vorstellungen wohl nur wenig; Cotta war eine viel zu selbständige Natur, als daß er sich wesentlich hätte beeinflussen lassen. Sie mußte also laviieren, so gut es ging. Bei ihrer großen Intelligenz gelang es ihr bald, den Mitarbeiterkreis zu erweitern. Unter den Gedichten, mit denen sie gern das Blatt eröffnete, befanden sich auch solche von Goethe und Uhland. Mit den Romanen und Novellen, die sie darbot, kam sie jedoch über das Mittelmäßige nicht hinaus. Bei den gelehrten Artikeln bevorzugte sie die über die fremden Literaturen, besonders die über die französische und englische; sie brachte sogar Berichte über die Sitzungen der französischen gelehrten Körperschaften, während sie die deutschen gelehrten Gesellschaften unberücksichtigt ließ. Diese Vorliebe für Frankreich begegnete mancher Mißbilligung. Franz Horn richtete daher öffentlich die Bitte an sie, „der ausländischen Literatur nicht zu viel Raum zu widmen, denn obwohl wir manche dort gegebene Notizen über dieselbe als löblich anerkennen, so scheint doch das gegenwärtige deutsche Leben und das deutsche Schrifttum der Aufmerksamkeit teils so wert, teils so bedürftig, daß wir nicht viel Zeit und Teilnahme für die literarischen An gelegenheiten der Ausländer übrig behalten. Den Überfleiß, den wir sonst auf das Fremde wandten, kann die jetzige Konzentration nicht bloß entschuldigen, sondern völlig rechtfertigen.“ *)

Einer ihrer eifrigsten Mitarbeiter wurde sehr bald Ludwig Börne. Er lieferte ihr touristiche Aufsätze, satirische Plaudereien über den Eßkünstler, das Schmollen der Weiber, die Kunst, alt zu werden, gelegentlich auch Abhandlungen mit dithyrambischem Schwunge, wie die berühmte Denkrede auf Jean Paul, und daneben schlug er ihr auch einmal einen literarischen Purzelbaum

*) Franz Horn, Umriss zur Geschichte und Kritik der schönen Literatur Deutschlands während der Jahre 1790 bis 1818. Berl. 1819.

zu Berichte über den Enthusiasmus, den Henriette
 isfurt entzündet hatte.

r Mitarbeiter drängte sich gegen ihren Wunsch
 tt“ ein, der rauschfeste Adolph Müllner. Durch
 eifenden, rücksichtslos umschlagenden Artikel
 otta so, daß dieser sogar hinter dem Rücken und
 u der Leiterin Berichte von ihm ins „Morgen-

Dadurch litt der vornehme Ton der Zeitschrift,
 denen Seiten wurde Unmut laut. Goethe gab
 tügen über den groben Kritiker 1818 durch fol-
 gende Ausdrücke:

n strenger Mann, von Sierre Kraus,
 er Doktor Müllner heißt er;
 irst alles gleich zum Fenster hinaus,
 gar den Wilhelm Meister.
 z ganz allein versteht es recht,
 aran ist gar kein Zweifel:
 em geht es seinen Helden schlecht,
 ergibt er sie dem Teufel.

se Huber klagte in einem Briefe an Gubitz: „Die
 ipondenz, die Müllner monatlich einfindet, ist mir
 schämung vor dem Publikum, wegen der Platitude,
 d mir, sowie meinen Bekannten, oft gänzlichen
 it der Späße.“*)

te sich aber nicht an die Verstimmung der feiner
 denn beim großen Publikum fanden die lite-
 chterei und die groben Späße Müllners Beifall.
 die Einwendungen der Leiterin bei Seite, die ihm
 das „Morgenblatt“ doch nicht der Platz sein könne,
 und links Siebe ansteuerte, und schließlich übertrug
 gar die Redaktion des 1820 dem „Morgenblatte“
 „Literaturblattes“ und zwar unter den glänzendsten
 Er bewilligte ihm fast das dreifache von dem, was
 für ihre große Mühe erhielt. Für die bloße Re-
 der jährlich 1000 Taler, ferner 200 Taler jöge-

hubitz, Gelehrnisse. Berl. 1868, Bd. II, S. 252.

nannte Bureaugelder und außerdem 5 Louisd'or für jeden Druckbogen seiner eigenen Beiträge.*) Bei der Übergabe der Redaktion, die im Jahre 1820 erfolgte, machte Cotta noch durch eine pomphaste Anzeige bekannt, daß er das Glück gehabt habe, den ersten jegigen Kritiker Deutschlands in der Person des Herrn Hofrath Müllner gewonnen zu haben. In der literarischen Welt erregte dieses unerwartete Avancement natürlich einen Sturm des Entsetzens, und Goethe machte seinem Verdrusse in den Versen Lust:

Wir litten schon durch Kogebue,
 Gemeines Kösnomieren,
 Nun kommt Herr Müllner noch dazu,
 Das Ober-Wort zu führen.
 Im Dichten rasch, im Lobe faul,
 Ist er mit nichts zufrieden:
 Der Edle mault nur, um das Man
 Den andern zu verbieten.

Er ließ das Gedicht aber wohlweislich in seiner Mappe liegen,**) und unterdessen begann Müllner „wie mit Polyphenarmen um sich zu greifen“, um sich eine wahrhaft terroristische Autorität auf dem Gebiete der Kritik zu erobern. Dadurch kam er natürlich sehr bald mit aller Welt in Konflikt, auch mit Cotta; denn dieser wollte seine eigenen Autoren in seinem eigenen Blatte doch immerhin glimpflich behandeln sehen. Besonders waren ihm Angriffe auf Goethe fatal. Diese aber ließ sich Müllner ganz besonders angelegen sein, denn der Olympier von Weimar hatte den Dichter der „Schulb“ sehr vornehm-kühl behandelt und ihm dadurch einen Stachel ins Herz gedrückt. Cotta war jedoch nicht der Mann, der bei solchen Differenzen gutwillig nachgab; er bestand darauf, daß die satirischen Bemerkungen über Goethe und andere von ihm geschätzte Dichter unterblieben, und als Müllner nach wie vor diesem Verlangen nicht entsprach, so ließ er diejenigen Kritiken, die seinem Wunsche nicht entsprachen, an Müllner zurückgehen und sogar ohne Müllners Mitwissen lobende Rezensionen von Goethes Schriften in das „Literaturblatt“ einrücken. Darob natürlich

*) Schüb, Müllners Leben. Weisen, 1830, S. 187.

**) Jetzt abgedruckt in der Sophien-Ausgabe, 5. Band, 1. Abt., S. 181.

idigten Redakteurs. Es kam zu heftigen und als sich diesen schließlich auch noch aller Natur hinzugesellten, war ein längerer zwischen den beiden Männern nicht mehr te 1824 die Redaktion des „Literaturblattes“

Zeit löste sich auch das Band, durch das Cotta verknüpft war; doch kam es hier zu Katastrophe. Den Ausschlag gab schließlich Verständnis. Cotta hatte 1823 in Augsburg aufgestellt und gelegentlich geändert, er wollte Verlag des „Morgenblattes“ nach Augsburg merkung hielt Theresie Huber für eine indirekte Wohnsitz ebenfalls in Augsburg zu nehmen, vorzeitig nach dorthin über (23. Okt. 1823). und dies als eine Rücksichtslosigkeit und entzogen welche Ankündigung von Anfang 1824 es „Morgenblattes“. Wie Geiger berichtet,*) die Manuskripte nicht mehr zugestellt; ihre Art weiter eingeholt, ihre ausgesprochene Ansicht hrend sie in Augsburg war, erschien das Blatt t. Zwar erhielt sie noch zwei Jahre lang das : Redaktionsgehalt, doch suchte sich Cotta für sig nicht sehr große Summe dadurch schadlos ihre großen und zeitraubenden Übersetzungen, die : Frau von Genlis, nicht honorierte. Schließlich ige Bruch zwischen beiden ein, der besonders f schmerzte; verlor sie doch mit der Cottaschen Stütze, die ihr fast dreißig Jahre hindurch in : Lebenslagen einen Halt geboten hatte. Wenige h sie (15. Juni 1829), vereinsamt und halb er : Gesicht des „Morgenblattes“ bedeuten die ung eine wesentliche Weiterentwicklung des Jour- e dem Blatte auch einen gewissen frauenhaften

her, S. 200.

Charakter gab, so hob sie es doch in jene geistige Atmosphäre, in der es sich dann später zur wirklich vornehmen Zeitschrift entwickeln konnte.

Etwas Ähnliches, wie das „Morgenblatt“, wollte auch die „Wiener Zeitschrift“ bieten, aber es stand ihr weder ein so intelligenter und kapitalträchtiger Verleger wie Cotta, noch ein so großer und geistig bedeutender Mitarbeiterkreis, wie ihn das Stuttgarter Blatt besaß, zur Verfügung. Zudem hatte sie noch weit mehr, als die Blätter „draußen im Reich“, unter einem schweren Jenseitdruck zu leiden. Die Zeitschrift begann mit dem 4. Januar 1816 zu erscheinen, und zwar zunächst erst unter dem Titel „Wiener Moden-Zeitung“, änderte aber ihren Namen, ihrem Inhalt entsprechend, schon im Juli 1816 in „Wiener Moden-Zeitung und Zeitschrift für Kunst, schöne Literatur und Theater“, bis sie schließlich den einfachen Titel „Wiener Zeitschrift“ annahm. Der Begründer und Herausgeber des Blattes war Johann Schichl (geb. 1770, gest. 1835), ein Heim des durch seine Possen und Schwänke in Wien sehr beliebten dramatischen Schriftstellers Kilian Joseph Schichl. Sicherlich war es ein großes Wagnis, als Johann Schichl an die Gründung des Blattes ging, denn er war durchaus keine literarisch betannte Persönlichkeit, vielmehr soll er vordem eine Art Schneidergeschäft betrieben haben, wodurch sich vielleicht erklärt, daß dem Blatte zunächst der Charakter einer Modenzeitschrift gegeben wurde. Allein Schichl wußte die literarischen Verhältnisse zu beurteilen und zeigte sich auch auf dem Gebiete der Literatur überaus orientiert. Dazu kamen seine rechtliche Anschauung und sein praktischer Blick dem Blatte von Anfang an trefflich zu statten. Er wußte, wie Schloßar in einem hier angezogenen Artikel des weiteren ausführt,*) durch aufmerksame Beobachtung des literarischen Lebens empfortreibende poetische Talente leicht zu erkennen und an sich zu fesseln, bedeutende Verbindungen anzuknüpfen und den Leser- und Abnehmerkreis immer mehr zu erweitern. Doch führte er in den ersten Jahren die Redaktion

*) Dr. Anton Schloßar, die „Wiener Zeitschrift“ von J. Schichl und J. Vinbauer. Ein Beitrag zur Gesch. d. österr. Journalwesens in vormod. Zeit.“ (Zeitschr. f. Bücherkunde. 5. Jahrg., 2. Bd. S. 461 ff.

bertrug sie dem Ästhetiker Wilhelm Hebenard (1854), dem einige Zeit noch der Schriftward zur Seite stand. Als dann aber im weit von der Redaktion zurücktrat und Schickl mit Hebenard, der eine wenig verträgliche scheint, als nicht erprießlich erkannte, nahm er des Jahres 1820 die redaktionelle Leitung selbstständig in die Hand und befiel sie bis

erschien in groß Oktav im Jahre 1816 zu an der Woche, dann 1817 zweimal und von Anfangs war die Nummer nur einen halben wurde sie aber wesentlich umfangreicher; auch zblatt“, dem der Herausgeber viel interessanter wußte. Eine besondere Anziehung übten die jen aus, namentlich die gestochenen und folo- die allwöchentlich in einem Blatte erschienen.

mit Originalkompositionen von Beethoven, Konradin Kreutzer, F. Lachner u. a. wurden literarische Inhalt der Zeitschrift bestand aus ichten, kulturgeschichtlichen, archäologischen und luffäßen, sowie aus Theaterbesprechungen, die oßen Raum einnahmen. Natürlich waren es reichliche Autoren, die hier als Mitarbeiter auf- viel gepriesene J. F. Castelli, J. L. Deime Wichter und der junge Franz Grillparzer, der lufführung seiner „Ahnfrau“ seine Beschäftigung n Dramatikern dadurch bekundete, daß er eine setzung aus Calderons „Wen ein Traum“ be- untrließen es die österreichischen Dichter des iträge mit ihren Namen zu unterzeichnen, und en Grund dabei; denn, wie Schloßar hervor- schriststeller in dem vormärzlichen Österreich für ab verdächtige Persönlichkeit, und war er gar als aals angestellt, so mußte er sich außerordentlich sorgfester und Förderer erfreuen, wenn er nicht

als mißliebig betrachtet werden wollte. Von den sonstigen deutschen Dichtern erschienen besonders häufig der Epigrammatikergang, der berühmte Verfasser der „Schuld“ Adolph Müllner S. Claren, D. Graf von Loeben, Friedrich und Karoline de Motte-Fouqué, Fr. Laun, A. Böttiger u. a. Bei einem Preisaußschreiben, das die Zeitschrift 1819 für die Beste poetische Erzählung erließ, und bei dem sie einen Preis von 25 Gulaten in Gold nebst einem Agestit von 10 Gulaten aussetzte, zu dem dann auch noch das übliche Honorar von 6 Gulaten für den Druckbogen kam, ging E. T. A. Hoffmann mit der Novelle „Der Zusammenhang der Dinge“ als Sieger hervor. Die Theaterbesprechungen schrieb Hebenstreit selbst und befandete dabei neben großer Sachlichkeit auch guten Geschmack und gebiegenes Urtheil. Vielleicht gerade deshalb geriet er alsbald mit Adolph Müllner, der seine „Schuld“ nicht genügend gewürdigt meinte, in eine literarische Fehde, die sich mehrere Jahre hinzog und besonders von Müllner mit großer Leidenschaftlichkeit geführt wurde. Ganz anders gestaltete sich das Verhältnis Hebenstreits zu Grillparzer. Hier konnte der Kritiker mit ganzer, rückhaltloser Begeisterung für den neuen Dichter eintreten und seinen Ruhm verkünden. In der ersten Aufführung der „Ahnfrau“ im Burgtheater (31. Jan. 1817) besprach er ausführlich und ebenso die der „Sappho“ im nächsten Jahre. Besonders betonte er den hohen poetischen Wert der Stücke. Diese Darlegungen trugen nicht wenig dazu bei, die Erkenntnis von der Bedeutung Grillparzers weiten Kreisen zu erschließen; der Dichter sah sich bald allwärts hoch geachtet, und da folgten denn in der Zeitschrift auch poetische Apostrophen. Im Jahrgang 1818 erschien ein Gedicht von E. A. von Gruber „An den Verfasser des Trauerspiels „Sappho““ und 1819 eine dramatische Phantasie „Phaon und Melitta“ von demselben und das schöne Gedicht „An Grillparzer“ von Friedrich de la Motte-Fouqué. Leider sollte dem Dichter diese freudige Anerkennung bei Publikum und Presse nicht auch weiterhin zur Seite bleiben.

Auf das ganze Heer der übrigen Unterhaltungs-Journals der Zeit von 1813 bis 1819 näher einzugehen, verlohnt sich nicht. Alle diese Blätter sind erstaunlich leicht und ohne jede höhere

fassung. Wir nennen daher nur einige wenige, die sich eines Leserkreises erfreuten. Nach wie vor erschien in Leipzig für die elegante Welt“ (Vergl. Band II, 1), die noch bis 1816 von August Mahlmann und dann Jusaleum Müller (geb. 1771, gest. 1837), einem sehr gen Schriftsteller, redigiert wurde. Am meisten machte rixt wegen der Müllnerschen Artikel, die sie brachte, eben, in denen der streiflüchtige Verfössernach und nach ganzen literarischen Deutschland anbaud. Auch die „ein- Lesefrüchte“, mit denen er eine Zeit lang regelmäßig auf-regten ein gewisses Interesse, doch nur bei der breiten e feiner Gebildeten fühlten sich von ihnen unangenehm „Ich habe Müllners ‚Lesefrüchte‘ in der ‚Zeitung für e Welt‘ seit 14 Monaten gelesen,“ schreibt Therese Huber „Die Form ist, in ihrer Entstehung, meiner Ansicht imaktlos; die beständige Wiederholung der burlesken s Schreibers, des Antwortenden, der Ton der darin den Dame, ist in der steten Fortsetzung immer platt, ich selbst oft pöbelhaft. Die Absicht bei dieser Form irtlich, sich (wie die Rolle des Lustigmachers überall be- die Freiheit, rechts und links Hiebe zu versehen, um so sichern. Müllner hat gewiß mehr wie eine Absicht, hr nützliche, wackere Wahrheiten zu sagen; allein diese) in seiner eigenen Feder in den vielerlei Hieben, die er

sentimental als rabulistisch war die „Abendzeitung“, Th. Winkler (Pseud. Th. Hell, geb. 1775, gest. 1856) ab mit Fr. Kind (geb. 1768, gest. 1843) in Dresden io herausgab. Beide Schriftsteller gehörten noch mit : der Romantiker, aber sie standen ganz an der Peri- d in der „Abendzeitung“ lösten sie, wie Wolfgang umal sagt, „die Romantik in das Teewasser einer geist- schgesellschaft“ auf. Aber sie wußten ihrem Blatte eine oße Verbreitung zu verschaffen; alle die kleinen Dichter en, Thüringen und dem Harz, wie B. Blumenhagen, mliß, Karl Weißflog, E. D. Gehe, Wilh. Gerhard,

Gust. Schilling, Fr. Lann und wie sie alle hießen, zogen sie 3 Mitarbeitern heran, und diese verschafften dann der Zeitschrift einen gewissen Ruf. Jedem welchen literarischen Wert erlang die „Abendzeitung“ jedoch nicht, so beliebt sie auch lange Zeit in den oberflächlichen Gesellschaftskreisen war.

Während die „Abendzeitung“ hauptsächlich das Unterhaltungsblatt für Mitteldeutschland war, bot für Norddeutschland und ganz besonders für Berlin „Der Gesellschafter“ den nötigen Lese- und Unterhaltungsstoff. Er wurde von F. W. Bubitz (geb. 1786, gest. 1870) ins Leben gerufen, begann mit dem 1. Jan. 1817 und erschien viermal in der Woche (am Montag, Mittwoch, Freitag und Sonnabend) in Quart. Der ganze Titel lautete „Der Gesellschafter, oder: Blätter für Geist und Herz“. Wie das Dresdener Blatt, so brachte auch das Berliner alles, was das Publikum wünschte, Novellen, Gedichte, Epigramme, Anekdoten, biographische Erinnerungen, Theater- und Kunstberichte, Musik- und Kunstbeilagen und gelegentlich auch einmal einen kleinen literarischen Skandal, der jedoch in einem Nebenteile des Blattes, dem „Bemerkter“, abgewickelt wurde. Der Politik und der Wissenschaft ging man möglichst aus dem Wege; die Religion ließ man vollständig bei Seite. Man wollte es eben mit allen und jedem halten und verzichtete dabei auf einen ausgeprägte literarischen Charakter. Das Mittelmäßige, das dem allgemeine Zeitgeschmack am meisten entsprach, füllte hauptsächlich die Spalten. Doch erschienen auch Autoren von wirklicher Bedeutung (Nchim von Arnim, der allerlei Novellen und Auszüge aus englischen Zeitungen lieferte), Brentano, die Gebrüder Grimm, Schadow, Wilhelm Müller, und selbst Goethe verschmähte es nicht von Zeit zu Zeit einen Beitrag einzusenden. Barnhagen steuerte manchen kritischen Aufsatz bei, und Rahel veröffentlichte in der Blatte die mit „Friederike“ unterzeichneten Briefe über „Wilhelm Meisters Wanderjahre“, die von Goethe so anerkennend gelobt wurden.

Neben dem „Gesellschafter“ erschien sodann noch in Berlin

* Reinhold Steig, Nchim von Arnim, Stuttgart, Bd. 3, S. 384.

Freimütige" (Vergl. Bd. II, S. 261), ein Blatt, und einige Quartale hindurch (1816, 1. u. 2. Quart.) das Journal „Ernst und der alte Freimütige“, mit dem G. Merkel noch leblich, in Berlin Fuß fassen wollte.

in Deutschland, besonders am Mittelrhein, war das „Rheinische Archiv“ eine sehr beliebte belletrische Zeitschrift, die jedoch bereits 1814 ihr Erscheinen einging 1810 aus den von R. Vogt herausgegebenen „Staatsrelationen“ hervor und wurde von Johannes in Gemeinschaft mit Vogt, später mit Rebe redigiert und geistvolle Weigel wußte dem Inhalte Wichtigkeit zu geben und steuerte auch selbst Beiträge über die Geschichte der Zeit und einen Teil „August und Wilhelmine“ bei. In dem Roman schon Rousseau vor ihm, die Ansicht, daß die Lebensweisheit und Sittenreinheit nur in der Natur zu finden seien. Das Archiv umfaßt 15 Bände.

Es sei noch aus der Menge der sonstigen belletrischen Zeitschriften der in Rede stehenden Zeit die schon charakteristische „Wiener allgemeine Theaterzeitung“ hervorgehoben (Vergl. Bd. II, S. 245) und außerdem hingewiesen auf die „Literarische Anzeiger“, der 1814 von J. N. v. Seyfried in Wien herausgegeben wurde und anfangs auch politische Nachrichten enthielt, aber vollständig auf das allgemeine Niveau des literarischen Theaters herabsank, den „Sammeler“, in Wien gegründet und anfangs von Castelli, später von J. N. v. Seyfried redigiert, ein Blatt, das nur mit Nachdruck fällt, die „Thyrsnelde“, ein Blatt für Deutsche, herausgegeben von K. W. Fr. Naßmann 1816 bis 1817 in Krefeld, die „Dreieck“, dem Gebiete der Wahrheit, Kunst, Laune und herausgegeben von Georg Loh in Hamburg von 1814 bis 1816, die „Wünschelrute“, herausgegeben von H. D. J. P. v. Hornthal in Göttingen 1818 mit H. C. M. Arndt, Adam von Arnim, Brentano, den

Brüdern Grimm, Gustav Schwab u. a., die „Leuchte, ein Zeitblatt für Wissenschaft, Kunst und Leben“ von S. D. Szymanski (Berl. 1818) und die „Asträa“ von Weisbach (Stuttg. 1819).

5. Die literarisch-kritischen Journale. Das „Literarische Wochenblatt“ von Koberne. Das Programm Kobernes. Sein Auftreten gegen die liberalen Bestrebungen, die Pressfreiheit und die Barschaft. Schreibt witzig und pikant. Das Blatt hat Erfolg. Geht nach dem Tode Kobernes an Brochhaus über. Der „Hermes“, von Brochhaus gegründet. Wird nach dem Muster der englischen Zeitschriften eingerichtet und anfangs von Prof. Krug, später von Brochhaus redigiert. Erhält mehr und mehr einen politischen Charakter. Die „Wiener Jahrbücher der Literatur“, begründet von Metternich. Bringen Genth's Abhandlung über die Pressfreiheit in England. Die übrigen Mitarbeiter. Das „Konversationsblatt“, die „Vaterländischen Blätter“. — Heinrich von Creitsche, Karl Hagen und Heinrich von Sybel über die Presse von 1814—1819.

Endlich erübrigt noch, einen Blick auf die kritischen Journale der Zeit von 1813 bis 1819 zu werfen. Im großen und ganzen war die literarische Kritik jener tieferegten, von politischen Leidenschaften durchzitterten Jahre wenig abgeklärt; Haß und Stolz trübten sehr oft das Urtheil, und die auf- und niederflutende Erregung bestimmte in vielen Fällen das Maß des Beifalls. Es erschieu denn auch, abgesehen von den rein wissenschaftlichen Zeitschriften, der Hallischen „Allgemeinen Literaturzeitung“, der „Jenaischen Literaturzeitung“, der „Leipziger Literaturzeitung“, den „Heidelberger Jahrbüchern“ und den „Göttinger gelehrten Anzeigen“, kein einziges kritisches Blatt in Deutschland, das bei der großen Menge des gebildeten Publikums tonangebend gewesen wäre.

Eine gewisse Beachtung und einen immerhin ansehnlichen Leserkreis mußte sich das „Literarische Wochenblatt“ zu verschaffen, das Koberne vom 1. Januar 1818 ab im Verlage der Hoffmann'schen Hofbuchhandlung in Weimar zum Preise von 4 Talern den Band (ein Semester) erscheinen ließ.

Der geschwähige und auch immer noch kampflustige ehemalige Herausgeber des „Freimütigen“ fühlte offenbar das Bedürfnis, in dem Streite der Meinungen ebenfalls wieder mitzureden und auch da und dort, wo es ihm angebracht erschien, ein paar Hiebe auszuteilen. Besonders als am Abend des Wartburgfestes auch ein Buch von ihm, seine „Deutsche Geschichte“, in die Flammen geschleudert worden war, drängte es ihn, mit in den allgemeinen Kampf der Meinungen einzutreten und sich dabei auch seiner Haut zu wehren.

Er war durchaus ein Gegner der freiheitlichen Bestrebungen der Burschenschafter und erklärte sich für die patriarchalische Staatseinrichtung. Daher empfand er auch eine heftige Antipathie gegen die Turnkunst und die damit verknüpfte Deutschthümerei, über die er sich gern in beißendem Spott erging. In dem Eröffnungs-Artikel seines neuen Blattes trat er freilich noch sehr vorsichtig auf. „Dieses Blatt soll dem gesunden Menschenverstande dienen,“ führt er dort aus. „Es soll die literarischen Gaukeleien beleuchten, das Gute überall hervorheben, das Wunderliche verspotten, das Böse entlarven; es soll die Religion ehren, den Aberglauben bekämpfen, Vernunft und Sittlichkeit in Schutz nehmen, doch den Anstand nie verletzen. Ejselköpfe in Holz geschnitten wird es nicht liefern, auch keine Schimpfübungen, wie unsere berühmten Literaturzeitungen. Aber die merkwürdigen Erscheinungen sowohl im Leben, als in der Literatur soll es treu berichten und (besonders für Geschäftsmänner, die bei karg bemessener Zeit doch in der Literatur ihres Vaterlandes nicht zurückbleiben wollen) den beschränkten Raum nur eines Blattes wöchentlich so benutzen, daß die Leser von vielen Dingen eine Übersicht gewinnen, die sie sonst nur mühsam aus den vielen Tageblätter schöpfen müßten. Nebenher soll es keine Langeweile machen. Es wäre überflüssig, mehr zu sagen. Empfehlen muß das Blatt sich selbst; wo nicht, so bleib' es ungelesen und ungeschrieben.“

Das klang ja sehr vornehm, aber der alte erfahrene Bertuch traute der Sache gleich von vornherein nicht. Schon am 3. Januar 1818 schrieb er an einen Freund: „Kotzebue hat sich durch

sein literarisches Wochenblatt unter ein schlimmes Wespenneß gettelt und wird, was ich fürchte, die übeln Folgen davon fühlen.“

Und bald sollte es sich auch zeigen, in was für eine bedenkliche Situation er mehr und mehr geriet; denn es ist nicht zu leugnen, daß gerade sein Auftreten in seinem „Literarisches Wochenblatt“ den glühenden Haß gegen ihn in den Kreisen der Burschenschaft entfachte und schließlich dahin führte, daß Ludwig Sand ihm den Dolch in die Brust stach. Natürlich waren es nicht die literarischen Besprechungen, sondern die politischen Extrusionen, die die freiheitsverlangende und sich immer mehr eingezwängt fühlende Jugend erbitterten. Kogebue erklärte rundweg, daß er gegen eine Verfassung sei, die doch alle liberalen Kreise so sehnlichst wünschten. Wenn man denn aber absolut Stände haben müsse, so dürften sie nicht eine Art von Opposition gegen den Fürsten bilden, sondern sie sollten nur des Hauses ältere Söhne sein, die dem Vater freundlich raten. Ferner sprach sich Kogebue gegen die unbedingte Pressfreiheit aus, die zwar viel nütze, aber noch mehr schade, und noch gegen manches andere, das die Jugend und mit ihr die liberalen Kreise erstrebten. Die Vertreter der liberalen Bestrebungen sahen daher in Kogebue mehr und mehr einen der schlimmsten Feinde der Freiheit, und der heißblütige Judeu schrieb unter dem 3. Februar 1818 an Bertuch: „Bitte, schicken Sie mir Kogebues Wochenblatt nicht mehr; ich will von Kogebue nichts wieder lesen.“

In den literarischen Besprechungen wandte Kogebue sich gegen die Romantik, die ja auch mehr und mehr in Kläglichkeit und Eüßlichkeit versank, gegen die Fouqué, Horn, Voeben, Hornwald, und machte deren Verkehrtheiten und Überspanntheiten lächerlich. Da bei entwickelte er viel Mutterwitz, suchte überhaupt seine Besprechungen möglichst unterhaltend und pikant zu gestalten und erzielte damit bei der großen Menge einen bedeutenden Erfolg. Von dem ersten Bande wurde bald eine neue Auflage nötig, und im Oktober 1818 konnte die Verlagsbuchhandlung sogar eine dritte unveränderte Auflage ankündigen. Diesem raschen Emporkommen des Journals wurde aber plötzlich durch die Ermordung Kogebues am 3. Mai 1819 zu Mannheim ein Ziel gesetzt. Zwar verjühte

r. Wilhelm Hoffmann in Weimar, das Blatt in keise weiterzuführen, aber er mußte bald er dazu sowohl das Geschid, als auch der Big ogsbuchhandlung wandte sich daher nach e Reihe hervorragender Autoren und bot ihnen er Redaktion unverhältnismäßig hohe Honorare, i niemand bereitfinden. In dieser Verlegenheit rbrüder Hoffmann dem sebergewandten Adolf re Mitarbeit an dem Blatte, worauf dieser die ür seine Privatangriffe mißbrauchte. Jedem, e, versetzte er schleunigt einen Dieb. Grill- wurde, im schroffen Gegensatz zu der aner- sichen Besprechung der „Ahnfrau“, in grober vor allem aber der Brockhaus'sche Verlag Buch :taub gezogen, weil in der Brockhaus'schen Zeit- das Müllner'sche Trauerspiel „König Ingrid“ n worden war. Die heftige literarische Fehde er Art, daß Müllner sogar ein „literarisches „Literarisches Wochenblatte“ einrichtete.

Zänkereien erregten in den literarischen Kreisen ihen Unwillen und wurden auch von der groß- ng in Weimar übel vermerkt. „Die hiesige fast lächerliche Weise ängstlich“, schrieb ein der Geheime Regierungsrat Reuser, an Brock- hherzog und das Staatsministerium machen is die Hölle so heiß, daß sie entweder das uen oder ins Ausland verlegen müßten.“

Brockhaus solle das Blatt kaufen. „Einem nichthändler kann es nützen, und zum kleinen charmant.“ Das ließ sich Brockhaus nicht t schrieb er an die Gebrüder Hoffmann, und gehend: „Daß wir bei der Strenge unserer Stellung gegen unsern Hof, bei den ewigen eien wegen der Parenthesen unseres Blattes, Raum gegeben haben, unser „Literarisches iar aufhören zu lassen, ist kein Geheimnis.“

Damit waren die Verhandlungen eröffnet. Die Gebrüder Hoffmann teilten Brodhaus mit, daß das Blatt, das zu Kopebu Zeiten etwa 1800 Abonnenten gehabt habe, deren zur Zeit ne 900 besitze, worauf Brodhaus für diese 1000 Taler bezahl. Der Kaufkontrakt wurde Ende März 1820 abgeschlossen, und d Blatt ging auch sofort in den Besitz des neuen Eigentümers über, doch wurde der laufende fünfte Band noch von den Gebrüder Hoffmann vollendet. Vorher erfuhr auch das Publikum noch nichts von dem Besitzwechsel; Ende Juni aber zeigten die Gebrüder Hoffmann an, daß das Blatt in Brodhaus'schen Besitz übergegangen sei, und im Text derselben Nummer erschien ein launiger Brief Kopebue's aus dem Jenais an den bisherigen Redakteur Wilhelm Hoffmann, in welchem sich Kopebue über den Verkauf des von ihm gegründeten Blattes an seinen „Todfeind“ Brodhaus beschwerte, während Hoffmann in Anmerkungen den Sachverhalt klarstellte.

Dieser Besitzwechsel erregte natürlich in der literarischen Welt allgemeines Ansehen und im Hinblick auf den nunmehr an den Sand gesetzten Müllner große Heiterkeit, besonders als sich im „Literarischen Wochenblatt“ die bisherigen tiefen Verbeugunge vor dem großen Dichter der „Schuld“ ins Gegenteil verandelte und „Die Albanescrin“, das neueste Stück Müllners, scharf analysiert und als dramatisches Fliedwerk gekennzeichnet wurde.*)

Die weitere Entwicklung des Blattes, das dann viele Jah zehnte unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltungen eine hervorragende Stelle unter den kritischen Journalen einnahm, wird in den nächsten Abschnitten zu schildern sein.

Mit mehr Gehalt und mit einem größeren Fonds von sitlichem Ernst trat die schon erwähnte Zeitschrift „Hermes, od kritisches Jahrbuch der Literatur“ hervor. Der Buchhändler; A. Brodhaus in Leipzig hatte den Mangel einer guten kritisch literarischen Zeitschrift längst empfunden und bereits unmittelbar

*) D. E. Brodhaus, Friedrich Arnold Brodhaus, Leipz. 1876, Fl. 2 S. 263—278 u. Hud. v. Gottschall, Das fünfzigjährige Jubiläum der „Blätter für literarische Unterhaltung“. Bl. f. lit. Unterh. 1868, Nr. 1.

ein den Plan gefaßt, eine solche zu schaffen; ständig die beiden englischen Journale „The“ und „The Quarterly Review“ als Muster er hatte keine geeignete Kraft für die Leitung finden können. Da las er im Spätherbst Wieland die Leitung des „Oppositionsblattes“ und suchte nun diesen gewandten Journalisten für sich zu gewinnen. Es entspann sich eine Länze, in der die Grundzüge für das Unternehmen eingelegt wurden, und Brockhaus besonders betonte, das geistige Leben auch wirklich fördernde Zeitlichkeit, Tiefe, Verstand und Geschmack“ in sich verbergen wolle. In einer Engagierung Wielands ablehnte, da dieser bereits Verpflichtungen inbetreffend an. 1818 an in Jena heranzugehenden neuen „Volkshfreund“ eingegangen war, worauf sich Brockhaus den Leipziger Professor W. L. Krug (geb. 1770, starb 1847), der nun auch die Redaktion übernahm, an. Dann zur Ostermesse 1818 das Programm der Zeitschrift, in welchem dargelegt wurde, daß nur das Neueste aus jedem Zweige der Literatur dem Leser vorgeführt werden sollte, und zwar in Abhandlungen, die schon an sich einen selbständigen Wert haben müßten; dabei werde die Zeitschrift stets unabhängig die Rechte der gesunden Vernunft zu verteidigen, die böse Geister aller Art, besonders gegen die jetzt so weit verbreiteten Schwärme, „Wirk- und Zwanggeister.“ In der Erscheinungsweise entschied man sich für das Quartalsheft; der Preis für die vier Hefte des Jahrganges sollte 1 Thaler festgesetzt. Das erste Heft gelangte gegen Ende 1818 als 1. Stück des Jahrganges 1819 zur Welt; es umfaßte 25 Bogen, bildete also einen recht stattlichen Band. Der Inhalt entsprach ganz dem Brockhaus'schen Programm; es wurden nur größere Abhandlungen geboten, in denen der Vordruck gestellt, die kritische Analyse danach nur kurz zusammengefaßt war. In der ganzen Anlage es sich deutlich, daß man sich ziemlich eng an die

englischen Vorbilder angezweifelt hatte. Bei dem freimütigen Tone, der gleich von Anfang an in den Heften angeschlagen wurde, kam es natürlich auch bald zu Konflikten, zunächst mit Müllner, dessen Trauerspiel „König Ingrid“ im dritten Heft besprochen wurde. Müllner fiel mit solcher Heftigkeit und impetinenten Grobheit über Krug her, daß dieser sich besonders seiner Stellung als Universitätsprofessor sehr unangenehm davon berührt fühlte. Und da nun außerdem auch die Ansichten Krug mit denen Brodhaus' nicht immer harmonierten, der erstere mehr den wissenschaftlichen Charakter, der letztere mehr die allgemeine Zeitstimmung betont sehen wollte und auch stets mit seinen Ansichten durchzudringen suchte, so trat Krug schon nach Jahresfrist von der Leitung der Zeitschrift zurück, und Brodhaus besorgte fortan die Redaktion allein. Infolgedessen erhielt der „Hermes“ bereits im zweiten Jahrgange einen vorwiegend politischen Charakter, worüber im zweiten Abschnitte unserer Darstellung des näheren zu berichten sein wird.

In Oesterreich wollten die Wiener „Jahrbücher der Literatur“ die literarische Kritik ansüßen, doch war ihr Zweck dabei nicht eigentlich, die geistige Entwicklung zu klären und zu fördern, sondern vielmehr jeden geistigen Fortschritt zu hemmen. Denn niemand anders als Fürst Metternich war der wirklich Begründer der Zeitschrift, und aus Staatsmitteln ließ er das Journal herstellen. Aus sich selbst hätte es sich auch nicht erhalten können, denn trotz aller Bemühungen der österreichischen Regierung, es in weitere Kreise einzuführen, ließ das große Publikum es doch ganz unbeachtet. Die Zeitschrift ist, schreibt Julius Seidlitz, von der Masse gar nicht gekannt und dient den Bibliotheken bloß zur Zierde.^{*)} Fest eingeschnürt in den spanisch-österreichischen Zensurpanzer, konnten sich die Autoren nur wenig bewegen und schrieben daher am liebsten über orientalische und slavische Literatur. Das Wertvollste, was die Zeitschrift brachte, waren gleich in den ersten Heften zwei Abhandlungen von Geng

^{*)} Die Poesie und die Fabeln in Oesterreich. (Wien, 1837, S. II, 2—120.)

eiheit in England, in welchen er an der Hand der englischen Presse darzulegen suchte, daß die t nur noch ein relativer Begriff sei und unter der ichter, ja noch sicherer bestehen könne, als unter hträglichem gerichtlicher Bestrafung. Überdies seien u eine eigene Art von Delikten, die mit anderen igen nichts gemein hätten und darum auch eine ug außerhalb des gemeinen Rechts einnehmen ntzog damit der Presse jeden Rechtsboden und über- Willfür der Kabinette. Das alles trug er in so rache und sozusagen so mundgerecht vor, daß die ese Grundfäße ohne Besinnen akzeptierten und dann ehute hindurch zu ihrer Richtschnur nahmen. Wis ssen Rechtsverwirrung hatte derselbe Genz hingen- zig Jahre vorher dem Könige Friedrich Wilhelm III. den Segen einer freien Presse mit so berecktem ert hatte!

hrbücher“ begannen 1818 und hatten als ersten thias von Collin (geb. 1779, gest. 1824), den Er- zogs von Reichsstadt. Doch trat dieser bald zurück, Deinhardtstein (geb. 1794, gest. 1859) die Redak- 1 und mit einer gewissen Umsicht führte. Besonders s, den Mitarbeiterkreis durch norddeutsche Gelehrte Daß in diesem auch der Allerwelts-Böttiger nicht wohl selbstverständlich. Es war sogar Metternich 1, der den unermüßlichen Vielschreiber aufgefördert n echt gelehrtem, wahrhaft weltbürgerlichem Sinne“ tetnehmen als Kritiker zu dienen. Mit dem Zu- des Metternichschen Regimes hörten auch die „Jahr- scheinen auf. 1849 kamen nur ein Teil des 1. und 1 der früheren Weise heraus, alles andere füllte das ster über die gesamten Bände, womit der Jahr- und überhaupt die Zeitschrift abschloß. kleinere Blätter, die noch in der in Rede stehenden n erschienen, das „Konversationsblatt“ und die dischen Blätter“, seien nur der Vollständigkeit

wegen noch erwähnt. Das erstere, immerhin von Franz Gräff mit Geschmack redigiert, trat 1819 ins Leben, ging aber bere Ende 1821 wieder ein; die „Waterländischen Blätter für österrreichischen Kaiserstaat“, bereits 1808 von Armbruster gegründet, brachten seit 1814, seitdem Franz von Sartori die Redaktion übernommen hatte, eine „Chronik der österrreichischen Literatur“ als Anhang.

Eine kurze Spanne Zeit nur war es, die wir in diesen ersten Abschnitte überblickten, ein Zeitraum von nicht viel mehr als einem Lusttag; aber zu welcher großen Bedeutung schwang sich die Presse in diesen wenigen Jahren empor! Alles, was das deutsche Volk von 1814 bis 1819 erfüllte, der helle Zorn und der bittere Schmerz der Resignation, fand in ihr einen lauten Widerhall. Sie wurde zum erstenmale in umfassender Weise der Ausdruck der öffentlichen Meinung, zum erstenmale eine Macht. Diesen Ruhm hat ihr Heinrich von Treitschke in seiner „Deutschen Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts“ (Band II S. 406) zu nehmen versucht; er spricht dort von der „schlechthin bodenlosen Publizistik“ der Jahre 1814 bis 1819. An anderer Stelle tut er die eminente Wirksamkeit eines Görres, dessen „Rheinischen Merkur“ Napoleon die stärkste Großmacht nennt mit einigen humoristischen und höhnischen Bemerkungen ab; die Katastrophe der Oleanischen „Fis“ stellt er vollständig falsch dar und das einflussreiche Weimariische „Oppositionsblatt“ erwähnt nur einmal gelegentlich.

Wie anders spricht sich da einer seiner Vorgänger, dem Heidelberger Lehrstuhl der Geschichte, Karl Hagen, einer längeren Darstellung der öffentlichen Meinung in Deutschland von den Befreiungskriegen bis zu den Karlsbader Beschlüssen (Raumers hist. Taschenb. 1846 u. 1847) aus! „Waltich“, schreibt er, „die Presse der damaligen Zeit ließ sich bei Leichtigkeit zu Schuldern kommen; laut, energisch, von allen Seiten und unablässig rief sie unsern Diplomaten zu, was die Nation fordere, was die gesunde Politik fordere, und was die Ehre der Mächte erheische.“ Und bei dem unerhörten Vorgehen der

1" betont er nachdrücklich, daß die Presse nicht jeden einzelnen Punkt ins rechte Licht zu stellen. stand der Traurigkeit", den Groll und die Verdrießlichkeit der Presse, so weit sie es durfte, wiedergespiegelt. urtheile schließt sich auch Heinrich von Sybel ichte der Begründung des deutschen Reiches an. ste Bewegung der Presse in Süddeutschland, an Rhein unterstützte, so führt er aus, die allge- len Bestrebungen in Zeitungen, Zeitschriften und u: noch heute sind die Namen Kottek, Men, C. s unvergessen. „Man hat damals und später die he Pflichtigkeit und den halb revolutionären Charakter if gerügt, und in der That ist es nicht zu bestreiten, ge liberale Schule sich oft nicht weniger ungeschult gezeigt hat, als die Tentonen der Burschenschaft. , halbwahrer oder irriger Vorstellungen von alt- eit, englischem Parlamentsrecht, radikalen französi- ist in diesen Schriften nicht zu verkennen; auch sie Hauptfehler des damaligen europäischen Liberalismus, im Eifer um das individuelle Recht die Notwendig- en Staatsmacht, gerade zum Schutze jenes Rechtes finfen in freiemörderische Anarchie, verkannten uch, wo einmal die Probe gemacht wurde, sich un- beistlicher Lenkung der Regierung zeigten. Durch unen aber ihre großen Verdienste in schwerer Zeit lt werden.“

hwereer wiegt dann aber die Schuld der Metternich die durch die Karlsbader Beschlüsse diese ganze s- und Zeitschriften-Literatur alsbald zu vernichten dadurch den deutschen Geist für Jahrzehnte in n legten. Welche verheerende Wirkung diese Beschlüsse sie unser ganzes nationales Leben unterdrückten und werden die Schilderungen im nächsten Abschnitt ge- 1.



Zweiter Abschnitt.

Ganne der Karlsbader Beschlüsse.
(1819—1848.)

Erstes Kapitel.

Die Zeit der Enttäuschung.

(1819—1830.)

desstaaten und die Karlsbader Beschlüsse. Allgemeine Trostlosigkeit der großen Menge zur Oberflächlichkeit. Das Theater als ganze Interesse. Ein neues Zensuredikt für Preußen. Errichtung der Ober-Zensur-Behörde in Berlin. Die Pflichten des Kollegiums; die Freiheit. Hardenbergs Verschärfung der Zensurvorschriften. Die Instruktionen für die Zensoren. Die vernichtende Wirkung dieser neuen. Die pekuniären Lasten der Zensur und der Zeitungsstempel. Und die Karlsbader Beschlüsse. Metternichs Zensurverschärfungen. Gewaltthätigkeiten. Castells Bekrafung. Fäulhammer über die politische Zensur. Bayerns Reseruatrecht. König Ludwig I. und die Zensur.

Karlsbader Beschlüsse übten alsbald in ganz Deutschland wahrhaft vernichtende Wirkung aus. Alle Hoffnungen auf Besserung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse dahin; ein bitterer Groll, eine öde Trostlosigkeit besaß aller Patrioten. Jedes regere geistige Leben wurde durch den Faust der Zensur unterdrückt, während von der ganzen patriotischen Jugend Hunderte in die Gefängnisse wurden. Es begann jene nichtswürdige „Demagogie“, die immer ein Schandmal jener Zeit bleiben wird. In diesen Verhältnissen bildete sich denn auf der einen Seite die klägliche Oberflächlichkeit, eine leichtfertige Unterhaltungsliteratur und im Verkehr heraus, die bis zur lasziven Herabkunft, auf der andern Seite jene bissige Ironie,

die alle Tatkraft lahm legte und, wie ein zeitgenössischer Schriftsteller, Hermann Marggraff, in seinem Buche „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche“ (Leipzig 1839) schrieb, mit vornehmütwärdigem Gebahren ungerade gerade und gerade ungerade und doch wieder nichts weder gerade noch ungerade sein ließ, jenes zweifelhafte, blasse, alles bespöttelnde, mattherzige Zwittergeschöpf von Wahrheit und Unwahrheit, Ja und Nein, So und Nichtso, Lust und Unlust, welches, wie jedes Ding in der Welt, seinen Fluch in sich trägt, aber einen doppelten Fluch, da dies Geschöpf keinem es recht machen konnte, jedem wehe tat und alle kalt ließ.

Sogar bei dem wichtigsten Ereignisse des Jahrzehnts, dem Tode Napoleons, fand die deutsche Presse kein einziges bedeutendes Wort. Kein einziger bedeutender Mann stand auf und hielt dem gewaltigen Korfen, der noch vor zehn Jahren mit seinem Anhange die ganze Welt erfüllt hatte, die Leichenrede. Mattherzig druckten alle Blätter nur die Nekrologe der englischen Zeitungen ab, immer mit gewissenhafter Angabe der Quelle, damit sie nur ja keine Verantwortung für Lob oder Tadel übernähmen.*)

Schließlich war es nur noch das Theater, für das sich Presse und Publikum interessierten. „Die Bühne und nichts als die Bühne,“ klagt Marggraff, „die Henriette Sonntag und wieder die Henriette Sonntag — diese ungeheuren Interessen des Berliner Theaters verschlangen das ganze Theatrum mundi, es war ein Leben wie im Himmel, oder wie es Gott in Frankreich lebt, oder der reiche Mann im Evangelium; der arme Mann freilich, der mit Schwielen und Beulen behaftet draußen vor der Tür saß, kümmernte nicht; der war für die Hunde, wenn auch zugleich für Abrahams Schaf.“

Die Regierungen der einzelnen deutschen Staaten gingen,

*) Die Nachricht von Napoleons am 5. Mai 1821 erfolgtem Absterben wurde dem englischen Konsulatsamte am 4. Juli durch einen Kapitän Crozet übermittelt; am Freitag, dem 6. Juli, erreichte sie Paris, von wo sie denn alsbald nach Deutschland gelangte. Paul Holzhausen, Napoleons Tod. Frankfurt a. M. 1902, S. 17.

1 20. September 1819 die Annahme der Karlsbader
 durch den Bund erfolgt war, sehr bald daran, ihre
 Preßgesetze mit dem neuen Zensuredikt in Einklang zu
 In Preußen hatte bisher noch immer das am
 1788 erlassene Wöllner'sche Zensuredikt zu Recht
 jetzt wurde unter dem 18. October 1819 ein neues
 1819 für Preußen erlassen, das sich aber im großen
 doch nur als eine Erneuerung des alten Gesetzes

zensuredikt von 1788 enthielt in der Hauptsache fol-
 gende Bestimmungen:

1. Schriften müssen der Zensur vorgelegt und dürfen
 ohne Erlaubnis weder gedruckt noch verkauft werden.

Zensur hat die Aufgabe, demjenigen zu steuern, „was
 gegen die allgemeinen Grundsätze der Religion, wider den Staat
 moralischer als bürgerlicher Ordnung entgegen ist,
 die Ehre der persönlichen Ehre oder des guten Namens
 zu verletzen.“

Zensur der theologischen Schriften steht dem Ober-
 , bezw. den Provinzialkonsistorien, der juristischen dem
 Hofrat, bezw. den Landesgerichtskollegien, der Staats-
 raten 2c. dem Ministerium des Auswärtigen, der
 ten und gelehrten Zeitungen 2c. den Universitäten,
 in den Provinzen, in denen sich keine Universität befindet,
 den Rathen der einzelnen Städte zu.

zensurfrei sind die Schriften der Akademie, des medicinischen
 Rathes in Berlin, der Universitäten und deren Mitglieder.
 1. Hinsichtlich über die Art, in welcher die einzelnen Kollegien
 zu verfahren haben.

2. Hinsichtlich werden der Drucker und Verleger gegen die ur-
 sprünglichen Behörden können bei der Oberinstanz angebracht werden.
 3. Hinsichtlich erteilter Zensurerlaubnis sind Verleger und Drucker
 für die Verantwortung frei. „Dem Verfasser aber kann eine
 länderweite Befreiung nicht zu statten kommen; wenn sich
 . daß er den Zensur zu überzeu, seine Aufmerksamkeit
 ergehen, oder sonst durch unzulässige Mittel die Er-

laubnis zum Druck zu erschleichen gewußt habe, so bleibt er deshalb besonders bei einzelnen in einem großen Werke vorkommenden unerlaubten Stellen nach wie vor verantwortlich.

8. Verleger oder Drucker, die ohne Zensur drucken, versallen in eine Strafe von 5 bis 50 Talern; sollte die Schrift bei Verlegung an die Zensur nicht erlaubt worden sein, so würde die Konfiszierung der ganzen Auflage und eine Geldstrafe bis zu dem doppelten Betrage, der etwa an den Druckkosten verdient worden, eintreten. Im Wiederholungsfalle kann der Verlust des Privilegiums erfolgen. Als nicht der Zensur vorgelegt werden auch solche Schriften angesehen, in denen nach eingeholter Zensurerlaubnis anstößige Änderungen vorgenommen worden sind.

9. Der Zensur erhält für jeden zensurten Bogen 2 $\frac{1}{2}$ Groschen.

10. und 11. Ausländische Schriften werden, wenn sie gegen die in § 2 genannten Grundsätze verstoßen, nicht zum Debit zugelassen und müssen der Behörde eingeliefert werden. Der Buchhändler, der mit Wissen solche Schriften vertreibt, kann mit den in § 8 genannten Strafen belegt werden. — In Geld-, selbst in Gefängnisstrafe versallen auch die Vorsteher der Lebibliotheken und Gesellschaften, die wissenschaftlich solche Bücher zulassen.

Von allen diesen Bestimmungen von 1788 kam nur diejenige in Wegfall, welche die Zensurgebühren verlangte, dagegen wurde die Einrichtung einer Ober-Zensur-Behörde angeordnet, und außerdem traten noch verschiedene wesentliche Verschärfungen ein.

Die Pflichten des neuen Ober-Zensur-Kollegiums bestimmte der § 6 dahin:

1. die Beschwerden der Verfasser oder Verleger wegen gänzlicher oder partieller Verweigerung der Erlaubnis zum Druck zu untersuchen und nach dem Geiste des gegenwärtigen Gesetzes in letzter Instanz darüber zu entscheiden;

2. über die Ausführung des Zensurgesetzes zu wachen; jede ihm bekannt gewordene Übertretung desselben, sowie die Fälle, wo die verordneten Zensoren dem Geiste des gegenwärtigen Gesetzes nicht Genüge geleistet zu haben scheinen, oder über welche sich eine fremde oder einheimische Behörde beklagt hat, mit einem Gutachten dem betreffenden Ministerium anzuzeigen;

t den Oberpräsidenten und Zensurbehörden über die Gelegenheiten zur korrespondieren, ihnen die von den künftigen Staatsministerien ausgehenden Instruktionen zu lassen, sowie ihre allfälligen Zweifel und Bedenken ihm von den gedachten Ministerien gegebenen Vorbringen;

is Verbot des Verkaufes derjenigen innerhalb oder Deutschlands mit oder ohne Zensur gedruckten Bücher, die unzulässig zu sein scheint, durch die Berichte an die Ministerien zu veranlassen.

den Verschärfungen war die härteste die Suspendierung der Freiheit, die bisher die Universitäten und die Akademien genossen hatten. Eine solche Beschränkung der Freiheit hatte selbst Wöllner seiner Zeit nicht gewagt.

Zeitungen erhielten noch eine besondere Belastung und durch die neuen Paragraphen 9 und 17. Der erstere lautet: „Die Ober-Zensur-Behörde ist berechtigt, dem Unterzeichneten Zeitung zu erklären, daß der angegebene Redakteur der Art sei, das nöthige Vertrauen einzulösen, in welcher der Unterzeichnete verpflichtet ist, entweder einen anderen anzunehmen, oder, wenn er den ernannten beibehalten will, eine von Unseren oben erwähnten Staatsministerien ersuchlag gedachter Ober-Zensur-Behörde zu bestimmende leisten.“

17 endlich verfügte, als wenn die bisherigen Vorschriften nicht hart genug gewesen wären, zu untersezt die Pressefreiheit der periodischen Presse in den Worten: „und andere periodische Schriften, sobald sie Gegenstand der Religion, der Politik, Staatsverwaltung und der Gegenwartiger Zeit in sich aufnehmen, dürfen nur auf Verlangen der oben gedachten Ministerien erscheinen und sind nicht zu unterdrücken, wenn sie von dieser Genehmigung Gebrauch machen.“

neue Verordnung trat natürlich in der gesamten preussischen Monarchie in Kraft, so daß es also Sonderbestimmungen je, wie sie in den neuen Provinzen immer noch bestanden

hatten, nicht mehr gab. Im Eingange des Edikts wurde das besonders hervorgehoben.

Am 17. Dezember 1819 hielt das Ober-Zensur-Kollegium bereits seine erste Sitzung ab. Die ersten elf Ober-Zensoren waren: die Wirklichen Geh. Legationsräthe v. Raumer, Vorsitzender, und Ancillon, der Bischof Ehlert, Geh. Justizrat Sad, Geh. Ober-Medizinalrat Langermann, die Geh. Ober-Regierungsräthe Körner (Vater von Theodor Körner), Wehrnauer und Schöll. Regierungsrat und Professor Friedrich v. Raumer, Professor und Bibliothekar Willen und Hofrat Bedeborff.

Im gesamten preußischen Volke erregte diese wesentliche Beschränkung der Pressefreiheit heftigen Unwillen, doch konnte dem ja öffentlich nicht mehr Ausdruck gegeben werden; dagegen hatten verschiedene höhere Beamte den Mut, ihre Mißbilligung des Edikts in amtlichen Eingaben offen auszusprechen. So findet sich, wie Friedrich Rapp mittheilt,*) in den Ministerialakten ein Bericht der königlichen Regierung in Frankfurt a. O. vom 3. November 1819 über die öffentliche Stimmung, in welchem ohne Umschweife erklärt wird, daß die neuesten Beschlüsse des Bundestages und die darauf gegründete preußische Zensur-Verordnung die meisten Gemüther sichtbar niederbeuge und jedes freimüthige Urtheil über Gesetzgebung und Verfassung verschweige. Diese Äußerung vermerkte aber der Minister von Schudmann sehr übel, und er ließ deshalb durch Herrn von Kampy unter dem 25. Dezember 1819 erwidern: „Da der Bericht der Regierung nicht ein Urtheil ist, welches *a priori* über die Bundestagsbeschlüsse und das Zensur-Edikt fällt, welches allerdings eine sehr ungebührliche Umäufung sein würde, da die Beschlüsse mit Sr. Majestät Allerhöchster Zustimmung gefaßt sind und das Zensur-Edikt von Sr. Majestät vorgeschrieben ist, so wird ihr aufgegeben, binnen acht Tagen anzuzeigen, an welchen Individuen und Klassen der Einwohner ihres Bezirkes und aus welchen Symptomen sie diese eigenen Beobachtungen, auch wer aus ihrer Mitte dieselben gemacht hat, indem

*) Die preuß. Pressegesetzgebung unter Friedrich Wilhelm III. (Archiv f. Gesch. d. deutschen Buchhandels, Bd. VI. Spag. 1881.)

Beobachtungen des Kollegiums auf denen der In-
 zensur können, ferner welche freimütigen Urtheile über
 und Verfassung verscheucht werden.“

Antwort hierauf fehlt leider in den Ministerialakten.
 stungen des Ober-Zensur-Kollegiums waren übrigens
 ch täglich, und die ganze Situation dieses Ober-
 htes gestaltete sich mehr und mehr höchst mißlich.
 ursprünglich beabsichtigt war, eine selbständig ver-
) Aufsicht führende Behörde in allen Zensurange-
) bilden, wurde, wie Kapp mittheilt, das Kollegium
 neu Ministerien untergeordnet und von diesen heute
 freigelegt gebilligt, morgen ohne Umstände bei Seite
 ie Minister des Innern, des Auswärtigen und des
 zu z. B. nach eigenem Ermessen Bücherverbote,
 angezeigt zu halten, das Ober-Zensur-Kollegium von
) Maßregeln zu benachrichtigen. Sogar die Ober-
 ten, was ihnen gut dünkte, ohne das Kollegium
 Kenntnis zu setzen. Auch die äußere Situation
 ließ so ziemlich alles zu wünschen übrig. Da die
 Amt als Neben- und Ehrenamt bekleiden, so
 überhaupt für überflüssig erachtet, für die not-
 aufkosten zu sorgen, geschweige denn einen Etat für
 Nicht einmal ein Fonds für Anschaffung von
 Haren und Zeitschriften war vorhanden, um die
 deren Charakter überwacht werden sollte, an-
 ten; sie mußten bei einem Buchhändler entziehen
) fehlte sogar an den entsprechenden Räumlichkeiten
 n. Das Kollegium mußte froh sein, wenn es
 barmherzigkeit ein Unterkommen fand. Anfangs
 im ein Zimmer im Ministerium des Auswärtigen,
 um 1820 wurde es von dort vertrieben, so daß
 g eines Lokals fünf Wochen keine Sitzungen halten
 ihm endlich ein Zimmer im Schlosse eintäumte.
 Umständen fühlten sich die Mitglieder des Ober-
 s nicht gerade zu besonders eifriger Tätigkeit
 in der ersten Zeit wurden ziemlich regelmäßig

Sitzungen abgehalten, im Jahre 1820 im ganzen 32, im Jahre 1821 aber schon nur 19 und 1822 sogar nur 17. Von der 78. an, die am 1. September 1823 stattfand, wurden keine förmlichen Protokolle mehr geführt, sondern nur hier und da vom Präsidenten v. Raumer Registraturvermerke gemacht. 1823 fanden 11, 1824 gar keine, 1825 nur 4, 1826 nur 3, 1827 und 1828 aber wieder gar keine Sitzungen statt. Seitdem wurden solche höchstens bei außerordentlichen Gelegenheiten berufen.

Das Wenige, was das Kollegium leistete, fällt also in die ersten Jahre seiner Wirksamkeit. Das erste, womit es sich, nach der Feststellung der allgemeinen Geschäftsordnung, beschäftigte, war die Sorge, die politischen Zeitungen zu überwachen, und „um diese pflichtmäßige Wachsamkeit besser üben zu können“, wurden an jedes Mitglied die Blätter je einer Provinz zur Beaufsichtigung übertragen, die von Ostpreußen an Weddorsff, die von Westpreußen an Willen, die von Pommern an Sach, die von Schlesien an Prof. Friedr. v. Raumer, die von Posen an Schöll, die von Sachsen an Langemann, die von Westfalen an Körner, die von Cleve-Berg an Behnauer und die vom Niederrhein an Ancillon. Der Bischof Eylert wurde mit einem Dezeretat versehen. Er mochte vielleicht darum gebeten haben; war er doch überhaupt nur zögernd in das Kollegium eingetreten. „Es sei eine in unserem von Extremen bewegten Zeitalter sehr schwere Sache,“ erklärte er in seinem Annahmeschreiben, „ohne der Wahrheit etwas zu vergeben, doch zugleich die Pflichten der Humanität und Liberalität nicht zu verletzen.“

Das Zensuredikt und das Ober-Zensur-Kollegium erschienen aber dem Staatskanzler von Hardenberg noch immer nicht ausreichend genug, den liberalen Geist vollständig in Fesseln zu schlagen. Er dachte daher bereits zu Anfang des Jahres 1820 die ursprünglich nur gegen die politischen Zeitungen erlassenen Bestimmungen auch auf die politischen Schriften überhaupt aus, obgleich sich das Ober-Zensur-Kollegium in einem Beschlusse vom 21. Januar 1820 gegen diese dem Edikte vom 18. Oktober 1819 zuwiderlaufende Willkür verwahrte, und weiterhin ließ er von dem Geheimen Oberregierungsrat Schöll eine ausführliche In-

1r die Zensoren ausarbeiten, die dann unter dem 1820 an sämtliche Oberpräsidenten erlassen, und in dem angegeben wurde, über welche politischen Angelegenheiten Zeitungen zu berichten gestattet sei, und über welche schweigen hätten. Die sämtlichen politischen Verordnungen Welt mußten in der Instruktion Revue passieren. In jedem einzelnen Lande wurde mit peinlicher Genauigkeit, welchen Standpunkt der Redakteur einzu-

nehmen Schärfe und Bestimmtheit, mit der die Ansichten sowohl in bezug auf die politischen Verhältnisse, wie auf die Aufgaben der Presse in dem Erlasse zum Ausdruck zu bringen, machen ihn zu einem hochwichtigen Aktenstücke, das daher wörtlich wiedergegeben werden muß. In dem gibt der Erlaß die allgemeinen Grundsätze an, die in der deutschen Politik zu verfahren sei. Es

Es muß von seiten der Herren Oberpräsidenten zu erwachen gewacht werden, daß in den in ihren Bezirken erscheinenden und politischen Schriften nichts aufgeworfen werde, was der Bundesversammlung oder einzelnen Mitgliedern zu einer begründeten Beschwerde Anlaß geben könnte. Man kann mit Recht von wohlthätigen Schriften erwarten, daß sie sich beschränken werden, die von den gemeinlich ergriffenen oder noch zu nehmenden Lehren in solchen Dingen vorzustellen und die Nation derselben auf eine solche Weise zu belehren, daß die öffentliche Meinung diejenige Unterstützung derselben finde, auf welche ihre wohlmeinenden Absichten ihr ein Recht geben. Sollte jedoch irgend welche sich unterfangen, die verabredeten Beschlüsse so muß eine solche Verirrung durchaus gehindert werden. In einzelnen Staaten des deutschen Bundes sind Bemerkungen müssen ohne Bemerkung mitgeteilt werden. Ein Tabel gegen diejenigen Minister und Bediensteten, welche das Vertrauen der deutschen Fürsten

beziehen. Hiervon hat jedoch in den Staaten, welche öffentlich beratende repräsentative Versammlungen haben, insofern eine Ausnahme statt, als diejenigen Ausfälle, welche in solchen Versammlungen gegen die Minister gemacht werden, angeführt werden können, insofern sie aus den in den betreffenden Staaten selbst erscheinenden Zeitungen genommen sind. Jedoch muß selbst in solchen Fällen mit der gebührenden Schonung verfahren und dasjenige, was zu Gunsten oder zur Rechtfertigung der Minister gesagt wird, in gleichem Umfange aufgenommen werden. Was diejenigen repräsentativen Verfassungen selbst betrifft, welche einige deutsche Fürsten, ohne das Resultat des Wiener Kongresses abzuwarten, in ihren Staaten eingeführt haben, so kann die Beurteilung derselben in größeren politischen oder historischen Werken ganz unschädlich sein. Da aber die Prüfung der in denselben befolgten Grundsätze außer dem Fassungsstreich des großen Publicums liegt, so gehört dieselbe nicht in Flugchriften, am wenigsten aber in Zeitungen. Noch weniger kann geduldet werden, daß unberufene Schriftsteller sich anmaßen, solche Verfassungsversuche, über deren Wert die Zeit richten wird, als Meisterstück oder beglückende Einrichtung anzupreisen und dadurch die Begriffe des Volkes zu verwirren. Überhaupt muß in Ansehung der deutschen Angelegenheiten bemerkt werden, daß die Aufnahme eines sonst anstößigen Artikels nicht aus dem Grunde erlaubt sein kann, weil er aus einer anderen deutschen, unter Zensur stehenden Zeitung entliehen ist, insofern diese Zeitung nicht in dem Lande selbst erscheint, auf welches ein solcher Artikel sich bezieht. Da auch die Erfahrung gelehrt hat, wie unrichtig und nachlässig manche Redakteure von Zeitungen ihre Quellen anführen, so kann die in einem anderen Lande gemachte Bemerkung, daß sie einen Artikel aus der Landeszeitung genommen habe, nicht als Beweis für die Wahrheit einer solchen Angabe gelten. Eine Ausnahme verdient jedoch der von bekannten wohlbedenkenden Männern redigirte „Esterreichische Beobachter“, dessen Artikel immer aufgenommen werden können, jedoch, wenn es nötig ist, mit Angabe der Quelle. Was hiernächst die auswärtige Politik angeht, so hat die Preussische Regierung das Glück, mit allen Mächten von Europa in

Berathmen zu stehen. Die Zensur muß daher darauf von allen Monarchen und Regierungen, so wie von dem mit der gebührenden Achtung gesprochen werde.“
sich geht dann genauer auf das Ausland ein und Verhalten diesem gegenüber folgende Richtschnur an: wichtigste Punkt der großen europäischen Politik ist in die sichte Frankreich. Die vier innigst verbundenen die Aufrechterhaltung dieses Staates, der demokratischen monarchischen Verfassung und der bourbonischen in der von uralten Zeiten hergebrachten Sukzessionsfür die Ruhe und den Frieden von Europa notwendig Versuch, in dieser gesetzmäßigen Ordnung eine zuführen, muß als eine Unternehmung gegen die Gewalt selbst angesehen werden, und das Glück eines Lehmens würde die Quelle unheiliger Folgen für Die Herren Oberpräsidenten werden die Zensoren gefährlichen und verabscheuungswürdigen Lehren, welche von gewissen in Frankreich erscheinenden ausgehen, um zu verhindern, daß dieses Gift preussische Zeitblätter verbreite. Es ist jedoch, dergleichen Grundsätze auszuschließen. Die Anversuchen allerlei indirekte Mittel, ihnen Einßen, und hieran hauptsächlich müssen sie gehindert deshalb nicht länger der Wahn unterhalten um die königlich französische Familie von der mit Gewalt aufgedrungen angesehen würde. Die erweise von Menschensliebe und Wohlthätigkeit, welche jeder dieser Familie bei jeder Gelegenheit liefern, royalistischen Blättern aufgenommen zu werden die Beispiele der Liebe und Anhänglichkeit für Senoren, welche so häufig angeführt werden, dürfen bisher allgemein der Fall war, verschwiegen werden. ung, als wenn die französische Nation in zwei äre, welche sich das Gleichgewicht halten, nämlich gesetzlischen Monarchie und Freunde einer neuen ge, darf nicht länger durch unsere Zeitungen

erhalten werden . . . Einige Redakteurs von Zeitungen verbergen ihre übeln Absichten unter dem Deckmantel einer gewissen Unparteilichkeit, welche ihnen unterlege, sich für die eine oder andere Partei zu erklären. Diese Entschuldigung kann keineswegs als gültig angenommen werden. Nachdem es so weit gekommen ist, daß über die Absichten der linken Seite keine Zweifel mehr statt haben können, nachdem Ludwig XVIII. im Angesicht von ganz Frankreich erklärt hat, daß eine Faktion an dem Umsturz seines Thrones arbeite, kann für einen guten Bürger keine Rede von Unparteilichkeit zwischen zwei sog. Parteien sein. Es ist gar kein Grund mehr vorhanden, die als Feindin der Regierung bezeichnete Faktion zu schonen. Artikel aus den Zeitungen dieser Partei, dem Constitutionel, dem Indépendant, dem Conseur, der Renommée, der Minerva &c., dürfen nur mit der größten Vorsicht aufgenommen werden." Der Erlaß wendet sich dann den französischen Ministern zu, die zwar nicht angegriffen, aber doch auch nicht gerade gelobt werden dürften, da sie sich zu sehr der linken Seite der französischen Kammer zuneigten. Hierauf gelaugte der Erlaß zu Spanien. "Was die transpyrenäische Halbinsel und die Mißhelligkeiten Spaniens mit seinen Kolonien betrifft," erklärte er, "so ist man über den wahren Zusammenhang der dortigen Begebenheiten zu wenig unterrichtet, als daß unsere Verfasser von Zeitschriften hoffen dürften, ihren Lesern darüber etwas Neues und Nützliches sagen zu können. Alle Nachrichten, welche sie darüber aus englischen Berichten schöpfen, können, insofern sie Tatsachen enthalten, welche der Geschichte angehören, unbedenklich eingerückt werden; in keinem Falle aber kann der Zustand der spanisch-amerikanischen Kolonie gegen das Mutterland als rechtmäßig dargestellt werden. Auch mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika steht unsere Regierung auf einem freundschaftlichen Fuße. Die aus jenem Lande eingehenden historischen, geographischen und statistischen Nachrichten können ohne Bedenken aufgenommen werden. Da jedoch in einigen westdeutschen Provinzen und in der Schweiz starke Auswanderungen nach Amerika statt haben, und die Regierung dieses Freistaats, vielleicht mit Unrecht, beschuldigt wird, durch Unterhändler jenes

wordene Übel zu unterhalten, so muß verhindert durch unnütziges Rühmen der vorgeblichen Glückseligkeit, die man in jenem Lande genießt, oder Lobpreisen der amerikanischen Regierung, der Gang zum Aushalten, oder den Regierungen der deutschen Staaten, hindern eingegriffen hat, Gelegenheit zu Beschwerden. Was die Unruhen anlangt, welche vor einiger Zeit ausgebrochen sind, so hat die Regierung in Einverständnisse mit den Repräsentanten der Nation die Regeln in Ansehung derselben ergriffen, daß die Gefahr einer Bewegung nicht leicht zu befürchten ist. Sollte eine Bewegung des rechtlichen Theiles der Nation getätigt werden, so werden die Versuche zu aufrührerischen Bewegungen gemacht werden, wie dieselbigen, sowie sie es in der That waren, als das Verbrechen einer verabscheuungswürdigen Menschenklasse dargelegt. Da die geographische Lage des westlichen Theiles mancherlei Verbindungen mit dem Königreich Preussen erzeugt, so werden die Herrn Oberpräsidenten sich zuweilen in dem Falle befinden, ihnen den Namen und Weise, gewisse Dinge vorzutragen, beizugeben zu erteilen. Die nordischen Staaten von Schweden und Dänemark, geben zu einer einzigen Klasse. Der in Schweden regierende König, Karl XIII., ist von allen Staaten anerkannt und hat auf gleiche Weise alle übrigen Monarchen ein gegründetes Recht. Man muß oft von einer übelgesinnten Partei gemißhandelt werden, ganz ohne sein Zutun, über alle Monarchen, die ihre Throne durch Erbschaft besitzen, streben insofern entgegengeartet zu werden, daß man diesen Fürsten vermeiden werden. (Hartmann's Lobeserhebungen das Weiswort „übertriebene“.) In unserer Regierung und dem römischen Hofe sind die Umstände Unterhandlungen gepflogen worden, so unsere Verhältnisse mit diesem Hofe geschont, die häufigen Diskussionen, welche sich zwischen den deutschen Staaten erheben könnten, bloß ge-

schichtlich und ohne Bemerkungen vorgetragen werden. Die Achtung, welche die beträchtliche Anzahl unter preussischem Scepter stehender Katholiken verdient, erlaubt nicht, daß Zeitungen und Flugschriften etwas aufnehmen, was diese Religionsgenossen kränken könnte. Religiöse Polemik gehört am wenigsten in politische Zeitungen."

Raum war aber diese Instruktion verfaßt, als sich in Frankreich die Verhältnisse wesentlich änderten; das liberale Ministerium wurde gestürzt, und ein hochkonservatives kam ans Ruder; infolgedessen hielt es Hardenberg für durchaus nötig, in einer zweiten Instruktion vom 25. April 1820 darauf hinzuweisen, daß jetzt die deutschen Zeitungen energisch für das neue französische Ministerium einzutreten hätten. Die rechte Seite der französischen Kammer, auf die sich das neue Ministerium stütze, sollte man die Partei der Royalisten nennen. „Es ist endlich Zeit," fährt der Erlaß fort, „daß dieses Wort mit der Achtung ausgesprochen werde, welche in einem monarchischen Staate, wie der preussische ist, jeder gute Untertan für dasselbe empfinden soll. Besonders werden Erw. — den Zensoren anempfehlen, die Benennung von Ultra, deren zu meiner Verwunderung sich noch immer einige preussische Zeitungen bedienen, nicht nur nicht in diesen, sondern überhaupt in keinem Werke zu dulden. Soll jener Ausdruck einen hohen Grad der Liebe und Verehrung für die Person des Königs und für die monarchische Verfassung ausdrücken, so ist zu bebauern, daß man ihn verunglimpft hat. Will man durch den Gebrauch derselben anzeigen, daß die damit besetzten Personen die bestehende gemäßigte Monarchie in eine willkürliche Verfassung umändern wollen, so ist diese Beschuldigung ganz aus der Luft gegriffen und durch alles Vorgefallene hinlänglich widerlegt. Der Mißbrauch der Namen ist weit schädlicher, als er im ersten Augenblicke erscheint, weil man durch denselben die Begriffe der Menge verwirrt und sie zuletzt dahin bringt, das Strafbare für lobenswerth zu halten. Aus demselben Grunde werden Erw. — nicht länger dulden, daß der Name Liberale zur Bezeichnung einer Faktion mißbraucht werde, deren strafwürdige Bemühungen und verruchte Zwecke von ihren Mitgliedern

chriften und Reden . enthüllt worden sind. Um das
 icht länger in Täuschung zu erhalten, soll das Wort
 it ohne den Zusatz: die vorgegebenen oder die sich
 wenden, gebraucht werden. Wohlgesinnte Schriftsteller
 mehri diese Partei als Revolutionäre und werden sich
 nung am liebsten bedienen.“

wurde bei dieser Gelegenheit auch noch einmal auf
 ingewiesen, wo der despotische König Ferdinand VII.
 : des Volkes am 7. März 1820 die Konstitution von
 annehmen müssen. „Ew. — werden den Censoren
 1 Zeitungen die größte Behutsamkeit in Ansehung der
 egelegenheiten anempfehlen“, hieß es da. „Kein ge-
 u (und ein solcher soll doch jeder sein, der durch die
 1er Zeitung auf die Bildung seiner Nation wirken
 auben, daß ein Nachwerk wie die sog. Konstitution
 n 1812 in irgend einem Lande bestehen könne, und
 1g derselben kaum also höchstens als ein beslagens-
 1 geschilbert werden.“ Es wird dann vorgeschlagen,
 isteuren der Zeitungen untersagt werde, ihre Nach-
 Spanien aus anderen Blättern als dem Moniteur,
 des Débats, Quotidienn und Journal de Paris
 „Diese Beschränkung“, meint der Erlaß, „wird ihnen
 Zwang auferlegen, da jene vier Blätter immer die
 in der Regel die wahrsten Nachrichten liefern, da-
 hamburger Blätter gewöhnlich falsche Gerüchte ver-

istruktion schloß Hardenberg in einem Postskriptum
 ch die Bemerkung an: „In Ansehung der spani-
 iheiten wird es dem Zwecke der verbündeten Mo-
 narchien sein, wenn die Redakteurs von Zeitungen
 oße Erzählung von Tatsachen beschränken, insofern
 n oben genannten Blättern genommen sind, ohne
 merkung noch ein Urtheil über das Geschehene oder
 beizufügen.“

: des Ober = Censur = Kollegiums kann festgestellt
 diese Instruktionen nicht billigte; es besaß aber

doch nicht so viel Mut, um dieser unerhörten Einschnürung der Pressfreiheit gegenüber vorstellig zu werden; es beschloß nur, seine Besorgnisse erst dann zu äußern, wenn „ein bestimmter einzelner Fall die schickliche Gelegenheit dazu bieten würde“ (Protokoll der 16. Sitzung vom 5. Mai 1820). Diese „schickliche Gelegenheit“ hat sich dann später zwar oft gefunden, allein das Kollegium ließ sich im Laufe der Jahre immer mehr zu einer untergeordneten Stellung herabdrücken, so daß es sich niemals zu irgend welcher Abwehr ermannen konnte.

Die Zensoren aber richteten sich so streng nach den Vorschriften der Instruktion und besonders nach dem Postskriptum des Staatskanzlers Hardenberg, daß sie unnachlässig den Redakteuren alles strichen, was nur einigermassen über die „bloße Erzählung von Tatsachen“ hinausging. Dadurch erhielten aber die preussischen Zeitungen sehr bald ein so auffallend dürftiges Aussehen, daß der Staatskanzler unter dem 19. Juni 1820 erklärte, der Sinn seines Postskriptums sei doch kein anderer gewesen, als den Redakteuren der preussischen Zeitungen alles eigene und unbefugte Beurteilen der Begebenheiten auf der pyrenäischen Halbinsel, sowie die Aufnahme beurteilender Artikel aus den englischen und gewissen deutschen Blättern zu untersagen. „Da die französische Regierung in Ansehung jener Begebenheiten dasselbe System befolgt wie die unsrige,“ sagte er dann schließlich, „und da von den genannten vier Zeitungen umsoweniger unanständige Äußerungen zu befürchten sind, als sie unter einer wohlgeordneten Zensur stehen, so finde ich kein Bedenken, die Aufnahme spanischer Artikel aus denselben unbedingt zu verstaten. Die Absicht der Regierung, als eine solche zu erscheinen, welche keine Partei genommen hat, würde nicht erreicht, wenn gewisse in aller Rücksicht tadelns- oder lobenswerte Handlungen allzu nackt dargestellt würden; besonders aber könnte es auffallend sein, wenn das Publikum oder Fremde bemerkten, daß bei der Aufnahme von Artikeln aus wohlgesinnten französischen Zeitungen etwas weggelassen worden ist.“

Ziel gewonnen war damit jedoch nicht, und nach wie vor hatte die preussische Presse die Schmach zu erdulden, sich in bezug

auf die französischen und spanischen Angelegenheiten unter die französische Zensur gestellt zu sehen.

Aber auch in Fällen vollständig unpolitischer, ganz privater, in jeder Weise ungefährlicher Natur sah sich die Presse gehemmt und gehindert, so daß man fast annehmen möchte, der Zensor habe förmlich die Gelegenheit vom Zaune gebrochen, um Presse und Publikum zu schikanieren. Ein Beispiel von einem solchen ganz unbegreiflichen Verhalten eines Berliner Zensors findet sich in einem Berichte über den Aufenthalt Karl von Holtei's in Berlin im Jahre 1825. Im Januar dieses Jahres hielt Holtei in Berlin öffentliche Vorlesungen über Shakespeare, als ihm plötzlich seine Gattin durch den Tod entrisen wurde. Dieser Verlust erschütterte ihn so tief, daß er die Vorlesungen einstellen mußte, und um dies dem Publikum mitzuteilen, bat er seinen Freund Hitzig, eine kurze Anzeige dieser Art für die Zeitungen abzufassen. Dieser Bitte entsprach Hitzig, allein der Leiter der Berliner Lokalzensur, Geheimrat Grano, verweigerte sein „imprimatur“, weil die in der Anzeige erwähnten Vorlesungen Holtei's „als öffentliche“ nicht zu betrachten seien. Selbst mündliche Vorstellungen Hitzig's änderten nichts an dem Verbote.

Zu all diesen Beschränkungen, Bedrückungen und Schikanen wurde der Presse schließlich auch aufs neue die Last aufgebürdet, die Kosten für den Zensor selbst zu tragen. Bekanntlich war durch das Zensuredikt vom 18. Oktober 1819 die Erhebung von Zensurgebühren in Wegfall gekommen. Man wollte dadurch die Zensoren unabhängiger machen und in der öffentlichen Meinung etwas höher stellen. Es wurden somit aus der Staatskasse vom 18. Oktober 1819 bis zum 1. November 1820 bezahlt: an die Zensoren von Brandenburg, Sachsen, Jülich-Cleve-Berg, Nieder-Rhein, Preußen, Posen und Westfalen im ganzen 1354 Taler 16 Sgr., vom 1. Nov. 1820 bis zum 31. Dezember 1821 an die Zensoren in Brandenburg (inkl. Berlin) 2459 Tlr. 6 Sgr., in Sachsen 1080 Tlr. 14 Sgr., in Jülich-Cleve-Berg 397 Tlr. 7 Sgr., in Schlesien 38 Tlr. 14 Sgr., in Westpreußen 50 Tlr. 17 Sgr., im ganzen 4738 Taler. Von Pommern war merkwürdigerweise keine Liquidation eingereicht worden. Dann wurde

eine etwas andere Taxe eingeführt, bei der die Regierung etwas billiger wegzukommen suchte; aber auch bei dem neuen Rodus scheint sie die Ausgabe noch immer als recht lästig empfunden zu haben, worauf schließlich kurzer Hand durch Rabinettsordre vom 28. Dezember 1824 bestimmt wurde, „daß mit dem 1. Jan. 1825 die Entrichtung der Zensurgebühren aus Staatskassen aufhören und dagegen, wie das früher der Fall war, vom dem Verleger oder Buchdrucker geleistet werden soll.“ Die Gebühr für den gedruckten Bogen eines Buches wurde auf drei Silbergroschen, für den Bogen einer Zeitung auf fünf Silbergroschen festgesetzt. So wenig die Verleger auch von dieser plötzlichen Mehrbelastung erbaut sein mochten, mußten sie sie doch stillschweigend hinnehmen; eine Vorstellung beim Ober-Zensur-Kollegium wäre aussichtslos gewesen.

Endlich führte die preußische Regierung 1822 auch noch einen Zeitungsstempel ein, der dann bis Ende 1873 bestanden hat.

Die Lage der preussischen Presse hatte sich somit beständig ungünstiger gestaltet; noch weit kläglichler aber sah es mit den Presseverhältnissen in Oesterreich aus. In Preußen bestand doch immerhin noch ein gewisser Rechtszustand, in Oesterreich dagegen herrschte die vollständige Willkür mit der ausgesprochenen Tendenz, alles politische Leben im Volke, ja alles geistige Leben überhaupt mit rücksichtsloser Strenge niederzudrücken. „Wenn wir unsere Annalen wie die Mexikaner in Bignetten schrieben,“ sagt H. W. Richter in seiner Abhandlung „Die Wiener Presse.“ *) „so müßte ein Journalist, an Händen und Füßen gefesselt, in der Kojemotte einer Festung, als Illustration der vormärzlichen Geschichte Oesterreichs dienen.“ Unter diesen Umständen waren die Karlsbader Beschlüsse für Oesterreich nur von geringer Bedeutung. Metternich gab sich kaum die Mühe, einen gewissen Rechtszustand aufrecht zu erhalten; er verfügte ganz nach Gutdünken. Nach seinen Anschauungen sollte der „Unterthan“ überhaupt nichts lesen.

*) Wien 1848—1888. Denkschrift zum 2. Dezember 1888, herausgegeben von dem Gemeinderate der Stadt Wien. Wien 1888. Bd. II, S. 411.

te sich sogar jeder Beamte, wie Richter versichert, von ersten Büchern „mißliebige“.

vorschriften von 1. September 1810 erhielten 1823 1837 durch Bestimmungen der obersten Polizeieigentliche Verschärfungen, mit denen besonders die die dichterischen Erzeugnisse getroffen wurden.

er nur für die wissenschaftlichen Werke eine ht“ empfohlen, dagegen für die „Erzeugnisse des odulte der Dichter“ die Anwendung der ganzen setzes angeordnet worden, weil diese literarischen die große Menge berechnet wären und doch „weder sl des Einzelnen, noch des Ganzen zu befördern

Aber schon die „Nachsicht“ für die wissenschaft- sch sehr viel zu wünschen übrig; es wurden die :r die alte Geschichte von Friedrich von Raumer Ofens Naturgeschichte, Baron von Hügel's streng riebenes Buch „Spanien und die Revolution“ und Der 9. und 10. Band des Brodhanschen Kon- s durfte nur an größere Bibliotheken verabfolgt vrbot ein Erlaß der Polizeibehörde vom Jahre iotheken, jene Bände an Beamte niederer Kate- iondere an Personen aus dem Bürger- und Ge- zuleihen.

dabei von „Nachsicht“ sprach, wie mußte man ungen verfahren, die man mit aller Strenge be-

und der Zensurbehörde fungierte zunächst ein ge- eiterhin der Graf Josef von Sedlnitzky, der hre lang sein Amt mit barbarischer Strenge ver- eine großen Gewalttätigkeiten selbst die Kraft des rzer zu brechen mußte. Er war 1778 zu Trop- ren als der Sproß eines alten polnischen Adels- ren, studierte die Rechte und trat früh in den Staatsdienst, in welchem er rasch emporstieg und präsidant und 1817 Präsident der obersten Polizei-

und Zensurhoffstelle in Wien wurde. Mit großem Raffinement bildete er hier ein bis ins kleinste geordnetes Spioniersystem heraus, durch das er sich mit Hilfe geheimer Polizeigagenten über alle Persönlichkeiten von Bedeutung unterrichten ließ; auch legte er das berühmte Chiffrentabinett an, in welchem die Briefe und Postsendungen aller Männer, die im Geruche einer liberalen Gesinnung standen, geöffnet wurden. Durch diesen unerhörten Druck den er auf das gesamte geistige Leben Oesterreichs ausübte, wurde er der Gegenstand des Hasses aller freidenkenden Männer in ganz Deutschland. Erst die Märztage von 1848 setzten den unheilvollen Mann aus seiner einflussreichen Stellung hinweg, worauf er noch bis 1855 teils in Troppau, teils in Wien in tiefer Zurückgezogenheit lebte.

Die Werkzeuge Sednizkys, die Zensoren, waren in der Regel unbedeutende Köpfe, wie Joseph Freiherr von Kefzer, der von 1783 bis 1824 zensierte, und Dr. Franz Sartori, der Vorsteher des Central-Bücher-Revisions-Amtes; daß sich auch fähige Männer, wie Joseph Schreyvogel, der guten Sache wegen zu dem Amte hergaben, geschah selten und wurde auch von der Regierung nicht besonders gern gesehen.

Bis zu welchen lächerlichen Kapriolen es die Zensur bisweilen brachte, mußte selbst Castelli erfahren, bekanntlich einer der zahltesten österreichischen Schriftsteller jener Zeit. Eines Tages stand in der „Wiener Zeitung“ unter den Verstorbenen verzeichnet eine „Marianne Soudso, Kammerfrau Ihrer Majestät der Kaiserin, geborene Högl.“ Ferner brachte um dieselbe Zeit ein Plakat in Wien die Ankündigung eines Unterhaltungsabends zum Besten „der in dem Bürgerhospital verarmten Bürger“. Die Stilblüten nahm Castelli unter seine Presso-Anerkboten auf, die er in der Dresdener „Abendzeitung“ veröffentlichte, und fügte nur hinzu, daß nach jener Vorstellung die Kaiserin von Oesterreich eine geborene Högl sein müsse, und daß das Wiener Spital doch höchst sonderbar eingerichtet sei, da die Bürger darin verarmten. In dieser Veröffentlichung erblickte aber die österreichische Zensurbehörde eine Ungehörigkeit und zog Castelli zur Rechenschaft. Der behauptete nun zwar, er habe nicht gegen das Geßez gehandelt.

Inzensuriertes „ins Ausland“ geschickt, da doch die „ng“ und das Plakat gewiß zensuriert sei; allein das gelten, sondern belegte ihn mit 50 Gulden Strafe; gleich in dem Urtheil vermerkt, daß eine Appellation i dürfte.

ern, geisttöndenden Maßnahmen, schreibt daher Adal- ter in seiner Grillparzer-Biographie,*) haben die Politik am meisten kompromittirt. Sie hingen als sphäre über Osterreich; das gesamte Volk litt lichen Schäden. „Der Druck verdarb die Dugend- damaligen Geschlechts, ließ die große Masse in gehen und machte die besseren Köpfe zu pessimisti- die sich von der verrosteten Staatsmaschine wenig- en losfügten, oder gar dem Lande den Rücken durch aber, daß die kurzfristigen östereichischen das gesamte östereichische Volk von der köstlichen calen Geistesbildung fern hielten, erweiterte sich chen dem Kaiserstaat und dem übrigen Deutschland halb war sie so breit, daß alle Bemühungen der das Verfümte nachzuholen, scheitern mußten. Da- erreich für alle Zeiten den Anspruch auf die fernere schland.

rische Regierung behielt sich den Karlsbader Be- über ein Reservatrecht vor. Sie unterwarf nur die 1 Zeitschriften der Zensur, nicht auch die Bücher; Effect schließlich derselbe, da die bayrische Polizei alt der Bücher sehr scharf kontrollierte und jedes erbot und einzog, das ihr nicht geheuer erschien. konnten auch durch die Karlsbader Beschlüsse nicht werden, als dies bereits durch die Verfassung vom geschehen war. Das klägliche Bild, das sie boten, s Ignaz Rudhart geschildert (Siehe S. 147.) en es einmal, als sollte sich ihr trauriges Schicksal gestalten; ein Lichtstrahl slog plötzlich über sie hin,

illparzer. Eine biographische Studie. Graz 1884, S. 80—83.

als König Ludwig I. am 12. Oktober 1825 den Thron bestiegen hatte; aber die junge Hoffnung erstarb nur zu bald wieder.

Ludwig hatte sich als Kronprinz fort und fort als ein Freund freiheitlicher Institutionen bekannt, seinem Widerwillen gegen Metternich und dessen System jederzeit unverholten Ausdruck gegeben, „Pressefreiheit wie in England durch Bundesbeschluß“ verlangt und die Karlsbader Beschlüsse verurteilt. Von einem solchen Manne durfte die Presse mit Zuversicht auch eine Erlösung von den Fesseln der Zensur erwarten, und in der That verkündete denn auch die Thronrede bei der Eröffnung des Landtages am 27. November 1827 neben verschiedenen andern Vereinfachungen der Verwaltung auch die Aufhebung des Zensurediktes. Die Zeitungen sollten, wenn auch nicht ganz zensurfrei, so doch immerhin mit einem gewissen Freimute besonders die einheimischen Verhältnisse besprechen dürfen. Darauf strömten die bayrischen Zeitungen über in Lob und Dank und feierten den König in der überschwenglichsten Weise. Bald aber zeigte es sich, daß König Ludwig doch die seltsamsten Begriffe von Freiheit und Recht hatte, daß er in seiner Schwärmerei für die Kunst, in seiner Begeisterung für ein romantisches Teutonentum, in seinem die wunderbarlichsten Blüten zeitigenden Dynastienstolze weit über das rechte Maß hinausging. Aber er forderte hartnäckig, daß ihm die Volksvertretung und die Presse auf seinen Wegen folgten, und da das eine Unmöglichkeit war, so kam es sehr bald zur Opposition, zu Konflikten, worauf der König schließlich mit dem Ministerium Abel allen freiheitlichen Institutionen ein Ende machte.

Die übrigen Bundesstaaten fanden sich mit dem Karlsbader Pressegesetz ohne viel Kopfzerbrechens und auch ohne viel Skrupel ab, so gut es eben ging, und stimmten auch ohne irgend welche Einwendung 1824 für die Verlängerung der Giltigkeit dieser provisorischen Pressebestimmungen bis zum Erlasse eines endgiltigen Gesetzes, d. h. auf unbestimmte Zeit. Das in Aussicht gestellte definitive Pressegesetz ist dann aber nie vom Bundestage erlassen worden.

unter dem Drucke der Karlsbader Beschlüsse. Die preußischen Verordnungen durch das Herüberkuten der Pariser Zeitungen wurden einseitig durch den Pariser Kontor in Berlin. Die beiden Verordnungen ermahnt. Die „Spener'sche Zeitung“ das vornehmere „sische“ eine spezifisch berlinische Zeitung. Der neue Besitzer „Dr. S. H. Spiker. Gutshof über ihn. Die Mitarbeiter der Zeitung. Der Verleger der „Spener'schen“ stellt die erste Schnellpresse. Die „Dörfliche Zeitung“ geht in die Hände C. F. Kesslings Arbeiter Gubitz und Kellstab. Letzterer wird „die Seele der Berliner Muster-Journalist. Die „Wreslauer Zeitung“. Carl Schall. Kaube über ihn. Seine Leitung der Zeitung. Zeitungen in Osnabrück. Der Grandenzer „Gesellige“. Die „Leitung“. Ihre hochkonservativen Grundzüge. Ihre Vereinigung. „Magdeburger Zeitung“. Ihr Kampf gegen die Intelligenz-Verordnung durch Gouverneur und Oberpräsident. Die Burg und Halle. Die „Kölnische Zeitung“ und die übrigen. Die Hamburger Zeitungen. Die Zeitungen in Bremen. Die Frankfurter Presse. Karl Peter Verly. Das Zeitungs-Verordnen. Der „Schwäbische Merkur“. Die „Allgemeine Zeitung“. Bedrückung. Cotta und der Minister Graf Rechberg. Der und der französische Einfluß. Orgien des Genfors. Starker Abgang der Zeitung. Die österreichischen Zeitungen.

ist in Preußen die große Klümmlichkeit der Zeitungen zu empfinden werden, wo sich bisher das politische Kräftigste geäußert hatte. Durch das Dahinsinken der Bedrückung verschiedener Zeitungen und Zeitschriften in den letzten Jahren eine große Lücke entstanden; jetzt, allmählich leere, die aus allen Blättern dem Leser entzogen, lohnte es kaum noch, eine deutsche Zeitung in die Welt zu schicken. Wer aber dennoch etwas von der Welt erlangen wollte, griff zu französischen Zeitungen, die mithin in den letzten Jahren immer mehr in Preußen Eingang fanden. Die erste Notierung wurde der „Courier Français“ 1825 in 94 Exemplaren, die „Gazette de France“ 1825 in 228, der „Constitutionnel“ 1825 in 399, 1829 in 561, der „Journal des Débats“ 1825 in 646, 1829 in 561, der „Deschambres“, der 1825 noch gar nicht nach Preußen gekommen, 9 in 156 Exemplaren gehalten. Es wurden also 1825

in Preußen 1140 Zeitungen aus Paris bezogen, und 1829 sogar 1480, was gegenüber den außerordentlich niedrigen Auflagen der preußischen Blätter — erschien doch die „Kölnische Zeitung“ 1820 nur erst in 1861 Exemplaren — eine sehr bedeutende Einfuhr war.

Einen kleinen Fortschritt machte aber das Zeitungswesen in Preußen in jenen traurigen Jahren trotzdem, und zwar durch eine nach bestimmten Vorschriften geregelte Beförderung der Zeitungen durch die Post. Diese Beförderung wurde durch die Errichtung eines „Königlichen Zeitungs-Kontors“ in Berlin herbeigeführt, das am 1. Jan. 1822 eröffnet wurde. Bisher war das Zeitungs-Debit ein den Postbeamten als Privatgeschäft überlassenes Privilegium, das bei der Willkür, mit der die Beamten die Preise der von ihnen gelieferten Zeitungen festsetzen konnten, eine sehr erhebliche Einnahmequelle darstellte. Diesem Unfuge machte das „Allerhöchste Regulativ über die künftige Verwaltung des Zeitungswesens“ vom 15. Dezember 1821 ein Ende. Die Postbeamten erhielten ein etwas höheres Gehalt, und die Post lieferte den Abonnenten die Zeitungen zu den in einer sorgfältig gearbeiteten Preisliste angegebenen Preisen. Dabei floß der jetzt durch die Besorgung der Zeitungen erzielte Gewinn in die Postkasse. Die neue Einrichtung konnte jedoch nicht gleich in ganz Preußen eingeführt werden; sie trat zunächst nur in Berlin ins Leben, während man sich in den Provinzen bis zum 1. Jan. 1825 mit einem Übergangsstadium abfinden mußte. Die erste Preisliste für den Gebrauch der Königlich preußischen Postämter erschien 1822 und wies 474 Zeitungen auf, die nächste im Jahre 1823 bereits 843. Heute (1905) erscheinen zwei Preislisten, eine „Inlands-Preisliste“ und eine andere für das Ausland bestimmte, die nicht in die Hände des Publikums kommt, in französischer Sprache abgefaßt ist und den Titel „Liste des journaux allemands et étrangers dont l'abonnement est servi par l'Administration des Postes d'Allemagne“ führt. Die „Inlands-Preisliste“ weist rund 13300 Zeitungen und Zeitschriften auf, von denen rund 9700 in deutscher, rund 3600 in fremden Sprachen erscheinen. Sie wird alljährlich in etwa 7700 Exemplaren gedruckt, während

von der Preisliste für das Ausland nur etwa 170 Exemplare aufgelegt werden. Aus dem kleinen Berliner „Zeitungs-Kontor“ hat sich mittlerweile ein riesengroßes „Kaiserliches Post-Zeitungsamt“ entwickelt, eine vorzüglich organisierte Musteraustalt, durch die täglich in der Hauptarbeitszeit, von 5 Uhr abends bis 6 Uhr 45 Min. abends, rund 180 000 Exemplare politischer Zeitungen und 56 000 Exemplare von Zeitschriften nach den Bahnhöfen befördert werden, während im ganzen in vierundzwanzigstündigem Dienste 20 000 Zeitungspakete anzufertigen und 1104 Zeitungsfäcke mit einem Gesamtgewichte von 39 500 kg in die Welt hinaus zu senden sind.

Die politische Presse von Berlin war noch immer bloß durch die „Vossische“ und die „Spenersche Zeitung“ vertreten, denn die „Allgemeine Preussische Staatszeitung“, die mit dem 1. Januar 1819 ins Leben getreten war, konnte nicht wohl als eine politische Zeitung im eigentlichen Sinne des Wortes betrachtet werden.

Die beiden alten Blätter hatten zwar nach den Befreiungskriegen nicht so ohne weiteres mit in den hohen Ton eingestimmt, den der „Rheinische Merkur“ und verschiedene andere Zeitungen angeschlagen hatten, das würde schon die Berliner Zensur nicht geduldet haben, immerhin waren sie etwas freier aufgetreten, und das sollte ihnen nun sofort, nachdem die Regierungen die Zügel wieder straff angezogen hatten, verwiesen werden.

Auf Antrag des Geh. Ober-Regierungsrates Schöll, der auf den „schlechten Geist“ der Berliner Presse nachdrücklich hinwies, richtete das Ober-Zensur-Kollegium unter dem 28. Febr. 1820 an den Redakteur S. H. Catel von der „Vossischen Zeitung“ und unter dem 20. September desselben Jahres an den Buchhändler Spener, den Besitzer der „Spenerschen Zeitung“, die ernstliche Ermahnung und Warnung, sich in bescheideneren Grenzen zu halten, da sie sonst im Falle fortdauernder Halsstarrigkeit den Antrag auf Entziehung des Privilegiums ihrer Blätter zu gewärtigen hätten, zumal sie sich nicht allein unbefriedigend, sondern auch unschicklich gegen den ihnen bereits gewordenen Tadel vertheidigt hätten.

Darauf schränkten die beiden Zeitungen ihre politischen Erörterungen wesentlich ein; sie brachten nur das Notwendigste und hielten dabei mit ihrem Urteil fast vollständig zurück. Um so breiter ergingen sie sich aber über alle Vorfälle des Theaters und über den Tagesklatsch. Dabei offenbarte sich eine wahrhaft klägliche geistige Armut, der jedes nationale Empfinden nach und nach vollständig entschwand. So schrieb denn auch der junge Waldeck im Frühling 1828, nachdem er seinen ersten Winter in Berlin zugebracht hatte, an einen Freund in die Heimat: „Öffentlicher Geist existiert in keiner Art.“

Der wachsende Verkehr brachte es aber mit sich, daß beide Zeitungen vom 1. Januar 1824 ab, mit Ausnahme des Sonntags, täglich erschienen.

Ein besonderer Charakter bildete sich bei den beiden Blättern nur langsam heraus, doch zeigte es sich immerhin alsbald, daß die „Spenersche Zeitung“ danach strebte, sich mehr mit den allgemeinen Weltbegebenheiten zu beschäftigen und die wissenschaftlichen Forschungen in den Kreis ihrer Betrachtungen zu ziehen, während die „Vossische Zeitung“ sich besonders dem Berliner Leben widmete und dadurch ein spezifisch berlinisches Blatt wurde, das schließlich eine große Popularität gewann und das Konkurrenzblatt vollständig überflügelte.

In dem in Rede stehenden Jahrzehnt, den zwanziger Jahren, stand die „Spenersche Zeitung“ aber noch auf gleicher Höhe mit der „Vossischen Zeitung“, ja, sie nahm wohl gar einen höheren Rang ein, denn sie galt als „vornehmer“. Der gesamte preußische Hof bezog sie, und zwar in auf Schreibpapier gedruckten Exemplaren; ferner las sie jeder, der etwas auf Rang und Stand hielt, sogar der Altmeister Goethe in Weimar, dieser allerdings hauptsächlich nur der Theaterkritiken wegen, da ihn, wie es Zelter verbürgt, die Spenerschen Kritiken in höherem Grade befriedigten, als die der anderen Blätter. Doch das waren nicht nur ihre einzigen Vorzüge; sie brachte auch vieles früher als die andern Blätter, besonders die Nachrichten aus dem Auslande und dann allerlei Personalien aus den höheren Beamten- und militärischen Kreisen. Wenn eine geologische Eroberung am Ural

war, plaudert Karl Gutzkow in einer Erinnerung
 „ner“, oder wenn die Engländer eine neue anſtra-
 pe gefunden hätten, ſo war das an den Werber-
 wo die „Spenerſche“ ihr Heim hatte, früher be-
 er Breitenſtraße in der Redaktion der „Voſſiſchen“.
 ein Prinz verloben wollte, oder ein General als
 den Rhein ging, ſo ſtand das meiſt zuerſt in der
 und die hochinterſſante Nachricht wurde vom
 der gebührenden Achtung aufgenommen; erſchien
 teilung aber einmal zuerſt in der „Voſſiſchen“, ſo
 ſt, biß ſie auch die „Spenerſche“ brachte, bevor
 ſtänd'g verbürgt hinnahm. Ja, es konnte wohl
 daß der Cenſor, wenn er auf dem Korrekturabzuge
 auf eine ſolche hochwichtige Nachricht aus den
 litärkreiſen ſtieß, mit blauer Tinte an den Rand
 r wiſſen Sie das? Quelle angeben!“, während es
 Durchſicht der „Spenerſchen“ nie einfiel, ſolche
 beanſtanden; er wußte, aus welchen Quellen ſie

de Napoleons ſuchte die „Spenerſche Zeitung“ ihre
 aus den engliſchen Blättern noch dadurch etwas zu
 ſie — aus der unlängſt erſchienenen Geſchichte des
 taates von Maſſo eine Charakteriſtik Napoleons
 85 vom 17. und Nr. 86 vom 19. Juli 1821).
 Urteil wagte ſie nicht zu geben. Die „Voſſiſche
 ſich über die ſchwierige Lage dadurch hinweg, daß
 ſel der „Morning Poſt“, des Organs des Mini-
 ſtereng-Liverpool, wiedergab (Nr. 84 vom 14. Juli),
 war das Genie des Verſtorbenen anerkannt, aber
 n Nachdruck darauf hingewieſen wurde, daß er ſich
 und zum Fluche“ der Menſchheit gemacht habe.
 Juli) brachte ſie auch noch einen Artikel der „Times“.
 ſonderen Aufſchwung nahm die „Spenerſche Zeitung“,
 Konzefſion von den Spenerſchen Erben 1827 durch
 Beſitz des königlichen Bibliothekars Dr. S. G.
 gangen war. Dieſer, ein heller Kopf, der für die

englische Staatseinrichtung schwärmte und darum gewöhnlich Vor-
 Speiter genannt wurde, suchte nach dem Muster der englische
 Zeitungen den Inhalt der „Spener'schen“ etwas mannigfaltiger zu
 machen und auch Angelegenheiten zu berühren, über die man bis
 her immer schon geschwiegen hatte. Sehr anschaulich schildert uns
 Karl Gutzkow in den schon erwähnten Erinnerungen diese für die
 Berliner Journalistik der zwanziger und dreißiger Jahre bedeut-
 same Persönlichkeit. „Der neue Besitzer der Spener'schen“, schreibt
 er, „hatte in seiner früheren Erscheinung etwas Imponierendes,
 ein sicheres Selbstgefühl, auch so viel Aristokratisches in seinem
 Wesen, daß er den hohen Gönnern der Zeitung die Bürgerschaft
 eines nur maßvollen Gebrauchs der Publizitätsmacht gab. Seine
 Vorliebe für England stand einem damaligen Redakteur wohl an,
 da ihm lediglich die freien Verhandlungen des britischen Parla-
 mentes als die Abzugsquelle der in Europa gährenden Stimmungen
 und die Gelegenheit, ein freies Wort zu hören, erschienen durften.
 Auch hatte Lord Speiter, um sein Ansehen zu mehren, die Ver-
 waltung der königlichen Schauspiele bewogen, Shakespeares „Mac-
 beth“ nach einer eigens von ihm angefertigten Übersetzung in
 Szene gehen zu lassen. Die ihm befreundete Auguste Erlinger,
 die allbewunderte Lady Macbeth, verschaffte ihm die Genugthuung,
 seinen Namen mindestens aller sechs Wochen an den Straßen-
 edeln prangen zu sehen. Mit wahren Stolz schritt dann der
 stattlich gewachsene, im Antlitz etwas burgunderrot gefärbte Herr
 über den Opernplatz in die königliche Bibliothek, an welcher er
 bestellt war. Er durfte sich sagen: dort die Universität, die Ak-
 demie der Wissenschaften, das Opern-, das Schauspielhaus, alles
 gehört mir! Drüben in der Akademie der Künste, wenn der alte
 Shadow einen Zaun hatte, suchte er ihn in der „Spener'schen“
 an; Panofka, Zahn waren Speiters Korrespondenten. Ja, auch
 dem Bürgermann kam Speiter durch zwei Mitarbeiter bei, die
 sich sogar mit heißen Staats- und Stadtangelegenheiten zu be-
 schäftigen wagten. Der eine war ein einfacher Kaufmann wöh-
 nlicher Glaubensgenossenschaft, Daniel Alexander Wenda, der anderer
 ein Kollektivbegriff, der einfach Civis hieß. Jener, der sich zu-
 weilen, nicht eben glücklich, in obstruse Philosopheme verlor, ver-

u sehr früh und mit mehr Erfolg in der jetzigen
igen Richters. Schon vor 40 Jahren wagte der
weisen in der ‚Spener'schen‘ dem Finanzministerium
1 zitieren, machte bescheidenen Bauverwaltungs-Vor-
emältliche Staatsschuldenstilgungs-Pläne, kurz, er ke-
g ein damaliges absolutes Noli me tangere. Es
benda der Ruhm, in der Zeit der Unterdrückung
ortes über staatliche Verhältnisse den Finger auf
gelegt zu haben. Cuius, der nicht selten Lord
war, war jener Unus pro multis, der sich über
lein, über den er stolpert, über jede Pflanze in einer
ofte geärgert hatte und diesen Ärger dann in der
unerschüttete zum weiteren Ärger des damals nicht
en, ja in der Regel grob auftretenden ‚Magistrats‘,
ge Straßenpflege nun leicht ‚höheren Orts‘ gerügt
“

Theaterreferent der ‚Spener'schen‘, der dieser die
hatte, vom Altmeister Goethe gelesen zu werden,
neller Mann. In weiten Kreisen hieß er der
3“; in intimere Gesellschaft nannte man ihn geru-
ci seinem alten Freunde v. Stägemann und im
nse, wo er mit v. Könen, Heinrich Meyer, Tie-
lermont verkehrte, war er der „Poet Schnlz“, und
ic er durch Mellstab in dessen Satire „Henriette,
gerin“, als „Buckepuls“ verewigt. In Wahrheit
ch Schnlz, und in seiner juristischen Karriere war
1 Referendarius vorgebrungen. Von Kindheit an
ir die Bretterwelt. Nur mit Mühe zwang er sich
der Rechtswissenschaft, und als er als Referendar
urg geschickt worden war, entbehrte er das Theater
daß er seinen Freund v. Stägemann bestärkte,
alles in der Welt wieder nach Berlin zu verheßen.
e ihn v. Stägemann unter seiner Leitung zum
in Ministerium ein; doch die Theater-Passion machte
n anderen untauglich, so daß ihn v. Stägemann
musste; aber durch seine Verwendung wurde es be-

werkstellig, daß Schulz lebenslang sein geringes Gehalt bezieht, „als ausgezeichnet durch Unbrauchbarkeit“, wie sein Gönner später öfter scherzend sagte.*) Das Theaterreferat für die „Spener'sche Zeitung“ übernahm Schulz 1823, als Gubitz davon zurücktrat, nachdem er mit Müller wegen einer Besprechung der „Schuld“ in eine mercuriellere literarische Fehde geraten war. Die Referate von Schulz zeichneten sich durch Klarheit, Sachkenntnis und Wohlwollen aus, so daß der kleine anerkennende Aufsatz Goethes „Die Berliner Dramaturgen“ sich, wie Gubitz meint, meist auf Schulz bezieht. Der damalige Musikreferent der „Spener'schen“ war der bekannte Hofrat und Komponist J. P. Schmidt.

Ganz unbestritten die erste Stelle nahm die „Spener'sche Zeitung“ mit ihrer technischen Einrichtung ein, denn der Buchhändler Spener war es, der die erste Schnellpresse in Berlin anstellte, um auf ihr seine Zeitung zu drucken. Ein zeitgenössischer Korrespondent berichtet darüber unter dem 12. April 1823:

„Der Buchhändler Spener, Verleger der einen hiesigen Zeitung, hat behufs des Drucks derselben eine Druckmaschine aus England kommen lassen, wo mit großer Schnelligkeit und Akkuratessje vermittelst Dämpfe der Abdruck des Satzes geschieht, welcher auf gewöhnlichen Druckerpressen von Menschenhänden verrichtet werden muß. Diese Maschine ist äusserst künstlich zusammengesetzt und gereicht dem Erfinder wegen der glücklichen Befestigung so vieler Hindernisse zur Ehre. Des Königs Majestät haben diese Maschine jetzt selbst in Augenschein genommen. Bei dieser Gelegenheit wurde sie in dessen Gegenwart in Gang gebracht und druckte das neueste Zeitungsblatt ab. Auf der ersten Seite des selben standen aber statt der früher darin enthaltenen Artikel folgende Verse:

Die Druckmaschine an den König.

Der Deutschen Scharfsinn zu bekunden,
Die Kunst zu drucken Faust erfannt;
Sein Werk in schwerem Kampf begann,
Doch kühn ward alles überwunden,
Der Weider Haß, selbst Stuch und Bann.

*) J. B. Gubitz, *Erlebnisse*. Berlin 1868, Bd. 1, S. 216.

'as wahrhaft gut, muß endlich siegen,
 'ward denn diese Kunst, eh' ein Jahrhundert schwand,
 n allgemeines Völkerverband,
 id höher ist sie stets gefliegen;
 'as mühsam sonst der Menschen Kraft
 erwirkt, jetzt Feuer leichter schafft.

digerweise wurde in dem Gedichte Faust (es hätte
 ast geheißen) und nicht Gutenberg als der Erfinder
 erkunst angegeben, und leider ist auch der Name
 der Maschine, des Deutschen Friedrich König
 ben 1774, gest. zu Oberzell bei Würzburg 1833)
 lieben, der mit seinem Geschäftsgenossen, dem Stutt-
 tiker A. F. Bauer, 1810 in London die erste Schnell-

Die Heimat hatte ihm die Mittel zur Verwirk-
 Erfindung nicht gewährt; erst in England fand er
 rständnis für seine Pläne, zunächst bei dem Londoner
 homas Bensley, dem später noch die beiden Drucker
 fall und Richard Taylor beitraten. Jetzt mußte er
 erleben, daß ihm das Vaterland nicht einmal die
 nung durch Nennung seines Namens erwies und die
 e aus England“ womöglich als eine englische Er-
 llte.

der „Spenerischen“, so erfolgten auch bei der „Ros-
 ung“ in den zwanziger Jahren bedeutende Umge-
 em Teil ebenfalls herbeigeführt durch Besitzwechsel.
 trat mit dem Schlusse des Jahres 1822 der alte
 H. Catel, der seit 1806 die Zeitung geleitet hatte,
 aktion zurück. Zwar gibt der Nachruf, den die
 tung“ unter dem 30. Juni 1838 dem im 81. Lebens-
 schiedenen widmete, an, daß Catel die Zeitung bis
 : habe, doch war er in den fraglichen Jahren offe-
 Mitarbeiter; die Zügel der Redaktion hatte mit
 es Jahres 1823 der jugendkräftige bisherige Zustiz-
 C. F. Lessing (geb. 17. Jan. 1780) ergriffen, ein
 slauer Mäzgedirektors und Nefte Gottbold Ephraims,
 on tüchtiger wissenschaftlicher Durchbildung, freier
 d praktischem Verstande. Zunächst hatte er aber

noch keinen Besitzanteil an dem Unternehmen; erst als im Jahre 1828 die Frau Münzdirector Lessing, geb. Voss, starb, ging das Geschäft zu drei gleichen Theilen an ihn, seinen Bruder, den standesherrlichen Gerichtskanzler Carl Friedrich Lessing, und an seine Schwester, die Frau Professor Wilhelmine Müller, geb. Lessing, über. Weiterhin verkaufte dann der Kanzler Lessing seinen Anteil an seine beiden Geschwister, so daß also fortan von diesen sich jedes im halben Besitze des Privilegiums befand.

Der Justizkommissarius Lessing bearbeitete den politischen Theil der Zeitung; doch da war ja nicht viel zu leisten, weil nicht viel gesagt werden durfte. Weit mehr bedeutete der lokale Theil, und für diesen fand Lessing bald zwei Mitarbeiter, die durch die richtige Art, wie sie ihre Aufgabe erfaßten, die Zeitung außerordentlich förderten. Es waren dies F. W. Gubiß, der 1823 die Referate für das Schauspiel übernahm, und dann Ludwig Kellstab, der im Spätherst 1826 eintrat und neben eigenem schöpferischen Talente und vielseitiger, insbesondere musikalischer Bildung, feinsüßlichem Urtheil und eleganter Form des Ausdrucks zugleich in seltenstem Grade die Schlag- und Schreibfertigkeit des Journalisten besaß. Er war am 13. April 1799 als der Sohn eines Musikalienhändlers in Berlin geboren, sollte sich auf den Wunsch seines Vaters bei seiner musikalischen Begabung der Musik widmen, wendete sich aber der militärischen Karriere zu, wurde Artillerie-Offizier und weiterhin Lehrer für Mathematik und Geschichte in der Brigadeschule zu Berlin. Allein schon 1821 quittierte er den Dienst und widmete sich der Schriftstellerei. Dabei schrieb er u. a. die satirische Schrift „Henriette, die schöne Sängerin“, in der er sich über den maßlosen Enthusiasmus lustig machte, dem sich das Publikum stets bei dem Auftreten der Henriette Sontag, des vergötterten Lieblings jener Jahre, hingab. Doch zog er sich dadurch viele Unannehmlichkeiten und eine mehrmonatige Festungsstrafe zu. Nachdem er diese verbüßt hatte, trat er nunmehr in die Redaction der „Vossischen Zeitung“ ein, zunächst als Referent für das Musikalische. Bald aber erweiterte er den Kreis seiner Tätigkeit, wurde die Seele der Zeitung und blieb es bis in die vierziger Jahre, bis zu dem Wendepunkte der politischen

Verhältnisse. In seinen Händen lag, wie Kletke berichtet,*) die gesamte feuilletonistische Berichterstattung über alle hervorragenden Ereignisse des städtischen und gesellschaftlichen Lebens. Seine Tätigkeit, seine Arbeits- und Spannkraft waren bewunderungswürdig, nicht minder seine Befähigung, auch dem schon oft Versprochenen immer wieder eine neue Seite der Auffassung abzugewinnen und durch ein hohes Formtalent das Interesse daran lebendig zu erneuern. Dadurch gewann er nach und nach einen außerordentlichen Einfluß, ja, ein großer Teil des Berliner Publikums wagte lange Jahre hindurch, besonders in musikalischen Dingen, erst dann ein Urteil zu fällen, wenn sich Kellstab endgiltig in der „Vossischen Zeitung“ ausgesprochen hatte. Er war nach und nach der Berliner Muster-Journalist der vormärzlichen Zeit geworden.

Wenn schon die beiden Zeitungen der Hauptstadt Berlin ein höchst dürftiges Ansehen boten, so war dies natürlich bei den preußischen Provinzblättern in noch weit größerem Maße der Fall. Nicht grell zeigte sich das bei einigen neuen Unternehmungen, die trotz der Ungunst der Zeit ins Werk gesetzt wurden. Das wichtigste war die Gründung der „Breslauer Zeitung“, oder, wie sie anfangs hieß, der „Neuen Breslauer Zeitung“. Das Blatt kam einem Bedürfnis entgegen, denn in dem verkehrreichen Breslau mit 90000 Einwohnern erschien bisher nur die konservative „Schlesische Zeitung“ — aber in was für einem kläglichen Gewande trat die neue Zeitung am 1. Januar 1820 ans Licht! Sie erschien in kleinem Quartformat und zunächst nur einmal wöchentlich, da die Berliner Post, die die auswärtigen Blätter brachte, aus denen die politische Weisheit geschöpft werden mußte, nicht öfter in Breslau eintraf. Erst von 1828 ab kam die Zeitung täglich heraus.

Wahrscheinlich hätte sich die neue Zeitung auch nicht lange gehalten, wenn ihr Gründer nicht der originellste und populärste Mensch von Breslau gewesen wäre, durchaus geeignet, das Schifflein in dem seichten Fahrwasser doch immer so einigermaßen flott

*) Die Vossische Zeitung. Ein Rückbild. Voss. Ztg. 1872, Nr. 45.

zu erhalten. Es war Karl Schall, der Allerweltstrend, der allbeliebte Gesellschafter, der große „Freudenmarschall“ Breslaus, der Sir John Falkstaff der schlesischen Hauptstadt, der mit seinem unerhörlichen Gelächter jedes Festessen, jeden Ball, jede Landpartie belebte und mit seinen geistprühenden Toasten, drolligen Geschichten und losen Scherzen jeden Kreis zu amüsieren wußte. Eine etwas krause Lebensführung hatte ihn schließlich zur Gründung einer Zeitung veranlaßt. Er war am 24. Februar 1780 als der Sohn eines begüterten Kaufmanns zu Breslau geboren und sollte sich gleichfalls dem Handelsstande widmen. „Er mußte kurze Waren verkaufen lernen,“ schreibt Laube, der ihn noch persönlich kannte, mit einem Anflug von Satire,*) „und das lernte er so gut, daß er sich später nie mit etwas Großem abgeben konnte und bis an seinen Tod mit kurzen Waren handelte,“ d. h. sich immer nur auf der schäumenden Oberfläche des Lebens hielt. Nach dem Tode seines Vaters gab er das kaufmännische Geschäft auf, „begann seinen Herzengedrang auszuströmen in schuldlosen Charaden, schwärmerischen Gedichten, kleinen Lustspielen, los Vorthe, lernte Englisch und Französisch, durchritt alle Geschichtswerke, verpfeifte dabei Winbbeutel, fuhr Schlittschuh, tanzte wie ein Gott, war generös, galant, liebenswürdig — alles in einem Atem,“ bis sein Erbeil verzehrt war. Der lebenswürdige geschäftige Mäßiggang mußte ein Ende nehmen, und Schall sich noch einer Beschäftigung umsehen, die ihn einigermaßen ernährte. Die des Journalisten schien ihm die geeignetste zu sein, und bald gelang es denn auch den Einflüssen seiner vielen Freunde, für ihn von dem Fürsten Hardenberg die Konzession für eine zweite Breslauer Zeitung zu erlangen. Mit der ganzen Lebhaftigkeit seines Temperaments ging er im Verein mit einem Dr. Voebell ans Werk. Er suchte ein durchaus dem Geschmache seiner Zeit entsprechendes Blatt zu schaffen. Alles Neue, was nur irgendwo auf der Oberfläche erschien, wurde besprochen; „wo er irgend eine

*) Heinrich Laube, *Moderne Charakteristiken*. Mannheim 1835, Bd. 1. S. 159 ff.

› einen Wink, ein offenes Auge, ein herausforderndes
 „berichtet Lanbe, „da warf er einen Vers, eine
 ju; es kam die bunteste Konversation in sein Blatt;
 : von denjenigen Geistern, die das bewundernswürdigste
 der menus plaisirs haben; der kleinste Pulcinello-
 kleinsten Wesens ging bei ihm nicht verloren; er war
 andtesten Kammerfrauen der Weltgeschichte . . . Da-
 auch einer jener Gourmands der Literatur, welche
 n herumledern, lauter kleine Gedanken völlig aufzu-
 hen, nichts wollen als liebäugeln, eine charakterlose
 tschaft einführen möchten, die keine Männer, sondern
 r sind.“ Von dem Jammer der Zeit verspürte man
 Hauch; von den Enttäuschungen, unter denen alle
 ation schmerzlich litten, fiel kein Wort.

ßen Publikum gefiel natürlich diese tändelnde, witzelnde,
 ganz ausnehmend; die junge Zeitung prosperirte und
 in der Provinz viele Leser. Laube behauptet des-
 ; daß sie die Schlesier modernisiert habe; für den
 : mit beigemem Hohn hinzu, sei sie außerdem die
 er freien Künste und Wissenschaften gewesen; dieser
 nze Weisheit aus ihr gezogen. Als sich aber 1830
 e Leben wieder vertiefte, geriet Karl Schall in
 en; sein Ton wollte nicht mehr passen; allein er
 andern anzuschlagen. Doch half ihm der Tod bald
 legenheiten hinweg; er starb bereits am 18. Aug. 1833.
 ickelte sich dann die Zeitung, wie wir noch sehen
 :inem großen führenden Blatte der liberalen Partei

idere neue politische Zeitung trat in Liegnitz am
 821 ins Leben, konnte sich jedoch nicht lange halten.
 ickal hatte der „Neue Elbinger Anzeiger“, den Jakob
 n Elbing gründete. Glücklicher dagegen war „Der
 en Karl Gotthilf Röhre vom 8. Juli 1826 ab in
 u 10 Sgr. für das Vierteljahr in Graudenz her-
 s Blatt trat aber zunächst nur als Unterhaltungs-
 an die Politik wagte es sich vorläufig nicht heran.

Erst seit 1840 entwickelte es sich zu der bedeutenden Zeitung, die es heute ist. In dem „Weihgruß“ der ersten Nummer hieß es:

Die Erdentäume zu verschönern,
Uns in des Lebens bangem Streit
Und mit dem Schicksal zu verschönern,
Ward eine Göttin uns geweiht,
Sie nennet sich Geseßlichkeit.

So erklärt sich der Titel „Der Geseßliche“. Für die bescheidenen Ziele des Blattes vermochte denn auch ein begabter Sattlergeselle, Wilhelm Schumacher aus Danzig, längere Zeit als Redakteur zu genügen.

Die alten preuhischen Provinzialblätter blieben in dem in Rede stehenden Jahrzehnt sämtlich auf ihrem bisherigen Niveau stehen. Die „Schlesische Zeitung“ in Breslau setzte ihre hochkonservativen Grundzüge womöglich noch schroffer heraus als bisher und gewann es auch über sich, die Karlsbader Beschlüsse als eine Maßnahme zu preisen, die das Wohl des Ganzen wie des Einzelnen bereits durch manche treffliche Ausfaat gefördert habe. Sie wandte sich auch gegen die begnügenden Freireisestämme der Griechen, die die Sympathie der ganzen gebildeten Welt hatten, und brachte es sogar fertig, den schändlichen Despotismus des wortbrüchigen Königs Ferdinand VII. von Spanien in Schutz zu nehmen und dabei auszurufen: „Wohin führen die Lehren der Liberalen? Sie befehlen nicht nur allein die Throne, sondern auch die Gesellschaft und die Völker selbst; sie bedrohen nicht nur die Regierungen, sondern auch die einzelnen Bürger.“ Freilich deutet ihr Geschichtsschreiber Karl Weigelt wiederholt an, daß gar manches, was die Zeitung brachte, nicht aus dem Herzen des Redakteurs stieß, sondern aufgedrungen wurde. „Die Presse wurde,“ schreibt er, „aufs äußerste eingeschränkt, und selbst Berichte über rein tatsächliche Vorgänge, die dem herrschenden System unbequem waren, mußten sofort im Sinne desselben durch Korrespondenzen ergänzt werden, an deren unbedingte Aufnahme die Existenzberechtigung einer Zeitung geknüpft war.“^{*)} Um trotz

*) Karl Weigelt, 1. 0 Jahre Schlesische Zeitung. Bresl. 1892, S. 183

11 doch noch einigermaßen etwas zu bieten, was einigen the, besprach die Zeitung ziemlich ausführlich die land- lichen Interessen Schlesiens, die klimatische Beschaffenheit , die Nothstände nach Missernten und Überschwemmungen e Vorschläge zur Abhilfe dieser Misère. Seit dem 1828 erschien sie auch täglich, mit Ausnahme des

„Magdeburgische Zeitung“ suchte sich etwas freier und sahte daher Fuß in den bürgerlichen Kreisen der umgebung, doch hatte sie auch fernerhin viel unter dem leiden, den das Intelligenz-Kontor in Magdeburg aus- (S. 86), das schärfer vorging als die Intelligenz- n anderen Städten. Besonders hart betroffen wurde g, als durch Kabinetts-Ordre vom 7. Juli 1824 noch tliche Erweiterung des sog. Intelligenz-Zwanges aus- wurde; denn die Ordre bestimmte, daß künftig außer rigen auch noch die Verkaufsanzeigen von Büchern, 1. Landkarten, Kupferstichen zc. in das Intelligenzblatt werden mußten, wenn sie in der Zeitung veröffentlicht lten. Doch damit nicht genug: es wurde weiterhin so- etreiben des Verwalters des Magdeburgischen Intelligenz- urchgesetz, daß alle Anzeigen auch gleich oft in den zblättern wie in den Zeitungen inseriert werden mußten, füglich bestimmte noch eine vom General-Postmeister nterzeichnete Verordnung vom Jahre 1827, daß nun-) alle Familien-Nachrichten den Intelligenz-Blättern ein- sein. Trotz dieser schweren Vereintrachtigungen war er der Zeitung, Friedrich Faber, stets bereit, weitere ir Hebung seines Blattes daranzuwenden; er ließ vom ir 1829 ab die Zeitung sechsmal in der Woche erscheinen e dem redaktionellen Teile eine größere Mannigfaltigkeit

Doch bedeutete ihn dabei der Zivil-Gouverneur Staats- von Klewiz, daß er zwar politische Nachrichten bringen lein eine Meinung über diese Dinge nicht zu äußern habe. atte sich aber die obrigkeitliche Bevormundung noch lange ug getan. Sie ging sogar soweit, daß der Oberpräsident

der Provinz Sachsen zwar dem Verleger auf dessen Ersuchen gestattete, die amtlichen Meldungen der Wasserstände der Elbe und Saale zu veröffentlichen — jedoch nur bei außerordentlichen Fällen! Unter diesen Verhältnissen bewies der Verleger in der That eine große Tapferkeit, daß er nicht schließlich auf die Fortsetzung seines Unternehmens verzichtete.

In dem benachbarten Burg gab der Magister Colbasky (auch von Czolbaczky), der in Halle seines Blattes verlustig gegangen war (vergl. Bd. II, S. 152) — wahrscheinlich schon seit Sommer 1809 — eine in volkstümlichem Tone gehaltene Zeitung heraus, die er anfangs „Burgscher Kurier“, dann, um die Verbindung mit seiner Vaterstadt aufrecht zu erhalten, „Halle'scher Burgscher Kurier“, weiterhin „Halle-Burgscher Kurier“ und endlich „Halle-Burgsche Kurierzeitung“ nannte. Nach seinem 1842 erfolgten Tode leitete sein Sohn die Zeitung in dem bisherigen Tone weiter, bis dann Ende 1848 aus dem Blatte die modernisierte „Burgsche Zeitung“ wurde.

Die Zeitungsverhältnisse in Halle erfuhren insofern eine Veränderung, als der Tieftrunksche „Kurier“, der zuletzt den hochtrabenden Titel „Deutschlands Kurier- oder Staatsbote“ getragen hatte, in der Mitte der zwanziger Jahre aufhörte, worauf Gustav Schwetschke am 1. Jan. 1828 ein neues Blatt „Hallischer Kurier, Zeitung für Stadt und Land“ ins Leben rief. Doch betrachtete er sich dabei gewissermaßen als der Nachfolger Tieftrunks und bezahlte als solcher die betreffende Abgabe an das Waisenhaus bis 1848 weiter (vergl. Bd. II, S. 153).

Doch nicht nur in den alten preußischen Provinzen, auch im Westen der Monarchie, wo sich nach den Befreiungskriegen ein so frisches politisches Leben entwickelt hatte, zeigte sich während der zwanziger Jahre allwärts eine klägliche politische Öde. Görres, Mallinckrodt, Weizel waren zum Schweigen gebracht; kein freies Wort wagte sich mehr hervor. Das einzige Blatt von einiger Bedeutung war jetzt die „Kölnische Zeitung“, aber sie ließ doch nicht im Entferntesten ahnen, daß sie sich einst zu einem Weltblatte entwickeln werde. Nach amtlicher Feststellung (die wegen des eingeführten Zeitungstempels erfolgte) hatte sie 1822

von 2086 Exemplaren; von diesen wurden 830 in t, während 1256 nach auswärts gingen. Diese Auf-
 während der ganzen zwanziger Jahre fast unverändert.
 kleine Fortschritt, welcher gemacht wurde, bestand
 ie Zeitung vom 1. April 1829 ab sechs mal wöchent-
 Ihre Haltung blieb ausgesprochen katholisch. Beim
 :ous brachte sie einen geradezu unwürdigen „Bericht
 en Biedermanns“ (Nr. 121 vom 31. Juli), in welchem
 : Kaiser beständig über seine „Unreise“ klagt. Im
 cen ihr Herausgeber und seine resolute, eifrig mit
 angelegentlich bestrebt, das Zeitungsgeſchäft möglichſt
 zu machen. Noch heute erzählt man ſich gern in
 iſen, wie Frau Du Mont dem Inſeratenweſen des
 vieler Umſicht vorſtand und an jedem Donnerſtag
 auf achtete, ob die holländiſchen Fiſcher auch mit der
 hellfiſchſchraht vor Köln eingetroffen ſeien. Erſchienen
 g, ſo ſchickten die Fiſchhändler auch ſofort noch die
 en Inſerate. Brachte nun der zum Ausſpähen an-
 geſchickte Setzerlehrling die erwünſchte Kunde, ſo rief
 Mont mit kräftiger Stimme auf gut kölniſch dem
 r Setzerei zu: „Werſt de Türfei erus, de Egmonder
 ſinn do!“ Und ſchleunigt wurde der Artikel über die
 ert und damit Platz für die Schellfiſch-Inſerate ge-

den beiden andern Kölner Blättern, dem „Welt- und
 oten“ und dem „Verkündiger“, erſchien das erſtere
 er Auflage von etwa 1000 Exemplaren, und das letz-
 ſogar kaum eine Auflage von 350 Exemplaren.

ſo dürftig wie in Preußen ſah es im übrigen Nord-
) im Zeitungsweſen aus. Von den drei Hanſeſtädten
 nämlich Hamburg im 18. Jahrhundert eine große
 teratur aufzuweiſen gehabt; nach den ſchweren Schickſals-
 813 konnte ſich die Hamburgiſche Preſſe aber auch in den
 Jahren noch nicht wieder genügend erholen. Doch er-
 ſich etwas günſtigerer Cenſurverhältniſſe, ſo daß ſich
 jüdic Geſ. Ober-Regierungsrat Schöll (wie ſchon et-

wähnt wurde; in der an die Oberpräsidenten erlassenen Instruktion zur Überwachung der Presse vom 25. August 1820 ausdrücklich gegen die Hamburger Blätter wandte und die Oberpräsidenten anwies, den Redakteuren zu unterlagen, Nachrichten über das Ausland aus den Hamburger Zeitungen zu nehmen, „die gewöhnlich falsche Gerüchte verbreiten.“ In Wahrheit brachten sie sehr wohl das Richtige, aber unretuschiert, so u. a. über den finstern Despotismus Ferdinands VII. von Spanien, was aber in Preußen nicht gestattet war. Das bedeutendste Blatt blieb nach wie vor der „Hamburgische unparteiische Korrespondent“, der jedoch noch während der ganzen zwanziger Jahre nur viermal in der Woche und auch nur in Klein-Numern erschien. An Stelle des Legationsrates Dr. Stöver, der 1822 starb, übernahm zunächst A. F. A. Hartmann, aus Forstta in der Niederlausitz gebürtig und seit 1818 Professor der Geschichte am Hamburger akademischen Gymnasium, die Redaktion, und nach dessen 1828 erfolgten Tode ging die Leitung des Blattes am 1. Oktober 1828 an A. M. Runkel aus Altona über, der sie sodann nahezu vierzig Jahre, bis 1865, innehatte. Aus den Lebensschicksalen der drei übrigen Hamburger Zeitungen (vergl. S. 110) ist nur eine Titeländerung hervorzuheben. Die „Adreß-Kontor-Nachrichten“ nannten sich vom 2. Februar 1826 ab „Hamburgische Neue Zeitung und Adreß-Kontor-Nachrichten“. Ferner ist zu registrieren, daß seit 1825 noch ein neues kleines Blatt, „Der Freischütz“, doch zunächst wöchentlich nur einmal, in Hamburg herauskam, das sich aber fast nur mit Theaterkritiken befaßte. Später entwickelte sich der „Freischütz“ zu einer großen, sehr beliebten Zeitung.

In Bremen begnügte man sich mit der schlechten „Bremser Zeitung“, die schon seit 1813 erschien, und dem „Bürgerfreund“, der seit 1816 herauskam. In Lübeck kamen auch fernerhin die „Lübeckischen Anzeigen“ heraus, die sich mit Vorliebe den ökonomischen Fragen widmeten und 1824 die Abfahrt des ersten Dampfbootes von Lübeck nach Kopenhagen in besonders gehobener Tone trierten.

Die Presse in Süddeutschland war etwas mannigfaltiger und bot verschiedene charakteristischere Erscheinungen; der schwere

Frankfurter Beschlüsse lastete aber hier ganz ebenso
 Norddeutschland. Auch hier durfte kein Laut
 der die Regierungen irgendwie genierte, kein Wort
 , was einst feierlich versprochen war und nun
 wurde. Und darum macht auch die süddeutsche
 der zwanziger Jahre nur einen trübseligen

Frankfurter Journalistik trat eine neue Persön-
 Karl Peter Veely, der sich sehr bald als der Typus
 Redakteurs der Metternichschen Zeit entwickelte.
 in Äußeren kennzeichnete er sich als einen solchen.
 gemessen, vornehm, zugeknöpft wie ein Diplomat.
 immer glatt rasierten Gesichte sprach eine gewisse
 ers seit er den Titel eines Hofrates führte. Dieser
 sagte man, verliehen worden sein, weil er niemals
 den Höfen einen Rat zu geben. Jeberzeit war sein
 iche Lösschen gelegt, ganz wie bei Metternich und
 der Wichtigkeit seines journalistischen Berufs war
 erzählt, der ihn noch persönlich kannte*), vollständig
 ; er übte ihn mit Passion, aber nicht mit Leidenschaft
 war er erst auf einem Umwege zum Journalismus
 10. November 1781 zu Frankfurt a. M. geboren,
 nächst in einem Frankfurter Handelshause, stand dann
 mehrere Jahre in souburgischen Diensten und wurde
 Kanzler, verlor aber bei den politischen Umwälzungen
 lebte hierauf, von 1811 an, als Privatlehrer in
 Stadt, bis er 1821 in die Journalistik eintrat und die
 er „Zeitung der freien Stadt Frankfurt“ übernahm.
 er darauf bis 1829; während der Jahre 1827 und
 erte er auch das Weisblatt „Trib“. Von Bedeutung
 journalistische Tätigkeit jedoch erst, als er die nicht
 ständige Zeitung (die dann auch am 30. Juni 1831
 sgab, in die Dienste des Fürsten von Thurn und Taxis

*) v. Meißel, Kulturgeschichtliche Charakterköpfe. Stuttgart 1891,

trat und Redakteur der „Oberpostamtszeitung“ wurde. Unter seiner vorsichtigen und sorgfältigen Redaktion hob sich die „Oberpostamtszeitung“ rasch ganz außerordentlich, doch wird dies erst im zweiten Kapitel dieses Abschnittes weiter darzulegen sein.

Die beiden anderen Frankfurter Blätter von einiger Bedeutung, das „Frankfurter Journal“ und das „Journal de Francfort“, erhielten sich nur mühsam am Leben. Das erstere suchte sich hin und wieder durch eine liberale Anwandlung etwas interessanter zu machen, doch durfte diese Neigung nur so schüchtern zu Tage treten, daß sie vom Publikum kaum bemerkt werden konnte und darum fast ganz wirkungslos blieb. Als die Nachricht vom Tode Napoleons kam, druckte das „Journal“ den Nekrolog der „Morning Chronicle“, des Londoner Oppositionsblattes, ab (in Nr. 194 u. 195), in welchem die englischen Minister angeklagt wurden, das Dahinsiechen des Verstorbenen verschuldet zu haben. „Die Geschichte von dem Schlusse seines Lebens“, hieß es da, „ist alles, nur nicht ehrenvoll für diejenigen, die die Geschäfte Englands leiten, und ebensowenig für die Nation selbst.“ Zu diesem Eintreten für Napoleon gehörte immerhin ein gewisser Mut.

Noch behutsamer als das „Frankfurter Journal“ war nach und nach das „Journal de Francfort“ geworden, das noch im vorigen Jahrzehnt seine Leser immer recht gut über Frankreich orientiert hatte. Jetzt zeigte es keine ausgesprochen französische Tendenz mehr, sondern gravitierte vielmehr, wie Niehl berichtet, nach dem Norden und wurde vorzugsweise von Leuten gehalten, die durch das regelmäßige Lesen einer französischen Zeitung ihre Sprachkenntnisse täglich wieder auffrischen wollten, denen aber die Pariser Blätter zu teuer waren. In diesem Sinne wurde es sogar auf Gymnasien zur Privatlektüre empfohlen.

In vollständiger Schweigsamkeit mußte auch in den zwanziger Jahren noch die Presse Badens verharren. Der Minister von Berstett fand die Karlsbader Beschlüsse so vortrefflich, daß er durch den Bundestagsgesandten in Frankfurt erklären ließ: „Baden drückt seinen ehrfurchtsvollen Dank für die von Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich für das Beste des deutschen

und seine innere Ruhe bewiesene Sorgfalt aus.“ Bei Anschauungen blieben natürlich alle die feurigen Worte teufel und Liebesstein zu Gunsten der Pressfreiheit und ist vollständig wirkungslos, und tiefbekümmert schrieb der Brodhaus: „Was und wieviel darf man noch sagen können bei Ihnen? Bei uns im Badischen kann ich durch Politisches mehr drucken lassen, weil jeder auch nur freie Ausdruck, jedes nicht vollends knechtische Wort von mir gestrichen wird.“

ich lagen die Verhältnisse in Württemberg. Dort am 7. Februar 1823 eine strenge Zensur-Instruktion an württembergische Regierungen erlassen worden, und vom 1. März an wurde sorgfältig kontrolliert, ob die Zensoren in den Anweisungen nachkamen. Waren sie zu milde, so sie einen Verweis. Und so erschien denn auch eines Regierungsabblatt eine von dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten kontratsignierte Bekanntmachung, nach welcher dem kaiserlichen Legationsrat von Bisfinger, „wegen unter Entfernung verschiedener, mit den bestehenden Zensurgesetzen unvereinbaren Stellen eine öffentliche Zurechtweisung erteilt“ wurde.

In diesen Umständen war es dem „Schwäbischen Merkur“ die einzige politische Zeitung von Bedeutung, in dieser Periode, niemals möglich, sich zu einem höheren politischen Bewusstsein emporzuschwingen, was schon ein Blick auf die Zeitungen zeigte. Da stehen lange Jahre: „Bundesversammlung“, „Preußen“, „Bayern“, „Hessen“, „Lippe“ u. s. f., seit 1829 erscheint wieder die Überschrift „Deutschland“, an demselben „Österreich“ und „Preußen“ als besondere Die Empfindung für ein gesamtes deutsches Vaterland fehlte. Es durfte ihrer aber auch gar nicht Ausdruck werden, und darum spielen denn die Vorgänge im Auslande, Verhandlungen in der französischen Deputiertenkammer, griechische Aufstand, eine viel größere Rolle, als die deutschen Vorfälle; nur der Tod Napoleons wird kurz abgemacht. Vor zehn Jahren sich die Zeitung in ehrfurchtsvoller Er-

gebenheit gar nicht genug tun konnte, berichtet sie jetzt nur „Buonaparte ist nicht mehr“, und dann folgen einige Notizen über Krankheit, Tod und Begräbniß, ohne jede politische Betrachtung.

Welche idyllischen Redaktionsverhältnisse damals beim „Schwäbischen Merkur“ bestanden, schildert Otto Elben in seiner „Geschichte des „Schwäbischen Merkurs“. Als eine der wichtigsten Aufgaben der Redaktion, erzählt er, galt die genaue Kontrollirung der Königstraße. Kam dort ein Staffetenreiter daher, so gab's unzweifelhaft etwas Neues, und es wurde beobachtet, wohin er sich wendete. Im Dezember 1825 rollte nun sogar eines Tages eine Postkutsche die Straße herauf; eiligst ward ihr ein Laufjunge nachgeschickt, und bald brachte dieser die Nachricht: Die Kutsche ist in den innern Schloßhof gefahren, ein Kurier ist am Portal abgestiegen. Jetzt wurde ein Buchhalter ins Geheime Kabinett des Königs geschickt, der darauf die Kunde von dem am 1. Dezember zu Taganrog erfolgten Hinscheiden des Kaisers Alexander von Rußland brachte. Die Zeitung meldete dies Ereignis nun in ihrer Nr. 306 vom 21. Dezember. Die Nachricht hatte also drei Wochen gebraucht, um von Taganrog zum „Schwäbischen Merkur“ zu gelangen.

In der inneren Verwaltung des „Schwäbischen Merkurs“ trat Ende der zwanziger Jahre insofern eine Änderung ein, als Prof. Chr. Gottfr. Elben, der Gründer des Blattes, am 4. Februar 1829 starb, und darauf seine beiden Söhne Karl und Dr. Emil Elben, von denen der erstere bereits 1817, der letztere 1823 in das Geschäft eingetreten war, die Leitung übernahmen.

Neue Zeitungen kamen in Württemberg nicht auf. Eine „Neckar-Zeitung“, die Friedrich Seybold 1820 ins Leben rief, erlag bald den Zensurkalamitäten; ein „Teutscher Beobachter“, der von S. G. Liesching im August 1822 in Stuttgart gegründet wurde und für die politische Einheit Deutschlands eintrat, wurde zunächst in Preußen und Frankreich verboten und dann von der württembergischen Regierung nach einer kümmerlichen Existenz von dreiviertel Jahren unterdrückt. Zudem wurde Liesching noch dadurch bestraft, daß er fünf Jahre lang bei keiner Redaktion einer

anderen periodischen Zeitschrift mit politischer Tendenz zugelassen werden durfte. Die Konzession zur Herausgabe weiterer politischer Blätter, um welche verschiedene Buchhändler baten, wurde verweigert.

Recht mißlich gestalteten sich mehr und mehr die Presseverhältnisse in Bayern, weil sich die bayrischen Staatsmänner jetzt an Oesterreich anzulehnen begannen und die Ansichten Metternichs über die Presse nach und nach vollständig zu den ihrigen machten. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ geriet dadurch in immer größere Verlegenheit. Sie sollte ein großes politisches Blatt sein und konnte oft genug nicht einmal das sagen, was der benachbarte „Schwäbische Merkur“ frei und offen berichten durfte. In einem Briefe vom 26. Juni 1822 klagt der Redakteur Stegmann, wenn er nur Zeit hätte und nicht auch krank wäre, würde er Cotta seine Gedanken über die Möglichkeit oder vielmehr Unmöglichkeit, eine allgemeine Zeitung zu schreiben, ausführlich darlegen; die Schranken seien allzu eng geworden.*) Dabei sollte es aber noch schlimmer kommen, denn am 15. Juni 1823 wurde die Zensur auch auf den in der „Allgemeinen Zeitung“ so wichtigen nicht-politischen Stoff ausgedehnt, und außerdem durfte über die bayrische Ständeversammlung nichts mehr ohne besondere Erlaubnis der Regierung und dann nur in der von der Regierung vorgeschriebenen Form veröffentlicht werden.

Die Folgen dieser verschärften Zensur-Vorschriften blieben nicht aus. Als die „Allgemeine Zeitung“ mitteilte, daß das offizielle England eine für Spanien günstige Haltung eingenommen habe, — eine Meldung, die der „Schwäbische Merkur“ in seiner Nummer vom 25. Juni 1823 ungehindert bringen durfte — strich der Zensor die Stelle und setzte noch für die Redaktion hinzu: „Diese Nachrichten können bei der Nichtoffizialität derselben und bei den gemachten Eröffnungen nicht gegeben werden.“ Sie wurden einfach unterdrückt, weil Oesterreich und somit auch Bayern auf der Seite Ludwigs XVIII. standen, der Spanien den Krieg erklärte, um die dortigen Konstitutionellen

*) Ed. Henschel, Die Allgemeine Zeitung. München 1898, S. 216.

niederzuwerfen. Da nun aber die Zeitung doch unmöglich nur „Offizielles“ bringen konnte, so wandte sich Cotta unter dem 28. Juni 1823 in einem Briefe an den bairischen Minister Grafen Rechberg und führte aus, daß unter solchen Umständen, und wenn selbst Beschlüsse und Reden aus dem englischen Parlamente „bei der Nichtoffizialität“ der Nachricht nicht mehr gebracht werden könnten, die Aufgabe der „Allgemeinen Zeitung“ bis zur Unmöglichkeit in Frage gestellt werde. Er tue alles, um Unparteilichkeit und Mäßigung zu beweisen, und gebe auch, wie anerkannt werden müsse, die „Allgemeine Zeitung“ gern zum Instrumente der Regierungszwecke her; er sei auch durchaus für Zensur, aber die „Unparteilichkeit und Anhörung aller Parteien, die Selbständigkeit“ möge durch sie seiner in ganz Europa geachteten Zeitung doch nicht geraubt werden. Die Antwort des Ministers war aber sehr kühl. Die Zensurweisungen gegenüber der „Allgemeinen Zeitung“, erwiderte er, bezweckten nur, dem Blatte „den leider nicht immer bewährten Ruf der Unparteilichkeit zu erhalten und ihm dadurch den Beifall der Kabinette sowohl, als des gebildeten Publikums, wie den fortwährenden Schutz der Regierungen zu sichern.“ Der Hinweis auf den „Schwäbischen Merkur“ besage nichts, denn es sei bekannt genug und erst kürzlich auf eine sehr unerfreuliche Weise öffentlich zur Sprache gekommen, daß die zu Stuttgart erscheinenden Zeitungen nach ganz anderen Grundsätzen und Ansichten redigiert würden. Es blieb also dabei, daß nur Nachrichten offiziellen Charakters gebracht werden sollten.

Allein Cotta wollte sich unter dieses Joch nicht beugen; er unterließ es, seinen Korrespondenten die entsprechenden Weisungen zu geben, und infolgedessen hatte die „Allgemeine Zeitung“ jetzt unter massenhaften Streichungen zu leiden. Selbst solcher Stoff, der den Stuttgarter, Frankfurter, Hamburger und sogar auf bairischem Boden den Nürnberger Blättern durchging, wurde vom Zensur schonungslos getilgt. Von den teuer bezahlten Pariser Sendungen war kaum noch das letzte, das uninteressanteste Achtel, durch die Zensur hindurchzubringen.*) In dieser Not war Cotta eben im Begriffe,

*) Heydt, S. 219 ff.

sich noch einmal mit einer Eingabe an die bayerische Regierung zu wenden, als ganz unerwartet eine kleine Besserung der Verhältnisse einzutreten schien. Auf wessen Veranlassung diese herbeigeführt wurde, kann nicht mehr dargelegt werden. Offenbar hatte Cotta auch an geeigneter Stelle in Wien seine Klagen vorgebracht, und darauf richtete der königlich kaiserliche Bücherrevisor Rupprecht in Stuttgart unter dem 22. Juli 1823 ein Schreiben an ihn (oder an die Redaktion der „Allgem. Ztg.“), in welchem er schrieb: Da ihm der Adressat (doch wohl Cotta) so loyale und humane Gesinnungen ausgedrückt und sich insbepondere bereit erklärt habe, „die wohlwollenden . . . Absichten der österreichischen Regierung in Handhabung einer geregelten Preßfreiheit . . . durch die allerkräftigsten Maßregeln zu unterstützen . . .“, so kann die österreichische Regierung keinen anderen Wunsch hegen, als daß die sämtlichen . . . Redakteurs . . . auch von diesem preiswürdigen Geiste befeelt sein mögen.“ Die österreichische Regierung müsse darauf dringen, „und sie darf und wird hierzu den Beistand aller deutschen Bundesstaaten und der fremden Mächte kräftigst in Anspruch nehmen, daß nebst der gebührenden Ehrfurcht für die katholische Religion und einer wechselseitigen, alle Reibungen ausschließenden Duldung der übrigen Religionsparteien künftig in politischer Hinsicht allein nach den Grundsätzen der heiligen Allianz vürgegangen werde, mithin in Behandlung der Tagesgeschichte . . . diese Tendenz die vorherrschende sei.“

Der österreichische Zensur in Stuttgart hatte also die Fäden für die bayerische Preßaufsicht in der Hand und schaltete und waltete wie im eigenen Lande, und Cotta mußte dies sogar als einen Glücksumstand ansehen! Zu solchen ungeheuerlichen Verhältnissen hatten sich die Preßverhältnisse verschoben.

Die leichte Schwenkung zum Erträglicheren war übrigens nur von kurzer Wirkung. Zu Ende des Jahres 1823 trat eine stärkere Hinneigung Bayerns zu Frankreich ein; man wollte absolut an der Isar große Politik treiben, und die Folge war, daß an den Zensur in Augsburg die Weisung erging, fortan alles, was überhaupt auf eine Opposition gegen die französische Regierung und auf den Liberalismus in Frankreich Bezug nehme,

zu streichen. Darauf ging der Zensur so handfest zu Werke, daß sogar der Minister Graf Rechberg sich veranlaßt sah, ihm bei einer Audienz zu bemerken, daß er so streng denn doch nicht vorzugehen brauche; er möge sogar hie und da auch einmal einen „Oppositions“-Artikel passieren lassen, allerdings nicht ohne vorsichtige Auswahl und nicht ohne zur Bedingung zu machen, daß auch jeweils Artikel im entgegengesetzten Sinne aufgenommen würden.

Nun verfuhr der Zensur wieder etwas milder, immerhin war der Inhalt der Zeitung beständig so kläglich, daß die Abonnentenzahl von 4089 im Jahre 1823 auf 3602 im Jahre 1824 herabsank.

Doch die einigermaßen erträglichere Zeit dauerte nicht lange; es kam ein neuer Zensur, und dieser dekretierte (wie Stegmann unter dem 17. Febr. 1815 an Cotta schrieb), die „Allgemeine Zeitung“ dürfe durchaus nichts bringen, was möglicherweise ein französischer Minister übelnehmen könne, gesetzt auch, daß das Gleiche schon in französischen Zeitungen gestanden habe. Und wiederum wurde alles gestrichen, was nur einigermaßen nach Liberalismus ausah, oder auch nur die geringste Mißbilligung der kais.-reaktionären Regierung Karls X. enthielt.

Mühselig schleppte sich die Zeitung durch die weiteren Jahre des traurigen Dezenniums.

Am kläglichsten im ganzen Gebiete des deutschen Bundes sah es aber in der österreichischen Presse aus. Hier war, wie schon S. 158 bis 168 und S. 256 bis 259 ausgeführt wurde, jede geistige Bewegung unmöglich; die beiden Blätter der Hauptstadt, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“, blieben daher auch jetzt noch die beiden einzigen nennenswerten politischen Zeitungen des Kaiserreichs, und davon gab sich die erstere nach wie vor in ängstlicher Gemessenheit als der Hof- und Staatsanzeiger, während die letztere, speziell das Organ von Genz, sich in hohlen Phrasen erging und immer aufs neue in hochfahrendem Tone das herrschende Regierungssystem zu rechtfertigen suchte. Es verlohnt nicht, näher darauf einzugehen. Die Provinzblätter blieben auch weiterhin nur der matte Wider-

in Wiener Zeitungen. Die „Prager Zeitung“
 ist einigermaßen dem Wunsche ihrer Leser zu ent-
 sprechen. Am 1. Jänner 1828 „Unterhaltungsblätter“ ein,
 die täglich an jedem vierten Tage erschienen. Sie wur-
 den von Anton Müller (geb. 1792, gest. 1843) redigiert,
 derselbe als geistreicher Theater- und Musikrezensent.
 Später entwickelte sich aus diesen „Unterhaltungs-
 Blättern“ die „Bohemia“.

Am Ende der zwanziger Jahre. Brockhaus über die Reichheit der
 deutschen Zeitschriften. Der „Hermes“. Er erhält mehr und
 mehr einen bestimmten Charakter. Sein Inhalt. Notteck über den „Hermes“;
 1. Brockhaus Antwort darauf. Der „Hermes“ unter K.
 „Wiener Zeitschrift“; ihre Mitarbeiter. Grillparzer und
 „literarisches Wochenblatt“ unter Brockhaus' Redaktion;
 mit der preussischen Regierung. Muß zweimal den Titel
 „Lorenzblatt“ führen. Heine über die Falschheit des Blattes. Wil-
 helm von Schlegel nimmt die Redaktion. Sein Konflikt mit Cotta. Sein Tod.
 2. Heinrich Heine und das Blatt. Bringt die „Hatzzeitschrift“
 3. „Ihr kläglicher Inhalt. Verspottet von Hauff
 und Schlegel. Die neuen Zeitschriften, das „Mitternachtsblatt“
 4. „Berliner Schnellpost“ und der „Berliner Kurier“ von
 5. „Hirsch'sche Witz“. Heine und Holtei über ihn. Die sonstigen
 6. Goethe über die Journalliteratur der zwanziger Jahre.

den Zeitungen, so lasteten natürlich auch auf den
 7. Karlsbader Beschlüsse wie ein schwerer Alb. Das
 8. als die „Nemesis“, die „Kieler Blätter“, die „ZfS“,
 9. die „Zeitschwingen“ in die Journalliteratur gebracht
 10. worden; immer feichter, immer kläglicher, immer
 11. mehr unter der scharfen Kontrolle der Zensoren der
 12. c. Journalwesen ist in Deutschland ein glänzendes
 13. : Friedrich Arnold Brockhaus im Sommer 1823
 14. von Karl Ernst Schmid in Jena. „Fast alle Zeit-
 15. ungen mit dem Hungertode, und nur wenige, die ent-
 16. weder Herkommen in alle Wegezirkel einmal eingeführt

sind, oder deren Gemeinheit sie in solche führt, gedeihen wahrhaft. Wer hält für sich ein Journal?“ Und zugleich klagt er in einem Briefe an Professor F. L. W. Meyer, den Biographen des berühmten Schauspielers Friedrich Ludwig Schröder, über die „Plackereien mit der Zensur hier (in Sachsen), und wieder mit einer zweiten in Berlin und die elenden Verbote in Oesterreich.“ „Und diese Menschen, die solche Albernheiten verordnen“, ruft er verzweifelt aus, „die wollen die Welt durch Kongresse und Bajonnette regieren! Wir sehen, fürchte ich, noch großen Bewegungen entgegen; haben die Parteien jemalen einander so schroff entgegengestanden?“ Aber er beschwert sich auch über die Haltung der Schriftsteller. „Eine traurige Erscheinung ist ferner die Gemeinheit, welche in unserer Tagesliteratur herrscht, und die Verachtung, welche dadurch auf die deutschen Schriftsteller herabfällt. Anstatt sich in dem Kampfe gegen Pfaffentum und Junkertum — denn in diesen beiden ‚tümern‘ steckt tausendfältig nuanciert der Feind verborgen — zu unterstützen, gefallen sie sich in erbärmlichen kleinlichen Zänkereien und in knechtischem Beginnen.“ Diesen Beschuldigungen gegenüber ist aber doch hinzuzusetzen, daß es den Schriftstellern jener Zeit schlechterdings nicht möglich war, einen offenen Kampf gegen die Reaktion zu unternehmen; jedes Wort des Tadelß wurde ja doch vom Zensor sofort gestrichen.

Es war also ganz selbstverständlich, daß ein Journal von ausgesprochen politischem Charakter und nachdrücklich liberaler Tendenz in den zwanziger Jahren gar nicht erscheinen konnte. Um diesem Mangel aber doch wenigstens einigermaßen abzuhelpen, suchte Brockhaus seiner literarischen Zeitschrift „Hermes“ (wie schon S. 232 erwähnt wurde) mehr und mehr einen politischen Charakter zu geben. Aber aus Sorge, die Zensur könne ihm alsbald einen Streich spielen, verlegte er den Druck und Verlag der Zeitschrift ins Ausland, nach Amsterdam, dem Ausgangspunkte seiner buchhändlerischen Wirksamkeit. Der ganze Jahrgang 1820 des „Hermes“ erschien daher scheinbar in Amsterdam, und erst als sich herausstellte, daß die Behörden doch etwas mehr Nachsicht übten, als er erwartet hatte, bekannte der „Hermes“ wieder Leipzig als seinen Heimatsort.

er die Schwierigkeit der veränderten Haltung der Zeit-
 : sich Brockhaus vollständig klar. „Bei dem jetzigen
 : der Presse in Deutschland“, schrieb er an Johannes
 : Wiesbaden, „wird sich kaum erwarten lassen, daß noch
 : erscheinen werden, welche Gelegenheit zu politischen
 : ungen darbieten dürften, und es wird daher eine Art
 : st werden, einen Faden zu finden, an welchem man der-
 : Interferenzen und Betrachtungen wird anknüpfen können.
 : es daran nie ganz fehlen, da man besonders ja auch
 : idische Literatur zu Hülfe nehmen kann.“ Seine Be-
 : „gewandte Federn“ ausfindig zu machen, waren denn
 : vergebend; eine ganze Reihe hervorragender liberater
 : — darunter Notted, Fries, Krause, Paulus, Weg-
 : Wilhelm Grimm, Wilibald Alexis, Freiherr von der
 : Wilhelm Müller in Dessau u. a. — wurden Mit-
 : „Hermes“, und der Abschluß der Zeitschrift steigerte
 : en, daß sich Brockhaus verpflichtet fühlte, im 6. Stück
 : dem gesamten deutschen Publikum für die ausgezeich-
 : jme des Journals zu danken“.

Inhalt der Hefte des „Hermes“ bildeten eingehende
 : sabs über die wichtigsten Tagesfragen, namentlich über
 : ungen der württembergischen, bayerischen und babilischen
 : ie damals als die Vorschule des konstitutionellen
 : eutschland im Vordergrund des Interesses standen,
 : Rechtsphilosophie, das Schopenhauer'sche Hauptwerk
 : ls Wille und Vorstellung“, das Auftreten des My-
 : Somnambulismus, die Nachblüte der Romantik, die
 : bdie, ferner über Goethe's „Divan“ und die mannig-
 : zungen des Tasso, Calderon, Milton zc.

rt dieser vielen ausgezeichneten Beiträge, die alle
 : issen, wenn auch immerhin stark gedämpften natio-
 : nung getragen wurden, erkannte besonders Notted
 : ch der jetzigen Lage der Dinge,“ schrieb er an Brock-
 : hr Institut einen ganz unschätzbaren Wert und eine
 : istorische Bedeutung erhalten, und ich weide mich
 : r Freude und mit inniger Hochachtung für den

, Geschichte des deutschen Bildungswesens.

edeln Urheber und Lenker des Instituts an der Vorstellung k
Großen und Guten, welches dadurch ausgeführt oder zur Re
befördert werden mag. Sie werden unzähligen Wohlgefinnt
ein Schöpfer des Trostes, der Befräftigung werden, und d
Zeitgeist wird sich freudig Ihrer Waffe bedienen, um die ih
tropfenden Ministerialbefehle zu zernichten.“

Einen andern Standpunkt, ganz feiner niedern Gesinnun
entsprechend, nahm Röllner ein; er wies auf das glänzende
pekuniäre Geschäft hin, das Brodthaus mit seiner liberalen Zeit
schrift wohl machen müsse, worauf dieser ihm die entsprechende
Auffklärung gab. „Wer den ‚Hermes‘ für eine kaufmännische
Spekulation hält“, schrieb er ihm, „der kennt die Geschichte
unserer kritischen Institute wenig. Fast keine existiert ohne Unter
stützung vom Staat, und die Wiener ‚Jahrbücher‘, welchen dieselbe
Idee wie dem ‚Hermes‘ zum Grunde liegt, mußten, um zu ent
stehen, und müssen nun, um fortzubauern, zur Hälfte aus der
kaiserlichen Privatkasse bezahlt werden . . . Deshalb konnte auch
ich nicht erwarten, beim ‚Hermes‘ zu gewinnen, das ich auch in
ersten Jahre gewiß nicht getau, sondern dabei sehr bedeutend zu
gesetzt habe, was mich übrigens nicht abhält, das Institut fortzu
setzen, da ich es für nützlich halte und es mit der Zeit mit
hoffentlich schadlos halten dürfte, welches alles ist, was ich
wünsche.“

Ein halbes Jahr später konnte Brodthaus an den Professor
R. E. Schmid in Jena schreiben: „Ich bin jetzt nahe daran, mi
dem ‚Hermes‘ auf meine Kosten zu kommen, wobei ich aber für
alle meine Mühen u. s. w. gar nichts annehme. So schwer ist es
in Deutschland, ein Journal zu gründen und zu erhalten. Ein
Hind ist es, daß der Absatz nach Österreich zwar nicht eigentlich
erlaubt, aber auch nicht absolut verboten ist, denn dahin ist der
stärkste Absatz. Dies kommt wohl mit daher, weil es in Öster
reich viele reiche Privatpersonen gibt, die ein Journal selbst halten,
bei uns aber im Norden die Journale fast nur in Journalzirkeln
gelesen werden. Ich werde aber nicht aufhören, diesem Institute
die größte Sorgfalt zu widmen, und zufrieden sein, wenn ich am
Ende nur nicht geradezu dabei einbüße.“

Leider war es Brockhaus nicht vergönnt, die mit so vieler Liebe und mit so energischem nationalem Empfinden geleitete Zeitschrift weiter auszubauen; erschöpft von all den Kämpfen, die er durchzumachen hatte, starb er vor der Zeit am 20. Aug. 1823. Die Redaktion des „Hermes“ übernahm nun Professor Karl Ernst Schmid in Jena (geb. 1774, gest. 1852), der bisher schon eifriger Mitarbeiter gewesen und auch mehrfach bei der Redaktion zu Rate gezogen worden war. Er setzte das Unternehmen ganz im Sinne des Gründers fort, doch erklärte er, daß der Standpunkt „etwas höher und allgemeiner“ als bisher genommen werden solle, und die Zeitschrift sich möglichst auf dasjenige beschränken werde, „was keinem, der auf höhere und universale Bildung Ansprüche macht, gänzlich gleichgültig oder unverständlich sein darf.“ Er mußte aber bald erkennen, daß er dieses höhere Ziel nicht zu erreichen vermochte, und erklärte darum auch offen in einer Vorrede zum 32. Bande, daß doch nur dem unermüdbaren Brockhaus durch „seine außerordentliche Tätigkeit, seine Gabe, andere für seine Ideen zu gewinnen, ja zu begeistern, seinen Mut und seine Beharrlichkeit es möglich gewesen sei, dem ‚Hermes‘ immer eine reichliche Ausstattung zu verschaffen und so sein regelmäßiges Erscheinen sicher zu stellen.“ Schließlich erlahmte er, und nachdem 1827, 1828 und 1829 nur je zwei Bände zur Ausgabe gelangt waren, und 1830 und 1831 sogar nur je ein Band hatte fertig gestellt werden können, hörte die Zeitschrift ganz auf. Sie umfaßt im ganzen 35 Bände im Umfang von durchschnittlich 25 Bogen; die größere Hälfte der Bände (20) erschien bis Ende 1823, also wesentlich unter Brockhaus' Leitung. In ihrer besten Zeit hatte sie eine Auflage von 1100 Exemplaren gehabt.

Dem norddeutschen Brockhaus'schen Journale stellte sich — die todesmüden „Politischen Annalen“, die dann auch 1828 in München eingingen, können nicht weiter in Betracht kommen — als österreichisches führendes Blatt gern die „Wiener Zeitschrift“ zur Seite (vergl. S. 220), aber ihr Herausgeber Johann Schichl konnte natürlich auch nicht den leisesten Versuch wagen, einmal einen Schritt in das politische Gebiet zu tun; um so angelegentlicher war er bestrebt, sein Blatt zum Sammelpunkte aller her-



vorrangenden österreichischen Poeten zu machen. So erschienen in der „Wiener Zeitschrift“ Beiträge von Chr. v. Zedlig, K. G. v. Leitner, M. Enz, J. G. Seidl, K. E. Ebert, Braun von Braunthal, J. N. Vogl, Dräxler-Mansfred, E. v. Bauernfeld, L. N. Fraull, Vetti Paoli, Ant. Alex. Graf von Auersperg (erst später als Anastasius Grün zur Berühmtheit gelangt), Nikolaus Lenau u. a. Der größte von Allen, Grillparzer, stellte sich jedoch nur selten ein, dagegen beschäftigte sich die Zeitschrift wiederholt mit dem Dichter und seinen Werken. Als im März 1821 die „Medea“ in Wien zur ersten Aufführung gelangt war, brachte das Blatt die „Geschichte der Medea“ und die „Geschichte des goldenen Vlieses“ als belehrende historische Erläuterung des Dramenstoffes, ferner ein Gedicht „An Grillparzer“ von Ph. Mayer und noch manches andere. Im ganzen fehlte es aber der Zeitschrift an der nötigen geistigen Frische. Der Metternichsche Druck ließ keinen höheren geistigen Flug zu.

Zur allgemeinen Orientierung in dem gesamten literarischen Leben suchte auch ferner das „Literarische Wochenblatt“ sein Licht möglichst hell leuchten zu lassen; doch änderte es bei seinem Übergange aus dem Verlage der Gebrüder Hoffmann in Weimar in den von Friedrich Arnold Brockhaus in Leipzig seinen Charakter wesentlich (vergl. S. 226). In der ersten Nummer, die Brockhaus im Juni 1820 herausgab, entwickelte er sein Programm in einer eigentümlichen Form. In einem Gespräche im Zenit zwischen Baron Grimm, dem geistvollen Verfasser der „Fouille littéraires“, dem gelehrten Labarre, der die „Correspondance littéraire“ an den damaligen Großfürsten, späteren Kaiser Paul richtete, und Koyebue werden die Grundlinien dargelegt, nach denen sich der neue Herausgeber richten will. Es soll, heißt es dort, künftig nicht ein einzelner Schriftsteller, wie es anfangs Koyebue tat, über die gesamte Literatur Bericht erstatten, sondern das Blatt soll so viele Berichtgeber haben, als die Literatur Hauptseiten besitzt. Dabei soll das Blatt weder encyclopädischer Moniteur in Paris, noch ein bureau d'esprit werden, sondern ein einfaches „literarisches Unterhaltungsblatt oder Konversationsblatt“, etwa ein Tausendundeine Nacht für offene und muntere

Ohren, gleichzeitig eine Art Ergänzung für das bereits ziemlich allgemein bekannte „Konversationslexikon“. Zudem sollte es fortan täglich erscheinen. In einem Briefe an Börne drückte sich dann Brockhaus noch bestimmter aus. „Ich werde dem Blatte einen veredelten Charakter geben,“ schrieb er, „der alle rein persönliche Polemik gänzlich ausschließt und von der Literatur und Politik (so weit sich diese aus Schriften behandeln läßt, da rein politische Aufsätze, die keine literarische Veranlassung haben, ausgeschlossen bleiben) das Neueste in kurzen, verständigen und wozumöglich geistreichen Aufsätzen mitteilt.“

Nebenbei sei bemerkt, daß in diesem Briefwechsel zwischen Brockhaus und Börne der letztere, zur Mitarbeiterschaft aufgefordert, ein Honorar von acht Louisdor für den Bogen in Quart verlangte.

Aber so sehr auch Brockhaus bedacht war, die Politik hier möglichst zurückzudrängen und nichts zu bringen, was bei irgend welchen Regierungen Anstoß erregen könnte, mußte er es doch schon im Sommer 1820 erleben, daß sein Blatt in Preußen verboten wurde. Durch eine Stelle in der „Correspondance inédite de Napoleon“, die in der Nr. 4 des Juni 1820 zum Abdruck gekommen war, und in der sich einige wenig schmeichehafte Bemerkungen über den König von Preußen und die Königin Luise befanden, hatte sich Friedrich Wilhelm III. unangenehm berührt gefühlt, worauf Hardenberg sofort das Verbot verfügt hatte. Brockhaus gab sich darauf die erdenklichste Mühe, dieses Bannes wieder ledig zu werden, doch gelang es ihm erst, als er sich dazu verstanden hatte, mit dem 1. Dezember 1820 den Titel seines Journals in „Literarisches Konversationsblatt“ umzuändern und weiterhin, was ihm sehr schwer wurde, seinen gesamten Verlag einer preussischen „Zensur“ zu unterwerfen.

Trotz alledem kam es wenige Jahre später (1826) nochmals zu einem Verbote des Blattes in Preußen. Im Dezember 1825 hatte das „Literarische Konversationsblatt“ nach einem preussischen Kalender die Notiz gebracht, daß der russische Thronfolger der Großfürst Nikolaus sei und nicht der ältere Großfürst Konstantin. Dieser letztere hatte auch in der That bereits auf die Thronfolge

verzichtet; es war das aber bei dem damaligen mangelhaften Briefverkehr noch nicht in Preußen bekannt geworden, so daß der Minister von Schudmann sich des höchsten über die unerhörte Antastung des Erbfolgerechts der befreundeten Zarenfamilie enfehte und die Verbreitung des Brockhaus'schen Blattes in Preußen zum zweitenmale untersagte. In dem in der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“ veröffentlichten Verbote heißt es, die Notiz könne nur „als eine geflüsterliche Falschheit betrachtet werden, wie sich dieses Blatt deren schon öfter schuldig gemacht.“ Darauf reiste Heinrich Brockhaus, der nach dem Tode seines Vaters das Verlagsgeschäft und auch die Redaktion des Journals übernommen hatte, sofort nach Berlin, um die Aufhebung des Verbotes zu erwirken, war doch mittlerweile allgemein bekannt geworden, daß Nikolaus in der That den russischen Thron bestiegen hatte. Allein alles Bemühen war vergeblich; der so schwer geschädigte Verleger wurde sowohl im Ministerium, wie im Cabinet des Königs, abschlägig beschieden. Er versuchte es nun abermal mit einer Titeländerung und nannte sein Journal vom 1. Juli 1821 ab „Blätter für literarische Unterhaltung.“ Das führt seltenerweise auch diesmal wieder zu dem erwünschten Erfolg. Die preussische Regierung gab sich den Anschein, als habe sie ein ganz neue Zeitschrift vor sich, und ließ sie anstandslos passiren. Unter dem Titel „Blätter für literarische Unterhaltung“ ist dann die Zeitschrift noch siebenzig Jahre erschienen.*)

Dürfen der „Hermes“, die „Wiener Zeitschrift“ und die „Blätter für literarische Unterhaltung“ als die vornehmsten Journale der zwanziger Jahre bezeichnet werden, so können das „Morgenblatt“, der „Gesellschafter“ und die „Abendzeitung“ als die beliebtesten gelten. Sie kamen mit dem meisten Geschick der

*) Zu den Brockhaus'schen Zeitschriften wird auch des öftern das Werk „Zeitgenossen“ gerechnet, das von 1816 bis 1811 in 18 Bänden (18 Nummern) erschien; doch ist diese Publikation nur eine Sammlung von Biographien, die eine Art Gegenbild zu Schicklegroff's „Nekrolog der Deutschen“ bilden sollte.

Wünsche des großen Publikums nach unterhaltender, v. hlich sentimentaler und süßlicher Lektüre entgegen.

Das „Morgenblatt“ (vergl. S. 213) hätte vielleicht einen etwas höheren Rang einnehmen können, wenn es Cotta gesücht wäre, einen geeigneten Redakteur zu finden. Allein nach seinem Bruche mit Therese Huber suchte er Jahre lang vergebens nach einem solchen und leitete unterdessen in Gemeinschaft mit seinem Sohne Johann Georg das Blatt selbst. Dabei spielte dies etwa die Rolle eines Achenbädels. Es wurden ihm, wie früher schon und leider auch später noch, allerlei Beiträge aufgezwungen, die Cotta aus freundschaftlichen und geschäftlichen Rücksichten nicht zurücksenden wollte, während sie doch wegen ihrer Nichtigkeit ihren richtigen Platz hätten im Papierkorb finden müssen. Außerdem war Cotta als Geschäftsmann allzusehr darauf bedacht, seinem Blatte einen möglichst großen Leserkreis zu gewinnen und darum nirgends anzustoßen. Alles, was eine entschiedene Sprache führte, wurde unterdrückt. Nach 1829 klagte Heinrich Heine in einem Briefe an Cotta, allerdings in der zahnstn Weise, um den vielvermögenden Verleger nicht zu verletzen, daß er dem „Morgenblatte“ bisher nur wenig habe schiden können; die Schuld liege in der Natur seines Talentcs, das nur selten in stande sei, „den milden Ton des ‚Morgenblattes‘ zu treffen.“ So waren das Wertvolle jener Zeitschriften eigentlich nur Gedichte. Ziemlich viele steuerte, wie schon früher, so auch jetzt noch, Rückert bei, so z. B. eine Reihe persischer Fabeln, die Nakamen des Hariri, „Morgensländische Früchte“ u. s. w. Seine schönsten aus jenen Jahren, die Vieder aus dem „Liedesfrühling“, gab er freilich dem damals allbeliebten Taschenbuche „Urania“.

Gegen Ende des Jahrzehntes gelang es Cotta endlich, einen Redakteur für sein Blatt zu gewinnen, von dem er sich mit Recht viel versprechen durfte, den jungen Wilhelm Hauff. Dieser, geboren 1802 zu Stuttgart, war allerdings erst 24 Jahre alt, als Cotta mit ihm in Verhandlung trat, aber schon hatte er durch seine Märchen, seine wißsprühenden „Mitteilungen aus den Memoiren des Satans“ und seinen Roman „Der Mann im



Rond“ die Aufmerksamkeit der ganzen literarischen Welt Deutschlands auf sich gezogen. Cotta beillte sich daher, diese zu Kraft an sich zu fesseln, worauf bereits im vierten Quartal 18 die neueste Erzählung des Dichters „Die Bettlerin vom Pont Aris“ im „Morgenblatt“ erschien, und Hauff dann mit d 1. Januar 1827 auch die Redaktion gegen ein Jahresgehalt v 1400 Gulden übernahm, jedoch nur den belletristischen The während seinem Bruder Hermann der wissenschaftliche übertrag wurde. Das mit dem „Morgenblatte“ verbundene „Literatu Blatt“ redigirte bereits seit 1825 Wolfgang Menzel.

Das „Morgenblatt“ lenkte nun unter Wilhelm Hauff neue Bahnen ein, aber die erhoffte Entwicklung zu größerer Bedeutung ließ doch auf sich warten, denn wie schon früher b Therese Huber, so erlaubte sich Cotta auch jetzt wieder allerlei eigenmächtige Eingriffe, die das Ansehen des Blattes schädigt und dem Redakteur sein Amt bis zur Unerträglichkeit erschwerte. „Ich wage zu behaupten“, sagte daher Hauff bereits unter de 17. April 1827 in einem Briefe an Theodor Hell, „daß mit allen Redakteuren in Deutschland keiner ein so schwieriges At hat, wie ich, nicht allein wegen der ungeheuren Menge mittelmäßiger und schlechter Stoffe, die alltäglich eingehe, sonde wegen des Charakters des Eigentümers dieses Blattes. Cotta h es zu verschiedenen Zeiten und namentlich in den letzten vi Jahren allein mit seinem Sohne (einem Stallmeister und Raume herrn) geführt. Arglos übernahm ich das Blatt. Nachdem i es aber einmal einen Monat geführt hatte, gab er mir so oft, verstehen, was er, als Eigentümer, anders haben wolle, daß i ihm cutlich, wiewohl mit blutendem Herzen, da mein Hochzeit tag schon bestimmt war, die ganze Geschichte heimschlag und abtrat. So hatte er es aber auch nicht haben wollen; er knüpf die Verbindung wieder an, gab nach. Die größte Schwierigkeit machten mir die Rücksichten, die ich wegen ihm zu nehmen hatte bald war ein Manuscript schon früher bezahlt, bald hatte mar eine alte Rechnung an einem anderen abzuziehen; bald hatte mar auf die Regierung Rücksicht zu nehmen, bald wieder nicht. So kam es, daß wir ausmachten, ehe ich die Sache von neuem über-

nahm: Alle Artikel, die polemischer Natur sind, sollen dem Literatur-Blatte' übergeben werden.*)"

Von den wertvolleren Beiträgen, die das „Morgenblatt“ unter Wilhelm Hauffs Redaktion brachte, sind besonders die Gedichte von Wilhelm Müller, Ludwig Robert, Karl Simrod und Karl Grünewisen zu nennen, ferner Roberts „Aphorismen aus Paris“ und dessen geistreicher Aufsatz „Über den Einfluß der Hoftheater auf Kunst und Künstler“. Der Redakteur selbst steuerte die Novelle „Zub Süh“ bei, die aber von der Zensur arg verstümmelt wurde.

Leider setzte der Tod dem begabten Dichter ein frühes Ziel; schon am 29. November 1827 starb er an einem Nervenfieber, noch nicht ganz 25 Jahre alt. Nur zögernd entschloß sich Gotta, den Lesern des „Morgenblattes“ den Verlust mitzuteilen; als Motto wurden dabei die Scumeschen Verse gewählt:

Du schienst uns mit Fenerbliden
Nach jüngst Fortunens Lieblingssohn,
Und in dem Morgen deines Lebens schon
Schnitt Atropos ihr Werk in Stücken!

Für den „Gesellschafter“ (vergl. S. 224) gestalteten sich die Verhältnisse etwas günstiger. Der rührige Gubiy wußte sich nach und nach einen großen Mitarbeiterkreis zu bilden und hatte dabei das Glück, auch wertvolle Beiträge, u. a. von Heinrich Heine, zu erhalten, besonders dessen „Harzreise“. Die ersten Heineschen Beiträge im „Gesellschafter“ waren jedoch Gedichte. Wie Gubiy in seinen Erlebnissen (II, 260) erzählt, trat Heine eines Tages im zweiten Vierteljahre 1821 bei ihm ein und überreichte ihm fünf Gedichte mit dem Bemerken „Ich bin Ihnen völlig unbekannt, will aber durch Sie bekannt werden!“ Gubiy sah die Verse sofort durch und gewahrte alsbald, daß ein bedeutender Poet aus ihnen sprach; doch hatte er noch allerlei an der Form auszufehen und bei dem Gedichte „Die Brautnacht“ verlangte er, daß einige Stellen „gereinigt“ würden. Diesem Verlangen wollte Heine anfangs nicht entsprechen, bequeme sich

*) Hans Hofmann, Wilhelm Hauff. Frankfurt. 1902, S. 154.

aber schließlich doch dazu, nannte aber später in seiner wigelnden Art das Korrigieren und Ändern der Redakteure meist „gubigen“.

Die fünf Gedichte, mit denen sich Heine zum ersten Male der literarischen Welt Berlins vorstellte, waren „Der Kirchhof“, „Die Minnesänger“, „Gespräche auf der Baderborner Heide“, „Zwei Sonette an einen Freund“ und die schon erwähnte „Brautnacht“. Der Abdruck erfolgte vom 7. Mai 1821 ab. Gubitz vermittelte sodann auch die Herausgabe des ersten Bändchens Heinescher Gedichte in der Maurerschen Buchhandlung zu Berlin und veranlaßte die Besprechung dieses Erstlingswerkes durch Barnhagen im „Gesellschafter“ (1822, Bl. 11). „Der hier auftretende Dichter“, schrieb Barnhagen, „hat ausgezeichnete Anlagen. Seine Pieder kommen aus einer echten Quelle.“ Mit Recht nannte denn auch Heine in einem Briefe an Gubitz vom 23. Nov. 1825 den „Gesellschafter“ „die Wiege seines Ruhms“.

In noch weit höherem Maße sollte sich aber der „Gesellschafter“ diesen Ehrentitel verdienen, als er die „Harzreise“ brachte, mit der Heine seinen ersten großen Erfolg in der breiten Masse des Publikums erzielte. Bei der Einsendung des Manuskriptes bat er aber dringend, nichts zu ändern. „Es ist freilich manches Verbe darin, indessen, da doch der ‚Gesellschafter‘ (zu unserer aller Verwunderung) sich in der letzten Zeit vom Verdachte der Liberalität gereinigt hat und täglich zahmer und zahmer wird, so hoffe ich, daß die Zensur deshalb meiner Harzreise etwas durch die Finger sehen wird. . . Sollte dennoch gestrichen werden, so bitte ich an solchen Stellen die gebräuchlichen Querstrieche nicht anzulassen.“

Die Besorgnis Heines war leider nicht unbegründet; dem Zensor war der übermüthige Ton, der hier angeschlagen wurde, so neu, daß er mit seinem Kostist viele Stellen durchkruzte. Aber Gubitz ließ das doch nicht so ohne weiteres über sich ergehen; er wurde vorstellig, und als sich der Zensor hartnäckig zeigte, führte er eine ministerielle Entscheidung herbei, vermöge deren er schließlich das Ganze doch noch „glücklich genug über die geistige

Torsperrte“ hinwegbrachte. Die „Harzreise“ erschien darauf 1826 in Nr. 11 bis 24, vom 20. Januar bis 11. Februar.

Aus dem sonstigen Inhalt des „Gesellschafter“ wären dann noch vielleicht die Beiträge von Daniel Lehmann und der Helmine von Chegy und der Protest des Herausgebers gegen die schläpfrigen Romane Claurens (1827, Bl. 38) hervorzuheben. Obgleich sich Gubitz bewußt war, welchen großen und eifrigen Leserkreis, besonders unter den Frauen, Claurens besaß, scheute er sich doch nicht, die Claurensche Richtung energisch zu verurteilen.

Ganz und gar dem flachen Modegeschmacke huldigte die Dresdener „Abendzeitung“ (vergl. S. 223), ja, sie verankert, je älter sie wurde, immer mehr in platte Alltäglichkeit. Ihr Herausgeber Theodor Hell (Friedrich Kind trat 1827 von der Redaktion zurück) wurde schließlich immer schwachhinniger, und dabei wuchs die Koterie ins Unglaubliche. Bis zu welchen Geschmacklosigkeiten sich der Herausgeber verirrte, möge ein Loblied Dr. Nürnbergers auf die „Schnellpost“ zeigen, das am 1. Aug. 1828 in der „Abendzeitung“ erschien. Es begann:

Was kann nicht oft aus einem Dinge werden,
Wie Klein scheint manches, wenn man es entdeckt!
Es kommt ein neugebornes Kind auf Erden,
Und niemand weiß, was in dem Buschen steckt.
Der Zeit erst glückt's, die folgen ganz zu zeigen,
Sie ist's, die der Erfindung Urteil spricht,
Und riesengroß tritt aus bescheidenem Schweigen
Der Nutzen der Erfindung dann ans Licht.

Nach diesen Trivialitäten kommt dann der „Dichter“ nach und nach auf die Erfindung der Schnellpost und fährt dann fort:

Die Schnellpost leitet Kultur die raschen Schwingen
Und heut ihr gern die schnellen Dienste an,
Um bis ins Reich der Jender vorzudringen,
Daf allwärts Segen sich verbreiten kann.
Die Reisemühe wird für den zum Spiele,
Der dem beschwingten Sofa sich vertraut,
Und eh' man sich's versteht, ist man am Ziele,
Nach dem man sonst schier endlos angeschaut.

In diesem Tone geht es dann noch ein ganzes Stück weiter.

Mit Recht überschütteten denn auch die vornehmeren Geister der Zeit das Blatt mit Spott und Hohn. „In Dresden“, berichtet Wilhelm Hauff im Oktober 1826 in einem Briefe in die Heimat, „tanzt das Gnomen- und Zwergenvolk um den Abendzeitungs-gott Th. Hell, machen Sonettchen und Glossen, Dramachen, Lustspielchen, Triolettchen, quaken lustig im Sumpfe und halten sich für ganz tüchtige Nachtigallen, weil es immer einer dem andern versichert, mit der Voraussetzung, der andere fehre retour.“

Das hielt freilich Hauff nicht ab — da er eben als Anfänger sehen mußte, wo er seine Sachen absetzen konnte — auch einmal bei der „Abendzeitung“ eine Novelle oder einen Reisebericht anzubringen.

Weit schärfer als Hauff und auch auf öffentlichem literarischem Markte ging Laube gegen die „Abendzeitung“ vor. Er sprach dabei wie von einem längst dahingeshiedenen Blatte, wodurch die Wirkung der beißenden Satire noch gesteigert wurde. „Von Theodor Hell und seinen Freunden — ,spricht mir von allen Schrecken des Bewußtseins, von Hell und seinen Freunden spricht mir nicht!“ — so begann er seinen Artikel gegen die „Poeten an der Elbe“.^{*)} „Die breite, endlose, wasserlose Wüste der Restaurationszeit unserer Literatur mit der trockenen, dürren Sonne, dem langweilig ununterbrochen blaßblauen Himmel stellt sich vor unsere Blicke, und man schüttelt sich in Durst und Verachtung. Wahrlich, jene ‚Abendzeitung‘, der Moniteur unsrer Mittelmäßigkeit und Schwäche, und aller darum herabbelndes abendlichen Schriften ist ein traurig Blatt unsrer Literaturgeschichte . . . Es gibt eine alte halbchristliche Sage, daß diejenigen Leute, welche nicht recht gut und nicht recht schlecht sind, weder in den Himmel, noch in die Hölle kommen, sondern auf die ‚grüne Wiese‘. Die

*) Heinrich Laube, Moderne Charakteristiken. Mannheim 1835. Bd. II. S. 115—116. Ausführlich legt das damalige literarische Leben in Dresden dem. Anders Krüger in seinem Buche „Fiedoromanik. Friedrich Kind und der Dresdener Liebestreis“, Leipzig 1901, dar. Auch hier erörtert die „Abendzeitung“ eine harte Beurteilung. Mit mehr Rücksicht schildert die „Poeten an der Elbe“ Karl Berndt in seiner Abhandlung „Dresdener Jahre“ in den Jahren 1815 bis 1830“ (Wienboten, 1881, Nr. 37).

„grüne Wiese“, das Symbol der grauen Mittelmäßigkeit, ist die Kolonie in Deutschland, auf welcher Theodor Hell und seine Freunde ihr kostloses, schwächliches Wesen treiben, die Lüneburger Heide der Schriftstellerei, auf welcher das dürftige Völkchen der Heidschnucken seine kümmerliche, spärliche Nahrung sucht. . . . Keine Frage gab es mehr, keine Zweifel, keine Gegenfälle; die Kritik lobte nur, auch wenn sie tabelte; man lästete sich auf beide Wangen, wenn man sich drei Stunden lang nicht geizen; man lächelte immer; das Herz war von Papiermaché, die Augen von Glas, und die Konversation wurde auf einige bestimmte Noten gesetzt. Claren schrieb sein ‚Vergißmeinnicht‘, und Theodor Hell machte alle Jahre ein anderes Sonnett dafür, um zu zeigen, wie die Dichtkunst nichts sagen könne über nichts. Theodor Hell und seine Freunde sind die literarischen Jakobiner Deutschlands; wie jene die Freiheit, so ruinierten diese den Geschmack und die Kunst. Jene mordeten durch die Guillotine, diese durch Langleiwe. . . . Die Zeit der ‚Abendzeitung‘ war die Zeit der Grippe in unsrer Literatur: die schönen Wissenschaften cunnyjerten sich und hatten den Schnupfen; die Leute waren nicht krank, denn das ist ein einschubener, ganzer Zustand, sie waren kränklich, sie aßen lauter schlechten Nudeln und hatten aufgeschwemmte Gesichtser. So sind ihre Schriften: wie der sächsische Dialekt breitweich; man greift überall durch und greift nichts. Sie sind ein schwammiges Holz, woraus man nichts schnitzen, das man nicht brennen kann. In der Wissenschaft süßliche Pedanten, in der Kunst Wortklimperer mit verwässertem Geschmack, in der Kritik Sprichweller, mutlose Altweltsmenschen, oder schwachnervige Kleinigkeitskrämer. Eine Literatur der Visitenkarten!“ Schließlich kommt er auch noch auf die „Memoiren der Abendzeitungs-Epoche“, wie er den von Hell herausgegebenen Briefwechsel zwischen diesem und Ran der Velde nennt, zu sprechen und ruft aus: „Man kann des Todes erschrecken vor dieser friebeligen Beschränktheit; alle künstlerische Spekulation, alle höhere Kultur scheint verloren gegangen zu sein; lauter hässliche Kartoffelgebanten kriechen vorüber!“ Aber trotz dieses Spottes und Hohnes erschien die „Abendzeitung“ ruhig weiter und hatte auch noch viele Jahre ihr großes

Publikum, brachte auch sogar hier und da einige Aufsätze von bedeutenderen Autoren, z. B. Artikel von dem jungen Richard Wagner, der unter dem Pseudonym „Freudenfeuer“ mit Witz und Satire die verschiedensten Mißstände geißelte. Lange Zeit erfreute sich die Zeitschrift der für die damaligen Verhältnisse recht ansehnlichen Auflage von 1200 Exemplaren, während der „Gesellschafter“ nicht viel über 600 Exemplare hinauskom. Einen gewissen Leserkreis mag sie sich übrigens wohl dadurch erhalten haben, daß sie eine Zeit lang wertvolle Besprechungen über die Aufführungen des Dresdener Hof-Theaters brachte. Diese rührten von keinem Geringeren als Ludwig Tieck her. Tieck hielt sich zwar durchaus von den Abendzeitungs-Leuten fern und machte sich über ihr Treiben sogar bisweilen lustig, wie z. B. in der Novelle „Die Vogelsgesche“, in der Theodor Hell als Herr von Lederbrinna figurirt; auf Wunsch des Hoftheater-Intendanten von Rönnerich hatte er sich aber bereit finden lassen, die Referate über die theatralischen Aufführungen in der „Abendzeitung“ zu übernehmen. Theodor Hell, der auch gleichzeitig Theatersekretär war, mußte aus Rücksichten auf seinen Chef dem ihm wenig sympathischen Dichter die Spalten der „Abendzeitung“ öffnen, so ungern er es auch that. Später gab Tieck diese Besprechungen unter dem Titel „Dramaturgische Blätter“ auch in Buchform heraus.

Bei dem „Morgenblatt“, dem „Gesellschafter“ und der „Abendzeitung“ sei schließlich auch noch die „Eos“, Zeitschrift aus Bayern zur Erheiterung und Belehrung“ erwähnt, weil sie Ende der zwanziger Jahre verhängnisvoll in das Leben Heinrich Heines eingriff; im übrigen blieb sie unbedeutend. Sie wurde bereits 1818, gegründet, von C. C. von Mann herausgegeben und erschien zunächst in München, siedelte aber 1820 nach Nürnberg und 1821 nach Leipzig über, kehrte jedoch 1822 nach München zurück und kam nun dort, redigirt von Eßholz und F. Herbst, bis Ende 1832 heraus. In dieser zweiten Münchener Zeit gehörten Görres, Hauber, Nou, Ringels und Döllinger zu ihren Mitarbeitern, und diese waren es, die 1828 in der „Eos“ einen Feldzug gegen Heine eröffneten, als bekannt wurde, daß der Dichter eine Professur für Literaturgeschichte an der Universität München erhalten

solte. Besonders trat Döllinger mit aller Festigkeit gegen Heine auf. Der anonyme Artikel in Nr. 132 stammt, wie Stemplinger meint,^{*)} unzweifelhaft aus Döllingers Feder. Es werden dort die „Reisebilder“ zerstückt, und es wird dem Verfasser „Lästerung dessen“ vorgeworfen, „was dem Christen das Heiligste ist.“ Auch in der Nr. 1 und Nr. 19 des Jahrganges 1829 erschienen Angriffe gegen Heine. „Er schimpft auf die katholische Kirche,“ heißt es dort, „so gut wie ‚Hesperus‘ und die ‚Nedrarzeitung‘, aber er tut es nicht wie diese mit plumper Vertheidigung, sondern mit einer gewissen (streitlich etwas judaisierenden) Grazie, und auf ihn möchte der Vers des Sophokles passen, den Plutarch auf Timoleon anwendet: Welche Venus, welche Liebesgöttin legte Hand an alles, was er tat?“ Der Zweck dieser Angriffe wurde denn auch vollständig erreicht, König Ludwig lehnte es ab, das ihm vom Minister von Schenk vorgelegte Dekret zu unterzeichnen, welches Heine zum Literaturprofessor ernennen sollte. Heine wurde dadurch außß schmerzlichste getroffen und hat den Schlag wohl niemals verwunden. Mit Spott und Hohn überschüttete er seitdem die „Nachteulen der Kongregation“ in München nebst König Ludwig, und nach zwanzig Jahren noch schrieb er im „Romancero“:

„Apropos! Der erzsinnige
Pflaffe Döllingerius —
Das ist ungefähr sein Name —
Lebt er noch am Harzfuß?
Dieser bleibst mir unvergesslich
Bei dem reinen Sonnenlicht!
Niemand schaut' ich solch ein häßlich
Armeisänderangeficht
Sah' ihn am Charfreitag wallen
In dem Zug der Prozession,
Von den dunkeln Männern allen
Wohl die dunkelste Person.“

Ohne jedes literarische Gepräge blieben der Kuhnische „Freimütige“ in Berlin, die „Zeitung für die elegante Welt“

*) G. Stemplinger, Heine in München. Frankf. Ztg., Jan. 1900. Vergleiche außerdem Friedrich, Ignaz von Döllinger. 3 Teile. München 1898—1901.

in Leipzig, der in Schwelm wieder erstandene „Hermann“, der jedoch bisweilen wertvolle Artikel über Industrie und Verkehr von Friedrich Harfort enthielt, die Bäuerlesche „Theaterzeitung“ in Wien u. a. Doch mag erwähnt sein, daß der „Freimütige“ einmal (1827) in der Lage war, eine Novelle „Die beiden Freunde“ zu bringen, die von keinem Geringeren herrührte als von Helmut von Moltke, dem späteren Feldmarschall. Moltke schrieb diese Novelle, kurz nachdem er eine schwere Herzenskriß durchgemacht hatte. In dem Bade Ober-Salzbrunn, wo er nach Abfolvierung der Kriegsschule im Jahre 1825 zur Kräftigung seiner angegriffenen Gesundheit weilte, lernte er ein Mädchen kennen, das ihm völlig geschaffen zu sein schien, ihn für das ganze Leben glücklich zu machen. In einem Briefe, in dem er sich seiner Mutter anvertraute, schrieb er darüber: „Hier ist ein Mädchen, das recht verdient, Deine Schwiegertochter zu sein. Es ist eine Gräfin Reichenbach. Sie ist bildschön und trefflich erzogen. Du würdest sie auf Händen tragen. Aber leider ist sie unvermögend.“ Moltke mußte daher schweren Herzens entsagen, und um sich über die trübe Stimmung der Resignation hinwegzuhelfen, schrieb er die Novelle „Die beiden Freunde“, die dann schließlich den Weg in den „Freimütigen“ fand.

Diese sämtlichen hier charakterisierten Zeitschriften der zwanziger Jahre stellen sich aber doch nur in bedingter Weise als Erzeugnisse dieses Jahrzehnts dar, insofern sie ja doch alleamt aus dem vorigen Jahrzehnt herübergenommen wurden; selbst schöpferisch aufzutreten war aber der traurigen Periode des härtesten Druckes nur in äußerst geringem Maße möglich; nur zwei Schriftsteller, und diese auch nur vermöge ihrer Geschicklichkeit in der Kopffechterei, im Witzeplänkel und in der Ausnutzung literarischer Skandale, wußten sich einige Aufmerksamkeit für ihre journalistischen Unternehmungen beim großen Publikum zu erringen und spielten daher eine gewisse Rolle in der Journalistik jener Zeit: Müllner, der zunächst die „Gefate“ und dann das „Mitternachtsblatt“ gründete, und Saphir, der die „Berliner Schnellpost“ und den „Berliner Kurier“ ins Leben rief. Schon im Cottaschen „Literaturblatt“ hatte Müllner seiner

Neigung zu sticheln, herabzusetzen und zu verhöhnen, oft genug die Ägel schießen lassen, jezt bei der „Hekate“ und dem „Mitternachtblatte“, wo die Verleger sich um den Inhalt der Zeitschriften nicht zu bekümmern vermochten, ließ er sich festlos gehen und wurde der ausgesprochene literarische Mordalist. Die „Hekate“ gründete er 1823 im Verein mit dem Leipziger Verlagsbuchhändler Wienbrack. Dieser zahlte ihm ein Jahreshonorar von 1000 Talern, wofür Müllner die Aufsätze der Mitarbeiter (in der Hauptsache Rezensionen von Büchern) mit „Kandglößen“ zu versehen hatte. Die Abhandlungen wurden also gleichsam noch einmal mit einer reichlich mit Paprika gewürzten Müllnerschen Sauce überschüttet, so daß sie doppelt gepfeffert war und dem standalsüchtigen Publikum doppelt gut schmecken sollte. Das war aber nicht der Fall. Das Publikum fand an diesen schier endlosen Schmähungen, Verhöhnungen und hämißchen Bemerkungen keinen Geschmack, so daß die Zeitschrift schon nach Verlauf eines Jahres wieder einging. Müllner ließ sich dadurch jedoch nicht entmutigen, sondern entwarf nun mit dem Buchhändler Vieweg in Braunschweig den Plan zu dem „Mitternachtblatte“, für das ein erheblich erweitertes Gebiet in Aussicht genommen wurde. Müllner gedachte nicht nur ein kritisches (nach Art des „Literaturblattes“ und der „Hekate“), sondern zugleich auch ein ästhetisches Unterhaltungsblatt zu bieten, und zwar, wie er in dem Einführungsartikel „Was wir wünschen“ der ersten Nummer kundtat, ein sehr vielseitig belletristisches. Allein Müllner besaß für ein solches Blatt weder die erforderliche ästhetische Bildung, noch den entsprechenden Takt, noch das nötige Rechtlichkeitsgefühl. Dazu kam, daß Vieweg einen verhängnisvollen Fehler beging; er billigte Müllner ein jährliches Honorar von 2000 Talern zu, doch sollte dieser von diesem Gelde auch die Beiträge der Mitarbeiter honorieren. Dieser Verbindlichkeit gegenüber zeigte aber Müllner ein sehr weites Gewissen. Er suchte die Beiträge so wohlfeil wie möglich, oder gar ganz unentgeltlich zu bekommen und brachte daher fast nur minderwertige Erzeugnisse. Dadurch enttäuschte er seine Leser und schädigte das Ansehen des Blattes. Auch nahm der kritisch-räsonierende Teil, der sich in dem stehenden Artikel

„Preßzeitung und Kriegszeitung“ breit machte, bald einen allzu großen Raum ein und wurde der Schauplatz vieler unerquidlicher Zänkereien. Die erste Nummer erschien mit dem Beginn des Jahres 1826 und lockte mit ihren Verprechungen, ihrem auffallenden Titel und Müllners doch sehr populärem Namen eine ziemlich große Anzahl von Lesern an; allein schon der Abjaz des zweiten Jahrganges ließ sehr zu wünschen übrig, so daß Bieweg nicht auf seine Kosten kam. Zu dieser ungünstigen Situation gestellte sich bald noch eine unangenehme Differenz zwischen Müllner und Bieweg. Dieser nahm, völlig kontraktwidrig, ohne Vorwissen Müllners, einen Aufsatz von August Klingemann über die braunschweigischen Theaterverhältnisse auf, in dem auch der Konflikt des Geheimen Rats Schmidt-Philstedt mit dem Herzog Karl von Braunschweig zur Sprache kam. Darüber geriet Müllner in solche Aufregung, daß er Bieweg verklagte, worauf dieser ihm den Verlag des „Mitternachtblattes“ für den folgenden dritten Jahrgang kündigte. Müllner vermochte jedoch sein Blatt zu retten, indem er den Buchhändler Niedmann in Braunschweig bewog, den Verlag zu übernehmen. Darauf gab denn Müllner das „Mitternachtblatt“ noch bis zu seinem am 11. Juni 1829 erfolgten Tode bei Niedmann heraus. Weiterhin suchte Niedmann das Journal mit eigenen Kräften zu erhalten und änderte den Titel in „Mitternachtzeitung“; bald nachher verkaufte er es aber an den Buchhändler Formeyer in Braunschweig, der es nun u. a. dadurch zu heben suchte, daß er den jungen Heinrich Laube vom 1. Januar 1836 ab als Redakteur anstellte. Laube leitete darauf die „Mitternachtzeitung“ etwa ein Jahr lang, jedoch ohne Rennung seines Namens, da diese von Preußen nicht gestattet wurde.* Allein auch dieser Versuch war erfolglos; alles Interesse für das Blatt war doch dahingeschwunden, so daß der Verleger schließlich 1839 dessen weitere Herausgabe einstellen mußte.

Die Erfolge, welche Müllner mit seinem „Mitternachtblatt“ erzielt, waren mithin äußerst gering; immerhin kann er als einer

* Ludwig Mejer, Das Junge Deutschland und die preussische Zensur. Berlin, 1900, S. 106.



der begabteren Journalisten der zwanziger Jahre betrachtet werden. Ein Engländer, der im Jahre 1829 einen Aufsatz über Müllner in der „Foreign Review“ veröffentlichte, hob hervor, daß das „Journalgeschäft“ dem „Nabob von Weissenfels“ noch am besten von der Hand gehe; er sei nicht ohne eine Ader von eigenem Witz, und sein „Mitternachtsblatt“ sei zur Zeit gewissermaßen das lesbarste Journal Deutschlands. Aber sein Stil sei doch bloß der gemeine Schänkenstil, zänkisch, prahlend, mit einem Anstrich von Niedrigkeit, ein halb unehonetter Stil, der nach Tabak und spirituiösen Getränken rieche. Wirklich wertvolle Kenntniss oder Meinung werde in dem Blatte nicht mitgeteilt.*)

Einen noch geringeren geistigen Gehalt, als die Müllnerschen, besaßen die Saphir'schen Journale. M. G. Saphir, geboren am 8. Februar 1795 als der Sohn eines jüdischen Oberlandessteuer-einnehmers zu Lobos-Verény in Ungarn, bildete sich anfangs zum Kaufmann aus, wandte sich dann aber der Schriftstellerei zu, lieferte Beiträge für Bäuerles Theaterzeitung, kam aber mit der Zensur in Konflikt und ging deshalb im Sommer 1825 nach Berlin, wo er zunächst von 1826 bis 1827 die „Berliner Schnellpost“ und von 1827 bis 1829 den „Berliner Kurier“ herausgab. Ganz unerwartet nahm jedoch seine Berliner journalistische Tätigkeit 1829 ein jähes Ende. Er hatte den Ruf der jüngeren Schwester der von Berlin vergötterten Henriette Sontag in frivoler Weise angetastet, wodurch er nicht nur die Sympathie der Berliner verlor, sondern sich auch eine sechswoöchige Gefängnisstrafe zuzog und dadurch seine ganze gesellschaftliche Stellung einbüßte. Er konnte denn auch nicht länger in Berlin bleiben und siedelte nach München über. Den Wert seiner Berliner Journale mag man nun so gering anschlagen, wie man will, trotz alledem muß man aber doch zugeben, daß er mit ihnen insofern etwas Neues brachte, als er alle Erscheinungen und Ereignisse des Tages durch die Brille des Humors betrachtete, was gegenüber der sentimental und süßlich-lasziven Stimmung der andern

*) Schöp. Müllners Leben, Charakter und Geist. Weissen, 1830, S. 186, 194, 200 u. 436.

Journalc gewiß zunächst sehr angenehm empfunden wurde. Selbst der Philosoph Hegel fühlte sich erfrischt durch den Saphirischen Witz und zog den Humoristen öfters zu Tisch. Heinrich Heine amüsierte sich, wie er an seinen Freund Joseph Lehmann, den nachmaligen Begründer des „Magazins für die Literatur des Auslandes“, schrieb, „königlich“ über die Kapriolen der „Schnellpost“, und in der großen Masse des Publikums wurden die Nummern der Journale sozusagen verschlungen. „Das erste Quartal der ‚Schnellpost‘ war das Evangelium der Berliner“, erzählt Holtei in seinen Lebenderinnerungen. „Ich habe Droschkenfutscher auf ihrem Vock und Gemäusweiber vor ihren Körben sich daran erbauen sehen.“ Leider schwang sich aber Saphir nicht zu dem wahren Humor empor; er wurde nicht der Weise, der erhaben steht über den Törichtheiten der Welt und über diese lächelt, sondern nur der Witzbold, der durch Wortverrenkungen, komische Zusammenstellungen, drollige Vergleiche die Leute lachen machte, ohne damit irgend eine Idee auszusprechen, oder gar eine Weltanschauung zum Ausdruck zu bringen. Seine „Abhandlungen“, „Betrachtungen“, „Skizzen“, „Novellen“, „Vorträge“ u. s. w. sind daher weiter nichts, als ein regelloses Geplauder, in welchem er in humoristischen Worthastereien, Kalauern, beißenden Bemerkungen und boshaften Witzspielen das Mögliche leistete. Das zeigte sich schon in seinen Überschriften, wie z. B. den folgenden: „Das ausgestopfte Beethovenfest, oder Ach und Krach vom Beethovenfeste“, „Die deutsche Butter in bezug auf deutsche Literatur, Kunst und Zensur“, „Leere Betrachtungen über den vor mir liegenden leeren Bogen Papier“, „Unseres Herrgotts Polzeifunde im Wirtshause des Lebens“ u. c. Von seinen Witzern seien nur einige als Beispiele der ganzen Art angeführt: Als der Zensor Geh. Rat Granow in Berlin gestorben war, der durch Streichungen in so manchem Manuskripte die größten Verheerungen angerichtet hatte, erklärte Saphir, Granow sei gar nicht gestorben, er sei jetzt nur im Jenseits „bei dem Konzert der ewigen Sphären als Streichinstrument angestellt.“ Die „schwarze Kunst“ meinte er, heiße so, weil sie die Kunst sei, den Menschen etwas weiß zu machen. Als in Wien die Börse in ein neues Gebäude verlegt

worden war, warf er die Frage auf: „Wann haben jetzt die Wiener kein Geld? — Se nun, weil sie ihre Börse verlegt haben!“ Von einem biederem Tapezierer behauptete er, seine Bedeutung berechtige ihn, „selbst Throne auszufchlagen“. In einer Klauderei über eine Vergpartie, die auf Eseln unternommen wurde, sagte er: „Die Esel sind die ersten Urheber und Wegbahner der Freiheit, denn auf Eseln kann man auf hohe Berge kommen, und auf den Bergen — sagt Schiller — wohnt die Freiheit.“ Von Sibirien versicherte er, daß es dort keine Krebsse gäbe, ganz einfach, weil an ein Zurückgehen von dort gar nicht zu denken sei. Solche mit aller Gewalt erzwungenen Pointen, solche saden Witzeleien und Ländeleien konnten aber nur ein Publikum ergötzen, das auf die längstliche geistige Kost gesetzt war, und als daher von 1830 ab ein frischerer geistiger Luststrom zu wehen begann, schwand die Popularität Saphirs schnell dahin, besonders in den gebildeten Kreisen. Immerhin hat Saphir einen gewissen Einfluß auf die Berliner Journalistik ausgeübt; er hat eine größere Beweglichkeit in den Stil gebracht und den Jenkinson-Witz eingeführt, der dann von Glasbrenner, Kossak, Stettenheim, Schmidt-Cabanis u. a. weiter kultiviert wurde.

Eublich seien der Vollständigkeit halber noch einige Journale erwähnt, die wohl hie und da einmal bei einer Schilderung der zwanziger Jahre genannt werden, aber auf das geistige Leben der Nation doch niemals einen tieferen Einfluß ausübten, die „Neue Berliner Monatschrift“, 1821 von Fr. Förster gegründet und hauptsächlich der Beherrschung Goethes gewidmet, die 1823 in Breslau von Karl Schall und Holtei ins Leben gerufenen „Deutschen Blätter für Poesie“, die 1824 und 25 erschienene „Berlinische Zeitschrift für Wissenschaft und Literatur“, herausgegeben von F. W. Goedicke, die Zeitschrift „Britannia“ von Karl Heinrich Hermes, die 1827 in Stuttgart herauskam, das „Berliner Konversationsblatt“, das Förster und Häring von 1827 bis 1829 erscheinen ließen, das „Jahrbuch für wissenschaftliche Kritik“, das E. Gans und Hegel von 1827 bis 1840 herausgaben, und „Das Ausland“, ein Cottasches Unternehmen, mit dem das geistige Leben besonders

Englands, Frankreichs und Italiens den Deutschen näher gebracht werden sollte. Das Blatt erschien vom 1. Januar 1828 ab und zwar zunächst täglich. Die Ausgabe erfolgte in München. Zunächst leitete es Dr. Rebold, dann von Mitte 1831 ab Dr. J. Lautenbacher. Der Inhalt bot viel Belletristik und Geschichte; die Naturwissenschaft blieb anfangs völlig unvertreten, bloß die Erdkunde wurde berücksichtigt. Das Journal fand jedoch wenig Anklang, so daß, als Dr. Lautenbacher 1833 gestorben war, sein Nachfolger Dr. Ed. Widemann die Erd- und Völkerkunde zum alleinigen Hauptgebiete erhob und die Zeitschrift zu einem streng geographischen Blatte umgestaltete. Vom 1. Jan. 1853 an erschien es dann auch nur wöchentlich. Nach Widemanns 1854 erfolgtem Tode übernahm der Geograph Oskar Ferdinand Peschel die Leitung des Blattes und nach dessen Weggange nach Leipzig 1872 Friedrich von Hellwald, der noch die Kulturgeschichte in das Bereich der Zeitschrift zog und diese außerdem zum Organe der Darwinistischen Lehre machte. 1873 siedelte das Blatt nach Stuttgart über.

Die vernichtende Wirkung der Karlsbader Beschlüsse hatte sich also in der gesamten Zeitschriftenliteratur der zwanziger Jahre in der traurigsten Weise geltend gemacht. Keine einzige Zeitschrift vermochte in diesem öden Jahrzehnt eine gewisse führende Stellung im geistigen Leben der Nation einzunehmen; um überhaupt nur bestehen zu können, mußten sich alle Journale im leichtesten Fahrwasser halten. Verächtlich sagte daher Goethe von dem ganzen Zeitungs- und Zeitschriftenwust dieser Periode:

Wer hätte auf deutsche Blätter acht,
Morgen, Mittag, Abend und Mitternacht,
Der wär' um alle seine Zeit gebracht,
Hätte weder Stunde, noch Tag, noch Nacht,
Und wär' nms ganze Jahr gebracht;
Das hätt' ich ihm gar sehr verdracht.



Zweites Kapitel.

Wiedererwachen des nationalen Geistes.

(1830—1848.)

1. Die Bundesstaaten und der neue Geist. Die Maßregeln zur „Bändigung der deutschen Revolution“. Die „sechs Artikel“. Weitere Beschlüsse zur gründlichen „Säuberung“. Die allgemeine Demagogenehe. Reinigung der Zeitungsliteratur. Wörne und Hoffmann von Fallersleben über die Öde der Zeitungen. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Der Kampf der jungen Geister gegen die Zensur. Gustav Freytag über die Zensur. Wit und Satire über die Presseverhältnisse.

Die Öde und Dumpsheit, zu der nach und nach in den zwanziger Jahren das ganze politische Leben Deutschlands hinabgedrückt worden war, sollte jedoch gleich zu Beginn der dreißiger Jahre ein rasches Ende nehmen. In Frankreich hatte das Volk den gewaltthätigen und eibrückigen König Karl X. kurzer Hand vom Throne gestoßen und sich, mit Louis Philipp an der Spitze, eine neue, auf liberalen Grundsätzen fußende Staatseinrichtung geschaffen. Diese mit bisher noch nie gesehener Schnelligkeit vollzogene Umwandlung verfehlte ganz Deutschland in große Erregung und weckte in allen patriotischen Herzen aufs neue den lebhaften Wunsch, auch bei uns die staatlichen Angelegenheiten einer gedeichlicheren Ausgestaltung entgegen geführt zu sehen. Allerwärts erscholl wieder der Ruf nach Reformen, und besonders wurde der Wunsch laut, daß endlich die drei großen Versprechungen der Befreiungsjahre, der Einführung landständischer Verfassungen, der Zensurfreiheit und der allgemeinen deutschen Handelsfreiheit, ein-

gelöst werden möchten. In Baden, Hessen, Sachsen, Hannover kam es zu hochgestimmten patriotischen Festen, stürmischen Versammlungen und selbst zu Exzessen, und in Braunschweig wurde sogar der junge Herzog Karl, der sich einer argen Miswirtschaft schuldig gemacht hatte, über die Grenze gejagt.

Erstbroden fuhren die deutschen Regierungen auf. Das Gefühl der Sicherheit, in dem sie sich bisher gewiegt hatten, schwand wie Schnee an der Sonne dahin. Das Legitimitätsprinzip und die heilige Allianz hatten sich als vollständig wertlos erwiesen: ein abhängiges Gefühl der Haltlosigkeit bemächtigte sich aller leitenden Staatsmänner. Metternich süßte erdrückend die Ohnmacht seines Systems und bekannte offen, daß er „geschlagen“ worden sei, und Genz wußte weiter nichts, als den Kat, nur auf alle Fälle den Frieden zu erhalten. Verschiedene deutsche Regierungen, in deren Gebieten es besonders erregt zuging, machten denn auch rasch viele Zugeständnisse und suchten dadurch die Bewegung zu beschwören.

Unterdessen glätteten sich die Wogen wieder; eine Gefahr von Frankreich her war nicht mehr zu befürchten; einen blutigen Ausstand der Polen, der ebenfalls verhängnisvoll für Deutschland hätte werden können, hatte Rußland mit barbarischer Faust niedergeschlagen — es wäre doch wohl nicht so schlimm gewesen, meinte man jetzt in den Kabinetten; besonders aber gewann Metternich rasch aufs neue seine frühere Sicherheit. Er habe sich zu schnell einschüchtern lassen, meinte er, und drang nun darauf, daß die Zügel wieder straffer angezogen würden. Bereits im September 1831 trat er in Verhandlung mit Preußen und suchte dies „zur Händigung der deutschen Revolution“ für die schärfsten Maßregeln zu gewinnen. Er wollte nichts mehr und nichts weniger, als die vollständige Vernichtung der „sämtlichen deutschen Verfassungen neufranzösischen Stils“ und eine totale Beschränkung der Presse, wie sie in Oesterreich gehandhabt wurde. Aber ein so gewaltthames Vorgehen erforderte doch zunächst ein neues Bundesgesetz, und ein solches, so bedeutete Preußen den österreichischen Staatskanzler, dürfte doch nicht so leicht durchzusetzen sein. Immerhin könne man sich aber innerhalb der

Grenzen der Wiener Schlußakte über verschiedene Maßregeln verständig. Diesen Anschauungen mußte Metternich schließlich zustimmen, worauf man sich über sechs Artikel einigte, die dann auch vom Bundesstage gutgeheißen und unter dem 28. Juni 1832 bekannt gegeben wurden.

Diese verhängnisvollen sechs Artikel sollten sowohl „die rohe Gewalt aufgeregter Volksmassen,“ als auch „eine in das verfassungsmäßige Gewand ständischer Opposition gekleidete Annäherung des demokratischen, mit einer zügellosen Presse verbündeten Geistes“ bekämpfen, die „die Macht der Regierungen theils zu schwächen suchten, theils wirklich schon geschwächt und ihnen Zugeständnisse von Rechten abgendigt haben, oder noch abzutrophen drohen, deren sie sich ohne Gefahr für die Erhaltung öffentlicher Ordnung und eines gesicherten gesellschaftlichen Zustandes im wohlverstandenen Interesse ihrer Untertanen nicht entäußern können.“ Gegen diese „Grundübel“ sollte sich 1) eine neue Auslegung des Artikels 57 der Wiener Schlußakte richten. Da nach diesem Artikel die gesamte Staatsgewalt in dem Oberhaupt des Staates vereinigt bleiben sollte und der Souverän durch eine landständische Verfassung nur in der Ausübung bestimmter Rechte an die Mitwirkung der Stände gebunden werden könne, so sei auch ein deutscher Souverän, als Mitglied des Bundes, zur Verwerfung einer hiermit im Widerspruch stehenden Petition nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet. Da 2) gleichfalls nach dem Geiste desselben Artikels keinem deutschen Souverän durch die Landstände die zur Führung einer den Bundespflichten und der Landesverfassung entsprechenden Regierung notwendigen Mittel verweigert werden dürften, so hätten die Stände kein Recht, mittelbar oder unmittelbar die Bewilligung der Steuern an die Erfüllung anderweitiger Bedingungen zu knüpfen. Hierher gehörige Fälle seien solche, auf welche die Artikel 25 und 26 der Wiener Schlußakte anwendbar seien, die bei einer Widersetzlichkeit der Untertanen gegen die Regierung die Bundesgläubiger zu gegenseitiger Hülfleistung verpflichten. 3) Die innere Gesetzgebung der deutschen Bundesstaaten dürfe weder dem Zwecke des Bundes irgend einen Eintrag tun, noch der Erfüllung sonstiger bundesverfassungs-

gemäßer Verbindlichkeiten gegen den Bund hinderlich sein. 4) Um die Würde und Gerechtfame des Bundes und der ihn repräsentierenden Versammlung gegen Eingriffe aller Art sicher zu stellen, zugleich auch in den einzelnen Bundesstaaten die Handhabung der zwischen den Regierungen und den Ständen bestehenden verfassungsmäßigen Verhältnisse zu erleichtern, solle vom Bundestage eine mit diesem Geschäfte besonders beauftragte Kommission vorläufig auf sechs Jahre ernannt werden. 5) Da, wo Eessentlichen der Verhandlungen durch die Verfassung gestattet sei, dürfe die Grenze der freien Äußerung auf keine die Ruhe des einzelnen Bundesstaates oder des gesamten Deutschlands gefährdenden Weise überschritten werden, weshalb sämtliche Bundesstaaten sich gegenseitig verpflichteten, zur Verhütung von dergleichen Angriffen die angemessensten Anordnungen zu erlassen und zu handhaben. Endlich sei 6) zu einer Auslegung der Bundesakte und der Wiener Schlussakte mit rechtlicher Wirkung ausschließlich der deutsche Bund berechtigt, der dieses Recht durch die Bundesversammlung ausübe.

Mit diesen sechs Artikeln wurden dem Volke so ziemlich alle Rechte genommen. Es sollte nicht mehr an die alten Versprechungen erinnern; es war ihm künftig verboten, irgend welchen Druck zur Erlangung des Versprochenen auszuüben; es sollte nicht mehr befugt sein, die Bestimmungen der Bundesakte und der Wiener Schlussakte zu erörtern und anzulegen, und es sollte ihm nicht mehr gestattet sein, an die Verhandlungen der Stände irgend welche Erörterungen zu knüpfen. Durch diese Bestimmungen war in erster Linie der Presse jede Behandlung von politischen Fragen abgeschnitten. Falls sich nun aber dennoch die Presse zu politischen Diskussionen verirrte, oder irgend ein „Schwärmer“ bei irgend einer Gelegenheit ungeschickliche Aeden über Deutschlands Lage oder Zukunft führte, sollte eine besondere Kommission eingesetzt werden, die darüber zu wachen habe, daß die Bestimmungen der sechs Artikel genau befolgt würden.

Wie ein schwerer Donner Schlag fuhr die Nachricht von der Festsetzung dieser sechs Artikel in das hoffnungsfreudige politische

Leben Deutschlands. Wie gelähmt fühlten sich alle, die noch so eben bei politischen Zusammenkünften, wie beim Hambacher Feste, dem „deutschen Frühling“ zugejubelt hatten. Immerhin wurden noch mannigfache Versuche gemacht, die verbrühten Rechte wieder zurückzuerlangen. In vielen Adressen und Protestationen wurde Verwahrung gegen die freventliche Beschränkung der Freiheit eingelegt; in den Landtagen wurden bittere Klagen gegen diese heimtückische Knebelung erhoben, und in der Presse erklang „der letzte schon halb erstickte Rotschrei.“ Allein jedweder Einspruch war vergeblich. Metternich fühlte sich wieder so fest im Sattel, daß er auch nicht die geringste Milderung eintreten ließ, ja die Fägel sogar noch straffer anzog. Kurze Zeit nach der Veröffentlichung der sechs Artikel veranlaßte er noch weitere politische Bundesbeschlüsse, die noch tiefer in das öffentliche Leben einschnitten. Es wurde beschloffen, fortan sollte keine in einem nicht zum Bunde gehörenden Staate in deutscher Sprache erscheinende Zeitschrift oder nicht über 20 Bogen starke Schrift politischen Inhalts ohne besondere Genehmigung der Regierungen zugelassen oder verbreitet werden. Alle Vereine zu politischen Zwecken wurden bei strenger Strafe verboten; in keiner Versammlung durften Reden politischen Inhalts gehalten, keine Adressen oder Beschlüsse beantragt werden. Das öffentliche Tragen von Abzeichen, Bändern, Kokarden und dergl. von andern Farben als der Landesfarbe, das Aufstecken von Fahnen und Flaggen u. wurde mit schweren Strafen belegt. Die 1819 erlassenen und 1824 bestätigten Bundesbeschlüsse über die Bewachung der Universitäten und öffentlichen Lehrer wurde dringend eingeschärft. Endlich forderten diese Ordnungen von den Regierungen die strengste Wachsamkeit auf alle Einheimischen, die durch Reden, Schriften oder Handlungen ihre Teilnahme an aufrührerischen Plänen offenbart, oder Anlaß zu Verdacht gegeben hätten; sie ermahnten zur geschärften Aufmerksamkeit auf Fremde, die sich wegen politischer Vergehen oder Verbrechen in einen Bundesstaat begeben hätten, und sprachen schließlich die Verpflichtung der Bundesregierungen aus, diejenigen, welche, um der Strafe für ein in einem Bundesstaate begangenes

politisches Vergehen oder Verbrechen sich zu entziehen, in ein anderes Bundesland geflüchtet seien, sogleich auszuliefern und sich gegenseitig die prompteste militärische Assistance zu leisten.

Diese Bundesbeschlüsse wurden von den einzelnen Regierungen sofort als Landesgesetze veröffentlicht, und darauf begann allwärts eine allgemeine „Säuberung“. Viele angesehenere politische Persönlichkeiten wurden in die Gefängnisse gesteckt, ebenso hundert von Studenten, die sich als Burschenschaftler am politischen Leben betheiligte und Projekten „zur Herbeiführung einer freien und einheitlichen Verfassung Deutschlands“ nahe gefunden hatten. Eine allgemeine „Demagogenhetze“ entwickelte sich, der bekanntlich auch Friedrich Reuter zum Opfer fiel. Daneben ward auch eine Reinigung der Zeitungsliteratur durchgeföhrt und jedes liberale Blatt unterdrückt. Aus den Zeitungen, die übrig geblieben, gahnte alsbald eine öde Leere. „Die deutschen Blätter,“ schrieb Börne, „die politischen sowohl, wie die nichtpolitischen, sind ganz unbeschreiblich abgeschmackt. Die Armut hat doch sonst etwas Romantisches, die Bettelei hat etwas Rührendes; aber die deutschen Blätter haben von der Armut nur das Widrige und von der Bettelei nur das Unanständigste.“ Und Hoffmann von Fallersleben rief mit bitterem Hohne aus:

Wie sind doch die Zeitungen interessant
für unser liebes Vaterland!
Was ist uns nicht alles berichtet worden!
Ein Posteprefährnrich ist Leutnant geworden,
Ein Oberhofprediger erhielt einen Orden,
Die höchsten Herrschaften gehen nach Norden,
Und zeitig ist es Frühling geworden. —
Wie interessant, wie interessant!
Gott segne das liebe Vaterland!

Doch nicht nur die politische, sondern auch die poetische Literatur sollte unter die strengste Aufsicht gestellt werden. Wolfgang Menzel hatte Guklows Roman „Bally, die Zweiflerin“ als ein höchst gefährliches, Herz und Sinn vergiftendes Buch hingestellt und zugleich auch über die sämtlichen übrigen Gezeugnisse der jungen Dichter-Generation, die sich jetzt hervorwöhngte

— das ist
gründlich,
darauf bezu
entziehung
nenen Ges
richt von
tätiglich al
sinn dem
i. Zänlich
lunde, Was
verlangt br
die Beför
erzeugung du
mann aus
Das ge
die höchsten
aus bis zu
tätig auf
stehen, kann
wie sehr w
der Behörd
aus bewirkt,
Zweihort er
für janzige
apostlich an
Zurück hüt
sinn, der
e. Jers zu
Zerstrung m
die Zeit
sinn Leben
sinn Begr
sinn werde
sinn nur un
Zerstrung
tätig. Gou

tischland nannte man sie — das Anathema nun Preußen und Oesterreich beim Bundesstage sich hier vorjorgend einzugreifen und der Ver- n. Allein es konnte nicht gleich eine allge- erzielt werden, weil besonders Württemberg iahr überzeugt war; doch wußte Metternich nken zu verschonen, so daß der Bundesstag Dezember 1835 folgenden Beschluß faßte: edregierungen sollen gegen Gutzkow, Wienburg, auch Heine die Geseze ihres Landes in An- und die Verbreitung ihrer Schriften hindern, er Schriften warnen und 3. eine spezielle Ver- n Hamburger Senat der Buchhandlung Hoff- zugehen lassen.

geistige Leben hatte aber seit 1830 doch einen is erhalten, daß alle diese Gesezesbestimmungen gewissen Grade zu wirken vermochten; voll- rüherten Stand zurückschrauben, oder gar vere es nicht; immer wieder brach es durch; immer es sich geltend zu machen. Um nun aber, trotz z, doch das sagen zu können, was sie erfüllte te die junge Generation jetzt eine ganz besondere n, bei der man zwischen den Zeilen liest, mußte jenen Satire, zur geistreichen Maske und gem berd zuhauenden burleskosen Wize greifen. ich ein ganz neuer Ton in der Zeitungsliteratur besonders in dem erbitterten Kampfe gegen ährte. Kaum jemals wieder ist eine verhaßte iner solchen Fülle von in allen Farben schillern- Hohn überschüttet worden, wie hier. „Gegen alten Beamtenstaates“, sagt Gustav Freitag in e Karl Rathys, „sind so viel Tintenfüßer ge- Aber die heftigsten Anklagen gegen die Zensur lständig den Jammer, die Verstimmung und die eder, welche durch diese tyrannische, freche und nante in die Seele des Volkes kamen. Sie machte

den Schriftsteller zum Rebellen und den Leser häußlich. Kein Feind der Monarchie hätte ein besseres Mittel erdenken können, die Herrscher ihrem Volke widerwärtig zu machen. Denn ungeheuer erschien der Hochmut und unerträglich die Selbstsucht, welche es unternahm, dem Volke das Urtheil über seine eigenen Interessen zu wahren und jedes freie Wort in den Hals des Sprechenden zurückzustopfen."

Aus der großen Menge der satirischen Bemerkungen und beißenden Witze über die Zensur und die Zensoren führen wir als Probe nur die folgenden an:

Der „Komet“ macht folgende Glosse: „Der Deutsche braucht 100 Jahre, daß etwas gesagt werde, und 100 Jahre, daß er eine Sache ausführe. Auf diese Weise dürfte uns der deutsche Bund in circa 250 Jahren die (schon 1814) verheißene Pressfreiheit gewähren.“

Der „Dorfbarbiere“ stellt die Betrachtung an: Sachverständige haben ausgerechnet, daß aus einer Klafter Holz zwei Millionen Streichhölzchen gemacht werden können, und doch soll nichts dabei verdient werden. Wie's doch heutzutage den Leuten bequem gemacht wird. Wie lange mußten unsere Großmütter in der Küche mit Stahl und Stein hämmern, wenn sie Koffer machen wollten. Und gleichwohl ist die Menschheit nicht zufrieden. Undankbares Volk! Die Deutschen besitzen Streichfreiheit, sie besitzen Schweigefreiheit und wollen nun gar noch Pressfreiheit.

Die „Breslauer Zeitung“ erzählt, Friedrich der Große habe bestimmt, daß an dem Jahrestage der Schlacht bei Hohenfriedberg nach 100 Jahren sich ein Nachkomme des Siegers, des Feldmarschalls Grafen von Gehler, vom Könige von Preußen eine Gnade erbitten dürfe, worauf der „Charivari“ fragt: Ist kein Gehler unter uns, der im Namen des ganzen Volkes um etwas mehr Pressfreiheit bittet?

Die „Signale“ berichten: Der berühmte Taschenspieler Bodo ist in Wien angekommen und wird dort folgende anhergewohnlige Kunststücke produzieren: Er wird sich Bänerles „Illustrirte Theaterzeitung“ reichen lassen, sie in ein Kästchen verschließen, aber sogleich wieder öffnen und dem Publikum zeigen —

nichts da
zu finden
Zensur-Bo
kugeln in
den Benci
zu verwech
In de
W. den Z
gung.“
nieren hien
Und
Zensur zu:

Zoch 1
Er ist im c
frie. die in
Der C
Was ma
schon si
Der Z
Kerkeren, 1
sch über B
nach grina
1812
: eine Chr.
Der es so
Künstler in
In der
Kunstlich
in geman
von der
aber Berch
zu selige

arin ist. Er wird die Schere eines Krebses nehmen, sie ins Wasser legen und nach zwei Sekunden — einen Aktstift herausziehen. Endlich wird Bosco seine ausmitgebrochte Finsternis produzieren und den einleuchtendsten führen, daß sie mit der deutschen Aufklärung leicht spielen ist.

er Plauderete des „Charivari“ fragt der Schauspieler: Journalisten J.: „Wer ist der Herr, der sorben hinaus- Ach,“ erwidert J., „ich spreche nicht gern Böses von er seinem Rücken; aber ich glaube, es war ein Jensor.“ in einem „Jensutliebe“ ruft Eduard Mantner dem :

Streiche nicht aus innerer Neigung,
Streiche nicht aus reiner Laß,
Streiche nicht aus Überzeugung,
Streiche nur — wenn du es mußt!

bemächtigten sich der Witz und die Satire auch der allgemeinen, sowie überhaupt aller staatlichen Verhältnissen lagen.

Charivari“ brachte das Distichon:

an die Freiheit begrub, da folgte die Presse dem Juge;
ie heute, gewiß, folgte der Presse sie nach.

Dorfbarbier“ erzählte: Der große Gedächtniskünstler der auf 15000 Fragen antwortet, der da weiß, wie tief und Turm, wie tief jeder Brunnen ist, wurde gt, ob er auch wisse, wie viele Versprechungen seit dem dem deutschen Volke gemacht worden seien? Hier mußte macht bekennen. Er erklärte, solcher Versprechungen iele, daß kein menschliches Gedächtnis ihre Anzahl zu n stande sei.

„Deutsche Allgemeinen Zeitung“ las man folgende zierte) Bekanntmachung: „In einigen mir zur An- nen, gegen Johannes Ronge gerichteten Schriften restanten gesagt, daß sie den Denkmälern Blüchers 111111 erwiesen, wie die Katholiken den Abbildungen . Dem aber ist nicht so, denn niemals haben

Protestanten sich vor einem Standbilde Blüchers kniebeugend mit dem Gebete niedergelassen:

Heiliger Vorwärts,

Hilf uns,

daß wir nicht gehen rückwärts.

Christi N. von Bülow."

Und nach der Hinrichtung des Attentäters Tschek machte die Notiz die Kunde durch die Blätter:

Die letzten Worte Tscheks auf dem Schaffot sollen „Freiheit, Wahrheit und Gerechtigkeit“ gewesen sein. Solche Wünsche darf sich auch nur ein zum Tode Verurteilter ungeschert erlauben. Diesem neuen Tone der Presse gegenüber erklärte Heinrich Leo, der bekannte Hallische reaktionäre Professor, in den hochkonservativen „Jahrbüchern für wissenschaftliche Kritik“: „Das liberale Gesindel muß man für vollkommen machtlos halten, und man muß so viel unverwundliche Lustigkeit besitzen, um diese Menschen als eine eigens zu seiner Aufzetterung bestimmte Postenreißerbande zu betrachten.“

Das war aber eine vollständige Verkennung der Macht des nationalen Gedankens, der jetzt viele Tausende von Herzen erfüllt und immer nachdrücklicher sich Geltung zu verschaffen suchte.

2. Die Presseverhältnisse in den einzelnen Ländern. Das Zeitungswesen in Preußen seit 1830. Friedrich Wilhelms III. Erlass gegen die „planmäßige Vergiftung des Zeitgeistes“. Das Ober-Zensur-Kollegium. Geh. Res. Rat v. Rehfues u. sein Organisationsplan für die Handhabung der Zensur. Sein Mißerfolg bei Friedrich Wilhelm III. Tschoppes Gutachten über die Maßregeln gegen die Presse. Das Vorgehen gegen das Junge Deutschland. Botschaft John, der Zensur des Jungen Deutschlands. Die weiteren Zensurverhältnisse des Jungen Deutschlands. Aufhebung des Ober-Zensur-Kollegiums und Errichtung eines Ober-Zensur-Gerichts. Die Magerkeit der preussischen Zeitungen. Arnold Ruge über den unwürdigen Zustand. Ein Subdittor über die Berliner Blätter. Die Bedrückungen der Zeitungs-Korrespondenten. Der geringe Ansehen der Journalisten. Die „Allgem. Preuss. Zeitung“. Die „Spenerische Zeitung“. Weigt zur konservativen Richtung. Ihr Kunstinteresse

z. „Dossische Zeitung“, das Organ des Berliner Bürgermeisters Wilibald Alexis. Friedrich Wilhelm IV. mißbilligt die Tätigkeit. Die beiden Cholera-Zeitungen. Der mischreligionskonservative Blatt zu gründen. Die „Schlesische Zeitung“ zu den wirtschaftlichen und religiösen Fragen. Die „Ihr neuer Besitzer Eugen von Doerfl“. Sein Protektore des Blattes. Die Zeitung geht an H. Barth über. Die „Allgem. Oder-Zeitung“, der „Oberriesische Königsberger Zeitung“. Das geistige Leben in Königsberg über die Zensur. Georg Friedrich Hartung und seine Bedeutung und Wert der „Königsberger Zeitung“. Der des Orens. Die „Magdeburgische Zeitung“. Ihre neue Besitzer Gustav Faber. Dessen Vater über die genen. Die „Magdeb. Ztg.“ steht in keinem „guten Geistes-Weiterentwicklung. Der „Rheinische Kurier.“ Sein Schwertsche. Dessen Renkontre mit Friedrich Wilhelm IV. schlatt“. Die „Kölnische Zeitung“. Ihr Besitzer Josephung eines Feuilletons. Ankauf des „Welt- u. Staats-Verbindung zwischen Berlin und Köln. Die Redakteure des, Andre, Levin Schücking und Brüggemann. Die Verhältnisse. Versuch, eine zweite Zeitung in Köln in seiner erste Versuch mißglückt. Gründung der „Rheinischen“ findet wegen seiner liberalen Tendenzen großen Beifall. Urteil. Die Redakteure Rutenberg und Marx. Ihre Zensur Dolfeschall. Die Zeitung wird unterdrückt. Das Ziel zur Tragödie. Die kleineren Blätter des Westens.

1 allgemeinen Überblick ist nun darzulegen, wie Staaten mit dem neuen Geiste absanden, und wie sel des Bundestages und die Beschlässe gegen das id ihrer heimischen Presse gegenüber zur Annahme. Dabei werden zugleich die Schicksale der einzelnen ihre Darstellung finden.

Hauptmächte Preußen und Österreich wurden von welche 1830 anhub, zunächst am wenigsten in gezogen. In Preußen scheute sich das Volk, ige Friedrich Wilhelm III. die Ruhe seiner Lehren; es hoffte auf die neue Zeit, die kommen geniale Kronprinz den Thron bestiegen werde; nan auch die Unzulänglichkeit des deutschen Bundes der ganzen Klugheit, da die festgefügte große

preussische Monarchie einen gewissen Ersatz für die mangelnde Nationaleinheit bot, und endlich hatten die vielen volkswirtschaftlichen Fortschritte in Preußen den Wohlstand nicht unerheblich gefördert und dadurch einem großen Teile der Bevölkerung eine gewisse behaglich-konservative Stimmung gegeben, die man sich durch erregte politische Diskussionen nicht stören lassen wollte. Erst als nach dem Regierungsantritte Friedrich Wilhelms IV. eine Enttäuschung auf die andere folgte, ergriff auch in Preußen der Wunsch nach einer Umgestaltung der Verhältnisse immer weitere Kreise.

Noch weit weniger wurde Österreich von der Bewegung berührt. Es war Metternich mit Hilfe Sedlnitzky's gelungen, auch fernerhin alles geistige Leben darniederzuhalten, so daß die große Menge nicht einmal das Bedürfnis nach einer größeren geistigen Freiheit empfand.

Dagegen sah sich die Bevölkerung der kleinen Staaten auf das lebhafteste von dem neuen Geiste ergriffen. Sie mußte das Unzulängliche des deutschen Bundes oft genug schmerzlich fühlen, viel unter Willkür und Mißregierung leiden, besonders empfindlich in Kurhessen und Braunschweig, und es gedulbig geschehen lassen, daß die während der Not der Befreiungskriege von den Regierungen gemachten Zugeständnisse nur in der Form gewährt und zum Teil auch wieder zurückgenommen wurden. Hier fanden also die liberalen Ideen, die in den Zusätzen von 1830 in Paris proklamiert worden waren, den lebhaftesten Beifall.

In Preußen hatte bekanntlich das Ober-Zensur-Kollegium die Oberaufsicht über die Preßzeugnisse auszuüben;*) es besorgte dieses Geschäft jedoch mit solch geringem Interesse, daß nicht einmal die Hälfte der Mitglieder zu den Sitzungen erschien. Als nun aber im Juli 1830 der Vulkan in Paris losbrach und

*) In der Mitte der vierziger Jahre erschienen in Preußen ca. 350 Zeitungen, Tagesblätter und Zeitschriften, von denen aber nur 12 politische Tendenzen verfolgten. Den Unterhaltungsblättern, deren es 190 gab, war es verboten, irgend etwas Politisches aufzunehmen. Dann gab es 161 Ordnungsblätter der Regierung. Den Rest bildeten Erbauungsblätter.

bis nach Deutschland herüberwarf, drängte
 Kollegium zu peinlichster Aufsicht, damit auch
 ung sofort gedämpft werde. Der König
 II. erließ sogar unter dem 6. Oktober 1830
 in der er Paris als den Herd der plan-
 des Zeitgeistes bezeichnete und erklärte, daß
 sei, sämtliche Mitteilungen über revolutionäre
 eutschen Zeitungen zu verhindern. Alle revo-
 ngen der letzten Zeit waren in seinen Augen
 e Presse hervorgebracht worden, und er ver-
 ü das Ober-Zensur-Kollegium, welches bisher
 ren habe, von sämtlichen im Lande erschei-
 d Tageblättern politischen Inhalts ohne alle
 Kenntnis nehme und alle außerhalb Deutsch-
 1 Schriften prüfe, um nöthigenfalls deren Ver-
 entgegensutreten. Allein um diesen Anforde-
 zu können, hätte der Staat einige Ausgaben
 eld aber wollte der König an die Sache nicht
 urde das Kollegium nur noch um einige neue
 ft, u. a. durch den Geh. Reg.-Rat Tschöppe,
 s ein sehr heftiger Feind jeglicher Pressfreiheit
 herdem erhielten zwei Mitglieder des Kollegiums
 1, damit sie sich ausschließlich mit Zensurange-
 stigen könnten. Ferner wurde bestimmt, daß die
 Provinzen künftig von den Regierungspräsidenten
 ten und von diesem den mit der Aufsicht über
 n beauftragten Ministern in Vorschlag gebracht
 Dem Kollegium aber wurde aufgegeben, darüber
 che Wirksamkeit den Präsidenten auf die Kontrolle
 zuräumen, und welches Verfahren zum Verbote
 isten einzuschlagen sei.

Vorschriften, mit denen man dem Geiste der sechs
 idestages zu entsprechen gedachte, hatten aber wenig
 lb suchten die Ministerien des Innern, des Aus-
 der Polizei nach wirksamern Maßregeln und be-
 liehlich unter dem 14. Juni 1833 den damaligen

Regierungsbevollmächtigten an der Universität Bonn, den Geh. Reg.-Rat v. Rehfues, das bisherige Zensur-Wesen einer genauen Revision zu unterwerfen und einen neuen Organisationsplan für die Handhabung der Zensur aufzustellen. H. J. von Rehfues war ein feingebildeter, weltesfahrener Mann, der sich auch durch seinen geistvollen historischen Roman „Scipio Cicala“ eine geschätzte Stellung als Schriftsteller erworben hatte und außerdem der gemäßigt-liberalen Richtung angehörte. Es war also von ihm jedenfalls eine Besserung der Verhältnisse zu erwarten, und in der That arbeitete er auch eine nach jeder Richtung hin wohlwogene Denkschrift von 169 Foliosseiten aus, der er noch eine Geschäftsordnung von 166 Paragraphen, eine vertrauliche Instruction von 144 Seiten, eine tabellarische Übersicht von 19 Blättern und schließlich den Entwurf eines Ausgabe-Etats für das Ober-Zensur-Kollegium von 47 Seiten beifügte. Am 10. Dezember 1833 überreichte er den genannten Ministerien die Schriftstücke.

Sein Hauptgedanke war, daß die literarischen Erscheinungen ebensovohl wie jedes andere Erzeugnis der geistigen Regsamkeit als ein Ausfluß und Ausdruck der allgemeinen großen geistigen Richtung ihrer Zeit zu betrachten seien und darum im Zusammenhange mit diesen Richtungen beurteilt werden müßten. Die beaufschlagende Behörde müsse aber noch weiter gehen; sie müsse zu der Erkenntnis jener großen Bahnen vordringen, aus denen die einzelnen Erscheinungen im Leben der Nationen hervorgehen. Wo solche Erkenntnis mit sicherem Blick erreicht werde, würden sich Aufklärungen über die täglichen Hauptzustände der Nationen und Staaten ergeben, die für die Regierungen von der höchsten Wichtigkeit sein müßten. „Nur die Übung, in den letzten Anfängen die große Erscheinung zu erkennen“, fährt er fort, „macht jene vorsehende Weisheit der Regierungskunst möglich, welche die früheren Lehrer derselben mit den Worten „Principiis obsta!“ bezeichnet haben. Eine partielle Zensur ist immer nachtheilig. Nur alle guten und wohlberedneten Maßregeln wirkt die Zensur am tiefsten und wohlthätigsten durch ihr bloßes Dasein. Die Furcht vor der Wachsamkeit der Polizeianstalten fördert ihren Zweck

eit derselben, obgleich sie nur durch die Leh-
rhalten wird. Diese Tätigkeit muß sich aber
arf nie sprungweise wirken. Dadurch allein
iblikum an den Gedanken ihrer Abwesenheit,
f gewagt werden darf, und versöhnt sich auch
nur hier und da, wenn auch immer zur Zeit,
sie lauernd. Sie wird geschäftig, man hütet
lste ihrer Wirkung ist verloren. Die Zensur
Höhe des Wissens zeigen, welche imponiert,
reifen die Milde walten lassen, die versöhnt.“
wollte Rehfues die Zahl der Mitglieder des
iums auf etwa zwölf erhöht wissen, und diese
resolben. Sodann solle die Abhängigkeit des
iums von den drei sogenannten Zensurmini-
strern werden. Und endlich verlangte er die Be-
schäftigung der Literatur von den Zensurbehörden.
dagegen möchten 10 Sgr. per Bogen zahlen,
Leichtigkeitssucht und oberflächlicher Unterhaltung

Denkschrift beigefügten Zensur - Instruktionen
in der Hauptsache patriarchalisch bevormundend
der jüngeren Generation vollständig abgeneigt.
Königreichs glaubte er auch betonen zu müssen,
lichen Jahre, welche dem Wiederaufschwung des
vorausgegangen sind“, so selten und so schonend
erähren seien.

wolles Material brachte er endlich in der tabel-
bei, in der er nachwies, daß die auswärtigen Zei-
tungen in immer größeren Mengen in
ihret Würden. Dabei konstatierte er: „Von
erscheint die Teilnahme des Publikums an den
Angelegenheiten mit mehr Bewußtsein der
Interessen und mit größerer Entschiede-
ie konstitutionellen Meinungen.“

ranzösischen Zeitungen wurde 1831 in Preußen
„Journal des Débats“ gelesen, und zwar in

698 Exemplaren, der „Constitutionel“ in 396 und die „Gazette de Franco“ in 365. Von den deutschen Zeitungen hatte die meisten Abonnenten in Preußen die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ (1831: 432, 1832: 566), dann kamen der „Hamburger Korrespondent“ (1831: 338, 1832: 349), das „Frankfurter Journal“ (1832: 325), die „Leipziger Zeitung“ (1832: 325), die „Frankfurter „Oberpostamtzeitung“ (1832: 194), die „Hamburger Börseliste“ (1832: 191) u.

Englische Zeitungen scheinen fast gar nicht nach Preußen gekommen zu sein; die belgischen waren seit 1819 sämtlich in Preußen verboten.

Die umfangreiche Neffuesche Arbeit wurde darauf sowohl von den betreffenden Ministerien, wie auch vom Könige Friedrich Wilhelm III. durchgesehen, aber sie fand keinen Beifall. Dem Könige erschien sie zu genial. Dem ganzen Übel könne man doch gewiß durch polizirliche Maßnahmen viel kürzer und zweckmäßiger beikommen! Und nun gar noch das viele Geld für die Zensoren ausgeben! Mißgestimmt ließ er die Denkschrift volle zwei Jahre unerschlagen liegen und überwies sie dann laut Kabinettsordre vom 16. Dezember 1835 kurzer Hand dem Ober-Zensur-Kollegium als wertvolles Material. Dabei forderte er das Kollegium auf, ihm Vorschläge über eine Organisation des Zensur-Wesens zu machen. „Von einem solchen umfassen den Plane, wie die Arbeit des Geheimen Regierungsrates von Neffues sowohl rücksichtlich der kollegialen Organisation, als des Geschäftsganges, verbunden mit der Beaufsichtigung der gesamten Literatur, enthält,“ bemerkte er dabei, „muß hierbei ganz abgesehen werden.“ Schließlich fügt er noch hinzu: „Die Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Polizei haben unter den Mitteln, die Verbreitung ausländischer Schriften zu verhindern, eine Re-Zensur solcher Schriften in Vorschlag gebracht, indem zufolge der letzten Wiener Konferenzen festgesetzt worden ist, daß das in einem Bundesstaate erteilte Imprimatur des Zensors von den Aussichts-Maßregeln in anderen Bundesländern nicht entbinde. Ich bin mit der Maßregel selbst einverstanden. Wie solche am zweckmäßigsten auszuführen sei, hat das Ober-Zensur-Kollegium näher

zu berechnen.“

Ein

und er ist

ja einer v

loier als

me die 21.

Wäre

herwele

Deutschlan

Stöckel

unordentliche

guten G

Zickhopses

weiter auf

der wurde

verbrochen

Schritten d

nicht, soch

der indiffer

entirelleg

der Ferien

Bei d

1 das Mir zu erstattende Gutachten aufzu-

Gutachten auszuarbeiten übernahm Tschoppe, in der längeren Abhandlung alles zusammen, was von Zensur der Presse führen konnte. „Schamemerkelt dazu Friedrich Kapp, „hat sich wohl in der Besinnung breitgemacht.“ Unter dem Reichthum seiner Schriftstücke ein. Da jedoch mit dem Reichthum seinen Bannstrahl gegen das junge Land hatte, so glaubte der König Friedrich auch ohne besondere Maßregeln, die vielleicht eben erregen würden, gegen die unruhig drängen zu können, und ließ die Vorschläge durchsichtigen. Es ist daher auch nicht nötig, hier einzugehen. Der Aufforderung des Bundestages eine königliche Kabinettsordre vom 7. April 1836 durch sie bestimmt, daß die preussische Zensur über die in Deutschland nicht in gewöhnlicher Weise auszuweisen ein besonderer Zensur eingesetzt werden solle, dem leisesten Zweifel die Entscheidung des Oberzinsuholen habe. Ein solcher Zensur wurde in Geheimen Hofraths Karl Ernst John gefunden. ungeheuren Einfluß, den darauf John auf die jeter Literatur bis 1848 ausübte, ist es nötig, wenigstens in kurzen Strichen zu charakterisieren. John eines evangelischen Pfarrers in Arnstadt in ren, studierte er in Jena und kam 1812 als Sejes Dienst. Doch blieb er dort nur bis 1814, der geistig, noch sittlich, noch auch körperlich besafolge seiner mannigfachen Kränklichkeit dem Dichter machte. Daher war ihm denn auch Goethe wenig nt und äußerte sich einmal ärgertlich über ihn: zu, wie es ihnen wohlgeht, wollen sich und nicht ist leben . . . Er ist pretentios, speisewählerisch, liebend, dämperig (Provinzialismus für nachlässig, arbeitet nie zur rechten Zeit.“ Nach seinem Weg-

gange von Goethe muß er sich in Sachsen und schließlich in Preußen aufgehalten und als Schriftsteller versucht haben. Wegen einer Broschüre „Sachsen und Preußen“ kam er sogar in Untersuchung, ging jedoch unverfehrt aus ihr hervor und gelangte nun sogar in preußische Dienste. Bei der Errichtung der damaligen Berliner Regierung wurde er zunächst als Hilfsgebedient beschäftigt und dann 1817 als expedirender Sekretär bei ihr angestellt. Nach der Auflösung dieser Regierung ging er sodann in gleicher Eigenschaft zum General-Bureau des Polizei-Präsidenten über, wo man allerdings bei ihm burschenschaftliche Ideen witterte, da er ja in Jena studiert hatte. Doch drückte man offenbar ein Auge zu, „obgleich er für straffällig erachtet wurde“, vielleicht auf Veranlassung einflußreicher Gönner, oder weil er versicherte, jetzt von ganz anderen Grundanschauungen erfüllt zu sein, und bald nachher erweiterte man sogar seine Amtstätigkeit, indem man ihm die Zensur der Stücke für Privatbühnen und Marionettentheater und der Reden, die in den Tabagieen gehalten wurden, zuwies. Damit trat er in die Zensoren-Karriere ein, in der er nun rasch emporstieg. Um ihm mehr Zeit zur Durchsicht der zu beurteilenden Schriften zu schaffen, entband man ihn von dem Sekretär-Dienste und machte ihn unter dem 22. Dezember 1823 mit einem Gehalte von 1500 Talern zum Redakteur der Staatszeitung; zugleich verlieh man ihm den Hofrathstitel. Neben den Redaktionsgeschäften muß nun John bereits in so mannigfacher Weise auch als Zensur tätig gewesen sein, daß man ihn schon zu Lebzeiten des damaligen offiziellen Zensors für Berlin, des alten Geheimen Rates Grano, zu dessen Nachfolger auserkürte, und als Grano am 26. Mai 1831 gestorben war, schrieb der Minister des Auswärtigen, Ancillon, unter dem die „Staatszeitung“ stand, sofort an den Minister des Inneren, Brenn, der Hofrath John möge als Nachfolger Granos ernannt werden. Dabei stellte er ihm ein ausgezeichnetes Attest aus, sprach von seiner „vielseitigen wissenschaftlichen Bildung“ und meinte, daß er bei seiner „in der That fast peinlichen Vorsicht auch in den schwierigsten Fällen jedenfalls vor Mißgriffen bewahrt“ werde. Infolgedessen wurde John als Zensur für Berlin am 30. Juni 1831 zunächst provisorisch und

nachdem
hätte, a
auf 16
sein So
sternums
Verteili
und ung
der Tite
bestieren
die wach
lich ein
zu
statutarie
6. Juni
Dungen
eine bevor
vom 16.
Januar 18
war bestim
und nicht
das Verbot
aufgehoben
mit die 6
Schreiben
Es ist
1804 von
Litter her
nachdem.
-fice hatte
nach mit
* 7er
wo Litter
ist in bestir
zu open zu
verändern
zum am 9

nachdem sich auch das Oberzensurkollegium für ihn ausgesprochen hatte, am 14. Juni 1832 definitiv angestellt. Sein Gehalt wurde auf 1650 Taler normiert: 1350 Tlr. Zensurgebühren, die auch sein Vorgänger bezogen hatte, und 300 Tlr. Zuschuß des Ministeriums. Außerdem wurde ihm auf seine besondere Bitte, „durch Verleihung eines höheren amtlichen Charakters vor einer schiefen und ungünstigen Beurteilung des Publikums geschützt zu werden,“ der Titel eines Geheimen Hofrats gewährt. Mit der Zeit verbesserten sich seine Einnahmen noch wesentlich, besonders durch die wachsenden Gebühren des Intelligenzblattes, so daß er schließlich ein jährliches Gehalt von ungefähr 3700 Taler bezog.*)

Zu seiner eigentlichen Bedeutung für das vormärzliche Literaturleben gelangte John aber erst durch seine unter dem 6. Juni 1836 erfolgte Ernennung zum besonderen Zensur des Jungen Deutschland. Und diese Stellung erhielt noch dadurch eine besondere Wichtigkeit, daß durch eine ministerielle Erklärung vom 16. Februar 1836 der Bundestagsbeschluß vom 10. Dezember 1835 für Preußen etwas gemildert worden war. Es war bestimmt worden, daß die Schriftsteller des Jungen Deutschland nicht an jeder literarischen Tätigkeit gehindert werden sollten; das Verbot solle sich vielmehr nur auf ihre ohne diesseitige Zensur außerhalb der preußischen Staaten gedruckten Schriften erstrecken; mit diesseitiger Zensur dagegen könnten sie in Preußen ihre Schriften wie früher erscheinen lassen.

Es war nun also die Obliegenheit Johns, zu beurteilen, was von den neuen Schriften des Jungen Deutschlands zuzulassen sei. Diesen Anforderungen war er aber offenbar nicht gewachsen. Er verurteilte sehr vieles, was er ruhig hätte passieren lassen können, und geriet dadurch wiederholt in heftigen Widerspruch mit dem Oberzensurkollegium. Da es sich aber meistens

*) Der „Charivari“ brachte 1846 die Notiz, daß John jährlich über 6000 Taler als Zensur beziehe, und machte dazu die satirische Bemerkung, daß er dafür allerdings was Ehrliches zusammenstreiche. Wenn nun auch das letztere richtig war, so ist doch in der Erregung, in der sich damals die Herausgeber von Zeitschriften dem Zensur gegenüber stets befanden, die Summe um volle 2250 Taler zu hoch gegriffen.

um Dramen, Romane, Reisebeschreibungen zc. handelt, so können wir hier nicht näher darauf eingehen; sobald jedoch Zeitschriften in Frage kommen, werden wir die Konflikte an geeigneter Stelle darlegen. Nur ein Beispiel von den vielen, die angeführt werden könnten, sei hier gegeben, um die unerhörte Kurzsichtigkeit und Engherzigkeit Johns zu charakterisieren. Der Novellist Karl Seidel, ein sehr loyaler, durchaus nicht im Geruche der Feindsinnigkeit stehender Mann, hatte eine kleine Erzählung geschrieben, in der er schilderte, wie ein Liebespaar, das sich im Postwagen kennengelernt hatte und mit diesem ungeworfen worden war, durch dieses eigentümliche Schicksal endlich zur Heirat gekommen sei. Der Zensor John strich jedoch diese Novelle, weil ein preussischer Postwagen nicht umwerfen dürfe, somit eine solche Erzählung eine Verhöhnung der königlich preussischen Post sei!*)

Die vielen Verbote, die auf Veranlassung Johns nun nach und nach erlassen wurden, mußten naturgemäß das Junge Deutschland außerordentlich schädigen und bei ihm den lebhaften Wunsch hervorrufen, doch so bald als möglich wieder von diesen Ausnahmemaßregeln befreit zu werden. Alle Eingaben blieben jedoch zunächst erfolglos; erst als Friedrich Wilhelm IV. den Thron bestiegen hatte, wurde nach längeren Verhandlungen der Baun wieder von den gedachten Schriftstellern genommen. Durch Kabinettsordre vom 28. Februar 1842 ermächtigte der König den Minister, „die gegen die Schriften des Jungen Deutschlands noch bestehenden Ausnahmemaßregeln hinsichtlich aller derjenigen jener Kategorie angehörigen Schriftsteller aufzuheben, die in Deutschland wohnend, persönlich das Versprechen geben würden, fortan in ihren Schriften gewissenhaft alles, was die Religion, die Staatsverfassung und das Sittengesetz beleidigt, zu vermeiden. Zugleich ist denselben anzubedenen, daß gegen sie bei einem Rückfalle in ihre frühere verderbliche Richtung das bisherige Ver-

*) Die Zensurschwierigkeiten sind ausführlich behandelt bei Johann Froeh, Das Junge Deutschland, Stuttgart 1892, und bei Ludwig Geiger, Das Junge Deutschland und die preussische Zensur. Berlin 1900.

dann für immer werde zur Anwendung ge-

unächst Mündt am 14. April 1842 auf dem
 isidium die verlangte Erklärung ab, und im
 in Rußlan. *) Gußow unterwarf sich nicht
 Unterzeichnung eines Reverses ab, aber er-
 Bestehenden nicht feindlich gesinnt sei, worauf
 ablungen der König Friedrich Wilhelm IV.
 ordre vom 17. Juli 1843 ebenfalls von den
 stimmungen befreite. An Wienburg trat die
 an, wohl weil er als Schriftsteller nichts mehr
 blieb unberücksichtigt, da er nicht in Deutsch-

fluß Johns wurde durch diese Aufhebung der
 s Junge Deutschland zwar etwas gemindert,
 nächsten Jahren immer noch sehr bedeutend,
 ischen Zeitungen Berlins seiner Zensur unter-
 t Ausbruch der Bewegung im März 1848
 heilvolle Mann aber sehr schnell. Am
 er insofern der Aufhebung der Zensur seinen
 ieder, und am 1. Juli trat er mit 1250 Tr.
 tarb er in Raumburg a. S.

er der Zensur hatten insofern noch eine Ände-
 is Ober-Zensur-Kollegium im Sommer 1843
 nd an seine Stelle ein Ober-Zensur-Ge-
 war, durch das bereits die Tendenz eines
 :chtswegen" bestraft werden sollte. Dieses
 fünf Jahre bestehen, da es naturgemäß bei der

nnernungen", die überhaupt viel Unrichtiges ent-
 , daß er sich den Bedingungen der preussischen
 be, und erklärt es sogar für unwohr, daß er an
 beteiligt gewesen sei. Ludwig Meier legt jedoch in
 suche „Das Junge Deutschland und die preussische
 'tenstück im Wortlaute vor.

Aufhebung der Zensur am 17. März 1848 ebenfalls aufgehoben wurde.*)

Unter diesen Zensurverhältnissen mußte es den preussischen Zeitungen außerordentlich schwer fallen, auch nur einigermaßen den Wünschen der Leser zu entsprechen. Diese verlangten bei dem immer mehr sich entwickelnden politischen Leben, besonders seit 1840, eine eingehendere Behandlung der politischen Fragen — und kein Blatt wagte es, über die dürre Berichterstattung hinauszugehen. Oder tat es wirklich einmal eine freimütige Äußerung, so tilgte diese eiligst der Rotstift des Zensors. Es werden daher in den beiden Dezennien von 1830 bis 1848 gar viele Klagen über die unzureichende Presse laut. Besonders die Berliner Zeitungen galten allen Beobachtern der zeitgenössischen Publizistik als die kläglichsten, die je erschienen seien.

Recht bitter sprach sich Arnold Ruge in den „halbjährlichen Jahrbüchern“ (1841, Nr. 38—40) über den unwürdigen Zustand aus. „Wären wir in politischer Indifferenz nicht bis zur Indolenz heruntergekommen,“ schrieb er, „wie ließe sich's da auch nur einen einzigen Tag ertragen, daß wir gar keine lebendige Zeitung im ganzen Lande, gar keine Nachricht, geschweige denn eine Diskussion über unsere nächsten und wichtigsten Angelegenheiten, gar keine Kenntnis, geschweige denn Erkenntnis und Kritik unseres Staatslebens, unserer öffentlichen Charaktere, ihrer Taten, Richtungen, guten oder verfehlten Absichten haben? Daß wir die Nachrichten über Preußen, wenn es ja einmal dergleichen gibt, über Leipzig, Hamburg und Paris empfangen?“ ... Die Regierung „hat den Staatsgeist, das öffentliche Leben nirgends zum Vorschein und zur Wirksamkeit gelangen lassen, im Gegenteil, der Staat ist ein absolutes Geheimnis, und die Organe der Öffentlichkeit, die Zeitungen, veröffentlichen eben nichts, ja, sie hätten sich, auch nur etwas zu verraten oder sich entschließen zu lassen, was irgend eine öffentliche Person näher berührt, als die

*) Kap. S. 225—249, ferner: Velle, Die preussische Pressegesetzgebung, vollständige Sammlung aller Gesetze u. Verordn. 1813, u. Edgar Haupt, Die Zensur-Instruktion vom 31. Jan. 1813. Leipzig 1813.

Zeige
Guden
die liber
Kromel
die Kagi
und die
Ein
Brie
die unte
bedeutend
ungen u
wischen f
Kühnheit
Lauterweg
Nur Weg
Kongress
schick ist
tapan jede
Linien.“
es die K
schreiben
Kriter' her
erhält. !
zum an
den Tiden
haben.“
Doch ni
schickte Jo
Kühnheit
empfinden
Kongress!
aus gehen
zu uns de
Kanz
einige

angelommen oder abgereift, angestellt oder in
 si. Die alte Unmündigkeit ist wiedergekehrt,
 sitionen, Landwehr und Städteordnung, sind
 in Systemen der „Nichtbeteiligung“ des Volkes,
 den ganzen Staat wieder auf sich genommen
 aburck in den Indifferentismus zurückgeworfen.“
 ischer, der 1832 nach Berlin kam und von dort
 in“ in die Heimat schrieb,*) war erstaunt über
 Zeitungsliteratur der „Residenzstadt eines der
 aaten Europas“ und meinte: „Sind die Zei-
 tale als die Chauffeen des literarischen und po-
 anzusehen, so gehören die Berliner papiernen
 dentlich zu den schlechteren deutschen Kommuni-
 holpert gewaltig darauf, und sie bedürfen Lun-“
 Und der Korrespondent der „Hannoverschen
 rklärte in dieser 1845: „Unlere Berliner Jour-
 nimen verwahrlost. Berlin sollte sich von Rechts
 rgen, wenn es aufsteht, seiner Journalistik
 n Hohn auf das Berliner Zeitungsweesen machte
 ie Kunde durch die Presse: „Dem Vernehmen
 emand, eine Zeitung für Ordens-Inhaber aller
 zeben, von der man sich ungeheure Verbreitung
 Nummer bringt die Porträts von zwölf Rittern.
 usolge sollen bereits 17356 Ritter des roten
 ter Klasse ihre Teilnahme und Porträts zuge-

ur der Kostliste des Jenseits war es, der die
 listik auf einem so tiefen Niveau erhielt, auch
 n trugen noch dazu bei, die Entwicklung des
 hindern. So wurde 1846 in Preußen gegen
 spondenten der § 45 der allgemeinen Gewerbe-
 emacht, in welchem es u. a. hieß: „Denjenigen,
 rmittlung von Geschäften, aus der Abfassung

Den Namen des Autors konnte ich nicht ermitteln.
 ischer der Verlagsbuchhandlung ist er unbekannt.



schriftlicher Aufsätze für andere ein Gewerbe miethete Zimmer und Schlafstellen gewerbeweise verbot, erst dann zu gestatten, wenn sie sich von deren Unbescholtenheit überzeugt haben. Wie sich aber vom Gegenteil, wie z. B. bei C. wurde diesen Korrespondenten jede fernere Bitte untersagt. Dabei war es, angesichts der großen Sorgfalt und der Vorsicht, die beobachtet werden mußte Kunststück, Zeitungskorrespondenzen abzuschaffen. Die sächsischen Briefschreiber spöttelt denn auch in Xenien" über „Die Korrespondenten aus und in

Wunderwürdige Kunst, die wir eben! Schöpfstich
Aus dem verzweifeltsten Nichts „Korrespondenz“ an

Bei der Gleichstellung der Zeitungs-Korrespondenten, „die möblierte Zimmer und Schlafstellen vermieten“, war denn auch deren Ansehen bei der gering. Als 1845 die Königin von England bei Friedrich Wilhelm IV. auf Stolzenfels besuchte und dort feiert wurden, bei denen auch Hofkonzerte unter Jenny Lind, der Viardot-Garcia, Montius', Lafontaine und außerdem gekrönte Häupter, viele hohe Beamte, Geistliche, Kaufleute etc. anwesend waren, und Journalist nur ein Franzose, Jules Janin aus Paris die Berliner Journalistik dagegen zurückgewiesen. zeigte sich Friedrich Wilhelm IV. überhaupt stets besonders wünschte er nicht, daß sich die talentvollen ihr zuwendeten, und sprach dies auch bisweilen die Presse als eine Beleidigung empfand. Gelegentlich auch wieder liberale Anwendungen. So die er dem Dichter Herwegh gab, sagte er zu ihm eine gesinnungsvolle Opposition"; man wußte Äußerungen wenig zu bedeuten hatten, und doch auch eine Karikatur den König dar, wie er die Versicherung gibt, zugleich aber den Fuß auf die Unterdrückten Blätter legt.

Es ist denn auch in der Zeit von 1830 bis

Fortschritt im Berliner Zeitungswesen zu bemerken. Die einzige Neuerung, die sich in diesem Zeitraume vollzog, war der Umstand, daß sich die Beziehungen der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“ zur Staatsregierung einigermaßen lockerten. Zwar wurde die Obergaufsicht auch weiterhin von den drei Zensur-Ministern, den Ministern der auswärtigen Angelegenheiten, des Innern und der geistlichen u. Angelegenheiten, geführt und hierfür von ihnen gemeinschaftlich ein Kurator bestellt, auch wurden die amtlichen Bekanntmachungen nach wie vor in erster Linie hier veröffentlicht und auch fernerhin die erforderlichen Zuschüsse aus der Staatskasse bestritten, dagegen sah die Staatsregierung davon ab, beengend auf den redaktionellen Teil einzuwirken; der Redaktion wurde eine freiere Bewegung gestattet, und das Blatt ebenso wie die anderen privaten Blätter der Zensur unterworfen. Außerdem ward mit dem 1. April 1831 das Format vergrößert und schließlich am 1. Juli 1843 der Titel in „Allgemeine Preussische Zeitung“ umgewandelt. Bereits seit dem Jahre 1824 erschien das Blatt täglich, zunächst zum Jahrespreise von 6 Talern, seit dem 1. Juli 1830 zu dem von 8 Talern. Der Inhalt der Zeitung gestaltete sich nach dieser Reorganisation etwas reicher; besonders bemühte man sich, aus dem Gebiete der Kunst, der Geschichte, des Handels und der Gewerbe manches Lesenswerte zu bringen, und von 1832 ab erschien noch als Anhang — aber doch unabhängig von der Zeitung — das von Joseph Lehmann ins Leben gerufene „Magazin für die Literatur des Auslandes“, eine Verbindung, die bis zum Jahre 1843 bestand. Alle diese Bemühungen konnten aber doch zur Hebung der Zeitung nur wenig beitragen; die Obergaufsicht der drei Minister wirkte nach wie vor lähmend und hemmend, so daß der „Charivari“ 1845 bei der (jedoch unrichtigen) Nachricht, die „Allgemeine Preussische Zeitung“ werde demnächst wieder ihr Format ändern, die satirische Bemerkung machte: „Das Blatt wird von Michaelis ab in Form einer Nachtmütze erscheinen; der amtliche Teil soll den Zipfel bilden.“

Die beiden anderen Zeitungen der Hauptstadt, die „Spenerische“ und die „Bossische Zeitung“, bewegten sich ganz im alten



Geiße weiter. Die Zensur gestattete ihnen auch scheidendste Urteil über die kläglichen politischen Aussprüche denn gewiß Guplow den beiden Redakteuren Herzog, als er 1831 im 2. Hefte seines „Forum literatur“ sagte: „Die deutsche allgemeine Vaterland man vor fünfzehn Jahren so viel zu singen wußte, ist alt und schwach geworden, und in die gut, wenn wir ihr unsere Tränen in der Stille hilft nicht, wir müssen Hermann und Thunelndes Korps der Rache mit all ihren erhabenen Melodie einpacken.“

Infolgedessen war denn auch das Interesse Zeitungen im Publikum sehr gering. Erst als Er Jahre die politischen Bogen höher und höher ging Korrespondent der „Schlesischen Zeitung“ schreibt Berliner, deren politischer Indifferentismus wohl gleiches findet, lesen heute auch den politischen Zeitschriften“ und „Spener'schen“.

Die „Spener'sche Zeitung“ neigte in Grundstimmung mehr und mehr der konservativen wenigstens in den entscheidenden Fragen, worauf Hof-Redakteur Dr. Spiser beim Ordensfeste 18 Adlerorden mit der Schleife erhielt. In den Anhängen hielt sich das Blatt ganz im allgemeinen Zeit Theater-Referate lieferte noch bis ins Jahr 1845 Theater-Schulz, und als dieser am 17. April 184 Lebensjahre gestorben war, trat Professor H. T. 1803, gest. 1871) an seine Stelle. Mit einer Kritik „Wilhelm Tell“ debutierte er in Nr. 161. Für Theater-Referenten brachte er eine umfassende Art mit, hatte sich bereits durch sein bedeutendes Werk dramatischen Darstellung“ einen Namen gemacht sich auch noch weiterhin durch dramaturgische in Schriften aus, schrieb „Abhandlungen zur Philosophie Seydelmanns Leben und Wirken“, „Dramaturgie kritiken“ und gab „Jahrbücher für dramatische :

In seinen Theaterbesprechungen wirkte er jedoch fruchtend; er hielt sich auf einer zu hohen Warte, feratete nicht genug unterhaltenden und feuille- zu geben und blieb daher vielen Lesern unver- ,anz besondere Bewunderung stiftete ihm die schöne ered ein, der er daher unermüdblich den dichtesten Stirn wand, weshalb ihn die Berliner, als den Biered, Magister Quadrat nannten.

Zug ging durch die „Vossische Zeitung“, r Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV., als en liberal in Fluß kam. Mit einem gewissen itlich immer noch zahn genug zum Ausdruck kam, als das Organ des Berliner Bürgertums für nit Selbstverwaltung und für unbedingte Toleranz n Fragen ein, den starren, verfolgungsfürchtigen :entschieden bekämpfend. Es war dies, wie Klette rft*), kein geringes Verdienst in einer Zeit, in z mit seiner sonderbaren Offenbarungsphilosophie der Philosophen strich, und Stahl sich mit dem rte von der Umkehr der Wissenschaft in die Reize er versetzte.

politischen Mitarbeitern jener Zeit befand sich auch hindurch Wilibald Alexis, der jedoch nur mäßigten Liberalismus vertrat, ganz entsprechend , die er auch schon in seinen vaterländischen No- s“, „Der Roland von Berlin“ und „Der falsche ann hatte. Dennoch traf ihn wiederholt das ; seine Artikel, die sich nach seiner Ansicht durch- ebenen Schranken hielten, von der Zensur verboten Bewußtsein seiner Unschuld wandte er sich daher beschwerdeführend an den König Friedrich Wil- ichte damit aber nur das Gegenteil. Sehr un- ete der Monarch in einem Ende März erlassenen en: „Ich habe Ihre Eingabe vom 25. d. M.

i. Bg. Ein Bildbild. Heftnummer vom 23. Febr. 1872.
n. Geschichte des deutschen Zeitungswesens.

empfangen und geprüft. Die Besoren des mit reichen Artikels für die Zeitung haben bei Beso nicht gegen die Besur-Vorschriften geseht; es ist zur Beschwerte wegen der gestrichenen Stellen Glanbten Sie über ungebührliche Verzögerungen müssen, so war diese Klage zunächst an den Mi zu richten. Mit Widerwillen habe Ich aber e Ihrer Bildung und literarischen Befantheit du unter der Klasse berer gefunden, die es sich zum die Verwaltung des Landes durch hohle Beurtei durch unüberlegte Verdächtigung ihres nicht von Geistes vor der großen, meist urteilslosen Menge! dadurch ihren schweren Beruf noch schwerer zu Ihrer Einsicht wie von Ihrem Talent hätte Ich und sehr Mich ungeru enttäuscht . . .“

Dieses Schreiben des Königs machte großes Presse beschäftigte sich längere Zeit mit ihm, wol zu Konfiskationen kam. Selbst die vorsichtige „Allgemeine Zeitung“ wagte es, die Anschauungen tadeln, und warnte, daß man den Bogen nicht z sollte. „Der Ereignisse sind wir nicht Herr“, Schluß eines Leitartikels, „Die fremde und einl (21. April 1843); „was auch kommen möge, die ist, abzuwenden, was uns andeinanderbringen, was uns zusammenhalten kann. Vidoant o Wernhagen von Ense bemerkte in seinen „Tagebüch König zeigt sich nicht genug und auch zu wenig angenehmes Gemisch, aus dem doch die Macht seitig hervorblickt. Jedenfalls könnte der König bekommen, wenn Häring (Wilibald Meisig) si Dieser fühlte sich jedoch durch das königliche E legt, daß er seine Mitarbeit an der „Rostischen Z

Unbeirrt durch die vielen Hemmungen der mit vorzüglichen Sprachkenntnissen und auch ei gelehrten Bildung ausgerüstete Dr. G. Friedrichs Jahre, bis 1848, politischer Mitredakteur der Z

ischeren Tone der „Voss'schen Zeitung“ und ihrer ig erweiterte sich der Leserkreis des Blattes von 1844 soll die Zeitung bereits 8—9000 Abonnenten.*)

übergehende journalistische Erscheinung in Berlin n Cholera-Zeitungen zu erwähnen, die chstes 1831 in Berlin erschienen, als die gefürcht zum erstenmale auftrat. Die beiden Blätter als Nachrichten über den Stand der Krankheit, renswertere Kuren zc. Die eine wurde von dem isper, die andere von dem praktischen Arzte Dr.

dabei war das Caspersche Blatt das amtliche Ansicht des Geheimen Rates Dr. Rust verfocht, ugstheorie vertrat und eine umfassende Absperrung und sich die Sachs'sche Zeitung gegen die Sperrkontumaz-Anstalten ausdrückte und einer streng Lebensweise das Wort redete. Die Censur glaubte seln, die der Russischen Ansicht widersprachen, die verweigern zu müssen, und strich bei Sachs jeden egen die contagiöse Ansteckung, gegen Sperrmaßre te. Doch dauerte dieser Terrorismus nicht lange; erurteilte die Russischen Sperrmaßregeln, worauf rde der allgemeinen Stimmung Rechnung tragen ischen Zeitung mehr Freiheit gestatten mußte. ste denn diese die Theorie Rusts mit heißendem m Verschwinden der Cholera hörten natürlich auch lera-Zeitungen zu erscheinen auf.

i auch noch eines Versuches gedacht, im Jahre 1846 nservative Zeitung zu gründen. Ein Kreis von ännern, unter denen sich Berg, Lachmann und i, beabsichtigten in Berlin eine „Deutsche Zeie n zu rufen, die (nach dem in verschiedenen Blät- schten Programm) eine „Opposition gegen die Opp- iden sollte, „aber auch nur gegen diejenigen Organe

derselben, die dem Bestehenden, weil es besteht, feind sind und zu seinem Sturze es entweder offen anlaufen, oder, so weit sie dies nicht können, heimlich untergraben, unbekümmert um das, was unter den Trümmern mit verschüttet werden wird.“ Naturgemäß sollte die Zeitung dann auch eine „Freundin der Regierung“ sein und außerdem auf der Seite des positiven Christentums stehen. Doch auch noch einen weiteren Schritt wollten die Begründer des Blattes tun, sie wollten zwei Ausgaben veranstalten, eine für evangelische Leser und eine für katholische; diese letztere sollte in Köln erscheinen. Für die evangelische Ausgabe war als Redakteur Prof. Lohbauer, für die katholische Dr. W. Junkmann in Aussicht genommen. Bereits im Juni 1846 wurde die Konzession für das Unternehmen erteilt; doch ist die Zeitung niemals erschienen, weil Dahlmann in einem Gutachten in schlagender Weise darlegte, daß das Programm gar nicht ausgeführt werden könne. Zunächst sei es ein Unding, für das „Bestehende“ auf alle Fälle einzutreten. „Ich hoffe,“ sagte er, „die ‚Deutsche Zeitung‘ werde auch Freundin genug der deutschen Regierungen sein, um ihren Ratgebern in allen Fällen zu opponieren, wo diese selbst dahin geraten, zu Recht Bestehendes zu vernichten und dadurch den Glauben an den Bestand der deutschen Staatsordnungen zu untergraben. Unter Bestehendem wird ja auch sicherlich nicht bloß verstanden sein, was 1846 bestand, sondern alles, was, wenn Recht und Treue und die wesentliche Wohlfahrt des Ganzen gefördert werden soll, bei uns genesen, oder, wenn unterdrückt, zum Wiederaufstehen gerufen werden muß.“ Und dann wies er auf die traurigen Verhältnisse in Schleswig-Holstein und den unerhörten Verfassungsbruch hin, dessen sich der König Ernst August von Hannover schuldig gemacht hatte. „Eine Verfassung von unzweifelhaft gesetzlichem Ursprunge“, erklärte er, „beschirmt durch unzweifelhafte Bestimmungen der Wiener Schlußakte, hätte nicht fallen müssen, wie sie gefallen ist.“ Das also, was zur Zeit in Hannover bestehe, könne die neue Zeitung unmöglich verteidigen. Des weiteren wies er darauf hin, daß in dem Programm keine Ungewißheit darüber herrschen dürfe, „ob die ‚Deutsche Zeitung‘ die sogenannten konstitutionellen Staaten als an sich löblich ver-

ch meine: ob sie das konstitutionelle Prinzip anerkent und allein dessen Mißbrauch sie sich gegen das Prinzip, so wird sie nun und : ‚Deutsche Zeitung‘ werden; ihre Titel wird g sein.“ Endlich meinte er, daß es mißlich sei, i der die lange Liste der Gebrechen unserer bür- haft „mit zwei Lastern der schlimmsten Art, mit eichfertigkeit in Glaubenssachen, vermehrt wurde, it von stark theologischer Färbung zu gründen; esährliche Maßregel aber würde es sein, eine if einer protestantischen in der Art, wie es jetzt Staate geschehen sollte, in zwei verschiedenen Zei- egenüber zu stellen.“

erfung aller Hauptpunkte des Programms wird Stahl und Bachmann stark herabgestimmt haben; gelangte aber auch durch Inbiskretion in die b ühte nun hier bei dem hohen Ansehen Dahl- lständig vernichtende Wirkung aus. Von allen er Plan, eine solche Zeitung zu gründen, die leb- lung, so daß schließlich das Projekt fallen gelassen)

r Hauptstadt, so hatten auch in den Provinzen Zeitungen die harte Hand der Zensur fort und len, selbst die Konservativen und gut-königlichen, ders das Beispiel der „Schlesischen Zeitung“ als eine Stütze des Königtums gelten mußte. Auch abgreiflicher Kurzsichtigkeit so bedrängt, daß sogar r Weitererscheinen in Frage stand. Als die Pres- es Bundestages vom 31. Oktober 1830 veröffent- sagte die Zeitung viele Jahre hindurch alle das ußen und Deutschland betreffenden politischen Nach- s der „Allgemeinen Preussischen Staatszeitung“ zu

richte der neuen Berliner „Deutschen Zeitung“. Hamburg Mitteilungen des Herrn Archidirektors Prof. Dr. Hansen

nehmen. Diese Mitteilungen waren natürlich höchst dürftig, nationale Fragen durften gar nicht berührt werden; sogar die Feier des vierhundertjährigen Jubiläums der Buchdruckerkunst erfuhr bloß eine kurze Erwähnung, damit nur ja nicht irgend welche patriotischen Wünsche und Hoffnungen zum Ausdruck kommen möchten.*) Aber auch die Nachrichten über das Ausland, die französischen, englischen und russischen Blättern entlehnt wurden, erhoben sich nicht über das trockene Referat. Besonders kurz fielen die Meldungen über die zahlreichen Revolutionen der dreißiger Jahre in Spanien und Italien aus; dagegen erfuhr das erste Auftreten der Cholera im Herbst 1831 die eingehendsten Schilderungen.

Diese Cholera-Zeit drückte übrigens im wahren Sinne des Wortes den Zeitungen noch ihren ganz besonderen Stempel auf. Es wurden nämlich (in Breslau vom 8. Oktober 1831 ab) alle Nummern der öffentlichen Blätter vor der Ausgabe geräuchert und erhielten dann den Stempel „Desinfiziert“.

Bei diesem schweren Zensurdrucke bedurfte es natürlich aller Umsicht, die Zeitung lebensfähig zu erhalten, und es war mithin auch von großer Wichtigkeit, den Konkurrenzkampf auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der Besitzer Julius Korn vereinbarte daher 1836 mit der „Breslauer Zeitung“, die mehr und mehr an Terrain gewonnen hatte, einen Vertrag, nach welchem fortan beide Blätter dem äußeren Ansehen nach in derselben Gestalt sich darstellen sollten, und sie erschienen nunmehr kontraktmäßig in demselben Format und Druck, hatten dieselbe Anordnung des In-

*) Der Feier des Jubiläums wurden in ganz Deutschland Schwierigkeiten entgegengestellt. In Darmstadt z. B. mußte (laut „Schlef. Ztg.“ 1840, Nr. 96) auf ausdrücklichen Befehl des Großherzogs jede festliche Erinnerung an den Tag unterbleiben; in Bayern ward eine Feier zwar gestattet, aber alles verboten, was ihr eine politische Bedeutung oder das Gepräge eines Volksfestes geben könnte, worauf das Komitee in Nürnberg sich sofort auflöste und auf jede Kundgebung verzichtete; in Leipzig, der Metropole des Buchhandels, erlaubte man einen Festzug mit Nebenzug auf dem Marktplatz; aber in Preußen wurde eine Feier des Gutenbergtages nur in geschlossenen Räumen zugelassen, doch gestattete Friedrich Wilhelm IV. noch nachträglich in Berlin am 28. August eine ausgedehntere Nachfeier.

en Druck angenommen und standen in Preis
 n einander gleich, so daß die Konkurrenz ledig-
 n der geistigen Arbeit gewiesen wurde.

: (1837) starb der Verleger Julius Korn, und
 eine vormundschaftliche Verwaltung ein, während
 der Professor Dr. Schön, Martin Kuntel,
 und J. A. Voigt die verantwortlichen Redak-
 waren. Die beiden Hauptthemata dieser Jahre-
 lichen Zeitung bildeten eine volkwirtschaftliche
 Frage. Die volkwirtschaftliche war: sollen wir
 n, und die religiöse betraf die durch Johannes
 Kitar Czersti hervorgerufene religiöse Bewegung.
 sche sich für und gegen die Eisenbahnen ent-
 heute auf und hauptsächlich lomisch; sie kommen
 ger vor, je ernsthafter die Gegner der Bahnen
 „Schlesische Zeitung“ selbst versucht stets mit
 Nützlichkeit der Eisenbahnen, doch mußte sie viele
 nehmen, in denen die Rentabilität der Bahnen
 nd z. B. eine Bahnverbindung zwischen Breslau
 durchaus entbehrlich und höchst überflüssig be-
 Einer der Gegner der Bahnen betrieb sich unter
 vollkommen ausreichenden und sehr guten Post-
 f die zweifelloste Zustimmung der überwiegen-
 r Breslauer, wenn er die Frage aufwarf, ob
 zewinn, den die Benutzung eines Schienenweges
 gnis aufwiege, mit der man sich auf eine Eisen-
 : religiöse Bewegung ging von der Reliquientage
 bald einen sehr stürmischen Verlauf. Die frei-
 strebungen erfahren weite Kreise, und der offene
 den Bischof Arnoldi in Trier entzündete einen
 imus, von dem nach und nach auch die „Schlesische
 en wurde. Das veranlaßte aber die Gegner,
 eigneter Stelle über sie Klage zu führen, so daß
 nielscher am Schlusse des Jahres 1844 sich ver-
 n Rückblick auf seine Tätigkeit mit einem Pro-
 ßen, in welchem er die kirchliche und politische

Stellung der Zeitung kennzeichnete. „Die Schlesische wird nicht müde werden,“ erklärte er, „den Feinden ei-
mächtigen und glücklichen Deutschlands die Stirn zu
wird ferner Bildung und Wissenschaft, Licht und Frei-
bern helfen, ohne dem Christentume zu nahe zu treten
das Königtum ehren, auch wenn sie eine Vertretung !
wünscht; sie wird für Pressefreiheit sprechen, ohne den !
predigen; sie wünscht die gleiche Berechtigung aller St
zu den Pflichten wie zu den Ehren des Staates, ohne
gegenseinander aufzuwiegen; sie ist für Öffentlichkeit u
lichkeit des Gerichtsverfahrens, ohne dem Staate die L
Oberaufsicht in Ausübung der Gesetze abzusprechen;
Gewerbefreiheit und freien Handel, ohne die Gefahr
kennen, welche Schrankenlosigkeit in beiden herbeiführt
aber sie ist unbedingt gegen Kommunismus und Radikal-
Staate, wie gegen Glaubenszwang und Heuchelei, gegen
und Jesuitismus in der Kirche.“

Dieses Programm fand aber keineswegs die L
weder der kirchlichen Behörde, noch der Regierung;
bischöfliche Konsistorialrat Dr. J. B. Walger richtete
harnische Epistel an die gesamte schlesische Tagespresse
Zensurbehörde suchte das Terrain der Zeitungen noch
zungen. 1846 wurde sogar die Veröffentlichung von
aus den Landtagsabschieden beanstandet, weil durch An-
Gruppierung die öffentliche Meinung irre geführt un-
gierung in ein falsches Licht gestellt werden könne. D
sischen Zeitung“ suchte die Regierung aber noch ganz
dadurch beizukommen, daß sie, da 1821 das Privile-
loschen sei, den Mangel einer s. B. nicht wieder erteil-
zession ausfindig machte und nun unter dem 15. Juni
Aufhören der Zeitung verfügte. Der Verlag protestir-
wehrete sich mit allen gesetzlichen Mitteln, mußte sich ab

*) Dr. J. B. Walger, Pressefreiheit und Zensur mit Rück-
sicht auf die Verhältnisse und den doppelten Anlagenzustand der schlesischen
Presse. Breslau 1845.

quemen, trotz des mehr als hundertjährigen Weng, nachträglich noch eine neue förmliche Kontratschein des Blattes nachzusuchen. Damit aber ung einen sehr bedeutenden Vorteil in die Hand, e unter dem 30. Dezember 1847 die neue Kontr dem Vorbehalte jederzeitigen Widerrufs und lichen Bedingung, daß der offenbar zur liberalen re Redakteur Hielscher unter Verzicht auf jede t aus der Redaktion entlassen und der seitherige l. Voigt mit ihr betraut werde. Voigt leitete g auch in den Sturmjahren 1848 und 49 ganz legierung.“)

elvoll gestaltete sich in den dreißiger und vierziger jckfall der „Breslauer Zeitung“, doch bewegte Blatt stets in aufsteigender Linie. Nach Schalls Tode übernahm der Freiherr Eugen von Vaerst hob es sofort auf ein höheres Niveau. Eugen r ein geistvoller, wissprühender Mann von umtissen, dabei eine vornehme, zurückhaltende und innte Natur. Bevor er die Redaktion der „Bres- übernahm, hatte er schon viel erlebt und einen r kultivierten Welt gesehen. Geboren 1792 als s preussischen Offiziers zu Wesel, widmete er sich us dem Soldatenstande und nahm 1812 in dem iskorps des Generals York als Offizier an dem land teil. Weiterhin machte er auch die Feldzüge 1815 mit und erwarb sich dabei das Eiserne Kreuz. ege nahm er einen zweijährigen Urlaub, um in glache Studien zu treiben, und schied 1818 mit s Kapitans vollständig aus dem Militärdienst. te er sich literarischen Arbeiten, knüpfte Freund- rschiedenen bedeutenden Schriftstellern an und traf el Schall, wahrscheinlich nachdem er diesem eine

Beigeh), 150 Jahre Sächsische Zeitung. Breslau 1892,

nicht unbedeutende Summe vorgestreckt, ein Abkommen, das mit Bewilligung des königlichen Ministeriums, den Ritze die Mitredaktion der „Breslauer Zeitung“ sicherte. Doch ligte er sich noch nicht an den Redaktionsarbeiten, sondern nahm große Reisen nach Dänemark, Holland, England, Triest, Italien, und befaßte sich dabei mit großartigen Vörsenoperationen. Mancherlei Erlebnisse aus jener Zeit schilderte er in dem originellen Buche „Kavalier-Perspektive“, das er unter dem Pseudonym Chevalier de Velly herausgab, und in er sich als ein Anhänger des raffinierten Epikurismus

Die ersten Reformen, die Baeßler bei der Übernahme der „Breslauer Zeitung“ in dieser einführte, betrafen den p. Teil. Er erkannte, daß die Rolle, die das Inland bisher der „Breslauer Zeitung“ gespielt hatte, höchst läßlich ger und räumte ihm die erste Stelle ein. Auch verkannte er die Bedeutung örtlicher und provinzieller Interessen. In seinem Programm vom 1. Mai 1834 sagt er: Es ist von Über eine provinzielle Zeitung eben so gut von Monomotapa Breslau datiert erscheinen kann, ohne daß der Inhalt des Bezug auf eins von beiden verriete. In demselben Zusammenhang verwahrt er sich auch sehr energisch gegen jede politische Forderung. „Ja, es ist bei unseren provinziellen Verhältnissen gar nicht zu wünschen,“ sagt er, „daß ein großes p. Interesse sich wiederum sehr in der Nähe von uns entspre die angenehme Beschäftigung der Lesewelt dabei nicht in der zu werfen ist gegen die Störung des Glücks und der Ruhe jene zweideutige Erhöhung des Interesses begleitet. Die besprechungen, die ebendem einen so breiten Raum eingenommen hatten, drängte er weit zurück, dagegen dehnte er den Anteil sehr bedeutend aus. Die Zeitung erhielt somit ein neues Gepräge. Mit dem internen Redaktionsbetrieb befaßte Baeßler jedoch wenig; diesen leitete lange Zeit Dr. Rinn sehr ruhiger, besonnenen Mann, und ferner seit 1835, in der Leitung der Zeitung sehr gewachsen war, als zweiter Red. Dr. Weis, der dann viele Jahre lang an der Zeitung leitete. Bald nach dem Eintritt des Dr. Weis erfuhr die Zeitung

tlische Erweiterung durch das Beiblatt „Schlesische mit dem 1. Januar 1836 ins Leben trat und zu Lewald, dem nachmaligen Direktor der Oberbahn, vom Anfang der 40er Jahre jedoch bis Rotig Elsner redigiert wurde. Mit dem 1. Juli 1838 19 in den Besitz Hermann Barth's, des Inhabers aß, Barth u. Komp., über, während sich Baerl feu begab, bis er nach mancherlei Schicksalen 1855 bei Solbin auf dem Gute seines Bruders starb. Regime änderte sich der Charakter der Zeitung. per durchbrach das Prinzip der politischen Objektivität dem Blatte eine konservative Richtung, die es dann wegtun 48er Zeit innehielt.“)

sen beiden großen Zeitungen Breslaus kamen noch „Breslauer Beobachter“ im Verlage von H. ue „Allgemeine Oder-Zeitung“, verlegt und inem Dr. Kuzen, heraus. Besonders die letztere e liberalen Ideen vertreten; in ihrem Programm sie „nicht jedem Fortschritt entgegen sein werde, r dem Fortschritte der Entwicklung des Historischen ischen Grundlagen heraus das Wort reden wolle“, auch gleich wieder vorichtig hinzu, daß sie die „in zestreben revolutionären Umgestaltungen des Histo- ten“ verurteilen müsse. Eine Bedeutung erlangte

sonstigen Blättern, die noch in Schlessen erschienen, „Oberschlesische Wanderer“ in Gleiwitz, der n trat, und der „Oberschlesische Anzeiger“ in bereits seit 1802 herankam, erwähnt. Beide er- ach und nach einen gewissen Leserkreis, obgleich sie ullen Teil in sehr engen Grenzen halten mußten, icht gestattet war, irgend welche Politik zu treiben.

Novad, Schlessisches Schriftsteller-Lexikon, 2. Heft, S. 152. (Hgg. v. Biographie, 30. Band, S. 155 und Breslauer Zei- tungs-Ausgabe zur Jahrhundertwende, 1. Jan. 1930.

Etwas freier als die Breslauer Blätter konnte sich die „Königlich Preussische Staats-, Kriegs- und Friedenszeitung“ in Königsberg, die heutige „Königsberger Hartung'sche Zeitung“, bewegen. Es hatte dies seinen Grund zunächst darin, daß die Provinzen Preußen und Posen nicht zum deutschen Bunde gehörten, also auch nicht dem direkten Einflusse des Bundestages unterstellt waren, und ferner in dem zufälligen glücklichen Umstande, daß in jener Zeit in Königsberg eine Anzahl geistig sehr hervorragender Männer wirkte, die auch am politischen Leben regen Anteil nahm. Von diesen sind besonders der bekannte Dr. Johann Jacoby, dessen weittönendes Wort den größten Einfluß auf die öffentliche Meinung ausübte, der Philosoph und Literaturhistoriker Karl Rosenkranz, der geistsprühende Alexander Jung, der witzige und redegewandte Ludwig Walesrode und der jugendlich überschäumende Rudolf Gottschall zu nennen. Hierzu kam noch ein reges Vereinsleben in der Königsberger Bürgergesellschaft, der städtischen Kessource und in anderen Vereinen. Doch entwickelte sich dieses leidenschaftliche politische Leben erst mit dem Beginne der 40er Jahre. Die Erregung, welche die süddeutschen Staaten nach der Julirevolution ergiff, warf nach dem fernen Osten nur wenige schwache Wellen. Hier ging auch noch während der dreißiger Jahre das politische Interesse über die militärischen Übungen und die Hofnachrichten nicht weit hinaus. „Es herrschte im ganzen öffentlichen Leben eine wahre Totenstille“, versichert ein Zeitgenosse dieses Dezenniums.*) „Ein Mensch mit liberalen Ideen würde für verrückt gehalten worden sein, und wer etwas mehr davon wußte, sagte: das paßt nicht für uns, das ist nicht deutsch. Der König und die Regierung verstanden ja alles am besten; sie korrigieren wollen, wäre eine Blasphemie gewesen.“ Mit der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. änderte sich das aber sofort, und Jakobys Broschüre „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen“ eröffnete die politische Diskussion auf der ganzen Linie.

*) L. Passarge, Ein Ostpreussisches Jugendleben. Erinnerungen und Kulturbilder. Leipzig 1903.

der Presse und der Zensur erklärte Jacoby dort: (vorlesende) Zensur hat vernünftiger Weise nur 1, was der Richter, wenn's gedruckt wäre, be- Eine Zensur aber, die also wie in unserem Vater- 1 wird, hört auf, eine rein präventive zu sein: 2 anmaßenden Bevormundung, zu einer Unter- 3 jentlichen Meinung und führt endlich zu einer 4 n, dem Volke und dem Könige gleich gefährlichen 5 Beamten."

„Königsberger Zeitung“, wie sie kurz genannt wurde, 1 allen Segeln in die Bewegung ein, und die Re- 2 heinander das Blatt leiteten, Professor Schubert, 3 vortragend Dr. Thomas u. a., verstanden es, die 4 1tter, allgemein verständlicher Weise zu behandeln. 5 en sie darin auch durch die Wortführer der Stadt, 6 beiter waren, bedeutend unterstützt. Zudem er- 7 auch alle Förderung durch den hochgebildeten und 8 iger Georg Friedrich Hartung, dem wir schon in 9 1n Zeit begegnet sind (Bd. II, S. 208.). Wie 10 Hartung der Zeitung widmete, legte er in einer 11 hem Testament dar, welches er vor seinem am 12 rfolgtsten Tode abfaßte, und das seinem Wunsche 13 m Hinscheiden in der Zeitung veröffentlicht wurde. 14 ung einer Zeitung," sagte er dort, „mit großen 15 en und Mühen verbunden ist, so wurde die Lei- 16 n den letzten Jahren um so schwerer, als die 17 aterlandes sich in Parteien spalteten und Vor- 18 Meinung sich nicht mit den allgemeinen Ansichten 19 erungen wollten vereinigen lassen. Wenn aber 20 in ich fünfzig Jahre meines bewegten Lebens ge- 21 en letzten Jahren so ganz sesselte, daß ich ihm 22 Tageszeit dienen mußte, so dürfte, wenn auch 23 Tode, mein mißlicher Stand und meine gefähr- 24 Lage erkannt, und ich für den oft getadelten 25 digung finden."

tion, die aus diesen Zeilen spricht, war gewiß

berechtigt; immerhin durfte Hartung auch mit einer gewissen Befriedigung auf seine mühevollen Tätigkeit zurückblicken, denn seine Zeitung genoß ein hohes Ansehen und galt als eine wertvolle politische Stimme Deutschlands, besonders während der Jahre, in denen sie sich der milden Zensur des freisinnigen und sehr populären Polizeipräsidenten Abegg zu erfreuen hatte. Eine Zeitstimme kann denn auch von ihr rühmen: „Die Königsberger Zeitung zeichnet sich durch ihre leitenden Artikel aus, die unbedingt die besten sind, die jemals in deutscher Sprache geschrieben wurden. Die inländischen Angelegenheiten des preussischen Staates sind noch nie mit so viel Gründlichkeit, Umsicht und Freimut besprochen worden, als es hier geschieht. Die Wünsche der freisinnigen Mehrheit werden, namentlich ihrer praktischen Seite nach, hier vor die öffentliche Meinung Deutschlands gebracht, und das in so klarer, bestimmter, unverholener Sprache, daß der Verfasser und der Zensor in gleicher Weise durch den Geist der Zeitung geehrt werden.“ *)

Von den sonstigen Blättern des Ostens erreichte keins weiter eine ähnliche Bedeutung wie die „Schlesische“, die „Breslauer“ und die „Königsberger Zeitung“. Die „Zeitung des Großherzogtums Posen“ erschien zwar vom 1. Januar 1831 ab täglich, gewann aber keinen größeren Einfluß; die „Danziger Allgemeine Zeitung“, 1840 von A. Schroth als „Neue Wogen der Zeit“ gegründet, und das von dem Improvisator Volkert und dem Journalisten Bartholdi herausgegebene „Danziger Tageblatt“ blieben unbedeutend, ebenso der „Elbinger Anzeiger“, „Der Gesellige“ in Graudenz und die „Königliche Preussische Stettiner Zeitung“, neben der seit dem 14. Aug. 1835 noch „Börsen-Nachrichten der Ostsee“ erschienen, herausgegeben von dem Kaufmann Adolf Altvater, die jedoch keine Artikel über Politik, Staatsverwaltung und Religion aufnehmen durften.

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842. Gelegentlich gestreift werden die Königsberger Preßverhältnisse der in Rede stehenden Zeit bei Rosenfranz, Königsberger Skizzen, Danzig 1842, Jung, Königsberg und die Königsberger, Leipzig 1846, Falkson, Die lib. Bewegung in Königsberg, Breslau 1888, und Gottschall, Aus meiner Jugend, Breslau 1899.

aber stetig entwickelte sich die „Magdeburgische“ zwar hatte sie auch ferner noch viel von dem so-
lligenz-Insertionszwange zu leiden (vergl. S. 275)
von der Zensur, dennoch gelang es der Umsicht
ihres Besitzers Friedrich Faber, das Blatt immer
gestalten und den Leserkreis beständig zu erwei-
reichungen der Zensur sind uns heute oft ganz
asach lächerlich erscheint es uns, wenn, wie der
itung berichtet,*) im Jahre 1841 die Mitteilung
rde, daß der preussische Konsul in London unserem
leschente von der Königin Viktoria überbracht habe.
eisslich aber ist es, daß noch 1843, in einer poli-
bewegten Zeit, die Zensurbehörde mit Zustimmung
ivil-Beamten der Provinz Sachsen als Grundsat
Zeitung sei nur dazu da, politische Neuigkeiten zu
rfe aber, als für einen großen, zum Teil unge-
reis bestimmt, politische Raisonnements und Kritiken
idgen.

en drückenden Verhältnissen war es begreiflich, daß
r bei zunehmendem Alter schließlich die Arbeits-
or und sich an seinen Nefen Gustav Faber mit
te, das Geschäft zu übernehmen. Der Nefse, ge-
Magdeburg, war gelernter Buchhändler und bereits
eigenen Geschäftes in Mainz, aber trotzdem gerne
iner Vaterstadt zurückzukehren. Sein Vater jedoch,
in Magdeburg war und die Verhältnisse seines
kannte, riet ihm sehr energisch ab, auf das Aner-
eis einzugehen. Der lange Brief, den er zu diesem
Sohn richtete, schildert die traurige Situation der
Zeitungen so klar und eingehend, daß er ein wert-
nt zur Geschichte des Zeitungswesens der vierziger
ad hier zum großen Teil wiedergegeben werden muß.
sel hat seit einiger Zeit“, schrieb der Vater, „mehr
Fall war, unbeschreiblich viel Ärger und Verdruß,

r Faber, Die Faber'sche Buchdruckerei. Magdeb. 1897, S. 133.

der ihm von seiten der Censur-Behörde zugesagt ward, erdulden müssen. Ganz gleichgültige Nachrichten, die selbst durch andere preussische Zeitungen schon bekannt gemacht waren, sind ihm gestrichen, obgleich ausführlichere Bestimmungen und Erläuterungen über das Censur-Edikt den Censoren sowohl als den Redakteurs mehr Freiheiten, als sonst, zu gestatten scheinen. Sogar ist gewissermaßen seine persönliche Freiheit durch eine Verfügung der Oberbehörde an sämtliche Redakteurs beschränkt, in welcher ihnen zu erkennen gegeben wird, daß, wenn ein Redakteur irgend eine Reise, selbst zur Befestigung seiner Gesundheit eine Reise in ein Bad, zu unternehmen beabsichtige, er dies nicht allein der Behörde anzuzeigen habe, sondern auch einen anderen stellvertretenden Redakteur vorzuschlagen verpflichtet sei, und es dann noch von der Behörde abhängen werde, ob sie den Stellvertreter genehmige oder nicht. Alle diese Unannehmlichkeiten haben den Dnsel, und mit Recht, sehr verdiehlich gemacht. . . . Unter solchen Umständen ist eine nochmalige ernste und reifliche Überlegung dieser Sache von deiner Seite unerlässliche Pflicht. Besonders ist eine Stelle in diesem Zirkular-Schreiben für die künftigen Redakteur und Unernehmer der Zeitschriften sehr bedenklich, wo es heißt: daß es erforderlich sei, daß bei Genehmigung neuer Zeitschriften und neuer Redakteurs mit großer Vorsicht verfahren werde, damit die Tagespresse nur unbescholtenen Männern anvertraut werde, deren wissenschaftliche Befähigung, Stellung und Charakter für den Ernst ihrer Bestrebungen und für die Loyalität ihrer Denkart Bürgschaft leiste. Nun ist es eine große Frage, ob man Dir diese wissenschaftliche Befähigung (wie man sie nur von einem Gelehrten erwarten kann) einst zugestehen wird. Wäre dies auch nicht der Fall, so würde der Verlag der Zeitung Dir schon ein hinlängliches Auskommen gewähren, wenn nur dieses Dir gesichert wäre. So ist aber unter Westfälischer Regierung das unsern Voreltern gegebene und auf deren kollatoral-Verwandte ausgedehnte Privilegium aufgehoben und nicht wieder erneuert; es ist also auch zweifelhaft, ob man Dir doch wenigstens den Druck und Verlag der Zeitung überlassen würde. Hierzu kommt noch die große Ungewißheit, ob man bei Erteilung der Konzession als Redakteur

über al-
 hat best
 und wer
 her nicht
 selber ist
 ist Hoff
 ist vor
 auf jeder
 Die
 jungen
 Cabels e
 Zeitlang
 Gerichte
 alle Friel
 Der
 und Sor
 Ministerin
 Neben ist
 Magdebu
 in Berlin
 sehr gute
 schriftlich
 ichen Pri
 sehr nobel
 weiter vor
 in ihren
 und Hagen
 Berlin: an
 ichen reue
 schiedlich
 sammter P
 die die alte
 so ist, we
 und hat t
 verhalten.
 Taus
 zu 400

zer wenigstens Dir als einem Ausländer (denn ist) den Vorzug vor dem Inländer geben würde? Auch, wie wohl zu erwarten steht, das Bürgerrecht gut werden wird, so kann Deine Aufnahme als dann geschehen, wenn Du aus den Großherzogstaaten mit genügenden guten Zeugnissen entlassen und einige Zeit hingehen kann. Du kommst also in eine bedenkliche und ungewisse Lage."

Bedenkungen des Vaters konnten aber doch den Vater nicht abhalten, auf den Vorschlag des Sohnes; er kam nach Magdeburg, arbeitete erst eine kurze Zeit in der Buchdruckerei und übernahm dann das Geschäft im Juli 1846. Schon im nächsten Jahre starb der Vater.

Die Aufnahme ging jedoch erst eine lange Zeit der Mühen nach, bis die Erlangung der Konzession voraus. Das Wichtigste das Privileg Friedrich Fabers nicht auf den Sohn zu übertragen. Auf Umwegen erfuhr Gustav Faber, daß die "Magdeburger Zeitung" trotz der peinlichst durchgeführten Zensur seit längerer Zeit in einem nichts weniger als "politisch unparteiischen" stehe. „In politischer und noch mehr in religiöser Hinsicht," hieß es weiter in dem vertraulichen Briefe von der Hand, „wird ihre Tendenz als eine liberale bezeichnet. In erster Hinsicht ist es die Aufhebung, welche ganz dazu gemacht sind, die Regierung zu kritisieren und vorhabenden Maßregeln zu verdächtigen gegen dieselbe zu erregen, welches man hier (in der Provinz) in einem Blatte sieht, welches in der Provinz, wie in der Provinz viel gelesen wird. In der That hat sich dieses Blatt zum Organ der sogenannten liberalen Richtung dieser Gesellschaft gewiß nicht nur nicht man gefördert und gehegt zu sehen wünscht, so in dem Blatte und seinem Verleger gewiß mit Recht

Abstellungen und Vorwürfe waren aber durchaus

unberechtigt. Wenn man die Jahrgänge der Zeitung durchblättert, selbst bis in die Hände der verhängnisvollen Jahre von 1848 und 49 hinein, stößt man nirgends auf irgend welche Gehässigkeiten oder extremen Forderungen. „Man wird vielmehr anerkennen müssen“, betont da Her Alexander Faber, „daß das Blatt niemals in Bezug auf die Liebe und Treue zum Königs- haufe und der Monarchie geschwankt, sondern in warmer und würdiger Weise einen notwendigen und daher gesunden Fortschritt vertreten hat.“

Aber man brauchte in Berlin solche gewichtigen Gründe, um sich, wie es in dem vertraulichen Briefe hieß, die „möglichen Garantien zu sichern.“ Diese erblickte man darin, daß man dem neuen Besitzer der Druckerei die Herausgabe der „Magdeburgischen Zeitung“ nur „unter dem Vorbehalte des jederzeitigen Leblich von dem Ermessen der Verwaltungs-Behörden ohne Provokation auf den Ausspruch des Königlich- Ober-Censur-Gerichts abhängig und von jenen Behörden auszusprechenden Widerruf“ gestattete. Diese unbedingte Widerruflichkeit der vorläufigen Konzeption mußte Gustav Faber außerdem noch durch Unterschreiben eines Protokolls vor dem Polizei-Direktor von Kampp anerkennen.

Trotz dieser unerhörten Beschränkung ging der junge Gustav Faber arbeitstreuig daran, die Zeitung weiter zu fördern, er setzte die alten Guttenbergischen Pressen durch Schnellpressen und erwarb sich in dem Dr. Loempte einen tüchtigen Redakteur, der auch in den folgenden stürmischen Zeiten das Blatt geschickt durch alle Klippen führte. Die Zeitung erschien damals in einer Auflage von etwa fünftausend Exemplaren.

Lebhafter, als die „Magdeburgische Zeitung“, trat der „Hallische Kurier“ für die liberalen Tagesfragen, besonders die religiösen, ein. Sein Redakteur Dr. Gustav Schweigsche (vergl. S. 276) war ein eifriger Anhänger des Pastors Bislicenus und ein tätiges Mitglied der „Lichtfreunde“. Als 1845 die hallischen Orthodoxen gegen den freisinnigen Pfarrer die Anklage des Abfalls von Christo erhoben, wagte es Schweigsche im Juli 1845, als Friedrich Wilhelm IV. auf einer Durchreise Halle berührte, dem Könige mit großer Freimütigkeit den religiösen Standpunkt

des K
Kirche
des A
tarje
imponi
süßling

aus fe

in sein

um sei

der Nel

der sob

zu

lichten

in Dieb

Salle 1

tarzweg

ein ger

im Boll

orthodox

ehemalig

die Trie

den au

lichen, Q

höher W

Ergebnis

Erk

hat es de

Erst

verwirklic

zahlen an

7. verset

Erst

214"

Wislizenus darzulegen und mit der ihm eigenen
 Würde um sein persönliches Eingreifen zu Gunsten
 u zu bitten. Friedrich Wilhelm IV. gab jedoch die
 „Ich bin ein mächtiger Herr, ich lasse mir nicht
 und wies damit jeden Versuch, ihn für Wislizenus
 umen, zurück.

se beharrte jedoch, trotz der königlichen Abweisung,
 f seinem freisinnigen Standpunkte und brachte ihn
 um zum Ausdruck; bei der wachsenden Arbeit, die
 agsgeschäft aufbürdete, mußte er aber die Leitung
 in die Hände des Dr. Julius Schadeberg legen,
 s Blatt bis in die sechziger Jahre hinein redigierte.
 mpfung des liberalen Geistes und somit des „Hal-
 s“ gründete der Pastor Friedrich von Tappelskirch
 in mit dem Buchhändler Richard Rühlmann in
 es „Volksblatt für Stadt und Land“, auch
 „Hallische Volksblatt“ genannt. Mit diesem sollte
 iges Christentum und ein königstreuer Patriotismus“
 reitet werden; es verirrte sich aber so weit in
 tische Irrgänge, daß der Professor Karl Witte, das
 nderkind, in ihm (dem evangelischen Blatte!) sogar
 Rockanbetung aufweisen konnte. Daher drang es
 jt ins Volk, sondern nur in die Kreise von Geisti-
 n und konservativen Gutbesitzern, so daß ein schalt-
 eiter in einem „Güldeuen Abc“ über die Ziele und
 ersten Jahrganges reimte:

Don Tappelskirch ein Volksblatt schrieb,

Das ziemlich fern vom Volke blieb.

r, in den 50er Jahren, unter Philipp von Nathusius,
 zine größere Bedeutung erlangt.

sonderen Aufschwung nahm die Presse im Westen,
 Köln, das seiner günstigen Lage wegen die Nach-
 variis, für die man sich seit 1830 wieder mehr denn
 ; früher als die Städte Mitteldeutschlands und des
 l. Vor allem machte sich die „Kölnische Zei-
 günstigen Umstand zu nütze, und so datiert denn

auch die eigentliche Bedeutung dieses Blattes aus den Tagen der Julirevolution. Ein besonders günstiger Umstand für die Zeitung trat noch dadurch ein, daß 1831 nach dem Tode des alten Marcus Du Mont dessen intelligenter Sohn Joseph die Leitung des Geschäftes übernahm und sofort daran ging, alle Einrichtungen, den Anforderungen der Neuzeit entsprechend, zu verbessern. Hermann Grieben nennt ihn denn auch geradezu den Begründer der späteren Größe der „Kölnischen Zeitung“.*) Levin Schücking schildert ihn in seinen Lebenserinnerungen in folgender Weise: „Obwohl ohne gelehrte Bildung, war er eine Natur, die sich geistig so entwickelt hatte, wie es ihr in ihrer Umgebung, den alten reichsstadt-kölnischen Anschauungen und Verhältnissen, nur möglich gewesen; er war tätig und energisch, und das englische ‚Where is a will, is a way‘ paßte auf ihn, wenn je auf einen Mann. Mit diesem Willen hatte er sich vorgenommen, in der immer gärender, politisch bewegter werdenden Zeit die ‚Kölnische Zeitung‘ auf ein ganz anderes Niveau zu heben.“**)

Das erste, was er unternahm, war die technische Vervollkommnung der Druckerei. Mit sämtlichen Einrichtungen war man hier auffallend zurückgeblieben. Noch immer hantierte man mit den alten hölzernen Pressen und brauchte daher zum Druck der Auflage von ungefähr 3300 Exemplaren nicht weniger denn volle zwölf Stunden. Joseph Du Mont ließ es sich daher angelegen sein, so bald als möglich eine König & Bauersche Schnellpresse zu erwerben, mit der dann am 4. Februar 1833 der erste Bogen der Zeitung gedruckt wurde. Bereits war Mitte Dez. 1832 das Format des Blattes vergrößert worden; auch erschien die Zeitung von jetzt ab täglich, d. h. es wurde auch Sonntags eine Nummer gedruckt, eine Neuerung, die sich in den späteren bewegten Zeiten als sehr vorteilhaft erwies. Weiterhin richtete er 1838 — zuerst von allen deutschen Blättern — ein Feuilleton für wissenschaftliche und schönwissenschaftliche Literatur ein, in welchem bald viel Gediegenes geboten wurde. Am 8. Oktober 1840 erschien dort,

*) Gesch. d. Köln. Zeitung. Köln 1880, S. 12.

**) Schücking, Lebenserinnerungen. 2 Bde. Bresl. 1886.

Ministerium Thiers das Geschrei der Franzosen
 den Rhein wieder angefaßt war, das Rheinlieb
 Becker:

Sie sollen ihn nicht haben,
 Den freien deutschen Rhein,
 Ob sie wie gier'ge Raben,
 Sich heißer danach schrein, u. s. w.

Dieß Lied einen ganz ungeheuren Enthusiasmus
 hervor.

Zweckmäßige kaufmännische Manipulation erwies es
 1839 den „Welt- und Staatsboten“ zum Preise
 1000 Mark aufkaufte und mit der „Kölnischen Zeitung“

seiner Aufmerksamkeit wendete er dem Vereinigten
 Blatt zu, nachdem dieser am 11. April 1847 er-
 schienen war. Ganz Deutschland knüpfte hochgespannte
 an dieses Ereignis, und darum setzte Joseph Du-
 ruy, die unverlängerten Sitzungsberichte so bald wie
 möglich zugeben. Dem stellten sich aber viele Schwierig-
 keiten entgegen. Die Sitzungen waren nicht öffentlich und auch
 der Presse nicht zugänglich, dagegen erschienen die
 Sitzungsberichte, doch immer erst acht Tage nachher, in
 der „Preussischen Zeitung“, der sie die übrigen
 Blätter mußten. Die Verbindung zwischen Köln und
 Berlin aber zu jener Zeit äußerst mangelhaft; nur bis
 1845: die Eisenbahn von der Hauptstadt; von da brach-
 ten die Briefe und Zeitungen weiter. Joseph Du-
 ruy jedoch zur beschleunigten Beförderung der Post-
 und „Kölnischen Zeitungen“ einen besonderen Kurierdienst
 nach Köln ein. Er ließ das dort mit der Eisen-
 bahn eingetroffene Brief- und Zeitungspaket
 eine Stafette weiter gehen und erzielte durch diese
 rasche Beförderungsweise vor der gewöhn-
 lichen einen Vorsprung, durch den er erreichte, daß die
 Sitzungsberichte in der „Kölnischen Zeitung“ einen vollen
 Monat früher als in anderen Blättern, erschienen.

Mit diesen Verbesserungen der technischen Einrichtungen ging die Erweiterung des Inhalts der Zeitung Hand in Hand; doch währte es einige Zeit, bis Joseph Du Mont den geeigneten Redakteur fand. Zu Anfang des Jahres 1842 gewann er sich den Dr. Hermes, der bisher die „Deutsche Nationalzeitung“ in Braunschweig redigiert und sich durch geistreiche Leitartikel vorteilhaft bekannt gemacht hatte. Auch die Leitartikel, die Hermes nun für die „Kölnische Zeitung“ schrieb, erregten Aufsehen, und sie waren so gewandt abgefaßt, daß sie durch die Zensur nicht unterdrückt werden konnten. Die Regierung unternahm es deshalb, wie Grieben mitteilt, auf dem Wege der Bestechung auf Hermes einzuwirken, um auf diese Weise die Zeitung in andere Bahnen zu lenken, und Hermes war nicht charakterfest genug, einer solchen Versuchung zu widerstehen. Aber Joseph Du Monts scharfes Auge erkannte sehr bald, welche Schwenkung sein Redakteur machte, erklärte ihm eines Tages auf Grund eines bereits gesetzten Leitartikels, der offenbar im Auftrage der Regierung geschrieben worden war, keine Zeile mehr von ihm aufzunehmen, und entthob ihn seiner Stelle. Bald nachher trat dann Hermes (zur allgemeinen Verwunderung der liberalen Blätter, die nicht hinter die Kulissen hatten blicken können) in die Redaktion der „Preussischen Allgemeinen Zeitung“ in Berlin ein. Nach Hermes übernahm zunächst Büttmann, der Dichter der „Etscherfessellieder“, interimistisch die Redaktion der „Kölnischen Zeitung“, bis am 1. Jan. 1844 Dr. K. Andree, vordem Redakteur der „Mainzer“, „Oberdeutschen“ und der „Deutschen Wochenzeitung“, der Leiter des Blattes wurde. Mit ihm kam ein sehr energischer Vertreter des liberalen Fortschritts und besonders ein Verfechter der nationalen Ziele in der Zeitung zum Worte. Unter seinem Regime stieg die Zahl der Abonnenten bald auf 8100. Doch trug zu diesem Aufschwunge auch die gesteigerte Pflege des Feuilletons bei, dessen Redaktion vom Herbst 1845 ab kein Geringerer als Levin Schücking übernommen hatte. Zu seinem großen Mißvergnügen durfte sich der junge Feuergeist aber nur in sehr engen Schranken bewegen. Nach vielen Jahren noch kam dieser Unmut in seinen Lebenserinnerungen zum Ausdruck. „Ich suchte,“ schreibt

„dem mir anvertrauten Feuilleton etwas von dem scheinungen der Zeit berücksichtigenden Inhalt der lgemeinen Zeitung“ zu geben, was aber in dem kann gelang, obwohl ich Gupfow, Dingelstedt, Spinbler und viele andere für die Mitarbeit gemußte auch Andree bald die Enge der Schranken enen sich die „Kölnische Zeitung“ bewegen sollte. treten von Ronge und Gzerksi geriet er in eine mit der katholischen Geistlichkeit, und diese übte en Druck auf Du Mont aus, daß dieser besorgte, eil seiner katholischen Leser zu verlieren und eine ltung der Zeitung verlangte; Andree konnte sich oschen nicht verstehen und gab daher im Sommer lung aus.)* Sein Nachfolger wurde am 1. Ro- arsl Heinrich Brüggemann, und mit diesem erhielt seph Du Mont einen Mitarbeiter, der Jahrzehnte u seinem Lebensende 1887, der Zeitung treu blieb en Verhältnissen eine hervorragende Stütze war. ggemann nach Köln kam, lag schon ein sehr ernster hinter ihm. Geboren 1810 in Hopsten nahe der Brenze, hatte er sich als junger Student der Rechts- fenschaft der Burschenschaft angeschlossen und war acher Fest als begeisterter Redner für die Einigung eingetreten. Die Folgen zeigten sich schnell. Er t, an Preußen ausgeliefert und nach zweijähriger g wegen Hochverrats zum Tode durchs Rad ver- talz, die äußerliche Rechtmäßigkeit des surchtbaren ischten, sah er gefaßt der Vollstreckung des Urteils) lam es nicht so weit. Friedrich Wilhelm III. desstrafe in lebenslängliche Festungshaft um, worauf nach Posen gebracht wurde. Dort sah er nun sechs s der allgemeine Gnadenlaß Friedrich Wilhelms IV. Freiheit wiedergab. Die abgebrochenen Studien ber nicht wieder im vollen Umfange aufzunehmen;

Die katholische Tendenz der „Kölnischen Zeitung“. Cobl. 1844.

er wandte sich daher der publizistischen Tätigkeit zu und verfaßte besonders nationalökonomische und staatswissenschaftliche Abhandlungen und Broschüren. Wie der verfassungsmäßige Ausbau des Staates, so lag ihm ganz besonders auch das Wohl der arbeitenden Klassen am Herzen, und daher beteiligte er sich an der Gründung eines Vereins, dessen Tätigkeit sich auf jene Ziele richtete. Die volkswirtschaftliche Gesetzgebung der jüngsten Zeit hat sich bekanntlich die Verbesserung der Lage der Arbeiter ganz besonders angelegen sein lassen; damals, in den vierziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts, witterte die Regierung in solchen Bestrebungen jedoch sofort ein staatsgefährliches Unternehmen, und der Minister v. Bodelschwingh hielt es daher, als es bekannt wurde, daß Brüggemann einen Ruf zur Leitung der „Kölnischen Zeitung“ erhalten habe, für angebracht, dem jungen Publizisten vor seiner Abreise nach Köln mündlich zu eröffnen, daß eine kommunistisch-subversive Leitung des Blattes die unverweilte Unterdrückung desselben zur Folge haben werde. Ob es Brüggemann gelang, den seltsamen Verdacht, seine volkswirtschaftliche Anschauung fuße auf dem Kommunismus, bei dem Minister zu entkräften, ist nicht bekannt, wohl aber weiß man zur Genüge, daß die „Kölnische Zeitung“ fort und fort von der Regierung auf das sorgfältigste überwacht wurde und von einer scharfen Zensur besonders viel zu leiden hatte. Aber Brüggemann ließ sich dadurch nicht beirren; sein Optimismus war durch die trübe Festungshaft nicht erschüttert worden. Mit einem Arbeitszeifer sondergleichen, schreibt Levin Schücking in den schon erwähnten Lebenserinnerungen, unternahm er die schwere Arbeit, das Fahrzeug, das seiner Führung anvertraut wurde, auch unter so ungünstigen Verhältnissen weiter vorwärts zu führen, und dabei blieb er mit immer gleich heiterem Mute in all den Stürmen, welchen er entgegen ging, der feste Pilot.

Wie drückend und unleidlich die Zensur oft war, berichtet Hermann Grieben in seiner Geschichte der „Kölnischen Zeitung“ in ausführlicher Weise; dazu kam noch, daß das gerade nicht in hohem Ansehen stehende Amt eines Zensors meist untergeordneten

oder solchen Beamten anvertraut wurde, deren Meinung sie zu nichts Anderem tauglich machte. Erwiderete: räsident dem Klage führenden Brüggemann: „Ja, wenn, ich könnte meine besten Regierungsräte zu Zensur?“ So wurden denn oft die lächerlichsten Streifen eingenommen. Längere Zeit war ein Polizeirat Dollendorfer Zensur betraut, und dieser leistete geradezu Unzählige seinen Streichungen. Einst hatte er einen Verweis erhalten über ein Zeitungskorrespondenzartikel „Von der Druckrecht erteilt hatte; infolgedessen strich er lange Zeit alle von einem kleinen Flusse in Deutschland da, wo sie mochten nun „Von der Leine“, oder „Von der Elbe“, oder „Von der Pleiße“ überschrieben sein. „Der Hentler soll die Fäden von dem kleinen Bachzeug holen,“ war das Wort. Als die Zeiten immer aufgeregter wurden, wollte man nicht mehr gestatten, blutigrot unterzugehen. Ein scharfer Berichterstatter hatte seine Schilderung einer revolutionären Bewegung in Köln mit den Worten geschlossen: „weiter Ferne grölle der Donner, und blutigrot unter.“ Als sein Bericht vom Zensur zurückkam, noch „und die Sonne ging unter“, das Wort „blutigrot“ strichen.

Als dieses ganz ungeheuren Druckes, der fortwährend ausgeübt wurde, hätte sich eigentlich — so sollte es sein — das Verlangen, noch ein zweites Blatt in Köln zu drucken nicht regen sollen; dennoch tauchte der Wunsch auf und wurde sogar für kurze Zeit in einer Weise durchgeführt, die weit hin in Deutschland Aufsehen erregte. Die Regierung gab der letzte Redakteur des 1838 von der „Kölnischen Zeitung“ aufgelassenen „Welt- und Staatsboten“, Dr. v. Hase die Erlaubnis, die Regierung erteilte auch schließlich die nachgesuchte Erlaubnis ihr die „Kölnische Zeitung“ zu sehr auf der Seite zu stehen, besonders in dem Kampfe mit dem Erzherzoglichen Gemischten Eben. Dr. Hase ließ darauf 1840 mit Dr. Schulte eine Programmklärung erscheinen

unter dem Titel „Will Köln die Monopolisierung seiner Öffentlichkeit durch Eine Zeitung oder nicht?“*) und legte darin dar, daß das neue Blatt wohl auf katholischem Standpunkte stehen, sich aber von allem Streit in Glaubenssachen fernhalten, dagegen in den Kampf um die Konstitution, gegen den Ultramontanismus und für die Vormachtstellung Preußens in Deutschland eintreten werde. Mit dieser Erklärung erstanden jedoch dem Projekte sofort zwei Feinde, der Klerus, der sich von den Kanzeln herab öffentlich gegen das neue Unternehmen wandte, und die Regierung, die an der ausgesprochen konstitutionellen Richtung Anstoß nahm und sich nun zu einer wohl im stillen in Aussicht gestellten Subvention nicht entschließen konnte. Mit eigenen Mitteln konnte aber Dr. Rave die Zeitung nicht ins Leben rufen, besonders vermochte er nicht die Kaution von 3000 Talern zu leisten und mußte darum schließlich das Projekt fallen lassen. Das Verlangen nach einer durchaus liberalen Zeitung erhielt sich aber in weiten rheinischen Kreisen, und als der rheinische Provinzial-Landtag 1841 öffentlich dem Wunsche nach Pressefreiheit Ausdruck gab, tauchte auch in den Kreisen dieses Landtages der Gedanke auf, die gewünschte Zeitung als Aktienunternehmen zu gründen, wie man es bereits in Frankreich getan hatte. Der Vorschlag fand Beifall, und noch im selben Jahre trat in Köln ein Kreis von Männern, dem u. a. der Landgerichtsassessor Georg Jung, Dagobert Oppenheim, der spätere Präsident der Köln-Mindener Eisenbahn, Rudolf Schramm, Dr. Claessen und Gustav Mevissen angehörten, zusammen und konstituierte sich am 15. Dezember 1841 als Kommanditgesellschaft mit 30 000 Talern Aktienkapital zur Herausgabe einer Zeitung. Unmittelbar darauf kaufte die Gesellschaft die Ravesche Konzession an, was zwar ganz ungesetzlich war, aber doch von der Regierung geduldet wurde, weil sie eine Gegenwirkung gegen die „Kölnische Zeitung“ zu haben wünschte, und nun erschien bereits am 1. Januar 1842 das neue Blatt unter dem Titel „Rheinische Zeitung für Handel, Politik und Gewerbe.“ Es bot sich dar als ein neues Blatt im

*) Köln hatte damals 70 000 Einwohner.

des Wortes, überraschte durch seine Entschiedenheit sein gereiftes Urtheil und zeichnete sich durch einen „Ton aus. In allen liberalen Kreisen Deutschlands mit außerordentlichem Beifall aufgenommen; ährligem Bestehen besaß es bereits 3000 Abonnenten; die damalige Zeit schon sehr ansehnliche Zahl vornehme Sprache, wie sie die „Rheinische Zeitung“ bisher in einer deutschen Zeitung noch nicht den. Sie bewegte sich im junghegelschen Stile, „Hallischen Jahrbücher“, und entwickelte in dieser politischen Ansichten mit jener philosophischen, die den Leser unwillkürlich gefangen nahm. der Journalistik jener Tage,*) der sonst über das Wesen recht abfällig urteilt, ist von der „Rheinischen Zeitung“ voll und stellt sie über die Cotta'sche „Der bedeutende Raum“, schreibt er, „der der ‚Rheinischen Zeitung‘ stets zur Verfügung in nicht nur die Erörterung allgemeiner Prinzipien und Vertretung, insbesondere des preussischen Liberalismus er kann außerdem noch den Liberalen der n Länder und der Schweiz zum Organ dienen je Entwicklung der übrigen kultivierten Staaten freisinnigen Standpunkte aus verfolgen. Auf sie nicht nur über die fortwährende innere Enterealen Bewußtseins, sowie über die äußere Politischen Bildung Deutschlands aus ausführlichste idern sie legt auch die Parteilichkeit des Auslandes uf ihrem Standpunkte möglichen Klarheit auseinbei alledem dennoch dem tatsächlichen Stoff keinen n. Vergleichen wir sie in dieser Beziehung mit r“, die, was die Tatsachen anbetrifft, doch immer itung gegolten hat! Die Rubrik ‚Deutschland‘ ist chnung der wöchentlich mehreremal erscheinenden

des politischen Presse. Zürich 1842. Den Namen des geist-
 habe ich leider nicht ermitteln können.

leitenden Artikel in der ‚Rheinischen Zeitung‘ wenigstens doppelt so lang wie in der ‚Augsburger‘, und außer den Tatsachen, die beiden gemeinsam sind, auch noch diejenigen, die die ‚Augsburger‘ vermöge ihrer Unparteilichkeit nicht bringen kann. Dagegen hat die ‚Augsburger‘ allerdings wöchentliche Berichte über das erwünschte Allerhöchste Wohlsein Sr. Maj. des Königs von Bayern und sämtlicher Königl. Bährischen Prinzen, sowie die Reisen aller hohen Personen in Deutschland, die Beschreibung hoher, höchster, Allerhöchster Hochzeiten, Kindertaufen und Begräbnisse in extenso vor der ‚Rheinischen‘ voraus. Die französischen und englischen Artikel mögen bei beiden etwa gleich umfangreich sein, die der ‚Rheinischen‘ haben aber ein bestimmtes Urteil, ein klares Bewußtsein, daher eine Gruppierung der Partien, während in der ‚Augsburger‘ eine Konfusion, ein chaotisches ordnungsloses Durcheinander der Parteien sich breit macht, das bei jedem den unklarsten Eindruck hinterlassen muß, der nicht jede Chiffre ihrem Charakter nach kennt. . . . Die Beilage der ‚Augsburger‘ wird mindestens, was die Masse des Gegebenen betrifft, durch das Feuilleton und Beiblatt der ‚Rheinischen‘ aufgewogen, und in Beziehung auf den Inhalt beschäftigt sich diese mit prinzipiellen publizistischen Erörterungen, mit dem Stande der geistigen Bildung oder der materiellen Interessen, während die ‚Augsburger‘ tausenderlei Allotria, Reisebeschreibungen u. s. w. gibt, die wenigstens in einer politischen Zeitung nicht an ihrem Orte sind. Über den Stand der Literatur endlich berichtet die ‚Rheinische‘ treuer, ausführlicher und von festeren Prinzipien aus, als die ‚Augsburger‘.

Der erste Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ war Gustav Höffken, der von der Cottaschen „Allgemeinen Zeitung“ kam, aber den Veranten nicht entschieden genug auftrat und darum schon nach 18 Tagen durch Dr. Rutenberg ersetzt wurde, der bisher in Berlin literarisch tätig gewesen war. Durch ihn wurden besonders die französisch-liberalen Ideen in dem Blatte vertreten. Der Minister von Eichhorn erzwang jedoch sehr bald den Rücktritt Rutenbergs, indem er durch den Regierungspräsidenten von Gerlach in Köln (der sogar selbst Aktionär war) den Veranten mitteilen ließ, daß die Staatsregierung ein „entschiedenes Mißfallen“ über die

„Rheinischen Zeitung“ empfinde, auf die Entlassung überzudringen und einen der Regierung zusagenderen angen müsse. Darauf wurde mit dem Beginn des 1842 Karl Marx, der damals noch nicht Sozialdemokrat sondern Bourgeois war, der Leiter des Blattes. Die Redakteure der Zeitung zählten bald alle bedeutenden Köpfe der damaligen Jahreshälfte, so Berthold Auerhammer, Bruno Bauer, Dingeldey, Franz Engels, Gutzkow, Herwegh, Hoffmann von Fallersleben, Robert Prutz u. a.

Der Redakteur geriet über die Zeitung natürlich sehr in Aufregung. Er fühlte wohl dunkel heraufsteigende Mächte für die liberalen Ideen einzutreten, die in der Sprache gegenüber war sein Notstift ganz. Die Sache war um so schwieriger, als die Zeitschrift für die preussische Führung in Deutschland, also eigentlich die preussischen Interessen vertrat. Von Eichhorn erkannte auch die Unzulänglichkeit des Zensur und schickte zunächst den Regierungsassessor Zensur nach Köln, und als dieser sich ebenfalls als dies, den Ministerialsekretär von St. Paul. Auerhammer Regierungspräsidenten von Gerlach auf, sich tagelang, nachdem sie die Zensur passiert hatte, nochmals vorlegen zu lassen und dann nach seinem Erscheinen derselben zu verhindern, wenn er der Zensur doch noch unzulässige Stellen oder Artikel darin. Aber auch bei dieser doppelten Durchsicht des Blattes und so viele Steine durch, an denen man in Berlin das schließlich die Unterdrückung des Blattes am 13. 1843 beschlossen wurde. „Unverkennbar herrschte fortgesetzt die Absicht vor“, hieß es in dem die notifizierenden Ministerialreskripte, „die Verfassung ihrer Basis anzugreifen, Theorien zu entwickeln, die die Unterwerfung des monarchischen Prinzips abzielen, das die Regierung in der öffentlichen Meinung böswillig einzelne Stände der Nation gegeneinander auf-

zureizen, Mißvergühen mit den bestehenden gesetzli-
 chen Zuständen zu erwecken und sehr feindselige Richtungen gegen
 die bestehenden Verhältnisse zu begünstigen. Seit dem Schlusse des Jahres 1842 hat
 sich das Blatt von neuem einer Zügellosigkeit des Ausdrucks und
 der Besinnung hingegeben, welche seine frühere Weise weit über-
 sich noch überbietet. Seine Absicht, das Bestehende in Staat
 und Kirche anzufinden, zu untergraben und allgemein
 den Mißver-
 gnügen mit der Staatsverwaltung zu erwecken, ist
 unüberwindlich.
 Es hört nicht auf, dieselbe zu verleumden, ihren
 Maßregeln in
 frecher Weise hohnzusprechen, soziale Elemente
 und Organe
 überall mit unwürdigem Spotte zu verfolgen und
 selbst auswärtige
 Mächte sowohl innerhalb als außerhalb des deutschen Landes
 zu beleidigen.“

Das gewaltsame Vorgehen der Regierung erregte aber einen
 Sturm der Entrüstung; eine Petition angesehener Bürger Kölns
 mit 911 Unterschriften bat den König um Aufhebung des Ver-
 bots, jedoch vergebens. Eine Deputation der Aktionäre der Zei-
 tung begab sich in gleicher Absicht nach Berlin, wurde aber vom
 Könige gar nicht vorgelassen, sondern erhielt durch die dem Justiz-
 wesen vorgesetzten Ministerien einfach den Bescheid, daß es bei
 dem Verbote sein Bewenden haben müsse. Petitionen aus Düsseldorf,
 Barmen, Trier, Lempe, Venkatesel, Trarbach, Gütersloh,
 Rheda, Wiedenbrück u. s. w. wurden in gleicher Weise abgelehnt.
 Den Advokaten und Notaren Düsseldorf, die eine solche Petition
 mit unterzeichnet hatten, wurde durch das Justizministerium er-
 öffnet, daß der König mißfällig bemerkt habe, wie sich auch Justiz-
 beamte durch Anfertigung von Petitionen und Sammlung von
 Unterschriften an Manifestationen gegen Maßregeln
 der Verwal-
 tung beteiligt hätten, weshalb sie ermahnt wurden,
 „sich gerechtere
 Ansichten über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu
 beschaffen.“
 Die barsche Beseitigung eines Blattes, das
 die politischen
 Anschauungen, Wünsche und Forderungen weiter gebildet
 hatte, vertrat und diese nun mundtot machte, mußte natürlich im ganzen
 preussischen Westen große Erbitterung hervorrufen und konnte nur
 dazu beitragen, den Staat um so rascher der Katastrophe von
 1848 entgegenzutreiben.

gödie der „Rheinischen Zeitung“ erhielt übrigens
 s burleskes Nachspiel. Der bisherige Zensur der
 Zeitung“, Ministerialsekretär von St. Paul, gab,
 In wieder nach Berlin zurückkehrte, einigen Freun-
 edessen, bei dem übermäßig populiert wurde, und
 besuchte er noch mit dem Zensur der „Rheinischen
 Assessor Grafen Fritz Eulenburg, der ebenfalls statt
 ar, ein öffentliches Haus. Dort verübte er mit
 er alsbald einen solchen Unfug, daß die Inhaberiu
 ie Polizei holen ließ, die die beiden Herren ins
 s steckte, aus dem sie erst am andern Morgen wieder
 en. Weiterhin erfolgten richterliche Bestrafungen.
 isekretär von St. Paul wurde kassiert, der Assessor
 enburg zu einer Buße von 25 Talern verurteilt und
 r Funktionen als Zensur enthoben. An seine Stelle
 ch der Divisionsprediger Grasshoff. Die ganze
 diese Skandalgeschichte natürlich mit einem gewissen
 hagen und wies besonders darauf hin, daß erst
 önig Friedrich Wilhelm IV. eine Verordnung er-
 ich der zu Zensoren nur „achtbare, moralische und
 inner“ genommen werden sollten.)*

harten Wuppertal entwickelte sich nnterdessen eine
 vative Presse. Bekanntlich erschienen dort, in Eber-
 zehnten zwei Blätter, die „Allgemeine Zeitung“ und
 z Zeitung“; diese wurden am 1. Juli 1834 zu
 verschmolzen, die nun den Titel „Eberfelder
 einigte Allgemeine Zeitung und Provinzialzeitung,
 ischler und Lucas“) erhielt. Am 1. Juli 1847
 Blatt in den ausschließlichen Besitz der Familie
 deren Händen es bis zum 31. März 1904 blieb.
 ndsten Redakteure der in Rede stehenden Periode
 artin Kuntel (1839—1843) und Dr. W. Rave

iches über diese Angelegenheit bei F. U. Bernays. Schand-
 charakteristik des deutschen Zensur- und Redaktorenapses.
 S. 11—15. Vergl. auch L. Berger, Der alte Partort, S. 396.

(1844—1864). Besonders Kunkel ordnete sich ganz der pietistisch-konservativen Partei unter, an deren Spitze der Pastor Fr. W. Krummacher, der bekannte Parabeldichter, stand, so daß der Verfasser der Broschüre „Deutschlands politische Zeitungen“ das harte Urteil über die Zeitung fällt: „Sie brennt förmlich vor Untertwürfigkeit; sie kann die Weisheit der Regierung nicht genug bewundern, und weil sie ihre eigene Beschränktheit erkennt, ist sie selig in der Theorie vom beschränkten Untertanenverstand.“ Dr. Rave schlug einen etwas freieren Ton an und hob die Zeitung auch einigermaßen über das Niveau des Lokalblattes.

Gleichzeitig mit der Fusion in Elberfeld trat 1834 die „Barmer Zeitung“ ins Leben. Sie wurde von dem Buchdrucker Friedrich Staats gegründet und erhielt als ihren ersten Leiter den Redakteur v. Czarnowski. Im Gegensatz zu ihrer Elberfelder Kollegin vertrat sie die liberalen Ideen der Zeit und hatte daher von manchen Anfechtungen zu leiden.

Recht kläglich siechte der einst von Arnold Mallinckrodt gegründete „Westphälische Anzeiger“ dahin (vergl. S. 55). Dr. Heinrich Schulz hatte ihm in Hamm keine neue Schwungkraft zu geben vermocht und verkaufte ihn daher 1841 an J. Bagel in Wesel, der ihm den Titel „Sprecher für Rheinland und Westfalen“ gab und ihm durch tüchtige Redakteure wieder emporzuhelfen suchte. So war es kein Geringerer als Moderich Benedix, der von 1841 bis 1842 das Blatt leitete, und von 1842 bis 1844 der geistvolle und kenntnisreiche Karl Grün. Nach dessen Übersiedelung nach Paris fand sich jedoch kein genügender Ersatz, so daß das einst so einflußreiche Blatt vollständig verkümmerte.

Ganz unbedeutend blieb auch die Presse in Krefeld. Seit 1829 erschien das Schüllersche „Wochenblatt“, seit 1822 „Intelligenzblatt für Krefeld“ geheißen, zwar zweimal in der Woche, erweiterte aber seinen Inhalt keineswegs. Als dann 1834 Karl Max Schüller das Zeitungsgeschäft übernahm, wurde das Blatt zwar täglich (mit Ausnahme des Montages) herausgegeben, der redaktionelle Teil blieb aber nach wie vor höchst dürftig. Auch während des regeren politischen Lebens von 1840 ab schwang

t zu keiner höheren Reglamkeit empor; es äuberte
in „Krefelder Kreis- und Intelligenzblatt“.
ausgesprochenen Abſicht, die gouvèrnementalen Inter-
ein entlang nachdrücklicher zu vertreten, gründete
or Bericht in Bonn den „Rheinischen Beob-
wurde dabei von der Regierung mit reichen Geld-
ität. Der Erfolg war jedoch außerordentlich gering;
Abonntenen ſoll ſich nicht über ſechshundert belaufen
Berchſche Blatt war“, ſchreibt ein zeitgenöſſiſcher
er deutſchen Preſſe, „der Gegenſtand einer man-
ſyſtematiſchen Geringschätzung“, und aus dieſem
:n ſogar ganz ausgezeichnete Arbeiten, die in der
enen, wie zum Beiſpiel die gebiegeneu Aufſätze, die
berſchrift „Politische Gänge“ zum Abdruck kamen,
er. Als in dem Sturmjahre 1848 die Subven-
Regierung aufhörten, nahm das Blatt ein plöz-

iſt noch von den Blättern des preußiſchen Weſtens
ſche Zeitung“ zu erwähnen, weil ſie den Mut
jen das Treiben des Biſchofs Arnolbi aufzulehnen
on dem ſtreitbaren Kirchenfürſten 1846 in Acht und
wurde. Inſolgedeſſen wurde jedem Katholiken, der
e Zeitung“ hielt, von den katholiſchen Geiſtlichen die
rweigert, was zu vielen Konfliktien führte.

1 den übrigen norddeutſchen Staaten. Die Zuſtände in Han-
annov. Zeitung“ und ihr Redakteur Perz. Die Cenſur wird
he des Königs gehandhabt. Die ſonſtigen hannoverſchen Blätter.
die Cenſur. Die Provinzpreſſe. Die Preſſe in Braunſchweig,
Mecklenburg. Die Hamburgiſchen Zeitungen. Der „Hamb.
öndent“, die „Hamb. N. Zeitung“, die „Vorſenſhalle“ x. Die
iſtiſchen Verhältniſſe. Die „Bremer Zeitung“. Die Gründung
lung“. Deren Redakteur Arens. Der „Bremer Kurier“. Die
on, Geſchichte des deutſchen Zeitungswesens. 24

Presse in Küberd. Das Zeitungswesen in Schleswig-Holstein. Die Wortführer für die deutschen Interessen und ihre Blätter. Die dänische Presse. Die kurfürstlichen Zeitungsverhältnisse. Sylvester Jordans Preßgesetz-Entwurf. Unrechtmäßige Beschränkungen. Die Klammerlichkeit der hiesigen Zeitungen. Achtung eines Zensurs. Abperrungen der „ausländischen“ Zeitungen. Die Situation in Sachsen. Die sächsischen Zensoren. Die „Leipziger Allgemeine Zeitung“. Ihre ersten Redaktionen. Wird in Preußen verboten. Anders den Titel in „Deutsche Allgem. Zeitung“ und wird wieder in Preußen zugelassen. Ist jetzt „weder kalt noch warm“. Die „Leipziger Zeitung“. Die kleineren sächsischen Zeitungen.

Die Presse der übrigen norddeutschen Staaten machte in der Periode von 1830 bis 1848 zwar ebenfalls einige Fortschritte; im großen und ganzen aber war doch im Verhältnis zu der allgemeinen Bewegung der Geister dieser ganze Zeitungsweesen äußerlich dürftig und eines gebildeten Volkes durchaus unwürdig. Der Grund lag einzig in dem schweren Druck, der jeder geistigen Bewegung, besonders aber jeder freiheitlichen, entgegengekehrt wurde.

Ganz erbärmliche Zustände herrschten im Königreich Hannover. Zunächst hinderte die Restaurationspolitik des Herzogs von Cambridge und dessen Ministers, des Grafen Münster, sie ziemlich jede fortschrittliche Entwicklung, und dann trat unter dem gewaltthätigen König Ernst August und seinem Minister v. Schele eine vollständige Stagnation im öffentlichen Leben ein. Der König schaltete ganz nach Belieben, brach die Verfassung und entzog aller Gerechtigkeit zum Hohn, die sieben Göttinger Professoren Dahlmann, Albrecht, die Gebrüder Grimm, Servinus, Erwit und Bilh. Ed. Weber, die gegen das rechtlose Vorgehen des Königs protestierten, ohne Rechtspruch ihrer Ämter. Natürlich durften er auch in der Presse keinen Widerspruch und ließ jeden seiner Verfolgten, der ein freies Wort wagte. Sogar die Zeitschriften im Jahre 1841 und Leuzkittel wurden sorgfältig überwacht, und erließ die Polizeidirektion eine ausführliche Verfügung über die Zensur der Bücher und Journale in diesen Anstalten. Jedes Buch und jedes Journal mußte auf seine Zulässigkeit geprüft werden und erhielt dann, wenn es nicht beanstandet wurde, einen Polizeistempel, für den ein Groschen zu entrichten war. Ungeprüft blieben Bücher und Journale durften nicht ausgeben werden.

Bei diesen Grundanschauungen über Recht und Gerechtigkeit konnte sich eine selbständige Presse nicht entwickeln. Die „Hannoverschen Nachrichten“, die von 1815 ab wöchentlich zweimal erschienen, unterrichteten ihre Leser nur höchst kümmerlich über die Vorgänge in der politischen Welt, und als sie mit dem Schlusse des Jahres 1831 eingingen, trat an ihre Stelle ein Blatt, das zwar als die erste politische Tageszeitung Hannovers bezeichnet werden kann, aber als das ausgesprochene Organ der Regierung von sehr zweifelhaftem Werte war. Es erhielt den Titel „Hannoversche Zeitung“ und als ersten Leiter keinen Geringeren als den Archivrat und Oberbibliothekar Dr. Georg Heinrich Perz, den bekannten Herausgeber der *Monumenta Germaniae historica*. Über das Verhältnis der Zeitung zur Regierung gibt am besten ein Bericht des hannoverschen Ministeriums an den König Ernst August vom 30. September 1837 Auskunft. In diesem heißt es: „Die ‚Hannoversche Zeitung‘ ist zwar kein offizielles Blatt, dennoch aber tritt bei ihr das besondere Verhältnis ein, daß sie nicht, wie solches andere Zeitungen und Zeitschriften gewöhnlich sind, ein Privatunternehmen, sondern, um einem allgemein empfundenen Bedürfnisse abzuhelfen, von der Regierung selbst gegründet ist, und daß daher auch die Redaktoren von der Regierung ernannt sind. Im Gefolge dieser, ohnehin widerrufflichen, Ernennung stehen die Redaktoren der ‚Hannoverschen Zeitung‘ in einem größeren Abhängigkeitsverhältnis zur Regierung, als die Redaktoren anderer Zeitungen und Zeitschriften, und hat man aus diesem Grunde geglaubt, demselben und insbesondere dem Hauptredakteur Archivrat Dr. Perz zugleich die Zensur übertragen zu dürfen, als der letztere nur unter der Bedingung, daß ihm die Zensur ebenfalls anvertraut werde, die Hauptredaktion übernehmen wollte.“

Die Redaktionstätigkeit des Dr. Perz erreichte jedoch bald ihr Ende; unter der Regierung des Herzog von Cambridge hatte sich Perz immerhin einigermaßen frei bewegen können, nachdem jedoch Ernst August den Thron bestiegen hatte, änderte sich das bald. Schon im Oktober 1837 wurde auf Befehl des Königs ein besonderer Zensur für die Zeitung eingesetzt und dieser Zensur

wie die Zeitung selbst dem Königlichen Kabinett unmittelbar unterstellt. Infolgedessen sah sich Perz gezwungen, von der Leitung der Zeitung zurückzutreten, und das Publikum erblickte in dem Blatte fortan nur das, was es in der That auch geworden war und blieb, „das Organ des Königlichen Kabinetts, ein gewissermaßen halboffizielles Blatt, eine Art Staatszeitung.“ Redakteur wurde Dr. Ley, der bisherige Unterredakteur, ein kenntnisreicher, aber sehr ängstlicher Mann, der sich den Anordnungen des Zensors ohne jede Widerrede unterwarf.

Diese Verhältnisse dauerten bis zum Jahre 1848; dabei strengte sich die „Hannoversche Zeitung“ auch keineswegs mit leitenden Artikeln und informierenden Aufsätzen an, sondern druckte nur Tatsächliches nach, so weit es in ihr Gebiet paßte, und war darum im Lande auch nur wegen ihrer amtlichen Mitteilungen verbreitet. Sehr bezeichnend war die Haltung des Blattes gegenüber der Erklärung, die die „Göttinger Sieben“ gegen den Staatsstreich des Königs Ernst August vom 1. November 1837 erließen. Das Blatt hat die Erklärung nie gebracht, wohl aber in Fälschungen und Entstellungen des Sachverhaltes das Mögliche geleistet.*)

Die Zensur wurde, wie ein amtlicher Bericht dartut, im allgemeinen mit besonderer Rücksicht auf die persönlichen Wünsche des Königs gehandhabt, und es wurde kein Artikel aufgenommen, der dagegen verstieß oder auswärtigen, besonders befreundeten Regierungen — namentlich der österreichischen oder preussischen — Anstoß geben konnte. Über den deutschen Bundestag und dessen Personale wurden keine Nachrichten aufgenommen, die nicht entweder als offizielle Artikel in der Frankfurter „Oberpostamtszeitung“ gestanden, oder die vorherige Genehmigung des Königlichen Kabinetts erhalten hatten. Die Berichte aus Wien und Berlin mußten dem Zensor oder dem Königlichen Kabinett vorgelegt werden, ehe sie für die Zeitung zurecht gemacht wurden.

*) Näheres bei Oppermann, Zur Geschichte des Königreichs Hannover von 1832 bis 1860. Lpzg. 1860—62, 2 Bde.

nement über die englische konservative Partei war nichtsofizielle Nachrichten über die englische Königin von einiger Erheblichkeit waren zur Genehmigung zu. Verhandlungen fremder Ständeversammlungen gebracht, wenn das Ergebnis oder die dabei von der Regierung abgegebenen Erklärungen im Sinne des Kabinetts ausgefallen waren. Zeitartikel mußten vorher dem Zensor mitgeteilt und von diesem unter dem Kabinetts zur Genehmigung vorgelegt werden.*)

er vollständig dominierenden und mit Ausnahme des gleich erscheinenden „Hannoverschen Zeitung“ konnte Zeitung von irgend welchem selbständigen Urteil existieren; die drei kleinen Blätter, die außerdem den wurden, nennen wir nur, um die Armseligkeit der Literatur Hannovers recht augenfällig zu illustrieren; Bedeutung würde sonst ihre Erwähnung nicht gerechtfertigen. Sie hießen „Die Posaune, Überlieferndem Vaterlande und dem Auslande, ein Tageblatt für Stände“, „Hannoversches Volksblatt“ und „Der Volksfreund“. „Die Posaune“ erfreute sich großen Beliebtheit; sie erschien seit dem 2. Okt. 1831 mal wöchentlich in Quart und wurde von dem in der populären Georg Harrys herausgegeben. Später der Sohn von Georg Harrys, Hermann Harrys, die konnte das Blatt von 1845 ab „Hannoversche Morgen- und ließ es von 1846 ab dreimal in der Woche erscheinend fügte er ihm allwöchentlich ein „Allgemeines Anzeigenblatt“ bei, das eine Zeitlang der Literarhistoriker bearbeitete. Das „Hannoversche Volksblatt“ wurde ab von Dr. W. Schröder herausgegeben, und „Der Volksfreund“ von 1845 ab von dem Freiherrn von Hammerstein. Das Schrödersche Blatt bestand aber mehr ein Unterhaltungs- und Witzblatt, das

*) Langemüller, Das Hannoversche Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Leipzig, Jahrbücher, Band 94, Heft 3.)

nur nebenbei kurze politische Nachrichten brachte; das Hammersteinsche Blatt ging 1848 ein.

Die Zensur gestattete diesen Blättern auch nicht die geringste freiheitliche Regung. Bis zu welchen lächerlichen Bedenken sich der Zensor bisweilen verstieg, möge nur die folgende Probe zeigen:

Am 7. Juli 1841, dem Tage der Beisehung der Königin Friederike, der Gemahlin des Königs Ernst August, die bekanntlich in zweiter Ehe mit dem Prinzen von Solms-Braunsfeld vermählt gewesen war, wollte die „Posaune“ einen Artikel veröffentlichen, worin auf eine Stelle in einem Briefe von Friedrich von Genz an Adam Müller hingewiesen war. Genz erzählt hier von seinem Zusammentreffen mit der Prinzessin von Solms in Tepliz und preist dabei die „wahrhaft erhabene Liebenswürdigkeit dieses mit nichts zu vergleichenden Engels.“ Dieser Stelle versagte der damalige für die „Posaune“ eingesetzte Zensor, der Bibliothekssekretär Siemsen, das Imprimatur, weil es ihm, wie er in seinem Berichte erklärte, „unpaßlich“ erschienen war, „am Tage der Beisehung Allerhöchst Ihrer Majestät der Königin an Allerhöchstdieselbe durch sentimentale und — wenn ich meinen Empfindungen trauen darf — dem Ernste der Trauerfeier des Tages nicht nur völlig unangemessene, sondern sie störende Mitteilungen über Allerhöchstderselben heiteres Jugendleben zu erinnern, statt der Gemahlin eines Großbritannischen Prinzen und der Königin von Hannover zu gedenken — und zwar mit der Ehrerbietung eines Untertans zu gedenken — namentlich wenn überdem solche Mitteilungen aus den Schriften eines Mannes entlehnt sind, dessen Charakter, besonders in Rücksicht der Sittlichkeit, in den Augen des Publikums gewiß mit Recht bedeutend gesunken ist.“

Einige Jahre später wurde die peinliche Rücksicht, die die Blätter auf das Königshaus und die königliche Regierung nehmen mußten, auch noch auf das königliche Theater ausgedehnt und der „Morgenzeitung“ 1845 durch Ministerialverfügung aufs allerstrengste aller und jeder Tadel der königlichen Theaterverwaltung untersagt.

Dieser unerhörte Druck wurde natürlich auch im ganzen ge-

sikum von Jahr zu Jahr schmerzlicher empfunden, r den Ständen 1846 der Entwurf eines Polizeivorgelegt wurde, stellten diese zu dem von Ueber- Jenfurvorschriften handelnden § 66 des Entwurfs itrag:

66 hat den Ständen dringende Veranlassung geben o viel besprochen und so höchst unbefriedigende Lage und insbesondere der vaterländischen Presse in ernst- ng zu ziehen. Je wohlbegründeter, nach der vor- isig Jahren bundesverfassungsmäßig gegebenen Zu- s Verlangen nach einer auf Pressefreiheit gebauten ung erscheinen muß, und je allgemeiner auch die in- ichten Erfahrungen über die Unhaltbarkeit und die eit des bisherigen Präventivsystems der Censur ent- dürften, desto zuversichtlicher glauben die Stände jnung überlassen zu dürfen, daß die Zeit endlich ge- wo der allgemeine Wunsch in Deutschland nach einer Pressegesetzgebung in Erfüllung gehen werde. Gleich- eu sich die Stände, daß für jetzt über die einstweilen noch ovisorische Bundespressegesetzgebung nicht hinwegzusehen u der Hauptsache für alle Schriften, die in Form täg- r oder heftweise erscheinen, desgleichen für Schriften g Bogen, vorgängige Genehmigung der Landesbehörde, vorgeschrieben ist. Wenn dagegen die hiesige Landes- ner Zeit noch über diese bundesgesetzlichen Schranken zen ist, statt diese schlechthin zum Grunde zu legen, , durch augenblickliche eigentümliche Verhältnisse her- veraltete und dunkle Censuredikte vom 6. Mai 1706*)

bis zum Jahre 1848 für das Königreich Hannover maßgebende n Georg Ludwig unter dem 6. Mai 1705 erlassene Censur-

wttes Gnaden, Wir Georg Ludwig, Herzog zu Braunschweig , des heil. Röm. Reichs Churfürst, und fügen hiermit zu wissen. merdet worden, daß ein- und andererseits ungerichtet — teils e Scripta in Unsern Landen zum Druck gekommen, oder auch anden Unsern Landeseingewesenen andernwärts zum Druck ge-

unterm 14. Oktober 1819 und 9. September 1824 von neuem in Kraft gesetzt hat, so hat dazu irgend ein genügender formeller oder materieller Grund gewiß nicht vorgelegen, und erscheint es umsomehr endlich an der Zeit, daß diese auffallenden und höchst drückenden Beschränkungen auf das ohnehin schon strenge Maß der Bundesbestimmungen zurückgeführt werden. Nach dieser Lage der Gesetzgebung haben die Stände billig Bedenken tragen müssen, durch Annahme des § 66 die angezogenen veralteten Bestimmungen ihrerseits zu billigen; sie ersuchen vielmehr die Königliche Regierung angelegentlichst und vertrauensvoll, so bald als tunlich auf eine zeitgemäße Preßgesetzgebung Bedacht zu nehmen, auch bei dem hohen deutschen Bunde geeignete Schritte tun zu wollen, um die Erfüllung der im Artikel 18 der Bundesakte enthaltenen Zusicherung herbeizuführen, jedenfalls aber sofort die Censur auf die nach den bundesgesetzlichen Bestimmungen irgend zulässigen Grenzen zu beschränken.“

Allein König Ernst August wollte von einer „zeitgemäßen Preßgesetzgebung“ absolut nichts wissen, wies die Stände schnöde ab und erklärte auch ein Jahr später, als Württemberg beim deutschen Bundestage die endliche Ausführung der im Artikel 18

bracht worden, solches aber nicht zu gestatten; Als verordnen wir hiermit, daß bei Fünffzig Thaler Straffe niemand von Unsern Untertanen oder Landeseingesessenen, es sey wer er wolle, ichtwas, es sey so wenig und geringe als es wolle, in= oder ausserhalb Unserer Lande drucken lassen, auch kein Buchdrucker in Unsern Landen von Fremdden so wenig als von Einheimischen daß geringste zu drucken übernehmen solle, es sey denn zuvor zur Censur gehörigen Orts eingeschicket und daselbst approbiret worden, und zwar soll solche Einschickung, wenn dasjenige was zu drucken verlangt wird, Publica und Staats= auch Policcy=sachen betrifft, an Unsere Geheimbte Rathsstube, wenn es Juridica betrifft, an Unsere Justiz=Canzley, wenn es aber Theologica, Philologica oder Philosophica betrifft, wie auch Leich=Predigten, Carmina und dergleichen, an Unser Consistorium geschehen. Wonach sich manniglich zu achten und für Schaden zu hüten. Zu desto besserer Rundmachung soll dieses aller gewöhnlicher Ohrten in Unsern Fürstenthümern und Landen öffentlich angeschlagen werden. Signatum Hannover 6. Mai 1705. Georg Ludwig Churfürst.“

der Bundesakte gegebenen Zusicherung beantragte, daß er von Preßfreiheit nichts wissen wolle. Schon wenige Monate später aber mußte er dann unfreiwillig das gestatten, was er freiwillig nicht hatte zugeben wollen.

Bei dieser vollständigen Unzulänglichkeit der hannoverschen Presse, an der auch die Provinzzeitungen (von denen nur dem Namen nach die Gerstenbergische „Hildesheimische allgemeine Zeitung“, die Brandische „Hildesheimische Zeitung“ und die von Theodor Hahn in Emden herausgegebene „Ostfriesische Zeitung“ genannt sein mögen) nichts änderten, da sie allesamt über den Charakter des Lokalblattes nicht hinaus kamen, gab es somit im ganzen hannoverschen Königreiche bis 1848 keine einzige selbständige politische Zeitung. 1700000 Einwohner durften im Lande nichts öffentlich äußern, was der Regierung nicht gefiel, und schöpften daher, wie Oppermann berichtet, alle politische Anregung im Norden von der „Bremer“- und „Weserzeitung“, zum Theil auch von dem „Hamburger unparteiischen Korrespondenten“ und der „Börsenhalle“, im Süden von Frankfurter und Kasseler Zeitungen. Von 1847 ab war namentlich auch die „Kölnische Zeitung“ sehr verbreitet. In den Klubs, Konditoreien u. s. w. fand man außerdem die Augsburger „Allgemeine Zeitung“, die „Deutsche Zeitung“ von Gervinus und auch wohl, besonders seit 1847, die „Preußische Staatszeitung“.

Im benachbarten Braunschweig gab die Verlagsbuchhandlung von Friedrich Bieweg und Sohn vom September 1831 ab eine „Deutsche National-Zeitung für Braunschweig und Hannover“ heraus. Das Blatt erschien täglich mit Ausnahme des Sonntags in Folio, von 1832 ab in Groß-Folio zum Preise von 17 Mk. jährlich. Sein Redakteur Dr. Hermes, der nach dem Beispiele der englischen und französischen Zeitungen auch den Leitartikel bei ihm einführte, huldigte aufangs der konstitutionellen Schultheorie, lenkte dann aber mehr und mehr in das reaktionäre Fahrwasser ein, so daß der Wahlpruch der Zeitung „Nunquam retrorsum“ zur Satire wurde. Sehr lange währte dieses Schauspiel jedoch nicht. Die Weisheit der braunschweigischen Regierung erachtete

die Zeitung trotz deren Bescheidenheit und Bescheidenheit schließlich für staatsgefährlich und unterdrückte sie Ende 1837 ohne Angabe eines gesetzlichen oder politischen Grundes.

In Mecklenburg erschienen zwar bereits seit dem achtzehnten Jahrhundert drei Zeitungen (vergl. Bd. I, S. 160), in Rostock seit 1711 der „Auszug der neuesten Zeitungen“, von 1847 ab „Rostocker Zeitung“ genannt, in Schwerin seit 1757 die „Neue Schwerinische Politische Zeitung“, die 1848 den Titel „Mecklenburgische Zeitung“ erhielt, und in Wismar seit 1795 die „Politischen Neuigkeiten“, von 1801 ab „Wismarische Zeitung“, und seit 1867 „Mecklenburger Tageblatt“ genannt. Alle drei Blätter brachten aber bis 1848 nur kümmerliche Exzerpte aus anderen deutschen Zeitungen und mußten auf die Wiedergabe eigener politischer Ansichten vollständig verzichten. Im Dez. 1845 sah sich das Rostocker Blatt sogar genöthigt, seinen Lesern mitzutheilen, daß ihm durch ein Reskript der Regierung der fernere Abdruck der Berichte über die Landtagsverhandlungen bei hundert Talern Strafe unterjagt worden sei. Die Regierung griff wahr scheinlich zu dieser Maßregel in Folge eines Vorgehens der landtagsberechtigten Grundbesitzer in diesem Jahre, welche 21 Punkte zur Diskussion stellten, von denen in Punkt 3 die Aufhebung der Zensur und die Erfüllung des schon vor langer Zeit gegebenen Versprechens der Einführung von Pressegesetzen und in Punkt 2 die gleichförmige Besteuerung der durch die Post bezogenen Zeitungen ohne Rücksicht auf ihre politische Farbe verlangt wurde. Natürlich ging es diesen Abgeordneten ganz ebenso, wie der hannoverschen Ständen; auch sie wurden kurzerhand abgemahnet.

Etwas mehr Leben zeigte sich in den Hansestädten. Das Interesse klagte ein zeitgenössischer Schriftsteller noch 1844: „Das Interesse an der Zeitgeschichte ist in Hamburg noch sehr schwach“, und das selbe hätte er auch von Lübeck und Bremen sagen können; doch ließ es sich die Presse angelegen sein, dieses schwache Interesse so viel wie möglich zu heben, besonders durch lebhaftere Erörterung der Tagesfragen, wobei freilich hinsichtlich der deutschen Angelegenheiten bisweilen Ansichten vertreten wurden, die heute als recht eugherzig und kurzichtig erscheinen.

Spitze der Hamburgischen Zeitungen (vergl. ob. nach wie vor der „Hamburgische unparteiische Correspondent“ mit seinem tüchtigen Redakteur A. Vom 1. Juli 1830 ab erschien die Zeitung täglich, 6 ging sie vom Klein-Quart zum Groß-Quart über, im Laufe der Jahre noch einige weitere Vergrößerungen, bis schließlich 1870 das Großfolio-Format antrab. Rückwärtsigerweise war es bis in die vierdes 19. Jahrhunderts hinein nicht Brauch, beim sel die heute allgemein üblichen Abonnements-Ein-erlassen, weshalb auch über den Abonnementspreis eres mehr festgesetzt werden kann. Die Mahnung, ent zu erneuern, lautete in der Regel nur: „Wegen Quartaals werden die Herren Interessenten dieser Gelehrten-Zeitung dienstlich erinnert, den Abtrag einzufenden.“ Hiernach wurde also postnumerando

in politischen Teile sah sich der „Korrespondent“ sehr r und Preußen beengt; von beiden Seiten wurde Druck auf ihn ausgeübt, und Preußen zwang ihn r die reaktionären kirchlichen Verordnungen einzu-gegen die von Ronge und Wällicenus hervorgeru-ten Bewegungen ersieh. Doch konnte er trotz alledem er eine freimütige Äußerung tun, da der Zensor Dr. a durchaus liberaler Mann war, der sogar dann ber eine Nase riskierte, als daß er einen guten Ge-

Mau traute daher in Berlin der Zeitung auch und der Geh. Reg.-Rat v. Nehfues behauptete denn er wiederholt erwähnten großen Denkschrift vom : 1833, daß der „Hamburgische Korrespondent“ den riguen der Hauptstadt“ willig dienstbar sei. Den jenheiten gegenüber verhielt sich die Zeitung auch herordentlich zurückhaltend. Eine besondere Rubrik hrichten egzistierte bis 1848 nicht.

amburgische Neue Zeitung“ unternahm den unterdrückte „Rheinische Zeitung“ zu ersetzen, und

beß in dem gewandten Redakteur Fr. Wille auch eine ganz geeignete Kraft dazu. Sie begann also freisinnige Korrespondenzen aus Berlin zu bringen, zog dadurch aber sehr bald die Aufmerksamkeit der preussischen Regierung auf sich und sollte die Folgen sehr bald verspüren. Preußen beschwerte sich über diese „zum Mißvergnügen und zur Unzufriedenheit aufreizenden Artikel“ beim Hamburger Senat, und die fraglichen Korrespondenzen erschienen alsbald seltener und zäher. Darauf gab aber im Oktober 1843 Fr. Wille seine Stelle auf und übernahm die Leitung des „Wandbeger Intelligenzblattes“, das damals ein einflußreiches Organ der schleswig-holsteinischen Partei war. Der Weggang Willes sollte der Zeitung jedoch verhängnisvoll werden; die beiden neuen Redakteure K. Fischer (zugleich Eigentümer) und Grifflin vermochten das Blatt nicht auf seiner bisherigen Höhe zu erhalten, worauf es 1846 einging.

Die „Börsehalle“, deren Domäne von jeher die Handelsfragen waren, eiferte besonders lebhaft gegen den in der Bildung begriffenen Zollverein, wobei sie übrigens vom „Korrespondenten“ getreulich unterstützt wurde. Doch war ihr Hauptredakteur Schäßler trotz alledem auch ein guter Deutscher, der eines Tages den Artikel über Schleswig-Holstein unter der Rubrik „Deutsche Bundesstaaten“ stellte. Das erregte aber bei der dänischen Regierung höchstes Mißfallen, und sie kündigte der „Börsehalle“ an, daß ihr Betrieb in Dänemark verboten werden würde, falls die Redaktion diese ungehörige Rubrizierung beibehalte. Schleswig-Holstein kam darauf wieder zu Dänemark. Von 1838 bis 1840 redigierte der von einem überschwenglichen Deismus erfüllte Franz von Florencourt (geb. 1803, gest. 1866) die Beilage „Literarische und kritische Blätter der Börsehalle“ und verteidigte dort in vielen Artikeln die Rechte der katholischen Kirche gegen die Eingriffe der preussischen Regierung in Erzbistum Köln. Später sammelte er diese Aufsätze in dem Buch „Deutschland“ in der „Börsehalle“ unter dem Titel „Kirchenpartei“.

er vierziger Jahre Senator und später sogar erster
r von Hamburg wurde.

Wöchentlichen gemeinnützigen Nachrichten“
in dem in Rede stehenden Zeitabschnitte nicht viel
1 Intelligenzblatt, erreichten aber nach und nach die
00 Abonnenten. Der „Freischütz“, der weit besser
heißen hätte, beschäftigte sich nach wie vor fast nur
und literarischen Angelegenheiten, wurde aber von
teur Ludwig Venz und dessen fleißigem Adlatus
velsohn ganz geschickt geleitet.

Luwachs erfuhr schließlich die Hamburger Presse noch
n Christoph Marquard Ed 1842 in dem hambur-
Bergeborf gegründete „Bergeborfer Wochenblatt“,
43 anlässlich der Eröffnung der Berlin-Hamburger
Titel in „Eisenbahn-Zeitung“ änderte. Doch
eitung 1865 nach Lübeck über, wo sie noch die Lokal-
der Nachrichten“ erhielt. Eigentümerin wurde als
er C. W. Edjchen Erben die bekannte Schriftstellerin

men trat eine größere Regsamkeit auf dem Gebiete
stik erst mit dem Beginne der vierziger Jahre ein.
jatte die 1813 gegründete „Bremer Zeitung für
ehrten- und Handelsfachen“ nur ein sehr bescheidenes
. In kleinem Format, auf grauem Böschpapier ge-
: sie nur höchst dürftige Mitteilungen von den Welt-
noch kümmerlicher waren der 1816 ins Leben ge-
erfreund“, der dann 1866 einging, und die „Bremer
1743 als „Bremer Wöchentliche Nachrichten“ gegrün-
nn aber nach der Thronbesteigung Friedrich Wil-
allen politischen Kreisen ein neues Leben zu pulstieren
e sich der intelligente Bürgermeister Smidt, auch für
e Segel aufzugeben. Während die Stadtverwaltung
r Presse sehr unfreundlich und selbst feindselig ge-
urde sie jetzt die entschiedenste Gönnerin des Jour-
Der Bürgermeister Smidt veranlaßte den Eigen-

tümer der „Bremer Zeitung“, den Buchhändler Heyse, sein Blatt zeitgemäß umzugestalten, und darauf erschien es vom 1. November 1843 ab wesentlich reichhaltiger, mit vielen Privatkorrespondenzen und wertvollen Aufsätzen, u. a. auch von Adolph Stahr. Die Zeitung kam täglich in 1½ bis 2 Bogen heraus und lieferte außerdem in dem Supplement (½ Bogen), das abends ausgegeben wurde, die neuesten Nachrichten aus Paris und Madrid, die erst am folgenden Morgen nach Hamburg gelangten und dort erst am folgenden Abend in der „Börsenhalle“ und in der „Hamburger Neuen Zeitung“ mitgeteilt wurden. In ihrer Haltung war sie liberal, doch kämpfte sie, ganz wie die Hamburger „Börsenhalle“, ebenfalls gegen den Zollverein, auch zeigte sich eine gewisse konservative protestantisch-theologische Richtung, die besonders bei ihrem Berliner Korrespondenten zum Ausdruck kam und ihrem sonst geäußerten Liberalismus nicht selten Eintrag tat.

Mit der „Bremer Zeitung“ allein begnügte sich aber der Bürgermeister Smidt noch nicht; er wünschte auch noch eine große Zeitung, die vor allem den Interessen des Handels und der Schifffahrt Bremens diene, denen er mit energischer Hand durch die Gründung Bremerhavens den so notwendigen Ein- und Ausgangspunkt geschaffen hatte, und weiterhin den Interessen des Seehandels überhaupt, damit diese stärker als bisher durch die Tagespresse in der erwachenden öffentlichen Meinung Deutschlands zur Geltung gebracht würden. Er forderte daher den Buchhändler Gustav Bernhard Schönemann auf, eine solche Zeitung ins Leben zu rufen, und traf dabei auch den für das neue Unternehmen geeigneten Mann. Schönemann erfaßte das Projekt ganz von der richtigen Seite und fand auch in Dr. Thomas Arens, einem geborenen Bremer, sehr bald den geeigneten Leiter, der dem Blatte von vornherein einen fest umrissenen Charakter gab, den es noch jetzt trägt: besonnene Vertretung einer freiheitlichen Entwicklung in materiellen wie in geistigen Dingen, Verteidigung und Förderung der deutschen Handels- und Schifffahrtsinteressen und vor allem Pflege des nationalen, des Vaterlandes Einheit, Freiheit und Recht anstrebenden Sinnes. Mit dem 1. Januar 1844 trat das Blatt unter dem Namen „Wefer-

us Leben. Es erschien in Groß-Folio und kostete
d = 20 Mark für das Jahr.

redakteure standen Arens zunächst Dr. jur. Wigault
r. Nikolaus Delius, der spätere Bonner Professor,

war es Arens nur vergönnt, die Zeitung eine kurze
Jahren zu leiten; bereits am 10. November 1850
33 Jahre alt. In einem Nekrologe*) wies Otto
nachdrücklich auf die Bedeutung des Dahingeshie-
e nordwestliche deutsche Presse hin. „Die Hamburger
ner Presse“, sagte er, „waren in jener Zeit (zu An-
rzigiger Jahre) politisch so gut wie bedeutungslos;
Hannover, Braunschweig, Westfalen, kurz das ganze
Nordsee und Elbe bis an die Grenzen der preußischen
war trotz seiner vielfältigen und wichtigen Interessen
hen Presse unvertreten, und eine solche Vertretung
war die Aufgabe, welche Arens aller unberechenbaren
ige kaum mehr glaubhaften Schwierigkeiten unerachtet
Ursprünglich gegen seine innere Neigung, aber trotz-
n aufopferndsten Eifer widmete er sich dem müh-
eibenden, danklosen Verufe eines Tageschriftstellers,
jer Bahn, wo alles zu schaffen und zu organisieren
es ihm, in kurzer Zeit ein Institut zu begründen,
i im ersten Jahre seines Bestehens unbestritten einen
und einflußreichen Platz einnahm und die Anregung
n vollständigen Umschwunge der norddeutschen Tages-

s Hauptziel alles zu Erstrebenden stellte Arens die
inheit hin, und dabei blickte er voll Vertrauen in die
ging daher durch alle seine Darlegungen ein frischer
rutschritt. Des weiteren kämpfte er für Preß- und
eit, für das Verfassungsrecht in Preußen, und, als
hleswig-holsteinische Frage aufzutauhen begann, für
er beiden Herzogtümer. Daß er auch den Handels-

er-Zeitung“ vom 11. Nov. 1850.

und Schifffahrtsverhältnissen die größte Beachtung zugewandt; selbstverständlich.

Ein solches frisch-frohes Eintreten für die neuen Ziele konnte natürlich in der vormärzlichen Zeit den Ansprüchen der Regierung nicht entgehen. Weniger mit der Zeiturtheil (die in Bremen milde gehandhabt wurde), als mit den Reklamationen deutscher Kabinette waren, wie Gilbemeister in dem erwähnten Nekrologe berichtet, unablässige Kämpfe zu bestehen, und nach und nach bildete sich in Berlin und Wien eine ausgeprägte Feindseligkeit gegen die „Weser-Zeitung“ aus, die schließlich 1846 bis zum Verbote des Blattes in Preußen führte. Nichtsdestoweniger führte Arens fort, Preußens großen deutschen Verus zu vertreten.

Zu diesen beiden großen Zeitungen trat schließlich noch eine dritte, der „Bremer Kurier“, der am 1. Januar 1846 durch R. A. Ordemann gegründet wurde und nachdrücklich die demokratische Tendenz verfolgte. In ihm kündigte sich bereits das Brausen der kommenden Sturmjahre an.

Am wenigsten war der Pulsschlag der neuen Zeit in Lübeck zu spüren. Der Chronist der „Lübedischen Anzeigen“ (vergl. S. 278) gesteht selbst, daß die Geschichte Lübecks seit der Fremdherrschaft bis zur Mitte des neunzehnten Jahrhunderts wenig Bemerkenswertes aufweise. Das wichtigste Ereignis war die Einrichtung einer Dampfschiffverbindung mit Riga und Peteroburg, die den Lübedisch-russischen Handel neu belebte.

Diese große Regsamkeit hatte denn auch zur Folge, daß die „Lübedischen Anzeigen“ vom 1. Januar 1845 ab viermal wöchentlich erschienen, nämlich Montags, Mittwochs, Freitags und Sonnabends.

Als eine Art Ergänzung der „Anzeigen“ können die neuen Lübedischen Blätter betrachtet werden, die 1833 ins Leben traten und nur wöchentlich erschienen. Sie brachten zwar zunächst bloß belehrende und unterhaltende Aufsätze, wandten sich dann aber, als die allgemeine Erregung immer mehr wuchs, auch den politischen Interessen der Lübedischen Bevölkerung zu und sprachen sich hierbei immer im Sinne der Reformen und des Fortschritts aus.

Ein Anhängel der Lübedischen Presse bildeten die „Lübe-

ie der Badearzt Dr. Saff in Travemünde von 1843 nahe der läbedischen Grenze gelegenen Städtchen scheinen ließ. Sie brachten Artikel über Lübeck, denen der Hansestadt das Imprimatur verweigerte, u. a. der Feder des durch die Lübecker Unruhen 1843 verordneten Kaufmanns und Schüttingbruders J. D.

1 einer Anzahl Lübedischer Bürger auf Veranlassung Wienberg 1844 unternommener Versuch, eine große e merkantilsch-politische Zeitung“ zu gründen, Alsenburg und Holstein „geistig versorgen und ver- ste, blieb erfolglos. Wahrscheinlich scheiterte das an dem Mangel an Mitteln.

ter tieferen Erregung wurde nach und nach die Presse ig-Holstein ergriffen. Bisher hatten sich die Herzogtümer wenig bemerkbar gemacht und unter einer u ein recht beschauliches Leben geführt; als aber mit der vierziger Jahre die sogenannte schleswig-hol- ige mehr und mehr hervortrat und die Danisirungs- Regierung in Kopenhagen immer drückender em- de, regte sich die Volksstimme allerwärts und kam den Ständeversammlungen, sondern auch in der Ausdruck. Diese bestand in der Hauptsache aus en Anzahl kleinerer Blätter, in denen sich aber lebhafteste Teilnahme an den Fragen des Tages audebaul oder dänische Fiskalbau, Deutsch oder Schleswig, Dänemark bis zur Eider oder Deutschland Karlen Zültsands, deutsches oder dänisches Kommando, fremde Münze, Verfassung, gänzliche Verschmelzung gtümer, Anschluß Schwedwigs an den deutschen Bund, age, Deutsch als vorherrschende oder alleinige Sprache wigischen Ständeversammlung — das alles und noch waren die Parolen des Tages. Der weitaus größte ölterung trat natürlich für die deutschen Interessen rtsführer waren der Landinspektor Tiedemann, Theodor Dr. Heiberg d. Ält., Hansen in Eckerupförde, Wefeler,

Gülich, Vöck, Prof. Falk, Advokat Claussen und der leidenschaftliche Justizrat Hegewisch. Auf der dänischen Seite standen die Professoren Paulsen und Flor in Kiel, Peter Hjort Lorenzen, der Deputierte für Sonderburg, Kaufmann in Hadersleben, und noch einige Di minorum gentium.

Für die schleswig-holsteinische Sache kämpften das „Rendsburger“, „Eckensförder“, „Odesloer“ und „Sonderburger Wochenblatt“, späterhin auch die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ in Altona, das „Wandsbeker Intelligenzblatt“, das „Theodor Wochenblatt“ und die „Dyna“ in Hadersleben. Das „Rendsburger Wochenblatt“ wurde etwa seit dem Jahre 1843 sozusagen das offizielle Blatt der schleswig-holsteinischen Partei und gewann dadurch wesentlich an Bedeutung und Verbreitung. Hanfen waren besonders dafür tätig. Den größten Einfluss übte wohl das „Theodor Wochenblatt“ aus, das 7000 Abonnenten besaß und in dieser erregten Zeit an 300000 Leser gehabt haben soll. Es erschien auch in weit größerem Formate, als die anderen Wochenblätter und umfaßte meist 8 Folienseiten. Sehr oft ergriffen die Leser selbst darin das Wort, so daß ein zeitgenössischer Schützbere jener Zeit meinte: „Man könnte sagen: der Bürgerstand redigiert das Blatt selbst. Jeder schreibt, wie ihm der Schnabel gewachsen ist. Fehlt dabei auch die höhere Einsicht so hat man dafür Einfachheit, Ungefehmtheit und Verschämtheit als Ersatz“. Die Haderslebener „Dyna“, die zweimal wöchentlich erschien, war nur Kampfblatt, und in ihr saßen die gewandtesten Kämpfer zum Wort. Sie war der Vorposten, der nie schlafen durfte, wenn nicht der Feind, der dicht an der Grenze lauerte, ihn und das ganze Lager überrollen sollte. In allen zu Zeiten auch Artikel in dänischer Sprache für die Vorposten der deutschen Sache. Eine Art Sonderstellung nahm das „Kielesche Wochenblatt“ ein, das Theodor Elshausen (geb. 19. März 1869 in Hamburg) von 1820 bis 1848 herausgab. Die Zeitung wurde von einer durchaus patriotischen Besinnung getragen, aber sie war, entgegen den übrigen patriotischen Blättern, gegen die Vereinigung der Herzogtümer: in 1848

1 Fragen stand sie dagegen durchaus auf der Seite der Ehrlichkeit. In den letzten Jahren, nachdem er in die der Altona—Kieler Eisenbahn eingetreten war, schrieb übrigens nur noch wenig für das Blatt; die Leitung zum Advokaten Hedde abgetreten.

in geringem Maße beteiligte sich an den innern Fragen der „Merkur“. Er haßte zwar die Dänen, wollte aber stürmischen „Brauseldöpfen“ der schleswig-holsteinischen Sympathisiererei und vermied es ängstlich, sich tiefer einzulassen. Er strebte mehr danach, ein alldeutsches Blatt zu sein, wobei er sich die Hamburger zum Muster nahm.

über dieser nationalen Presse nahm sich die dänische recht ärmlich aus; sie bestand aus der 1838 gegründeten „Dannevirke“ in Schleswig, redigiert von P. Ch. Koch, „Hamburger Zeitung“ (gegr. 1840), der „Fria“ des Uhrschers in Altona und dem „Breeker Wochenblatt“. Die „Fria“ schlug einen sehr hochfahrenden Ton an und betonte edler Dreistigkeit, ganz Schleswig gehöre den Dänen bloß dem König-Herzoge; noch heftiger trat die „Frens-itung“ auf, die, indem sie sich die Miene gab, die des mit Dänemark engverbundenen Flensburger zu vertreten, für die dänische Filialbank agitierte, die Blätter denunzierte und deren Bestrebungen als unzulässig anstellte. Die Entrüstung über das Blatt war denn auch nicht gering.

Wegen dieser allgemeinen tiefen Bewegung in der Presse des Holsteins verschärfte die dänische Regierung die Zensur mehr; schließlich mußte von jedem größeren Artikel das Exemplar eingereicht werden, und sogar in duplo, damit dann auch das eine Exemplar in Verwahrjam behalten konnte.*)

*) Die politische Tagespresse Deutschlands während des Jahres 1848, Hermanns Deutsche Monatschrift 1844, Maiheft, ein mit vieler geschriebener Artikel, dem wir auch sonst des öfteren in diesem folgt sind.

Geradezu kläglich und unwürdig waren die Preßverhältnisse im Kurfürstentum Hessen. Dort herrschte seit 1821 der starrsinnige und jedes politischen Verständnisses bare Kurfürst Wilhelm II., der noch dazu durch ein skandalöses Privatleben allgemeinen Unwillen erregte. Es brachen daher bei der allgemeinen Bewegung, die 1830 Deutschland ergriff, Unruhen in Hessen aus, und der Kurfürst mußte sich bequemen, einer neuen Verfassungsurkunde zuzustimmen, die er am 5. Januar 1831 unterzeichnete. In dieser war auch von der Freiheit der Presse und des Buchhandels die Rede; sie sollte durch ein Gesetz gegen Preßvergehen geregelt werden. Allein der Gesetzentwurf, den der Minister Eggenia vorlegte, fand nicht den Beifall der Stände; besonders nahmen diese Anstand daran, daß nicht der Weg des Anklageprozesses mit öffentlichem und mündlichem Verfahren eingeschlagen worden sei. Sylvester Jordan, der bekannte hessische Politiker, arbeitete daher einen neuen Entwurf aus. Er bemerkte dabei: „Hat eine Regierung die Arme ihres Volkes nicht zu fürchten, wie kann sie vor den Druckschriften einiger Wenigen in Angst geraten. Jede Regierung möge wohl beherzigen, daß ihr niemand schaden, niemand ihre Würde verletzen und niemand, wenn man von äußeren Gefahren absieht, sie stürzen kann, als sie selbst. Eine Regierung, welche das freie Urtheil über ihre Einrichtungen und Handlungen scheut, steht in dem Wahne, daß sie unfehlbar sei, oder will das Bessere nicht, da sie Belehrung zu vermeiden sucht.“

Der Entwurf Sylvester Jordans fand aber nicht den Beifall der Regierung, und so kam gar kein Preßgesetz zu stande; das Zensuramt aber wurde unterdessen vom Minister des Innern selbst mit aller Strenge gehandhabt. Infolgedessen kam es zu vielen Klagen der Zeitungsredaktionen über willkürliche Behandlung der Zensur, so daß schließlich der Minister Hasseupflug den Ständen einen neuen Entwurf eines Gesetzes über die Vergehungen durch die Presse und den Buchhandel unterbreitete. Dieser Entwurf enthielt zunächst ein Kapitel über die vorbeugenden Maßregeln und beschäftigte sich dann in einem zweiten mit den durch Mißbrauch der Presse verübten Vergehungen und deren Bestrafung.

Unter die vorbeugenden Maßregeln war Erlaubnis zur Anlegung einer Druckerei und zur Errichtung einer Buchhandlung gerechnet, ausgedehnt auf die ohne Erlaubnis schon bestehenden Anstalten dieser Art, also mit Aufhebung der nach den ergangenen gerichtlichen Erkenntnissen für den Betrieb des Buchhandels bestehenden Konzessionsfreiheit. Auch für die Herausgabe eines periodischen Blattes war, mit Aufhebung des gerichtlich anerkannten Rechtszustandes, die Einholung der Erlaubnis, unter Kautionsbestellung, daneben aber Zensur für alle im Bundesbeschlusse von 1819 erwähnten Schriften, gefordert, und zwar nicht bloß vorübergehend, für die Dauer jenes Beschlusses, sondern für alle Zeiten.

Diesen Entwurf wiesen die Stände mit Entrüstung zurück, da besonders die vorbeugenden Maßregeln der Verfassungsurkunde zuwider seien, worauf die Zustände abermals beim Alten blieben, jedoch nur bis zur Mitte des Jahrzehnts. Denn 1834 hatten in Wien Ministerkonferenzen stattgefunden, deren geheime Beschlüsse direkt gegen die einzelnen Repräsentativverfassungen gerichtet waren und deren Befugnisse beschränken sollten. Auch der Bevollmächtigte von Kurhessen, Herr von Trott, hatte die Konferenz-Protokolle mit unterschrieben und dadurch eine wesentliche Beschränkung der Presse seines Landes herbeigeführt. Denn nach der Vereinbarung war eine Herausgabe neuer politischer Tageblätter ohne vorgängige Erwirkung einer Konzession nicht gestattet, obwohl nach der kurhessischen Verfassungsurkunde keine Konzession für die Herausgabe eines politischen Blattes erforderlich war. *)

Dieser unrechtmäßigen Beschränkung folgten bald viele andere, so daß die beiden Zeitungen der Residenz, die von Dr. S. Pinhas herausgegebene amtliche „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ und die „Kurhessische Zeitung“, sowie das vom Hofrat Niezmeier redigierte Wochenblatt „Der Bote aus Kassel“, sich nur in den engsten Grenzen bewegen konnten. Ebenso erging es der „Hannauer Zeitung“ und dem „Hessenboten“, der in Hersfeld erschien.

*) N. W. Wippermann, Kurhessen seit dem Freiheitskriege. Kassel 1850. S. 260, 275, 311.

Die „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ soll nach Friedrich Detker bloß 500 bis 600 Abonnenten gehabt und sich nur deshalb gehalten haben, weil sie bereits seit 1814 bestand und darum bei dem lebenden Geschlechte die stille Macht der Gewohnheit für sich hatte. „Das war aber auch,“ meint Detker, „so ziemlich alles. Zu einer eingreifenden Wirksamkeit, oder auch nur zu einer lebendigen Rührigkeit in irgend einer Richtung brachte die Zeitung es niemals. Die Zensur und noch mehr die Ängstlichkeit des Herausgebers, der im übrigen sehr tüchtig war, machten jeden Aufschwung unmöglich.“*) Etwas günstiger urteilt ein anderer heffischer Schriftsteller, Fr. Müller. „Die Zeitung war ein wahres Compendium für spezielle und allgemeine Politik“, sagt er. „Wer sich noch heute über die eigentliche Lage der damaligen Weltverhältnisse, sowohl im Großen wie im Kleinen, orientieren will, braucht nur in ihr nachzuschlagen. Ihr sonntägliches Beiblatt enthält Schätze für ernste Wissenschaft, Literatur- und Kunstgeschichte. Nur in betreff unserer heffischen Verhältnisse würde man vergebens nach einer anderen Auskunft als einer offiziellen suchen, und diese floß ihr in kärglichstem Maße zu. Überhaupt sorgte schon die Zensur dafür, daß nur das bekannt und öffentlich besprochen wurde, was nach oben keinen Anstand erregte — und was erregte nicht alles an diesem Orte Anstand!“**)

Die Zensur war längere Zeit einem alten engherzigen Regierungsrate übertragen, der sich aber mehr und mehr verhaßt machte, und den schließlich der Fluch des Lächerlichen traf. „Eines schönen Morgens“, erzählt Fr. Müller (Bd. II, S. 32), „erblickte er vor seinem Hause eine Ansammlung von Menschen, die verwundert und höhnisch zu seinen Fenstern empor sah. Als er nun selbst nachsehen wollte, was das bedeutete, machte er mit Schrecken die Bemerkung, daß in der Nacht eine volle Tintenflasche bis zu seinem stillen Mhyle geschleudert worden, und der Inhalt eine breite Spur von oben bis unten zurückgelassen hatte. Dieser in der

*) Friedrich Detker, Lebenserinnerungen. Stuttg. 1877, Bd. I, S. 248.

**) Fr. Müller, Kassel seit siebenzig Jahren. Kassel 1876, Bd. I, S. 198.

warzen Tat fühlte sich sein Mut nicht mehr gewachsen. dringlichsten ministeriellen Ermahnungen konnten ihn nicht, noch länger des traurigen Amtes zu walten. Nun war es schwer, einen Ersatz für ihn zu finden; freiwillig ließ sich niemand mehr dazu bequemen. Einige Personen, die auf ihre sonstige dienstliche Stellung dazu gezwungen waren, übten nicht die Zensur nach Cassenpflugschem Gebräuche, sondern unter andern nicht der liberale Landesbibliothekar Dr. Gieseler, wessen die Ironie des Schicksals zu dem preßmörderischen Verurtheilung berief. Doch wurde derselbe bald wieder davon entsetzt. Das Ministerium schöpfte den Verdacht, daß er nur die Zensur streiche, die ihm nicht liberal genug vorgekommen. Aber gewiß nur unbegründeter Verdacht, denn auch für den Zensur gab es damals Gelegenheit, gar zu befreihauschreitungen, und zwar im Interesse der eigenen Sache, nicht aufkommen zu lassen. Um sich die Gewissheit zu verschaffen, daß die Zensur durchaus im Regierungsverdienst über werde, griff man zu dem gewiß nicht versagenden Ministerium selbst beschäftigte Beamte damit zu betrauen. Auf diese Weise war die in der Verfassung zugesagte Freiheit der Presse in die vollständigste Abhängigkeit von der Regierung umgewandelt. Kein Wunder also, daß das Verlangen nach Pressefreiheit immer stürmischer sich geltend machte.“

Die Regierung wachte jedoch nicht nur über die Zeitungen des Vaterlandes, sondern auch über die „ausländischen“, und verbot allen den Eintritt in die hessen-kasselschen Lande, die die hiesigen Zustände ungünstig ausließen. Infolgedessen sehr viele deutsche Zeitungen in Kurhessen verboten. Die „Kölnische Zeitung“, die „Weser-Zeitung“, die „Dorfer Zeitung“, die „Mannheimer Abendzeitung“, die „Aachener Zeitung“ wurden auch die sämtlichen Buchhandlungen des Landes sorgfältig kontrolliert. Sie hatten von der Polizeibehörde Befehl, ein genaues Verzeichniß aller jener Zeitschriften und Journale einzureichen, die sie im Laufe des Jahres und auch die Namen der Personen dabei zu nennen, die

diese Blätter bezogen. Jeder, der ein Journal hielt, stand f
sogar unter Polizeiaufsicht.

Dieser unerhörte Zustand änderte sich auch nicht, als
Deputierte Fr. Scheffer von Zeltberg 1846 eine Verordnun-
gung aller Zensur und gleichförmige bundesgesetzliche Be-
mungen verlangte, und der Deputierte Hentel ein gresles
der Polizeiwillkür in öffentlicher Sitzung der Stände vorwarf.

„Kurfürstens Geschichte schien daher“, sagt Zipper
(S. 183), „in den Zustand eines völligen Stillstandes zu
gerathen. Die Gegenwart bot fast nichts als einzelne zerr
Erscheinungen dar, die man nicht mit Recht, Gesetz und Bill
im Einklang wählte.“

Etwas günstiger gestalteten sich die Presseverhältnisse
Sachsen. Dort war nach der Einführung der neuen Verfas-
von 1831 ein regeres politisches Leben erwacht, und ferner hi
sich seit dem Anschluß Sachsens an den preussisch-deutschen
verein und durch die Eröffnung der ersten größeren Eisenbah-
Deutschland, der Linie Leipzig—Dresden, Handel und Ver-
besonders in Leipzig ganz außerordentlich gehoben. Es me
sich daher auch alsbald ein gewisser Aufschwung in der Pi
bemerkbar, der auch durch den Minister von Lindenau nicht
derlich gehemmt wurde. In den dreißiger Jahren genö
sächsische Presse sogar eine ziemlich große Freiheit,
der Besprechung der inneren sächsischen Angelegenheiten. Sp
wurde der Minister v. Lindenau etwas ängstlich, und r
seinem Rücktritt 1843 begann dann auch in Sachsen ein
Presseverhältnisse erfolgte aber nicht, so angelegentlich der
Verhältnisse von 1843 die Notwendigkeit der Zensurfreiheit dar.

*) Nach Biedermann, Mein Leben. Breslau 1880—87, Bd. I, S. 11

**) In besonders geistreicher und schlagender Weise legte an die
Buchhändler Salomon Stiel in einer Petition der Buchhändler an die
sächsische Ständekammer 1843 die Notwendigkeit der Zensurfreiheit dar.

unmittelbare Staatsbeamte aus, sondern sie war mehr von unabhängigen Männern anvertraut, in Leipzig meist in den kleineren Städten Gemeindebeamten, Schullehrern dergl. Bei diesen Männern kam dann nicht selten die Ausübung ihres Zensoramtes entweder ein gewisses Geschick, oder auch die bekannte sächsische Gutmütigkeit zur Ausübung in Widerstreit. Karl Wiedermann berichtet von einem solchen Drolligen. Als er die Zeitschrift „Der Herold“ war der Professor und Doctor der Medizin in Neubert Zensor. „Er war ein äußerst gutmüthiger Mann“, erzählte er, „der nur mit schwerem Herzen den Rotzlist

Da geschah es denn wohl, daß, wenn er mir einen solchen Zensurstrich verstimmt hatte, ich persönlich zu ihm und ihn um Gnade für meine von ihm zum Tode verurtheilte Tochter bat. Dann setzten wir uns zusammen und überlegten, wie das von ihm Gestrichene dem gleichen nur in unverfänglicherer, von ihm nicht zu beanstandenden noch gesagt werden könne, und gewöhnlich fanden wir solchen Ausweg.“

war eine solche gemüthliche Veratung nur bei Zeitungen, bei Zeitungen, die schnell herausgegeben werden, die die brennenden Fragen auch energischer zu behandeln vermögen, und dann auch der Rotzlist des Zensors resoluter gegen. Das hatte besonders die neue Zeitung zu verspüren, die im Herbst 1837 in Leipzig erschien, die von der Firma F. W. Neumann und Sohn in Leipzig herausgegeben wurde. „Leipziger Allgemeine Zeitung“ wurde in der That, den bürgerlichen Freiheitswünschen in Norddeutschland, besonders aber in Preußen, einen lebhafteren und freieren Ausdruck zu geben. Mit Hilfe der neuen Eisenbahn konnte sie binnen wenigen Stunden in die benachbarten Städte und vor allem nach Berlin gebracht werden, vermochte dort intensiv zu wirken. Die ausgesprochene Tendenz der Zeitung war, den Gedanken der Einheit Deutschlands zu fördern und dabei eine Annäherung der verschiedenen deutschen Staaten an das deutsche Reich zu bewirken.

entfremdete Preußen zu erleichtern und zu beschleunigen, ferner „dem frischen, kräftigen, gesunden organischen Leben des Volkes seine Rechte zu erkämpfen und zu sichern,“ also „für Freiheit und Öffentlichkeit in allen Sphären des Staatsleben in die Schranken zu treten, für Handelsfreiheit, Glaubens-, Denk- und Lehrfreiheit, für Pressfreiheit, für Öffentlichkeit des gerichtlichen Verfahrens und überhaupt für die Erwerbung und Sicherheit eines allgemeinen, alle Verhältnisse des materiellen wie des intellektuellen Eigentums umfassenden und von den verschiedenen Staaten einander gegenseitig verbürgten Rechtszustandes im gesamten Vaterlande.“*)

Sie erschien vom 1. Oktober 1837 ab, und zwar täglich und kostete im Jahresabonnement zunächst 10 Taler, von 1839 bis 1851 8 Taler, von 1852 bis 1860 6 Taler und dann wieder bis zu ihrem am Schluß des Jahres 1879 erfolgten Hinscheiden 8 Taler.

Ihr erster Redakteur war Wilhelm Adolf Lindau (geb. 1774, gest. 1849), ein Mann von reichem Wissen und praktischem Geschick, der aber doch nicht die nötige Frische für ein energisch kämpfendes Blatt besaß und daher bereits 1839 von seinem Posten zurücktrat. Ihm folgten D. H. Thoschesky und Dr. Hermann Franck, die ebenfalls nur für das Programm einzutreten wagten, worauf im Herbst 1842 Dr. Gustav Julius (geb. 1810, gest. 1851) die Zügel der Redaktion ergriff und nun mit einem gewissen Ungefüg vorwärts ging. Sehr schnell machte er das Blatt zum Hauptorgane der politischen Unzufriedenheit und der bürgerlichen Freiheitswünsche in Preußen und zum Kampfblatt gegen den Ultramontanismus und Jesuitismus. Dadurch erwarb es sich rasch einen großen Leserkreis und war auf dem besten Wege, eine Macht in Preußen, ja in ganz Deutschland zu werden. Die deutschen Regierungen traten dem jedoch sehr bald entgegen. Bayern verbot das Blatt kurzerhand, und Preußen beschloß ebenfalls, gegen die Zeitung vorzugehen, doch wartete es noch auf einen durchaus einwandfreien Grund. Dieser fand sich aber in

*) G. Julius, Verteidigung der Leipziger Allgemeinen Zeitung. Braunschweig 1843.

Georg Herwegh, der bekannte Freiheitskämpfer, war
 11 Friedrich Wilhelm IV. empfangen worden, und
 ein Abschiede zu dem Dichter gesagt: „Wir wollen
 de sein!“ Bald nachher aber hatte das preussische
 Herwegh die Erlaubnis zur Herausgabe einer Zeit-
 igt und darauf der Dichter einen Brief an den
 tet, in welchem er diesen mit Vorwürfen überhäufte
 e, daß er in einem solchen Vorgehen keine „ehrliche“
 :erblicken könne. Friedrich Wilhelm IV. wußte wohl
 yt recht, wie er sich diesem unüberlegten Briefe gegen-
 en sollte, und würde ihn vielleicht mit Stillschweigen
 haben. Aber da erschien am 24. Dezember 1842 ein
 dem Schreiben Herweghs in der „Leipziger Allge-
 11 tung“ (wie es später hieß ohne Wissen und Willen
 und diese grobe Taktlosigkeit benutzten nun die dem
 Benjurwesen vorgelegten Minister Eichhorn, von
 5 von Arnim, das Verbot der Zeitung beim Könige
 gen. Dabei trugen sie in der Begründung ihres An-
 Farben ziemlich dick auf. „Mit jedem Tage verviel-
 ch die falschen oder entstellenden Notizen,“ sagten sie.
 aktion trug keine Scheu, Aufsätze aufzunehmen, welche,
 icht entgegen konnte, nur Untreue oder Verrat ihr über-
 Um der Lüge durch die Wahrheit, dem Mißverständnis
 ehrung entgegenzuwirken, wäre nicht anderes übrig ge-
 11 jedes Artikel über Preußen und preussische Zustände,
 Redaktion täglich mehrere in ihre Zeitung aufnahm,
 ichtigenden oder belehrenden Artikel entgegenzustellen und
 ermaßen eine besondere Redaktion bei der Widerlegung
 11 tung zu gründen. Die ‚Leipziger Allgemeine Zeitung‘
 5 gegenwärtig eine Niederlage von Lügen, Entstellungen,
 11 Angriffen über oder gegen Preußen, seine Einrich-
 11 eine Verwaltungen, seine Beamten, nicht nur im einzelnen,
 in ihrer Gesamtheit. Ihre diebsfälligen Artikel sind nicht
 11 zume zufällige Erscheinungen; eine unverkennbare Tendenz
 11 durch dieselben hindurch, indem mit ihrer Masse zugleich
 11 häßlichkeit zunimmt etc.“ Auf diesen Antrag hin erfolgte

eine Kabinettsordre vom 28. Dezember 1842, welche die „Leipziger Allgemeine Zeitung“ bis auf Weiteres in Preußen unbedingt verbot, so daß sie weder eingeführt, ausgegeben, feilgeboten oder sonst verbreitet, noch auch — und dies war gegen die bisherige Postordnung — durch die preußischen Staaten mittelst der Post befördert werden durfte.

Sofort tat der Verleger Brockhaus alles mögliche, sein Blatt vor dem völligen Untergange zu retten, reiste selbst nach Berlin, um dort an geeigneter Stelle vorstellig zu werden, änderte den Titel in „Deutsche Allgemeine Zeitung“, entließ den Dr. Gustav Julius und übergab die Redaktion dem konservativen Professor der Staatswissenschaft und Zensor Friedrich Bülow (geb. 1805, gest. 1859), der das Blatt dann bis zum 1. Juli 1848 leitete. Unter Bülow wurde natürlich der Ton des Blattes ein durchaus anderer; ein Tadel der preußischen Regierung war nicht mehr zu spüren, es begann sogar eine widerwärtige Lobhudelei aller auch der geringsten Anordnungen für die preußische Verwaltung, und nach diesem Gesinnungswechsel erfolgte denn auch am 28. Juni 1843 wieder die Zulassung in Preußen; die Auflage war aber mittlerweile von 3000 auf 700 Exemplare gesunken und stieg auch nicht wieder nennenswert, als dem Blatte das Debitsterrain in Preußen aufs neue geöffnet war. Auch die Aufhebung des bayrischen Verbots 1844 trug nicht nennenswert zur Besserung der Lage der Zeitung bei. Sie hat sich nie wieder von jenem Schlage im Dezember 1842 erholen können. „Weder kalt noch warm“, sagt ein Zeitgenosse jener Jahre achselzuckend, „ist die politische Detailkrämerei das einzige Gebiet, auf dem sie einige Originalität bewahrt hat.“*)

Unterdessen erschien die offizielle „Leipziger Zeitung“ (vergl. S. 123) in alt gewohnter Weise. Der Pächter Grieshammer fuhr fort, das Institut auszunutzen, so viel er konnte, und dabei ging die Zeitung immer mehr zurück. Wie ungenügend die Redaktion geführt wurde, mag nur das eine Beispiel zeigen,

*) E. C., Die polit. Tagespresse Deutschlands (Wiedermanns Deutsche Monatschrift. Leipzig 1841, Maiheft).

daß die Abdankung Karls X., die am 2. August erfolgte, erst in der Nummer vom 9. August gemeldet wurde.

Diese mangelhafte Verwaltung veranlaßte die sächsische Regierung schließlich, die Zeitung in unmittelbare fiskalische Verwaltung zu nehmen, den Redakteur mit entsprechenden Instruktionen selbst anzustellen und die Verwaltung der Zeitung und die Oberaufsicht über die Redaktion dem Oberpostamt in Leipzig zu überweisen. Die Zeitungsexpedition wurde dabei von der Verwaltung der „Leipziger Zeitung“ getrennt und als selbständige königliche Zeitungsexpedition ausgebildet. Betreffs der Redaktion wurde schließlich im einzelnen bestimmt, daß ein größerer Kreis von Mitarbeitern angeworben und auch ein regelmäßiger Zufluß von amtlichen Mittheilungen aus dem Geheimen Kabinett in Dresden angebahnt werden solle. Als leitenden Redakteur ernannte sodann die Regierung unter Befreiung von der Zensur für den Inhalt der Zeitung bei seiner eigenen diesfallsigen Verantwortlichkeit den Professor an der Leipziger Universität Dr. Chr. Aug. Hassé (den wir schon in seinen Beziehungen zu Brockhaus S. 20 kennengelernt haben) mit einem Gehalte von 900 Talern, als zweiten Redakteur Dr. E. Ch. C. Gretschel (nicht zu verwechseln mit Dr. J. C. Gretschel, der von 1820 bis 1830 die Redaktion besorgte). Den Druck erhielt B. G. Teubner in Leipzig.

Mit dem 1. Januar 1831 begann diese neue Ära für die Zeitung; aber so augenfällig auch die Verbesserungen und der reichere Inhalt waren, der erhoffte Aufschwung trat nur zögernd ein. Im Jahre 1831 blieb die Auflage auf der bisherigen Höhe von 3900 Exemplaren und ging sogar 1835 bis auf 3800 Exemplare zurück. Erst von 1836 ab stieg die Auflage langsam, jedoch bis 1848 nur um etwa 1000 Exemplare. Hierfür kann aber nicht die Redaktion verantwortlich gemacht werden, die durchaus tüchtig und rührig war; das Haupthinderniß an dem Emporkommen des Blattes lag vielmehr in der unbedingten Abhängigkeit, in welcher die Redaktion in allen Geldangelegenheiten von der Zeitungsexpedition, resp. dem Oberpostamt, stand. Sie hatte, wie ihr Historiograph Wisleben berichtet, nicht das geringste

Dispositionsquantum zur Verfügung und mußte sich für jeden auch noch so unbedeutenden Zweck vorerst der Genehmigung des Oberpostamts sichern. Der Vorstand dieser Behörde aber, der damalige Oberpostamtsdirektor v. Hüttner, ließ sich bei Beurteilung derartiger Ausgaben vorzugsweise von finanziellen Rücksichten leiten; ihm kam es darauf an, den Ertrag des Zeitungsinstitutes tunlichst rasch zu steigern, und er war daher folgerecht allen Ausgaben abgeneigt, die keine sofort erkennbare, unmittelbare Ertragssteigerung zur Folge hatten. Der letztere Nachweis aber wird sich mit Evidenz nur selten bei Ausgaben führen lassen, welche im Interesse der inneren Hebung einer Zeitung gemacht werden; die Redaktion hatte daher viele Abweisungen zu erfahren, und die frische Regsamkeit wich nach und nach abermals einer Stagnation, die um so fühlbarer wurde, je mehr die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ an Bedeutung gewann. Infolgedessen legte Professor Haffe mißmutig im Sommer 1846 die Redaktion nieder, und Dr. Bretschel übernahm die Leitung. Unter dessen angelegentlichen Bemühungen nahm die Zeitung abermals einen Anlauf zum Bessern; sie brachte fortan Leitartikel, eine Sonntagsausgabe und zeigte auch die Anfänge zum Feuilleton. Leider sollte Dr. Bretschel der Zeitung jedoch nur noch kurze Zeit dienen; er wurde durch den Ausbruch der Februarrevolution so erregt und erschüttert, daß er am 14. März 1848 den übergroßen geistigen und körperlichen Anstrengungen, die er sich zumutete, erlag. Dadurch erlitt die Zeitung einen großen Verlust, denn sie entbehrte nun in der ereignisvollen Periode, die jetzt anbrach, des umsichtigen und erfahrenen Führers.

Zu diesen beiden größeren Zeitungen Sachsens gesellten sich unter dem milderen Regimente v. Lindenaus noch allerlei kleinere Leipziger Blätter, zunächst die „Wiene“, die aber so leidenschaftlich stach, daß ihr schon 1833 der Garaus gemacht wurde, dann die „Sachsen-Zeitung“, die ebenfalls mit großem Freimuth der fortschrittlichen Richtung huldigte und darum gleichfalls nach kurzem Bestehen der Ungunst der Umstände erlag, weiterhin die „Sächsischen Vaterlandsblätter“, die besonders für eine liberale Verfassung kämpften und für verfolgte Patrioten eintraten,

wie für den Marburger Professor Schwester Jordan und den unglücklichen Pfarrer Weidig. Ein Aufsatz über diesen erschien sogar in besonderem Abdruck und wurde in 10000 Exemplaren aufgelegt. Der geistige Leiter der „Vaterlandsblätter“ war Robert Hum. Von den Mitarbeitern der „Vollsblätter“ ist besonders Johannes Ronge zu nennen, der 1843 in diesen einen Aufsatz „Rom und das Breslauer Domkapitel“ veröffentlichte, welcher eine Excommunication vom Ante nach sich zog, und dann weiterhin 844 jenen „Offenen Brief“ an den Bischof Arnolbi (datiert vom 1. Oktober, veröffentlicht am 15.), worin er gegen das Trierer „Göhenfest“ protestierte. Dieser Brief hatte dann Ronges Excommunication zur Folge und gab den Hauptanstoß zur Gründung der deutschkatholischen Kirche. Bei preussischen Angelegenheiten hielten sich die „Vaterlandsblätter“ bisweilen etwas sehr zurück, und dann schrie die öffentliche Meinung in Sachsen dieses Verhalten preussischem Einflusse zu. Einen etwas größeren Anlauf nahm der „General-Anzeiger für Deutschland“, redigiert von dem durch verschiedene historische Arbeiten bekannten Dr. Lamshorn. Das Blatt erschien wöchentlich in Folio und gab sich etwas vornehm. Jede Nummer begann mit einem Geschichts- alender, brachte eine Rundschau über die Tagesgeschichte und ein elektrisches Feuilleton. Im übrigen suchte es möglichst viel Inserate heranzuziehen. Doch hatte es keinen längeren Bestand, langsam aber stetig entwickelte sich das „Leipziger Tageblatt“, das in den vierziger Jahren eine Auflage von 2000 Exemplaren hatte.

Durchaus einer Residenz unwürdig blieb nach wie vor die bibliographische Literatur Dresdens. Dies besaß auch in diesen politischen so bewegten Dezennien noch kein eigentliches politisches Organ.

In Grimma gab Dr. Ferdinand Philippi eine „Konstitutionelle Staatsbürgerzeitung“ heraus, die mit vieler Wärme für die deutschen Angelegenheiten eintrat und durch ein auch besonders abgedrucktes „Sendschreiben eines sächsischen Juristen an den preussischen Justizminister Mülller“ über das von diesem erlassene Verbot des Besuchs der Mainzer Advokatenver-

sammlung weit über Sachsens Grenzen hinaus Aufsehen erregte. In den religiösen Fragen war sie den „Vaterlandsblättern“ nicht entschieden genug, worauf sie erwiderte: „Das protestantisch-konstitutionelle Deutschland hat noch andere Heiligtümer zu wahren und noch eine andere Drifflamme zu entfalten, als den Kongeschen Brief und das Glaubensbekenntnis von Breslau und Schneidemühl; es ist ein Ärgernis und eine Torheit zugleich, wenn die bessern Organe der deutschen Presse mit einem Brett vor dem Kopf, wie blind, immer nur gegen Rom anrennen, während der schlimmere Feind und Bundesgenosse der Finsternis in und unter uns seine Fäden weift und Geist und Herzen umspinnt.“ Der Öttingersche „Charivari“ bemerkte hierzu, indem er diese Entgegnung wiedergab: „Auch uns scheint es hohe Zeit zu sein, die Organe der deutschen Presse an wichtigere Fragen zu erinnern. Der ewige Konfessionsstreit, das ewige Lied von Konge und Czerzky wird nachgerade unerträglich.“ Er hatte keine Ahnung, daß dieser Kampf dreißig Jahre später noch in ganz anderer Weise entbrennen sollte.

Ein zweites Blatt, das Philippi noch herausgab, die „Ameise“, widmete sich nur der Besprechung der innern Angelegenheiten Sachsens und brachte Vorschläge, Wünsche und Beschwerden über lokale und allgemeine Übelstände vor, größtenteils von Beteiligten selbst, worauf dann meistens Abhülfe erfolgte. Dadurch gewann das Blatt einen ziemlichen Einfluß; auch war es lange Zeit das einzige seiner Art. Später strebte der Abgeordnete Todt in dem „Aldorfer Wochenblatt“ etwas ähnliches an.

4. Die westdeutsche Presse. Die Frankfurter Zeitungen. Ihre Situation den 39 deutschen Regierungen gegenüber. Die „Ober-Postamtszeitung“. Ihr Redakteur Hofrat Berly. Seine Ansichten über die Haltung einer Zeitung. Sein Nachfolger von Röder. Otto Müller, der Redakteur des „Konversationsblattes“. Zensurnöte. Das „Frankf. Journal“. Vertritt liberale Tendenzen. Hält zu Konge und wird darum öffentlich verbrannt. Das „Journal

de Francfort“. Seine Schwärmerei für Rußland. Das „Intelligenzblatt“. Es offenbart sich in ihm der derb-drollige Volkscharakter. Die Zeitungen im Großherzogtum Hessen und in Nassau. Die Lage in Baden. Das politische Leben dort. Karl von Rotteck, K. Th. Welcker, A. v. Jhstlein, Karl Mathy und Servinus. Der Kampf gegen die Zensur. Mathys Rede für die Pressefreiheit. Die badischen Zeitungen. Die „Deutsche Zeitung“ von Servinus. Ihre Bedeutung. Gustav Freytag über sie. Ihre Haltung. Ihre Mängel und Schwächen. Ihr Ende. Gesamturteil über die badische Presse der 40er Jahre.

Für Süddeutschland blieb Frankfurt am Main auch in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein Hauptstützpunkt des Zeitungswesens. Die drei Zeitungen, die „Ober-Postamtszeitung“, das „Frankfurter Journal“ und das „Journal de Francfort“, gewannen sogar etwas an Bedeutung und Verbreitung, wenn sie auch ganz eben so, wie alle anderen deutschen Blätter, unter der Ungunst der Verhältnisse zu leiden hatten. Der Mangel an Verständnis für eine freie Presse ging dabei in Frankfurt sogar so weit, daß selbst die Bürgerkreise der Stadt eine höchst besangene Ansicht von dem Rechte der öffentlichen Meinung hatten, und eine Anzahl Bürger, während im benachbarten Baden die dortige Kammer immer aufs Neue die Pressefreiheit verlangte, den Senat anging, die Zensur noch weiter zu verschärfen. Ganz besonders drückend aber war die Aufsicht der 39 deutschen Regierungen, die durch ihre „Gesandten“, die in großen Dingen so wenig zu sagen hatten und darum um so mehr in kleinen Dingen ihren Einfluß geltend zu machen suchten, die Frankfurter Presse mit Argusaugen beobachteten. Schrieb nun ein Redakteur dem Gesandten der einen Regierung zu gefallen, so ärgerte das den Gesandten einer anderen, und diese suchte dann, wenn es irgend ging, eine Klage beim Senat anhängig zu machen. Der Senat aber schwebte beständig in Sorge, es mit irgend einer Regierung zu verderben, und schlug sofort, wenn es sich nur irgend wie rechtfertigen ließ, auf den verklagten Redakteur. So sah sich die Frankfurter Presse beständig gehemmt und mußte notgedrungen nach den verschiedensten Seiten hin Rücksicht nehmen. Ein Zeitgenosse urteilte daher: „Die Frankfurter Presse zeigt

äußerlich viel Devotion gegen sämtliche deutsche **Regierung**
 Immerhin wußte sie sich einige wichtige **Vorzüge** zu er-
 Durch die günstige Lage Frankfurts und durch **das** beständ-
 weiter ausbreitende Börsengeschäft gelang es **der** Frank-
 Presse, die Nachrichten aus Frankreich und **Spanien** früh
 erhalten als eine andere deutsche Zeitung, so daß **man** in
 burg die Pariser Neuigkeiten meist schon übersetzt **am** Vor-
 des fünften Tages nach dem betreffenden Ereignis **und** glei-
 mit der Ankunft der französischen Posten aus **den** Frank-
 Blättern entnehmen konnte. Was ihnen aber **am** nächste
 blieb von ihnen unberührt. Über die **Tätigkeit** der De-
 Bundesversammlung in Frankfurt brachten sie **nichts**, wo
 heute schier unglaublich erscheint.

An der Spitze der Frankfurter Zeitungen **stand** auc
 noch die „Ober-Postamtszeitung“, und **sie** besaß
 in diesem ersten Range trotz der vielen Fesseln, **die** ihr au-
 waren, im Lauf der Zeit noch ganz wesentlich, **da** sie das
 hatte, nach und nach drei besonders tüchtige **und** geacht-
 dakteure zu besitzen, den schon Seite 279 kurz **erwähnter**
 charakterisierten Hofrat Werly und den Freiherrn **von** Röde-
 den politischen Teil und den Schriftsteller Otto **Müller** für
 der Unterhaltung gewidmete „Frankfurter **Konversationsblatt**“
 am 1. Januar 1833 eingeführt worden war **und** **seit** 1834
 sich erschien.

Der Hofrat Werly übernahm die Redaktion **der** „
 Postamtszeitung“ im Jahre 1829 und zeichnete **bis** zu s
 am 9. Mai 1847 erfolgten Tode; doch war **seit** **etwa** 184
 Wirklichkeit Dr. Ernst Frhr. v. Röder-Diersburg **verantwo-**
 Werly schrieb in den letzten Jahren nur noch **den** franzöf
 und den englischen Artikel. Bis in sein hohes **Alter** hinau
 wahrte er sich eine außerordentliche **Arbeitskraft**. Gleich
 seinem Eintritt in die Redaktion der „Ober-**Postamtszei**
 nahm er eine bessere Anordnung des Stoffes **vor** **und** führte
 sogenannte „Einleitungsartikel“ ein. „**Leitartikel**“ wollte e

^{*)} Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1842.

echter vormärzlicher Journalist diese Abhandlungen nicht genannt wissen, denn eine Zeitung habe nichts zu leiten, meinte er, und ein Redakteur müsse mehr danach trachten, die Kunst des Leitens zu erlernen, als die Kunst des Leitens. Nichts lag ihm denn auch ferner, als Ansichten bei dem Leser herauszubilden; er wollte nur über das Tatsächliche orientieren. „Zeitungsaussäße“, schrieb er noch kurz vor seinem Tode in einer Art von journalistischem Testament, „sollen nicht das Publikum oder gar die Regierungen und Staatsmänner belehren (d. h. ihnen eine Ansicht oder Meinung aufdrängen) wollen; unerbetener Rat nützt nichts und wird in der Regel abgelehnt.“ Und dann fügte er noch mit der Miene des Weisen hinzu: „Die öffentliche Aussprache einer Meinung ist immer ein Wagemuth.“ Aber er ging noch weiter; er hielt es auch für unangebracht, daß eine Zeitung sich augenfällig als Regierungsblatt geriere. „Eine starke Regierung,“ sagte er einmal zu Niehl, „will gar nicht, daß sich eine Regierungspartei oder eine freiwillige Regierungspresse bilde. Die amtlichen Blätter in Berlin und Wien schweigen sich meisterhaft aus über die Politik ihrer Ministerien und verteidigen sie nur, wenn eigentlich gar nichts zu verteidigen ist. Warum sollten sie anders verfahren? Verteidigung setzt einen Angriff voraus, ja ein Recht des Angriffes, und reizt zu neuen Angriffen. Eine Regierung muß auch gar nicht merken lassen, daß sie angegriffen werden könne, am wenigsten von den eigenen Untertanen angegriffen. Unerbetene Freunde sind oft lästiger, als offene Feinde. Wirft sich ein Privatblatt zum Anwalt einer Regierung auf, so kann diese selbst das ihr gespendete Lob für eine so anmaßliche Hilfeleistung halten, wie wenn ich Nothschild hundert Gulden schenken wollte zur festeren Fundierung seiner Finanzen. Man lobt eine Regierung am besten, indem man sie niemals tadelt.“ In seiner langen Redaktionsstätigkeit hat er dann in diesem Sinne mehr als 4000 solcher „Einleitungsartikel“ geschrieben. Später, als Dr. v. Räder der neuen Zeit mehr Rechnung zu tragen suchte, durste allerdings nicht der wirkliche und echte Leitartikel nicht länger fehlen, allein er wurde mehr eingeschmuggelt als eingeführt. Der „Einleitungs-

artikel“ Berlys blieb nämlich nach wie vor an der Spitze des Blattes, und den Leitartikel stellte man an den Schluß des politischen Teils, was freilich einen seltsamen Anblick gewährte. Bei der immer mehr zunehmenden Gärung im politischen Leben prickelte es dem alten Herrn aber denn doch bisweilen so heftig auf der Zunge, daß er seinen Grundsatz, keine Meinung zu äußern, zurückdrängte und etwas verblümt durch „Zitate anerkannter Autoritäten“ seine Ansichten aussprach. Waren diese Zitate etwas dunkel und recht weit hergenommen, d. h. aus der Literatur einer fernen Zeit oder eines fremden Landes, so hielt er sie für besonders geeignet. Um seine Meinung über die Aufgabe der Journalistik im Jahre 1847 recht klar auszusprechen, führte er geheimnisvolle Sätze an, die Hamann, der Magus aus Norden, im Jahre 1764 in die „Königsberger Zeitung“ geschrieben hatte! Als dann die politische Aufregung beständig wuchs und verschiedene Zeitungen Süddeutschlands durch die vielen fett gesetzten Schlagworte, die massenhaft verwendeten Gedankenstriche und Ausrufungszeichen ein geradezu „agitatorisches Gesicht“ bekamen, so daß man ihnen schon von weitem den Charakter des „Wühlblattes“ ansah, bemächtigte sich Berlys mehr und mehr eine tiefe Unruhe. Er besaß eine feine Witterung für politische Dinge und empfand offenbar, daß die Nation einer Katastrophe zutrieb; um so ängstlicher suchte er das Bestehende zu erhalten. Solche durchschossenen Worte, solch abgerissene, von Gedankenstrichen unterbrochene Perioden, meinte er, seien der Rede eines Mannes vergleichbar, der in atemloser Aufregung überlaute Rufe ausstöße, statt zu sprechen. Für eine gute Zeitung zieme sich dagegen der lange Atem eines wohldurchdachten Satzbaues und das *mezza voce* des Vortrages. Daß aber der Lärm der politischen Diskussion schließlich die *mezza voce* vollständig übertönen werde, sollte er nicht mehr erleben.*)

Dr. Ernst Frhr. v. Röder, der um 1842 die Leitung der „Ober-Postamtszeitung“ übernahm, war 1813 zu Gießen geboren, studierte die Rechtswissenschaften und versuchte sich zu-

*) Niehl, Charakterstüpe, S. 86—98.

nächst als Privatdozent, trat aber wegen der damaligen höchst ungünstigen Aussichten bald von der akademischen Laufbahn zurück und ging 1841 zum höheren Postdienst bei der kaiserlich thüringischen und sächsischen Generaldirektion zu Frankfurt über. Dort machte er sich bald durch vorzügliche Leistungen bemerklich, so daß er schon nach Jahresfrist mit der Redaktion der „Ober-Postamtszeitung“ betraut wurde. Hierzu befähigten ihn politische Einsicht und Taft ebensowohl, wie eine bedeutende allgemeine Bildung. Im Gegensatz zu Berlin gehörte er einer maßvollen liberalen Richtung an, bewahrte die in der Jugend erwachte Begeisterung für die Wiebergeburt eines gereinigten Deutschlands im konstitutionellen Sinne auch als Mann und blickte mit unbeflecklicher Gerechtigkeit in die verworrenen Zustände des vormärzlichen Vaterlandes. Seine Leitung des Blattes zeichnete sich denn auch durch tadellose Ehrenhaftigkeit aus. Zum Generaldirektionsrat ernannt, trat er von der Redaktion zurück und übernahm weiterhin die Oberleitung des Postwesens in den thüringischen Staaten mit dem Amtssitz in Eisenach, bis er 1866 in Folge der Übernahme des thüringischen Postregals von Seiten Preußens in den Ruhestand trat und nach Darmstadt übersiedelte, wo er 1880 starb.

Nur etwas über drei Jahre war Otto Müller bei der „Ober-Postamtszeitung“ tätig, von 1845 bis Mitte 1848. Zu Grotten am Vogelsberg 1816 geboren, war er eine Zeitlang Bibliothekar der Darmstädter Hofbibliothek und hatte durch einige Erzählungen die Aufmerksamkeit auf sich gezogen, worauf an ihn eine Aufforderung erging, die Redaktion des „Konversationsblattes“ zu übernehmen, das in seinem Ansehen sehr gesunken war. Denn der bisherige Redakteur, ein Dr. Schuster, besaß wenig Talent und eine passende Zusammenstellung des Blattes und hatte schließlich 1844 noch das Unglück, mit einer Übersetzung des „ewigen Juden“ von Eugène Sue einen argen Mißgriff zu tun. Der Roman erregte allgemeines Mißfallen, und schließlich wurde sogar das „Konversationsblatt“ dieses Romans wegen in Österreich nicht mehr zugelassen. Bald nachher erklärte dann die Redaktion, daß von einem großen Teile des Lesepublikums die Fortsetzung

des „ewigen Judens“ nicht gewünscht werde, weshalb sich die Redaktion veranlaßt sehe, die Fortsetzung einzustellen. Darauf erhielt das Blatt wieder freien Eingang in Oesterreich. Otto Müller bot seinen Lesern alsbald seinen ersten Roman „Bürger, ein deutsches Dichterleben“, mit dem er sich auf das Vorteilhafteste einführte. Später wurde er bekanntlich einer unserer beliebtesten deutschen Erzähler. Nach vielseitiger schriftstellerischer Tätigkeit starb er 1894 zu Stuttgart.

Unter diesen drei tüchtigen Redakteuren hob sich die „Ober-Postamtszeitung“ mehr und mehr und erreichte gegen Ende der vierziger Jahre ihre Glanzzeit. Bereits wenige Jahre nach dem Eintritt Berly's in die Redaktion wurde der reichere Inhalt und die verständigere Haltung im Publikum angenehm empfunden. „Das Blatt zeichnete sich früher durch den einfältigen Hohn gegen alles aus, was die Interessen der Menschheit berührt,“ schreibt ein Schilderer der Frankfurter Kulturzustände der dreißiger Jahre. *) „Neuerdings tritt es aber doch dem allgemeinen Leben etwas näher . . . Die ‚Frankfurt‘ überschriebenen Artikel (von Berly) sind, im leicht-eleganten Zeitungsstile gehalten, für den, welcher die Politik im Novellen-Gewande liebt, anziehend. Sie bieten eine gedrängte Übersicht über das Ausland, und der sie schreibt, versteht es, wenigstens einen unparteiischen Ton anzunehmen, wenn er auch im übrigen von dem Pfade nicht abspringen darf, der der „Ober-Postamtszeitung“ einmal gesetzt ist. Was das Inland betrifft, so muß die „Ober-Postamtszeitung“ sich freilich auch schon mit dem Ton in Acht nehmen; sie darf hier selbst anscheinend nicht der Gegenpartie Gerechtigkeit widerfahren lassen, obwohl solches jesuitisch-klüger sein würde. Da schweigt sie denn nun häufig und tobt nicht wie früher gegen alles, was konstitutionell heißt, wie ein einfältiges Schofshündchen des Absolutismus. Die invidia, welche früher gegen diese Zeitung stattfand, ist somit geschwunden; sie ist wenigstens eben so kühl und frostig, wie alle deutsch-politischen Zeitungen unserer Zeit, aber sie ist nicht mehr das politische Fegesfeuer, welches die Seelen passieren müssen,

*) Ed. Heurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 149.

einen nach dem Lande geküftet, wo der Servilismus das erste und letzte Lebens-Gebot ist.“

Mit dem Eintritt des Dr. von Röder besserte sich dann auch noch die Haltung dem Inlande gegenüber. Die politischen Artikel dieses Teiles konnten sich sogar bis zu einer gewissen Bärme erheben und wagten selbst deutsch-nationale Ansichten zu vertreten. So verfolgte das Blatt z. B. das deutsche Recht auf Schleswig-Holstein.

Dazwischen schlug die Zensur der Reaktion jedoch gelegentlich immer wieder einmal in den Nacken. Einen Fall, der heute ist unglaublich erscheint, erzählt Niehl. Im November 1846, schreibt er (Charakterköpfe S. 96), traf höchst überraschend die Nachricht ein, daß sich Oesterreich die Republik Krakau einverleibt habe. Die Tatsache stand amtlich berichtet im „Oesterreichischen Beobachter“, dem Organe Metternichs. Als die Frankfurter Zeitungen diese amtliche Notiz einfach mitteilen wollten, strich sie der Zensur. Mehrere Tage vergingen, das Besiznahmepotential schien, alle deutschen Blätter brachten die Nachricht, nur in Frankfurt durfte sie nicht gedruckt werden: man solle noch zuwarten. Auf Befragen nach dem Grunde dieser unglaublichen Maßregel erklärte endlich der Zensur: man wisse noch nicht, ob Frankreich Einsprache erhebe, ob England nicht zürne, vor allem aber müsse man erst von dem russischen Gesandten erfahren, wie sich Rußland zu dieser Einverleibung verhalte. Am Tage des Bundestages habe die Zensur auch auf die auswärtige Diplomatie ebührende Rücksicht zu nehmen!

Nicht so hoch im Ansehen, wie die „Ober-Postamtzeitung“, auch das von J. L. Heller redigierte „Frankfurter Journal“, aber es erstreckte sich, weil es, wenn auch natürlich nur in der schneidendsten Form, eine gewisse liberale Tendenz zur Schau legte, einer weit größeren Verbreitung. Es soll in den vierziger Jahren nach und nach eine Auflage bis zu 9000 Exemplaren erreicht haben; tatsächlich wurde es in ganz Südwestdeutschland gelesen. Freilich befandete es, um sich diesen großen Leserkreis zu erhalten, nicht immer die nötige Charakterfestigkeit. So z. B. in Anmaßungen Hessens gegenüber. Es besaß im Großherzog-

tum Hessen viele Abonnenten und gewann infolgedessen dort auch einen gewissen Einfluß. Das war aber der Großherzoglichen Regierung nicht angenehm; sie übte daher einen Druck auf die Zeitung aus, und darauf gewährte das „Frankfurter Journal“ aus Angstlichkeit, es könnte in Hessen verboten werden, den Artikeln liberaler Färbung aus dem Großherzogtume keine Aufnahme mehr. Aber man ging in Darmstadt auch noch weiter; man zwang das „Journal“ sogar, die hessischen Personalmeldungen nur nach den Bekanntmachungen des Großherzoglich Hessischen Regierungsblattes zu bringen, so daß manches Vorgehen gegen unliebsame Beamte nicht zur Sprache kam.*)

Zimmerlin blieb dem „Journal“ noch Gelegenheit genug, sich ein gewisses liberales Air zu geben. Zu Anfang der vierziger Jahre beutete es den Göler-Haberschen Skandal**) und das Auftreten der jüdischen Reformfreunde aus. Während es aber in der ersteren Angelegenheit sich, im Gegensatz zur „Kölnischen Zeitung“, für Göler gegen Haber erklärte, ja die Schuld dieses Neophyten den Juden zuzuwälzen keinen Anstand nahm, verteidigte es in der Angelegenheit der jüdischen Reformfreunde deren Sache mit leidenschaftlicher, nicht selten in einer in Verfeinerung der Gegenpartei ansartenden Hitze. Als dann das Auftreten Ronges die Gemüter zu beschäftigen begann, nahm das Blatt entschieden für diesen Partei, und wohl um so eifriger, weil die „Ober-Postamtszeitung“ dieses Thema nicht berühren durfte, zum großen Mißbehagen der Redakteure, die alle drei Protestanten waren.

*) Karl Buchner, Die Presse der Presse. Stuttg. 1839.

**) Der Göler-Habersche Skandal, der sich von 1843 ab in Karlsruhe abspielte, begann mit einem Streit zwischen einem Herrn von Haber, Sohn eines Bankiers in Karlsruhe, früher in karlistischen Diensten, und einem Leutnant von Göler und zog nach und nach immer weitere Kreise, enthüllte eine tiefe Immoralität der vornehmen Welt und führte sogar zur Aufhebung des Böbels und zu Plünderungszügen in Karlsruhe. „Als Hauptmotiv erblickte das Volk eine dem großherzoglichen Hause sehr nahe stehende Frau, die uneingedenk ihrer Stellung die Funken des Hasses und der Rache schürte, bis sie in immer lichterem Flammen emporloderten.“ (E. Burckhardt, Allgem. Gesch. d. Jahre 1840—1846. Leipzig 1850, S. 154.)

Freilich fehlten denn auch die Angriffe auf das „Journal“ nicht. Der Bischof Arnolbi von Trier tat das Blatt in den Bann und verbot seinen Diözesan-Angehörigen das Lesen des „Journal“, und in Niederlahnstein wurde sogar 1845 ein Autodafé veranstaltet, bei dem die Gegner des Deutschkatholizismus das „Journal“ zusammen mit einem Bildnisse Johannes Kongs öffentlich verbrannten. Zahmer gab sich das 1823 ins Leben gerufene von W. Wagner redigierte belletristische Beiblatt „Didaskalia“, das den viel belächelten Nebentitel „Blätter für Geist, Gemüt und Publizität“ führte. In der Mitte der vierziger Jahre ging der Witz durch die Blätter, daß in Peking, Hong-Kong und Canton seit der freien Einfuhr des Opiums die „Didaskalia“ verboten worden sei — weil es sonst zu viel der Schlafmittel in China gäbe.

Mit dem seither so unbedeutenden „Journal de Francfort“ ging zu Anfang der dreißiger Jahre ganz leise und unbedeutend eine seltsame Wandlung vor; es wurde nach und nach zum Sprachrohr der europäischen Diplomatie und außerdem auch der speziellen Wünsche und Forderungen Rußlands. Freilich, die europäische Diplomatie sagte öffentlich nicht viel, und darum brachte das „Journal de Francfort“ auch nur dann und wann eine hochweise Bemerkung über die politische Weltlage; um so lauter sprach es von der europäischen Mission Rußlands und dem Heil, das besonders Deutschland widerfahren werde, sobald es sich ganz unter den Schutz des weißen Adlers stelle. Redakteur des „Journal de Francfort“ war in den dreißiger Jahren ein Franzose Namens Durand, der sich wegen eines schmutzigen Verbrechens, das ihm die Tore des Zuchthauses geöffnet haben würde, außer Landes geflüchtet hatte, nun aber im sichern Frankfurt mit der ganzen Dreistigkeit eines gewissenlosen Menschen auftrat. Bei jeder Gelegenheit hatte er die Unverschämtheit, sich zum Repräsentanten Deutschlands aufzuwerfen und seine Urtheile im Namen der öffentlichen Meinung abzugeben, eine Anmaßung, die ihm wiederholt empfindliche Zurechtweisungen zuzog. Nach der Aufhebung des Staatsgrundgesetzes von Hannover durch das unselige Patent vom 5. Juli 1837 übernahm er das

traurige Amt, den Schritt Ernst Augusts zu verteidigen. Außer ihm tat das nur noch, zur Ehre der deutschen Presse kann das festgestellt werden, das reaktionäre „Berliner politische Wochenblatt“. Von Rußland soll Durand nicht unbeträchtliche Geldsummen erhalten haben. Im übrigen war er ein Mann von großer stilistischer Gewandtheit, der auch über Nichtiges in elegantem Tone zu plaudern vermochte. Nach dem Ablauf der Verjährungsfrist seines Verbrechens kehrte er nach Paris zurück und gründete dort im Auftrage Louis Napoleons das bonapartistische Blatt „La Colonne“, das sich mit kaiserlichem Hochgefühl bis zu dem lächerlichsten Schwulste aufblies und Deutschland unter mannigfachem Hohne mit einer neuen Eroberung bedrohte, die diesmal nicht am Rhein stehen bleiben, sondern bis an den Schwarzwald gehen sollte, da Flüsse allerdings keine natürlichen Grenzen und die Bewohner des badischen Rheinufers gleichen Stammes seien mit denen des Elsaß. Der Nachfolger Durands wurde zu Anfang der vierziger Jahre Dr. E. Beurmann, der die Richtung des Blattes beibehielt und nun ebenfalls, obgleich früher Liberaler und Jungdeutscher, ein „Verfechter der kosakischen Zivilisation“ wurde. Bitter äußerte sich daher ein Zeitgenosse über das Blatt: „Ein Journal, das sich zum Vertreter eines ausländischen Despotismus aufwirft, hat die Achtung der Nation verschmerzt und tut wohl daran, französisch zu sprechen.“*)

Schließlich sei bei den Frankfurter Zeitungen auch des „Intelligenz-Blattes“ wieder einmal gedacht (vergl. Bd. I 135, Bd. II 117), das sich in den in Rede stehenden Jahrzehnten sehr wesentlich hob. Vom 1. Januar 1829 ab wurde, laut Beschlusses des Senates, das vor elf Jahren gegründete Amtsblatt mit dem „Intelligenz-Blatt“ verbunden und Druck und Verlag der beiden Blätter dem Handelsmann Markus Johann Rebbien und den sechs Kindern des preußischen Offiziers Ernst Daniel Holzward

*) Deutschlands politische Presse. Zürich 1842. — Einige andere Angaben in betreff Durands stützen sich auf den Artikel „Das deutsche Zeitungswesen während der letzten einundzwanzig Jahre“ in der Zeitschrift „Germania“, Leipzig 1852.

berlassen. Laut Vertrag hatte es zweimal wöchentlich und zur Reizeit dreimal in Quart zum Jahresabonnement von 3 Gulden zu erscheinen. Die Inhaber des Privilegiums waren dabei gehalten, alle amtlichen Bekanntmachungen unentgeltlich einzurücken, 0 Kreuzer Stempelgebühren für jedes Exemplar zu zahlen, ferner noch 1500 Gulden an das Rechnungamt zu entrichten und 46 Freiemplare an den Rat der Stadt zu liefern. Später, nach lebblens Tode (von 1839 ab), wurde dem ältesten Sohne Hofwarts, Johann Gottlieb Hofwart, das Privilegium gegen die höchste Abgabe von 3000 Gulden zugesprochen, zugleich mit der Verpflichtung, das Blatt jetzt dreimal wöchentlich herauszugeben. 848 erlosch das Privilegium und wurde nicht wieder erneuert; 3 erschien nun ohne das Privilegium weiter.*) Von jeher bildete das „Intelligenz-Blatt“ eine besonders beliebte Lektüre bei Jung und Alt in Frankfurt und es offenbarte sich daher oft genug in ihm der ganze warmblütige und derb-drollige Volkscharakter der Mainstadt in der naivsten Weise. Es war gleichsam der gedruckte Marktplatz des praktischen Lebens. Um einige Stichproben von der Ausdrucksweise und der ganzen Art dieser Inserate zu geben, seien aus den dreißiger Jahren die folgenden mitgeteilt:

Mit überströmendem Herzen veröffentlicht August Klingenpfort folgende Dankagung:

„Unter den vielen Zuschauern, die sich bei Gelegenheit des gestern abend den 16. hujus in meinem Keller ausgebrochenen Feuers vor meinem Hause versammelten, waren viele, die durch mich unterstützen wollten, wofür ich ihnen herzlich danke. Freuend und gefühlserhebend muß es aber für einen Mann in, wenn er bei solcher Gelegenheit unter seinen Mitbürgern Menschenfreunde findet, die ihn durch Handlung und Tat unterstützen und ihm durch tätige Mithülfe den besten Rat geben. Auch ich fand dieser Edlen viele, die mit eigener Hand Mist, das einzige Löschungsmittel für diese Gelegenheit, beitrugen. Meine

*) Alexander Dieß, Das Intelligenz-Blatt, Frankfurter Frage- und Anzeigens-Nachrichten, 1722—1900. Frankfurt a. M. 1900, und E. Weurmann, Frankfurter Bilder, Mainz 1838, S. 36.

Jeder ist zu schwach, um ihnen die Gefühle meines Dankes ausdrücken zu können, aber in meinem Innern werden stets die Namen dieser Edeln mit unauslöschlichen Zügen aufbewahrt bleiben.“

Ein gekränkter Seifensieder Bettenhäuser macht bekannt:

„Ich widerspreche hiermit dem ausgestreuten Gerüchte, als hätte ich russische Lichter und Talg zum Verkauf, sondern meine gegossenen Lichter sind vom Fett der hiesigen Metzger, welche hell brennen und nicht ablaufen, das Pfund zu 26 Kr., wie auch zentnerweise zu den billigsten Preisen.“

Ein Kaufmann C. Stein war sich offenbar der schreienden Grausamkeit gar nicht bewußt, als er „lebendig gerupfte Bauernfedern, mit Flaumen“ offerierte.

„Ja, gewiß“, ruft darum Beurmann in seinen „Frankfurter Bildern aus, „das ‚Intelligenz-Blatt‘ führt seinen Namen mit Recht. Die Zeitung ist ein Spiegel des menschlichen Lebens, wie es sich unter Heringen und Dankbarkeit, unter Apfelwein und Liebe, unter Limburger Käse und geistiger Bildung beständig umhertreibt.“

Recht kümmerlich sah es mit dem Zeitungswesen im Großherzogtum Hessen aus. Das politische Leben vermochte dort in der Presse nicht zum Ausdruck zu gelangen, weil sich die Regierung beständig im Kampfe mit den Liberalen befand und alle politischen Erörterungen in den Zeitungen zu unterdrücken wußte. Der Ministerpräsident Du Bois Freiherr du Thil und weiterhin der Kanzler von Linde waren hier die Persönlichkeiten, die die starr-aristokratischen Tendenzen und die unnachsichtige Strenge gegen jede freisinnige Bewegung der Presse zur Geltung brachten. Alles, was im Großherzogtum erschien, stand unter der Beaufsichtigung einer strengen Zensur; auch Druckwerke über 20 Bogen, welche innere Verhältnisse des Landes besprachen, wurden, wenn sie im Sinne der Opposition abgefaßt waren, einfach unterdrückt. Die Vorsicht ging sogar so weit, daß Zeitschriften schon nicht konzeffioniert wurden, weil sie vielleicht von Politik sprechen könnten, wie sich das 1834 bei dem Hofgerichtsadvokaten Bopp in Darmstadt ereignete, der eine „deutsche Rechtszeitung“ heraus-

geben wollte. Selbst die Konzession von Zeitschriften, welche durchaus nicht politischer Natur waren, wurde nur unter Vorbehalt des Widerrufs erteilt. Die Zensurgeschäfte besorgten meist subalterne Polizeibeamte als Nebengeschäft; inhaltreichere Manuscripte wurden jedoch im Ministerium geprüft, blieben aber dort oft Jahre lang unerledigt liegen.

In der Landeshauptstadt Darmstadt war nach wie vor die 1777 gegründete „Großherzoglich Hessische Zeitung“ das Hauptorgan (vergl. Bd. I, S. 163). Als Eigentum der Invalidenanstalt des Landes, war sie so reichlich mit Privilegien ausgestattet, daß das „Darmstädter Tageblatt“, schon 1738 gegründet, nur kümmerlich neben ihr bestehen konnte. Als Redakteur fungierte seit 1833 der Obereinnehmer Papst, der früher liberal gewesen und noch 1830 für die Juli-Revolution geschwärmt hatte, sich nun aber mit großer Breitspurigkeit im reaktionären Fahrwasser bewegte. Unter der dominierenden Stellung der „Großherzoglich Hessischen Zeitung“ litt auch die „Mainzer Zeitung“, die mehr und mehr herab ging, obgleich sie sich auch fernerhin bemühte, gute übersichtliche Artikel über Politik und Handel zu liefern. Die „Wormser Zeitung“, gegründet 1776, blieb unter den obwaltenden ungünstigen Verhältnissen auch fernerhin nur ein unbedeutendes Lokalblatt.

Vollständig unerschütterlich verharrte auch die Regierung von Nassau in ihrer Abneigung gegen alles Zeitungswesen. Jedem Begehren nach einer Konzession stellte sie ein scharfes Nein entgegen, und so mußte denn Dräxler-Manfreds harmlose Badzeitung, „Der Kurjaal“, der für Wiesbaden erschien, in Mainz gedruckt werden!

Ein außerordentlich reges politisches Leben und damit ein wesentlicher Aufschwung des Zeitungswesens entwickelte sich von 1830 ab in dem bisher so stillen Baden. Empfänglich für die politischen Ideen der Zeit war man in Baden von jeher gewesen, aber unter dem Großherzog Ludwig und den Ministern von Verstett und von Berthelm war alles niedergedrückt worden, was nach einer politischen Äußerung ausjah. Mit dem Jahre 1830 änderte sich das. Am 30. März 1830 gelangte der Großherzog

Leopold zur Regierung, der eine Schwenkung zum Liberalismus machte und darum vom Volke alsbald den Beinamen „der Bürgerfreundliche“ erhielt; dann stürzte von der Mitte des Sommers ab die Flut der politischen Ideen, die durch die Julirevolution entfesselt worden war, über das badische Land, und zu alledem trat eine ganze Anzahl hochbegabter Männer ins öffentliche Leben, die den Wünschen des Volkes eine bestimmte Richtung gab und den geeigneten Ausdruck verlieh, Rotteck, Welcker und Zytstein, die zwar schon in den zwanziger Jahren Hauptstützen der liberalen Partei gewesen waren, aber jetzt erst eine umfassende Wirksamkeit entfalten konnten, ferner Mittermaier, Duttlinger, Knapp, Mathy, Servinus und noch mancher andere.

Karl von Rotteck (geb. 18. Juli 1775, gest. 26. November 1840) erwarb sich den glänzendsten Namen. In ganz Deutschland wurde er gefeiert als der Verfasser einer „Weltgeschichte“, die das Evangelium des gesamten gebildeten Mittelstandes war, und in seiner engeren Heimat Baden verehrte man ihn als den edelsten Verteidiger der idealen Güter. Seine Weltanschauung entwickelte Rotteck u. a. in seinem „Lehrbuche des Vernunftrechts und der Staatswissenschaft“, das 1829 erschien, und wo er sagte: „Die Idee, welche unser Zeitalter bewegt, ist die Frucht der angebrochenen Verstandesreise, der beginnenden Mündigkeit der Völker . . . Diese Idee ist die des Rechts, nämlich des Vernunftrechts, welche die gebildete Menschheit laut fordert.“ Hierfür zu wirken, erschien ihm als sein wahrer Lebensberuf. „Freiheit und Recht“, schrieb er weiterhin, „sind die Losungsworte der heutigen Zeit, sie können nur siegen durch Vereinigung der Gemüter für sie durch die öffentliche Meinung. Darum soll jeder die hohen Losungsworte treulich mit aller ihm möglichen Kraft verkündigen.“

Unsere heutige, historisch geschultere Auffassung der staatlichen Dinge mag weit über diese naturrechtlichen Vorstellungen Rottecks hinausgeschritten sein; aber dieses Naturrecht hat doch zuerst in Deutschland der Überzeugung Bahn gebrochen, daß der Einzelne ein Recht hat gegenüber der Staatsgewalt, und wie viel auch von der liberalen Weltanschauung, die durch Rottecks „Welt-

geschichte“ und das Rotted- und Welckersche Staatslexikon in Deutschland verbreitet wurde, später auch der Verichtigung bedurfte — aus jener Anschauung ist doch die heutige konstitutionelle Staatsverfassung in Deutschland hervorgegangen. Deshalb betont denn auch der Breslauer Historiker Richard Köpell in einer Rektoratsrede über Karl von Rotted, in welcher er diesen gegenüber der Treitschkeschen herabsetzenden Beurteilung in Schutz nimmt*), daß der Grundgedanke des Naturrechts es war, welchem die Lehre von den angeborenen, unantastbaren Menschenrechten entsprungen sei. „Ihr verdanken wir, was heute in unserer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung niemand mehr missen möchte: die Anerkennung der persönlichen Freiheit jedes Menschen, die Anerkennung der Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Summe aller der Rechte, welche uns unter dem Namen der sogenannten Grundrechte verfassungsmäßig garantiert sind.“ Und anschließend hieran weist auch Köpell darauf hin, daß „nicht Preußens Zucht und Macht allein, sondern auch der Süddeutschen langer Kampf für die Idee verfassungsmäßiger Freiheit und nationaler Einheit uns an die Ziele gebracht hat, an welchen wir heute stehen.“

In die Anerkennung der persönlichen Freiheit schloß Rotted aber vor allem auch die Anerkennung des freien Worts, der Preßfreiheit ein.

Unmittelbar neben Rotted stand Karl Theodor Welcker (geb. 29. März 1799, gest. 10. März 1869). Er hatte sich als Bonner Universitätsprofessor an den Agitationen für Einführung einer repräsentativen Reichsverfassung beteiligt und darauf allerlei Bedrängnisse erfahren, so daß er 1822 ganz gern einem Rufe als Professor der Jurisprudenz nach der Universität Freiburg im Breisgau gefolgt war, wo er sich nun alsbald mit dem gleichgestimmten Rotted eng befreundete. Als Vertreter des Wahlfreies Ettenheim trat er 1830 in die neu berufene zweite badische Kammer, in der er sich durch zündende Beredsamkeit und weiten Blick auszeichnete. Verschiedene Konflikte mit der Regierung führten seine Suspendierung in Freiburg herbei, worauf er zu

*) Richard Köpell, Karl Wenceslaus von Rotted. Breslau 1883.

Anfang der vierziger Jahre nach Heidelberg übersiedelte und sich nun ganz dem politischen Liberalismus widmete. Er wurde daher gern von seiner Partei der „Fahnenträger des Liberalismus“, der „laute Kluger in einer kampferfüllten Zeit“ genannt. Während Rottek für das Vernunft- und Naturrecht eintrat, strebte Welder mehr einen auf Vernunft, Willensfreiheit und Geschichte gegründeten Rechtsstaat an, dessen letzten Zweck er in der „möglichstern Erreichung der Tugend und Humanität und durch die Glückseligkeit aller“ erblickte. Dieses Ziel müsse man durch den modernen Repräsentativstaat mit der Mischung monarchischer, aristokratischer und demokratischer Elemente erreichen. „Durch seine Notionen in der badischen Kammer“, sagt Blunski in seiner Geschichte der neueren Staatswissenschaften, „und durch seine publizistische Tätigkeit, die freilich, wie seine Reden, zuweilen all zu sehr ins Breite und Weite ging, aber von einem aufrichtigen Freisinn erfüllt war, hatte er eine Popularität erlangt, welche der Rottecks wenig nachstand.“

Nicht so leidenschaftlich und stürmisch, wie Welder, sondern immer erst nach reiflicher Überlegung, stets vorsichtig und behutsam, trat Johann Adam von Hylstein (geb. 28. Sept. 1775, gest. 14. Sept. 1855) auf. Auch er war von Haus aus Jurist, hatte mehrere Jahre die Stelle eines Bezirksamtmannes in Schwetzingen bekleidet, dann als Hofgerichtsrat in Mannheim gewirkt und wurde 1842 von letzterer Stadt zum Abgeordneten gewählt. Seitdem blieb sein Name, sagt Hoffmann von Fallersleben in einer Abhandlung über Hylstein, mit der staatlichen Entwicklung so eng verflochten, daß die Geschichte der badischen Landtage zugleich auch die Geschichte seines Lebens ist. Er war ein geborener Parteiführer, ein gewandter Agitator und Dialektiker und zog sich denn auch sehr bald das Mißfallen der Regierung zu. Unter diesen Umständen war seine amtliche Stellung wenig angenehm; er nahm daher seine Entlassung und lebte fortan als Privatmann. Sein Grundbesitz, der besonders in dem Sandgute Söllgarten im rebenreichen Rheingau bestand, gestattete ihm eine unabhängige Existenz.

Von den übrigen badischen Politikern seien nur noch Rotte-

und Servinus besonders hervorgehoben, der erstere, weil er wiederholt energisch für die Pressfreiheit eintrat, der letztere, der bekannte Geschichtsschreiber, weil er in bewegten Tagen eine größere Zeitung ins Leben rief, um darin die freisinnigen konstitutionellen Grundsätze zur Geltung zu bringen. Karl Mathy (geboren 7. März 1807, gest. 3. Febr. 1868) studierte in Heidelberg kameralwissenschaft und begann die badiſche Beamtenkarriere, mußte sie aber abbrechen, nachdem er sich in den dreißiger Jahren an den politischen Kämpfen beteiligt hatte. Nach einem längeren Aufenthalt in der Schweiz kehrte er 1840 nach Baden zurück, endete sich dort der Journalistik zu und wurde 1842 in die zweite Kammer gewählt. Weiterhin trat er 1848 in das Frankfurter Parlament, wurde Unterstaatssekretär im Reichsministerium und war dann, nach dem Scheitern der ganzen Bestrebungen, in verschiedenen Bankinstituten Norddeutschlands tätig. Schließlich kehrte er wieder nach Baden zurück und stieg hier 1866 bis zum Finanzminister und Präsidenten des Staatsministeriums empor. Ein glänzendes biographisches Denkmal setzte ihm Gustav Freytag.

G. Servinus (geb. 20. Mai 1805, gest. 18. März 1871) wirkte unter Schloffer in Heidelberg Geschichte, wurde 1836 ordentlicher Professor der Geschichte und Literatur in Göttingen, hielt aber, da er zu den „Göttinger Sieben“ zählte, die gegen Verfassungsänderung protestierten, seine Entlassung und lebte nun unter günstigen pecuniären Verhältnissen teils in Süddeutschland, teils in Italien, bis er 1844 Honorarprofessor in Heidelberg wurde, das nun sein ständiger Wohnsitz blieb. An den politischen Bewegungen beteiligte er sich nur als Schriftsteller, niemals als Redner oder gar als Führer wie Mottek und Welcker; er fehlte ihm nicht nur die laute Stimme, die schlagfertige, klare Beredsamkeit, sondern auch die Hingebung für das Volk, Rücksicht mit dem Unverstand und der Leidenschaft der Menge. „Sehr er es liebte,“ sagt Georg Weber in seinem „Nüchtern Heidelberg“ 1884, „im geeigneten Moment die geschriebene Rede auszugeben, so wenig trug er Lust, sich in die Menge zu geben, in den lauten Schwarm einzutreten.“

Der große Kreis dieser badiſchen Politiker verlangte neben

der Beseitigung vieler anderer Mißstände vor allem auch die Abschaffung der Censur. Die entsprechende „Motion“ auf ganze und ungeschmälerte Pressfreiheit stellte Welcker, und beide Kammern traten dem Antrage bei, worauf die Regierung, stäthlich erst nach einigen Zögern, einen Pressgesetzentwurf vorlegte. Dieser Entwurf erfuhr dann in der zweiten Kammer noch manche Erweiterung, worauf am 24. Dezember 1831 endlich nach Vereinbarung beider Kammern das wichtige Gesetz zu Stande kam. Allein die Großmächte erblickten in dieser „Entfesselung der Presse“ eine große Gefahr und führten einen Bundesbeschluß herbei, kraft dessen der Großherzog gezwungen wurde, das neue Pressgesetz wieder außer Wirksamkeit zu setzen (28. Juli 1832). Da er diesen Schritt tat, ohne die Stände hierum zu fragen, so verfiel er gegen den § 65 der ständischen Verfassung Badens, der vorschreibt, daß zur Abänderung der bestehenden Gesetze die Zustimmung der absoluten Majorität einer jeden der beiden Kammern erforderlich ist.

Das ganze liberale Baden protestierte heftig gegen diese Verfassungsverletzung und klagte laut über den Verlust der Pressfreiheit; auf alle Eingaben hatte der Minister von Blittersdorf aber stets nur die Antwort: „Der hohe Bund hat es so befohlen.“ Die Opposition ließ sich jedoch damit nicht abfinden, immer aufs neue verlangte sie die verfassungsmäßig errungene Freiheit zurück und dieser Kampf zog sich bis zum Jahre 1848 hin. In der Landtage von 1835 schilderte Welcker die schwere pecuniäre Zaudigung, die der Herausgeber einer Zeitung durch den Preßzwang erleide. „Wenn der Herausgeber eines Blattes sich genötigt sieht, sagt er, ganze Blätter oft drei- oder viermal umbrechen zu lassen, weil auch der unschuldigste Artikel vom Censur unbarmherzig gestrichen oder verstümmelt wird, wenn er überhaupt wolle, 40 Th. für einen solchen Artikel bezahlt und wegen des Umbrechens noch dreifache Kosten zu tragen hat, so verliert er zuletzt die Möglichkeit, das ganze ehrliche Gewerbe fortzusetzen. Arbeiter, Drucker und Verleger müssen auf den erlaubten Gewinn ihres Gewerbes verzichten, und so kam es dahin, daß wir nicht ein einziges freies Blatt mehr haben, welches die

der Mißgriffe in der Verwaltung, die Beschwerden der Untertanen, die freiwilligen Wünsche und Bedürfnisse der Bürger ihren Mitbürgern ans Herz legen kann. Wenn man bei irgend einem deren Erwerbszweige, z. B. bei einem Krämer, heute — nicht : 40 fl., sondern für 40 Kr. — Stodfische, morgen für 40 Kr. ringe und übermorgen für 40 Kr. Spielsachen konfiszieren lie, und man durch solche und ähnliche Handlungen zuletzt den zu zwingen würde, sein ganzes Gewerbe aufzugeben, so weiß nicht, ob man dies nicht für eine Verraubung und Tyrannei würde. Ich weiß aber auch nicht, ob irgend wo, etwa bei Profesen, Stodfische, Heringe und Spielsachen höher stehen Wahrheit und ihre Mittheilung, ob sie und ihre Verbreiter eiligeres Recht haben, als Schriftsteller, Drucker und Verleger, die die Wahrheit ihren Mitbürgern mittheilen, sich der Verletzung des Rechts und der Vervollkommnung ihrer Anstalten u. *) Auf dem Landtage von 1837 begründete Welcker die Petitionsbekwerbe abermals, und 1839 verurtheilte neben : auch Isstein und Nottel öffentlich den Preßzwang mit Beschränkung. Im Jahre 1840 trat der Landtag einstimmig für Issteins bei: „Die Erwartung auszusprechen, daß die Regierung beim Bundestage nicht unterlassen werde, die Wiederherstellung der dort einseitig aufgehobenen Verfassung von 1833 zu bewirken.“ Irgend welche Wirkung hatte der Antrag aber nicht. Den geistlichen Höhepunkt erreichte schließlich dieser Kampf die Zensur in dem langen Landtage von 1843 bis 1845, Mathy, der Abgeordnete von Konstanz, in seiner Weise und schwungvollen Sprache die ganze Bitterkeit der Zensur der Presse zum Ausdruck brachte, so daß seine Rede über Baden hinaus den lautesten Widerhall fand. Die badische Presse gab diese Rede Mathys wieder. Gustav Kläber in seiner Biographie Mathys, daß sie in der Geschichte der badischen Zensur darstelle. „Ist irgendwo ein Mann,“ begann Mathy, „von kräftiger Natur und fester Gesundheit, verständlich und gut ge-

artet. Der Mann dient mehreren Herren und löst seine schwierige Aufgabe zur Zufriedenheit aller; dies beweisen die guten Zeugnisse, welche er besitzt. Er half sogar seinen Herren aus einer großen Gefahr; er rettete sie aus den Händen eines mächtigen Nachbarn, der es auf ihre Habe abgesehen hatte. In dem Kampfe, den er bestand, hatte er guten Gebrauch von seiner Kraft gemacht, daß ihm die Herren versprachen, er dürfe fortan nicht mehr blindlings ihren Geboten folgen, sondern selbst Vorschläge machen, frei und offen sagen, was er für das Beste halte; sie würden darauf achten; dies würde für sie und ihn am zuträglichsten sein. Der Mann tat so und ward unbequem. Man warf ihm vor, er trete zu herb auf, er mache Lärm im Hause, reize die vielen Hunde, welche die Herren für ihr Vergnügen hielten, zu lautem Gebelle und störe überhaupt die Hausordnung. Er wurde zwar fortwährend zu allerlei Dienstleistungen verwendet und mußte für Küche und Keller sorgen: wollte er aber ein Anliegen vortragen, so mußte er dies bei einem Bedienten anbringen, der strengen Befehl hatte, nur das Angenehme zuzulassen, das Unangenehme dagegen zurückzuweisen. Die Wahrheit aber ist selten angenehm. Das Angenehme oft nicht wahr; an alte Schulden und Versprechen zumal wird niemand gern erinnert.

„Der Mann, meine Herren, ist das deutsche Volk: das freie Wort, sein altes Recht, ist ihm feierlich versprochen, und es ist die zugesagte allgemeine Bestimmung über den Gebrauch des freien Wortes dahin gegeben, daß der Deutsche ungehindert sprechen dürfe über alles, was ihn nichts angeht oder seinen Bezug auf seine Geschäfte hat. Will er dagegen seine Meinung sagen über das, was ihm nütze oder schade, was ihm fehle oder ihn belästige, so muß er den bitteren Kern der Wahrheit unter einer Hülle vom süßen Gegenteile verdecken, seine sträfliche Tendenz zur Dissenheit in ein läßliches Schmeicheln verkehren, und zuletzt — weil er in solchen Künsten doch immer ein Stümper bleibt — seine Gedanken, bevor sie laut werden, einem Meister Hämmertling unterbreiten, der sie entweder als ganz unbrauchbar vernichtet, oder in einer Weise zurecht zerrt, daß auch der Geschmeißer nicht mehr erträgt, was sie ursprünglich gewesen sein müßten.“

So, meine Herren, steht es mit der freien Meinungs-
 erung in Deutschland. So steht es mit der Pressfreiheit für
 tungen und Zeitschriften, für alle Schriften über öffentliche
 gelegenhelten in engeren und weiteren Kreisen, für alle Schriften,
 an das Volk gerichtet sind. — Daß man heute die Fägel
 as lofer läßt, um sie morgen desto straffer anzuziehen; daß
 u hier den Nachbar zur Rechten, dort den Nachbar zur Linken
 ert, bis man sich mit ihnen verständigt, gegenseitig nur Lob
 gestatten: dies ändert die Sache ebenso wenig, als wenn ver-
 ert wird, man meine es nicht so schlimm, man wolle keine
 ihrheit unterdrücken, sondern nur für den gehörigen Anstand
 gen. Ohne Freiheit gibt es keine Wahrheit, nur Nachbeterei;
 ten Anstand, einzig Dressur. Dem Kinde steht das Gängel-
 ab nicht übel, den Mann beschimpft es; den Sträfling, den
 ihn sinnigen überwacht das Auge des Wärters, der Unbescholtene
 t seinen Weg allein.

„Auffallende Fürsorge, welche den Geist beschränkt, der nur
 t Worten schaden könnte, und die Hand frei läßt, welche doch
 hlen oder morden kann; zarte Pflege der Sicherheit, welche das
 ertzeug der Gedankenverbreitung, die Presse, unter politische
 issticht stellt, und doch andere Werkzeuge, welche das Leben zer-
 erten können, dem freien Gebrauche anheimgibt: merkwürdige
 stung vor der edelsten Gabe des Schöpfers, vor dem freige-
 affenen Menschengenisse, die ihn dem Gulte gleich achtet, das
 ir abgegeben wird, wenn vorher nachgewiesen ist, von wem und
 zu es gebraucht werden soll!“

Der Redner entwickelt dann, wie durch diese Nieder-
 ückung des geistigen Lebens die ganze Nation in jeder Weise
 de, auch in ihrem materiellen Wohlstande, da man von allen
 eiten den Deutschen ungestraft ausbenten könne. Überall im
 usstande werde er benützt und mache sich nützlich, aber nirgends
 rieße er ein Ansehen, nirgends könne er ein Recht geltend
 achen. Denn „man kennt keine deutsche Diplomatie, geschweige
 un ein deutsches Volk.“ So lange denn die geistige Tätigkeit
 es deutschen Volkes solche unwürdigen Fesseln trage, werde sich

die Lage des deutschen Volkes nicht bessern. Darum vor allem fort mit der Censur!

Und schließlich stellte noch einmal der Abgeordnete Peter 1846 den Antrag, die badische Regierung zu ersuchen, durch ihren Gesandten bei dem deutschen Bunde auf vollkommene Pressefreiheit hinzuwirken, und wenn bis Ende 1847 kein allgemeines Pressegesetz für Deutschland zu Stande kommen sollte, die großherzoglich badische Regierung an ihre Pflicht zu mahnen, die zurückgenommene Pressefreiheit wieder herzustellen, sowie einstweilen für die inneren Angelegenheiten und die Zustände in anderen als deutschen Bundesstaaten die Pressebeschränkungen sogleich aufzuheben, auch die Censur-Instruktion für die übrigen Gegenstände auf das ursprüngliche gesetzliche System zurückzuführen.

Auch das war natürlich vergeblich, so bedenklich sich die allgemeine Mißstimmung auch schon gesteigert hatte.

In welcher verhängnisvollen Weise unter diesen Verhältnissen die Censur bisweilen gehandhabt wurde, mag nur mit einem Beispiele illustriert werden. Bald nach Beendigung der polnischen Revolution lud der russische Gesandte in Karlsruhe öffentlich in den süddeutschen Zeitungen zur Auswanderung nach dem entvölkerten Polen ein, und die Beamten einiger kleinen Staaten erhielten sogar die andrängliche Weisung, in ihrem Geschäftstreife die Einladung mit ihren scheinbar sehr lockenden Bedingungen bekannt zu machen. Welcker aber, der die Verhältnisse genau kannte, hatte die Überzeugung, daß die Auswanderer dem Verderben entgegen gingen, und wollte an die Bayern eine Warnung richten: allein die Censur strich die Warnung, und alle Schritte, sie durchzubringen, waren vergebens. Einige Zeit später kehrte ein Teil der Ausgewanderten in bejammernswertem Zustande zurück, die andern waren elend zugrunde gegangen.*)

Die Entwicklung der badischen Presse vermochte bei diesen wechselvollen Schicksalen naturgemäß nur zu Beginn des Jahres 1832

*) Prot. der bad. zweiten Kammer v. 1835, Heft VI, S. 77. Im übrigen vergleiche man Leonhard Müller, Badische Landtagsgeschichte, 4 Teil, Berlin 1900-1903.

u Anlauf zu nehmen. Nach der Wiederanhebung der Pressefreiheit (28. Juli 1832) trat sofort aufs neue eine Stagnation ein. Hierin erhielt das Land von 1830 ab eine reiche Zeitungsatur, die, wenn auch manches Blatt schnell wieder verschwand, eine neue Periode der badischen Journalistik bedeutet und über der früheren Obde ein Bild großer Mannigfaltigkeit et. Es sind zu verzeichnen für die Jahre 1830 bis 1848: Karlsruhe die „Karlsruher Zeitung“, die „Badische Zeitung“, der „Badische Volksbote“ und die „Oberdeutsche Zeitung“, Mannheim das „Mannheimer Journal“, die „Mannheimer Abendzeitung“, das „Mannheimer Morgenblatt“, der „Wächter Rhein“, der „Zuschauer“ und die „Rheinische Postille“, in Freiburg die „Freiburger Zeitung“ und der „Freisinnige“, in Konstanz die „Konstanzer Zeitung“ und die anfangs vom Oberichtsanwalt Banotti, später von Fidler redigierten „Sreblätter“ in Heidelberg die „Deutsche Zeitung“. Leider erlangte as dieser Blätter eine wirkliche Bedeutung. Das offizielle Organ des Landes war nach wie vor die „Karlsruher Zeitung“, deren unterhielt die Regierung eine gewisse Fühlung mit der freiburger Zeitung“, der „Konstanzer Zeitung“ und dem „Mannheimer Journal“ und wandte diesen Blättern auch alle offiziellen Sanftmachungen zu. Dadurch bekamen auch diese Zeitungen u Charakter des privilegierten, halbamtlichen Organs. Alle rigen waren Oppositionsblätter. Unter diesen ragte wohl am chsten der „Freisinnige“ hervor, der vom 1. März 1832 von Klotter, Welter und Duttlinger in Freiburg herausgegeben wurde. Er bekundete den weiten Blick, die reiche Bildung id die hinreichende Begeisterung seiner Herausgeber und fand fort großen Beifall; doch sah er sich sehr bald am Ende seiner age. Unmittelbar nach der Wiederanhebung der Pressefreiheit, reits in den letzten Tagen des Juli 1832 wurde er unterdrückt. ensfalls nur ein sehr kurzes Leben hatte die fortschrittliche Oberdeutsche Zeitung“ in Karlsruhe, die von dem warm-erzigen und vielbewanderten Friedrich Giechne geleitet wurde. Sie trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben und ging bereits Ende September 1842, vielleicht weil sie zu doktrinär gehalten war,

aus Mangel an Abonnenten ein. Glücklicher war die „Mannheimer Abendzeitung“, die „viele Jahre lang den äußersten vorgeschobenen Posten der deutschen Presse bildete.“ Sie erlangte diese Position durch die beiden gewandten Redakteure Dr. Karl Grün und Karl Ludwig Bernays. Karl Grün (geb. 1817, gest. 1888) wußte besonders durch seine lebendige Darstellung und durch die Wärme, mit der er für alle freiheitlichen Institutionen eintrat, einzunehmen. Dabei verschmähte er es auch nicht, durch pikante Anekdoten und eine kleine *chronique scandaleuse*, sowie durch eine gewisse ironisierende Färbung des Tons sein Blatt interessant zu machen. Es bürgerte sich daher sogar in den Berliner Konditoreien ein und wurde dort mit Vorliebe gelesen. Weniger Beifall fand aber der Ton Karls Grüns beim Ministerium Bittersdorff, und so wurde denn der unbequeme Mann, da er Preuße war, kurz nach Schluß der Session 1842 ausgewiesen und über die Grenze gebracht.*) Später hat sich dann Grün durch eine Reihe schätzenswerter kulturgeschichtlicher Werke einen geachteten Platz als Historiker erworben. Sein Nachfolger Karl Ludwig Bernays, ursprünglich Rechtsanwalt, neigte stark zur republikanischen Partei und gab daher dem Blatte einen schärferen Ton. Als Hytten 1845 bei seinem Besuche Berlins aus den preußischen Staaten ausgewiesen wurde, trat er mit solcher Leidenschaftlichkeit gegen diese Maßregel auf, daß die betreffende Nummer der „Mannheimer Abendzeitung“ von den Postämtern der Rheinprovinz nicht ausgegeben wurde. Bald nachher gab Bernays seine Stellung auf, ging nach Paris und gründete dort mit Arnold Ruge, Marx, Engels und Heinrich Börnstein den „Vorwärts“. Doch wurde dieser bald verboten, worauf Bernays nach Amerika auswanderte, wo er dann lange Jahre in St. Louis den „Anzeiger des Westens“ redigierte. Ebenfalls mit großer Schärfe trat der „Wächter am Rhein“ auf, der von Franz Stromeher herausgegeben wurde. Gelegentlich liebte es Stromeher, in gehobenem Pathos zu sprechen. Als die schwarz-rot-goldene Fahne verboten worden war, rief er aus: „So ver-

*) Grün, Meine Ausweisung aus Baden. Zürich u. Winterthur, 1843.

schwinde denn für einen Augenblick vor dem Antlitz deiner Feinde, o du heilige Dreifarbe, du himmlisches Bild der Reinheit und des mutigen Ernstes! Ziehe dich zurück auf unsere nackte Brust. Dort hüpfst dir grüßend jeder Schlag unseres Herzens entgegen und empfängt von dir die elektrische Einströmung des heiligen Feuers!“ Gustav Freytag erwähnt in seiner Biographie Mathys, daß auch dieser Mitarbeiter des Blattes gewesen sei, und bemerkt dabei, die Zeitung habe sich durch ihren warmen und herausfordernden Ton alsbald die Herzen der Leser gewonnen, sei dann aber den Machthabern unbequem geworden. Schon im sozialistischen und kommunistischen Fahrwasser schwamm der „Zuschauer“, herausgegeben von Hecker und Struve. Das vierte fortschrittliche Blatt Mannheims endlich, „Der rheinische Postillon“ war nur eine Art Dorfzeitung, die über die Weltlage mit Humor zu berichten suchte und ihre Artikel gern mit witzigen Einfällen schmückte. Dabei zog das Blatt etwas zu feck über die Zustände im Großherzogtum Hessen her und wurde daher dort sehr bald verboten. Nur wenig Boden gewannen die beiden oppositionellen Blätter in der Hauptstadt Karlsruhe. Das vornehmere, wirklich gediegene war ohne Zweifel die „Badische Zeitung“ von Karl Mathy. Dieser war durch den Buchhändler August Groos in Mannheim, den Gründer des Blattes, veranlaßt worden, die Stelle eines Redakteurs zu übernehmen. Das Blatt sollte im Sinne der liberalen Opposition des badischen Landtages geleitet werden. Es trat mit dem 1. Januar 1841 ins Leben, erschien täglich in acht Spalten Folio und brachte außerdem die Beilage „Landtagsverhandlungen“. Schon in den ersten Nummern zeigte es sich, daß die neue Zeitung einen durchaus maßvollen Ton beim Besprechen der heimischen sowohl, wie der deutschen Verhältnisse beobachtete. Sie brachte, schreibt Gustav Freytag,*) reichlich Berichte von auswärts, alle Neuigkeiten in kurzer gedrängter Übersicht, auch eine Fülle von solchem Einzelwerk, welches dem Tagesleser ein politisches Blatt anmutig macht. Selten stand ein Leitartikel an der Spitze, aber die Korrespondenzen

*) Freytags Ges. Werke, 22. Band: Karl Mathy.

waren größtenteils von dem Redakteur für den Zweck der Zeitung zugrichtet, viele eigene Ansichten in der Firma anschwärtiger Briefe mitgeteilt. Wahrscheinlich wählte Mathy diese Form, weil sie den Zensur weniger herausforderte. Um den politischen Standpunkt der Zeitung und ihres Redakteurs bestimmter zu kennzeichnen, möge hier nur folgender Satz angeführt werden: „Für Preußen ist der Rhein eine Besitzfrage; eine höhere Weihe hat er für Deutschland, dessen Ansprüche freilich wenig vertreten sind, so lange es weder zu Land noch zur See, weder durch Befehle, noch durch eine Flagge beim Auslande repräsentiert ist. Und doch — das einzige preussische Recht von Gottes Gnaden wäre eigentlich, das Haupt des vereinten Deutschlands zu sein!“ Die bairische Regierung war jedoch mit der Haltung der Zeitung keineswegs zufrieden und zwang nach einem halben Jahre den Verleger, den Titel in „Nationalzeitung“ umzuwandeln, denn, so behauptete sie, es werfe ein schiefes Licht auf sie, wenn sich ein in Karlsruhe erscheinendes Oppositionsblatt „bairisch“ nenne. Leider starb der Verleger Gross unerwartet im Juli 1841, und dadurch verschoben sich die pekuniären Verhältnisse so ungünstig, daß das Unternehmen mit Ende des Jahres aufgegeben werden mußte, so lebhaft das auch von den Parteifreunden beklagt wurde. Einen schwachen Ersatz für das Mathysche Blatt bot von 1842 ab der „Bairische Volksbote“, der von dem Abgeordneten Zittel herausgegeben wurde.

Auf die Dauer konnte die liberale Partei Badens aber doch ein großes führendes Blatt nicht entbehren, um so weniger, als es immer klarer wurde, daß Deutschland einer sehr bewegten Zeit entgegen gehe. Die hervorragendsten Männer der Partei fanden sich daher am 29. November 1846 in Durlach zu einer Besprechung zusammen und beschloßen in dieser, eine neue große Zeitung zu gründen, die den Namen „Deutsche Zeitung“ erhalten sollte. Zum Hauptredakteur wurde **Georg v. Scharf** ernannt, der als unabhängiger Mann und berühmter Historiker außerordentlich geeignet erschien; ihm zur Seite traten **Dr. v. Hoffen**, **K. Mathy** und **K. Rittermaier**; den Verlag übernahm **Jr. Bassermann**; den Druck **G. Mohr** in Heidelberg.

beitern konnte bald ein großer Kreis namhafter Gelehrter, unter Dahlmann, G. Beseler, Wail, Droysen und die beiden Grimm, gezählt werden.

Mit dem 1. Juli 1847 begann das Blatt zu erscheinen; präsen- tierte sich in stätlichem Folio und wurde allwochentäg- lich, später auch Sonntags und vom 1. Januar 1849 ab sogar einmal täglich ausgegeben. Anfangs kostete es 10, später Gulden jährlich. „Nie trat eine deutsche Zeitung achtungsvoller vor die Nation“, sagt Gustav Freytag in seiner Biographie Mathys, „die besten Liberalen aus allen Teilen Deutschlands dabei beteiligt, die Zeitung Mittelpunkt und Organ einer neuen Partei, die sich in jugendlicher Kraft rührte. Daß sie auf ganz Deutschland angelegt und vom Süden aus vor anderem europäischen Angelegenheiten besprechen sollte, war der größte Fortschritt.“ Und Servinus widmete sich dem jungen Unternehmen mit allem Eifer. „Nie hat er eine solche Tätigkeit entwickelt, wie in jenen Tagen,“ schreibt der Historiker Georg Weber in seinem „Rückblick auf Heidelberg“,*) „und sein Name, sein Ruf, seine weitreichenden Verbindungen mit hervorragenden Persönlichkeiten waren wirksam genug, aus der Elite der deutschen Nation Gönner, Förderer und Mitarbeiter herauszuwählen. Eine Ehrentribunal oder zensurisches Kuratorium, bestehend aus Männern wie Dahlmann, den beiden Grimm, Schlosser, Heinrich Arnim und anderen Ebenbürtigen, sollte den Regierungen die Garantie bieten, daß sich die Zeitung in den Schranken des Rechts und einer geordneten Freiheit bewegen würde, und sollte die damals noch bestehende Zensur unter den Händen untergeordneter Verwaltungsbeamten als unnötig erscheinen lassen.“

Bei allen wichtigen Fragen trat Servinus mit seinem eigenen Urteil ein. Die meisten Leitartikel des ersten Jahrganges rühren von ihm her. Er stellte sich in diesen stets auf den höchsten Standpunkt und ließ es sich vor allem angelegen sein, die Ansichten über die allgemeinen deutschen Angelegenheiten zu klären. Bisher hatte man sich bei der ungeliebten Kleinstaaterei fast nur

*) Beilage der „Allgem. Zeitung“, 1884, Nr. 244.

mit den eigensten Interessen beschäftigt, jetzt rüdte Gervinus in der „Deutschen Zeitung“ die Gesamtinteressen der deutschen Nation in den Mittelpunkt der Betrachtung und suchte eine allgemeine Anschauung und Überzeugung der politischen Verhältnisse, die bei der großen Menge noch vollständig fehlte, herauszubilden. Dabei entwickelte er zum erstenmale das ganze System des doctrinären Liberalismus und erläuterte alle Probleme der politischen Doktrin. Infolgedessen erklärt denn auch Heinrich Rüdert in seiner Würdigung Gervinus:*) „Das Bewußtsein, daß eine ‚deutsche Frage‘ existiere, welches der Nation über der Zerstückelung ihrer Interessen an unglückliche Partikularitäten ganz abhanden gekommen war, ist durch die ‚Deutsche Zeitung‘ ins Leben gerufen worden, und zwar gerade in dem weltgeschichtlichen Moment, wo es darauf abgesehen war, daß die Nation in ihrer Gesamtheit in die wirkliche Handlung eintrat. Dies ist ihr bleibendes Verdienst, wogegen das in dieser Art gleichfalls hoch auszeichnende der Belehrung und Klärung des politischen Denkens in den wesentlichsten Problemen der damaligen Doktrin zurücktritt als ein mehr vorübergehendes und zufälliges.“ Aber damit war auch alles zu Gunsten der „Deutschen Zeitung“ gesagt; denn als nun die Forderungen der Wirklichkeit hervortraten, sich tiefen Spaltungen der liberalen Partei zeigten, aus Frankreich herübergedrungene sozialistische und kommunistische Ideen sich geltend machten, versagte in Gervinus der praktische Politiker, der nur allen Erscheinungen rechnet, die nötige Nachsicht mit dem Umstande und der Leidenschaft der Menge übt, und nur das zu erreichen sucht, was wirklich zu erreichen ist. Er hielt sich an seine Doktrin, die er einmal für absolut richtig erkannt hatte, und verlangte, daß sich die politische Bewegung in der von ihm gezeigten Weise entwickeln solle. Das tat sie aber natürlich nicht, und so stand denn das Blatt, von den Regierung en mit Wüthens-

*) Unsere Zeit, N. Folge, 7. Jahrg. 2. Hälfte. 1871. - Gervinus sei zugleich bemerkt, daß Gervinus' Selbstbiographie (2 Bde.) bis gegen Ende der dreißiger Jahre reicht, also von der „Deutschen Zeitung“ nicht erwähnt.

trachtet, von den Konservativen und Reaktionären angefeindet, in den Demokraten geschmäht, von den weniger gebildeten Volksschichten nicht verstanden und darum nicht gelesen, bald vereinsamt u.^{*)} Und als nun gar die Stürme von 1848 losbrachen, war die „Professorenzeitung“ ohne allen Einfluß auf den Gang der Dinge. „Wie viele Artikel voll goldener Lehren, voll patriotischer Erfindung, voll politischer Weisheit und Wahrheit sind ungelesen und unbeachtet vorüber gegangen, wie viel Geld ist während des dreijährigen Bestandes nutzlos verschwunden!“ klagt Georg Meißner in seinem schon erwähnten „Rückblick auf Heidelberg“.

Wißgestimmt trat Gervinus von der Redaktion zurück, wozu die Zeitung alsbald nach Eröffnung der Nationalversammlung nach Frankfurt verlegt wurde. Die erste Frankfurter Nummer (Nr. 266) erschien am 2. Okt. 1848. Den Verlag hatte die Leidmannsche Buchhandlung in Berlin übernommen; den Druck sorgte der Buchdrucker Heinrich Adwrig Brämer. Am 1. Juli 1850 übernahm dann Brämer auch den Verlag. Die Redaktion hielten nach einander verschiedene Parteigenossen (bis 1. Dezember 1848 W. Kieselbach, bis 23. Sept. 1849 G. Kruse, bis 1. Juli 1850 Robert Heller und bis zum Ende des Blattes Hermann Waggraff). Denn auch weiterhin blieb die „Deutsche Zeitung“ das Organ der Männer, die von Heidelberg aus das Parlament zusammenberufen hatten, in der Paulskirche die Verfassung um sich sammelten und endlich die Verfassung vom 3. März 1849 und die Kaiserwahl durchsetzten. Eine Frankfurter Karikatur jener Tage stellte Gervinus und Dahlmann dar, wie sie sich abmühten, den deutschen Kaiser aus dem Tintenfaß zu ziehen.

*) Als Gegengewicht suchten verschiedene Mitglieder der konservativen Partei in Preußen, in erster Linie Otto von Bismarck, ferner Adolf v. Meißner, erst Rabatwill, Geh. Regierungsrat Werder u. a., dieser Vertreterin des einen Konstitutionalismus“ 1847 in Berlin eine konservative Zeitung gegenüber zu stellen. Die Gründung kam jedoch vorläufig nicht zu Stande. Erst 1848 entwickelte sich aus diesen Bestrebungen die „Neue Preussische Zeitung“ v. Peterdorff, ein Programm Bismarcks zur Gründung einer konservativen Zeitung. „Forschungen zur brandenburgisch-preussischen Geschichte“ 1. 17, Heft 2, S. 240—246.)

Bei den weiteren Parteibewegungen wurde die Zeitung schließlich das Hauptorgan der Gothaischen Partei und trat für die Union auch noch ein, als diese nach dem kläglichen Ausgange des Berliner Fürstentages schon augensichtlich verloren war. In-
 folgedessen glitt ihr der Boden unter den Füßen weg. Von den
 viertausend Abonnenten, die sie einst besessen hatte, waren ihr
 kaum noch siebzighundert geblieben; die erforderlichen Zuschüsse
 von der Partei liefen immer spärlicher ein — und, noch ehe der
 Bankrott der Union förmlich ausgesprochen war, mußte das
 Hauptorgan der Unionspolitik seine Publikation und seine Zah-
 lungen einstellen. Ende Dezember 1850 hörte die „Deutsche
 Zeitung“ auf zu erscheinen, mit Hinterlassung einiger tausend
 Taler Schulden, zu deren Zahlung sich niemand berufen oder
 verpflichtet glaubte. „Wie Triumphatoren waren die Unternehmer
 aufgetreten,“ ruft Georg Weber aus, „wie Schiffbrüchige haben
 sie am Ende auf das verlorene Gut zurück!“

Die badische Presse der vierziger Jahre hatte sich also doch
 nicht in der umfassenden und lebenskräftigen Weise entwickelt, wie
 man das bei dem regen politischen Leben des Landes und der
 großen Menge bedeutender Männer, die in dieser bewegten Zeit
 in Baden hervortraten, hätte erwarten sollen. Wohl hatte sie die
 langjährige Armutigkeit und Dürftigkeit endlich überwunden und
 eine Menge Schößlinge getrieben, aber verschiedene von diesen
 waren wieder dahingewelt, und die übrigen zeigten nur einen
 schwächtigen Wuchs, so daß der politische Sturm sie hin und her
 warf. Die Schuld an dieser ungenügenden Entwicklung der Pres-
 sung die Regierung, die in ihrer Befangenheit und übergrößen
 Ängstlichkeit das Auftreten des nationalen Gedankens noch Mäg-
 lichkeit hinderte. Sie entzog dadurch der heimischen Presse die
 Lebenskraft und führte die regeren Leser mit aller Gewalt der
 Veltüre der französischen Zeitungen zu. Damit aber erlitten vorer-
 nationalen Bestrebungen eine außerordentlich schmerzliche
 Die vielen deutschen Leser französischer Zeitungen, die in ihrer
 französischen Gedanken, begannen die deutschen Verhältnisse durch
 die Brille der französischen Presse zu betrachten und sahen die
 französische Verhältnisse zu schwärmen. Es bildete sich nach und nach

ach eine förmliche französische Partei heraus, bei der es zu anz ungeheuerlichen Konsequenzen kam. So brachte es die Presse dieser Partei fertig, über das Justo milieu der Deputiertenkammer in die heiligste But zu geraten. „Sie sählte rcunend in die Seele eines Franzosen hinein, wie ‚erniedrigt‘ Frankreich sei, daß es sich seiner ‚nationalen Positiv‘ erfreue und ne so prächtige Gelegenheit, an den „Rheiu“ zu rücken, habe abschläpfen lassen; sie war auf legitimistisch, auf konstitutionell nd auf republikanisch erboft gegen die ‚Freiheit‘ der französischen legierung; sie nahm alle möglichen politischen und unpolitischen Standpunkte ein, nur niemals einen deutschen.“*) Zugleich erwannen durch die französischen Zeitungen auch die französischen zialistischen und kommunistischen Ideen in Deutschland Eingang nd leiteten die Entwicklung des deutschen nationalen Gedankens t falsche Bahnen. Das machte sich besonders in der schlimmen Weise bemerkbar, als 1848 das alte deutsche Reich wieder ufgerichtet werden sollte und nun ein politisch so mangelhaft erzeugenes und durch ungelärrte Parteiansichten zerklüftetes Volk in ic heillosste Verwirrung geriet.

. Der Journalismus in Süddeutschland. Württemberg und die Jensur. hland über die Pressfreiheit. Die Regierung läßt die Eingabe der Kammer aberücksichtigt. Der „Schwäbische Merkur“ und die kleine Presse. Der Hochwächter“, später „Wobachter“. Seine Klage über die „Macht“. Sein ebschreiber Fr. Seybold. Das „Neue Tagblatt“ und sein humoristischer ektor Correck. Die Situation in Bayern. Die Jensur-Verordnung von 251. Der Kampf gegen sie. Ein neues Pressgesetz kommt nicht zu Stande. inischer von Abel beschränkt die Pressfreiheit. Die allgemeine Korruption elgert sich. Wirths „Tribüne“. Siedelt von München nach Romberg in r Rheinspalz über. Wird unterdrückt. Siebensieffers „Westbote“. Eisen-

*) Friedrich Wiehne, Studien und Skizzen aus der Wapne eines Zeit-
schriftstellers. Karlsruhe 1844, S. 52.

mans „Volksbote“. — Die „Allgemeine Zeitung“. Steht unter bayerischem und österreichischem Einfluß. Keine Schreibf. für sie. Seine Klagen über die Streichungen. Sonstige Mitarbeiter. Ihr Redakteur Dr. Kolb. ^{Kevin} Schüking über ihn. Erkennt nicht die politische Mission Preussens. — Die sonstigen politischen Zeitungen Bayerns.

In Württemberg ging das Zeitungswesen in den dreißiger und vierziger Jahren nur wenig über die bisherigen Grenzen hinaus. Wohl herrschte auch dort mehr und mehr eine gereizte Stimmung; der Polen-Enthusiasmus trieb hohe Blasen, und Paul Pfizers „Briefwechsel zweier Deutschen“, die erste wissenschaftlich begründete Verurteilung Preussens an Deutschlands Spitze, erregte in ganz Deutschland Aufsehen; die Zeitungen dursteten aber von alle dem wenig verraten; sie wurden fest im Zaum gehalten. Nach einer leichten Lockerung in den Jahren 1830 und 1831 wurden die Fesseln von 1832 ab wieder um so strenger angezogen. „Die Zensur, von ängstlichen Beamten gehandhabt, mischte sich in alles,“ schreibt Otto Elben in seiner Geschichte des „Schwäbischen Merkurs“. Nicht bloß politische Urteile wurden beschnitten, sondern geradezu alles, was etwa für zu schonende Ohren mißlieblich sein konnte, einfach gestrichen: unangenehme Ereignisse, dann volkswirtschaftliche, literarische, historische, künstlerische Urteile. Ja, selbst die amtlichen Anzeigen der Kriminalbehörde verfielen dem Kolbstock des Zensors. Der „Merkur“ aber wurde häufig strenger zensuriert, als selbst der „Beobachter“, das Oppositionsblatt. Hätte ersterer etwas Anstößiges gebracht, so wäre das ja noch viel schlimmer gewesen. . . . Diese ^{verhängnisvollen} Zustände mußten naturgemäß auch zu einer Selbstzensur der Zeitungen führen; man hat kaum mehr einen Begriff, ^{was} wie tief die Zensur störend auch in die geschäftlichen Verhältnisse eingriff.“

Dieses Vorgehen der Regierung rief mehr und mehr eine allgemeine tiefe Verstimmung hervor, und so ^{trug} ^{zur} ^{Ver} ^{schä} ^{rfung} ^{der} ^{Ver} ^{fassung} ^{bedür} ^{ftigen} ^{Ver} ^{hältnisse} ⁱⁿ ^{Württemberg} der Abgeordnete Sigmund Schott in der Kammer ein, „die Regierung um Wiederherstellung der ^{Presse} ^{freiheit} ^{durch} ^{Auf} ^{hebung} ^{der} ^{Zensur} ^{zu} ^{bitten}.“

spann sich eine denkwürdige Debatte, bei der auch Ludwig Umland das Wort ergriff. Freimütig bekannte er:

„Von allen staatsrechtlichen Fragen, die in dieser Kammer angeregt wurden, von den Interessen, die man den materiellen gegenüber die geistigen nannte, ist einzig die Frage von der Pressefreiheit zur Begutachtung und nun auch zur Beratung vorgebracht worden. So oft aber auch diese Frage in Erinnerung gebracht wurde, war es immer, als ob ein Gespenst durch den Saal schritte, etwa der Geist eines Erschlagenen. Ich gebe dieser Sache keine feindselige Deutung, sondern die billigte. Es war eine alte Verheißung: ‚ein freies großes Deutschland, lebenskräftig und in Einheit gehalten, wiedergeboren aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volkes, sollte wieder unter den Völkern Europas erscheinen.‘ Das hatten nicht deutsche Demagogen verkündet, sondern mächtige Monarchen den Völkern zum Lohne ihrer Annehmlichkeiten verheißt. Ähnliches wurde auch zur Weihe des neu eröffneten Bundestages ausgesprochen. Die deutschen Völker warteten in unermüdlicher Geduld auf die Erfüllung dieser Verheißungen, sie verharrten geduldig; auch nachdem sie den Glauben an die Erfüllung derselben aufgegeben hatten. Selbst einzelne seltene Ausbrüche der Ungebuld stehen in keinem Verhältnis mit der vorherrschenden Ruhe in der großen Masse des Volkes. Es ist aber auch in der That nicht möglich, daß die verheißene Verjüngung Deutschlands in Erfüllung gehe. Sie sollte heraustreten aus dem Geiste des Volkes. Diesem Geiste aber war kein Organ geschaffen, kein Feld freier Wirksamkeit für das große Erneuerungswerk eröffnet. Im Gegenteil wurde dieser Geist in immer engerer Fessel eingeschlagen. Die Beschlüsse, wodurch die Pressefreiheit verlehrt, Bücher und Zeitblätter verboten, die öffentlichen Verhandlungen der Volkskammern unter besondere Aufsicht gestellt, Vereine und Versammlungen untersagt, gemeinschaftliche Vorstellungen des Bundestages über öffentliche Angelegenheiten für ungesetzlich erklärt wurden, alle diese Beschlüsse waren nicht geeignet, den ureigenen Geist des deutschen Volkes zur Gestalt zu bringen. Nichts desto weniger hat derselbe jezuweilen ein Lebenszeichen gegeben. Die

Justrevolution des Jahres 1830 gab nicht bloß den politischen Ideen des weltbürgerlichen Liberalismus neues Leben; sie erweckte auch ein Gefühl von mehr natürlicher als politischer Art, das Rationalgefühl. Auch in der deutschen Eiche hob es wieder zu rauschen an. Die Volksstämme der vorliegenden konstitutionellen Bundesstaaten betrachteten sich und sahen ihre Würde. Ohne selbständige Macht, ohne Anhalt in einem größeren Verbände, dem sie mit Neigung und Vertrauen angehört hätten, standen sie in dumpfer Erwartung, ob sie, bei ausbrechendem Kampfe, mit Aufopferung deutschen Rationalgefühls dem Zuge der liberalen Ideen, oder im deutschen Bundesheere der Fahne des Absolutismus folgen würden. In diesem peinlichen Zustande der Unentschiedenheit mußte die Erinnerung an jene alte Verheißung von einem mächtigen und zugleich freien Deutschland schmerzhaft wiederkehren. — Statt daß nun ein großartiger Entschluß diesen neuerwachten Regungen des deutschen Rationalgefühls entgegengekommen wäre, und sich derselben zu schöner Entwicklung bemächtigt hätte, folgten sich Schlag auf Schlag weitere und verstärkte Hemmungen und Gewaltmaßregeln . . . Nur vereinzelte bestanden noch in den minder mächtigen Staaten der ständischen Organismus. Es gehört zur Unnatur der deutschen Zustände, daß das Repräsentativsystem nur in den kleineren Bundesstaaten sich begründet hat. Die schwächeren Schultern sollen die Träger der großen Volksrechte sein. — Ermüden wir denn noch nicht, uns die ehrenvolle Bürde, das künftige Eigentum des gesamten Deutschlands, einer helleren Zukunft entgegenzutragen. Rechte und Freiheiten, die in unserer Pflege mühsam gedeihen, können, wenn wir sie nur treulich schützen und furchtlos verteidigen, einst noch größeren Volksvertretungen und in der Mitte selbständiger Bundesstaaten von einer deutschen Nationalversammlung zu vollerer und segensreicher Entfaltung gebracht werden. Die Frage der Pressefreiheit ist geeignet, alle übrigen Fragen, welche die Entfaltung des Volksgesistes angehen, zu vertreten und in sie aufzunehmen. Unterliegen wir auch im Kampfe für sie, so werden wir doch niemals das Vertrauen aufgeben, daß

ureigene Geist eines großen reich begabten Volkes einst noch diesem die würdige Stellung erringen werde, die ihn nicht bloß von Monarchen dieser Erde verheißten, sondern von einer viel höheren Macht angewiesen ist.“*)

Diese Worte Uhlands machten einen so tiefen Eindruck, daß der Antrag Schotts mit großer Mehrheit angenommen wurde; er blieb aber, wie zu erwarten war, von der Regierung unberücksichtigt.

So geschah es denn ganz wie in Baden, daß auch fernerhin die heimischen Verhältnisse nur sehr dürftig in der Presse besprochen wurden, dagegen die französischen Verhältnisse die breiteste Schilderung erfuhren. Doch neigte sich diese traurige Periode schließlich ihrem Ende zu. Seit der Aufröhlung der schleswig-holsteinischen Frage durch den offenen Brief des Königs Christian VIII. von Dänemark vom 8. Juli 1846 erhielten auch die deutschen Interessen wieder eine nachdrücklichere Betonung, und mit dem Beginn des nächsten Jahres trat endlich mehr und mehr eine rationale Grundstimmung hervor.

Der „Schwäbische Merkur“ behauptete sich auch ferner als die Hauptzeitung des Landes; Karl und Dr. Emil Elben leiteten sie, und im Herbst 1847 trat noch Dr. Otto Elben, ein Sohn Karls, mit in das Geschäft ein. Das Format des Blattes wurde 1831 und weiterhin noch 1838 vergrößert, und von 1844 ab wurde die Zeitung auf einer König & Wagnerschen Doppelresse gedruckt. Auch trat in diesen Jahren die siebenmalige Ausgabe in der Woche ein. Der Kreis der Mitarbeiter erweiterte sich hauptsächlich, als die nationalen Fragen mehr in den Vordergrund zu treten begannen. Als besonders wertvolle Korrespondenten sind Ehrenfried Stüber in Straßburg, Ministerialrat Christ und Matthy in Karlsruhe, Robert Mohl und R. Kläpfel in Tübingen zu nennen.

Neben dem „Merkur“ suchten noch mehrere kleinere Zeitungen in Stuttgart Fuß zu fassen, doch mühten sich die meisten ver-

*) Ludwig Uhlands Leben. Aus dessen Nachlaß und aus eigener Erinnerung zusammengestellt von seiner Wittve. Stuttgart. 1874, S. 244 ff.

geblich ab; nur zwei kamen empor, der „Beobachter“ und das „Neue Tagblatt“.

Die schnell wieder dahingegangenen Blätter waren die „Stuttgarter Allgemeine Zeitung“, die Louis Hallberger von 1830 bis 1832 herausgab, das „Stuttgarter Tagblatt“, das im Verlage von Karl Göpel vom 16. Dezember 1843 ab nur bis zum 22. Jan. 1844 erschien, der „Deutsche Kurier“ von R. Weil, eingegangen 1842, an dem nichts weiter deutsch war als der Titel, da er im französischen Auftrage geschrieben wurde und unter dem Vorwande, die Interessen des Konstitutionalismus zu vertreten, die süddeutschen Staaten darauf hinwies, ihre Stütze in Frankreich, aber nicht bei Preußen und Oesterreich zu suchen, das „Schwäbische Museum“, das vom 20. Dezember 1843 ab im Verlage von Karl Göpel zweimal wöchentlich bis zum Schlusse des Jahres 1845 herausgegeben wurde, die „Stuttgarter Schnellpost“, gedruckt von Gottlieb Fritz, die vom 1. Dezember 1843 bis zum Anfang der sechziger Jahre erschien, und der „Verkündiger“ von Karl Courtin, vorwiegend ein Annonzenblatt, das von 1836 bis 1853 herauskam.

Zu diesen früh Verblichenen gesellte sich außerdem noch eine Greifin, die 1757 gegründete „Stuttgarter Zeitung“, die mit dem Schlusse des Jahres 1833 ihr Ende erreichte. Eine Bedeutung hatte sie nie besessen.

Von den beiden Blättern, die sich am Leben erhielten, war der „Beobachter“ das Organ der Oppositionspartei, das „Neue Tagblatt“ die Zeitung des kleinen Bürgers.

Der „Beobachter“ wurde von der württembergischen Demokratie, vornämlich von Tafel, Rödinger und Schott, gegen Ende 1830 in Stuttgart gegründet und begann seine Laufbahn mit dem 1. Dezember 1830. Doch hieß das Blatt ursprünglich „Der Hochwächter“, mußte sich aber, da dieser Titel der Regierung mißfiel, vom 16. Jan. 1833 ab „Der Beobachter“ nennen. Das Blatt erschien von anfang an sechsmal in der Woche in Quart und kostete jährlich 3 Gulden. Der erste Redakteur war R. Lohbauer, ein gewandter Mann, der aber von Beginn seiner Tätigkeit an sehr schwer unter der Härte des Zensors zu leiden

hatte. Wiederholt reichte er daher bei der Regierung Beschwerden ein, und schließlich wandte er sich unter dem 12. März 1832 mit einer „Wiederholten Beschwerde der Redaktion des „Vorbachters“ gegen das Censur-Verfahren“ direkt an den König. Nachdem er sein Leid geklagt, fuhr er fort: „Bei solcher, auch für den ruhigsten Mann unerträglichen Willkür kann ich nur mit Mühe mich noch erinnern, einem konstitutionellen Staate anzugehören, und es wird mit mir jeder Vaterlandsfreund nicht ohne den tiefsten Schmerz die Verhöhnung fühlen, welche hierdurch täglich an dem edelsten Rechte des menschlichen Geistes, an der durch die Verfassung verliehenen Pressfreiheit ungestraft verübt wird. . . . Das von mir redigierte Volksblatt hat keinen andern Zweck, als der Sache der Wahrheit in ungeschminkter Form innerhalb der Grenzen des Gesetzes zu dienen und jede andere Absicht, welche mir zur Verächtlichung meines Strebens vorgeworfen wird, weise ich als rein verleumderisch zurück. Dieses Bewußtsein legt mir aber auch die heilige Pflicht auf, bei der höchsten Landesbehörde gegen jenes verfassungswidrige Verfahren wiederholt zu protestieren und Eure Königl. Majestät um Herstellung des durch das Landesgrundgesetz garantierten Rechtszustandes untertänig zu bitten.“

Einen Erfolg erzielte aber diese Beschwerde nicht, so daß auch die Nachfolger Vohbauers, besonders der vielbewanderte Friedrich Seybold (geb. 1784, gest. 1843), schwer unter den Drangsalen der Censur zu leiden hatten.*) Immerhin gelang es Seybold, der die Redaktion von 1837 bis 1843 führte, das Blatt

*) Durch einen originellen Einfall ist der vom Censur gestrichene Text des „Vorbachters“ erhalten geblieben. Vohbauer sammelte die vom Censur zurückgearbeiteten Hefen und gab sie mit genauer Kennzeichnung des Getrichenen und mit Erläuterungen in Baden (bei R. F. Kap in Forzheim, 1832 [muß wohl heißen 1833]) in einem Quartbande unter dem Titel „Der Vorbachter ohne Censur“ heraus, oder stellte sie vielmehr, wie er sich ausdrückte, „vor die Gerechtigkeit des Volkes“. Ein Vorwort, das ganz in dem gehobenen Tone der damaligen Zeit gehalten ist, beginnt mit den Sätzen: „Sei mir gegrüßt, deutscher Leser, deutsche Leserin des Vorbachters“, die ihr Ende mit mir durch die matte, tote, weißschimmernde Nebel-Nacht des Schmach-

beständig weiter zu entwickeln und dessen Ansehen und Einfluß zu steigern. Trotzdem schloß er seine letzte Neujahrsbetrachtung 1843 mit den bekümmerten Worten: „Im allgemeinen ist in Württemberg nirgends die Frische, die Lebendigkeit und Teilnahme an allgemeinen Interessen zu gewahren, durch welche allein ein Fortschritt erzielt werden kann; vor allem nirgends auch nur eine Spur von Begeisterung für eine Idee. Alles ermattet, alles erstorben. Jeder lebt für sich in seinem Schneckenhause. Das württembergische Volk wird zwar im Laufe des kommenden Jahres neue Gelegenheit erhalten, durch die bevorstehenden landständischen Wahlen und die Vertreter, die es sich aussucht, seine Teilnahme an der Sache des Vaterlandes zu bezeugen; aber wir wagen kaum zu hoffen. Fast mehr Vertrauen setzen wir auf die bevorstehende Erbauung der Eisenbahnen auch in Württemberg, durch deren Vermittlung wir einen allmählichen Umschwung der Dinge, namentlich vorerst eine Erleichterung der Presse hoffen. So aber, wie jetzt noch im allgemeinen die Dinge stehen, ist der ‚Beobachter‘ so weit entfernt, seinen Lesern, wie’s Sitte ist und Brauch, zum Neuen Jahre zu gratulieren, daß er vielmehr auch diese Gelegenheit nicht vorübergehen läßt, ihnen feierlichst zu kondolieren.“

Mit viel leichterem Gepäck erschien das „Neue Tagblatt“. Es wollte seinen Lesern nicht das Herz schwer machen ob des Sammers der Zeit, sondern sie freundlich unterhalten und wo möglich vergnüglich stimmen. Die leidige Politik wurde darum auf ein Minimum zurückgedrängt und der Unterhaltung der größte Raum gegönnt. In den ersten Jahrgängen erhielt die Erzählung sogar die bevorzugte Stelle auf der ersten Seite, wo jetzt die Leitartikel ihren Platz haben. Gründer des Blattes war der ge-

vollsten aller Zustände auf Erden, der Jenfur, gewandelt seid; seid mir gegrüßt in frischer Luft, seid mir gegrüßt im schönen roten Lichte der Fackeln, die hier ihre Strahlen weit hin versenden. Denn Nacht ist es noch, aber die Nacht, die man erleuchten kann, die helle Nacht, über der die Sterne der Hoffnung stehen, die klare Nacht, aus der dort die allstrahlende Sonne heraus-tauchen wird.“ Der dann beigebrachte vom Jenfur gestrichene Text bietet allerdings ein grauenvolles Zeugnis bornierter Gewalttätigkeit dar.

schäftsgewandte Buchdrucker Friedrich Müller (geb. 1803, gest. 1857) und erster Redakteur der vielseitig gebildete und mit Humor begabte Dr. G. F. Correck, ein früherer bayrischer Offizier, der leider schon 1845, erst 32 Jahre alt, einem Lungenleiden erlag. Die erste Nummer des „Neuen Tagblattes“ erschien am 24. Dezember 1843 und zeigte gleich in ihrem „Prospektus“, mit welcher muntern Keckheit, der ein reichlicher Tropfen Eulenspiegelei beigemischt war, die Redaktion aufzutreten gedachte. „Da wir soeben aus Indien eine Erbschaft von mehreren Millionen erwarten, so machen wir uns eigentlich bloß das Vergnügen daraus, das Publikum mit unserem Christgeschenk zu beglücken, und sobald jene Millionen eintreffen, werden wir unser Blatt mit Vergnügen ganz umsonst geben. Vorläufig kostet es monatlich nur neun Kreuzer bei allwochentäglichem Erscheinen. Neun Kreuzer sind ja gegen den ‚Beobachter‘ und ‚Verkündiger‘ ein wahres Spottgeld! Wir werden für diese neun Kreuzer verkündigen und beobachten, was noch nie verkündigt und beobachtet worden ist, und gewiß Horrendes leisten! Wir werden alle Zwerchfelle erschüttern, um unseren Lesern zugleich den Doktor zu ersparen. Kurz wir werden das Unmögliche ganz gewiß möglich machen. Da es uns gelungen ist, Abonnenten aus der Erde zu stampfen, so wird unser Blatt bald das gelesenste des ganzen Erdbodens sein, und man wird es nicht allein bei Marquardt, Hermann und Bubeck (Cafés in Stuttgart), sondern auch in jedem nur einigermaßen kultivierten Hotel von Otaheiti finden. Alles, was unsere ehrenwerten anderen Mitwettrenner versprechen, das werden wir bei Anstellung von zirka 20 Redakteuren nicht bloß halten, sondern weit überflügeln. Durch den Besitz bereits oben erwähnter, aus Indien geerbter Millionen werden wir uns nach deren Ankunft nächstens in den Stand gesetzt sehen, alle brauchbaren Beiträge ganz enorm hoch zu honorieren. Druck und Papier sollen jeden anlachen, damit sich gute Wize desto besser und selbst schlechte gut ausnehmen.“

Dieser Ton gefiel, und das Blatt fand Beifall. Auch die wichtigen Inserate stellten sich ein, so daß bereits am 1. Juli 1844 das kleine Format (Großoktav) vergrößert werden konnte. In

den nächsten Jahren weitete sich dann die Zeitung noch mehr und wurde schließlich ein allbeliebtes Blatt, das sich über ganz Württemberg verbreitete.*)

Von den Tagesblättern, die sonst noch in den übrigen Städten Württembergs erschienen, seien schließlich nur die beiden Ulmer Zeitungen genannt, die „Ulmer Schnellpost“, von Ernst Mülling 1837 gegründet, und die „Zeitinteressen“, ein von Dr. P. L. Adam vortrefflich redigiertes Bürgerblatt.

Ganz besonders trübselig sah es in den Jahren von 1830 bis 1848 in Bayern aus. Nachdem 1830 für kurze Zeit eine etwas größere Freiheit gewährt worden war, trug die Regierung schon zu Beginn des Jahres 1831 Sorge, das freie Wort wieder möglichst zu beschränken, und ließ daher am 28. Januar 1831 eine strenge Zensur-Berordnung erscheinen. Nach dieser Berordnung sollte sich künftig die Zensur nicht nur auf diejenigen Artikel politischen und statistischen Inhalts erstrecken, welche „sich auf äußere Staatsverhältnisse und auf das Wirken der Staatsgewalt und ihrer Organe hinsichtlich der Ausübung der äußeren Regierungsrechte beziehen,“ sondern sie sollte auch bei denjenigen Artikeln ausgeübt werden, die von innern Regierungs-Angelegenheiten handeln. Und um hier dem „rechtswidrigen Mißbrauch“ der Freiheit der Presse durchaus rechtskräftig zu begegnen, sollte der Druck aller Aufsätze unterlagt werden: „1) Wenn darin Nachrichten über persönliche und Familien-Verhältnisse des Monarchen oder der Mitglieder des k. Hauses gegeben, die weder durch unmittelbare amtliche Mitteilung, noch durch die vorausgegangene Bekanntmachung in einem als offiziell anerkannten Blatte verbürgt erscheinen, 2) wenn in denselben notorische Unwahrheiten oder erdichtete Nachrichten von zu erwartenden Regierungsmaßregeln enthalten sind, welche Täuschung oder Aufregung zur Folge haben können, 3) wenn durch die Bekanntmachung irgend ein im Königreich bestehendes Strafgesetz übertreten und eine in Verbrechens-, Vergehens- oder Polizei-Übertretungsgrade strafbare

*) Prof. Adolf Müller-Palm, Zum 50jährigen Jubiläum des Neuen Tagblatts. Stuttgart. 1893.

Handlung begangen werden würde.“ Dieser Punkt wurde dann noch näher bestimmt.

Gegen diese Verordnung erhob sich ein Sturm des Unwillens im Lande. Aus den Städten Nürnberg, Fürth, Bamberg, Würzburg, Kempten u. a. gingen Beschwerden wegen Verfassungsgesetzgebung bei den Ständen ein, und als diese am 20. Febr. 1831 zusammengetreten waren, erklärte der fünfte Ausschuß der Kammer diese Beschwerden für begründet, und der Referent des Ausschusses stellte sogar den Antrag, den Minister von Schenk, der die Zensur-Verordnung zu vertreten hatte, wegen vorsätzlicher Verfassungs-Verletzung in den Anlagestand zu versetzen. Zu den Debatten, welche sich darauf in der Kammer entspannen, wandte sich die Opposition hauptsächlich gegen die Bestimmung, daß die Regierung von jetzt ab, entgegen der früheren Gesetzgebung und bisherigen Übung, auch alle diejenigen Artikel mit Zensur belegen wolle, die nur innere Angelegenheiten des Königreichs behandeln, und sie wußte diese Beschränkung der Presse so klar vor Augen zu führen, daß die Kammer am 18. Mai mit 96 gegen 29 Stimmen den Beschluß faßte: „Die Beschwerde wegen Verfassungs-Verletzung durch die Zensur-Verordnung vom 28. Januar 1831 ist begründet und der Monarch auf verfassungsmäßigem Wege um geeignete Abhilfe zu bitten.“ Von einer förmlichen Anklage wegen vorsätzlicher Verfassungs-Verletzung wurde dagegen Umgang genommen. Immerhin sah sich der Minister von Schenk gezwungen, seine Entlassung zu nehmen, welche vom König Ludwig I. unter Ausdrücken der allerhöchsten Zufriedenheit gewährt wurde. Dem Beschlusse der Kammer entsprach die Regierung aber dadurch, daß sie unter dem 12. Juni 1831 im Regierungsblatte eine königliche Verordnung brachte, welche die Zensur-Verordnung vom 28. Januar 1831 außer Wirkung setzte.

Mittlerweile hatte der Nachfolger des Herrn v. Schenk, der Staatsrat von Stürmer, dem Landtage bereits eine Vorlage über ein umfassendes Pressegesetz gemacht. Sie bestand 1. aus dem Entwurfe eines Ediktes über die Freiheit der Presse und des Buchhandels, 2. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Zensur, 3. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Polizei

der Presse und ihrer Erzeugnisse, 4. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse, 5. aus dem Entwurf eines Gesetzes über das Verfahren gegen Übertretungen, Vergehen und Verbrechen durch den Mißbrauch der Presse und ihrer Erzeugnisse und 6. aus dem Entwurfe eines Gesetzes über die Bildung der Geschworenen-Gerichte.

Nach dem Inhalte dieser Gesetzentwürfe sollte die Zensur für die innern Angelegenheiten ganz aufgehoben werden und an deren Stelle ein vollständiges Repressivsystem treten, demzufolge die Herausgeber politischer Blätter zur Erlegung einer Kaution gehalten, Vergehen und Verbrechen aber, welche durch die Presse begangen würden, durch Geschworenengerichte in öffentlicher Sitzung abgeurteilt werden sollten. Für die auswärtigen Verhältnisse sollte die Zensur dagegen nach den Bestimmungen der Bundesgesetze auch fernertin beibehalten werden.

Diese Vorlage rief in beiden Kammern lange, mit großem Eifer geführte Diskussionen hervor, die aber leider zu keinem Ergebnisse führten. Ganz besonders beanstandet wurde die Beibehaltung der Zensur in betreff der auswärtigen Verhältnisse, welche die Kammer der Abgeordneten nicht geradezu durch ein neues Gesetz für immer sanktionieren wollte. Sie hatte deshalb beantragt, daß sich die Regierung innerhalb eines gewissen Zeitraums von der Verbindlichkeit der Karlsbader Beschlüsse lossagen und mit Aufhebung aller und jeder Zensur das freie Presse-System auch auf die auswärtigen Beziehungen ausdehnen möchte. Dieser Antrag wurde aber von der Kammer der Reichsräthe verworfen und statt dessen nur der Wunsch aufgenommen, daß die Regierung dahin wirken möge, die Hindernisse zu beseitigen, die der gänzlichen Aufhebung der Zensur noch entgegenstehen.

Hätte sich die Kammer der Abgeordneten in ihren Wünschen etwas beschränkt; hätte sie sich zunächst mit dem zu erreichen war, so wäre gewiß eine Verständigung erzielt worden; so aber sahen sich schließlich die beiden Kammern genöthigt, an die Krone die Erklärung abzugeben, daß sie sich über die Fassung der ersten vier Entwürfe nicht vereinigen könnten, und daß nur die

sichtlich des fünften und sechsten ein gemeinschaftlicher Beschluß zwischen ihnen zu Stande gekommen sei. Hierauf enthielt der Landtags-Abschied die Erklärung: „Nachdem sich die beiden Kammern hinsichtlich dieser vier Pressegesetzentwürfe nicht vereinigt haben, so können Se. Majestät auch dem von den Ständen übergebenen Gesamtbeschluß der andern zwei Entwürfe die königliche Genehmigung nicht erteilen“ — und Bayern stand nach all' den langwierigen Verhandlungen nun wieder auf demselben Standpunkte, wo es vor dem 28. Januar 1831 gestanden hatte.

Immerhin war durch die Debatten vieles geklärt worden, und zugleich hatte die Regierung zur Genüge die ganze heftige Abneigung des Volkes gegen die Zensur kennen gelernt. Und darum ließ es sich denn auch der Fürst Ludwig von Ottingen-Wallerstein, der mit dem Beginn des Jahres 1832 an die Spitze des Ministeriums des Innern getreten war, sichtlich angelegen sein, die Schranken, die der Zensur in Bezug auf die innere Politik gesteckt waren, zu respektieren. Den strengen Maßregeln gegenüber, die die Bundesversammlung im Jahre 1832 gegen die Presse in Anwendung brachte, versuchte er natürlich keine mildernde Abschwächung, so daß auch Bayern die ganze tief einschneidende Wirkung dieser Bundesbeschlüsse zu verspüren hatte.

Unter diesen Umständen war es denn ganz natürlich, daß die bayrische Presse nur wenig von den verbrieften Freiheiten Gebrauch machte, sich kaum zu größerer Regsamkeit erhob. Nachdem sich 1830 einige Blätter zu einem kühneren Fluge emporgeschwungen hatten und dann 1832 von der ganzen Wucht der Beschlüsse des Bundestages getroffen worden waren, griff wieder die alte Zaghaftigkeit und Ängstlichkeit der früheren Jahre um sich. Daran konnte auch ein „Deutscher Verein zur Unterstützung der freien Presse“ nichts ändern, der 1832 von den drei Juristen Schüler, Savoye und Geib in Zweibrücken gegründet wurde und die Absicht hatte, „für die freieste Entwicklung patriotischer Gedanken, zur Förderung des Wohls der deutschen Völker, die Unterstützung der ganzen Nation in Anspruch zu nehmen.“ Seine Stimme verhallte wirkungslos, und es machte sich aufs neue in ganz Bayern — abgesehen von der Augsburger

„Allgemeinen Zeitung“, die auch von der Regierung stets mehr als Weltblatt, denn als bayrische Zeitung angesehen und behandelt wurde — jener Steinliche, in sich gebudete Spießbürgerliche Sinn bemerkbar, der immer die Frucht der Unterdrückung ist. Doch wurde dieser Zustand nirgends als all' zu drückend empfunden; man bewegte sich ja in gesetzlich geregelten Verhältnissen; und kam nicht all' zu oft mit der Regierung in Konflikt. Das änderte sich aber im Jahre 1837 mit dem Rücktritt des Fürsten Ludwig von Dtingen-Wallerstein und der Ernennung des Herrn von Abel zum Minister des Innern ganz unerwartet sehr wesentlich. Der neue Minister setzte alsbald eigenmächtig die bestehende Pressefreiheit für die innern Angelegenheiten stillschweigend außer Kraft und führte auch für die innere Politik den Zensurzwang ein. Doch nirgends wurde diese neue Zensur nach allgemein gültigen Normen, sondern überall nach geheimen Instructionen ausgeübt, die, nach Zeit und Ort fortwährend wechselnd, die grenzenloseste Willkür in ihrem Gefolge hatten. Dieser Zustand machte jede Erörterung über die innern Angelegenheiten, jede freie Meinungsäußerung über das Verwaltungssystem, sowie über einzelne Maßregeln desselben zu einer Unmöglichkeit. Doch diese äußerste Zensurstrenge genügte noch nicht; der Minister von Abel erfind auch die Nachzensur für auswärtige deutsche Blätter; und das Verbot des Postdebit, das einerseits dazu dienen mußte, die auswärtige Presse einzuschränken, andererseits aber solche einheimischen Blätter, welche trotz der strengen Zensur eine mäßige Richtung anzunehmen schienen, oder gegen die man aus andern Gründen eine nachdrückliche Strafe verhängen wollte, empfahl zu züchtigen. Da es zur Herausgabe eines Blattes in Bayern einer Erlaubnis der Regierung verfassungsmäßig nicht bedurfte und die Unterdrückung eines solchen nur durch ein richterliches Urtheil erfolgen konnte, so war ein Verbot, wodurch den königlichen bayrischen Posten die Beförderung eines Blattes untersagt werden ein Nebenweg, auf dem der Minister der Unterdrückung ziemlich nahe kam. Daß er sich dabei in grellen Widersprüche mit dem Geiste der Verfassung setzte, focht den Herrn Minister wenig an. Doch nicht nur das; Herr von Abel suchte sich auch bei

Presse, die er hier mißhandelte und knechtete, dort zu seinen Zwecken dienstbar zu machen. „So wurde,“ berichtet A. Rauch, dessen Darlegungen wir hier zum Theil folgen. „auf ein größeres Blatt durch Einschüchterung und allerlei andere Mittel eingewirkt, daß es sich zur Verteidigung eines Systems herbeiließ, das es aus freiem Antriebe sicherlich nicht zu dem seinigen gemacht haben würde. Die übrigen bayrischen Blätter, denen es an Gesinnungstüchtigkeit und Einsicht mangelte, trompeteten dem größeren Organe nach, und nur wenige wußten sich in ein ehrenvolles Schweigen zu fällen. Auf diese Weise gelang es, die Presse und die öffentliche Meinung, so weit sie nicht auf eigenen Füßen ging, vollständig zu korrumpieren. Dort aber, wo man mit diesen Mitteln nicht ausreichte, in den untern Schichten der Gesellschaft, wurden auch noch andere Hebel zu demselben Zwecke in Bewegung gesetzt.“

Dieser unwürdige Zustand blieb bis über die Mitte der vierziger Jahre hinaus bestehen. Im Landtage war die liberale Opposition durch Urlaubsverweigerungen stark geschwächt worden, so daß einige Versuche zu Gunsten der Presse ganz wirkungslos blieben. Ein 1841 gestellter Antrag auf Veröffentlichung der Censur-Anweisungen fand nur geringe Unterstützung, so daß der Minister von Abel, der einst 1831 die Censur eine „morsche Krücke schwacher Regierungen“ genannt hatte, jetzt eine geharnischte Lobrede auf sie hielt, das Anathem gegen die Presse schleuderte, sie mit dem Namen einer „feilen Puhldirne“ brandmarkte, und alle Anträge auf deren Erleichterung mit schneidender Kürze, ja mit Hohn zurückwies. Endlich wurde der allgemein gehäßte Minister im August 1846 gestürzt; es riß jetzt aber durch das skandalöse Treiben der spanischen Tänzerin Lola Montez eine solche Korruption in Bayern ein, daß mit dem provisorischen Ministerium Zu-Mhein, Maurer und Zenetti keine Aenderung des Systems herbeigeführt wurde. Der Landtag spielte dabei nach wie vor eine klägliche Rolle und erregte im Lande eine allgemeine Mißstimmung. Eine Adresse, die viele Bürger der Pfalz an die Ständerversammlung richteten, und in der sie um Aufhebung der

*) Sämmtliche und Zustände der bayrischen Presse. Bamberg 1847.

Zensur und um Wiederherstellung der Pressfreiheit baten, wagten die Abgeordneten nicht zu vertreten. Diese Haltung der Kammer änderte sich auch nicht, als 1847 das Ministerium Wallerstein, Berks, Weisler und Heeres, das sog. Lola-Ministerium, an's Ruder kam. Zwar wurde die Zensur eine Zeitlang etwas milder gehandhabt, aber diese Milde rung war ihrem Umfange nach nicht geeignet, auch nur den billigsten Anforderungen zu genügen; vielmehr hatte es — wie A. Rauch meint — den Anschein, als ob man augenblicklich nur deshalb eine freiere Bewegung gestatte, weil man der Presse bedurfte, um sich der zahlreichen Angriffe erbitterter Gegner mit ihrer Hilfe zu erwehren; denn mit eben dem Maße, als die Angriffe schwächer wurden, trat auch wieder ein strengeres Verfahren gegen die politische Tagespresse ein. So war es nicht gestattet, die Verwaltungsmaßregeln anders als in lobendem Sinne zu besprechen, und selbst sehr bescheiden ausgesprochene Wünsche wurden in der Regel nicht zugelassen. Wie einseitig bisweilen die Zensur gehandhabt wurde, möge nur das eine Beispiel zeigen: Während des polnischen Aufstandes waren die Zensoren natürlich russisch gesinnt. Der Redakteur einer Münchener Zeitung hatte den Bericht über ein kleines Treffen aufgenommen, bei welchem die Polen sechs Kanonen erbeutet hatten. Der Zensor strich jedoch die sechs aus und setzte dafür zwei. Zur Erläuterung schrieb er an den Rand „Zwei sind auch genug.“

Auch weiterhin wurde die Zensur nach geheimen, stets wechselnden Instruktionen ausgeübt, so daß der Schriftsteller höchstens aus den Zensurstrichen abnehmen konnte, was erlaubt und was verboten war. Auch die Nachzensur bestand noch immer für eine Anzahl auswärtiger deutscher Blätter fort, und Beschlagnahmen auf der einen und maßlose Abstriche auf der anderen Seite legten Tag für Tag von der Tätigkeit einer kleinlichen und überängstlichen Zensur Zeugnis ab, einer Zensur, die jede freiere Meinungsäußerung, jeden freien Aufschwung mit unnachsichtlicher Strenge hemmte und unterdrückte. „Das ist gegenwärtig,“ so schließt A. Rauch seine Klage über die traurige Lage des bayrischen Zeitungswesens, „der Zustand der Presse in dem konstitu-

tionellen Bayern, in demselben Bayern, dessen Schwerpunkt in dem Fortschritte, dessen Ansehen und Macht in der Stellung beruht, die es in der öffentlichen Meinung von Europa und Deutschland einzunehmen weiß. Vergleicht man damit die Art, wie in Baden, Preußen, ja selbst in Württemberg und Sachsen die Censur gehandhabt wird, so fällt das Ergebnis entschieden zu unserem Nachtheil aus.“

Dem allgemeinen stürmischen Verlangen nach größerer Freiheit entsprach dann allerdings das Ministerium am 16. Dezember 1847 insoweit, als es die Presse für innere Angelegenheiten wieder freigab; dieser Schritt kam aber, wie viele andere, zu spät; das ganze politische Leben war mittlerweile in einen solchen Wirrwarr geraten, daß, als nun in Frankreich im Februar 1848 die Revolution ausgebrochen war, auch in Bayern die Katastrophe nicht mehr aufgehalten werden konnte.

Unter diesen Umständen war es in den dreißiger und vierziger Jahren ganz unmöglich, daß sich in Bayern eine irgendwie hervorragende Presse — die Cottasche Zeitung natürlich ausgenommen — entwickeln konnte. Alle Zeitungen blieben unbedeutend, und weder das Volk, noch die Regierung kam über die politische Unreise hinaus. Die letztere zeigte denn auch in den gegebenen Fällen stets eine wahrhaft kindliche Ungeschicklichkeit.

Aus der ganzen Periode der achtzehn Jahre kann mithin nur die kurze Zeit der Bewegung von 1830 bis 1832 eine etwas eingehendere Betrachtung beanspruchen, weil hier einmal mit elementarer Wucht die nationalen Wünsche zum Ausdruck kommen und einige Blätter zu lebhaften Fürsprechern dieser Wünsche werden. An der Spitze dieser Zeitungen stand Wirths „Tribüne“.

Für die Leitung eines solchen Blattes brachte Wirth den ganzen, oftmals überschäumenden Enthusiasmus des streitbaren Patrioten mit. August Wirth war ein leichtentzündbarer Oberfranke; er wurde am 20. Nov. 1798 zu Hof geboren, studierte die Rechte und schrieb zunächst verschiedene, nationalökonomische Fragen behandelnde juristische Werke, die in Fachkreisen geschätzt wurden und auch die Aufmerksamkeit Cottas auf sich zogen. Dieser erinnerte sich denn auch der jungen, vielversprechenden

Kraft, als er 1830 von der bayerischen Regierung veranlaßt wurde, in München eine Zeitung herauszugeben, durch die volkswirtschaftliche und soziale Reformen besprochen und eingeleitet werden sollten. Denn die Julirevolution hatte auch in Bayern eine liberale Strömung hervorgerufen, und der freisinnige Graf Armanzperg war das tatsächliche Haupt des Ministeriums geworden. Die neue Zeitung, das „Sonnland“ genannt, sollte ihm jetzt als Stütze dienen. Wirth folgte dem Rufe Cottas gern; es verlangte ihn längst, lebhafter am Leben der Gegenwart teil zu nehmen und womöglich bestimmend einzugreifen; er siedelte daher zu Anfang des Jahres 1831 nach München über und begann mit allem Eifer für eine freiheitliche Bewegung im Staate einzutreten. Allein bald gelang es der gegnerischen Seite, die liberale Strömung wieder zu stauen, und Wirth glaubte sogar annehmen zu müssen, er sei nur benutzt worden, die öffentliche Meinung zu täuschen. Jedenfalls war es mit den liberalen Neigungen in den maßgebenden Kreisen bereits vorüber, und Cotta erhielt, als er besorgt nach München kam, den Bescheid, der König lasse ihm wegen der Haltung des „Sonnlandes“ seine Ungnade bezeigen. Diese Eröffnung nahm nun Cotta zwar nicht so ohne weiteres hin; er wandte sich sogar direkt an den König Ludwig und erklärte in seinem Schreiben, daß das Blatt lediglich die mit der Regierung vereinbarte Richtung eingehalten und der Zensor, der eine Abweichung von dem der Regierung genehmen Wege hätte rügen müssen, nichts beanstandet habe*) — es war aber nichts mehr zu erreichen; das „Sonnland“ hörte auf zu erscheinen, und Wirth gründete nun in Gemeinschaft mit Friedrich Sonntag ein neues Blatt „Die Deutsche Tribüne“, das alsbald der Mittelpunkt der heftigsten Opposition gegen die Regierung wurde. Die erste Nummer kam am 1. Juli 1831 heraus und erregte sofort Aufsehen durch ihren bestimmten Ton, und alle weiteren Nummern steigerten beständig das allgemeine Interesse; das Blatt hatte einen wahrhaft phänomenalen Erfolg. Von Anfang an

*) Das Schreiben ausführlich bei H. Schäffle, Cotta. Berlin 1895, S. 184 u. f.

standen die inländischen Angelegenheiten im Mittelpunkte der Erörterung, im Gegensatz zu den anderen Zeitungen, die meist mit den Nachrichten aus Frankreich begannen und diesen den weitaus größten Raum widmeten. Die in schwungvoller Sprache und mit einer warmen patriotischen Begeisterung geschriebenen Leitartikel traten für die Reform der innern Zustände ein und kämpften gegen die Willkür der oberen und unteren Staatsorgane. Dabei wurde beständig die Achtung vor der Verfassung betont und auf die unveräußerlichen Rechte der deutschen Nation hingewiesen. Im einzelnen erklärte sie sich besonders für die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen und die Einführung der Geschworenen-Gerichte, und in ihrer Nr. 35 sprach sie unumwunden die Überzeugung aus, daß das einzige Mittel, Deutschland aus seiner Erniedrigung emporzuheben, in der Einführung einer gemeinsamen Nationalrepräsentation mit konstitutionellem Principe bestehe. Diese Forderungen, berichtet Max Wirth,*) und die energische und glühende Sprache, in welcher sie gestellt wurden, machten einen ungeheuren Eindruck. Bald waren die Augen aller Volksfreunde in ganz Deutschland auf die „Deutsche Tribüne“ wie auf eine Standarte im Vordertreffen gerichtet. Gleichzeitig erregte die Zeitung aber auch das größte Mißfallen der bayerischen Regierung, und sie wies ihren Jenfer an, seines Amtes der „Tribüne“ gegenüber mit größter Strenge zu walten. Darauf gab es beständig große Striche in den Artikeln, was den Redakteur immer recht schmerzlich traf. Doch er suchte die Klippen durch edle Form der Sprache und Urbanität des Ausdrucks zu umschiffen. Allein es war nicht die Form, an der der Jenfer Anstoß nahm, sondern der Inhalt. Das Streichen dauerte also unbarmherzig fort, und nun griff Wirth in seinem feurigen Temperamente, indem er sich auf sein verfassungsmäßiges Recht berief, zu einem Verteidigungsmittel, das bis dahin noch niemand anzuwenden gewagt hatte, ja, welches bei der damaligen Verzagtheit der politischen Charaktere vielleicht nicht einmal jemandem in den Sinn

*) Erste und frohe Tage. Ergebnisse und Streichzüge von Max Wirth. München 1884, S. 19 ff.

gekommen war — er ließ die von dem Zensur gestrichenen Artikel dennoch abdrucken! Über diese unerhörte Verwegenheit war die Staatsbehörde anfangs so verblüfft, daß sie nicht sofort zu Repressivmaßregeln griff, sondern zunächst Instruktionen einholte, über die selbst die Regierung erst nach längerer Beratung schlüssig wurde. Man entschloß sich, es zunächst mit gütlichen Mitteln zu versuchen, und der Ministerialrat Joseph von Hormayr, der bekannte Historiker, wurde zur Vermittlerrolle ansersehen. Es wurde eine besonders milde Behandlung zugesagt, wenn sich die „Tribüne“ nur der Zensur unterwerfe. Wirth hatte aber so wenig Vertrauen, daß er von Zensur durchaus nichts mehr wissen wollte. Nun meugte sich der General von Seydewger in die Angelegenheit; er suchte Wirth einzuschüchtern und begann einen öffentlichen Briefwechsel über Fragen der Militärverwaltung und des Militärbudgets, in welchem es schließlich so hitzig zuging, daß es zu einem Duell kam. Der Zweikampf verlief aber unblutig, und nun schritt die Regierung mit polizeilichen Geldstrafen gegen Wirth ein. Dieser zahlte jedoch die Strafen nicht und setzte passiven Widerstand entgegen, indem er sich ruhig pfänden ließ. Bei wiederholter Publikation gestrichener Artikel verdoppelte die Polizei die Geldbuße, so daß diese bereits nach wenigen Wochen eine unerschwingliche Höhe erreichte, bevor es noch zur Ausführung der Exekution gekommen war. Da brachte die „Tribüne“ eines schönen Tages einen Artikel, in welchem nachgewiesen wurde, daß das Ministerium ein Mittel gefunden habe, um die bayrische Staatsschuld in Jahr und Tag zu decken. Sie brauche nur mit der angeordneten jedesmaligen Verdoppelung der Geldstrafen in der begonnenen Weise fortzufahren. Das Gelächter war allgemein, und die bayrische Regierung griff zu andern Mitteln, ohne auch nur den Versuch zu machen, die Geldstrafen einzutreiben. Zunächst wandte sie sich an den Drucker und suchte ihn zu bestimmen, den Abdruck vom Zensur gestrichener Artikel zu verweigern, hatte dabei aber keinen Erfolg, und nun ging sie abermals gegen Wirth vor und verhängte über ihn Gefängnisstrafen, für jeden Abdruck eines vom Zensur gestrichenen Artikels vierundzwanzig bis achtundvierzig Stunden Haft. Darauf saß Wirth, da er sein Ver-

fahren nicht änderte, in jeder Woche mehrere Tage in Arrest. Dieses tragi-komische Schauspiel dauerte bis in den Herbst hinein. Dabei sei bemerkt, daß Wirth keineswegs revolutionäre Absichten hatte, vielmehr von aufrichtiger konstitutioneller Gesinnung beseelt war, jedoch als starrer Idealist alles daransetzen wollte, um die Unverletzlichkeit der Verfassung zu erringen. Zu diesem Zwecke wollte er gewissermaßen für die Gerechtigkeit seiner Sache Zeugnis ablegen. Er wollte in dem allgemeinen Zustande der politischen Indolenz, Verzagtheit und Untermüthigkeit des deutschen Volkes ein Beispiel des Mutes geben, um die Bevölkerung nach und nach dahin zu bringen, daß sie sich ermanne, zur Anwendung aller gesetzlichen Mittel für die Verteidigung ihrer verfassungsmäßigen Rechte sich aufraffe. Doch wurde ihm hierzu in seiner nächsten Umgebung, in München, wenig Unterstützung zuteil. Wohl erhielt er von auswärts, aus allen Gegenden Deutschlands viele Beweise der Sympathie und der Zustimmung, in der bayrischen Hauptstadt dagegen fand sein Auftreten wenig Beifall; nur einige Mitglieder der liberalen Partei des Landtages, insbesondere Friedrich Schüler, traten für ihn ein; die übrige Bevölkerung Münchens war nicht fähig, seinem Gedankenfluge zu folgen, betrachtete ihn mit Mißtrauen, schickte ihm Drohbriefe und beschimpfte ihn auf offener Straße. „Das ist der, der unserer gnädigen Obrigkeit den Gehorsam aufkündigt!“ sagte man, auf ihnweisend.

Wirth siedelte daher gegen Ende des Jahres 1831 mit seinem Blatte nach der bayrischen Rheinpfalz über, wo eine aufgewecktere und politisch regsamere Bevölkerung saß und die freiere französische Gesetzgebung mit den Schwurgerichten seinen Bestrebungen zur Seite stand. Er wählte Homburg bei Zweibrücken, ein kleines Städtchen, das aber an der wichtigen Kaiserstraße Paris—Mainz lag, so daß er die Pariser Nachrichten sehr rasch erhalten konnte. Eine Druckerei besaß das Städtchen jedoch nicht; es traten daher mehrere patriotische Aktionäre zusammen, die für die „Tribüne“ eine eigene Druckerei errichteten und diese auch mit einer damals noch seltenen Schnellpresse von König & Bauer ausrüsteten. Am 18. Dezember 1831 wurde die letzte Münchener Nummer der „Tribüne“ ausgegeben, und am 1. Januar 1832



erschien die erste Nummer in Homburg. Damit begann ein buntbewegte Episode von dramatischer Lebendigkeit. Durch das frisch-fröhliche rheinfränkische Wesen angeregt, wurde Wirth rasch immer kühner und gab seiner Begeisterung für Recht und Freiheit in den Leitartikeln der „Tribüne“ in überschäumender Weisheit Ausdruck. Natürlich ließ er auch nach wie vor die Striche des Zensors unbeachtet. Im Umsehen wurde er der populärste Mann der weiten Umgegend; sobald er das Haus verließ, umhüllte ihn die Jugend und begleitete ihn mit Hochrufen. Die Auflage der „Tribüne“ stieg unter diesen Verhältnissen in wenigen Wochen um viele Tausende. Aber diese Herrlichkeit sollte nur von kurzer Dauer sein; schon Mitte Februar 1832 wurde der „Tribüne“ der Postdebit entzogen; ein sehr schwerer Schlag. Doch suchte Wirth sich dadurch zu helfen, daß er für die nähere Umgebung ein Botenney organisierte und für weiere Entfernungen das Blatt unter Siegel versandte. Dadurch wurde der Schädigung durch die Postdebitentziehung einigermassen begegnet; als jedoch die Regierung das bemerkte, schritt sie zu weiteren Gewaltmaßregeln und ließ die Druckerei der „Tribüne“ versiegeln. Dadurch nahm dieses merkwürdige Presorgan ein unerwartetes Ende. Wie ein Meteor war es glänzend aufgestiegen, und ganz wie er solches erlosch es auch plötzlich. Am 18. März erschien die letzte Nummer. Gleichzeitig wurde Wirth wegen Hochverrats, begangen durch Zeitungsartikel, festgenommen und vier Wochen in Zwickbräden in Haft behalten. Dann kam es zwar zu einer Freisprechung, doch konnte sich der Vielverfolgte nicht entschließen, die journalistische Tätigkeit in irgend welcher Weise wieder aufzunehmen. Dem politischen Leben blieb er aber treu und geriet dadurch noch in mannigfache Verwicklungen, bis er 1848 nach Frankfurt ins Parlament gewählt wurde, wo er jedoch mitten in den Veratungen am 26. Juli starb.

Dieselben Ideale, wie Wirths „Tribüne“, verfolgte auch der „Weitbote“ zu Eggersheim, herausgegeben von Dr. Siebenpfeiffer. Doch verfügte dieser nicht über den gleichen Einfluß und die schmetternden Trompetenstöße der „Tribüne“.

Zur selben Zeit, als die „Tribüne“ fiel, mußte auch der „Westbote“ zu erscheinen anshören. Siebenpfeiffer wurde 1789 zu Lahr in Baden geboren, war längere Zeit bayrischer Landkommissär, gab dann 1830 sein Amt auf und redigierte erst die Zeitschrift „Deutschland“ und darauf den „Westboten“. Weiterhin hatte er eine längere Gefängnishaft wegen politischer Vergehen zu erdulden, während der er in Wahnsinn versiel. Nachdem er die Strafe verbüßt hatte, gemäß er auch wieder, wurde später Professor in Bern und starb am 14. Mai 1845.

Gemäßigter trat das „Bayrische Volksblatt“ in Würzburg auf. Es wurde von dem praktischen Arzte Dr. Gottfried Eisenmann (geb. 1795 zu Würzburg) herausgegeben und äußerte nur die bescheidensten Wünsche, erregte aber auch schon dadurch den Haß der Regierung und selbst den persönlichen des Königs Ludwig in so hohem Grade, daß er 1832 verhaftet und zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt wurde. Nach 15jähriger Haft wurde er endlich auf vielseitiges Drängen begnadigt und im folgenden Jahre ins Frankfurter Parlament gewählt. Die lange Haft hatte ihn jedoch so geschwächt, daß er nur noch wenig Anteil an der Politik nahm und bis zu seinem 1867 erfolgten Tode in stiller Zurückgezogenheit lebte.

Im den lauten Ton, den die „Tribüne“ und der „Westbote“ vorübergehend anzuschlagen wagten, konnte natürlich die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ nicht so ohne Weiteres miteinstimmen. Sie betrachtete sich zwar ebenfalls als eine Hochburg des Liberalismus, als eine Welterberge der Gerechtigkeit und trat auch wohl dann und wann mit gehobener Stimme für die Ideale der Freiheit ein, aber das geschah doch immer nur in möglichst ruhiger und gemessener Weise. Die entragierten Liberalen sprachen daher immer mit einem gewissen Groll von ihr: „Sie ist eine nervenzarte, herablassende Baronesse,“ erklärten sie, „die in allen europäischen Kabinetten ihre Freunde hat; die durch ihren ‚literarischen Parfüm‘ adlig und hoffähig geworden ist; die aber trotz ihrer hohen Konnexionen auch die Bourgeoise in ihren Salons empfängt, wenn diese im Frack und in Glacéhandschuhen erscheint und Garantien für bescheidenes Betragen bietet. Die Augsburger

„Allgemeine“ nimmt für sich selbst den Standpunkt der „Allparteilichkeit“ in Anspruch, den Standpunkt, um es deutsch auszu-
drücken, einer bewußten Charakterlosigkeit, die es möglicherweise
mit keiner Partei, am allerwenigsten aber mit den Regierungen,
verderben will. Daß dieser Liberalismus, mit dem sie zuweilen
punktu, wenn Herr v. Metternich in einer guten Laune ihr die
Erlaubnis dazu gegeben hat, ist der Köder, der uns locken, der
Schleier, der die vielen Äußerungen der Allernützlichkeits be-
decken soll. Aber es wird dabei auch so zahm, so allgemein ge-
halten, alle Konsequenzen werden so glatt abgeschnitten, daß das
junge freisinnige Bäumchen wie eine entblätterte und entästete
Bohnenstange aus ihren papierernen Furchen emporragt.“ *)

Dieses harte Urtheil wurde jedoch gefällt, ohne daß man eine
genauere Kenntnis von den Verhältnissen hatte, unter denen sich
die Zeitung nur zu bewegen vermochte. Sie beobachtete nicht
aus eigenem Ermessen, weil sie es eben so für gut befand, diese
reservierte Haltung, sondern weil sie dazu gezwungen wurde,
und zwar mit allen Mitteln eines brutalen Drucks. Zunächst
lastete die bayrische Zensur auf ihr, und weiterhin führte die
österreichische Regierung eine strenge Aufsicht über sie. Kaum
war die freirechtliche Bewegung, die die Antirevolution hervorgeru-
fen hatte, überwunden, so setzte das bayrische Ministerium auch
schon wieder alle Hebel ein, die Zeitung in jeder Weise zu be-
schränken. Über die St. Simonisten, die so viel von sich reden
machten, sollte das Blatt einfach gar nichts bringen, denn, so
meinte der Minister von Schenk in einem Briefe an Goss, es
scheine ihm nicht zeitgemäß zu sein, „zu gestatten, daß durch
öffentlichen Blätter die nähere Kenntnis einer Lehre verbreitet
werde, die in den Leidenschaften und beschränkten Einsichten der
unteren Volksklassen ihre Stütze sucht.“

Doch auch die sonstigen Zustände in Frankreich wollte die
bayrische Regierung nur leichtthin berührt sehen, wodurch sie
geistvollere Korrespondenten, die etwas mehr als bloße Tages-
neuigkeiten berichteten, schwer betroffen fühlte. Besonders ge-

*) Deutschlands politische Zeitungen. Zürich 1812.

dies von Heinrich Heine, der gegen Ende 1831 Pariser Berichterstatler der „Allgemeinen Zeitung“ wurde. Heine wollte gern in Frankreich die Rolle eines politischen Schriftstellers spielen und als Vermittler zwischen Deutschland und Frankreich auftreten, um dadurch „das große Werk der Völkerverbrüderung“ zu fördern. „Die „Allgemeine Zeitung“, die ihre weltgeschichtliche Autorität so sehr verdient“, sagt er selbst, „schieß mir eben wegen ihres Ansehens und ihres unerhört großen Abjages das geeignete Blatt für Berichterstattungen, die nur das Verständnis der Gegenwart beabsichtigen. Wenn wir es dahin bringen, daß die große Menge die Gegenwart versteht, so lassen die Völker sich nicht mehr von den Lohnschreibern der Aristokratie zu Haß und Krieg verhetzen; das große Völkerbündnis, die heilige Allianz der Nationen, kommt zu stande.“ Seine erste Einblendung datiert vom 30. November 1831 und gelangte am 13. und 14. Dezember zum Abdruck. Weitere folgten schnell. Die ersten erhielten ein Korrespondenz-Zeichen (♯), den ferneren wurden — im Widerspruch mit der sonstigen Urfassung der „Allgemeinen Zeitung“ — die Anfangsbuchstaben vom Namen des Verfassers beigelegt. Zugleich erhielten die Korrespondenzen den Gesamttitel „Französische Zustände“. Anfangs trat Heine in diesen Berichten sehr vorsichtig auf, lobte Louis Philipp als den „Bürgerkönig ohne Hofetikette, ohne Edelknaben, ohne Kurtisanen“; weiterhin aber ließ er seiner Spottsucht die Zügel schießen, machte die kläglichen deutschen Zustände lächerlich und riß an vielen hochhehrwürdigen Zöpfen in ganz respektloser Weise. Schmutzelnad ergoßte sich der alte Genz in Wien in seinem Lehnstuhl an diesen köstlichen Kapriolen, aber gebuldet durfte doch eigentlich ein solcher unverschämter Hohn nicht werden, und so erhielt denn der Freiherr von Cotta eines Tages durch Genz einen Wink, dem festen Spötter die Spalten der „Allgemeinen Zeitung“ nicht mehr zu öffnen: die amüsanten Schilderungen der „Französischen Zustände“ erreichten schon im Juli 1832 ihr Ende. Doch trat Heine später, während der „parlamentarischen Periode des Bürgerkönigtums“, von 1840 ab, noch einmal in der „Allgemeinen Zeitung“ auf. Die Zeiten hatten sich etwas geändert, der alte Aufpasser Genz

lebte nicht mehr, so daß die Redaktion der Zeitung glaubte, dem wüthigen Spötter das Wort wieder gestatten zu dürfen. Aber seine Korrespondenzen wurden vor dem Abdruck immer erst sehr bedeutend zusammengestrichen.

„Verstümmelt hat Kolb sie abgedruckt
In der Allgemeinen Zeitung“

sagte Heine selbst später von ihnen mit bitterem Grimm. Endgiltig hörten die Korrespondenzen auf, als die „Allgemeine Zeitung“ 1848 die Mitteilung gebracht hatte, der Dichter habe seit Jahren aus dem Guizot'schen Ministerium eine Staatsbesoldung empfangen.*)

Ein anderer hervorragender Pariser Korrespondent jener Zeit war Julius Mohl, der berühmte Orientalist, der aber nicht nur über die innern französischen Verhältnisse, sondern auch über die indischen und ostasiatischen Zustände schrieb. Er setzte seine Korrespondenzen bis 1863 fort.

Besonders heikel war die Berichterstattung über Oesterreich. Da es Metternich als unbehaglich empfand, wenn viel über Oesterreich geschrieben wurde, so mußten sich die Korrespondenten auf das Simpelste beschränken und kamen daher über den leichten Gesellschaftsklatsch selten hinaus. Die meisten Berichte aus Oesterreich in der in Rede stehenden Zeit lieferte der Freiherr Joh. Ebn. v. Jedlitz, der bekannte Dichter der „Totenkranze“ und des „Waldfrauens“, besonders von 1836 ab, in welchem Jahre er eine Beamtenstelle im oesterreichischen Ministerium des Auswärtigen übernahm. Seine Artikel bewegten sich alle in den engen Grenzen der gehorhamsten Servilität, erhielten aber bisweilen einer gewissen liberalen Anstrich, um über ihren wirklichen Charakter und ihre Herkunft zu täuschen. Wie alle oesterreichischen Korrespondenten, so war auch Jedlitz sehr nachlässig und mußte immer wieder von Cotta an seine Versprechen erinnert werden. In dem wurde er sehr hoch honorirt; schließlich erhielt er 4000 Gulden für 25 Bogen.

*) Ausführliches über Heine und die „Allgem.“ bei Zschimmer's Leben, 2. Aufl., Bd. II, S. 27—65. Berl. 1871.

Von den sonstigen österreichischen Korrespondenten sind außer dem früher schon genannten Bilal schließlich noch K. E. Jarde, Wilhelm Hoppe, v. Kleber, der ultrareaktionäre Matthias Koch, Dr. Frankl und Leo Herz zu erwähnen.

Als die magersten und unzulänglichsten Korrespondenzen mußten aber die Berichte aus Preußen gelten, so daß der General von Rochow einmal im Jahre 1843 an Cotta schrieb: „Der schlechteste Teil der „Allgemeinen Zeitung“ sind die Korrespondenzen und Artikel aus und über Berlin.“ Allerdings legte die Redaktion auch lange Zeit nur einen geringen Wert auf die Erörterung der preussischen Verhältnisse und glaubte hierzu wohl um so mehr berechtigt zu sein, da das Blatt in Norddeutschland bis gegen Ende der vierziger Jahre doch nur wenig gelesen wurde. Hauptsächlich waren es jüngere Schriftsteller, die für das Blatt korrespondierten, Wilh. Häring (Wilibald-Alexis), Kellstab, der Kriminalist Temme, Prof. Eb. Gaus, hiaweilen auch Chr. K. J. Bunsen, v. Rabowiz, Heinrich Leo und ein Major Helmuth von Wolke, von dem noch niemand ahnte, weldh hohe Mission ihm noch bevor stand. Er schrieb in den Jahren von 1841 bis 1844 Artikel über die Lage und die Ereignisse auf dem Balkan und über die Eisenbahnangelegenheiten Deutschlands, die mehr und mehr das allgemeine Interesse in Anspruch nahmen.

Ein günstiges Geschick fügte es, daß in dieser mißlichen Zeit die „Allgemeine Zeitung“ einen sehr tüchtigen Redakteur erhielt, und zwar in der Person des Dr. Georg Kolb. Fast vierzig Jahre widmete dieser seine ganze geistige Kraft mit eminenter Umsicht in der selbstlofekten Weise der Zeitung. Als Sohn eines Goldarbeiters am 6. Mai 1798 zu Stuttgart geboren, vernochte er nur unter Schwierigkeiten in Tübingen Kameralwissenschaften zu studieren. Dabei schloß er sich gleich beim Beginn seines Studiums der Burschenschaft an, begeisterte sich für nationale Freiheit, und ließ sich sogar im Frühjahr 1821 verleiten, mit seinem Freunde Gräter nach Piemont zu eilen, um an dem Aufstande teilzunehmen, der dort ausgebrochen war. Die Revolution wurde jedoch sehr bald niedergeschlagen, und die beiden jungen Schwärmer kehrten in die Heimat zurück, ohne sich an irgend welchem

Kampfe beteiligt zu haben. Die Exkursion war jedoch den Aufpassern Metternichs nicht unbekannt geblieben; die Mainzer Zentraluntersuchungskommission erhob Anklage, und Kolb wurde wegen burschenschaftlicher Umtriebe zu vier Jahren Festungshaft verurteilt. Im September 1824 trat er diese Haft auf dem Hohenasperge an, wo er u. a. als Mitgefangener auch Karl Hase traf, den späteren berühmten Kirchenhistoriker. In seinen Lebenserinnerungen „Ideale und Irrtümer“ gedenkt dieser denn auch Kolbs. Er erzählt, daß auf Kolb die strenge Einzelhaft in einem fellerartigen Gefäß sehr drückend gewirkt habe, daß er aber doch ruhig und in sich gefaßt gewesen sei, denn er habe sich als den Hauptschuldigen, den Verführer der anderen betrachtet. „Er hatte alles eingestanden, alles auf sich genommen, keinen verraten,“ sagt Hase von dem Ergebnis der Untersuchung. Die Haft dauerte jedoch nur bis zum Sept. 1826; man mochte einsehen, daß Kolb nichts weniger als ein Hochverräter, vielmehr ein recht warmherziger Patriot war; ja sein Untersuchungsrichter hatte sogar ein solches warmes Interesse an ihm gewonnen, daß er ihn angelegentlich dem Justizminister empfahl, und dieser machte — da er den so schwer Vorbestrauten doch nicht wohl bei sich selbst anstellen konnte — den Chef der Cottaschen Buchhandlung auf den kaiserlich-niederrheinischen und gewedten jungen Mann aufmerksam. Cotta gerieth sehr gern zu, denn er brauchte eine frische Kraft für seine Zeitung, worauf Kolb nach kurzer Einführung in den redaktionellen Dienst den deutschen Artikel der „Allgemeinen Zeitung“ mit Einföhrung von Osterreich und Preußen übernahm. Doch hatte er mancherlei Mühe, sich eine Position zu schaffen, da der alte Chef-Redakteur Stegmann der deutschen Politik, wie bisher, immer nur einen beschränkten Raum gewähren wollte, Kolb dagegen die deutschen Angelegenheiten stets in den Vordergrund zu stellen suchte. So ließ er sich zu manchen erregten Auseinandersetzungen, und schließlich schrieb sogar Stegmann in seiner großen Besorgnis unter dem 11. Mai 1832 an Cotta, die „Allgemeine Zeitung“ könne bei der Menge des deutschen Stoffes in der ersten Hälfte des Monats nur eine deutsche und eine zweite

mußte sich Kolb kürzer fassen; aber das politische Leben Deutschlands regte sich doch immer energischer, und es zeigte sich immer aufs neue, daß der deutschen Politik ein größerer Raum gebühre, mithin Kolb mit seiner ausführlicheren Behandlung der deutschen Angelegenheiten das Richtige treffe. Das erlante auch der junge Georg Cotta, der nach dem am 29. Dezember 1832 erfolgten Tode seines Vaters die Leitung des Verlagsgeschäftes übernommen hatte; er gewährte Kolb wieder einen größeren Spielraum, und als Stegmann 1837 starb, stellte er ihn an die Spitze der Redaktion. Damit trat Kolb in seine Glanzzeit ein. Er hatte sich nach und nach einen weiten politischen Blick und eine große Gewandtheit im Verkehr mit den politischen Parteien und ihren Führern angeeignet, so daß er in der geschicktesten Weise sein Fahrzeug durch alle Klippen hindurchzubringen wußte. Abhold jedem Parteigehäk, zu dem die erregte Zeit so leicht verführte, erhielt er durch seine geschickte Taktik die „Allgemeine Zeitung“ immer auf einer vornehmen Höhe, selbst wenn er gezwungen wurde, die schlimmsten KonzeSSIONen zu machen. Mit seinem Griffel hat Levin Schücking, der 1844 vorübergehend in der Redaktion der „Allgemeinen Zeitung“ beschäftigt war, in seinen Lebenserinnerungen das Porträt dieses Musterredakteurs gezeichnet. „Kolbs Natur,“ schreibt er, „war nicht leicht zu durchschauen. Auf dem Grunde derselben lag eine goldene Treue und Ehrlichkeit, eine unendliche Vaterlandsliebe und ein großer Seelenburch nach Poesie; darüber lag ein Auslug von Humor und von Sentimentalität, und zu dem allen kam eine große Anspruchslosigkeit. Es war keine Spur von Überhebung oder eitlem Größenwahn in dem mächtigsten und einflußreichsten Journalisten des damaligen Deutschlands. Er hat seine Stellung nie zu dem allgeringsten persönlichen Vorteile ausgebeutet; er hat nur wie ein gedulbiger Kreuzträger alle Widerwärtigkeiten, alle Fesden, die mit der Leitung solch einer Zeitung verbunden waren, auf sich, ganz allein auf seine überbürdeten Schultern genommen. . . . Die geistverwüstende Redakteurtätigkeit, die er so viele Jahre hindurch geübt, alles Wichtige selbst tuend, selbst erlebend, nicht die geringste Verantwortlichkeit auf anderer Schultern legend, hatte ihm

dennoch nichts geraubt von seiner Herzenswärme und seiner immer regen und lebendigen Interesse für alles Gute und Schöne: es war wie eine ewige Jugend in ihm. Kolb war ein unbedingter Bewunderer Leopold von Ranke's und wußte, wenn nicht gerade etwas seine patriotische Wärme, sein deutsches Gefühl bis zum Hingebende brachte, die Dinge mit der kühlen Objektivität des großen Meisters der Historik zu nehmen; so war er der schwierigen Aufgabe gewachsen, die eigene Anschauungs- und Erfindungsweise schweigen zu lassen, wenn er auf der kleinen Weltbühne, deren Regisseur er war, die Vertreter einzelner Richtungen auftreten und sich aussprechen — und manches auch nicht aussprechen ließ; so verstand er es auch, nur selten und mit allem gebotenen Maß sich die Befriedigung zu gewähren, aus den Kulissen hervorzutreten, um einmal unverblümt eine Parabase zu sprechen.“

Trotz alledem, trotz aller dieser Vorzüge erhob er sich aber dennoch nicht bis zur höchsten Staffel des politischen Redakteurs, dessen Deutschland in dieser kritischen Zeit für die vornehmste Zeitung bedurft hätte. Bei aller Weltbildung blieb er, wie Ludwig Steub einmal von ihm sagte, „ein ganz schwäbischer Mensch“, d. h. auch er vermochte niemals die Schemen vor dem Preußentum zu überwinden, die damals noch so ziemlich alle Schwaben beherrschte. Der geistvolle „Briefwechsel zweier Deutschen“ seines Landsmannes Paul Pfizer wurde von ihm nicht in seiner ganzen Bedeutung erfaßt. Pfizer wies in diesem Buche in scharfsinniger Weise nach, daß Oesterreich unfähig sei, die Hegemonie in Deutschland auch ferner auszuüben. Nur ein kraftvoller und durch und durch deutscher Staat könne die Führung in Deutschland übernehmen, und dieser Staat sei Preußen. Nur Preußen müßten sich die übrigen deutschen Staaten zu einem konstitutionellen Bundesstaate zusammenschließen. Freilich werde sich Oesterreich nicht unter die Oberherrschaft Preußens stellen wollen, und da würde es denn die natürliche Entwicklung der Dinge sein, wenn es aus dem deutschen Bunde ausschiede.

Diesen Gedankengängen konnte Kolb nicht folgen, dieser Schlussfolgerungen nicht beipflichten. Daß der politische Schwere

punkt Deutschlands schon langsam von Wien nach Berlin hinüberzurücken begann, eulging ihm; nach wie vor trat er für die sogenannte großdeutsche Politik ein; er wollte ein Großdeutschland unter Einfluß und Hegemonie eines würdigen verjüngten Österreich, und er ließ auch nicht von diesem Ziele, je klarer es wurde, daß es nicht zu erreichen sei. Vergebens schrieb Heinrich Laube an ihn: „Der Preuß siegt doch, denn wir wollen ein deutscher Staat werden, müßten wir persönlich alle darüber zu Grunde gehen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so fortschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen.“ Aber Kolb konnte den „Widerwillen gegen den Preuß“ nicht überwinden, er lavierte hin und her; eine tragische Melancholie legte sich über ihn, und in dieser schied er am 16. März 1865 aus dem Leben, bevor „durch den scharfen Schwertstich des modernen Alexander“ dem ganzen unseligen Konflikt ein Ende gemacht wurde. Wie er sich der neuen Situation gegenüber gestellt haben würde, ist schwer zu sagen; jedenfalls würde seine bisherige Position unhaltbar gewesen sein.“)

Die geschäftliche Lage der Zeitung änderte sich unter seinem Regime in den kritischen vierziger Jahre nur wenig, 1845 hatte das Blatt 9172, und 1847 9847 Abonnenten.

Die übrigen politischen Zeitungen Bayerns waren allesamt höchst unbedeutende Blätter, die nur kurz erwähnt zu werden brauchen. In kleinem Format und mangelhaftem Druck boten sie nur einen überaus dürftigen Inhalt dar, der ein wahrhaft klägliches geistiges Niveau der Redaktion sowohl, wie der Leser verriet. Eine gewisse Kühnheit zeigten sie nur in den Schmähungen gegen die preussische Regierung.

Eine offizielle „Bayrische Staatszeitung“, die der wiederholt schon erwähnte Kurländer F. W. Lindner, nunmehr bayrischer Legationsrat, von 1832 ab in München redigierte,

*) Vergl. Ed. Heud, D. Allgem. Ztg. Münch. 1898, S. 110–130; Johannes Prockh, Das junge Deutschland, Stuttgart, 1892, S. 160 ff.; W. Lang, Von und aus Schwaben, 6. Heft, Stuttgart, 1890; Hofe, Idale und Irrthümer, Ppzig, 1872; Schilding, Lebenserinnerungen, 2 Bde., Breslau 1886; Nekrolog in „Uns. Zeit“, 1865, S. 317.

vermochte nur kurze Zeit zu existieren, obgleich die Regierung als Gewaltmittel zu ihren Gunsten anwendete, unter anderem die Gemeinden zwang, das Blatt auf öffentliche Kosten zu halten. Die „Münchener politische Zeitung“, gegründet 1807, vermochte sich nur durch Diebstahl durchs Leben zu bringen. Sie druckte, wie norddeutsche Zeitungen wiederholt klagten, Novellen mit Hinzweglassung des Autornamens und ohne Angabe der Quelle nach und änderte sogar, um den Raub noch mehr zu verschleiern, den Titel. Im Jahre 1861 ging sie endlich ein. Etwas günstiger stand es um den „Bayrischen Beobachter“, den der populäre Schriftsteller J. W. Brudbräu (geb. 1792, gest. 1874) 1822 gründete, und der bis 1834 erschien. Der „Beobachter“ pflegte eine derbe volkstümliche Sprache und stimmte auch nicht mit in die ungemessenen Lobeserhebungen über die Leistungen des Theaterpersonals ein, in denen sich die übrigen Wälder beständig ergingen. Einen humoristischen Ton schlug der „Volksfreund“ an, der von 1822 bis 1849 in München herauskam und von 1832 bis 1834 von Saphir redigiert wurde; doch kam das Blättchen über die simpelsten Witze und die plattesten Späße nicht hinaus.

Von den Wäldern, die außerhalb Münchens, in den Regierungsbezirken, erschienen, sind besonders die beiden Nürnberger Zeitungen, der alte „Korrespondent von und für Deutschland“ und der 1833 ins Leben gerufene „Fränkische Kurier“, hervorzuheben. Beide Wälder suchten die liberalen Grundsätze zu vertreten, sahen sich aber viel von der Regierung gehemmt. Als sie in der Mitte der vierziger Jahre die Berichte über die Kammerverhandlungen in liberaler Färbung brachten, wurden die Redakteure eines Tages von der Regierung aufgefordert, die Namen ihrer Münchner Korrespondenten zu nennen, was sie verweigerten. Die Redaktion des „Korrespondenten“ leitete bis Ende 1845 Dr. Gené; von da ab war der tatvolle und kenntnisreiche Dr. Hilber Feist bis in die siebziger Jahre hinein Redakteur der Zeitung. Die protestantische „Augsburger Abendzeitung“ und die katholische „Augsburger Postzeitung“, die „Neue Würzburger Zeitung“, die „Regensburger“, „Aschaffenburg- und „Speierer Zeitung“ seien nur dem Namen nach

angeführt; irgend welche Bedeutung besaßen sie nicht. Doch sei wenigstens erwähnt, daß die „Neue Würzburger Zeitung“ sich durch ganz besonders heftige Artikel gegen Preußen auszeichnete, ja nicht selten in den gemeinsten Schmähungen gegen den preussischen Hof erging. Darauf beschwerte sich der preussische Gesandte in München bei der bayerischen Regierung, allein ohne Wirkung, und nun suchte die preussische Regierung beim Bundestage ein Verbot der Zeitung herbeizuführen. Erst als das Erfolge zu haben schien, lenkte Bayern ein, und der bayerische Gesandte in Berlin erklärte im Juni 1838, König Ludwig verdamme „das undeutsche und nichtswürdige Treiben“ des Redakteurs Ernst Zander und habe „den freiwilligen Entschluß“ gefaßt, ihn von dem Blatte zu entfernen. Die Zeitung selbst aber wurde nicht verboten.*)

6. Die österreichischen Presseverhältnisse. Metternichs Elaborat über die Presse. Die Eingriffe der Zensoren. Ein Bild von der Kläglichskeit der österreichischen Presse. Die Absperrung der ausländischen Zeitungen. Rückgang des Zeitungswesens. Versuche, eine etwas größere Pressefreiheit zu erlangen. Errichtung einer Zensur-Ober-Direktion. Gründung des „Adler“. Die „Wiener Zeitung“, der „Österreichische Beobachter“, die „Prager Zeitung“.

Über Österreich lagerte noch wie vor der schwere Druck Metternichs, und der Präsident der Polizei- und Zensurhofstelle Graf Joseph Sebnitzky sorgte dafür, daß die von dem allmächtigen Minister festgesetzten Schranken für die Presse mit aller Strenge aufrecht erhalten wurden. Doch nicht nur in Österreich, sondern auch im ganzen übrigen Deutschland wollte Metternich seine Ansichten über das Zeitungswesen zur Geltung bringen. Er sandte daher noch im Jahre 1846 ein Elaborat über die Presse in Österreich an den preussischen Minister von Canitz und an die kleinen deutschen Höfe, in welchem er hinsichtlich der Tages- und Flug-

*) Treitschke, Deutsche Geschichte, IV, S. 722.

blätter, sowie der Bücher unter zwanzig Bogen zur festen Handhabung des Bundesgesetzes vom Jahre 1819 aufforderte. „Die Presse ist eine Gewalt,“ sagte er, „und Gewalten bedürfen der Regelung. Die Presse läßt sich nur auf dem präventiven Wege dämmen, die Repression bietet eine gänzlich illusorische Form, weil sie dort, wo sie schlägt, nicht das Produkt, sondern den Produzenten trifft.“ Die Sicherheit erfordere Schirmen mehr als Strafen. Jeder Staatsmann, selbst in England und Frankreich, behauptete Metternich, erkenne in der Pressefreiheit „ein Übel, dessen Grenzen und Folgen ganz unberechenbar sind.“*) Mittlerweile machte sich aber auch in Oesterreich ein immer lebhafteres geistiges Leben bemerkbar, und Männer wie Anastasius Grün, Bauernfeld, Karl Beck, Kollet, Meißner, Hartmann standen auf und verlangten nach einer größeren Freiheit in der geistigen Bewegung. Da sich jedoch die Regierung auch nicht zu den kleinsten Konzessionen bereit fand, so wurde die Klust, die sich zwischen den Grundsätzen Metternichs und den Anschauungen des emporstrebenden neuen Geschlechts dahinzog, immer tiefer. Dabei kam es zu Eingriffen und Maßregelungen, die aller geistigen Bildung Hohn sprachen. Einige wenige Beispiele mögen zur Illustrierung genügen.

Bei einer kritischen Besprechung glaubte sich ein Schriftsteller unter anderem auf die „Autorität“ von Schiller und Goethe berufen zu dürfen, allein der Präsidialist des Prager Guberniums, der die betreffende Abhandlung zu zensurieren hatte, kannte in seinem bürokratischen Hochgefühl nur Zivil- und Militär-„Autoritäten“ und ließ den Verfasser in seine Kanzlei kommen, um ihm die respektwürdige Redeweise vorzuhalten. Der Schriftsteller versuchte zwar, sich zu verteidigen. „Wie in anderen Sphären Behörden und Ämter, so seien auf dem Gebiete der deutschen Literatur Schriftsteller von dem Range eines Schiller und Goethe doch wohl ohne Frage Autoritäten.“ Allein der Mann der Obrigkeit fiel ihm ins Wort: „Autoren wohl, aber nicht Autor:

*) Aus Metternichs nachgelassenen Papieren. 7. Band. Wien 1881.

iten," rief er, griff zur Feder und berichtigte in solcher Weise e anstößige Stelle.

In einer Anekdote spielte ein Irländer eine lächerliche Rolle; es glaubte der Zensur aber nicht dastehen zu dürfen, denn der König von Großbritannien und Irland war doch ein hoher Alliirter Seiner Majestät des Kaisers von Oesterreich. Flugs aberte er Irländer in Urländer um, und jede diplomatische Verständigung war unmöglich gemacht.

In einer Novelle sollte ein ehrbares Mädchen die unziemliche Frage „Wo führt der Weg zu Ihrer Schlafkammer?“ mit den Worten zurückweisen: „Durch die Kirche, mein Herr!“ Die Beantwortung zwischen Schlafkammer und Kirche erschien aber im Zensur wie eine Blasphemie; er strich „Kirche“ und setzte dafür „Küche“. Das Mädchen antwortete also: „Durch die Küche, mein Herr!“

Bisweilen waren die Ausstellungen und Maßnahmen der Zensoren einfach unbegreiflich. Das mußten u. a. die Wiener Redaktoren erfahren. Sie hatten in den zwanziger Jahren eine katholische Zeitschrift „Ölzwige“ gegründet; im Jahre 1841 wollten sie das mittlerweile eingegangene Blatt unter dem Titel „Frische Ölzwige, Konversationsblatt für Katholiken“ in veränderter Gestalt ins Leben rufen; als sie aber um behördliche Genehmigung einkamen, wurde der Vorschlag „Konversations-Blatt“ gericheten, und als sie dagegen Berufung einlegten, wurde auch noch das Epitheton im Titel verpönt. „Ölzwige“ durfte die fromme Zeitschrift heißen, aber „Frische Ölzwige“ sollte man nicht legen; vielleicht klang das im Ohr des Zensors zu neuerungsstüchtig, zu burlesk, zu herausfordernd.

Im Jahre 1846 wünschte Joseph Kaiser sein „Pädagogisches Wochenblatt“ durch Holzschnitt-Illustrationen zu beleben, was auch in den berufenen Zensuren auf weiter keine Bedenken stieß. Es wurde daher bei der obersten Zensur-Behörde auf Willfährigkeitgetragen, und diese gestattete auch den neuen Schmuck, bestimmte jedoch, daß die Zahl der Illustrationen auf monatlich zwei beschränkt bleibe und eine jede, bevor der Holzschnitt ange-

fertigt werde, „in einer deutlichen Zeichnung zur Zensur vorzulegen sei, sohin nur nach Maßgabe der Zensur-Erlebidung zum Abdruck gebracht“ werden dürfe.

Ganz besonders gefährlich für den Herausgeber und Redakteur eines Blattes war es, wenn er es an dem schuldigen Reipflegen gegen das Kaiserhaus fehlen ließ. Als Dr. Moriz Rappaport in der für den 19. April 1842 bestimmten Nummer seiner „Vesblätter“, die er in Lemberg herausgab, das Festgedicht für den Geburtstag Seiner Majestät des Kaisers Ferdinand I. vergessen hatte, sagte der Zensor Ignaz Kankoffler das als eine Majestätsbeleidigung auf, ließ den bestürzten Redakteur durch einen Polizeiführer vorsehen und zwang ihn, sofort im Bureau den Festgruß zu verfassen, worauf dann die betreffende Nummer der „Vesblätter“ auch noch rechtzeitig mit „Galicios Jubelgruß“ erschien.

Für das sonstige Verhalten der Zeitungen gegenüber dem Kaiserhause gab es eine Anzahl geheimer Instruktionen, denen zufolge z. B. der Besuch von Mitgliedern des A. O. Kaiserhauses in Vorstadt-Theatern nicht angeführt werden durfte. Auch Angriffe gegen den Adel, das Militär „oder dergleichen höhere Stände“ waren untersagt, ebensowenig wurden Ausfälle gegen die Hofburg-Theater-Direktion gebudet.*)

Unter diesen Umständen bot die österreichische Presse ein überaus klägliches Bild. Ein touristischer Schriftsteller jener Zeit entwirft folgende Schilderung:

„Und die Wiener Tagesliteratur . . . die macht sich noch immer wichtig, wenn es gilt, über den Pas einer Tänzerin eine eben so lange als breite philosophische Abhandlung zu schreiben — sie spielt noch immer mit den geschminkten Theaterpuppen und beurteilt jeden Geiger, jeden Klavierbauer, vor allem aber die Kunststreiter. Dabei sieht aber die Wiener Tagesliteratur sehr bleich und hager grämlich und mager aus und kneist sich selbst:

*) Ausführliches bei Adolf Wlesner, Verantwortlichkeiten der Österr. Zensur-Erteilung, 1847, S. 331; Wiedemann, Die städtische Bücher-Zensur in der v. T. H. Wien, Wien 1873, S. 290 f. und Frdr. v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848, Wien 1877, S. 7—9.

hin und wieder in die Backen und jauchzt sich manchmal selbst bei den Haaren und gibt sich dann und wann selbst Nasenstüber, um sich von ihrer Existenz zu überzeugen. Wie die Komödianten es zu tun pflegen, wenn der Dichter sie sagen läßt: „Träume oder wache ich?“ Da betasten und schütteln sie sich und wissen doch nicht, woran sie sind. Der große Dichter unserer Zeit aber ist die Geschichte. Und die Geschichte schweigt über die Wiener Tagesliteratur.“*)

Bei dem Geschichtschreiber der Wiener Journalistik aber quillt ob dieser „Einschlüferung und Irreführung der öffentlichen Meinung“ der Zorn auf. „Es war ein trauriges, ein trostloses, ja ein ekelregendes Gesamtbild der Wiener Journalistik geschaffen worden,“ sagte er, „auf der einen Seite die systematische Anpreisung der Regierungsware, das Verschweigen aller Mißerfolge dieser Regierung, das Hinwegleugnen aller Schäden, die Begeisterung jener Leute, die auch nur für das geringste Ausmaß von Reform eintraten; auf der andern Seite die erdrückende Leere, das Schweigen des Grabes, eine Unkenntnis der innern und äußern Vorgänge, als hätte das Rad der Geschichte innegehalten . . . Man drückte allen Zeitungen, die unter Wölfen nicht mit heulen wollten, die Faust auf den Mund, zwang sie überhaupt zu schweigen, benahm dem Volke die Möglichkeit, auch des andern Mannes Meide zu vernehmen, und das ist Vergeßlichkeit, Fälschung der öffentlichen Meinung, Korruption der Presse.“**)

Dieser traurige Zustand der Presse war um so empfindlicher, da auch die auswärtigen Zeitungen nach und nach fast alle aus Oesterreich verboten wurden. Im Jahre 1846 konnten nur noch drei deutsche politische Zeitungen die Linie der schwarzgelben Grenzpfähle passieren: die Augsburgische „Allgemeine Zeitung“, die Frankfurter „Oberpostamtzeitung“ und der Nürnberger „Korrespondent“. Mit dem Schlusse des Jahres 1845 war auch der „Woffischen.“ und der „Spenerischen Zeitung“ der Eintritt nach Oester-

*) J. W. Jerffi, Wien und die Wiener. Reiseitzgen. Charivari 1845, Nr. 144.

**) E. B. Jenfer, Gesch. d. Wiener Journalistik. Wien 1802, S. 108.

reich abgeschnitten worden, doch wollte das nicht viel heißen; die Berliner Blätter waren an der Donau nicht beliebt; die „Wiensische Zeitung“ war nur in 10 Exemplaren und die „Sperersche“ sogar nur in 8 nach Oesterreich gegangen. Zu gleicher Zeit wurde auch den Privat-Lese-Vereinen in Wien untersagt, weiterhin die „Königliche Zeitung“ und die Brockhaus'sche „Deutsche Allgemeine Zeitung“ zirkulieren zu lassen. Die letztere war besonders schlecht bei der Regierung angeschrieben; 40 Gulden Strafe mußte derjenige für jede Nummer bezahlen, bei dem sie gefunden wurde. Deshalb auch die harmlose Dreobener „Abendzeitung“ verboten ward, ist unerfindlich.

Infolge dieses allgemeinen schweren Druckes ging das Zeitungswesen in Oesterreich mehr und mehr zurück. Während im Jahre 1840 noch 14670 Zeitungsexemplare durch die österreichische Post befördert wurden, kamen 1845 nur noch 12900 zur Verfertigung. Der Verbrauch von Druckpapier für die 40 Millionen Menschen der österreichischen Monarchie belief sich 1845 auf 500000 Ries, das war ungefähr so viel, wie das kleine Königreich Sachsen verbrauchte, das einen achtzehnmal kleineren Umfang hatte.

Unterdessen wuchs die allgemeine Erregung mehr und mehr: man ersah ja schließlich doch, was in Frankreich, was in Baden, was in Preußen vorging, und empfand die Absperrung je länger, desto drückender, und es wurden die verschiedensten Versuche unternommen, den elenden Zustand einigermaßen zu heben. Zunächst traten die Journalisten Wiens hervor. Sie richteten 1842 eine Bittschrift an den Präsidenten der obersten Polizei- und Zensur-Hofstelle, den Grafen Joseph Sedbnitzky, in der sie um Erleichterung des auf der Presse lastenden Druckes baten; allein noch ehe diese Bittschrift überreicht werden konnte, erlangte Sedbnitzky Kenntniß von derselben und wies sie daher einfach mit der Bemerkung zurück, daß er keine Journalistenförperschaft kenne. Es möge jeder Einzelne kommen und ihm seine Bitte vorbringen. Das unterblieb aber, da man von der Vergeblichkeit solcher Anliegen von vornherein überzeugt war. Darauf traten im Frühjahr 1845 die Wiener Schriftsteller bei dem Baron von Hammer

Burgstall zu einer Beratung zusammen. Es waren Vertreter fast jedes Zweiges der Wissenschaft und der Literatur erschienen, der reiche Erzbischof von Erlau, Ladislaus von Byrker, Graf Kuersberg (Anastasius Grün), Grillparzer, Bauernfeld, Fürst Schwarzenberg, die Hofräthe Jenull und Baumgartner und viele andere. Nach sorgfältiger Erwägung aller Verhältnisse setzte man eine Denkschrift auf, in der man nur in der bescheidensten Weise der Zensurbedrückungen Erwähnung tat und auch bloß um die genaue Durchführung des im Jahre 1810 erlassenen Zensur-Mandates bat, das seitdem ganz und gar in Vergessenheit gekommen sei. Doch auch diese Bitte fand an maßgebender Stelle keine Beachtung.

So kam das Jahr 1848 heran, und immer höher stieg die allgemeine Aufregung; schon konnte man ein fieberhaftes Zittern in allen Gesellschaftskreisen wahrnehmen. Da begann man endlich in den obersten Zensur-Regionen eine gewisse Reorganisation in den Zensurverhältnissen anzustreben, und am 1. Februar trat in Wien eine k. k. Zensur-Ober-Direktion mit einem Hofrat an der Spitze ins Leben und ferner als Berufungs-Instanz in k. k. oberstes Zensurkollegium unter dem Voritze des Grafen Sedlnitzky. Diese neue Einrichtung zeichnete sich besonders durch die Bestimmung aus, daß künftig einem Verfasser „auf sein Ansuchen“ die Gründe angegeben werden sollten, aus denen Streichungen vorgenommen oder wohl gar die ganze Drucklegung versagt worden sei, was ihm dann als Anhaltspunkt für seine Berufung an die oberste Instanz dienen konnte. Allein diese Berufung war versagt: a) bei Zeitschriften, Tag- und Flugblättern „von nicht rein wissenschaftlichem Inhalte“, also gerade da, wo die Belästigungen am ärgsten, am empfindlichsten waren, und wo vordem eine Berufung zwar unpraktisch und zwecklos, aber mindestens grundsätzlich nicht ausgeschlossen war; b) wegen Hinzulassung oder Änderung in einzelnen Ausdrücken oder Stellen und c) „wenn überhaupt keine wichtige Rücksicht für die Veröffentlichung geltend gemacht werden“ könne, eine Beurteilung, die einzig der Behörde selbst anheimgestellt war und daher dem Versehen oder dem Mangel an Verständnis neuerdings Tür und Thor öffnete. Helfert berichtet denn auch, daß bereits der nächste

Tag einen auffallenden Beweis davon brachte, was man von der neuen Einrichtung zu erwarten habe. Am 2. Februar wurde die jüngst geschaffene Kaiserliche Akademie der Wissenschaft eröffnet. Auf Grund ihrer Allerhöchst genehmigten Statuten hatte der Präsident von Hammer-Purgstall in seiner Rede erklärt, „daß die Akademie zensurfrei wirken werde“; die Rede wurde in der „Wiener Zeitung“ (Fenilleton vom 4. und 5. Februar) abgedruckt, allein die bezeichnende Stelle fehlte. Der Präsident von Hammer-Purgstall war außer sich; er ließ in seiner rastlosen Weise von einem zum andern, verlagte den Präsidenten der Zensur-Stelle beim Kurator der Akademie, dem Erzherzog Johann, drohte mit seinem Rücktritt — allein die Sache blieb, wie sie war.

Die Situation für die Presse war also nur schlimmer geworden; doch dauerte sie nicht lange; am 14. März segte der Sturm der Revolution die ganze nichtswürdige Institution hinweg, und Spott und Hohn wurden ihr nachgeschleudert. In der Nacht vom 14. zum 15. März zirkulierte in den Kaffee- und Bierhäusern Wiens in zahlreichen Abschriften ein Parte-Zettel: „Authentische Nachricht von dem am 14. März 1848 erfolgten Hinscheiden und dem Leichenbegängnisse der Frau Belladonna Zensur, geborenen Mitternacht.“

Es ist begreiflich, daß sich die Zeitungen unter dem schweren Druck, der so viele Jahrzehnte lang auf der Presse lastete, kaum nennenswert entwickeln konnten, und daß daher nur wenig von ihnen gesagt werden kann. In der Kaiserstadt Wien erstaud während der ganzen in Rede stehenden Zeit nur eine einzige neue politische Zeitung, der „Blat“, und diese war noch dazu herzlich unbedeutend. Sie wurde 1838 von A. J. Groß-Hoffinger gegründet und trat mit der ausgesprochenen Tendenz hervor, in allen Fällen und unter allen Umständen für die Regierung einzutreten. Es wurde ihr daher auch ausnahmsweise die Aufnahme bezahlter Inserate gestattet. Aber Groß-Hoffinger war durchaus nicht ein überzeugter Verfechter der Politik Metternichs, sondern ein charakterloser Vielschreiber, der ursprünglich das Gegenteil von dem verfochten hatte, für das er jetzt eintrat. Geboren 1808 zu Wien, widmete er sich anfangs dem Militärdienste, ging dann

ber zur Schriftstellerei über, schrieb das Buch „Seufzer aus Österreich“, in welchem er die Regierung ohne jede tiefere Kenntnis beschuldete, und gab 1833 eine Zeitschrift „Austria“ heraus, von der aber nur zwei Bände erschienen. Nach diesen Mißerfolgen versuchte er es mit Verherrlichungen des Kaiserhauses, veröffentlichte eine Apotheose des Kaisers Franz und das Werk „Erzherzog Karl und der Weltstreit“, worauf er die Konzession zur Herausgabe des „Adler“ erhielt. Aber so geschickt das Blatt auch redigiert war, die hämischen Ausfälle auf die politischen Gegner, der enge Horizont, der ganze Ton, mit dem beständig „die goldene Hand der Legitimität“ gepriesen wurde, sprach einen züßeren Lektüre nicht an. Er suchte nun durch eine Änderung des Titels in „Vindobona“ eine Besserung der Lage herbeizuführen, doch auch das war vergeblich, worauf die Zeitung im Juni 1834 wieder einging. Es erschienen nun abermals, wie ebendem, in Wien nur die beiden politischen Zeitungen, die beide direkt unter dem Einflusse der Regierung standen, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“. Beide sind schon genügend charakterisiert worden. Sie bewegten sich auch bis zum Zusammenbruch des alten Regimes ohne jede Konzession in ihren engen Schranken, so daß der Redakteur J. K. Bernhart der „Wiener Zeitung“ nach wie vor die althergebrachte Reihenfolge der Artikel inne hielt. Erst kam die offizielle Rubrik Wien dann folgten Amerika, weiterhin Spanien, Großbritannien, Frankreich, die Schweiz, die Niederlande, Rußland; gleich hinter Rußland folgte Preußen und hinter diesem Deutschland. Die Buchdruckerfamilie von Ghelen zahlte von 1823 ab zwölf Jahre hindurch einen jährlichen Pachtschilling von 20000 Gulden, von 1835 ab einen solchen von 22000 Gulden, und im Jahre 1847 wurde ein Vertrag auf zehn Jahre mit einem Pachtschilling vom 32000 Gulden geschlossen; dieser Vertrag sollte aber nicht mehr seine natürliche Erledigung finden; der Märzsturm des Jahres 1848 setzte ihn hinweg. Das Blatt selbst aber vermochte sich in dem Sturme zu erhalten, während der „Österreichische Beobachter“ nicht nur die Richtung, sondern auch die Gestalt änderte und vom 1. April ab unter der Leitung

Ernst von Schwarzers sich „Österreichische Zeitung“ nannte, ja, sich sogar als „Oppositionsblatt“ ankündigte.

Von den Provinzblättern ist nur die „Prager Zeitung“ zu erwähnen, die mit dem Beginn des Jahres 1846 von dem Medauschen Verlage gepachtet wurde. Der bisherige Pächter, der Haafesche Verlag, hatte die Zeitung mehr und mehr vernachlässigt; der Verleger L. B. Medau, der dem Landesgubernium eine jährliche Pacht von 10400 Gulden bezahlte, gab jetzt das Blatt in Großfolio heraus, gewann sich in dem bekannten Schriftsteller Ladislaus Tarnowski (eigentlich Gottfried Schulz) einen sehr tüchtigen Redakteur und zog auch die übrigen böhmischen Schriftsteller zur Mitarbeit heran, so G. Franz, Ferdinand Stamm, Dr. Ed. Bruna, Josef Walter u. a. Leider starb Tarnowski bereits 1847, erst 37 Jahre alt, worauf der Romanschriftsteller Eduard Breier (geb. 1811, gest. 1886) an seine Stelle trat, ohne ihn ganz zu ersetzen.



Drittes Kapitel.

Der neue Geist in der Zeitschriften-Literatur.

(1830—1848.)

ie rein politischen Journale. Die konservativen Zeitschriften. Jarcks „Politisches Wochenblatt“. Verächzt die Legitimität. Rantes „Historisch-polit. Zeitschrift“. Görres' und Philipps' „Histor-polit. Blätter“. „Der Staat“. Die liberalen Zeitschriften. „Das Vaterland“; die „Deutsche Monatschrift“ von Iedermann; der „Herold“. Helld's „Ekomotive“. Ihre Schicksale in Leipzig und Halle. „Unser Planet“. „Der Wandelstern“. „Die Sonne“. Die Rheinischen Jahrbücher“. Mathys' „Vaterländische Hefte“. Der „Deutsche Zuschauer“. Die „Konstitution. Jahrbücher“. Die „Grenzboten“. Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda. Alfred Meißner über ihn. Die Zeitschrift vertritt die Interessen des jungen Österreichs. Wird an Granow, Gustav Freitag und Julian Schmidt verkauft.

Der neue Geist, der mit den Julitagen des Jahres 1830 hereinbrach, kam natürlich nicht bloß in den Zeitungen, sondern auch in den Zeitschriften zum Ausdrück, und hier sogar in seinen freiesten Schwingungen, mit seiner ganzen Intensivität, da ja im Raum der Journale nicht durch die Berichte über die Tagesereignisse in Anspruch genommen wurde, mithin ein weit größerer Raum, als in den Zeitungen, zur ausführlichen Erörterung der Fragen zur Verfügung stand, und da ferner auch die Censur der Schriftsteller weniger streng auf die Finger sah, weil die Zeitschriften ja nicht in die breite Masse des Volkes kamen, also, in der Ansicht der Regierungen, nicht so direkt vergiftend wirken konnten.

Die Flut der neuen Gedanken ergriff sehr bald die gesamte Journalliteratur. Jede Zeitschrift suchte jetzt eine gewisse Gesinnung herauszulehren, irgend einen politischen Glauben auf seine Fahne zu schreiben, wenn sie auch im übrigen nur der simplen Unterhaltung dienen wollte. „Die nationale Sache“ und „die Rettung der Gesellschaft“ waren die Schlagworte, an die jeder Aufsatz, jede Novelle, jede Anekdote in irgend welcher Weise anknüpfen mußte. Eine volkstümliche, gewandte Sprache, ein schlagender Witz, eine beißende Ironie mußten die Ausführungen beleben. „Die Zeit des Raisonierens, Diskutierens und Debattierens begann,“ schreibt ein Schilderer jener Zeit,*) „die Kritik wurde rasionierend, selbst die dichterischen Produktionen waren im Raisonnements bis zum Ersticken angefüllt . . . Überall traten politische Ideen und Zeitendengen an die Stelle der bloß literarischen und sogenannten allgemein menschlichen . . . Man beehrte gar kein Kunstwerk, man wollte einen zeitgeschichtlichen Inhalt und begehrte ihn selbst von der Kritik . . . Die Journale wurden, wenn auch nicht Leiter, so doch Träger der öffentlichen Meinungen; sie sprachen nur aus, was Gemeingefühl und Gemeinstimmung war, und konnten sich eben nur dadurch halten daß sie es aussprachen. Wie weit man über das Maß hinausging, merkte man damals nicht; die allgemeine Stimmung hatte an sich selbst etwas Unmäßiges, etwas Unbegrenztes.“

Die Jugend mit ihrer größeren Empfänglichkeit und Keckheit trat naturgemäß am lebhaftesten für die neuen Ideen ein. Es erstand eine ganze Reihe neuer Schriftsteller, Gutzkow, Laube, Mundt, Kühne, Weisner, West, Ruge, Duller, Ettinger, Schönlank u. a., die sämtlich sich der Journalistik zuwandten, weil sie dort sich am bequemsten ausdrücken konnten und am weitesten gehört wurden. Wie heftig sie sich gedrängt fühlten, ihrem Unmut und Mißbehagen über die unzulänglichen Verhältnisse Luft zu machen, bringt Mundt recht charakteristisch zum Ausdruck

*) Hermann Wargstaff, Deutschlands jüngste Literatur- und Kultur-epoche. Leipzig 1839, S. 269.

„Der Zeitgeist zuckt, dröhnt, zieht, wirbelt, hambachert in mir,“ ruft er einmal aus, „er pfeift in mir, hell wie eine Wachtel, spielt die Kriegstrompete auf mir, singt die Marseillaise in all meinen Eingeweiden und donnert mir in Lunge und Leber mit der Pauke des Aufruhrs herum.“

Leider wußten die Regierungen diesem allgemeinen heißen Verlangen nach edleren Staatsformen in keiner Weise zu entsprechen. Vollständig unfähig, die allgemeinen Forderungen zu verstehen, setzten sie alledem nur starren Widerstand entgegen, oder sie ließen ihre Ansichten durch Journale vertreten, die ohne allen Einfluß blieben.

Von der großen Menge von Zeitschriften, die in diesen bewegten Jahren auftauchten, sind die rein politischen die unbedeutendsten, zudem erschienen sie auch nur in geringer Anzahl. Es war dies eigentlich selbstverständlich, denn den Journalen mit liberaler Tendenz wurde ja stets nur ein kurzes Dasein gestattet, während die konservativen Zeitschriften, so eifrig sie auch von den Regierungen protegiert werden mochten, doch niemals ein größeres Publikum eroberten. Den verhältnismäßig größten Leserkreis und wohl auch einen zu Zeiten nicht geringen Einfluß besaß von diesen letzteren das durch die Initiative Joseph von Radowitj' in Berlin ins Leben gerufene „*Politisches Wochenblatt*“, dessen Redaktion Karl Ernst Jarcke besorgte. Dieser war einer der begabtesten konservativen politischen Schriftsteller der dreißiger und vierziger Jahre. Geboren 1801 zu Danzig, studierte er die Rechte und schrieb zunächst verschiedene juristische Werke, in denen er sich bereits als ein energischer Verfechter der Legimität und als ein heftiger Gegner aller freiheitlichen Bewegungen bekannte. Weiterhin versuchte er auch, nachdem er 1824 in Köln zur katholischen Kirche übergetreten war, mit großer Leidenschaft die Interessen des Katholizismus. Nach seiner 1825 erfolgten Berufung als Professor des Kriminalrechts an die Universität Berlin trat er den dortigen konservativen Kreisen näher, befreundete sich mit den Gerlach's (Wilhelm, Ludwig und Leopold), sowie mit Joseph von Radowitj, und wurde daher bei der Gründung des Wochenblattes be-

wogen, dessen Redaktion zu übernehmen.*) Die Zeitschrift begann im Herbst 1831 zu erscheinen und sollte gleichsam einen Damm gegen die von Frankreich herüberströmenden Ideen bilden. In dem Prospekte hieß es denn auch, es werde bezweckt, „der Revolution in jeder ihrer Gestalten entgegenzutreten, die Angriffe des auswärtigen Journalismus zurückzuweisen und die schlechten politischen Lehren durch die guten zu bekämpfen.“ Der allgemeine Charakter der Zeitschrift werde der antirevolutionäre sein, und sie wünsche deshalb auch, als Organ und Vereinigungspunkt aller antirevolutionären Richtungen aufzutreten. Dieses Ziel erreichte sie zwar nicht, doch sagte sie bald in den höheren und höchsten Berliner Gesellschaftskreisen Fuß und übte auf die innere Entwicklung des preussischen Staates während der dreißiger Jahre einen nicht zu leugnenden Einfluß aus. Das eigentliche Leitmotiv des Blattes bildete die unablässige Fehde gegen den konstitutionellen Verfassungsstaat. Wie die Evangelische Kirchenzeitung, die Pastoral Konferenzen, die Missionsvereine und die Konventikel der Frommen auf dem religiösen, schreibt Hassel, so gehörte auf dem politischen Gebiete das Wochenblatt zu den Waffen, mit denen die feudal-kirchliche Partei ihr Terrain zu behaupten und zu erweitern wußte. Es erschien an jedem Sonnabend in Folio in Stärke von ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von 6 1/2 Talern. Von politischen Tagesnachrichten sah es ganz ab; es wollte nur leiten und brachte daher neben einem kurzen orientierenden politischen Wochenbericht größere, meist polemische Artikel und Korrespondenzen. Es wandte sich gegen den Polenenthusiasmus, der damals weite Kreise ergriffen hatte, die revolutionären Bewegungen in Braunschweig, Hannover und Leipzig, ganz besonders aber gegen die konstitutionellen Bestrebungen in Süddeutschland. In der ganzen Schärfe einer gut geschulten Dialektik verurteilte es hier den modernen Liberalismus, „den Herd der Revolution“, „jene doktrinaire Sucht, nach flüchtigen Abstraktionen beliebig

*) Vergl. Paul Hassel, Joseph Maria von Nadolsky, Berlin 1877, Band I, S. 213 ff. und die Aufzeichnungen Ludwigs von Gerlach, Band I, S. 193.

Verfassungsformen zusammenzusetzen und politische Lustschlösser zu erbauen.“ Die süddeutsche Presse wurde heftig angegriffen, besonders Wirths „Tribüne“; das Hambacher Fest erregte den Berichterstattern „Schmerz und Ekel“, und die danach gefaßten Bundesbeschlüsse erschienen ihnen als „Vollendung im rühmlichen Wirken der Sicherheit Deutschlands“. In ähnlicher Weise sprach sich das „Wochenblatt“ über die liberalen Strömungen in Frankreich aus. Diese Artikel schrieb Radowig. Osterreich blieb fast ganz unbeachtet. Diese Haltung des „Wochenblattes“ wurde besonders am preußischen Hofe gebilligt; Friedrich Wilhelm III. stimmte ihr durchaus bei, so daß Zarcke, als er am 15. November 1832 aus der Redaktion schied, stolz von sich sagte: „Vielleicht ist noch niemals einem deutschen politischen Schriftsteller ein so ausgewähltes und geistvolles Publikum zu teil geworden, als die Umgebung, durch welche er sich getragen und durch deren Beifall und Zustimmung er sich beglückt fühlte.“ Zarcke ging nach Wien und trat als Rat im außerordentlichen Dienste bei der k. k. Haus-, Hof- und Staatskanzlei ein, an Stelle des verstorbenen Genz, brachte es aber nur zu einem Genz au petit pied, wie Metternich sagte; ein ganzer Genz vermochte er nicht zu werden. Auch starb er bereits 1852. Sein Nachfolger beim „Wochenblatt“ wurde Dr. F. W. Streit, Major a. D., doch schrieb er auch fernerhin noch oft und gern für sein ehemaliges Journal, bis 1837 ein jäher Bruch ihn für immer vollständig von Berlin trennte. Der Kölner Kirchenstreit war ausgebrochen, und Zarcke, der als leidenschaftlicher Katholik auf Seiten des verhassten Erzbischofs stand, erwartete, daß, da die Behandlung konfessioneller Fragen ausgeschlossen sein sollte, das „Wochenblatt“ die Katastrophe mit Stillschweigen übergehen werde. Das war jedoch nicht der Fall; das „Wochenblatt“ brachte eines Tages einen scharfen Artikel gegen den Erzbischof Droste zu Vischering, worauf Zarcke in der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“ erklärte, daß er jede Verührung mit dem „Wochenblatt“ abgebrochen habe, an dessen Leitung und Entwicklung er als unermüdblicher Mitarbeiter acht Jahre tätigen Anteil genommen. Das „Wochenblatt“ erschien darauf noch bis 1840, verlor aber

seinen früheren Einfluß mehr und mehr und büßte ihn schließlich ganz ein.

Dieselbe Tendenz, wie Jarkes' „Wochenschrift“, verfolgte auch Leopold Rannes' „Historisch-politische Zeitschrift“, deren erster Band 1832 zu Hamburg, und deren zweiter von 1833 bis 1836 in Berlin erschien. Mitarbeiter waren Savigny, Claußwitz u. a. Auch sie wandte sich gegen die liberalen Bestrebungen und warnte davor, „nach einem eingebildeten Glück auf Wege die vom Wahren abführen, zu jagen.“ Immerhin wollte sie das Volk nicht vollständig von einer Teilnahme an den Staatsgeschäften ausgeschlossen sehen. Einem vaterländisch gesinnten Mittelstande könne wohl ein gewisser Einfluß eingeräumt werden, allem mit vorsichtiger Beschränkung. „Macht soll er haben,“ erklärte sie, „doch nach dem Maße seiner Einsicht, d. h. im Wesentlichen nach dem Kreise seiner Erfahrungen, aber nicht nach den oberflächlichen Theorien, welchen die öffentliche Meinung zu folgen jetzt nur zu sehr geneigt ist.“ Das mehr und mehr überhandnehmende Politisiren aller Kreise bezeichnete sie als eine Reizung, die von „wahrem Bürgerfinn, d. h. von hingebender, selbstverleugender Liebe zum Gemeinwohl noch sehr verschieden“ sei, und erklärte sich darum auch gegen die Pressefreiheit. Weiterhin wandte sie sich mehr und mehr der historischen Kritik zu und wurde somit eine rein wissenschaftliche Zeitschrift.*)

Für das katholische Deutschland riefen Görres und Billroth in München 1839 die „Historisch-politischen Blätter“ ins Leben. In dem Programm hieß es, daß der Hauptzweck der Zeitschrift sei, „die revolutionäre, wie die despotische Doktrin der falschen Staatsweisheit durch die Verkündigung der Grundsätze wahrer Freiheit und des Rechts zu bekämpfen. Das erste Heft wurde mit einem Artikel „Weltlage“ eröffnet, der die allgemeinen religiösen Verhältnisse darlegte; der zweite Artikel handelte „über die gegenwärtige Stellung der katholischen Kirche zu den von“

*) Vergl. auch G. Kaufmann, Politische Geschichte Deutschlands 19. Jahrb. Berlin 1909, S. 217 ff., wo das „Polit. Wochenbl.“ und Rannes' „Hist.-pol. Zeitschrift“ gegeneinander abgevoogen werden.

errennten Konfessionen." Mitarbeiter waren hauptsächlich die Münchener Professoren, darunter Döllinger und v. Moh, und einer Jarde, der sogar einen sehr bedeutenden Anteil an der Gründung der Blätter gehabt haben soll. Nach Görres' Hinscheiden 1852 übernahm Edmund Jörg, der bekannte antipreußische Politiker, die Redaktion der „gelben Feste“ und führte sie bis 1891. Bald nach ihrem Erscheinen wurde die Zeitschrift in Preußen verboten.

Aus den Kreisen der Liberalen wagten sich allerwärts die erschiedensten Journale hervor, aber fast alle westen schon nach kurzem Dasein dahin; nur ein einziges überstand die Katastrophe von 1848, die Zeitschrift „Die Grenzboten“. Keins gewann einen führenden Einfluß; sie können daher hier auch nur kurz angeführt und charakterisiert werden.

In Berlin gab Wöniger 1843 das Journal „Der Staat“ heraus, dem aber das Oberzensurgericht durch Abänderungen so viele Schwierigkeiten bereitete, daß erst Ende Dezember das Oktoberheft zur Ausgabe gelangen konnte. Risikantig sahen daher Redakteur und Verleger von einer weiteren Herausgabe der Zeitschrift ab. Eine „Monatsschrift“, die Wohl zur selben Zeit in Berlin ins Leben rufen wollte, sah sich sofort im Keime rstickt, da verschiedenen Aufsätzen, die für das erste Heft bestimmt waren, das Imprimatur verweigert wurde.

Die mannigfachen Versuche mit liberalen Zeitschriften wurden n dem damals politisch besonders regen Leipzig unternommen. Der gelehrte W. Bachsmuth gab dort „Das Vaterland“, Blätter für Proposition und Opposition (von 1833 an; Blätter für deutsches Volks- und Staatsleben) im Verein mit Fr. Bülow und Jul. Weiske von 1831 bis 1835 heraus. Weiterhin erschienen in Leipzig die „Österreichischen Blätter“, einige Zeit redigiert von Dr. Eduard Singer, und von 1842 bis 1846 die „Deutsche Monatschrift für Literatur und öffentliches Leben“ von Karl Wiedermann. Dieser suchte besonders die „praktischen“ und „materiellen“ Interessen Deutschlands zu fördern. In dem Programm der Zeitschrift, das selbständig als Flugchrift erschien und den Titel „Das deutsche Nationalleben in seinem

gegenwärtigen Zustande und in seiner fortschreitenden Entwicklung" führte, legte er folgende Grundsätze dar: „Aufbau eines kräftigen Rationallebens auf der Grundlage möglichst aktiver entwickelter materieller Interessen und eines tüchtigen praktischer Geistes im Volke; im Politischen konsequente Durchführung des konstitutionellen Prinzips, tüchtigste Selbstverwaltung des Volkes, Förderung des Gemein- und Assoziationsgeistes; für die allgemeinen deutschen Verhältnisse Anschluß der sämtlichen Staaten zweiten und dritten Ranges an Preußen, Weiterausbildung des Zollvereins nach der politischen Seite hin; im Kirchlichen möglichst Sonderung der Gebiete von Staat und Kirche; für die idealen Bestrebungen endlich — Wissenschaft, Literatur und Kunst — möglichst enger Anschluß an die lebendige Wirklichkeit, besonders auch die nationale.“ Die Zeitschrift beobachtete dann eine gemäßigt-liberale Haltung, die aber vielen Politikern angesichts der allgemeinen Erregung als viel zu zahm, ja als philisterhaft erschien und darum besonders von der „Rheinischen Zeitung“ und den „Sächsischen Vaterlandsblättern“ wiederholt angegriffen wurde. Ihre Verbreitung war übrigens gering; sie brachte es niemals über 500 Abonnenten.*) Neben seiner „Monatsschrift“ gab Viedermann von 1844 bis 1847 auch noch eine Wochenzeitschrift „Der Herald“ für Politik, Literatur und öffentliches Gerichtsverfahren heraus, die ebenfalls einen gemäßigten Ton beobachtete und darum gleichfalls wiederholt den Tadel der entragierten liberalen Blätter erfuhr. Im Jahre 1845 machte in diesen der Witz die Kunde: „Durch eine Verfügung der hohen Medizinalbehörde ist der in Leipzig erscheinende ‚Herald‘ in sämtlichen Hospitälern des Königreichs Sachsen eingeführt worden. Man hofft dadurch ein Bedeutendes an Opium zu sparen.“ Viel leder als Viedermann, resolut und nicht selten heißend witzig war F. W. A. Held, der aber nur eine sehr kurze Rolle in Leipzig spielte. Geboren 1813 zu Reiche, war er erst Offizier, später Schauspieler und schließlich Schriftsteller, als welcher er Ende 1842 nach Leipzig kam und dort im Verlage von Reclam jun. mit dem Beginn des

*) Viedermann, Mein Leben. Breslau, Bd. 1, S. 78.

ächsten Jahres die Wochenschrift „Lokomotive, Volksblatt für vaterländische Unterhaltung“, herausgab. Ein eifriger Mitarbeiter wurde ihm bald in Otto von Corvin. Held setzte sofort in ihr hohen burlesken Tönen ein. Von der Art seiner Schreibweise seien nur einige wenige Proben mitgeteilt. „In Wahrheit“, schrieb er einmal, „manche Regierung hat vor der Volksvertretung denselben Respekt, wie die Wächsbürste vor dem Stiefel.“*) Ein andermal sagte er: „In Bayern wundert man sich, daß der 6. Mai, der Tag, an welchem der humane König Max seinen Bayern eine Verfassung schenkte, so ohne alle Feierlichkeit vorübergegangen ist. Mich wundert, daß sich die Leute darüber wundern. (Es wäre doch höchst lächerlich, wenn man den Geburtstag eines Kindes feiern wollte, während es im Sterben liegt.)“ Die Zustände in Hannover apostrophierte er mit den Worten: „Während der Abwesenheit Sr. Majestät des Königs wird Sr. königl. Hoheit der Kronprinz gerufen, die Regierung zu beorgen. (Dieselbe haben zwar das Unglück, blind zu sein; allein Sr. Majestät haben schon unterm 3. Juli 1841 die Gnade gezeigt, zu dekretieren, daß die Blindheit sich mit der Regierung eines deutschen Staates wohl vertrage, was wir untertänig genug und vollkommen zu glauben.)“ Dieser Ton mußte natürlich alsbald Aufsehen erregen; in kurzer Zeit hatte die „Lokomotive“ 3000 Abonnenten, und im Verlaufe der nächsten Monate stieg die Zahl der Abnehmer bis gegen 12000. Mit dem Weisfall der Menge wuchs aber auch das Mißfallen der Leipziger Behörde über das neue Blatt; es wurde wiederholt verwahrt und schließlich mit der Konzessionsentziehung bedroht. Darauf wollte Held in „Manifest an das deutsche Publikum“ erlassen, in diesem gegen die „bis zur äußersten Strenge getriebenen Zensurmaßregeln“ protestiren und erklären, daß er für seinen WahlSprach

*) Dieser Satz wurde jedoch vom Zensor gestrichen; bei den beiden andern Beispielen fielen die eingeklammerten Zellen dem Zensor zum Opfer. Wir sind darüber durch das Buch Helds „Zensurkama, oder Geheimnisse der Zensur“ unterrichtet, das er 1844 in Rassel herausgab, und in welchem er alle i. J. in den Nummern der „Lokomotive“ gestrichenen Stellen zum Abdruck brachte.

„Vernunft, Freiheit und Recht“ bis zum Bettelstabe und noch mit dem Bettelstabe kämpfen werde, allein das Manifest wurde vom Zensur gestrichen. Dadurch steigerte sich die Gereiztheit Hells noch mehr; er wurde immer heftiger, und nun erzielte ihr sein Schicksal: die „Kofomotive“ wurde unterdrückt, und er selbst des Landes verwiesen. Er wandte sich nach Halle und suchte dort sein Blatt als Monatschrift weiter zu führen, mußte hier aber noch üblere Erfahrungen mit dem Zensur machen. Als er einmal schrieb, daß in Deutschland eigentlich nur zwei Parteien bestehen dürften, die liberale und die konservative, strich der Zensur den Satz mit dem Bemerkeln: „Wir kennen gar keine Parteien; wir haben in Preußen nur Recht und Gesetz.“ Aufsätze, in welchen Bücher besprochen wurden, die außerhalb der deutschen Bundesstaaten erschienen waren, verfielen ohne weiteres dem Notizur, da der Zensur den Grundsatz aufstellte, daß alle solche Bücher zunächst als verboten betrachtet werden müßten und darum weder angezeigt noch kritisiert werden dürften. Zu alledem kam die langsame Erlebigung der Zensurierung, so daß z. B. das Oktoberheft von 1843 erst zu Anfang des Jahres 1844 ausgegeben werden konnte. Diese vielen Hemmnisse bestimmten schließlich Hell seine Zeitschrift zu Anfang 1844 ganz aufzugeben; er ging nach Berlin, geriet dort 1848 in die Strudel der Revolution und übernahm dann nach mancherlei Schicksalen 1863 die Redaktion der den Arbeiterinteressen gewidmeten „Staatsbürgerzeitung“ Schließlich gründete er 1871 noch eine zweite Zeitung gleichen Namens, starb aber bereits am 26. März 1872. — In dem Leipzig benachbarten Grimma erschien im Verlage von Dr. Ferdinand Philippi „Unser Planet“, dessen Redaktion Ernst Keil der spätere Herausgeber der „Gartenlaube“, leitete. Da es aber bald zu Konflikten mit der Behörde kam, so wurde der „Planet“ in einen „Wandelstern“ umgestaltet. Der Charakter blieb aber doch der alte, worauf die Behörde verlangte, daß die Tendenz des Blattes auf die eines rein belletristischen Journals reduziert werde. Auf diese Umänderung ging jedoch Keil nicht ein, er trat lieber von der Redaktion zurück (1845), worauf der „Wandelstern“ sogleich seinen Lauf einstellte. In Chemnitz, wo sich eben

falls ein sehr lebhaftes politisches Leben entwickelt hatte, gab der Jurist Dr. Eduard Theodor Säfel von 1841 ab die Zeitschrift „Die Sonne“ heraus, die bald das wichtigste politische Organ im Erzgebirge wurde, aber bereits im August 1845 durch Konzeptionsentziehung zu Grunde ging.

Süddeutschland endlich keuerte zur Literatur dieser liberalen politischen Zeitungsliteratur die „Rheinischen Jahrbücher zur gesellschaftlichen Reform“ bei, herausgegeben von Büttmann unter Mitwirkung von Engels, Weller, Ronge u. a. (Darmstadt 1845 bis 46), ferner die „Waterländischen Hefte“, herausgegeben von der Opposition der badischen zweiten Kammer, redigiert von dem Abgeordneten Matthy (es erschien der erste Band 1843 zu Mannheim in sechs Hefen, der zweite auf einmal, die Verfassungsfeier vom 22. August beschreibend), den „Deutschen Zuschauer“ von H. Hoff und G. v. Struve (Mannheim 1847 und 48), die „Konstitutionellen Jahrbücher“, die 1843 in drei Bänden in Stuttgart herauskamen, von R. Weil redigiert wurden und Berthold Auerbach, G. Kieffer in Hamburg, G. v. Struve in Mannheim, Steinader und Bürgens im Braunschweigischen u. a. zu Mitarbeitern hatten, und die Zeitschrift „Bayerns Deputiertenkammer“, anfangs der dreißiger Jahre von dem Literaturhistoriker Heinrich Kurz in München herausgegeben. Das Journal wurde jedoch bald unterdrückt, worauf Kurz in Augsburg das konstitutionelle Oppositionsblatt „Die Zeit“ ins Leben rief, das aber ebenfalls nur wenige Monate erscheinen durfte. Kurz selbst zog sich wegen seiner freisinnigen Sprache eine Festungsstrafe von zwei Jahren zu, die er 1833 und 1834 auf der Bergfeste Wülzburg verbüßte.

Etwas abseits standen „Die Grenzboten“. Sie waren ein für die damalige Zeit äußerst charakteristisches Blatt. Ihr Herausgeber Ignaz Kuranda, zu Prag 1811 geboren, gehörte zu der Gruppe jener jungen Österreicher, denen es in den vierziger Jahren daheim zu eng und drückend wurde, und die daher auswanderten. Er kam zunächst 1837 nach Stuttgart, wo er mit den schwäbischen Dichtern und David Friedrich Strauß bekannt

wurde, und ging dann, nachdem es ihm gelungen war, mit Cottin in Verbindung zu treten, als Korrespondent der „Allgemeinen Zeitung“ zunächst nach Paris und dann nach Brüssel. Dort erfreute er sich sehr bald der Unterstützung des Ministers Rothomel und des Schriftstellers Hendric Conscience und hielt unter deren Ägide Vorträge über die neuere deutsche Literatur. Damit weckte er nach und nach ein solches Interesse für das deutsche Geistesleben, daß er auf den Gedanken kam, das von dem kriegsbeendigten französischen Ministerium Thiers bedrohte Belgien, besonders aber die stammesverwandte flämische Bevölkerung desselben, die eben die ersten Versuche machte, ihre Literatur und ihr Volkstum gegen die übermächtig vordringende französische Kulturmacht zu schützen, enger an Deutschland anzuschließen und zwar durch eine Zeitschrift zur Pflege der beiderseitigen Beziehungen. Diese erschien darauf vom 1. Oktober 1841 ab unter dem Titel „Die Grenzboten, Blätter für Deutschland und Belgien“. Allein die Erwartungen Kurandas erfüllten sich nicht; die flämischen Bestrebungen fanden bei dem deutschen Liberalismus nicht die gehoffte Teilnahme, und außerdem legte die preussische Regierung der Verbreitung der zensurfrei im Auslande gedruckten Zeitschrift nach Deutschland allerlei Schwierigkeiten in den Weg. Wiederholt blieben die Palette mit den „Grenzboten“ an der Grenze zerhacken liegen. Kurz entschlossen verlegte daher Kuranda die Zeitschrift im Sommer 1842 nach Leipzig und ließ den buchhändlerischen Vertrieb durch die Verlagsbuchhandlung F. W. Granow besorgen. Zugleich beilegte er den Nebentitel und widmete die Zeitschrift fortan hauptsächlich den Interessen Österreichs. „Die Grenzboten“ wurden das Organ für alle Schmerzen der Deutschösterreicher,“ schreibt F. Granow. *) „Nicht nur die jungen Poeten, von denen, wie man damals sagte, allwöchentlich einer mit einem Bündchen Freiheitslieder in der Tasche über die böhmisch-sächsische Grenze kam, schlossen sich ihm an; die ständische Opposition ergriff begierig die Gelegenheit, über Verhandlungen zu berichten, die in Österreich selbst nicht laut werden

*) Fünzig Jahre! Grenzboten, 50. Jahrgang, Nr. 30 (1891).

zurück, und bis hoch hinauf in die Staats- und Hofstanzleien bedeten sich die mißvergünstigten Beamten von der Leber, was sie drückte. Was ihm auf geheimen Wegen zufließ, unterzog Kuranda mit dem ihm eigenen Geschick sozusagen einem Berechnungsverfahren. Er hielt sich sorgfältig, das Regierungssystem als Ganzes anzugreifen, ließ Prinzipienfragen und Programm auf sich beruhen, verarbeitete nur zu schonender und unterhaltender Schilderung die Einzelheiten, die ihm als verschwiegenem Weichwater anvertraut worden waren.“ Sein allgemeiner politischer Standpunkt war dabei der großdeutsche, den er auch später noch in Österreich festhielt.

Bildeten mithin die „Grenzboten“ eine ganz besondere, durchaus eigenartige Erscheinung unter den deutschen politischen Zeitschriften, so stellte sich auch ihr Herausgeber als eine außerordentlich von den sonstigen deutschen Literaten vollständig verschiedene Persönlichkeit dar. Er trug sich stets hoch elegant, besaß die gesellschaftlichen Formen des gewandten Weltmannes, war von gewinnender Liebenswürdigkeit und außerordentlich anregend. Beständig fand man ihn über alles unterrichtet, was in der ganzen kultivierten Welt vorging, da er es bei seinem unruhigen Geiste nie lange in dem philiströsen Leipzig aushielt, sondern oft monatelang in Paris, Brüssel, Prag, Wien, Berlin, Dresden und Hamburg oder auf längeren Reisen in Italien lebte, überall Verbindungen mit hervorragenden Männern anknüpfend und diese zu Mitarbeitern an seiner Zeitschrift heranziehend. Im Hinblick auf dieses energische Werben spricht August Lewald sogar einmal von einer „guthisernen Zubringlichkeit“ Kurandas. Alfred Meißner, der ihn durch längeren persönlichen Umgang genau kannte, sagte von ihm (Grenz. 1880, Nr. 1): „Kuranda war ein geistreicher Mann und liebenswürdiger Redakteur. Seine Artikel schrieb er mit großer Sorgfalt, und sie waren so elegant wie seine Erscheinung . . . Sein Auge wachte über jeder Nummer mit zärtlicher Sorgfalt, und er sprach am liebsten davon, was das letzte Heft enthalten habe, oder das nächste bringen werde. Er war mit ganzer Seele bei der Sache. Man konnte es ihm auf dreißig Schritte ansehen, wenn wieder einmal eine Feder ersten Ranges

ihm ein Manuskript eingesandt hatte. Dann trug er sein Haupt mit besonderem Schwunge, die Hand führte noch fester als sonst das zierliche Stöckchen, die Augen strahlten von siegreichem Feuer.“

Für die Bureauarbeiten der Redaktion hatte er sich in den ersten Leipziger Jahren einen jungen Landömann Jakob Kaufmann bestellt, der jedoch auch manchen gebiegene Aufsatz für die „Grenzboten“ schrieb und selbst in der späteren Periode der Zeitschrift noch ihr Mitarbeiter blieb, so daß bei seinem Tode ihm Gustav Freitag in der Zeitschrift „Im neuen Reich“ einen warmen Nachruf widmete, der auch in Freytags gesammelte Schriften übergegangen ist. Nach Kaufmann waren Dr. Gustav Julius, Dr. Hermann Zellinek und schließlich Julian Schmidt Hilfsarbeiter der Redaktion.

Natürlich wurden die „Grenzboten“ allezeit im ganzen Gebiete des österreichischen Kaiserstaates verboten, aber doch in zahlreichen Exemplaren eingeschmuggelt, so daß sie von allen Gebildeten Österreichs gelesen werden konnten. Schwieriger war die Beförderung der Korrespondenzen aus Österreich an die Redaktion nach Leipzig. Allwärts spähten die Häsher des Polizeiministera Grafen Sedlnitzky, und mancher Brief wurde in seinem Zuge aufgefangen und nach vorgenommener Einsicht in das geheime Nach des Polizei-Archivs gesteckt. Aus diesem dunkeln Verließ hat neuerdings August Journier mehrere dieser Briefe wieder ans Licht gezogen.*)

Unter der geschickten Redaktion Kurandas gelang es auch, das Schifflein der „Grenzboten“ 1842 über die Sandbank zu bringen, die es notwendigerweise bei der innern Umgestaltung des Blattes passieren mußte. Die belgischen Leser, die kein Interesse an der Zeitschrift mehr haben konnten, zogen sich zurück, die neuen Leser in Österreich waren aber nicht so leicht zu erwerben. „Sie können nicht glauben, lieber Brunow“, schreibt daher Kuranda einmal im Februar 1843, „was mir das Blatt für Mühe und Angst macht.“ Nach und nach hebt sich aber die Zeitschrift und 1846 können schon 690 Abonnenten verzeichnet werden. Das

*) Notwendigermäßig. N. Fr. Presse, Jan. 1902.

ahr 1847 brachte dann „gegen alle Erwartung“ 1300, und als er vereinigte preussische Landtag eine ganz neue Bewegung in der politischen Welt hervorrief und die „Grenzboten“ auch den reichlichen Angelegenheiten ihre Aufmerksamkeit widmeten, stieg die Zahl der Abonnenten zu Anfang 1848 fast auf 4000. Da aber nach die Revolution aus, und Kuranda eilte nach Wien, wo er mit Jubel empfangen wurde. Sofort stand er mitten im politischen Leben und erkannte auch, daß künftig nur in Wien sein Wirkungskreis sein könne. So verstand er sich denn auch dazu, als Anerbieten von Grunow, Freytag und Julian Schmidt anzunehmen, das Blatt an diese zu verkaufen, worauf die eine Hälfte des Eigentums an Grunow, die andere an Freytag und Julian Schmidt überging. Damit trat die Zeitschrift abermals in eine ganz neue Phase; sie wurde jetzt in den Dienst reindeutscher Interessen gestellt und verlor damit ihren Hauptreiz für Österreich. Die Zahl der Abonnenten sank daher bis auf 800. Ihre weiteren Schicksale werden im letzten Abschnitte des Buches dargestellt werden.

2. Die Zeitschriften für die universelle Bildung. Die „Hallischen Jahrbücher“, gegründet von Ruge und Lohrmeyer. Stellen sich auf die linke Seite der Hegelschen Schule. Kritisieren die deutschen Universitäten, treten für Heine ein, bekämpfen die reaktionäre Richtung, heben Preußens großstaatliche Aufgabe hervor. Werden von Go und dem „Politischen Wochenblatt“ angegriffen. Sollen sich unter preussische Zensur stellen. Siedeln als „Deutsche Jahrbücher“ nach Sachsen über. Werden unterdrückt. Können auch als „Deutsch-franz. Jahrb.“ nicht bestehen. Das Cottasche „Morgenblatt“. Wagt sich nicht weit vor. Gustav Schwab redigiert den poetischen Teil. Wolfgang Menzel gibt das „Literaturblatt“ heraus. Critt in diesem als fanatischer Parteimann auf. Bekämpft Goethe und weiterhin das Junge Deutschland. Seine Angriffe auf Gutzkow und dessen „Wally“. Das tägliche Nachspiel der Gutzkow-Tragödie. Die „Diener Zeitschrift“. Ihre Leiter Schmidt und Witthauer. Ihre Mitarbeiter. Witthauer über den schlechten Geschmack des Publikums. Der „Pöblich“, redigiert von Duller und Gutzkow. Sucht

die Ideen der neuen Zeit zu vertreten. Mundts „Freihafen“. Engländer „Salon“. Vaucelles „Theaterzeitung“. Gushlows „Forum der Journal Literatur“. Das Blatt soll eine „Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung geben“. Besteht nur wenige Monate.

Weit bedeutender, als die rein politischen Journale, waren die Zeitschriften für die universelle Bildung; ja, die wichtigste in dieser Gruppe stellt sich überhaupt als die hervorragendste der ganzen in Rede stehenden Periode dar. Sie führte den Titel „Hallische Jahrbücher für deutsche Wissenschaft und Kunst.“ Ursprünglich waren die „Jahrbücher“ nur als ein Sammelpunkt aller hervorragenden geistigen Kräfte Deutschlands gedacht. Die Ansichten einer bestimmten Partei oder Schule sollten nicht vertreten werden; die Zeitschrift sollte nur klärend wirken; immerhin war gleich im Anfang, wie die Herausgeber in der Nr. 1 des zweiten Jahrganges ausführten, „theoretisch der Protestantismus und die freie Wissenschaft, praktisch der protestantische und moderne Staat als das Prinzip des Blattes ausgesprochen.“ Sehr bald zeigte sich jedoch, daß die Herausgeber, wohl ohne daß sie sich dessen ganz klar bewußt waren, einen ganz bestimmten Standpunkt einnahmen, daß sie auf der linken Seite der Hegelschen Schule standen, der Seite der sogenannten Junghegelianer, und den revolutionären Kern der Hegelschen Philosophie immer mehr herauszuschälen. Dadurch bildeten die „Hallischen Jahrbücher“ in den breiten Kreisen der Gebildeten nach und nach jenen politischen Geist heraus, der schließlich gebieterisch die Umgestaltung der alten unzulänglichen Staatsform verlangte; sie wurden das eigentliche lebende Moment in der gährenden Zeit der vierziger Jahre, und als dann die allgemeine Bewegung Deutschland durchbrauste, erigete sich nur, was sie theoretisch bereits in ihnen vollzogen hatte. „Die Flut des unsichtbaren Geistes steigt über alle Dämme, Deiche und Nachwächterposten,“ ruft denn auch einmal der Herausgeber aus, mit seinem geistigen Auge die ungeheure Strömung überschauend, die sich mehr und mehr entwickelt hat. „Sie fließt über das Land und quer durch die eigenen Köpfe der Schreiber, ohne daß sie es gewahr werden, bis zu dem Augenblick, wo dieses Fluidum die

ganze Welt neu baut und nach sich gestaltet.“ Und auf der anderen Seite, wo man das Bestehende mit ängstlichen Händen halten will, mehrt sich täglich der Ingrimm gegen die Zeitschrift, die einen solchen gewaltigen Einfluß auf die Geister auszuüben vermag. Jammernd ruft der reaktionäre Heinrich Leo: „Wir haben eine Revolution zu erwarten; wir haben eine preußische Revolution zu erwarten; wir haben die preußische Revolution von der Jung-Hegelschen Rotte zu erwarten!“ Schließlich fand die herrschende Gewalt noch Zeit, das gefährliche Journal zu vernichten; die allgemeine Katastrophe konnte sie aber nicht mehr aufhalten. „So bleibt denn den ‚Jahrbüchern‘ der Ruhm,“ sagt daher Karl Frenzel einmal, „daß sie für die deutsche Bewegung dasselbe Ferment gewesen sind, wie die Encyclopädie für die französische Revolution; das Auftreten der einen wie der andern war eine befreiende Tat.“

Die Gründer der „Hallischen Jahrbücher“ waren Arnold Ruge und Theodor Echtermeyer, doch beteiligte sich der letztere nur wenig an den Arbeiten für die Zeitschrift und schied schließlich ganz aus der Redaktion aus; es ist daher einzig und allein Ruge als die Seele des Unternehmens zu betrachten. Er wurde am 13. September 1802 zu Bergen auf Rügen geboren, wo sein Vater Gutsinspektor war, studierte in Halle, Jena und Heidelberg zunächst Theologie, dann Philologie, trat dabei auch zu den Burschenschaften in Beziehung und wurde schließlich Mitglied eines Jünglingsbundes, in welchem ein eidliches Gelöbniß abgelegt wurde, auf die Einheit und Freiheit des Vaterlandes unter preußischer Führung hinzuwirken. Das galt aber nach den herrschenden Ansichten der Regierungen für ein Staatsverbrechen. Er wurde im Anfang des Jahres 1824 wegen Hochverrats in Heidelberg verhaftet und zunächst nach Berlin, dann nach Köpenick transportiert. Nach einjähriger Untersuchungshaft erfolgte sodann eine Verurteilung zu vierzehn Jahren Festungshaft, von denen der Delinquent jedoch nur fünf in Kolberg auf dem Lauenburger Tore abzubüßen brauchte, da im Jahre 1830 seine Begnadigung erwirkt wurde. Ruge wandte sich nun wieder nach Halle, war dort zunächst einige Jahre Lehrer am Pädagogium und habilitierte

sich weiterhin an der Universität. Bald nachher unternahm er durch eine Heirat in äußerst glänzende Verhältnisse versetzt, mit seiner jungen Frau eine lange Reise nach Italien und machte an dieser viele wertvolle Bekanntschaften mit hervorragenden Männern. Seine Frau zog sich jedoch auf der Reise eine schwere Erkältung zu und starb an deren Folgen, worauf er sich nach einiger Zeit zum zweiten Male verheiratete. Hierauf führte er mehrere Jahre auf seinem Landhause in Siebichenstein ein stilles Gelehrtenleben, hauptsächlich mit dem Studium der Hegelschen Philosophie beschäftigt, bis er im Jahre 1837 mit Ecktermeyer (geb. 1805, gest. 1844) die Gründung der „Jahrbücher“ unternahm. Um sich einen großen und gebienden Mitarbeiterkreis zu erwerben, besuchte er alle größeren deutschen Universitäten und knüpfte mit den dortigen geistigen Kapazitäten Verbindungen an. So vorzüglich ausgerüstet, begann er mit Ecktermeyer am 1. Jan. 1837 die Herausgabe der „Hallischen Jahrbücher“. Das Blatt erschien täglich, mit Ausnahme des Sonntags, in Quart im Umfange von ein bis zwei Bogen zum Jahrespreise von 6 Talern im Verlage von Otto Biegand in Leipzig. Irgend welche Ansprache an die Leser mit einer Darlegung der Zwecke und Ziele der Zeitschrift war vermieden worden, weil die Herausgeber sich nicht an eine bestimmte Marschroute gebunden sehen wollten. Eröffnet wurde die erste Nummer durch einen Aufsatz Ecktermeyers über die Universität Halle, der sich zunächst recht harmlos aufstellte, im weiteren Verlauf aber (in den Nummern 84 bis 87), wo er zur Schilderung der Gegenwart überging, manche bittere Wahrheiten sagte: Tholnd, der viel Gefeierte, wurde ein Gefühlshecoloqe genannt; der sich wissenschaftlich manche Mühe gab. „Er ist ein gelehrter Mann,“ heißt es dann, „aber er ist unphilosophisch, sonst hätte er es nicht aushalten können, länger als zehn Jahre so er der weiten und schlaffen Leine der Meinungen herumzufahren mit nur das ungeheure ausgeweitete Prinzip der frommen guten Gesinnung zu haben. Was ist nicht alles fromm und gut!“ Weiterhin wurden Leo und Erdmann ihrer reaktionären Haltung wegen angegriffen. Nach Ecktermeyer brillierte Kuge mit einem gelehrten Artikel über Heinrich Heine, der eben zum Zenit seines

Ruhmes emporstieg (A. 25—29). „Heine ist der Poet der neuesten Zeit,“ führte Ruge aus. „Mit ihm lebt in der Poesie eine Emanzipation von dem alten Autoritätsglauben und ein neues Genre auf . . . Die Heinesche Poesie ist bei dem Fortschritte unserer Zeit beteiligt und darum eine weitverbreitete Gemüthsangelegenheit, ihre kritische Beleuchtung aber nichts Beringeres, als ein Spiegel der heutigen Bildung.“ Darauf beleuchtet der Verfasser Heines Witz und fährt dann fort: „Heine ist ein Widersacher der trüben deutschen Romantik von 1813 und 1815; die Hegelsche Philosophie und der französische Geist haben ihn in die Lehre genommen, und er sucht nun den sentimentalischen, schwerfälligen, trübseligen, religiös verdampften deutschen Geist zu verarbeiten und zu verdauen. Es weht in der That Frühlingsluft in seinen Schriften. Er hat Recht gegen die Zeit, die er ironisirt. Der Askese, der Romantik und dem Christentum setzt er die heitere Freiheit entgegen.“ Dann wendet Ruge sich aber gegen die Fehler des Dichters, und damit nimmt er ein zweischneidiges Schwert in die Hand. „Heines Fehler bestehen darin“, sagt er, „daß er bei der Kritik des hohlen Idealismus, der hohlen Begeisterung für die abgetragenen Kleider der Zeit, in denen die Priester und Despoten einhergehen und der ‚elenden‘ Menschheit aufs Haupt treten, das Kind mit dem Bade ausschüttet. Seine Realität, die er der ‚hohlen Idee‘ entgegensetzt, ist selbst hohl und morsch; sie ist die gemeine, geistlose Welt. Seine Freiheit, die er aus der ‚kalten Heuchelei‘ rettet, ist eben so kalt, als sie. Erst der Spott, der den Witz von seiner Empörung gegen Vernunft und Freiheit zurückbrächte, wäre die wirkliche Befreiung, die nun auch ihn und sein Publikum nicht mehr kalt ließe. Der Mensch ließe sich mit dem Wahren erfüllen und Herz und Seele von ihm bewegen: es wäre ein Umschlag der Komödie in die Begeisterung, man könnte sagen in die Religion, um die hinreißende Gewalt der beseelenden und den Übergang zur That unter dem Einfluß dieser Gewalt zu bezeichnen.“

Des weiteren trat eine ganze Reihe hochbedeutender Mitarbeiter mit wertvollen Beiträgen auf, darunter J. G. Droysen und L. Preller in Kiel, Franz Kugler, Jacob Grimm, P. F. Stuhr,

H. B. Marx, J. F. C. Heder und F. Pott in Berlin, F. W. D. G. Warbach und Heinrich Lanbe in Leipzig, Karl Hofmann in Königsberg, Adolf Stahr in Oldenburg, K. W. G. Ling in Jena, E. Bayer in Erlangen, Reinhold Köstlin in Tübingen, Ludwig Feuerbach in Nürnberg, Daniel Schenkel in B.

Es war natürlich, daß die Arbeiten dieses glänzenden Arbeiterstabes, die oft mit feiner, prickelnder Ironie und selbstschalkhaftem Humor durchsetzt waren, bald allgemein beachtet wurden und nicht selten das Tagesgespräch bildeten.

Nach fünfzig Jahren noch erinnerte sich Rudolf Haymhaft, welchen Genuß und welche Anregung er einst aus dem Journalschöpfste. „Die Zeitschrift war die vornehmste Erscheinung des deutschen Journalismus und das wirksamste Organ des jüngsten Teiles der Hegelschen Schule, der das friedliche Reich des abgelebten Idealismus zu einem kriegerischen und erobernden machte. Wir rissen uns um jede neu erschienene Nummer und leiteten tapferen Führern, so oft sie mit klingendem Spiel gegen einen neuen Feind und in ein neues Gebiet vorrückten, willig überzeugt, daß an ihre Fahnen der Sieg geknüpft sei.“*) S. den philosophisch-politischen Artikel erregten besonders Aufsehen. „Der Pietismus und die Jesuiten“, „Kottel und der Erzbischof von Köln“, „Der Protestantismus und die Romantik“, „Streckfuß und das Preußentum.“ Dieser letztere war von Kottel und der Verfasser schloß mit der freimütigen Mahnung, die Preußen der Mittelpunkt des freien Deutschlands werden ließen. „In einer Wiedergeburt freier und wahrhaft reformatorischer Entwicklung,“ sagte er, „kann Preußen uns werden, was wir so sehr an ihm zu gewinnen uns sehnen, das Haupt und der Mittelpunkt des europäisch bedeutenden, freien Deutschlands. Das ist die höchste großstaatliche Aufgabe, das wäre unsere Sicherheit und Emanzipation. . . . Sind wir jetzt nur Provinzen ohne nationale Bedeutung, so hätten wir bei einer solchen Entwicklung der Prinzipien die tiefsten Sympathien des E-

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 104.

oßen Interesses deutscher Geistes- und Staatsfreiheit, ein Band r Liebe und der Größe, um allen Stürmen kommender Jahr- inderte ein sicheres Herz und eine feste Stirn zu bieten.“

Ebenfalls aus Ruge's Feder stammte eine geistsprühende Ab- ndlung über Heinrich Leo's Broschüre „Sendschreiben an J. örres“, die 1838 in Halle erschienen war. Leo wird wegen ner reaktionären Gesinnung heftig angegriffen. „Dieser gelb- chtige philosophisch-religiöse Dilettantismus Leo's“, ruft Ruge is, „der weder den Tag des Geistes, noch die Morgen- te des Gemüthslebens, noch die Sonne des Vaterlandes anders s durch seine Gallenbrille sieht — das ist wahrhaftig nicht die timmung und nicht das Bewußtsein, welches die Unverschämtheit r Kufutsbrut über Bord werfen könnte!“

Von den kritisch-biographischen Abhandlungen sind hervorzu- ben die von Friedrich Vischer über David Friedrich Strauß und uard Mörike, die von Karl Rosenkranz über Ludwig Tieck id die romantische Schule, die von Strauß über Justinus rmer. Allgemeines Entsetzen in den betreffenden Kreisen rief ie Serie von Aufsätzen hervor, welche verschiedene Universitäten Berlin, Jena, Tübingen, Freiburg charakterisirten. Sämtliche chäden wurden hier rücksichtslos beleuchtet, und der alte, von so- len ängstlich gehütete gelehrte Dunst und Nimbus wurde mit llen Baden bei Seite gelassen. Das größte Gaudium aber er- zten sehr bald die sogenannten „Hinrichtungen“, in denen pieti- sche Schwärmer, verbissene Reaktionäre, aufgeblasene Wichtig- er, kleine Schreier und sonstige wunderliche oder kuriose Ge- lten abgetan wurden. Ipholud, der in seinen „Stunden Christi- her Andacht“ von dem „Eiweiß der Gottesliebe“ und von Gottes Mutterbrüsten“ sprach, wurde auf diese Gefühlsver- ungen nachträglich aufmerksam gemacht; Leo erfuhr eine sehr arse Kritik. „Seit Herr Leo zum erstenmale als Historiker trat, war und blieb seine hervorsteckendste Eigenschaft die Ge- ständigkeit . . . Herr Leo weiß es immer besser, als es die eschichte gewußt hat: sie laun es ihm nie recht machen; er weiß mer etwas an ihr zu corrigieren. Er behandelt die historischen estalten wie Schulbuben, die eigentlich ihr Konzept, che sie es

ius Reine schrieben, vorher ihm, dem Schulmeister, hätten zu Durchsicht vorlegen sollen.“ Mit köstlichem Humor wußte Gustav Wachter, der jederzeit schnellfertige D. L. B. Wolff, die nur in Partizipial-Konstruktionen sich bewegende König Ludwig von Bayern u. a. in ihrer literarischen Nichtigkeit hingestellt.

Eine solche energische und oft rücksichtslose Haltung mußte den „Jahrbüchern“ bald ein ganzes Heer von Feinden schaffen. Leo wandte sich in der zweiten Auflage seines „Scudschreibers“ an J. Görres“ in einem Vorwort von 18 Seiten mit seiner ganzen Heftigkeit gegen sie, und das Berliner „Politische Wochenblatt“ brachte im Juli 1838 einen besonderen Artikel „Die Hallischen Jahrbücher“, in welchem es die Tendenz der Zeitschrift durchaus verurtheilte. Aber Ruge antwortete stolz: Meine Gegner „können nicht darauf antragen, mich abzusuchen. Ich bin hallischer Bürger und Pfänner (Salzfieder) und besitze in dieser Qualität ein einträgliches sicheres Amt, welches keinerlei Gefahr läuft, so lange der preussische Staat so sicher ist, wie ich ihn zu kennen das Vergnügen und den Vorteil habe. Meine Gegner können also nur rufen: ‚Tut ihn in die Hölle der Nahrunglosigkeit!‘.“ Dennoch wußten ihm diese Gegner beizukommen, besaßen sie doch in der obersten Regierungskreisen viele mächtige Freunde. Mit deren Hilfe wurde es denn auch durchgesetzt, daß dem Dr. Ruge im Mai 1841 eine Kabinettsordre zugeht, dahin lautend, daß er die mit sächsischer Zensur erscheinenden „Hallischen Jahrbücher“ hinfort unter preussischer Zensur erscheinen lassen müsse, widrigenfalls er sich eines Verbotes seiner Zeitschrift in preussischen Ländern zu gewärtigen habe. Allein Ruge befürchtete, daß dann den „Jahrbüchern“ jeder freiere Atemzug benommen werden würde; während doch gerade jetzt, nach dem Tode Friedrich Wilhelms III. um so nachdrücklicher auf die Erlangung einer Konstitution gearbeitet sei. „Je näher wir der Verwirklichung der politischen Freiheit rücken“, schrieb er an Karl Rosenkranz, „um so dringender wird das Bedürfnis, die freie Staatsform im Sinne der neuesten Form der philosophischen Wissenschaft zu erörtern.“ Er erwarb daher, um sich am geschicktesten aus dem Dilemma zu ziehen, das sächsische Staatsbürgerrecht und siedelte im Juni 1841

nach Dresden über, doch wurden unmittelbar darauf die „Jahrbücher“ in Preußen verboten. Sie erschienen nun unter dem Titel „Deutsche Jahrbücher“; auch wurden die Namen der Herausgeber nicht mehr genannt, sondern am Schluß jeder Nummer war die Bemerkung angebracht: „Herausgegeben unter Verantwortlichkeit der Verlagsbuchhandlung Otto Wigand.“ Der Stern der Zeitschrift sank jetzt aber trotz alledem schnell hinab; auch die sächsische Regierung verfuhr nun strenger gegen das in Preußen verfehmte Blatt und verwarnte es wiederholt. „Der Zensor Wachsmuth strich par ordre des Zensurkollegiums,“ klagt Ruge in einem Briefe an M. Fleischer, „und dies par ordre des prussiens und der Theologiens die ganze Tendenz, also die ganze Philosophie . . . Wir ließen, nachdem in acht Tagen zwölf Manuskripte rasiert waren, horribile dictu, die unverfänglichen vorrücken; aber es half nichts; auch das noch zu arg!“ Schließlich gab ein Artikel Ruges „Die Selbstkritik des Liberalismus“ die Veranlassung, daß man die „Jahrbücher“ ganz unterdrückte. Am 3. Januar 1843 besetzte die Polizei die Druckerei der „Jahrbücher“ und beschlagnahmte dort und bei Wigand alle Vorräte. Damit war Deutschland seiner bedeutendsten Zeitschrift beraubt. Dieser Gewaltakt rief jedoch große Mißstimmung in ganz Deutschland hervor, und es wurden Wünsche geäußert, daß die Zeitschrift in einem anderen deutschen Staate ein Asyl finden möge. Dem aber beicilte sich die Bundesversammlung schleunigst entgegen zu treten, indem sie das Wiedererscheinen der „Jahrbücher“ im ganzen Umfange der deutschen Bundesstaaten untersagte. Ruge wandte sich nun nach Paris und machte dort noch einen Versuch mit „Deutsch-französischen Jahrbüchern“, die er 1844 mit Karl Marx herauszugeben begann; es erschienen jedoch nur zwei Hefte, da die Verhältnisse zu ungünstig waren und außerdem ein Absatz nach Deutschland nicht ermöglicht werden konnte, weil sämtliche Exemplare der Zeitschrift an der Grenze festgehalten wurden.*)

*) Diese beiden Hefte der „Deutsch-französischen Jahrbücher“ gehören heute zu den größten Seltenheiten und werden im Antiquariatsbuchhandel mit 75 Mark notiert.

Der Wunsch, eine solche universelle Zeitschrift herauszugeben, muß also für immer begraben werden.*)

Ein Ersatz erschien in der deutschen Journalliteratur nicht, ob das Cottasche „Morgenblatt“ (Siehe S. 295), das die entstandene Lücke wohl einigermaßen hätte ausfüllen können, wagte sich nicht so weit hervor und hielt sich besonders von der philosophisch-theologischen Bewegung der Zeit fern. Nur im literarisch-kritischen Theile, dem „Literaturblatt“, trat es energischer auf, so daß sich diese Beilage des „Morgenblattes“ nach und nach eine dominierende Stellung errang. Die allgemeinen Redaktionsgeschäfte versah auch weiterhin bis zu seinem 1863 erfolgten Tode Hermann Hauff; das „Fach der Poesie“ (so drückte sich eine Notiz der Redaktion aus) übernahm von 1827 bis 1837 Gustav Schwab, der bekannte Dichter (geb. 1792, gest. 1850), und nach ihm Gular Pfiffer (geb. 1807, gest. 1890). Beide pflegten den poetischen Theil mit vielem Verständnis und großer Hingebung. Besonders war Schwab unermüdetlich in der Prüfung der eingesandten Manuskripte und unterhielt auch eine umfangreiche Korrespondenz, in der er jungen Talenten Ratschläge erteilte oder sie sonst zu fördern suchte. Freilich erfuhr er trotz all seiner Mühe und seines Wohlwollens oft genug nur schönen Umdank, und so entrang ihm denn eines Tages, im April 1837, die Klage:

Zu kämpfen hat ein Dichter-Redakteur
Mit was für Niesen?
Mit jedem, dem ein Lied sein sein Gehör
Zurückgewiesen!
Sie alle hoffen, auf des Feindes Kampf
Dereinst zu thronen,
Und schreiben mit dem groben Federstumpfe
Regenflöhen.

Doch hatte er vermöge seines sicheren Urteils auch schöne Erfolge aufzuweisen. Er erkannte die bedeutenden Talente Venans aus:

*) Vergl. Arnold Ruge, Briefwechsel und Tagebuchblätter aus den Jahren 1825—1880, herausgeg. v. Paul Verrelid, 2 Bde., Berl. 1885, in sich auch eine autobiographische Skizze findet. Aber die Unterdrückung der „D. Jahrbücher“ Ausführlisches in der Beschwärde an die hohe Zweite Kammer der Sächsischen Ständeversammlung. Braunich, 1843.

Freiligraths und führte beide Dichter in die Öffentlichkeit ein; dagegen vermochte er Heines Poesie nicht gerecht zu werden. Von den sonstigen Dichtern der damaligen Zeit zog er Karl Simrock, Wilhelm Wackernagel, Eduard Mörike, Ludwig Bauer, Anastasius Grün, Heinrich Kurz, Ludwig Seeger und viele andere zur Mitarbeit heran. Bei dem liebenswürdigen Wohlwollen, das er jederzeit offenbarte, wurde er bald der Mittelpunkt eines großen literarischen Kreises, und sein gastfreies Haus in Stuttgart sah Dichter und ihre Gesellen aus allen deutschen Landen.*)

Ganz anders verhielt es sich mit dem Redakteur des „Literaturblattes“, mit Wolfgang Menzel (geb. 1798, gest. 1873). Eine leidenschaftliche Kampfnatur, war er ein Kritiker, der immer mit lauter Stimme sprach, sich dabei aber beständig von seinen persönlichen Sympathieen und Antipathieen leiten ließ. Darum war auch, wie Hermann Marggraff schon 1838 in seinem Buche „Deutschlands jüngste Literatur- und Kulturepoche“ (S. 279) hervorhebt, seine Polemik durchaus einseitig, von den Aufwallungen des Augenblicks bestimmt und gefärbt und durch keinerlei Pietät veredelt. „Er ist es vorzüglich gewesen,“ klagt Marggraff, „der die jetzt herrschende Impietät hervorgerufen hat, die ohne Scheu leder und Zaum dahertrabt und der Blumenbeete und Saatsfelder nicht achtet.“ Im allgemeinen bekämpfte Menzel zwar alles Un-deutsche, Unchristliche und Unsittliche und war dabei von einer gewissen Freiheitsidee erfüllt, aber er wurde immer von einem solchen Fanatismus und solcher launenhaften Parteilichkeit beherrscht, daß er oft über das Ziel hinauschoß und sich bis zum blinden Haß verirrete. Eine unüberwindliche Abneigung hegte er gegen Berlin, Hegel und Goethe. Seine Angriffe auf Goethe hatten ja bei dem zum Teil herzlich albernen Goethe-Kultus, der damals in Berlin herrschte, einen gewissen Grund; wenn er aber noch als alter Mann in seiner „Denkwürdigkeiten“**) schreiben konnte „ich erklärte, ein gegen die Religion so indifferenter, gegen die Unsittlichkeit so nachsichtiger und so viel mit ausländischen

*) Karl Klüpfel, Gustav Schwab. Leipzig 1858.

**) Wolfgang Menzels Denkwürdigkeiten. Bielefeld 1877.

Geschmächen und Formen kokettirender, weiblich eifler Mann, der auch durch seine Beschmeichelung Napoleons bewährte, wie wenig Herr er für das Vaterland habe, könne und dürfe nicht als erster und einziger Genius der Nation angesehen werden" — so bewies er damit, daß er für die hohe Bedeutung Goethes absolut kein Verständnis besaß. Goethe tat ihn denn auch ganz verächtlich ab in dem Stachetraum (Sophien-Ausgabe, Bd. V, 1. Abt., S. 202).

Verwandte sind sich von Natur
Der Frischling und das Ferkel;
So ist Herr Menzel endlich nur
Ein potenziertes Merkell.

Und selbst Menzels Kollege Gustav Schwab konnte eine Billigung dieses Goethehasses nicht zurückhalten und machte ihr in dem Verse Lust:

Lang' hab' ich mich gewehrt für unsern Meister Goethen,
Nun schweig' ich, denn wie kannst Unsterbliches du töden!

Weiterhin wandte sich Menzel auch gegen das Junge Deutschland. Anfangs war er Gukfow mit einem gewissen Wohlwollen entgegengekommen und hatte ihn sogar 1831 als Redaktionsgehülfe nach Stuttgart gezogen, bald aber war die große Verschiedenheit in den Grundanschauungen der beiden Männer klarer hervorgetreten, so daß Gukfow seine Stelle wieder aufgab. Nun ja: sich Menzel die „Jungdeutschen“ — außer Gukfow: Laube, Wierzbarg, Rundi, Kühne — genauer an und entdeckte, daß sie allesamt ganz dieselben schlimmen Lütugenden wie Goethe besaßen: daß auch sie der Irreligiosität, Unsitlichkeit, Vaterlandslosigkeit und Fremdtümelei verfallen waren und zudem noch ein fünftes höchst bedenkliches Laster besaßen; während Goethe sich zeitweilen als „Fürstendiener“ gefühlt hatte, waren sie „Revolutionäre“. Er begann also einen Feldzug gegen die „Jungdeutschen“. Die wußten sich aber zu wehren. Kräftig hieb Laube in der „Zeitung für die elegante Welt“ auf den Angreifer ein. „Ein Kritiker, dessen System keine Perspektive hat“, rief er, „kann für ein Land ein Unglück werden, wenn er sich Einfluß und Glanzwürdigkeit errungen, denn er erkennt keinen Embryo, keine Knochen; er tritt die Zukunft. Ein Kritiker, der nicht spekuliert, ist er“

Mensch, der nicht wächst, ein Kritiker ohne Schönheitsinn ist ein Karikaturenmalcr, und Menzel findet gewiß immer das Liebenswürdige aus den Dingen, aber das Schöne sieht er nicht. Er ist ein Patriot, aber kein Ästhetiker; auf die Ästhetik ist er geraten, weil man eine Zeitsang auf nichts Anderes geraten konnte, wenn man laut sprechen wollte. Dahin gehört sein kraßes Urtheil über Goethe, womit er unsere Jugend ansteckte, die vor allen Dingen recht brav sein will und von der Poesie auch was Brades und Backeres verlangt . . . Einsam steht er mit altem, rostigem, schartigem Schwerte an der Heerstraße und schlägt nieder, was ihm nicht gefällt vom vorübergehenden Gefindel; gegen die Höhen aber, wo die früheren Kameraden fürbaß eilen, kößt er donnernde Flüche aus, um so heftigere Flüche, je mehr er alte geliebte Waffen und alte geschmähete Waffen an ihrem Weibe sieht.“

Doch damit nicht genug; die jungen Gefellen trachteten auch danach, sich enger zusammenzuschließen und sich ein eigenes Organ zu gründen. „Deutsche Revue“ sollte es heißen, und in Frankfurt a. M. sollte es erscheinen. Bereits war Wienberg nach Frankfurt gekommen, um Gukfow in der Errichtung der Zeitschrift zu unterstützen.

In einer solchen Zeitschrift aber erblickte Menzel für sich die größte Gefahr; er fürchtete, seine Autorität einzubüßen und womöglich seine ganze Existenz in Stuttgart zu verlieren. Ein wilder Born flammte in ihm auf, und mit haßsprühenden Augen suchte er, wie er einen Hauptschlag gegen diese „Jungdeutschen“ ausführen könne. Da fiel sein Blick auf Gukfows neuesten Roman „Wally, die Zweiflerin“, und mit der ganzen Wut eines Verferkers fiel er über das Buch her, um es zu zerfetzen. Zwei ganze Nummern des „Literaturblattes“ (N^o 93 und 94 vom 11. und 14. Sept. 1835) wurden der Verdammung dieses Romans gewidmet, und alle Register wurden gezogen, um sowohl den Roman, wie die ganze Richtung des „Jungen Deutschland“ zu kennzeichnen. Die Worte „Unmoralische Literatur“ waren noch als besonderes Brandmal über die Überschrift, die den Titel des Gukfowschen Romans wiedergab, gesetzt worden. Unter unerhörten persönlichen Beschimpfungen Gukfows warf Menzel dem

Romane vor, daß er durch Gotteslästerung und Unzucht die Welt reformieren wolle, und daß es darum auch im höchsten Grade gefährlich sei, den jungen Revolutionären ein eigenes Organ, wie es in der „Deutschen Revue“ geplant werde, zu gestatten. Von einer sachlichen Besprechung des Buches sah er ab, dagegen brach er in einen Wehrruf nach dem andern aus. „Nur im tiefsten Kote der Entfittlichung, nur im Vordell werden solche Gesinnungen geboren“, jammerte er. „So lange ich lebe, werden Schändlichkeiten dieser Art nicht ungestraft die deutsche Literatur entweihen.“ Und die Mitglieder des Jungen Deutschland nannte er den „Auswurf der Nation“. Darum sei auch Front zu machen gegen die neue literarische Revue im großen Stil, die dieses „sogenannte junge Deutschland“ plane. „Ich will meinen Fuß hineinstecken in Eueren Schlamm“, rief er, „wohl wissend, daß ich mich bejudele. Aber ich will den Kopf der Schlange zertreten, die im Riste der Wollust sich erwärmt.“

Dieser bitterböse Angriff mit seinem ausgeprochen denunziatorischen Charakter machte in ganz Deutschland das größte Aufsehen. Gutkow ließ eine Rechtfertigung in einer besonderen Broschüre „Verteidigung gegen Meuzel“ und Wienbarg ebenfalls eine solche „Meuzel und die junge Literatur“ erscheinen; auch Heine, Auerbach, D. Fr. Strauß, der Heidelberger Theologe Paulus und weiterhin Börne in der Broschüre „Meuzel der Franzosenfreier“ traten gegen die nichtswürdige Verunglimpfung auf. Auch der größte Teil des gebildeten Publikums stand für Gutkow ein. Nichtsdestoweniger war der vorläufige Sieg auf Meuzels Seite. Es liegt der Verdacht nahe, daß Meuzel bei seinem Vorgehen gegen Gutkow die österreichische Regierung bereits im Rücken hatte,^{*)} anzunehmen ist wenigstens, daß seine Angriffe ihr durchaus gelegen kamen. Schon im Oktober deutete sie in einer Bundestags-sitzung an, daß sie bei der Bundesversammlung entsprechende Schritte einzuleiten gedenke, um das Junge Deutschland unschädlich zu machen, und als die württembergische

^{*)} Ludwig Weiger, das Junge Deutschland und die preussische Zensur. Berlin 1900, S. 134.

Regierung sich gegen ein solches Vorgehen aussprach, ließ Metternich durch den österreichischen Gesandten in Stuttgart einwirken, worauf der Widerstand fallen gelassen und am 10. Dezember 1835 jene Act über das Junge Deutschland ausgesprochen wurde, über die wir bereits S. 317 ausführlich berichtet haben. Zugleich wurde Gutzkow vom badiſchen Hofgericht zu einer dreimonatigen Gefängnißstrafe verurtheilt. Mit dieser Katastrophe fiel natürlich auch das Projekt der „Deutschen Revue“. Als traurige Zeugen ihrer ersten Regungen bewahrt die Frankfurter Stadtbibliothek die Korrekturbogen des ersten Heftes auf.

Ein recht klägliches Nachspiel dieses Dramas boten schließlich noch die Erklärungen verschiedener preussischer Professoren und Beamten, die bereits von Gutzkow als Mitarbeiter der „Deutschen Revue“ genannt worden waren, und gegen die nun die preussischen Ministerien ebenfalls Miene machten gerichtlich einzuschreiten. Eine ganze Reihe dieser „Mitarbeiter“ leugnete jetzt öffentlich, einem Drucke der Regierung nachgebend, eine Gemeinschaft mit Gutzkow ab. Wagnhagen von Enje erklärte in der „Allgemeinen Zeitung“ (23. Nov. 1835), daß sein Name nur „durch Irrthum“ in Verbindung mit der „Deutschen Revue“ genannt sein könne, bat aber zugleich vorsichtiger Weise Gutzkow in einem Briefe vom 16. Nov., doch nicht auf diese Erklärung zu antworten. In ähnlicher Weise schüttelten die Professoren Ulrici, Gans, Rosenkranz, Trendelenburg und Göttho den verkehrten Gutzkow von sich ab. Karl Rosenkranz leugnete zwar nicht, Berichte für die „Deutsche Revue“ zugesagt zu haben, fügte aber hinzu: „Die Nothwendigkeit, falschen Deutungen entgegenzutreten, veranlaßt mich, zu erklären, daß weder politische, noch religiöse Tendenzen meine Zusage motivierten.“ Durch Pröhl (Das Junge Deutschland) ist jedoch festgestellt worden, daß die Privatbriefe Rosenkranz' an Gutzkow mit dieser Versicherung nicht übereinstimmen.

Auch Heinrich Laube zog sich ostentativ von Gutzkow zurück, indem er eine dahingehende Erklärung in der „Allgemeinen Zeitung“ erließ, die aber einen scharfen Tadel von Heine, Mundt und Wienberg erfuhr.

Unter den wenigen Zeitungen, die den Mut hatten, für

Gutzkow einzutreten, fand sich auch erfreulicherweise die Augsburger „Allgemeine Zeitung“. Sie druckte die Münchener Korrespondenz eines Hamburger Blattes ab, in der Menzel heftig getadelt und gefragt wurde, ob denn wirklich durch die Schriften von ein paar jungen Leuten die gesellschaftliche Ordnung, Moral und Religion umgestürzt werden könne, und zeigte auch sonst ihre Sympathieen für Gutzkow.

Das änderte aber natürlich an dem Erfolge Menzels nichts; er hatte ja erreicht, daß das Junge Deutschland vollständig aus dem Sattel geschleudert worden war und die gefürchtete „Deutsche Revue“ ihm keine Konkurrenz machen konnte. Sein Ansehen als Kritiker hatte aber trotz alledem schwer gelitten; die geistig Vornehmen der Nation versagten ihm fortan ihre Achtung, und auch seine kritische Tätigkeit an sich verlor mehr und mehr den Zusammenhang mit der großen geistigen Strömung der Zeit, die trotz Acht und Aberacht keineswegs aufzuhalten war. Das „Literaturblatt“ sank denn auch nach und nach von seiner früheren Höhe herab, so daß Menzel schließlich 1848 von der Redaktion zurücktrat. Dem Blatte war jetzt aber nicht mehr zu helfen, worauf es Cotta 1852 ganz fallen ließ. Doch auch das „Morgenblatt“ selbst hatte sich mittlerweile überlebt und ging 1865 aus Mangel an Teilnahme ein. Ein Versuch Menzels, von 1852 ab im eigenen Verlage ein neues „Literaturblatt“ herauszugeben, hatte nur geringen Erfolg; immerhin erschien das Blatt — allerdings ohne je irgend welche Bedeutung zu erlangen — bis 1869.

Ein ähnliches Schicksal wie das „Morgenblatt“ hatte die „Wiener Zeitschrift“ (Siehe S. 291), doch mußte sie noch weit mehr als das Cottasche Unternehmen unter dem Metternichschen Drucke leiden. Immerhin leistete sie, was sie nur irgend vermochte. So versammelte sie u. a. beim Tode Goethes eine große Zahl von österreichischen und anderen Dichtern um sich und ließ von diesen dem dahingeshiedenen Dichtersfürsten in tief empfundenen Strophen eine großartige Huldigung darbringen. Die wertvollsten Beiträge steuerten Ed. v. Bauernfeld, Ernst v. Feuchtersleben, Eschabuschnigg, Anastasius Grün, Chr. v. Zedlitz, Joh.

1. Hammer, J. G. Seidl, Franz Hermann v. Hermannsthal,
3. R. Bögl und J. S. Castelli bei.

Leider starb der Herausgeber der Zeitschrift, der umsichtige Schickh, am 1. August 1835 zu Gastein, worauf die Witwe das Unternehmen vorläufig weiterführte, bis mit dem Schlusse des Jahres Friedrich Wittbauer die Zeitschrift kaufte und nach und nach noch einmal zu einer zweiten Blüte brachte. Wittbauer, ein eigentlicher, in mehr als einer Beziehung merkwürdiger Mann, war ein geborener Österreicher, sondern ein Norddeutscher; doch ist von seinen früheren Lebensschicksalen nur wenig bekannt. In Bremen um 1793 geboren, soll er eine Zeitlang als Offizier gedient und sodann einige Jahre in London gelebt haben. Nach Wien am er 1825, wo er zunächst Unterricht im Englischen und Französischen erteilte. Weiterhin trat er als Theater-Kritiker in Bäuerles „Theater-Zeitung“ auf und befandete hier eine reiche Bildung. Er war damals nach Burghards Angaben (Biogr. Lexikon) „der einzige in Wien, der eben so geistreich als gebiegen, eben so wahr als parteilos die kritische Feder führte und dabei den Anstand und die gute Sitte musterhaft wahrte.“ In dem Äußern der „Wiener Zeitschrift“ nahm der neue Besitzer keine Veränderungen vor, dagegen suchte er den Inhalt wertvoller zu gestalten und zog daher jeden neuen österreichischen Schriftsteller von Bedeutung zur Mitarbeit heran. So erschienen denn bald auch Arbeiten von Franz Stelzhamer, C. A. Kalkenbrunner, Alexander Baumann, Karl Beck, Carlopago (Ziegler), D. Prechtler, Fürst Friedrich von Schwarzenberg und, was besonders hervorzuheben werden muß, die ersten Novellen von Adalbert Stifter. Der Jahrgang 1840 brachte die Novellen „Der Kondor“, worauf bis 1844 „Das Heidedorf“, „Die Mappe meines Urgroßvaters“, „Die Wirkungen eines weißen Mantels“ (später „Bergmilch“ betitelt) und „Die drei Schmiede ihres Schicksals“ in der Zeitschrift erschienen. Eine feinsinnige Huldigung brachte das Blatt dem damals schon recht verbitterten Grillparzer zum 15. Jan. 1844, seinem 51. Geburtstage, dar, zu welchem es eine Reihe von Gedichten veröffentlichte, die sämtlich den großen Dramatiker feierten. Von den Kunstbeilagen jener Zeit seien hauptsächlich die sorg-

fältig ausgeführten Porträts von Grillparzer, Palm, Hammerburg, Feuchterleben, Jedliß, Bauernfeld, Seidl, Deinhardstein, Lenau, Castelli, Byrker, Anastasius Grün, Leitner u. Schwarzenberg genannt.

Leider wurden die Verhältnisse, unter denen Wittbauer die Zeitschrift herausgeben mußte, immer ungünstiger; der Jenseitdruck steigerte sich immer mehr, und als natürliche Folge verfiel sich der Geschmack des Publikums noch weiter. In einem Brief an einen Mitarbeiter klagt er bitter über seine Leserverwelt, die für Ernstes, Geistiges allen Sinn verloren habe. „Suchen die Leser in den Journalen doch ganz etwas Anderes,“ schließt er, „was ihnen zu denken gibt.“

Trotz alledem blieb die Zeitschrift „der Hort des literarischen und künstlerischen Lebens in Oesterreich“, so lange Wittbauer die Steuer in der Hand hielt. In der Mitte des Jahres 1844 erkrankte dieser jedoch und mußte mit dem Schlusse des Jahres die Redaktion niederlegen; er war von einem schweren Brustleiden befallen worden und starb auch bereits 1846 in Meran. Darauf ging es mit der Zeitschrift schnell abwärts. Für die Jahre 1847 und 1848 übernahm G. R. von Grand die Leitung des Blattes und suchte möglichst die Traditionen Wittbauers zu wahren; 1847 fungierte J. A. Bachmann als Herausgeber, bis die Stürme des Jahres 1848, wie so vielen anderen Unternehmungen des Sommers, auch der „Wiener Zeitschrift“ ein Ende bereiteten. *) Die letzte Nummer erschien am 25. Oktober 1848.

Von den sonstigen Zeitschriften brachte es keine zu einer hervorragenden Stellung. Von einer gewissen jugendlichen Begeisterung wurde der „Phönix“, Frühlingszeitung für Deutschland, getragen. Sie wurde von Eduard Duller (geb. 1809 gest. 1853) in Frankfurt a. M. vom 1. Januar 1825 ab elegant ausgestattet zum Jahresabonnement von 16 Gulden herausgegeben. Duller selbst redigierte das Hauptblatt, das neben Novellen und Gedichten ästhetische, philosophische und kulturgeschichtliche Artikel brachte, während ein literarisches Beiblatt, dessen

*) Schloffer, S. 475—479.

Redaktion Karl Gukfow übernommen hatte, sich über die literarischen Zustände verbreitete. Doch brachte das Hauptblatt nur selten einmal einen bedeutenderen Artikel wie den humoristisch-satirischen von Franz Dingelstedt „Abschiedsrede an den Kometen“, oder den von Ludwig Viehl „Börne, Görres und Nothschuß“. Von den poetischen Beiträgen sind Georg Büchners dramatisches Fragment „Dantons Tod“ und Grabbes Szenen aus dessen „Hannibal“ hervorzuheben. Gewichtig setzte Gukfow in seinem „Literaturblatt“ ein; er entwickelte ein großartiges Programm und drang in diesem besonders darauf, daß die junge Generation sich nicht in einem unfruchtbaren Kultus des Ruhms ergebe, sondern selbst schaffe und daß sie sich dabei nicht in Träumereien verliere, sondern große Ideen entwickle. „Wir wollen eine neue poetische Position, aber weder die blane Blume, noch die Ironie, noch die Manie für die alte Literaturgeschichte.“ Die Ideen der Zeit sollte die neue Literatur künstlerisch widerspiegeln, auch die dramatische, und durch diese sollte die deutsche Bühne wieder nationalisiert werden. Leider fand Gukfow nur wenig Zeit, dieses Programm weiter auszuführen, denn im Herbst brach ja schon die Wally-Katastrophe über ihn herein, die jede weitere Redaktions-tätigkeit unmöglich machte. Der „Rhinix“ erhielt sich darauf nur noch bis zum ersten Semester des Jahres 1838.

Einen etwas univertellern Charakter strebte Theodor Mundts Zeitschrift „Der Freihafen“, Galerie von Unterhaltungsbildern aus den Kreisen der Literatur, Gesellschaft und Wissenschaft“ an. Sie erschien von 1838 bis 1844 und hatte C. G. Carus, E. Hans, Wagnhagen von Enke, den Fürsten Pückler, Karl Rosenkranz, Gustav Kühne u. a. zu Mitarbeitern. Von D. Fr. Strauß bot sie die „Selbstgespräche über das Bleibende und Vergängliche im Christentum.“

Verschiedenes literarhistorisches Material brachte der im übrigen herzlich unbedeutende „Salon“, den Sigmund Engländer 1847 in Wien herausgab, so z. B. Erinnerungen an Heinrich Heine von dem Maler Johann Peter Lysler und die Schilderung eines Besuchs bei Goethe 1830 ohne Angabe des Verfassers, doch wahrscheinlich ebenfalls von Lysler herrührend.

Der Überblick, den die Bauerlesche „Allgemeine Theaterzeitung“, Originalblatt für Kunst, Literatur, Musik, Mode und gesellschaftliches Leben“, die täglich in groß Quart in Wien erschien (siehe S. 225), über das allgemeine Kulturleben geben wollte, beschränkte sich nach wie vor nur auf ganz flüchtige Notizen und oberflächlichsten Bemerkungen. Dagegen präferierte sich das Blatt mehr und mehr in feinerer Ausstattung und mit vielen Illustrationen. Dadurch erhielt es sich die Gunst der Leser und blieb bis zum Beginn der politischen Bewegung vor 1848 die verbreitetste Zeitschrift in Oesterreich. Im Jahre 1846 ging das Eigentumsrecht von Bauerle auf den Drucker J. P. Sollinger über; doch blieb Bauerle noch bis zu seinem 1859 erfolgten Tode der Redakteur des Blattes, vermochte aber, als mit den Wintertagen des Jahres 1848 eine neue Gedankenflut hereinbrach, in die ernsthaftere Zeit nicht zu finden und damit auch den Niedergang der „Theaterzeitung“ nicht aufzuhalten. Bald konnte er nur noch mit Mühe ihr Leben fristen, und unmittelbar nach Bauerles Tode ging sie ein. Sie hatte es bis zu einem Alter von 53 Jahren gebracht.

An den Schluß dieser Reihe von Journalen für die unvollkommene Bildung sei endlich noch eine Zeitschrift gestellt, die zwar nicht die geringste Wirkung ausübte und auch nur während weniger Monate erschien, aber doch sowohl wegen ihrer Eigenart wie auch wegen ihres Herausgebers nicht ganz unbeachtet bleibt. Es ist Gupfows „Forum der Journal-Literatur“. Bisher war die Zeitschrift vollständig unbekannt, erst Johannes Pröhl gelang es, sie aus der Vergessenheit hervorzuziehen, wozu er sie in seinem Werke „Das Junge Deutschland“ Seite 253 bis 261 ausführlich charakterisiert hat. Der junge Gupfow unternahm mit diesem Journal seinen ersten literarischen Schritt. Er wollte, wie er selbst sagte, durch eine Übersicht des deutschen Journalwesens die Vereinigung hie und da zerstreuter Elemente und die Aussicht auf den Strom der öffentlichen Meinung, dessen Wellen die Zeitungen seien, freier zu gewinnen suchen. Der Ausgang er von der Überzeugung aus, daß das Heil der Literatur sowie eine befriedigende Gestaltung des Lebens von einer ge-

seitigen Befruchtung abhänge. Eine gleiche Wechselwirkung sei von der Wissenschaft und dem Leben zu fordern. Die Journale seien die berufenen Vermittler hierzu. Die Fachjournale müßten Rücksicht auf die allgemeinen Interessen, die Unterhaltungsblätter Rücksicht auf die Fortschritte der Wissenschaft nehmen. „Das Einzige,“ sagt er dann, „was den alten Wust verdrängen und ein frisches Leben vermitteln kann, ist die Erweckung höherer und allgemeiner Interessen, das allgemeine Festhalten an einer gemeinsamen Idee, die würdigere Verhandlungen aufzuregen im Stande ist.“ Die Hauptsache aber seien die Nationalinteressen, und diesen müsse sich die Literatur vor allem widmen. So bald dies der Fall sei, werde auch neues Leben in die Literatur kommen, und diese werde das Band ersetzen, das zerschnitten worden, ja, dieses Band werde durch eine solche neue Literatur wieder gewoben werden. Dem jugendlichen Herausgeber schwebte also nichts weniger, als die Reform des gesamten Geisteslebens als Ideal vor, bei der die Literatur die Führerschaft übernehmen sollte. Dazu fehlte ihr aber zunächst noch alle Kraft, und darum verhallte auch die Stimme des jungen Journalisten vollständig wirkungslos. Die ersten beiden Hefte, die als Vierteljahresschrift in Oktavformat zu Anfang des Jahres 1831 zu Berlin erschienen, blieben fast ganz unbeachtet, und als darauf der Versuch gemacht wurde, das Unternehmen als Wochenschrift in Quartformat einzuführen, konnten nur 13 Nummern ausgegeben werden, da die Zahl der Abonnenten nicht über 70 hinauskam. Das Journal mußte also schon im Herbst ruhmlos zum Erkus hinabsteigen. Nur beim Herausgeber hinterließ es ein Andenken, leider ein recht schlimmes, denn dieser hatte sich verpflichtet, für die Herstellungskosten einzustehen und sah sich nun mit einer großen Schuldenlast besetzt, an der er über zehn Jahre lang zu tragen hatte.

5. Die literarischen Journale. Sind zum großen Teil Sammelpflanze Jungen Deutschlands. Der „Telegraph“, herausgegeben von Gutzkow. Er sieht in Frankfurt a. M. und siedelt dann nach Hamburg über. Seine Mitarbeiter: Wehl und Fontane über das Blatt. Gutzkow über seine Tätigkeit am „Telegraphen“. Das Journal wird in Preußen verboten. Lewald „Europa“. Gutzkow über Lewald. Der Charakter der „Europa“. Wieder: Gutzkow Kühne erworben. Mandts „Literarischer Sotiasius“, Wieners „Literarische und kritische Blätter“, Jungs „Literaturblatt“, Marbads „Literatur und Kunstberichte“. Die Berliner „Jahrbücher für wissenschaftl. Kritik“. Eine konföderative „Literarische Zeitung“. Die „Blätter für literarische Unterhaltung“. Das „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Sein Herausgeber Joseph Lehmann. Das Blatt ist ein Zentralorgan für die Verbindungen auf dem linguistischen Gebiete. Seine mannigfachen Schicksale

Ganz besonders laut traten die literarischen Journale in der Zeit von 1830 bis 1848 auf. Hier suchten die jungen Schriftsteller ihre Grundsätze zu proklamieren, einen unbequemen Konsens nach allen Regeln der Kunst abzutun und sich selbst möglichst in den Vordergrund zu schieben. Dabei feierte die Literatuerade ihre höchsten Triumphe. Die meisten Vorwürfe werden Heinrich Laube gemacht; immer wieder wird er beschuldigt, daß er fort und fort die literarischen Zeitschriften mit Messern für seine Schöpfungen füllen lasse. „Wird irgendwo ein Lauterisches Stück in Szene gesetzt“, heißt es einmal im „Charivari“ (1845, Nr. 139), „so bilden die Laubefischen literarischen Kaskaden ein wahres Posaunenkonzert.“ Ein andermal steigert sich der Groll bis zum bitteren Hohn. „Zur Aufführung von Laubes ‚Struensee‘ in Dresden“, wird gemeldet, „ging von Leipzig ein Extrazug der Eisenbahn mit Claqueurs und literarischen Bedienten des großen dramatischen Autors dahin ab.“ Oder es wird in der Mitteilung, daß Viktor Hugo zum Pair von Frankreich ernannt worden sei, die bissige Bemerkung getnüpft: „Undankbar! Deutschland, wann wirst du den gefeierten Dichter des ‚Noten‘ in den Pairstand erheben?“ *)

*) Einen geharnischten Artikel über das Claquewesen, besonders aber „die fortgesetzte Emporhebung Laubes“, brachte auch die sonst so zahme „Allgemeine Zeitung“.

Eduard Beurmann klagt denn auch einmal sehr beweglich, daß die literarischen Journale, statt das „Seufzblei der Literatur“ zu zerhacken, das „Glei an deren Schwingen“ seien, daß sie statt „Alexiforium der Literatur“ zu bilden, sich selbst zur Haupt- und Residenzstadt machten.“)

Als die bedeutendste dieser literarischen Zeitschriften ist Gutzlow's „Telegraph für Deutschland“ zu betrachten, der auch die Art Bindeglied zwischen den Zeitschriften für universelle Bildung und den rein literarischen Journalen darstellt. Das Blatt erlebte ein eigentümliches Schicksal. Als Gutzlow am 10. Febr. 1836 aus dem Gefängnis zu Mannheim trat, in das ihn die Denunciation Menzels gebracht hatten, suchten ihm seine Frankfurter Freunde eine neue Basis für seine Existenz zu schaffen. Sie suchten Mittel zusammen und ermöglichten es Gutzlow, mit Ed. Beurmann eine politische Zeitung zu gründen, die den Titel „Frankfurter Börsezeitung“ erhielt; einem literarischen Beiblatt dieser Zeitung wurde die Bezeichnung „Frankfurter „Telegraph“ gegeben. Mit dem 1. September 1836 trat das Unternehmen in die Erscheinung. Allein die Zeitung entwickelte sich nicht, so sehr auch ihre Herausgeber abmühten; es fehlte an dem nötigen Betriebskapital und darum besonders an auswärtigen Mitarbeitern. Schon nach drei Monaten ging sie daher wieder ein; doch gelang es Gutzlow, das Beiblatt zu retten und so den „Telegraphen“ zu einem selbständigen Journale auszubilden. Aber er durfte das Blatt nicht mit seinem verkehrten Namen zeichnen; statt seiner wurde zunächst W. Speyer und dann Ed. Beurmann genannt. Die Verhältnisse für das Journal lagen in Frankfurt jedoch so wenig günstig, daß Gutzlow es in einer großen Verlagsbuchhandlung unterzubringen suchte und schließlich Hoffmann und Campe in Hamburg veranlaßte, es zu übernehmen. Im September des

1845 in N. 78. Sie wies dabei auf die unerhörten Klagen-Artikel über „Kometen“, den „Grenzboten“, der Augsburger „Allgemeinen Zeitung“, die „Deutschen Allgem. Zig.“, dem „Morgenblatt“ und der „Königsberger Zeitung“ hin.

*) Ed. Beurmann, Frankfurter Bilder. Mainz 1835, S. 307.

Jahres 1837 ging das Blatt, das nun den Titel „Telegraph für Deutschland“ erhielt, in den Verlag von Hoffmann und Campe über. Dabei änderte sich auch der Charakter des Blatts. Während es bisher das gesamte Gebiet der Bildung in den Kreis seiner Betrachtungen zu ziehen versucht hatte und besonders bemüht gewesen war, seine Leser über die Strömungen in der Pädagogik und der Sozialpolitik zu informieren, ließ es jetzt, da die Gefährlichkeit, darüber zu sprechen, von Jahr zu Jahr mehr diese Thematika mehr und mehr bei Seite und wurde fast ausschließlich eine literarische Zeitschrift. Das literarische Thema erhielt aber einen breiteren Ausbau, wie überhaupt das ganze Journal ein stattlicheres Gewand bekam. Von Januar 1840 an erschien es, statt in Oktav, wie bisher, in Quartformat. Verantwortlich zeichnete zunächst der Verlag; mit der Mitte des Jahres 1841 trat jedoch Gukfow als verantwortlicher Redakteur hervor.

Mit den reicheren Mitteln ließ sich auch bald ein vorzüglicher Mitarbeiterkreis heranziehen. Zu den alten Getreuen aus der Frankfurter Zeit, den Göbele, Carrière, Heinrich Kopp, Dingelstedt, Herwegh, traten Friedrich Hebbel, August Bekker, Theodor Mügge, Friedrich Dettler, Wilhelm Hamm, Julius Rosen, Karl Beck, Alexander Weill, Ludwig Wihl, Therese von Bacharach, A. v. Sternberg, Siegmund Schott und viele andere.

Daneben war auch Gukfow selbst eifrig für sein Blatt tätig. Er lieferte eine Anzahl Charakteristiken, Reisebriefe aus Stuttgart, Karlsruhe und Augsburg, schrieb ein „Tagebuch aus Berlin“, in welchem er außerordentliche Personalkenntnisse offenbarte, und Besprechungen von Theater-Aufführungen. Außerdem trat er in verschiedenen Fällen für die Interessen des Schriftstellerstandes ein, kämpfte gegen den Nachdruck, der die Schriftstellerwerke schwer schädigte, und wandte sich auch gegen die Übersetzungen, durch die der Büchermarkt mit minderwertigen französischen und englischen Romanen überschwemmt werde, während die deutschen Schriftsteller schwer dadurch beeinträchtigt würden. Durch diese energische Auftreten zog er sich allerdings manche Angriffe zu.

eiten der Buchhändler zu, und der Verleger Heinrich Hoff in Mannheim veröffentlichte sogar eine heftige Broschüre „Gutzkow und Gutzkowgraphie“ gegen ihn. Die wertvolleren Aufsätze gab Gutzkow später in seinen „Bemischten Schriften“ (4 Bde., Lpzg. 1842—50) und in dem Sammelbande „Aus der Zeit und dem Leben“ (ebend. 1844) in Buchform heraus.

Der „Telegraph“ gewann durch die bunte Mannigfaltigkeit und den frischen Geist, der aus den Blättern wehte, sehr bedeutend und wurde mehr und mehr ein beliebtes Blatt. Theodor Weyl erinnerte sich noch in späten Jahren („Zeit und Menschen“, Altona 1889, Bd. I, S. 259), daß in den Raffschhäusern Berlins zu Anfang der vierziger Jahre der „Telegraph“ ein sehr beachtetes Journal war, und Theodor Fontane meint, er habe in dieser Zeit seine ganze Kenntnis vom Jungen Deutschland aus dem „Telegraphen“ geschöpft. Diese Blütezeit sollte aber nicht lange dauern. Die preussische Regierung hatte wiederholt Anstoß an verschiedenen Büchern genommen, die bei Hoffmann und Campe erschienen waren; neuerdings mochte ihr dann auch der rege „Telegraph“ unbequem sein, und so machte sie denn eines Tages tabula rasa und verbot unter dem 28. Dezember 1841 den ganzen Verlag Campes in Preußen. Damit wurde aber dem „Telegraphen“ die Lebensader fast vollständig unterbunden, und Gutzkow verlor alle Lust, das Blatt fernerhin zu leiten. Schon vor der Katastrophe hatte er sich mit der Frage beschäftigt, ob es für seine literarische Entwicklung nicht besser sein würde, die ganze Redaktionsstätigkeit aufzugeben. „Das Blatt schadet mir,“ schrieb er bereits im Mai 1841 an Lewin Schücking. „Meine Gegner fürchten sich und machen daher beständig Lärm, und ich selbst kann doch nicht so diplomatisch werden, daß ich über alles schweige.“ Und als dann das Verhängnis hereingebrochen war, legte er die Redaktion nieder und unternahm eine Reise nach Paris. Die Redaktionsgeschäfte übernahm, nachdem Schücking es ansgeschlagen hatte, Gutzkows Nachfolger zu werden, Georg Schirges (1811 bis 1879), ein literarischer Bohémien, der etwa seit einem Jahre Mitarbeiter am „Telegraphen“ war, dem es aber durchaus an

dem Weit- und Scharfblick seines Vorgängers fehlte, worauf das Blatt schnell sein Ansehen einbüßte, zurückging und 1845 sein Erscheinen einstellte.

Einen ähnlichen Charakter wie Gupfrows „Telegraph“ trug Lewalds „Europa“, nur war deren geistiges Niveau wesentlich niedriger. In Lewald präsentierte sich der Weltmann der damaligen deutschen Schriftsteller. Gupfrow rühmt ihn als den „vollendetsten Repräsentanten der bürgerlichen Noblesse unserer Literatur.“ „Wie schön,“ fügt er sodann noch hinzu, „wenn je dem Weltmanne noch der Wert einer wirklich poetischen Zulänglichkeit kommt, Scharfblick, witzige Kombination, schöpferisches Vermögen! In der That ist die ruhige und englische Haltung Lewalds, sein Plie und die kleine Kofetterie etwa mit einem neuen au duo d'Orleans definierten Gilet nur die äußere Hülle, ich möchte sagen die stilistische Hülle eines tiefen Geistes, der die menschlichen Zustände mit klarstem Auge durchschaut, die Hülle einer genialen Neuerung in der Literatur, welche wir wahrscheinlich nur diesem Namen verdanken.“*) So ernst wird es Gupfrow mit dieser hohen Wertschätzung aber wohl nicht gewesen sein; man fühlt es, der Schall blüht zwischen den Zeilen hervor, er macht sich im Grunde lustig über den geschäftigen Allerweltskerkel, der unaufhörlich über alles Mögliche plaudert, ganz nett und liebenswürdig und auch mit einer gewissen Kenntnis von Literatur, Musik, Mode und Gesellschaft, aber doch immer höchst oberflächlich, ohne die tieferen Strömungen der Zeit zu berühren. Der ganze Verlauf seines Lebens ließ ihn auch nicht zu ernsteren Studien kommen.

August Lewald wurde 1792 zu Königsberg in Preußen als der Sohn eines wohlhabenden Kaufmanns geboren, widmete sich zunächst ebenfalls dem Handelsstande, geriet dann in die Strudel des Krieges und machte als Sekretär eines höheren russischen Offiziers die Feldzüge gegen Frankreich mit. Nach dem Friedensschlusse warf er sich ganz in das schöngeistige Leben, versuchte sich

*) Gupfrow, Beiträge zur Gesch. der neuesten Literatur. Stuttg. 1840. Bd. I, S. 307.

als Dramatiker, Schauspieler und Bühnenleiter, führte dann auch eine Zeitlang das zwanglose Leben eines Bohémiens in Paris und schrieb Theaterstücke, Novellen, touristische Plaudereien und noch vieles andere. Darauf siedelte er sich 1834 in Stuttgart an und gründete dort 1835 die Zeitschrift „Europa, Chronik der gebildeten Welt“. Später zog er mit seinem Blatte nach Karlsruhe um, verlor aber hier die Lust an der steten Redaktionsarbeit, worauf 1846 Gustav Kühne das Journal für 3000 Taler erwarb und es nach Leipzig überführte. Nach längerem Aufenthalt in Wien lebte Lewald dann vorübergehend in Frankfurt a. M., Stuttgart und Baden-Baden, immer eifrig Schriftstellernd, bis er 1871 zu München starb. Gustav Kühne leitete unterdessen die „Europa“ bis 1859, worauf sie in den Verlag von Karl W. Vofk und dann in den Ernst Keils überging. Redigiert wurde sie in dieser Zeit von Friedrich Steger (1811—1874) und Hermann Kleinfreuer (1826—1888), sank aber schließlich zu vollständiger Bedeutungslosigkeit herab und ging 1883 aus Mangel an Abonnenten ein.

Unter Lewalds Leitung war die „Europa“ mehr ein Gesellschaftsblatt, das sogar Modetupfer brachte und nur im Jahrgang 1836 gebiegene „Literarische Übersichten“ von Karl Gutzkow bot. Ludwig Kalisch spottete denn auch in seinem „Buch der Narrheit“ in etwas berber Weise über das Blatt:

In einen Stier hat sich ein Gott verwandelt,
Um Kadmus' schöne Schwester zu entführen;
In Ochsen müssen Menschen sich verwandeln,
Um die „Europa“ Lewalds zu berühren.

Unter Gustav Kühne gelangte die „Europa“ etwas mehr in das Fahrwasser des Jungen Deutschlands; Theodor Mundt, Heinrich König, Berthold Auerbach, Hieronymus Vorm, Robert Blum wurden Mitarbeiter. Doch blieb der Ton immer gemäßigt, da Gustav Kühne keine Kampfnatur war. Wurde er doch „bald wohlwollend, bald scheltend,“ wie er selbst sagt, der „Besonnenste“ der Jungdeutschen genannt. Im Jahre 1848 ward aber auch er von der allgemeinen Bewegung ergriffen und gestaltete, damit er kräftiger in die Tagesdebatten eingreifen könne, die „Europa“ in

ein Tagesblatt um. Er traf aber damit nicht das Richtige; die Tausende von Abonnenten schmolzen auf ebenso viele Hunderte zusammen, so daß er sich beeilte, das Journal wieder in seine frühere Form zu bringen. Von dem Stöße, den es durch diese Umformung erlitt, hat es sich aber nie wieder erholt.

An diese beiden größeren Journale, den „Telegraphen“ und die „Europa“, schließt sich eine Reihe kleinerer literarischer Blätter an, unter denen jedoch kein einziges zu einiger Bedeutung gelangte; die meisten bestanden auch nur ganz kurze Zeit. Theodor Mundt gründete 1835 einen „Literarischen Zodiacus“, der aber sehr schwer unter der preussischen Censur zu leiden hatte und darum bald wieder einging. Rudolf Wienberg gab „Literarische und kritische Blätter“ heraus, die auch Novellen und Übersetzungen aus dem Französischen brachten. Alexander Jung redigierte einige Zeit ein „Literaturblatt“, das die jungdeutschen Ideen im Osten verbreiten wollte. Ein „Literatur- und Kunstbericht“ von Oswald Marbach erschien Mitte der vierziger Jahre in Leipzig. Berliner „Jahrbücher für wissenschaftliche Kritik“, die besonders von Varnhagen von Ense unterstützt wurden und die Verunglimpfungeu Menzels gegenüber eifrig für Goethe eintreten hielten sich von 1827 bis 1846. Eine konservative „Literarische Zeitung“, die sich der Protection des Ministeriums Eckhorn erfreute, und deren erster Redakteur Karl Bächner (geb. 1837) war, kam von 1834 bis Ende 1845 im Verlage von Duncker und Humblot in Berlin heraus.

Außerdem erschienen auch feruer noch die „Blätter für literarische Unterhaltung“ (Siehe S. 292), die aber nicht mit in den Ton der jungdeutschen Journale einstimmten. Heinrich Brockhaus, der seit 1823 die Zeitschrift selbst redigierte, suchte sich von den literarischen Kämpfen möglichst fernzuhalten. Er berichtete wohl über die Bewegung und gestattete selbst Männern von so ausgesprochener Parteirichtung wie Arnold Ruge ihre Ansichten zu entwickeln, aber er ließ die Zeitschrift doch nie zur Parteiblatt werden, und darum gelang es ihm auch, sie über das Sturmjahr 1848 hinwegzubringen, in dem so viele Blätter

dahinschwanden. Doch erschien das Journal dann nicht mehr täglich, sondern wöchentlich.

Den Beschluß der langen Reihe der literarischen Zeitschriften endlich macht ein Blatt, das eine ganz neue Erscheinung bildet und sich als ein Führer durch die Literatur des Auslandes darstellt. Das Interesse für die ausländische Literatur war bereits durch die Romantiker, die Schlegel, Tieck, Gries und andere geweckt worden, allein dem Verlangen der Gebildeten, ein Zentralorgan für die Bestrebungen auf dem linguistischen Gebiete zu erhalten, entsprach erst Joseph Lehmann zu Anfang der dreißiger Jahre.

Joseph Lehmann bildet eine ganz eigenartige Erscheinung sowohl auf dem Gebiete der Sprachforschung, wie auf dem des Zeitungswesens. Hier wie dort bewährte er sich als ein ausgezeichneter Fachmann und außerdem in den bewegteren Jahren als ein echter Vaterlandsfreund, als eine Kernnatur. Obgleich ein Mann von umfassenden Kenntnissen, hat er doch niemals eine gelehrte Schule besucht. Er wurde am 28. Februar 1801 in Glogau als der Sohn eines jüdischen Kaufmanns geboren und widmete sich zunächst in Berlin dem Bankier-Geschäfte; daneben aber trieb er schon als junger Mensch mannigfache Sprachstudien und beherrschte sehr bald, vermöge eines außerordentlichen Sprachtalentes, nicht nur das Französische und Englische, sondern auch das Italienische, Holländische, Flämische, Spanische, Portugiesische und Schwedische. Auch in den orientalischen Sprachen und Literaturen erwarb er sich Kenntnisse. Diese umfassende Bildung auf sprachlichem Gebiete brachte Joseph Lehmann nach und nach mit den gelehrten Kreisen in Verbindung, u. a. auch mit Alexander von Humboldt, und dieser empfahl ihn im Jahre 1828 eines Tages dem Legationsrate Philippsborn, als dieser für die „Preussische Staatszeitung“ einen in den modernen Sprachen bewanderten Mitarbeiter suchte. Darauf vertauschte Lehmann das Kontorpult mit dem Schreibtisch der Redaktion der „Preussischen Staatszeitung“ und bewährte sich in dieser neuen Stellung bald ausgezeichnet. Hauptsächlich lieferte er vorzügliche Artikel über

die ausländische Literatur, und als 1830 nach der Julirevolution eine Flut von politischen, sozialen und literarischen Schriften des Auslandes in Deutschland einströmte, rief er eine besondere Beilage ins Leben, in der er jene literarischen Erscheinungen nun vollständig systematisch abhandelte. Dieser Beilage gab er den Titel „Magazin für die Literatur des Auslandes“. Das Unternehmen fand vielseitigen Anklang; schon der Prospekt, der der „Staats-Zeitung“ beigelegt wurde, und in welchem der Redakteur auf einen Ausspruch Goethes hinwies, in dem sich der Dichter zum erstenmale des Ausdrucks „Weltliteratur“ bediente, hatte die Einzeichnung von zwölfhundert Abonnenten zur Folge, und als dann am 24./25. Januar 1832 die erste Nummer mit einem geistreichen Artikel Lehmanns über das damals soeben herausgekommene Werk von Lord Dover „The life of Frederic the Second, king of Prussia“ erschienen war, wuchs die Zahl der Besteller noch ganz bedeutend. Das Blatt kam darauf wöchentlich dreimal in Foliiformat heraus. Seine Mitarbeiter hatte sich Joseph Lehmann zunächst unter seinen Kollegen gesucht, bald aber gelang es ihm auch, Professoren von Universitäten und bedeutende Schriftsteller zu gewinnen, so daß das Ansehen des „Magazines“ rasch stieg. Leider bestand damals noch nicht die gute Sitte, die Artikel mit dem Namen des Autors zu zeichnen; man kann daher bei vielen Beiträgen nicht mehr angeben, von wem sie herühren.

Nach dem Rücktritte seines väterlichen Beschüßers Philippsborn vom Kuratorium der „Staats-Zeitung“ erschien eine längere Verbindung des „Magazines“ mit diesem Blatte nicht als zweckmäßig; man überließ daher 1843 das Journal dem Schöpfer als freies Eigentum, und dieser stellte es nun auf eigene Füße. Dabei ging es in den Verlag der Firma Veit und Kompagnie über, mit der es auch 1849 von Berlin nach Leipzig übersiedelte. Von 1850 ab erschien es sodann nur einmal wöchentlich und von 1864 an in welchem Jahre es wieder nach Berlin zurückkehrte, da es der H. F. Dümmlers Verlagshandlung erworben worden war, in Streif-Quart. Darauf wanderte es 1879 abermals nach Leipzig in den Verlag von Wilhelm Friedrich und ging nun wiederholt v.

Hand zu Hand, wobei es auch mehrmals seinen Charakter änderte.

Nach der Loslösung des „Magazins“ von der „Staatszeitung“ gab Joseph Lehmann in einiger Zeit auch seine Redakteurstelle bei diesem Blatte auf; schon lange mochte er die Grundsätze eines Eichhorn und Rochow nicht mehr vertreten. Er lehrte nach seiner Vaterstadt Glogau zurück, wurde dort Direktor der Niederschlesischen Eisenbahn und brachte durch Ernst und Energie das Unternehmen aus den dürftigsten Verhältnissen nach und nach in die glänzendste Lage. Schließlich siedelte er 1865 wieder nach Berlin über, wo er sich jetzt ganz den literarischen Studien hingab, um das „Magazin“ zu einem Musterjournal auszugestalten. Seinen Zweck, das Geistesleben des Auslandes den Deutschen näher zu bringen, erreichte er dabei in umfassendem Maße. Unablässig tätig, brachte er fast in jeder Nummer einen Aufsatz aus seiner Feder und erregte noch in seinen letzten Jahren durch seinen geistvollen Essay über das gemischte Sprachgebiet zwischen Kärnthen, Steiermark, Illyrien und Ungarn gerechtes Aufsehen. Mitten in Plänen zur weiteren Ausgestaltung seines Journals starb er plötzlich am 19. Februar 1873. Von den späteren Leitern des Blattes ist besonders der vielseitige Eduard Engel zu nennen, der es zu Anfang der achtziger Jahre redigierte. Weiterhin sank es schnell mehr und mehr von seiner Höhe herab und verschwand schließlich 1905 ruhmlos aus der deutschen Publizistik.

4. Die Unterhaltungsblätter. Ihre Oberflächlichkeit. Marggraff über sie. Herlossohns „Komet“. Wettingers „Charivari“. Der Klatsch von ganz Europa gibt sich in ihm ein Stelldichein. Der „Leuchtturm“, herausgegeben von Ernst Keil. Sucht einen nationalen Charakter zu gewinnen. Ist darum vielen Verfolgungen ausgesetzt. Die „Bohemia“. Tritt für das Deutschtum in Böhmen ein. Die „Sachsenzeitung“, die „Rosen“, die „Jahreszeiten“, die „Jduna“, der „Dorsbarbier“, der „Hans Jörgel“, der „Soldatenfreund“. Die „Zeitung für die elegante Welt“. Ihr Redakteur Heinrich Laube. Tritt

leidenschaftlich für das junge Deutschland ein. Wird ausgewiesen und verhaftet. Gußan Kähne an seiner Stelle. Übernimmt später nochmals die Redaktion. „Der Gesellschafter“, der „Freimütige“, das „Berliner Konversationsblatt“.

Wesentlich magerer, als die literarisch-kritischen Zeitschriften stellen sich die Unterhaltungsblätter der Zeit von 1830 bis 1840 dar. Hier ist nur selten ein höherer Gesichtspunkt, eine gefestigtere Lebensanschauung, ein großes Problem — meist nur Oberflächlichkeit, gehaltloses Geplauder und Gewitzel mit etwas Sentimentalität und süßlicher Pikanterie, die sich wohl auch bisweilen bis zur Laskivität steigert. „Die meisten Journale“, sagt Hermann Marggraff (Deutschlands jüngste Literatur- und Kultur-epoche, S. 420), „stützen sich auf das Prinzip wahrhafter Armlichkeit; mit geringen Mitteln will man sie bestreiten, und so geschieht es, daß Literatur, Verleger, Redakteur und Mitarbeiter dabei urfurchbar verhungern könnten, wenn die zähe Lebenskraft der Deutschen nicht einen Widerhalt gewährte.“ Daher bringe auch der Sumpf dieser Journalistik weiter nichts hervor als „junge Frösche, welche lyrisches Geschrei erheben, Sommertags-Abende, wenn sie sich verliebt, oder wenn sie zu viel getrunken haben weiterhin Wasserfliegen, welche lieblich glitzern und flunkern und, wenn man sie mit der Hand faßt, leicht hinausschlüpfen auch wohl hypochondrische, zerrissene, melancholische, schlurrende und schnurrende Lufken, dann Wasserläufer, Infusorien, Pilze — kleine Gedanken, Theater- und Bücherrezensionen, Aphorismen, Notizen, Räzellen und Spielereien ähnlicher Art.“

Von den neuen Blättern der in Rede stehenden Zeit ist zuerst „Der Komet“ zu nennen, den Karl Herlofsohn in Leipzig herausgab. Herlofsohn war ein liebenswürdiger Schriftsteller, der sich durch die in volkstümlichem Tone gehaltenen Lieder „Wenn die Schwalben heimwärts ziehn“ und „Ob ich dich liebe, Frage die Sterne“ und eine große Menge von Romanen und Novellen, die alle eine lebhaft phantastische Verrieten, in weiten Kreisen beliebt machte. Er wurde 1804 in Prag geboren, wurde ursprünglich, von Zacharias Werner dazu veranlaßt, in Wien in den Orden der Redemptoristen treten, konnte sich aber im letz-

Augenblicke doch nicht dazu entschließen und ging nach Leipzig, wo er Philosophie und Jurisprudenz studierte, bis er sich mehr und mehr der Schriftstellerei und Journalistik widmete und 1830 das Journal „Der Komet, ein Unterhaltungsblatt für die gebildete Lesewelt“ gründete. Es kam sechsmal in der Woche heraus und bot außerdem noch zwei Beilagen, eine „Zeitung für Reisende“ und ein „Literaturblatt“, die aber wöchentlich nur einmal erschienen. Allein schon im zweiten Vierteljahre geriet Herloßsohn in heftige Zwistigkeiten mit dem Verleger, C. H. F. Hartmann, trennte sich von ihm und gab sein Blatt bei Fr. A. Leo in Leipzig in Kommission, worauf sich Hartmann Anfang August 1830 ein neues Journal „Unser Planet, Blätter für Unterhaltung, Literatur, Kunst und Theater“ gründete, für dessen namenlose Redaktion er selbst die Verantwortung übernahm. Der „Planet“ erlebte sodann unter wechselnden Schicksalen und Herausgebern dreizehn und einen halben Jahrgang; er erschien bis Ende 1843. „Der Komet“ überdauerte ihn noch um fünf Jahre; er kam bis 1848 heraus, ebenfalls unter vielfachem Wechsel, namentlich auch seiner Titel. Aus dem „Literaturblatt“ wurde vom zweiten Jahrgange an eine „Beilage für Literatur, Kunst, Mode, Residenzleben und journalistische Zentrale“. Neujahr 1834 kam zu den beiden bisherigen Beilagen noch eine dritte „Der Dampfwagen, ein Gratismagazin zur Unterhaltung und Belehrung“, an dessen Stelle jedoch bereits Neujahr 1835 „Der Luftballon, ein Blatt für Herz, Geist, Kopf und Magen“ trat. 1837 verwandelte sich dann der „Luftballon“ wieder in den „Leipzig-Dresdener Dampfwagen, ein Blatt der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“ und ein Jahr später sogar in den „Leipzig-Berlin-Dresdener Dampfwagen“. In den vierziger Jahren endlich (in denen sich übrigens Herloßsohn einige Zeit vom „Kometen“ abgewendet hatte) wurde aus dem „Dampfwagen“ ein „Teleskop“, während die „Zeitung für Reisende“ in Wegfall kam. Gleichzeitig trat wiederholt ein Wechsel im Verlage ein; auch der Titelfopf wurde mehrmals umgestaltet. Es kann daher nicht wundernehmen, daß sich bei den vielen Veränderungen kein größerer fester Abonnenten-Stamm bildete und die Leserschaft bei

der zunehmenden politischen Bewegung mehr und mehr bahnschwand, so daß Herloßsohn schließlich in große ökonomische Schwierigkeiten geriet und ganz verarmt am 10. Dezember 1849 zu Leipzig aus dem Leben schied. Den Inhalt des „Kometen“ bildeten in der Hauptsache die Romane Herloßsohns, daneben allerlei Notizen aus dem literarischen und gesellschaftlichen Leben.

Neben dem „Kometen“ florierte eine Zeitlang der „Charivari“, herausgegeben von Eduard Maria Vettinger. In Vettinger stellt sich eine sehr charakteristische Figur der niederen Journalistik der 30er und 40er Jahre dar, ein Skribent von großer Gewandtheit, der über alles schreibt, aber über nichts gründlich, der alles kennt, aber alles nur oberflächlich, der über alles wagt, aber doch nie einen wirklich zündenden Funken hervorspringen lassen kann, der mit seinen Epäßen zwar die große Menge amüsiert, aber auch viele verlegt und darum immerwährend in Händeln und Feindseligkeiten verstrickt ist. Er wurde 1808 in Breslau geboren, in der Redaktion der Bäuerleschen „Theater-Zeitung“ in die Journalistik eingeführt und mußte dann, da ihn seine Erennsucht fortwährend in Kollisionen brachte, besonders mit den Behörden, lange Zeit ein unglückliches Leben führen. Dabei gründete er allerlei Zeitschriften, die oft nur ein, zwei Monate bestanden und daher hier nur eben erwähnt werden können: in Berlin 1822 den humoristisch-satirischen „Eulenspiegel“, in München noch im selben Jahre „Das schwarze Geipenst“, das nur drei Monate bestand und auf direkten Befehl des Königs Ludwig unterdrückt wurde, aufs neue in Berlin im Herbst 1830 den „Eulenspiegel“, der aber schon nach vier Wochen verboten wurde, und zwar mit Zustimmung Friedrich Wilhelms III., darauf Ende 1831 die „Figaro“, der sich fünf Jahre hielt, weiterhin in Hamburg 1837 den „Argus“ und in Mannheim 1839 eine „Allgemeine Hof- und Hofzeitung“. Diese leitete er bis 1842, worauf er sich nach Leipzig wandte und dort um den „Charivari“ ins Leben trat. Den Verlag übernahm Philipp Reclam jr. Die Zeitschrift erschien in Ostav in wöchentlichen Hefen und brachte Novellen, Plaudereien, Gedichte, Scherze, auch allerlei Holzschnitte (offenbar aus Paris bezogene, recht minderwertige Bilder) und, was vor

am meisten Beifall fand, eine Unmasse von kleinen Notizen unter der Rubrik „Zapfenstreich“. Was hier zusammengetragen wurde, ist allerdings erstaunlich. Der Klatsch von ganz Europa gab sich hier ein Stellbildein; nicht selten füllte er fünf bis sechs Seiten, in Petit gedruckt, die Seite zu 62 Zeilen. Jeder Vorfall in der Gesellschaft, im Literatur- und Kunstleben wurde berichtet, jedes Standälchen, wenn auch noch so unbedeutend, notiert, und wenn der Herzog von Wellington sich in Paris einen mit Trüffel gefüllten Truthahn für 500 Francs bestellte, so standen sogar darüber drei Zeilen im „Charivari“. Diese Notizen üben denn auch heute noch einen gewissen Reiz aus. Mit ihrer Keckheit und Frische versehen sie uns unmittelbar in die Atmosphäre der vierziger Jahre, und es will uns bei ihrer Durchsicht manchmal fast bedünken, als hörten wir das Gesumme des Salons, in dem all der bunte Kleinram des Gesellschaftslebens hier scherzend, dort mit bissiger Satire, durchgesprochen wird. Nach der Bewegung von achtundvierzig verblasste der Reiz des „Charivari“ allmählich; der Gesellschaftston war ein anderer geworden, und so ging das Blatt 1852 ein. Dettinger wandte sich jetzt mehr bibliographischen und biographischen Arbeiten zu und erwarb sich ein ganz besonderes Verdienst durch die Herstellung seines „Moniteur des Dates“, mit dem er sich bis zu seinem 1872 zu Blasewitz bei Dresden erfolgten Tode beschäftigte.

Einen ernsteren Charakter als der „Komet“ und der „Charivari“ trug „Der Leuchtturm, Monatschrift zur Unterhaltung und Belehrung für das deutsche Volk“, herausgegeben von Ernst Keil; doch gelangte das Blatt bei der Ungunst der Zeiten gar nicht zur vollständigen Entwicklung. Die Hefte, 4—5 Bogen groß Dezim.-Oktav mit je zwei Stahlstichen (Porträts von Zeitgenossen und meist satirischen Genrebildern) ausgestattet, sollten nach der Ankündigung „unterhaltender und belehrender, in der Belehrung aber durchaus freimüthiger, mit der Zeit fortschreitender Natur sein und außer dem erzählenden und beschreibenden Texte ausführliche Besprechungen der Tagesfragen bringen, so weit dies in einer Monatschrift „tunlich und — erlaubt“ sei. Aber schon auf dieses Programm hin wurde das Erscheinen der Zeitschrift in Leipzig untersagt,

worauf Ernst Keil die „Expedition des Leuchtturms“ nach J. verlegte und seine Monatschrift von 1845 ab dort erscheinen ließ. Einer Umsicht und seinem sichern Takt gelang es dann auch, die Zeitschrift bei offener Polemik gegen die herrschenden Mißstände einen großen Zug im Sinne des politischen Fortschritts zu geben. Besonders suchte er in novellistischen Skizzen die sozialen Mißstände und Mißstände, das Massenelend in Großstädten und Industriecentren, die Webernot in Schlesien und im sächsischen Erzgebirge zu bekämpfen. Als Mitarbeiter warb er sich Otto Kappius, Albert Fränkel, E. Th. Häfel, Robert Blum u. a. Bei dieser energischen Haltung geriet die Zeitschrift natürlich sehr bald in Konflikt mit der Zensur. Schon nach dem Erscheinen der ersten fünf Hefte mußte die Expedition von Leipzig nach Magdeburg verlegt werden, und dort gab es so viel Hemmnisse, daß Keil am Schlusse des ersten Jahrganges in die Klage ausbrach, er wisse wohl, daß eine rechte Zeitschrift als Gottesgeißel durch die Welt ziehen solle, als Gottesgeißel gegen Lüge, Unrecht und Dummheit gegen alles, was den Menschen entwürdigte, wodurch der Mensch sich selbst entwürdigte — er habe viel gewollt, aber nur wenig gedurft! „Wo wir die Geißel schwingen, wurden die Spigen abgeschlagen, und wo wir mit Keulen schlugen, fing man den Schlag auf, zerbrach die Keule und legte Samt auf den Keil, der wohl dann und wann traf, aber nicht mehr wehe tat.“ Die Drangsale, welche dem Blatte von der Zensur bereitet wurden, wuchsen jedoch noch weiter; schließlich wurde es in Magdeburg überhaupt verboten, und nun wanderte es zunächst nach Halle und von dort nach Dessau; aber auch dort ereilte es dasselbe Schicksal. Nun wandte es sich nach Bremen, wo es sich acht Monate hielt, weiterhin nach Braunschweig, wo es aber nur kurze Zeit erschien, da auch hier alsbald (im Februar 1848) das Verlangen der preussischen Regierung durchdrang, die Herausgabe der Zeitschrift nicht mehr zu gestatten. Besonderen Anstoß nahm die Zensurbehörde immer wieder an dem politisch-satirischen Vorbilde, das anfangs den Titel „Die Laterne“ führte, dann aber, um der Unterdrückung zu entgehen, immer neue Titel annahm; „Reichsbremse“, „Epiklugeln“, „Wespen“, „Schildwacht“ waren die we-

eren Namen. Bei dem Ausbruch der Revolution fielen dann war die Zesseln der Zensur, und Keil konnte jetzt den „Leuchtturm“ in Leipzig erscheinen lassen, allein schon 1849 brach die Reaktion herein, worauf das Ministerium Beust die Fianne des „Leuchtturms“ für immer auslöschte.*)

Die schon erwähnte Prager „Bohemia“ konnte sich von 1836 ab eines vorzüglichen Redakteurs, des aus Leitmeritz gestürtigen Franz Klutschak, erfreuen, der, wo er vermochte, mit aller Wärme für das Deutschtum eintrat, weil er die Gefahren, die der deutschen Kultur aus der national-tschechischen Bewegung erwachsen, mit klarem Auge erkannte. Allerdings mußte er sich dabei immer innerhalb des Rahmens eines belletristisch-literarischen Blattes halten; erst im Frühjahr 1848 konnte sich das Blatt zu einer politischen Zeitung erweitern. Mitarbeiter der „Bohemia“ waren so ziemlich alle deutsch böhmischen Schriftsteller, besonders Karl Egon Ebert, Herloßsohn, Uffo Horn und Ignaz Kuranda. Bis 1848 erschien das Blatt nur dreimal in der Woche.

Verschiedene weitere Journale brauchen nur kurz genannt zu werden, da sie über die Absicht, ihre Leser nur ganz leicht hin zu unterhalten, nicht hinausgingen. Die „Sachsenzeitung“, redigiert von dem Verlagsbuchhändler C. F. Hartmann, erschien seit 1830 in Leipzig und verbreitete sich mit Vorliebe über die Leipziger literarischen und Theater-Verhältnisse und Streitigkeiten. Die „Rosen, Zeitschrift für die gebildete Welt“, gab der Romanschriftsteller Robert Heller (geb. 1814, gest. 1871) von 1838 bis 1845 in Leipzig heraus, weiterhin George Heffkel. In Hamburg erschienen die Monatschrift „Die Jahreszeiten“, redigiert von Theodor Wehl und die vielgelesene „Iduna“ von Amalie Schoppe, der „Entdeckerin“ Hebbels. In Berlin rief Theodor Steffens (Pseudonym für K. G. Dammas [geb. 1816, gest. 1885]) die Zeitschrift „Der Hausfreund in Palast und Hütte“, die auch Holzschnitte und Stahlstiche brachte, ins Leben, sich aber nur von 1843 bis 1847 hielt. Den behaglichen Humor der Bürgerkreise, der aber durch die polternde Kritik des „Generals

*) (Johannes Prößl) Zur Geschichte der Gartenlaube (1903.)

von Pulverrauch“ nicht selten auch einen Stich ins ^{Pölnische er} hielt, pflegte Ferdinand Stolle (geb. 1806, gest. 1872) in ¹⁸⁵¹ 1844 zu Grimma gegründeten „Dorfsbarbier“. 1851 ging der ^{von Friedrich} Blatt als „Illustrierter Dorfsbarbier“ in den Verlag von Friedrich Keil in Leipzig über, wo es durch Keils Umsicht ^{eine Auflage} bis zu 20000 Exemplaren erlangte. Etwas schärfer ^{gewürzt} als der „Berliner Charivari, redigiert von Satan“, ^{der seit 1841} bei Louis Hirshfeld in Berlin mit Illustrationen ^{erschien} erschien. Aus ganz platte Spasmmacher waren der „Hans Jörgel“, der ^{von 1831} 1831 ab, und der Saphirsche „Humorist“, der ^{von 1837} 1837 ab in Wien erschien.

Für das niedere Militär gab Louis Schneider, ^{der Verleger} des bekannten Einakters „Der Kurmärker und die ^{Isikarbe} Isikarbe“, das Unterhaltungsblatt „Der Soldatenfreund“ von 1833 ab viele Jahre in Berlin heraus.

Endlich sind zur Vervollständigung des Bildes ^{der vorwärts} sichten Journal-Literatur noch die älteren Zeitschriften zu erwähnen, die aus den ersten Jahrzehnten des Jahrhunderts stammen; doch verdienen von diesen nur die „Zeitung für die elegante Welt“ und der „Gesellschafter“ eine etwas ausführlichere Besprechung.

Die „Zeitung für die elegante Welt“ war nach und nach recht monoton und langweilig geworden; der ^{bisherige} Redakteur Methusalem Müller hatte den Ton der neuen Zeit nicht mehr zu treffen vermocht und legte daher Ende 1832 sein Amt nieder. An seine Stelle trat mit dem 1. Januar 1833 der junge Laube, der lebhaft von dem Wunsche erfüllt war, aus dem Blatte sowohl, wie aus sich selbst, alles Mögliche zu machen. Aufleben zu erregen, war dabei die erste Bedingung. Vorsichtigerweise hatte der Besitzer der Zeitschrift, der Verlagsbuchhändler Leopold Voß, den Paßus mit in den Engagementsvertrag eingefügt, daß er sich das Recht vorbehalte, „das ihm etwa unangenehme Erscheinende vom Drucke zurückzustellen“, doch scheint er von diesem Rechte nur wenig Gebrauch gemacht zu haben, denn Laube bewegte sich bald in der ungezwungensten Weise. Mit frischem Wagemut und einem außerordentlichen Instinkt für das Zeit-

iner auf Aktualität ausgehenden Journalredaktion gestaltete er das Blatt völlig um,“ schreibt Johannes Pröß (Das Junge Deutschland, S. 326). „Wie ein eben erst eingefangenes Völkchen stürmisch durch die Arena jagt, so stürmt hier ein unjesselter Geist, in allzu flüchtigem Galopp sich übernehmend, dem Ziele zu: die Welt der ‚neuen Ideen‘ sich und seinem Publikum zu erobern. Eine lebenssprühende Herzhaftigkeit im Parteigrreifen für und wider, alle Vorzüge und alle Fehler einer vormilitärischen und warmherzigen Jugend machen sich geltend — im Urtheil, im Vortrag, im Stil . . . Krieg den Philistern! ist immer die Losung; mit ihr geht er dem Geiste der Kleinstaaterei in Deutschland, als der Wurzel alles Übels, zu Leibe. Über den in Leipzig herrschenden Kasten- und Kirchturmgeist schreibt er: die Kleinstaaterei ist das Vorbild der Kleinstädtereie geworden; sie ist der Ursprung des deutschen Philistertums. Denn Philister ist eben der, welcher mit dem kleinen, ihm angeleserten Maßstabe alles, auch das größte, mißt.“ Aber aus allem spricht doch eine große Naivetät; immer hört man noch den jungen Studenten, der mit seinen lauten Reden die ganze Ordnung der Dinge umzuwerfen meint, den jugendlichen Renommisten, der sich überschätzt, und der gelegentlich über die Stränge schlägt. Dabei bringt er auch nicht wirklich neue Gedanken, sondern er variiert nur das, was Börne und Heine längst vor ihm und auch geistreicher ausgeführt haben. Doch fand sein kühnes, selbstbewußtes Auftreten großen Beifall — nur nicht bei der preussischen Regierung. Sehr bald nahm man in Berlin an den „Modernen Briefen“, die in der „Zeitung für die elegante Welt“ erschienen, Anstoß, und das Oberzensurkollegium erklärte, diese Briefe zeugten von der größten Frivolität, träten in ihren politischen Bemerkungen zu gunsten der Opposition der Stuttgarter Stände-Versammlung ein, verherrlichten die Juli-Revolution, rühmten Börne und Heine und behaupteten vom Demokratismus, daß er die Grundidee des Christentums sei. Schließlich stellte das Kollegium den Antrag, das Blatt in Preußen zu verbieten. Der Minister entsprach jedoch dem Verlangen nicht, sondern beschränkte sich darauf, durch Vermittelung des Ministeriums des Auswärtigen die sächsische

Regierung auf die vielen freien Stellen in dem **Blatte** anzu-
 sam zu machen und sie zu bitten, den Leipziger **Zeitung** zu größ-
 Strengem zu ermahnen. Das scheint aber nicht in **der** erfor-
 Weise erfolgt zu sein, denn einige Zeit später ergriff **die** preußi-
 Regierung ein anderes Mittel, die unbequeme Stimme **zum** Schwei-
 gen zu bringen: sie richtete auf dem Wege durch **das** sächsi-
 Ministerium an die Sicherheitsbehörde in Leipzig **das** Verlan-
 den pp. Laube aus Preussisch-Schlesien, dessen Name **auf** die **Ver-**
 der preussischen Untersuchungsbehörde für demagogische **Unter-**
 gesetzt worden sei, polizeilich auszuweisen, und darauf **erhielt** der
 ahnungslose Redakteur Mitte Juli 1834 den entsprechen-**den** Aus-
 weisungsbeschl. Er konnte gerade noch die **Nummer** für den
 31. Juli zurecht machen, in der er nun von seinen **Lesern** Ab-
 schied nahm. Aber so ohne weiteres wollte Laube **dieses** Ver-
 doch nicht über sich ergehen lassen und fuhr daher **schwarz** stras-
 Berlin, um gleich an oberster Stelle vorstellig zu **werden**; er
 wurde dort jedoch am 26. Juli verhaftet, in eine Zelle der **Hausvogel-**
 gesteckt und hatte nun eine lange Leidenszeit durchzu**machen**. An
 seine Stelle in Leipzig trat zunächst A. v. Binzer, **der** Verfasser
 des bekannten Burschenschaftsliedes „Wir hatten gebauet ein **hau-**
 liches Haus“, und als dieser wenig geeignet zur **Leitung** einer
 Zeitschrift erschien, übernahm Gustav Kühne am 1. Juli 1835
 die Redaktion. Unter diesem zeigte sich sodann die „**Zeitung** für
 die elegante Welt“ wesentlich gemäßigter, aber auch **matter** und
 magerer, und auch der Sache des Jungen Deutschlands **nahm** sich
 der neue Redakteur nur zaghaft und mit einer gewissen **Wägung**
 den Laubheit an, so daß ihn Börne ermahnte, doch **kräftiger** für
 die Verfechten einzutreten. „Wir sind alle dabei **betheiligt**“,
 schrieb er ihm, „das ganze Deutschland; die gesamte **deutsche**
 Jugend wird in den Fänsen geschädigt, mißhandelt, gekreuzigt;
 darum sollen und müssen wir alle, in denen noch ein **Tropfen**
 Jugendblut ist, uns ihnen anschließen, auf daß **der** Qu-
 eines „Jungen Deutschlands“ immer weiter und **weiter** greife.“
 Allein Kühne verharrte in seiner reservierten **Haltung**, und
 dabei scheint das Blatt mehr und mehr zurückgegangen zu

sein.) Es war ihm daher gewiß auch ganz erwünscht, daß Laube, als er 1843 wieder nach Leipzig zurückkehrte, aufs neue die Redaktion übernahm. Freilich war mittlerweile auch Laube wesentlich zahmer geworden, so daß das Wigwort in den literarischen Kreisen kurfürzte: „Und was sich Kühne nicht erkühnte, das wird sich Laube nicht erlauben.“ Immerhin suchte Laube wieder einen frischeren Zug in das Blatt zu bringen; er schlug einen gewissen weltmännischen Ton an, hatte er doch mittlerweile oft genug an der Tafelrunde des Fürsten Büdler-Muslau gesessen, sprach gern über Mode und Eleganz und erfaub selbst eine deutsche Modetracht, in der er auch zum Erstaunen der Leipziger wohlgefällig durch Leipzigs Straßen wandelte. Aber der Zeitschrift war trotz alledem kein neues Leben mehr einzuhauchen. Darum schied Laube Ende 1846 von ihr, worauf Theodor Drobisch sich noch bis 1860 abmühte, das altersschwache Blatt zu erhalten. Irgend welchen Einfluß auf das geistige Leben der Zeit übte es nicht mehr aus.

Noch schläglicher als der „Zeitung für die elegante Welt“ erging es schließlich dem Berliner „Gesellschafter“. Viele Jahre bewegte er sich nur noch im flachsten Fahrwasser. Die geistvolleren Mitarbeiter der früheren Zeit hatten sich entweder zurückgezogen, wie z. B. Heinrich Heine, oder sie waren gestorben; ein junger Nachwuchs blieb aber aus. Zwar stellte der alternde Gubitz seinen Sohn als Mitredakteur ein; eine Hebung des Blattes wurde damit jedoch nicht erzielt, und darum machte in der Mitte der vierziger Jahre ein heißendes Epigramm die Runde durch die Journale, in welchem im Hinblick darauf, daß der „Gesellschafter“ noch den Nebentitel „Blätter für Geist und Herz“ führte, gepöppelt wurde:

Wie könnt Ihr nur in diesem Blatt
Etwas für Geist und Herz verlangen;
Sagt nicht die Schrift: es ist der Geist
Von Sohn und Vater ausgegangen.

*) Von Kühne selbst wird allerdings das Gegenteil behauptet. Vergl. Gustav Kühne, sein Lebensbild. Herausgeg. v. E. Pietsch. Dresden o. J. S. 30.

Bedrückung und Einengung der Bewegungsfreiheit blieben — das immer kräftiger quellende Leben des Journalwesens konnte trotz alledem nicht unterbunden werden, ja es trieb sogar in dieser Leidenszeit noch einen neuen kräftigen Sproß in der Einführung der illustrierten Journale.

Die Ausschmückung der Bücher mit Illustrationen tritt bekanntlich schon viele Jahrhunderte vor Erfindung der Buchdruckerkunst auf. Kunstvoll und mit erstaunlichem Fleiße malten die Miniatoren in die geschriebenen Werke umfangreiche Initialen in den lebhaftesten Farben. Nach der Erfindung der Buchdruckerkunst fügte bereits Sebastian Pfister in Nürnberg (1470) in seinem „Goldenen Throne“ Holzschnitt-Illustrationen in den Text ein, und Anton Koberger in Nürnberg (1473—1513) ließ schon eine große Anzahl von Holzschnitten nach Zeichnungen bedeutender Künstler für seine Druckwerke anfertigen. Bald aber verdrängte der Kupferstecher den Holzschneider; der Kupferstich eroberte die allgemeine Gunst des Publikums, und daher stattete denn auch Joh. Phil. Abelin sein „Theatrum Europaeum“, ein 1633 zu Frankfurt a. M. begründetes zeitgeschichtliches Werk, das als der erste Vorläufer der illustrierten Zeitungen betrachtet werden kann, nur mit Kupferstichen aus. Daran blieb der Kupferstich und Stahlstich unbestritten die vornehmere und beliebtere erläuternde und schmückende Beigabe bei allen Zeitschriften. Bei der Kostspieligkeit des Stahlstiches konnte er aber nur sparsam zur Verwendung kommen, und als es daher in den dreißiger und vierziger Jahren galt, den Wünschen der breiten Volksmassen nach reicherm Bilderschmuck und besonders nach informierenden Illustrationen zu entsprechen, griff ein intelligenter englischer Buchhändler und Schriftsteller, Charles Knight in London, aufs neue zum Holzschnitt, indem er 1830 im Verein mit der Society for the diffusion of useful knowledge ein „Penny Magazine“ ins Leben rief und es mit zahlreichen Holzschnitten ausstattete. Es war dies der erste Versuch, den Buchdruck in Verbindung mit dem Holzschnitt zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse und allgemeiner Bildung in den Kreisen der nicht mit Glücksgütern Gesegneten zu benutzen. Unterstützt sah sich Knight dabei durch die

künstlerischen Bestrebungen eines Thomas Bewick, der bereits zu einer Zeit die Wiederverweckung der Holzschneidkunst herbeiführt und auch die Technik verbessert hatte, besonders durch vervollkommnung der Werkzeuge und die Vertauschung der Holztafel oberflächlich mit der Holzquerschnittfläche.)*

Das „Penny Magazine“ fand in England einen solchen außerordentlichen Beifall, daß der junge Buchhändler Johann Jakob Weber, der seit 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Martin Bossange Vater in Leipzig errichteten Filiale übernommen hatte, seinen Chef veranlaßte, in Deutschland ein ähnliches Unternehmen, ein deutsches „Pfenning-Magazin“, herauszugeben. Die Schwierigkeiten waren freilich hier erheblich größer, denn der Holzschnitt hatte bisher in Deutschland nur geringe Pflege erfahren. Die beiden Unger, Johann Georg und Johann Friedrich, J. W. Gubitz und Friedrich Ungelmann waren zwar eifrig bemüht gewesen, die Xylographie wieder zu Ehren zu bringen, einen Erfolg von kultureller Bedeutung hatten sie aber nicht erzielt. J. J. Weber schreckte aber vor diesem Mangel nicht zurück; er suchte seinen Bedarf an Stichsätzen besonders durch Aufwerbungen in England zu decken und konnte daher bereits mit den ersten Nummern des „Pfenning-Magazins“ hervortreten. Er brachte damit die erste deutsche illustrierte Zeitschrift auf den deutschen Büchermarkt. Unwöchentlich erschien eine Nummer in Quart zu 8 Seiten zum Jahrespreise von 2 Talern.

Das Journal fand sofort einen solchen Anklang im Publikum, daß die Auflage sehr bald die bisher noch nie gekannte Höhe von 60 000 Exemplaren erreichte. Die Verwaltung der Zeitschrift von Paris aus scheint aber ihre großen Beschwerden gehabt zu haben, denn bereits am 1. Sept. 1834 ging die Firma Bossange einen Societätsvertrag mit der Firma J. A. Brockhaus ein, zu Folge das „Pfenning-Magazin“ gemeinschaftliches Eigentum beider Buchhandlungen wurde. J. A. Brockhaus zahlte Bossange für das Mitigentumsrecht die Summe von 14 000 Talern.

*) Beigl. D. C. Thomson, Life and Works of Bewick, London 1882 und Austin Dolson, Thomas Bewick and his Pupils, London 1887.

und zeichnete von da an allein „Expedition des Pfennig-Magazins“, während Vossange nur als Kommanditär beteiligt blieb. Und am 1. Januar 1847 trat schließlich die Firma F. A. Brockhaus gegen weitere Zahlung von 25 000 Frs. an Vossange Vater in den Alleinbesitz des „Pfennig-Magazins“.

J. J. Weber gab bei dem Eintritt der Firma F. A. Brockhaus in das Geschäft seine Stelle auf, worauf hauptsächlich J. E. Volbeding (geb. 1791, gest. 1864) die Redaktionsarbeiten besorgte. Das Blatt erschien bis 1855.

Neben dem „Pfennig-Magazin“ wurde von F. A. Brockhaus von 1834 bis 1838 auch ein „Pfennig-Magazin für Kinder“ herausgegeben.

Leider ließ das „Pfennig-Magazin“ recht viel zu wünschen übrig; die Illustrationen waren noch sehr grob und auf graues, höchst minderwertiges Papier gedruckt. Der Hauptmangel des Blattes aber bestand darin, daß ihm jedes System, jeder leitende Gedanke und auch der nationale Charakter fehlte. Die Bilder wurden planlos zusammengeworfen, genommen, wie sie eben zu erlangen waren, und da die Clichés fast sämtlich aus England stammten, so mutete das Blatt fast wie ein englisches an. Das war auch bei dem „Pfennig-Magazin für Kinder“ der Fall, so daß der wackere Hartort nach Jahren noch klagte: „Da war zu sehen für den deutschen Knaben: Warwick-Castle, St. Pauls-Kirche, Windsorjchloß. Aber von der Burg der Hohenstaufen, der Habsburg, dem Schlosse der Hohenzollern, den vielen historischen Denkmälern des edeln deutschen Vaterlandes schwieg das Machwerk. Das nennen wir vaterländische Lektüre!“*)

Diesen Mangel des „Pfennig-Magazins“ erkannte besonders J. J. Weber sehr klar. Bei seinem ausgeprägten Schönheitsfönn und seinem scharfen Blick für die Anforderungen der Zeit gewann er sehr bald die Überzeugung, daß erheblich Besseres geboten werden müsse, wenn es den Ansprüchen der feiner Gebildeten genügen und auf die Dauer sich halten solle. Und als nun bereits

*) Friedrich Hartort, Bemerkungen über die preußische Volksschule und ihre Lehrer. Herloh 1842.

im Mai 1842 auch in London derselbe Gedanke durch die „Illustrated London News“ und ein halbes Jahr später in Paris durch die „Illustration“ zum Ausdruck gebracht worden: zögerte Weber nicht länger, obgleich in Leipzig die Verhältnisse für ein solches Unternehmen viel ungünstiger lagen, auch für Deutschland eine illustrierte Zeitung ins Leben zu rufen.

Und Weber war auch für ein solches Wagnis ganz die geeignete Persönlichkeit. In hohem Grade intelligent und mit umfassender Geschäftskenntnis ausgestattet, durfte er sich wohl an eine solche große Aufgabe heranwagen. Geboren am 3. April 1806 zu Eiblingen bei Schaffhausen, widmete er sich, nachdem ihm eine gute Schulbildung geworden, dem Buchhandel, war in verschiedenen großen Verlagsbuchhandlungen in Genf, Paris, Leipzig und Freiburg tätig und übernahm, wie schon erwähnt, 1830 die Leitung der von der Pariser Buchhandlung Bossange in Leipzig errichteten Filiale. Nach seinem Austritt aus dem Bossange'schen Geschäft gründete er 1834 eine eigene Verlagsbuchhandlung und wandte sich in dieser sehr bald mit aller Energie der Verbesserung des Holzschnitts zu. Seinen ersten bedeutenderen Versuch mit Holzschnittillustrationen unternahm er bei Franz Augie „Geschichte Friedrichs des Großen“, die er durch Adolph Neumeister illustriert ließ. Die anfangs gelieferten Holzschnitte konnten aber Menzel durchaus nicht zufrieden stellen, so daß Xylographen in Frankreich und England ausfindig gemacht werden mußten, welche die Anforderungen des Künstlers entsprachen. Das veranlaßte besonders den Holzschnittmeister Eduard Kreyschmar in Leipzig, mit allem Nachdruck eine Vollkommenung in der Xylographie anzubahnen, und da ihm in dieser Hinsicht keine Stütze, als er schließlich das Projekt einer illustrierten Zeitung verwirklichte. Doch gab es auch noch eine große Menge anderer Schwierigkeiten zu überwinden, bevor er mit seinem neuen Journale hervortreten vermochte. Erwähnt sei nur, daß es damals noch keine feine Illustrationsfarbe in Deutschland gab, keine Satiniermaschine vorhanden war und der Druck von Illustrationen auf der Schnellpresse noch für unmöglich erachtet war.

Allein alle diese Hemmnisse mußte Weber zu überwinden, und am 1. Juli 1843 konnte er dem Publikum die erste Nummer seiner „Illustrierten Zeitung“ vorlegen. Damit wurde dieser Tag zu einem weithin strahlenden Gedenkstein in der Geschichte der deutschen Publizistik.

In dem Programm, das er in einem „Was wir wollen“ überschriebenen Aufsatz entwickelte, sprach er sich ausführlich über seine Ziele aus. „Was immer sich in der ganzen bekannten Welt ereignet,“ sagte er, „von den Großtaten der Fürsten an bis zu dem Ergebnis verborgenster Forschung, wenn es nur ein allgemeines Interesse darbietet, gedenken wir unsern Lesern in wöchentlichen Berichten vorzulegen und, was von diesen Mitteilungen der bildlichen Darstellung zu genauerm Verständnis oder lebendigerem Eindruck bedarf, in möglichst treuen und sorgsam ausgeführten Holzschnitten ihnen vor Augen zu bringen. Während wir aber dort uns vorzugsweise an Tatsachen und an die wirklichen Fortschritte der Menschheit halten und in ihnen gewissermaßen den nährenden Kern der Tagesgeschichte in gedrängtester Darstellung zu geben gedenken, sollen hier Kunst und Wissenschaft aufgeboten werden, um den Gehalt des Kernes nach allen Seiten hin offen zu legen. . . . So wollen wir den Männern die gründlichste Belehrung, den Frauen die angenehmste Unterhaltung und der Jugend die kräftigste Anregung zu einem reichen und tatkräftigen Leben bieten.“ Dieses Programm hat sodann die Redaktion der „Illustrierten Zeitung“ beständig festgehalten und weiter ausgebaut, aber sie hat in der ersten Zeit oft alle Intelligenz, alle Kräfte aufbieten müssen, ihm treu zu bleiben. Die Schwierigkeiten, die die Beschaffung der Holzschnitte und deren Druck auf der Schnellpresse verursachten, schienen bisweilen unüberwindlich zu sein. Erst allmählich konnte ein xylographisches Atelier eingerichtet werden, das im Stande war, den Bedarf an Holzschnitten in der gebotenen kurzen Zeit wenigstens zum Teil zu beschaffen. Für den anderen Teil mußte immer noch das Ausland in Anspruch genommen werden. Die erste Nummer der „Illustrierten Zeitung“ wies an Porträts die Herzogin Helene von Orleans mit dem Grafen von Paris, Emil Devrient, Jos. Eichatschek,

Wilhelmine Schröder-Devrient und D. L. B. Wolf auf, fernere bildete der Themas-Tunnel, ein damaliges Weltwunder, Gegenstand der Besprechung und Zeichnung, während sich „Der Obelisk“ von Luxor am Wege nach Longchamp“ als das größte Stück der Nummer auswies. Nach Jahren angestrengter Arbeit konnte sich die „Illustrirte Zeitung“ aber schließlich doch vollständig auf eigene Fäße stellen, und nun entfaltete sie sich auch als eine Zeitschrift von durchaus nationalem Geiste, die das gesamte Leben der Welt, das politische und das kulturelle, bis ins einzelne widerspiegelt: ein Universum im Kleinen. In der Bervollkommnung des Holzschnittes gelangte sie dabei zu einer bis dahin noch nie erreichten Höhe. Bis zu seinem am 16. März 1880 erfolgten Hinscheiden leitete Johann Jakob Weber das Institut selbst; nach seinem Tode trat sein Sohn Dr. Felix Weber als vollwertiger Erbsatz an seine Stelle. Die Redaktion der Zeitung liegt jetzt 1886 in den bewährten Händen von Franz Metzsch.

Der Aufschwung, den die Holzschnitt-Illustration nun in den vierziger Jahren nahm, machte sich jedoch nicht nur in der „Illustrirten Zeitung“, sondern auch in mannigfachem anderen bildlichen Schmucke bemerkbar. Es wurde Sitte, Titel, Diplome und Programme mit Holzschnittbildern zu zieren, und eine Stuttgarter Buchhandlung ließ sogar eine Prachtausgabe des Nibelungen Liedes mit Holzschnitten nach den Schnorschen Bildern schmücken. Dabei bürgerte sich der Holzschnitt immer mehr ein, worauf er sich fast von selbst ergab, daß schon zwei Jahre nach der Gründung der „Illustrirten Zeitung“ eine zweite illustrierte Zeitschrift hervortrat, allerdings von durchaus anderem Charakter und auch unter vollständig andern Verhältnissen, ein humoristisches Journal unter dem Titel „fliegende Blätter“ in München.

Der Gründer des Blattes war der Maler Kaspar Braun. Aber dieser ging nicht als vorsichtig abwägender, die Verhältnisse mit scharfem Auge überblickender Geschäftsmann ans Werk, er Johann Jakob Weber, sondern es war mehr ein Ungefahr, der ihn veranlaßte, die „fliegenden Blätter“ ins Leben zu rufen.

In Aschaffenburg am 13. August 1807 geboren, eignete sich Braun zunächst in seiner Vaterstadt eine tüchtige Gymnasial-

bildung an und ging dann 1822 nach München, um dort Maler zu werden. Mit frischem Wagemut versuchte sich der fleißige Kunstjünger in allen Arten der Technik, der Ölmalerei, der Freskomalerei, dem Steinzeichnen, der Radierung und selbst in der Holzschnittekunst, in der er es aber, da sie in Ermangelung jedes tanglichen Werkzeuges bloß mit dem studentischen Federmesser gelutet werden konnte, nur zu sehr ungenügenden Ergebnissen brachte. Er blieb dann schließlich bei der Ölmalerei, die ihm die meiste Aussicht auf Erfolg zu bieten schien, und schuf eine Reihe von Bildern, die auch Anerkennung fanden, „Pappenheims Helidentod in der Schlacht bei Lützen“, „Gustav Adolfs Leiche auf dem Felde zu Lützen“, „Kaiser Otto II. auf der Flucht durch den Ardennen-Wald“ u. a. Allein eine besondere Position in der Kunstwelt erlangte er trotz aller Anerkennung nicht mit ihnen, und so fing er wieder zu zeichnen an. Da sah er eines Tages die vorzüglich in Holz geschnittenen Illustrationen Grandvilles zu Lafontaines Fabeln, und sofort erwachte die alte Neigung für den Holzschnitt wieder in ihm. Diesem wollte er sich fortan widmen. Aber in Deutschland war kein Meister, an dem er sich hätte bilden können; er entschloß sich daher, 1838 mit seinem Freunde Johann Nehe nach Paris zu gehen, wo es ihm dann auch mit Grandvilles Hilfe gelang, Schüler des berühmten Xylographen Henri Brevière zu werden. Mit eisernem Fleiß brachte er es bald zu großer Fertigkeit, so daß er nach einiger Zeit, nach München zurückgekehrt, dort mit dem ihm befreundeten Herrn v. Deffauer eine xylographische Anstalt gründen konnte. Später löste sich diese Geschäftsverbindung, und an die Stelle Deffauers trat der Buchhändler Friedrich Schneider (geb. 10. Okt. 1815). Die Anstalt hatte sich mittlerweile sehr gehoben; von allen Seiten kamen Aufträge, da es immer mehr Sitte wurde, den Holzschnitt statt des Stahlstiches bei den Illustrationen zu verwenden. Auch die Münchener Liebertafel ging zu dieser neuen Geschmacksrichtung über und ließ ihre Programme von der xylographischen Anstalt von Braun und Schneider mit künstlerischem Schmucke ausstatten. Diese von köstlichem Humor belebten Zeichnungen Kaspar Brauns fanden aber weit über die Grenzen der Liebertafel hin-

aus Beachtung und Beifall, so daß der Künstler auf den Gedanken kam, öfters dergleichen „fliegende Blätter“ in die Welt zu werfen, da sie „von der fröhlichen Jugend sicherlich und gerne eingehaßt würden.“ Dazu sollte abwechselnd Altes und Neues benutzt werden. Die erste probeweise ausgegebene Nummer, welche die zwanglose Reihe 1845 eröffnete, gefiel aber so ausnehmend, daß schon nach kurzer Zeit die zweite folgte mit dem Vermerk: „24 Nummern bilden einen Band“, worauf sich dann die weiteren anreihen. In N. 4 heißt es: „Erscheinen monatlich 2 bis 3 Mal.“ Die kleinen Hindernisse, die sich noch in den ersten Jahren stellten, wurden leicht überwunden, und bald segelte das neue Journal, das ganz unvermutet entstanden war, seine sichere Bahn. Doch erst in N. 60 wagte man zum erstenmale den Vermerk zu machen: „Erscheint wöchentlich einmal“. Die erste Titeldignatur mit politischem Beigeschmack und den Karikaturporträts der Herausgeber wurde nur bei der ersten Nummer verwendet; die zweite Nummer trug bereits die jetzt noch gebräuchliche, die mittlerweile in Paris geschritten worden war. Die Sorge, daß wegen Mangels an Stoff der Spaß eines Tages verbrochen sein werde, wurde bald gegenstandslos, denn die Beiträge strömten von allen Seiten zu, und die Fülle wuchs der Redaktion beinahe über den Kopf. Deutschland besaß damals noch kein einziges derartiges Witzblatt, und so fiel den „fliegenden Blättern“ sofort ein höchst dankbares Publikum aus allen Ecken und Enden Deutschlands zu, das ausgerechnet seine humoristischen Einfälle, Scherze und Witze beisteuerte.

Irgend welches Programm wurde von den Herausgebern nicht aufgestellt; man brachte alles, von dem man sich versprach, daß es die Beschauer und Leser amüsieren würde, und da es lebhafteste politische Stimmung alle Kreise beherrschte, so streuten man zwischen die Scherze über Spießbürgermarckheiten, Jagdabenteuere und Kirchweihschlägereien auch reichliche politische Satiren ein, die ganz besonders gefielen. Kaspar Braun erfand die Karikaturfiguren Baron Weisels und dessen Hofmeister Dr. Eitel, die Deutschland durchreisen und höchst ergötzliche Erfahrungen machen, ferner den politizierenden Wählhuber, den Heulmaier und den Master Vorwärts, Pöck den Staatshämorrhoidarius u.

Moritz von Schwind wagte sich sogar bis an den König Ludwig I. heran und machte sich in lösslicher Weise über dessen Liebeshandel mit der Tänzerin Lola Montez lustig. Der Spott war in eine Fabel gekleidet, „Der Teufel und die Katze“, die ganz reizende Bilder umrahmten. „Es war einmal“, begann die Fabel, „ein schönes schwarzes Käglein, Mausbeißia geheißn; das hatte eines düstern Abends ein Mäuslein gefangen.“ Das bittet gar rührend, es am Leben zu lassen; es verspricht dafür, ihm lebenslang dienstbar und gehorsam zu sein, ihm auch mit „allerlei Kurzweil und Mottien die Zeit zu vertreiben.“ Mausbeißia gewährt die Bitte und das Mäuslein leuchtet ihr schon am nächsten Abend gar zierlich mit einem blechernen Laternlein beim Mausfang. Das schwarze Käglein war unmaßen froh über seinen Sklaven. Doch bereits nach kurzer Zeit war das Mäuslein schon mächtig in der Gunst seiner Gebieterin gewachsen, und es mochte schwer zu unterscheiden sein, wenn Mäuslein anmutig die stolze Mausbeißia über die Straße geleitete, ob es Diener oder Kavaliere seiner Dame sei. — Bald herrschte der frühere Sklave im Hause, und Mausbeißia mußte oft die Ausbrüche seiner Launen und Mäufe dulden, die namentlich jeden Morgen, wo er der zum Schatten gewordenen Gebieterin regelmäßig den Schweiß auslammte und dabei rupfte, zupfte und kratzte, schon unerträglich waren. — Düstere Ahnungen durchbebten Mausbeißias Busen, sie sah bald, aber zu spät, ein, daß sie einem Ungetüm das Leben geschenkt, welches offen die Larve wegwarf, grinsend die Peitsche über sie schwang und sie in Rehe zog, aus denen kein Entrinnen mehr war. In einer stürmischen Nacht erscholl aus Mausbeißias Hause ein entseßliches Wehgeschrei, und man will gesehen haben, daß ein graujames Gespenst, so einige für den Teufel selbst gehalten, die Katze durch die Luft davongeführt habe. Moral: „Nimm keinen Teufel in dein Haus, auch wenn er noch so klein wäre, denn er wird dir über den Kopf wachsen und dich verderben.“

Im Jahre 1848 steigerte sich natürlich die Schärfe des Witzes; er bekam nicht selten einen Stich ins Grimmig-gallige und Bissige. Der preußische Leutnant zieht die zweite Garnitur seiner Handschuhe an, weil er vielleicht in den Fall kommen wird,

die „Kanaille“ zu vernichten, Der bayrische Soldat schimpft über die Revolutionäre, die die Hauschay-Frage debattieren: „Z Sakro — geben halt loan Ruh, z'erst ist's ihnen nit red g'wesen, daß der König an Schatz hat, und jetzt ist's ihnen wieder nit recht, daß er loan hat!“ In der Bürgerwehr ist die Gemütslichkeit die Hauptsache, und da die Offizierswahl Differenzen bringen scheint, schlägt der Vorsitzende vor: „Meine Herren, damit wir keine Unannehmlichkeiten haben, bleiben wir alle Offizier und wählen uns lieber einen Gemeinen!“ Am meisten oben an in der bewegten Zeit sind natürlich die Frankfurter, denn die Stadt ist ja das Zentrum des politischen Lebens. Sie nehmen denn auch in Bezug auf ihre Wünsche und Forderungen die Mund sehr voll. „Un e Republik will ich hawe“, ruft der Frankfurter Pfahlbürger aus, „un wenn's mei Löwe gib! Un e Kaiser will ich hawe, und wenn's mein Kopp lost!“ Selbst die Frauen haben dort ihre ausgeprägte politische Ansicht. Ein Schneidersfrau, die über den Besuch der Parlamentsitzungen ihre häuslichen Arbeiten vernachlässigt und deswegen von ihrem Mann mit der Frage: „Was willst du denn eigentlich?“ zur Rede gestellt wird, antwortet pathetisch: „Ich will monarchisch-republikanische Anarchie auf der breitesten Unterlage!“

Als die stürmische Periode von 1848 vorüber war, zog sich die „Fliegenden Blätter“ aus der politischen Arena zurück, vermieden jede Beziehung zur Zeitstimmung und beschränkten sich auf den tendenzlosen Humor, auf das Gebiet des Naiv-Komischen gingen aber auch hier allem schärferen und ägenden Spotte an dem Wege. Der Philister, der Pantoffelheld, der Hausvater, die Schwiegermutter, der Badfisch, der Bergfex, der Studierespund, der geadelte Kommerzienrat u. sind ihre Helden und Heldinnen. Dadurch verloren sie ihre humoristische Individualität und sanken zum bloßen Sammelplatz von allerlei Scherzen, Witz und drolligen Anekdoten herab. Sie besaßen darum auch keine literarische Physiognomie und haben auch, trotz ihres langen Lebens keine humoristische Literatur hervorgerufen, wenngleich Dichter wie Geibel, Scheffel, Bodenstedt, Stieler, Kobell, der Aisthete Vischer u. a. zuzeiten sich als Mitarbeiter einstellten.

So gering also die literarische Bedeutung der „Fliegenden Blätter“ ist, so hoch steht auf der andern Seite ihr künstlerische. Mit Recht ist von ihnen gesagt worden, daß sie ein halbes Jahrhundert lang nahezu der einzige feste Hort des feinen künstlerischen Holzschnittes, der Facsimiletechnit, wie des Tauschnittes gewesen sind. Eine große Menge vorzüglicher Künstler trat in den Kreis ihrer ständigen Mitarbeiter; es seien nur Karl Spitzweg, H. Dyck, Eduard Mæ (der auch von 1864 ab bis zu seinem 1900 erfolgten Tode ständiger Redaktions-Beirat war), Max Haider, der Jagdhumorist, Karl Stauber, F. Vossow, Ludwig von Nagels, der die vorzüglichen Pferde- und Soldaten-Karikaturen schuf, Wilhelm Busch, Adolf Oberländer, Franz Studt, Thomas Theodor Heine, E. Harburger, Hermann Schlittgen, A. Hengeler, Hermann Vogel und Fritz Staub genannt.

Die Gründer der „Fliegenden Blätter“ waren auch beide bis an ihr Lebensende die Hauptredakteure des Blattes, doch starb Friedrich Schneider bereits am 9. April 1864, während es Kaspar Braun vergönnt war, noch dreizehn weitere Jahre, bis zu seinem am 29. Okt. 1877 erfolgten Tode, für sein Blatt zu wirken. Heute zeichnet ein Sohn Friedrich Schneiders, J. Schneider, als verantwortlicher Redakteur.

Mit den „Fliegenden Blättern“ schließen wir die lange, kaum übersehbare Reihe der Zeitschriften der dreißiger und vierziger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts. Ganz außerordentlich viel Mittelmäßiges und nur wenig Wertvolles ist uns im Laufe unserer Betrachtung begegnet, da jede freiere geistige Regung von den deutschen Regierungen alsbald unterdrückt wurde. Aber trotzdem sind diese mannigfachen Journale ganz bedeutende Förderer unseres nationalen Geistes gewesen, hochwichtige Mitthelfer bei der Überwindung jener traurigen Periode, die wir als die Zeit des Vormärz bezeichnen. Es zeugte daher auch von einer durchaus richtigen Beurteilung des Journalismus jener Jahrzehnte, als Barnhagen von Ense einmal in einem Briefe an Troxler sagte: „Und doch sind diese papierernen Fluten, geschriebene und gedruckte, die stärksten Wogen der Zeit.“



Dritter Abschnitt.

Im Strudel der Pressfreiheit.

(1848 und 1849.)

Erstes Kapitel.

Das Zeitungswesen in Preußen.

1. Die Berliner Presse. Die Aufhebung der Censur und die Verkündung der Pressfreiheit. J. H. v. Kirchmann über die freie Presse. Die alten Berliner Zeitungen. Die neuen Blätter. Die allgemeine Haltung der Zeitungen. Die Hülflosigkeit der Blätter gegenüber der Fülle der Ereignisse. Ihr enger Gesichtskreis. Die „National-Zeitung“. Ihre Gründer. Ihr Programm. Ihr Chef-Redakteur F. Jabel; ihr geschäftlicher Leiter Bernhard Wolff. Ihr Mitarbeiter Rudolf Haym. Die übrigen Mitarbeiter. Wolffs Telegraphisches Bureau. Die „Neuwähler-Zeitung“. Ihr Gründer A. Bernstein; ihr Mitredakteur H. Holzheim. Die „Neue Preuß. Zeitung“ (Die Kreuzzeitung). Ihr Gründer ist Bismarck. Dessen Stellung zur Presse überhaupt. Seine Aufforderung, eine konservative Zeitung zu gründen. deren Programm. Die Gründung der Zeitung im Mai 1848. Ihr erster Chef-Redakteur Hermann Wagener. George Hefesiel. Die Haltung der „Kreuzzeitung“. Bismarcks „Kreuzzeitungs“-Artikel. Die „Konstitutionelle Zeitung“, eine Gründung Hansemanns. Ihr Redakteur K. Weil ist keine bestimmte Richtung ein. Rudolf Haym übernimmt die Redaktion. Ende der Zeitung.

So angelegentlich auch die deutschen Regierungen bestrebt waren, die Presse in möglichst engen Schranken zu halten und besonders die Erörterung der politischen Angelegenheiten auf das geringste Maß zurückzudrängen — das allgemeine heiße Verlangen im Volke, aus der ständigen Bevormundung, der Zümmlichkeit der politischen Verhältnisse heranzukommen und zu freiheitlichen Institutionen, sowie zu einem selbstgestützten Staatwesen zu gelangen, wuchs darum nur um so ungestümer empor. Schon im Herbst 1847 bildeten sich daher in Süddeutschland im stillen politische Vereine, die es sich zur Aufgabe machten, gesündere politische

Verhältnisse herbeizuführen, und als dann plötzlich am 24. Februar 1848 in Paris die Revolution ausbrach und das Junkerthum wie ein Kartenhaus zusammenstürzte, erhoben sich auch mit einem Schlage in ganz Deutschland Tausende von Stimmen die laut und ungestüm nach Reformen und nach der Befreiung der Presse von allen hemmenden Fesseln riefen. Der Sturzbrach so plötzlich los, daß ein jäher Schrecken alle Regierungen erfaßte. Am meisten fühlte sich der Hohe Bundesstag erschüttert: er wurde von einer greisenhaften Angst befallen und machte in aller Eile die unjassensten Zugeständnisse. Mit einer aus Rasmische grenzenden Hast erließ bereits am 1. März das Präsidium der Bundesversammlung in deren Namen eine Ansprache an das deutsche Volk, in der es sich zu der Ansicht emporschwang „Deutschland müsse auf die Stufe gehoben werden, welche ihm unter den Nationen Europas gebühre“, und zwei Tage später, am 3. März, geschah das Unerhörte, kaum Glaubliche, daß die Bundesversammlung einen Beschluß faßte, demzufolge es jedem deutschen Bundesstaate freigestellt wurde, die Zensur aufzuheben und die Pressfreiheit einzuführen. Einige Wochen darauf erfolgte auch die Aufhebung der Karlsbader Beschlüsse von 1819 für ganz Deutschland.

Eine ganze Anzahl deutscher Staaten entsprach jetzt dem allgemeinen Drängen und gab die Presse frei. Bereits am 4. März 1848 publizierte die Freie Stadt Frankfurt ein neues Pressegesetz, das nur die wenigen kurzen Paragraphen enthielt: § 1. Die Presse ist frei. Die Zensur darf nie wieder eingeführt werden. § 2. Vergehen oder Verbrechen, durch die Presse verübt werden nach dem bestehenden Rechte geahndet. § 3. Jede Truchschrift muß mit dem Namen des Druckers und Verlegers, jede Zeitung mit dem Namen des Druckers und verantwortlichen Redakteurs versehen sein. Am 7. März folgte das Herzogthum Nassau, in dessen Bereiche in den letzten drei Jahrzehnen nur eine einzige politische Zeitung hatte erscheinen dürfen, und veröffentlichte das Press-Gesetz: „§ 1. Die Zensur ist aufgehoben und unbeschränkte Pressfreiheit eingeführt. § 2. Vergehen, welche durch das Mittel der Presse begangen werden, unterliegen der

und Entschien, und bei der Staatsanwaltschaft liefen viele Denunziationen ein, mit der Aufforderung, strafend einzuschreiten. Aber der Staatsanwalt Julius Hermann von Kirchmann erließ unter dem 11. April 1848 eine Bekanntmachung, die in den Kanälen der deutschen Presse einen weithin sichtbaren Platz verdient. Nur wenn die Tagesblätter unmittelbar Personen angriffen oder zur Verletzung des Eigentums aufforderten, sagt er, könne gegen sie eingeschritten werden. Dann fuhr er weiter hin: „Theoretische Untersuchungen der Verfassungen, möchten sie auch in der Diskussion der Regierungsformen oder der Eigentumsrechte noch so weit gehen, sind der Autorität des Staatsanwalts entzogen. Gegen die Erzeugnisse des Geistes, auch des böswilligsten, gibt es keine anderen Waffen, als die des Geistes. Zuchthaus, Geldstrafen dagegen anzuwenden, erscheint als rohe Gewalt, die nur dazu dient, solchen Ansichten den Schein der Wahrheit zu leihen und ihre Vertreter zu Märtyrern des Volksworts zu erheben. Gegen die Unwahrheit gibt es nur ein Mittel — sie zu widerlegen. Verfährerischen Theorien wird der gesunde Volkssinn stets widerstehen. . . Wer Pressfreiheit will, muß auch deren Mißbrände zu ertragen wissen.“ Dieser Staatsanwalt wurde allerdings später wegen seiner liberalen Ansichten seines Amtes entsetzt. Er machte sich dann durch eine Reihe juristischer und philosophischer Schriften einen bedeutenden Namen.

In Berlin erschienen beim Ausbruch der Revolution außer dem Regierungsblatte, der „Allgemeinen Preussischen Zeitung“ noch immer nur zwei Blätter von wirklicher Bedeutung, die „Spener'sche“, die in diesen Tagen in der Person des Dr. Alexio Schmidt (geb. 1818, gest. 1903) einen neuen Redakteur erhielt, der dann die Leitung des Blattes jahrzehntelang inne hatte, und die „Voss'sche Zeitung“. Daneben entwickelte sich sodann für kurze Zeit die „Berliner Zeitungshalle“, die 1846 von Gustav Julius herausgegeben und bisher als Vertriebsblatt geschätzt, zu einem laut lärmenden Revolutionsblatte wurde; außerdem erweiterte der „Publizist“, eine seit 1845 bestehende Zeitschrift zur Besprechung gerichtlicher und polizeilicher Angelegenheiten, gesellschaftlicher und bürgerlicher Verhältnisse in Besied-

stände“, herausgegeben von A. J. Thiele, seine
 uraltem Sinne und wurde ebenfalls eine Tages-
 schon Ende März, begann Dr. E. Meyen „Die
 ran der demokratischen Partei“, eine wöchentlich
 io erscheinende Zeitung, herauszugeben; unmit-
 n 1. April, erschien die erste Nummer der „Ma-
 ung“, und weiterhin tauchte in rascher Folge ein
 on Blättern auf, von denen sich aber manches nur
 von wenigen Wochen, ja in verschiedenen Fällen
 cu Tagen erfreuen konnte. Die meisten schwanden
 m November 1848 der Belagerungszustand über-
 igt wurde; von den übriggebliebenen mußten dann
 heinen einstellen, als nach der preussischen Verfassung
 i. 1850 mit dem 1. Juli 1850 für jede periodische
 dschrift die Kaution eingeführt wurde. Die Kau-
 für Zeitungen, die wöchentlich dreimal oder weniger
 icht unter 500 Taler, bei mehr als dreimal erscheinender
 1000 Taler und in der Regel bei täglichen Zei-
 unter 5000 Taler.

zu gleicher Zeit mit der „National-Zeitung“ erschien
 i 1848 die „Lokomotive, Zeitung für politische
 s Volks“, herausgegeben von Held, gelangte sechs-
 mal zur Ausgabe und bestand sodann bis 1850, am
 Die Volks-Stimme, Blatt des Volksvereins für
 id Arbeiter“, herausgegeben von Max Schäfer, am
 Die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“, herausgegeben
 hrend und Schmidt und eine zweite „Deutsche Ar-
 eitung“, redigiert von Dr. A. Lubach und Theophil
 m 22. April die „Konstitutionelle Klub-Zeitung“,
 ben vom konstitutionellen Klub und redigiert von Dr.
 ruz, zu Anfang des Mai die „Deutsche Volkszei-
 Stadt und Land“, redigiert von Dr. Bernhardt, am
 e „Bürgerwehr-Zeitung“, redigiert von den Majors
 n und von Wimpffen, später von Fr. Schröder, ferner
 ürger-Wache, ein Wochenblatt für das Bedürfnis der
 digiert von J. A. Wohlgenut, am 6. Mai „Freischaar

für Polen, Blatt des Berliner deutschen Komitees zur Wiederherstellung Polens, redigiert von Dr. Solger, am 22. Mai „Der Demokrat“, herausgegeben von Baader, Rastfouy und Hoff, die „Preussische Parlaments-Zeitung“, herausgegeben von J. Horwiz und „Das neue Preußen, ein zwanglos erscheinendes (konservatives) Blatt zur Besprechung der Tagesfragen“, redigiert von M. Goldschmidt, am 13. Juni die „Berliner Zeitung“, von N. 3 (24. Juni) ab „Berliner Abend-Zeitung“, redigiert von Dr. Karl Ketslag und August Seyger, am 16. Juni die „Neue Preussische Zeitung“, zur selben Zeit, doch ohne Angabe des Datums, „Die ewige Lampe“, herausgegeben von Dr. Karl Siechen nebst Familie, der sich weiterhin „Die ewige Lampe oder Lampe der Gasse“ zugesellte, die aber gleich mit N. 21 begann, dazu bemerkend „die 20 ersten Nummern sind ausgefallen“, am 20. Juni die „Neue Berliner Zeitung“ = Dederschen Verlage, die später den Titel „Die deutsche Reform“ erhielt, am 1. Juli die „Bürger- und Bauern-Zeitung“, herausgegeben von Otto Ruppins und „Die Reform, politische Zeitung“, herausgegeben von Arnold Ruge und H. F. Oppenheim, die bereits am 1. April in Leipzig gegründet worden war, weiterhin im Laufe des August das „Neue Berliner Tageblatt“, redigiert von B. Meißelbach, „Die Barricade Unterhaltungsblatt der Gegenwart“, Verlag von N. Liebmann und „Berliner Großmaul“, am 5. September „Der Volks-Tribun“, redigiert unter der Verantwortlichkeit der Verlagshandlung von E. Löwenherz, am 7. Oktober die „Berliner Bürgerwehr-Zeitung“, herausgegeben von Dr. L. Weil und H. Dehne, im Laufe des Oktober „Die Republik, neue Zeitung für das deutsche Volk“, redigiert von August Braß, und „Die deutsche Reform, politische Zeitung für das konstitutionelle Deutschland“ redigiert von C. W. Oldenburg, und am 23. Dezember noch eine „Berliner Zeitung“, redigiert von Adam Loeffler.

Im Jahre 1849 ging die Hochflut zwar merklich zurück, trat auch jetzt noch eine ganze Reihe von Zeitungen nach und nach ins Leben: am 1. Januar „Die ewige Leuchte, polit-

Oppositionsblatt“, redigiert von Arthur Müller, und selten Tage vom selben Verfasser „Die ewige Fackel, tionsblatt“, am 2. Januar die „Preussische Volks-“, herausgegeben von Johannes de Marle, am 3. Januar tsche Bürgerwehr-Zeitung“, bisher „Berliner r-Zeitung“, jetzt redigiert von Dr. Ebler und Dr. L. 26. Februar „Die Tribüne, kritische Blätter aus schen Parlamente“, redigiert von Ernst Dohm und Stein, am 29. März die „Urwähler-Zeitung, Jedermann aus dem Volke“, später fortgesetzt als ig“, ungefähr um dieselbe Zeit die „Konstitution- ung“, redigiert von Dr. Karl Beyl, am 2. April :lmeyer-Zeitung zur Belehrung und Erheiterung nd Land“, redigiert von Dr. Cohnsehl, ebenfalls im Staatsbürger, Zentralorgan für die allgemeinen nd materiellen Angelegenheiten“, redigiert von Dr. J. ohne Datum, doch wohl ebenfalls zu Anfang des Neueste Preussische Zeitung — Rückwärts mit nig und Vaterland“, Redaktion in Frankfurt a. M., i. Koch, Druck in Berlin, wohl Anfang Juli die Allgemeine Montags-Zeitung“, redigiert von m 15. Juli die „Königs-Zeitung, Organ des für König und Vaterland“, redigiert von Ferdinand Suchheira-saja! Die Preußen sind da“, eine Zei-“, wie es scheint, nur 9 Nummern, vom 18. Juli mber, erschienen sind.“)

öfährliche Betrachtung kann nur der „National- „Urwähler-Zeitung“ und der „Neuen Preussischen eine kurze Charakteristik der „Konstitutionellen widmet werden. Doch sei zunächst die allgemeine Zeitungen charakterisiert. Revolution ausbrach, war die Berliner Presse nicht

: weitaus größten Mehrzahl dieser Blätter sind heute nur mern vorhanden. Die verhältnismäßig reichhaltigste Kolle- in der Magistrate Bibliothek zu Berlin, in der Friedlän- 19.

im Stande, die Bewegung zu übersehen und in ihrer Bedeutung erfassen. Sie brachte nur ungenügende Schilderungen der Vorgänge, erging sich in allgemeiner Freiheitsbegeisterung und ließ eine Beurteilung der Lage schufbig. Parteilichkeiten traten nicht hervor. Ein Chaos von Nachrichten, Aufrufen, Vorschlägen, Rathschlägen und Wünschen drängte sich in den Blättern. Daher klagte die Redaktion der „Zeitungshalle“, daß sie „allein in den letzten Tagen“ zwischen 60 bis 70 größere Aufsätze erhalten habe, die sie weder durchsehen und noch viel weniger abdrucken könne, und die „Vossische Zeitung“ erklärte, sie könne unmöglich alle die Artikel zurückschicken, die ihr in den letzten Tagen zugegangen seien. Ihrer Genugthuung über die Aufhebung der Zensur gab sie am 20. März in einem „Extrablatt der Freude“ Ausdruck. „Von nun an ist diesen Blättern eine große Aufgabe gestellt,“ hieß es dort. „Wie sie dieselben lösen werden, darüber müssen sie ihre Kräfte selbst erproben. Wie sie es dabei aufzufassen haben, darüber waltet ihnen kein Zweifel, und wir dürfen hoffen, daß auch die Leser, welche unsere Bestrebungen und Richtungen, soweit die Verhältnisse den Ausdruck derselben möglich machten, gefolgt sind, darüber keinen Zweifel hegen werden. Unser Banner ist der Fortschritt!“

Nach der Begräbnisfeier am 22. März begann sich jeder dieser chaotischen Zustände zu klären. Es bildeten sich politische Klubs, und in diesen traten bestimmte Tendenzen hervor: In den ersten Forderungen tauchten auf und damit die ersten Streitfragen. Der Kammergerichts-Assessor Pohle verlangte in der „Spenerischen Zeitung“ vom 4. April, daß das stehende Heer die Hälfte des Militär in Preußen auf ein Drittel des bisherigen reduziert werde. „Das Militär ist in den Bürgerstand aufgenommen,“ erklärte er, „der König und Vater ist mit seinen Untertanen ein Kinderspiel geworden. . . . Vom Militär-Etat können mehr als 12 bis 14 Millionen jährlich gespart werden.“ Weiter bildeten der Landtag und das Wahlgesetz den Gegenstand der Erörterungen. Die „Vossische Zeitung“ räumte die erste Hälfte ihres Redaktionsteiles — um allen gerecht zu werden — verschiedenen Ausführungen über das Wahlgesetz ein. In

· Besserung der gewerblichen und finanziellen Verhältnisse
 Der Justizkommissarius Robert spricht in der „Vostli-
 lung“ vom 8. April „ein Wort über die Abhülfe der
 and des „Geldmangels“ und schlägt vor, daß das vor-
 gemünzte Geld zwar unbedingt anerkanntes Wertzeichen
 § ihm aber eine Staatskreditvaluta als Papiergeld mit
 es durchaus gleichgestellt, ferner, daß das Ausführen
 nsten Geldes nach dem Auslande unbedingt verboten
 ohn Prince-Smith, der damals in Berlin lebte, wollte
 inspiration der Gemeinden“ als ersten Schritt zur „Ver-
 des Beamtenregiments“.

nem weiteren Blick vermochten sich die Politiker aber
 emporzuschwingen. Die deutsche Frage, die Süd-
 schon lebhaft beschäftigte, wurde kaum gestreift. Nur
 und beschäftigte man sich des öfteren. Man fürchtete,
 ßen der Freiheit der Polen nichts in den Weg lege“,
 ußland dem Königreich Preußen den Krieg erklären.
 i auch hier die Ansichten sehr verschieden. Die „Vost-
 lg“ sah die Situation als sehr ernst an und berech-
 den Bestand der russischen Armee, ja sie bestimmte
 vier preussische Armeekorps, die den vier Korps der
 tiven Armee gegenüberzustellen seien. Die „Ewener-“
 zeigte sich dagegen weniger ängstlich, und Rößcher
 bei der Isolierung Rußlands sei ein Angriff auf
) „sehr unwahrscheinlich“. Darauf erklärte aber die
 itung“ einige Tage später, ein Krieg mit Rußland sei
 ahrscheinlich, sondern „unvermeidlich“. In dieser
 Weise wurde weiter politisiert.

· r Fälle von politischen Erörterungen trat das In-
 jeater und Literatur, das bisher im Vordergrunde
) bisweilen das ganze geistige Leben Berlins be-
 weit zurück. Tief bekümmert sahen sich die Theater-
 Schauspiel- sowohl, wie die Opern-Referenten, die
 roße Rolle gespielt hatten, bei Seite geschoben. „Die
 amatischen Kunst,“ klagte Rößcher in dem ersten
 . ber nach dem 18. März am 24. März wieder in

der „Spener'schen Zeitung“ erschien, „haben drei Tage lang gestanden; der furchtbare Ernst der Wirklichkeit hatte die Bergründe, welche die Welt bedeuten, vergessen gemacht.“ Und weiterhin begrüßte er die Wiedereröffnung als den Anfang einer neuen Epoche auch für die dramatische Kunst. Ludwig Meißner (in der „Berl. Ztg.“ vom 28. März) „streift jetzt an dem Kunststempel nur vorüber“; er will von Mozarts „Figaro“ berichten, aber „selbst reizendsten, frischesten Farben der Kunst verbleichen neben den gewaltigen Blitzen, Leuchten und Donnern des Lebens, das die Welt durchzuckt.“ Ernst Koslitz dagegen (in der „Zeitung Halle“ vom 29. März) greift die Theaterintendantur an. „Die Schaubühne soll mit dem Gesamtleben der Nation eng verflochten sein,“ ruft er aus. „Von diesem Gesichtspunkte erscheint mir die jetzige unsägliche Schafflosigkeit der Theaterintendantur überaus verwerflich. Kleine Possen, veraltete Lieder und Opern werden gegeben. Wo sind denn Schillers „Fiesco“ und Goethes „Götz“, warum gibt man nicht Opern wie die verbotene „Stimme von Vortici“ und „Fidelio“? Oder führt man schon wieder den Sinn unseres trefflichen Volkes, der sich von Stunde zu Stunde immer großartiger entfaltet?“ Das Publikum aber fragte wenig nach den Theaterberichten; es kümmerte sich in politischen Auseinandersetzungen, Redekämpfen und hochtönen den Redomontaden. Die Zeitungen, die hiervon am meisten zu erwarten sich die meisten Leser. Trotz der Überfülle von Blättern, die sich alsbald bemerkbar macht, kamen doch viele, meistens vorübergehend, auf ihre Rechnung. Die Auflage der „Berl. Zeitung“ stieg in kurzer Zeit um fast 4000 Exemplare, sie ging von 20300 auf 24000 hinauf.*

Von allen neuen Blättern nahm gleich von der ersten Nummer an die „National-Zeitung“ den obersten Rang ein.

*) Wir können leider erst von hier ab die ausgezeichnete am 29. Oktober 1904 herausgegebene Festschrift „Die Westfälische Zeitung. Geschichte und Bildnisse auf drei Jahrhunderte“ von Wendt Buchholz benutzen. In der Vorrede weist sie sich die prächtigste Monographie, die bisher von einer Zeitung veröffentlicht wurde. Im Buchhandel ist sie nicht erschienen.

pekmärkte am besten fundiert und verfügte auch von vorn-
 er einen vorzüglichen Mitarbeiterkreis, der eine ganze
 tig bedeutender Männer Berlins in sich schloß. Sie
 Aktienunternehmen gegründet. Zunächst erfolgte die
 on 400 Aktien, das Stück zu 25 Talern. Ein „Komitee
 daktion der National-Zeitung“, das aus Diesterweg,
 Hermann Dunder, Eichholz, Herford, Kalisch, Mägge,
 Kange, Antenberg, Siemens, Volkmar und Zabel be-
 igte bereits unter dem 22. März das Erscheinen der
 1. In dem Programm, das es dabei entwickelte,

der Märtyrernacht der Freiheit vom 18. auf den
 ist die wahre und wirkliche Pressefreiheit für uns ge-
 selbe in ihrem schönsten und edelsten Sinne zum all-
 eften des Volkes zu verwenden, ist unsere Aufgabe.
 den Wahlspruch: „Alles für das Volk und alles durch
 zur Wahrheit machen. Die Schwierigkeiten einer
 te erkennen wir mit allen euisichtigen und gesinnungs-
 eru: des Vaterlandes an; aber wir schrecken nicht
 wir wissen, daß in jedem Menschen das Gefühl lebt,
 streben zu wollen, und erkennen darin unsere sichere
 ie Presse kann, wenn sie ihren Beruf erfüllt, nichts
 s) der Ausdruck der öffentlichen Meinung. Diese
 schland auf rechtsgleiche Ordnung, auf einträchtige
 f gesichertes Bürgerglück. Die Ansichten über die
 Ziel zu erreichen, sind verschieden; die Verschieden-
 chen, die friedliche Vermittlung anzubahnen, klare
 este Männer mit ihren geprüften Ratschlägen zu
 se dem Urteile aller Bürger zu übergeben, ist die
 sgabe der Presse. — Was wir wollen, ist in Kürze
 starkes, einiges Deutschland zum Schutz und Trutz
 id Westen. Die äußere Sicherheit unseres Vater-
 vir um so weniger gefährdet, je mehr die Völker
 ihre Interessen auf die friedlichen Eroberungen im
 lckerbaus, der Gewerbe, der Industrie und des
 et sein müssen. Die Stärke eines Volkes beruht

aber hauptsächlich auf der Anerkennung seiner politischen Wichtigkeit.“ Um diese nicht bloß zu besitzen, sondern auch in der zu gebrauchen und zu verwerten, will die Zeitung für eine Reihe von politischen und sozialen Reformen eintreten.

Mit diesem Programm stellte sich die Zeitung sofort auf eine höhere Warte, als die übrigen Berliner Blätter. Sie erhob über Preußen und sagte gleich von vorn herein ganz Deutschland ins Auge. Der Nationalstaat war von Anfang an ihr höchstes Ziel. Das Aktienkapital von 10000 Talern war bald gezeichnet, worauf sich ein „Verwaltungsrat der National-Zeitung“ bildete, der aus Diesterweg, Stadtrat Hermann Debes, Franz Dunder, Eichholz, Esser, Falkenberg, Herford, Lehmann, Kalisch, Nauwerck, Runge, Siemens, Volkmar und Werner bestand. Später rief dieser Verwaltungsrat mit den übrigen Aktionären noch einen „Nationalzeitungs-Klub“ ins Leben, der wöchentlich einmal zusammen kam, und in dem der Inhalt, die Richtung die Interessen der Zeitung besprochen und bestritten. In der Redaktion der Zeitung wurde A. Antenberg und Dr. F. Zabel, die des Journalisten Theodor Mügge, dem bekannten Romanschriftsteller, übertragen. Die Leitung der Expedition übernahm Bernhard E. Auf diese Weise vorzüglich ausgerüstet, begann die Zeitung am 1. April ihren Lebenslauf. Sie erschien täglich als Morgenblatt in groß Folio zum Vierteljahrespreise von 1 Taler 22½ Sgr. großchen, gedruckt bei J. Sittenfeld.

Der Artikel, mit dem die Zeitung eröffnet wurde, „So wollen“ überschrieben, entwickelte nochmals das Programm des Blattes, betonte aber das Deutsche noch nachdrücklicher. „Wir wünschen wollen wir sein im edelsten und reinsten Sinne“, erforderte die Redaktion. „Vereinigt mit allen Deutschen werden wir den Fortschritt der Bewegung fördern, indem wir feste Ziele im Auge haben. Vor allem aber glauben wir, muß man die deutsche Entwicklung den Umständen nach dem Leben, nicht nach Zwängen den äußeren Zuschnitt machen oder ändern.“ Das Journal leitete Mügge mit einer Erörterung seiner Aufgabe ein. Er nicht die Absicht, erklärte er, die Leser im Zeitalter zu

der Unterhaltung wegen, sondern man wolle auch ihre
 ichtung bessern, ihr Nachdenken erwecken, „ihre Ge-
 ein bestimmtes Ziel führen, ihren Gefühlen eine
 und Empfänglichkeit für die Ideen der Gegenwart
 Der erste Berliner Artikel „begrüßte mit Freuden“
 ung im Ministerium (S. v. Arnim hatte seine Ent-
 ten, und Camphausen war Ministerpräsident und
 inanzminister geworden), die unter anderem auch die
 abe, daß jetzt „die Rheinprovinz in das Herz der
 rückt“ sei, indem „die Männer ihres Sinnes, die Män-
 besten Verstande repräsentieren, im Räte des Königs“
 h „die mögliche Gefahr einer Zerstückelung des
 (man hatte „den Abfall der Rheinlande“ befürchtet)
 r Ausbruch eines Gewitters an dem einen Ende der
 möglich geworden“ sei. „Dem stillen Geiste der
 laum zu lassen und die Ideen zu begreifen, die sie
 hieß es in dem Artikel weiter, „dazu ist Camp-
 'ann, aber das volle Geschick des praktischen Staats-
 entschlossene Geist des energischen Handelns, die
 Verstandes und der Glaube an die Tat — das
 nden Hausemanns.“ Als der Verfasser dieses Ar-
 : sich Rudolf Haym, der sich bereits in einer
 des Vereinigten Landtages schriftstellerisch versucht
 er als der Geschichtsschreiber der romantischen Schule
 Herders einen hervorragenden Rang in der Ge-
 nehmen sollte.

gramm der Zeitung fand allgemeinen Beifall, und
 Blatt auch hielt, was es versprochen hatte, gewann
 elftausend Abonnenten. Diesen Erfolg hatte es
 teten Redakteuren zu verdanken, die es leiteten. Die
 le des Blattes war von Anfang an Friedrich
 Huttenberg trat bald zurück. Zabel wurde am
 1802 zu Berlin geboren, studierte Theologie, wo-
 Wohlwollen Schleiermachers erwarb, und bekleidete
 t die Stelle eines Predigamtscandidaten in Schwedt
 verlangte er nach einem regeren geistigen Leben, gab

die Laufbahn des Geistlichen auf und kehrte nach Berlin zurück, wo er von 1840 ab für mehrere größere Zeitungen, unter andrer auch für die „Allg. Ztg.“, zu korrespondieren begann, bis 1848 die Chefredaktion der „National-Zeitung“ übernahm, die bis zu seinem am 4. Februar 1875 erfolgten Tode innehielt. Für diese Position besaß er gerade die wichtigste Eigenschaft: hervorragendem Maße, die Sicherheit im Urtheil. Ohne ein großes Schriftsteller und ein Mann weiträumiger, mächtiger Behar zu sein, wußte er vermöge seines scharfen Blicks und seiner bitteren Bitterung immer im geeigneten Momente das Richtige und Wahre herauszufinden, so daß seine Leser bei ihm nie das Gefühl der Sicherheit verloren. Weiterhin war ihm die bei leitenden Redakteure besonders schätzbare Fähigkeit eigen, aus Menge der sich fortwährend an eine große Zeitung Herantretenden rasch die wirklichen Talente zu erkennen und sich nutz zu machen. Durch diesen ausgezeichneten Spürsinn wußte er immer einen Kreis vortrefflicher Mitarbeiter zu bilden.

Ihm zur Seite stand als speziell politischer Redakteur Herr Matthäi (geb. 1817, gest. 1886), ein Mann von herber Strenge, der nach außen hin wenig hervortrat. Früher ebenfalls Theologe, hatte er sich schon in seiner Jugend für die politische Freiheit begeistert und war dann bald zum Journalismus übergegangen. Er gehörte der Redaktion bis 1873 an, in welchem Jahr er in den Ruhestand trat.

Die Leitung des Feuilletons besorgte Theodor Wägel, kurze Zeit, da seine Romane und Novellen seine geringe Aufmerksamkeit fast ganz in Anspruch nahmen. Sein Nachfolger wurde zunächst Titus Ulrich, weiterhin Eduard Tempelck und von 1873 ab der geistvolle Karl Frenzel. Die musikalische Kritik übernahm Otto Gumprecht.

Aus dem großen Stabe der Mitarbeiter sind Otto Wägel, der volkswirtschaftliche Fragen behandelte, Lothar Bucher, glänzende Berichte über die erste Londoner Weltausstellung lieferte, Eduard Vasker, der Leitartikel über die innere Politik des Kaiserthums, Borstins, Bamberger, Adolf Stahr, Jaume Es-

an Schmidt, Hermann Lessing, Adolf Voltmann u. a. zu
en.

Außer den tüchtigen Redakteuren und ihrem ausgezeichneten
arbeiterstabe erfreute sich die „National-Zeitung“ jedoch auch
eines hervorragenden Geschäftsführers, des in hohem Grade
thigen Bernhard Wolff, der ein vorzügliches Organisations-
t befoß und mit vieler Klugheit das Unternehmen durch ge-
volle Klippen wieder in das breite Fahrwasser zu leiten wußte.
ff hatte ursprünglich Medizin studiert, aber seine Praxis er-
en können und sich daher längere Zeit mühsam durch Über-
1 englischer und französischer medizinischer Abhandlungen fort-
szen gesucht. Weiterhin war er als Teilhaber in die alte
ische Buchhandlung eingetreten und hatte Karl Beck's Ge-
te verlegt, dabei aber, hauptsächlich durch die Schuld des
sters, einen unangenehmen Nachdrucksproceß herausbeschworen,
ihn bedeutende Summen kostete und ihm den Buchhandel ver-
te. Er verkaufte daher die Buchhandlung wieder und über-
m 1848 die Expedition der „National-Zeitung“. Um diese
seinerseits möglichst zu heben, kam er auf den Gedanken, den
erst auf einigen Hauptstrecken eingerichteten elektrischen Tele-
phen der Zeitung dienstbar zu machen, und ließ sich zunächst
merzielle, bald aber auch politische Nachrichten melden. Die
ähren waren jedoch sehr hoch; eine Depesche von Rön oder
Königsberg nach Berlin mußte mit 3 Talern und 10 Silber-
chen und eine von Petersburg sogar mit 13 Talern bezahlt
den; Wolff kam daher auf den kühnen Gedanken, für die
se und die Presse ein Abonnement auf die ihm zukommenden
graphischen Nachrichten zu eröffnen, und das führte ihn zur
indung des ersten Telegraphischen Bureaus. Mit
m wurde aber nach und nach eine völlige Revolution im
ungswesen herbeigeführt, besonders als Havas und Reuter
Beispiele Wolffs folgten. Erfreulicherweise erzielte Wolff
h seine geniale Idee, nachdem er die nicht geringen Schwierig-
n des Anfangs überwunden hatte, einen glänzenden Gewinn.
Jahre 1865 ging das Wolffsche Telegraphische Bureau an

eine Kommanditgesellschaft über, doch blieb Wolff noch bis 1879 als General-Direktor tätig. Weiterhin widmete er sich bis zu seinem 1879 erfolgten Tode nur noch der „National-Zeitung“. Diese war nach und nach sein Eigentum geworden. Am 1. November 1848 ab die Reaktion in Preußen sich fühlbar machen begann und der „National-Zeitung“ sogar einmal einige Tage die Postversendung entzogen wurde, mußte der herige demokratische Ton des Blattes im Interesse der Erhaltung bedeutend herabgestimmt werden. Dadurch löste die Zeitung ein gut Teil ihrer Beliebtheit ein und verlor im Laufe der nächsten Zeit die Hälfte ihrer Abonnenten. Die Aktion des Unternehmens fielen daher sehr bedeutend, worauf Wolff zu billigen Preisen an sich brachte. Er rettete damit die Zeitung denn mit den bedeutenden Mitteln, die ihm durch sein Telegraphisches Bureau zufließen, konnte er das Blatt über die schwierige Zeit hinwegbringen und einer neuen Blüte zuführen. Und eine solche Mission war er auch ganz der geeignete Mann. Frenzel, der ihn durch persönlichen Umgang genau kannte, zeugt uns dies in berechneten Worten. „Ich bin seinem Werke begegnet,“ schreibt er in dem Rückblick auf die ersten 25 Jahre der „National-Zeitung“, *) „der mir lebendiger die Stellung von sokratischem Geiste und Sinn erweckt hätte, als Allen Vorfällen des Lebens gegenüber, den freudigen wie widrigen, bewahrte er einen ruhigen Gleichmut der Seele. Still-heitere Gesäßtheit in das Unvermeidliche. Eine leise Dankschwelbe sein Wesen, wenn es galt, unbillige Forderungen zuwehren oder gereizte Empfindlichkeiten zu besänftigen. Abhandelte er mit Höflichkeit und Wohlwollen, aber er mußte das Wissen und Können eines jeden abzuschöpfen; seine Güter stach selten sein Urteil.“

Das Wolffsche Telegraphische Bureau wurde drei Jahre nach Wolffs Rücktritt in eine Aktiengesellschaft, die Kontinental-Telegraphen-Kompagnie, verwandelt, die im Geschäftsjahre 1879 bei einem Aktienkapital von 1000000 M über einen Re-

*) „Nat.-Ztg.“ vom 1. April 1898.



8 von mehr als 1000000 *M.* verfügte und 11,4 Prozent idende auszahlte.

Während die „National-Zeitung“ sich an den gebildeten gerstand richtete, wandte sich die „Urwähler-Zeitung“ an kleinen Mann, an die große Masse der Handwerker und der eiter in den Fabriken, an „Jedermann aus dem Volke“, wie selbst in ihrem Untertitel sagte. Doch erstand sie nicht unelbar nach dem Ausbruche der Bewegung, sondern erst, als is die ersten Zeichen der Reaktion drohend am politischen mel erschienen. Von Anfang an nahm sie daher eine abrende, verteidigende Stellung ein. Sie war von vornherein rebt, dafür einzutreten, daß dem Volke nun auch das Eroberte lten bleibe. Eine gewisse nervöse Angstlichkeit, eine bange rge, das schwer Errungene wieder zu verlieren, tritt insolgeen oft charakteristisch bei ihr hervor und gibt ihren Ausungen eine gewisse Bitterkeit und Schärfe. Zwei Männer sehr verschiedenartigen Charaktereigenschaften, Bernstein und heim, redigierten sie. Beide stammten nicht aus Berlin, doch en sie beide die große Eruption in der Hauptstadt mit angeen und waren auch beide dabei mit Leib und Seele für die e der Freiheit eingetreten. Der ältere von ihnen, Aron Bernu., wurde 1812 in Danzig geboren und sollte, da er einer mmen jüdischen Familie entstammte, Rabbiner werden. Die nubische Gelehrsamkeit sagte ihm aber wenig zu; er schute sich h dem frischen Leben der Gegenwart und ging daher 1832 h Berlin, wo er mit rastlosem Fleiß literarische und auch urwissenschaftliche Studien trieb. Ramentlich zogen ihn die gfil, die Chemie und die Astronomie an. Durch verschiedene eiten, Essays sowohl ästhetisch-kritischen wie naturwissenschafteu Inhalts, Novellen und selbst finanzpolitische Schriften zog mehr und mehr die Aufmerksamkeit auf sich und wurde dach mit den literarischen Kapazitäten der Hauptstadt, wie Chafo, Willibald Alexis, Wernhagen, Gubitz u. a., bekannt. Als politische Leben begann, trat er sofort mit aller Lebhaftigkeit die freiheitlichen Bestrebungen ein, und als dann die Rückrittsbewegung eingeleitet wurde, suchte er sie so viel wie mög-



lich zu hemmen und gründete zu diesem Zwecke das kleine satirische Volksblatt, dem er, um ihm die breiteste Schicht des Volkes zu erschließen, den Titel „Urwähler Zeitung“ gab. Die Zeitung erschien nur in bescheidenem Quartformat; die Nummer wurde am 29. März 1849 herausgegeben. Ihre Wirkung übte die Zeitung durch die Leitartikel, die Verhöhnung sich für sie schrieb, und in denen er sich als ein Meister des meinverständlichen Vortrags erwies. Mit großem Eifer und außerordentlicher Klarheit behandelte er die verwickeltesten literarischen Fragen und wußte dabei mit einem gewissen Humor das trockenste Thema noch etwas interessant zu machen. In der heißenden Satire ging er oft dem Gegner zu Leibe, besonders frömmelnden Sophistik der „Kreuzzeitung“ und ihrer. Einem besonderen Wert legte er auch auf die wirtschaftliche Erziehung des Volkes und schrieb zu diesem Zwecke eine Menge nationalökonomischer und naturwissenschaftlicher. In Anerkennung dieser Bestrebungen verlieh ihm später die Universität Tübingen die Ehre der philosophischen Würde. Bis an sein Lebensende unablässig ein tapferer und Forscher, starb er hochbetagt 1884.

Um die Kleinarbeit der Zeitung kümmerte sich Hermann nicht, diese besorgte Hermann Goldheim und zwar mit männlicher Sorgfalt. Goldheim wurde 1825 in Breslau geboren und hatte dort kaum seine philologischen und philosophischen Studien zu einem gewissen Abschluß gebracht, als ihn das Erwachen des ausbrechenden politischen Gewitters nach Berlin brachte. Er kam gerade, als die Katastrophe losbrach, betätigte sich in der Verteidigung der Barrikaden und wurde darauf mit anderen Schicksalsgenossen in der Nacht zum 19. März in Spandauer Kasematten gebracht, wo er bis zum nächsten Truppen festgehalten wurde. Diese Kampfeslust im Alter ihm bis zu seinem hohen Alter eigen geblieben; noch bis zu seinem am 14. Januar 1901 erfolgten Tode ist er lebhaft politisch tätig geblieben. Die Verfechtung seiner demokratischen Grundsätze und die unablässige Bekämpfung der reaktionären Maßregeln brachte ihn naturgemäß in viele Konflikte; über

l stand er unter Auflage, und fünfundzwanzig Mal wurde er teilweise sehr empfindlichen Freiheitsstrafen verurteilt.

Durch ihre unablässige Bekämpfung aller reaktionären Bewegungen zog sich die „Urwähler-Zeitung“ sehr bald den bitteren Zorn der Regierung zu; wiederholt wurden Nummern von ihr mit Beschlagnahme belegt, und endlich verbot am 25. März 1853 der preussische Ministerpräsident von Hinkeldey kurzer Hand das Weitererscheinen des Blattes. Vierzehn Tage darauf, am 9. April 1853, erweckte der Reichspräsident Franz Dunder das Blatt unter dem Titel „Volkstimme“, Organ für Jedermann aus dem Volke“ im Verein mit beiden bisherigen Redakteuren zu neuem Leben.*)

In grellem Gegensatz zu den demokratischen Blättern stellte die „Neue Preussische Zeitung“, gewöhnlich (nach dem neuen Kreuz im Titellopf) „Kreuzzeitung“ genannt. Sie wurde als Organ der evangelischen Hochkonservativen, die Vertreterin altpreussischen Adels und der kirchlichen Orthodog. Ihr Gründer war, wie wir jetzt durch H. v. Petersdorff wissen**), sein Vorgänger als der Abgeordnete Otto von Bismarck-Schönhausen, der nachmalige erste deutsche Reichskanzler.

Von jeher ist sich Bismarck des Wertes und der Bedeutung der Presse durchaus bewußt gewesen, wenn er auch das geringwertige Wort von den Journalisten als „Leuten, die ihren Beruf nicht verstehen“, so wie das andere nicht ehrenvollere Urteil der „Druckerschwärze auf Papier“ geprägt und auch noch in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ erklärt hat: „Mein Respekt vor der sogenannten öffentlichen Meinung, das heißt vor dem Willen der Wähler und der Zeitungen, war niemals groß.“ Vom Beginn seiner politischen Laufbahn an ließ er es sich angelegen sein, Verbindungen mit der Presse zu pflegen, und als richtiger

*) Die „Urwähler-Zeitung“ ist heute eine bibliographische Seltenheit. Ein komplettes Exemplar in fünf Quartbänden befindet sich in der Berliner Universitätsbibliothek, Friedrichsische Sammlung.

**) Forschungen zur brandenb.-preuss. Geschichte, Band 17, Heft 2, 210—216. Leipzig 1905.

Realpolitiker benutzte er sie immer in umfassendem Maße. 1 er sich Vorteil davon versprach, oder verfolgte sie strupellos, 1 er besorgte, daß sie ihm schaden könne. Es sei nur an die 4 ordonnanzen vom Juni 1863 erinnert. Später, in seinen 4 Jahren, hat er es gelegentlich auch nicht verschmäht, der 4 seine Anerkennung zu zollen und zu erklären, daß er die 4 liche Meinung als „Imponderabilien der Volksseele“ hoch 4 Ungewißhaft hat er in den positisch bewegten Zeiten gar 4 seiner Erfolge der Mitwirkung der Presse zu verdanken.

Der Wunsch, eine konservative Zeitung in Berlin zu 4 um durch sie die liberalen Zeitungen, besonders die süddeu- 4 zu bekämpfen, tauchte bei Bismarck, wie bereits S. 429 4 wäht wurde, im Sommer 1847 auf. Es schwebte ihm 4 das Bild einer „ständischen Zeitung auf der Basis religiöser 4 tralität“ vor, und er wandte sich, um das Projekt zur 4 führung zu bringen, an den Vizeobertribunalspräsidenten 4 v. Kleist zu Wobisch-Tschow, den bekannten Vertrauten 4 r Wilhelm IV., mit der Bitte, „unter Ihren Bekannten für 4 Beteiligung an dem Unternehmen wirksam sein zu wollen.“ 4 Zeitung solle, „unabhängig von der Regierung und deren 4 der konservativen Partei in ihrem weitesten Umfange als 4 dienen, die Erhaltung und besonnene gesetzmäßige Fortbildung 4 bestehenden Rechtszustandes vertreten und die Angriffe, welche 4 selbe unausgesetzt erfährt, abwehren, mögen sie von der 4 presse der Bureaucratie oder von ständischer Opposition ausgeht. 4 Weiterhin schlug er vor, die Zeitung auf Aktien zu gründen. 4 Aktie zu 100 Talern; als Gründungskapital seien „nach 4 Erkundigungen und reiflicher Erwägung“ 10000 Taler 4 lich. Darauf bildete sich ein Gründungskomitee, zu dem 4 Bismarck und Adolf v. Kleist noch Kleist-Negow, der 4 gierungsrat a. D. Werdeck, Fürst Radziwill u. a. gehörten. 4 gleich wurde das Programm bestimmter gefaßt. Als 4 Aufgaben wurden genannt: Erhaltung der Unabhängigkeit 4 Königthums sowohl nach außen hin wie in bezug auf 4 elege- 4 und Verfügung über die herkömmlichen Staatseinnahmen; 4 wicklung der ständischen Freiheit und Selbständigkeit in Bege-



die verfassungsmäßige Einwirkung der Stände auf alle
:ren Angelegenheiten „im Wege der Petition“; Beratung aller
gesvorschriften materiellen Inhalts; Zustimmung zu Schulden
neuen Steuern „in den von Seiner Majestät anerkannten
nzen“. Im Anschluß an die Verhandlungen des ersten ver-
gten Landtages würden „Periodizität der Ausschüsse, der Ge-
ach des Steuer- und Darlehensbewilligungsrechts“ in Betracht
men. Die ständischen Gliederungen, also Provinzial-, Kom-
ial-Landtage, Kreistage, Gemeinden, die Organisation der
st-ständisch vertretenen Klassen, seien aus dem ständischen
ichtspunkte in ihren Wechselwirkungen auf Verfassung, Gesetz-
ung, Verwaltung und mit Rücksicht auf das sich in der Tages-
sichte darbietende Material zu beleuchten. Dazu bedürfe es in
Zeitung Rubriken für wissenschaftlich-kritische Aufsätze, für
itische Neuigkeiten, allgemeine statistische Notizen, gewerbliche,
ndels-, Börsen- und Landwirtschaftsnachrichten, literarische An-
zen, Privatneuigkeiten, Verwaltungs-, Personal- und sogenannte
telligenachrichten.

So bestimmt und genau nun auch das Programm präzisiert
r, die Gründung des Blattes kam trotzdem noch nicht zu
nde; es verging fast noch ein ganzes Jahr, bevor man mit
ersten Nummer hervortreten konnte. Die Revolution mit
em Ungerwitter mußte erst kommen, ehe sich der konservative
eis zur Tat aufschwang. Kleist-Regow war es jetzt, der, be-
ders im Verein mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten Ernst
dwig v. Gerlach in Magdeburg, die Schaffung der Zeitung
ipfächlich betrieb. Unter dem 19. Mai 1848 forderte er die
rtei- und Gesinnungsgenossen zur Gründung der „Neuen Preu-
schen Zeitung“ auf und zwar unter ausdrücklicher Bezugnahme
f das im Jahre zuvor von Otto v. Bismarck und dem Fürsten
dizwill festgestellte Programm. Am 16. Juni konnte sodann die
te Nummer ausgegeben werden.

Das leitende Komitee bestand aus dem Grafen von Voß,
rrn von Bethmann-Hollweg, dem Kammerherrn Grafen Find
r Finkenstein, dem Baron Ernst von Pillich auf Sandow, dem
neral Leopold von Gerlach und dem Präsidenten von Gerlach.

Als politischer Leiter des neuen Blattes wurde Hermann gener gewonnen, ein Mann von ausgeprägt konservativer sinnung; für den ausländischen Teil, besonders für den französischen und englischen Artikel, trat einige Monate nach der Gründung George Fesefeld ein, ebenfalls ein begeisterter Anhänger der preussisch-royalistischen Ideen. Die Redaktion des „Zusatzblattes der Kreuzzeitung“ übernahm der verächtliche pensionierte Sekretär F. Goetsche, der später unter dem Pseudonym Metcalfe die Sensations-Romane „Sebastopol“ und „Rena“ schrieb. Hermann Wagener wurde 1815 zu Segeley bei rruppin geboren, studierte in Berlin die Rechte, war 1847 Historialassessor in Magdeburg, sah sich aber schon im nächsten Jahre als Gegner der liberalen Strömung zum Austritt aus Staatsdienst veranlaßt und übernahm nun die ihm von der konservativen Partei angetragene Stelle als Chef-Redakteur „Kreuzzeitung“. Darauf leitete er das Blatt bis 1854, und dann Rechtsanwalt beim Obertribunal und trat schließlich in den Staatsdienst. 1889 starb er. George Fesefeld wurde 1819 zu Halle geboren, studierte anfangs Theologie, später Geschichte und Philosophie, wandte sich aber bald dem literarischen Schaffen zu, redigierte von 1846 bis 1848 die belletristische Schrift „Die Rosen“, die in Leipzig erschien, von April bis November 1848 in Leipzig das konservative Blatt „Der patriotische Hausfreund“ und trat dann in die Redaktion der „Kreuzzeitung“ der er bis zu seinem 1874 erfolgten Tode angehörte. In seiner Redaktionsstätigkeit schrieb er noch eine große Menge Romanen, die sich sämtlich in der konservativen Welt- und Lebensanschauung bewegen und fast alle das preussische Königtum den Adel und das Heer verherrlichen. Es seien nur „Jena“, „Vom Hohenzierich“, „Krummensee“, „Stille vor Sturm“, „Preußens Königsbuch“, „Unter dem Eisen“, „Wappensagen“ und die „Soldatengeschichten aus alter Zeit“ erwähnt. Auch verfaßte er die erste Bismarckbiographie, „Buch vom Grafen Bismarck“ (Vielck, 1868), ferner viele politische Gedichte und Soldatenlieder und war auch noch ein Mitarbeiter bei Graf Stillfrieds genealogischen und herald

rshungen. Für alle seine Begeisterung und Hingebung erntete aber doch nur wenig Dank; es ging ihm ähnlich wie Fontane.*)

Die „Kreuzzeitung“ setzte von Anfang an sehr resolut und schlossen ein, stand doch hinter ihr „die kleine aber mächtige Partei“, deren Hauptmitglieder, außer den schon genannten beiden rachs, die Männer der nächsten Umgebung des Königs, neralsabjutant von Rauch, Hausminister von Massow, Hofrschall Graf Keller, ferner Stahl, Kleist-Neuw, Heinrich Leo Halle u. a., waren. Sie griff fast alles an, was ihr nicht iel, bekämpfte die Politik des Herrn von Radowiz, verteidete die verhängnisvolle Ansicht, daß Österreich der Vorrang Deuschland gebühre, und schlug auch ohne weiteres, wenn es paßte, der öffentlichen Meinung und dem Volksgefühl ins sichts. Dabei zögerte sie auch nicht, sogar den Annahungen) Übergriffen des allgewaltigen Herrn von Hindelbey gelegent-) die verhassten Abfertigungen angedeihen zu lassen.

Auch dem Auslande gegenüber führte sie eine scharfe Feder, urteilte die Reformen des österreichischen Ministers Bach, rauf dieser die Zeitung in Österreich verbot, und eröffnete eine tige Polemik gegen den Präsidenten Louis Napoleon, so daß

*) Nach seiner Bestattung erschien in den Berliner Zeitungen das
lett:

Bis daß er seine Augen hat geschlossen,
Sang er den Ruhm des Heers und Adels nur;
Er war des alten Preußens Troubadour,
Des Lippen Stammbaumartig überflou.

Im Arcusbliatt schmühdend Eures Adels Sprossen,
Sucht' er die schönsten Blumen auf der Flur.
Er folgte treulich Eurer Schritte Spur
Mit seinen besten Liebern unbedrohen.

Doch wer von Euch denn gab ihm das Geleit?
Wer schmückt' sein Grab, gab ihm die letzte Ehre?
Nicht einer? Doch! Vom Adel und vom Heere

Sind ihm gefolgt, um ihm die Dankbarkeit
Für die Boientreu' nicht zu verlosen,
Ein Offizier und Stillsrieds leerer Wagen!



sich dieser mehrmals beim preussischen Gesandten, dem Grafen Saybold, beschwerte. Saybold entgegnete, die „Kreuzzeitung“ nicht offiziell, der Präsident müsse sich an die offiziellen Klärungen des preussischen Kabinetts halten; Napoleon erreichte jedoch, er wisse genau, wie es in Berlin aussehe, und da „Kreuzzeitung“ von den wichtigsten Personen des Hofes erhalten werde, daß also der König in seinem Herzen an sie sei.“)

Unter den Mitarbeitern war Bismarck anfangs ein eifrigster. Nach dem Zeugnisse des Redakteurs Hermann Wackerich während der parlamentarischen Verhandlungen laun Nummer des Blattes, die nicht einen längeren oder kürzeren Titel des Herrn von Bismarck enthalten hätte, auch sei ein unerheblicher Teil der damaligen Scherze des „Berliner schauers“ auf das Konto Bismarcks zu setzen.**) In dem „vom Grafen Bismarck“ findet sich denn auch ein Bild, das Bismarck darstellt, wie er an einem Pulte der Redaktion der „Kreuzzeitung“ steht und schreibt. Im Hintergrunde zeigt sich der Charakter Bismarcks bestimmt als solche festzustellen. Der Bismarckforscher Horst Kohl hat sich, um dies zu erreichen, der unterzogen, ein weitschichtiges Material — nicht nur die „Kreuzzeitung“, sondern auch Memoiren und Briefwechsel — zu sichten, ist aber nur zu geringen Ergebnissen gekommen. Ihn hin konnte er Einiges von Interesse ermitteln, u. a. die Korrespondenzen, die Bismarck der „Kreuzzeitung“ über eine effiziente Liebe lieferte, die der Generalleutnant v. Radowitz am 25. Aug. als Kommissar der Regierung in der Zweiten Kammer über den Stand der deutschen Verfassungsangelegenheiten hielt. Bismarck dabei Freund und Feind mit sich fort, so daß sich, in Zeitungen aus jener Zeit berichten, am Schluß der Weis-

*) Otto v. Rantau, Preussens auswärtige Politik 1850 bis Berlin 1902, Bd. I, S. 291.

***) Hermann Wagener, Erlebnis. Meine Memoiren aus der Zeit 1848 bis 1866 und von 1873 bis jetzt. Berlin, 1884, S. 18 u. 54.

ter „seltenen“ Höhe steigerte. Nur Bismarck blieb kühl und ließ sich durch den effektvollen Vortrag nicht blenden. Mit seinem scharfen Blick erkannte er sofort die „logischen Sprünge und Risse, die mit Phrasen gewandt verdeckt wurden“ und legte sie dreimal (Nr. 197, 198 und 201) bloß, am ausführlichsten in der letzt-nannten Nummer, wo sich die Klauen des Löwen wiederholt deutlich ergötlich zeigt. Er schilderte zunächst das sich drängende Unbehagen, dann das Äußere des Redners, seine Gestikulationen, seine Würde, den „harmonischen Fluß der Rede“, und nachdem so reichliches Lob über ihn ergossen, belächelt er mit satirischem Hohn den Inhalt der Darlegungen. „Der Redner ging über den ‚Kern des Unbels‘ mit einem Scherz hinweg, der aus ernstem Munde seinen Eindruck nicht verfehlte, der aber auf alle Verfassungen der Welt, auch auf die abgelehnte Frankfurter, Anwendung findet, die bekanntlich den Demokraten zu gut, den Konservativen zu schlecht war.“ Zum Schluß macht sich Bismarck über die Zuhörer lustig, die sich von dem gewandten Rede-Tongleuten blenden lassen. „Die Nührung war allgemein,“ schreibt er, „ohne daß wir in der gedruckten Rede gerade die Stelle bezeichnen könnten, über die jeder einzelne weinte. Ernst ergriffen wir jeder von dem Eindruck, und namentlich unter den weichgefaßenen Seelen des Zentrums waren wenig Augen trocken. In dem hohen Beamten der Finanz rollte ein Budget von Tränen über die gerötete Wange; bei einem der zentralsten Pfeiler preussischer Gerechtigkeit brachte das Bestreben, die sichtbaren Zeichen der Nührung zu unterdrücken, so ungewöhnliche Konstellationen der Gesichtszüge hervor, daß ein Spatzvogel, dem selbst dieser Moment nicht heilig war, meinte, jener müsse eben das Unglück gehabt haben, Oberschlesien statt Oberungar zu trinken.“

Die scharf gewürzten Plaudereien in den „Rundschau“ der Zeitung schrieb längere Zeit Ernst Ludwig von Gerlach.

Nur vorübergehend zog die „Konstitutionelle Zeitung“, die im Frühjahr 1849 von David Justus Ludwig Hansemann gegründet wurde, die Aufmerksamkeit auf sich. Hansemann war vom 29. März bis 10. September 1848 Finanzminister gewesen und dann Chef der preussischen Bank und des Seehandlungs-

institutes geworden. Bei dieser hohen sozialen Stellung, die ihm ermöglichte, für eine große Zeitung von monarchisch-konstitutionellen Grundgedanken, im Stile des „Journal des Débats“, ein Aktienkapital von 100000 Talern zusammenzubringen. Mit diesem wurde er pompshaften Ankündigungen die „Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben gerufen. Karl Weil aus Stuttgart übernahm die Leitung des Blattes, während ihm noch acht Mitredakteure zur Seite traten. Allein Weil fehlte jedes Organisationstalent; er vermochte keinen bestimmten Plan für das Blatt aufzustellen und auch nicht einmal eine notwendige Übereinstimmung der Ansichten der Mitarbeiter herbeizuführen. Jeder von diesen entwickelte, unbeschränkt um die programmmäßige Politik der Zeitung, seine eigenen Ansichten, so daß auf der zweiten Seite oft das Gegenteil von dem, auf der ersten gehoben wurde, was auf der ersten Seite ein Leitartikel bekämpft worden war. Die Zeitung gelangte infolgedessen zu gar keiner Bedeutung; die Zahl der Abonnenten, die überhaupt über 900 nicht hinausgekommen war, schwand bereits im Ablauf des ersten Geschäftsjahres veranlaßt, ihre Gesellschaft um einen Verluste von 60000 Talern anzulösen. Dennoch wollte man das Projekt noch nicht verloren geben. Abermals trafen Parteimänner zusammen, unter diesen Max Dunder und Zentgraf brachten Mittel auf und organisierten mit Hilfe des Verlagsbuchhändlers Schelski die Zeitung von Grund aus neu. Als leitender Redakteur wurde Rudolf Haym gewonnen, für den ausländischen Teil der vielgewanderte Dichter des Nizza-Zyklus Friedrich Bodenstedt, und für den literarischen und musikalischen Teil der hochbegabte, schon damals wegen seines Humors beliebte Ernst Koska.

Darauf legte die kampfesmutige Redaktion ihre Forderungen und zog gegen die Politik Mantuffels zu Felde. Als Mitarbeiter gesellten sich Droyen, Max Dunder, Gustav Schlesier, Heine, der junge Wardleben u. a. hinzu. Besonders wendete sich die Zeitung gegen den Bruch Preußens mit der Unionspolitik, gegen die Preisgabe der Herzogtümer Schleswig und Holstein und gegen

die Unterwerfung Preußens unter den Willen Rußlands und unter die Hand Oesterreichs. „Sie folgte“, schreibt Haym in seiner Lebensgeschichte, „allen diesen Vorgängen mit dem temperamentvollsten Anteil. Bald sturmläutend, bald hochfahrend, bald kalt und boshaft; mit ausgefuchter Rhetorik kritisierte sie die Rückzugsbewegungen des Ministeriums. Ich hielt es für die erste patriotische Pflicht, gegen diese Verkleinerer des preussischen Namens und der preussischen Macht so verlegend wie möglich, im Tone der Verachtung, des Spottes und Hohnes zu schreiben.“*) Diese oppositionelle Haltung erregte aber sehr bald den hellen Unwillen der preussischen Regierung, und so wurde denn Haym kurzerhand am 27. November 1850 aus Berlin ausgewiesen; zwei Schutzmänner brachten ihn ohne weiteres mittelst Droschke zum Bahnhof, wo er abreisen mußte. Nach diesem Gewaltstreich brach die Zeitung sehr bald zusammen.

2. Die Provinzpresse. Die Breslauer Zeitungen (die „Schles. Stg.“, die „Bresl. Stg.“, die „Oder-Stg.“, die „Bresl. Morgen-Stg.“). Die „Königsberger Hartungsche Zeitung“. Die Stettiner Presse. Die „Magdeburg. Stg.“ Mitarbeiter Bismarck. Die „Hallische Zeitung“. Die rheinische Presse. Die „Köln. Stg.“ Ihre Haltung. Kleist-Neuhows Kampf gegen sie. Friedrich Wilhelms IV. Unwille über sie. Ihre öffentliche Erklärung. Sie muß sich beugen. Ihr Aufschwung. Die „Neue Rheinische Zeitung“. Ihr Redakteur Marg. Freiligraths „Abschiedsworte“. Die katholische „Deutsche Volkshalle“. Die „Rhein- und Ruhrzeitung“. Die Zeitungen von Krefeld, Crier und Koblenz.

Die Wellen in den Provinzstädten erreichten naturgemäß bei weitem nicht eine solche Höhe, wie die in der Hauptstadt, doch zeigte es sich auch hier überall, daß eine neue Epoche angebrochen war, daß die Flut der Gedanken jetzt allerwärts weit mächtiger

*) Rudolf Haym, Aus meinem Leben. Berl. 1902, S. 203.

daherrauschte. In Breslau hatten sich besonders die
Gegensätze herausgebildet, da die Polizei hier den Freiheits-
Bestrebungen außerordentlich rücksichtslos und willkürlich em-
getreten war; das Jahr 1848 traf daher hier schon sehr
früh die Zündstoff im Volke an, der denn auch alsbald mit lauten
Töne explodirte. Wertwürdigerweise machte die Presse der Zei-
gerade in dieser kritischen Zeit eigentümliche Schwankungen.
Die „Schlesische Zeitung“, bisher ausgesprochen konservativ, ge-
sich mehr und mehr den liberalen Tendenzen zu, während die
„Breslauer Zeitung“, seither liberal, nach und nach streng kon-
servativ wurde. Doch hielt die „Schlesische Zeitung“ immer
ihren früheren Kurs noch soweit bei, als sie für das oberste
setz jeder Freiheit die Beschränkung hinstellte und mit aller Kraft
für die konstitutionelle Monarchie eintrat (N. 110 vom 17. 3.
1848). Von der demokratischen Partei wurde sie daher
ihrer Laune angegriffen, worauf sie erklärte, daß sie für die
Interessen des Vaterlandes immer nur mit den Waffen der
des Rechts und der guten Sitze gekämpft habe. Später
die Zeitung wieder durchaus konservativ. Die „Breslauer Zei-
tung“ blieb, so lange sie im Verlage von Graß, Barth u. S.
und unter der Redaktion von M. Bärkner erschien, streng kon-
servativ; als sie dann aber am 1. April 1859 in den Ver-
von Ed. Trewendt übergang, wurde sie wieder liberal und
schließlich, nachdem der geistvolle und schlagfertige Dr.
Stein (geb. 1813, gest. 1889) am 1. April 1862 die Redak-
übernommen hatte, zur führenden freisinnigen Zeitung empor.
Für die demokratische Partei erschien seit April 1848
ein Blatt, das von dem Buchdruckereibesitzer Heinrich Kuhn
gegründet worden war und anfangs „Allgemeine Oberzei-
tung“, seit April 1849 aber den Titel „Neue Oberzeitung“
führte. Die Mitarbeiter waren u. a. der bekannte Romanschriftsteller
Kling und für den Handelsteil der Referendar a. D. Mar-
länder, der nachmalige Herausgeber der „Neuen Freien Presse“
in Wien. Die Ungunst der Zeit und wohl auch der Ver-
mitteln ließ die „Allgemeine Oberzeitung“ jedoch nicht er-
kommen; mit dem Schlusse des Jahres 1855 ging sie an

er gestalteten sich die Verhältnisse bei einem kleinen Inseraten-
 ste, das gleichzeitig mit der „Allgemeinen Ober-Zeitung“ ins
 en trat, gegründet von Leopold Freund. Es hieß anfangs
 reslauer Anzeiger für Kommunal-, politische und Lokalange-
 enheiten“, weiterhin „Breslauer Anzeiger für Politik, Kunst,
 werbe, politische und Lokal-Nachrichten“, dann vom 1. April
 3 ab „Kleine Morgen-Zeitung; Breslauer Anzeiger“, bis es
 ieflich am 1. Oktober 1862 den Titel „Breslauer Morgen-Zei-
 g“ annahm. Von da ab war auch der fortschrittliche Politiker Dr.
 rix Elsner (geb. 1809, gest. 1894), ein hervorragender Pub-
 st, der leitende Redakteur, und unter dessen Führung wurde
 i Blatt die liberale Zeitung für die breiten Bürgerkreise
 eslaus.

In Königsberg machte sich die geographische Lage be-
 rklar. Dort, weit im Osten, stand man der Einheitsbewegung,
 in Süddeutschland die Gemüter so lebhaft erfüllte, ziemlich
 idgültig gegenüber; gehörten doch auch die Provinzen Preußen
 o Posen nicht einmal zum deutschen Bunde. Der politische
 danke kulminierte daher beim Beginn der Revolution hier in
 em freien Preußen, und für diesen trat denn auch der weitaus
 hste Teil der Bevölkerung der Heimat Simons, Malstrobes
 o Jacobys ein. Durch die Königsberger Zeitung, die noch der
 dere Georg Friedrich Hartung leitete, wurden diese liberalen
 strebungen lebhaft unterstützt, auch trat das Blatt mit aller
 rgie für die Gemahregelten ein, wie z. B. für den Direktor
 städtischen höheren Mädchenschule, Dr. Sauter, gegen den
 gen angebllicher politischer Agitation die Disziplinaruntersuchung
 geleitet wurde. Leider starb der alte Hartung mitten in der
 wegung am 19. April 1849, worauf sein Sohn Hermann die
 itung des Geschäftes übernahm und bis zum Schlusse des
 hres 1871 in Händen hatte, zu welcher Zeit das Unternehmen
 eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Die Härte der
 it hatte der junge Hartung sehr bald zu spüren, denn die
 ierung legte, sobald die Revolution bezwungen war, dem
 eralen Blatte alle möglichen Hindernisse in den Weg und nahm
 n auch seinen zweihundert Jahre alten Namen. Unter dem

3. Mai 1850 ging Hartung vom Polizei-Präsidium die Anweisung zu, er habe sich der im Titel seiner Zeitung gebrauchten Prädikate „Königliche“ und „Staatszeitung“, sowie des königlichen Wappens nicht mehr zu bedienen, da hierin ein Hoheitsrecht liege, worauf am 6. Mai die Zeitung mit dem Titel „Königsberger Hartung'sche Zeitung (bisher Königl. Preuß. Staats-, Kriegs- und Friedens-Zeitung)“ ohne preußisches Wappen erschien. Verschiedene neue Blätter, das „Königsberger Oppositionsblatt“, das „Ostpreussische Bürgerblatt“ und die „Zeitung für Preußen“, saßen nicht Fuß und verschwanden bald wieder.

Im benachbarten Memel gründeten C. C. Teubert und August Stobbe im Sommer 1849 das liberale „Memeler Dampfboot“, das zunächst nur zweimal wöchentlich zum Preise von 12½ Sgr. für das Quartal erschien. Zu Anfang der siebziger Jahre erwarb F. W. Siebert die Zeitung und gestaltete sie zu dem großen Blatte um, das sie heute ist.

Ein reges Leben kam in die Stettiner Presse. Die alten Blätter, die „Privilegierte Stettiner Zeitung und die Börsen-Nachrichten der Ostsee“, jetzt „Ostsee-Zeitung“ genannt, erschienen jetzt täglich, aber sie scheinen dem Bedürfnis bei weitem nicht genügt zu haben, denn es entstand auch eine ganze Reihe neuer Blätter. Bereits vom 1. Mai ab erschien im Verlage von A. Wachenhufen & Co. die „Neue Stettiner Zeitung“ und vom 1. Juli ab die „Norddeutsche Zeitung für Politik, Handel und Gewerbe“, herausgegeben von H. und R. Graßmann, und außerdem nunmehr täglich das bisherige Wochenblatt der „Wächter an der Ostsee“. Weiterhin kam bei Ewald Genzensohn ein „General-Anzeiger“, bei S. C. R. Dombrowsky ein „Stettiner Beobachter“ heraus. Endlich rief Ewald Genzensohn noch am 1. Juli 1849 eine „Pommersche Bürger-Zeitung“ ins Leben, die 1853 in „Pommersche Zeitung“ umgetauft wurde. Alle Blätter huldigten, außer der „Privilegierten Stettiner Zeitung“ und der „Norddeutschen Zeitung“, demokratischer Tendenz. Diese üppige Zeitungsliteratur welkte aber schnell wieder dahin, als die Cautio eingeführt wurde (vergl. S. 547). Der „Wächter an der Ostsee“

und die „Neue Stettiner Zeitung“ gingen alsbald ein; andere folgten. Die „Pommersche Zeitung“ hielt sich bis 1866.

Mit erheblichen Schwierigkeiten hatte die Presse in Magdeburg zu kämpfen. Die „Magdeburgische Zeitung“, seit 1846 im Besitze von Gustav Faber, war der Regierungspartei nicht konservativ und den Radikalen nicht freisinnig genug. Von beiden Seiten wurden daher Versuche unternommen, sie zu sich herüberzuziehen, sodaß der Redakteur Dr. Loempke alle Geschicklichkeit aufbieten mußte, durch die Klippen hindurch zu kommen. Von konservativer Seite war es kein Geringerer als Otto von Bismarck, der es versuchte, das weitverbreitete Blatt der Provinz Sachsen wenigstens bis zu einem gewissen Grade seiner Partei dienstbar zu machen. Er sandte der Zeitung unter dem 20. April 1848 einen Aufsatz und fragte dabei an, ob er auch „fernere Aufsätze“ schicken könne. Die Redaktion dürfe bei einer Zustimmung von der Voraussetzung ausgehen, „daß die Artikel in einem Sinne geschrieben sind, der der sonstigen Richtung des Blattes wenigstens nicht direkt zuwider läuft“. Auch Hinkeldey, Graf Eulenburg, der nachmalige Minister der Konfliktzeit, und andere traten an die Zeitung heran. Von radikaler Seite ging man natürlich viel robuster vor; man hoffte durch Katzenmusikern, die sich sogar bis zu tätlichen Angriffen auf die Druckerei steigerten, die Redaktion zu zwingen, in das radikale Fahrwasser einzuschwenken. Allein diese verharrte auf ihrem gemäßigten Standpunkte; sie verlangte eine freiheitliche Entwicklung auf gesetzlichem Wege und versocht dabei die staatliche Ordnung gegenüber dem wüsten Geschrei des Pöbels.

Einen recht angenehmen Vorteil zog der „Courier“ in Halle aus dem Umschwung der Verhältnisse. Dadurch, daß alle Fesseln der Presse fielen, war der Besitzer Gustav Schwetschke auch nicht mehr gehalten, als Nachfolger Tieftrunks die jährliche Abgabe an das Waisenhaus zu entrichten (vergl. Bd. II, S. 153); er wollte diese daher durch ein Geschenk ablösen, allein die Franckesche Anstalt ging darauf nicht ein, sondern gab selbst einen „Hallschen Courier“ (den sog. Waisenhaus-Courier) unter Leitung eines ge-

wissen Delbrück heraus, worauf Schwesfsche den Titel des Blattes in „Kölnische Zeitung, früher Hallischer Courrier“ änderte. Der Weisenhaus-Courier vermochte aber gegen Schwesfsche Zeitung nicht aufzukommen und ging sehr bald wieder ein. — Das Hallische „Volksblatt für Stadt und Land“ (siehe S. 355) redigirte im Sinne Holnads und Ullrichs bis 12. April 1848 bis zum 31. August 1849 der von vertriehenen politischen und religiösen Strömungen umhergetriebene Franz Florencourt (geb. 1803, gest. 1886).

Die Bewegung am Rhein erhielt dadurch eine bestimmte Färbung, daß man dort für die Provinz eine größere Selbstständigkeit erstrebte. Die Sympathie für Preußen war immer gering, und deshalb benutzte man bei der Schwäche der Regierung die Gelegenheit, die Abhängigkeit von Berlin möglichst abzuschwächen. Wenn man sich auch nicht gerade von Preußen löstrennen wollte, so wünschte man doch so eine Art Reichthum am Rhein herauszubilden, etwa mit einem Statthalter, der dann seinen Sitz in Köln haben müßte. Diese Grundgedanken vertrat auch die „Kölnische Zeitung“. Sie verlangte in den ersten Wochen der Erregung (Nummer vom 18. April 1848) eine „konstitutionelle Monarchie auf demokratischer Grundlage“. Zwei Monate später forderte sie für die Provinz eine solche Selbstständigkeit, „daß die nach Tätigkeit für das Gemeinwesen begabten Gemüther einen würdigen Turnplatz ihrer besten Kräfte in der nächsten Nähe finden und nicht sofort alle ihren Weg nach Berlin zu richten haben“. In dieser Zeit nahm die Zeitung auch eine Änderung im Titel vor. Bisher zeigte sie den preussischen Wappen inmitten des Wappens der ehemaligen Rheinprovinz, umgeben von einigen Sinnbildern und gekrönt vom preussischen Adler. Dieses Wappen ließ sie jetzt weg, ohne zu ahnen, daß das in Berlin sehr übel vermerkt und unter dem reaktionären Ministerium Manteuffel-Beufort als ein staatsverbrecherisches Attentat bezeichnet werden konnte. Die „Kölnische Zeitung“ hat den preussischen Adler sitzen lassen und damit Preußen „abgeschagt“, hieß es wiederholt in der „Kreuzzeitung“. Das war aber durchaus nicht der Fall.

trat immer mit ganzer Wärme für die preußische Monarchie ein und verurteilte schroff die unzweifelhafte Hinneigung eines Theiles der rheinischen Bevölkerung zu Oesterreich. Sie focht aber auch weiterhin für eine ausgesprochen konstitutionelle Regierung und wies bereits im Herbst 1848 eindringlich auf die Rückwärtsbewegungen hin, die in Preußen gemacht wurden. „Nicht nach Frankfurt und den Nachbarstaaten“, schrieb sie unter dem 22. September, „nach Berlin blicken wir in diesem Augenblicke mit der meisten Besorgnis! Ja, Preußen steht hart am Abgrunde; nicht die Berliner Linke ist es, die wir in diesem Augenblicke am meisten fürchten; sie hat ihre Kraft nicht aus sich, sie borgt dieselbe von ihren Gegnern. Nicht die bewußten und unbewußten Republikaner erfüllen uns mit Bangigkeit, die uns jetzt die Brust zusammenpreßt, sondern die Partei der Überköniglichen ist es, die Partei v. Arnim, die Partei des Preußen-Vereins, die Partei des Staatsstreichs und der Contrerevolution.“ Und als sich der Bruch zwischen der preußischen Regierung und der Nationalversammlung immer weiter vollzog, brach die „Köln. Ztg.“ unter dem 18. November in den Klageruf aus: „Die Krone der Hohenzollern rollt am Abgrunde!“ So weit war es jedoch noch nicht gekommen; aber die Hoffnungen auf ein einiges Deutschland mit Preußen an der Spitze mußten — wenigstens vorläufig — begraben werden. Die „Kölnische Zeitung“ gab es auf, weiter für den deutschen Gedanken einzutreten, und beschäftigte sich nur noch mit den preußischen Angelegenheiten. Allein auch diese waren nachgerade so unerquicklich geworden, daß die Zeitung beständig über die Haltung und die Maßnahmen der Regierung klagte. Diese Sprache verdroß aber in Berlin höchlich; die „Kreuzzeitung“ klagte, die „Köln. Ztg.“ untergrabe nicht nur die Treue gegen Preußen, sondern arbeite auch täglich daran, alle deutschen Rechtsbegriffe zu verfälschen und zu verwälschen, und schließlich wurde im Juli 1851 der Herr von Kleist-Nezow mit dem ausgesprochenen Auftrage als Oberpräsident nach der Rheinprovinz geschickt, „der ‚Kölnischen Zeitung‘ tüchtig auf den Mund zu klopfen“. Eine weitere Bestätigung der Unzufriedenheit über die Zeitung kam aus des Königs Friedrich Wilhelm IV. eigenem Munde; der Monarch

passierte am 16. August 1851 Köln und erklärte dort in Bezug auf die „Kölnische Zeitung“ einer Gemeinderats-Deputation: „Ich bin nicht gekommen, um Komplimente zu machen, sondern um die Wahrheit zu sagen und die ganze Wahrheit. Ich weiß, daß die Punkte Ihrer Presse sehr sensibel sind; aber es ist nöthig, die Verblendung aufhören, die kein Vertrauen und keine Aufrichtigkeit auskommen läßt, sondern nur Zwietracht verursacht in der Stadt und im Staate. Entschließen Sie diesen feindseligen Geist zu verbannen; machen Sie, daß es besser werde. . . . Es ist Zeit, daß das bald aufhöre, sonst werde ich es ändern. Ich habe den Willen und die Kraft dazu. Sorgen Sie, daß es besser werde und zwar in kurzer Zeit, sonst können wir keine guten Zwangsregeln bleiben, und ich versichere Sie, es werden die strengsten Zwangsregeln ergriffen werden.“

Diese ließen denn auch nicht auf sich warten. Schon wenige Tage nach dem königlichen Besuche kündigte der Regierungspräsident dem Verleger Joseph Du Mont an, daß er mit der äußersten Strenge gegen das Blatt vorgehen werde, wenn es nicht noch weiterhin zum Sprachrohr der liberalen Ideen mache. Darauf wurde eine Reihe von Leitartikeln über den Geist der frühpreussischen Politik und über die bürgerliche und politische Freiheit abgebrochen, und unter dem 23. August 1851 erschien die Journalredaktions-Erklärung, in der es unter anderem hieß: „Wir sind leider von dem Mißgeschick betroffen, uns das Nichtwollen des gegenwärtigen Ministeriums zugezogen zu haben, dessen Zwangsregeln wir allerdings heftig bekämpften. Doch überschritten wir nie die gesetzlichen Schranken. Zwar haben wir in der letzten Zeit versucht, durch den Ton unserer Aufsätze möglichst wenig zu verletzen, es ist uns aber dessen ungeachtet amtlich eröffnet worden, daß wir, wenn wir selbst in der Weise der letzten Tage fortführen, die strengsten administrativen Maßregeln unvermeidlich gegenwärtigen“ hätten. Unter diesen Umständen würde es nicht die Verfahrtheit, sondern Wahnsinn sein, wenn wir einen Streik einzusetzen wollten, der in wenigen Tagen mit unserm Untergang enden könnte. Unsere Überzeugung ist die nämliche, die dort und dort, wo unser Eigentum und Leben bedroht war, ja, die

rohe, gewalttätige Angriff der Menge schon begonnen hatte. Wir können sie heute, wo der Irrtum uns anderswo zu liegen scheint, nicht ändern. Aber die Umstände verhindern uns, rücksichtslos, wie bisher, unsere Überzeugung auszusprechen. Wir werden uns daher von nun an fernhalten von jeder Beurteilung der Regierungsmaßnahmen. Wir ersuchen unsere Herren Korrespondenten in Preußen und in Deutschland, sich soviel wie möglich auf genaue Angaben der Tatsachen zu beschränken und sich alles Raisonnements, das mißlieblich werden könnte, zu enthalten. Unsere geschätzten Berichterstatter im Auslande mögen vor der Hand fortfahren, sich über etwaige Zustände mit Freimut zu äußern, dagegen die Anspielungen auf innere deutsche Angelegenheiten zu unterlassen.“

Allein der leitende Redakteur, Karl Brüggemann, war noch immer nicht zurückhaltend genug; es tauchte deshalb im Schoße der Berliner Regierung das Projekt auf, die Zeitung zu erwerben; der Kauf kam jedoch nicht zustande. Darauf abermals und wiederholt heftige Mißbilligung der Haltung der Zeitung und endlich eine ernste Verwarnung, in der der Oberpräsident das Blatt direkt beschuldigte, „es unterwühle und verunglimpfe das Königtum und verlege fortwährend die Achtung gegen Seine Majestät den König; es attackiere und beleidige teils einzelne Minister, teils heze es Fraktionen des Ministeriums, bald zwei gegen fünf, bald vier gegen drei; . . . es habe wiederholt den Prinzen von Preußen auf Kosten des Königs zu heben gesucht und von ersterem behauptet, er trage der Gefinnung des Volkes einzig Rechnung; ihm sei es zu danken, daß die rechte Bahn eingeschlagen werde.“

Zugleich wurde ein Redaktionswechsel verlangt, da nur dieser nach Ansicht des Oberpräsidenten die genügende Bürgschaft für die gewünschte politische Richtung des Blattes bieten könne. Hierzu konnte sich aber Du Mont zunächst noch nicht entschließen; er zögerte. Mittlerweile fiel in einem Artikel der Zeitung der Ausdruck „moskowitzische Verlogenheit“. Zornsprühend sprang Herr von Kleist-Reyow auf. Hier hatte ja das Blatt in ganz unzulässiger, leidenschaftlicher Weise das befreundete Rußland ange-

griffen! Jetzt gab es kein Zögern mehr; der Verleger mußte schroff vor die Wahl des Redaktionswechsels oder der Unterdrückung des Blattes gestellt, und natürlich trat nun Brüggemann zurück; Dr. Heinrich Kruse übernahm die Leitung des Blattes. Es war mittlerweile März 1855 geworden.

Daß die Regierung einen so großen Wert auf eine stetige Stimmung in der „Kölnischen Zeitung“ legte, war allerdings ganz erklärlich, denn das Blatt hatte einestheils seiner Haltung in der deutschen Sache, dann aber auch seiner Promptheit und Schnelligkeit wegen, mit der es über die sich oft überschlagenden politischen Vorgänge berichten konnte, mehr und mehr einen großen Einfluß gewonnen. Die Organisation des Betriebes wurde von dem Verleger Joseph Du Mont in außerordentlich geschickter Weise ausgebaut. So wußte er sich die Berichte aus Frankfurt, die damals (da die Eisenbahn erst bis Bonn ging) bei gewöhnlicher Beförderung noch durch die Kariolpost besorgt wurden, durch Dampfschiffe wesentlich schneller zu verschaffen, was lange Zeit selbst der Post ganz unerkennlich war. Und die wichtigen Nachrichten aus Paris, besonders die Börsenachrichten, da damals die Pariser Börse noch sämtliche Geldmärkte des Kontinents beherrschte, ließ er sich durch Briestauben übersenden, die ihm durch die Schlußkurse einen ganzen Tag früher brachten, als die Post. Die „Times“ kam ihm durch geschickte Vermittlung ebenfalls wesentlich früher zu, als dem Publikum, das sie durch die Post bezog. Allerdings kam sie ihm dadurch jährlich auf 3000 Mark zu stehen. Hauptsächlich dank dieser ausgezeichneten Einrichtungen stieg die Auflage der Zeitung von 9500, die sie zu Anfang des Jahres 1848 noch hatte, binnen eines Jahres auf 17400 Exemplare. Die „Kölnische Zeitung“ wurde dadurch zu einem Blatte.

Neben der „Kölnischen Zeitung“ sproß im Sommer 1848 noch eine ganze Menge liberaler Blätter empor, doch gelangte keine zu einer größeren Entwicklung, weil alle sich von ihrer Leidenschaft zu sehr fortreißen ließen, mit maßlosen Forderungen hervortraten und darum schon nach kurzer Zeit unterdrückt wurden. 2

meisten geistigen Gehalt besaß von diesen kleinen Zeitungen die „Neue Rheinische Zeitung“, die noch den Untertitel „Organ der Demokratie“ führte. Sie wurde von Karl Marx gegründet, der auch als leitender Redakteur fungierte; die übrigen Redakteure waren Heinrich Bürgers, Ernst Dronke, Friedrich Engels, Georg Weerth und Wilhelm Wolff; im Oktober kam noch Ferdinand Freiligrath hinzu. Marx war nach und nach roter Republikaner geworden; er feierte daher in seiner Zeitung die Franzosen, die es zur Republik gebracht hätten, überschüttete die Nationalversammlung in Frankfurt mit Hohn, daß sie ein Erbkaisertum anstrebe, und stellte sich überhaupt dem deutsch-nationalen Gedanken feindlich gegenüber. Bei der allgemeinen überhitzten Stimmung fanden diese Phantasieen und Tiraden in einem großen Teile des Publikums Beifall, und die Auflage der Zeitung stieg bis auf 6000 Exemplare. Als Ende September über Köln der Belagerungszustand verhängt ward, mußte die Zeitung ihr Erscheinen für einige Wochen einstellen, während ihre Redakteure in den Anklagezustand versetzt wurden; vom 11. Oktober ab konnte sie aber wieder erscheinen und brachte dabei die Mitteilung, daß der gefeierte Dichter Ferdinand Freiligrath noch in die Redaktion eingetreten sei. Dieser übernahm die Herstellung des englischen Artikels, doch eignete er sich wenig für eine solche ständige redaktionelle Tätigkeit und gab sie bald auf; dagegen spendete er dem Blatte eine Anzahl packender politischer Gedichte „Wien“, „Blum“, „Ungarn“, das zornsprühende Gedicht gegen Cavaignac, eine Übersetzung nach Delphine Gay, jetzt unter der Überschrift „24. Juni bis 24. November“ im Anhange des dritten Bandes der Werke wieder abgedruckt, die nach der Weise der Marxeilfäule gedichtete „Reveille“ und schließlich das „Abschiedswort der Neuen Rheinischen Zeitung“. Die Zeitung war, da die Aufregung in den Massen sich langsam legte, finanziell zurückgegangen, zudem wurde Marx als angeblicher Ausländer aus Preußen ausgewiesen; die Weiterführung der Zeitung ließ sich also nicht mehr bewerkstelligen. Infolgedessen beschloß Marx, mit einem letzten Tableau das Unternehmen abzuschließen. Am 19. Mai 1849 erschien die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen

Zeitung“ in rotem Druck, an der Spitze das trotzig=stolze „Abschiedswort“ Freiligraths mit den Strophen:

Nun ade, nun ade, du kämpfende Welt,
 Nun ade, ihr ringenden Heere!
 Nun ade, du pulvergeschwärztes Feld,
 Nun ade, ihr Schwerter und Speere!
 Nun ade — doch nicht für immer adel
 Denn sie töten den Geist nicht, ihr Brüder!
 Bald richt' ich mich rasselnd in die Höh',
 Bald keh'r ich reifiger wieder!*)

Diese Rückkehr erfolgte aber bekanntlich in ganz anderer Weise, als Freiligrath damals träumte.

Einen ähnlichen Ton, wie die „Neue Rheinische Zeitung“, schlug die „Westdeutsche Zeitung“ an, die das Marx'sche Blatt ersetzen wollte. Sie wurde von Dr. Hermann Becker, dem „roten Becker“, gegründet und sollte „allen, die nicht unbedingt zur roten Reaktion geschworen, ein Anhaltspunkt sein im Ringen mit dem Preußentum“. Die erste Nummer erschien am 25. Mai 1849. Bei der außerordentlich leidenschaftlichen Sprache des Blattes kam es natürlich sehr bald zu Konflikten, besonders nachdem am 29. Juni die Regierung auf Grund des § 105 der oktroyierten Verfassung vom 5. Dezember 1848 die Verordnung über Vereinsrecht und Presse erlassen hatte. Von jeder Nummer einer Zeitung mußte ein Exemplar bei der Polizeibehörde niedergelegt werden, und für den Inhalt waren der Verfasser, der Verleger, der Drucker und der Verbreiter verantwortlich. Becker wurde wiederholt angeklagt und verurteilt. Dazu kam, daß am 5. Juni 1850 eine neue Preßverordnung erschien, die es der Postverwaltung freistellte, mißliebige Zeitungen von der Beförderung auszuschließen, und daß ferner am 1. Juli für Zeitungen politischen Inhalts die Kautions eingeführt wurde (vergl. S. 547). Die „Westdeutsche Zeitung“ sah sich infolgedessen von der Postbeförderung ausgeschlossen, zudem war der Herausgeber nicht im-

*) Wilhelm Buchner, Ferdinand Freiligrath, Jahr 1882, Bd. II, S. 213 und Ludwig Bamberg, Die Fütterwochen der Preßfreiheit, Mainz 1848, S. 196.

stande, die Kaution aufzutreiben; es blieb also schließlich nichts anderes übrig, als am 21. Juli 1850 die Zeitung eingehen zu lassen. Bald nachher wurde Becker noch mit in den sogenannten Kölner Kommunistenprozeß verwickelt und zu sieben Jahren Festungsstrafe verurteilt, die er auch voll in Billau verbüßte.*)

Die übrigen kleinen demokratischen Zeitungen waren sogenannte Arbeiterblätter, die alle nur ein kurzes Dasein hatten; es seien genannt: „Freiheit, Brüderlichkeit, Arbeit“, verlegt von B. G. Köser, redigiert von W. Prinz, „Zeitung des Arbeiter-Vereins zu Köln“, deren Verleger und Redakteur sehr häufig wechselten, „Die Arbeit, politisch-sozialistische Zeitung der Arbeiter und Arbeitgeber“, ein, wie es scheint, gut fundiert gewesenes Blatt, das täglich herauskam, während die anderen Arbeiterblätter nur ein- oder zweimal in der Woche oder auch zwanglos erschienen, und endlich „Verfolger der Bosheit“, verlegt und redigiert von Matthias Wessel, ein etwas konfuscs Blatt, das mit sichtlichem Behagen die derb-vollstümliche Sprache pflegte.

Für die katholischen Interessen trat eine „Deutsche Volkshalle“ auf den Plan. Sie wurde von Hermann Müller, einem Freunde Heinrichs von Gagern, redigiert, und nahm ebenfalls gern gewisse demokratische Allüren an, doch neigte sie stark nach Osterreich und wurde dabei sehr wesentlich durch Franz von Florencourt unterstützt, der mittlerweile zur katholischen Kirche übergetreten war und nun von Wien aus eifrig für sie korrespondierte. Sie existierte bis 1855, in welchem Jahre sie plötzlich unterdrückt wurde.

In Mülheim an der Ruhr trat am 30. April 1848 ein „Wächter an der Ruhr“ ins Leben, der aber bald nach Duisburg übersiedelte und dort den Namen „Rhein- und Ruhrzeitung“ annahm. Als Programm stellte das Blatt auf, „den zeitgemäßen und besonnenen Fortschritt im Wege der Ordnung und Gesezlichkeit zu fördern inmitten des bewegungsvollen Kampfes zweier Kräfte, der Partei des unbedachtsamen Rückschritts und der Partei des verstandeslosen Fortschritts.“ Auf dieser goldenen

*) Karl E. Hadenberg, Der rote Becker. Leipzig 1890, S. 73 ff.

Mittelstraße entwickelte sich das Blatt nach und nach zu einer großen, bedeutenden Zeitung.

Mancherlei Wandlungen vollzogen sich im Kreiselder Zeitungswesen. Das politisch farblose Kreisblatt genährte sich mehr; es gaben daher Junke und Müller 1848, geistigt von der liberalen Partei, eine „Kreiselder Zeitung“ heraus, und weiter entstanden am 1. Februar 1849 die „Deutschen Volksblätter“, die zunächst die Interessen der deutschen Volkspartei vertraten, dann aber eine entschieden konfessionelle Färbung annahm, so daß sich später aus ihnen die katholische „Niederrheinische Volkszeitung“ entwickelte. Die „Kreiselder Zeitung“ wurde mitterweile mit dem Kreisblatt verbunden und ging 1862 in den Verlag von Kramer und Baum über.

Die demokratische „Triersche Zeitung“ wurde, besonders wegen ihrer enthusiastischen Vergötterung der französischen Verhältnisse, 1851 unterdrückt. Einen gewissen Ersatz bot die aus dem 1748 gegründeten „Koblenzer Intelligenzblatte“ hervorgegangene „Koblenzer Zeitung“, die 1850 diesen Titel annahm und die gemäßigt liberale Richtung vertrat.

3. Die Presse in den übrigen norddeutschen Staaten. Die Presseverhältnisse in Hannover. Die „Zeitung für Norddeutschland“. Die „Neichszeitung“ in Braunschweig. Die Hamburger Zeitungen. Die „Reform“. Die „Freie Richter“. Die „Kübeckischen Anzeigen“. Die „Weser-Zeitung“. Die „Freie Schleswig-Holstein“. Die Zeitungen in Kurhessen. Oellers „Neue Zeitungszeitung“. Die „Hornische“. Die „Kasseler Zeitung“. Das politische Leben in Sachsen. Karl Nidermanns Adresse an den König Friedrich August. Der Kampf um die Pressefreiheit. Die „Deutsche Allgem. Zeitung“. Die „Leipziger Zeitung“. Das „Dresdener Journal“. Die „Konstitutionelle Zeitung“.

In dem bunten Gewirr der kleinen norddeutschen Staaten äußerte sich der revolutionäre Geist sehr verschieden. In Hannover hielt sich die Bewegung in bescheidenen Grenzen, erman nach der Lage der Verhältnisse eine besonders heftige Er-

zu hätte erwarten müssen, denn der Druck, den der starkköpfige
 id tyrannische König Ernst August seit Jahren hier ausübte,
 ar unerhört. Das geistige Leben lag in wahrhaft schmachvollen
 cffeln. Noch immer galt das Zensurdekret von 1705, das dem
 einungswesen die ärgste Beschränkung auferlegte, und darum er-
 rten bis zum Frühjahr 1848 im ganzen Königreiche für
 700 000 Einwohner nur eine einzige tägliche Zeitung, die amt-
 che „Hannoversche Zeitung“, deren Inhalt noch dazu so unzu-
 nglich war, daß jeder, der sich einigermaßen über die Weltver-
 stnisse informieren wollte, zu „ausländischen Blättern“ greifen
 ufte. In letzter Zeit war es besonders die „Kölnische Zeitung“,
 e man ihrer stinken Berichterstattung wegen in Hannover gern las.
 ls am 26. Februar die ersten Mitteilungen von den Vorgängen
 Paris nach Hannover kamen, steigerte sich rasch die allgemeine Er-
 zung, und große Menschenmengen warteten jetzt tagtäglich abends
 f die Ankunft des Kölner Binges, der die neuesten Nachrichten
 achte. Von der „Kölnischen Zeitung“ wurden, wie Oppermann
 seiner „Geschichte des Königreichs Hannover“ erzählt, mitten
 Quartal in einer Woche 200 Exemplare bei dem Postamt
 innober bestellt. Auf den Bahnhöfen, in den Konditoreien
 d Bierlokalen wurden die eben angekommenen Blätter öffentlich
 rgelesen, wobei es oft zu Demonstrationen kam. Die Ansichten
 rten sich auch bald, und am 3. März stellte in der Sitzung
 e städtischen Körperschaften in Hannover der Bürgervorsteher
 ters den Antrag auf Einreichung einer Petition um Aufhebung
 e Zensur, Einberufung der Stände, Bürgergarde und Ver-
 rtung des Volkes beim deutschen Bunde. Eine solche Petition
 rde auch bereits am Abend des 3. März dem König über-
 cht, fand aber eine sehr ungnädige Aufnahme. Nur auf die
 rufung der Stände ließ sich Ernst August ein; von einer Auf-
 zung der Zensur, erklärte er, könne nicht eher die Rede sein,
 s bis die Garantien gegen den Mißbrauch der Presse, von
 ten der Bundesbeschluß rede, getroffen seien. Diese Abweisung
 regte große Entrüstung, um so mehr, als in Süddeutschland
 eits weitgehende Zugeständnisse der verschiedensten Art gemacht
 rden waren. Auch in den übrigen Städten des Königreichs

brach der Unwille los, und aus allen Gegenden des Landes liefen Petitionen ein, die eine größere Freiheit verlangten. Darauf erließ der König eine Proklamation, in der er die Aufregung mit vielen nichts sagenden Worten zu beschwichtigen suchte, aber auch nicht die geringsten Freiheiten gewährte. Infolgedessen steigerte sich die Erbitterung, und eine Bürgerversammlung stellte 12 bestimmte Forderungen auf, deren erste die sofortige Entfesselung der Presse war. In einer Adresse wurden dem Könige diese Beschlüsse am 17. März mitgeteilt. Dieser hatte unterdessen Kenntniz von den schlimmen Vorgängen in Wien erhalten und zeigte sich nun sehr gefügig. Hinsichtlich der Presse ließ er erklären:

„Was die sofortige Entfesselung der Presse betreffe, so sei bereits beschlossen worden, ein Preßgesetz zu bearbeiten, und habe der König bis zur Erlassung desselben die schonendste Ausübung der Zensur bereits befohlen. Se. Majestät wolle jedoch schon jetzt durch formelle Aufhebung der Zensur dieses Gesuch gewähren und anordnen, daß bis zur Erscheinung des Preßgesetzes nach den bestehenden Gesetzen geurteilt werde.“

Auch den übrigen Forderungen stimmte er im großen und ganzen zu, und ferner kam er durch Entlassung des Kabinettsministers v. Falcke und Berufung des Ministeriums Stüve den allgemeinen Wünschen entgegen, so daß die Aufregung sich allgemach wieder legte und die Entwicklung der politischen Verhältnisse in ruhigen Bahnen sich vollzog.

Die gewährte Preßfreiheit übte bald im ganzen Lande ihre Wirkung. Nicht bloß in Hannover, sondern auch in den andern Städten des Königreichs entstanden politische Zeitungen, doch entbehrten die meisten jeder Selbständigkeit und größeren Bedeutung. Ein gewisses Ansehen wußten sich vorübergehend in Hannover die „Vaterlandsblätter“ des Dr. Schläger, ein liberales Blatt, das seit dem 1. April 1848 erschien, aber bereits am 1. April 1850 wieder einging, und die „Hannoversche Volkszeitung“, ein demokratisches Blatt, das Dr. Mensching unter dem Einflusse von Georg Egestorff herausgab, zu erwerben. Doch wurden auch zwei konservative Blätter gegründet, die „Niedersächsische Zeitung“ und der „Neue Volksfreund“. Das erstere war

Organ der feudalen Junkerpartei und stellte sich die Aufgabe, „die monarchisch-konservativen Grundsätze gegenüber den zur Herrschaft gelangten destruktiven Bestrebungen geltend zu machen und damit zugleich die wahren Landesinteressen zu verteidigen, unter diesen obenau aber die speziell ländlichen, den vielseitigen städtischen gegenüber.“ Der „Neue Volksfreund“ gab zwar an, für den „gemäßigten Fortschritt“ einzutreten und den „obersten Grundsatz“ befolgen zu wollen, weder servil gegen die Regierung zu sein, noch mit einer anmaßenden Volkspartei zu buhlen; erklärte aber auch, daß ihm das konservative Prinzip immer die maßgebende Richtschnur geben werde.*) Neben diesen neuen Blättern wandelte sich auch noch die „Hannoversche Morgenzeitung“, die bisher in der Hauptsache ein literarisches Blatt gewesen war, mit dem 28. März 1848 in eine politische Tageszeitung um. Eine große politische Tagespresse erhielten Stadt und Land Hannover jedoch erst, als mit dem Ende des Jahres 1848 die „Bremer Zeitung“ nach Hannover verlegt wurde, wo sie den Titel „Zeitung für Norddeutschland“ bekam.

Die „Bremer Zeitung“ wurde seit Juli 1848 von dem geistvollen und weitblickenden Theodor Althaus redigiert, der mit aller Wärme den Standpunkt vertrat, daß die deutsche Nationalversammlung in Frankfurt die einzige berechnete Vertreterin des deutschen Volkes sei, und darum verurteilte er auch den von Preußen im Widerspruche mit den Bestimmungen des Reichsministeriums und ohne Vorbehalt der Genehmigung des Reichsverwesers am 26. August 1848 mit Dänemark abgeschlossenen Waffenstillstand. Das mißfiel aber den Bremer Kaufleuten, die von dem Abschlusse des Waffenstillstandes von Malmö günstigere Handelsverhältnisse erhofften; viele kündigten der „Bremer Zeitung“ das Abonnement, worauf die Besitzerin des Blattes, die Heyjesche Buchhandlung, auf den Gedanken kam, die Zeitung nach Hannover zu verlegen, wo zudem die Verkehrsverhältnisse weit günstiger lagen. Dabei bot sich zufällig Gelegenheit, das Blatt

*) Otto Kumpfmüller, Das hannov. Zeitungswesen vor dem Jahre 1848 (Fr. Jahrb. Bd. 94, Heft 3).

an die Firma Gebrüder Jänede zu verkaufen, deren junger und tatkräftiger Teilhaber Georg Jänede längst ein Tagblatt herauszugeben wünschte, und so erschien denn vom 26. Dec. 1847 ab das Blatt im Verlage der Gebrüder Jänede unter der verantwortlichen Leitung von Th. Althaus in Hannover mit dem Titel „Zeitung für Norddeutschland“ zweimal wöchentlich zu einem Preise von 1 Taler 18 Sgr. In der Nummer vom 1. Jan. 1848 entwickelte Althaus sodann das Programm der Zeitung. Er betonte, daß Deutschland vor allem eine Nation, ein Bundesstaat werden müsse, in welchem es nur ein Ministerium des Krieges, nur ein Ministerium des Auswärtigen gäbe. Die Verhältnisse entwickelten sich aber bekanntlich nicht, wie die Patrioten es gehofft hatten, und als nun Althaus in seiner Sorge um die Aufregung zur Einsetzung eines „Landesausschusses für Vorbereitung und Durchführung der deutschen Reichsverfassung in Hannover“ aufforderte, wurde er am 14. Mai 1849 verhaftet und am 7. August wegen Staatsverrates vom Stadtgericht in Hannover zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Zwar begnadigte ihn der König Ernst August bereits am 15. Mai 1850, doch hatte seine Gesundheit während der Haft so gelitten, daß er erst am 2. April 1852 in Gotha starb. Sein Nachfolger in der Redaktion der „Zeitung für Norddeutschland“ wurde zunächst der Literarhistoriker Karl Göbels, der das Blatt bis Ende Dec. 1850 leitete, und weiterhin, nachdem es mit der „Hannoverschen Morgenzeitung“ vereinigt worden war, erst Dr. Julius Freese, dann mit dem 1. Januar 1851 Dr. Ehrenreich Götze. Unterdessen hatte das Märzministerium Vennigsen-Stüve dem revolutionären Kabinett Rönchhausen-Vindemann Platz machen müssen, und eine andere Zeit war eingezogen, in der die Zeitung mit größter Zurückhaltung von liberalen Dingen reden durfte, die deutschen Angelegenheiten aber vollständig schweigen mußte.

In Braunschweig erstand 1848 im Bieweg'schen Verlage eine „Deutsche Reichszeitung“, die Dr. Karl Andre in deutsch-nationalen Sinne leitete. Später wurde die Zeitung ausgesprochen welfisches Blatt, das dann aber aus Mangel an Abonnenten im Herbst 1866 eingehen mußte.

Die Presse in den Hansestädten wurde naturgemäß ebenfalls von der Bewegung von 1848 durchzittert, doch kam es zu keinen größeren Umwälzungen oder Neugestaltungen. In Hamburg wurde eine neue Verfassung angestrebt, die aber nicht in Kraft trat, da die konservative Partei Verwahrung gegen sie einlegte. Dieser ungeklärte Zustand wirkte auch auf die Presse hemmend und lähmend, noch mehr aber die lästige Bevormundung durch die preußische und später durch die österreichische Besatzung. Die Österreicher übten bis zu ihrem Abzuge im Juli 1852 eine ebenso eigenmächtige wie brutale Preßpolizei aus. Die beiden Hauptzeitungen, der „Hamburgische Korrespondent“ und die „Hamburgischen Nachrichten“, schlossen sich beim Beginn der Bewegung der erbkaiserialen Partei an, und das letztere Blatt behielt diese Richtung auch noch bei, als Preußens Haltung schon alle Hoffnung auf die deutsche Verfassungssache vernichtet hatte. Die Demokratie erhielt alsbald ein Organ in der „Reform“, die der Buchhändler Jakob Ferdinand Richter (geb. 1814 zu Magdeburg, gest. 1875) im Verein mit dem Schriftsteller Moritz Reichensbach ins Leben rief und am 23. März 1848 zum erstenmale erscheinen ließ. In ihrem Eröffnungsartikel erklärten die Herausgeber, daß sie hauptsächlich für die Förderung der wahren Bürgerwohlfahrt und eine „vernunftzeitgemäße“ Freiheit eintreten und ganz besonders die Verhältnisse in Hamburg und Altona berücksichtigen würden, daß sie aber auch ihren Blick weiter richten und vornämlich „des brüderlich-befreundeten Schleswig-Holsteins wackere Fortschritte in seinem Kampfe gegen dänische Angriffe“ in den Kreis ihrer Diskussion zu ziehen gedächten. Das Blatt fand sofort großen Beifall; die erste Nummer, die in einer Höhe von 2000 Exemplaren gedruckt wurde, war im Umsehen vergriffen, so daß eine zweite Auflage veranstaltet werden mußte; immerhin stellten sich dem jungen Unternehmen allerlei Schwierigkeiten entgegen. Die Zeitung hatte sich der Hamburger Zensur zu unterwerfen, die noch bestand, und durfte keine Inserate aufnehmen, da sie das nötige Privilegium für diese nicht erlangen konnte. Aber Richter fand einen Ausweg. Er siedelte mit seinem Blatte nach Altona über, wo er sich der uneingeschränkten Preßfreiheit

erfreuen konnte, da diese den beiden Herzogtümern bereits von der provisorischen Regierung für Schleswig-Holstein gewährt worden war, und bald nachher erwarb er das „Wandsbecker Intelligenzblatt“, welches er sodann am 1. Okt. 1848 mit der „Reform“ vereinigte, wodurch diese nun das Recht erlangte, auch Inserate aufzunehmen. Die Zeitung war also jetzt vollständig ausgestaltet und entwickelte sich rasch weiter. Schon im vierten Quartal 1848 erschien sie in 8000 Exemplaren; später erreichte sie eine Auflage von 35000 Exemplaren. Neben dem intelligenten Verleger war es besonders der originelle Redakteur Moritz Reichenbach (nicht zu verwechseln mit der unter dem Pseudonym Moritz von Reichenbach schreibenden Gräfin Bethusy-Suc), der der Zeitung durch seine populäre Art, die Ereignisse des Tages zu besprechen, viele Freunde gewann. Er führte u. a. drollig-ferne „Politische Morgengespräche zwischen den Oberalten Fürchtgott Hopf und dem Zeitungs-Kolporteur Markus Bühler“ ein, in denen ersterer das Reaktionsprinzip, letzterer den liberalen Fortschritt repräsentierte; auch schrieb er eine Anzahl Novellen, die dem Geschmacke des Hamburger Publikums angepaßt waren. Er wurde am 16. Febr. 1804 in Leipzig geboren, studierte kurze Zeit Medizin, widmete sich dann der Schriftstellerlaufbahn und war einige Jahre in Schleswig journalistisch tätig, worauf er von 1848 bis 1868 die „Reform“ redigierte. Doch zeichnete er schon von № 60 ab nicht mehr als verantwortlicher Redakteur; für diesen Posten hielt der Verleger einen besonderen sogenannten Sigredakteur. 1868 übernahm Reichenbach die Repräsentation des „Altonaer Merkurs“, doch starb er bereits am 4. Februar 1870. Von den sonstigen Redakteuren und Mitarbeitern der Zeitung seien noch Barthold Heitmann, Julius Stettenheim, Julius Stinde und Heinrich Zeise genannt.

Nach Richters Tode gelangte die „Reform“ zunächst in die Hände seines Schwiegersohns Dr. Eduard Banks und weiterhin in die Dr. S. Belmontes, der das freisinnige Blatt in ein nationalliberales umgestalten wollte. Dieses Experiment mißlang jedoch, und die Zeitung geriet in Verfall. Nach Belmontes Tode

(1888) wurde das Richterische Geschäft in eine Aktiengesellschaft umgewandelt und die „Reform“ wieder zu einem freisinnigen Blatte gemacht, allein der Untergang war nicht mehr aufzuhalten; am 29. Februar 1892 mußte die Zeitung, die eine Reihe von Jahren tonangebend in Hamburg gewesen war, ihr Erscheinen aus Mangel an Abonnenten einstellen.

Fast ganz bedeutungslos blieb das Jahr 1848 für die Presse in Lübeck. Die einzige Wirkung der Bewegung war, daß die „Lübeckischen Anzeigen“, die vordem viermal wöchentlich erschienen waren, nunmehr vom 1. April ab täglich herauskamen. Die erste von der Zensur befreite Nummer wurde am 13. März ausgegeben; doch machte sich die neue Freiheit in dem Blatte kaum bemerkbar; von allen Umwälzungen, auch von denen innerhalb der Stadt Lübeck, brachte es bloß äußerst dürftige Berichte. Nur die auf die Verfassungsänderung bezüglichen Senatsdekrete lassen ungefähr den Gang der Ereignisse in Lübeck erkennen. Auch die 1833 gegründeten „Lübeckischen Blätter“ erhoben sich nicht zu irgend welcher Bedeutung.

Ein wesentlich kräftigerer Pulsschlag machte sich in Bremen bemerkbar. Neben den alten Blättern, der liberalen „Weser-Zeitung“, dem demokratischen „Bremer Kurier“, den „Bremer Nachrichten“ (dem ehemaligen Wochenblatt) und dem „Bürgerfreund“ erstanden 1849 noch ein „Bremitischer Beobachter“, später „Bremer Tageblatt“ genannt, der bis 1855 erschien, eine „Tages-Chronik“ (erschieden bis 1851) und eine „Neue Bremer Zeitung“ (ebenfalls bis 1851). Am meisten von sich reden machte die „Neue Bremer Zeitung“, ein nach dem Muster der „Neuen Preussischen Zeitung“ gegründetes hochkonservatives Blatt. Es wurde zuerst von Dietlein, später von Dr. Karl Hermes redigiert, jenem vielseitig begabten, aber politisch vollständig charakterlosen Publizisten, der sich schon 1842 als Redakteur der „Kölnischen Zeitung“ von der Regierung hatte kaufen lassen. Die Zeitung zeichnete sich durch eine ultrareaktionäre Richtung, eine seltene Dreistigkeit aus, mit welcher sie dem „Rechtssbewußtsein, dem Rationalgefühl, dem Ehrgeize und dem Freiheitsdrange unseres

Volkes täglich ins Gesicht schlug“;*) aber trotz aller Unterstützung durch die konservative Partei vermochte sie sich doch nicht zu halten und ging daher schon 1851 ein. Die „Weser-Zeitung“ suchte sich in den hochgehenden Wogen der Bewegung stets die Besonnenheit zu erhalten. Wohl trat sie mit aller Verebtheit für die nationale Einheit und die Befreiung Schleswig-Holsteins ein, aber sie verurteilte auch ganz entschieden alle Überschwenglichkeiten und alle Rückschweifungen. Sie wollte die Politik nicht in Revolution, sondern der Reform, und als alle Hoffnungen ergraben werden mußten, erklärte sie, wenn auch mit nicht missverständlicher Bitterkeit, man müsse sich der Notwendigkeit fügen: Die höchste Regel des politischen Lebens sei, sich mit den übermächtigen Tatsachen abzufinden. Diesen Anschauungen lag ein gewisser Pessimismus zu Grunde, mit dem von Anfang an der Redakteur Dr. Thomas Heinrich Arens die Märzbewegung betrachtet hatte, und als Arens am 10. November 1850 gestorben war, führte Otto Gildemeister die Redaktion in ganz demselben Sinne weiter. Eine solche Haltung wurde der Zeitung von den demokratischen Blättern sehr verübelt; diese schalteten sie als „vernerbt“ und „blasiert“. Daß sie aber nach wie vor ein liberales und nationale Richtung verfolgte, geht schon aus der Tatsache hervor, daß sie alsbald nach der Niederwerfung der Bewegung in Bayern und auch in Schleswig-Holstein verboten wurde. Erwähnt mag noch sein, daß auch Friedrich Bodenstedt im Herbst 1850 vorübergehend der Redaktion der „Weser-Zeitung“ angehört.

Die deutschen Zeitungen in Schleswig-Holstein (vergl. S. 385) waren im Laufe der vierziger Jahre durch die dänische Regierung fast vollständig unterdrückt worden, so daß es, als der Befreiungskrieg ausbrach, an einer vaterländischen Presse durchaus mangelte. Das einzige Blatt von Bedeutung war die „Schleswig-Holsteinische Zeitung“ in Altona, die mit dem 1. April 1849 in die „Norddeutsche freie Presse“ über-

*) Der politische Journalismus in Deutschland Ende des Jahres 1850. Zeitschrift Germania. Leipzig, 1852, Bd. II, S. 286.

wandelt wurde. Als Mitredakteur war für diese auch eine Zeitslang Theodor Wommsen tätig. Nachdem die Herzogtümer schmachvoll preisgegeben worden waren, mußte die „Norddeutsche freie Presse“ zu Anfang des Jahres 1851 eingehen. Deutsche Blätter wurden nicht mehr geduldet; die dänischen hatten wieder bis 1864 die Alleinherrschaft.

Eine sehr gereizte Stimmung entwickelte sich alsbald in Kurhessen; es kam jedoch nicht zu Tätlichkeiten, der Konflikt wickelte sich in der Hauptsache in der Form eines Rechtsstreites ab, so daß später der preussische Minister v. Mantuffel die kurhessische Bewegung einmal im Abgeordnetenhaus mit satirischem Lächeln eine „Revolution in Schlafrock und Pantoffeln“ nannte.

Seit dem Oktober 1847 regierte der Kurfürst Friedrich Wilhelm, ein leidenschaftlicher, tyrannischer Mann, der sich mit orthodox-konservativen Ratgebern umgeben hatte und dem Verlangen der Bevölkerung nach größerer Freiheit so lange wie möglich heftigen Widerstand entgegenstellte. Als jedoch am 6. März 1848 der Stadtrat von Kassel und eine Deputation des Bürgerschaftsausschusses eine Petition überreicht hatten, in der die unhaltbaren Zustände grell beleuchtet wurden, hob der Kurfürst am 7. März die Zensur auf und versprach, die verlangte Abhilfe zu schaffen. Nachher zögerte er aber wieder mit der Erfüllung seines Versprechens, so daß eine bewaffnete Volksversammlung am 11. März ein Ultimatum an ihn richtete, worauf er sich dann am 12. März bereit fand, seine am 7. März erteilten Zusagen als landesherrliche Verkündigung zu veröffentlichen. Unter diesen Zusagen befand sich auch die völlige Pressefreiheit. Ein liberales Ministerium Eberhard-Wippermann übernahm die Verpflichtung, die mannigfachen Reformen durchzuführen und zu schützen.

Eine den Anforderungen der Zeit entsprechende Presse mußte in Kurhessen erst ganz neu geschaffen werden. Die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ war durchaus ungenügend. Erfreulicherweise fand sich sofort eine tüchtige Kraft in dem rührigen Friedrich Detler, der dann auch später eine hervorragende Rolle als hessischer Politiker spielte. Geboren 1809 zu Nehren in der Grafschaft Schaumburg, studierte er in Marburg die Rechte und wurde

1838 Obergerichtsadvokat in Kassel. Dort lernte er eingehend die kurhessischen Verhältnisse kennen und griff denn auch sofort ein, als die Bewegung begann. Anfangs half er sich mit Zeitungsblättern; als aber die Pressfreiheit proklamiert war, rief er sofort ein liberales Blatt ins Leben. Bereits am 15. März 1838 konnte er die Probenummer seiner „Neu-Hessischen Zeitung“ ausgeben. In den Einleitungsworten erklärte er, daß er dazu tun werde, damit der Bannruf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, der jetzt allwärts erschalle, auch richtig verstanden und immer heilbringend verwirklicht werde. Zunächst seien allerdings die heimischen Angelegenheiten zur Besprechung gestellt, doch werde die Zeitung auch die allgemeinen Interessen nicht aus dem Auge lassen. „Deutschlands Einheit und Würde durch Vertretung des deutschen Volkes ist ihr Ziel.“ Im übrigen wollte der Herausgeber immer praktisch und besonnen sein. Das gelang ihm denn auch in hervorragendem Maße, so daß er sich selbst den Beinamen des Kurfürsten errang, der sogar einmal nach der Lektüre einer Nummer gesagt haben soll „Vernünftigster Mann im Lande!“ Doch bemerkte er auch gelegentlich Deller gegenüber „Ach! — gar ach! — aber, ach, zu viel Häcksel!“ Worauf Deller schlagfertig antwortete: „Wenn Eure königliche Hoheit einmal in meine Häckselkammer all den Häcksel sähen, der nicht in die Zeitung kommt, würden Sie eben so erstaunt wie zufrieden sein.“ Worauf der Kurfürst herzlich lachte.*)

Weiterhin, als die Verwickelungen wuchsen, schwand die Wohlwollen des Kurfürsten für die „Neu-Hessische Zeitung“ allerdings bald dahin, und als der Kurfürst wieder seine tyrannisch-reaktionären Grundzüge zur Geltung bringen wollte, das liberale Ministerium entließ und aufs neue den von allen Liberalen gehaßten Minister Haspenflug an die Spitze der Regierung setzte, war ihm das diese Politik heftig bekämpfende Blatt ein Dorn im

*) Friedrich Deller, Lebenserinnerungen, Stuttgart, 1877, Bd. I, S. 2. Hierbei sei bemerkt, daß Deller den Titel seiner Zeitung nicht richtig ansetzte. Sie hieß „Neu-Hessische Zeitung“ und nicht „Neue Hessische Zeitung“. Deller behändig schreibt.

Auge. Um so reichhaltigeren Beifall fand es bei der Bürgerschaft. Anfangs erschien es nur zweimal wöchentlich, bald aber konnte es, wesentlich vergrößert, täglich und dann sogar zweimal täglich ausgegeben werden. Dabei wurde ein kleines in Marburg gegründetes Blatt und später auch die alte „Kasselsche Allgemeine Zeitung“ durch Ankauf damit vereinigt. In beiden Fällen wurden auch die betreffenden Redakteure, Dr. Adam Pfaff, eine junge rüstige Kraft, und Dr. Pinhas, ein vortrefflicher Kenner der hessischen Verhältnisse, mit übernommen.

Durch diese Vergrößerung gewann die „Neu-Hessische Zeitung“ sehr bedeutend an Einfluß; doch suchte jetzt auch der Minister Hassenpflug um so angelegentlicher die lästige Gegnerin unschädlich zu machen. Mit Prozessen, die er gegen Dettker anhängig machte, drang er nicht durch; erst als er eine landesherrliche Verordnung erwirkt hatte, die den Kriegszustand in allen seinen Konsequenzen über das ganze Land aussprach (datiert vom 7. Sept. 1850), konnte er auch gegen die Presse erfolgreich vorgehen. Denn in der Verordnung war unter anderem auch ausgesprochen, daß keine politische Zeitung ohne Genehmigung erscheinen solle. Er veranlaßte daher, daß schon am 8. September der Oberbefehlshaber Generallieutenant Bauer durch Musketiere die Druckerei besetzen und den Weiterdruck der Zeitung verhindern ließ. Dettker hatte diesen Fall aber schon vorgeesehen, eine zweite Presse an einem sicheren Orte aufgestellt und ließ das Blatt ohne Unterbrechung weiter erscheinen, zum großen Erstaunen der Wache und des Oberbefehlshabers. Zugleich legte Dettker auch wegen dieser verfassungswidrigen Maßregeln gegen seine Zeitung Klage beim Obergericht ein, worauf der Oberbefehlshaber seine Verfügung zurückziehen mußte. Allein Hassenpflug gab darum seinen Feldzug gegen die liberale Presse nicht auf und ließ schließlich am 4. Oktober 1850 Dettker kurzerhand verhaften und in das Kastell stecken, die Druckerei aber versiegeln. Der Antrag des Staatsprokurators auf Freilassung des Gefangenen blieb erfolglos; dagegen erschien die Zeitung zunächst von ihrem sichern Schlupfwinkel und dann von Gotha aus regelmäßig weiter. Endlich, nach mehr denn drei Wochen, erhielt Dettker, ohne irgend

wie verhört worden zu sein, die Freiheit zurück und gab nun auch sofort seine Zeitung wieder in Kassel heraus; allein jetzt begann mit dem 1. November der Einmarsch der bayrisch-österreichischen Exekutionstruppen, und darauf war es in kurzer Zeit mit der Zeitung vollständig vorbei. Nachdem die Truppen Kassel besetzt hatten, erließ der österreichische Bundeskommissar Graf von Leiningen unter dem 22. Dezember 1850 eine Verkündung, derzufolge „im Namen des hohen deutschen Bundes“ mehrere Anordnungen getroffen wurden. Unter *Art. IV* ward „verordnet“: „Die ‚Neu-Hessische Zeitung‘, die ‚Hornisse‘ und der ‚Volksbote‘ sind verboten und deren Pressen in Beschlag gelegt.“ Die Redakteure der „Neu-Hessischen Zeitung“ hatten jedoch dies Schicksal vorausgesehen und schon mehrere Tage vorher Kassel verlassen; sie waren nach Göttingen gegangen, wo sie noch zwei Nummern ihres Blattes erscheinen ließen, in denen sie ihre Haltung rechtfertigten und Abschied von ihren Lesern nahmen. Das Abschiedswort schloß mit den Worten: „Mögen sie (die Feinde der Zeitung) jedes Recht mit Füßen treten und die öffentliche Stimme unterdrücken wollen, diese wird doch unter allen Umständen Mittel finden, sich hören zu lassen und sie wie ihr böses Gewissen verfolgen!“

Vorläufig blieb es aber bei dem Verbote, und Detter hatte außer der vielen vergeblichen Arbeit, Mühe und Aufregung auch noch einen Barverlust von mehreren tausend Talern zu beklagen.

Die beiden übrigen in der Leiningenschen „Verkündung“ noch genannten Zeitungen, die „Hornisse“ und der „Volksbote“, waren nur kleine Blätter ohne Bedeutung. Die „Hornisse“, gegründet von Dr. Theodor Kellner und Heinrich Heise, war ursprünglich ein Wigblatt, das sich aber sehr bald in ein äußerst leidenschaftliches demokratisches Tageblatt verwandelte und nun mit seinem spitzigen Stachel nichts verschonte. Der Graf von Leiningen war denn auch des höchsten über die vielen Stiche entrüstet, die ihm die „Hornisse“ versetzte, und erklärte, er werde, sobald er in Kassel einrücke, mit den beiden Redakteuren kurzen Prozeß machen. Diese riefen ihm aber höhnisch zu „Die Nürnberger hängen keinen, sie hätten ihn denn zuvor!“ und ver-

wanden vor dem Einrücken der Österreicher in Kassel.*) Später zog Kellner nach Amerika, gründete zunächst in New-York die „Reform“ und wurde dann 1855 Chefredakteur des „Philadelphia Demokrat“, in welcher Stellung er sich hervorragende Verdienste um das Deutschthum in den Vereinigten Staaten erwarb. Erst 1898 ist er, 79 Jahre alt, gestorben.

Dieser rührigen und schlagfertigen liberalen Presse gegenüber empfand die kurhessische Regierung sehr bald das Bedürfnis, sich ebenfalls mit einer Zeitung von einem gewissen Einfluß zu versehen. Der von A. F. Ch. Wilmar 1848 in Marburg gegründete „Hessische Volksfreund“ konnte bei seiner geringen Verbreitung nicht als eine solche gelten. Der Minister Hassenpflug trat deshalb mit dem bekannten Franz von Florencourt in Verbindung, der sich auch bereit zeigte, das gewünschte ministerielle Organ zu schaffen, aber ein nach des Kurfürsten Ansichten zu großes Betriebskapital verlangte, worauf sich die Verhandlungen wieder zerstückelten. Als dann aber der Kurfürst in der Nacht am 13. September 1850 aus Kassel entflohen war und unter dem 17. September den Sitz der Regierung nach Wilhelmshafen bei Hanau verlegt hatte, konnte man doch ohne ein Regierungsblatt nicht länger auskommen und wandte sich an einen Journalisten Wilhelm Obermüller, der sich auf allen Sätteln zurechtgefunden vermochte. In Karlsruhe geboren, soll er nach Friedrich Ketterer um 1831 in Freiburg studiert und 1833 am „Frankfurter Attemptat“ teilgenommen haben. Darauf geraume Zeit gefangen gehalten, wurde er schließlich begnadigt, ging nach Paris, kehrte aber 1848 nach Baden zurück und war zunächst für die „Mannheimer Zeitung“ und später für österreichische Blätter thätig. Mitterweile mochte er wohl gehört haben, daß man in Kurhessen nach einem Regierungsblatte verlange, und kam nach Kassel, wo aber seine Bemühungen, irgendwie Fuß zu fassen, vergeblich waren; er wurde sogar am 14. September 1850 ausgewiesen und zwangsweise über die Grenze gebracht. Trogallem muß er im Dunkel verschiedene Täden mit der hessischen

*) Fr. Müller, Kassel seit siebenzig Jahren. Kassel 1870, Bd. II, S. 323.

Regierung angeknüpft haben, denn bald nachher rief er bei sehnlich gewünschte ministerielle Blatt in Frankfurt ins Leben, indem er die Jürgensschen „Flugblätter“ in eine „Frankfurter Zeitung“ umwandelte. Diesen Titel trug das Blatt aber nur ganz kurze Zeit, denn als dann am 27. Dezember 1850 die kurfürstliche Regierung wieder nach Kassel zog, siedelte auch die Zeitung mit nach der hessischen Hauptstadt über (sie soll damals nur 110 Abonnenten besessen haben) und nahm dort den Namen „Kasseler Zeitung“ an. Doch erlangte sie unter der Redakteur Obermüller auch in Kassel nur eine geringe Verbreitung; erst als Schimmelpfeng, der spätere Kabinettsrat des Kurfürsten, die Leitung des Blattes übernahm, hob es sich etwas und hielt sich dann bis zur Einverleibung Kurhessens in Preußen im Sommer 1866.

Die heftigste politische Erregung kam in Mitteldeutschland in Sachsen zum Ausbruch. Dort hatte sich durch die ausgebreitete Gewerbs- und Handelsstätigkeit auch ein lebhafter Sinn für soziale Reformen entwickelt, und besonders in Leipzig war ein Zentralpunkt für die Erörterung politischer Fragen entstanden. Redner wie Robert Blum riefen dort ein angeregtes politisches Vereinsleben hervor, und Publizisten wie Karl Biedermann behandelten mit Verständnis die Tagesfragen in Zeitungen und Zeitschriften. Dennoch bildete sich keine Presse von wirklicher Bedeutung heraus, weil es an einem schöpferischen Talente fehlte, das etwas großes Neues aufzubauen vermocht hätte.

Die ersten Zeichen der nahenden Bewegung machten sich 1847 bemerkbar, als das Verlangen nach Einführung des öffentlichen und mündlichen Gerichtsverfahrens und nach einer größeren Freiheit der Presse immer lebhafter hervortrat, und als dann die Nachricht von dem Ausbruch der Revolution in Paris ertraf, entstand sofort eine so tiefe Erregung, daß der Stadtrat und die Stadterordneten von Leipzig sich veranlaßt fühlten, erst längere von Karl Biedermann verfaßte Adresse an den König Friedrich August II. zu richten, in der sie die politische Situation darlegten und um „die Entsefflung der öffentlichen Meinung, der Presse im ganzen Umkreise des deutschen Bundes und um die Berufung von Vertretern sämtlicher Völker an der

sich des Bundestages baten. Der König erachtete jedoch ein solches Vorgehen einer Gemeindevertretung für unzulässig und ertheilte einen abweisenden Bescheid. Damit waren aber die Wünsche in Leipzig keineswegs unterdrückt; es folgte sofort eine zweite und schließlich noch eine dritte Adresse, die nun den Sturz des alten Regierungssystems zur Folge hatte. Am 13. März mußte das konservative Ministerium einem liberalen Platz machen (dem Ministerium Braun), und dies verkündigte sofort, daß es die Aufhebung der Zensur und die Schaffung eines freien Preß- und Vereinsgesetzes als seine allerersten Aufgaben betrachten werde. Die Zensur wurde darauf vorläufig bis zum 15. April aufgehoben, und als am 18. Mai die Ständeversammlung zusammengetreten war, kam auch alsbald ein Preßgesetz zustande, das allen Wünschen entsprach. Die weitere Entwicklung der Dinge zog sich jedoch wesentlich ungünstiger; in der Umgebung des Königs schloß man sich nur zögernd den allgemeinen deutschen Bestrebungen an und wollte sogar die Beschlüsse der Nationalversammlung der Zustimmung der Kammer unterstellt wissen. Dem gegenüber gestaltete sich die allgemeine Bewegung immer ärmlicher, sodaß sich das Ministerium Braun nicht mehr zu halten vermochte und am 24. Februar 1849 zurücktrat. Damit begann die Ara Beust, die in mehr als einer Beziehung für Sachsen verhängnisvoll werden sollte. Es wurde das Ministerium selbst gebildet, in welchem Beust das Departement des Außern erhielt und nun dem Könige die Annahme der deutschen Reichsverfassung widerriet. Das führte zu einer abermaligen Umbildung des Ministeriums, und dadurch verschärfte sich, indem sich gleichzeitig eine republikanisch-sozialistische Strömung entwickelte, die Gegensätze so erheblich, daß am 3. Mai in Dresden eine blutige Revolution ausbrach, die nur nach schweren Kämpfen niedergeschlagen werden konnte. Mit der Niederlage der Aufständischen stürzten aber auch alle liberalen Institutionen zusammen; die alte Verfassung von 1831 trat wieder in Kraft, und die Presse wurde aufs neue in ihre früheren Schranken zurückgewiesen, ja in vielen Fällen noch schärfer getriebelt als während des vormärzlichen Ministeriums Lindenau. Ihren Abschluß

erhielt diese rückläufige Bewegung in einem die Presse außerordentlich beschränkenden Gesetze, das am 11. August 1851 erschien.

In dieser bewegten Zeit, von Mitte März 1848 bis Anfang Mai 1849, zeigte sich zwar in der sächsischen Presse eine außerordentliche Mächtigkeitsbewegung — eine große Masse von Lokalblätterweisk demokratischer Richtung entstand —, aber eine markante Erscheinung mit weitreichendem Einfluß blieb aus. Das einzige sächsische Tagesblatt, das mehr als provinzielle Bedeutung besaß, die Brochhaus'sche „Deutsche Allgemeine Zeitung“, erzielte zwar eine gewisse deutsch-nationale Haltung, litt aber unter den Einflüssen der Regierung und neigte dann wie diese in allen politischen Fragen mehr und mehr zu Oesterreich. Die Redaktionsleitung am 1. Juli 1848 von Professor Friedrich Bülow auf Dr. August Kaiser über, der sie aber nur bis Ende 1849 führte. Vom Beginn des Jahres 1850 an versah Lorenzo Pedretti, der schon seit 1838 bei der Zeitung angestellt war, die Redaktionsgeschäfte, wobei er sich jedoch nach Lage der Dinge nur selten über die einfache Berichterstattung erhob. Später, als Karl Wiedemann im Herbst 1863 die Redaktion übernahm, wurde das Blatt das Organ der sächsischen Nationalliberalen, brachte es aber, trotz aller Bemühungen, zu keinem größeren Leserkreise und ging daher schließlich 1879 ein.

In eine mißliche Lage geriet durch die politische Bewegung die amtliche „Leipziger Zeitung“; sie verlor den festen Halt, den ihr die Regierung bisher gewährt hatte, und trieb nun auf dem wilden Meere der Politik umher, ohne einen bestimmten Kurs einhalten zu können. Dazu kam noch ein besonderes Unglücksgeschick. Der Redakteur Dr. Greisfel wurde durch die Ereignisse so erschüttert, daß er am 14. März 1848 plötzlich starb. Er mußte also mitten in der verhängnisvollsten Zeit ein neues Leben gewonnen werden, der sich aber nur mit vieler Mühe in das neue Amt einzuarbeiten vermochte. Professor Dr. Oswald Nothbach war es, der den kühnen Wagemut besaß, die Leitung zu übernehmen. Geboren 1810 zu Sauer in Schlesien, hatte er Mathematik und Naturwissenschaften studiert und darauf als Professor der Technologie an der Leipziger Universität gewirkt.

gleich war er als Sponsor für die gesamte politische, schöngestige & Tagesliteratur Leipzigs tätig gewesen. Die Haltung der Zeitung blieb natürlich auch während der Revolutionszeit eine konservative, was Marbach stets in wenn auch maßvoller so doch immer bestimmter Weise zum Ausdruck zu bringen wußte; doch wurde er auch genötigt, aus dem gegnerischen Lager Einsendungen anzunehmen, die seine Anschauungen bekämpften, und selbst Angriffe auf Artikel, die er selbst geschrieben hatte. Dadurch erhielt die Zeitung oft ein wunderliches Ansehen, und die Leser protestierten gegen den krausen Wirrwarr von Meinungen, der ihnen ausgesiecht wurde. Schließlich versuchte die radikale Partei gar, die Zeitung ganz zu beseitigen; sie machte in der Kammer geltend, das Blatt stelle ein Monopol dar; indem die Regierung die Behörden zwinge, ihre Erlasse und Bekanntmachungen in der Leipziger Zeitung zu veröffentlichen, nötige sie alle diejenigen, welche diese Bekanntmachungen ihrer Geschäftsverhältnisse wegen lesen müßten, die Zeitung zu halten. Nur um der Inserate willen ließ die Zeitung verbreitet; das Hauptblatt lese niemand; man ließ deshalb das letztere ganz wegfällen lassen und die Zeitung auf die Inseratenbeilage beschränken. Die Kammer stimmte aber ihrer Mehrheit dieser Anschauung nicht bei; sie erkannte wohl, daß mit dieser Umgestaltung der Untergang des Blattes herbeiführt werden würde; die Freunde der Zeitung konnten außerdem bei ihrem Eintreten für die Erhaltung des Blattes geltend machen, daß das Hauptblatt doch wohl gelesen werden müsse, um die Auflage sei im Jahre 1848 um mehr denn 1000 Exemplare, von 4843 auf 5880 Exemplare gestiegen. Dagegen wurde der Charakter der Zeitung insofern geändert, als die Regierung den Grundsatze aufstellte, die Zeitung hinfort nicht mehr nur als ein exklusiv finanzielles Staatsunternehmen zu betrachten, sondern sie, mit Anwendung reichlicher Mittel, zu einem achtungsbietenden und einflußreichen Organe zur Vertretung der konservativen Interessen zu machen. In diesem Zwecke wurde die Zeitung, die bisher der Postanstalt unterstellt war, mit dem 1. Juli 1849 dem Ministerium des Innern überwiesen und ferner mit einem größeren Redaktionspersonal ausgestattet und ferner

durch einen gediegeneren Inhalt wesentlich gehoben. In einer Ansprache an die Leser erklärte Prof. Marbach, daß die Zeitung künftig über den Parteien stehen wolle und dabei auf dem Wege der geschichtlichen Entwicklung der Vernunft und der Vervollkommnung der Gesetzgebung wandeln werde. Doch legte Marbach bereits am 1. Oktober 1851 die Redaktion nieder; er wandte sich dem Finanz- und Affekuranzgebiete zu und gründete die Lebensversicherungsbank „Teutonia“ in Leipzig, deren Direktor er dann bis zu seinem 1890 erfolgten Tode war. An seine Stelle bei der „Leipziger Zeitung“ trat Dr. Friedrich Bülow, der dem Blatte aber nicht die Frische und Eigenart erhielt, deren es zu seiner Weiterentwicklung bedurfte. Die Auflage ging denn auch von Jahr zu Jahr wieder zurück, worauf Bülow 1854 die Zeitung niederlegte. Es folgten ihm v. Kiewewetter, dann v. Wigleben, und jetzt ist Dr. Julius Riffert Hauptredakteur. Unter Wigleben hob sich die Zeitung wieder und lieferte gegen Ende der fünfziger Jahre einen Reingewinn bis zu 24000 Talern; dann sank dieser aber aufs neue, und das Rechnungsjahr 1903 schloß, laut Deputationsbericht des sächsischen Landtages, mit einer Mindereinnahme von 8010 Mark ab.

In einer höchst seltsamen und fatalen Situation befand sich beim Beginn der politischen Bewegung die Haupt- und Residenzstadt Dresden, denn sie war ganz und gar ohne eine politische Zeitung. Die sächsische Regierung hatte bisher die Konzession für eine solche beharrlich verweigert und nur den „Dresdener Anzeiger“ geduldet. Als nun aber die Schranken gefallen waren, unternahm es die Verlagsbuchhandlung B. G. Teubner in Leipzig, dem jämmerlichen Zustande abzuhelpen und der Stadt Dresden endlich eine täglich erscheinende politische Zeitung zu geben, und zwar unter dem Titel „Dresdener Journal, Herold für sächsische und deutsche Interessen.“ Aber bei dem Mangel an journalistisch ausgebildeten Politikern war es schwer, einen geeigneten Leiter zu finden. Die Verlagsbuchhandlung bewog daher Karl Wiedermann, obgleich dieser im Vorparlament zu Frankfurt saß, die Oberleitung zu übernehmen, oder doch wenigstens seinen Namen auf den Titel zu setzen. Wiedermann entsprach dem Wunsche, so

weit er es vermochte, und schrieb auch, um dem Blatte den festen Kurs zu geben, den Programm-Artikel. Es hieß in diesem, die neue Zeitung werde das neue Ministerium unterstützen und auch gegen die Anhänger des alten gestürzten Systems verteidigen; aber es werde doch keineswegs ministeriell um jeden Preis sein, sondern das Ministerium sofort entschieden angreifen, falls es den übernommenen Verpflichtungen treulos den Rücken kehren sollte. Diese selbständige Stellung suchte denn auch der Unterredakteur energisch zum Ausdruck zu bringen, aber in seinem Eifer geriet er sehr bald viel zu weit links, so daß Biedermann heftige Klagen von seinen Parteigenossen hören mußte. Er betraute daher den Leipziger Gelehrten Professor Dr. H. Schletter mit der Leitung des Blattes; allein dieser neigte wieder zu weit nach rechts, was abermals Mißstimmung erregte, worauf die Verlagsbuchhandlung, die Unzulänglichkeit dieses Verhältnisses einsehend, Biedermann am 1. Oktober 1848 von der Redaktion entband. Diesen Moment benutzte der Minister v. d. Pfordten, dessen auswärtige Politik von der Zeitung in den letzten Monaten mehr und mehr gemißbilligt worden war, das Blatt zu sich herüber zu ziehen und schließlich ganz in den Besitz der Regierung zu bringen. Die Zeitung erschien zunächst mit dem Vermerk „Redigiert unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung“, stand aber alsbald unter dem Einflusse des Ministers. Vom 1. Januar 1849 an wurde sie von dem Advokaten Franz Ludwig Siegel redigiert, doch zeichnete dieser als verantwortlicher Herausgeber erst vom 1. Juni 1849 ab. Allein seine Tätigkeit für die Zeitung währte nur bis zum Beginn des Jahres 1850. Um diese Zeit begannen die Verhandlungen der sächsischen Regierung wegen des Ankaufs der Zeitung, worauf diese nun schließlich am 1. April 1850 in das Eigentum des Staates übergang. Als königlicher Kommissar leitete die Zeitung zunächst der Freiherr C. D. v. Wigleben. Von den späteren Redakteuren der Zeitung ist besonders Otto Bank (geb. 1824) hervorzuheben, der durch seine geistreichen Kritiken einen bedeutenden Einfluß auf das Dresdener Kunstleben ausübte und sich auch durch seine literarhistorischen Schriften einen Namen machte. Nachdem er viele Jahre die Redaktion des Feuilletons geleitet,

übernahm er 1886 auch die Chefredaktion und führte sie bis zum 1. Oktober 1894. Eine größere Verbreitung hat aber die Zeitung nie erlangt, so daß die sächsische Regierung immer bedeutende Zuschüsse leisten mußte. Im Rechnungsjahre 1904 beliefen sich diese bei einer Einnahme von 101000 Mark und einer Ausgabe von 154438 Mark auf 53438 Mark.

Der Advokat Franz Ludwig Siegel (geb. 1812, gest. 1877) suchte sich nach seinem Weggange vom „Dresdner Journal“ nunmehr auf eigene Füße zu stellen und gründete im März 1850 das „Neue Dresdner Journal“, das aber bereits im Dezember desselben Jahres unterdrückt wurde. Doch rief Siegel unmittelbar darauf, am 24. Dezember 1850, die „Sächsische Konstitutionelle Zeitung“ ins Leben, die antipartikularistisch, liberal und national im Sinne des Programms des Nationalvereins und kirchlich freisinnig war. Später, vom 17. April 1859 ab, führte sie bloß den Titel „Konstitutionelle Zeitung“. In den politisch bewegten Zeiten, besonders während der sechziger Jahre, gewann die Zeitung durch ihren frischen Ton einen ziemlich großen Leserkreis. Von ihren Mitarbeitern ist besonders die Schriftstellerin Anna Löhn zu nennen, die sich auch mit Siegel verheiratete. In den siebziger Jahren vermochte die Zeitung der modernen Konkurrenz nicht mehr die Spitze zu bieten; sie ging daher am 31. März 1874 ein.

4. Die westdeutsche Presse. Das Zeitungswesen in Nassau. Die „Mittelrheinische Zeitung“ und die „Nassauische Allgem. Zeitung“. Die Zeitungen im Großherzogtum Hessen. Ludwig Bamberger und die „Mainzer Zeitung“. Die frankfurter Presse. Das „Journal“, die „Oberpostamts-Zeitung“, das „Journal de Francfort“, die „Reichstags-Zeitung“ und die Jürgenschen „Flugblätter“. Die Zeitungen in Baden. Ficklers „Seeblätter“ und die Mannheimer „Abend-Zeitung“. Die konstitutionellen badischen Zeitungen.

Äußerst lebhaft entwickelte sich das politische Leben mit dem Beginn der Bewegung von 1848 in Westdeutschland. Die fran-

zösischen Freiheitsrufe hallten in der unmittelbaren Nachbarschaft Frankreichs naturgemäß am lautesten wieder, und zudem hatte man dort jahrzehntelang in den drückendsten Fesseln geschmachtet. Am schlimmsten war es in Nassau gewesen. Dort hatte die Regierung seit 1819 im ganzen Lande keine einzige politische Zeitung geduldet. Ganz und gar befangen in dem Metternichschen Unterdrückungssystem, war sie überall und fort und fort in der brutalsten Weise vorgegangen, sobald sich irgend wie in einer Brochüre oder in auswärtigen Zeitungen eine Meinung über die Zustände des Landes oder die Maßnahmen der Regierung hervorgewagt hatte. Einer ganzen Reihe von auswärtigen Zeitungen war der Vertrieb im Herzogtum bis zum März 1848 versagt gewesen. Aus diesem Zustande der unerhörten Bevormundung und des kläglichsten Bureaukratismus riß sich die Bevölkerung, als die allgemeine Bewegung begann, mit heftig aufbrausender Energie los und erzwang es, daß der Herzog Adolf bereits am 4. März alle Forderungen genehmigte, u. a. auch die unbedingte Pressefreiheit. Am 7. März erschien sodann ein vorläufiges Pressegesetz, das die völlige Freiheit der Presse sanktionierte und die Verfolgung von Pressvergehen den allgemeinen Strafgesetzen unterwarf. Schon vorher war am 3. März die erste Nummer des ersten politischen Blattes, der „Freien Zeitung“, im Verlage von Karl Ritter herausgegeben worden. Die Zeitung trug zunächst, der allgemeinen Erregung entsprechend, einen rein revolutionären Charakter, doch mäßigte sich der Ton, als der eine der Redakteure, Diepenbroek, Ende März aus der Redaktion ausschied, und der andere, Dr. Möller, das Blatt fortan in besonnenerer und ruhigerer Weise leitete. Die Zeitung wurde allgemein freudig begrüßt und zählte am 1. Juli bereits 2300 Abonnenten; doch ging sie in der Folge wieder etwas zurück, da ihr verschiedene Konkurrenz erwuchs und sie auch bereits im Laufe des Sommers den tüchtigen Redakteur Dr. Möller verlor, der nach Weilburg versetzt wurde. An seine Stelle trat im August 1848 Julius Oppermann. Nach Eintritt der Reaktion legte sie mit dem 15. Dezember 1851 den ominösen Namen „Freie Zeitung“ ab und nannte sich „Mittelrheinische Zeitung“.

Neben der „Freien Zeitung“ erschienen alsbald der „Vaterlandfreund“ im Verlage des Buchdruckers Stein, die „Nassauer Zeitung“, verlegt von Wilhelm Friedrich und sehr gewandt redigiert von dem Amtsbathessisten Karl Braun (später als Braun Wiesbaden allgemein bekannt), und die „Tannusblätter“, die konservativen Interessen vertraten. Alle diese drei Blätter vermochten jedoch nicht den Kreislauf eines einzigen Jahres zu vollenden. Besser erging es dagegen der „Nassauischen Allgemeinen Zeitung“, die am 1. April 1848 unter der Redaktion Wilhelm Heinrich Niehl ins Leben trat. Niehl brachte mit seinem Amt bereits sehr tüchtige journalistische Kenntnisse mit, hatte sich die Sporen bei der „Oberpostamtszeitung“ in Frankfurt verdient, war dann 1847 an der „Karlsruher Zeitung“ tätig gewesen und hatte mit Christ den „Badischen Landtagsboten“ herausgegeben. In Wiesbaden trat nun Niehl mit großer Vorliebe auf, ließ sich besonders nicht zu halt- und planloser Freireisenschwärmerei fortreißen und gewann dadurch sowohl die mittleren Bürgerkreise, wie die Regierung, die ihr bald allerlei Vergünstigungen gewährte, wie die Bekanntmachungen der Behörden, die Verpflichtung der Kreisämter und größeren Gemeinden, das Blatt zu halten. Doch änderten sich die Verhältnisse, als Niehl zu Anfang 1851 einem Rufe an die „Allgemeine Zeitung“ nach Augsburg folgte und Dr. Voegel an seine Stelle trat. Dieser stellte sich, als ein Konflikt des Staates mit dem Bischof von Limburg ausbrach, auf die Seite des Bischofs, worauf die Regierung dem Blatte alle Vergünstigungen entzog. Dadurch wurde aber die Haltung des Redakteurs nur noch schroffer, sobald die Regierung verschiedene Verwarnungen an ihn richtete. Dies blieb aber erfolglos, und nun verwies die Regierung, ermutigt durch den die Pressefreiheit begrabenden Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, den Dr. Voegel des Landes, worauf die Zeitung mit dem 23. August 1854 einging. Den Hauptvorteil davon erlangte die „Mittelrheinische Zeitung“, die sich jetzt, nachdem sie mit Oppermanns Beggang auch einen vollwichtigen Ersatz in der Person Wirth erhalten hatte, schnell wieder hob und nun längere

das Hauptorgan Nassaus darstellte.*) Daneben entwickelte sich noch von 1852 ab im Schellenberg'schen Verlage das „Kleine Anzeigebblatt“, heute das viel gelesene von Schulte vom Brühl redigirte „Wiesbadener Tageblatt“.

Ganz ähnlich wie in Nassau spielten sich auch die Vorgänge im Großherzogtum Hessen ab. Die Bewegung begann hier bereits am 28. Februar 1848, worauf der Großherzog Ludwig II. am 4. März neben anderem auch ein Preßgesetz zusicherte. Zugleich berief er Heinrich von Gagern zum Minister und besetzte alle höheren Verwaltungsstellen mit liberalen Männern. Der revolutionäre Geist, der die ganze Bevölkerung ergriffen hatte, ließ sich aber doch nicht so leicht bannen; es kam zu erheblichen Unruhen auch unter den Bauern im Odenwald und Vogelsberg, und in Mainz entwickelte sich aus Konflikten mit den österreichischen und preußischen Truppen, mit denen die Bundesfestung besetzt war, am 21. Mai ein blutiger Straßenkampf, infolgedessen die Stadt für einige Zeit in den Belagerungszustand versetzt wurde. Weiterhin machten sich republikanische Bestrebungen bemerkbar, und auch die badische Insurrektion warf ihre Wellen nach Hessen herüber. Das hessische Militär bezwang jedoch den Aufstand, worauf die Regierung (es hatte mittlerweile der Großherzog Ludwig III. den Thron bestiegen) im Sommer 1849 die Zügel wieder fester anzog, mit dem Ministerium Dalwigk zu den konservativen Grundsätzen zurückkehrte und die Freiheit der Presse wieder sehr erheblich einschränkte. Diesen Maßnahmen folgte schließlich noch eine landesherrliche Verordnung, die, gestützt auf den Bundesbeschluß vom 6. Juli 1854, die Verhinderung des Mißbrauchs der Presse betreffend, die freie Bewegung der Zeitungen vom 1. Mai 1856 ab noch weiter beengte und von der Freiheit der Wärtzstage von 1848 nur noch wenig übrig ließ.

Einen umfassenden Gebrauch von der Preßfreiheit hatten aber doch nur wenige hessische Zeitungen gemacht, in der Haupt-

*) G. Zedler, Die politische Presse im Herzogtum Nassau (Rhein. Kurier, 1903, Nr. 820 u. 850).

sache bloß die Mainzer Blätter, und von diesen in wirklich merkwürdiger Weise nur die „Mainzer Zeitung“. In dieser widerfuhr das Glück, gerade im geeigneten Momente jungen, geistprühenden Redakteur zu erhalten, der mit keilartigen Leitartikeln und Abhandlungen sofort weit über die Grenzen Mainz hinaus Aufsehen erregte. Es war Ludwig Bamberg, der dann später noch einmal eine so hervorragende Rolle als Parlamentarier und Sozialpolitiker spielen sollte. Als der Zerstörer eines Mainzer Bankiers am 22. Juli 1823 in Mainz gestorben studierte er zunächst in Gießen, Heidelberg und Göttingen; Rechte, legte auch sein Staatsexamen ab, sah sich aber als 30-jährig vom hessischen Staatsdienst ausgeschlossen und wandte sich dann als mit der Revolution alle die alten Schranken zu fallen schickte mit hellauslobernder Begeisterung der Freiheitsbewegung zu. Er forderte dem Verleger der „Mainzer Zeitung“, Theodor Griebner, seine Dienste an und trat in die Redaktion des Blattes ein, an dessen Spitze Dr. Karl Bölsche stand. Bereits am 10. März erschien sein erster Leitartikel, „Die französische Revolution und die Stimmung in Deutschland“, in welchem er gegen den von konservativer Seite unternommenen Versuch der Furcht vor einer französischen Invasion zu erwecken. In demselben Artikel aufzufachen zu polternder Franzosenkesserei, schrieb er: „zur Verachtung der Bewegung in Frankreich, . . . das ist nicht die Lösung und abgeschmackt! Frankreich frei und glücklich, das muß der Wunsch aller Freiheitsliebenden sein, das ist der Vorteil aller Völker.“ Weitere Artikel erschienen in rascher Folge und fanden den besten Beifall, daß die Zeitung sich beständig hob und ihr Format vergrößern konnte. Aber auch dem jungen Journalisten noch die Schwünge; mehr und mehr entwickelte er eine wahrhaft hintersichende Beredsamkeit, und im Feuer der Begeisterung sang er das hohe Lied von der Freiheit in allen Tonarten. „Wir wollen die Freiheit der Presse“, ruft er in dem Artikel „Das deutsche Parlament“ aus, „das ist im streupulösen Sinne des Wortes die Möglichkeit, durch den Druck jede Meinung anzukündigen.“ Die Veröffentlichung kein besonderes Gesetz verbietet. Aber wir wollen noch mehr als das, wir haben die Freiheit der Meinungen.

Zuckend liegt die alte Welt im Sterben; ein neu Geschlecht stürmt über ihre Leiche, und aus dem Schoß der ringsum bebenden Erde schlägt hoch zum Himmel auf der entfesselte Geist der Menschheit. Halb wach von ihrer Träume Lager aufgesprungen, stehen in dem wilden Schöpfungschaos verlegen zitternd die zwerghaften Gestalten, welche schlafend die schein tote Welt hüteten. Jugend, deine Zeit ist da! Die Zeit, von der du so lange gesprochen und gesungen, die Zeit, mit sieghafter Hand die Errungenschaft des Geistes, das Schlußwort der Erkenntnis als eine Tat in den Boden deines Landes einzupflanzen.“ Und dann bricht das heiße Verlangen nach der Einheit Deutschlands hervor. „Ja, alle Deutsche wünschen nichts sehnlicher, als daß Deutschland ein einziger Staat sei“, versichert er, „und ihr Verlangen nach einem deutschen Parlament ist nichts als ein Vorbote oder eine Umschreibung für dies ihr wahres Begehren.“ Aber er hatte doch zu rosig gesehen. Der Schwiegervater des Verlegers der „Mainzer Zeitung“, ein Geheimer Staatsrat Jaup in Darmstadt, sandte eine geharnischte Gegenerklärung, in der er vor der Undankbarkeit gegen die deutschen Fürsten und vor republikanischen Gelüsten warnt, die er hinter dem Verlangen nach der Einheit vermutet. Bamberger verteidigte sich, hielt es jedoch nach Lage der Dinge für zweckmäßig, wieder aus der Redaktion auszuscheiden, und ging, da die Sitzungen des Vorparlamentes begonnen hatten, als Berichterstatter nach Frankfurt. Bald zeigte sich indeß, daß man in Mainz den genialen Politiker in dieser großen Zeit nicht wohl entbehren konnte, und bewog Bamberger, am 4. April die gesamte Leitung des Blattes zu übernehmen. Darauf warf dieser abermals alltäglich die Feuergarben seiner Beredsamkeit in den weiten Kreis des Publikums. In kurzer Zeit wurde er ein gefeierter Volksmann. „Einen Tag um den andern,“ erzählte er später, „habe ich im besflügelten Tempo meine Leitartikel zu Papier gebracht, manchmal in Ausdehnung von drei enggedruckten Foliospalten, die mir im Laufe von anderthalb Stunden unter den Händen herausströmten.“*) Vorübergehend war er denn auch

*) Ludwig Bambergers Erinnerungen, herausgeg. von Paul Nathan. Berl. 1899.

Parlaments-Berichterstatter; doch kehrte er imm Redaktionspult zurück. Eine Anzahl seiner Leitartikelle sammelte er und gab sie unter dem Titel „Die Freiheit“ (Mainz 1848) in einem Bändchen heraus. Er weile steigerte sich aber die politische Hochflut bis vollen Sturzwellen, und nun verließ Bamberger die Redaktionsstube für immer, schloß sich den Anhängern der Pfalz an und trug denn auch die Konsequenzen, was er als stürmischer Freiheitsprediger gelehrt hatte. Beim Zusammenbruch des Aufstandes wurde er in den Schaarenprozess vor den Mainzer Assisen zu 8 Jahren und vor den Zweibrücker Assisen zum Tode verurteilt contumaciam, denn er war nach London geflüchtet. 1866 konnte er nach Deutschland zurückkehren, wo 1868 im Zollparlament eine rege Tätigkeit entfalten konnte. „Mainzer Zeitung“ bewies er dabei seine Unabhängigkeit, sandte ihr manchen Aufsatz, u. a. den Artikel „Frankreich“, der am 19. Juli 1870 zum Abdruck kam, welchem ausgeführt wurde, mit welcher Leidenschaft zum Kriege trieben, während man in Deutschland Friedenshoffnungen befeelt war. Nach einer umfangreichen und publizistischen Tätigkeit — er tagsabgeordneter und Mitarbeiter der „Deutsche Zeitung“, der „National-Zeitung“, der „Nation“, der „Allgemeinen Zeitung“ etc. — starb er am 14. März 1899 zu Berlin, der die Feder jederzeit mit Geistesstärke, vor der die Ehre geführt hat.“*) Die „Mainzer Zeitung“ (1848 bis 1885) und wurde dann mit dem „Mainzer Telegraph“ (1848) verschmolzen.

Von den sonstigen Mainzer Blättern jener Zeit „Der Demokrat“, 1848 u. 49 von L. Kalisch her-

*) Franz Ludwig, Ein berühmter Mainzer Publizist. (Journalisten- und Schriftstellertage) Mainz 1970.

„Mainzer Journal“, gegründet 1848, eine Zeitung von ausgesprochen katholischer Tendenz, die sich heute zu einem weit verbreiteten Blatte entwickelt hat, eine „Rheinische Zeitung“, die für die konstitutionelle Monarchie eintrat, aber nur während des Jahres 1848 erschien, und das „Rheinheffische Volksblatt“ (1848—1865) zu nennen.

Eine nicht geringe Konfusion richtete das Jahr 1848 in der Frankfurter Presse an. Die hochgestimmte Gervinussche „Deutsche Zeitung“, über deren Schicksale wir bereits S. 426 berichtet haben, vermochte nicht, die große führende Rolle durchzuführen, von der die Gründer geträumt hatten, sodaß Gervinus am 23. Mai 1849 in einer durchaus resignierten Stimmung von dem Blatte zurücktrat. Die übrigen Zeitungen wurden von den Wogen der Aufregung und Parteileidenschaft hin und her geworfen; keins wußte einen leitenden Einfluß oder gar eine gewisse Autorität zu gewinnen; verschiedene schwankten unbeholfen und jämmerlich bald nach rechts, bald nach links und mußten sich für die Zwecke der Parteien gebrauchen lassen, je nachdem es gerade kam.

Am geschicktesten fand sich noch das „Frankfurter Journal“ mit der Situation ab. Ohne besonders schwere geistige Fracht wand sich das leichte Schifflein mit einer gewissen Resoluteit durch die vielen Klippen. Es schwamm ganz im Fahrwasser der demokratischen Partei, aber es vermied doch die gefährlichen Strudel. Sein Hauptaugenmerk richtete der Herausgeber J. A. Hammeran auf eine möglichst schnelle Übermittlung der Tagesneuigkeiten. Das „Journal“ genoß denn auch den Ruf, daß es über alle Ereignisse stets früher unterrichtete, als die andern Frankfurter Zeitungen. Den leidenschaftlichen Kampf um die Position der Demokratie überließ es dagegen den Kampfblättern. Einige Jahre später, in den grauen Tagen der Reaktion, urteilte denn auch ein Beobachter des Journalismus in der Zeitschrift „Germania“ (Jpzz. 1852, S. 287) etwas griesgrämig: „Politischer Charakter und politische Einsicht sind niemals Sache des ‚Frankfurter Journals‘ gewesen, und wenn dasselbe eine Zeitlang für demokratische Ideen Partei genommen, so mag diese Verirrung

seiner unvollständigen Zurechnungsfähigkeit und seiner späteren Besserung zugute gehalten werden.“*)

In eine hochnotpeinliche und gänzlich hilflose Lage geriet die „Oberpostamts-Zeitung“. Sie verlor, als der Bundestag dahinschwand, ihre ganze Kontenance und allen Glauben an die Menschheit im allgemeinen und an die Macht und Herrlichkeit der österreichischen Politik im besondern, nur nicht ihre Zuneigung gegen Preußen. Beim Beginn der Revolution redigirte sie ein Dr. H. Malten, dann ein gewisser Wiesner, unter dem für einige Wochen lang krypto=demokratische Ansichten entwickelten. Nachdem F. D. Bassermann Unterstaatssekretär im Reichsministerium des Innern geworden war, machte dieser das damalige Bundestags-Blatt zum halbamtlichen Organe der Zentralgewalt, und als es mit dieser Zentralgewalt zu Ende gegangen war, suchte der ehemalige badische Bundestagsgesandte Friedrich von Blittersdorf, der sich jetzt in Frankfurt journalistisch beschäftigt, das Blatt in die neue Zeit hinüber zu leiten. Nachdem jedoch der Bundestag wieder in Frankfurt installiert hatte, wurde die „Oberpostamts-Zeitung“ nun aufs neue „zum Herold ihrer polizeilichen Taten und zum Advokaten seiner nationalpolitischen Ohnmacht“ auserkoren wurde, zog sich Herr von Blittersdorf „von der kompromittirenden Gemeinschaft mit der ‚Oberpostamts-Zeitung‘“ wieder zurück, worauf das Blatt nur von untergeordneten Geistern redigirt wurde und ohne jeden Einfluß blieb. Nach Heycks Angaben in dessen Geschichte der „Allgemeinen Zeitung“ (S. 290) besaß es um 1857 nur 2000 Abonnenten. Wahrscheinlich ist es in den nächsten Jahren noch weiter zurückgegangen und als am 16. Juli 1866 der preußische General Vogel

*) Es sei hier noch bemerkt, daß das „Frankfurter Journal“ am 1. November 1881 von Dr. Hammeran an Dr. Adolf Brüning veräußert wurde, am 24. April 1884 in den Verlag von Moritz Schauenburg überging, am 1. April 1890 in den Besitz des Wiesener Advokaten Friedrich Barrer überging, am 15. Juni 1893 in den der Firma Voigt & Gleiber und am 1. Juli 1894 in den einer Gesellschaft mit beschränkter Haftpflicht überging, bis es schließlich, nachdem es etwa 238 Jahre bestanden hatte, am 10. März 1932 dem Frankfurter „Intelligenzblatte“ verschmolzen wurde.

Falkenstein Frankfurt besetzte, war seine Rolle ausgespielt; es mußte sein Erscheinen einstellen. Dabei kam es noch zu einem tragischen Schlußeffekt. Der Chefredakteur Dr. Fischer-Gouillet, ein Sohn Hannibal Fischers, wurde am Morgen des 17. Juli verhaftet und sollte dem General Vogel von Falkenstein vorgeführt werden; im Vorzimmer des Generals rührte ihn jedoch der Schlag.

Das „Journal de Francfort“ gab sich während der ganzen Bewegung geffentlich den Anschein, als halte es sich durchaus neutral; in Wahrheit blieb es nach wie vor ein Werkzeug der absolutistischen Diplomatie und diente im besondern den Interessen Rußlands. Auch jetzt noch behielt es mit unverschämter Verachtung alles Deutschen die alte Anordnung des Stoffs bei und begann in jeder Nummer mit den Meldungen aus Frankreich und England. Dann kamen die Nachrichten aus den Niederlanden, der Schweiz, der Türkei, Italien, Rußland, Schweden und Norwegen, Amerika, Ungarn und schließlich hinten am Schluß auch aus Deutschland. Der Redakteur wurde nicht mehr genannt; es erschien unter der Verantwortlichkeit des Druckers August Osterrieth. Als nach dem Krimkriege die russische Oberherrschaft gebrochen war, schwand auch die Bedeutung des „Journal de Francfort“ mehr und mehr dahin, sodaß es schließlich kaum beachtet wurde, als auch ihm die preußische Okkupation am 17. Juli 1866 das Lebenslicht ausblies.

Aus der Nationalversammlung gingen zwei kleine Blätter, die Blum-Günthersche „Reichstags-Zeitung“ und die schon genannten Jürgensschen „Flugblätter“ hervor; beide blieben ganz unbedeutend. Die „Reichstags-Zeitung“ nahm nach einiger Zeit den Titel „Neue deutsche Zeitung“ an und gerierte sich nun als ein Organ der süddeutschen Demokratie, trieb großdeutsche Politik und erblickte in Preußen nur einen Förderer der slawischen Zivilisation, wurde aber alsbald unter Ausweisung ihrer Redakteure Otto Lüning, J. Georg Günther und J. Weydemeyer unterdrückt. Die Jürgensschen „Flugblätter“ wandelten sich, wie schon erwähnt, zunächst in eine „Frankfurter Zeitung“ und siedelten dann als „Kasselsche Zeitung“ nach Kassel über, sodaß mithin,

als schließlich der ganze Sturm von 1848 vorüber war, :
Stadt Frankfurt sich wieder auf ihre drei alten Zeitungen t
schränkt sah.

Den tollsten Reigen führte die Revolution in Baden z:
wo die Bestrebungen Struves, Heckers und Fickers, Deutschl:
in eine Republik umzuwandeln, alsbald den größten Wirrw:
in die freiheitlichen Bestrebungen brachte. Die revolutionäre B:
wegung begann bereits am 27. Februar 1848 mit einer Bürger:
versammlung in Mannheim. Die Regierung zögerte anfang:
auf die vielen Wünsche einzugehen, die allerwärts geäuß:
wurden, machte dann aber die weitgehendsten Zugeständnisse, w:
am 1. März verkündigte der Minister Beck u. a. auch die Pre:
freiheit. Der allgemeine Trubel, die blutigen Aufstände in v:
schiedenen Teilen des Landes, das zügellose Gebaren der rep:
blikanischen Partei und endlich das bewaffnete Einschreiten Pre:
ßens ließen es aber zu keiner Entwicklung der Presse kommen:
irgend eine größere Zeitung von einem gewissen Einfluß vermoe:
sich nicht zu erheben, und nach der Verkündigung des allgeme:
Belagerungszustandes, Mitte Juli 1849, hörte die freie B:
wegung der Presse für mehrere Jahre fast vollständig auf. Z:
beiden Pole in der Bewegung bildeten Konstanz und Mannhe:
dort gab Fickler die schon erwähnten „Seeblätter“, hier J. z:
Große die „Abend=Zeitung“ heraus; beide Blätter schwel:
förmlich in demokratischer Opposition. An die Seite der „Ab:
Zeitung“ trat sodann am 1. April noch die „Deutsche Volk:
zeitung“, redigiert von J. Fröbel und E. Pelz, verlegt z:
Heinrich Hoff. Diese suchte die „Abend=Zeitung“ womöglich z:
zu überbieten und brachte bereits in ihrer .N^o 4 ein Deutl:
Republikanerlied, das mit dem Verse schloß:

Die Republik! die Republik!
Kein Markten und kein Schonen!
Das Schwert heraus, und Schlag auf Schlag!
Verflucht, wer länger noch tragen mag
Den Spott der Nationen!
Erhebt Euch, Männer, wie Löwen, und springt
An die Brust der Tyrannen und ringt und singt:
Zum Teufel mit Scepter und Kronen!

Darauf erfolgte aber eine Anklage auf Hochverrat, worauf Hoff am 29. April 1848 verhaftet wurde, während gleichzeitig die Zeitungen ihr Erscheinen einstellen mußten. Die „Seeblätter“ hörten Mitte 1849 auf, während sich die „Abend-Zeitung“ noch bis zum 16. Juni 1851 hielt.

Die konstitutionelle Partei fand ihre Vertretung in dem „Mannheimer Journal“, das mit der erbkaiserlichen Partei ging, und in der „Badischen Landeszeitung“, die 1849 gegründet wurde. Die „Karlsruher Zeitung“ blieb nach wie vor das amtliche Blatt, doch zeichnete sie sich wiederholt durch große Ungeschicklichkeit und Taktlosigkeit aus, sodaß sie der Regierung eher schadete als nützte. Während die „Badische Landeszeitung“ und die „Karlsruher Zeitung“ noch heute existieren, ging das „Mannheimer Journal“ am 30. Juni 1888 ein.

5. Die Zeitungen in Süddeutschland. Die Presseverhältnisse in Württemberg. Der „Schwäbische Merkur“. Dessen Leitartikel von Fr. Vischer, David Friedrich Strauß, G. Nämelin u. a. Nhlands Erklärung über die Sprengung des Rumpfparlaments. Abels und Pfizers Mahnungen, zu Preußen zu halten. Das „Neue Tagblatt.“ Der „Beobachter“. Sein Redakteur Hermann Kurz. „Die Sonne“. Die übrigen württembergischen Zeitungen. Die Verhältnisse in Bayern. Lola Montez. Die „Konstitutionelle Zeitung“. Die „Neue Münchener Zeitung“. Die „Münchener Neuesten Nachrichten“. Der „Nürnberger Korrespondent“. Die Cottasche „Allgem. Zeitung“. Hält zu Osterreich. G. Kolb. Heinrich Laube gegen die großdeutsche Richtung der Zeitung. Das Blatt behält die Richtung bis 1866 bei.

Viel ruhiger, als in Baden, vollzog sich die revolutionäre Bewegung in Württemberg. Die Reformforderungen hielten sich in gemessenen Schranken, und das liberale Ministerium, das am 9. März ans Ruder kam, vereinbarte mit dem Landtage die gewünschten neuen Gesetze mit aller Umsicht. Die Pressefreiheit hatte die Regierung gleich beim Beginn der Unruhen gewährt. Als sich aber die Hoffnungen auf eine Neugestaltung Deutschlands nicht erfüllten, ging es auch in Württemberg wieder rasch zurück.

Schon im August 1849 erschien ein einschränkendes Preßgesetz und bereits am 28. Oktober trat das Märzministerium ab, worauf die Verfassungsrevision ad acta gelegt wurde. Zugleich setzte das Finanzministerium 50 Proz. als den Zuschlag für die Postgebühren bei politischen Zeitungen fest. Nicht lange, so fuhr die Regierung unter dem Freiherrn von Linden abermals mit vollen Segeln im reaktionären Fahrwasser, worauf die Verfassung von 1819 aufs neue für gültig erklärt wurde. Nur wenig von den März=Errungenschaften blieb übrig.

Angesichts dieser wesentlich ruhigeren Entwicklung der politischen Dinge beobachteten denn auch die württembergischen Zeitungen eine weit gemesseneren Haltung, als die badischen. Auch das demokratische Blatt „Der Beobachter“, ließ sich nicht zu den wüsten Tollheiten der badischen Presse hinreißen. Allerdings hatte die württembergische Presse auch den großen Vorteil, daß die Hauptzeitungen durchaus in sich gefestigte Blätter waren, die keine Parteigunst zu buhlen brauchten, und ferner erfreuten sie sich des günstigen Umstandes, daß gerade in der bewegten Zeit eine große Anzahl geistig bedeutender Männer ihnen zur Verfügung stellte, sodaß sie ein außergewöhnlich hohes geistiges Niveau erreichen vermochte.

Wie bisher, so stand auch während der Revolutionszeit der „Schwäbische Merkur“ an der Spitze der württembergischen Zeitungen. Die Abschaffung der verhassten Zensur war dem Blatte eine Befreiung von schwerem Alpdruck; es weiteten sich ihm gleichsam die Lungen, und das erste, was es in der neuen Freiheit unternahm, war die Einführung des Leitartikels. Erfreulicherweise fanden sich sofort verschiedene geistreiche Mitarbeiter, die die Fragen der Zeit in dem Blatte mit zündender Beredsamkeit behandelten. Da schrieb der Ästhetiker Fr. Vischer über „Volksbewaffnung“ und „Deutsche Wehrverfassung“, Prof. Hepp über „Die Reform der Strafjustiz“, David Friedrich Strauß, der berühmte Verfasser des „Lebens Jesu“, eine Abhandlung über die Uhländische Wort „Die Freiheit will ich, die uns Einheit schafft“. Die Einheit, entwickelte er, sei zunächst das Allerwichtigste; nur ihr sei vor allem anderen zu streben. Dagegen wandte er

gegen das Verlangen nach einer Republik. „Die Frage konstitutionelle Monarchie oder Republik ist,“ so führte er aus, „für uns jetzt gleich mit Reform oder Umsturz.“ Auch die viel erörterte Volkssouveränität führte er auf ein bescheidenes Maß zurück. „Nur in dem geregelten Zusammenwirken der fürstlichen Gewalt und der Volksvertretung liegt,“ so schrieb er, „die menschenmögliche Bürgerschaft für die Förderung des Gemeinwohls; nur hier also ruht auch die Souveränität.“ Bald aber erkannte er, daß die Hoffnung auf Schaffung eines Einheitsstaates nicht in Erfüllung gehen, vielmehr alles auf gutösterreichisch beim alten bleiben werde, und heftig klagte er die österreichische Regierung an, daß sie, um nur den Deutschen keine freiheitlichen Zugeständnisse zu machen, sich den Tschechen in die Arme werfe.

Ganz besonders eindrucksvoll waren die Artikel von G. Rümelin, dem späteren Kanzler der Universität Tübingen. Trotz der Abneigung gegen Preußen, die damals noch in Württemberg in weiten Kreisen bestand, trat Rümelin energisch für ein Erbkaisertum mit preußischer Spitze ein. Dem guten Willen Oesterreichs, sich den allgemeinen deutschen Interessen zu widmen, zog er stark in Zweifel. „Es gibt nur zwei Möglichkeiten,“ sagt er in einem Artikel vom 16. Dezember 1848, „mit Oesterreich die Trias, ohne Oesterreich die preußische Hegemonie. Wir fühlen schmerzlich das Ausscheiden Oesterreichs; es ist möglich, daß das Verhältnis vorübergehend ein feindseliges werden kann, doch ist der Weg der wahrhaft politische, der hoffnungreichste.“ Diese Ansicht gewann denn auch mehr und mehr die Oberhand im Lande, wenn auch die Zeitung selbst nicht ausschließlich für sie eintrat.

Als dann aber nach und nach alle Erwartungen getäuscht wurden, sprach auch aus dem „Merkur“ tiefe Trauer, und als das Rumpfparlament in Stuttgart erschien, begrüßte er es in wehmütiger Stimmung. Die gewaltsame Sprengung des Parlaments am 18. Juni 1849 schildert der „Merkur“ mit aller Ehrerbietung vor den schwer getränkten Mitgliedern der Versammlung; von einer Mißhandlung — es hieß alsbald in auswärtigen Zeitungen, verschiedene Abgeordnete seien unter die Pferde des Militärs getreten, es sei Blut geflossen u. dgl. — weiß sein Bericht

jedoch nichts, und am 26. Juni tritt diesen falschen Nachricht auch ein klassischer Zeuge, Ludwig Uhland, der in den vorderen Reihen gegangen war, im „Merkur“ mit der Erklärung entgegen, daß kein Parlamentsmitglied eine Verwundung erlitten habe. „Die einzige Verletzung,“ schließt er, „die ich davongetragen, ist das bittere Gefühl der unziemlichen Behandlung, welche der letzten Reste der deutschen Nationalversammlung in meinem Heimatlande widerfahren ist.“

Auch nachdem das Märzministerium schon gestürzt und die Reaktion eingezogen war, wagte der „Merkur“ noch immer den Anschluß an Preußen zu empfehlen. Er gab fünf dahingehende Artikel in Rümelins Raum und brachte außerdem Briefe aus Berlin von einem jungen, leider früh verstorbenen Historiker Otto Abel, der die Ansichten Rümelins ebenfalls vertrat. „Was werden die süddeutschen Staaten tun?“ fragte Abel. „Immer noch zuwarten, nichts tun, was sie mit Ehren und freiwillig tun könnten, abzuwarten, sich gefallen lassen, was, ohne sie zu fragen, geschieht?“ Am 15. Dezember 1849 bezeichnet er als einzige Schutzwehr die Bemühung Preußens zur Herstellung des Bundesstaates und zweiter Linie das preußische Schwert. „Die Nation, welche 1848 erlebt hat,“ sagt er dann weiter, „wird sich nicht mehr von der Kleinstaaterei befriedigt fühlen. Mag partikularer Eigennutz vorurteil den Sieg hinauschieben, das Verlangen nach Einheit wird stärker sein. . . . Durch Württembergs Anschluß würde die Spaltung Deutschlands in eine preußische und österreichische Hälfte beseitigt, was das Ziel der Wiener Politik ist.“ Und endlich veröffentlichte der „Merkur“ auch die Mahnungen Paul Pfizers, an Preußen zu halten. „Sollen wir,“ rief Pfizer aus, „weil wir nicht gleich alles so erhalten, wie wir es verlangten, in kindischer Trotz und Unmut nun auch gar nichts wollen? . . . Der künftige deutsche Kaiser wird durch die Natur der deutschen Verhältnisse bestimmt. Heute noch wie vor 35 Jahren nach den Freiheitskriegen gilt, was Schenkendorf, unverkennbar im Hinblick auf Preußens König, dem deutschen Volke zugerufen hat: Wähle ich den Kaiser, und zwing' ihn, daß er's wird.“

Allein die württembergische Regierung verschloß sich dies-

Erkenntnis hartnäckig. Die Thronrede vom 15. März 1850 erklärte unzweideutig: „Jede Unterordnung eines Hauptstammes unter einen andern würde der Anfang unserer inneren Auflösung und das Grab unserer nationalen Existenz sein.“ Da hieß es denn, für viele Jahre jede Hoffnung begraben.

Das „Neue Tagblatt“ vertrat im großen und ganzen dieselben Grundanschauungen wie der „Merkur“, doch bewegten sich seine Ausführungen nur im Gesichtskreise des kleinen Bürgers. Die Konzession für politische Artikel hatte sich die Verlagsbuchhandlung gleich nach den ersten politischen Bewegungen des März erworben und dafür 20 Gulden Spotteln erlegt. Im Jahre 1861 wurde dem „Neuen Tagblatt“ die „Stuttgarter Schnellpost“ eingefügt, ein kleines Allerwärtsblatt, das 1844 gegründet worden war. Zu einer großen politischen Zeitung erweiterte sich das „Neue Tagblatt“ erst nach dem Aufschwunge von 1870.

Der demokratische „Beobachter“ schloß sich zwar den badischen demokratischen Blättern an, hielt sich aber im allgemeinen ziemlich maßvoll. Nichtsdestoweniger erachtete es der Redakteur Adolf Weißer, der das Blatt seit 1845 leitete, beim Beginn der Reaktion doch für geraten, das Weite zu suchen, worauf der bekannte Dichter Hermann Kurz (geb. 1813, gest. 1873), der Verfasser der Romane „Schillers Heimatjahre“ und „Der Sonnenwirt“, der schon seit April 1848 an dem Blatte mitgearbeitet hatte, die Redaktion übernahm und sich in seiner schwierigen Position mit großem Geschick zu behaupten wußte. „Ein adligerer Demokrat hat niemals an einem Redaktionstische gesessen und für den Tagesbedarf seiner Parteigenossen sub specie aeterni Sorge getragen,“ sagt Paul Heyse in der Biographie, die er den gesammelten Werken von Hermann Kurz voranstellte. Kurz redigierte das Blatt von 1849 bis 1853 und brachte es während dieser höchst mißlichen Periode glücklich durch alle Klippen. Der allgemeinen damaligen Stimmung in Süddeutschland entsprechend, war er ein Anhänger der Trias-Ideen und Großdeutscher; später (1871) stand er nicht an, auch der Entwicklung zuzustimmen, die durch den Krieg von 1870/71 herbeigeführt worden war. „Die lebensunfähige Bundesform hat einem lebendigen Bundesstaats-

gebilde Platz gemacht," sagte er in der Vorrede zu seinen „Geschichtsbildern aus der Melancholiezeit“. „Ob sie im Wege friedlicher Entwicklung zu verbessern gewesen wäre, ist eine Frage, über welche die Geschichte mit ehernem Tritte zur Tagesordnung übergegangen ist. . . . Das Deutsche Reich ist gegründet; was noch fehlt, und was drückt, muß innerhalb der gewonnenen Form Abhilfe finden können.“*)

Ein zweites demokratisches Blatt, „Die Sonne“, begann am dem 18. Mai 1848 in Stuttgart zu erscheinen, konnte sich aber nur bis Mitte 1849 halten. Die letzte in der Königlichen Landesbibliothek abgelieferte Nummer ist N^o 113 vom 17. Juni 1849. Als Herausgeber des Blattes zeichnete G. Rau.

Der partikularistische Standpunkt wurde von 1849 ab hauptsächlich durch den „Württembergischen Staatsanzeiger“ vertreten, den die Regierung ins Leben rief, und ferner durch die „Ulmer Kronik“, die 1847 nach Stuttgart verlegt und von einem ehemaligen Republikaner mit einem gewissen Fanatismus in reaktionärem Sinne redigiert wurde. 1849 kehrte die „Kronik“ wieder nach Ulm zurück.

Die revolutionäre Bewegung in Bayern entwickelte sich aus dem Skandale, den das Verhältnis des Königs Ludwig I. zu der Tänzerin Lola Montez hervorrief. Die intrigante Circe mischte sich in die Regierungsgeschäfte, brachte ein Ministerium nach ihrem Sinne zustande, ließ sich zu einer Gräfin Landsfeld machen und gab die Veranlassung zu großen Studenten-Krawallen, die sogar die Schließung der Universität München nach sich zogen. Als dann noch die revolutionäre Erregung von Frankreich herüberschlug, kam es zu tumultuarischen Auftritten; der König wurde genötigt, den freisinnigen Abgeordneten v. Thon-Dittmer zum Minister des Innern zu ernennen und in einer Proklamation vom 6. März neben verschiedenen anderen auch die Pressefreiheit zu gewähren. Damit war aber der Sturm noch nicht beschworen; infolge des Gerüchtes, die ausgewiesene Lola Montez sei ab-

*) Über die journalistische Tätigkeit von Hermann Kurz spricht Isfolde Kurz in den „Erinnerungen“ an ihren Vater in der „Tendenz-Rundschau“, August-Heft 1905.

maß in München erschienen, brauste der Sturm aufs neue auf, und es kam sogar zur Demolierung des Polizeigebäudes. Durch ein Dekret, das der Gräfin Landsfeld das bayrische Indigenat entzog, und durch die Absetzung des Polizeidirektors Mark wurden zwar die Wogen etwas geglättet, allein der König war durch alle diese Vorgänge so verbittert, daß er am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilian auf die Krone verzichtete. Damit waren in der Hauptsache die Unruhen beschworen. Ein neues populäres Ministerium legte dem Landtage bald eine Reihe liberaler Gesetzentwürfe vor, darunter ein Preßgesetz; alle Vorlagen wurden rasch erledigt, und schon am 5. Juni erhielten sämtliche vorgeschlagenen Gesetze die königliche Sanktion. Unterdessen entwickelten sich nun aber die Dinge in Frankfurt nicht, wie es zu wünschen gewesen wäre, und Bayern schloß sich mehr und mehr an Oesterreich an. Schließlich übernahm der frühere sächsische Minister von der Pfordten das Ministerium des Außern, worauf eine immer entschiedener Abwendung von der deutschen Sache erfolgte. Bayern lehnte die Reichsverfassung ab, protestierte gegen die Kaiserwahl, legte der Presse wieder größere Beschränkungen auf, und zu Anfang des Jahres 1850 — von der Pfordten war mittlerweile Ministerpräsident geworden — kam unter dem Druck der Regierung ein neues strenges Preßgesetz zustande, das die freie Besprechung der politischen Verhältnisse wieder unmöglich machte. Für diese aber wäre jetzt wieder sehr reichlich Stoff vorhanden gewesen, besonders als die Regierung den Weg beschritt, der schließlich zur Katastrophe von 1866 führte.

Die kurze Freiheit, die die bayrische Presse 1848 genoß, vermochte natürlich eine wesentliche Entwicklung des bisher so dürftigen Zeitungswesens nicht hervorzurufen. Zunächst erschienen allerlei kleine Volksblätter ohne weiteren Blick. Einen größeren Anlauf nahm eine „Konstitutionelle Zeitung“, die anfangs in Augsburg, dann in München ausgegeben wurde, aber nur kurze Zeit bestehen konnte. Ein Regierungsblatt gründete sich der Minister von der Pfordten in der „Neuen Münchener Zeitung“, ohne freilich damit eine Hebung der Presse herbeizuführen. Das Blatt leistete schier Unglaubliches in der Ent-

stellung des politischen Zeitbildes und leitete die öffentliche Meinung in Bayern lange Zeit in sehr verhängnisvoller Weise irre. Aus einem ganz unscheinbaren Keime erwuchs dagegen nach und nach ein Blatt, das heute nicht nur die verbreitetste Zeitung Bayerns, sondern ganz Süddeutschlands ist, das Organ der Liberalen, die „Münchener Neuesten Nachrichten“. Es entstand so von ungefähr, mitten aus der allgemeinen Bewegung heraus, ohne Programm, ohne irgend welche höheren Ziele, nur dem allgemeinen Bedürfnis entsprechend. Als im März die Politik mehr und mehr alle Gemüter ergriff, flog eines Tages ein Wiener Flugblatt „Das österreichische Vaterunser“ in die Wolfsteiner Buchdruckerei und erregte dort so viel Interesse, daß einige Setzer es nachdruckten, worauf zwei Setzerlehrlinge es am Abend in der Wirtshausen kolportierten und damit einen hübschen Gewinn erzielten. Das brachte den damaligen Faktor der Wolfsteiner Druckerei, N. Schurich, auf den Gedanken, dem lebhaft nach politischen Nachrichten verlangenden großen Publikum allabendlich ein solches Flugblatt zu bieten. Die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ war dem kleinen Mann zu teuer und zu gelehrt, die sonstigen kleinen Blätter Münchens verstanden es nicht, das Wichtigste in aller Kürze mundgerecht rasch darzubieten. Er machte also unter Beihülfe des Literaten Weil Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung“, der lithographierten „Norddeutschen Korrespondenz“ und sonstigen Zeitungen und ließ das Sammeljurium in der Form eines Flugblattes, jedoch ohne besonderen Titel, erscheinen. Sofort erwies sich das Unternehmen als sehr einträglich; die Oktavblättchen wurden durch Kolporteure und Frauen in großen Massen abgesetzt und waren bald so beliebt, daß auch der Wunsch äußerte, sie durch die Post beziehen zu können. Damit wurde natürlich die Einrichtung einer vollständigen Zeitung nötig, die nun am 9. April zum ersten Male unter dem Titel „Neueste Nachrichten aus dem Gebiete der Politik“ erschien, die jetzt noch in Oktav, vier Seiten umfassend, die fast nur Auszüge aus der „Allgemeinen Zeitung“ boten. In dieser Dürftigkeit lebte das Blatt auch noch weiterhin heraus, doch wußte Schurich seinen praktischen Sinn immer geschickt diejenigen Nachrichten zu

erfassen und in den Vordergrund zu stellen, die die große Menge hauptsächlich interessierten; langatmige Erörterungen ließ er bei Seite, ebenso jedes Parteigezänk. Dadurch schuf er sich einen Leserkreis, der beständig wuchs und bald über die Grenzen Münchens hinausging. Unter diesen Umständen konnte er sich auch nach einiger Zeit eine gute Redaktionskraft einstellen und fand sie 1856 in August Vecchioni, einem Rheinpfälzer (geb. 1826), der 1848 in den revolutionären Strudel hineingerissen und dann nach Amerika geflohen, schließlich aber wieder in die Heimat zurückgekehrt war. Unter Vecchioni bildete sich das Blatt nun zu einer wirklichen politischen Zeitung heraus; doch erst nachdem es 1862 in den Besitz von Julius Knorr (geb. 1826, gest. 1881), einem hervorragend intelligenten Manne, übergegangen war, und nachdem weiterhin Dr. Georg Hirth (geb. 1841) sich dem Unternehmen gewidmet hatte, wurde es die große Zeitung, die es heute ist.

Von den sonstigen kleinen Blättern Münchens, dem „Landboten“, der „Landbötin“, dem „Eilboten“, dem „Volksblatt“ u. schwang sich kein einziges zu einiger Bedeutung empor.

Die Provinzpresse besaß ihr vornehmstes Blatt in dem „Nürnbergers Korrespondenten“, der sich zur erbkaiserslichen und unionistischen Partei hielt, jedoch beim Beginn der Reaktion auf Drängen der Regierung einen Redaktionswechsel vornahm und nun im Fahrwasser des Herrn von der Pfordten segeln mußte. Dadurch verlor der „Korrespondent“ wesentlich an Bedeutung und ging nach langem Siechtum Ende 1889 ein. Eine ähnliche Beeinflussung, wie beim „Korrespondenten“, mußten auch die liberalen Blätter in Rheinbayern über sich ergehen lassen; nur die kleine „Speierer Zeitung“, die das ehemalige Mitglied der Nationalversammlung, Friedrich Kolb, herausgab, suchte ihren freisinnigen Standpunkt einigermaßen zu wahren.

In eine höchst prekäre Lage geriet durch die Bewegung die Augsburgsburger „Allgemeine Zeitung“. Sie war, wie wir gesehen haben, in eine vollständige Abhängigkeit von Oesterreich geraten und hatte durchaus die österreichische Politik vertreten. Da erhob sich plötzlich die nationale Begeisterung, und alle Scharf-

sichtigeren erklärten, daß es Preußens Beruf sei, die Führung des neuen Deutschlands zu übernehmen. Aber der Redakteur Gustav Kolb verschloß sich dieser Erkenntnis vollständig. Es war ihm auch jetzt noch nicht möglich, die „gewisse persönliche Scheu seiner Landsleute vor dem Preußentum“, wie Heyß sagt (S. 124), zu überwinden und sich zu dem höheren politischen Standpunkte eines Paul Pfizler, Gustav Rümelin und Otto Abel emporzuschwingen. Nur selten gestattete er seinem Kollegen C. A. Mebold, für eine deutsche Politik im Sinne Pfizlers einzutreten; im geeigneten Momente neigte sich das Zünglein der Wage doch immer wieder nach Österreich hinüber. Heinrich Laube mahnte daher in seiner leidenschaftlichen Weise den Freund, die deutsche Sache doch nicht im Stich zu lassen, wenn ihm auch zunächst noch „der Preuß zu wider“ sei. „Er siegt doch,“ fuhr er dann fort, „denn wir wollen ein deutscher Staat werden, müßten wir persönlich alle darüber zugrunde gehen, und mit diesem Siege wird Ihrer Zeitung, wenn sie so fortschreitet, eine tiefe Wunde geschlagen. . . . Deutschland soll ein Staat werden, das ist alles, und das will Österreich nicht, ja das kann Österreich nicht wollen. . . . Sie wissen das alles so gut wie ich und haben gegen Ihren Verstand gekämpft. . . . Fassen Sie sich ein Herz, Freund, es ist die höchste Zeit. Da Sie nicht bayrisch-partikular sind, hat niemand bezweifelt. Sie sind ein Sympathievogel. Gott schütze uns!“ Doch auch diese Mahnung blieb wirkungslos; Kolb behielt seine österreichische Richtung bei und entfremdete daher der Zeitung einen großen Teil ihrer bisherigen Leser. Während das Blatt 1848 noch 11155 Abonnenten besaß, hatte es deren im nächsten Jahre nur noch 8360; weiterhin ging die Zahl der Abonnenten 1850 auf 7637 und 1851 sogar auf 7064 zurück. Beim Beginn der orientalischen Krisis besserte sich aber die Lage der Zeitung wieder, da die Augsburgerin die ausführlichsten und anschaulichsten Kriegsberichte und auch die zuverlässigsten diplomatischen Nachrichten brachte. Ihre großdeutsche Politik behielt sie jedoch auch ferner bei und schwärmte bis 1866 für Großdeutschland „unter Einfluß und Hegemonie eines würdig verjüngten Österreich.“ Die Katastrophe von 1866 erlebte Gustav Kolb jedes

icht mehr; er starb am 16. März 1865. Unmittelbar nach dem Kriege entsagte die Zeitung ihren alten Träumen, bekannte sich zur preussisch-deutschen Politik und wurde nach 1870 sogar eine enthusiastische Verehrerin Bismarcks, desselben Bismarck, den Kolb noch 1862 wegen der Worte vom Blut und Eisen als einen katilinarier verurteilt hatte.

. Die Presse in Oesterreich. Die Zustände bis zum Jahre 1848. Die Rufe nach Reformen. Der Ausbruch der Revolution. Die beiden alten Wiener Zeitungen. Die Kapriolen der „Wiener Zeitung“. Die Schicksale des „Beobachters“. Das „Fremdenblatt“. Die Hochflut der neuen Blätter. Der gesetzliche Boden und die neue Presse. Die bedeutenderen neuen Zeitungen. Die „Konstitution“. Ihr Gründer Leopold Häfner. „Der Freimütige“. Dessen Herausgeber Moritz Mahler. Die „Allgemeine österreichische Zeitung“. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer. „Die Presse“. Ihr Gründer August Sang. Die „Ost-deutsche Post“, herausgegeben von Ignaz Kuranda. Das „Journal des Österreichischen Lloyd“. Eduard Warrens. Die Prager Presse. Die „Prager Zeitung“ und die „Bohemia“.

Über Oesterreich lagerte die dumpfe Apathie, in der Metterlich die Völker der Erblande gebannt hielt, bis zum Ausbruch der Revolution mit ihrer ganzen grausamen Schwere. Die Gedankensflut der Zeit vermochte nicht über die hohe unsichtbare Mauer zu schlagen, die Oesterreich seit Jahrzehnten umgab, sodaß die große Masse des Volkes keine Ahnung von dem besaß, was sich vorbereitete. In öder Geistessträgheit lebten die meisten in den Tag hinein und ließen die hohe kaiserliche Regierung für alles sorgen. Und diese tat denn auch, mit dem Kaiser an der Spitze, redlich alles, um jede Aufklärung über politische Dinge fern zu halten. Kaiser Franz besaß eine so heftige Abneigung gegen konstitutionelle Staatseinrichtungen, daß ihn schon das bloße Wort in Aufregung versetzte. Als sein Leibarzt Stifft ihm einmal bemerkte, daß er eine kräftige Konstitution besitze, fuhr er ihn unwillig an: „Was reden Sie da? Wir sind alte gute Bekannte, aber, Stifft, dies Wort lassen Sie mich nicht mehr hören! Eine dauerhafte Natur, sagen Sie, oder in Gottes Namen eine gute

Komplexion, aber es gibt gar keine gute Konstitution! Ich habe keine Konstitution und werde nie eine haben!" Man ging aber auch noch weiter; man wollte überhaupt gar keine geistigeksamkeit, auch nicht einmal auf rein wissenschaftlichem Gebiet. Als eines Tages die Laibacher Professoren wegen unerhörter Forderungen beim Kaiser vorstellig wurden, erklärte dieser: „Ich brauche keine Gelehrten, sondern gute rechtschaffne Bürger. Demir dient, muß lehren, was ich befehle; wer dies nicht tun will, oder mir mit neuen Ideen kommt, der kann gehen, oder ich werde ihn entfernen.“ Und als dann doch gelegentlich Bedenken hervortraten, es könne unter diesen Umständen einmal den nöthigen wissenschaftlichen Bedürfnissen nicht genügt werden, wies ein barmherziger Staatsmann diese Sorge mit den Worten zurück: „Brauchen wir Wissenschaft, so lassen wir ein paar norddeutsche Protestanten bekehren, dann haben wir sie.“ Der Tod des Kaisers Franz änderte an der Lage nichts; Kaiser Ferdinand der in der Regierung folgte, ließ alles beim alten. Nur eine Konzession machte er; er ließ die Jesuiten ins Land.

Ganz vollständig vermochte Metternich den neuen Geist, der „draußen im Reich“ sich mehr und mehr zu regen begann, doch nicht von Oesterreich fernzuhalten. Verschiedene geniale Köpfe wurden von ihm trotzdem und alledem erfüllt. Anastasius Grün trat mit seinen „Spaziergängen eines Wiener Poeten“ hervor, denen er laut über die Unterdrückung alles geistigen Lebens schrieb:

„Ach, es kann der Freiheit Blume
Hierzulande nicht gedeihn!“

sang er melancholisch.

Mit schärferen Accenten betonte Baron Adrian Berburg in seinem Buche „Oesterreich und seine Zukunft“ die Notwendigkeit der Reformen. Er tritt hier für Reichsstände, Pressefreiheit und Öffentlichkeit des Gemeindelebens ein. Am heftigsten aber wandte sich die „Sibyllinischen Bücher aus Oesterreich“ gegen die „herzige, zagende Kabinettspolitik Oesterreichs.“ Sie rührten, wie man erst später erfuhr, von einem Angehörigen des Heeres, Geniehauptmann Karl Möring, her. Energisch wird hier gegen die geistige Absperrung protestiert. Immer lebhafter erörterte er:

allerwärts das Herannahen einer neuen Zeit, sagt er, nur in Oesterreich erfahre man nichts davon; in den österreichischen Zeitungen sei nichts davon zu verspüren. Aber auch hier würden sich die Dinge einmal wenden. „Nur wollen einige meinen,“ fügt er dann hinzu, „man brauche keinen Odipus mehr; käme nur ein Herkules, um den Augiasstall zu reinigen, um die vielköpfige Hydra der Bureaukratie totzuschlagen, um die schwarzen Vampyre, die symphalischen Vögel zurückzuschrecken — to their roman see!“

Natürlich erschienen diese Schriften im Auslande, bei Campe in Hamburg, und waren in Oesterreich verboten, wurden aber auf geheimen Wegen eingeschmuggelt.

Ein gewisser Kreis von Gebildeten war also von den Freiheits-Ideen der Zeit mehr und mehr erfüllt worden, und als die französischen Zeitungen nun eines Tages die Kunde von den Pariser Vorgängen des 24. Februar nach Wien brachten, entstand hier sofort eine außerordentliche Aufregung. Das Café Daum, wo einzig und allein die französischen Blätter auflagen, füllte sich im Umsehen mit Besuchern, und einer der Gäste bestieg einen Tisch und las von dort herab die Schilderung der Ereignisse vor. Die Nachrichten wirkten wie Blitzschläge; sie weckten das gesammte Volk auf und riefen allerwärts die Überzeugung hervor, daß auch das alte Oesterreich sich ausgelebt habe. Schon am 3. März erfolgte der erste direkte Angriff gegen Metternich in einer Rede Kossuths über eine Adresse an den Kaiser, in der „eine Verfassung für alle Länder“ verlangt wurde, und gleich darauf brach ein ganzer Adressensturm los, dem tumultuarische Versammlungen und Ausschreitungen folgten. Im Laufe von wenigen Tagen befand sich ganz Oesterreich in fieberhafter Aufregung, in offener Revolution, der die Regierung hilflos gegenüber stand. Am 13. März trat Metternich zurück, und am 14. wurde die Censur aufgehoben und die Pressfreiheit bewilligt.

Diese bedingungslose Erlösung von all den drückenden Fesseln, unter denen man bisher geschmachtet hatte, vollzog sich aber so unvermittelt, daß man sich zunächst gar nicht in sie hineinfinden konnte und die wunderbarsten Kapriolen machte. Ganz betroffen

zeigten sich die beiden alten Wiener Zeitungen, die „Wiener Zeitung“ und der „Österreichische Beobachter“, die jahrzehntelang in der Kaudare dahergestrotzt hatten und sich nun plötzlich jedes Zaumes entledigt sahen. Die „Wiener Zeitung“ war ganz verwirrt. Während sie in ihrem amtlichen Teile den offiziellen Ton beibehielt, gebärdete sie sich in dem nichtamtlichen heute radikal bis zum Erzeß und morgen wieder reaktionär, und dabei brachte sie eine ganze Anzahl von Gedichten, die die neue Freiheit in überschwänglichem Tone verherrlichten. Ihr Redakteur Dr. Moriz Heyßler hatte so vollständig das Gleichgewicht verloren, daß die „Grenzboten“ (1848, II, 109) spotten konnten: „Die ‚Wiener Zeitung‘ ist ein reichhaltiges und strebames Blatt ohne Redaktion. Redakteur en chef scheint der Drucker oder der printers devil, d. h. der Zufall, zu sein.“ Im Grunde seines Herzens neigte Heyßler jedoch durchaus den freiheitlichen Bestrebungen zu und ließ das dann im Laufe der nächsten Wochen immer deutlicher hervortreten. Unmittelbar nach der Proklamierung der Pressefreiheit führte er den Leitartikel in der Zeitung ein und widmete gleich den ersten den neuen Errungenschaften. „Mit welchen Gefühlen,“ begann er, „die Pressefreiheit, dieses von allen Klassen der Gesellschaft bis hinab in ihre vernachlässigtesten Schichten mit gleicher Begeisterung begrüßte Geschenk unsers geliebten Monarchen, insbesondere von den Vertretern der Presse, zumal der Tagespresse, begrüßt wurde, kann nur der beurteilen, welcher den drückenden Alp, der nun glücklich hinweggenommen ist, auf dem eigenen Geiste und der eigenen Feder lasten gefühlt.“ Bald nachher fügte er, um die neuesten Nachrichten schneller übermitteln zu können, dem Hauptblatte ein „Abendblatt“ hinzu. Unterdessen steigerte sich die allgemeine Erregung mit großer Vehemenz, und zugleich trat zu den bisherigen Fragen noch eine große Menge neuer, unter denen die „deutsche Frage“ einen hervorragenden Platz einnahm. Die „Wiener Zeitung“ behandelte alle diese Angelegenheiten mit großer Leidenschaft, und als Friedrich Wilhelm IV. seine Ansprache „An mein Volk und die deutsche Nation“ gehalten hatte, antwortete sie mit einem so fulminanten Artikel, daß es zu diplomatischen Erörterungen kam

und der österreichische Gesandte in Berlin alle Mühe hatte, dem preussischen Hofe begreiflich zu machen, daß die kaiserliche Regierung nur das vertreten könne, was im amtlichen Teile der „Wiener Zeitung“ stehe. Weiterhin wurde die Kluft zwischen dem amtlichen und nichtamtlichen Teile der Zeitung jedoch so schroff, daß auch die eigene Regierung davon höchst peinlich berührt wurde. Die Redaktion ging ganz in die radikale Strömung hinüber, glorifizierte die Barrikadentage vom 26. bis 28. Mai und machte sich der ungeheuerlichsten Taktlosigkeiten schuldig, sodaß schließlich Heyßler mit dem 1. Juli verabschiedet und die Redaktion in die Hände von A. Adolf Schmidl gelegt wurde. Dieser bestreifte sich eines maßvolleren Tones, änderte auch die innere Einrichtung etwas ab, indem er an Stelle des Feuilletons im Hauptblatte eine besondere „Beilage zur Wiener Zeitung“ einführte, die dann später zu einem Forum für allerlei wertvolle wissenschaftliche Darlegungen geworden ist. Allein Schmidl hielt sich in seiner Position nur bis Mitte September. Wie es scheint, war das Ministerium mit seiner finanziellen Gebarung nicht zufrieden, und Rudolf Eitelberger von Edelberg, bisher Dozent der Theorie und Geschichte der bildenden Künste an der Wiener Universität, trat an seine Stelle. Mit diesem sollte aber die Regierung bald noch schlimmere Erfahrungen machen, als mit Dr. Heyßler. Denn als die blutigen Oktobertage erschienen, ging Eitelberger jubelnd ins Lager der Aufständischen über, verlangte „die Entnationalisierung des Staates, wie die Entkirchlichung desselben,“ erhob — er, der Hauptredakteur des Regierungsblattes! — Protest gegen die vom Hofe beschlossene Verlegung des Reichstages nach Kremsier und erklärte, daß nur der Reichstag eine solche Bestimmung treffen könne. Und als Mitte Oktober der Fürst Windischgrätz gegen Wien heranrückte, figurierten die Aufständischen in den Nachrichten, die das Regierungsblatt vom Kampfplatze brachte, regelmäßig als „die Unsern“; zugleich wurden die Berichte des polnischen Generals Bem an den Oberkommandanten Meßenhäuser, in denen die Kaiserlichen „die Rebellentruppen“ hießen, von dem mit dem kaiserlichen Doppeladler geschmückten Regierungsblatte ohne Redaktionsbemerkung abgedruckt. Diese Dissonanz wurde

aber sehr bald durch die Kanonen des Fürsten Windischgrätz aufgelöst, und darob verging der „Wiener Zeitung“ für mehrere Tage der Atem. Sie stellte ihr Erscheinen ein und erschien erst am 3. November wieder. Aber wie anders sah sie jetzt aus! Der Freiheitsrausch war vorüber; eine klägliche Ernüchterung hatte sie ergriffen; in durchaus vorschriftsmäßigem Stil wurde über die Vorgänge in der Monarchie und im übrigen Deutschland berichtet. Herr von Eitelberger brachte dieses journalistische Kunststück mit erstaunlichem Geschick zustande und war nur froh, daß man sich im Trubel der Massenverhaftungen und standrechtlichen Hinrichtungen seines Verhaltens während des Oktober nicht mehr erinnerte. Seine ehemaligen Parteigenossen blickten freilich mit bitterem Ingrimm auf diese Wandlung, schalteten die „Wiener Zeitung“ eine Meze, die im Oktober die Aulä auf das begeistertste gepriesen und sie jetzt ein Rebellenneß nenne, und verhöhnten den ehemaligen Parteigänger, der die Hof-Étiquette nicht wieder so musterhaft zu beobachten wisse.*)

Wesentlich anders, als bei der „Wiener Zeitung“, gestaltete sich das Schicksal des „Österreichischen Beobachters“, der zwar nicht amtlichen, aber hochoffiziösen Organes des Hauses, Hof- und Staatskanzlers Metternich. Es war ihm zwar der Boden unter den Füßen geschwunden, als sein Herr und Meister am 13. März abgedankt und die Flucht ergriffen hatte, aber es gab sich alle Mühe, nach wie vor seine Würde zu bewahren. Pünktlich schuldigt es am 15. März die Verkündigung der Pressefreiheit, doch knüpfte es weiter keine Betrachtungen an, und am nächsten Tage berichtete es über die politische Bewegung wie über ganz gewöhnliche Krawalle, versicherte, daß „in allen Teilen der Stadt“ eine „vollkommene Ruhe“ herrsche, und gab nur an, daß „leider in einigen Vorstädten und in mehreren Ortshäusern außerhalb der Linien“ allerlei „traurige Verirrungen“ vorgekommen seien. Die tiefere Bedeutung der Unruhen wurde vollständig verschwiegen; welche Kräfte hier rangen und sich zur Geltung

*) Freiherr von Helfert, die „Wiener Zeitung“ im Jahre 1848. (Gesch. d. kais. Wiener Zeitung. Wien, 1903) S. 123 ff.

zu bringen suchten, schien die Redaktion gar nicht zu ahnen. Das zeigte sich auch weiterhin bei den Berichten über die Bewegung in den übrigen Ländern Deutschlands; nirgends offenbarte sich ein Verständnis für die Ideen, die hier auftraten und zur Herrschaft gelangen wollten, immer wurde nur einfach das Tatsächliche gemeldet. Offenbar berührte den Redakteur der neue Geist, der sich allerwärts so laut und anspruchsvoll äußerte, höchst unangenehm, ja peinlich, und es war ihm sichtlich eine Erleichterung, als er am 27. März den Lesern mitteilen konnte, daß Ernst von Schwarzer, der bisherige Hauptredakteur des „*Journal des Oesterreichischen Lloyd*“ in Triest, die Zeitung übernommen habe. Schwarzer bildete das Blatt vollständig um und gab ihm auch den neuen Titel „*Allgemeine Oesterreichische Zeitung*“. Infolgedessen verschwand der „*Beobachter*“ klanglos aus der Zeitungsliteratur, nachdem er jahrzehntelang eine so hervorragende Rolle gespielt und mit allen seinen Äußerungen einen maßgebenden Einfluß auf die gesamte deutsche Presse ausgeübt hatte.

Doch nicht nur die beiden politischen Zeitungen, auch die Unterhaltungs-, Witz-, Anzeige- und Klatschblätter sahen sich durch die Aufhebung der Zensur und die Verkündigung der Pressfreiheit auf das lebhafteste berührt und angeregt. Sie nahmen alle rasch eine gewisse politische Färbung an, und das „*Fremden-Blatt*“, das von Gustav Heine (geb. 1805, gest. 1886), einem Bruder des Dichters Heinrich Heine, 1846 gegründet worden und bisher nur ein einfacher und trockener Gasthof-, Ankunfts- und Abreise-, Kurs- und Theater-Anzeiger gewesen war, wuchs sich rasch zu einer politischen Zeitung aus. Ja sogar die ernstesten wissenschaftlichen Journale fühlten sich gedrungen, der neuen Freiheit, mitten aus ihren gelehrten Erörterungen heraus, ihre Huldigungen darzubringen. Die Ehrmannsche „*Zeitschrift für Pharmacie*“ schiebt plötzlich zwischen die Abhandlungen über Destillationen und Retortenverfahren den Subskriptionsruf „*Heil dem Vaterlande*“ und druckt dann das kaiserliche Patent vom 15. März, Castells „*Lied für die Nationalgarde*“, Gerhards Strophem „*Die Presse frei!*“ und anderes ab, worauf sie

dann ohne weiteres mit einem Artikel über die Blutegelzucht : ihr Gleis zurückkehrt.

Am rücksichtslosesten, mit elementarer Heftigkeit, äußerte sich jedoch die allgemeine Erregung in den neuen Blättern, die vom 15. März ab wie Pilze hervorschoßen. Nicht weniger denn 227 solcher journalistischen Erzeugnisse tauchten in dem bewegten Jahr in Wien auf. Aber auch ganz wie in Berlin brachte die große Mehrzahl es nur zu einer kurzen Lebensdauer. Sehr viele welkten, kaum erstanden, auch schon wieder dahin. Die meisten erhielten sich während ihres kurzen Daseins durch die freie Exportage, den Straßenverkauf. In allem zeigte sich zunächst, charakterisiert Richter diese Zeitungsliteratur*), der Mangel an politischer Gesinnung und Erziehung eines aus Sklaventum plötzlich befreiten Volkes, das das kostbare Geschenk der freien Presse noch nicht zu benützen verstand. Als dann aber der erste Freudenrausch vorüber war, entwickelte sich ein für Österreich ganz neues Schauspiel, das Parteileben, und im Geiste dessen die Parteipresse. Einen gemeinsamen Ton hielt die Wiener Presse jedoch allezeit fest, ob sie liberal, konservativ, klerikal, sozialistisch, regierungstreu oder oppositionell gefärbt war, das war ihr Zentralismus im Gegensatz zu den neuentstandenen, jedoch nur höchst unbedeutenden Föderalisten der Provinzpresse. Neu war die katholisch-politische Richtung. Vorübergehend erschienen auch deutsch-nationale Blätter, die den Gedanken des Aufgehens von Österreich in Deutschland vertraten.

Die erste neue Zeitung erschien am 19. März in Pest. Sie führte bezeichnenderweise den Titel „Satan“, wurde von Dr. Bongratz herausgegeben, brachte es aber nur noch zu Nr. 2, die kein Datum trug. Am nächsten Tage (20. März) trat in Wien „Die Konstitution“ von L. Häfner hervor. Sie bald großen Einfluß gewann, am 25. März „Das Panier der Fortschritts“ von Dr. J. Wildner-Maitzstein (erschien bis zum 24. Juni), am 27. März der „Konstitutionelle Courant“.

*) G. M. Richter, die Wiener Presse (Wien 1848—1888. 2. Aufl. zum 2. Dez. 1888, herausgeg. vom Gemeinderate der Stadt Wien.) Wien, Bd. II, S. 419.

für die Wiener Vorstadtgemeinden“ von Johann Karl (bis zum 13. Mai), am 28. März „Der Volksfreund“ von Josef Rauf (bis zum 19. Oktober), am 29. März „Das junge Österreich“, national-politisches Organ der Wiener Hochschule, von L. Eckart (bis zum 16. Mai), am 30. März „Der Freimütige“ von Mahler (bis zum 25. Oktober), ferner „Der politische Kellner im neuen Gasthause zum freien Mann, wo man allerhand Geistiges und überhaupt wahren Heurigen zu den billigsten Preisen bekommt“ (nur 5 Nummern), am 1. April die „Konstitutionelle Donauzeitung“ von Dr. C. F. Hock und den Mit-Redakteuren Dr. C. E. Schindler und Sigm. Engländer, in deren N^o 68 vom 8. Juni Grillparzers berühmtes Gedicht an den Feldmarschall Radetzky erschien „Glück auf, mein Feldherr, führe den Streich!“ (bis zum 6. Juli), „Der österreichische Nationalgardist“ von Dr. Hermann Meyuert (bis zum 28. Juni) und die Österreichische konstitutionelle deutsche Zeitung“ von Dr. Heinrich Löw (bis zum 13. August), am 5. April die „Opposition für Volk und Recht“ von J. N. Nitschner, mit dem Bemerkten, daß das Blatt „beinahe“ täglich ausgegeben werde (bis zum 17. Mai), am 15. April „Der österreichische Landbote“ mit dem Wahlspruch „Recht und Gesetz, Öffentlichkeit, Freiheit und Ordnung“, von Wilhelm Ehrlich (bis zum 15. Juli), am 10. Mai der „Gerad' aus! Politisches Abendblatt fürs Volk“ von Fritz (bis zum 26. Oktober), am 1. Juni die „Zeitung für die Wiener Nationalgarde“ von Dr. Kludy, Dr. Netwald und Karl Scherzer (bis zum 26. Oktober), am 3. Juni die „Wiener Gassen-Zeitung“ von Terzky (bis zum 26. Oktober). Am 10. Juni erschien der „Wanderer“ (N^o 137) mit dem erweiterten Titel „Ein politisch-belletristischer Tagesbote für Stadt und Land“, herausgegeben von Ferdinand Seyfried und August Silberstein, am 16. Juni die „Kleine Reichstags-Zeitung“ von August Bang (bis zum 20. Juni) und „Der Radikale“ von Dr. A. S. Becher mit den Mitarbeitern W. Meissenhauser, Dr. K. Taujenau, Jos. Tuvora, Fr. Hebbel, Joh. Nordmann u. a. (bis zum 26. Oktober), am 24. Juni „Der Demokrat“ als neue Folge des „Wanderers“.

am 3. Juli „Die Presse“, herausgegeben von August Jan. redigiert von Dr. Leopold Landsteiner, am 7. Juli „Der Ehrhose, Volksblatt für unumschränkte Freiheit und soziale Reform“ von Heinrich Blauberg (bis zum 29. Juli), am 11. Juli „Schwarz=Rot=Gold, Vereinsblatt der Deutschen in Österreich“, herausgegeben von Dr. L. v. Löhner, redigiert von Dr. Kuh, Jos. Rank, F. Uhl, Dr. Rob. Zimmermann u. a. (bis zum 15. August), am 18. Juli eine „Allgemeine Slavische Zeitung“ von S. Terelbelsky (bis zum 21. Oktober), am 24. Juli „Die Geißel, Tagblatt aller Tagblätter“ von J. F. Böhring (bis zum 31. Dezember), am 3. August „Der politische Eiertag=, Klatsch=, Schmä= und Schimpfblatt“, verantwortliche „Treiber“ S. Grinzinger (bis Mitte August nur 6 Nummern), am 16. August „Die Reform, politisch=soziales Tagblatt“ von Sigm. Engländer (bis zum 24. Oktober), am 1. September „Die Volkswehr, wichtiges Organ für die National= Garde“ von Jos. Hirschfeld (bis zum 15. Okt.), am 5. September „Die goldene Mittelstraße, populäres Organ der gemäßigten Partei“ mit dem Motto „Man höre auch den andern Teil“ von Professor Franz Anton Rosental (bis zum 30. Dezember), am 1. Oktober die „Öst=deutsche Post“ von Ignaz Kuranda (1866), am 1. November der „Österreichische Korrespondent“ von Dr. Julius Seidlitz (bis zum 31. Dezember), am 10. November „Schild und Schwert“, politisch=konservatives Journal von Joh. Quirin Endlich (bis zum 31. Dez.) und am 21. November auf's neue der „Wanderer, fünfunddreißigster Jahrgang“, der den „Demokraten“ wieder abgestreift hat, redigiert von Ferd. v. Seyfried.

Doch bleibt noch ein Rest von vielen unbedeutenden Blättern die nur ganz kurze Zeit erschienen (es befinden sich nicht weniger denn 34 Eintagsfliegen darunter und 26, die keine Woche überlebten), auf deren Aufzählung wir füglich verzichten.

Der gesellschaftliche Boden, auf dem diese ganze Wiener Presse stand, war äußerst schwankend. Nachdem am 14. März die Pressefreiheit bewilligt worden war, wurde am 31. März ein preussisches Pressegesetz bekannt gegeben, das aber so viel Widerstand

erregte, daß sich das Ministerium gezwungen sah, es zurückzuziehen. Darauf erschienen am 18. Mai, jedoch ohne kaiserliche Sanction — Kaiser Ferdinand hatte am 17. Mai heimlich die Residenz verlassen — mit weitgehender Berücksichtigung aller Wünsche zwei neue „provisorische Verordnungen“, die eine „gegen den Mißbrauch der Presse“, die andere „über das Verfahren in Preßsachen“. Alle Bestimmungen des früheren Gesetzes über Kautionspflicht, Vorlage von Pflicht-Exemplaren, Verschärfung der Freiheitsstrafen durch Geldbußen u. s. w. waren beseitigt. Der Redakteur brauchte nicht mehr österreichischer Staatsbürger zu sein, sondern mußte nur im Inlande wohnen. Für das Verfahren in Preßsachen war das Geschworenen-Gericht eingeführt. Im großen und ganzen hatten aber diese Gesetzesbestimmungen wenig Zweck, denn in der nun folgenden trüblosen Zeit spielte das Gesetz kaum eine Rolle. Es entwickelte sich bei der vollständigen Machtlosigkeit der Regierung ein allgemeiner Terrorismus, der schließlich seinen Höhepunkt in dem Aufstande erreichte, der am 6. Oktober ausbrach. Darauf rückte der Fürst Windischgrätz mit einem bedeutenden Heere gegen Wien, erklärte am 20. Oktober Stadt und Umgebung in Belagerungszustand und erließ unter dem 23. Oktober von Hezendorf aus eine Proklamation, in der er bestimmte: „Auf die Dauer des Belagerungszustandes sind alle Zeitungsblätter zu suspendieren, mit Ausnahme der ‚Wiener Zeitung‘, die sich bloß auf offizielle Mitteilungen zu beschränken hat.“ Damit war über die Wiener Presse der Stab gebrochen, viele Journalisten suchten das Weite und flohen ins Ausland, und die meisten Zeitungen hörten auf, zu erscheinen. Von Ende Oktober bis Anfang November — am 1. November erfolgte die vollständige Besetzung der Stadt durch Truppen — kam kein einziges Blatt heraus. Am 3. November erschien, wie schon erwähnt wurde, zunächst die „Wiener Zeitung“ wieder und veröffentlichte eine zweite Proklamation des Inhalts, daß die Presse nach den Bestimmungen des ersten Patents beschränkt bleibe, ihre etwaigen Publikationen von der Militärbehörde abhängig seien und der Stadtkommandant allein über die Presse zu befinden habe. Der eiserne Kehrbesen des Fürsten

Windischgrätz hatte also die ganze Wiener Presse hinweggefegt, und der Stadtkommandant Feldmarschallleutnant Walden war nun auf lange Zeit der Regulator der öffentlichen Meinung, während die Auditoren des Kriegsgerichts über Sein und Nichtsein der Zeitungen entschieden. Erst am 7. November wagten sich noch einige andere Zeitungen hervor, vermochten jedoch nur kümmerlich zu existieren, da der Vertrieb der Zeitungsblätter auf offener Straße verboten war. Der unsichere Zustand änderte sich auch nicht, als am 13. und 14. März 1849 nacheinander zwei kaiserliche Patente erschienen, von denen das erste gegen den Mißbrauch der Presse gerichtet war, das zweite das Verfahren in Fällen der Übertretung feststellte. Es wurde hierbei die Kaution eingeführt, die Vorlegung der Pflichtexemplare gefordert und die österreichische Staatsbürgerschaft für die Redakteure zur Bedingung gemacht. Außerdem versetzte das zweite Patent die Presse in eine traurige Ausnahmestellung, die im damaligen Strafgesetze nicht begründet war, indem es (in den §§ 22 bis 25) schon die bloße Aneiferung zum Ungehorsam, zu Feindseligkeiten wider Nationalitäten, Religionsgemeinschaften, Klassen und Stände der bürgerlichen Gesellschaft zc. als Vergehen bezeichnete. Bei der Dehnbarkeit dieser Bestimmungen war eine gefährliche Auslegung und eine Anklage jederzeit möglich. Die Bestrafung der eigentlichen Übertretungen wurde nicht dem Gerichte, sondern den politischen Behörden anheimgestellt; nur ein Trost war vorläufig noch geblieben, indem die Schuldfrage dem Geschworenengerichte überlassen blieb. Die Bildung der Geschworenen-Listen verzögerte sich jedoch, worauf die Wohltat illusorisch wurde; nicht lange, und auch die Schwurgerichte verschwanden aus dem österreichischen Strafprozesse. Die Militärbehörde hielt sich nicht an das Gesetz; das Konzessionsystem war ihr alleiniger Maßstab. Endlich brachte noch eine Verordnung vom 6. Juli 1851 das System der Verwarnungen, wodurch die Presse dem Gesetze und ihrem ordentlichen Richter entzogen und dem Ermessen der Verwaltungsbehörden ganz anheim gegeben wurde. War die zweimalige schriftliche Verwarnung fruchtlos, so mußte die weitere Herausgabe auf drei Monate eingestellt werden. Es schnitt also nicht

das richterliche Erkenntnis der Zeitung den Lebensfaden ab, sondern die Administrativbehörde, der Statthalter. Längere Suspension, vollständige Einstellung hing vom Minister des Innern ab. Preßprozesse kamen nicht mehr vor. Diesem Zustande folgte dann gleichsam als Schlußstein im Dezember 1851 die Beseitigung der Verfassung vom 4. März 1849, die Aufhebung der Grundrechte und also auch der Preßfreiheit. Österreich war wieder zum Absolutismus zurückgekehrt. Die Zahl der politischen Zeitungen Österreichs schrumpfte daher immer mehr zusammen, zumal jetzt auch die kirchlichen Streber einen Feldzug gegen die liberale Presse begannen. Die ganze Bevölkerung versank wieder in eine politische Passivität, in der der vaterländische Sinn schwer geschädigt und eine Förderung der politischen Bildung unmöglich gemacht wurde. Von den 388 Journalen des Jahres 1848 waren 1852 in ganz Österreich nur noch 172, von 306 politischen Zeitungen nur mehr 59 übrig.*)

Die wichtigsten und einflußreichsten der neuen, im Jahre 1848 erstandenen österreichischen Zeitungen waren die „Konstitution“, „Der Freimütige“, die „Allgemeine Österreichische Zeitung“, die „Presse“ und die „Ost-deutsche Post“; außerdem kann zu diesen Blättern auch noch der „Lloyd“ gefügt werden, der, bisher in Triest ein handels-politisches Fachblatt, im September nach Wien verpflanzt und dort zu einem politischen Tageblatt großen Stils umgebildet wurde.

Die „Konstitution“ erschien bereits am 20. März in Wien und frappierte sofort durch ihre außerordentliche Heftigkeit und Bitterkeit. Ein solcher Ton, wie ihn dieses Blatt anschlug, war bisher noch nie in Wien gehört worden. Ihr Herausgeber war ein kleiner buckliger Mann, mit einem „unbändigen“ Schnurrbart, Leopold Häfner, den niemand kannte, und um dessen geheimnisvolle Persönlichkeit sich daher alsbald eine Sage spann. Es wurde behauptet, er sei aus den untersten Volksschichten emporgetaucht, früher Hutmachergefelle gewesen, von allerlei schweren Schicksalsschlägen betroffen worden und nun von dem heftigsten

*) Richter, S. 420—424.

Groll gegen alles erfüllt, was ein Wappen, einen Talar, eine Uniform trage. Durch die Nachforschungen Helferts ist jedes festgestellt worden, daß Häfner, 1818 zu Wien als der Sohn eines Greißlers geboren, eine abgeschlossene Gymnasialbildung erhielt, die Rechte studierte und eine Zeitlang in fürstlich Liechtensteinschen Diensten stand, unter einem ränkevollen und selbststüchtigen Verwalter aber viel zu leiden hatte und daher nach drei Jahren sein Amt wieder aufgab und nun in schwierige und kümmerliche Verhältnisse geriet, bis ihn die Revolution auf einmal emporhob und auf kurze Zeit mit dem Glorienschein der Berühmtheit umgab.*) Offenbar besaß er etwas Faszinierendes, eine gewisse dämonische Gewalt sowohl in seinem Auftreten, wie in der Sprache seiner Leitartikel. Außerdem war er von einer jantischen Unternehmungslust erfüllt. Als die Revolution ausbrach hatte er nur zwanzig Kreuzer in der Tasche, aber er fand sofort Leute, die ihm Kredit zur Gründung der „Konstitution“ gewährten, und auch allerlei geschickte Mitarbeiter, Ludwig Paul, Max C. Grigner jun., Wintersberg, Anton Niederhuber und Dr. Joseph Hrzka, die in seinem Sinne für ihn schrieben. In den ersten Wochen sah das neue Blatt freilich noch ziemlich dürftig aus; es erschien nur in Oktav, aber es entwickelte sich rasch, und vom 4. Mai ab kam es in Quartformat heraus. Gleich in der ersten Nummer wandte sich Häfner mit glühender Leidenschaft gegen die Bureaokratie, „das Beamtentum mit der Erblichkeit und Verkäuflichkeit seiner Stellen, mit seinem Eigendünkel und seiner Borniertheit, mit seiner Gefräßigkeit und seiner schauderhaften Fortpflanzungsfähigkeit“, in der zweiten griff er die Gerichtigkeit an, in der vierten brachte er einen Aufruf „an die Nationalgarde“; weiterhin machte er gegen die Slaven Front, die er als „Mitteldinge zwischen Tieren und Eskimos“ bezeichnete, immer malte er in den grellsten, schreiendsten Farben, und immer mußte er zu fesseln, zu packen und hinzureißen. Ein Schriftsteller jener Zeit, der ihn auch persönlich kannte, Friedrich S. Ebeling, nennt ihn einen Marat und sagt von der „Konstitution“:

*) Freiherr v. Helfert, Die Wiener Journalistik im Jahre 1848, Wien 1877, S. 30.

Sie war das permanente Guprassel der Guillotine; ihre Zeilen riefen von Menschenblut, ihre Logik war die des Schwertes, ihr Mittel die Revolution, ihr Ziel die Revolution.“*) Natürlich regte diese maßlose Sprache sofort ein ungeheueres Aufsehen, und jeder griff nach dem Blatte. „Man muß es eben gesehen haben,“ erzählt Siegfried Kapper in seinem Aufsatz „Die Wiener Revolutionsliteratur“ (Bohemia 1848, Nr. 255), „wie sich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht die Schau- und Kaufstigen an das Ausgabefenster der Benediktischen Verlagsbuchhandlung am Lobkovic-Platz drängten. Hielt jemand in der Straße ein Zeitungsblatt in der Hand, so war es die ‚Konstitution‘; ging einer pränumerieren, so war es auf die ‚Konstitution‘; verlangte wer im Kaffeehaus vom Marqueur ein Zeitungsblatt, so war es die ‚Konstitution‘.“ Daher war denn auch die Auflage der Zeitung gleich von vornherein sehr bedeutend. Schon nach wenigen Tagen besaß sie fünf bis sechstausend feste Abonnenten, und daneben wurden täglich im Straßenverkauf gegen zehntausend Exemplare abgesetzt. An besonders stürmischen Tagen aber, im August und September, oder wenn Anton Niederhuber, einer der Hauptschreier jener Zeit, in einem fulminanten Artikel versicherte, daß alle Fürsten, der König von Preußen an der Spitze, an den Galgen gehängt werden müßten, stieg die Auflage bis auf fünf- undzwanzigtausend Exemplare. Allein die Herrlichkeit der „Konstitution“ dauerte nicht lange. Als am 6. Oktober in Wien der Aufstand ausbrach, ließ Häfner seine Redaktion wie seine Präsidenschaft im „Zentral-Ausschuß aller demokratischen Vereine“, im Stich und floh donauaufwärts, wurde aber in der Gegend von Krems festgenommen und nach dem Spielberg gebracht. Damit war seine Rolle ausgespielt und ebenso auch die der „Konstitution“. Die Hülfsredakteure suchten das Blatt zwar zu halten, doch hörte es schon am 25. Oktober mit der Nr. 178 zu erscheinen auf.

Nicht so schwarzgallig, wie die „Konstitution“, zeigte sich „Der Freimütige“. Er sah die ganze Bewegung ohne tieferes

*) Friedrich W. Ebeling, Zähme Geschichten aus wilder Zeit. Leipzig 1851, S. 92.

Verständnis als ein buntes Durcheinander an, ja wohl gar eine Komödie, an der man unter Umständen auch seinen Lohn haben könne. Der Herausgeber des Blattes, Moriz Kat. war ein leichtfertiger junger Mensch, der vordem für Varnhagen's Theaterzeitung gearbeitet, die Sehenswürdigkeiten des Wagners besprochen und den schaulustigen und genußsüchtigen Wiener „mit dem Humor eines angenehmen Betrunknen“, wie sich Ebel ausdrückt, bald über die Drolligkeit eines Offentheaters und die Vorzüglichkeit einer neuen Schuhwichse, bald über die Eleganz eines Taschenspielers und die liebliche Süße eines Schweizers berichtet hatte. Als die Revolution ausbrach, war er schnell der Hand, die neue Situation für sich auszunutzen, und gründete auf's Geratewohl den „Freimütigen“. Die erste Nummer erschien bereits am 30. März in Quart und kündigte an, daß die Zeitung sowohl für „Denker“, wie für „Lacher“ bestimmt sei. „Vornehmheit, Klassizitätshochmuth und ledernes Wissen“, hieß es da, „taugen nicht für die raschrollende Zeit und Journalisten. Wir müssen von gestern nach morgen leben wie die Lumpen. Was wir heute erworben, muß morgen verpraßt werden. Ich lebe die Lumperei! sagt Börne.“ Und nun brachte er ein Duell libet von Berichten, Späßen und Ansichten, „Gedanken in Perückenärmeln“, „Raketen für politische Finsterlinge“, „Nadelstiche in Mörder“ zc. Allein diese oberflächlichen Plaudereien, Witze und Späße vermochten das Publikum doch nur auf kurze Zeit zu fesseln und da Wahler nicht mehr zu geben vermochte, so sah er sich schleunigst nach Mitarbeitern um. Seiner Findigkeit gelang auch bald, solche zunächst in Joseph Tuvora, sodann in Johann Heller zu erlangen. Tuvora war ein früherer Münzbeamter, der sich aber schon seit Jahren mit Politik beschäftigte und für die vorragende Zeitungen, den „Nürnberger Korrespondenten“, die „Kölnische Zeitung“, die „Leipziger Allgemeine“, schrieb. Er mancherlei Drangsale und Demütigungen gekränkt und verhöhnt gehörte er wie Häfner zu den Verbitterten; doch brachte er seinen Haß gegen das alte System mit einer gewissen Eleganz zum Ausdruck. Den bisherigen cynisch-humoristischen Ton des Blattes wußte er bald mehr und mehr zurückzudrängen und dadurch

Blatt auf eine höhere Stufe zu heben. In kurzer Zeit stieg daher die Auflage auf 5000 Exemplare. Der andere neue Mitarbeiter, Sidor Heller, aus Böhmen gebürtig, gab dem feuilletonistischen Teile des Blattes einen besseren Inhalt. Mahler behielt sich schließlich nur noch die letzte Seite der Nummer vor, wo unter der Rubrik „Eingefandt“ alle möglichen Klagen vorgebracht und mit „mahlerischem Wiß“ verbräut wurden. Um dem Blatte noch mehr Ansehen zu geben, verwandelte Mahler am 6. August das bisherige Quart in Groß-Folio, sodaß der „Freimütige“ jetzt das größte Format der Wiener Tagespresse besaß. Damit hatte die Zeitung aber auch schon ihren Höhepunkt erreicht. Je stürmischer die Zeiten wurden, desto weniger zeigte sie sich ihrer Aufgabe gewachsen, und als der Oktoberaufstand ausbrach, floh Tuvora bereits am 6. Oktober. Nun suchte Mahler sein Schiff auch ohne Tuvora flott zu erhalten, doch Drucker und Setzer eilten jetzt auf die Barrikaden, um gegen die Truppen des Fürsten Windischgrätz zu kämpfen, worauf schließlich weiter nichts übrig blieb, als am 25. Oktober mit der Nr. 172 die Herausgabe des Blattes einzustellen. Bald nachher, während der Einnahme der Stadt, am Abend des 31. Oktobers, suchte auch Mahler das Weite.

Eine etwas vornehmere Haltung suchte sich die „Allgemeine österreichische Zeitung“ zu geben. Sie trat, wie schon Seite 629 gesagt wurde, an die Stelle des hochoffiziösen „Beobachters“, übernahm von diesem aber auch nicht den kleinsten Charakterzug. Wie die „Konstitution“ und der „Freimütige“, so kündigte auch sie sich als „Oppositions-Blatt“ an und entwickelte dabei sogar ein gewisses politisches Programm. Sie erklärte sich für ein exklusives Deutschtum und bekannte sich als entschiedene Gegnerin des Ministeriums Billersdorff. Ihr Leiter Ernst von Schwarzer war bereits ein Mann von vierzig Jahren, als er in die politische Arena trat, und hatte auch schon ein sehr bewegtes Leben hinter sich. Als der Sohn eines geadelten Offiziers, hatte auch er zunächst die Offizierskarriere eingeschlagen, aber bald den Dienst quittiert und war nun in eine höchst abenteuerliche Laufbahn hineingeraten. Wie Freiherr von Helfert erzählt, versah er zunächst,

nachdem er seinen Abschied genommen, das Amt eines Sekretär: bei einem russischen General in Genf, fristete dann sein Leben eine Zeitlang als Schilder- und Wappenmaler in Tirol, als Handelsagent in Italien, als Gehilfe in August Bangs Kun: bäckerei in Paris, als Teilhaber an einem Bierbrauerei-Gesell: in London, bis es ihm schließlich 1844 gelang, die Redaktion der „Österreichischen Lloyd“ in Triest zu erhalten und sich dort durch national-ökonomische Aufsätze ein gewisses Ansehen zu verschaffen. Durch diese journalistische Tätigkeit spann er nun auch Beziehungen zu Wien an, die es ihm dann 1848 ermöglichten, der alles Haltes beraubten „Beobachter“ zu erfassen und zunächst in die „Österreichische Zeitung“ und bald nachher in die „Allgemeine österreichische Zeitung“ umzubilden. Die neue Zeitung erschien vom 31. März ab täglich in Quartformat in Stärke von einem Bogen. Die lebhafteste Beteiligung am politischen Leben nab: aber Schwarzer so sehr in Anspruch, daß er sich alsbald mit einem Mitarbeiter umsehen mußte und diesen in Hermann Zelinka fand. Aber Zelinka war einer der verschrobensten und überspanntesten Revolutionäre, die in Wien ihr Wesen trieben, und entwickelte in seinen Artikeln so ungeheuerliche Ideen, daß er es bald unmöglich machte. Er ging dann zu andern Blättern über, wütete dort noch maßloser und wurde daher bald nach der Besetzung der Stadt festgenommen und am 23. November standrechtlich erschossen. Schwarzer hatte mittlerweile den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, sich immer größerer Mäßigung befleißigt, und so überraschte es denn schließlich kaum, daß bei der Bildung des Ministeriums Doblhoff Mitte Juli „der wegen seiner national-ökonomischen Kenntnisse allgemein geschätzte“ Ernst von Schwarzer Minister für öffentliche Arbeiten wurde. Die Leitung des Blattes übernahm nun F. D. Hübnler, wobei Schwarzer ausdrücklich bemerkte, daß der neue Hauptredakteur durchaus unabhängig sei, und die Zeitung nach wie vor in „unwandelbarer Begeisterung für Freiheit und Fortschritt“ eintreten werde. Allein ein gewisser Einfluß Schwarzers machte sich trotz alledem nicht bald geltend; der oppositionelle Ton wurde mehr und mehr abgestimmt, und die Haltung der Regierung in Schutz genommen.

und verteidigt. Dieser Waukel erregte natürlich bei der oppositionellen Presse eine große Entrüstung. Karl Ferdinand Hoch warf Schwarzer in der „Donauzeitung“ vor, daß er „Gesinnungen und Freunde wechselt, wie man einen Handschuh auszieht“, und Quirin Endlich rief im „Zuschauer“ aus: „Mit der Gewandtheit eines Taschenspielers und sonst routinierten Mannes weiß er seine chamäleonische Gestalt geschickt zu decken; aber der denkende Vaterlandsfreund schleudert auf sein Haupt ein donnerndes Damnatur!“ Noch heftigere Angriffe folgten, worauf sich Schwarzer nicht länger im Ministerium zu halten vermochte und zu Anfang September zurücktrat. Nun aber änderte sich auch wieder der Ton der „Allgemeinen österreichischen Zeitung“; das Blatt ging wieder zum Radikalismus über, und Schwarzer scheute sich sogar nicht, seine früheren Amtsgenossen anzugreifen und zu verdächtigen. Das unjaubere Spiel dauerte jedoch nicht lange; der Oktobersturm riß auch die „Allgemeine österreichische Zeitung“ mit allen ihren Wurzeln aus dem Boden und schleuderte sie nieder; am 26. Oktober erschien sie mit ihrer Nummer 207 zum letzten Mal.

Mit ganz besonderem Geschick wurde „Die Presse“ ins Leben gerufen und geleitet. Ihr Gründer war August Zang, ein äußerst energischer Mann von scharfem Verstande und sicherem Urteil, besonders in ökonomischen Angelegenheiten. Wie Schwarzer, so hatte auch er bereits, bevor er zur Journalistik überging, einen seltsamen Lebenslauf hinter sich. Am 2. August 1807 als der Sohn eines Wiener Arztes geboren, schlug er zunächst die Offizierskarriere ein, gab sie aber, da sie ihn nicht befriedigte, bald auf, unternahm Bauspekulationen und ging dann, getrieben von einem rastlosen Unternehmungsgeist, nach Paris, um dort die Wiener Kunstbäckerei einzuführen. Das Geschäft schlug auch ein — noch heute besteht die Boulangerie Zang in der Rue Richelieu —, aber als die Revolution in Wien ausbrach, verkaufte er es schleunigst und eilte nach seiner Vaterstadt, um dort nach dem Muster von Emil de Girardins Zeitung „La Presse“ ein politisches Blatt zu gründen, dem er ebenfalls den Titel „Die Presse“ gab. Zum Mitarbeiter gewann er einen sehr bewanderten und kenntnisreichen Journalisten, Dr. Leopold Laubsteiner, den er be-

reits in Paris kennen gelernt hatte. Als Richtschnur stellte für die ökonomische Seite des Unternehmens die größte Billigkeit hin. Er setzte als Preis für die Nummer des Blattes (ein einzelner dreispaltiger Bogen in Folio) nur einen Kreuzer; dies erfolgte für die Abonnenten noch die Zustellung ins Haus „zur Erhöhung des Preises“. Einen solchen geringen Betrag für eine Zeitung hatte man bisher in Wien noch nicht gekannt; die Einführung des Blattes ließ sich daher sehr leicht bewerkstelligen. Für die politische Haltung der „Presse“ schrieb er das Eintreten und Kämpfen für die Erhaltung der Ordnung vor. Er trat also dem Radikalismus entgegen, dem alle anderen Blätter nachgibt, und verurteilte heftig den übermütigen, herausfordernden Ton der „Konstitution“ und des „Freimütigen“. An die Spitze jeder Nummer stellte er das Motto: „Gleiches Recht für alle.“ In dem Eingangsbild kündigte er die neue Zeitung als „Journal der reinen Demokratie“ an. Die erste Nummer erschien am 3. Juli; darauf kam das Blatt täglich heraus. August 3 wurde als Herausgeber, Dr. Leopold Landsteiner als Hauptredakteur bezeichnet. Sehr bald zeigte es sich, daß Zang soviel wie Landsteiner alle übrigen Zeitungsleiter und Journalisten Wiens bei weitem überragte; beide hatten sich in Paris eine bedeutende politische Bildung angeeignet, und zudem verfügte Landsteiner über eine gewinnende Eleganz des Vortrags, eine gute Bonhomie, die gegen das wüste Geschrei und die freche Unbesonnenheit der meisten übrigen Zeitungsreiber grell abstach. Landsteiner mahnte die „Presse“ zur Besonnenheit; nur dann könne sich die nötige Klärung vollziehen, und aus dieser werde sich das Recht und Gesetz entwickeln. Das sinnlose Freiheitsgeschrei ist zu nichts. Dieses Auftreten der „Presse“ und zudem ihr Erfolg rief sehr bald den Haß und Neid der Radikalen hervor. Zang verdächtigte Zang, er habe sich „geheime“ Hülfquellen eröfnet, um das Publikum mit der Angabe, sein Blatt habe eine Auflage von 10 000 Exemplaren, und verfolge eine reaktionäre, konservative Tendenz, die man als „schwarzgelb“ bezeichnen müsse. Es erschien sogar ein Flugblatt, in welchem mit großen Versprechungen gewarnt wurde: „Hütet Euch! Kauft ja nicht das Tageblatt“

„Presse!“ Und dann hieß es u. a.: „Würdige Bewohner Wiens! Lasset Euch durch das große Format dieser Zeitung nicht verlocken, sie zu kaufen! Dieses ist kein Blatt für Euch, kein Blatt zur Aufklärung des Volkes. Es ist eine Zensur! Ihre Basis ist Reaktion, und ihr infernalischer aristokratischer Gestank dampft aus dem Riesen-Kreuzer-Folio!“ Aber Zang ließ sich durch solche Angriffe und Schmähungen nicht bedrücken oder einschüchtern; er antwortete nicht minder grob und bissig. In einem Artikel in Nr. 12 vom 14. Juli, den er mit seinem Namen unterzeichnete, wies er zunächst mit stark betonter Freude auf den „in der Geschichte der Journalistik beispiellosen Erfolg“ seines Blattes hin, „den wir“ allerdings, wie er „bescheiden“ hinzufügte, „nicht so sehr dem Werte unserer Leistung, als dem gänzlichen Unwerte jener unserer Gegner beizumessen“ haben, und dann rechnete er die Auslagen für Satz, Papier und Druck bei seiner Zeitung vor und erklärte, daß sich bei diesen Unkosten bei einer Auflage von 10000 Exemplaren immerhin ein ganz hübscher Überschuß ergebe, mithin „geheime Hülfquellen“ nicht eröffnet werden brauchten. Sollte aber das Publikum trotzdem den Schmähungen und Verdächtigungen der Gegner Gehör schenken und sich von der „Presse“ abwenden, so werde es „seinen Durst nach Wissen für 6 Gulden in den ekelhaft schmutzigen Tränken solcher Blätter wie der ‚Gerad‘ aus‘, die ‚Gassenzeitung‘, die ‚Konstitution‘ und ihresgleichen stillen müssen.“

Die Angriffe der Gegner blieben denn auch wirkungslos, und die „Presse“ gewann immer mehr an Terrain, auch in den oberen Schichten. Graf Stadion suchte sogar eine sehr enge Fühlung mit dem Blatte, sodaß man in den gegnerischen Kreisen annahm, nicht Zang, sondern Stadion sei in Wirklichkeit der Gründer der „Presse“ gewesen. Als kluger Geschäftsmann ging Zang jedoch auf kein bindendes Verhältnis ein, weder bei der Regierung, noch bei der „haute Finance“, die sich alsbald an ihn heranzudrängen suchte; er sicherte sich immer die freie Hand und stand sich dabei geschäftlich stets am besten. Weit entfernt, sich für ideale politische Bestrebungen in die Schanze zu schlagen, pähte er nur immer, wie er den Ertrag des Blattes möglichst

steigern könne; diejenige Politik war ihm für seine Zeitung die einzig richtige, mit der er, wie er sich ausdrückte, am meisten „Goldmachen“ könne. Offen erklärte er, daß sein Ideal eine Zeitung ein Blatt sei, das nicht eine einzige unbezahlte Zeile enthalte, in welchem selbst die Königin von England ihre Throninsignien müßte. Nicht mit Unrecht hat man ihn daher den Vater aller Preßkorruptionen genannt.

Auch bei der weiteren Entwicklung der Dinge entschied sich die Haltung der „Presse“ stets der geschäftliche Vorteil, offenbar auch während der stürmischen Oktobertage. Nichtsdestoweniger durfte nach der Einnahme Wiens und während des Belagerungszustandes auch die „Presse“ nicht weiter in der Hauptstadt erscheinen und wanderte daher nach Brünn aus, wo sie nun ein ganzes Jahr lang fortgeführt wurde. Die Opposition, die jetzt das Blatt der Regierung machte, war dieser so unbequem, daß sie auf den Brünnener Drucker einwirkte und ihn veranlaßte, der Zeitung seine Presse zu entziehen, was dann das Aufhören des Erscheinens zur Folge hatte. Darauf mußte Zang in sein Unternehmen anderthalb Jahre ruhen lassen, bis er endlich im Sommer 1851 die Erlaubnis erlangte, sein Blatt wieder in Wien herauszugeben, obgleich dort noch immer der Belagerungszustand herrschte. Die Haltung der Zeitung war jetzt natürlich eine vorsichtiger als in Brünn, doch behielt sie die oppositionelle Richtung bei und gewann sich dadurch die große Menge der Leser zu zufriedenen. Weiterhin blieb sie dann viele Jahre das Organ der gemäßigten liberalen Partei, büßte aber mit der Zeit ihren großen Einfluß ein, worauf Zang 1867 das Blatt an eine Bankgesellschaft verkaufte und sich industriellen Unternehmungen und Spekulationen widmete. Auch hier wußte er stets geschickt zu operieren, sodaß er, als er am 4. März 1888 in Wien starb, ein großes Vermögen hinterließ. Die „Presse“ vermochte es nicht wieder emporzuschwingen und wurde daher 1894 mit der „Reichswehr“ verschmolzen. In den letzten Jahren soll sie einjährlich ein Defizit von 80 000 Gulden gehabt haben. Erwähnt sei noch, daß einer ihrer Redakteure, A. Krawani, im Jahre 1866

inem Leitartikel das geflügelte Wort von der „affenähnlichen Geschwindigkeit“ der Preußen prägte.

Als die letzte große neue Zeitung Wiens erschien mit dem 1. Oktober Ignaz Kuranda's „Ost-deutsche Post“. Gleich nach dem Ausbruch der Bewegung im März 1848 war Kuranda von Leipzig nach Wien geeilt und dort in den liberalen Kreisen mit Begeisterung empfangen worden. Darauf trat er als Abordneter der Stadt Teplitz ins deutsche Parlament, blieb aber nicht lange in Frankfurt, sondern kam nach Wien zurück, wo er rühmlich für die Entwicklung der politischen Dinge zu wirken suchte, und zwar durch eine Zeitung. Die Firma Karl Gerold's Sohn nahm sie in Verlag. Sie wurde täglich im Umfang von einem Bogen in Folio herausgegeben. In dem Eröffnungskritikel erklärte Kuranda, daß er mit seiner Zeitung zunächst die Kluft zwischen einer traurigen Vergangenheit und einer neuen Zukunft überbrücken wolle. Bezüglich der vielerörterten Frage ob Monarchie, ob Republik? legte er dar, daß für Österreich zur Zeit nur „die monarchische Form“ das Richtige sei, doch müsse die nötige Freiheit gewährt werden. „Die Trägerin der Freiheit ist Österreich“, entwickelte er dann weiter, und das war sein Haupt- und Fundamentalsatz, könne aber nur „die deutsche Nationalität“ sein; nur diese vermöge „die sicherste Garantie gegen die Rückfälle des Absolutismus“ zu bieten, „nicht bloß für uns Deutsche, auch für unsere nicht-deutschen Staatsgenossen“; das wünschten die letzteren trotz ihrer „Empfindlichkeit“ am Ende auch sie. „Aber,“ so lautete es gegen den Schluß, „wenn die Erhaltung dieses großen Österreich auch nur mit der kleinsten Befähigung für unsere Nationalität verbunden sein, oder gar der Schwerpunkt der Monarchie nach slavischer Seite fallen sollte und die Autonomie des deutschen Willens von der slavischen Majorität bedroht würde, dann mag immerhin die Monarchie in Trümmer fallen, dann ist es unsere heiligste Pflicht, dasselbe zu tun, was die Italiener und Kroaten gegen ihre Unterdrücker unternommen haben.“

Weiterhin erwies sich Kuranda stets als ein umsichtiger und ungeklärter Politiker, der immer ohne egoistische Nebenabsichten

für seine politischen Ziele eintrat, sich dabei aber nie in die Schwärmerei verirrte. Allerdings wirkten in dieser Zeit fesselter Leidenschaften die fein pointierten Ausführungen, die dem in den „Grenzboten“ so lebhaft gezündet hatten, jetzt weitem nicht mehr so stark auf die große Menge, die mittlerweile durch die übrigen Blätter an eine viel gröbere Sprache gewöhnt worden war. Die „Ost-deutsche Post“ erlangte denn auch niemals die Verbreitung wie die „Konstitution“ und die „Presse“, dagegen erhielt sie, nachdem sie, wie alle übrigen Blätter, nach der Einnahme Wiens durch Windischgrätz suspendiert worden war, bereits Anfang Dezember wieder die Erlaubnis, aufs neue erscheinen; doch glaubte sie, „ein milderes Stadium des Ausnahmezustandes abwarten zu müssen“ und begann ihre neue Laufbahn erst am 19. Dezember wieder. Die seltsame Situation, in der sich der Herausgeber jetzt während des Belagerungszustandes befand, schilderte Kuranda in dem Eröffnungs-Artikel der Nummer vom 19. Dezember in geistreicher Weise. „Wir haben den journalistischen Beruf unter verschiedenen Verhältnissen geübt,“ ist er; „wir haben aus dem Bereiche des Sedlnitzky'schen Zwanges unter die Ägide belgischer Pressefreiheit uns gestülpt; sieben Jahre haben wir unter den wechselnden Stimmungen der sächsischer Zensoren eine Zeitschrift redigiert; fünf Tage lang hat uns sogar das ersuchte Glück genossen, bei vollkommen freier Presse in Oesterreich eine Zeitung herauszugeben (vom 1. bis zum 6. Oktober); zwanzig Tage später haben wir unter dem Druck revolutionärer Ereignisse auf unserem Posten verharret; wir haben somit Gelegenheit genug gehabt, mancherlei Erfahrungen in der Übung uns zu erwerben. Doch fehlt uns die Kenntnis des Hauptzweiges journalistischer Praxis: die Kunst der Sprache unter einem Zustande, der nicht Zensur und nicht Pressefreiheit ist; die Kunst, unter dem Belagerungszustande ein Blatt zu leiten, ohne seine Selbstbestimmung nicht zu opfern gesonnen ist und die Freiheit seiner Meinung nach wie vor aufrecht erhalten will.“

Zimmerhin gelang es Kuranda, sich in die schwierigen Verhältnisse zu finden. Trotzdem wurde er 1851 nach der Aufhebung der oktroyierten Verfassung durch die Regierung gezwun-

von der Leitung der „Öst-deutschen Post“ zurückzutreten; ja er mußte es sogar über sich ergehen lassen, daß man ihn unter polizeiliche Aufsicht stellte, weil er die Unterzeichnung eines Reserves verweigerte, durch den er sich verpflichten sollte, nicht mehr über Politik zu schreiben. Erst 1853, nachdem der Belagerungszustand aufgehoben worden war, durfte er wieder als Chefredakteur eintreten. Sein Ideal war auch jetzt noch eine festere Verbindung Österreichs mit den Westmächten; allein dieses Ziel schien mehr und mehr in die Ferne zu rücken, sodaß seine Hoffnungen immer tiefer sanken, und als dann 1866 Österreich vollständig von Deutschland getrennt wurde, gab er es auf, weiterhin für seine politischen Anschauungen einzutreten und ließ die „Öst-deutsche Post“ eingehen. Doch war er noch eine Reihe von Jahren als Mitglied des niederösterreichischen Landtages und als Gemeinderat der Stadt Wien für das allgemeine Wohl tätig und wurde daher an seinem siebenzigsten Geburtstage mit dem Ehrenbürgerdiplom der Stadt Wien ausgezeichnet. Bis kurz vor seinem Tode noch als Abgeordneter tätig, starb er am 3. April 1884.

Was endlich das „Journal des Österreichischen Lloyd“ anbetrifft, so geschah die Übersiedlung desselben von Triest nach Wien und seine Umgestaltung von einem handelspolitischen Fachblatt in ein politisches Tageblatt in der Hauptsache auf Veranlassung des Grafen Stadion, der sich für die Regierung ein kräftig wirkendes publizistisches Organ schaffen wollte. Er war es denn auch, der die erforderlichen Geldmittel aus den Kreisen der Aristokratie zusammenbrachte, worauf die Überführung des Blattes mit samt den beiden Redakteuren Friedrich Bodenstedt, dem bekannten Dichter, und Jakob Löwenthal, ebenfalls einem Norddeutschen, in der ersten Hälfte des September erfolgte und die erste Wiener Nummer am 26. September erschien. Das Blatt kam fortan täglich im Umfang von einem Bogen in Großfolio heraus. In dem Programm, das die Zeitung aufstellte, gab sie sich natürlich möglichst liberal; eine andere Sprache wäre nicht möglich gewesen. Sie erklärte, sie gehöre der großen Partei an, die von der welthistorischen Bestimmung Österreichs erfüllt sei, jener Bestimmung, „die Gesittung und Freiheit West-

Europas nach dem Osten zu verpflanzen und dem slavischen Slaventum Rußlands gegenüber ein freies Slaventum zu gründen, welches einstens die moralische Eroberung des annoch geknechteten Europa ermöglichen soll und wird. . . . Österreich aufrecht zu erhalten in Freiheit und Einheit, in voller Souveränität über alle seine Teile, sehen die Männer dieser Partei als ihre Aufgabe an. Zu diesen Männern stellen wir uns.“ Weiterhin trat sie lebhaft für den engsten Zusammenschluß aller Teile des österreichischen Kaiserstaates ein. Mit dem 26. Dezember nahm sie den einfacheren Titel „Der Lloyd“ an. Bodenstedt war mittlerweile von der Redaktion zurückgetreten, Löwenthal hatte die Verantwortung und Karl Beck die Redaktion des Feuilletons übernommen. Die eigentliche Seele des Blattes war aber keiner der genannten Redakteure, sondern ein Mann, der niemals mit seinem Namen zeichnete, Eduard Warrens (geb. 1820 zu Altona, gest. 1872 zu Wien), einer der begabtesten Journalisten, die jemals für Wiener Zeitungen geschrieben haben. Seinen glänzenden Stil, seine schlagende Dialektik hatte er sich in Amerika ausgebildet, wo er längere Zeit mit Erfolg den „Anzeiger des Westens“ redigiert und die demokratischen Theorien vertreten hatte; in Wien setzte er beim „Lloyd“ seine Lanze für die konservative Partei ein, und später wechselte er ohne viel Skrupel noch wiederholt sein politisches Glaubensbekenntnis. „Er vertritt,“ schreibt Richter, „in der Geschichte der Wiener Presse den Typus des Landsknechtes, der dem Kronensack nachläuft, für Sold dient und jeder Fahne zuschwört.“ Dem „Lloyd“ vermochte übrigens auch die gewandte Feder eines Warrens keinen höheren Schwung zu verleihen; nach kurzer Blüte ging die Zeitung schon im Jahre 1854 ein.

Neben der Presse Wiens nimmt sich die österreichische Provinzpresse von 1848 sehr ärmlich aus. Es fehlten ihr so ziemlich alle Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung. Nur in Prag zeigte sich ein etwas regeres Leben, ja es kam hier sogar zu einem seltsamen Konflikt, der auch des Humors nicht entbehrt. Als nämlich die Märzstürme hereinbrachen, wurde auch die amtliche „Prager Zeitung“ von ihnen ergriffen, und bald

herrschte in diesem Blatte, das bisher nur von untertänigster Ehrerbietung gegen die hohe kaiserliche Regierung erfüllt gewesen war, ein so fecker Ton, daß das Landesgubernium sich höchlich entsetzte und die Zeitung wiederholt verwarnte. Der Redakteur Eduard Breier kümmerte sich aber gar nicht um die Verweise; auch der Medausche Verlag, der die Zeitung in Pacht hatte, ignorierte sie, ja er änderte sogar eigenmächtig den Titel in „Konstitutionelle Prager Zeitung“ und ließ vom 1. April ab regelmäßig am Mittwoch und Samstag Extrablätter drucken, sodaß die Zeitung jetzt tatsächlich täglich erschien. Weiterhin, vom 1. Juni ab, gab Breier auch noch allabendlich ein Beiblatt zur Zeitung, das „Prager Abendblatt“, heraus. Unterdessen steigerte sich noch der radikale Ton, worauf schließlich die Landesregierung den Verleger aufforderte, die Redaktion zu wechseln. Mittlerweise war aber die Preßfreiheit proklamiert worden, und infolgedessen hatten die Privilegien der „Prager Zeitung“, daß sie nämlich das einzige politisch-statistische Blatt in Prag sein und allein Insertionen annehmen dürfe, ihre Geltung verloren; der Verleger Medau erklärte daher dem k. k. Landespräsidium, daß er keine Pacht mehr bezahlen werde. Die Regierung nahm aber die Kündigung nicht so einfach hin, sondern verpachtete ihre „Prager Zeitung“ jetzt an G. Haases Söhne, worauf Medau vom 1. Juli ab eine „Konstitutionelle Allgemeine Zeitung von Böhmen“ herausgab. Diese florierte jedoch nur so lange, wie die politische Bewegung anhielt; als die Reaktion hereinbrach, stellte das Blatt 1850 sein Erscheinen ein.

Die neu installierte „Prager Zeitung“ hatte sich nach einem sorgfältig mit Haase ausgearbeiteten Kontrakte in ganz bestimmten Grenzen zu bewegen. Es wurde bestimmt, daß sie „genau und unabweichlich im Sinne und im Interesse der Regierung“ geführt werden solle, und daß die Redakteure zwar vom Pächter gewählt, aber vom Statthalter bestätigt werden mußten. Dem Publikum wurde jedoch in der Ankündigung der Zeitung gesagt: „Ihre Tendenz ist Verteidigung des Liberalismus nach allen Grenzen, innerhalb deren aus ihm wahres Volkswohl erwächst; ferner die Wahrung der ungeschmälerten Souveränität

und vollen Integrität des österreichischen Kaiserstaates.“ Die Redaktion übernahm zunächst Dr. Leopold von Hasner, weiterhin Clemens von Weyrother, der sich unter dem Pseudonym Kleeroth auch als Romanschriftsteller und Dramatiker betätigte, und dann Dr. Eduard Bruna. Der Abonnementspreis betrug in dieser Zeit 7 Gulden halbjährig. Die Zeitung wollte sich jedoch unter dem Pachtverhältnis nicht recht entwickeln, weshalb die Regierung sie mit Neujahr 1864 in eigene Regie nahm. Sie erschien nun zweimal täglich; doch erlangte sie auch keine wesentlich größere Verbreitung; dagegen erwarb sich ein „Beilage der Prager Zeitung“, das 1867 geschaffene „Prager Abendblatt“, bei dem billigen Preise von einem Kreuzer die Nummer, die Gunst des Publikums und wurde bald die verbreitetste deutsch-böhmische Blatt.*)

Eine zweite größere deutsch-böhmische Zeitung entwickelte sich dann langsam aber stetig noch in der „Bohemia“. Bisher ein belletristisches Unterhaltungsblatt, wurde sie mit dem 1. April 1848 vom Haaseschen Verlage in eine täglich erscheinende politische Zeitung umgewandelt, jedoch nur in einem gemäßigten Tone gehalten, da die Verlagsbuchhandlung auch noch ein schärfer pointiertes politisches Tageblatt, das „Konstitutionelle Blatt der Böhmen“, ins Leben rief. Als dann aber die Preßfreiheit wieder zu schwinden begann, ließ die Verlagsbuchhandlung das „Konstitutionelle Blatt“ fallen und erweiterte dafür die „Bohemia“, die sich nun unter ihrem ausgezeichneten Redakteur Franz Klutschak (geb. 1814, gest. 1886) rasch hob. Ein besonderes Verdienst erwarb sich Klutschak dadurch, daß er schon zu Anfang der fünfziger Jahre die wahren Zwecke und Ziele der nationaltschechischen Bewegung erkannte, auf deren Gefahren für das Deutschtum in Böhmen hinwies und dies fort und fort mannsrecht gegenüber dem sich immer feindseliger gebärdenden gewalttätigen Tschechentum verteidigte. Auch führte er in der „Bohemia“ zuerst den Ausdruck „Tschechen“ statt „Böhmen“ ein, womit

*) A. G. Przedaf, Gesch. d. deutschen Zeitschriftenwesens in Böhmen, Heidelberg. 1901, S. 124—127.

Tschechen sich als der herrschende Stamm in Böhmen bezeichnen wollten.

In allen übrigen Provinzstädten Oesterreichs entwickelte sich das Zeitungswesen erst, nachdem auf Grund des Diploms vom 20. Oktober 1860 die neue Verfassung erschienen und damit eine Neugestaltung Oesterreichs angebahnt worden war.

7. Die Journalliteratur von 1848 und 1849. Die alten Zeitschriften. Die „Grenzboten“. Ihre neue Haltung unter Freytag und Julian Schmidt. Die neuen Zeitschriften. Es erscheint eine Masse von unbedeutenden Blättern. Der Unterschied der Stimmung zwischen Nord und Süd. Der „Kladderadatsch“. Sein Gründer Kalisch. Die erste Nummer des „Kladderadatsch“. Sein Zeichner Scholz. Sein Redakteur Ernst Dohm. Dieser gibt dem Blatte den literarischen Charakter. Rudolf Löwenstein, der Poet des Blattes. Die sonstigen Mitarbeiter. Der Verleger Albert Hofmann. Schlußbetrachtung über die Presse von 1848 und 1849.

Wenig günstig konnte die politische Bewegung von 1848 und 1849 der Journalliteratur sein. Die unruhige Zeit, in der man selten Muße zur Sammlung fand, und in der sich die Ereignisse oft überstürzten, um dann ganz unerwartet eine neue Wendung herbeizuführen, war nicht dazu geeignet, daß man lange Betrachtungen aufstellte und gründlich erst das eine und dann das andere erwog. Meist galt es, sofort Stellung zu nehmen, zuzugreifen; schon nach wenig Tagen war die Situation wieder eine ganz andere, und neue Aufgaben galt es zu lösen.*) Die Zeitschriften kamen daher mit ihren Erörterungen, Darlegungen und Rathschlägen fast immer zu spät. Die meisten Journale der vierziger Jahre gingen denn auch, wie wir schon im 3. Kapitel des 2. Abschnittes gezeigt haben, beim Beginn der Bewegung hülflos zugrunde; eine kleine Anzahl, die sich durch den Strudel in die neue Zeit hinüberrettete, siechte dann nur noch einige Jahre jäm-

*) Diese politischen Verhältnisse habe ich ausführlicher dargelegt in meinem Buche „Deutschlands Leben und Streben im 19. Jahrhundert“. Stuttgart, 1891.

merlich dahin, wie z. B. der „Charivari“ und die „Zeitung für die elegante Welt“, und bloß einige wenige, die ihre Tendenz änderten, in der Hauptsache die „Fliegenden Blätter“ und die „Grenzboten“, traten in eine neue Phase ihrer Entwicklung.

Über den Charakter, den die „Fliegenden Blätter“ nach 1848 annahmen, haben wir bereits gesprochen; es erübrigt also nur, die Schicksale der „Grenzboten“ in den beiden bewegten Jahren darzulegen. Wie wir schon erwähnten, verkaufte der Gründer des Journals, Ignaz Kuranda, im Sommer 1848 die „Grenzboten“ an Gustav Freytag, Julian Schmidt und den Verleger F. W. Grunow, worauf die neue Redaktion am 1. Juli in Tätigkeit trat. Die Situation war jedenfalls schwierig. Die „Grenzboten“ konnten nicht mehr, wie bisher, ein Blatt zur Förderung der österreichischen Interessen sein, und doch durfte man auch nicht so ohne weiteres grell mit den alten Traditionen brechen. Freytag besprach denn auch anfangs wiederholt die innern österreichischen Verhältnisse und richtete u. a. ein offenes Sendschreiben an den österreichischen Minister des Innern, Freiherrn v. Pillersdorf, in welchem er ein Programm der Einrichtung des österreichischen Staatswesens entwickelte; mehr und mehr erhielt aber doch die Zeitschrift einen preussischen Charakter; die Redakteure traten vor allem für die Erhaltung des preussischen Staates ein und legten immer aufs neue dar, daß Preußen die Hauptstütze Deutschlands sei und auch in Zukunft sein werde. Dabei lief natürlich noch immer sehr viel Unklarheit mit unter. Das Arbeitsfeld hatten die beiden Redakteure in der Weise unter sich verteilt, daß Julian Schmidt in der Regel die deutschen Artikel, Freytag die österreichischen und die das Ausland betreffenden redigierte, und daß außerdem Schmidt noch die ganze Literatur und Kunst mit Ausnahme des Theaters, das sich Freytag vorbehalten, in seine Obhut nahm. So sehr nun aber auch die beiden jungen Herausgeber bemüht waren, ihre Zeitschrift so reich wie möglich auszustatten und durchweg interessant zu gestalten, gelang es ihnen doch nie, wie Freytag in seinen Lebenserinnerungen selbst gesteht, dem Blatte die Fülle und Reichhaltigkeit der Beiträge zu verschaffen, deren eine große Revue, die die „Grenzboten“ gern

wesen wären, bedarf; die französischen und englischen derartigen Unternehmungen blieben ein unerreichtes Vorbild. Dazu kam, daß in Preußen schon 1849 jede Opposition, auch die wohlmeinende, von der Regierung als sehr unangenehm empfunden wurde und daher die in kräftiger Sprache gehaltenen Artikel Julian Schmidts großen Anstoß erregten. Es erhielt daher Julian Schmidt eines Tages einen warnenden Wink aus Berlin, der ihn veranlaßte, künftig über politische Dinge zu schweigen. Damit büßten aber die „Grenzboten“ sehr viel an Reiz und Mannigfaltigkeit ein. Schmidt zog sich hauptsächlich auf das Gebiet der poetischen Literatur zurück und wurde hier nach und nach ein heftiger Bekämpfer der Romantiker und des „Jungen Deutschlands“.

Als nach und nach diese Ära der Reaktion eintrat, nahmen die beiden Herausgeber eine andere Arbeitseinteilung vor; Julian Schmidt besorgte die Redaktionsgeschäfte im Sommer, Freitag im Winter. Mit dem Jahre 1857 trat sodann, da das sächsische Verfassungsgesetz ein Landeskind als verantwortlichen Redakteur verlangte, noch Moritz Busch in die Redaktion ein und blieb bis 1866. Nach Buschs Weggange wurde Julius Eckardt aus Riga gewonnen, der die Stelle bis 1869 versah, worauf sie Alfred Dove übernahm und sie bis Ende 1870 inne hatte. Julian Schmidt war bereits 1861 nach Berlin gegangen; seinen Anteil am Eigentum der „Grenzboten“ hatte Max Jordan übernommen. Mit dem Schlusse des Jahres 1870 zog sich auch Freitag von der „Grenzboten“ zurück, und Grunow wurde deren alleiniger Herausgeber.

Von den neuen Zeitschriften, die von den Märztagen des Jahres 1848 ab aufzufattern begannen, erlangte nur eine einzige eine große Bedeutung, das humoristisch-satirische Wochenblatt „Ladderadatsch“; alle übrigen schwanden, ohne einen nennenswerten Einfluß ausgeübt zu haben, bald wieder ruhmlos dahin. Wir nennen von ihnen nur diejenigen, die wenigstens einigermaßen von sich reden machten. Dabei sei bemerkt, daß fast allen dieser Zeitschriften ein humoristischer Zug, eine gewisse satirische Gereiztheit eigen ist. Auch äußert sich diese Stimmung im Norden anders, als im

Süden. In Berlin steigert sich dieser Humor bis zum heißen Witz, selbst bis zum äzenden Spott und Hohn; in Wien bemerkt er sich am liebsten in behaglicher Beschaulichkeit, im drolligen und drastischen Scherz und streift auch gern das Gebiet des Erotischen. Saphir meint, die Berliner seien nur witzig, wenn sie hungrig; der Wiener wenn sie satt seien; der Wiener Witz komme aus einem vollen, der Berliner Witz aus einem leeren Magen. Den Effekt, den der Ausbruch der Revolution in Paris bei Metternich machte, ließen sich die Wiener in einem Bilde darstellen, das den Minister in seinem Arbeitszimmer zeigt. Er hat eben die Depesche über die Ereignisse in Paris gelesen, und, des höchsten erschrocken, ruft er aus: „Wie, was! Revolution! . . . Louis Philipp ist gejagt! . . . Republik!“ Und dann schellt er frampfhaft den Kammerdiener herbei und wimmert kläglich: „Rasch eine andere Hofe!“ Das Bild ist von erschütternder Komik; die Zeichnung läßt keinen Zweifel darüber, was dem entsetzten Staatsminister passiert ist.

In Berlin erschienen: Der „Berliner Omnibus, Zeitschrift für Unterhaltung und Volksfreiheit“, redigiert von Ad. Wolff, „Freie Blätter, illustrierte politisch-humoristische Zeitung“, herausgegeben von Adolf Glasbrenner vom 6. März; „Das Volk, Organ des Zentralkomitees für Arbeiter“, eine sozial-politische Zeitschrift, herausgegeben vom Schriftsteller V. (es scheinen nur einige Nummern von Mai bis Juli erschienen zu sein), „Der Berliner Krakehler“, redigiert von E. Hoffmann und Heinrich Beta (mit der übermütigen Erklärung: „Der ‚Krakehler‘ erscheint gar nicht, sondern ist immer vergessen und vergreift sich wöchentlich ein- bis zweimal“) vom 18. März bis Ende des Jahres, zum Teil mit Karikaturen von Wilhelm Scholz, „Tante Boß mit dem Besen, Missionsblatt zur Befehung politischer Heiden“, Verlag von E. Löwenherz, vom 25. Juni ab (es scheinen nur 6 Nummern erschienen zu sein), „Volks-Blätter, Zeitschrift zur Erörterung politischer und gesellschaftlicher Tagesfragen“, redigiert von J. Schönemann. Heinrich Benary, vom 20. Juli ab (die Friedländerische Zei-

lung nennt 46 Nummern), „Das neue Preußen, eine politische Wochenschrift“, redigiert von M. Goldschmidt, vom 22. Oktober bis 21. Dezember, „Der Freischärler für Kunst und soziales Leben“, redigiert von Luise Aston, vom 1. November ab (es scheinen nur wenige Nummern erschienen zu sein), „Der blaue Montag, Organ des passiven Widerstandes“ (im Dezember), „Der Herold für das deutsche Volk, Zeitschrift für Unterhaltung“, Verlag von Julius Dräger, von Januar 1849 ab, und „Der Sozialist, Wochenschrift zur Förderung der Volkswohlfahrt“, redigiert von Held, von Mai 1849 ab. Alle Zeitschriften erschienen in Quartformat.

In Breslau kam von Oktober 1848 ab „Wurst wider Wurst, Organ gegen anarchische Bestrebungen“ mit Holzschnitten heraus, in Köln der „Verfolger der Bosheit“, geschrieben von dem originellen Wessel, in Hamburg Wilhelm Marrs politisch-satirische Wochenschrift „Mephistopheles“, in der auch Julius Stettenheim seine ersten literarischen Versuche veröffentlichte, in Frankfurt a. M. „Die Wage, deutsche Reichstagschau“ von Jakob Benedey (es erschienen wahrscheinlich nur 8 Hefte), ferner der „Frankfurter Volksbote“ dreimal wöchentlich vom 4. April 1849 ab bis zum 31. Juli redigiert von A. v. Rochau, dann von G. Herold (Der „Volksbote“ ist ein entschiedener Freund der Freiheit, erklärt sich aber heftig gegen die Schrankenlosigkeit und die Handlungen der Willkür und Gewalttaten und tadelt den „Hochmut Heckers und seiner betörten Spießgejellen“. „Daß es nun wieder so trostlos geworden,“ klagt er, „wie zu den Bundestagszeiten würdelos: wer ist daran schuld? Wer anders, als der Advokatenhochmut einiger politischer Phantasten und der Publizistendünkel einiger Schreiber, die schon gleich in den ersten herzwarmen Tagen der Erhebung während des Vorparlamentes den kalten Fehdehantschuh hinwarfen.“); in München erschienen die „Leuchtkugeln“, Randzeichnungen zur Geschichte der Gegenwart, redigiert von Alex Ringler und E. Koller, mit zahlreichen Holzschnitten (Mitarbeiter waren u. a. Benedix, Benschlag, Castelli, Drobisch, Kalisch, Gottfr. Kinkel, Kaulbach, Marggraff, Simrock, Vogt) und der „Münchener Funfch“, 1848 von Martin

Schleich gegründet und bis 1871 herausgegeben. Er vertrat den altbayerischen Partikularismus.

In Wien endlich traten ins Leben „Der freie Wiener: Wochenschrift für Scherz und Ernst, Novelle und Erzählung, Ironie und Satyre, Kunst und Literatur, Politik und Volkswirtschaftliche Interessen“, redigiert von Alexander Medis (es kamen vom 1. April bis 9. August 1848 38 Nummern heraus), die „Wiener Schnellpost, Zeitschrift für politische Bildung des Volkes“, redigiert von J. E. Schall (vom 2. Mai bis 10. August 41 Nummern), der „Buckkasten, politisches Wochenblatt fürs Volk“, herausgegeben von R. Lechner (vom 14. Mai bis Mitte August 12 Nummern), „Der reisende Teufel, Zeitschrift für Volksbelehrung über Volksfragen“, herausgegeben von J. Sommers (vom 1. Juni bis 14. Juli 25 Nummern), und „Die rote Mütze, demokratische Zeitschrift“ mit dem Lenau'schen Vers als Motto:

Das Licht vom Himmel läßt sich nicht versprengen,
Noch läßt der Sonnenaufgang sich verhängen
Mit Purpurmänteln oder dunklen Kutten.

Die Redakteure waren C. Cerri und L. Eckardt. Das Blatt lief vom 1. August ab nur in 5 Nummern heraus.

Hoch über das bunte Gewirr dieser kleinen Blätter erhob sich der „Kladderadatsch“. Wohl begann auch er mit den leichtesten Witzeplänkel, in dem sich die ganze damalige Gesellschaft gefiel, mit den Kalauern, Parodien und all dem „höheren Volkssinn“, den man so gern wie ein glitzerndes Feuerwerk aufsprühte, der aber oft genug — ganz wie Raketen und Schwärmer — ohne jede tiefere Wirkung schnell verpuffte. Doch schon in wenigen Nummern wurde das Blatt gehaltreicher; es trat neben dem drolligen Augenblickseinfall, dem fetten Schlagwort und der komischen Wortverdrehung auch eine geistreiche Satire, ein ironischer Witz und ein wirklicher, tiefpackender Humor hervor, und zu alledem kam eine mehr und mehr sich ausprägende nationale Stimmung. Der „Kladderadatsch“ faßte allwöchentlich alles zusammen, was die Nation an Freude und Schmerz erfüllt hatte, und ließ es in seinem Spiegel, durchglüht und umstrahlt

inem Humor, hellleuchtend reflektieren. Dadurch entwickelte er sich, freilich erst in den fünfziger Jahren, zu einem nationalen Blatte, zu einer geistigen Macht, die oft lebhafter und nachdrücklicher auf die weitesten Kreise wirkte, als alle ernsthaften Zeitartikel der großen Zeitungen.

Die Gründung des Blattes fällt in den April des Jahres 1848; David Kalisch (geb. den 23. Februar 1820, gest. den 1. August 1872) gab den Anstoß dazu. Wie die meisten damaligen jungen Schriftsteller, so drängte es auch ihn, in der ersten Zeit irgendwie in seiner Weise mitzureden, und so kam er auf den Gedanken, eine humoristische Zeitschrift ins Leben zu setzen. Er durfte dabei von vornherein auf eine gewisse Bedeutung rechnen, denn er war seit einem Jahre als der Verfasser des Posse „Einmalhunderttausend Taler“, die fort und fort mit großem Beifall auf dem Königsstädtischen Theater am Alexanderplatz in Berlin zur Aufführung kam, eine sehr bekannte und beliebte Persönlichkeit der Hauptstadt. Eine tiefere literarische Bildung ging ihm freilich ab. Ursprünglich Kaufmann, war er als solcher mehrere Jahre in verschiedenen Städten tätig gewesen, zuletzt in einem großen Expeditionsgeschäfte in Berlin, hatte sich daneben von jeher mit Vorliebe in literarischen Arbeiten betheiliget und dann 1847 das Glück gehabt, seine Posse „Einmalhunderttausend Taler“ von dem bekannten Theaterdirektor Cerpentini übernommen zu sehen. Damit war in sein Leben die lang ersehnte Wendung eingetreten; das Stück gefiel ganz außerordentlich, und es das Berliner Volksleben auf die Bühne brachte und mit seiner naiv-resoluten Lustigkeit und seinen Couplets mit politischen Pointen die Zeitstimmung aufs glücklichste traf. Später schrieb Kalisch noch eine ganze Reihe anderer Possen, wie „Berlin bei Nacht“, „Ein gebildeter Hausknecht“, „Berlin, wie's ist und lacht“, „Einer von unsere Leut'“ u., aber mit keiner von ihnen wieder den glänzenden Erfolg erzielt, wie mit „Einmalhunderttausend Taler“. Die reichlichen Tantiemen dieser Posse setzten Kalisch in die Lage, sich nun ganz literarischen Arbeiten zu widmen, worauf denn auch der Plan zu einer humoristischen Zeitschrift entstand. Er stellte eine Nummer nach seinem

Geschmacke zusammen, legte sie dem Buchhändler Albert Hofmann vor, der sich bereits als tätiger Verleger von satirischen Kladderadatsch-Blättern und politischen Karikaturen einen Namen gemacht hatte und dieser ging auf das Projekt ein. Doch fehlte noch der Name des Blattes. Aber auch dieser sollte sich ganz unerwartet finden. Wie A. Schwarz erzählt*), besuchten Kalisch und Hofmann, nachdem die geschäftlichen Abmachungen erledigt waren, mit dem befreundeten Journalisten Schweizer, der sich noch in ihnen gefunden hatte, die Hippelsche Weinstube am Alexanderplatz, damals das Mekka der geistreichen Raisonneure Berlins, um dem Unternehmen die nötige Weihe zu geben. Kaum aber hatten sie es sich dort gemütlich gemacht, als plötzlich der Jagd- oder irgend eines Gastes scheu und aufgehetzt durchs Zimmer rannte, das Tischchen, an dem das Dreiblatt saß, mit lautem Getöse umriß, worauf die Gläser, Flaschen und Teller klirrend auf den Boden stürzten. „Kladderadatsch!“ rief Kalisch in Nachahmung des Getöses aus — und jubelnd stimmten die Freunde ein — man hatte den Namen, nach dem man suchte, gefunden. „Kladderadatsch“ sollte das neue Blatt heißen, das den Zusammenstoß des Alten und all das Gepolter und Geklirr dieser Karikaturen schildern wollte! Darauf holte Hofmann auch noch einen Titel von einem schon vor Jahresfrist zufällig von dem Buchhändler Bartholf Senff erstandenen Cliché aus der Tasche, das sich als Titelpfand eignete. Ein junger, zeichnerisch begabter Leinwand-Kaufmann (der Name ist nicht mehr bekannt) hatte das Bild entworfen und Senff es bereits einmal im 1847er Jahrgange der „Anekdotenjäger“ verwendet. Es war der heute aller Welt bekannte Kladderadatschkopf, der vorzüglich für das neue Blatt nehmen paßte. Der Zeichner hatte sogar — ein drolliges Zeichen des Zufalls — in die rechte Backe des feisten Gesichtes als Ornament Art Verzierbild einen Hundekopf hineinkomponiert, sodaß auch bei ungestüme Köter, der die äußere Veranlassung zu dem Titel gegeben hatte, zu seinem Rechte kam.

*) A. Schwarz, Der Kladderadatsch 1848—1898, in dem Sammelband „Der Kladderadatsch und seine Leute“. Berlin 1898, S. 103 ff.

Hierbei sei zugleich bemerkt, daß Hofmann auch die beiden Schutze- und Müller-Figuren bereits vor der Gründung des „Kladderadatsch“ als Clichés von Senff erworben hatte, worauf sie dann zum ersten Male in der Nr. 8 des neuen Blattes auftraten. Später nahm Kalisch diese beiden drolligen Philister, wie auch den Zwickauer und den ewigen Quartaner Karlchen Mießnick, in seine ganz besondere Pflege. Die erste Nummer des „Kladderadatsch“ erschien am 7. Mai und gefiel so allgemein, daß gleich am ersten Tage 4000 Exemplare abgesetzt wurden. Sie präsentierte sich als „Organ für und von Bummeler“ und trug diese grammatikalische Bummelerei dann bis zum 5. August 1849; erneuert gab die Redaktion gleich in der ersten Nummer bekannt, daß das neue Blatt „täglich mit Ausnahme der Wochentage“ erscheinen werde. Als „unfreiwillige“ Mitarbeiter wurden der Kultusminister Eichhorn, Oberst v. Bülow, Oberpräsident v. Meising, Herwegh (der später auch tatsächlich an dem Blatte tätig war) u. a. genannt. Im übrigen ragte der Inhalt der Nummer doch nur wenig über die andere satirisch-humoristische Literatur hinaus. Es offenbarte sich ein naiver Humor mit etwas Mutterwitz; dabei zeigte sich ein gewisses Geschick, an die Tagesereignisse anzuknüpfen. Der Leitartikel, der die Nummer eröffnete, trug als Motto:

Im wunderschönen Monat Mai,
 Wo alle Knospen sprangen: —
 Da sind auch meiner Bummelerei
 Die Augen aufgegangen.

Weiterhin folgten eine humoristische Erörterung über ein „Beringtes Deutschland“, Scherze, eine parodistische Novelle „Esvira“, eine „Klub-Zeitung“, eine Reihe lustiger „Fibelverse“ und auf der letzten (vierten) Seite satirische „Anzeigen“ und die einzige Illustration der Nummer.

Das alles war ganz vergnüglich zu lesen, aber einen tieferen Eindruck vermochte es nicht zu machen, und so wäre vielleicht das neue Unternehmen ebenso rasch, wie so viele andere, wieder in sich zusammengefallen, hätten sich ihm nicht alsbald verschiedene deutende Kräfte zugesellt, die es schnell über seine ganze Um-

gebung emporhoben. Diese wesentlichen Förderer des Blattes waren der Zeichner Wilhelm Scholz und die Schriftsteller Ernst Dohm und Rudolf Löwenstein.

Wilhelm Scholz (geb. am 23. Januar 1824, gest. am 23. Juni 1893) lieferte schon zur zweiten Nummer des „Kladderadatsch“ seine erste Zeichnung und ist dann dem Blatte vierundzwanzig Jahre hindurch, so lange er den Stift führen konnte, treu geblieben. Er war nicht nur ein geschickter, sondern auch ein geistreicher Künstler. Mit einem gewissen burlesken Humor wußte er seine Person zu zeichnen und ihre Eigenart mit feinen realistischen Strichen scharf hervorzuheben. Eine liebenswürdige naive Art der Darstellung zog noch besonders an. Den Höhepunkt seiner Kunst erreichte er in den Karikaturen von Napoleon III. und Bismarck. Hier schwelgte er förmlich in der Fülle komischer Darstellungen; von allen Seiten wußte er seine Helden zu fassen und wenn er gar nichts Interessantes mehr an ihnen zu entdecken vermochte, so dichtete er ihnen noch einige komische Attribute an wie Bismarck die berühmten drei Haare.

Bald nach Scholz stellte sich auch Ernst Dohm als Mitarbeiter ein. Geboren am 24. Mai 1819 zu Breslau, hatte er anfangs Theologie studiert, dann einige Zeit eine Hauslehrerstelle bei Berlin bekleidet, war aber schließlich zur literarischen Tätigkeit übergegangen, Mitarbeiter des „Magazins für die Literatur des Auslandes“ und des „Gesellschafters“ geworden und nur zum „Kladderadatsch“ gekommen, weil es ihn trieb, über all die bunten Wirrwarr dieser krausen Zeit die Geißel des Spottes zu schwingen. Er traf auch sofort den Ton, der anzuschlagen wurde bald ein eifriger Mitarbeiter, und nach wenigen Wochen war er die Seele der Wochenschrift. Er gab dem Blatte den vornehmeren Charakter und die Eleganz eines ernsthaften literarischen Unternehmens, und er selbst entwickelte sich schnell zu einem Humoristen ersten Ranges. Mit einer durchaus abgeklärten Weltanschauung blickte er in souveräner Heiterkeit auf die Torheiten der Menschen herab, und mit aristophanischer Grazie überschüttete er die Verkehrtheiten und Tollheiten in Staat und Gesellschaft mit seinem Spott und Hohn. Aber immer leucht-

aus dem Feuerwerk seines Witzes eine bestimmte Grundanschauung hervor, die jeder empfand, und darum wurde nach und nach die Stellung, die der „Kladderadatsch“ zu den Fragen des Tages nahm, besonders in der Zeit der trüben Reaktion von 1849 bis 1859, maßgebend und selbst entscheidend für weite Kreise. „Was die große Glocke des ‚Kladderadatsch‘ an jedem Sonnabend läutete,“ sagt Karl Frenzel einmal, „das klang stärker und schwächer, in volleren oder gebrocheneren Tönen im ganzen Deutschland, und bald genug weit über seine Grenzen hinaus, nach. In der Dumpsheit und Stille der Redaktion (der „National-Zeitung“), wie oft haben wir, ungeduldig das Erscheinen des ‚Kladderadatsch‘ erwartend, gerufen: ‚Es erscheine der Chor, es erscheine der Chor des geliebten Aristophaniden!‘“ Als eine Probe von der Schlagkraft seines Witzes und zugleich von der glänzenden Form, die er seinen Versen zu geben vermochte, sei hier ein Sonett abgedruckt, das er dem Minister von Westfalen widmete, als dieser nach langjährigem traurigen Wirken in der düstern Reaktionszeit im Oktober 1858 von seinem Amte zurücktrat. Die Parteipresse rühmte hierbei, daß der Minister während seiner ganzen Amtstätigkeit von großer Uneigennützigkeit gewesen und darum jetzt gerade so arm seinen Posten verlasse, wie er ihn angetreten habe. Auf diese eigentümliche Lobeserhebung antwortete Dohm:

Er ist nicht mehr! Jetzt ruht er aus in Frieden:
Der Strom, mit dem so rüstig er geschwommen,
Die Höhe, die so mühevoll er erklimmen —
Sie zu behaupten war ihm nicht beschieden.

Ihm ward des höchsten Ruhmes Preis hienieden;
Wir alle haben jüngst sein Lob vernommen:
Wie „unvermögend“ er ins Amt gekommen,
Ist „unvermögend“ er daraus geschieden.

O schönster Lorbeer! Wert vor allen Dingen
für jeden Sterblichen, danach zu ringen!
Stets „unvermögend“ — — Doch sapienti satis!

Veröhnt sind alle wir, die einst ihm grollten:
Das höchste Lob, das seine Freund' ihm zollten,
Es war — ein Testimonium paupertatis!

Doch auch hohe, getragene Töne wußte er im gegebenen Fa-
 anzuschlagen. Mit dem vornehmsten Takte senkte er seine Fah-
 am Sarge Friedrich Wilhelms IV. Nachdem er an das Be-
 Friedrichs des Großen angeknüpft hatte „Ich bin es satt, zu
 herrschen über Sklaven!“ charakterisierte er den dahingeshiederen
 Friedrich Wilhelm IV. in geistreicher Weise mit den folgenden
 Strophen:

„Und er, dem sie die Stätte jetzt bereiten —
 Im wilden Kampf der gärenden Gewalten
 Gefesselt hart an die Grenzmark zweier Zeiten,
 Der neuen fremd: so hat er an der alten,
 Die Poesie vergangener Herrlichkeiten
 In sich umfassend, treulich fest gehalten.
 So war sein Leben ein mühselig Streiten,
 Ein Suchen des dem Untergang Geweihten.“

In der Nummer vom 27. Mai 1849 zeichnete Dohm zu-
 ersten Male als verantwortlicher Redakteur, und bis wenige Mo-
 nate vor seinem am 5. Februar 1883 erfolgten Tode ist er, vor-
 unddreißig Jahre hindurch, mit einer einzigen kurzen Unter-
 brechung, die durch einen zeitweiligen Aufenthalt in Weimar be-
 gründet war, der verantwortliche und tatsächliche Redakteur des
 „Kladderadatsch“ gewesen.

Der vierte im Kreise der Redaktionsmitglieder, Rudolph
 Löwenstein, wie Kalisch und Dohm ebenfalls ein Schlesier,
 war der Vertreter der warmherzigen Poesie, der mit hoch-
 gestimmtem Ton und dem Pathos des Volksjägers die Hymnen
 und Festgesänge dichtete. In dürftigen Verhältnissen war er
 am 20. Februar 1819 zu Breslau als der Sohn eines jüdischen
 Destillateurs geboren worden, hatte nur unter vielen Entbe-
 rungen Philologie studiert, sich dann vorwiegend mit poetischen
 Arbeiten beschäftigt und 1846 unter dem Titel „Kindergarten“
 einen Band reizender, tief gemütvoller Kinderlieder veröffentlicht,
 die ihm einen literarischen Ruf verschafften. Darauf wurde er
 Mitarbeiter an verschiedenen schönwissenschaftlichen Blättern, bis
 er Ende Juni 1848 in das feste Verhältnis zum „Kladderadatsch“
 trat, das seinem literarischen Schaffen die schon angedeutete Rich-
 tung gab. Einen ganz besonderen Beifall fanden 1870 sein

humorvollen Kriegslieder, vornehmlich das Chassepot-Lied, das die Truppen auf ihren Märschen begleitete. Im Laufe der Zeit nahm er aber in der Redaktion einen etwas abgesonderten politischen Standpunkt ein; er trat mehr und mehr zur linken Seite der Liberalen hinüber, während die allgemeine Tendenz des „Kladderadatsch“ die nationalliberale war. Daraus entwickelten sich Mißstimmungen, und als dann noch ein jäher Schmerz in Löwensteins Familienleben einbrach (eine blühende Tochter, eine noch begabte Künstlerin, hatte der Tod dahingerafft), schied er 1887 aus der Redaktion, weil er, — wir zitieren seine Worte — „durch Krankheit und Kummer geschwächt, nicht mehr im Stande war, eine freisinnigen Anschauungen, mit denen er seit Dohms Tode allein da stand, seinen Kollegen gegenüber zur Geltung zu bringen“. Seine letzten Jahre waren leider durch schwere Krankheiten getrübt, denen er am 5. Januar 1891 erlag.

Bei der steigenden Beliebtheit und Bedeutung des „Kladderadatsch“ stellten sich natürlich auch bald allerlei geistreiche gegentliche Mitarbeiter ein, Adolf Glasbrenner, Albert Wolff, der vätere „Figaro“-Redakteur, der Meteorologe Dove, Ernst Kossak, Robert Bruß, Franz Dingelstedt, Johannes Trojan, der später Dohms Nachfolger werden sollte, u. a. m. Daß auch ein „gekööntes Haupt“ (Friedrich Wilhelm IV.) zu seinen Mitarbeitern gezählt habe, wie bisweilen gesagt wird, gehört aber in das Gebiet der Erfindung und Sage. Wie H. Schwarz versichert (S. 139), hat er bei dem ganz erschöpfenden Quellenmaterial, was ihm zu Gebote stand, nichts gefunden, was diese Behauptung rechtfertigt.

Das Verdienst, den „Kladderadatsch“ zu einer so hohen Entwicklung gebracht zu haben, gebührt aber nicht nur dessen geistigen Leitern, sondern auch zu keinem geringen Teile dem Verleger Albert Hofmann (geb. d. 8. März 1818, gest. d. 19. Aug. 1880), der das Blatt mit großem Geschick und nie rastender Fürsorge durch alle Stürme und Fährnisse der ersten Jahre zu bringen wußte. Zweimal wurde der „Kladderadatsch“ verboten, das erste Mal von Anfang November 1848 bis Anfang Dezember, während welcher Zeit er bei Ernst Reil in Leipzig erschien, das

zweite Mal vom 9. Januar 1849 bis Mitte Juli dieses Jahres in diesen Monaten wurde er in Neustadt-Eberzwalde gedruckt. Das Abonnement betrug anfangs 17 $\frac{1}{2}$ Sgr. vierteljährlich, in lange Zeit 22 $\frac{1}{2}$ Sgr. und ist jetzt 2 Mk. 50 Pfg. Während der Zeit der Verbote sank die Zahl der Abonnenten bis auf 100, stieg dann aber nach und nach bis auf 50 000.

Mit dem lachenden Gesichte des „Kladderadatsch“ nehmen wir Abschied von der Periode der Revolution, in der so viel bitterer Haß emporschlug, die so viel blutige Szenen brachte, die aber auch einer neuen Zeit die Tore geöffnet wurden. In die Presse erschien damit plötzlich eine Riesenaufgabe, der sie zunächst nicht gewachsen war. „Einem jüngeren Geschlechte mag es nicht leicht sein,“ sagt Gustav Freytag in seinen Lebenserinnerungen, „sich in die journalistischen Zustände jener Zeit hineinzudenken und diesen ersten Flugversuchen der befreiten Presse Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Es gab damals keine erprobten Staatsmänner mit festen Zielpunkten und keine maßgebenden Politiker, ja es gab nicht einmal feste politische Parteien... Erst in der Nationalversammlung zu Frankfurt begannen die großen dialektischen Prozesse, welche zu dem Verfassungsentwurf von 1849 leiteten; auch dort bildete sich erst allmählich unter dem Zwange der Tatsachen das Parteileben und eine Majorität für die berechtigten nationalen Forderungen. Wer in solcher Zeit als Journalist über Politik schrieb, hatte keinen andern Anhalt als das Idealbild, das er sich selbst von einer wünschenswerten Zukunft des Vaterlandes gemacht hatte, und keinen andern Maßstab für sein Urteil, als die Ansichten, die ihm zufällige Eindrücke seines eigenen Lebens vermittelt hatten; Sprache, Stil und die notwendige journalistische Taktik, alles, was er hatte, und was er liebte, mußte ihm der eigene Charakter geben. Er war wie der Vogel in der Luft, ohne Führer, ohne Partei, ohne Erfahrung und ohne die Bescheidenheit, welche die Gewöhnlichkeit einer Nation an parlamentarische Tätigkeit dem einzelnen zurückerfordert. Das war eine wundervolle Lehrzeit des deutschen Journalismus, und es ist kein Zufall, daß aus dem Jahre 1848 viele tüchtige Redakteure unserer größeren politischen Zeitungen erwachsen sind.“

ig, weitherfahren, gewandt und von sicherem Urtheil in großen Sagen.“

Mit Recht also durfte die Presse, als der Sturm vorüber war, frohen Mutes in die Zukunft blicken. Drängte eine brutale Reaction auch noch einmal auf eine Zeitlang das nationale Leben rück — das politische Bewußtsein, das im Volke geweckt worden war, konnte nicht wieder vernichtet werden, und die Fähigkeit, dieses politische Bewußtsein der Nation mit allen seinen Wünschen und Forderungen zum Ausdruck zu bringen, hatte die Presse in der kurzen Lehrzeit leidlich gelernt.



Schluß.

Ausblick in die fünfziger und sechziger Jahre.

Mit der Bewegung von 1848 schließt die erste große Entwicklungsperiode der deutschen Presse, und damit findet auch unsere ausführlichere Darstellung der Geschichte des deutschen Zeitungswesens ihren Abschluß. Doch sei es uns vergönnt, noch in kurzen Strichen ein Bild von den nächsten Jahrzehnten zu entwerfen, um wenigstens in allgemeinen Umrissen den Beginn der neuen Periode der deutschen Presse zu charakterisieren.

Die deutschen Zeitungen waren bis zum Jahre 1848 in der Hauptsache nur Berichterstatteuerinnen gewesen, die zwar nach und nach auch ihre Ansichten und ein gewisses Urtheil über die gemeldeten Vorfälle und geschilderten Zustände äußerten, aber das alles doch nur unter einer strengen obrigkeitlichen Censur. In der neuen Zeit aber, die nun nach 1848 anbrach, erhob sich die Presse zur Verbreiterin der öffentlichen Meinung. Die politische Grundstimmung, die fortan die Nation beherrschte, suchte ihren Ausdruck vornehmlich in der Presse zu erlangen, und jede größere Zeitung vertrat daher jetzt eine ganz bestimmte politische Idee, die Grundanschauung einer politischen Partei, und im Lichte dieser Partei entwarf sie ihr Weltbild. Jede geistig bedeutende Zeitung trug also fortan einen bestimmt ausgeprägten politischen Charakter, sie war gleichsam eine Persönlichkeit im öffentlichen Leben geworden, die in gegebenen Fällen auch eine Macht vertrat.

Die deutschen Regierungen empfanden diese veränderte Situation sehr lebhaft und suchten diese neue Macht im Staatsleben möglichst einzuschränken. Da die Einheitsbestrebungen ge-

scheitert und die alten Staatsformen teilweise wieder hergestellt worden waren, so konnten auch mancherlei Rückschrittsbewegungen durchgeführt werden, die sich nicht selten bis zu den brutalsten Maßregeln steigerten. Es spielte sich jene düstere Periode der Reaktion ab, in der so viele häßliche Leidenschaften triumphierten, die aber doch nur dazu beitrug, die politische Grundstimmung im Volke noch weiter zu kräftigen und zu vertiefen. Zunächst gewannen die Zeitungen, die bereits bestanden, mehr und mehr an Boden, und dann trat zu diesen nach und nach eine ganze Reihe neuer bedeutender Blätter hinzu.

Von den bisherigen politischen Zeitungen, die sich jetzt lebhafter entwickelten, sind aus Norddeutschland besonders die „Königsberger Hartungsche Zeitung“, die „Weser-Zeitung“ in Bremen, die „Zeitung für Norddeutschland“ in Hannover, die sich dann 1872 mit dem „Hannoverschen Courier“ (gegr. 1854) und dem „Hannoverschen Anzeiger“ (gegr. 1863) unter dem Haupttitel „Hannoverscher Courier“ zusammenschloß, die „Dortmunder Zeitung“ (bereits 1828 gegr.), die „Essener Zeitung“ (seit 1883 „Rhein.-Westf. Ztg.“) und das „Echo der Gegenwart“ in Aachen (gegr. 1848) zu nennen.

Die neuen Blätter entstanden besonders in Berlin und Wien. In Berlin wucherte sogar die Zeitungsliteratur etwas allzu üppig empor. Neben den gehaltvolleren Zeitungen wurden auch allerlei Klatschblätter herausgegeben, die dem niedersten Geschmack frönten, und selbst die sogenannte Revolverpresse, die nach amerikanischem Muster arbeitet, wußte sich einzunisten. Dagegen wartete man auf das Emporwachsen eines Weltblattes vergebens. Den Reigen eröffnete die „Preussische (Adler) Zeitung“ (gegr. 1851, eingeg. 1853), die einen konservativen Charakter trug; unmittelbar darauf folgte der „Publizist“, der liberal war, aber doch nur in behaglichem Plauderton über die Weltbegebenheiten berichtete. Er wurde 1851 gegründet und bestand bis 1874. In der Mitte der fünfziger Jahre erhielt Berlin sein erstes großes Handelsblatt, die „Berliner Börsenzeitung“, gegründet von Dr. Killisch von Horn, dem sich 1868 der „Berliner Börsenkurier“, von George Davidsohn ins Leben gerufen, zur Seite stellte. Gegen

Ende der fünfziger Jahre traten noch zwei Blätter in die Erscheinung, die, obgleich sie beide originell und geistreich waren, doch nur eine kurze Zeit bestehen konnten, die witzige 1858 von Adolf Gumboldt begründete und von Richard Schmidt-Cabanis bis 1861 geleitete fortschrittliche „Berliner Montagszeitung“ und die von der liberalen Mittelpartei ins Leben gerufene „Berliner Allgemeine Zeitung“ (1859—63), an deren Spitze 1861 Julian Schmidt gestellt wurde, dem jedoch für ein solches Blatt der freie Raum für das Leben fehlte. Mit dem Jahre 1862 erstanden gleich drei neue Zeitungen von Bedeutung in Berlin, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, von Dr. Braß gegründet und viele Jahre von Emil Bindter geleitet, bis 1890 das Organ Bismarcks und das Sprachrohr der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, das „Berliner Fremdenblatt“, von R. Decker gegründet, im Jahre der Moniteur für alle Theater-, Musik- und Sport-Angelegenheiten, eingegangen 1901, und die „Tribüne“, ein in gemäßigt-liberalem Ton gehaltenes Blatt, das aber, als es 1881 von einer secessionistischen Gruppe der nationalliberalen Partei angegriffen worden war, rasch zurückging und 1883 zu erscheinen aufhörte. Als sich dann das politische Leben immer reger gestaltete, trat 1865 die schon im dritten Kapitel des zweiten Abschnittes erwähnte Heldtsche „Staatsbürgerzeitung“ und 1866 die von Strobelberg gegründete freikonservative „Post“ ins Leben, die 1874 den Besitz verschiedener Parlamentarier kam und besonders in der Redaktion von Dr. Kayßler eines bedeutenden Ansehens genoss. Mit dem Beginn des Kulturkampfes schuf sich 1871 die Fortschrittspartei in der „Germania“ ein Hauptorgan, in dem 1878 Paul Majunke eine scharfe Feder führte. Für das große Publikum trat im selben Jahre auch das liberale „Berliner Volksblatt“ ins Leben, das von seinem Verleger geschickt verwaltet und von Arthur Levysohn umsichtig geleitet, sehr bald eine bisher nie dagewesene Auflage erreichte.

In Wien hatte die Presse zunächst noch eine sehr kurze Zeit durchzumachen. Im Dezember 1851 wurde die Zensur beseitigt und damit auch die Pressfreiheit, und 1857 trat die Druckungs-Stempelsteuer, die 1848 abgeschafft worden war, außer

in Kraft. Dadurch erlitten die Zeitungen eine so schwere Belastung, daß viele kleinere Blätter ihr Erscheinen einstellen mußten. Erst 1900 wurde der Zeitungsstempel wieder abgeschafft. Die neue Ära erschien für die Wiener Zeitungen erst, als mit dem 9. März 1863 ein neues Preßgesetz in Kraft trat, durch das wieder geordnete Rechtsverhältnisse eingeführt wurden. Darauf entstand denn auch schon im nächsten Jahre die erste große Zeitung Österreichs, die „Neue Freie Presse“. Sie wurde von Max Friedländer, Mich. Etienne und Adolf Werthner gegründet. Friedländer übernahm die Bearbeitung der inneren Politik, Etienne die der auswärtigen, und Werthner leitete die ökonomische Verwaltung des großen Unternehmens. Durch die außerordentliche Intelligenz der drei Männer faßte die „Neue Freie Presse“ sofort festen Fuß, und durch den scharfen Blick Friedländers wurde immer der richtige Weg bei den so mannigfachen Schwankungen der österreichischen Politik eingeschlagen. Von vornherein wandte sich Friedländer gegen den „Außerordentlichen Reichsrat“ Belders, mit aller Entschiedenheit trat er gegen das Kabinett Hohenwart auf, während er das Bürgerministerium lebhaft zu fördern suchte. Etienne bekämpfte von Anfang an die unwahre Politik Napoleons III., und 1870 trat er, unbekümmert um die anti-preussische Stimmung, die von 1866 her Österreich noch zum großen Teil beherrschte, auf die Seite Deutschlands. Die weitere Entwicklung der Dinge zeigte sehr bald, wie recht er tat, und dadurch wurde die „Neue Freie Presse“ das einflußreichste, das tonangebende Blatt in Österreich. Neben dieser Zeitung größten Stils trat dann noch 1865 das „Neue Fremdenblatt“, 1867 das von M. Szeps gegründete „Neue Wiener Tagblatt“, das sich eine sehr große Beliebtheit zu erringen wußte, 1869 die „Tagespresse“, die mehrere Jahre für die welfischen Interessen kämpfte, und 1871 die „Deutsche Zeitung“, die das Recht der Deutschen gegen die andrängenden Slaven zu verteidigen suchte.

Neben Berlin und Wien spielte die Journalliteratur Münchens in den fünfziger und sechziger Jahren eine sehr unbedeutende Rolle. Eine großdeutsche „Nar-Zeitung“, redigiert von August Becker, bestand nur kurze Zeit, ebenso ein ministerielles Blatt,

die „Neue Münchener Zeitung“, während die von Julius Fr. 1867 ins Leben gerufene „Süddeutsche Presse“ sich zwar hielt, aber es zu keiner Bedeutung brachte. Anders gestalteten sich die Verhältnisse in Frankfurt a. M., wo sich die „Frankfurter Zeitung“ energisch emporrang. Dieses heute so bedeutende Blatt entwickelte sich aus sehr kleinen Verhältnissen. Es betrat seine Laufbahn am 27. August 1856 als „Frankfurter Handelszeitung“ in kleinem Quartformat. H. B. Rosenthal und Leo Sonnemann gaben es heraus, um dem Publikum bei den immer mehr sich ausbreitenden Aktienunternehmungen ratend zur Seite stehen zu können. Bald kamen dann zu den Handelsnachrichten auch einige politische Telegramme und eine feuilletonistische Beilage „Coupon der Frankfurter Handelszeitung“, und als im Jahre 1859 das politische Leben zu tragischen Konflikten ausbrach, wandelte sich das Handelsblatt unversehens zur politischen Zeitung um und erhielt den Titel „Neue Frankfurter Zeitung“; zugleich wurde ihm durch seinen Redakteur G. F. Kolb der bisher ausgesprochene demokratische Charakter aufgeprägt. Darauf entwickelte sich die Zeitung zum Hauptorgan der Demokratie in Westdeutschlands und bekämpfte als solches die Hegemonie Preußens. Sie verhielt sich aber auch ablehnend gegen den Fürstentag. Schließlich wendete sie sich 1866 gegen Preußen und wurde daher bei der Okkupation Frankfurts durch die preußischen Truppen am 17. Juli mitsamt der „Ober-Postamtszeitung“ und dem „Journal de Francfort“ verboten. Während jedoch die beiden letztgenannten Blätter nun ihr Erscheinen für immer einstellten, übersiedelte die „Neue Frankfurter Zeitung“ nach Stuttgart über und erschien dort drei Monate unter dem Titel „Neue deutsche Zeitung“, worauf sie, nachdem sie eine neue Kaution gestellt hatte, vom 16. November 1866 ab unter dem Titel „Frankfurter Zeitung“ wieder in ihrer alten Heimat herauskam.

Endlich ist auch die „Hessische Morgenzeitung“, in der im Jahre 1859 von Friedrich Detker und Friedrich Scheel gegründet, zu den neuen bedeutenderen Zeitungen zu nennen, da sie das erste Blatt Hessens war, das sich dem tyrannischen Kurfürsten man-

haft gegenüberstellte und darum bis 1866 viel Bedrückungen zu erdulden hatte.

Eine „Rhein-Lahn-Zeitung“, die die liberalen nassauischen Abgeordneten Lang und Braun in Wiesbaden 1859 gründeten, wurde von der nassauischen Regierung nicht geduldet und siedelte Ende Oktober 1861 nach Frankfurt über, wo sie den Titel „Rheinischer Kurier“ annahm und bis nach der Katastrophe von 1866 blieb. Darauf kehrte sie nach Wiesbaden zurück und erscheint dort noch jetzt.

Außer diesen großen Zeitungen sind dann schließlich noch zwei umfangreiche Gruppen von Blättern zu beachten, die in unserem Kulturleben eine nicht unbedeutende Rolle spielen, obgleich die einzelnen Zeitungen in diesen Gruppen meist klein sind und auch keine hohe Auflage besitzen. Es sind dies die sozialistischen und die ausgesprochen katholischen Blätter. Die sozialistische Presse entstand zu Anfang der sechziger Jahre, als Ferdinand Lassalle die Arbeitermassen zu gemeinsamer Agitation in einer Organisation vereinigte. Als erstes Blatt ist der „Volksstaat“ zu nennen, der in Leipzig erschien und in seiner 12 80 das Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei veröffentlichte. Diesem reihten sich die Blätter in Chemnitz, Crimmitschau, Dresden, Braunschweig, Königsberg, Karlsruhe, Nürnberg, Jürth zc. an, in denen in allen Tonarten der Haß gegen den Staat und die Besitzenden in meist recht grober Sprache gepredigt wurde. In den letzten Jahrzehnten hat sich dieser gereizte Ton etwas gemildert, auch das geistige Niveau der Blätter gehoben. Als Hauptorgan gilt jetzt der in Berlin erscheinende „Vorwärts“. — Die ausgesprochen katholische Presse, meist Zentrumspresse genannt, begann sich erst zu Ende der sechziger Jahre zu entwickeln; vordem hatte es eine ausgesprochen katholische Zeitschriftsliteratur nicht gegeben. Jetzt entstanden, je heftiger der sogenannte Kulturkampf entbrannte, in allen katholischen Städten katholische Blätter, meist von Geistlichen geleitet, die in sehr heftiger, aber auch volkstümlicher Sprache für die Interessen der katholischen Kirche eintraten. Das führende Blatt, die „Ver-

mania“, haben wir bereits bei den neuen Berliner Zeitungen genannt; weiter auf diese Blätter einzugehen, müssen wir uns ersparen, da deren eigentliche Entwicklungsperiode bereits in die Vergangenheit fällt, die wir nicht mehr in den Kreis unserer Betrachtung ziehen können.

Der großen und bunten Menge politischer Zeitungen trat auch eine reiche Fülle von Zeitschriften gegenüber. Die Journale der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts tragen aber einen wesentlich andern Charakter, als die vormärzlichen. Das große Publikum hatte den gespreizten Ton, den Tumult und das Kampfgeschrei des jungen Deutschland und der Freieinkämpfer satt. Man wollte keine politische Schwärmerei mehr; man wünschte sich materiell gefördert zu sehen. Nur wohlhabende Völker, wie das Beispiel Englands zeige, verstünden auch wirklich frei zu sein. Darum müsse man den Naturwissenschaften, der Industrie, dem Verkehr jetzt seine ganze Aufmerksamkeit widmen. Diesem Geschmack entsprach George Westermann in Braunschweig, indem er 1856 nach dem Muster englischer Monatschriften „Westermanns Monatshefte“ ins Leben rief. Das Gebiet der Politik und überhaupt alles Tendenzjose, wurde vollständig vermieden, dagegen erfuhren unter der umsichtigen Redaktion von Adolf Glaeser die Naturwissenschaften, Ethnographie, Kunst- und Kulturgeschichte eine ganz besondere Pflege. Auch der Illustration wurde große Sorgfalt zugewendet, so daß das Unternehmen bald großen Beifall fand. Einen etwas kräftigeren Pulsschlag zeigte die Revue „Unsere Zeit“, die der geistvolle Rudolf Gottschall von 1857 ab in Leipzig herausgab. Sie zeigte eine entschieden liberale Gesinnung und informierte auch über die Ereignisse auf dem Gebiete der Politik, gewann aber nie einen größeren Leserkreis und stellte daher, nachdem Gottschall schon einige Jahre vorher von der Redaktion zurückgetreten war, schließlich Ende 1861 ihr Erscheinen ein. Ebenfalls nur auf einen kleinen Kreis beschränkt ben die „Preussischen Jahrbücher“ beschränkt. Sie wurden 1857 von einem Kreise der sog. Altliberalen, an deren Spitze Rudolf Dunder stand, ins Leben gerufen und sollten den national-liberalen Liberalismus, den Gedanken des preussisch-deutschen Einheitsstaats-

vertreten. Auch hier schwebten als Muster die englischen und französischen Zeitschriften vor. Als Redakteur wurde Rudolf Haym bestellt, der sich durch eine Biographie Wilhelm v. Humboldts einen geachteten Namen erworben hatte. So sehr sich aber Haym auch Mühe gab, die Monatschrift interessant zu machen; es wollte ihm nicht gelingen, eine größere Anzahl bedeutender Mitarbeiter zu gewinnen; die Hefte blieben alle etwas trocken und langweilig. Die besten Aufsätze lieferten Otto Gildemeister, David Friedrich Strauß und Anton Springer. Die preussische Regierung war dem Unternehmen nicht geneigt und konfiszierte verschiedene Hefte; eine Beschlagnahme erfolgte auf Grund eines von Hegidi verfaßten Artikels über die Regentschaft in Preußen. Mißmutig legte daher Haym 1864 die Redaktion nieder, worauf nach einem zweijährigen Interregnum Heinrich von Treitschke 1866 die Leitung übernahm, eine Zeitlang mit W. Wehrenpffenig, später mit Hans Delbrück, der sie nun seit 1889 allein herausgibt. Als geistreicher Plauderer stellte sich neben „Unsere Zeit“ und die „Preussischen Jahrbücher“ 1867 „Der Salon“. In ihm sprach der feine Mann der Gesellschaft, der über alles orientiert war, was augenblicklich in der eleganten Welt interessierte; nur von den politischen und religiösen Debatten hielt er sich fern. Anfangs wurde der „Salon“ von Ernst Dohm und Julius Rodenberg herausgegeben, seit 1874 von Franz Hirsch.

Eine Zeitschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben gab Robert Prutz mit seinem „Deutschen Museum“ von 1851 bis 1867 heraus, zunächst mit Wilhelm Wolffsohn, später mit Karl Frenzel. Das Blatt hielt sich stets auf einer vornehmen Höhe, vermochte sich aber keinen größeren Leserkreis zu erwerben.

Neben diesen Revuen entwickelte sich alsbald in üppiger Mannigfaltigkeit eine bunte Literatur von Unterhaltungsblättern. Den ersten Platz unter diesen nahm die „Gartenlaube“ ein, die der intelligente Ernst Keil 1853 gründete. Keil besaß eine feine Bitterung für das, was die große Menge des Volkes wollte und brauchte, und es schlug in ihm auch ein warmes Herz für alle vaterländischen Angelegenheiten. Mit unermüdblichem Spürsinn fand er immer das für seine Wochenchrift heraus, was das

deutsche Gemüt erwärmte und wonach der vaterländische Zorn verlangte. Sein Unternehmen bürgerte sich denn auch rasch, schon der erste Jahrgang konnte in einer Auflage von 700 Exemplaren gedruckt werden; der zweite erschien bereits in einer Auflage von 8000 Exemplaren, und bei Keils Tode 1878: das Blatt in einer Auflage von über 300 000 Exemplaren heraus. In den sechziger Jahren, als unser nationales Leben in der einen tieferen Inhalt bekommen hatte, kam in den vaterländischen Aufsätzen und Gedichten der „Gartenlaube“ die Stimme weiter Kreise zum Ausdruck. Manche ihrer patriotisch hoch stimmten Nummern wirkte wie eine politische Tat. Neben „Gartenlaube“ stellte sich 1864 mit christlich-konservativer Tendenz das „Daheim“, verlegt von Belhagen und Klasing in Bielefeld und viele Jahre redigiert von Robert König. In größerem Umfang gehalten präsentierte sich „Über Land und Meer“, das 1855 von Eduard Hallberger in Stuttgart gegründet wurde. Ein brauchbarer Mitarbeiter war viele Jahre der Romanschriftsteller F. W. Hackländer, der in der ersten Zeit, als noch viele englische und französische Clichés angekauft werden mußten, weil deren noch nicht genügend geliefert werden konnten, um solche erkaufte Holzschnitte nicht selten keck und fröhlich seine Erzählungen „herumschrieb“. Ähnliche Aufgaben wie „Über Land und Meer“ stellte sich das „Buch für Alle“, das Hermann Schönlein in Leipzig ins Leben rief. Dem Bedürfnis nach gehaltvoller Romanlektüre entsprach die 1864 von Otto Janke gegründete „Romanzeitung“. Sie wurde mit Wilhelm Raabes berühmtem Roman „Der Hauptpastor“ eröffnet. Reichlichen Lesestoff boten auch die „Unterhaltungen am häuslichen Herd“, die, von Karl Gutzkow redigiert, von 1852 bis Ende 1864 herauskamen, und die „Hausblätter“, die Hackländer und Höfer von 1855 bis 1867 herausgaben.

Das deutsche Zeitungswesen wuchs mithin nach und nach, indem es sich nicht nur außerordentlich erweiterte, sondern auch an Tiefe und Vielseitigkeit gewann, zu einem hochbedeutenden Faktor in unserem Kulturleben empor. Aus dem schlichten Nachrichtenblatte des siebzehnten Jahrhunderts wurde die Zeitung der breiten und farbenreichen Abbilde ihrer Zeit.

Verzeichnis der Zeitungen.

- Aachener Merkur 60.
 Aachener Wahrheitsfreund 60. 65.
 Aachener Zeitung 64. 391.
 Abendblatt 69.
 Abend=Blatt der Börsehalle 110.
 Abend=Zeitung (Dresdener) 468.
 Abend=Zeitung (Mannheimer) 612.
 Adler 470.
 Adorfer Wochenblatt 400.
 Adreß=Komptoir=Nachrichten 110. 278.
 Allemannia 184.
 Allgemeine Literatur=Zeitung, Hallische 226.
 Allgemeine Oder=Zeitung 347. 570.
 Allgemeine Österreichische Zeitung 629.
 Allgemeine Preuß. Staatszeitung. 82. 263. 335. 357. 546.
 Allgemeine Slavische Zeitung 632.
 Allgemeine Theaterzeitung 506.
 Allgemeine Zeitung, Augsburgur 101. 151. 159. 283. 326. 377. 453. 467. 502. 621.
 Allgemeine Zeitung (Elberfelder) 69. 367.
 Altonaer Merkur 387. 588.
 Ameise 400.
 Arbeiterblätter, Kölner, von 1848 581.
 Argus 520.
 Aschaffenburgur Zeitung 462.
 Ätråa 226.
 Augsburgur Abendzeitung 157. 462.
 Augsburgische Ordinari = Postzeitung 157.
- Augsburgur Postzeitung 462.
 Aurora 60. 61.
 Ausland, Das 309.
 Austra 471.
 Auszug der neuesten Zeitungen 378.
- Badische Landeszeitung 613.
 — — Zeitung 423. 425.
 Badischer Landtagsbote 604.
 — — Volksbote 423. 426.
 Barmer Zeitung 368.
 Barrifade, Die 548.
 Bayerns Deputirtenkammer 483.
 Bayreuther Zeitung 157.
 Bayerische Staatszeitung 461.
 Bayerischer Beobachter 462.
 Bayerisches Volksblatt 453.
 Beobachter (Stuttgart) 436. 617.
 Beobachter im Roer=Departement 65.
 Bergedorfer Wochenblatt 381.
 Berliner Allgemeine Montagß=Zeitung 549.
 — — Allgemeine Zeitung 668.
 — — Börseurrier 667.
 — — Börsezeitung 667.
 — — Bürgerwehr=Zeitung 548.
 — — Fremdenblatt 668.
 — — Großmaul 548.
 — — Konversationsblatt 309. 528.
 — — Krafefler 654.
 — — Kurier 307.
 — — Montagßzeitung 668.
 — — Dnnibus 654.

- Berliner Schnellpost 307.
 — — Tageblatt 668.
 — — Zeitung 548.
 — — — —, Hrsg. Ad. Löffler 548.
 — — Zeitungshalle 546.
 Berlinische Zeitschrift für Wissenschaft
 und Literatur 309.
 Biene 398.
 Blätter für literarische Unterhaltung
514.
 Blauer Montag 655.
 Bohemia 287. 523. 650.
 Börsehalle (Hamb.) 377. 380.
 Börsennachrichten der Ostsee 350. 572.
 Bote aus Rassel 116. 389.
 Bote in Tyrol 166.
 Bremer Kurier 384. 589.
 — — Nachrichten 381. 589.
 — — Tageblatt 589.
 — — Zeitung für Staats-, Gelehr-
 ten- und Handelsfachen 110. 278.
377. 381. 585.
 Bremischer Beobachter 589.
 Breslauer Anzeiger für Kommunal-
 angelegenheiten 571.
 — — Beobachter 347.
 — — Morgenzeitung 571.
 — — Zeitung 269. 318. 345. 570.
 Britannia 309.
 Brutus, der Tyrannenfeind 61.
 Buch für Alle 674.
 Buddelmeyer-Zeitung 549.
 Bundeslade, Die 211.
 Bürger- und Bauernzeitung 548.
 Bürgerfreund 278. 381.
 Bürger-Wache 547.
 Bürgerwehrzeitung 547.
 Burgischer Kurier 276.
 — — (Halleischer) 276.
 Burgische Zeitung 276.
 Charivari 319. 335. 400. 520. 652.
 Cholera-Zeitungen 339.
 Chronik der österr. Literatur 2.
 Colonne, La 410.
 Constitutionel 261. 326.
 Courier Français 261.
 Courier in Halle 573.
 Daheim 674.
 Dannevirke 387.
 Danziger Allgemeine Zeitung 379.
 — — Tageblatt 350.
 Darmstädter Tageblatt 413.
 — — Zeitung 143.
 Demokrat (Berliner) 548.
 — — (Mainzer) 608.
 — — (Wiener) 631.
 Deutsche Allgemeine Zeitung 319. 477.
598.
 — — Arbeiterzeitung (von J. Be-
 rend) 547.
 — — (von Dr. Lubach u. Dintz) 547.
 — — Beobachter, Der 110.
 — — Blätter 117.
 — — Blätter für Poesie 309.
 — — Bürgerwehrzeitung 549.
 — — Jahrbücher (siehe Hall. Jahrb.)
 — — Monatschrift 479.
 — — Nationalzeitung 358.
 — — Nationalzeitung für Braun-
 schweig u. Hannover 377.
 — — Reform 548.
 — — Reichszeitung 586.
 — — Revue (Gupfrows) 499.
 — — Volkshalle 581.
 — — Volkszeitung 612.
 — — Volkszeitung für Stadt u.
 Land 547.
 — — Wochenzeitung 358.
 — — Zeitung (Berliner) 339.
 — — Zeitung (Gervinussche) 423. 426. 609.
 — — Zeitung (Wiener) 669.
 Deutscher Kurier 436.

- Deutscher Zuschauer 483.
 Deutsches Museum 673.
 Deutsch-französische Jahrbücher 495.
 Deutschland, Das neue 209.
 Deutschlands Kurier- oder Staatsbote 276.
 Didaskalia 409.
 Dorfbarbier 318. 319. 524.
 Dorfzeitung 106. 391.
 Dortmunder Zeitung 667.
 Dresdener Anzeiger 600.
 — — Journal 600.
 Düsseldorfor Zeitung 69.
 Echo der Gegenwart 667.
 Eckernförder Wochenblatt 386.
 Eilbote (Münchener) 621.
 Eisenbahn-Zeitung 381.
 Elberfelder Zeitung 367.
 Elbinger Anzeiger 350.
 Eos, Zeitschrift aus Bayern zur Er-
 heiterung und Belehrung 302.
 Ernst und Scherz, oder der alte Frei-
 mütige 225.
 Essener Zeitung 667.
 Eufenspiegel (Münchener) 520.
 — — (Berliner) 520.
 Europa (Lewalds) 512.
 Europäische Annalen 212.
 — — Aufseher, Der 210.
 — — Staatsrelationen 225.
 Ewige Fackel 549.
 Ewige Lampe 548.
 Ewige Lampe oder Lampe der Haje 548.
 Ewige Leuchte 548.
 Feuilles d'affiches 65.
 Figaro (Berliner) 520.
 — — (Pariser) 663.
 Flensburger Zeitung 387.
 Fliegende Blätter 534. 652.
 Fliegende Blätter, Der Deutschen
 Burschen 211.
 Flugblätter, Sürgensche 596. 611.
 Forum der Journalliteratur 336. 506.
 Frankfurter Börsezeitung 509.
 — — Handelszeitung 670.
 — — Journal 134. 280. 326. 401.
407. 609.
 — — Volksbote 655.
 — — Zeitung (Obermüllersche) 596.
611.
 — — Zeitung (Sonnemannsche) 670.
 Fränkischer Kurier 462.
 — — Merkur 157.
 Freia 387.
 Freiburger Zeitung 423.
 Freie Blätter, Berliner 654.
 Freie Wiener, Der 656.
 Freie Zeitung (nassauische) 603.
 Freihafen, Der 505.
 Freimütige Blätter für Deutsche 210.
 Freimütige, Der 225. 303. 528.
 — —, Wiener 631. 637.
 Freischaar für Polen 547.
 Freischärler, Der 655.
 Freischütz, Der 278. 381.
 Freisinnige, Der 423.
 Fremdenblatt (Berliner) 668.
 — — (Wiener) 629.
Gartenlaube, Die 673.
 Gasthofszeitung 520.
 Gazette de Cologne 65.
 Gazette de France 261. 326.
 Geißel, Die 632.
 General-Anzeiger für Deutschland 399.
 Gerad' aus! 631.
 Germania, Zeitschrift für Deutsch-
 lands Gemeinwohl 209.
 Germania (Zentrumsblatt) 668.
 Gesellige, Der 273. 350.
 Gesellschafter, Der 224. 297. 527.
 Gespenst, Das schwarze 520.
 Goldene Mittelstraße, Die 632.
 Göttinger gelehrte Anzeigen 226.
 Grenzboten 479. 483. 652.
 Grimmasches Wochenblatt 107.

- Großherzoglich Hessische Zeitung 413.
 Guckkasten 656.
- Halle'scher Burgischer Kurier 276.
 Hallische Jahrbücher 332. 363. 488. 495.
 Hallische Zeitung 574.
 Hallischer Kurier, Zeitung für Stadt und Land 89. 276. 354.
 — — (fog. Waisenhauß=Courier) 573.
 Hamburger Börseliste 326.
 — — Politisches Journal 212.
 Hamburgische Nachrichten 587.
 — — Neue Zeitung und Adreß=Kon=tor=Nachrichten 278. 379.
 — — Unparteiische Korrespondent 109. 278. 326. 377. 379. 587.
 Hanauer Zeitung 389.
 Hannoverische Anzeigen 115. 667.
 — — Morgenzeitung 333. 373. 585. 586.
 — — Nachrichten 115. 371.
 — — Volkszeitung 584.
 — — Zeitung 371. 583.
 Hannoverischer Courier 667.
 — — Volksfreund 373.
 Hannoverisches Volksblatt 373.
 Hans Jörgel 524.
 Hausblätter 674.
 Hausfreund in Palast und Hütte 523.
 Heidelberg'sche Jahrbücher 226.
 Hermann, Zeitschrift 57. 182. 304.
 Hermes, oder kritisches Jahrbuch der Literatur 230. 288.
 Herold, Der 393. 480.
 — — (Berl.) 655.
 Hessebote 389.
 Hessische Morgenzeitung 670.
 Hessischer Volksfreund 595.
 Hildesheimische allgemeine Zeitung 377.
 — — Zeitung 377.
 Historisch=politische Blätter 478.
 Historisch=politische Zeitschrift 478.
- Hochwächter, Der 436.
 Hornisse 594.
 Humorist, Der 524.
- Jahrbuch für dramatische Kunst u. Literatur 336.
 Jahrbuch für wissenschaftliche Kr.: 309. 320.
 Jahrbücher der Literatur, Wiener: 309. 320.
 Jahrbücher für wissenschaftliche Kr.: 514.
 Jahreszeiten, Die 523.
 Iduna 523.
 Jena'sche Allgemeine Literaturzeitung 193. 226.
 Illustration (Pariser) 532.
 Illustreted London News 542.
 Illustrierte Zeitung 533.
 Innland 448.
 Intelligenzblatt (Düsseldorf) 68.
 — — (Frankfurter) 410.
 Intelligenzblatt für Arefeld 368.
 Intelligenzblätter, Gründung der: 401. 409. 611. 670.
 Journal de Francfort 130. 270. 401. 409. 611. 670.
 Journal des Débats 261. 325.
 Journal des Österreichischen: 629. 647.
 Journal de la Roer 60.
 Journal des Nieder= und Rheins 61. 65.
 Journal für Deutschland (Berl.) 270. 271. 272. 273. 274. 275. 276. 277. 278. 279. 280. 281. 282. 283. 284. 285. 286. 287. 288. 289. 290. 291. 292. 293. 294. 295. 296. 297. 298. 299. 300. 301. 302. 303. 304. 305. 306. 307. 308. 309. 310. 311. 312. 313. 314. 315. 316. 317. 318. 319. 320. 321. 322. 323. 324. 325. 326. 327. 328. 329. 330. 331. 332. 333. 334. 335. 336. 337. 338. 339. 340. 341. 342. 343. 344. 345. 346. 347. 348. 349. 350. 351. 352. 353. 354. 355. 356. 357. 358. 359. 360. 361. 362. 363. 364. 365. 366. 367. 368. 369. 370. 371. 372. 373. 374. 375. 376. 377. 378. 379. 380. 381. 382. 383. 384. 385. 386. 387. 388. 389. 390. 391. 392. 393. 394. 395. 396. 397. 398. 399. 400. 401. 402. 403. 404. 405. 406. 407. 408. 409. 410. 411. 412. 413. 414. 415. 416. 417. 418. 419. 420. 421. 422. 423. 424. 425. 426. 427. 428. 429. 430. 431. 432. 433. 434. 435. 436. 437. 438. 439. 440. 441. 442. 443. 444. 445. 446. 447. 448. 449. 450. 451. 452. 453. 454. 455. 456. 457. 458. 459. 460. 461. 462. 463. 464. 465. 466. 467. 468. 469. 470. 471. 472. 473. 474. 475. 476. 477. 478. 479. 480. 481. 482. 483. 484. 485. 486. 487. 488. 489. 490. 491. 492. 493. 494. 495. 496. 497. 498. 499. 500. 501. 502. 503. 504. 505. 506. 507. 508. 509. 510. 511. 512. 513. 514. 515. 516. 517. 518. 519. 520. 521. 522. 523. 524. 525. 526. 527. 528. 529. 530. 531. 532. 533. 534. 535. 536. 537. 538. 539. 540. 541. 542. 543. 544. 545. 546. 547. 548. 549. 550. 551. 552. 553. 554. 555. 556. 557. 558. 559. 560. 561. 562. 563. 564. 565. 566. 567. 568. 569. 570. 571. 572. 573. 574. 575. 576. 577. 578. 579. 580. 581. 582. 583. 584. 585. 586. 587. 588. 589. 590. 591. 592. 593. 594. 595. 596. 597. 598. 599. 600. 601. 602. 603. 604. 605. 606. 607. 608. 609. 610. 611. 612. 613. 614. 615. 616. 617. 618. 619. 620. 621. 622. 623. 624. 625. 626. 627. 628. 629. 630. 631. 632. 633. 634. 635. 636. 637. 638. 639. 640. 641. 642. 643. 644. 645. 646. 647. 648. 649. 650. 651. 652. 653. 654. 655. 656. 657. 658. 659. 660. 661. 662. 663. 664. 665. 666. 667. 668. 669. 670. 671. 672. 673. 674. 675. 676. 677. 678. 679. 680. 681. 682. 683. 684. 685. 686. 687. 688. 689. 690. 691. 692. 693. 694. 695. 696. 697. 698. 699. 700. 701. 702. 703. 704. 705. 706. 707. 708. 709. 710. 711. 712. 713. 714. 715. 716. 717. 718. 719. 720. 721. 722. 723. 724. 725. 726. 727. 728. 729. 730. 731. 732. 733. 734. 735. 736. 737. 738. 739. 740. 741. 742. 743. 744. 745. 746. 747. 748. 749. 750. 751. 752. 753. 754. 755. 756. 757. 758. 759. 760. 761. 762. 763. 764. 765. 766. 767. 768. 769. 770. 771. 772. 773. 774. 775. 776. 777. 778. 779. 780. 781. 782. 783. 784. 785. 786. 787. 788. 789. 790. 791. 792. 793. 794. 795. 796. 797. 798. 799. 800. 801. 802. 803. 804. 805. 806. 807. 808. 809. 810. 811. 812. 813. 814. 815. 816. 817. 818. 819. 820. 821. 822. 823. 824. 825. 826. 827. 828. 829. 830. 831. 832. 833. 834. 835. 836. 837. 838. 839. 840. 841. 842. 843. 844. 845. 846. 847. 848. 849. 850. 851. 852. 853. 854. 855. 856. 857. 858. 859. 860. 861. 862. 863. 864. 865. 866. 867. 868. 869. 870. 871. 872. 873. 874. 875. 876. 877. 878. 879. 880. 881. 882. 883. 884. 885. 886. 887. 888. 889. 890. 891. 892. 893. 894. 895. 896. 897. 898. 899. 900. 901. 902. 903. 904. 905. 906. 907. 908. 909. 910. 911. 912. 913. 914. 915. 916. 917. 918. 919. 920. 921. 922. 923. 924. 925. 926. 927. 928. 929. 930. 931. 932. 933. 934. 935. 936. 937. 938. 939. 940. 941. 942. 943. 944. 945. 946. 947. 948. 949. 950. 951. 952. 953. 954. 955. 956. 957. 958. 959. 960. 961. 962. 963. 964. 965. 966. 967. 968. 969. 970. 971. 972. 973. 974. 975. 976. 977. 978. 979. 980. 981. 982. 983. 984. 985. 986. 987. 988. 989. 990. 991. 992. 993. 994. 995. 996. 997. 998. 999. 1000.
 Iris 279.
 Ikar=Zeitung 669.
 Iphoeer Wochenblatt 386.
 Juchheirajasa! Die Preußen sind da! 549.
 Junge Oesterreich, Das 631.
- Karlsruher Zeitung 423. 604. 617.
 Kasselsche Allgemeine Zeitung 17. 389. 591.

- Minerva 211.
 Mittelrheinische Zeitung 603.
 Mitternachtsblatt, Müllners 305.
 Monatschrift (Berliner) 479.
 Morgenblatt, Cottasches 213. 295. 496.
 Münchener Neueste Nachrichten 620.
 — — politische Zeitung 158. 462.
 — — Punsch 655.
- Nassauische Allgemeine Zeitung 604.
 National-Zeitung der Deutschen 108.
 National-Zeitung (Berl.) 547. 552.
 Nationalzeitung, Königl. privil. bayr. 158.
 Neckar-Zeitung 282. 303.
 Nemesis 171.
 Neue Berliner Monatschrift 309.
 Neue Berliner Zeitung 548.
 Neue Bremer Zeitung 589.
 Neue deutsche Zeitung 611. 670.
 Neue Fackeln (Cöllns) 208.
 Neue Frankfurter Zeitung 670.
 Neue Freie Presse 570. 669.
 Neue Lübedische Blätter 384.
 Neue Münchener Zeitung 619. 670.
 Neue Oder-Zeitung 570.
 Neue Preussische Zeitung 548. 561.
 Neue Rheinische Zeitung 579.
 Neue Schwerinische Politische Zeitung 378.
 Neue Stettiner Zeitung 572.
 Neue Wogen der Zeit 350.
 Neue Würzburger Zeitung 462.
 Neueste Preussische Zeitung 549.
 Neuer Elbinger Anzeiger 273.
 Neuer Rheinischer Merkur 58.
 Neuer Volksfreund 584.
 Neues Berliner Tageblatt 548.
 Neues Dresdner Journal 602.
 Neues Fremdenblatt (Wiener) 669.
 Neues Tagblatt (Stuttgarter) 438. 617.
 Neues Wiener Tagblatt 669.
 Neu-Heßische Zeitung 592.
- Niederrheinische Blätter 69.
 Niedersächsische Zeitung 581.
 Norddeutsche Allgemeine Zeitung
 Norddeutsche freie Presse 590.
 Norddeutsche Zeitung für
 Handel und Gewerbe 572.
 Nouvelliste, Der 60. 65.
 Nürnberger Korrespondent 621.
- Oberdeutsche Wochenzeitung
 — — Zeitung 423.
 Ober-Postamtszeitung 129. 2~
372. 401. 402. 467. 604. 61
 Oberschlesischer Anzeiger 347.
 Oberschlesischer Wanderer 347.
 Odesloer Wochenblatt 386.
 Ohnehose, Der 632.
 Oppositions-Blatt 93.
 Opposition für Volk und Recht
 Originalien, Die 225.
 Ost-deutsche Post 632. 645.
 Osterreichische Blätter 479.
 Ostfriesische Zeitung 377.
 Ostpreussisches Bürgerblatt 57.
 Ostseeblätter 385.
 Ostsee-Zeitung 572.
 Ölzweige 465.
 Osterreichische konstitutionelle
 Zeitung 631.
 Osterreichischer Beobachter
286. 471. 628.
 — — Korrespondent 632.
 — — Landbote 631.
 — — Nationalgardist 631.
- Pädagogisches Wochenblatt
 Panier des Fortschritts 630.
 Patriot, Der 211.
 Patriotischer Hausfreund 564.
 Penny Magazine 529.
 Pfennig-Magazin 530.
 Pfennig-Magazin für Kinder
 Philadelphia Demokrat 595.

- önig, Frühlingszeitung für Deutsch-
land 504.
- litische Eifel, Der 632.
- litische Kellner, Der 631.
- litische Neuigkeiten 378.
- litisches Wochenblatt (Berliner)
475. 494.
- mmersche Bürgerzeitung 572.
- saune, Die 373.
- sener Zeitung 90.
- st, Die 688.
- stefurakten 60.
- ager Abendblatt 649. 650.
- Zeitung 167. 287. 472. 648.
- eezer Wochenblatt 387.
- esse (Wiener) 632. 641.
- esse, La 641.
- eußen, Das neue 548. 655.
- eußische Allgemeine Zeitung 358.
- Feldzeitung 74. 85.
- Jahrbücher 672.
- Korrespondent, Der 36. 74. 112.
- Parlamentszeitung 548.
- Staatszeitung 103. 377. 515.
- Volkszeitung 549.
- (Abler) Zeitung 667.
- rovinzialzeitung, Elberfelder 69.
367.
- ublizist, Der 546. 667.
- adikale, Der 631.
- reform, Die (Berliner) 547.
- (Hamburger) 587.
- (Wiener) 632.
- egensburger Zeitung 462.
- eich der Toten (ehedem „Der Neu-
wieder“) 131.
- eichstagszeitung 611.
- eijender Teufel 656.
- elationskurier 110.
- endßburger Wochenblatt 386.
- epublik, Die 548.
- heinische Archiv, Das 225.
- Rheinische Blätter 135.
- — Jahrbücher zur gesellschaftlichen
Reform 483.
- — Postille 423.
- — Zeitung 362. 379. 480. 609.
- Rheinischer Beobachter 369.
- — Kurier 671.
- — Merkur 30. 33. 63. 92. 109.
166. 263.
- — Postillon 425.
- Rheinhesisches Volksblatt 609.
- Rhein-Lahnzeitung 671.
- Rhein- und Ruhrzeitung 581.
- Rheinisch-Westfälische Zeitung 667.
- Ristretto 131.
- Romanzeitung 674.
- Rosen, Zeitschrift für die gebildete
Welt 523. 564.
- Rostoker Zeitung 378.
- Rote Mütze, Die 656.
- Rübezahl 33.
- Sachsenzeitung 398. 523.
- Sächsische Konstitutionelle Zeitung 602.
- — Vaterlandsblätter 398. 480.
- Salon, Der (Engländer) 505.
- Salon, Der (Nobensberg) 673.
- Sammler, Der 225.
- Satan 630.
- Schild und Schwert 632.
- Schlesische Zeitung 89. 274. 336. 341.
570.
- Schleswig-Holsteinsche Zeitung 386.
590.
- Schnellpost (Berliner) 307.
- Schnellpost (Wiener) 656.
- Schwäbische Merkur, Der 141. 281.
435. 614.
- Schwäbisches Museum 436.
- Schwarz-Rot-Gold 632.
- Seeblätter 423. 612.
- Signale 318.
- Soldatenfreund 524.

Sonderburger Wochenblatt [386](#).
 Sonne, Die [483](#). [618](#).
 Sozialist, Berl. [655](#).
 Speierer Zeitung [462](#). [621](#).
 Spenerische Zeitung [78](#). [263](#). [264](#). [336](#).
[467](#). [546](#). [550](#). [551](#). [552](#).
 Sprecher für Rheinland und Westfalen [368](#).
 Staat, Der [479](#).
 Staatsbürger, Der [549](#).
 Staatsbürgerzeitung [482](#). [668](#).
 Staatszeitung, Großherzogl. badische [143](#).
 Stettiner Beobachter [572](#)
 — — General-Anzeiger [572](#).
 Stettinische Zeitung, Königl. priv. [90](#). [572](#).
 Stuttgarter *Allgemeine* Zeitung [436](#).
 — — Schnellpost [436](#). [617](#).
 — — Tagblatt [436](#).
 — — Zeitung [436](#).
 Süddeutsche Presse (München) [670](#).

 Tages-Chronik (Bremer) [589](#).
 Tagespresse (Wiener) [669](#).
 Tante Boß [654](#).
 Taunusblätter [604](#).
 Teatrum Europæum [529](#).
 Telegraph für Deutschland [509](#).
 Teutscher Beobachter [282](#).
 Teutsche Blätter [208](#).
 Teutsche Selbstzeitung [74](#).
 Theaterzeitung, Bäuerleiche [304](#). [520](#).
 Thurnelba, ein Unterhaltungsblatt für Deutsche [225](#).
 Tribüne, Die [668](#).
 — —, Die deutsche (Wirths) [448](#). [477](#).
 — —, kritische Blätter aus dem preussischen Parlamente [549](#).
 Trierrische Zeitung [369](#). [582](#).

 Über Land und Meer [674](#).
 Ulmer Kronik [618](#).

Ulmer Schnellpost [440](#).
 Unser Planet [482](#). [519](#).
 Unsere Zeit [672](#).
 Unterhaltungen am häusl. Herd [674](#).
 Urwähler-Zeitung [549](#). [559](#).

 Vaterland, Das [479](#).
 Vaterlandsblätter [584](#).
 Vaterländische Blätter [233](#).
 Vaterländische Feste [483](#).
 Verfolger der Bosheit [655](#).
 Verkündiger, Der (Kölner) [65](#). [68](#). [277](#).
 — — (Stuttgarter) [436](#).
 Verkündiger, ein gemeinnütziges Volksblatt [69](#).
 Volk, Das [654](#).
 Volksblatt für Stadt und Land (Hallisches) [355](#). [574](#).
 — — (Münchener) [621](#).
 Volksblätter, Berl. [654](#).
 Volksfreund (Wielands) [177](#). [211](#). [231](#).
 — — Wiener [631](#).
 — — Münchener [462](#).
 — — nassauischer [604](#).
 Volksstaat, Der [671](#).
 Volkstribun, Der [548](#).
 Volks-Stimme, Die [547](#).
 Volks-Zeitung (Berliner) [561](#).
 Vorwärts (in Paris) [424](#).
 — — (in Berlin) [671](#).
 Vossische Zeitung [78](#). [263](#). [269](#). [337](#).
[467](#). [546](#). [550](#). [551](#).

 Wächter, Der [210](#).
 Wächter an der Ditsche [572](#).
 Wächter am Rhein [423](#). [424](#).
 Wächter an der Ruhr [581](#).
 Wage, Die (Börnes) [131](#). [201](#).
 Wage, Die, deutsche Reichstagschau [655](#).
 Wandelstern, Der [482](#).
 Wanderer, Der [225](#).
 — — östereich. [631](#). [632](#).

desbeder Intelligenzblatt 380. 386.
S.
 = und Staatsbote 65. 67. 277.
7.
 r=Zeitung 377. 382. 391. 590. 667.
 ote 452.
 eutsche Zeitung 580.
 rmanns Monatshefte 672.
 hällischer Anzeiger 54. 368.
 er Allgemeine Theaterzeitung
225.
 - Gassen=Zeitung 631.
 - Realzeitung 161.
 - Zeitschrift 220. 291. 502.
 - Zeitung 152. 159. 286. 471.
6.
 badener Tageblatt 605.
 arische Zeitung 378.
 entliche Nachrichten (Bremer) 110.
 entliche gemeinnützige Nachrichten
1 und für Hamburg 110. 381.
 sches Telegraphisches Bureau 557.
 nser Zeitung 143. 413.
 chelruthe, Die 225.
 i wider Wurst 655.

Würzburger Zeitung 157.
 Württembergischer Staatsanzeiger 618.
 Zeit, Die (in Augsburg) 483.
 Zeiten, Die 180.
 Zeitschrift für Pharmacie 629.
 Zeitschwingen 206.
 Zeitung der freien Stadt Frankfurt
131. 279.
 — — des Großherzogthums Frankfurt
129.
 — — des Großherzogthums Posen 350.
 — — für Norddeutschland (Hanno=
 ver) 586. 667.
 — — für Preußen 572.
 — — für die elegante Welt 223. 303.
524. 652.
 — — für die königl. preussischen Pro=
 vinzen zwischen Elbe und Weser
89.
 — — für die Wiener Nationalgarde
631.
 Zeitungs=Halle 550. 552.
 Zuschauer 425.



Namen-Register.

- Abel, v., Minister 441.
 — — Otto, Historiker 616.
 Abelin, Joh. Phil. 529.
 Adam, Dr. P. L. 440.
 Aegidi, Ludwig Karl 568.
 Alexander, Kaiser 15.
 Alexis, Wilibald (Häring) 289. 309.
 337. 457.
 Althaus, Theod. 585.
 Ancillon, Friedr. 31. 244.
 Andree, Dr. H. 358. 586.
 Archenholz, J. W. v. 211.
 Arens, Dr. Thomas Heinr. 382. 590.
 Arctin, J. Eph. M. Mor. Freiherr v. 184.
 Armbruster, österr. Publizist 234.
 Arndt, C. M. 1. 2. 3. 35. 80. 85.
 155. 182. 210. 225.
 Arnim, Achim v. 22. 35. 53. 59. 74.
 77. 79. 221. 225.
 Aston, Luise 655.
 Auerbach, Berth. 183. 500. 513.
 Aueršperg, Graf Ant. Alex. v. 292.
 464. 502. 624.
 Baader, Franz 302.
 Bacheracht, Theresje v. 510.
 Bacherer, Gustav 491.
 Bachmann, J. H. 504.
 Balzer, Dr. J. H. 344.
 Bamberger, Ludwig 556. 606.
 Banf, Otto 601.
 Bartsch, Konr. 161.
 Baffermann, Jr. D. 426. 619.
 Bauer, M. J. 269.
 Bauer, Bruno 365.
 — — Edgar 334.
 Bauernfeld, C. v. 292. 161. 307.
 Bäuerle, Ad. 225. 506.
 Baumann, Alex. 503.
 Becher, Dr. H. J. 631.
 Beck, Carl 464. 503. 510. 619.
 Bedendorff, Hofrat 244.
 Beder, August 510. 669.
 — — Dr. Hermann 589.
 — — Nikolaus 357.
 — — Zacharias 108.
 Behrend, J. 547.
 Behrnauer, Geh. Ober-Reg. R. 1.
 Benary, Heinr. 654.
 Benda, Dan. Alex. 266.
 Benedix, Roderich 368. 655.
 Benzenberg, Joh. Friedr. 58.
 Bercht, Prof. 369.
 Bergl, J. H. 210.
 Berth, H. P. 134. 279. 492.
 Bernabotte 78.
 Bernard, J. C. 163.
 Bernays, Carl Lud. 424.
 Bernhardt, Dr. 547.
 Bernstein, Aron 559.
 Bertuch, Friedr. Julius 92. 17.
 Bessler, G. 427.
 Beta, Heinr. 654.
 Bethmann Hollweg 563.
 Beurmann, Ed. 410. 509.
 Bevid, Thomas 530.

vermann, Carl 393. 479. 596.
18. 600.
 gans, Matthias 60.
 inger, Geh. Legationsrat, Zensor
31.
 zer, A. v. 526.
 nard, Fürst 561. 566. 573.
 fow, Theophil 547.
 ion, Major L. 547.
 tersdorff, v., Minister 418. 610.
 her 7. 33. 48. 54. 73. 74.
 m, Rob. 399. 513. 522. 596.
 menhagen, W. 223.
 zel, Dr. 604.
 elschwingh, v., Minister 360.
 enstedt, Friedr. 538. 568. 590. 647.
 ling 60. 62. 64.
 che, Dr. Karl 606.
 ae, Ludwig 98. 131. 158. 199.
16. 316. 500. 526.
 ange, Martin 531.
 tigger, R. A. 91. 119. 222. 233.
 ard, Joh. Jak. 60.
 =Ed, Ida 381.
 n, Friedr. M. 211.
 B, Dr. 668.
 un von Braunthal 292.
 un, Karl (=Wiesbaden) 604. 671.
 — Kaspar 534.
 er, Ed. 472. 649.
 atano, Clemens 35. 224. 225.
 dhaus, F. A. 22. 117. 229. 287.
14. 530.
 dbräu, F. W. 462.
 ggemann, Karl Heinrich 359. 577.
 hl, Schulte vom 605.
 na, Dr. Ed. 650.
 zer, Lothar 556.
 jholz, Fr. 210.
 jner, Georg 505.
 — Karl 514.
 au, Friedr., Professor und Zensor
36. 492. 598. 600.

Bunsen, Chr. R. F. 457.
 Buol-Schauenstein, Graf v. 17.
 Bürgers, Heinr. 579.
 Bürkner, R. 570.
 Busch, Moriz 653.
 — — W. 539.
 Carlopago (Ziegler) 503.
 Carrière, Moriz 53. 510.
 Carus, C. G. 505.
 Casper, Medizinalrat 339.
 Castelli, F. F. 221. 225. 258. 503. 655.
 Catel, S. F., Professor 73. 263. 269.
 Cerri, C. 656.
 Chezy, Helmine v. 299.
 Christ, Ministerialrat 435.
 Claren, F. 74. 85. 222.
 Colbacht, Magister 276.
 Collin, Mathias v. 233.
 Cölln, Friedr. v. 155. 208. 210.
 Correck, Dr. G. F. 439.
 Corvin, Otto v. 481.
 Cotta, F. F. 113. 152. 284.
 — — Joh. Georg 295.
 Daewel, B. 111.
 Dahlmann 178. 340. 371. 427.
 Dammas, R. F. (siehe Steffens).
 Davidsohn, George 667.
 Davout 108.
 Decker, R. 668.
 Deinhardstein, F. L. 221. 233.
 Delbrück, Hans 673.
 Delius, Dr. Nikol. 383.
 Dejjauer, v. (Xylograph) 535.
 Dingelstedt, Franz v. 359. 365. 505.
510. 663.
 Dohm, Ernst 549. 660. 673.
 Dolleschall, Polizeirat 361. 365.
 Döllinger, Ignaz v. 302. 479.
 Dove, Alfred 653.
 — — F. W. 663.
 Dräxler=Manfred 292. 413.
 Drobisch, Theod. 527. 655.

- Dronke, Ernst 579.
 Dronsen, Joh. Gujt. 427. 491. 568.
 Duller, Ed. 504.
 Du Mont, Marcus 66. 356.
 — — Frau 277.
 — — Josef 356. 578.
 Dunder, Herm. 553.
 — — Franz 554. 561.
 — — Max 568. 672.
 Durand, Red. d. Journ. de Franc-
 fort 409.
 Duttlinger, badischer Politiker 423.
 Dyl, H. 539.
- Ebert, R. C. 292. 523.
 Echtermeyer, Theod. 489.
 Eckardt, Julius 653.
 — — L. 656.
 Eckart, L. 631.
 Eckstein, Baron v. 151.
 Ed, Christoph Marquard 381.
 Eichholz, Dr. 69.
 Eisenmann, Dr., Gottfr. 453.
 Eitelberger v. Edelberg, Rud. 627.
 Elben, Prof. Chr. Gottfried 144. 282.
 — — Dr. Emil 282. 435.
 — — Carl 282. 435.
 — — Dr. Otto 435.
 Elsner, Dr. Moriz 347. 571.
 Endlich, Quirin 641.
 Engel, Ed. 517.
 Engels, Franz 365.
 — — Friedr. 579.
 Engländer, Sigmund 505. 631. 632.
 Ent, M. 292.
 Erdmann, Joh. Ed., Philosoph 490.
 Ernst August, König 371.
 Esholz, bayrischer Publizist 302.
 Etienne, Mich. 669.
 Eulenburg, Graf Friz 367.
 Eulert, Bischof 244.
- Faber, Alex. 86.
 — — Friedrich 84. 86. 275.
 — — Gabr. Gottf. 88.
 — — Gujt. 351.
 Ferdinand, österr. Kaiser 621.
 Feuchtersleben, Ernst v. 502.
 Feuerbach, Ludwig 492.
 Feust, Dr. Philipp 462.
 Fidler, badischer Politiker 611.
 Fink, Graf, Kammerherr 563.
 Fischer-Goussel, Dr. 611.
 Florencourt, Franz v. 380. 579.
 Fontane, Theod. 511.
 Fouqué, de la Motte 79.
 — — Karoline 222.
 Förster, Friedr. 73. 309.
 Frank, G. H. v. 504.
 Frankl, L. A. 292.
 Franz, österr. Kaiser 623.
 Freese, Dr. Julius 586.
 Freiligrath, Ferd. 579.
 Frenzel, Karl 489. 556. 558.
 673.
 Freund, Leopold 571.
 Freitag, Gustav 317. 487. 622.
 Friedenbergl, Dr. G. 338.
 Friedländer, Dr. Max 570. 611.
 Friedrich, König von Würtemberg.
 Friedrich August II., König von Sach-
 sen 9. 596.
 Friedrich Wilhelm III. 7. 8. 16. 30. 62. 323.
 Friedrich Wilhelm IV. 334. 357.
 575. 662. 663.
 Fries, J. Fr. 11. 12. 211. 212.
 Fröbel, Julius 365. 612. 671.
 Fromiep, Friedr. Ludwig 100.
- Gans, E. 309. 505.
 Gehe, E. H. 223.
 Geibel, Emanuel 538.

ng, Friedr. v. 15. 20. 22. 152.
162. 164. 167. 205. 286. 374. 455.
477.
 rhard, Wilh. 223.
 rlach, Ernst Ludwig von 563. 567.
 — Leopold v. 563.
 rle, Ad. 167.
 rvinus, G. 370. 417. 426. 609.
 rfen, van (Buchdruckerfamilie) 159.
171.
 röhne, Friedr. 423.
 rdemeister, Otto 383. 590. 673.
 rardin, Emil de 641.
 raser, Adolf 672.
 räßbrenner, Adolf 654. 663. 668.
 reisenau 7. 36.
 redefe, Karl 373. 510. 586.
 redide, F. W. 309.
 rethe 36. 98. 103. 155. 172. 177.
194. 196. 203. 216. 217. 218. 224.
264. 267. 268. 310. 327. 498.
 retsche, F. 564.
 ridschmidt, M. 655.
 rirres, Jos. 13. 27. 33. 54. 70. 85.
109. 117. 129. 130. 138. 142. 143.
166. 185. 188. 203. 205. 302. 478.
 rischen, Prof. 76.
 — Georg Joachim 107.
 rttling, K. W. 492.
 rttshall, Rud. 348. 672.
 rabbe, Christian Dietr. 505.
 rano, Geh. Rat, Cenfor 328.
 räffer, Franz 234.
 retschel, Dr. F. E. 127.
 — Dr. C. Ch. C. 397. 598.
 rieben, Herm. 356.
 rieshammer, Georg Aug. 127. 396.
 rillparzer, Franz 221. 292. 503. 631.
 rimm, Jac. 35. 370. 427. 491.
 — Wilh. 289. 370. 427.
 rimm, Gebrüder 224. 226.
 röße, F. P. 612.
 route, K. W. 225.

Groß-Hoffinger, M. J. 470.
 Gruber, C. A. v. 222.
 Gruner, Justus 7. 35. 54. 59.
 Grunow, F. W., Verlagsbuchhandlg.
484. 652.*
 Grün, Anastasius, siehe Aueršperg.
 — — Karl 368. 424.
 Grüneisen, Carl 297.
 Gubiš, F. W. 224. 268. 270. 530.
 Gumprecht, Otto 556.
 Guptow, Carl 265. 317. 331. 336.
359. 365. 498. 500. 505. 506. 509.
511. 513. 674.
 Habel, Ferd. 549.
 Hackländer, F. W. 674.
 Häfner, L. 630. 635.
 Hagemeister, Geh. Oberjustizrät 31.
 Hagen, Carl 234.
 Hahn, Theodor 377.
 Haider, Max 539.
 Hallberger, Ed. 674.
 Hamm, Wilh. 510.
 Hammer, Joh. v. 503.
 Hammeran, F. A. 609.
 Hammerstein, Eugen Freiherr v. 373.
 Hansemann, David 57. 567.
 Harburger, C. 539.
 Hardenberg, Fürst 7. 13. 25. 29. 30.
32. 47. 73. 113. 137. 155. 246.
252.
 Hartort, Friedr. 57. 143. 304. 531.
 Hartmann, K. F. A. 278. 464.
 Hartung, Georg Friedr. 349. 571.
 — — Herm. 571.
 Harrys, Georg 373.
 — — Herm. 373.
 Hase, Carl, Kirchengeschichtler 458.
 Hasner, Dr. Leop. v. 650.
 Haffe, Fr. Chr. Aug. 22. 397.
 Hassenpflug, Minister 388.
 Hauff, Herm. 296. 496.
 — — Wilh. 295. 300.

- Haug, J. Ch. F. [213](#).
 Häußler, L. [359](#). [426](#).
 Haym, Rud., [492](#). [555](#). [568](#). [673](#).
 Hebenstreit, Wilh. [221](#).
 Hebbel, Friedr. [510](#). [631](#).
 Heder [425](#). [492](#).
 Hegel, G. W. F. [308](#). [309](#).
 Heine, Heinr. [59](#). [295](#). [297](#). [302](#).
 [308](#). [317](#). [331](#). [455](#). [490](#). [500](#).
 — — Gustav [629](#).
 — — Thomas Theod., [539](#).
 Heinschen, sächsischer Publizist [210](#).
 Heise, Heinr. [594](#).
 Held, F. W. A. [480](#). [547](#). [668](#).
 Hell, Th., siehe Winkler.
 Heller, Sidor [639](#).
 — — Rob. [429](#). [523](#).
 Hellwaldt, Friedr. v. [310](#).
 Hengeler, A. [539](#).
 Herbst, F. [302](#).
 Herber, Barthol. [74](#).
 Herloßjohn, Karl [518](#). [523](#).
 Hermannsthal, Franz Herm. v. [503](#).
 Herms, Carl Heinr. [309](#).
 — — Dr. Karl [358](#). [377](#). [589](#).
 Herold, G. [655](#).
 Herwegh, Georg [334](#). [365](#). [395](#). [510](#).
 [659](#).
 Heseliel, Georg [523](#). [564](#).
 Heun siehe Claren.
 Heyse, Joh. Georg [110](#).
 Heyßler, Dr. Moritz [626](#).
 Hirsch, Franz [673](#).
 Hirth, Dr. Georg [621](#).
 Hoch, Dr. C. F. [631](#). [641](#).
 Höfer, Edm. [674](#).
 Hoff, H. [483](#). [612](#).
 Höpfen, Gußt. [361](#). [426](#).
 Hoffmann, E. T. A. [222](#).
 — — C. D. [654](#).
 Hoffmann von Fallersleben [316](#). [365](#).
 Hofmann, Albert, Buchhändler [658](#).
 [663](#).
 Holsheim, Herm. [559](#).
 Holtei, Carl v. [255](#). [308](#). [369](#).
 Hornmayr, Jos. v., Ministerialrat
 Horn, Franz [216](#).
 — — Kistlich von [667](#).
 — — Uffo [523](#).
 Hornthal, D. J. P. v. [225](#).
 Huber, Lud. Ferd. [213](#).
 — — Therese [213](#).
 Hübner, F. D. [640](#).
 Humboldt, Wilh. v. [26](#).

 Jacoby, Dr. Johann [348](#).
 Jäkel, Dr. Ed. Theod. 4-3. [522](#).
 Jahn, Ludwig [11](#). [73](#). [85](#).
 Jänede, Gebr. [586](#).
 Janin, Jules [334](#).
 Janke, Otto [674](#).
 Jarde, R. G. [457](#). [475](#). [479](#).
 Jasmund, Landvogt von [44](#).
 Jelinek, Herm. [486](#). [640](#).
 Jlle, Ed. [539](#).
 Jngerleben, Oberpräf. v. [54](#).
 John, Carl Ernst, Benjor [327](#).
 Jordan, Max [653](#).
 — — Sylvester [388](#).
 Jörg, Edmund [479](#).
 Jpstein, Joh. Ad. v. [416](#).
 Julius, Dr. Gustav [394](#). [486](#).
 Jung, Alex. [348](#). [514](#).

 Kaiser, Dr. Aug. [598](#).
 Kalisch, David [553](#). [657](#).
 — — Ludwig [513](#). [606](#). [657](#).
 Maltenbrunner, C. A. [503](#).
 Kämpf, R. Alb. Christ. Heinr. v.
 [58](#). [73](#). [244](#).
 Kanfoffer, Ignaz, Benjor [466](#).
 Karl, Joh. [631](#).
 Karl August, Großherzog [8](#). [91](#). [100](#). [104](#).
 Kaufmann, Jakob [486](#).
 Kaulbach, Wilh. v. [655](#).

nßler, Dr. Leopold 668.
 il, Ernst 482. 521. 663. 673.
 llner, Dr. Theod. 594.
 ejer, Prof. 12.
 eßelbach, W. 429.
 llich von Horn 667.
 nd, Fr. 223. 299.
 ntel, Gottfried 655.
 rcheisen, Justizminister v. 25. 28.
 rchenpauer, Dr. 380.
 rchmann, Zul. Herm. v. 546.
 ceroth f. Weyrother.
 einsteuber, Herm. (nicht Kleinsteuer)
513.
 eist, Ad. v. 562.
 —-Reßow 562. 563. 575. 577.
 infowström, A. v. 14.
 opfisch, Victor Ludwig 110.
 üpfel, R. 435.
 uttschaf, Franz 523. 650.
 ight, Charles 529.
 iorr, Julius 621.
 bell, Franz v. 538.
 berge, Anton 529.
 ch, P. G. 387.
 hler, Ministerialdir. 31.
 lb, Friedr. 621.
 — Gustav (nicht Georg) 457. 622.
 — G. F. 670.
 nig, Friedr., Erfinder der Schnell=
 presse 269.
 — Heinrich 510. 513.
 — Robert 674.
 rfsen, Benfor 60.
 rner, Geh. Ober-Reg.-Rat 244.
 ssaf, Ernst 553. 568. 663.
 stlin, Reinh. 492.
 hebue, August v. 11. 13. 102. 176.
226.
 awani, A. 644.
 ettschmar, Ed. 532.
 ug, W. Trg. 7. 123. 231.
 use, Dr. Heinr. 429. 578.

ugler, Franz 491.
 uß, Dr. Emil 632.
 ußn, Aug. 225.
 Kühne, Gustav 498. 505. 513. 526.
 Kuranda, Ignaz 483. 523. 632. 645.
 Kurz, Heinr. 483.
 — — Herm. 617.

Lachmann 339.
 Landsteiner, Dr. Leopold 632. 641.
 Lange, Friedr. 80.
 Langermann, Geh. Ober-Medizinalrat
244.
 Lassalle, Ferdinand 671.
 Laube, Heinr. 300. 306. 317. 331.
459. 492. 498. 501. 508. 524.
622.
 Lasler, Ed. 556.
 Laun, Fr. 222. 224.
 Lautenbacher, Dr. J. 310.
 Lechner, R. 656.
 Lehmann, Joseph 334. 515.
 Lehne, Friedr. 142.
 Leisching, Joh. Christian 110.
 Leister, J. F. 110.
 Leitner, R. G. R. v. 292.
 Lenau, Nikol. 292.
 Lenz, Ludwig, Red. 381.
 Leo, Heinr. 320. 457. 489. 490. 493.
 Lessing, C. F. 269.
 — — Herm. 557.
 Lessmann, Daniel 299.
 Levysohn, Arthur 668.
 Lewald, Aug. 485. 512.
 — — Fanny 556.
 Ley, Dr. 372.
 Liesching, C. G. 282.
 Lindau, Wilh. Ad. 394.
 Lindenau, v., Minister 392.
 Lindner, J. G. L. 105. 146. 176. 461.
 List, Friedr. 365.
 Loebell, Dr. 272.
 Loeben, D. Graf v. 222.

Loempfe, Dr. 354. 573.
 Löhn, Anna 602.
 Löhnner, Dr. L. v. 632.
 Lorn, Hyronimus 513.
 Loffow, J. 539.
 Loß, Georg 225.
 Löw, Dr. Heint. 631.
 Löwenstein, Rudolf 662.
 Löwenthal, Jakob 647.
 Lubasch, Dr. A. 547.
 Luden, Heinrich 106. 171. 228.
 Lyser, Joh. Peter, Maler 505.

M
 Mahler, Moriz 631. 638.
 Mahlmann, Aug. 124. 223.
 Majunke, Paul 668.
 Mallindrodt, Arnold 54. 368.
 Malten, Dr. H. 610.
 Mann, C. C. v. 302.
 Marbach, Dr. D. G. 492. 514. 598.
 Marggraff, Herm. 240. 429. 655.
 Marr, Wilh. 655.
 Mary, Carl 365. 495. 579.
 — — A. B. 492.
 Mathy, Carl 417. 419. 425. 426.
435. 483.
 Matthäi, Ewald 556.
 Mautner, Ed. 319.
 Mebold, C. A. 310. 622.
 Mebis, M. 656.
 Meißner, Alfred 464. 485.
 Melbold, C. A. 310. 622.
 Mendelssohn, Joseph 381.
 Menzel, Wolfgang 296. 497.
 Merkel, G. 225.
 Messenhauer, W., 631.
 Metzsch, Franz 534.
 Metternich; Fürst 5. 9. 14. 15. 16.
19. 32. 232. 256.
 Mevissen, Gustav 362.
 Meynert, Dr. Herm. 631.
 Michaelis, Otto 556.
 Mittermaier, R. 426.

Mohl, Rob. 435.
 — — Zul., Orientalist 456.
 Moltke, Helmuth v. 304. 457.
 Mommsen, Theod. 591.
 Montgelas, bayer. Minister 5.
185.
 Möring, Karl 624.
 Rosen, Julius 510.
 Mügge, Theod. 510. 553. 554.
 Müller, Adam 166. 247.
 — — Friedr. 439.
 — — Herm. 581.
 — — Methusalem 127. 223. 524.
 — — Otto 402. 405.
 — — Wilhelm 224. 289. 297.
 Müllner, Adolf 156. 217. 222.
227. 290. 304.
 Mundt, Theod. 317. 331. 495.
513. 514.
 Murhard, Friedr. 116. 212.

N
 Nagels, Ludwig v. 539.
 Napoleon I. 2. 35. 46.
 — — III. 565.
 Nathusius, Phil. v. 355.
 Neubert, Dr. med., Genjor 390.
 Nicolovius, Ministerialdir. 31.
 Niebuhr, B. G. 7. 74. 75. 76.
 Niederhuber, Anton 637.
 Niemann, Prof. 121.
 Niemeyer, Hofrat 389.
 Nonne, Dr. Carl Ludwig 109.
 Nordmann, Joh. 631.
 Nübling, Ernst 440.

O
 Oberländer, Adolf 539.
 Obermüller, Wilh. 595.
 Oelener, R. C., Publizist 211.
 Oetker, Fr. 510. 591. 670.
 Oettinger, Ed. Maria 520.
 Ofen, Lorenz (nicht Johann) 11.
11. 119. 174. 190.

Oldenburg, C. W. 548.
 Olshausen, Theod. 386.
 Oppenheim, Dagobert 362.
 — — H. B. 548.
 Oppermann, Julius 603.

 Paoli, Betty 292.
 Paulus, H. E. W. 101. 289. 500.
 Pedretti, Lorenzo 598.
 Pelz, C. 612.
 Berthés, Fr. 35.
 Perz, G. H. 339. 371.
 Peschel, Oskar Ferd., Geograph 310.
 Peter, bad. Abgeordneter 422.
 Pfaff, Dr. Adam 593.
 Pfeilschifter, Joh. Bapt. 92. 97. 98. 206.
 Pfister, Sebastian 529.
 Pfizer, Gustav 496.
 — — Paul 616.
 Philippi, Dr. Ferd. 399. 482.
 Philippi's, Herausg. d. hist. pol. Bl. 478.
 Richter, Karoline 221.
 Rilat, Anton Edler von 152. 164.
 Rindler, Emil 668.
 Rinhas, Dr. J. 117. 389. 593.
 Rocco, Franz 536.
 Romgras, Dr. 630.
 Rörste, N. L. 45.
 Rortenschlag 225.
 Roselt, C. L. 212.
 Rott, F. 492.
 Rrechtler, D. 503.
 Rreller, L. 491.
 Prince-Smith, John 551.
 Rrup, Rob. 365. 547. 663. 673.
 Rüdler, Fürst 505.
 Rüsche, Ph. Fr. 1.
 Rüttmann, Herausg. d. Rhein. Jahrb. 483.

Raabe, Wilhelm 674.
 Radowiz, Jos. v. 457. 475.
 Rabel, J. Barnhagen von Ense, Rabel.
 Ramshorn, Dr., Historiker 399.
 Rank, Josef 631. 632.
 Rante, Leop. 478.
 Rappaport, Moriz 466.
 Raschmann, Fr. 225.
 Raumer, v., Wirkl. Geh. Legations=
 rat 244.
 — — Friedrich v., Prof. 244.
 Rave, Dr. B. 361. 367.
 Rehfues, v., Geh. Reg.-Rat 324. 370.
 Reichenbach, Moriz 588.
 Reimer, G. H. 74. 75. 77.
 Reilstab, Ludwig 270. 457. 552.
 Renjner, Zensor 73.
 Retzlag, Karl 548.
 Rezer, Jos. Freiherr v. 258.
 Reuter, Fritz 316.
 Richter, Jak. Ferd., Buchhändler 587.
 Riddle's, J. H. 209.
 Riehl, W. H. 407.
 Riemann, Buchschneider 12.
 Riesen, Jac. van 273.
 Rießer, G. 483.
 Riffert, Dr. Julius 600.
 Ring, Max 570.
 Ringler, M. 655.
 Robert, Ludwig 297.
 Rochau, M. v. 655.
 Rodenberg, Julius 673.
 Röder-Diersburg, Dr. Ernst Frei=
 herr v. 402. 404.
 Roller, C. 655.
 Rollet, Hermann 464.
 Ronge, Jos. 399.
 Röpell, Rich., Historiker 405.
 Rosenkranz, Karl 348. 492. 501. 505.
 Rosenthal, H. B. 670.
 Rötischer, Prof. H. T. 336. 551.
 Roth, Fr. 157.
 Rötke, Carl Gotthilf 273.

- Notteck, Carl v. [208.](#) [281.](#) [289.](#) [414.](#)
[423.](#)
 Rudhart, Dr. Ign. [147.](#) [259.](#)
 Ruge, Arnold [332.](#) [424.](#) [489.](#) [511.](#) [548.](#)
 Rüdert, Friedr. [213.](#) [295.](#)
 Rüder, Friedr. Aug. [105.](#)
 Rühß, Fr. [95.](#)
 Rümelin, G. [615.](#)
 Runkel, Dr. Martin [367.](#)
 Ruppikus, Otto [522.](#) [548.](#)
 Rutenberg, Dr. [364.](#) [554.](#)
- Sachs, Dr., Herausgeb. d. „Cholera-
 Ztg.“** [339.](#)
 Sad, Generalgouverneur [59.](#) [62.](#) [63.](#)
 — — Geh. Justizrat, Mitgl. des Ober-
 Zensur-Kollegiums [244.](#)
 Sammer, J. [656.](#)
 Sand, Ludwig [11.](#) [13.](#) [103.](#) [228.](#)
 Saphir, M. G. [307.](#) [524.](#) [654.](#)
 Sartori, Franz v. [234.](#) [258.](#)
 Saß, Dr., Herausg. d. „Ditseebl.“ [385.](#)
 Schaafhausen, Bankier [29](#)
 Schadeberg, Dr. Julius [355.](#)
 Shadow, Joh. G. [224.](#)
 Schädtker, Hed. [380.](#)
 Schall, Carl [272.](#) [309.](#) [345.](#)
 — — J. C. [656.](#)
 Schaßler, Dr. Max [547.](#)
 Scheel, Fr. [670.](#)
 Scheffel, Victor v. [538.](#)
 Schenkel, Daniel [492.](#)
 Scherzer, Karl [631.](#)
 Schich, Joh. [220.](#) [291.](#) [503.](#)
 Schilling, Gustav [224.](#)
 Schindler, Dr. C. C. [631.](#)
 Schirges, Georg [511.](#)
 Schlegel, Friedr. [157.](#)
 Schleiermacher [7.](#) [76.](#)
 Schlesier, Gustav [568.](#)
 Schlittgen, Herm. [539.](#)
 Schmalz, Th. N. [5.](#) [7.](#) [52.](#) [182.](#)
 Schmid, Prof. Carl Ernst [287.](#) [291.](#)
- Schmidt, M. Adolf [627.](#)
 — — Alexis [545.](#)
 — — Julian [486.](#) [557.](#) [652.](#) [668.](#)
 — — J. P., Hofrat [268.](#)
 — — =Cabanis, Rich. [668.](#)
 Schneider, Friedr. [535.](#)
 — — J. [539.](#)
 — — Louis [524.](#)
 Schoell, Geh. Ober-Regierungsr. [83.](#)
[244.](#) [263.](#)
 Scholz, Wilhelm, Zeichner [660.](#)
 Schönemann, J. [654.](#)
 Schönlein, Herm. [674.](#)
 Schoppe, Amalie [523.](#)
 Schott, Sigmund [510.](#)
 Schreyvogel, Joz. [258.](#)
 Schröder, Fr. [547.](#)
 — — W. [373.](#)
 Schüding, Levin [356.](#) [358.](#) [511.](#)
 Schudmann, v., Minister [244](#)
 Schulz, Dr. Heinr. [58.](#) [368.](#)
 — — Friedr. [267.](#) [336.](#)
 Schulze, Joh. [36.](#)
 Schünemann, Gust. Bernh. [382.](#)
 Schurich, H. [620.](#)
 Schwab, Gustav [226.](#) [496.](#) [498.](#)
 Schwarz, M. [658.](#) [663.](#)
 Schwarzenberg, Friedr. Fürst von [503.](#)
 Schwarzer, Ernst v. [629.](#) [639.](#)
 Schweitzer, Prof. [11](#)
 Schwetschke, Dr. Gustav [354.](#) [573.](#)
 Schwind, Moriz v. [537.](#)
 Sedlnitzky, Josef v. [257.](#)
 Seidl, J. G. [292.](#) [503.](#)
 Seidlitz, Dr. Julius [632.](#)
 Senff, Berthold, Buchhändler [658.](#)
 Senfft von Pilsach [563.](#)
 Severus, Joh. Joseph, Censor [131.](#)
 Seybold, Fr. [146.](#) [282.](#) [437.](#)
 Seyfried, J. R. v. [225.](#)
 — — Ferd. [631.](#) [632.](#)
 Siebenpfeifer, Dr. Ph. Jacob [452.](#)
 Siegel, Franz Ludwig [601.](#)

- Siechen, Dr. Karl [548](#).
 Silberstein, Aug. [631](#).
 Simrock, Carl [297](#). [655](#).
 Singer, Dr. Ed. [479](#).
 Smidt, Bürgermeister v. Bremen [381](#).
 Solger, Dr. [548](#).
 Söllinger, J. F. [506](#).
 Sonnemann, Leopold [670](#).
 Spener, Buchhändler [263](#).
 Spiegel, Ferd. Aug. [78](#).
 Spieler, Dr. C. H. [265](#). [336](#).
 Spindler, Karl [359](#).
 Spitzweg, Karl [539](#).
 Springer, Anton [673](#).
 Stadion, Graf [643](#).
 Stägemann, J. A. v. [80](#). [83](#). [85](#). [267](#).
 Stahl, Hofammerrat [68](#).
 — — Julius [339](#).
 Stabr, Ad. [359](#). [492](#). [566](#).
 St. Paul, v., Ministerialsecretär [365](#).
[367](#).
 Staub, Fritz [539](#).
 Stauber, Karl [539](#).
 Steffens, Jedor [523](#).
 Steger, Friedr. [513](#).
 Stegmann, R. J. [152](#). [153](#). [283](#). [459](#).
 Stein, Freiherr vom [7](#). [36](#). [54](#). [57](#).
 — — Dr. Julius [570](#).
 Stelzhamer, Franz [503](#).
 Sternberg, A. v. [510](#).
 Stettenheim, Julius 588. [655](#).
 Stieler, Karl [538](#).
 Stifter, Adalbert [503](#).
 Stinde, Julius 588.
 Stolle, Ferd. [524](#).
 Stord, Dr., Handelschul-Direktor [182](#).
 Stöver, Dr., Legationsrat [110](#). [278](#).
 Straube, H. [225](#).
 Strauß, David, Jr. [483](#). [492](#). [500](#).
[505](#). [614](#). [673](#).
 Streit, Dr. F. W. [477](#).
 Stromeyer, Franz [424](#).
 Strousberg, H. [668](#).
 Struve, H. v. [425](#). [183](#).
 Stud, Franz [539](#).
 Stubr, P. J. 491.
 Sybel, Heinr. v. 235.
 Szmanski, J. D. [226](#).
 Szeps, M. [669](#).
 Tadden-Triglass [515](#).
 Tarnowski, Ladislaus [472](#).
 Tausenau, Dr. R. [631](#).
 Tempelton, Ed. [556](#).
 Thielmann, General v. [30](#). [36](#).
 Thiersch, F. W. [157](#).
 Tholud, Aug. [190](#). [493](#).
 Tied, Ludwig [302](#).
 Tiestrunf, Joh. Heinr. [89](#). [276](#).
 Tippelskirch, Friedr. v. [355](#).
 Treitschle, Heinrich v. [81](#). [211](#). [234](#).
[415](#). [673](#).
 Trewendt, Ed. [570](#).
 Trojan, Johannes [663](#).
 Tromlitz, A. v. [223](#).
 Tschabuschnigg [502](#).
 Tuvora, Joh. [631](#). [638](#).
 Tzschoppe, Geh. Neg.-Rat [323](#). [327](#).
 Uhl, F. [632](#).
 Uhlend, Lud. [216](#). [433](#). [616](#).
 Ulrich, Titus [556](#).
 Unger, Joh. Friedr. [530](#).
 — — Joh. Georg [530](#).
 Unzelmann, Friedr. [530](#).
 Vaerjt, Freiherr Eugen von [315](#).
 Varnhagen von Ense [338](#). [501](#). [505](#).
[514](#). [539](#).
 — — Kadel [37](#). [203](#). [205](#). [224](#).
 Vecchioni, Aug. [621](#).
 Velhagen u. Klasing [674](#).
 Veneden, Jakob [655](#).
 Vilmar, A. J. Ch. [595](#).
 Vinde, Oberpräsident v. [182](#).
 Vischer, Friedr. [492](#). [538](#). [614](#).

Bliets, Thomas 60.
 Vogel, Herm. 539.
 Vogl, J. N. 292. 503.
 Vogt, N. 225.
 Voigt, Ch. G. v. 16. 91.
 Volbeding, J. E. 531.
 Voß, Christ. Daniel 180.
 — — Graf v. 563.

Wachsmuth, W. 479.
 Wagener, Herm. 564.
 Waldeck, Benedikt 261.
 Walestraße, Ludwig 318.
 Waiz, Georg 427.
 Warrens, Ed. 648.
 Weber, Dr. Felix 534.
 — — Johann Jakob 530.
 Weber, Carl Maria v. 167.
 Wehl, Theodor 523.
 Wehrenpfennig, W. 673.
 Weigelt, Carl 89.
 Weil, Karl 483. 568.
 Weill, Alex. 510.
 Weisflog, Karl 223.
 Weisshaar, württemb. Schriftst. 226.
 Weiß, Matthias 60.
 Weißer, Ad. 617.
 Weißel, Joh. 134. 225.
 Welcker, C. Theod. 85. 170. 415.
 418. 423.
 — — Gottl. 85.
 Werburg, Adrian 624.
 Werner, Zacharias 518.
 Werthner, Adolf 669.
 Wessel, kölnischer Publizist 655.
 Westermann, George 672.
 Westfalen, Minister von 661.
 Wegel, Dr. K. F. G. 157.
 Weyl, Dr. L. 548. 549.

Weyrother, Clemens v. 659.
 Widemann, Dr. Ed. 310.
 Wieland, Ludwig 97. 105. 177.
 231.
 Wienburg, Ludolf 317. 331.
 500. 514.
 Wihl, Ludwig 505. 510.
 Wildner-Maitthstein, Dr. J. 672.
 Wilhelm I., Kurfürst 9.
 Wilhelm, Prinz v. Preußen 23.
 Willen, Prof. 244.
 Wille, Fr., Redakteur 380.
 Willemer, Joh. Jakob 203. 205.
 Wimpffen, Major v. 547.
 Winkler, K. G. Th. (Hend. Th. v.
 223. 299.
 Wirth, Aug. 447.
 Witte, Carl, Prof. 355.
 Wittgenstein, Fürst 7. 29. 31
 58. 65.
 Wittbauer, Friedr. 503.
 Witzleben, C. D. v. 600. 601.
 Wohlgenut, J. A. 547.
 Wolff, Ad. 654.
 — — Albert, Red. d. Pariser Rep.
 663.
 — — Bernh. 554. 557.
 — — C. L. B. 494.
 Wolfjohn, Wilh. 673.
 Woltmann, Ad. 557.

York, Feldmarschall 7.

 Zabel, F. 553. 554.
 Zabern, Theod. v. 606.
 Zang, Aug. 631. 641.
 Zedlitz, Chr. v. 292. 456. 502.
 Zeise, Heinr. 588.
 Zich, Graf 13.



Über den in meinem Verlage erschienenen zweiten Band von

Ludwig Salomons

Geschichte des deutschen Zeitungswesens,

die Lage der deutschen Presse während der Fremdherrschaft (1792—1814) schildert, liegen viele im hohen Grade erkennende Urteile vor, von denen ich nur die folgenden wiedergebe:

Deutsche Rundschau: Das Buch ist sehr lebendig geschrieben, festhält das Detail und ermüdet nirgends durch aufgehäuften Ballast. Der Zufall, der dem ersten Bande zu teil wurde, wird auch diesem zweiten nicht fehlen.

Deutsche Revue: Dem ersten Bande schließt sich der zweite mit den gleichen Vorzügen an. Beherrschung des weitgeschichtigen Materials verbindet sich mit fesselnder Form. Auch für sich genommen, bietet der zweite Band nicht anregender, in sich geschlossener Inhalt. Es ist ein wichtiger Beitrag zum allgemeinen politischen und kulturellen Geschichte Deutschlands in der Zeit Napoleons, dessen unerhörte Herrschermacht und grenzenlose Willkür in diesen Blättern klarer erhellen, als aus mancher Kriegs- und Diplomaten-Geschichte.

Das literarische Echo (am Schluß eines längeren Artikels von Dr. Paul Zehausen): Die treffliche, klare und übersichtliche Anordnung und die fesselnde Darstellung machen das Buch zu einer angenehmen Lektüre, die den Leser für die Stunden hinwegtäuscht, bis er merkt, welche reiche Frucht sie ihm gebracht haben.

Allgemeines Literaturblatt: Von dem Lichte des Zeitungswesens aus zeigen sich mancherlei Zustände in den deutschen Staaten (während der Fremdherrschaft) noch weit erbärmlicher aus als sonst, und man wird gerade diese Beleuchtungseffekte bei der künftigen historischen Beurteilung beachten müssen.

Illustrierte Zeitung (Leipziger): Ludwig Salomon hat den von ihm gewählten Stoff in lichtvoller und anregender Darstellung so künstlerisch geformt und so interessant gestaltet, daß sich sein Werk, obschon es auf wissenschaftlicher Grundlage beruht, wie ein spannender Roman liest. In sechs erschöpfenden Kapiteln entwirft der Verfasser ein anschauliches Bild der deutschen Presse unter der Fremdherrschaft.

Berliner Neueste Nachrichten: Selten ist mir ein interessanteres Buch in die Hände gekommen, als dies auf drei Bände berechnete Werk Ludwig

Salomons, dessen zweiter Band „Die deutschen Zeitungen während der Fremdherrschaft“ (1792–1814) nunmehr vorliegt. Die beste Memoirenliteratur findet in ihm die wertvollste Ergänzung, und es ist zu bewundern, welches Aufgebot von Forschungsgeist und Arbeitsfreudigkeit der Verfasser ins Treffen geführt hat, um dies eigenartige Geschichtswerk zu schaffen. Für Wissenschaft und Publizistik sicherlich dereinst als standard work gewürdigt. (folgt eine längere Besprechung.)

Volks-Zeitung (Berliner): . . . Die brutale Gewaltherrschaft, die Napoleon über die deutsche Presse rücksichtslos ausübte, wird in ebenso anschaulicher wie streng wissenschaftlicher Form geschildert.

Kölnische Volkszeitung: Die Schicksale der napoleonischen Zeit: „weitverzweigte, grausame und brutale Kampf, bei dem der Eroberer überall so auch hier bis zu seinem jähen Sturze der Sieger auf der ganzen Linie blieb“, findet in dem Buche eine anziehende und dabei auf den sorgfältigsten, oft nicht wenig mühevollen Studien und Untersuchungen beruhende Darstellung.

Leipziger Tageblatt: Rudolf v. Gottschall in einem längeren Artikel. Die Schrift Ludwig Salomons ist jedenfalls ein wichtiger Beitrag zur politischen, zur Literatur- und Kulturgeschichte des deutschen Volkes.

Westminster-Review: With the appearance of the third and concluding volume of this accurate and comprehensive work, which is a monument of patient research, the possibility of compiling at a very remote date a General History of the Newspaper Press may be greatly facilitated.

Oldenburg, im Dezember 1905.

Schulzische Hofbuchhandlung.
Rudolf Schwarz.

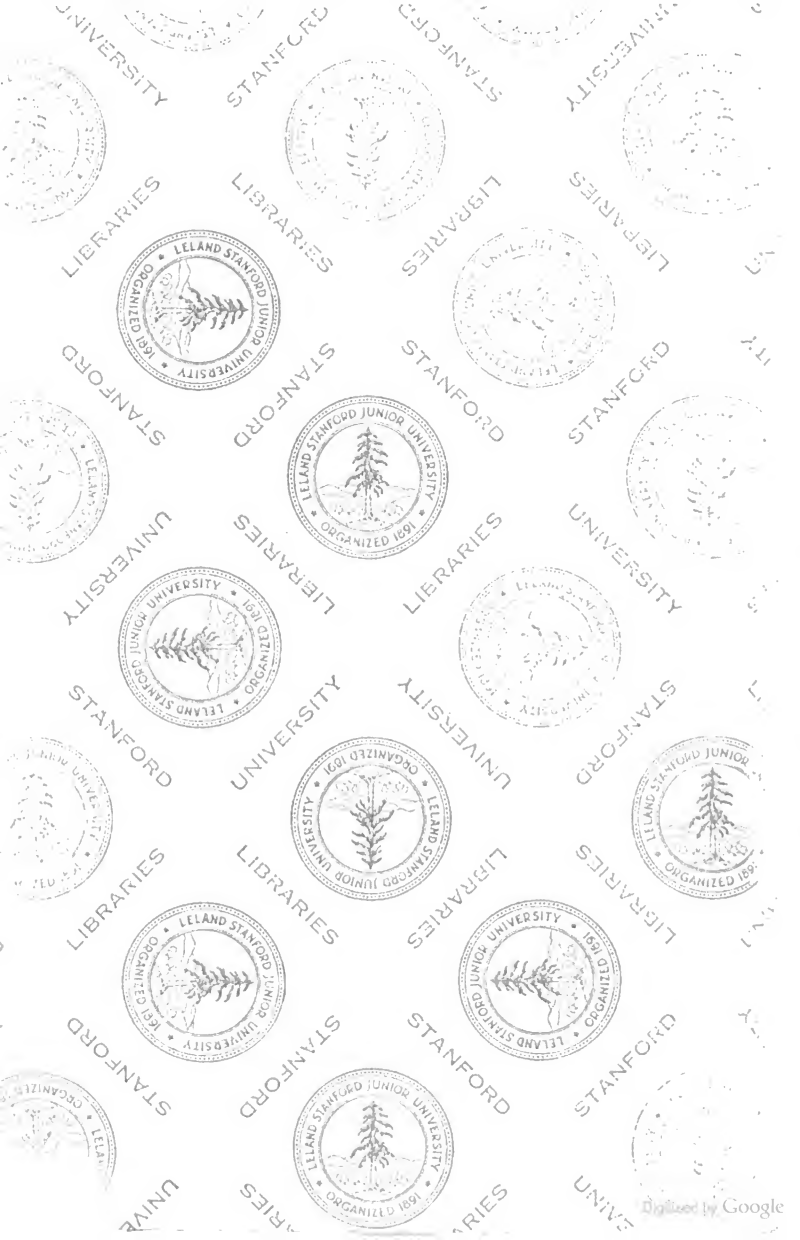
073.09

S174

v. 3

STANFORD UNIVERSITY LIBRARY
Stanford, California





073.09

S174

v. 3

**Stanford University Libraries
Stanford, California**

Return this book on or before date due.

OCT 17 1978



